Vierter Jahrgang.

Nr. 158.

Coburg.

Sonntag,

7. Januar 1866.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben

vom

Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 6 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Abonnementseinladung.

Mit dem 1. Januar l. Jahres beginnt die „**Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung**" ihren **vierten** Jahrgang. Indem wir zu dem neuen Abonnement freundlichst einladen und um möglichst baldige Aufgabe der Bestellungen bitten, machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß das Blatt aller Orten — mit Ausnahme von Preußen und Mecklenburg — bei den betreffenden **Postanstalten**, und ebenso durch alle Buchhandlungen, sowie direct von der Expedition hier bezogen werden kann. Der Abonnementspreis beträgt **hier** am Platz 12 Sgr. oder 42 kr., der **Postbestellpreis** durch ganz Deutschland, mit Ausnahme der obengenannten beiden Staaten, 15 Sgr. oder 53 kr., wozu außerhalb Deutschlands der betreffende ausländische Postaufschlag hinzukommt. Die Bedingungen für den directen Bezug durch die Expedition sind an der Spitze des Blattes ersichtlich. Der Bezug durch den Buchhandel ist der billigste, der Bezug durch die **Post** dagegen der **schnellste** und billiger als der directe Einzelbezug unter Kreuzband, welchen der Portozuschlag erheblich vertheuert. Der directe Bezug empfiehlt sich nur bei Bestellungen von 25 Exemplaren und mehr unter einem Packet, welchenfalls die Expedition portofrei liefert.

Zu Insertionen, namentlich für Arbeitsvermittelung, ist das Blatt, da es in den meisten Arbeitervereinen Deutschlands und der Schweiz gelesen wird, besonders geeignet.

Drei Jahre hat das Blatt bereits auf seinem mühe- und opfervollen Posten, trotz aller Schwierigkeiten ausgehalten. Seine Gründer sind entschlossen, pflichtgetreu diesen Posten auch ferner nicht zu verlassen; sie beanspruchen dafür nichts, als diejenige Förderung von Seiten der Vereine und der Einzelnen, welche erforderlich ist, um dem Blatt die Erfüllung seiner Aufgabe ganz und voll möglich zu machen. Das Maß der Opfer, welche die Herausgeber hierfür zu bringen haben, ist etwas geringer geworden, allein noch immer ist es nicht ganz erfüllt und das Mißverhältniß von Leistung und Gegenleistung noch nicht und zumal so lange noch nicht ausgeglichen, als es noch immer eine große Anzahl zur Organisation gehöriger Vereine gibt, welche bei einer Anzahl von mehreren hunderten und selbst von 1000 Mitgliedern und darüber sich begnügen, das Blatt in 1 Exemplar oder wenig mehr zu halten.

Von Anfang an einen geistigen Sammelpunkt inmitten der in den letzten Jahren von Neuem in Fluß gekommenen Arbeiterbewegung bildend, ist die **Arbeiterzeitung** thatsächlich zum Organ fast aller Arbeiterbildungsvereine und der Arbeitervereine gleicher Richtung und ein Förderungsmittel gegenseitigen Strebens und gegenseitiger Verständigung, einer der geistigen Hebel der Bewegung geworden, dessen Bedürfniß erst recht hervortreten würde, wenn das Blatt nicht mehr bestände. Es ist aus den Verhandlungen des letzten Vereinstags allen Theilnehmern noch erinnerlich, daß die Nothwendigkeit eines offiziellen, vom Vereinsausschuß herauszugebenden Organs des Vereinstags von der überwiegenden Mehrzahl der Vereine gerade um deswillen verneint worden ist, weil in der Arbeiterzeitung thatsächlich ein mit Mühen und Opfern erlangtes Organ aller bei dieser Organisation betheiligten Vereine bereits vorhanden ist. Es ist auch, wie uns von zuständiger Seite fest versichert worden, die vom 1. Januar ab in Frankfurt a. M. erscheinende, und aus Mitteln des Vereinstags unterstützte, sociale Monatsschrift weder dem Beschluß des Vereinstags entgegen als offizielles Organ des Vereinsausschusses zu betrachten, noch zur Concurrenz gegen die Arbeiterzeitung irgendwie bestimmt, wie dies auch zur Zeit schon aus der verschiedenen Erscheinungsweise sich von selbst ergibt.

Nachdem es so durch dreijährige Anstrengungen gelungen ist, in der Arbeiterzeitung allen gleichstrebenden Vereinen ein Organ für die regelmäßige Vermittelung ihres geistigen Verkehrs und zur Förderung ihrer Vereinszwecke, wie der von ihnen getragenen Bewegung zu schaffen, darf von den Vereinen billig erwartet werden, daß nach und nach alle das Ihrige dazu beitragen, daß zwischen ihnen und ihrem Organ endlich das richtige Verhältniß von Leistung und Gegenleistung hergestellt und so die seit drei Jahren angestrebte, aber nur den vereinten Kräften mögliche, vollständige und würdige Erfüllung der Aufgabe dieses Organs erreicht werde. Bei mehr als **40,000** Vereinsmitgliedern trifft an dieser Pflichterfüllung die Einzelnen ein kaum bemerkbares Minimum. Sollten die Vereine und die Einzelnen zur Erfüllung eines solchen Minimums sich nicht entschließen können, während die Herausgeber des Blattes seit 3 Jahren weit über das Maximum in ihren Pflichten gegen die Sache zu erfüllen bestrebt sind?

Die Bekanntmachungen des **ständigen Ausschusses**, deren Mittheilung laut Ausschußbeschluß in erster Linie in der Arbeiterzeitung erfolgen soll, werden, sofort nach Eingang immer an der Spitze des Blattes gebracht; ebenso, wie bisher, die für den Vereinstag vorbereiteten Referate. Das Blatt, welches nach wie vor, je nach dem vorhandenen Stoff in einem ganzen oder halben Bogen, Sonntags erscheint, geht Freitags in die Presse, um Sonnabends mit den Frühzügen zur Versendung zu kommen. Manuscripte für die nächste Nummer müssen spätestens bis Donnerstag Morgens hier sein.

Inseratbedingungen wie oben an der Spitze des Blattes bemerkt ist.

Coburg, Ende December 1865.

Die Redaction der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.

Inhaltsverzeichniß.

Vereinsangelegenheiten.

Angelegenheiten der Cigarrenarbeiter.

An die Cigarrenarbeiter Deutschlands.

Geehrte Arbeitsgenossen!

Das Weihnachtsfest, das so viele Herzen mit Freuden erfüllt durch Geschenke der Liebe, hat auch uns, der Cigarrenarbeiter-Körperschaft eine Gabe gebracht, eine Gabe der Liebe, der Brüderlichkeit. Diese Gabe ist die Organisation der Arbeit, soweit dieselbe durch auf Gegenseitigkeit gegründete Selbsthülfe einem Theile der Gesellschaft ohne Umänderung der heutigen bürgerlichen und politischen Zustände und der dieselben erhaltenden Staatsgesetze möglich ist. Das Grundgesetz, welches die Sicherstellung der Cigarrenarbeiter ermöglichen soll, wird Euch in nächster Zeit übersendet werden; es führt den Titel: „Satzungen des Allgemeinen deutschen Cigarrenarbeiter-Vereins." Da eine so umfassende Einrichtung und wenn sie noch so gewissenhaft erwogen und sorgfältig durchdacht ist, doch nur durch die Praxis (Anwendung) erprobt werden kann, bitten wir dieselbe trotz der Mängel, die Ihr vielleicht darin findet, entgegen zu nehmen, wie man eine Gabe der Liebe annimmt, zumal der Zeitpunkt, wo eine Abänderung geschehen kann, nicht auf lange Zeit hinausgeschoben worden ist, und so schreiten wir denn im Vertrauen auf Eure Nachsicht und Wohlwollen zu unserer ersten

Bekanntmachung.

Die vom 24. bis 27. December in Leipzig tagenden Delegirten der deutschen Cigarrenarbeiter haben beschlossen:

I. Einen allgemeinen deutschen Cigarrenarbeiter-Verein zu gründen, und daß die von ihnen für diesen Verein aufgestellten Satzungen Anfang Monat März in Kraft treten und den schon Betheiligten, sowie denen, die sich noch zur Betheiligung anmelden, in kürzester Zeit zugesendet werden sollen. Der Sitz des Vereins ist Frankfurt a. M., wenn dem aber gesetzliche oder andere unabweisbare Hindernisse entgegenstehen, so ist in nächster Linie Leipzig als Sitz desselben bestimmt. Die erste Generalversammlung des Vereins ist spätestens bis Ende Juni 1866 in Frankfurt a. M. abzuhalten.

Das Directorium besteht aus den Herren: F. W. Fritzsche in Leipzig, als Obmann; J. Leutenmayer in Frankfurt a. M., als Cassirer; F. Stein in Leipzig, als Beisitzer.

Der Ausschuß ist aus folgenden Herren zusammengesetzt: Böhme, zur Zeit in Nordhausen, für Magdeburg, Berghausen in Braunschweig, Dambach in Hanau, F. Töhm in Köln, Espe in Nordhausen, Franke in Cassel, Hörig in Berlin, Herbst in Verden, Hinzsch in Altona, Kapp in Speier, Leib in Stuttgart, Lütze in Celle, Lump in Herford, Müller in Dessau, Richter in Dresden, Römer in Waldheim, Steinemann in Vallendar bei Coblenz, Schäfer in Lorsch, Schlote in Rinteln, v. Tongan in Osnabrück, Trabert in Bautzen, Taubert in Eilenburg und Weißbrod in Nürnberg. Die Namen der Ausschußmitglieder in Breslau und Hagen werden nachträglich bekannt gemacht werden.

Alle Briefe, Vereinsangelegenheiten betreffend, sind an F. W. Fritzsche, Obmann des Allg. deutschen Cigarrenarbeiter-Vereins in Leipzig, franko, zu richten. Alle Geldsendungen an Herrn Leutenmayer p. A. Rickel, Frankf. a. M., Haideweg 2.

II. Die Besprechung über die Versicherungsbank der Cigarrenarbeiter-Kranken- und Sterbe-Kasse, über die Genossenschaftsfabriken bis zur ersten Generalversammlung des Allg. deutschen Cigarrenarbeiter-Vereins zu vertagen.

III. Der „Social-Demokrat" soll bis zu nächsten Generalversammlung Organ des Allg. deutschen Cigarrenarbeiter-Vereins bleiben. Alle Bekanntmachungen und Beschlüsse des Vorstandes zugleich aber auch der „Coburger Arbeiterzeitung" zur Veröffentlichung eingesendet werden. Zur endlichen Begründung eines eigenen Organs aber erwählte die Versammlung den als Protokollant anwesenden Literaten Herrn Pretzsch und F. W. Fritzsche.

IV. Die Justificirung der Rechnungsablage und

V. Das Protokoll sollen in kürzester Frist allen Betheiligten durch den Druck bekannt gemacht werden.

Für das prov. Direktorium
F. W. Fritzsche.

Berlin, 29. Dezember. Der „Berliner Arbeiterverein" beging gestern Abend sein dreijähriges Stiftungsfest, mit welchem zugleich eine gemeinsame familiäre Weihnachtsfeier verbunden war. Der Saal der Alhambra war geschmackvoll decorirt mit preußischen Wappen, Deutschen und Berliner Fahnen, welche letztere der Berliner Magistrat hergegeben hatte. Auf dem Empodium des Saales befand sich die bekränzte Büste von Schulze-Delitzsch, hinter welcher in einem mächtigen Transparent die Devise brannte, welche sich unter dem bekannten Bilde von Schulze befindet. Letzterer war selbst anwesend nebst einigen andern eingeladenen Abgeordneten, v. Hennig, Lasker, Valentini; mehrere andere welche der Verein als die politischen Vertreter seiner Interessen anerkennt, Michaelis, Lette, Waldeck rc. hatten sich entschuldigen lassen. Anwesend waren auch die Vertreter der Berliner Handwerkervereine, um dem Arbeitervereine auszusprechen, daß sie das gleiche Streben nach Freiheit durch Bildung für alle mit demselben verbindet, wenn sie sich auch statutenmäßig nicht als eine politische Vertretung der Interessen der Arbeiter hinstellen können. Der ernste Theil der Feier wurde von Gesängen eingeleitet, welche der innerhalb des Vereins, wie sich innerhalb desselben ein Sparverein befindet, constituirte Gesangverein producirte. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Bandow, knüpfte an eine Ansprache an die Mitglieder des Vereins nebst Frauen und Jungfrauen, sowie an die Ehrengäste eine kurze Recapitulation der bisherigen Wirksamkeit des Vereins, in der er constatiren mußte, daß die Forderungen, welche die Arbeiter an die Gesetzgebung gestellt und bereitwillige Fürsprache von Seiten des Abgeordnetenhauses gefunden hätten, Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Aufhebung des Einzugs- und Bürgerrechtsgeldes, der Wanderbücher und des Paßzwangs, Coalitionsfreiheit und Genossenschaftsgesetz, bisher noch der Erfüllung von Seiten der Staatsregierung entgegensähen. Schulze-Delitzsch erwiderte dann im Namen der Gäste, indem er vor den Vorspiegelungen warnte, welche die Arbeiter als einen besonderen Stand vom Volksganzen lostrennen möchten und so dem ständischen Klassenstaate eine neue Berechtigung geben würden. Es komme in der socialen Bewegung vor allem darauf an, daß sich die Arbeiter ein eigenes Urtheil bildeten und die Partei als die ihrige anerkennten, welche beweise, daß sie es aufrichtig mit dem Streben des Arbeiters nach Bildung und Aufklärung meine. Der Abgeordnete von Hennig gab der Feier dann noch einen bescheidenen, schwarz-roth-goldenen Wortrefler, indem er daran erinnerte, wie, trotz des augenblicklichen scheinbaren Triumphes der kleinen und mächtigen Partei, die Einheit und Freiheit Deutschland zu einer Zeit nicht fern sein könne, wo man deutsche Staaten mit einer Schnelligkeit durchreise, daß man kaum merke, sich in ihnen zu befinden. Auch der würdige Verlauf dieser Feier legte Zeugniß davon ab, daß sich in den Arbeitervereinen die neuen „Innungen der Zukunft" angebahnt haben, daß sich die Arbeiter bewußt geworden sind, in der Freiheit und Gleichberechtigung ihres Glückes eigner Schmied zu sein. Im nächsten Jahre hofft der Berliner Arbeiterverein schon an die Begründung eines eigenen Vereinshauses gehen zu können.

(Magdeb. Presse.)

London, 22. Dec. (Die Arbeitervereine und Bright.) Die Nachwirkung von Bright's Rede in Birmingham macht sich bereits unter den für allgemeines Stimmrecht agitirenden Arbeitervereinen in der Weise geltend, daß die Majorität derselben sich von dem sonst so populären Agitator abwendet. So sagt die Bee-Hive (der Bienenkorb), das Organ der Handwerker-Genossenschaften: Bright gehe offenbar mehr und mehr rückwärts und schlage eine bedauerliche Richtung ein. Uebrigens gibt die Umkehr des Volksführers, wie unter solchen Umständen nicht anders zu erwarten, auch mancherlei Anlaß zu Spaltungen innerhalb der Arbeiterpartei selbst, indem einzelne Persönlichkeiten, dem Beispiel des einflußreichen Mannes folgend, sich von der principiellen Agitation lossagen, andere wiederum sich gegen jeden Compromiß in so scharfer Weise erklären und den „Abfall" Bright's so unnachsichtlich angegriffen wissen wollen, daß darüber viel Streit und Zerrerei entsteht. Uebrigens muß man stets festhalten, daß Bright, der demokratische Manchestermann, seine bisherige Stellung zu den Arbeitervereinen nur vermöge eines gewissen Compromisses eingenommen hatte. Man wußte auf Seite der letzteren recht wohl, daß er im Grunde nicht dem von den „Trades-Unions" aufgestellten Programm ganz zugethan sei; allein da die alte chartistische Organisation ganz zerfallen war, schloß man mit dem redegewandten, demokratisch gesinnten Führer gern eine zeitweise Allianz, die nun allerdings nicht mehr auf festen Füßen steht.

Politischer Theil.

Das Jahr 1865.

Wir glauben nicht zu viel zu sagen, wenn wir behaupten, das Jahr 1865 werde in einer zukünftigen Weltgeschichte eine sehr bedeutende Stellung einnehmen und es werde vielleicht ein dermaleinstiger Geschichtsphilosoph die Behauptung aufstellen: das Jahr 1865 bezeichnete die Krise des Jahrhunderts.

In der That gibt es im Bereiche der hohen und höchsten menschlichen Interessen keine Aufgabe, die im Laufe der jüngstverflossenen 365 Tage nicht entweder schon gelöst oder spruchreif gemacht oder doch zur klaren Anschauung gebracht worden wäre. Der denkende Mensch ist heute fähig, von der Zinne des Januars 1866 herab die Entwicklung der kommenden Dinge zu schauen.

Die Menschheit als Gattung, in allen ihren Stämmen und Racen hat sich endlich thatsächlich für eins und untheilbar erklärt: das Privileg der Hautfarbe ist seit 1865 eben so gut abgeschafft, wie 1789 das blaue Blut beseitigt wurde. Der Neger ward zum Menschen proclamirt und sein Bürgerthum wird unausbleiblich folgen.

Die große Föderativ-Republik jenseits des Oceans hat ihre furchtbare Feuerprobe bestanden, und gesundheitstrotzend steht ein modernes römisches Reich, einen halben Continent umfassend, da, ohne Geburtsadel, ohne Cäsarenthum, ohne Prätorianer. Die Prätorianer, die nothwendige Ausgeburt jedes stehenden Heerwesens, sind in Amerika für ewig unmöglich gemacht, seitdem der größte aller Kriege durch das bewaffnete Volk selbst zum glorreichen Ende geführt werden konnte.

Die gesammte europäische Junker- und Pfaffenbande athmete neu auf, als ein fanatischer Strolch den Präsidenten Lincoln meuchlings ermordete. In ihrer Weltanschauung hängt Alles an Personen, an Zufälligkeiten. Booth aber konnte zwar den Präsidenten der Republik aus der Welt schaffen, nicht aber die Institutionen, nicht die Republik selbst; Alles, was ihm möglich war, bestand in der Wegräumung eines Republikaners, eines edlen, hochherzigen, beweinenswerthen, aber doch nur Eines Republikaners.

Der pfiffige Kaiser der Franzosen gerieth bei dieser Gelegenheit in die übelriechendste Sackgasse — und gerade durch seine Pfiffigkeit. Er hatte richtig herausgerechnet, daß der Süden fanatisch für seine Privilegien kämpfen würde, daß der nördliche Yankee ein trockener, calculirender Geschäftsmann ist; er wußte die besten, ja sämmtliche geschulte Offiziere auf Seiten des Südens. Wie schlau war nicht der Plan angelegt, den Sklavenbaronen des Südens die „Krönung ihres Werkes" in einer

Monarchie an die Seite zu setzen und dem gierigen Habsburger die Aussicht auf die alte spanische Erbschaft zu eröffnen. Aber der pfiffige Dezembermann hatte ohne die Idee gerechnet, ohne den Enthusiasmus, der selbst Philister zu ergreifen und in einer Welt der Industrie und des Handels macedonische Feldherren zu erzeugen vermag. Er hatte nicht berechnet — weil sich das eben nicht berechnen läßt — daß der Genius des Jahrhunderts nach so vielen verlorenen Schlachten zum letzten entscheidenden Kampfe um Sein oder Nichtsein herausgefordert wurde, und daß mit einer, immer doch möglichen Niederlage nicht blos eine Spekulation in auswärtiger Politik scheiterte, sondern geradezu Alles verloren war: der mexikanische Thron, die französische Militärehre, die Vergewaltigung des Dezember 1851, die vierte Dynastie, endlich die Gewalt selbst, welche seit jener Zeit das Recht hohnlachend unter die Füße getreten hatte. Der Bürge der Reaction in ganz Europa hat im Jahre 1865 Bankerott gemacht: was soll aus den Creditirten werden?

In Schweden stellt sich der König und sein Ministerpräsident an die Spitze der Bewegung, wie anderwärts ein König und sein Ministerpräsident an der Spitze der Reaction stehen. In Schweden werden nicht nur moralische Eroberungen gemacht, sondern thatsächliche, rechtliche, sittliche Siege davon getragen. Der Ständestaat, die geviertheilte Freiheit wird in die ganze, volle, Eine Freiheit verwandelt und ein König sammt seinem Premierminister liebängeln — die einzige, Königen und Ministern erlaubte Koketterie — mit dem Rechtsstaate, mit der Demokratie und der freien Verbrüderung der Stammesgenossen. Durch die schwedische Constitution wird das demokratische Norwegen fester mit Stockholm verbunden, und die rathlosen, schachmatten Dänen sehen den skandinavischen Stern aufgehen, nachdem das Irrlicht der schleswig-holsteinischen Domänen- und Büttelwirthschaft erloschen ist.

An Schleswig-Holstein — heilumschlungen — wird das Borussenthum zu Schanden werden. In den Elbherzogthümern hat das junkerlich-militärische Preußen Alles gewonnen, außer den Herzen, Alles erobert, außer der Ehre. Nicht sieben Fuß und nicht sieben Zoll wird es dort behalten, es sei denn ein kleines Fleckchen für eine Gedenktafel, auf welcher zu lesen sein wird: „Hier kehrte Großpreußen um, vor altdeutscher Derbheit und niedersächsischem Trotze. Besinge, o Nationalverein, den Rückzug der Zehntausend, deren Xenophon Herr v. Manteuffel hieß.“

In Deutschland endlich hat, großentheils durch die schleswig-holsteinische Verwickelung veranlaßt, die Zersetzung der Parteien und die Zertrümmerung des Gothaismus begonnen. So lange das täuschende Luftbild der fortschrittlich-nationalen Spitzen-Politik über dem Horizont stand, glaubte sich die Gutmüthigkeit stark und auf alle Fälle der Zukunft gerüstet; jetzt, da Spreu sich von Weizen sondert, da die geheimen Feinde des Volkes die schwarz-weiße Fahne aus der Tasche gezogen, da die Trikolore auf dem Punkt steht, in feste und entschlossene Hände zu gerathen, die wohl unter ihr, nie aber ohne sie zu bleiben sich gelobt haben: jetzt fangen wir an, wirklich stark zu werden. Es wird nur einer Veranlassung, nur eines herausfordernden Ereignisses bedürfen, um die Bedeutung der Volkspartei in vollem Lichte zu zeigen, um den beschämenden Beweis zu liefern, daß der Nationalverein aus einem invalid gewordenen Generalstab ohne Armee besteht.

Der größte und dauerndste Segen aber, den die Bildung der Volkspartei mit sich bringt, besteht in der abermaligen, rückhaltslosen Stellung der socialen Frage. Die Arbeiterwelt hat von jeher ein gerechtes Mißtrauen in die Wundpflästerchen und harmlosen Tinkturen der Gothaer gezeigt. Die Gothaer haben nämlich consequent die sociale Frage geleugnet und mit ihrer socialen Schönfärberei auch einen Theil der redlichen, aber kurzsichtigen Demokraten berückt. Diese Illusion ist geschwunden: in ihrer ganzen Furchtbarkeit und Folgenschwere wird die sociale Frage wiederum anerkannt und behandelt. Zur Fortschrittspartei konnte sich der vierte Stand, entweder gar nicht oder doch nur für einen Augenblick schlagen. Aber in der Volkspartei ist Platz für ihn und nie wird er zu bereuen haben, dieser seine Sympathieen, seine Liebe, seine Thatkraft zugetragen zu haben. Denn das Volk ist eben Alles, Jeder, und ein Volk kann nicht gehoben, befreit, gefördert werden, ohne daß Alle, Jeder, befreit, gehoben, befördert würden.

Darum sei und bleibe uns gesegnet, du 1865er Jahr, du hast den herrlichsten Feuerwein gezeugt, du hast die Feuersignale aufgesteckt, die uns im wirren Kampfe der Gegenwart zum großen Siege der Zukunft leiten!

Politische Umschau.

Der Stuttgarter „Beobachter“ ruft in seiner Nr. vom 3. Januar seinen Lesern ein „Prosit Neujahr!“ zu, dem er einen Ueberblick über den Gang und die Wendung folgen läßt, welche die Völkergeschicke in dem abgelaufenen Jahre genommen haben. Wir lassen hier die Betrachtung folgen, welche der Beobachter über das deutsche Vaterland anstellt. In der Einleitung wird gesagt:

Es ist gar nicht wahr, daß 1865 „ein verloren und verdorben Jahr“ für die Sache der Völker gewesen. Die Jahrgänge sind wie die Fürsten. Diejenigen sind die besten, die sich nicht mit Blut und Heldenthaten in die Geschichte einzeichnen, sondern die Leute leben und sich selbst regen lassen. Schlachten und Revolutionen sind nur die äußerlichen Zeichen des Fortschritts, das freie Menschenthum erringt seine wahren Siege durch die Ausbreitung der Aufklärung und Bildung und durch die allmälige Durchführung vernünftiger Einrichtungen. So hat auch dieses 1865er Jahr wenig mit dem Gewalts-Scepter regiert; es war für Europa ein Jahr des Wachsens und Werdens und in der Folge wird sich schon zeigen, welche Kraft in der Stille dieser Zeit die Freiheit überall gewonnen hat.

Dann heißt es im Hinblick auf Deutschland: Mit dem einen Wort Gastein ist Alles gesagt. Unsere beiden Großmächte haben es heuer nur bis zu einer Halbheit gebracht, zu einem lächerlichen Produkt, das zugleich ihren bösen Willen und ihre Ohnmacht zeigt. Condominium! Ja, wenn sie das machen könnten, ein Condominium über Deutschland, säuberlich abgetheilt am Main, den Norden für Preußen, den Süden für Oesterreich.

Nur eine Kleinigkeit stellt der Erreichung dieses Zieles sich in den Weg: die deutsche Nation und ihr Wille. Oesterreich und Preußen haben durch die treulose Theilung der „op ewig ungedeelten“ Herzogthümer nur dem deutschen Volke gezeigt, was das Vaterland von diesen Gewaltsstaaten zu erwarten hätte, wenn sie allein bestimmen und ungezügelt machen dürften, was sie wollten. Der lauenburg'sche Handel ist als Illustration beigegeben, wie hoch von ihren Staatsmännern die Völker angeschlagen werden. Die Schande davon fällt nicht auf die etlichen Tausend armen Lauenburger, die ja gegen solche Uebermacht nicht mucksen konnten, sie fällt auf Hohenzollern und Habsburg allein, die sich als Seelenverkäufer vor der ganzen gesitteten Welt bloßgestellt haben.

Niemals, seit die deutsche Frage entstand, ist dem Volk so deutlich gezeigt worden, daß es die Lösung derselben „in seine eigene Hand zu nehmen hat.“ Wann es ihm möglich wird, diese Erklärung abzugeben, ist eine bloße Frage der Zeit. Wie früh oder spät aber auch der Tag dazu kommen mag, auf das Jahr 1865 werden sich die Entscheidungsgründe beziehen und mit dem kurzen Wort: Gastein! werden die Syndici der Nation das Urtheil rechtfertigen, das alsdann über die Dynastien verhängt wird.

Das Volksgefühl hat sich in keinem Putsch, in keinem Krawall, in keiner Verschwörung kund gethan und doch welche Veränderung in den Gemüthern von Millionen Deutschen! Was die einen Regierungen zu thun und zu besiegeln gewagt, die andern aus „Opportunität“ zu mißbilligen nicht versucht haben, hat unleugbar den tiefsten Eindruck auf das Volk gemacht und wenn es uns darum zu thun wäre, für Propheten zu gelten, so könnten wir hier die bekannte Weissagung vom Wind-säen und Sturm-ernten anknüpfen, ohne Gefahr, von der Geschichte widerlegt zu werden.

Ein Stamm ist es, der jetzt für die Nation auf dem vordersten Posten steht und der reactionären Vergewaltigung Widerstand zu leisten hat. Schleswig-Holstein muß fest in sich zusammenhaltend auf seinem Rechte der Selbstbestimmung beharren und alle Künste der Verderbniß und alle Mittel der Gewalt zu Schanden machen. Wir haben alles Vertrauen, daß dieses zähe, treue, deutsche Kernvolk die Pflicht dem Vaterland leisten wird.

Haben wir eines Tages gesehen, daß die befreundeten Bundestruppen mit aufgerollten Fahnen ruhmlos aus diesem deutschen Lande schleichen mußten, so werden wir auch den Tag erleben, wo ihre Verdränger unter dem Spott der Welt wieder abziehen aus dem Land, das sie als einen Theil des Vaterlandes von den Fremden zu befreien das Ehrenrecht, aber zu erobern nicht das Räuberrecht hatten.

Wir übrigen Deutschen haben die Pflicht, innerhalb unserer einzelnen Staaten die Selbstregierung und Selbstverwaltung des Volkes bis zu dem Grade durchzuführen, daß das Einigungswerk der Nation nur noch die letzte Folge und nur noch der letzte Schritt sein wird.

Hierher gehören die gesetzlichen Widerstände, die jetzt eben in Preußen, in Kurhessen, in Nassau u. s. w. zu leisten sind; hierher gehören die Verfassungsrevisionen und Gesetzesverbesserungen, die in Hannover, in Bayern, in Würtemberg, in Baden u. s. w. durchzuführen obliegen.

Am verwickeltsten ist die Aufgabe der deutschen Brüder in Oesterreich, welche nicht nur um Erringung und Erhaltung verfassungsmäßiger Zustände, sondern auch um die Erhaltung ihres Zusammenhangs mit der Nation zu kämpfen haben, der sie als Glieder angehörten, bevor es ein Oesterreich gegeben hat. Deutschland muß ihnen über Alles gehen und sie dürfen keiner Verfassung zustimmen, die sie aus dem Mitleben in der Gesammt-Nation und aus der Mitarbeit an der deutschen Reichsreform hinausdrängt. Lassen sich diese Bedingungen nicht erreichen, so bleibt ihnen nichts übrig, als vom Kaiserstaat abzusehen, in der Lösung von der Verbindung mit fremden Nationalitäten ihr Heil und in der Föderation der deutsch-österreichischen Provinzen ihren Schutz zu suchen.

Duisburg, 21. Dez. Heute Nachmittag fand auf der Schützenburg die Versammlung der nicht wahlberechtigten Einwohner zur definitiven Beschlußfassung über die Petition um Abschaffung des Census bei den Stadtrathswahlen statt. Die Versammlung bestand fast nur aus Arbeitern. Hr. Dr. Lange präsidirte derselben. In dem Entwurfe der Kommission wurde von mehreren Seiten der Mangel einer energischen Forderung des Wahlrechts in städtischen Angelegenheiten für alle Bürger vermißt. Ein entsprechender Zusatz wurde beschlossen, und lautet die Petition nunmehr:

„Die Städteordnung für die Rheinprovinz vom 15. Mai 1856 hat durch die Bestimmungen der §§ 5 und 89 einen Census aufgestellt, durch welchen weitaus die Mehrzahl der selbstständigen und mündigen Männer vom Bürgerrecht ausgeschlossen ist. Nicht so verhält es sich mit den Gemeindelasten, zu welchen Jeder herangezogen wird, der zu den Staatslasten beiträgt. In diesem Verhältniß erblicken wir eine offenbare Ungerechtigkeit gegen alle Diejenigen, welchen durch die Schranken des Census das Recht genommen ist, sich an den Wahlen zur Gemeindevertretung zu betheiligen. Wir betrachten es als ein natürliches und unbestreitbares Recht, daß jeder Staatsbürger auch Bürger in seinem Wohnorte sei. Dieses Recht fordern wir heute. Wir glauben, daß die Beseitigung des Bürgerrechtes der großen Mehrheit der Ortseinwohner einen in moralischer und materieller Beziehung gleich beklagenswerthen Zustand geschaffen hat. Die große Masse der Einwohner kann nicht das rechte Zutrauen zu einer Vertretung haben, bei deren Wahl sie nicht mitgewirkt hat; sie kann nicht das wünschenswerthe Interesse für das Gemeinwohl und für die zu seiner Förderung getroffenen Einrichtungen haben, wenn ihr jeder Einfluß auf die Art, wie die gemeinsamen Interessen geleitet werden, versagt bleibt; sie kann keine hinlängliche Beruhigung darüber haben, daß auch die Interessen der ärmeren Ortsangehörigen immer zum Worte kommen, wo es Noth thut, so lange sie nicht

wählen darf. Die Gerechtigkeit des Wunsches nach einer Abänderung dieses Zustandes kann dem hohen Hause der Abgeordneten gewiß nicht verborgen bleiben und wir geben uns deshalb der Zuversicht hin, daß das hohe Haus von der ihm zustehenden Initiative Gebrauch machen und einen Gesetzentwurf aufstellen werde, durch welchen allen Klassen der Bevölkerung das volle Bürgerrecht ertheilt wird."

Zur Einholung der Unterschriften wurde ein Comité von 20 Mitgliedern gewählt. Auf Vorschlag eines Arbeiters beschloß die Versammlung einstimmig, den Abgeordneten für den Kreis Duisburg, den Herrn Dr. Hammacher aus Essen aufzufordern, die Petition im Abgeordnetenhause zu vertreten, um demselben auf diese Weise Gelegenheit zu geben, seine angeblich mißverstandenen Aeußerungen in der Coalitionskommission zu rectificiren. Nachdem noch von mehreren Arbeitern die Aufforderung an ihre Genossen gestellt war, mit allen Mitteln für die Petition zu wirken und „in den Fabriken und Werkstätten statt von Eisen, Kohlen rc. von Politik und der socialen Frage zu sprechen", wurde die Versammlung geschlossen.

Berlin, 31. Dec. Mit dem Abschluß des Jahres ist die Berufung des Landtags für den 15. Januar veröffentlicht. Die Regierungsblätter erklären, daß dem Landtage das Budget für 1866 und mehrere Entwürfe für bringende Gesetze vorgelegt werden würden. Ob das Budget dies Mal so gefaßt sein wird, daß eine Vereinigung darüber stattfinden kann, wissen wir natürlich nicht, aber müssen es nach den Aeußerungen der ministeriellen Blätter leider bezweifeln. Die versteckten Drohungen, die Regierung werde den Landtag sehr bald wieder nach Haus schicken, haben durchaus keinen Eindruck auf die öffentliche Meinung im Allgemeinen und auf die Abgeordnetenkreise im Besonderen gemacht. Im Gegentheil, unter den Abgeordneten ist der Wunsch allgemein, daß, wenn sie das Unglück haben sollten, wieder eine fruchtlose Session durchmachen zu müssen, es dann wenigstens nicht lange dauern möge.

Die Regierungsblätter beeifern sich in jüngster Zeit aufs Neue, ihre alte Leier zu singen, daß man an ein Aufgeben der Reorganisation nicht denke. Diese Reorganisation sei zum Heile des Vaterlandes nothwendig, indem ohne dieselbe Preußen augenblicklich ganz machtlos dastehen würde. Glücklicher Weise weiß das Volk, was es von solchen Säbelgerassel zu halten hat.

Bayern. Die Bewegung gegen die Kabinetsregierung ist noch immer im Gange. An die Stelle des abgetretenen liberalen Ministers Neumayr ist der halbliberale Koch gekommen, der natürlich später noch leichter zu beseitigen sein würde wie Neumayr, weil er eben als Halbliberaler nicht die Unterstützung bei der öffentlichen Meinung finden wird, deren sein Vorgänger sich erfreut hat. In allen großen Städten Bayerns haben die Volksversammlungen von Nürnberg und Nördlingen Nachfolge erhalten, und die Resolutionen gegen die Kabinetsregierung sind überall angenommen. Eine Deputation, die aus den Volksversammlungen der verschiedenen Städte zusammengesetzt werden soll, wird dem Könige eine Adresse im Sinne der Resolutionen gegen die Kabinetsregierung überreichen.

Aus Mailand, 29. Dec. In einer engen und düstern Kammer London's liegt, so berichten die Zeitungen, seit einigen Tagen der aller Mittel entblößte Mazzini nicht unbedeutend erkrankt darnieder. Er war bis vergangenes Jahr gewohnt, den Winter in Lugano zuzubringen; bekanntlich verweigert ihm aber die Schweiz seit einem Jahre das Gastrecht. Der englische Nebel, die rauhe Witterung, die beständige Arbeit und die Enttäuschungen aller Art haben auf seine Verdauungswerkzeuge in zerstörender Weise eingewirkt und er kann fast keine Speise mehr zu sich nehmen. Dabei quält den Verbannten unsägliches Heimweh und er drückt oft den Wunsch aus, in seinem Vaterlande sterben zu können. Die Aerzte geben ihm keinen Monat Lebensfrist mehr, wenn er dem englischen Klima nicht entsagt. In Folge dieser Nachrichten hat sich eine große Anzahl Patrioten, worunter viele Gemäßigte und namentlich Aerzte, in einer Petition an den König gewandt, damit Mazzini die Rückkehr nach Italien mindestens bis zur Herstellung seiner Gesundheit gestattet werde. Allein Viktor Emanuel erklärte, einen solchen Akt ohne seine Minister, die gegenwärtig in Demission sind, nicht auf sich nehmen zu können, und man behauptet, daß die französische Regierung einen Einfluß auf die Zögerung des Königs ausgeübt habe. Baron Ricasoli hatte s. Z. einmal die Absicht gehabt, Mazzini zu amnestiren, da er der einzige Italiener ist, der in der Verbannung lebt; allein auch damals hat die französische Regierung Einsprache dagegen erhoben. Wenn erst das große Herz gebrochen sein wird, dann wird man seinen vollen Werth erkennen und wenn die erhabenen Ziele erreicht sein werden, für die er gekämpft und gelitten, dann — werden sie ihm ein Denkmal setzen. Schmach Italien, wenn es einen seiner beiden größten Patrioten im Elend der Verbannung untergehen läßt.

Heute, so schreibt der „Nürnb. Anz." am 1. Januar, heute harrt das ganze Philisterthum offenen Mundes, was wohl ER sagen werde. Ist es nicht ein schmachvolles Armuths- und Dummheitszeugniß, das sich die ganze Welt gibt, so viel Wichtigkeit auf die Worte eines kecken Abenteurers zu legen, von dem die Erfahrung schon hundertfach bewiesen hat, daß er die blanke Lüge zum gewöhnlichen politischen Wirkungsmittel erhoben hat, und daß sich von seinen Aussagen auch gar Nichts auf Das schließen lasse, was er denkt oder thun wird? Wie lange wird man sich denn noch foppen lassen?

In **England** hat die in der vergangenen Session durch Parlamentsbeschluß eingesetzte Commission ihren Bericht über die Todesstrafe eröffnet. Die Commission spricht sich für Beibehaltung der Todesstrafe aus (!), verlangt jedoch eine bedeutende Milderung in ihrer Anwendung. Ein Theil der Mitglieder hätte die gänzliche Aufhebung der Todesstrafe vorgezogen, ohne dadurch das Gewicht der Gesammtvorschläge abschwächen zu wollen. Diese unterscheiden zwischen „Mord ersten Grades" und „Mord zweiten Grades", und weisen der letzteren Kategorie alle Fälle zu, in welchen der Vorbedacht nicht durch die klarste Evidenz bewiesen ist. Nur für den Mord ersten Grades und für Hochverrath, der von offener Rebellion oder Meuchelmord begleitet ist, wird die Todesstrafe beibehalten; doch wird auch in diesen Fällen dem Richter die Macht ertheilt, das Todesurtheil einfach zu registriren, und dessen Vollstreckung auf sich beruhen zu lassen, wenn ihm mildernde Umstände vorhanden zu sein scheinen. Für den Mord zweiten Grades, für Todtschlag und für Kindermord wird ein Strafmaß von lebenslänglicher bis zu mindestens siebenjähriger Zwangsarbeit in das Belieben des Richters gestellt. In Bezug auf den Kindermord schlägt der Bericht vor: daß für den Mord von Kindern bis zu 7 Tagen von ihrer Geburt nicht mehr die Todesstrafe, sondern eine längere oder kürzere Periode schwerer Kerkerhaft verhängt werden solle. Die Hinrichtungen sollen in Zukunft nicht mehr öffentliche Schaustellungen zum Ergötzen des vornehmen und gemeinen Gesindels sein, sondern in den verschlossenen Gefängnißhöfen vorgenommen werden. Da es bekannt ist, daß nicht nur der Premier, sondern auch mehrere Mitglieder des Cabinets principielle Gegner der Todesstrafe sind, so läßt sich wohl annehmen, daß diese Vorschläge durchs Parlament gehen werden. Der Kindsmord ist vielleicht gerade deshalb in England zu einer socialen Frage von so ernster Bedeutung angewachsen, weil er thatsächlich straflos blieb. Schon seit vielen Jahren ließ sich keine Jury finden, die gegen eine des Kindsmords angeklagte Mutter trotz des überzeugendsten Beweises das „Schuldig!" aussprechen und die Verurtheilte so dem Galgen überweisen wollte. Die Strenge des Strafmaßes war daher fast gleichbedeutend mit Straflosigkeit, und die von der Commission vorgeschlagene Milderung muß als eine dringend gebotene Verschärfung im Interesse wahrer Humanität anerkannt werden. Die grauenhafte Ausdehnung, zu der sich dieses Verbrechen unter dem Deckmantel der Straflosigkeit und unter socialen Einflüssen der traurigsten Natur hier entwickelt hat, ist wohl geeignet, um auch den gläubigsten Anhänger der Theorie von dem veredelnden Einflusse der fortschreitenden Civilisation mit Zweifel und Schauder zu erfüllen. Dr. Lankester, der als „Coroner" von Middlesex täglich Gelegenheit hat, die Erscheinungen und Verwüstungen dieses seuchenartig wüthenden Verbrechens zu studieren, sagte dieser Tage in einem Meeting, das sich zur Berathung von wirksamen Mitteln gegen den Kindermord versammelt hatte: „England sei als eine Nation von Kindermördern verrufen, und wenn Engländer von den Verbrechen anderer Völker sprechen, so müßten sie sich jeden Augenblick gefaßt machen, daß ihnen der Kindermord ihres eigenen Landes ins Gesicht geschleudert werde. Es sei eine sehr traurige Thatsache, daß solche Vorwürfe ihr vollwichtige Berechtigung haben, und daß man berechnen könne und müsse unter je dreißig Frauen, an denen man auf der Straße vorübergehe, einer Kindsmörderin begegnet zu sein. Seiner Ansicht nach nehmen Publikum und Presse diesen Flecken auf dem englischen Nationalcharakter nicht so ernst als er genommen werden sollte. Die öffentliche Entrüstung stehe offenbar mit der Tiefe und Ausdehnung des Verbrechens in keinem entsprechenden Verhältniß. Auch die Richter des Landes setzten dem Verbrechen nicht die erforderliche Strenge entgegen. Fast für jedes Weib, selbst auf frischer That ergriffen, bilde die Freilassung die Regel. In der That wisse jede Frauensperson, daß sie in diesem Land ihr Kind ungestraft ermorden dürfe, und England sei das einzige Land in der Welt, in welchem so etwas geschehen könne, obgleich es sich rühme, ein Musterland der Civilisation zu sein."

Wie der deutsche Reichsapfel allmählig immer kleiner geworden ist und warum.

(Aus „Diesseits und Jenseits des Oceans" von G. Struve.)

V.

Lothringen — das linke Rheinufer — Helgoland.

Alle die Provinzen, deren wir bisher Erwähnung gethan haben, gingen nach und nach verloren, gewissermaßen nach dem Sprichworte „gutta cavat lapidem, non vi, sed saepe cadendo", oder zu deutsch: „der Tropfen höhlt den Stein aus, nicht durch Gewalt, sondern durch häufiges Fallen". Anders ging es mit Lothringen. Ein Federstrich und es war dahin. Daß ein Habsburger diesen Federstrich that, versteht sich wohl von selbst. Kaiser Karl VI. fing ohne Sinn und Verstand den sogenannten polnischen Erbfolgekrieg an. Die Polen hatten nach ihrer Verfassung Stanislaus Lesczinsky zu ihrem Könige gewählt (1733). Allein die Russen und Oesterreicher wollten nicht zugeben, daß dieselben einen nationalen König und einen allgemein geachteten Mann auf den Herrscherthron erheben sollten. Carl VI. wußte, daß Frankreich Partei für Stanislaus Lesczinsky nehme. Dieses hielt ihn aber nicht ab, gegen den Schützling dieser Macht vorzugehen. So kam es denn zum Kriege, die Franzosen hüteten sich wohl, ihre Heere nach Polen zu schicken. Sie griffen da an, wo es ihnen am besten paßte und brachten die Oesterreicher bald in große Verlegenheit. Aus dieser zogen sich die Habsburger mit gewohnter Geschicklichkeit. Sie traten dem Scheine nach an Stanislaus Lesczinsky, in der That aber an Frankreich Lothringen ab, welches zwar, so lange Stanislaus lebte, von diesem regiert wurde, nach dessen Tode (1766) aber an Frankreich fiel.

Das Haus Habsburg verlor dabei nichts. Es wußte die Karten so zu mischen, daß der Herzog Franz Stephan, der nachmalige Gatte der Erzherzogin Maria Theresia und Kaiser Franz I. für das von ihm abgetretene Lothringen das Großherzogthum Toscana erhielt. So ging uns Lothringen verloren, während das Haus Habsburg Toscana gewann!

Das linke Rheinufer.

Die Eintauschung Toscana's für Lothringen stieß auf so geringen Widerstand und hatte so wenige Rügen in seinem Gefolge, daß das Beispiel ansteckend wirkte. Im Frieden von Basel trat Preußen seine auf dem linken Rheinufer belegenen Besitzungen, 48 Quadratmeilen mit 127,000 Einwohnern, an Frankreich ab, und verschaffte sich dafür im Reichsdeputationsbeschlusse von 1803 240 Quadratmeilen mit 600,000 Einwohnern, natürlich nicht französischen Landes und französische Seelen, sondern deutschen Landes und deutsche Seelen des rechten Rheinufers.

Oesterreich trat seinerseits im Frieden von Campo-Formio (1797) das linke Rheinufer ab, und erhielt dafür Venetien, und wenn nicht alle Nachrichten täuschen, stehen beide Mächte im Begriffe, Schleswig-Holstein und Lauenburg dem Einflusse Deutschlands zu entziehen, um das bedrohte Venetien sicher zu stellen!!

Nach langjährigen Kämpfen kam endlich in den Jahren 1814 und 1815 die Zeit der Abrechnung. Das sog. linke Rheinufer kam zurück. Doch Elsaß, Lothringen, die Niederlande und die Ostsee-Provinzen blieben verloren, und mitten im Jubel der Siege ging uns noch verloren

Helgoland,

die herrliche Felseninsel, die Beherrscherin der Nordsee mit ihren ächt deutschen Bewohnern, diesen kühnen Schiffern und tüchtigen Schiffbauern! Wie? Nach der Schlacht von Leipzig, während die deutschen Heere gegen Paris zogen, sollte Deutschland diese wichtige Insel verloren haben? auf den Siegesjubel folgte doch der Wiener Congreß und der zweite Pariser Frieden! Was im Siegesrausche vergessen, übersehen, vernachlässigt worden sein mochte, konnte ja später wieder

gut gemacht werden! O ja! Aber es geschah nicht. Die Sache hängt so zusammen. Die herrliche Insel Helgoland gehörte seit urvordenklicher Zeit zum Herzogthum Holstein-Gottorp, und dieses Herzogthum stand unter dem Könige von Dänemark. Dieser hielt sich im Jahre 1814, wie jetzt 1864, für vollkommen berechtigt, über Land und Leute nach Lust und Laune zu verfügen. Es galt ja damals, wie noch heut zu Tage, in Europa das Hammelheerden-Staatsrecht. Wer frägt den Hammel, ob er verkauft und abgeschlachtet werden will? Von diesem Standpunkte aus war der König von Dänemark in seinem guten Rechte, als er im Kieler Frieden Helgoland abtrat.

Alle auf dem Congresse zu Wien versammelten Kaiser und Könige gingen von demselben Standpunkte aus. Sie betrieben alle ihr Seelenverkäufereigeschäft nach dem Hammelheerden-Staatsrecht.

Wurden denn etwa die Polen gefragt, ob sie russisch, österreichisch oder preußisch sein wollten? Richtete man an Venedig die Bitte, sie möchten gefälligst österreichisch werden?

Es ging mit Helgoland gerade so wie mit allen übrigen Ländern, über welche der Wiener Congreß verfügte. Auch die Sachsen, welche Preußen zu sich nahm, wurden nicht gefragt, ob ihnen der Wechsel zusage.

So lange die deutsche Nation sich als Hammelheerde behandeln läßt, hat sie gar keinen Grund, sich über solche Kleinigkeiten, wie die Abtretung Helgolands zu beklagen. So und aus diesen Gründen ist der deutsche Reichsapfel immer kleiner geworden.

Socialer Theil.

— Versuch einer socialen Antwort.

VII.

Wir haben an der Hand des Lange'schen Schriftchens das Gebiet der ungeheuern socialen Frage durcheilt. Sechs Meilen sind zurückgelegt, wir wollen heute die siebente machen. Alles das war nur ein Schritt. Wenn nach dem französischen Sprichwort nur der erste Schritt Mühe kostet, so fügen wir nach unserer deutschen Empfindung hinzu, daß wir jeden folgenden mit derselben ängstlichen Gewissenhaftigkeit thun werden, weil wir uns bewußt sind, daß heute Leben und Tod von Hunderttausenden, ja die Existenz ganzer Gesellschaften, an Einem Worte hangen können. So brennend die sociale Frage ist, so gebieterisch sie ihre Lösung erheischt: sie kann durch unzeitige Hast, durch kabalirendes Ueberstürzen, durch gewissenlose Demagogie, unserm politisch noch unfreien Vaterlande das Leben kosten, sie kann uns als zerklüftetes, in sich selbst gespaltenes Volk den Franzosen und Russen zur Beute hinwerfen.

Hr. Dr. Lange, der sich am Schluß seiner Erörterungen sagt, daß der Leser seines Büchleins wohl im Rechte wäre, nach so mannichfacher Kritik des Andern, auch „etliche greifbare Sätze" von ihm selbst zu hören, schickt sich schließlich zur Aufstellung von sechs Thesen an, die wir ihrem Inhalt nach kurz wiederholen wollen, obgleich wir nicht der Ansicht sind, daß der Kritiker zu einem förmlichen Glaubensbekenntniß zu zwingen sei, da ja in der wahren Kritik die eigene Anschauung sich von selber durchzeichnet.

1. Die Arbeiter haben sich selbst um die Angelegenheiten ihres Standes zu kümmern. Sie sollen sich mit ihres Gleichen zusammenschließen und sich des socialen Kampfes stets bewußt bleiben. — Wir haben schon früher bemerkt, daß auch noch andere Leute mit den Arbeitern fühlen und vor allen Stücken für sie denken oder wenigstens ihnen vordenken. Jede Reform oder Revolution ist eine That der ganzen Gesellschaft; der Anstoß zu derselben geht selten von den zumeist Interessirten aus.

2. Der wichtigste Theil der Selbsthülfe ist der politische. Die Arbeiter sollen die Gesetzgebung und Verwaltung ihres Landes kennen, auch die Lage anderer Länder studiren; sie sollen Einfluß im Staat zu gewinnen suchen und sich dabei an „einfache Grundfragen" halten. — Mit andern Worten: das nächste Ziel ist die Ausübung des allgemeinen Stimmrechts, mit weiser Vermeidung der französischen Verirrung und mit dem Bewußtsein, — daß wer im heutigen Zustande der Bildung diese „Höllenmaschine" handhabt, solches auf eigene Verantwortung thut. Eine dreijährige Propaganda auf dem flachen Lande, durch Zeitungen, Flugblätter, Wanderlehrer, moralische Tilgung des Unterschiedes zwischen Stadt und Land, wäre uns gegenwärtig lieber als eine sechsjährige Ausübung des allgemeinen Stimmrechtes.

3. Ueberall müssen Genossenschaften gebildet werden, deren Verwaltung (grundsätzlich und in der Praxis) mehr und mehr in die Hände der Arbeiter kommen muß. Diese Genossenschaften müssen sociale Zwecke haben, d. h. auf wirkliche Hebung des Arbeiterstandes ausgehen. Als Genossenschaften sind sie nicht politisch. Später kann man von der Staatsgewalt, welche die Arbeiter-Idee vertritt, Vorschüsse annehmen. — Der Schlußsatz ist aus dem Grunde anzunehmen, weil er jede Intrigue zwischen Demagogie und Reaction durchaus abschneidet, weil er den Arbeiter auf den rein demokratischen Standpunkt stellt. Was die „Vorschüsse" selbst betrifft, so werden sie auf die Dauer schwerlich baar auszuzahlen sein, da die arbeitende Nation, wenn die Schmarotzer pensionirt sind, sich selbst Credit gibt und die Arbeit, dafern sie sich unbedingt verwirklichen kann, die stärkste Hypothek abgibt, die sich ein Rothschild oder Pereire nur denken kann. Der Begriff „Vorschuß" gehört noch durchaus unseren egoistisch abgesperrten Einzelwirthschaften an und setzt, in andern Verhältnissen beibehalten, die Fortführung unserer heutigen Zellenwirthschaft voraus. In einem großen Fabrikgeschäft macht das Rohstoff-Magazin der Werkstätte keinen „Vorschuß", die Werkstätte macht dem Waarenlager keinen „Vorschuß", das Waarenlager macht der Cassa keinen „Vorschuß", die Cassa nicht dem Rohstoff-Lager. Diese einzelnen fingirten Persönlichkeiten der Buchführung geben sich einfach Credit und zwar blos in den „Büchern", auf dem Papiere. Das ist die Ordnung der Wirthschaft, des Haushaltes, des privaten oder des allgemeinen; sonst hat es weiter keinen Zweck.

4. Die Bildungsbestrebungen der Arbeiter müssen wesentlich sociale sein; der vorbereitende Unterricht, der von Aberglauben und Vorurtheil befreit, ist nützlich, darf aber den Arbeiter nicht vom Nothwendigsten abhalten. — Jeder fühlt den Hieb, der da auf die eigentlich sogenannten „Arbeiterbildungsvereine" geführt wird, und jeder Unparteiische wird zugestehen, daß er verdient ist, wenn — jene Vereine lediglich Schulen oder formale Bildungsanstalten sein sollen. Es ist aber nicht abzusehen, warum der Zweck des richtigen Lesens und Schreibens nicht zugleich an volksthümlichen und socialen Gedanken erreicht werden könnte; nicht abzusehen, in wiefern das den meisten Arbeitern so bluthnöthige Nachexerciren in elementaren Fächern sie in dem Studium und der Behandlung der höchsten und wichtigsten Fragen der Menschheit hindern soll. Unsere eigene Erfahrung widerspricht einer solchen Befürchtung schnurstracks.

5. Wird der Staat entschieden demokratisch, so handelt es sich: a) um Revision der Gesetzgebung in Bezug auf die Unbemittelten; b) um Freiheit für die Associationen und Verbrüderungen jeder Art; c) um Aufhebung aller Strafbestimmungen gegen die Verkündigung der Wahrheit; d) um volle Preßfreiheit (ist im Früheren eingeschlossen); e) um Einführung des allgemeinen und unentgeltlichen Volksunterrichts; f) um Beförderung der Produktiv-Genossenschaften, besonders auch für den Großbetrieb der Landwirthschaft, durch Geldmittel und Gesetze.

Wir würden diese sechs Unterabtheilungen des 5. Punktes etwas anders fassen und ordnen. Es sind theils politische, theils politisch-sociale oder gemischte, theils rein sociale Forderungen. Die politischen Begehren werden von selbst, ohne Mithülfe der Arbeiterfrage, erhoben und befriedigt werden. Allgemeines, vermuthlich directes Stimmrecht in der Gemeinde wie im Staat, behufs der Wahl des Gemeinderaths, der Nationalversammlung, der Geschwornen und der (geprüften) Richter. Preßfreiheit auf Grund des bloßen Civilrechts, mit Geschwornen für alle Fälle; Einführung des Geschwornengerichtes in die Correctional- und Civilgerichtsbarkeit; Revision der Gesetzbücher; Ausdehnung der Gewerbegerichte auf das gesammte Gebiet der Productions- und Lohnverhältnisse. Absolute Freiheit der Versammlungen, Vereine und Genossenschaften, welche die Rechte Dritter nicht beeinträchtigen. Sofortige Reform des Heerwesens, Verwandlung der stehenden Armeen in Milizheere, allgemeine, ausnahmslose Dienstpflicht mit sechswöchentlicher Einexercirung und achttägigen Massenübungen jedes zweite Jahr — auf Staatskosten. Ganz selbstredend Freizügigkeit und Gewerbefreiheit.

Auf der Gränze zwischen Politik und Socialismus steht die Schulfrage. Die Volksschule bis zur Höhe der Mittelbürgerschule ist Recht und Pflicht eines Jeden; die Gemeinde und der Staat zahlen die Kosten; da die Armeebudgets zu drei Vierteln wegfallen, so werden 25 — 30% der heutigen Heereskosten auf die Schulen verwendet. Der höhere Fach- und Gelehrtenunterricht wird kostenlos an die durch Prüfung dazu Qualifizirten ertheilt. Das Monopol des Studirens fällt der Intelligenz und dem Fleiße anheim.

Auf rein socialem Gebiete ist die erste Forderung eine allgemeine, gründliche, möglichst rasche Untersuchung der Zustände des Ackerbaues, der Fabrik, des Gewerbes und des Handels, von vier Commissionen der Nationalversammlung zu betreiben; eine Statistik der Löhne im Verhältniß zum Gesammtertrage; Vorschläge zur anderweitigen Gestaltung der Produktion; Ablauf der begründeten Rechte, die einer solchen Umgestaltung im Wege wären; Organisation des Credits im nationalen Interesse.

An den privaten und einzelnen Produktiv-Genossenschaften wird es sein, während des Zwischenreichs der großen nationalen Organisation entgegen zu arbeiten, ihr die Pfade zu ebnen, die Fähigkeit des Arbeiterstandes zur nationalen Arbeit zu erweisen und den Staat vor kostspieligen und bedenklichen Experimenten zu bewahren. Des Staates Pflicht aber wird es sein, reactionäre Fallstricke, Täuschungen und Niederträchtigkeiten mit Umsicht und Strenge aus dem Wege zu räumen und die Hand der schirmenden Gerechtigkeit über das Werden einer neuen Welt zu halten.

Das ist der Kampf der Gegenwart, und das ist das hohe, unsterbliche Ziel dieses Kampfes, so groß und erhaben, wie noch nie etwas die Geister und Gemüther der Menschheit, in keiner Periode der Vergangenheit, ergriffen und erschüttert hat. Und von diesem Kampfe sagt Dr. Lange schließlich die goldenen Worte, die wir uns nicht versagen können, hier am Ende unserer ersten Abtheilung, mit warmem Danke an den Verfasser, zu wiederholen.

„Dieser Kampf ist aber nicht rein äußerlich zu fassen, sondern er ist zugleich in dem Gemüthe jedes Einzelnen auszufechten. Nichts ist leichter, als daß in erregten Zeiten Verzagtheit in Trotz, Kriecherei in Grausamkeit umschlägt; denn eben wo das höhere Bewußtsein der Berechtigung fehlt, da wird der Durchbruch altgewohnter Schranken leicht zur verwüstenden Ueberschwemmung. Nicht mit Unrecht zittert man vor dem Sklaven, der plötzlich die Kette bricht; während das Walten des freien Mannes Vertrauen einflößt. Deshalb müssen wir auch wünschen, daß der Arbeiter nicht von der Freiheit im Sturm irgend einer europäischen Bewegung überrascht werde. Wilde Gedanken von Haß und Rache werden durch nichts so sicher verbannt, als durch die geistige Arbeit, welche mit freiem Sinn die Verhältnisse des Lebens durchdenkt und sich mit männlicher Offenheit der Erreichung eines bestimmten Zieles widmet. Wem der Glanz der Großen dieser Welt noch imponirt; wer durch Furcht, durch Augendienerei, durch Entwürdigung seiner selbst noch heute dem Götzen der Gewalt geopfert hat; grade der wird am ehesten, wenn morgen ein Wirbelwind diese Altäre stürzt, die gefallene Größe verhöhnen oder in unmenschlichem Wüthen sich für die Schmach früherer Erniedrigung zu entschädigen suchen. So brachen die Greuel der französischen Revolution hervor aus den unterdrückten Massen, welche nur die Zersetzung und endlich die Sprengung der alten Autoritäten wahrnahmen, welche aber niemals an den erhabenen Ideen der leitenden Geister wirklichen Antheil gehabt hatten. Es ist Zeit, daß die europäische Menschheit vor der Wiederholung eines so großen Unglücks gewarnt werde. Es ist aber auch Zeit, daß der großen Wendung der Dinge, die unausbleiblich herannaht, mit Besonnenheit und Einsicht vorgearbeitet werde. Die Offenheit und Wahrheit ist das große Mittel, welches beide Zwecke erfüllt, welches das Ersehnte befördert und das Gefürchtete abwendet. Darum möge man die Arbeiter nicht nur gewähren lassen, wenn sie ernsten Blicks ihre Lage prüfen, wenn sie statt sich dem finstern Groll und dumpfem Zagen hinzugeben, ihr Auge dem Sonnenlicht eines neuen Zeitalters zuwenden und die Mittel und Wege erwägen, wie es herbeizuführen sei; man möge sich freuen, daß sie darauf aus sind, sich als menschliche Wesen im Bewußtsein ihres Rechtes und ihrer höheren Bestimmung jene Freiheit zu erringen, die nur dem Segen bringt, der sie errungen hat. Man sollte nicht die Gefahr, sondern den Anfang der Rettung

aus einer großen Gefahr in dieser Bewegung erblicken. Und, wie der Arbeiter diesen Kampf innerlich durchkämpfen und sich zur geistigen Selbständigkeit und Freiheit erheben muß, bevor er den Sieg erringen und benutzen kann, so können auch die übrigen Klassen der Bevölkerung sich diesem Kampf nicht entziehen. Wer hat es nicht oft auf den Blättern der Geschichte mit Staunen verzeichnet gesehen, wie im Moment einer großen Umwälzung die Wirkung des neuen Gedankens auch die Gemüther der bevorzugtesten Kinder der Vergangenheit mit geheimnißvollem Zauber ergreift? Das ist nicht Furcht, was die Hand am Schwerte lähmt; das ist nicht Ueberraschung, was das drohende Scepter plötzlich in den Staub sinken läßt; nicht gemeine Beschränktheit, was die schlau berechneten Rathschläge zum Verderben wendet: es ist eine verborgene Macht, die aus den Tiefen des gemeinsamen Daseins hervorbricht; es ist das überwältigende Gefühl der großen Wendung der Dinge, welches in die Herzen aller Betheiligten einzieht, auf welcher Seite sie auch stehen mögen. Weßhalb aber den Sturz und die Verzweiflung heraufbeschwören? Wahrheit und Offenheit können davor behüten. Wer den starren Egoismus in sich selbst besiegt, den wird das Rad der Zeiten nicht zermalmen. Er wird selbst der Sieger sein, ob er auch ein unseliges Recht zum Opfer bringt. Nicht den wollen wir loben, der die Hebung des Arbeiterstandes rühmt, und in demselben Athemzug hinzusetzt, daß sie dem Unternehmer Vortheil bringt; sondern den, welcher, des äußeren Nachtheils sicher, der Menschlichkeit die Ehre gibt und zur gerechteren Vertheilung von Genuß und Anstrengung mit Bewußtsein die Hand bietet. Wenn eine solche Gesinnung sich allgemein verbreitete, so wären die Opfer gering und die Vortheile unermeßlich. Wir hoffen nicht darauf; aber schon die Entschlossenheit weniger edel denkender Männer vermag viel zur Linderung des Uebergangs und zur Verherrlichung der neuen Epoche. Soll die Menschheit ewig mit der Barbarei wieder beginnen, wenn eine Culturperiode sich ausgelebt hat und ein neues Zeitalter anfängt? Wir sagen nein! Es ist der Aufklärung der Gegenwart unwürdig, diesen Gedanken zu fassen. Von der Hand, welche jetzt dem Arbeiter sich hülfreich entgegenstreckt, wird er einst auch das Palladium freieren Denkens und edlerer Sitte entgegennehmen. Eine neue Blüthe der Kunst und Wissenschaft, der Humanität und Sittlichkeit wird sich über den Trümmern der vergangenen Weltordnung schnell und herrlich entfalten. Bildung und Brüderlichkeit werden dann die guten Genien sein, welche die Menschheit von Stufe zu Stufe aufwärts leiten."

Die stehenden Heere, das Milizsystem und der arme Konrad.

Unter dieser Ueberschrift hat Oberbrigadier **W. Rüstow** in Zürich in der neuesten zweiten Auflage zu seinem so lehrreichen und für jeden, der sich über diese brennendste Tagesfrage klar werden will, ganz unentbehrlichen Werk: „Von der zweckmäßigen Heeresbildung und erfolgreichen Kriegführung und ihren Hindernissen" *), in welchem er die Frage des von ihm seit Jahren überzeugend verfochtenen Milizsystems an Stelle des stehenden Heerwesens eingehend behandelt, — auch die Vortheile in einigen Abschnitten schlagend erörtert, welche mit dem Milizsystem, wie es sein soll, für den „armen Mann", für den Arbeiter insbesondere verknüpft sind. „Wenn der „arme Mann" sich für eine politische oder politisch-sociale Frage interessiren soll, so fragt er mit großem Rechte, was ihre Lösung in dem einen oder dem anderen Sinne ihm nützt."

„Nun habe ich zwar", so fährt der Verfasser weiter fort, „dem „armen Mann" schon weitläufig gesagt, was ihm die Lösung der Heeresfrage in meinem Sinne, die Begründung meines Milizsystems nützen würde. Indessen habe ich das immer nur implicite gesagt. Mir hat stets bei dieser Frage am nächsten gelegen, zu untersuchen, welche Vortheile allen Gliedern eines Volkes ohne besondere Rücksicht auf diese oder jene Classe aus der zeitgemäßen, den Ideen, die bereits inwendig allgemein adoptirt wenn auch auswendig noch nicht realisirt sind, gemäßen Umgestaltung des Wehrwesens erwachsen müssen. Läge es auch nicht in meiner Natur, mich viel mehr an die versöhnenden, als an die trennenden Elemente im Volksleben zu wenden, so würde mich doch schon die Größe und Heiligkeit der Sache, die ich vertrete, jenen viel eher als diesen zuführen.

„Aber ohne daß ich diesen Standpunkt verleugne, werde ich doch einmal speziell die Frage besprechen können, wie sich die Wehrreform in meinem Sinne zu den Interessen des „armen Mannes" stellt. Dergleichen besondere Betrachtungen dienen nicht blos zur Verdeutlichung der Sache; man kann sie auch wie Proben eines Rechnenexempels, Belege für die Richtigkeit oder Unrichtigkeit eines allgemeinen Ansatzes und einer allgemeinen Lösung ansehen.

„Aus den hierauf folgenden Erörterungen, die, abgesehen von einzelnen, im Interesse der Sache besser weggebliebenen Schroffheiten und Bitterkeiten in der Form, der ernstesten Beherzigung werth sind, lassen wir auszugsweise Nachstehendes folgen.

„Suche ich", sagt der Verfasser, „den Inhalt des Milizsystems in meinem Sinne in wenige kurze Sätze zusammenzufassen, so mag das etwa so geschehen:

1. Aufhebung des Dualismus von Bürger und Soldat, nicht mehr wie im Alterthum für die herrschende Classe der Freien, sondern für das ganze Volk, — Aufhebung des „gewissen Gegensatzes", — Umwandlung des Heeres aus einem dynastischen in ein nationales Institut, entsprechend der Umwandlung des Staates aus dem dynastischen oder Classenstaat in den nationalen, in die passende Form der modernen Gesellschaft;

2. Darum nicht blos allgemeine Wehrpflicht, sondern auch allgemeines Wehrrecht; beide nicht als Phrase, sondern als Thatsache;

3. Darum auch eine körperliche allgemeine Jugenderziehung, als Hauptelement der militärischen Jugenderziehung.

4. Kurze, nicht nach Jahren, sondern höchstens nach Monaten berechnete Ausbildungspräsenz (Ausbildungsdienstzeit bei der Fahne).

5. Reduction der Zahl der Berufsoffiziere und Berufsunteroffiziere auf das zulässige Minimum;

6. Durchdringung des militärischen und bürgerlichen Lebens auch außerhalb der Schule bei Festen, durch Vereine, durch beständige Vorbereitung zu Vertheidigung der Rechte mit den Waffen in der Hand, welche das Wort vorbereitet und zum Bewußtsein bringt.

„Die militärische Jugenderziehung ist der Grundstein dieses ganzen Systems. Ein Milizsystem ohne sie ist noch keins und kann höchstens eines werden, obgleich es nicht einmal nothwendig eines werden muß. Die „Nationalökonomen" haben mit ihrer seichten Behandlung der Militärfrage, deren Entwicklung mehr Schaden gethan als ihr genützt, indem sie immer blos auf die kurze Ausbildungspräsenz abstellten, welche an und für sich gar nichts bedeutet, welche ebensowohl ein Fehler als ein Vortheil sein kann, welche erst insofern etwas bedeutet, als sie sich ableitet aus dem anerkannten Grundsatz, daß der Dualismus zwischen Bürger und Soldat nicht existiren darf, und daß seine Aufhebung folglich schon vorbereitet werden muß durch die Erziehung der Jugend.

„Der Staat, welcher meine Grundlagen der militärischen Organisation adoptirt, ist schon, wenn er ihrer Realisirung nur zustrebt, mit Bewußtsein und Kraft, wenn die Realisirung auch noch gar nicht da ist, — der wahre Staat nach den Forderungen des heutigen Geistes. Er muß es sein und kein anderer Staat kann ein wahrer sein. Dieser wahre Staat, welchen verschrobene, wie man sagt, geistreiche Advokaten spöttisch den „Staat der Zukunft" nennen, ist der Staat der Zukunft. Er unterscheidet sich ebenso wesentlich und ebenso vortheilhaft von dem übergeschnappten „bestehenden" Staat Europa's, der sich außer und über die bürgerliche Gesellschaft gestellt hat und das Volk als fremden Stoff betrachtet, mit welchem er handtiert, — als von dem amerikanischen Staatsembryo, der sich aus dem niederen Entwicklungsstadium der bürgerlichen Gesellschaft erst noch herauszuarbeiten hat.

„Wenn ich nun aber zu der Frage übergehe: was nützt dem „armen Mann" die Durchführung des Milizsystems in meinem Sinne, so werde ich mit dem niedrigsten beginnen, mit dem finanziellen Standpunkt. Ueber diesen haben die Statistiker und Nationalökonomen bisher am meisten gesprochen, ohne aber, aus Absicht oder aus Gedankenlosigkeit, das zu berühren, worauf es eigentlich ankommt. In wenigen Worten will ich Ihnen sagen, was diese statistischen und nationalökonomischen Molluskeu übergehen.

„Die finanzielle Last der stehenden Heere und der Milizsysteme, wie sie heute bestehen, macht sich theils direct jedem einzelnen „armen Manne" fühlbar, theils durch die Rückwirkung der allgemeinen Last, welche sie dem Staat und dem gesammten Volk aufladen.

„Jedes Milizsystem muß nothwendig im Ganzen billiger, weniger kostspielig sein, als ein System, in dem ein stehendes Heer existirt, ohne daß damit gesagt werde, jene erstere müsse auch absolut besser sein, als diese letztere.

„Ein Wehrsystem aber, welches Alles bietet, was für die Landesvertheidigung in militärischer Beziehung geleistet werden muß, und dabei weniger kostet, ist absolut besser, als ein anderes, welches bei größeren Kosten noch mehr leistet, als geleistet werden muß. Denn die Mehrleistung wird stets eine überflüssige, eine Luxus-, eine Scheinleistung sein, und die Mehrkosten im Frieden werden ein Deficit für die im Kriege — unter allen Umständen — nothwendigen Mehrleistungen zu Wege bringen.

„Amerika hat in seinem letzten Bürgerkriege mehr geleistet, als ein europäischer Staat hätte im ähnlichen Falle leisten können, und es verdankte dies — zum großen Theile — dem Umstande, daß es gar keine militärische Organisation hatte. Wenn aber die Union vor dem Kriege eine militärische Organisation gehabt hätte, eine sehr wenig kostspielige, so hätte sie aller Wahrscheinlichkeit nach mit dem zwanzigsten oder auch einem noch geringeren Theile der actuellen Kriegskosten ihren Zweck erreicht. Gar keine militärische Organisation ist immer das Theuerste.

„Das Billigste für den Staat ist aber ein **wohlorganisirtes Milizsystem.**

„Für die Unterhaltung des Milizsystems im Frieden sind weniger Steuern aufzubringen, als für die Unterhaltung eines stehenden Heeres. Jeder Steuerzahler wird nach der Einführung meines Milizsystems gewinnen, also auch der arme Mann.

„Was diesen faktisch am meisten und am unverhältnißmäßigsten drückt, das sind erwiesenermaßen die indirecten Steuern. Alle Finanzsysteme aller europäischen Staaten lassen diese indirecten Steuern noch in ganz unverhältnißmäßiger Proportion zu; wie nachtheilig das auf den gesammten Verkehr innerhalb der einzelnen Nation und von Nation zu Nation, wie nachtheilig es also auf den Volkswohlstand wirkt, ist allbekannt. Weshalb figuriren nun die indirecten Steuern mit so gewaltigen Ziffern bis heute in allen Budgets? Wir behaupten, weil die Staatsbudgets so enorm sind, und weil man die indirecten Steuern auch verdeckte Steuern nennen kann. Die Staatsregierungen scheuen sich, die Summe klar und rein zu nennen, welche eigentlich jedem Steuerzahler abgenommen werden muß, um das Budget zu decken. Sie scheuen sich namentlich vor den Summen, welche sie auf einem Brett den wohlhabenden und dadurch mit Gewalt bekleideten Classen abnehmen müßten, wenn sie ein gerechtes und zweckmäßiges Steuersystem einführen wollten, also eine einzige directe und progressive Steuer. Sie stibitzen daher, und aus Scheu vor den Reichen bestibitzen sie auch den armen Mann, was bei dem System der indirecten Steuer allein in dem herrschenden Maaße möglich, bei diesem aber auch geradezu unvermeidlich wird.

„Nehmen wir nun einmal an, die Staatsbudgets würden viel geringer, als sie jetzt sind, so würde kein Grund mehr zu jener von uns signalisirten Scheu vorhanden sein, kein Grund mehr, die Steuern zu verdecken; man könnte fordern und auflegen, statt höheren Taschendiebstahl zu treiben. Die Regierung könnte ohne Bedenken zu dem großen und würdigen System der einen directen und progressiven Steuer greifen.

„Die enorme und immer steigende Höhe der heutigen Staatsbudgets wird aber hauptsächlich bedingt durch das System der stehenden Heere. Man ersetze dieses durch ein Milizsystem und die Budgets werden soweit sinken, daß eine Reform des Steuersystems gemäß den Forderungen der Vernunft und daher zum Vortheil des armen Mannes möglich wird. Aber so lange das System der stehenden Heere bleibt,

---

*) Der Verfasser erörtert in einem anderen Kapitel, vom „allgemeinen, gleichen, directen Stimmrecht", wie dieses nur — als bewaffnetes allgemeines Stimmrecht aufhöre eine Selbsttäuschung zu sein; wie auch durch die stehenden Heere die städtischen Arbeiter von den ländlichen getrennt und in feindlichen Gegensatz gebracht werden zu Gunsten der Privilegirten und vor allen der höchst Privilegirten, der Dynastien. „Unter Führung der Privilegirten schlägt der durch Bewaffnung stolze Bauernknecht auf den durch Entwaffnung — (wegen Verkrüppelung zu Gunsten der materiellen Interessen) — niedergedrückten Fabrikjungen los und schlägt ihn nieder." „Der „arme Mann" stößt sich selber den Dolch in die Brust für die Interessen der Privilegirten." Alles dies führt der Verfasser in einer Weise aus, die an Klarheit und Deutlichkeit auch für den einfachsten Leser nichts zu wünschen übrig läßt. D. Red.

kann von einer Reduction der Ausgabebudgets gar nicht die Rede sein; ja, wie ich bemerkte, diese müssen, wenn auch unter unbedeutenden Schwankungen, beständig wachsen. Ich habe dies öfters nachgewiesen; die Gründe sind einfach und klar. Wenn Jemand von „Entwaffnung" spricht und doch das System der stehenden Heere beibehalten will, wie Napoleon III., der auch in dieser Richtung einen Congreß zusammenbringen möchte, so ist er entweder ein alberner Mensch oder ein Betrüger. Eine dritte Möglichkeit bleibt nicht.

„Damit wären im Wesentlichen die finanziellen Vortheile erörtert, welche aus der Begründung eines tüchtigen Milizsystems indirect, als Rückwirkungen vom Ganzen auf den Einzelnen entspringen würden.

„Was die directen Vortheile betrifft, so ist es an sich klar, daß der einzelne arme Mann, welcher überhaupt conscribirt wird, gewinnt, wenn er dem Staate, um militärisch dienstbrauchbar gemacht zu werden, statt tausend Tagen etwa nur hundert Tage seiner Arbeit zu opfern hat. Der Vortheil springt noch entschiedener in die Augen, wenn man bedenkt, daß der Mann dem Staate das Opfer meistens in einer wichtigen Entwicklungsperiode bringen muß, die namentlich für den städtischen Arbeiter bedeutungsvoll ist. Wird die letzte Ausbildungspräsenz auf wenige Monate reducirt, so kann sie den jungen Mann gar nicht vollständig aus seiner bürgerlichen Entwicklung herausreißen, um so weniger, je mehr er sich bei der Existenz der allgemeinen militärischen Jugenderziehung bereits an diese immerwährende Durchdringung militärischen und bürgerlichen Lebens gewöhnt hat. Aber bei dieser Abkürzung der letzten Ausbildungspräsenz und bei der Realisirung der allgemeinen Wehrpflicht und des allgemeinen Wehrrechtes ist es auch dem Staat durchaus nicht mehr unmöglich, auf den Entwicklungsgang des Conscribirten die höchste und ausgedehnteste Aufsicht zu nehmen. Ob der Conscribirte mit 21, 22 oder 23 Jahren seine letzte Ausbildungspräsenz durchmacht, wird nun ganz gleichgültig. Der vernünftige Staat sieht darauf, daß durch diese Ausbildungspräsenz die bürgerliche Entwicklung nicht unnöthiger Weise unterbrochen werde.

„Ein nicht kleiner Gewinn ist es hiebei, daß die Begünstigungen der Reichen und der Wohlhabenden nun gänzlich wegfallen können und müssen; ein Gewinn für den Einzelnen, wie ein Gewinn für das Ganze. Der Vergleich zwischen enormen Vortheilen auf der einen und enormen Nachtheilen auf der andern Seite, ist es hauptsächlich, was dem Einzelnen das Leben verbittert und Trennung und Verbitterung in das gesammte Staatsleben als ein störendes, höchstens in seinen äußerlichen Erscheinungen unterdrücktes, darum nichts destoweniger ewig wirkendes Element hineinträgt.

„Bei dem heutigen System der stehenden Heere sind aber die Reichen und Wohlhabenden gegen die Armen stets bevorzugt und es kann gar nicht anders sein. Dieselben Dinge, die ich bei Betrachtung der Steuern und des Steuersystems bemerkt habe, kehren immer und auf allen Punkten wieder. An einem Orte sind die Reichen, — von dem einseitigen finanziellen Standpunkte aus — „begünstigt" durch das Institut der Stellvertretung, an anderen durch das Institut der einjährigen Freiwilligen, und wo keines von diesen vorhanden wäre, würden sie noch immer bevorzugt sein durch eine Menge von einzelnen Verhältnissen, die ihnen größere Freiheit der Wahl lassen, als der Arme sie haben kann. Göthe hat wiederholt gesagt, der Reichthum bringe den Menschen dem Naturzustand näher. Und dieser Naturzustand ist stets mit Millionen Ungerechtigkeiten verknüpft. Der Staat kann wirklich zu einem großen Theil diese Ungerechtigkeiten zu Gunsten der Reichen, wie sie in der bloßen bürgerlichen Gesellschaft nur schärfer vorhanden sind, als im wirklichen Naturzustand, entfernen, — und ich sage es einfach heraus, der Staat hat gerade in dieser Beziehung die höchste aller seiner Aufgaben zu lösen.

„Wie wenig die Zahlung, welche der Reiche leistet, um sich einen Stellvertreter zu kaufen, als Opfer gleichzustellen ist demjenigen, welches der Arme bringt, der persönlich drei oder mehr Jahre im Frieden Militärdienst thun muß, darüber brauche ich wohl kaum ein Wort zu verlieren. Einzelne Männer, wie z. B. der verstorbene Schulz-Bodmer, haben das Aequivalent, welches eigentlich dem conscribirten Soldaten als Sold auszuzahlen wäre, nach den Summen berechnen wollen, die gewöhnlich ein Stellvertreter kostet. Dies ist aber ganz und gar falsch. Die Leute, welche sich als Stellvertreter so verhandeln, sind im bürgerlichen Werthe nicht die ersten; das Umgekehrte ist das gewöhnliche, obwohl ich durchaus nicht verkenne, daß einzelne Ausnahmen vorkommen. Wenn es eine Rubrik A von Leuten gibt, die sich für 2000 Gulden als Stellvertreter verhandeln, wenn diese Rubrik hinreicht, um den herkömmlichen Bedarf zu decken, so ist damit noch gar nicht gesagt, daß es nicht ferner Rubriken B, C, D u. s. w. geben sollte, die sich, wenn sie die freie Wahl hätten, auch nicht für 4000, nicht für 8000, nicht für 20,000 Gulden u. s. w. als Stellvertreter verhandeln würden, obwohl sie arm genug sind, um die herkömmliche Stellvertretungssumme nicht bezahlen zu können.

„Bei den hergebrachten „bestehenden" Verhältnissen muß man auch nie vergessen, daß in Hinsicht auf den Militärdienst die Reichen und Wohlhabenden insofern ganz ungeheuer bevorzugt sind vor dem armen Manne, als ein großer Theil der von ihnen gezahlten Steuern, ja meistentheils viel mehr als sie an Steuern aufbringen, wieder zu ihnen zurückfließt in Gestalt der Besoldungen von Berufsoffizieren, welche ausschließlich aus den Classen der Reichen und Wohlhabenden hervorgehen, nicht aus den Classen der armen Leute. Ich habe diesen Punct, in meiner Junkerbroschüre *), wie ich meine, mit einer Deutlichkeit behandelt, die nichts zu wünschen übrig läßt. Für den freilich, der nicht sehen will, ist Alles überflüssig.

„Ich sollte nun denken, der arme Mann könnte vollständig einsehen, wie sehr ihm die Wehrreform in meinem Sinne nützlich sein würde, weil sie Allen dient, weil sie nicht für die egoistischen Interessen einzelner Classen oder Kasten gemacht ist, — wie sehr sie ihm nützlich ist, schon wenn wir bloß auf dem beschränkten Finanzstandpunct stehen bleiben."

Wir müssen hier, nach dem uns zugemessenen Raum, abbrechen und empfehlen den Lesern die weiteren Ausführungen in dem Werke selbst nachzulesen.

*) Die preußische Armee und die Junker. Hamburg bei O. Meißner. 1862.

Vom Büchertisch.

W. Leipzig, 2. Jan. Ich halte es allen Brudervereinen gegenüber für eine angenehme Pflicht, sie auf die Wochenschrift „Aus der Heimath" aufmerksam zu machen, wenn sie dieselbe etwa noch nicht kennen sollten; denn sie gehört unter jene Bildungsmittel, welche in keinem Arbeitervereine fehlen sollten. Der Herausgeber derselben, Herr Prof. E. A. Roßmäßler, ist ja ein Mann, dessen Verdienste um Volksbildung in und außerhalb Deutschlands seit vielen, vielen Jahren die verdiente rühmliche Anerkennung gefunden haben. In seiner Wochenschrift „Aus der Heimath" weiß der edle Volksfreund in einfacher, allgemein verständlicher Sprache und in anziehender Form dem nach Bildung und Aufklärung Dürstenden einen Schatz des Wissens zu bieten, welcher eben so sehr nützt als unterhält. Die Welt, die Natur, unsere „Heimath" sind es, welche hier der lauschende Schüler an der Hand des liebevollen Meisters durchwandert, und mit Staunen und Entzücken sieht er hier die Wunder der Erde, da des Lebens Weisheit sich offenbaren. Einen höchst peinlichen Eindruck machte es in dem Kreise der hiesigen Demokratie, als man hörte, Ernst Keil habe dem Herausgeber den Verlag jener Zeitschrift gekündigt! Doch fand sich bald ein anderer Verleger, und das deutsche Volk, die deutschen Arbeiter werden dem verdienstvollen Veteranen der Volksbildung den schuldigen Dank dadurch zollen, daß sie für eine recht zahlreiche Verbreitung dieser Wochenschrift Sorge tragen. Der Preis von 15 Sgr. pro Quartal ist ohnehin ein sehr billiger, wenn man die vortreffliche Ausstattung in Druck, Papier und höchst gelungenen Holzschnitten zu würdigen weiß.

Bei dieser Gelegenheit kann ich noch die erfreuliche Mittheilung machen, daß demnächst drei andere Werke Roßmäßler's neue Auflagen erleben werden, und zwar: „Der Wald", ein Prachtwerk mit zahlreichen und ausgezeichneten Stahlstichen und Holzschnitten; dann „der Mensch im Spiegel der Natur", ein Buch, welches schon lange im Buchhandel nicht mehr zu haben war, da es dem bisherigen Verleger nicht beliebte, dasselbe (trotz der vielen Nachfragen) wieder drucken zu lassen; endlich „Das Wasser", ein Werk, das reich ist an unterhaltender Belehrung. — Prosit Neujahr!

Briefkasten.

Von Hrn. W. F. in Kaiserslautern pro 1. Quartal 66, 1 fl. erhalten. — Bestellungen aus Hannover, Diettingen und La Chaux de fonds vorgemerkt; Empfang von 12 Frcs. für letztere Bestellung hiermit bescheinigt. Correspondenz aus Weimar, Waltershausen und Diettingen (Gruß herzlich erwidert) für diese Nummer zu spät.

Abonnementseinladung auf die Deutsche Wehrzeitung.

Mit dem 1. Januar beginnt die „Deutsche Wehrzeitung“ ihren dritten Jahrgang. Wir bitten um rechtzeitige Bestellung für das neue Abonnement, damit die Auflage bestimmt werden kann.

Das Blatt kann aller Orten durch die **Post**, wie durch den Buchhandel und direct von der Expedition hier bezogen werden.

Abonnementspreis hier am Ort 1 fl. 12 kr., wozu bei directem Bezug der Portozuschlag, bei Bezug von der Post der Postaufschlag hinzutritt, mit dem, in ganz Deutschland, der Preis auf 1 fl. 30 kr. süddeutscher Währung sich stellt. Der Bezug durch die **Post** empfiehlt sich als der rascheste Weg der Beförderung und ist überdies **billiger** als der directe Bezug unter Kreuzband. Der Bezug durch den Buchhandel ist der billigste, leider aber unvermeidlich auch der langsamste. **Insertionspreis** 2 Sgr. oder 7 kr. südd. W. = 12 kr. österr. W. für die gespaltene Petitzeile.

Die **„Deutsche Wehrzeitung“**, zu deren Gründung vor zwei Jahren wir, weder in unserem geschäftlichen Interesse, noch im Dienste einer Partei, wohl aber im Dienste der nationalen und freiheitlichen Bewegung, der wir mit unserem ganzen Wirken dienen, — gern die Hand geboten haben, ist bisher auf **unsere** Kosten und mit nicht geringen Opfern, pecuniären, wie anderen an Arbeit und Zeit, zwei Jahre hindurch fortgeführt worden. Wir glauben damit unserer patriotischen Pflicht in dieser Richtung in den Augen jedes Unbefangenen vorerst vollkommen Genüge geleistet zu haben. Um das wichtige Organ der nationalen Bewegung aber nicht untergehen zu lassen, haben wir die erforderlichen Schritte gethan und es hat sich Herrn L. Schweigert's Buchdruckerei hier, in welcher in letzter Zeit das Blatt gedruckt worden ist, bereit erklärt, auf ein Jahr den Betrieb des Blattes für eigenes Risiko zu übernehmen, wogegen **wir** nach Ablauf dieses Jahres auf den gleichen Zeitraum den Betrieb **wieder übernehmen werden**, bis endlich dem, als ein so wichtiger Krystallisationspunkt der nationalen Bewegung von jedem denkenden Patrioten anerkannten Organ endlich die feste Existenz gesichert sein wird.

Bestellungen, im Buchhandel wie directe und solche durch die Post, ferner Briefe, Manuscriptsendungen und **neue** Pränumerationen für die **„Deutsche Wehrzeitung“** sind hiernach vom 1. Januar des neuen Jahres **nicht** mehr an **uns**, sondern an **L. Schweigert's Verlagsbuchhandlung** hier (große Johannisgasse III. Nr. 64) zu richten. Alle Abonnements- und Inseratenrückstände bis Ende des Jahres 1865 sind dagegen noch an uns zu entrichten. — Schließlich bitten wir unsere geehrten Abonnenten noch um Entschuldigung, daß wegen der diesmaligen drei Weihnachtsfeiertage, in welche das Erscheinen der letzten Nummer des letzten Quartals gefallen ist, diese hat ausfallen müssen.

Coburg, Ende Dezember 1865. **F. Streit's Verlagsbuchhandlung.**

Die vorstehende Anzeige von F. Streit's Verlagsbuchhandlung über den vom 1. Januar ab bis auf Weiteres erfolgten Uebergang des Betriebs der **„Deutschen Wehrzeitung“** an uns bestätigend, bitten wir alle auf das neue Abonnement bezüglichen und für die Expedition wie für die Redaction bestimmten Sendungen vom 1. Januar ab an unsere unterzeichnete Firma zu adressiren.

Coburg, Ende Dezember 1865. **Expedition der deutschen Wehrzeitung.**
L. Schweigert's Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung.

Auf die auffälligen, aber den Motiven nach freilich sehr begreiflichen Verdächtigungen aus gewissen, uns wohl bekannten Federn, welche in der „Kölnischen Zeitung“ und andern „liberalen Blätter“ das staunende Publikum von „großartigen Unterstützungen“ wie wir hören, unterhalten, welche die Blätter unseres Verlags vom „Nationalverein“ erhalten haben sollen, bemerken wir bei dieser Gelegenheit, um solche wissentliche oder unwissentliche Verwechslungen unserer Blätter mit der vormaligen „Süddeutschen Zeitung“ ein für alle mal abzuschneiden: daß die Verdächtigung, als ob aus den Mitteln dieses Vereins unsere Blätter gegründet und betrieben worden seien, schon zu Anfang dieses Jahres, damals freilich in reactionären Blättern aufgetaucht und in allen liberalen Blättern und in der „Wochenschrift des Nationalvereins“ (Nr. 248 vom 26. Januar 1865, S. 2095 und 96) selbst, wie folgt, berichtigt worden sind: Wie mit der „allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung“, so lautet die Berichtigung des Nationalvereinsorgans, „verhält es sich mit der „deutschen Wehrzeitung“. „Das Unternehmen ward vor einem Jahr aus militärischen Kreisen angeregt, im Hinblick auf die, das Verständniß für die Sache auch in weiteren Kreisen fördernde, besondere Gunst der Lage, welche durch den dänischen Krieg herbeigeführt worden war. Abgesehen von allen anderen Gründen, machte schon die Getheiltheit der Ansichten über die Wehrfrage innerhalb der liberalen und nationalen Partei eine Inhandnahme der Sache von Seiten des Nationalvereins **von vorneherein unmöglich und wurde deßhalb gar nie in Anspruch genommen.** Bei den großen Schwierigkeiten des Unternehmens war aber auch auf die Verlagsübernahme von keiner anderen Seite zu rechnen. Das Zustandekommen der „Deutschen Wehrzeitung“ wurde daher schließlich nur möglich dadurch, daß **Streit's Verlag** das Risiko **auch hierfür** übernahm.“ So damals das officielle Organ des „Nationalvereins“ selbst, gegen die Verdächtigungen reactionärer norddeutscher Blätter. Es ist characteristisch, daß jetzt fast die nämlichen Verdächtigungen in „liberalen“ norddeutschen Preßorganen sich wiederholen, seit die Blätter unseres Verlags gegen das Liebäugeln mit dem annexionistischen Borussenthum energisch Front machen. Uebrigens wollen wir dabei eine einzige sehr ehrenhafte Ausnahme nicht unerwähnt lassen. Die „Magdeburger Presse“ hat jene Artikel der „Kölnischen Zeitung“ nachgedruckt, hat dieselben aber nach besserer Information von freien Stücken selbst berichtigt.

F. Streit's Verlagsbuchhandlung.

In **F. Streit's Verlagsbuchhandlung** in **Coburg** sind ferner erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Diesseits und Jenseits des Oceans

von Gustav Struve.

Zwanglose Hefte zur Vermittlung der Beziehungen zwischen Nordamerika und Deutschland. **Erster Jahrgang.** Mit den wohlgetroffenen Bildnissen von **Abraham Lincoln** und **Friedrich Hecker.** Ein starker Octavband. Preis 2 Thlr. 20 Sgr. oder 4 fl. 48 kr.

Die vier Hefte dieses ersten Jahrgangs bilden in ihrer Vereinigung ein Ganzes, welches die gegenwärtige sociale Lage der Vereinigten Staaten Nordamerika's und Deutschlands und deren gegenseitige Beziehungen darstellt, und umfassende Andeutungen gibt, in welcher Weise die Zustände unseres Vaterlandes nach dem Vorbilde der großen Republik im Westen des Oceans, in deren Schooße sieben Millionen Deutsche frei und glücklich leben, verbessert werden können, wie es andererseits vielfache Aufschlüsse und Fingerzeige zum Verständniß der amerikanischen Verhältnisse für Diejenigen enthält, welche sich drüben eine neue Heimath gründen wollen.

Deutschlands

Errettung aus tiefster Schmach.

Programm der Zukunft.

Zweite, durchgesehene Auflage.

Preis 6 Sgr. oder 21 kr.

Mit kundiger Hand, in kurzen, schlagenden Zügen, überall auf fester geschichtlicher Grundlage ruhend, zeichnet die Schrift die bisherigen Mißgriffe in der nationalen Bewegung und das, was, ohne fernere Selbsttäuschungen, zu gründlicher, zuverlässiger Lösung endlich geschehen muß, längst hätte geschehen sollen und wozu das erwachende Volksbewußtsein mehr und mehr hindrängt. Es sind die ersten Grundlinien des nationalen Programms der Zukunft, welche die Schrift zeichnet. Dieselbe mag bekämpft werden, ignorirt werden kann sie nicht. Kein künstliches Produkt doctrinärer Stubengelehrsamkeit, sondern herausgewachsen aus der bedrohten Lage des Vaterlandes und zu deren richtiger Beurtheilung dienend, muß die Schrift ohne Unterschied des Standpunktes, in der Hand jedes deutschen Politikers sein.

Die erste Auflage war in wenig Wochen vergriffen. In **Preußen** hat man durch **sofortiges Verbot** den Werth der Schrift anerkannt.

Von der zweckmäßigen

Heeresbildung

und erfolgreichen

Kriegführung u. ihren Hindernissen.

Zur Frage des Uebergangs vom stehenden Heerwesen zum Milizsystem.

Mit einem Anhang:

Die stehenden Heere und der arme Konrad.

Von

W. Rüstow,

Oberst-Brigadier.

Zweite vermehrte Auflage. Volksausgabe.

48¼ Bogen. gr. 8. Preis 2 Thlr. 20 Sgr. oder 4 fl. 40 kr. S. W.

Während bei dem Erscheinen der ersten Auflage das Interesse an der Frage der Heeresreform noch sehr wenig lebendig war, hat dieses in Folge dessen und der daran anschließenden fortgesetzten öffentlichen Besprechung dieser Fragen in immer weiteren Kreisen Wurzel gefaßt und es wurde die Frage der Wehrreform, sowohl in der Richtung nach Außen als Machtfrage, wie in der Richtung nach Innen als Frage des Schutzes der Freiheit und des Rechtes, und bei dem in Folge des stehenden Heerwesens immer mißlicher sich gestaltenden Stande der Budgets der meisten Staaten, von allen denkenden Politikern als die brennendste Frage der Gegenwart betrachtet. Der berühmte, in seinem Fach längst als Autorität anerkannte Verfasser des obigen Werkes hat in der neuen Ausgabe in noch präciserer und schlagenderer Zusammenfassung nicht nur die ganze Unhaltbarkeit und Verwerflichkeit des stehenden Heerwesens, sondern ebenso auch die praktische Möglichkeit eines allen Anforderungen entsprechenden, wahrhaft volksthümlichen Milizsystems und dessen Fundamentalsätze, auf Grund seiner reichen Sachkenntniß und Erfahrung, vom theoretischen wie vom praktischen Standpunkt, für den Sachverständigen wie für den Laien gleich überzeugend dargethan. Das Buch ist für Militärs wie für Nichtmilitärs, namentlich für alle Mitglieder gesetzgebender Körperschaften, wie überhaupt für jeden, der sich über die einschlagenden Fragen volle Klarheit verschaffen will, ein ganz unentbehrliches Hand- und Hülfsbuch, die „Bibel der Wehrreform“, wie ein sachverständiger Beurtheiler das Werk genannt hat. Die unterzeichnete Verlagsbuchhandlung ist bei dieser Volksausgabe, in welcher der Herr Verfasser auch die wirthschaftliche und sociale Seite des Gegenstandes scharf beleuchtet und dadurch das Werk auch den weitesten Volkskreisen, namentlich den Arbeiterkreisen doppelt interessant gemacht hat, bemüht gewesen, soweit irgend möglich durch Billigkeit des Preises das bedeutende Werk auch den weitesten Kreisen zugänglich zu machen und halten wir uns bei dem erwachten und täglich wachsenden Interesse für den Gegenstand des Werkes einer der großen Bedeutung der Sache und dem bleibenden Werthe des Werkes entsprechenden Verbreitung auch dieser neuen Volksausgabe versichert.

Großbrittaniens Männer aus dem Volke.

1863. In 8. Preis 10 Sgr. oder 36 kr.

In anziehender Darstellung eine Reihe von aus dem Leben bedeutender, aus dem Volke emporgestiegener Männer Großbrittaniens gegriffener Belege für die tiefsittliche Wahrheit des Satzes „hilf Dir selbst, so wird Gott Dir helfen“, den die Schrift als Motto an der Spitze trägt. Darunter insbesondere eine kurzzusammengefaßte, echt volksthümlich geschriebene Biographie des großen Erfinders der Eisenbahnen, **Georg Stephenson.**

Soeben ist erschienen und durch die **J. G. Riemann'sche Hofbuchhandlung** in **Coburg**, sowie durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Neun

Plattdeutsche Göttergespräche.

(Mecklenburgische Mundart.)

2. Auflage.

Preis 10½ kr. oder 3 Sgr.

Schiele's Ventilatoren

und Exhaustoren

kosten Thlr 23., 57⅓ u. 171⅓; blasen 5, 20 und 80 Schmiedefeuer, oder schmelzen 15, 60 und 240 Ctr. Eisen pr. Stunde, oder saugen, ventiliren und trocknen kräftig. Näheres franco gegen franco.

55| **C. Schiele, Frankfurt a. M.** (früher in England).

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert in Coburg.

Nr. 160.

Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 48 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 1 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung". Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Vierter Jahrgang.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Sonntag, 21. Januar 1866.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

Vereinsangelegenheiten.

Die **Berliner Reform** schreibt: Eine der ersten Petitionen, welche dem Abgeordnetenhause vorgelegt worden, ist die des Berliner Arbeitervereins um Reform der Paßgesetzgebung. Bereits unterm 3. August v. J. hatte der Verein durch seinen Vorsitzenden, Hrn. Bandow, an das Staatsministerium das Gesuch gerichtet: „baldthunlichst, unter Aufhebung aller den persönlichen Verkehr hemmenden Bestimmungen, ein neues Paßgesetz zu erlassen, resp. mit den beiden andern Factoren der Gesetzgebung zu vereinbaren, in demselben aber alle Bevorzugungen einzelner Klassen von Staatsbürgern auszuschließen und allen gleiche Rechte zu gewähren". — Es wird das Abgeordnetenhaus dabei auch auf die Beseitigung der Arbeitsbücher für Arbeiter und Handwerker aufmerksam gemacht und bemerkt, daß es unter den gegenwärtigen staatlichen wie gesellschaftlichen Verhältnissen geradezu entwürdigend für den Arbeiter erscheine, ihn einer ähnlichen polizeilichen Aufsicht zu unterwerfen, wie bestrafte Verbrecher und prostituirte Dirnen, ganz abgesehen davon, daß durch die Arbeitsbücher eben so wenig der beabsichtigte Zweck erfüllt werde, als dies andererseits durch die Paßcontrole geschehe. — Auch in Bezug auf diesen Gegenstand hatte der Berliner Arbeiterverein, resp. dessen Vorsitzender, unterm 25. Juli v. J. an das Ministerium des Innern einen Antrag gerichtet, harrt aber ebenfalls noch einer Bescheidung darauf. — Auch bezüglich des allgemeinen Wahlrechts beabsichtigt der Verein demnächst Anträge, wie der N. Frkf. Ztg. aus Berlin geschrieben wird, zu stellen und wird von seinem Vorsitzenden eine bezügliche Broschüre vorbereitet,

(Bei dieser Gelegenheit bemerken wir, daß, obwohl wir uns von Anfang an bereit erklärt haben, die vom ständigen Ausschuß ohnlängst gegründete und von dem Ausschußmitglied Hrn. F. Bundow herausgegebene lithographirte Correspondenz regelmäßig abzudrucken, wir bis jetzt doch nur erst einmal dieselbe zugesendet erhalten haben. Möglich daß dieselbe inzwischen nicht öfter erschienen ist. Sollte letzteres aber doch der Fall sein, so bitten wir um regelmäßige Zusendung und bemerken dies hier zur Vermeidung etwaiger Mißdeutung, als ob wir unserer Zusicherung des regelmäßigen Abdrucks nicht nachgekommen wären. Die Redaction der Allg. d. Arbeiter-Zeitung).

Stuttgart, 15. Jan. Gestern Abend feierte wie herkömmlich der Arbeiterbildungsverein sein jährliches Stiftungsfest im Paul Koid'schen Saale. Zur Eröffnungsrede kamen wir zu spät, dagegen hörten wir noch eine Reihe von Berichten über die verschiedenen Thätigkeiten des Vereins. Daß die Berichterstatter abwechselten, erhielt das Interesse für ihre Vorträge frisch; neben dem schwäbischen vernahm man den österreichischen und den preußischen Dialekt, bei so unbefangener Brüderlichkeit der beste Beweis, daß im Volke selbst das einige Deutschland längst fertig ist. In der musterhaften Ordnung, durch die sich alles Geschäftliche des hiesigen Vereins auszeichnet, war die aufopfernde Thätigkeit des Herrn Eduard Pfeiffer nicht zu verkennen. Als Vertreter des ständigen Ausschusses sprach Hochberger von Eßlingen seinen Tadel über die nationalvereinlich mißleiteten badischen Arbeiterbildungsvereine aus, die sich eben jetzt im Widerspruch mit den Beschlüssen des Stuttgarter Arbeitertags gegen das allgemeine Stimmrecht erklären. Weitere politische Reden wurden gehalten von W. Wiedemann und Carl Mayer. Im Gesang haben die jungen Leute auch dies Jahr wieder merkliche Fortschritte gemacht. „Zu Straßburg auf der Schanz" und den Nachtchor aus Kreutzers Nachtlager hörten wir trefflich ausführen. Nach allen Zeichen scheint der Verein im besten Flor zu sein. — Aus den dabei gehaltenen Vorträgen ergibt sich Folgendes: Es wurden im vergangenen Jahre 31 Vorträge aus den verschiedensten wissenschaftlichen Gebieten gehalten. Auch war es durch das Entgegenkommen der k. Centralstelle für Gewerbe und Handel möglich, daß dieses Jahr die Vereinsmitglieder sich an den Unterrichtsstunden der trefflichen gewerblichen Fortbildungsschule betheiligten. Außerdem aber wurde noch besonderer Unterricht ertheilt im Turnen, Singen, Schönschreiben, in der Rechtslehre, gewerblichen Korrespondenz und Buchführung. Durch die Freigebigkeit der Cotta'schen und Rieger'schen Buchhandlung wuchs die Vereinsbibliothek um 200 Bände. Der Baufond des Vereins ist gleichfalls erfreulich gewachsen und beträgt jetzt 2400 fl. Die Krankenkasse dürfte stärker als bisher benützt werden, sie zählt erst 100 Mitglieder. Diese Kasse hat ein kleines Stammvermögen, dessen Bildung durch einige Geschenke des Königs und der städtischen Behörden ermöglicht worden ist. Aus all' den Berichten aber geht hervor, daß sich der Verein in stetiger Weise fortentwickelt, so daß sich die Unzulänglichkeit des jetzigen Lokals immer mehr herausstellt. Ueber den vom Verein gegründeten Konsumverein ist noch anzuführen, daß es diesem zu verdanken ist, wenn in diesem Winter die Brennmaterialien keine weitere erhebliche Preissteigerungen erfuhren. Dem Konsumverein sind auch eine Menge außerhalb des Arbeitervereins stehende Familien, worunter sehr angesehene, beigetreten. —

Das Verdienst der würtembergischen Arbeiterbildungsvereine ist es, die endliche Beseitigung der Heirathserschwerungen angeregt zu haben. Allein obschon ein darauf gerichteter Beschluß der würtembergischen Kammer vorliegt, ist die Regierung doch noch nicht zu dessen Ausführung geschritten und noch immer kommen krasse Fälle solcher Heirathserschwerungen vor. Arbeiterbildungsvereine gibt es jetzt nach dem neuesten Stand einundzwanzig: nämlich in Eßlingen, Göppingen, Ulm, Reutlingen, Blaubeuren, Hall, [illegible]

heim, Ravensburg, Schorndorf, Tuttlingen, Heidenheim, Biberach, Aalen, Berg bei Stuttgart, Laufingen, Isny, Rottweil, Besigheim, Heilbronn, Leutkirch und Stuttgart.

Für **Werdau** sind bis zum 13. Januar ferner bei uns eingegangen:

149 Thlr.	13⅓ Ngr.	Uebertrag aus Nr. 11 d. Bl.
2 „	15 „	vom Arbeiterbildungsverein zu Osnabrück.
5 „	— „	vom Arbeiterver. zu Frankenberg.
4 „	— „	vom Arbeiter-Fortbildungsverein zu Memmingen.
2 „	— „	vom Arbeiterverein zu Lindau in Bayern.
6 „	14 „	vom Arbeiterbildungsverein zu Zwickau.
1 „	20 „	vom Arbeiter-Fortbildungsverein zu Cottbus.
4 „	17 „	vom Arbeiterbildungsverein zu Ravensburg.
175 Thlr.	19⅓ Ngr.	in Sa.

Leipzig, den 14. Januar 1866.

Der Vorstand des Arbeiterbildungsvereins.

M. Epstein, Cassier. A. Bebel, I. Vorsitzender.
A. Dolge, II. Vorsitzender.

Aus Baden im Januar. Wie in Pforzheim, so hat auch in Heidelberg der Arbeiterbildungsverein sich gegen die Aufforderung, Petitionen für das allgemeine Wahlrecht unterzeichnen zu lassen, erklärt. Die Leser der „Arbeiterzeitung“ und die Theilnehmer am letzten Vereinstag werden sich erinnern, daß diese beiden Vereine, unter ihrer professorlichen Führung schon dagegen Widerspruch erhoben haben, daß der Vereinstag sich für das allgemeine Stimmrecht ausspreche. Dem allgemeinen Unwillen nachgebend, haben die beiden Herren Professoren sich dann der Mehrheit gefügt. Jetzt erhebt sich von dieser Seite wieder derselbe Widerspruch gegen die Ausführung dieses Beschlusses. Wann werden unsere Vereine sich von den Gothaern emancipiren?

Nürnberg, 16. Jan. Der „Nürnberger Anzeiger“ schreibt: „Ein eigenes Schauspiel bieten uns dieser Tage mehrere badische Arbeitervereine. Sie, die sich rühmen, in dem am freiesten regierten deutschen Lande zu wohnen, wehren sich aus Leibeskräften gegen die von der Präsidentschaft des ständigen Ausschusses an sie gestellte Zumuthung, für das allgemeine und direkte Wahlrecht zu wirken. Ja, in ihrer gothaischen Angst vor dem allgemeinen und direkten Stimmrecht ergehen sie sich sogar in Unwahrheiten und behaupten, der Ausschuß hätte in dieser Angelegenheit dem Beschlusse des Vereinstages zu Stuttgart zuwider gehandelt. So wird der Allgemeinen Zeitung am 12. ds. aus Heidelberg geschrieben: „In der vorgestrigen Sitzung des hiesigen Arbeiterbildungsvereins wurde ein Beschluß gefaßt, welcher über unsere Stadt hinaus allgemeinere Beachtung finden dürfte. Bekanntlich hat der zu Nürnberg tagende Ausschuß der deutschen Arbeitervereine ein Circular versendet, in welchem die Vereine aufgefordert werden, Petitionen für das allgemeine direkte Wahlrecht unterzeichnen zu lassen. Dieses Ansinnen steht im entschiedenen Widerspruch mit dem Beschluß des letzten Stuttgarter Arbeitertags, durch welchen die Vereine als solche die Agitation in der Wahlrechtsfrage zu unterlassen verpflichtet wurden, und es den einzelnen anheimgestellt blieb, je nach persönlichem Ermessen in dieser Angelegenheit zu wirken. Schon hatten mehrere Vereine den Beschluß des ständigen Ausschusses als über der Linie seiner Competenz liegend bezeichnet. Unser Arbeiterbildungsverein hat jetzt auf Anregung des Professors Wundt eine noch viel schärfere Kritik des Geschehenen beschlossen. In einer dem Ausschuß zugesandten Erklärung wird derselbe zunächst des doppelten Vergehens beschuldigt, den Beschlüssen seiner Mandatare zuwiderzuhandeln, sowie andere zu gleicher Pflichtverletzung zu verlocken, und sodann die Erklärung angefügt, der Heidelberger Verein werde so lange seinen Vereinsbeitrag für das laufende Jahr zurückhalten, bis die Landesversammlung der badischen Arbeitervereine über ihre künftige Stellung dem Ausschuß gegenüber eine maßgebende Entscheidung getroffen habe.“ Geradezu eine Verdrehung der Thatsachen ist es, zu sagen, der Beschluß des Vereinstages habe die Vereine verpflichtet, „als solche die Agitation in der Wahlfrage zu unterlassen.“ Jeder unbefangene Theilnehmer weiß, daß dem Sinne nach eher das Gegentheil beschlossen wurde. Der ursprüngliche Antrag lautete sogar auf Wirksamkeit der Vereine als solche. Mit Ausnahme der badischen Vereine, welche zu allgemeinem Erstaunen auf Tagesordnung antrugen, wurden gegen den Antrag keine prinzipiellen, sondern lediglich Zweckmäßigkeitsgründe vorgebracht, (weil manche Vereine dadurch Gefahr liefen, zu politischen erklärt zu werden,) und er fiel, wie wir ganz sicher wissen, einzig durch Stimmengleichheit, welche als Verwerfung gezählt wird, und es wurde dann die Fassung einstimmig angenommen, „es sei Pflicht der Arbeiter, für das allgemeine Wahlrecht einzutreten“. Dadurch wurde den Vereinen Nichts verboten, sondern einem Theile derselben eine Verpflichtung erlassen, von deren Erfüllung sie Gefahr für ihr Gedeihen befürchten mochten. Es ist die Pflicht des ständigen Ausschusses, die Beschlüsse des Vereinstages von Zeit zu Zeit in Erinnerung zu bringen, und in diesem Sinne hat er sich an die Arbeiter durch das ihm einzig zugängliche Medium der Vereine gewendet. Das Circular enthält ausdrücklich für die Vereine, welche aus politischen Gründen sich der Agitation enthalten zu müssen glauben, den Vorschlag beigefügt, allgemeine Arbeiterversammlungen zu veranstalten, was ganz leicht in nicht offizieller Weise ohne Gefahr geschehen konnte. Schien auch das den Vereinen zu gefährlich, so konnten sie einfach das Cirkular als nur an die Vereine ergangen betrachten, welche in direkter politischer Agitation nichts Bedenkliches finden.“

Hanau, 10. Januar. Der Hanauer Consumverein, der in den letzten Monaten des Jahres 1864 gegründet wurde und mit dem 31. December des gedachten Jahres bereits einen Markenverbrauch von 1707 fl. mit einem Gewinn von 95¾ fl. aufzuweisen hatte, ist in dem Laufe des Jahres 1865 zu einer Mitgliederzahl von 68 herangewachsen und hatte gestern Abend seine statutarisch vorgeschriebene Generalversammlung, aus welcher wir hier die nachstehenden Resultate mittheilen wollen. Die einzelnen Geschäftsbranchen, auf welche sich der Markenverbrauch der einzelnen Vereinsmitglieder bezieht, sind vorerst nur Bäcker, Metzger, Specerei- und Kurzwaarenhändler. Der Kaufpreis der von den betreffenden Producenten ꝛc. entnommenen Waaren beträgt am Schlusse des Jahres 1865 11,359 fl. Die Rabatte, welche hiergegen von den Producenten (Kaufleuten ꝛc.) an den Verein vergütet wurden, beziffern sich auf 644 fl. 50 kr. Der Verein hat also im Durchschnitt ein Ersparniß von 5⅓ Procent gemacht. Dazu kommen noch einige andere Einnahmen, z. B. 12 fl. 17 kr. Zinsen, die der Verein dadurch erzielt hat, daß er den Rabatt, so wie er eingeht, bei dem hiesigen Creditverein gegen Vier vom Hundert verzinslich anlegt. Dies und Anderes mit eingerechnet und dann wieder die Vereinsunkosten abgezogen, verbleibt dem Verein am Schlusse des Jahres 1865 ein reines Vermögen von 614 fl. 19 kr., über welches die Generalversammlung nach bestem Ermessen verfügen könnte. Nach einem vom Vorsitzenden, Herrn Jean König, Namens des gesammten Vorstandes befürworteten Vorschlage, beschloß man stimmeneinhellig, die an die Vereinsmitglieder nach Maßgabe ihres Markenverbrauchs auszuzahlende Jahresdividende auf 5 Procent festzusetzen, den Rest aber als Vereinsvermögen in der Kasse zu belassen. Der Durchschnittsgewinn, den auf diese Weise jedes einzelne Mitglied gemacht hat, beträgt also nahezu 9 fl. Da aber begreiflicher Weise die Dividende nach dem Markenverbrauch berechnet wird, so ist dieselbe für die einzelnen Mitglieder doch wieder sehr verschieden. Ein Mitglied z. B. hat im Ganzen für 1365 fl. Marken eingeliefert und erhält darum jetzt aus der Kasse einen baaren Gewinn von 68 fl. 15 kr. Bei Anderen ist der Betrag entschieden niedriger; wir denken aber auch wenn so der Arbeiter, der sich seither der Marken bedient hat, jetzt nur einen Gewinn von 6, 8 oder 10 fl. ausgezahlt erhält, so ist das immerhin etwas recht Erfreuliches; und wenn es jetzt dahin kommen sollte, daß die Mitgliederzahl wächst, daß dann mit immer mehr Producenten die Rabattverträge abgeschlossen und der Waarenbezug gegen Marken mehr und mehr erleichtert werden kann, so wird das Resultat begreiflicher Weise immer lohnender, immer noch erfreulicher werden. Jedenfalls hat der Verein jetzt schon gezeigt, daß er lebenskräftig und nützlich ist. Nützlich nicht blos der Ersparnisse wegen, die er für seine Mitglieder macht, sondern auch, weil seine ganze Einrichtung darauf abzielt, daß das leidige Borgen immer mehr aufhört.

± Lections-Plan des Berliner Handwerker-Vereins in der Sophienstr. 15

für Januar, Februar und März 1866.

Januar 1. Hr. v. Hennig: die Nibelungen. 4. Dr. Burg: technolog. Chemie. 6. Dr. Lette: die Wohnungsfrage. 7. Dr. Löwenberg: über Brautwerbungen. 8. Dr. Löwenberg: die Steinkohlenlager in Deutschland. 10. Dr. Arndt: Geschichte von 1806—13. 13. Hr. David Born: Volkswirthschaft. 14. Dr. Arndt: Fritz Reuter. 15. Hr. Ass. Lasker: Meister, Geselle und Lehrling. 17., 24., 31. Dr. Arndt: Geschichte von 1806—1813. 20. Dr. Rosenthal: Naturwissenschaft. 21. Dr. Seemann: Naturwissenschaft. 22. Dr. Burg: technol. Chemie. 27. Dr. Schwarz: über die Uhr. 28. Dr. Arnhold: Geschichte. 29. Dr. Lehmann: die Dampfkraft.

Februar 3. Dr. Seemann: Naturwissenschaft. 5. Hr. Schiemanzk: die Runkel; Flachssagen. 5. Dr. Burg: technolog. Chemie. 7. Dr. Arndt: Geschichte von 1806—13. 10. Dr. Schwabe: Volkswirthschaft. 11. Hr. Lehfeldt: die Mußestunden. 12. Dr. Sclavel, Handwerkerkrankheiten. 14. Dr. Arndt: Geschichte von 1806—13. 17. Dr. L. Hermann: Physiologie. 18. Hr. W. Angerstein: weibl. Kleidung im Mittelalter. 19. Hr. G. Keßler, Wärmetheorie. 21. Dr. Burg: technolog. Chemie. 24. Dr. Seemann: Naturwissenschaft. 25. Hr. W. Angerstein: weibl. Kleidung im Mittelalter. 26. Dr. Löwenstein: Medicinisches. 28. Dr. Grothe: technolog. Chemie.

März 3. Ass. Lasker: der Unterricht. 4. Hr. Steinitz: Literatur. 5. Dr. A. Woltmann: Christ. Rauch und das Rauchmuseum. 7., 14., 21., 24. Dr. Grothe: technol. Chemie. 10. Hr. Schiemanzk, mathemat. Geographie, die Sonne. 11. Hr. v. Hennig: der deutsche Orden. 12. Dr. K. Frenzel: Literatur. 17. Hr. Steinitz: Staatswissenschaft. 18. Hr. v. Hennig: der deutsche Orden. 19. Dr. Virchow: Naturwissenschaft. 24. Dr. Seemann: Naturwissenschaft. 24. Dr. E. Angerstein: der Geruchssinn. 26. Hr. Arends: Chemie. 31. Hr. Spielhagen: Literatur.

Montags Abends von ½9—9 Uhr: Uebung im Volksgesang unter Leitung des Hrn. H. Mohr. Der Unterricht, welcher in 15 verschiedenen Gegenständen ertheilt wird, ist fast derselbe wie bisher, nur daß das Lehrerpersonal etwas verändert ist und Literatur gänzlich fehlt. Anzeigen betreffend den Unterricht sind an dem schwarzen Brett nahe der Haupttreppe zu lesen.

Cigarrenarbeiterangelegenheiten.

Stuttgart. Nachstehende Beiträge sind zur Unterstützung unserer Casse eingegangen:

Von Dresden	16 fl.	37 kr.
„ Nordhausen	10 „	30 „
„ Coblenz	8 „	45 „
„ Hagen	3 „	30 „
„ Dessau	3 „	33 „
„ Herford	3 „	30 „
„ Zeitz	2 „	9 „
Summe	48 fl.	34 kr.

Von obiger Summe haben wir unserem Bruderverein Speier 8 fl. 45 kr. übersendet, der in derselben Noth sich befindet wie wir, weshalb wir hiermit die Vereine bitten, ihr Augenmerk auf denselben zu richten. Zugleich sagen wir herzlichen Dank für die uns bewiesene Theilnahme.

Im Auftrage des Vereins:
Franz Leib.

An unsere bisherigen Verbandsangehörigen.

Liebe Collegen!

Sobald das Vereinstagsprotokoll von Leipzig in Euern Händen ist und Ihr Euch von dem Resultat derselben überzeugt habt, bitten wir Euch, eine nochmalige Kopfsteuer von 9 kr. zu erheben und uns baldmöglichst zusenden zu wollen, eine gewissenhafte Abrechnungsablage wird dann sogleich erfolgen. Zugleich bitten wir auch unsere Collegen, welche noch specielle Verpflichtungen gegen unsern Verein haben, dieselben nicht auf die lange Bank zu schieben, sondern Ihre bisherige Achtung zu bewahren zu suchen.

Mit herzlichen Brudergruß.

Im Auftrag des bisherigen Centralvereins für Baden, Würtemberg und Bayern.

Der zeitige Vorstand:
Franz Leib.

Rechenschaftsbericht des frühern Comite's zu Frankfurt a/M.

Einnahme

vom 22. August bis 31. Dezember 1865.

	fl.	kr.
Frankfurt a/M. à Mitglied 12 kr.	20	—
Hanau desgl.	33	—
Mainz desgl.	5	48
Biebrich desgl.	5	48
Schierstein desgl.	6	24
Worms desgl.	2	—
Offenbach a/M. desgl.	15	30
Friedrichsdorf à Mitglied 9 kr.	1	48
Lorsch desgl.	15	—
Bensheim desgl.	4	30
Heppenheim desgl.	4	48
Pfungstadt desgl.	1	39
Eberstadt desgl.	1	30
Cassel desgl.	11	40
Carlshafen desgl.	15	45
Witzenhausen desgl.	2	55
Münden desgl.	2	2
Hanau, einen außerordentlichen Beitrag	4	—
Gesammt-Einnahme	153	57

Ausgabe

vom 22. August bis 31. Dezember 1865.

	fl.	kr.
Reisekosten eines Vertreters auf den Arbeitertag zu Stuttgart	12	36
Reisespecies an S. Fr. nach Biebrich u. Mainz	6	33
Für Schreibrequisiten	2	59
Fahrgeld der Commissions-Mitglieder von Hanau, Mainz, Biebrich, Schierstein u. Friedrichsdorf	15	11
Druckkosten	16	—
Gratification für gelieferte schriftliche Arbeiten	25	28
Porto	45	3
S. Fr. außerordentliche Ausgabe	14	47
Gesammt-Ausgabe	138	37

Gesammt-Einnahme 153 fl. 57 kr.
" Ausgabe 138 " 37 "
Bleibt Ueberschuß 15 fl. 20 kr.

Diese Rechnung, in der Generalversammlung am 31. Dezember 1865 der Cigarrenarbeiter zu Frankfurt geprüft, ist für richtig anerkannt worden. Zugleich wurde der Antrag gestellt, den Ueberschuß von 15 fl. 20 kr. unsern arbeitslosen Collegen in Stuttgart als Unterstützung zu kommen zu lassen. Diejenigen von unseren früheren Verbandsvereinen, welche irgend Reclamationen einlegen wollen, mögen mich binnen 8 Tagen benachrichtigen, widrigenfalls nach besagten Termin ich das Geld nach Stuttgart übersende.

Frankfurt a/M., den 12. Januar 1866.

J. Leutenmayer,
per Adr. F. A. Rickel, Heideweg Nr. 2.

Arbeitseinstellung in Würzburg.

Wir unterzeichneten, in der Maier'schen Fabrik hier in Würzburg beschäftigten Cigarrenarbeiter erfahren daselbst leider nicht nur eine unwürdige Behandlung, sondern man verlangt von uns auch die Arbeit zu einem Preise, bei welchem wir unter keinen Umständen bestehen können. Wir sehen uns daher genöthigt, unsere Arbeit einzustellen. Wir thun dies, obwohl wir nicht im Zweifel sind, daß Hr. Maier diese Arbeitseinstellung durch Benützung der Zuchthausarbeit und durch Annahme zureisender Arbeitscollegen für uns erfolglos zu machen suchen wird. Die Benützung der Zuchthausarbeit zu unserer Bedrückung können wir freilich nicht hindern, und ebenso wollen wir auch an unsere durchreisenden Arbeitscollegen keine Aufforderung richten, in der Maier'schen Fabrik, so lange unsere Arbeitseinstellung dauert, keine Arbeit zu nehmen, damit man uns nicht schuld geben könne, wir handelten gegen die gesetzlichen Vorschriften. Wir überlassen es lediglich dem verständigen und brüderlichen Sinn unserer durchreisenden Collegen, ob sie unter solchen Umständen in der Maier'schen Fabrik Arbeit nehmen wollen. Aber die Gründe unserer Arbeitseinstellung sind wir uns selbst schuldig, durch das Organ unserer Centralisation, die „Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung" zur Kenntniß aller Collegen zu bringen.

Mit Brudergruß und Handschlag!

Würzburg, den 17. Januar 1866.

Franz Eichhorn.
Michael Göbel.
Johann Wohlfromm.

Politischer Theil.

Politische Umschau.

Berlin, 15. Jan. (Eröffnung des Landtags.) Um 1½ Uhr Mittags fand heute die Eröffnung des Landtags durch den Grafen v. Bismarck im Weißen Saale des königl. Schlosses statt. Die Mitglieder des Herrenhauses hatten sich zahlreicher eingefunden, als bei früheren Landtagseröffnungen, dagegen war die Zahl der erschienenen Abgeordneten eine höchst spärliche; außer dem Präsidenten Grabow und Herrn Lette nur wenige Mitglieder der konservativen Fraktion. Gegen 1½ Uhr trat das Staatsministerium ein und stellte sich auf der linken Seite des (verhüllten) Thronsessels auf; Graf v. Bismarck verlas darauf mit vernehmlicher Stimme, ohne besondere Betonung einzelner Sätze, die Rede. Dieselbe nimmt Bezug darauf, daß, da das im Art. 99 der Verfassung vorgesehene Etatsgesetz aus Mangel an Uebereinstimmung der beiden Häuser in der Krone nicht zu Stande gekommen, ohne solches die Staatsverwaltung habe fortgeführt werden müssen. Der Etat würde unverweilt vorgelegt werden und daraus die günstige Finanzlage erhellen, die u. A. eine Erhöhung der Gehalte der Subalternbeamten und die allmälige Ermäßigung des Gerichtskostenzuschlags gestatte. Ein Gesetz, welches die Grundsteuerregulirung abschließt, soll demnächst vorgelegt werden. Die wirthschaftlichen Zustände des Landes werden als befriedigend bezeichnet. „Es werden Ihnen Vorlagen zugehen, welche den Zweck haben, die Leistungsfähigkeit einiger Staatsbahnen durch außerordentliche Verwendungen sicher zu stellen, den Wirkungskreis der preußischen Bank zu erweitern, und Beschränkungen aufzuheben, welche der freien Verwerthung der Arbeitskraft noch im Wege stehen." (Aufhebung der Coalitionsverbote? — Gewerbefreiheit?) — Die neuerdings abgeschlossenen Zoll- und Handelsverträge (mit England und Italien) sollen vorgelegt werden. Die Rede erwähnt der Verordnung des Königs vom 10. Nov., durch welche die (reactionären) Grundlagen des Herrenhauses definitiv festgestellt werden, die nunmehr nur durch Gesetz abzuändern sind.

„Nach mehrjährigen fruchtlos gebliebenen Verhandlungen über Gesetzes-Vorschläge, welche eine Erleichterung und Abkürzung der Dienstzeit in der Landwehr, sowie eine gerechtere Vertheilung der Kriegsdienstpflicht überhaupt bezweckten, kann die Regierung Seiner Majestät des Königs von der Wiederholung solcher Vorschläge für jetzt ein ersprießliches Resultat nicht erwarten. Sie wird es daher bei den geltenden gesetzlichen Bestimmungen über die Verpflichtung zum Kriegsdienst einstweilen belassen müssen. Indem die Regierung diese ihr abgedrungene Entschließung bedauert, bleibt sie von der Nothwendigkeit durchdrungen, die jetzige, unter Mitwirkung der früheren Landesvertretung ins Leben gerufene, seitdem praktisch bewährte und nach den bestehenden Gesetzen zulässige Einrichtung des Heerwesens aufrecht zu erhalten und die dazu nöthigen Geldmittel auch ferner zu fordern."

Sodann wird der Entwicklung der Marine gedacht und ein Gesetzentwurf für Gründung angemessener Hafenetablissements, weitere Beschaffung und Bewaffnung von Schiffen und die dafür erforderlichen außerordentlichen Mittel angekündigt. Die Beziehungen zu allen auswärtigen Staaten werden als befriedigend bezeichnet, am befriedigendsten die zu dem Herzogthum Lauenburg, welches in Folge des Vertrags von Gastein und Salzburg mit der Krone Preußen vereinigt worden. Die schließliche Entscheidung über die Zukunft der beiden anderen Elbherzogthümer sei in demselben Vertrag weiterer Verständigung vorbehalten. Als Pfand dafür, daß diese Entscheidung nur in einer „den deutschen Nationalinteressen" (??) und „den berechtigten Ansprüchen Preußens" entsprechenden Weise erfolge, — diene der Besitz von Schleswig und die in Holstein gewonnene Stellung.

„Gestützt auf die eigene, durch das Gutachten der Kronsyndici bestärkte rechtliche Ueberzeugung ist Seine Majestät der König entschlossen, dieses Pfand bis zur Erreichung des angedeuteten Zieles **unter allen Umständen festzuhalten** und weiß Sich in diesem Entschlusse von der Zustimmung Seines Volkes getragen."

Für die „Vorbereitung der Ausführung" des Nordostseekanals wird eine besondere Vorlage angekündigt.

„Nachdem durch die den Hafen von Kiel betreffenden Bestimmungen des Gasteiner Vertrages der künftigen deutschen Flotte der bisher mangelnde Hafen gesichert ist, wird es die Aufgabe der preußischen Landesvertretung sein, die Staatsregierung in die Lage zu versetzen, Verhandlungen mit ihren Bundesgenossen auf einer Preußens würdigen Unterlage eröffnen zu können."

Am Schlusse wird auf die erhebenden Huldigungskundgebungen aus den 4 Provinzen des Königreichs Bezug genommen, welche bereits vor einem halben Jahrhundert von Preußen annectirt worden seien (und wird zwischen den Zeilen ausgedrückt, daß dieselbe innige Befriedigung und rührende Hingebung an das Königshaus auch die jetzt noch zu annectirenden Provinzen nach abermals einem halben Jahrhundert empfinden werden). „In Dank gegen Gott (vgl. zweites Gebot!) und mit dem Gelöbniß, die glücklichen Zustände aller Landestheile auch fernerhin fördern zu wollen, haben Se. Majestät die erneute volle Zuversicht ausgesprochen, daß ein Band des Vertrauens Fürst und Volk für jetzt und für alle Zukunft umschließen, und daß über Preußen Gottes *) segnende Hand auch ferner walten werde.

„Die Regierung Seiner Majestät trägt das Bewußtsein in sich, daß ihr der Wille nicht fehlt, ihrem Königlichen Herrn nach diesem Seinem Sinne zu dienen. Sie lebt der Ueberzeugung, daß bei einer unbefangenen, leidenschaftslosen und rein sachlichen Prüfung dessen, was ihr zu erreichen vergönnt gewesen, wie dessen, was sie mit Hülfe der Landesvertretung noch erstrebt, genug der Zwecke und Ziele gefunden werden müßten, in denen alle Parteien sich eins wissen.

„Werden Sie, meine Herren, von dem Wunsche getragen, diese Einigungspunkte zu suchen und festzuhalten, so wird Ihren Berathungen Segen und Erfolg nicht fehlen.

„Und so erkläre ich im Allerhöchsten Auftrage Seiner Majestät des Königs den Landtag der Monarchie für eröffnet."

Berlin, 17. Januar. (Abgeordnetenhaus). Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr mit der Mittheilung über die Konstituirung der Abtheilungen. Es findet darauf die Präsidentenwahl statt, während welcher Herr v. Unruh den Vorsitz übernimmt. Es stimmen 221 Abgeordnete, davon 192 für den Abg. Grabow, 24 für v. d. Heydt, 1 für Osterrath, 4 Stimmzettel sind unbeschrieben. Vice-Präsident v. Unruh erklärt, daß Abg. Grabow zum ersten Präsidenten gewählt ist. Zum ersten Vice-Präsidenten wird darauf der Abg. v. Unruh, zum zweiten Vice-Präsidenten der Abg. v. Bockum-Dolffs gewählt. Es folgt die Wahl von 8 Schriftführern.

Präsident Grabow übernimmt das Präsidium mit folgenden Worten:

M. H. Ihre soeben vollzogene Wahl hat mich für die ganze Dauer der letzten Session dieser Legislatur-Periode wieder zu dem schwierigen Amte eines Präsidenten dieses Hauses berufen. Ich sage Ihnen meinen wärmsten Dank für das mir bewahrte, alte Vertrauen, welches mich verpflichtet, Ihrem ehrenvollen Rufe zum letzten Male zu folgen und meine schweren Pflichten nach allen meinen Kräften gewissenhaft, treu und parteilos zu erfüllen. Sie aber bitte ich recht dringend, mir die Ausübung meines Amtes durch fernere wohlwollende, nachsichtige und kräftige Unterstützung gütigst erleichtern zu wollen. M. H. Das düstere in der letzten Session vor Ihnen und dem Lande aufgerollte Bild über die innere Lage unseres Staates hat sich seitdem noch mehr verfinstert. (Sehr wahr!) Bei der Schließung des Landtags zu einer Zeit und an einem Orte, welche jede Widerlegung ausschlossen (hört, hört!) ward dieses Haus beschuldigt, durch Verwerfung von Gesetzen und Nichtbewilligung von Geldmitteln das materielle Wohl des Landes geschädigt, die äußere Sicherheit desselben in Frage gestellt, die Hand nach Rechten ausgestreckt zu haben, welche seine gesetzliche Stellung im Verfassungsleben ihm versage, mit einem Worte: das oberste Gesetz und die höchste Richtschnur für alle Parteien, das Wohl des Vaterlandes, den politischen Meinungskämpfen gegenüber preisgegeben zu haben. Ermuthigt durch diesen nicht begründeten, in den Landtags-Annalen unerhörten, schweren Anklageakt wagte die reaktionäre Presse unbelästigt Beschuldigungen der leidenschaftlichsten und gehässigsten Art, und Geistliche unberufen Schritte der maßlosesten Ueberhebung gegen den zweiten gleichberechtigten Faktor der Gesetzgebung. Aber dulden wollte man nicht, man untersagte und verhinderte sogar durch die bewaffnete Macht ein Fest an den Ufern des Rheines, durch welches das freisinnige Bürgerthum von Rheinland-Westfalen die viel verhöhnten und gemaßregelten liberalen Vertreter des preußischen Volkes ehren wollte, in dankbarer Anerkennung ihres vier Jahre hindurch unerschütterlich

*) Kennt denn der liebe Gott auch Herrn von Bismarck? D. Setzer.

ausharrenden **Muthes** in dem schweren Kampfe für die zwischen Fürst und Volksvertretung vereinbarte und von ihnen beschworene Verfassung und für die in ihr verbrieften Volksrechte. Chronisch geworden ist der, aus der gesetzlich nicht geordneten und unter der Mitwirkung der früheren Landesvertretungen niemals genehmigten Militär-Reorganisation entsprungene Verfassungskonflikt ohne Verschulden dieses Hauses, welches nur sein dem Wortlaute und dem Geiste der Verfassung unzweifelhaft entsprechendes Finanzrecht gegen alle Auslegungskünste ununterbrochen und standhaft vertheidigt, niemals aber seine Hand nach ihm nicht zustehenden Rechten ausgestreckt hat. Ungeachtet in der A. B. an das Staats-Ministerium vom 19. Mai 1862, betr. die Ausführung der Wahlen zum Abgeordnetenhause, verheißen war:

„In weiterer Ausführung der bestehenden Verfassung soll Gesetzgebung und Verwaltung von freisinnigen Grundsätzen ausgehen,"

ist der politische Theil der Gesetzgebung zum Stillstand gebracht. Nur das Herrenhaus hat eine endgültige Vermehrung seiner Mitglieder im Verordnungswege erfahren. Vergeblich hofft aber das Land noch immer auf die Gesetze, betreffend die Minister-Verantwortlichkeit und die Einrichtung und Befugnisse der Oberrechnungskammer, ohne welche die Verfassung keine Wahrheit ist, vergeblich auf eine von freisinnigen Grundsätzen ausgehende Unterrichts-, Gewerbe-, Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Ordnung. Die Verwaltung des Staats ist von freisinnigen Grundsätzen gänzlich entkleidet. Deß sind lebendige Zeugen die Maßregeln gegen die freisinnigen Blätter, Vereine, Versammlungen, Staats- und Gemeindebeamte und Staatsbürger. Nun und nimmermehr werden aber trotz der bisherigen Nichterfüllung jener Verheißungen das preußische Volk und seine Vertreter die unleugbare Wahrheit verleugnen, der zufolge das materielle und geistige Wohl des Staats und seine äußere Sicherheit zunächst und vor Allem die rückhaltlose Anerkennung und gewissenhafte Ausübung seines beschworenen öffentlichen Rechtes fordert, jede nicht von diesem Rechte getragene Macht aber ein Unrecht und unsittlich ist. Nur eine auf diese Wahrheit gegründete Freiheit wird unter Achtung des allein durch die höheren, deutschen Interessen beschränkten Selbstbestimmungsrechtes der Bruderstämme in Deutschland zu moralischen Eroberungen, zu einer befriedigenden die Lösung der trotz der glorreichen Waffenerfolge durch die Gasteiner Uebereinkunft immer verwickelter und schwieriger gewordenen schleswig-holsteinischen Frage und mit ihr zur bundesstaatlichen Einigung Deutschlands führen. Möge Preußen, in Erfüllung seines deutschen Berufes, einen solchen freisinnigen Entwicklungsgang unverweilt einschlagen, ehe es durch einen möglicher Weise der Freiheit günstigen Verlauf der gegenwärtig schwebenden, österreichischen Verfassungskrisis überholt und ehe es überhaupt zu spät wird. Dann wird Deutschlands dereinstige, verfassungsmäßige Vertretung die große Zukunft unseres deutschen Vaterlandes freudigen Herzens in den mächtigen Händen unserer Könige gesichert sehen. (!) Dies mein aufrichtig ehrlicher lebhafter Wunsch beim letzten Antritt meines Amtes!"

Ein besonderes Interesse hat eine scheinbar unbedeutende Mittheilung der in **Bremen** erscheinenden „Weser-Zeitung". Dieselbe lautet: „Wie der Senat der Bürgerschaft unterm 5. Janaar mittheilt, ist, nachdem Oldenburg die mit den Hansestädten im Jahre 1855 abgeschlossene Militär-Convention gekündigt, in jüngster Zeit ein neuer Vertrag zwischen Oldenburg einerseits und Lübeck und Bremen andererseits, unter Offenhaltung des Beitritts Hamburgs, abgeschlossen worden." Mit Erstaunen begegnet man dieser einfachen Mittheilung gerade in der „Weser-Zeitung", dem Organ des großen Annexander Meier. Vergebens forschen wir nach einem Zusatz, der Bremen mahnen möchte an die „nationale Pflicht", die „volle Militärhoheit an Preußen zu übertragen, welche so oft, so eindringlich und so begeistert von der „Weser-Zeitung" gepredigt worden ist. Von solchen Betrachtungen keine Spur, nachdem das Blatt es eben so wenig für der Mühe werth gehalten, seine Mitbürger im Voraus vor einer so schmählichen Verkennung ihrer „nationalen Pflicht" zu warnen. Die Sache ist ganz einfach: Im eigenen Hause will man die Preußische Militärherrschaft nicht auf sich nehmen; mag Schleswig-Holstein immerhin derselben unterworfen werden, das ist „nationale Pflicht", das fordert das „Deutsche Interesse"; in Bremen selbst aber schließt man doch lieber eine Militärconvention mit — Oldenburg. In solchen Widersprüchen enthüllt sich die wahre Natur der feilen sog. „nationalen" und „liberalen" Federn, die in der Weserzeitung und anderwärts ihr Wesen treiben.

! **Berlin.** Die hiesige Corresp. Süßmann, vulgo „Correspondenz Süßholz", wendet sich in einer in mehrfacher Beziehung auffälligen Entschiedenheit gegen Pläne einer Veränderung des Programms der Fortschrittspartei in dem entschiedenen Sinn, wie sie der Abg. Dr. Löwe von Calbe zur Wiederaufbesserung seines sehr geschädigten demokratischen Renomé's vorgeschlagen hatte. Die Correspondenz sagt: „Nichts liegt der großen Masse der Fortschrittspartei ferner, als der Gedanke, auf alle Verbesserungen, die in geordnetem Wege möglich sind, Verzicht zu leisten und vorläufig Luftschlösser zu bauen, die erst nach einem „allgemeinen Zusammenbruch" verwirklicht werden können. Das Programm der Fortschrittspartei bezeichnet den Weg unserer Reformen in der Staats- wie in der Gemeindeverfassung, in dem Steuersystem, in der Schul-, wie in der Armeeorganisation so bestimmt, daß man nicht blos wissen kann, was sie überhaupt will und wünscht, sondern sogar in welcher Reihenfolge und auf welchen gesetzlichen Wegen sie solches durchzusetzen gedenkt." So die „Correspondenz Süßholz". Was die der „Kreuzzeitung" treu nachgebildete Drohung und Denunciation mit dem „allgemeinen Zusammenbruch" anlangt, der daraus entstehen soll, wenn die Herren vom „Fortschritte", nicht mehr ihren mit so vielen Wortgepränge breitgetretenen Principien regelmäßig zuwider handeln sollen, so muß hier bemerkt werden, daß die „Correspondenz Süßholz" das **Organ** der „Echternacher" Majorität der Fortschrittspartei ist und was die „geordneten Wege" und die „Reihenfolge" betrifft, so genügt, wie die „Reform" mit Recht bemerkt, die Versicherung, daß dergleichen im Jahre 1866 geschrieben worden ist!

! **Berlin**, 14. Jan. Der Abgeordnete von der Leeden, zu dem entschiedeneren Theil der Fortschrittspartei gehörig, hatte vor einiger Zeit in einem veröffentlichten Artikel seine Ansicht dahin begründet, daß das Abgeordnetenhaus nach fruchtlosem Versuch aller gesetzlichen Mittel, die Regierung wieder auf die verfassungsmäßige Bahn zu bringen, seine Thätigkeit einstellen solle, um so den Staatsconflikt nicht zu einem chronischen und durch die damit sich verknüpfende Corruption um so gefährlicheren Uebel werden zu lassen, sondern die unvermeidliche Krisis schon jetzt herbeizuführen. Man kann darüber streiten, ob die augenblickliche allgemeine politische Lage, welche für den Erfolg dieses Vorschlages sehr wesentlich mit entscheidend ist, als demselben günstig oder nicht und etwa das Wagniß als zu groß anzusehen ist, so daß daraus die Regierung noch mehr Gewinn ziehen könnte, als aus dem chronischen Verfassungsleiden. Aber man wird nach dem bisherigen Verlauf der Dinge, bei der verderblichen, demoralisirenden Wirkung stets sich wiederholender, nutzloser Proteste und Resolutionen, auch nicht leugnen können, daß der Vorschlag die ernsteste Erwägung nach allen Seiten hin verdient. Derselbe ist auch in der Presse vielfach für und wider discutirt worden. Auch die Berliner „Volkszeitung" hat demselben zwei Leitartikel voll Sophismen gewidmet und erst spät sich entschlossen, den Vorschlag selbst und dessen Motivirung abzudrucken. Das alles könnte am Ende bei dem bereits von dieser Seite hinreichend gekannten Blatt nicht auffallen. Allein die Volkszeitung geht, wofür sie jetzt von dem Abgeordneten von der Leeden in der Reform verdientermaßen vorgenommen wird, soweit, daß sie in der Veröffentlichung der politischen Meinungsäußerung eines Abgeordneten einen verwerflichen Mißbrauch der Presse, als eines „Vormunds" und einer „höheren Instanz der Volksvertretung", erblickt, ganz wie die von ihr bekämpfte Regierung die Conzessionen an die öffentliche Meinung verweigert, eben weil die Presse sie verlangt. Mit verdienter Schärfe entgegnet der Abg. v. d. Leeden dem „Organ für Jedermann im Volke" u. a. wie folgt: „Der Art. 27 der Verf. besagt: „Jeder Preuße hat das Recht, seine Meinung frei zu äußern". — Die „Volksztg." dagegen dekretirt, „daß der Presse oder einem Abgeordneten die Freiheit der Meinungsäußerung bezüglich allgemeiner Landesangelegenheiten bis auf Weiteres nur in so weit zustehe, als solche Aeußerung mit den Anschauungen der wahrscheinlichen Majorität der Volksvertretung übereinstimme". Die Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit des gesammten Repräsentativsystemes beruht darauf, daß zwischen dem Abgeordneten und seinen Wählern das innigste Einverständniß und demgemäß ein ununterbrochener Austausch der beiderseitigen Anschauungen bestehe. Der Abgeordnete betrachtet es daher als eine Pflicht, sich in allen wichtigen Angelegenheiten und kritischen Augenblicken des Einverständnisses mit seinen Wählern zu vergewissern und der Presse fällt aus demselben Grunde die hohe Aufgabe zu, jeder Zeit, vor allem aber in der Zeit außergewöhnlicher Gefahr, die Vermittlerin dieses unentbehrlichen Einverständnisses zu sein. — Die „Volksztg." aber folgert daraus, der Abgeordnete habe, so lange die Volksvertretung nicht beisammen sei, zu schweigen, damit er nicht durch vorzeitige Meinungsäußerungen die künftigen Beschlüsse der künftigen Majorität „diskreditire", und die Presse habe ruhig abzuwarten, was diese Beschlüsse dem Volke als dessen Willensmeinung verkündigen würden. Welch' erhabener demokratischer Grundsatz! Es ist unbegreiflich, wie die „Volksztg.", im Widerspruch mit hunderten ihrer eigenen Artikel, plötzlich der Presse die Augen verbinden wollen kann, sobald sie ihre Blicke auf die wichtigsten Fragen unseres Staatslebens richtet. Vielleicht hat die „Volksztg." die Gefälligkeit, uns darüber zu belehren, ob es vielleicht besser sei, daß die Presse erst dann thue, was ihres Amtes ist, wenn die Volksvertretung bereits bindende Beschlüsse gefaßt hat und sich nun herausstellte, daß dieselben den Auffassungen und Wünschen des Landes nicht entsprechen." — Das non plus ultra komischer Sophistik leistet die „Volkszeitung" in ihrer Polemik in diesem Falle, wenn sie schließlich den Satz aufstellt: „Wer die Presse zur Agitation gegen die wahrscheinliche Majorität heranzieht, der beraubt sich selbst des Rechtes, von der Regierung den Respekt vor der Majorität zu fordern." Dergleichen verdient allerdings keine ernsthafte Widerlegung mehr.

Berlin. Wie wir hören, hat sich die Mehrheit der Fortschrittspartei dahin ausgesprochen, „gegenüber der nicht ganz klaren Fassung des Art. 84 der Verfassung" einen Antrag auf Freilassung des Abg. Dr. Joh. Jacoby — nicht zu stellen.

Baden. Das Organ der Deutschen Volkspartei, das Deutsche Wochenblatt des Hrn. Eckardt, weist in einem längern Artikel den Vorwurf der Programmlosigkeit, welcher von verschiedenen Seiten der Deutschen Volkspartei gemacht worden, unter Aufstellung folgender in den gefaßten Beschlüssen enthaltenen Hauptsätze zurück: „1) Wir anerkennen das Recht der Selbstbestimmung. 2) Wir fordern die Selbstregierung des Volks. 3) Wir wollen nur eine auf dem Wege der Freiheit errungene nationale Einheit."

Nürnberg, 17. Jan. Gestern wurde der „Nürnberger Anzeiger" Nr. 16 unter Angabe der Art. 119 und 126 des Str.-G.-B. mit polizeilichem Beschlag belegt. Wir veranstalteten eine zweite Auflage mit Weglassung des Leitartikels, der der ersten Confiskation als Unterlage diente, aber siehe da, auch diese zweite Ausgabe wurde auf Weisung der Staatsanwaltschaft und unter Angabe des Art. 127 des Str.-G.-B. weggenommen. Die abermalige Confiskation wurde auf zwei unter „* Nürnberg" gebrachte Artikel bezogen, wovon der Erste die Untersuchungen, welche letzten Samstag und Montag gegen den Redakteur G. Meyer eingeleitet wurden, besprach, der Zweite die Pfistermeisterei im Anstellungs- und Beförderungswesen behandelte. Auch die zwei Artikel ließen wir endlich weg, um eine dritte Auflage in die Hände unserer verehrlichen Abonnenten geben zu können. Sie werden sie bereits erhalten haben und die weißen Stellen werden ihnen einen schlagenden Beweis liefern von der Art der bayerischen Preßfreiheit im Jahre 1866. (Nürnb. Anz.)

Der **Stuttgarter** „Beobachter" schreibt: Die am 6. Januar stattgehabte Versammlung der würtembergischen Volkspartei hat dem Comité die Ermächtigung ertheilt, die Stelle des Vororts der deutschen Volkspartei anzunehmen, welche durch eine am 27. Decbr. zu Bamberg stattgehabte vorbereitende Versammlung von Nürnberg auf Stuttgart übertragen worden war. Die Befugniß dieses Vororts besteht lediglich in der Anbahnung einer allgemeinen Versammlung der deutschen Volkspartei im Jahr 1866 und in der Vermittlung des Verkehrs zwischen der Volkspartei in den einzelnen Bundesstaaten. Wie sich die Partei in diesen zu organisiren gedenkt, ob nach dem Muster des würtembergischen Vorgangs oder in welcher sonstigen Weise, bleibt ihnen selbst überlassen. Als demokratisch kann freilich nur eine Bildung der Partei von unten herauf und eine auf wirkliche Wahlen der Parteigenossen gegründete Vertretung angesehen werden. Am allerwenigsten wird bezweckt, die Partei in die Form eines centralisirenden Vereins nach Art des Nationalvereins zusammenzufassen. Um die Bildung einer deutschen

Partei, nicht um die eines Vereins, handelt es sich nach der in der ganzen schwäbischen Volkspartei geltenden und von der Versammlung vom 6. Januar ausgesprochenen Auffassung.

e. **Aus der Schweiz.** Am Sonntag, den 14. d. Mts., hat das schweizerische Volk über die Bundesrevision abgestimmt und sämmtliche Artikel, mit alleiniger Ausnahme desjenigen, welcher die Prügelstrafe abschafft, angenommen. Das heißt also mit andern Worten: das schweizerische Volk will ferner noch geprügelt werden! Ueber den Geschmack läßt sich nicht streiten. In der nächsten Nummer bringen wir einen, das Abstimmungsresultat und die Revision überhaupt beleuchtenden Artikel.

Paris, 13. Januar. Wie sich erwarten ließ, haben einige Oppositionsblätter sich unterstanden, aus demjenigen, was in dem Nachbarlande jenseit der Pyrenäen jetzt vorgeht, Nutzanwendungen ziehen zu wollen für die Heimath. Sie reden von der absoluten Herrschaft, die stets zum Säbelregimente führen müsse und dergleichen gottvergessenes Zeug mehr. Da kommen sie bei dem Hofblatte, der „France", gerade recht an. Sie beweist, daß das Regiment O'Donnell's ein durchaus gemäßigtes und gesetzliches gewesen sei, mit aller Freiheit für Tribüne und Presse, während der Bösewicht Prim nur von persönlichem Ehrgeiz getrieben sei u. dgl. Nun hat zwar Prim, als er von einem Feldzuge Spaniens in Mexiko abrieth und den Vertrag von Soiedad abschloß, eher das glänzendste Beispiel davon gegeben, wie er seinen Ehrgeiz unterzuordnen weiß, aber da in Folge dessen eigentlich erst die üble Lage der Franzosen in Mexiko entstanden ist, so ist das wohl Grund genug, im Grafen von Reus den schwarzen Mann um jeden Preis zu sehen.

Italien. Der König jener „beiden Sicilien", die weder zu Wasser noch zu Lande, aber doch in der Luft anzutreffen, hat auch auf dieser Regierungsbank kein Glück; er hat ein Bein gebrochen, indem er im Palast Farnese die Treppe hinunter fiel. Das ist effectiv passirt, moralisch ist dasselbe dem Baron Meyendorff, dem Vertreter des Czaren, im Vaticanischen Palast begegnet. Es bestätigt sich vollständig, daß, als er am Neujahrstage bei dem „kranken Mann" in Rom versuchte, den kleinen Menschikoff zu spielen, Se. Heiligkeit ihn ersuchte, die Thür zuzumachen, aber von außen. Ein Correspondent des ultromontanen „Volksfreund" erzählt die in stark Niederländischem Geschmack gehaltene Scene wie folgt: Als der Russische Geschäftsträger dem Heiligen Vater seine Wünsche darbrachte, erwiderte der Heilige Vater unter Anderem, daß es ihm sehr leid thue, daß der Russische Kaiser den präconisirten Bischof von Chelm nicht einsetzen lasse, worauf Baron Meyendorff erwiderte, daß sich sein Souverän in der Person dieses Bischofs getäuscht habe. Nachdem nun der heilige Vater in Erinnerung brachte, er habe den Bischof auf Empfehlung des Kaisers präconisirt und auf die Zustimmung desselben gehofft, erwiderte der Geschäftsträger, daß es leicht möglich sei, sich zu täuschen, und hatte die Frechheit, dem Heiligen Vater in das Angesicht zu sagen: „Euer Heiligkeit haben sich auch in der Person des P. Passaglia geirrt, dem Euer Heiligkeit eine Lehrkanzel verliehen, so wie auch im Cardinal d'Andrea; in Polen ist der vielgerühmte Katholicismus nur eine Hülle für die Revolution." — Hierauf erhob sich der Heilige Vater und sprach in feierlichem Tone: „Ich hege alle Achtung für die Person Ihres Souveräns, aber ich kann nicht dulden, daß der Vertreter eines Souveräns mich in meinem eigenen Cabinette insultire. Gehen Sie."

London, 5. Jan. Der Marinesecretair der Vereinigten Staaten, Gideon Welles, hat bekanntlich zur Eröffnung des Congresses auch aus seinem Departement einen Bericht erstattet. Die „Times" sagt davon, dieses Actenstück sei „ein triumphirender Rückblick auf die Erfolge, welche die Kriegsflotte der Union während des Krieges errungen habe, und reichlich gewürzt mit Anspielungen auf das von den Neutralen beförderte Piratereisystem und insbesondere auf das perfide Verhalten Großbritanniens". „Secretair Welles", fährt dann die „Times" fort, „ist sehr streng gegen die Neutralität, welche die in einer rechtlosen Empörung begriffenen Rebellen unterstützte und ermuthigte, und spricht mit hochfahrender Verachtung von der Politik, die unseren Nationalschiffen jene Unterstützungen und Gunstbezeigungen nicht länger vorenthält, die in den Tagen unseres Mißgeschicks ihnen versagt wurden. Er frohlockt insbesondere über die Masse Britischen Eigenthums, die in Dampfern gekapert wurde, welche die Blocade zu brechen versuchten. Zweihundertundzehn von diesen, offenbar hauptsächlich Englische, fielen während des Krieges in die Hände des Blocadegeschwaders. Die Gesammtzahl der in derselben Zeit gemachten Prisen wird auf 1151 angegeben und der Gesammtwerth ihrer Ladungen wird auf 31 Millionen Dollars geschätzt. Der interessanteste Theil dieses Berichtes ist indessen das, was er über die erstaunliche Reduction sagt, die bereits in der Kriegsflotte der Union vor sich gegangen ist. Insgesammt sind 320 Schiffe, die früher im Kriegsdienst gewesen, bereits in Kauffahrer verwandelt worden. Die Einnahme des Departements im letzten Rechnungsjahre betrug 140 Millionen Dollars und die wirklichen Ausgaben 117 Millionen, aber der Ausgaben-Anschlag für das nächstfolgende Jahr geht nicht über 24 Millionen. Es ist unmöglich, die Elasticität des amerikanischen Volkscharakters nicht zu bewundern, der die ungeheuren Hülfsquellen eben so schnell, wie sie durch die Forderungen des Krieges aufgerufen worden, nun auch wieder dem friedlichen Gewerbe zuweist. Secretair Welles hat einiges Recht, sich zu rühmen, daß, obschon bei Beginn des Krieges die ganze amerikanische Flotte nur 7600 Mann zählte, sie vor dem Schlusse des Krieges aus über 50,000 Mann bestand, ungerechnet die Handwerker und Arbeiter in den Seemagazinen. Der Mangel an Offizieren machte Anfangs viel Ungelegenheiten. Dreihundertundzwanzig, nach dem Ausdrucke des Berichtes, „verließen verrätherischer Weise den Dienst, dem sie ihr Leben gewidmet hatten". Ihre Stellen wurden hauptsächlich durch Freiwillige von der Handelsmarine besetzt, die der Secretair keinen Anstand nimmt, „bessere Leute, gebildeter und weit wirksamer" zu nennen. Siebentausendfünfhundert von diesen wurden zum Examen zugelassen und bekamen Anstellung, nachdem sie zuvor Artillerie und Nautik in besonders dazu eingerichteten Schulen kennen gelernt hatten. Die meisten sind seitdem zum Handelsdienste zurückgekehrt und die so von den Vereinigten Staaten gemachte Probe zeitweiser Heranziehung zum Kriegsdienste in der Stunde der Noth ist nicht ohne Interesse für uns selber als Seemacht."

Einiges über die Parteien in Spanien und den Aufstand.

General **Prim** wird nachgerade so von den Regierungstruppen in die Enge getrieben, daß ihm nur noch ein Ausweg übrig bleibt, auf Madrid selbst loszugehen, und das wird denn vielleicht über kurz oder lang das Ende vom Liede sein. Inzwischen hat er die nachstehende Proclamation erlassen:

Spanier! Der furchtbare Augenblick ist gekommen, wo die Revolution das einzige Hülfsmittel der Nation und die erste Pflicht jedes ehrbaren Mannes ist! Ich habe mich an die Spitze einer beträchtlichen Macht von Soldaten und bewaffneten Landleuten gestellt, die von allen Seiten herbeieilen, um unter meinem Befehle für Freiheit und Vaterland zu streiten. Meine Fahne ist das jüngste Manifest des progressistischen Central-Comité's und mit der Energie, die man an mir gewohnt ist, werde ich sie fest emporhalten gegen die Regierung, die uns im Auslande entehrt und im Inlande zu Grunde richtet, aus uns den Spielball der fremden Völker gemacht, und uns an den Rand des Bankerottes gebracht hat. Soldaten! Die ihr unter meinen Befehlen gekämpft habt, ihr wißt, daß ich euch niemals im Stiche ließ, ihr wißt, daß, wenn ihr mein Beginnen unterstützt, ich euch auf den Weg des Sieges führen und eure Mühe belohnen werde. Ehrbare Bürger! Helfet mir, eine politische Revolution glücklich durchführen, durch welche die schreckliche sociale Revolution unmöglich gemacht werden soll, die euch bedroht. Spanier! Es lebe die Freiheit! Es lebe das Programm des progressistischen Central-Comité's! Es leben die konstituirenden Cortes!

gez. Juan Prim.

Eine andere Proclamation ist aus Privatbriefen in die Zeitungen gelangt, dieselbe geht von einem Insurrectionscomité in Madrid aus und lautet:

Soldaten! Der General **Prim** befindet sich an der Spitze eurer Kameraden aus Andalusien, von Ocana und anderen Punkten. Sie werden sich mit denen vereinen, welche in Aragonien und Catalonien in Masse aufgestanden sind. Handelt wie sie! Erhebt euch wie **ein** Mann! Ihr werdet dann das Land, die Freiheit retten. Die provisorische Regierung bewilligt euch von demselben Augenblick an einen unbeschränkten Urlaub. Die Chefs und die Offiziere werden die Belohnungen erhalten, welche bis jetzt der Schmeichelei und der Anbetung zu Theil werden. Es lebe die Freiheit! Es lebe Espartero! Es lebe Prim!"

Die Zeitungen bringen mancherlei Mittheilungen, aus denen der Stand der Parteien in Spanien mehr und mehr mit Klarheit erhellt. Aus denselben ergibt sich, daß **Prim** (beiläufig ein Millionär), der seiner politischen Richtung nach mehr der republikanischen Partei zuneige, — in einem so lange unter so corruptem monarchischen Regiment leidenden Volke die natürliche Frucht der herrschenden Zustände, — der anerkannte militärische Führer des entschiedenen Theils der Progressisten sei und eine große Popularität besitze, die sich insbesondere wieder bei der am 26. Okt. v. J. in Madrid stattgefundenen Generaljunta der Progressisten sehr lebhaft zu erkennen gegeben habe. Niemand erntete damals, so berichtet ein conservativer Correspondent der „Allg. Ztg.", stürmischeren Beifall bei den versammelten Tausenden, als **Prim**, da er rief: „Ich habe nur **einen** Gedanken, den Triumph der progressistischen Partei; ich werde nach diesem Triumph streben mit vollkommener Rücksichtslosigkeit gegen Jedermann; ich habe mir meinen Weg vorgezeichnet, und ich werde alle Hindernisse, welche sich mir auf demselben entgegenstellen, über den Haufen werfen. Der Tag ist nicht mehr fern . . ." Da übertönte den Redner der brausende Ruf: „Er ist da, er ist da!"

Prim hat Wort gehalten. Er handelt im vollkommenen Einklang mit seiner Partei. Das die politischen und socialen Forderungen der letzteren umfassende Programm derselben ist in der Generaljunta vom 26. Okt. v. J. festgestellt worden und auf dasselbe nimmt Prim in seiner oben mitgetheilten Proclamation Bezug. In Spanien besagen freilich solche Programme wenig, da die Parteien, an's Ruder gekommen, dieselben nur zum geringsten Theil einhalten.

Wie übrigens in Deutschland Radicale und Liberale, so, nur nach Lage der Verhältnisse viel heftiger, stehen sich in Spanien die Moderados und die entschiedenen Progressisten, die letzteren angeblich unter Prim's Führung, einander gegenüber. Die letzteren haben sich überzeugt, daß nur eine Radicalcur noch helfen kann, und wollen von den Compromissen mit der bestehenden Gewalt nichts mehr wissen, sie haben die Brücken hinter sich abgeworfen. Die Moderados haben, wie ihre Gesinnungsgenossen in Deutschland, ihr ganzes Augenmerk darauf gerichtet, diese Brücken noch zusammenzuhalten und wo sie morsch werden, auszubessern, wobei natürlich die Zustände von Jahr zu Jahr corrupter werden. Wie in Deutschland, so gilt dies auch in Spanien unter dieser Classe von Politikern für höhere staatsmännische Befähigung, die, wenn sie auch dem Volke nichts nützt, doch für die „Staatsmänner" selbst durchaus nicht unnütz ist und jedenfalls vor allzu großen Anstrengungen, Beunruhigungen und Opfern sie bewahrt. Diese Partei, der die Progressisten durch Wahlenthaltung in den letzten drei Jahren, um sie sich abnutzen zu lassen, bei den Wahlen freie Hand gelassen hatten, hat die große Mehrheit im gesetzgebenden Körper, den Cortes. Daraus erklärt sich die Haltung dieser Körperschaft gegenüber dem Aufstand: in erfreulichster Harmonie stellen sie sich, in Gemeinschaft mit den Absolutisten, dem Ministerium und dem gefährdeten Thron der Bourbonen zur Verfügung, während sie erst noch in lebhafter Fehde mit denselben gelebt hatten. „Die Bewegung ist antidynastisch, sie ist gegen das letzte Fundament gerichtet, worauf Spaniens Wohl beruht, ohne die Dynastie würden wir in das Chaos taumeln" — so jammern sie, daß man fast glaubt, die Berliner „Volkszeitung" zu hören, wenn sie über den „Zusammenbruch" weint, der aus einer Aenderung des Fortschrittsprogramms in radicalerer Richtung folgen soll. Wie in Deutschland unter der Fahne der Fortschrittspartei eine Menge lahme Elemente sich befinden, die so gerne ihren Frieden machen möchten mit der Gewalt, so nennen sich freilich auch in Spanien viele „Progressisten", nur weil das besser klingt und populärer ist, als die Bezeichnung „Moderado", die wegen der Haltlosigkeit dieser Partei gegenüber dem Absolutismus und dem Pfaffenthum so mißachtet und verhaßt ist. Alle diese Elemente laufen jetzt in das Lager der Regierung, wie sie z. B. in Preußen überlaufen würden, wenn in ähnlicher Weise das mehr als verdiente Strafgericht hereinbräche, welches jetzt eine nicht viel schlimmere Dynastie im äußersten Westen Europa's hinwegzufegen droht. Je zerfahrener die Elemente der sog. „liberalen" und gemäßigten Partei in Spanien, desto fester, geschlossen und organisirt ist die radicale demokratische Partei, die wohl auch über Prim hinausgehen wird und deshalb legt man der jetzigen Bewegung dort von allen Seiten ein so großes Gewicht bei. Der weitere Verlauf der Ereignisse wird zeigen, ob diese Partei bereits die erforderlichen Kräfte hat. — Inzwischen hat die Königin Isabella II. mitten unter solchen Gefahren und Regierungssorgen eine große Freude und Genugthuung erhalten. Sie hat seit Ausbruch des Aufstands die **Schwester Patrocinio**, jene berüchtigte wunderthätige Nonne, die bei der Königin eben so hoch angeschrieben, als sie bei den Spaniern allgemein verhaßt

ist, wieder um sich. O'Donnell hatte es erwirkt, daß dieselbe vom Hofe entfernt wurde. Sie hielt sich seitdem in einem Kloster in Aranjuez auf, hat nun aber den Militäraufstand daselbst zum Vorwand genommen, in Gesellschaft ihres nicht minder frommen Bruders und der Aebtissin des Klosters nach Madrid unter den Schutz der Königin zu flüchten. Die Königin erweist sich durch deren Aufnahme ganz den Schwierigkeiten der Situation gewachsen. — Die neuesten Telegramme aus Spanien leiden noch immer an solchen Widersprüchen, daß wir am besten den Raum dafür sparen, bis glaubwürdige Nachrichten vorliegen.

Socialer Theil.

Die Abschaffung des geschäftlichen Risico durch Herrn Lassalle.

Ein neues Kapitel zum deutschen Arbeiter-Katechismus von Schulze-Delitzsch.

(Berlin, Franz Duncker, 1866.)

II.

Lassalle hatte in seiner Schrift gegen Schulze-Delitzsch die höchst wichtigen, unumgänglichen Grund-Begriffe von „Arbeit", Kapital", „Tausch, Werth und freier Concurrenz" mit großem Aufwande von Scharfsinn und Gelehrsamkeit auf 158 Seiten erörtert, und zwar, wie er behauptete, weil sich bei Hrn. Schulze von allen dem nichts finde, weil Hr. Schulze die Welt der heutigen Production, die Geldwirthschaft, ohne Weiteres aus der Pistole schieße, ohne sich im Geringsten darum zu bekümmern, ob die Geldwirthschaft immer so bestanden habe, aus was sie hervorgegangen, was ihr Ursprung und folglich ihr wahres Wesen sei, weil man ja doch nur so einen sicheren Standpunkt über ihr gewinne und sie mit Sicherheit beurtheilen könne.

So heißt es bei Lassalle, um nur Ein schlagendes Exempel vorzuführen: „Der Zweck der Arbeit ist die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und dieser Zweck, sagen Sie, „wird erreicht durch vernünftigen Gebrauch der von der Natur in den Menschen gelegten Kräfte." Diese Versicherung, zu der Sie plötzlich übergehen, ist vollkommen wahr und als eine allgemein bekannte Thatsache hier auch keines weiteren Beweises bedürftig; insofern sie von dem Menschen der Natur gegenüber, von dem isolirten Menschen sprechen. Robinson Cruson auf seiner einsamen Insel erreicht die Befriedigung seiner Bedürfnisse, „nur durch vernünftigen Gebrauch der von der Natur in ihn gelegten Kräfte." Aber innerhalb der menschlichen Gesellschaft modifizirt sich dieser Satz sofort nach der einen oder andern Seite hin auf das Wesentlichste. Durch die bestimmten gesellschaftlichen Einrichtungen können die einen Menschen in den Stand gesetzt sein, weit mehr zu erreichen, als sie durch den „vernünftigen Gebrauch der von der Natur in sie gelegten Kräfte", also der in sie als Einzelne gelegten Kräfte jemals würden erlangen können. Eben so können durch die bestimmten gesellschaftlichen Einrichtungen andere Menschen gehindert sein, das zu erreichen, was sie durch „vernünftigen Gebrauch der von der Natur in sie gelegten Kräfte" würden erreichen können." — Mit kurzen Worten: Betrachten, d. h. studiren Sie doch die Geschichte der menschlichen Gesellschaft bis zu den frühesten uns bekannt gewordenen Zuständen hinauf! Solche allgemeine Sprüchlein vom „vernünftigen Gebrauch der Kräfte" bedeuten ja gar nichts.

Aber wenn man Hrn. Schulze mit der Geschichte kommt, so geräth man stets an den unrechten Mann, politisch-historisch, wie social-ökonomisch. Auf der letzten Nationalvereins-Versammlung begann er die deutsche Geschichte mit dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg, d. h. mit dem offenbaren Zerfall Deutschlands. Seine Socialgeschichte der Menschheit fängt noch hundert Jahre später an, nämlich mit den französischen „Menschenrechten":

„Sehe Jeder wo er bleibe,
Sehe Jeder wie er's treibe!"

Und doch ist diese Schulze'sche Socialwissenschaft, welche von der ungeheuern Phantasie ausgeht, als ob heute jeder einzelne Mensch seine Bedürfnisse „durch den vernünftigen Gebrauch seiner natürlichen Kräfte" befriedige, um nichts gescheidter, ja kaum so gescheidt, als die Schlußfolgerung der Communisten: Das Elend ist so alt in der Welt wie das Eigenthum; das Eigenthum verhindert stets die Massen am „vernünftigen Gebrauch ihrer Kräfte": folglich — muß das Eigenthum abgeschafft werden!

Auf dem schwierigen Wege, die heutige Welt aus einer Geschichte der Arbeit und des Kapitals, aus einer Begriffsbestimmung von Tausch, Werth und Concurrenz erkennen zu lernen, folgt daher Hr. Schulze seinem Gegner durchaus nicht. Solche wissenschaftliche Beweisführungen nennt Herr Schulze wegwerfend „gelehrte Brocken." Er springt vielmehr mit beiden Füßen über den Abgrund der „Gelehrsamkeit" weg und klammert sich, ohne dem Leser irgend eine Vermittlung zu bieten, ohne die Zwischenglieder irgend zu erwähnen, an die drei Planken: „Aufhebung der ökonomischen Verantwortlichkeit", Assekuranz der Produktiv-Associationen gegen das Risico" und „Abschaffung des Risico" selbst.

Nota bene, Hr. Schulze läßt seine Leser glauben, Lassalle verlange und beantrage diese Dinge in der heutigen Gesellschaft, in der Welt der Einzelwirthschaften, die auf das Kapital und auf die Spekulation gebaut sind, während Lassalle an mehr als einer Stelle die heutige Productionsweise als ein in sich selbst consequentes, nur für die Menschheit mörderisches System hinstellt, während er mehr als einmal sagt: In der heutigen Welt müsse es grade so zugehen, wie es darin zugehe!!

Wenn Lassalle behauptet, in der heutigen Welt habe der Spekulant immer mehr Chancen gegen sich als für sich, so versteht Hr. Schulze das einfach nicht; und wenn Lassalle sagt, die heutige Verantwortlichkeit sei eigentlich keine wahre moralische Verantwortlichkeit, sondern nur eine durch die allgemeinen Verhältnisse erzwungene, so hört Hr. Schulze nicht. Daß aber der Arbeiter heutzutage gar nicht zur Ehre der Verantwortlichkeit zugelassen, daß er sich nicht einmal beim „Glückspiel" der Produktion betheiligen könne; daß der Arbeiter erst in einer neuen Organisation verantwortlich gemacht und so an Lebensstellung und Sittlichkeit wachsen solle: das verschweigt Hr. Schulze seinen Lesern wohlweislich!

„Sie werden somit begreifen, sagt Lassalle, daß diejenigen, welche Maßregeln einführen wollen, deren Resultat es sein muß, im Laufe der Entwicklung dieses Schalten des Zufalls zu beschränken und aufzuheben, ihn, soweit er nicht überhaupt zu beseitigen, auf die Gesammtheit Aller zu vertheilen, und so das drückende Gewicht, mit welchen er sich sonst auf die Einzelnen stürzt, für Alle unfühlbar zu machen, — daß diejenigen, welche dieses wollen, mit dieser Beseitigung des Zufalls, mit dieser vernünftigen Berücksichtigung des Gemeinsamen und Solidarischen, welches sich nur verkennen, nicht aber durch Verkennen aufheben läßt, die Zurechnungsfähigkeit, Selbstverantwortung und Freiheit der Einzelnen erst herstellen, nicht aufheben wollen; daß sie ihr erst Raum und Boden schaffen wollen, sich vernünftig zu bethätigen, während sie jetzt von den als rohe Naturmacht auftretenden gesellschaftlichen Zusammenhängen (Conjunkturen) erdrückt und verschlungen wird."

Kaum glaublich, aber wahr! Das verschweigt Hr. Schulze seinen Lesern, das dürfen die eingeschworenen Jünger der „Selbsthülfe" nicht lesen. Fürwahr, auch der nicht persönlich betheiligte Kritiker muß streng an sich halten, um nicht in angemessenen Ausbrüchen des verdientesten Unwillens, um nicht in den Vorwurf berechneter Treulosigkeit seinem beleidigten Gerechtigkeitsgefühle Luft zu machen. —

Aber wie kommt denn nur Hr. Schulze zu solchen, tief ins menschliche Gewissen hinein reichenden Dingen. Wie erklärt es sich, daß ein bis dahin geachteter Mann so gewissenlos erscheint? Das muß ein Fehler im Kopfe sein, der sein Herz in Verwirrung bringt. Wir sehen nur Eine Lösung dieses Räthsels: Herr Schulze steht blindlings auf dem Standpunkt der Unternehmer oder Arbeitsgeber und kann sich gar keinen Zustand vorstellig machen, in welchem die heutige Wettbewerbung der Einzelkapitale, das Spekuliren von Geschäft gegen Geschäft, der Krieg aller Millionen Thaler unter sich, jemals aufhören sollte. Vom Arbeiter kann Hr. Schulze nichts wissen, aber auch kein Sterbenswort, obgleich er merkwürdigerweise immer zu Arbeitern spricht. In der That wird sein „Arbeiter" stets dem „Geschäftsmanne" angehängt, wie ein zweites Ich; bei Hrn. Schulze bilden Arbeiter und Kapitalist nur eine Klasse von Menschen! „Der faule, verschwenderische Geschäftsmann und Arbeiter" — der tüchtige und einsichtsvolle Arbeiter und Geschäftsmann". Von was redet denn Hr. Schulze, wo liegt die Möglichkeit vor, „Geschäftsmann" und „Arbeiter" durcheinander zu werfen? Antwort: im Handwerk, im kleinen Industriellen! Die ganze Schulze'sche Wirthschaftslehre beschränkt und bezieht sich also auf das Handwerk! Daher seine Rohstoff- und seine Vorschußvereine! Da seine Bedeutung, da seine Gränze!

Von der riesigen Frage des Großkapitals im Kampfe mit der Lohnarbeit weiß er nicht das erste Wort; er versteht von der ungeheuern Krise des neunzehnten Jahrhunderts nicht den Anfangsbuchstaben! Er häkelt und tipfelt an der Nebenfrage herum: wie kann sich das Handwerk gegen die übergreifende Großindustrie erhalten? Das ist seine Spezialität, dort sollte man ihn gehen lassen, dort genirt er Niemanden. Wenn Hr. Schulze sich nur bei seinem Leisten hielte, wenn er nur nicht immer behauptete, von der „Arbeiterfrage" zu reden oder gar die Arbeiterfrage zu lösen!

Wir hoffen ihm durch diese Beurtheilung den Dienst zu erweisen, daß er sich endlich selbst kennen lernt und künftig nur bei staatspolizeilichen Nützlichkeits- und Zweckmäßigkeits-Maßregeln mitredet, aus der socialen Frage aber vorsichtig seine Finger herausläßt. Denn wenn selbst Lassalle der größte Faselhans seines Jahrhunderts wäre, so würde dadurch Schulze-Delitzsch noch um kein Jota gescheidter. —

Reglements-Entwurf

der internationalen Arbeiterassociation.

Section Genf.

(Schluß.)

§ 6. Direktion.

1. Abth. Gesammtbestimmungen.

Art. 33. Das leitende Comité ist aus 15 Mitgliedern zusammengesetzt und wird in geheimer Abstimmung durch die Mehrheit der Stimmgeber auf die Dauer eines Jahres gewählt. Art. 34. Das Comité besteht im Ganzen aus den in der Generalversammlung gewählten Mitgliedern und aus den Delegirten der verschiedenen Arbeitergesellschaften, welche zugestimmt haben, sich an dem Werke der internationalen Arbeiterassociation zu betheiligen. Art. 35. Es hält jede Woche mindestens eine Sitzung im Vereinslokal. Art. 36. Das Comité wird in drei Commissionen abgetheilt, wovon jede ihre bestimmte Aufgabe hat, nämlich: in die Verwaltungs-Commission, Correspondenz-Commission und endlich in die Commission, welche die Ideen, die ihr von Mitgliedern unterbreitet und von der Generalversammlung adoptirt sind, entwickelt, und beauftragt ist, dieselben dem Buch der Reform-Entwürfe einzuverleiben. Art. 37. Eine Commission, aus sieben Mitgliedern bestehend, welche die Rechnungen des leitenden Comité's zu überwachen hat, wird alle sechs Monate und auf sechs Monate durch die Generalversammlung außerhalb des Comité's gewählt:

2. Abth. Zusammensetzung und Aufgabe der Verwaltungscommission.

Art. 38. Die Verwaltungscommission besteht aus dem Präsidenten, Secretär, Cassier und vier zu diesem Behufe vom Comité ernannten Comitémitgliedern. Art. 39. Dieselbe beruft die Versammlungen, erhält die monatlichen Geldbeiträge, übergibt jedem der in die Association aufgenommenen Mitglieder die Aufnahmsurkunde. Art. 40. Der Secretär schreibt die monatlichen Geldbeiträge in's Rechnungsbuch, das am Sitze des Comité's aufgelegt wird. Art. 41. Der Cassier kann keine größere Geldsumme in der Casse behalten als die, welche ihm vom Comité bestimmt bleibt. Art. 42. Die Verwaltungscommission wird den Fondsüberschuß bei einer Bank niederlegen, die ihr von dem Comité bezeichnet wird. Art. 43. Der Präsident, Secretär und Cassier haben, und nur in Gemeinschaft die Vollmacht, Fonds von der Bank zurückzuziehen.

3. Abth. Zusammensetzung und Aufgaben der Correspondenzcommission.

Art. 44. Die Correspondenzcommission besteht aus den zu ihrer Aufgabe ernannten Mitgliedern und ernennt unter denselben einen Präsidenten und Secretär. Art. 45. Sie erhält von den Mitgliedern der Association alle Auskunft, welche dieselben zu ertheilen vermögen, um an allen Orten der Schweiz und des Auslandes Verbindungen anzuknüpfen. Art. 46. Sie ertheilt ihren Correspondenten die verlangte Auskunft, gibt ihnen alle Anleitung zur Gründung neuer und Entfaltung älterer Sectionen. Art. 47. Sie erstattet dem Centralcomité jeden Monat Bericht über Entwicklung wie Ausdehnung der Association und über die Zustimmungen, welche sie von verschiedenen Orten der Schweiz erhalten hat. Art. 48. Sie correspondirt überall hin, wo es im Interesse sowohl der Asso-

ciation als in dem einzelner Mitglieder liegen mag. Art. 49. Jede Monatscorrespondenz mit dem Centralcomité muß dem versammelten Comité zur Genehmigung vorgelegt werden.

4. Abth. Zusammensetzung und Aufgaben der Commission der Untersuchung, der Initiative ꝛc.

Art. 50. Die Commission der Untersuchung, Initiative und der Reform in der Arbeit ist aus den vom Comité hiezu ernannten Mitgliedern zusammengesetzt, die aus ihrer Mitte einen Präsidenten und Secretär ernennen. Art. 51. Sie bewerkstelligt eine Untersuchung über den Zustand aller Arbeitszweige, stellt den Thatbestand der Lohnverhältnisse, sowie die Mißbräuche bei der Arbeit, welche den Arbeitern gegenüber bestehen, auf und gibt die Mittel an, wodurch dieselben beseitigt werden könnten. Art. 52. Sie unterbreitet dem Comité die Ideen allgemeiner Reformen, um dieselben im Falle der Erheblichkeit der Generalversammlung zur Annahme vorzulegen. Art. 53. Sie befaßt sich mit der Auseinandersetzung der Ideen und Maßregeln, welche zur Befestigung und Ausdehnung der Association in Anwendung zu bringen sind.

5. Abth. Gemeinschaftliche Bethätigung des Comité's.

Art. 54. Alle von den verschiedenen Commissionen beschlossenen Maßregeln können nur Folge haben, wenn sie vom Comité angenommen sind. Art. 55. Jede Commission behandelt in ihren Berichten an das Comité nur solche Fragen, die ihren Attributen anheimfallen. Art. 56. Das versammelte Comité diskutirt alle ihm von den Commissionen übergebene Berichte. Art. 57. Für jede Commission, also auch für die Ueberwachungscommission, sind nachträglich specielle mit diesem Reglement organisch-verknüpfte Reglemente aufzustellen.

§ 7. Bedingungen der der internationalen Arbeiterassociation beigetretenen Arbeitergesellschaften.

Art. 58. Alle Gesellschaften, Corporationen und gegenseitige Unterstützungsvereine, welche der internationalen Arbeiterassociation, wie es in Art. 7 ausgesprochen, beitreten, bewahren ihre in ihrem Gesellschaftsreglement ausgesprochene Autonomie. Art. 59. Jede Gesellschaft ernennt einen Delegirten als Theilnehmer des Comité's der Association. Art. 60. Jede beigetretene Gesellschaft ist eingeladen, eine Commission von fünf Mitgliedern, einschließlich ihres Delegirten im Comité, zu ernennen. Art. 61. Diese Commission wird dem Comité der Association über den Zustand des Geschäftszweiges und die specielle Organisation ihrer Gesellschaft genaue Auskunft ertheilen und dagegen durch Vermittlung ihres Delegirten nützliche Mittheilungen und Anleitungen zur Verbesserung deren Lage erhalten. Art. 62. Eine Gesellschaft, welche im Laufe dreier Monate keinen Delegirten gesendet und keine Zahlungen geleistet hat, wird, nach vorausgegangener Mahnung des leitenden Comité's, als ausgetreten betrachtet — wenn keine triftigen Gründe das Ausbleiben rechtfertigen.

§ 8. Besondere Gründe der Ausschließung.

Art. 63. Jedes Mitglied, das sich durch schlechte Mittel, Aktenverfälschung ꝛc., in die Association einzuschleichen wußte, wird mit vollem Rechte ausgeschlossen. Art. 64. Im Falle ein Mitglied durch seine Aufführung erwiesener Maßen die Gesellschaft dem Tadel und der Mißachtung preisgibt, so wird es vor das Comité geladen, hier zurechtgewiesen und eingeladen, jede ferneren Aergernisse zu vermeiden, im Wiederholungsfalle jedoch seine Ausschließung in der Generalversammlung beantragt, die aber nur durch ⅔ der Stimmgeber ausgesprochen werden kann. Art. 65. Jedes Mitglied, welches sich bedeutende ehrverletzende Fehler zu Schulden kommen läßt, ist nach der im Art. 64 vorgeschriebenen Weise auszuschließen, kann jedoch, wenn sich seine Unschuld später erweisen sollte, ohne Rücksicht auf die inzwischen verflossene Zeit wieder in die Association aufgenommen werden. Art. 66. Jedes Mitglied, welches die Association oder die Mitglieder des diese vertretenden Comité's verdächtigt, ist angehalten, seine verdächtigenden Beschuldigungen vor der Generalversammlung zu beweisen, entgegengesetzten Falles das Comité seine Ausschließung zu beantragen hat. Art. 67. Jedem Mitgliede, das unter strafgerichtlicher Anklage steht, werden von der Association alle ihr angewiesene Mittel geboten, sich zu rechtfertigen und kann seine Ausschließung nur erfolgen, wenn seine Schuld zweifellos erwiesen ist. Art. 68. Wenn das Verfahren zur Ausschließung eines Mitgliedes stattfinden soll, so hat das Comité den Betreffenden erst zur Anhörung seiner Rechtfertigungsgründe vor sich zu laden, ehe die Ausschließung in einer Generalversammlung beantragt werden kann. Art. 69. Jedes ausgetretene oder ausgeschlossene Mitglied, aus welcher Ursache es sein mag, verliert alle Rechte auf seine eingezahlten Beiträge. Die Association verpflichtet sich in keinem Falle zur Rückzahlung erhaltener Beiträge.

§ 9. Reglements-Revision.

Art. 70. Gegenwärtiges Reglement kann und soll nach den in den verschiedenen Congressen der internationalen Arbeiterassociation beschlossenen Maßnahmen abgeändert und vervollständigt werden.

Aus Rheinpreußen schreibt man der „Allg. Ztg.“: Die Nachrichten, welche unlängst von Newyork gekommen sind, verdienen die vollste Beachtung der Presse, denn es droht der deutschen Arbeiterbevölkerung eine Gefahr, welche alle Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt. Jetzt, wo in den Südstaaten der Union die Sklaverei aufgehoben ist, brauchen die dortigen Negerbarone Arbeitskräfte, und zwar so billige, daß sie den Negern die Konkurrenz bieten können. Deshalb haben sie die Absicht, eine Massen-Auswanderung von deutschen Arbeitern nach dem Süden der Union in Gang zu bringen. Es hat sich zu dem Zweck in Montgomery im Staat Alabama eine „Agentur für weiße Arbeit“ gebildet, welche ihre Agenten nach Deutschland schickt, um dort einen neuen Menschenmarkt zu suchen, da sie von den Märkten Afrika's nichts mehr beziehen können. Die Lockspeise für die Arbeiter besteht in dem Anerbieten von freier Ueberfahrt. Dafür müssen sie ein Jahr arbeiten und erhalten freie Wohnung und Kost, d. h. die jetzt leerstehenden Negerhütten und die Negerkost, sowie am Schlusse des Jahres 150 Dollars für Männer, 100 Dollars für Frauen und 40 bis 50 Dollars für Kinder von 12 bis 14 Jahren. Für Reisekosten werden indeß nur 15 Dollars für den Kopf abgezogen. Die Negerkost besteht für den Mann monatlich in 12 Pfund, für Frauen in 8 Pfund, für Kinder in 6 Pfund Speck, 1 Bushel Maismehl, etwas Reis und zuweilen etwas Syrup. Die Negerhütten sind elende Löcher, haben selten Fenster und nie ein Bett. Für den Arzt und die Medizin hat der Arbeiter selbst zu sorgen. Die Arbeitszeit dauert von Tagesanbruch bis Abends 8 Uhr. Der Konsul Kühne, Mitglied des Bankhauses Knauth, Nachod und Kühne in Newyork, hat schon in seinem Bericht vom Juli 1865 auf diese Bestrebungen hingewiesen. Er sagte: „Das Staatsdepartement dürfte keineswegs nachlassen eine starke Einwanderung nach den Vereinigten Staaten zu ziehen. Die nationalökonomische Aufgabe der hiesigen Staatsmänner läuft im Augenblick vorzugsweise darauf hinaus, die Steuerkraft des Landes rasch zu steigern und in jeder Richtung zu entwickeln. Wie aber könnte dies schneller geschehen als durch Besiedelung und Erschließung der zahlreichen unangebauten Landesstrecken? Schon hat sich im verflossenen Juni-Monat in einem für Tabaksbau günstigen Strich von Nord-Karolina eine Kolonie von 700 Schweden niedergelassen. Unternehmende Privatleute und Kolonisationsgesellschaften werden es wahrhaftig nicht daran fehlen lassen, dies zur Kenntniß der europäischen Arbeiterbevölkerung zu bringen und in den schönsten Farben auszumalen. Höchst wahrscheinlich werden die Regierungen der meisten südlichen Staaten, sobald dieselben geordnet sind, Gesetze zu Gunsten europäischer Einwanderung erlassen und größere Landschenkungen machen — ja, es haben sich schon verschiedene Kolonisationsgesellschaften organisirt, deren Zweck auf nichts anderes hinausgeht als diese Begünstigungen an sich zu reißen und die Kommissionäre der Ansiedler zu spielen. Derartige auf die Kasse und die Arbeitskraft des Einwanderers gerichtete Projekte haben zwar von jeher unter den Deutschen wenig Anklang gefunden, auch selten tüchtige und verständige Leute veranlaßt, ihre Heimath und ihren sichern Heerd zu verlassen, doch dürfte es am Platze sein die Aufmerksamkeit hoher Regierungen darauf zu lenken, daß solche auf Ausbeutung des auswandernden Elements abzielende Bestrebungen im Gange sind, und vielleicht in Deutschland ihre Thätigkeit zu entwickeln suchen werden. Einwanderer thun wohl, sich von solchen Projekten und Kolonisationsgesellschaften fern zu halten.“

Vermischtes.

Berlin. (Handwerkerverein.) Herr Friedrich Spielhagen machte am Donnerstag Abend den Schluß der Vorlesungen zum Besten der Bibliothek des Berliner Handwerkervereins mit einem Vortrage über Homer, dem wir nach der „Reform“ folgendes entnehmen.

Nachdem der Vortragende die Bedeutung der ewig jungen Lieder Homers für den Bildungsgang aller Culturvölker und ihrer großen Geister von dem alten Griechenland mit seinem Aeschylos und Sophocles, seinen Künstlern, seinen Philosophen und Rednern bis in die neueste Zeit auf unseren Schiller und Goethe dargethan, kommt er zu der Frage, warum jener alte Sänger selbst für einen Goethe, der, wenn je ein Sterblicher, das Recht hatte, seine Wahlverwandtschaft mit ihm geltend zu machen, auch nicht annähernd zu erreichen war? Goethe's Nausikaa und seine Fortsetzung der Ilias blieben Bruchstücke. Der Titane hatte den Pelion auf den Ossa gethürmt und war dem Himmel doch nicht näher gekommen. Was war es, daß man hier, man mochte sich stellen, wie man wollte, auf ein schlechthin Unendliches, Unmeßbares stieß?

Der seltene Mann, der dies Problem lösen sollte, war ein Philologe, ein echter, rechter Büchermann, jener wahren Gelehrten einer, die sich das Recht reserviren, große Gedanken zu Tage zu fördern, und die Neigung haben, sich ihren Ruhm ein wenig sauer werden zu lassen, es war Friedrich August Wolf. Dieser schrieb ein kleines Lateinisches Buch, das er „Prolegomena ad Homerum“ betitelte und dessen kurzer und großer Inhalt der war: Homers Gesänge sind nicht und können nicht sein das Werk eines Mannes, sie sind das Werk eines Volkes, es ist die dichterische Production eines langen Zeitraumes, vielleicht mehrerer Jahrhunderte, die wir in „Ilias und Odyssee“ vereinigt finden.

Dies Büchlein war im Jahre 1795 erschienen. Von diesem Jahre ab datirt eine neue Aera der Philologie, der klassischen sowohl, als der deutschen, eine Aera, in welcher der unermüdliche Fleiß und der Scharfsinn unserer Gelehrten die wichtigsten Entdeckungen über den Ursprung und über das Wesen des Volksgesanges zu Tage gefördert hat, Entdeckungen, die nach allen Seiten hin ein vorher nicht geahntes Licht verbreitet haben. Diese neueste Aera, die den „Demos“, das Volk, auch in Sachen der Poesie in seine guten alten Rechte einsetzte, ihm auch hier das „Kratos“, die Obergewalt und Herrschaft vindicirte, kann man mit Fug und Recht die demokratische nennen.

Nun endlich war jenes Wunder erklärt; jetzt endlich wußte man, weshalb diese Größe, mit dem Maßstabe der individuellen Kraft des einzelnen Dichters gemessen, schlechthin incommensurabel war; jetzt endlich begriff man das vorher Unbegreifliche. Man begriff den unendlichen Wortreichthum, den unermeßlichen Sprachsatz, der in den Homerischen Gesängen aufgehäuft ist, im Vergleich mit welchem das Vermögen eines individuellen dichterischen Genies, und wäre es das sprachgewaltigste, armselig erscheint. Man begriff diese Ueberfülle der großartigsten lieblichsten Erfindungen, wenn man bedachte, daß ein ganzes, geist- und poesiereiches Volk dazu beigesteuert hatte; man begriff vor Allem die absolute Sicherheit, mit der diese Gestalten vor uns hintreten, von denen man, wie von den Helden unserer Märchen, gar nicht sagen kann, daß sie erfunden, die vielmehr nur einfach die idealen Repräsentanten eines Volkes und von dem Volke selbst mit dieser idealen Mission geweiht sind.

Uns trennt von jener Zeit eine weite Kluft. Wie anders damals, da Jeder Jeden verstand, nicht blos weil er dieselbe Sprache sprach, sondern weil der Eine genau das dachte, das fühlte, was der Andere auch dachte und fühlte, da der König und sein Sauhirt auf Du und Du standen und kein Mensch etwas Besonderes darin fand, daß der Erstere sich die Gastfreundschaft und zur Nacht sogar den Mantel des Letzteren gefallen ließ — wie anders damals, als jetzt, da jene Beiden, wenn überhaupt noch ein Verhältniß zwischen ihnen denkbar ist, ein Kluft trennt, wie sie größer nicht gedacht werden kann? Doch was hindert uns, unsere Kraft aus dem Boden zu nehmen, aus dem sie der alte Dichter nach nahm? Haben wir kein Vaterland, so gut wie es die Sänger der Ilias und Odyssee hatten? Haben wir keine Heimath, von der wir uns, wenn wir fern sind, sehnen, den Rauch aufsteigen zu sehen? Derselbe Goethe, dessen Achilleis ein so schwächliches Produkt ist, gewann seine Riesenstärke wieder, sobald er in Hermann und Dorothea den mütterlichen Boden der Heimathserde berührte. Es ist der Geist der Zeit, in welcher und für welche der Dichter schreibt; der Dichter hat kein höheres Ziel, als den Besten seiner Zeit genug zu thun. Das aber kann er nur, wenn er sich freudig auf den Kampfplatz stürzt, wo die Schlachten seiner Zeit geschlagen wer-

den. Zu jeder Zeit gibt es ein Ilion, das zu erobern ist, und das nicht gerade immer ein heiliges zu sein braucht.

Und wäre es denn wirklich heut zu Tage keine Lust, zu dichten und zu leben? Der Weg von der naiven ungebrochenen Natur durch die mäandrischen Pfade der Kultur zur Bildung mag ein sehr, sehr langer sein, aber endlich muß er doch einmal gelingen, und dieses so fleißige, so strebsame, so, Alles in Allem, tüchtige Geschlecht der jetzt lebenden Menschen mag sich mit bescheidenem Stolze gestehen, daß ihm neben so vielem vor der Hand Unerreichbaren, so vielem Mißrathenen doch auch manches schon gerathen ist. Hat das wahre Wissen, das zu aller Zeit in seinem tiefsten Grunde demokratisch war, nicht viel geschafft und schafft es nicht noch täglich an der Ausfüllung der tiefen Kluft, welche das aristokratische Halbwissen zwischen den verschiedenen Ständen der Nation gerissen hat? Diese Halle, in welcher Kopfwerker und Handwerker, in welcher Dichter und Schriftsteller, in welcher Männer der Wissenschaft, deren Namen man mit Ehrfurcht nennt, wo immer die Bildung eine Stätte fand, täglich mit Männern und Jünglingen des Volkes brüderlich verkehren, deren Manchem das fließende Lesen und Schreiben als eine mühsam errungene Kunst gilt — diese Halle sagt, daß es kein Traum ist, daß die lange Periode der babylonischen Sprachverwirrung zu Ende geht, daß eine Zeit herangebrochen ist, in welcher der Mensch den Menschen wieder verstehen wird, in welcher wir im vollsten Sinne mit dem Dichter sprechen können:

„Und die Sonne Homer's siehe! sie leuchtet auch uns."

Amerika. Das Befahren der Luft mit Dampfschiffen dürfte wohl sehr allgemein in den Bereich der windigen Ideen verwiesen werden; in der neuen Welt jedoch gibt es Leute, welche darüber anders denken: In Hoboken (Newyork) ist der Bau einer Dampfflugmaschine im vollen Gange, und die Regierung der Vereinigten Staaten gibt die Kosten dazu. Sie wurde schon während des Krieges begonnen und sollte zum Recognosciren benützt werden; man will sie aber auch jetzt nach beendigtem Kriege fertigstellen. Unter Beiseitelassung des Gasballons, der keiner Fortbildung fähig scheint, gründet man die Hebung und Forttreibung des Luftfahrzeuges auf die Schraube als dasjenige Mittel, welches am ersten noch einen Erfolg gewähren könnte, und das, wiewohl oft genug vorgeschlagen, doch noch niemals in einem ernsten Versuche erprobt worden ist. Wie schon der Luftkreisel der Kinder lehrt, erhebt sich eine um eine senkrechte Achse gedrehte Schraube in die Luft, und ihre Steigkraft wächst im Verhältniß zu der Schnelligkeit der Umdrehung. Durch fleißige Vorversuche hat nun der amerikanische Erfinder, Professor Mitschel, festgestellt, daß ein Schraubenrad von 20 Fuß Durchmesser bei einem gewissen Grade rascher Umdrehung sechs Tonnen oder 122 Centner Belastung heben kann. Auf dieser Erfahrung basirt die Maschine. Der Apparat erscheint als ein cigarrenförmiger Kahn, in dessen Mitte die Dampfmaschine steht. Die Maschine treibt vier Schraubenräder, eines ober-, eines unterhalb und eines an jedem Ende. Die beiden mittleren Räder wirken zusammen und dienen zum Aufsteigen und Niedergehen; die Endräder können zusammen oder einzeln, in gleicher oder entgegengesetzter Richtung gedreht werden und sind zum Steuern bestimmt. Das Gewicht des Ganzen sammt der Mannschaft ist ungefähr 122 Centner. Der Erfinder behauptet, die Maschine werde sich so leicht durch die Luft treiben lassen, als ein Schraubendampfschiff durch das Wasser. Freilich wird, das Gelingen vorausgesetzt, auch der Luftocean nicht ohne Klippen sein: die Winde werden diese Rolle übernehmen.

Verschiedene Anzeigen.

☞ Wir müssen unsere Herren Correspondenten und Mitarbeiter bitten, ihre Correspondenzen und Artikel so abzusenden, daß sie spätestens **Donnerstag Morgens** schon hier sind, da nach der Erklärung der Druckerei, die Aufnahme in die nächste Nummer sonst nicht zugesichert werden kann.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert in Coburg.

Nr. 161. | Vierter Jahrgang. | Sonntag, 28. Januar 1866.

Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hiezu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung“, Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

Vereinsangelegenheiten.

Der Vorsitzende des ständigen Ausschusses des Vereinstags deutscher Arbeitervereine

an

die geehrten Vereine des Vereinsverbands.

Nürnberg, 24. Jan.

Veranlaßt durch den Protest der badischen Vereine, — mit Ausnahme Mannheims, — vorzüglich des vom Heidelberger Verein, der mich eines doppelten Vergehens beschuldigt (ja sogar den Beitrag zum Vereinstag verweigert) wegen des Circulars vom 5. Dez. v. J., aus Anlaß des Beschlusses des Stuttgarter Arbeitertages für das allgemeine und direkte Wahlrecht zu agitiren, — appellire ich an sämmtliche Vereine unseres Verbandes, öffentlich in diesem Organe kund zu thun, ob ich nicht meine Pflicht erfüllte und somit das Vertrauen, welches mir in Stuttgart durch die Wahl zum Vorsitzenden zu Theil wurde, noch länger besitze. Wenn nicht, bin ich jeden Augenblick bereit, mein Mandat in Ihre Hände zurückzugeben.

Meine Ueberzeugung übrigens spricht mich von dem bezeichneten Vergehen vollkommen frei, ich habe gehandelt im Sinne der Debatte des Stuttgarter Arbeitertages. In dem erwähnten Rundschreiben findet sich keine Vorschrift, daß es die Arbeitervereine in die Hände nehmen müssen, sondern es ist sogar den Vereinen, welche in einer solchen Agitation Gefahr für sich sehen, ausdrücklich der Fingerzeig gegeben, es indirekt und ohne Gefahr durch allgemeine Arbeiterversammlungen zu thun. Nichts hinderte überdies jeden Verein, der auch das nicht thun wollte, das Schreiben einfach ad acta zu legen.

Wenn aber diese Herren glauben, es sei noch nicht an der Zeit für das „allgemeine und direkte Stimmrecht zu agitiren“, so sollen sie mir beantworten, wann einmal diese Zeit kommt? —

Die politischen Güter wachsen nicht über Nacht aus dem Boden, wie Schwämme nach einem neugefallenen Regen, sie müssen erkämpft werden; dieser Kampf könnte wohl erspart bleiben, wenn uns solche Güter auf dem Präsentirteller gebracht würden, was die Ansicht dieser Herren zu sein scheint.

Eine nähere Vertheidigung behalte ich mir jedenfalls bis zum nächsten Vereinstag vor.

Mit Brudergruß und Handschlag.

P. Staudinger,
z. Z. Vorsitzender des Ausschusses des Vereinstages deutscher Arbeitervereine.

Dresdener Arbeiterbildungsverein. Unser diesjähriges (5.) Stiftungsfest feiern wir **Montag**, den 5. **Februar**, Abends 8 Uhr, im Saale der deutschen Halle, Palmstraße, durch Festactus, Commers und Ball.

Dies unsern Brudervereinen hierdurch zur Nachricht, mit der Bitte, durch Abordnungen, deren baldigster Anmeldung wir entgegensehen, theilnehmen zu wollen.

Mit Gruß und Handschlag.

Der Vorstand
des Arbeiterbildungsvereins Dresden.
J. A.: M. Hendel.

Frankenberg, 22. Jan. An die deutschen Brudervereine! Zu unserem 3. Stiftungsfeste, welches den 11. Februar im Bürgersalon des Herrn Benedix stattfindet, laden wir alle Brudervereine herzlich ein.

Mit Gruß und Handschlag.

Der Arbeiterverein zu Frankenberg.

Nürnberg, 18. Jan. Das Präsidium des ständigen Ausschusses deutscher Arbeitervereine hat den sachlich unbegründeten, anmaßenden und die Formen gewöhnlicher Höflichkeit bei Seite setzenden Protest des Heidelberger Professoren Wundt, als Vorstand des dortigen Arbeiterbildungsvereines, die Agitation für das allgemeine und direkte Wahlrecht betreffend, in gebührender Weise abgefertigt.

Stuttgart, 24. Jan. In der letzten ordentlichen Generalversammlung unseres Consumvereins wurde vom Vorstand Bericht erstattet über das Gebahren des letzten Vierteljahrs. Aus demselben entnehmen wir, daß die Entwicklung des Vereins mit raschen Schritten vorwärts geht. Abermals hat sich die Mitgliederzahl um 72 vermehrt und aus Theilnehmern aus den verschiedensten Ständen rekrutirt. Der Umsatz in dem letztverflossenen Vierteljahr betrug nicht weniger als 7960 fl. in Marken; im Brennmaterialiengeschäft wurden 8600 Ctr. Waare für 7425 fl. entnommen und in dem Specerei- und Victualienladen des Vereins, der erst seit Ende November eröffnet ist, wurden für 1761 fl. umgesetzt. Zusammen macht dies nicht weniger als 17,156 fl.; für einen Vierteljahresumsatz doch gewiß ein hübsches Resultat! Das schönste aber ist der Reingewinn von 832 fl. 55 kr., welcher übrig bleibt. Davon werden nach den Statuten 1/8 oder 108 fl. für Bildungszwecke zurückgelegt und ebensoviel wird zum Reservefond geschlagen, 624 fl. gelangen aber unter die Mitglieder zur Vertheilung. Dies gestattet eine Dividende von 8 pCt., so daß jedes Mitglied für je 10 fl. die es beim Consumverein umgesetzt hat 48 kr. zurückerhält. Dieses überaus günstige Resultat wurde natürlich mit allseitiger Befriedigung entgegengenommen und sein Bekanntwerden dürfte gewiß wieder für Viele Veranlassung sein, diesem gemeinnützigen Vereine, bei dem Jeder seine eigene Rechnung findet, beizutreten.

Cannstatt, 24. Jan. Nachdem schon am vergangenen Sonntag eine Versammlung von Arbeitern in Cannstatt zur Gründung eines Arbeiterbildungsvereins Veranlassung gab, constituirte sich derselbe den gestrigen Abend mit einer Mitgliederzahl von 56. Die Anwesenheit einiger Stuttgarter Mitglieder trug wesentlich zur Erleichterung der ersten Geschäfte bei, auch ist lobenswerth zu erwähnen, mit welcher Bereitwilligkeit vom Vorstand des dortigen Gewerbevereins die Unterstützung dieses Vereins zugesichert wurde. Somit ist wieder ein neues Glied zur Kette gefügt und bestehen zur Zeit im Lande 24 Vereine, welche alle vom gleichen Geiste beseelt sind, Menschlichkeit und Bildung zu verbreiten und zu pflanzen. Gewiß anerkennenswerth! doch bleibt andrerseits immer noch viel zu wünschen übrig, namentlich von Seite der Arbeiter selbst eine größere Betheiligung, aber die edleren Regungen sind theilweis durch eine verkehrte Schulbildung so erstickt, daß der Kampf ein anhaltender sein muß, um wieder ein besseres Ich zu erwecken.

Duisburg, 21. Jan. Die auf heute anberaumte Centralversammlung des allgemeinen Deutschen Arbeitervereins für Rheinland und Westfalen ist durch Verfügung des hiesigen Landrathamtes verboten und der hiesige Zweigverein des Arbeitervereins aufgelöst worden. Da die auswärtigen Eingeladenen von dem in letzter Stunde erfolgten Verbot der Versammlung nichts wußten, trafen dieselben sehr zahlreich hier ein. Heute Morgen wurde durch die Polizei jede Verhandlung unmöglich gemacht. Nachmittags machte die große, fast nur aus Arbeitern bestehende Versammlung einen gemeinschaftlichen Spaziergang durch die Stadt. Um 5 Uhr fand eine Zusammenkunft statt. Die bewaffnete Macht, welche in Gestalt von Gensdarmen und Polizeibeamten zahlreich vertreten war, entfernte sich bald, worauf in freier Discussion ein Redner dem andern folgte. Als um 7 Uhr die Polizei wieder erschien, gingen die Versammelten von selbst auseinander.

† **Celle**, 23. Jan. Unser Consumverein (mit offenem Laden), dessen Verhältnisse beim letzten Jahresabschlusse, 1. Juli 1865, nicht ja besonders günstig zu stehen schienen, und der, wie man sich im Publikum zu erzählen wußte, bei seiner Schweineschlachterei im Winter 1864/65 keine glänzende Geschäfte gemacht haben sollte, muß sich doch entweder erheblich verstärkt haben, oder aber was das wahrscheinlichste ist, dessen Verhältnisse sind nie schlecht gewesen.

Wie wir aus sicherer Quelle vernehmen, geht derselbe mit dem Plane um, eine große Vereinsschlachterei, welche sich auf alles Schlachtvieh erstrecken und Winter und Sommer fortdauern soll, zu errichten, und hat bereits Verhandlungen wegen Acquisition eines passenden Lokals mit verschiedenen hiesigen Hausbesitzern. Sobald ein passendes Lokal gefunden ist, soll die Schlachterei beginnen.

Auch hören wir, daß der Vorstand, den Erwerb eines Hauses, in welchem alle Geschäfte betrieben werden können, in's Auge gefaßt und sich auch in dieser Richtung bereits Mühe gegeben hat.

± **Berlin**, 16. Januar. Gestern hatten die Lassalleaner hier im Lokale des Vorstädtischen Handwerker-Vereins eine Versammlung um über die Frauenfrage zu verhandeln. Nachdem Hr. Matzeano zum Vorsitzenden gemacht, hielt Hr. Schlingmann einen Vortrag über Frauenarbeit und Arbeiterfrauen, in welchem er besonders darauf hinwies, wie verderblich es sei, die Frau als Arbeitsinstrument heranzuziehen; sie gehöre in das Haus und dürfe nicht dem Manne und den Kindern entzogen werden. In der volkswirthschaftlichen Gesellschaft habe daher auch Prince Smith den richtigen Standpunkt eingenommen, während die Ansicht von Michaelis, wie er weiter auseinandersetzte, eine ganz falsche sei. Zum Schluß weist er noch darauf hin, welche traurigen Folgen die Frauenarbeit in England hervorgerufen. Bei der hierauf stattfindenden Debatte schlossen sich im Wesentlichen die einzelnen Redner den Ausführungen des Vortragenden an. Hr. Schilling meint, die Hauptaufgabe sei, daß Gesetze geschaffen werden, wodurch der Arbeiterstand mehr zur Geltung gebracht werde. Hr. Lenecke, welcher in besonderen Vorträgen seine Ansicht über die Arbeiterfrage mittheilen will, beschuldigt die liberale Partei, daß sie „Sclavenbarone“ in die civilisirten Länder einführen wolle (!). Hr. Preuß: Früher habe die Frau Alles mitarbeiten müssen, sei gewissermaßen das Lastthier des Hauses gewesen. Mit dem Fortschritt der Zeit sei dies nach und nach verschwunden und jetzt wolle man diese veralteten Institutionen wieder einführen (?). Die Debatte in der volkswirthschaftlichen Gesellschaft habe auf ihn übrigens den Eindruck gemacht, als wolle man nicht für die Töchter der Arbeiter sorgen, sondern für die Prostituirten, die als Dienstmädchen zu schlecht und zu anderem nicht tauglich, diese sollten Beamtinnen und Buchhalterinnen werden (?). Sollte er übrigens für einen weiblichen Buchhalter denselben Preis bezahlen, so ziehe er den männlichen vor. Hr. Stephany setzt den Standpunkt der volkswirthschaftlichen Gesellschaft auseinander. Hr. Jdeissen will Freiheit und Recht; für die Frauen das volle Recht, für die Arbeit die volle Freiheit. Dr. Eras, welcher die Frauenfrage in längerer Rede mit dem Ricardo'schen Gesetz in Verbindung bringen will, wird von der Versammlung unterbrochen, was schließlich zu heftigem Streit und Durcheinanderschreien Veranlassung giebt. Ein anderer Redner erwähnt noch, daß man immer auf das freie Amerika hinweise, dort sitze aber die Frau den ganzen Tag im Schaukelstuhle und hier wolle man, daß die Frau noch mehr arbeite, als es schon der Fall sei (?). Um 12 Uhr wurde die Sitzung vertagt, die ein erbauliches Durcheinander von Ansichten zu Tage gefördert hat.

Göttingen, den 23. Jan. Heute Abend fand im Vereinslokale „Vorwärts“ unter dem Vorsitze des Lehrers Niebecker eine außerordentliche Generalversammlung, betreffend die Vorlagen für den dritten Vereinstag zu Harburg statt.

Zuerst kam die Frage über Gewerbe-Freiheit zur Debatte, die jetzt im Hannoverlande das Tagesgespräch bildet, — darauf stellt ein Mitglied den Antrag:

1) Der Vereinstag wolle Mittel und Wege angeben, daß die Unterrichtsstunden besser von den Mitgliedern besucht würden.
2) Welche Unterrichtsgegenstände müssen in den Vereinen gelehrt werden, da in der Wahl derselben die größten Mißgriffe gemacht werden.
3) Welche Methode muß ein Lehrer handhaben, damit auch die Schwächsten Gewinn davon tragen.

Obgleich diese Fragen den Nerv und die Existenz aller Vereine berühren, so wurden sie doch hier nicht beantwortet. Der Grund war einfach der, weil man die Sache nicht objektiv betrachtete, sondern diese allgemein gehaltenen Fragen hier auf den Verein „Vorwärts“ selbst bezog. Ein Lehrer fand darin ein Mißtrauensvotum für seine Stunden, obgleich dazu gar keine Veranlassung dem Wortlaute nach zu finden ist, es sei denn, der Lehrer sei sich selbst bewußt, daß seine Art und Weise, wie er unterrichtet, nicht die richtige sei. Sehr richtig bemerkte Lehrer Niebecker, daß diese Frage mit unserm Verein in gar keiner Beziehung stände; jedenfalls sei die andere Frage wichtig genug, daß sie auf dem Vereinstage besprochen werde. Da sie aber dennoch heute Abend nicht erledigt, ja noch nicht einmal besprochen wurde, obgleich man lange und heftig sprach, so sei es mir erlaubt hier öffentlich durch unser Organ meine Ansichten darüber darzulegen, was mir heute Abend nicht vergönnt war, da ich mich nie dazu verstehen kann, tauben Ohren zu predigen, und leeres Stroh zu dreschen.

Es ist Thatsache, und wer will es wagen, dem zu widerstreiten, die Unterrichtsstunden in unseren Vereinen werden meistens schlecht besucht. Woran kann die Schuld liegen? Meistens sagt man einfach und hinwegwerfend, „die Mitglieder wollen nichts lernen“. Ich bestreite dies aufs allerentschiedenste, im Namen aller wirklichen Mitglieder der deutschen Arbeiter-Vereine, die Schüler wollen lernen, sie fühlen ihre eigne Schwäche sehr tief, sie wissen, daß ihnen in der Jugend nicht die Gelegenheit geboten wurde, sie haben aus Lust zum Lernen unsere Vereine aufgesucht, — und doch sind die Stunden leer.

Warum? Weil sehr oft die Lehrer die Schwächsten nur sehr wenig berücksichtigen. Ich habe Gelegenheit gehabt einer Rechenstunde in einem Handwerker-Verein beizuwohnen, da docirte man den Mitgliedern quadratische Gleichungen vor, und die Schüler kannten die vier Species nicht, — die ganze Arbeit des Lehres concentrirte sich auf einige sogenannte Paradepferde. Der Lehrer gebrauchte fortwährend die Ausdrücke plus, minus, Factoren, Produkt, Potenziren, Quadriren, ohne daß die Schüler die zum größten Theil in Volksschulen gesessen hatten, nur eine Ahnung von seinen gelehrten Brocken hatten.

Ja fast schien es mir, als sei der Lehrer stolz darauf, über die Köpfe der Zuhörer hinweggesprochen zu haben. Will ein Lehrer lehren im Handwerkervereine und wirklich etwas Ersprießliches leisten, dann verlange ich von ihm, daß er sich am sorgfältigsten mit den Schwächsten beschäftige, daß er genau und sorgfältig die Arbeiten der Schwächeren prüfe, ihnen Muth einzuflößen und sie für seinen Unterricht zu fesseln verstehe. Nicht immer nur selbst spreche, sondern am meisten die Schüler reden lasse — nicht nur zeige und dann weiter, um ein gestecktes Ziel zu erreichen, sondern er lasse die Schüler fleißig selbst üben, denn hier heißt es: Uebung macht den Meister. Wem diese Eigenschaften abgehen, der unterrichte nicht in Handwerker-Vereinen, denn hier zeigt sich erst recht deutlich, daß zwischen Können und Unterrichten eine große Kluft ist, und daß das nur Phrasen sind, der Lehrer hat gelernt und der Schüler will lernen, folglich ist die Methode des Lehrers die richtige, dann müßte stets immer derjenige der beste Lehrer sein, der am meisten gelernt hätte, doch die Erfahrung beweist nur zu oft das Gegentheil. Muß nicht eben darum auch jeder Candidat nach vollendetem Studium, obgleich er die Staatsexamen bestanden hat, dennoch ein Probejahr als Lehrer absolviren, damit sich auch die Behörde überzeuge, ob er unterrichten kann?

Sieht der Junge in der Schule schon oft die Schwächen seines Lehrers, warum sollten nicht junge Leut von 25 Jahren die Schwächen und Mißgriffe ihres Lehrers sehen. Sicherlich gehört doch kein großer Verstand dazu, daß ein junger Mann zu der Einsicht kommt — wenn der Lehrer es noch nicht ein Mal der Mühe werth hält, meine Tafel anzusehen, wenn er nur mit den tüchtigsten Schülern redet, dann sitze ich hier vergebens. Hat doch der oben erwähnte Lehrer die Fehler des Musiklehrers erkannt, warum sollten andere nicht auch Mißgriffe sehen. Ich habe hier nur auf die fehlerhafte Behandlung eines Unterrichtsgegenstandes aufmerksam gemacht, sollte mir die Redaktion Raum gewähren*), dann würde ich eben so offen meine Ansichten über die andern Lehrfächer darlegen. Schließlich aber spreche ich die Bitte aus, die Commission zu Harburg wolle dafür Sorge tragen, daß diese Anfrage zur Debatte auf dem dritten Vereinstage gelange, — denn sie ist eine Lebensfrage für die Vereine, und nur Leute, denen die Brille mit Fett beschmiert ist, sehen darin etwas Verfängliches. Sollte auch nur dieser Knoten gelöst werden, dann hat der Vereinstag etwas Großes gethan und der Segen wird nicht ausbleiben.

Cigarrenarbeiterangelegenheiten.

Stuttgart, 24. Jan. Liebe Collegen! Laut Beschluß unserer am letzten Samstag den 20. Januar abgehaltenen Generalversammlung habe ich den Auftrag zu erklären, daß wir nicht mehr unterstützungsbedürftig sind, und somit keine Sendung derart mehr annehmen, und zwar deßhalb, weil alle arbeitslos gewesenen Arbeiter und Arbeiterinnen in Arbeit sind und allen ferneren Unannehmlichkeiten in dieser Beziehung leicht von Seiten der Betheiligten begegnet wird. Es betrifft dies eine doppelte Anklage, in die wir verwickelt, einmal von Seiten des Hrn. Fröhlich gegen seine hier noch anwesenden, aber in anderen Geschäften arbeitenden Arbeiter, der Coalition angeklagt, dann von seinen Arbeitern eine Anklage gegen den hiesigen Cigarrenarbeiter-Unterstützungsverein wegen ungerechtem Ausschluß aus dem Verein. Dieselben sind aber schon in zwei Instanzen abgewiesen; die Herren heißen: Joh. Trappolt und Michael Trappolt aus Waldorf, Sußmann Katz aus Rosenheim b. Frankfurt, und B. Goelz nebst Pet. Wetzel beide aus Weinheim in Baden, (letzterer hat sich von unserem Verein 27 Fl. 50 Kr. erschwindelt, weßhalb wir ihn in Anklagestand versetzt haben) und Joh. Kramer aus Lahr in Baden. Indem wir dies zur Kenntniß unserer Collegen bringen, sagen wir nochmal den herzlichsten Dank allen denen, welche uns so sehr ihre aufrichtige Theilnahme widmeten, insbesondere den Dresdener Collegen, welche uns am 20. Januar nochmal 4 Thlr. schickten, ebenso den Berliner Collegen, welche uns unterm 21. Januar 33 Fl. 42 Kr. zusendeten (das wir aber wieder zurückgehen ließen), mit dem Bemerken, daß wenn wir noch mehr bedürftig seien, sie uns noch eine weitere Unterstützung wollten zukommen lassen. Wir werden solcher sprechender Beweise von collegialischer Liebe nur mit Hochachtung gedenken, und sie im Falle der Noth mit Wetteifer belohnen. Dann bitte ich noch denjenigen Verein, in dem sich Joseph Geisselsinger aus München aufhält, dem Vorstand des Münchener Vereins, Joh. Gais per Ad. H. Schwarz, Cigarrenfabrik, sogleich Anzeige zu machen.

Mit herzlichem Gruß.

J. A.: Franz Leib.

*) Gern! D. Red.

Politischer Theil.

Die Wasserprobe der preußischen Thronrede*).

Jetzt heran, preußisches Staatsbewußtsein, heran ans nasse Element und zieh' die langen Wasserstiefel an! Du sollst deine Probe machen; wenn du aus dieser Fluth von Salzansätzen, aus dieser Ueberschwemmung von uckermärkischem Deutsch heil zurückkommst, dann bist du gefeit gegen jeden Zauber und gebenedeit unter allen Staatsbewußtsein's, die da waren, sind und sein werden.

*) Ein Kapitel aus dem zweiten Heft von „Deutschlands Errettung aus tiefster Schmach.“ Dieses Heft wird den Specialtitel führen: „Vom preußischen Staatsbewußtsein.“ (Wie das erste Heft von einem Preußen). Coburg, F. Streit's Verlag.

So lange verfassungsmäßige Planeten um constitutionelle Sonnen kreisen, ward eine solche Thronrede nicht erlebt. Marschall Narvaez ist ein radicaler Engel gegen diese Granden von der Spree, und Louis Napoleon wird zum Klassiker der französischen Literatur neben dieser gekrönten „Theorie“ der Kaserne.

Höret ihr Völker des Occidents und merk' auf, du Menschheit im Orient, vor Allem aber spitzet Eure Ohren, ihr Deutsche jenseits der Zebrapfähle! Denn so reden Eure „Führer“, so schreibt sich Eure „Spitze“ ein in die Konsularinsel von 1866!

Der erste Theil der Predigt ist die naive Rednung der Lückentheorie und leistet das Unerhörte an bewußter — Dreistigkeit; der zweite klebt einen massiven Heiligenschein um den bekannten „Beruf Preußens.“ Der Zuckerguß auf der Torte ist die Prostitution des religiösen Gefühls oder das enthüllte Muckerthum. Zur Sache!

„In der letzten Sitzungsperiode ist, wie in den Vorjahren, in Ermangelung der nothwendigen Uebereinstimmung der Häuser des Landtags untereinander und mit der Krone, das im Art. 99 der Verfassung vorgesehene Etatsgesetz nicht zu Stande gekommen. Es hat daher die Staatsverwaltung ohne solches Gesetz geführt werden müssen.“

Liebenswürdiger Art. 99 der preuß. Verfassungsurkunde, der das Gewissen der HHrn. v. Bismarck, Roon, Eulenburg, Mühler 2c. bindet! Er lautet — zur Kenntnißnahme der Nichtpreußen — „Alle Einnahmen und Ausgaben des Staats müssen für jedes Jahr im Voraus veranschlagt und auf den Staatshaushalts-Etat gebracht werden. Letzterer wird jährlich durch ein Gesetz festgestellt.“ Das bedeutet: Legen die Minister nicht im Voraus, oder gar nicht, das Budget für das folgende Jahr den Kammern vor, so brechen sie die Verfassung. Und kommt ein solches Gesetz nicht zu Stande, so ist die Verfassung gebrochen. Von wem? Das wird sich sogleich finden. Verwirft die zweite Kammer das Budget, welches ihr nach Art. 62 zuerst vorgelegt wird, so hat das Ministerium, da der Staat und die Verfassung nicht ohne jährliches Etatsgesetz gedacht werden können, zwei Wege vor sich, ein solches zu Stande zu bringen. Es löst entweder die Kammern auf und appellirt an die Wähler, oder es zieht sich zurück, um einem andern Cabinet Platz zu machen. So schief und verwirrend auch die Bestimmung sein mag, daß die Erste Kammer das Etatsgesetz in Bausch und Bogen verwerfen kann, so wenig hat dieser Passus irgend ein praktisches Bedenken, da die Minister die Räthe des Königs, die erste Kammer aber seit der k. Verordnung vom 12. Okt. 1854 immer eine Majorität von des Königs Leuten erhalten kann, dafern sie eine solche, aller Wahrscheinlichkeit zum Trotz, für den Augenblick nicht haben sollte. Es kommt also Alles darauf an, daß die Minister sich mit der Mehrheit der zweiten Kammer verständigen, aber zu Stande kommen muß das Etatsgesetz!

Denn Art. 100 fügt kategorisch hinzu: „Steuern und Abgaben für die Staatskasse dürfen nur, insoweit sie in den Staatshaushaltsetat aufgenommen oder durch besondere Gesetze angeordnet sind, erhoben werden.“ Wer sie also, ohne ein solches Gesetz in der Hand zu haben, erheben läßt und erhebt, der bricht die Verfassung. Jeder Steuerbote, wie jeder Minister darf und muß dem Staatsanwalt in diesem Falle wegen Verfassungsbruchs und verfassungsbrecherischer Gewaltthat denunzirt werden, und kein Bürger darf es auf sich nehmen, sich durch Zahlung der Steuer bei solchem Rechts- und Gesetzbruch zu betheiligen.

Mit diesem Art. 100 bewaffnet, kann jeder Bürger, jeder Abgeordnete voran, für seine Person die Steuerzahlung weigern, kann jeder einzelne Preuße und können alle Gemeinden massenhaft die Steuererheber den Gerichten überantworten. Niemand in Preußen ist gezwungen, sich die morsche Hintertreppe der Doctrin hinaufzustehlen, welche in Art. 109 unter den „Allgemeinen Bestimmungen“ zur Freude von ganz Gotha entdeckt worden ist. „Die bestehenden Steuern und Abgaben werden fort erhoben. — Diese offenbar blos formale Uebergangsbestimmung erklärt sich für Jeden, der sehen will und der nicht um's Leben gern am Handeln verhindert sein möchte, durch die unmittelbar folgenden, blos durch ein Komma getrennten weiteren formalen Angaben: „und alle Bestimmungen der bestehenden Gesetzbücher einzelner Gesetze und Verordnungen, welche der gegenwärtigen Verfassung nicht zuwiderlaufen, bleiben in Kraft, bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden.“ Wer nicht ein ehernes Band um die Stirne trägt, der sieht ohne große Mühe, daß es sich da um die Existenz von Gesetzen, nicht um deren Anwendung handelt, daß speziell vom bestehenden Steuersystem gesagt wird, bis es durch ein Gesetz geändert werde, bleibe es so: Grundsteuer, Gewerbesteuer, Klassensteuer 2c.; daß daher, wenn Morgen eine einzige Einkommensteuer gesetzlich eingeführt wird, die „bestehenden Steuern“ durchaus nicht mehr erhoben werden dürfen, selbst dann nicht, wenn alle 352 Abgeordnete, mit Einschluß der „Mußpreußen“ im Schwarzwald, mit beiden Händen für das Ministerium und das Budget gestimmt haben sollten.

Wenn die Gedankenlosigkeit, die sich der preußischen Wortführer bemächtigt hat, und die nur der theoretische Ausdruck ihres Muthmangels ist, fähig wäre, auch nur die miserabelste Verfassung unter der Sonne im Zusammenhange zu lesen und zu begreifen, so würde sie gefunden haben, daß Art. 109 durchaus keine Hintertreppe für nationalvereinliche Ministercandidaten und Mignons einer „hohen Frau“ sein soll, sondern das Correlat zur zweiten Hälfte von Art. 101: „Die bestehende Steuergesetzgebung wird einer Revision unterworfen.“ Wir machen uns anheischig, in einem Dutzend moderner Verfassungen ganz ähnliche allgemeine Versprechungen im sehenden Theile sammt dem natürlichen Correlat in den Uebergangsbestimmungen am Schlusse aufzuweisen. Nur in Preußen ist alles einzig, noch nicht dagewesen, die Verfassung, die Logik und die Dolmetscher des Rechtes. — Nicht nur aber werden die bisherigen Steuern trotz des mangelnden Etatsgesetzes ruhig weiter erhoben, sondern „es werden Ihnen auch Vorlagen zugehen, welche bezwecken, die Leistungsfähigkeit durch außerordentliche Verwendungen zu sichern.“

Also das alte Budget wird im Widerspruch mit der Verfassung forterhoben — die Rechnung pro 1865 steht im Staatsanzeiger — und neues Geld wird gefordert. Bewilligen es die Herren nicht, so kommt der Zorn Jehovahs über sie, denn sie verhindern hartnäckig die Blüthe des Staates und des Volkes. Die Bank soll eine Filiale in Hamburg bekommen, damit der Staat Preußen, der die nordalbingischen Herzen nicht erobern kann, sich wenigstens der dortigen Wechsel bemächtige und ein Stück Deutschland mehr in's Netz der „materiellen Interessen“ ziehe.

Innerhalb dieser materiellen Interessen sollen schließlich die Arbeiter, die an der Wahlurne nicht mitzusprechen haben, vom Verbote der Coalition befreit werden und die Erlaubniß erhalten, sich nach Kräften zu „verwerthen.“ Ausdehnung der Communication, Ausbreitung der Bankthätigkeit, Steigerung der freien Concurrenz: das ist das bonapartistische Ohr, welches aus der Thronrede hervorguckt, und das ist die kgl. preuß. „Staatshülfe“, welche dem „Allgem. deutschen Arbeiterverein“ dargeboten wird!

Die — wie soll man nur sagen? Die „Reorganisation“ des „herrlichen“ Kriegsheeres? — aber das ist veraltet und obendrein anrüchig. — Die „Militärnovelle“? — aber seitdem haben Berthold Auerbach und Gustav Freytag bändereiche Romane geschrieben. — Also: „Nach mehrjährigen fruchtlosen Verhandlungen über Gesetzesvorschläge, betreffend eine Erleichterung und Abkürzung der Dienstzeit in der Landwehr, so wie eine gerechtere Vertheilung der Kriegsdienstpflicht überhaupt“ — das also ist die neue Etikette, behaltet sie gut! — Das Abgeordnetenhaus hat die „Erleichterung und Abkürzung der Dienstpflicht“, die „gerechtere Vertheilung der Kriegsdienstpflicht“ — auf 40,000 Mann jährlich mehr — schnöde von der Hand gewiesen — „kann die Regierung von der Wiederholung solcher Vorschläge für jetzt kein ersprießliches Resultat erwarten“. —

Räth Jemand der Kammer ein solches summarisches Verfahren in Bezug auf die Budgetberathung, so schreit drei Viertel des „Fortschritts“: „Nachbarin, Euer Fläschchen!“

Wohl gemerkt: „Gesetzesvorschläge“ oder „Vorschläge“ zu einem möglichen Gesetz. Und noch einmal „Vorschläge“. „Sie wird es daher bei den geltenden gesetzlichen Bestimmungen über die Verpflichtung zum Kriegsdienste einstweilen belassen.“ Was, die „Reorganisation“ wird abgeschafft, das Gesetz von 1814 tritt wieder in Kraft, die überzähligen Cadres werden aufgelöst? Hurrah Bismarck, Roon und die Constitution! Aber — laßt uns zur Vorsicht weiter lesen! „Indem die Regierung diese ihr abgedrungene Entschließung bedauert, bleibt sie von der Nothwendigkeit durchdrungen, die jetzige, unter Mitwirkung der früheren Landesvertretung eingeführte, seitdem praktisch bewährte und gesetzlich zulässige Einrichtung des Heerwesens aufrecht zu erhalten und die erforderlichen Geldmittel auch ferner — „zu nehmen, wo sie zu finden sind.“

Da ist eine „Gesetzvorlage“, welche durch die Uebereinstimmung der drei Faktoren, und nur durch diese, Gesetz werden kann, bis dahin aber nicht geworden ist; diese „Gesetzvorlage“ ist dann — im Handumdrehen — eine „geltende gesetzliche Bestimmung“; und die Einrichtung, auf welche sich die „Gesetzvorlage“ bezog, ist eine gesetzlich zulässige“. Um das Mühlrad in unserm Kopfe noch ärger schwirren zu machen, wird diese „gesetzlich zulässige Einrichtung“ als eine „unter Mitwirkung der früheren Landesvertretung eingeführte“ charakterisirt.

Aber, göttliche Seiltänzer auf den Stricken der Verfassung, wenn diese „Einrichtung“ bereits „unter Mitwirkung der früheren Landesvertretung eingeführt war, so ist sie nicht blos „gesetzlich zulässig“, sondern ganz und durchaus gesetzlich, unumgänglich, organisch mit dem preußischen Staatswesen verbunden. War sie aber organisches Gesetz, wozu Euch „mehrjährigen fruchtlosen Verhandlungen“ muthwillig aussetzen?

Es kann also nicht wahr sein, daß sie „gesetzlich eingeführt“ worden, und es ist nicht wahr, sondern die Vertrauenskammer der HHrn. Patow, Schwerin, Auerswald hat sie zweimal als ausdrückliches „Provisorium“ hingehen lassen!

M. Hrn., wir kommen zum andern Male mit dem „außerordentlichen“ Tamburin. „Die schnelle und kräftige Entwicklung der preußischen Seemacht.“ „Für die Gründung von Hafen-Etablissements, für die Beschaffung von Schiffen und deren Bewaffnung müssen außerordentliche Mittel verwendet werden. Ein deßfallsiger (fast so schön als das österreichische: „dießbezüglich“) Gesetzentwurf wird von Neuem vorgelegt werden, zumal durch die inzwischen erfolgte Regelung der Besitzverhältnisse von Kiel die wesentlichsten der im vorigen Jahre der Vorlage entgegengestellten Bedenken Erledigung gefunden haben“. Der Gesetzentwurf wird „von Neuem vorgelegt, zumal“ — Nicht die Sache hoffen die Herren jetzt adoptirt zu sehen, „zumal“ sie unterdessen Kiel erobert haben; sondern sie erneuern die Vorlage, „zumal“ —

Jetzt naht der Versucher, um den in der Wüste der Wirkungslosigkeit nachdenkenden Jesus auf die Zinne des Tempels zu führen. Siehst du, liebes Menschenkind, Oesterreich hat „seinen Theil an den Souveränitätsrechten über Lauenburg an den König abgetreten“; dieses Lauenburg ist jetzt „mit der Krone Preußen vereinigt“, und Lauenburg soll „alle Vortheile des Schutzes und der Pflege“ genießen, „unter Schonung seiner (junkerlichen) Eigenthümlichkeit.“

Von einer Vorlage des Gasteiner Vertrags — keine Rede; von einer Gutheißung der Gränzenveränderung seitens der Kammer — Alles mausstill. Und doch sagt Art. 2 der beschwornen Verfassung: „Die Gränzen des Staatsgebietes können nur durch ein Gesetz verändert werden*)“. Art. 48: „Verträge mit fremden Regierungen bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung der Kammern — wenn dadurch dem Staate Lasten auferlegt werden.“ Lasten aber werden dem preuß. Staate durch die Einverleibung Lauenburgs unter allen Umständen auferlegt; selbst wenn die Abfindungssumme an Oesterreich aus des Königs Privatschatulle fließt, erwächst dem Staate immerhin die Last der Vertheidigung. Art. 55: „Ohne Einwilligung beider Kammern kann der König nicht zugleich Herrscher fremder Reiche sein.“ Oder ist Lauenburg blos königl. Privatdomäne im Auslande? Dann hat der preuß. Staat das Herzogthum nicht zu vertheidigen!

Und der Versucher hebt den Finger höher und deutet weiter hin: „Die schließliche Entscheidung über die Zukunft der andern beiden Elbherzogthümer ist im Gasteiner Vertrage einer weiteren Verständigung vorbehalten (also à la Lauenburg!), Preußen hat aber im Besitze Schleswigs (im Besitze des Mitbesitzes!)

---

*) Sollten die HHrn. Minister durch irgend eine Finte die Anwendbarkeit dieses Artikels wegsophisticiren wollen, so erinnern wir sie daran, daß „der König“ selbst sich am Neujahrstage 1866 direct unter die Competenz desselben gestellt hat. Er sagte nämlich in dem Antwortschreiben auf die Gratulation des Berliner Magistrats: „Wenn der Magistrat in seiner Eingabe auf den Ernst des verflossenen Jahres und auf die gewichtigen, ihrer Lösung noch harrenden Fragen der Gegenwart noch hinweiset, so blicke ich doch (doch?) mit Genugthuung auf den beschlossenen Zeitabschnitt zurück, da ich berufen war, in demselben den Dank derjenigen Landestheile entgegenzunehmen, welche sich seit 50 Jahren der Segnungen erfreuen, die ihnen unter dem preußischen Scepter und durch die Regierung meiner in Gott ruhenden königlichen Vorfahren zu Theil geworden, während es mir unter des Allmächtigen Beistand gleichzeitig beschieden war, die Gränzen des Vaterlandes zu erweitern.“

und der in Holstein gewonnenen (Graf Mensdorf, hört!) Stellung ein ausreichendes Pfand dafür erhalten, daß diese Entscheidung nur in einer —" Hoho! was? nur in einer Vertreibung der Oesterreicher und der definitiven Annexion —? Nein, das geht nicht, das dürfen wir noch nicht sagen, Preußens Absicht und Habgier darf nicht in den Vordergrund gestellt werden — „nur in einer den — deutschen Nationalinteressen und den berechtigten Ansprüchen Preußens entsprechenden Weise erfolgen werde. —

„Deutsche Nationalinteressen" — wie schmeckt das, Hr. Abgeordnetentag? „Berechtigte Ansprüche Preußens" — was sagen Sie dazu, Frau Generalversammlung des Nationalvereins? Da ist ja das nationale Programm, da ist ja die „provisorische" Centralgewalt! Uns aber steigt das Blut in die Wangen, wenn wir die deutschen Nationalinteressen in solchem Munde wiederfinden, wenn die Junker-Commandite Bismarck u. Comp. den ehrwürdigen Namen Deutschland als Schild vor ihre windigen Großmachts-Gelüste hält; wenn sie um den kaltüberlegten Freiheitsmord den Mantel aller unserer Hoffnungen und Ideale schlägt ......

„Deutsche Nationalinteressen!" „Gestützt auf seine, durch das Kronsyndikats-Gutachten bestärkte Rechtsüberzeugung ist der König entschlossen, dieses Pfand bis zur Erreichung des angedeuteten Zieles unter allen Umständen festzuhalten". — „Deutsche Nationalinteressen" und „Kronsyndikats-Gutachten"! „Deutsche Nationalinteressen" und preußische Herrschaft über Schleswig-Holstein!

Und da kommen die Hämmlinge der entnervenden Gothaer Presse heran und behaupten: „Von Annexion ist also wenigstens ausdrücklich nicht die Rede!!" Wovon denn, verschnittene Scribenten, und was nennt Ihr „ausdrücklich"? — „der König" behält das „Pfand", nämlich Schleswig und die Kieler „Stellung" „unter allen Umständen", bis ihm die Elbherzogthümer ausgeantwortet werden. Laßt doch Eure „streng juristischen" Deductionen über „Pfandrecht" und „Eigenthum" zu Hause! Ihr habt es nicht mit Männern des Rechts, sondern mit Habebald und Eilebeute zu thun; das sind nicht einmal Logiker, geschweige denn Rechtslogiker; das sind Sophisten, die Euch mit Phrasen umgarnen würden, bis sie Euch den Hals zuschnüren, dafern man Euch gehen ließe ......

„Das angedeutete Ziel!" Welches „Ziel", wo ist das „angedeutet" worden? Stylistisch freilich nirgends „ausdrücklich." Es steckt hinter den „deutschen Nationalinteressen" und den „berechtigten Ansprüchen Preußens". Offen liegt es da in Eurem bösen Gewissen, und in der „schlechten Presse", welche Euer böses Gewissen abspiegelt. Eure Absichten sind so unrein, daß Ihr mit den Repräsentanten des Volkes, folglich mit dem ganzen Volke öffentlich Versteckens spielt, daß Ihr vor Europa dem „preußischen Staatsbewußtsein" zublinzelt: Nicht wahr, Du hast mich verstanden? Wir behalten was wir haben! —

„Der König weiß sich in diesem Entschlusse von der Zustimmung seines Volkes getragen." Das ist die Frage! Das wollen wir jetzt sehen, das ist die Wasserprobe, auf die der preußische „Fortschritt" gestellt wird. Ersäuft er in diesem sophistischen Phrasenteiche, nun, so ist es vorbei mit ihm; so muß eben Reindeutschland entschieden Front gegen ihn machen; so muß er in der öffentlichen Meinung Deutschlands und Europa's isolirt werden, auf die Gefahr der Franz Duncker'schen Drohungen hin! Nur wenn er sich entschieden ermannt und die unbesudelte Tricolore entfaltet, nur dann können wir noch mit ihm reden. —

„Das Wasser rauscht', das Wasser schwillt." — Die augenverdrehende Gottseligkeit strömt in das Becken.

„Im vorigen Jahre hat der König in vier Provinzen erneuerte Huldigungen entgegengenommen. Der bei diesen überall herrschende Geist hat Zeugniß gegeben von dem Bewußtsein unsres Volkes, wie Großes Gott an dem preußischen Staate gethan. In Dank gegen Gott und mit dem Gelöbniß, die glücklichen Zustände aller Landestheile auch fernerhin fördern zu wollen, hat der König die erneuerte Zuversicht ausgesprochen, daß ein Band des Vertrauens Fürst und Volk für jetzt und für alle Zukunft umschlieben und daß über Preußen Gott auch ferner walten werde. Die Regierung ist sich bewußt, daß ihr der Wille nicht fehlt, dem Könige nach diesem seinem Sinne zu dienen. Sie ist überzeugt, daß bei unbefangener, leidenschaftsloser und rein sachlicher Prüfung dessen, was ihr zu erreichen vergönnt gewesen, wie dessen, was sie mit Hülfe der Landesvertretung noch erstrebt, genug der Zwecke und Ziele gefunden werden müßten, in denen alle Parteien sich Eins wissen."

Das „preußische Staatsbewußtsein" empfängt seine religiöse Weihe. „Es ist bestimmt in Gottes Rath." Die Minister lassen dem König sagen, er wisse ganz zuverlässig, daß Gott bei der Theilung Polens, wie bei der Anerkennung Schleswig-Holsteins seine Hand im Spiele habe. Und die Minister sagen den Landboten, es sei frevelhaft von ihnen gehandelt, wenn sie sich den göttlichen Schickungen noch ferner widersetzen wollten.

Das „preußische Staatsbewußtsein" ist für „göttlich" erklärt worden, es ist in den Himmel entrückt — wär's nur schon dort!

Die Landboten aber haben sich allen Ernstes zu fragen und gründlich darüber mit sich selbst zu Rathe zu gehen, ob sie diesen „göttlichen" Schwindel vom „preußischen Staatsbewußtsein" in irgend einer Weise pflegen und fördern wollen; ob sie Angesichts der schwierigen Lage Deutschlands, vor den Pforten der Zukunft, die „unter allen Umständen" eingerannt werden müssen, das größte Hinderniß der deutschen Einigung, das „preußische Staatsbewußtsein", noch verstärken wollen, um für die Nachwelt halb Fluch, halb Gelächter zu werden. Sie müssen sich fragen, ob sie, als Kammerknechte des frivolen Bismarckthums, erst mit junkerlichen Ruthen gestrichen und dann an den Wagen abenteuernder Don Quixoterie gebunden sein wollen, um als Gebundene darüber zu jubeln, daß deutsches Stamm- und Kernland zum dynastischen Privatbesitz geschlagen wird! ......

Und wenn die Abgeordneten des preußischen „Fortschritts" wirklich die Wasserprobe nicht bestehen sollten, so appeliren wir an das Volk der acht Provinzen, als an einem integrirenden Theil der souveränen deutschen Nation, daß sie ihr Pfui und ihr Veto erheben mögen; ihr Pfui über die ministerielle Schwemme, so wie über diejenigen, welche halb gezogen wurden und halb von selbst sanken, — ihr Veto gegen allen Partikularismus, gegen jede Vergewaltigung deutschen Gebiets, gegen jede Theilung des großen zukunftsvollen Vaterlandes.

N. S. Der wiedererwählte Präsident Grabow dankte am 17. Jan. 1866 dem Hause der Abgeordneten für das ihm geschenkte Vertrauen, wahrte alsdann kräftig den Rechtsstandpunkt der Kammer, und schloß in folgender Weise: „Möge Preußen in Erfüllung seines deutschen Berufs einen freisinnigen Entwicklungsgang einschlagen, ehe es durch einen möglicherweise der Freiheit günstigen Verlauf der Verfassungskrisis in Oesterreich überholt — (also immer Konkurrenz; die Freiheit und das Recht, nicht um ihrer selbst willen, sondern aus Trotz gegen Oesterreich!) — und ehe es überhaupt zu spät wird! Dann wird Deutschlands einstige Vertretung die Zukunft des deutschen Vaterlandes mit Freuden in den mächtigen Händen unserer Könige gesichert sehen." —

Also auch Hr. Grabow gehört jetzt zum Nationalverein. Wir möchten doch wissen, welche Repräsentanten Deutschlands dem Hrn. Grabow diese Stimmung und Absicht verrathen haben? Deutschland will gar nicht in „mächtige" Hände kommen, es will selber mächtig werden und nach seinem eigenen Willen regiert sein.

Wir empfehlen dem Präsidenten Grabow und den sämmtlichen übrigen Kurfürsten die Lectüre der französischen Blätter über die Berliner Thronrede. Selbst die „Epoque" kann einmal Recht haben, wenn in Berlin die Großmannssucht überschnappt.

„Es ist schwer, ein vollkommneres Manifest des Absolutismus ausfindig zu machen, der durch Bedrückung seiner Nachbarn das eigene Land seiner letzten Freiheiten zu berauben sich bemüht ...... In eine solche Sackgasse hat sich ein Volk hineindrängen lassen, das noch vor vier Jahren den ersten Platz in Deutschland einzunehmen verdiente, und das heute, für einen Ruhmestraum von einer Stunde sich beim Erwachen von einem tollkühnen Ministerium gebunden und gebändigt sieht." — Dem denket nach!

Politische Umschau.

Ueber die Erfolge, welche der Ausschuß des Nationalvereins bei seiner am 21. und 22. Januar stattgehabten Sitzung in Berlin gehabt hat, bringen die Zeitungen nur spärliche Nachrichten, die Berliner Blätter, „Volks-Zeitung", „Reform" u. a. entnehmen dem „Frankfurter Journal" folgende Notiz: Das „Frankf. Journal" berichtet aus Berlin vom 21. Jan.: Zu der heutigen Versammlung des Ausschusses des deutschen Nationalvereins waren erschienen: v. Bennigsen, Nagel, v. Rochau, Sigmund Müller, Metz, Schulze-Delitzsch, v. Unruh, v. Hoverbeck, Löwe-Calbe, Franz Duncker, Otto Lüning, Crtto, Wiggers (Rendsburg), Jessen (Altona), Schenck (Wiesbaden), Rechtsanwalt Rückert (Coburg), Lorenz (Leipzig), Preetorius (Alzey) und Jungermann (Redacteur des „Frankfurter Journals"). Gegenstand der Berathung war, außer verschiedenen geschäftlichen Angelegenheiten, die allgemeine politische Lage und besonders die schleswig-holsteinische Frage, über deren weitere Behandlung sich zu Gunsten des Selbstbestimmungsrechts der Herzogthümer — auf's Neue die erfreulichste Uebereinstimmung kundgab." — Ein etwas dunkler Bericht, zumal wenn man weiß, daß über das „Selbstbestimmungsrecht der Schleswig-Holsteiner", sobald man über das Wort hinaus dessen Sinn und praktische Bedeutung feststellen wollte, stets der lebhafteste Mangel an Uebereinstimmung im Ausschuß des Nationalvereins, wie im ganzen Verein selbst, so sehr sich kundgegeben hat, daß darüber der Riß in den ganzen Verein gekommen ist, den keine Schönfärberei mehr vertuschen kann. Während die Süddeutschen festhaltend an dem Grundsatz, daß das Recht höher steht als die Macht, daß das deutsche Interesse über dem partikularistisch preußischen Interesse steht und mit diesem, trotz aller Bismarck'schen Auslegungskünste, durchaus nicht einerlei ist; haben die Norddeutschen und vor allem die preußischen Mitglieder des Nationalvereins und seines Ausschusses stets, die einen offen die unmittelbare, die anderen versteckt die mittelbare Annexion verfochten, die letztere unter der jetzt in der preußischen Thronrede wieder gehörten Phrase von dem „deutschen Nationalinteresse", durch welches das schleswig-holsteinische Selbstbestimmungsrecht beschränkt sei, und wobei alle die Vortheile, die nach der Bismarck'schen Pfandrechtstheorie für das partikularistische preußische Interesse für nöthig gehalten werden, für „deutsches Nationalinteresse" ausgegeben werden! Am rabiatesten vertritt diese Richtung bekanntlich u. a. auch das kurhessische Ausschußmitglied des Nationalvereins, Herr Jungermann, der als Redacteur des „Frankfurter Journals" das berüchtigte geflügelte Wort hat drucken lassen: „die Freiheit ist der Güter höchstes nicht". — Wenn nun das „Frankfurter Journal" über die letzte Ausschußsitzung berichtet: daß sich in derselben „auf's Neue" hinsichtlich des „Selbstbestimmungsrechts" der Schleswig-Holsteiner die „erfreulichste Uebereinstimmung" kundgegeben habe, so wird bescheidener Zweifel an der Wirklichkeit dieser „Uebereinstimmung" wohl erlaubt sein!

Die „Zeitung für Norddeutschland" in Hannover berichtet über diese Ausschußsitzung aus Berlin wie folgt:

„Gestern (21. Januar) hat hier eine Sitzung des Ausschusses des Nationalvereins stattgefunden, zu der u. A. v. Bennigsen, Metz, Rochau, Rückert (Coburg), hierher gekommen waren; von Holsteinern waren Wiggers und Jessen anwesend. Beschlüsse sind nicht gefaßt worden; die Sitzung schien vielmehr hauptsächlich dazu anberaumt zu sein, um Informationen über den Stand der Herzogthümerfrage entgegenzunehmen und in Beziehung auf diese Frage einen — Druck auf das Abgeordnetenhaus zu üben. Die Anstrengungen der Holsteiner selbst sind augenblicklich auf die Berufung der schleswig-holstein'schen Stände concentrirt, und in dieser Beziehung wird kein Zwiespalt unter den verschiedenen Auffassungen der Angelegenheit bestehen, da die Befragung der Stände unter allen Parteien als die einzig rechtliche Lösung der schleswig-holstein'schen Frage betrachtet wird." So der Bericht dieses Blattes. — Der „Druck auf das preußische Abgeordnetenhaus" zu Gunsten Schleswig-Holsteins, von dem das hannover'sche Organ des Nationalvereins berichtet, würde allerdings sehr erfreulich sein, allein bis daher hat in der Regel ein Druck von Seiten der „Fortschrittspartei" des preußischen Abgeordnetenhauses auf den Ausschuß des Nationalvereins stattgefunden und zwar so stark und so stetig, daß das „Schwarz-roth-gold" des Nationalvereins von Jahr zu Jahr schwarz-weißer geworden und dadurch der Verein immer mehr zurückgekommen ist. Daß der Ausschuß des Nationalvereins jetzt mit einem Male einen Druck in entgegengesetzter Richtung, auf das Abgeordnetenhaus, werde ausüben wollen und können, ist nichts weniger als wahrscheinlich. Die Reisekosten nach Berlin hätte man also füglich sparen können. Nachdem der Verein durch die Nachgiebigkeit gegen den Druck von dort zu Grunde gerichtet worden ist, ist es zum Gegendruck — zu spät.

Berlin, 18. Jan. Unter der Zahl der Mitglieder des Abgeordnetenhauses befinden sich zur Zeit: die beiden Minister v. Roon und v. Selchow, 78 Justiz- und Gerichtsbeamte, 9 Rechtsan-

wälte und Advokaten, 21 Ministerial-, Regierungs- und sonstige Verwaltungs-Beamte, 12 Landräthe, 7 Amtsleute, Gerichtsschulzen und Schulzen, 10 Oberbürgermeister, Bürgermeister und Mitglieder städtischer Behörden, 1 aktiver Offizier, 17 Professoren, Lehrer, Gelehrte und Künstler, 10 Geistliche, 10 Aerzte, 35 pensionirte, ausgeschiedene und zur Disposition gestellte Beamte, 7 pensionirte Offiziere, 4 Zeitungsredacteure, 2 Kommerzienräthe, 38 Kaufleute, Fabrikanten und sonstige Gewerbtreibende, 1 Kammerherr, 38 Rittergutsbesitzer, 36 Gutsbesitzer, 7 Partikuliers und Rentiers, sowie 4 Mitglieder ohne Standesangabe.

Unter den Ausgaben des **preußischen Staatshaushalts** für 1866 verdienen folgende Einzelheiten bemerkt zu werden: Die Ausgabe für die Staatsschuld beträgt über 16 Millionen Thaler. Die Mehrzahl der im vorigen Jahre vom Abgeordnetenhause gestrichenen Posten ist wieder aufgestellt; einige neue Gehaltserhöhungen für Gesandte werden außerdem ausgesetzt. Für den Gesandten in Konstantinopel 4000 Thlr. Zulage zur Erhöhung des Einkommens der Gesandtschaftsschreiber 19,3000 Thlr., für jeden der Gesandten im Hamburg und Rom 2000 Thlr. u. s. f. Für die Anstellung eines Generalkonsuls in Paris werden 3,500 Thlr. gefordert. Im Extraordinarium werden 10,000 Thlr. Zuschuß zu den geheimen Fonds gefordert, „da dieselben noch nicht entbehrt werden können." Den Elementarschulen soll durch einen Zuschuß von 1840 Thlr. aufgeholfen werden. Zur Fortsetzung des Kölner Dombaues sind 50,000 Thlr. bewilligt, für das Priesterseminar zu Pelplin (Reg.-Bezirk Danzig) 20,000 Thlr. Im Extraordinarium des Kriegsministeriums beträgt die Mehrausgabe 970,000 Thlr.

Die lib. Corresp. schreibt: Wenn man die Steigerung unseres Budgets verfolgt, wie sie nun in Einnahme und Ausgabe seit einer Reihe von Jahren vor sich geht, so muß jeder erschrecken, der diese Ziffern in das Auge faßt. Von 1815 bis jetzt ist das Budget um mehr als das Dreifache gestiegen, nämlich von 50 Millionen auf 157 Millionen, während das Territorium dasselbe geblieben ist, die Bevölkerung zwar bedeutend, aber doch immer nur um 50 pCt. zugenommen hat. In der Zeit von 1850 bis jetzt haben wir aber schon eine Steigerung von ca. 60 Millionen in unsern jährlichen Einnahmen und den immer mitgewachsenen Ausgaben erlitten. Ja, seit 1858, besonders aber seit der Militärreorganisation ist die Steigerung eine geradezu gewaltige gewesen. Dieser Steigerung muß eine Grenze gesetzt werden. Trotz der großen Mehreinnahmen haben wir aber noch im vorigen Jahre eine neue Steuer dazu bekommen, die Gebäudesteuer. Von diesem Wege müssen wir endlich wieder abgehen. Bei dem stets wachsenden Ertrage müssen wir den Steuerdruck ermäßigen und das können wir nicht besser, als wenn wir die letzte neue Steuer, die Gebäudesteuer, wieder aufheben, die ja nur auferlegt ist, weil Niemand an eine solche Steigerung der Einnahmen aus den schon bestehenden Steuern glaubte, wie sie wirklich eingetreten ist. Nicht ein stetiges Wachsen der Ausgaben, sondern Verminderung der Steuerlast und Beseitigung der wegen irrthümlicher Vorausberechnung auferlegten neuen Gebäudesteuer muß also die natürliche Folge der wachsenden Einnahmen sein.

Von dem Abg. Dr. **Virchow** ist folgender Antrag eingegangen:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, zu erklären: die von dem Ministerpräsidenten in der Eröffnungsrede im Namen der Regierung abgegebene Erklärung über „die Vereinigung des Herzogthums Lauenburg mit der Krone Preußen widerspricht deutlichen Bestimmungen der preußischen Verfassung." Das Haus der Abgeordneten erklärt daher jede Vereinigung von Lauenburg mit der Krone Preußen so lange als rechtsungültig, als die Zustimmung des preußischen Landtages nicht erfolgt ist. — Unterstützt ist der Antrag durch 73 Mitglieder der Fortschrittspartei.

Eine der ersten Petitionen, welche dem Abgeordnetenhause vorgelegt worden, ist die des **Berliner Arbeitervereins um Reform der Paßgesetzgebung.** Bereits unter dem 3. August vorigen Jahres hatte der Verein durch seinen Vorsitzenden, Herrn Bandow, an das Staatsministerium das Gesuch gerichtet: „baldthunlichst, unter Aufhebung aller den persönlichen Verkehr hemmenden Bestimmungen, ein neues Paßgesetz zu erlassen, in demselben aber alle Bevorzugungen einzelner Klassen von Staatsbürgern auszuschließen und allen gleiche Rechte zu gewähren."

Für den Abgeordneten Dr. **Waldeck** ist in diesem Jahre, wie im vorigen, vom Justizminister ein Stellvertreter berufen worden, den Waldeck aus seiner Tasche zu bezahlen hat. Für keines der anderen in die Kammern berufenen Mitglieder des Obertribunals ist ein besonderer Stellvertreter nöthig gehalten worden; Graf zur Lippe muß also die richterliche Thätigkeit gerade dieses Herrn Abgeordneten für eine besonders wichtige halten.

Der zwischen dem deutschen **Zollverein und Italien** am 31. Dez. abgeschlossene **Handelsvertrag** lautet im Wesentlichen:

Art. 1. Die Unterthanen der Staaten des Zollvereins, welche in Italien, und die Unterthanen des Königs von Italien, welche in den Staaten des Zollvereins dauernd oder vorübergehend sich aufhalten, sollen daselbst in Beziehung auf den Betrieb des Handels und der Gewerbe die nämlichen Rechte genießen und keinen höheren oder anderen Angaben unterworfen werden, als die Angehörigen des in diesen Beziehungen am meisten begünstigten dritten Landes.

Art. 2. Die Boden- und Gewerbs-Erzeugnisse Italiens, welche in den Zollverein, und die Boden- und Gewerbs-Erzeugnisse der Staaten des Zollvereins, welche in Italien eingeführt werden, sollen daselbst, sie mögen zum Verbrauch, zur Lagerung, zur Wiederausfuhr oder zur Durchfuhr bestimmt sein, der nämlichen Behandlung unterliegen und insbesondere keinen höheren oder anderen Abgaben unterworfen werden, als die Erzeugnisse des in diesen Beziehungen am meisten begünstigten dritten Landes.

Art. 3. Bei der Ausfuhr nach Italien sollen im Zollverein und bei der Ausfuhr nach dem Zollverein sollen in Italien Ausgangs-Abgaben von keinen anderen Waaren und mit keinem höheren oder anderen Betrage erhoben werden, als bei der Ausfuhr nach dem in dieser Beziehung am meisten begünstigten dritten Lande.

Art. 4. Die Waaren-Durchfuhr nach und von Italien soll im Zollverein und die Waaren-Durchfuhr nach und von dem Zollvereine soll in Italien von jeder Durchgangs-Abgabe frei sein.

Art. 5. Jede Begünstigung, jedes Vorrecht und jede Ermäßigung in dem Tarife der Eingangs- oder Ausgangs-Abgaben, welche einer der hohen vertragenden Theile einer dritten Macht zugestehen möchte, wird gleichzeitig und ohne Bedingung dem anderen zu Theil werden.

Ferner wird keiner der vertragenden Theile ein Einfuhr- oder ein AusfuhrVerbot gegen den anderen in Kraft setzen, welches nicht gleichzeitig auf alle anderen Nationen Anwendung fände.

Die vorstehende, auf Ausfuhrverbote bezügliche Bestimmung kann den aus dem Bundesverhältnisse herrührenden Verpflichtungen der zum Zollvereine gehörenden deutschen Bundesstaaten keinen Eintrag thun.

Art. 6. In Betreff der Bezeichnung oder Etikettirung der Waare, oder deren Verpackung, der Muster und der Fabrik- oder Handelszeichen sollen die Unterthanen eines jeden der vertragenden Staaten in dem anderen denselben Schutz wie die Inländer genießen.

Art. 7. Der gegenwärtige Vertrag soll acht Tage nach Auswechselung der Ratifikations-Urkunden in Kraft treten. Jedoch soll die Bestimmung des Art. 6 erst vier Monate nach diesem Zeitpunkte zur Ausführung gelangen.

Der gegenwärtige Vertrag soll bis zum 30. Juni 1875 in Kraft bleiben. Im Falle keiner der vertragenden Theile zwölf Monate vor dem Ablaufe dieses Termins seine Absicht, die Wirkung des Vertrages aufhören zu lassen, dem anderen kundgegeben haben sollte, soll derselbe bis zum Ablaufe eines Jahres von dem Tage ab in Geltung bleiben, an welchem der eine oder der andere der vertragenden Theile denselben gekündigt hat.

Heidelberg, 18. Jan. In der „A. A. Z." schreibt Geh. Rath Weller einen Preis von 1000 Gulden aus für die beste „staatswissenschaftliche Begründung rechtlicher und in unseren deutschen Zuständen wirksamer(?) Mittel zu einer nicht (?) revolutionären Beseitigung der Verwaltung solcher Regierungen, welche die Verfassungsrechte zum Schutz gegen Mißverwaltung wirkungslos machten und die ihnen anvertraute Staatsregierung für Recht und Ehre des Landes verderblich verwalten." Die Frist, innerhalb welcher die Lösung dieser Preisaufgabe erscheinen muß, ist auf sechs Monate gestellt. Preisrichter sind die juristische und staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Tübingen. (Vergleiche das Recept am Schluß unseres heutigen politischen Theils. D. Red.)

Am 22. Januar sind in **Paris** die Kammern eröffnet worden. Die Thronrede ist wieder ein Product der Kunst- und Schönfärberei, worin Meister Louis nicht leicht von Einem übertroffen wird, sie leidet aber an auffallender Mattigkeit und befriedigt Niemanden. Ueber Deutschland und Nordamerika heißt es in der Thronrede:

„In Bezug auf Deutschland ist es meine Absicht, fortdauernd eine Politik der Neutralität beizubehalten, welche wenn sie uns auch nicht hindert, uns bisweilen zu betrüben oder zu erfreuen, uns dennoch den Fragen, bei welchen unsere Interessen nicht unmittelbar engagirt sind, fern bleiben läßt.

„Das aus einem furchtbaren Kampfe siegreich hervorgegangene Nordamerika hat die frühere Union wiederhergestellt und in feierlicher Weise die Abschaffung der Sklaverei proclamirt. Frankreich, welches keine edle Seite seiner Geschichte vergißt, hegt für das Gedeihen der großen amerikanischen Republik und für die Aufrechterhaltung der fast hundertjährigen freundschaftlichen Beziehungen aufrichtige Wünsche. Die Aufregung, welche in den Vereinigten Staaten durch die Gegenwart unserer Truppen auf dem mexikanischen Boden hervorgerufen worden ist, wird sich beschwichtigen vor der Offenheit unserer Erklärungen. Das amerikanische Volk wird begreifen, daß unsere Expedition, zu deren Theilnahme wir es geladen hatten, seinen Interessen nicht entgegenstand. (?!) Zwei auf ihre Unabhängigkeit in gleichem Maße wachsame Nationen müssen jeden Schritt vermeiden, welcher ihre Würde und ihre Ehre verpfänden könnte." In Heuchelei und Dreistigkeit kann wohl nicht leicht mehr geleistet werden.

— Am 20. Jan., dem Todestage Proudhon's, ward dessen Grabstätte zu Passy von einer großen Menge Arbeiter und Studenten besucht. Es ist die Rede davon, seine sterblichen Ueberreste nach dem Montparnasse-Kirchhofe zu bringen, wo sie in einem eigenen Denkmale untergebracht werden sollen. (Alles nach dem Tode!)

Spanien scheint noch lange nicht zur Ruhe zu kommen und die widersprechendsten Nachrichten cursiren noch immer. Ein Telegramm der Magdeburger Presse berichtet sogar, daß, während alle Blätter den Uebertritt Prim's nach Portugal gemeldet haben, der spanische Gesandte in Lissabon diesen Uebertritt noch nicht bestätigt habe. Die spanische Regierung selbst scheint an das Aufgeben des Aufstands von Seiten Prim's selbst noch nicht zu glauben und seinen Uebergang nach Portugal nur für ein Manöver zu halten, um von Portugal aus zur See in die in Aufstand befindliche Provinz Catalonien zu kommen und hat deshalb den Generalcapitän von Catalonien die Weisung ertheilt, die spanisch-französische Grenze auf das „Schärfste" überwachen zu lassen, während überdies vier spanische Kriegsschiffe an der catalonischen Grenze kreuzen, um jeden Landungsversuch Prim's zu verhindern. Die Berliner „Reform" berichtet übrigens, daß die spanischen Demokraten gegen Prim seien, dessen Zuverlässigkeit sie nicht trauten und daß dies die Hauptursache des Mißlingens seines Aufstandsversuchs sei. „Die Regierung in Madrid hat sich zu diesem Ausgang der Sache bisher nicht im Mindesten zu gratuliren, sie hätte durch einen heftigen Kampf sich noch halten können, dieser platonische Sieg aber wird ihr nur eine neue Erschütterung bereiten. Der widerstandslose Zug des Siegers Garibaldi durch die beiden Sicilien findet in diesem widerstandslosen Zug den Besiegten Prim durch die spanischen Provinzen sein Seitenbild; diese Thatsache lehrt gleich eindringend, daß auch das Volk in Spanien zur tiefstgehenden Revolution reif ist." O'Donnell wirft im Senat der Erhebung Prim's vor, sie habe kein Programm gehabt; er hat nicht Unrecht, die Bewegung, wenn sie gescheitert ist, ist daran gescheitert, daß sie kein entschiedenes, nicht das entschiedenste Programm hatte. Das aber ist der am wenigsten tröstliche Erklärungsgrund für die bestehende Regierung und Dynastie in Spanien. Inmitten der durch das ganze Land brandenden Wogen steht die Königin — und welch' eine Königin! — wie der Fels im Meere. In Erwartung ihrer Entbindung macht sie Tag um Tag einem anderen wunderthätigen Bilde einen Besuch, und hat der heiligen Jungfrau von Antocha abermals einen prachtvollen Anzug, ein Rosa-Moirékleid mit Blonden, Spitzen und Federn gespendet, während sie selbst die Hemden einer Büßerin trägt. Die abgelegte Leibwäsche der Nonne Patrocinia nämlich ist es, welche die fromme Fürstin, um doch auch etwas in den Geruch der Heiligkeit zu kommen, zu ihrer eigenen Toilette heranzieht. Wer sich erinnert, wie die Isabellenfarbe durch eine Vorfahrin der jetzigen Königin zu ihrem Namen gekommen ist, der wird diese absonderliche Vorliebe einer spanischen Dame für schmutzige Wäsche als eine reine Ahnen-Tugend anerkennen.

Nordamerika. Washington. Der Congreß wird nächstens über eine Petition zu berathen haben, welche gegenwärtig im Lande verbreitet wird und in welcher

die amerikanischen Bürgerinnen beanspruchen, man möge jetzt, da man die Verfassung revidirt und die Neger emancipirt werden, auch die Frauen emancipiren nnd ihnen das Stimmrecht zugestehen. Der Text dieser Petition lautet:

„An den Senat und die Repräsentantenkammer! Die Unterzeichneten, Frauen in den Vereinigten Staaten, bitten ergebenst um einen Zusatz zur Verfassung, welcher den Einzelstaaten verbietet, irgend Einem ihrer Bürger, seines Geschlechtes halber, das Stimmrecht zu verweigern. Indem wir unsere Bitte um das Stimmrecht vorlegen, erlauben wir uns, auf die Thatsache aufmerksam zu machen, daß wir die Hälfte der Bevölkerung der Vereinsstaaten repräsentiren — 15 Millionen Seelen — durchaus vernünftige, ehrbare und eingeborene Amerikanerinnen und daß wir überdies die einzige, außer das Civilrecht gestellte Klasse sind. Die Verfassung bezeichnet uns als „freies Volk“ und rechnet uns als Grundlage der Vertretung; — deßungeachtet sind wir, ohne unsere Zustimmung regiert, gezwungen, ohne Einrede Steuern zu zahlen nnd für Gesetzesüberschreitungen gestraft, ohne daß wir unsere Geschworenen und Richter selbst wählen durften. Die Erfahrung aller Zeiten, die Lehren unserer Väter, die Gesetze, welche uns regieren nnd der entsetzliche Bürgerkrieg, aus dem wir eben hervorgegangen, vereinigten sich zum Beweise, wie schlimm es um die Sicherheit des Lebens, der Freiheit und des Eigenthums steht, sobald das Stimmrecht, die einzige Waffe des Selbstschutzes, nicht allen Bürgern zugehörig ist.

Darum verlangen wir im gegenwärtigen Augenblick, da Ihr die Verfassung ergänzt, und im Einklang mit der fortschreitenden Civilisation die Menschenrechte von vier Millionen befreiter Sklaven auf's Neue gewährleistet, die Ausdehnung des Stimmrechts auf das Weib, als die einzige Menschenklasse, welche der Willkür überlassen bleibt; damit Ihr die Verpflichtung erfüllt, welche Euch die Verfassung auferlegt, jedem Einzelstaate in der Union seine republikanische Regierung zu wahren, jede unvollständige Anwendung republikanischer Principien aber nothwendigerweise zu Verwirrungen in der Gesetzgebung und zum Unfrieden im Volke führen muß, bitten wir die versammelten ehrenwerthen Körperschaften, die Regierungsmaschine zu vereinfachen und den häuslichen Frieden zu sichern, indem Sie gefälligst anordnen, daß das Stimmrecht allen Bürgern und Steuerträgern ohne Unterschied des Geschlechts, der Klasse oder des Ranges zustehe. Die Bittstellerinnen werden jederzeit für Recht und Billigkeit stimmen.“

Nordamerika. Das Repräsentantenhaus in Washington hat die Resolution gefaßt, daß die Militärmacht aus den aufständisch gewesenen Staaten nicht eher zurückgezogen werden dürfen, als bis der Congreß erklärt habe, daß dort keine Truppen mehr nöthig seien. Der Präsident Johnson soll, wie ein Telegramm von „Reuters Office“ meldet, sich entschlossen haben, sein Cabinet zu ändern. Von den gegenwärtigen Ministern sollen zwei in das neue Ministerium übertreten nnd der Kriegsminister Stanton den Gesandten Adams in London ersetzen.

Ein probates Mittel, schlechte Regenten zu beseitigen ohne Revolution.

Aus Würtemberg. Die von Geheimerath Weller in Heidelberg zur staatsrechtlichen Lösung gestellte Preisfrage, wie eine verderbliche Regierung ohne das Mittel der Revolution entfernt werden könne, ist von den Ständen des Herzogthums Würtemberg im Jahre 1498 faktisch und rechtlich gelöst worden. Freilich war diese Lösung eine vollkommene erst durch die Sanktion des Kaisers, die in unserer kaiserlosen, schrecklichen Zeit nicht zu erlangen wäre. Der ganze Hergang bietet aber auch heute noch so viel Interessantes und mahnt in einzelnen Vorgängen so sehr an gewisse gegenwärtig obwaltende Mißverhältnisse in Deutschland, daß eine kurze Erzählung des Hergangs wohl berechtigt ist. — Auf Herzog Eberhard im Bart, von dem seine Unterthanen sagten, wenn Gott nicht Gott wäre, so wäre Niemand billiger Gott als Eberhard im Bart, folgte 1496 in der Regierung sein Vetter Eberhard II. Man kannte ihn von früher als einen unordentlichen Haushälter, so daß die Erwartungen des Landes nicht die besten waren. Namentlich verübelten ihm die Würtemberger, daß er mit seiner Gemahlin, einer Brandenburgerin, im Unfrieden und getrennt lebte. Im Anfang aber ging Alles gut, er rief die allgemein beliebte Herzogin zurück und seine Versprechungen erfüllten das Land mit hoher Hoffnung. Aber bald sollte es anders werden. Eberhard fiel wieder in sein altes Leben zurück. Reiten, Jagen, Turniren und andere Kurzweil ging ihm über's Regieren und ein Fastnachtsspiel besuchte er lieber als einen Landtag. Er umgab sich mit Männern, die übel im Lande angesehen waren, setzte die alten erprobten Räthe seines Vorgängers auf jede Weise hintan, wollte seine Gemahlin „zur größern Ersparniß“ wieder von sich entfernen, die Kanzlei von Stuttgart weg nach Tübingen, Urach oder Nürtingen verlegen. (Es ist eigenthümlich, sobald ein würtembergischer Regent mit seinem Lande in Unfrieden lebt, macht er sich von Stuttgart weg. So von diesem Eberhard an bis auf König Wilhelm, der im Jahr 1849 auch nach Ludwigsburg zog, wie die Eberhard Ludwig, die Karl Alexander, Karl &c.) und verlangte, daß Jedermann sich zu einem Feldzuge, dessen Ziele er geheim hielt, rüste. Wider das Alles hatten die Räthe viel einzuwenden nnd sie protestirten gegen die Ausführung der genannten Punkte. Dies mißfiel dem Herzog und er wurde sehr aufgebracht. Er nahm nun von Niemanden mehr Rath an, als von einem entlaufenen Mönch, Namens Holzinger, und dem Landhofmeister Hans von Stetten, vernachlässigte die Regierung, verschwendete viel Geld, erlaubte seinen Dienern viel Leichtfertigkeiten und Gewaltthaten, so, daß die Unzufriedenheit im Lande immer allgemeiner wurde. Als aber die Geldnoth stieg, mußte er sich wieder an die alten Räthe wenden, nnd diese wußten kein anderes Mittel, als die Einberufung eines Landtags. Es wollte natürlich dem Herrn nicht passen, die Stände um Geld zu bitten, auch fürchtete er die Haltung des Landtags, wenn er die im Lande herrschende Erbitterung in's Auge faßte. Aber auf anderem Weg war kein Heller mehr zu bekommen und so wurde der Landtag nach Stuttgart ausgeschrieben. Die Stände, d. h. Geistlichkeit, Ritter und Landschaft, traten am 20. März 1498 zusammen, aber der Herzog hielt sich fern zu Kirchheim und war nicht zum Kommen zu bewegen. Die erste Handlung des Landtags war, Hans von Stetten gefangen zu nehmen, Holzinger seinem geistlichen Oberherrn, dem Bischof von Constanz zur Bestrafung zu übergeben, die festen Schlösser des Landes zu besetzen und den Herzog aufzufordern, sich beim Landtage einzufinden. Der Herzog, obwohl er wenig Lust hatte, versprach zu kommen, wenn die Stände seine Diener freilassen und die festen Schlösser herausgeben, auch ihm und seinem Gefolge freies Geleit zusichern wollten. Die Antwort der Stände hierauf war, daß sie die Auslieferung von noch zwei weiteren herzoglichen Dienern verlangten, und nun besorgte der Herzog für seine eigene Sicherheit, verließ eiligst Kirchheim und floh mit seinen Kleinodien und Silbergeschirren in die Reichsstadt Ulm. Dies brachte die Dinge zur Entscheidung. Am 9. April erklärte der Landtag: „Es sei bisher durch viel ungeschickte und leichtfertige Personen, so beim Herzog gewesen, ein zerstörliches und unwesentliches Regiment geführt worden. Der Landtag sei entschlossen, ein löblich, ehrlich, nützlich und fürstlich Regiment mit aufrichtigen, ehrbaren, gottesfürchtigen, verständigen, tapferen und redlichen Männern aufzurichten. Der Herzog aber wolle hieran nicht Theil nehmen. Der Landtag müßte darum nun selbst handeln und kündige dem Herzog nach den alten Verträgen und Ordnungen Dienst, Amt und Lehenspflicht auf, weil er bisher, wie landeskundig und offenbar, ein unwesentlich, untauglich und mangelhaft Regiment geführt, die alten von ihm selbst beschworenen Verträge gebrochen hätte, und nur nach seinem Gefallen habe Herr im Lande sein wollen.“ Das geschah kaum 14 Tage nach Eröffnung des Landtages. Nun wurde nach den alten Verträgen eine Regentschaft für den minderjährigen Herzog Ulrich eingesetzt und Alles ging ruhig vorüber, ohne daß sich eine Hand für Eberhard gerührt hätte. Letzterer beschwerte sich zwar hart beim Kaiser, aber Maximilian erklärte nach angehörter Vertheidigung der Räthe und Landschaft, sie hätten als ehrliche Leute gehandelt und durch untrügliche Beweise solche Handlungen des Herzogs und seiner Regierung dargethan „daß davon zu reden und zu schreiben erbärmlich wäre.“ (Nach diesen Worten sind die Haupt-Gravamina gegen den Herzog gar nicht in die Oeffentlichkeit gelangt.) Der Grund der Absetzung Eberhards wurde publicirt, den würtembergischen Unterthanen befohlen, ihrem neuen Herrn zu huldigen und den Reichsständen diesen, nach dem Beispiel des Kaisers zu schützen. Eberhard starb als unglücklicher Flüchtling am 17. Nov. 1504, halb als Gefangener, halb als Gast des Pfalzgrafen Philipp auf Schloß Lindenfels im Odenwald. Hier zeigte sich also recht deutlich das Wesen einer auf Vertrag beruhenden Verfassung und Uhland preist wohl billig:

„Daß bei dem biedern Volk der Schwaben
Das Recht besteht und der Vertrag.“

Socialer Theil.

Den Entwurf einer Petition für die bayerischen Vereine,

die Socialgesetzgebung und das allgemeine Stimmrecht betreffend, dessen wir in Nummer 159. Seite 892. Spalte 1. am Ende dieses Blattes bereits gedacht haben, finden wir heute in Nr. 1 der unter der Rubrik „Vom Büchertisch“ unserer heutigen Nr. erwähnten Zeitschrift „Die Arbeit“ mitgetheilt und lassen denselben hiernach seinem ganzen Wortlaut nach folgen, er lautet:

„Hochgeehrter Ausschuß einer hohen bayerischen Kammer der Abgeordneten für Social-Gesetzgebung. Die Geschichte des bürgerlichen, überhaupt des ganzen socialen Lebens geht einem gewaltigen Wendepunkte entgegen; gleich wie einst die Hörigen sich bei Entstehen der Städte in dieselben flüchteten, um frei ihre Arbeit verwerthen zu können, und somit die Blüthe des Bürgerstandes sich entfaltete, so wiederum heute. Die ehedem goldene Zunftzeit hat sich überlebt, andere Innungen, neue Genossenschaften müssen im Geiste der Neuzeit geschaffen werden, und man vereinigt sich unter dem Banner der freien Nebrit. Bei den schon abgeschlossenen und noch abzuschließenden Handelsverträgen, welche als ein Segen der ganzen Industrie bezeichnet werden können, da dadurch dem Arbeiter ein großes Feld seiner Thätigkeit auf dem Weltmarkt eröffnet ist, genügen weder Realrechte noch Gewerbsconcessionen gegenüber den gewerblichen Associationen jener Länder, wie England, Frankreich, Nordamerikanische Union, Belgien, Schweiz, wo die freie Arbeit gesetzliche Anerkennung gefunden hat.

Laut spricht die Thatsache, daß die Meisterprüfung mit ihrem Gefolge keine große Weltindustrie erzeugt, dagegen wo der positive, schöpferische, geniale Geist der Arbeit entfesselt von veralteten Zunftgesetzen sich bewegt, auch der Welthandel in blühender Ausdehnung auftritt.

Aus diesen angeführten reellen Thatsachen ergibt sich zur Genüge, daß das ganze jetzt bestehende Gewerbewesen, als nicht mehr zeitgemäß, fallen muß und an dessen Stelle, nicht allenfalls eine bedingte, sondern eine gänzlich unbedingte Gewerbefreiheit gesetzlich Platz zu greifen hat. Vorzüglich ist der Entwickelung von Productiv-Associationen große Aufmerksamkeit zu schenken, da gerade dadurch dem Großbetrieb der Industrie die Waage gehalten wird und jene Befürchtung, als ob es nur mehr Arbeiter und Fabrikanten gebe, welche Abhängige der Ersteren sind, vollständig zu Nichte gemacht wird; für die Richtigkeit dieses Satzes verweisen wir auf die neueren socialen Entwickelungen in England und Frankreich, auch theilweise in Preußen und Sachsen, wo dergleichen Gesellschaften mit gutem Erfolg prosperiren.

Damit diese Gesellschaften mit Erfolg ihre Geschäfte betreiben können, wäre denselben vor Allem das freie Zusammentreten und die Regelung ihrer Geschäftsangelegenheiten selbst zu überlassen, da mit Theorien hinter dem Schreibtisch noch nie etwas praktisches zu Stande kam, ferner denselben Korporationsrechte zu verleihen, um bei allen vorkommenden Fällen gerichtlichen Schutz in Anspruch nehmen zu können.

Hier sei auch der Arbeiter-Vereine, mit ihren Spar- und Vorschußvereinen, von nicht confessioneller Färbung, sondern auf dem Gebiet der Selbsthülfe gegründet, gedacht; dieselben sind die eigentlichen Pflanzschulen der zukünftigen, socialen Verhältnisse, in ihnen wird der eigentliche Geist zur Arbeit nnd die Liebe zu derselben geweckt und genährt. Beweise hierfür sind, wenn auch nur in kleinem Maßstabe, die Industrie-Ausstellungen gedachter Vereine. Schon früh wird der künstlerische ästethische Geist in ihren Mitgliedern geweckt und statt des Abends am Zechtisch, findet man sie in den Hörsälen intelligenter, vortragender Männer, man findet sie erbaut im Austausch ihrer Meinungen über gemeinnützliche Zwecke. Durch gegenseitiges Erkennen finden sich Gleichgesinnte zusammen nnd es gehen aus ihrem Kreise solche gedachte Gesellschaften hervor, welche wohl vorbereitet zu ihrem künftigen Beruf sich vereinigen. Ist aus dem Erwähnten ersichtlich, wie ersprießlich diese Vereine wirken, so solle man ihnen, wenn sie öffentliche Angelegenheiten besprechen, auch nicht hindernd entgegentreten, als z. B. dieselben politisch erklären, um sie polizeilich überwachen zu können. Es ist zur Genüge bekannt, wie bei derartigen Gelegenheiten von Subalternen ihren Chefs referirt wird, um sich wichtig zu machen, woraus mißliche Polizeiplackereien, welche wahrscheinlich nicht dazu angethan sind, Achtung vor der Behörde einzuflößen, hervorgerufen werden. Wir wollen keinen Mißbrauch der Vereine, aber auch keinen Mißbrauch des Vereinsgesetzes; ein Gesetz soll zur Ordnung, folglich zum Segen

der Staatsangehörigen dienen, und denselben nicht Unannehmlichkeiten bereiten.

Durch diese von uns vorgeschlagene und zweckentsprechende Reformation des socialen Lebens tritt auch ein Wendepunkt der politischen Zustände ein. Jedermann ist berufen und kann durch seine Production direct dem Staate nützlich sein, hat man das Recht und die Pflicht dem Allgemeinen direct zu dienen, so ist auch logisch richtig, daß man im Staatsleben das Recht hat, seinen politischen Meinungen und Ansichten directen Ausdruck zu verleihen; durch das allgemeine und directe Stimmrecht theils zu den legislativen Korpern, theils zu den Gemeindeangelegenheiten.

Die Bitte um das „allgemeine und directe Stimmrecht“ ist keine verfrühte noch unzeitgemäße, sondern eine durch die Leistungen des Volkes im Allgemeinen sich selbst verstehende Pflicht der hohen Kammer. Fordert man von Jedermann, daß er seiner Pflicht als Staatsbürger entspreche, so ist es selbstverständlich, daß ihm gewährt werde, was man von ihm fordert.

Sollen die socialen Gesetze von Nutzen für das Volk sein, sollen sie dem Gewerbe- und Arbeiterstand die Möglichkeit bieten, mit den Erzeugnissen anderer Länder zu concurriren und dadurch auch die Steuerkraft des eigenen Landes gehoben werden, so muß neben voller Gewerbefreiheit, freiem Ansässigmachungs- und Niederlassungsrecht, vollständiger Freizügigkeit auch die volle Freiheit der Association unter sich zur Besprechung ihrer Angelegenheiten und ihrer Theilnahme am Staats- und Gemeindeleben, sowie das allgemeine Stimmrecht den Kern und Inhalt derselben bilden.

Vertrauensvollst sehen wir der Arbeit dieses Ausschusses, in dessen Hände die wichtigste Angelegenheit des Landes gelegt ist, entgegen.

Vor Allem erlauben wir uns die Bitte, hoher Ausschuß möge die Königl. Staatsregierung veranlassen, die eingebrachten Gesetzentwürfe sofort durch den Druck zu vervielfältigen, um dem Lande und namentlich den zunächst Betheiligten Gelegenheit zu geben, ihre Ansichten noch zur rechten Zeit und am rechten Ort zur Vorlage bringen zu können.

In der Hoffnung, daß diese Bitten und Wünsche eine gerechte und weise Würdigung eines hochgeehrten Socialgesetzgebungs-Ausschusses finden werden, und daß dieser in diesem Sinne einer hohen Kammer der Abgeordneten Vorschläge unterbreiten möge, zeichnet mit ausgezeichneter Hochachtung rc.“

Dem „Vorboten“, dessen Ankündigung unsere Leser unter der Rubrik „Vom Büchertisch“ in dieser Nummer der „Arbeiterzeitung“ finden, entnehmen wir den nachstehenden **Bericht über den bisherigen Entwicklungsgang der internationalen Arbeiterassociation in Genf.** Der Bericht lautet:

„Die deutsche Abtheilung (aus Schweizern und Deutschen bestehend) der hiesigen Internationalen Arbeiterassociation hat im Monat Dezember einen Zuwachs von 88 und die romanische d. h. französisch sprechende, einen solchen von 60 Mitgliedern erhalten. Im verflossenen Monate wurde die Krankenunterstützungscasse eingeführt und zählt die romanische Abtheilung 105 und die deutsche 108 Theilnehmer. Es werden bei dieser Kasse auch Frauen und Kinder vom 10. Jahresalter hinweg zugelassen. Die Monatseinlagen sind 1 Fr. für den Mann, 75 Cent. für die Frau und 25 Cent. für ein Kind. Im Krankheitsfalle beträgt die tägliche Unterstützung für den Mann 1 Fr. 50 Cent., für die Frau 1 Fr. und ist überdies für Beide Arzt und Apotheke frei. Den Kindern wird nur Letzteres zu Theil. Mit dem 1. März beginnt die Verabreichung der Unterstützungen, denn jeder Theilnehmer muß eine dreimonatliche Einlage entrichtet haben ehe er darauf Anspruch machen darf. Diese Anstalt wird namentlich vor ähnlichen das voraushaben, daß sie bei allen Sektionen der verschiedenen Länder eingeführt endlich allgegenwärtig und kein Theilhaber durch Wohnortsveränderung der Unterstützung verlustig wird.

Auch bereitet eben die deutsche Abtheilung Genf in Verbindung mit den romanischen Bestimmungen zur Gründung einer centralisirten Spar-, Consumations-, Produktions- und Vorschußcasse vor, worüber wir in der folgenden Nummer des „Vorbote“ nähere Auskunft geben werden.

Das Rundschreiben der hiesigen deutschen Abtheilung vom 1. November wurde durch freundliches Entgegenkommen der resp. Redaktionen in folgenden Arbeiterzeitungen vollständig abgedruckt: in der „Schweizer-Arbeiterzeitung“ in Glarus, der „Allgem. deutschen Arbeiterzeitung“ in Coburg (Organ des deutschen Arbeiterbildungsvereins), im „Felleisen“ in Zürich (Organ des deutschen Arbeiterbildungsvereins in der Schweiz), in der Schweizer „Handelszeitung“ in Basel. Ob auch noch andere Zeitungen diese freundliche Gefälligkeit hatten, ist uns unbekannt. Ferner wird, wenn es heute noch nicht geschehen ist, dem Vernehmen nach die Einrückung im „Grütlianer“ und in französischer Sprache im „Grutli“ (Organe des Grütlivereins) erscheinen. Jedenfalls wird die Veröffentlichung in der nächsten Nummer des „Journal de l'Association international des travailleurs“ (Monatsblatt, Organ der romanischen Abtheilung der Schweiz) stattfinden.

Der Vorort des deutschen Arbeiterbildungsvereins in Zürich hat, Behufs Anschlusses aller von ihm vertretenen Sektionen, vom Genfer Centralcomité brieflich nähere Auskunft, Reglemente u. s. w. verlangt.

„Der ständige Ausschuß“ des deutschen Arbeiterbildungsvereins für Deutschland in Nürnberg hat noch eine Anzahl der besagten Rundschreiben, zum Zwecke der Beschickung des internationalen Arbeitercongresses in Genf, zu erhalten gewünscht.

In Chaux-de-Fonds hat sich inzwischen eine 150 Mitglieder starke Sektion gegründet und vom Centralcomité Vollmacht zur Gründung von Unterabtheilungen im Kanton Neuenburg und im romanischen Theile des Kantons Bern verlangt und erhalten. Auch wird diese Sektion, um ihrem Vorhaben mehr Nachdruck zu geben, unter der Redaktion ihres Präsidenten Dr. Coullery vom 1. Januar hinweg eine Wochenzeitung „La voix de l'avenir“ (Abonnementspreis 5 Fr. jährl., 3 Fr. halbjährl.) erscheinen lassen.

In Basel und Wetzikon (Kanton Zürich) sind Sektionen in der Bildung begriffen.

Nach vielen schriftlichen Anfragen aus verschiedenen Gegenden Deutschlands zu schließen, werden wir wohl nächstens die Gründung neuer Abtheilungen in dorten anzeigen können.

Am Sonntage des 17. Dezembers hielt die Sektion Lausanne und Umgegend eine Generalversammlung ab, wozu das Centralcomité dem Wunsche des Lausanner Comité's entsprechend, zwei Delegirte entsandte. Laut Bericht derselben war diese Versammlung zahlreich besucht und vom besten Geiste beseelt. Einer der wichtigsten Beschlüsse war: umfangreichere Arbeiten gemeinschaftlich zu übernehmen und die dazu etwa nöthige größere Zahl Arbeiter vorzugsweise aus den Sektionen anderer Orte zu wählen. Demnach beschloß man auch sich sofort für die Uebernahme einer öffentlich ausgeschriebenen großen Erdarbeit anzumelden. Auch wurde beschlossen in Gemeinschaft, die Sektionsfahne und ein Musikkorps an der Spitze, den Arbeitercongreß in Genf zu besuchen.

In England hat unsere Association bei der gegenwärtigen Wahlreformbewegung zur Erringung des allgemeinen und direkten Stimm- und Wahlrechts die Initiative ergriffen. Nach einer Uebersicht unseres Generalrathes in London zählt unsere Gesellschaft etwa 60,000 Mitglieder allein in Europa.

In Paris, wo das Centralcomité für Frankreich „La Fourmi“ als Organ der Association wöchentlich herausgibt, haben sich im verflossenen Monat die Abtheilungen um 1000 Mitglieder vermehrt. Auch der rühmlichst bekannte Verfasser der „Geschichte Frankreichs“, Heinrich Martin, hat sich aufnehmen lassen. Ferner ist dort eine deutsche und schweizer Sektion in der Bildung begriffen. Die von hier nach Paris gereisten Mitglieder können die, ihnen dort von Seite der Genossenschaft zu Theil gewordene brüderliche Aufnahme nicht genug loben und hatten sie namentlich durch die eifrige Verwendung des Centralcomité's sofort Arbeit erhalten.

---

† **Celle**, 21. Jan. In Nr. 157 d. Bl. haben wir uns darüber ausgesprochen, daß den Mitgliedern mancher unserer Vereine und Genossenschaften der Trieb zur Selbstverwaltung, zum Mitberathen und Mitbestimmen in Vereinsangelegenheiten fehle, weshalb sehr häufig ein höchst nachtheiliger Vorstands- und Gesellschaftsbeamten-Bureaukratismus in's Leben gerufen und erhalten werde. Heute können wir leider wieder eine solche Thatsache mittheilen, welche zeigt, wie sehr recht wir hatten und wie sehr nothwendig es ist, daß die Mitglieder vieler Vereine und Genossenschaften sich endlich ermannen und selbstständig werden.

Im Jahre 1853 wurde für Celle und Umgegend eine Association der Feuerarbeiter, behufs Ankauf der zum Geschäftsbetriebe erforderlichen Materialien im Großen und Ablassung an die Mitglieder begründet und zur Geschäftsführung ein aus 3 Personen bestehender Vorstand gewählt. Jedes Mitglied mußte 25 Thlr. einschießen und das sonst noch erforderliche Betriebscapital wurde vom Vorstande auf den solidarischen Credit der Mitglieder angeliehen. Zum Cassirer und Lagerhalter wurde der Bürger- und Kirchenvorsteher Schmiedemeister Daute, welcher 10 Jahre später auch zum Lagerhalter des Consumvereins ernannt wurde, erwählt. Nach den Statuten muß der Cassirer Daute so oft die Gesellschaft solches verlangt, gewöhnlich aber alle sechs Monate, am 1. Januar und 1. Juli Rechnung ablegen. In den ersten Jahren wurde Rechnung abgelegt, später aber hörte dieses auf und seit 6 Jahren ist überall keine Rechnungsablage mehr erfolgt, auch überhaupt den Mitgliedern keine Auskunft über die Geschäftsführung mehr ertheilt. Die Mitglieder wissen daher auch nicht, wie viele Capitalien auf ihren Credit angeliehen sind, ja sie wissen nicht einmal, ob das Geschäft noch auf Rechnung der Association oder auf Rechnung des Lagerhalters betrieben wird, weil die meisten Mitglieder Waaren vom Gesellschaftslager wegen zu hohen Preisen nicht mehr entnehmen und der Cassirer im vorigen Jahre seine Firma als Eisen- und Steinkohlenhändler in das Handelsregister hat eintragen lassen, woraus abzunehmen, daß derselbe entweder das Geschäft auf seinen eigenen Namen, oder aber doch außer den Verkauf für die Association noch ein eigenes selbstständiges Geschäft in denselben Artikeln betreibt. Alle Versuche der Mitglieder, eine Rechnungsablage oder Auskunft zu erhalten, sind fehl geschlagen, Austrittserklärungen der Mitglieder werden entweder ignorirt oder auch einfach als unzulässig zurückgewiesen, obgleich der Austritt gestattet ist; in letzterer Zeit ist es sogar vorgekommen, daß der Präsident solche Austrittserklärungen mit dem Bemerken zurückgegeben hat, die Sache gehe ihm nichts mehr an, er sei gar kein Präsident mehr, obgleich eine Versammlung zur Neuwahl eines Präsidenten nicht stattgefunden hat.

Die Mitglieder befinden sich daher in der verzweifelten Lage, da nach den Statuten der Rechtsweg ausgeschlossen ist, und alle Streitigkeiten durch ein Schiedsgericht entschieden werden sollen, der Vorstand aber ebensowenig zur Bildung eines Schiedsgerichts mitwirken wird, als er sonst seinen Verpflichtungen nachkommt.

Hätten die Mitglieder von Anfang an ihre Schuldigkeit gethan und keinen solchen Schlendrian aufkommen lassen, so hätten sie keine Nachtheile zu befürchten gehabt und das so überaus segensreiche Institut hätte nutzenbringend für die Betheiligten gewirkt. An der Unreife oder an bösen Willen der Gesellschaftsmitglieder scheitert daher oft das beste Unternehmen.

Daß bei dem vor 2 Jahren erfolgten Ableben des Cassirers der hiesigen Schuhmacher-Association sich ein Deficit von über 1700 Thlr. vorgefunden haben soll, welche Sache schon seit längerer Zeit einem Schiedsgerichte zur Untersuchung und Entscheidung vorliegt, haben wir bereits früher mitgetheilt.

Sociales.

n. **Aus Belgien**, im Januar. Wir haben einen neuen König, wenn ich aber sage: „Wir“, so rede ich gerade so majestätisch wie ein König, heiße er Leopold I., Leopold II. oder Leopold III. Uns, die wir von der täglichen Anstrengung leben, ist es nämlich ganz egal, wer da oben eine römische Ziffer an seinen Namen hängt, und im Ganzen auch total einerlei, wie der Mann regiert. Denn er muß im Grunde immer so regieren, wie es die Wähler wollen, und die Wähler müssen wieder wollen, wie ihre Leiter und Führer es für gut finden. Wer 42 Fr. 40 Cent. oder 19 fl. 47 kr. an direkten Steuern zahlt — an indirekten zahlen wir Alle vielmehr — der darf wählen, und wer 10, 12, 20mal so viel zahlt, der führt die „Wahlbewegung“.

Belgien hat 920,000 Familien, die Familie zu 5 Personen gerechnet. Unter diesen bringen es 90,000 dazu, Wähler zu sein. Wenn der Census doppelt so hoch wäre, so blieben keine 40,000 übrig. Die andern 830,000 Familien zerfallen in 400,000, welche weder Fleisch noch Fisch sind, heute so, morgen so stehen, bisweilen, in seltenen Fällen hinaufrücken, im Ganzen zu der folgenden Gruppe hinneigen; und in 430,000 Familien, die aus Arbeitern bestehen und zu drei Vierteln mit des Lebens Noth ringen. 200,000 Familien (1 Million Seelen) sind bei der Armenkasse eingeschrieben und erhalten die Hungersteuer aus öffentlichen Mitteln! So daß unser „Musterland“, nach welchem die Organe der „Realpolitik“ (zu deutsch: „Gaunerpolitik“) so sehnsüchtig hinschielen, wie die Juden nach den Fleischtöpfen Aegyptenlandes, folgenden An- und Ueberblick gewährt:

90,000	wohlhab. Familien . . .	450,000 Seelen;
400,000	dürftige . . .	2,000,000 „
430,000	arme . . .	2,150,000 „
920,000	Familien.	4,600,000 Seelen.

Wovon leben die Armen, außer der Unterstützung aus öffentlichen Mitteln? In der Industrie arbeiten 315,360 Männer. 5,342 erhalten im Durchschnitt 3 Fr. 60 (schier einen Thlr.); 180,440 nicht ganz 2 Fr. (56 kr.); 113,950 nicht ganz $1\frac{1}{2}$ Fr. (42 kr.). Unter den Frauen beziehen 162 täglich 2 Fr. und mehr (gute Partieen!); 87,721 weniger als $1\frac{1}{2}$ Fr.; 29,620 weniger als 1 Fr. (28 kr.); 13,612 unter $\frac{1}{2}$ Fr. (14 kr.). In der Spitzenklöppelei kommen Verdienste von 6 kr. täglich vor!

Wenn ein Mann Matrose wird — leider liegt die schöne Schifffahrt auf der Nordsee im Bann des Landrattenthums — so verdient er das Doppelte des Arbeiterdurchschnittes; wird er Soldat, so steht er sich wieder ungleich besser, trotz der Militär-Hungerleiderei; ja, läßt er sich einsperren, so kostet er dem Staat jährlich 44 kr. mehr als er durchschnittlich in der Freiheit zu verdienen weiß! Sie sehen, der Musterstaat hat Musterzustände!

Einige verwogene Männer der Wissenschaft haben behauptet: Mit dem wachsenden Gesammtreichthum einer Nation wachse die Zahl der einzelnen Armen und der Grad der Armuth selbst." Man hat jene Männer vielfach gesteinigt, mindestens verhöhnt und in den Bann der guten Gesellschaft gethan. Wer von ihnen noch lebt, der soll nach Belgien kommen und die traurige Bestätigung seiner Behauptung erfahren. Im Jahre 1828 hatte Belgien 363,565 offizielle Arme; 1839, 587,095; 1846, 699,857. Heuer besitzt es dieser Verbrecher, welche in beständiger Empörung gegen den „Nationalreichthum" sind, — Eine ganze Million! Diese Million ist freilich auf die verschiedenen Provinzen sehr ungleich vertheilt; je mehr Geldwirthschaft und Geldlohn, desto mehr Armuth und Arme. Luxemburg zählt 1 Armen auf 61 Köpfe der Bevölkerung; Limburg 1 auf 14, Antwerpen 1 auf 10; Brabant 1 auf 7, Hennegau 1 auf 5, Ostflandern 1 auf 4, Westflandern 1 auf 3. In der Stadt Brügge selbst (der Hauptstadt von Westflandern) ist die christliche Nächstenliebe am Höchsten ausgebildet; Jeder ernährt dort seinen Nebenmenschen, jeder Nebenmensch wird von Einem ernährt!

Das sind allerdings fürchterliche Zustände, und Sie werden ausrufen: Was kann der arme König da helfen? Ihm gehört doch nicht das Ackerland Belgiens, ihm nicht die Wälder, Eisenbahnen, Flüsse, Kanäle; ihm nicht die Fabriken und Comptoire. Er hat neulich 20 Millionen Franken geerbt, damit ihm der Schmerz über den Verlust seines Vaters erträglich werde. Vertheilt er seine 20 Millionen unter 200,000 arme Familien, so erhält jede 100 Fr.; vertheilt er die Zinsen, so bekommt jede jährlich 5 Fr. Er könnte Produktiv-Associationen gründen, doch ist Er allein im ganzen Königreich dazu verpflichtet? Und reichen 20 Millionen zum Ankauf großer Landgüter und einiger der bedeutendsten Fabriken, z. B. der Genter Baumwollspinnereien und der Tuchweberei von Verviers aus?

Doch — da kommt mir eine Idee, die ich Ihnen mittheilen will. Könige, wie Sie sie dadrüben haben, können freilich für den Arbeiter und für das Volk nichts thun. Wer kraft des göttlichen Erbrechtes auf einem Thron sitzt, der darf und kann nichts ändern an den bestehenden Zuständen; denn seine eigene Existenz ist sozusagen selbst nur ein Zustand. Er gehört zu den Dingen, die einmal so sind wie sie sind. Auch ein König, der eine Constitution gewährt, oder sie sich entreißen läßt, ist nur an diese Constitution gebunden und denen verantwortlich, welche den Pakt mit ihm geschlossen haben. So Louis Philipp der Deputirtenkammer von 1830, der König Georgios den Großmächten, die Königin Isabella dem Espartero und der Armee.

Die Coburger aber haben ein ganz neues Königthum in die Weltgeschichte eingeführt, welches ich das Königthum par métier, das Königthum als Handwerk, nennen möchte. Sie fühlen offenbar unter allen möglichen Geschäften gerade zu dem Königsgeschäfte einen besonderen Beruf. Die moderne Gesellschaft in Europa während der wirren Zeit des Uebergangs in gesetzlicher Ordnung zu halten, dem Neuen zu gestalten, daß es sich ausbilde, während das Alte sich auf seinen Untergang vorbereitet: das scheint die Mission der Coburger zu sein und so bekommt das „Königthum als Handwerk" einen Sinn!

Leopold I. hat eine Verfassung aufrecht erhalten, welche gegen das Königthum von Gottes Gnaden gerichtet war. Das war sein Handwerk. Er hat es unter dem Beifall von ganz Europa 35 Jahre lang betrieben. Wie wäre es, wenn Leopold II. die Arbeiter unter seinen Schutz nähme, ihre Existenz, ihre Ansprüche, dem Kapital gegenüber, aufrecht erhielte und durchsetzte? Sein Vater war der richtige König der Bürger; will der Sohn nicht der König der Arbeiter werden und so der scheidenden Monarchie einen gesegneten Abschied bereiten?

London, 19. Jan. (Im Norden von Wales drohen Arbeiterunruhen.) Da die Besitzer des Bleibergwerkes Hollyn bei Holywell in der Grafschaft Flintshire die täglichen Arbeitsstunden von sechs auf acht erhöhen wollen, aber mit entsprechender Heraufsetzung der Löhne, haben ihre Leute die Arbeit eingestellt. Wie es heißt, haben die meisten derselben eigene Antheile an kleinen Gruben, in denen sie nach Vollendung ihres Tagewerkes für sich selbst arbeiten, und wollen von einer Verlängerung der Arbeitsstunden nichts wissen. Von anderen Bergwerken her auf zweitausend Mann verstärkt, durchziehen die Theilnehmer an der Coalition nun die Umgegend von Holywell, um an dem Grubenverwalter und acht ihrer Werkgenossen, die ihre Mitwirkung verweigern, Rache zu nehmen, zu welchem Ende sie schon in mehrere Wohnungen gewaltthätiger Weise eingebrochen sind. Eine Compagnie Militär ist deshalb zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit von Chester nach Holywell beordert worden und der Commandeur des 85. Regiments hält seine Truppen stets in Marschbereitschaft, um im Nothfalle Succurs zu bringen.

Vom Büchertisch.

Das erste Heft der im Verlag von L. Sonnemann in Frankfurt a. M., unter Mitwirkung von einzelnen Mitgliedern des ständigen Ausschusses, und unter Redaction von Eduard Pfeiffer in Stuttgart, erscheinenden Zeitschrift, „Die Arbeit", ist soeben ausgegeben worden. Die Zeitschrift erscheint in Octav-Format, am 15. jeden Monats, 2 Bogen stark und soll, wie das Programm am Eingang sagt: den „einzigen und ausschließlichen Zweck" haben, „den Interessen der Arbeit zu dienen und zwar der Arbeit im weitesten Sinne des Wortes." Das erste Heft enthält folgende Aufsätze: das Programm; einen ersten Artikel über die sittlichen Bedingungen des Erfolges der Arbeiterbewegung I. von Prof. V. A. Huber; ferner einen Artikel von Dr. A. Lange: die Betheiligung der Arbeiter an den Turnvereinen; was der Philister über die Arbeiterbewegung denkt, von A. A.; über die Arbeiterbewegung in Nordamerika; die Erlasse des ständigen Ausschusses deutscher Arbeitervereine; Mittheilungen aus den Arbeitervereinen; Bücherschau; verschiedene kleine Notizen, Fragekasten und Anzeigen. Der Preis für den Band, von 12 Monatslieferungen ist 1 fl. 45 kr. Unter den „Erlassen des ständigen Ausschusses" befindet sich auch der Wortlaut des Entwurfs einer Petition für die Bayerischen Vereine in Betreff der Bayerischen Socialgesetzgebung, um dessen Mittheilung wir bereits in Nr. 159 ersucht haben. Unsere Leser werden denselben oben unter dem socialen Theil der diesmaligen Nummer der Arbeiterzeitung finden.

Gleichzeitig mit dem ersten Heft der vorstehend erwähnten neuen Monatsschrift erhalten wir auch die erste Nr. des früher schon angekündigten Organs der „Internationalen Arbeiterassociation", — der „Vorbote". Ebenfalls eine Monatsschrift, welche zu dem Preis von 36 kr. pro Semester (6 Nummern) und von 1 fl. 12 kr. für 1 Jahrgang (12 Nummern) in Genf unter der Redaction von Johann Philipp Becker *) erscheint und sowohl durch die Post, als durch den Buchhandel, als direct von der Expedition in Genf (Pré l'évêque 33) bezogen werden kann. Diese erste Nummer enthält unter der Ueberschrift: „Was wir wollen", das socialdemocratische Programm, welches von dem „Vorboten" vertreten werden soll; dann den Anfang des Manifestes an die arbeitende Klasse Europa's, welches von der internationalen Arbeiterversammlung in St. Martins-Hall in London am 28. Sept. 1864 beschlossen worden ist; ferner einen Bericht über den bisherigen Entwicklungsgang der internationalen Arbeiterassociation, den wir in unserer heutigen Nummer im socialen Theil abdrucken werden; und zum Schluß noch einen Aufruf an die deutschen und schweizerischen Arbeiter, unter der Ueberschrift: „Noch ein ernstes Wort an die Arbeiter". Auch hinsichtlich dieser neuen Zeitschrift müssen wir uns für heute mit dieser kurzen Inhaltsanzeige begnügen.

*) Nicht zu verwechseln mit Bernhard Becker vulgo Abubecker.

Journal de l'association internationale des travailleurs.

Am 17. Dec. 1865 ist die erste Nummer des Journals der internationalen Arbeiter-Association erschienen. Das Blatt erscheint monatlich einmal, in französischer Sprache, zum Preise von 15 Cent für die Nummer. — Das Journal beginnt mit einer Ansprache an die Arbeiter, in welcher es am Schlusse heißt: Die internationale Arbeiter-Association hat sich vor einem Jahre in London gebildet. Diese Association ist nicht angethan, bloß in einem Lande thätig zu sein, sondern sie umfaßt die ganze Welt und wendet sich an die Arbeiter aller Länder und jedes Berufs. Es werden jährliche Congresse stattfinden, auf denen alle Fragen, die auf unsere Emancipation Bezug haben, erörtert werden sollen. Wir zählen einige 60,000 Anhänger, eine ansehnliche Zahl, wenn wir die kurze Zeit unseres Bestehens in Erwägung ziehen. Auf denn und schaaren wir uns alle um das Banner der Solidarität! — Möchte es doch keine Gleichgültige mehr geben für das Werk unserer Wiedergeburt. Unsere Leiden sind dieselben, das Heilmittel ein einziges und wirksames. Wir haben Glauben an die Zukunft. Euer Loos liegt in eurer Hand, es kommt nur auf euch an, Arbeiter, eure Lebenstage zu verbessern und die Sclaverei aus ihren letzten Winkeln zu vertreiben. Dann werdet ihr mit Stolz jene schöne Freiheit anrufen und verkünden können, welche für euch bis auf diesen Tag nur eine Lüge und ein Hohn gewesen ist.

Briefkasten.

Von Hrn. Dr. G. F. in Dießenhofen 7 fl. erhalten und 49 kr. gutgeschrieben. — Vom Arbeiterbildungsverein in Schopfheim 2 fl. 23 kr. erhalten für's 1. Semester 66. — Von dem Arbeiterverein Morges pro 1. Semester 66, 5 Fres. erhalten und zwar 1 fl. 24 kr. für Abonnement u. 56 kr. für Porto. — Hrn. M. H. in Dresden: Wir haben bei dem hiesigen Postamt die „Dresdener Volkszeitung" zu bestellen versucht, durch dasselbe aber von dem Königl. Sächs. Hauptzeitungsbüreau in Leipzig die Mittheilung erhalten:

„Eine Dresdener Volkszeitung ist bei unterzeichneter Stelle zum Debit bis zur Stunde nicht angemeldet worden. Leipzig, den 22 Januar 1866" rc.

Durch die Post ist also das Blatt bis jetzt nicht zu beziehen, was für ein täglich erscheinendes Blatt etwas unbequem ist und wohl abzustellen sein wird. D. Red.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert in Coburg.

Nr. 162. | Vierter Jahrgang. | Sonntag, 4. Februar 1866.

Coburg.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszubezahlen, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 1 Freiexemplar.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 4spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

Vereinsangelegenheiten.

Hamburg, 27. Jan. Der Bildungsverein für Arbeiter hier wird am

Sonnabend, den 10. Februar d. J.,

sein **21. Stiftungsfest** feiern.

Indem wir dies Allen, welche dem langjährigen und nicht erfolglosen Wirken unseres Vereins eine freundliche Aufmerksamkeit schenkten, hierdurch anzeigen, sprechen wir zugleich den Wunsch und die Bitte aus, daß recht viele Freunde und Brüder aus Nah und Fern unseren Verein bei seiner diesjährigen Stiftungsfeier durch ihren Besuch erfreuen mögen.

Für das Stiftungs-Festcomité des Bildungsvereins für Arbeiter in Hamburg.

Th. Redec, Schriftführer.

Saalfeld i. Thür., 21. Jan. Heute feierten wir unser erstes Stiftungsfest. Von fremden Vereinen hatte uns der Bruderverein Pößneck mit einem Besuche (24 Mitglieder) beehrt. Einige Festredner aus seiner Mitte wünschten uns Glück zu der Neugeburt und daß dieselbe mächtig heranwachsen möge, worauf unser Vorsitzender bemerkte, daß dieses Geburtstagskind als Waise zu betrachten sei und der Pößnecker Verein bei ihm Vaterstelle vertreten möge, indem unser Verein noch ohne Betheiligung aus den höheren Ständen dastehe, und uns noch immer tüchtige Lehrkräfte fehlen.

Ein anderer Pößnecker Festredner erinnerte daran, daß der Zeitpunkt noch nicht gekommen sei, um in unsere Rechte einzutreten, indem wir uns erst ausbilden und unsere Freiheit erkennen lernen müßten, um dieselben würdigen zu können. Erst dann wäre es auch möglich, daß Deutschland reif werden könne zur Einheit. Hierauf bemerkte unser Vorsitzender, daß überall die Reaktion einen vernichtenden Schlag auf unser Haupt ausführe und uns untergraben wolle; deshalb müßten wir gemeinsam den Gegner bekämpfen. Er schloß mit dem Zuruf: Nieder mit der Reaktion, es lebe der Fortschritt!

Unsere Sänger-Abtheilung überraschte unsere lieben Brudergäste mit den Liedern: „Es braust ein Ruf!" und dem „Bundesliede", sowie mit den Deklamationen: „Harras, der kühne Springer" und „Des Sängers Fluch".

Bei der Tafel gewahrten wir zwei trauernde Geschwister, deren Bruder in Amerika als Freiheitskämpfer den Heldentod fand. Mögen unsere lieben Brudergäste noch oft wiederkehren; sie sind uns alle in theurem Andenken geblieben.

Coburg, 2. Febr. In der Versammlung des Arbeiterfortbildungsvereins am 15. Januar wurde der Beschluß gefaßt: diejenigen Mitglieder des Vereins, welche mit ihren Beiträgen an die Vereinskasse 3 Monate im Rückstand sind und nach dreimaliger Mahnung nicht zahlen, werden für ausgetreten erachtet, und werden deren Namen als Vereinsschuldner in der Arbeiterzeitung und im Tagblatt veröffentlicht. Desgleichen die Namen derjenigen, welche einzelne Vereinsgenossen betrügen.

Der Arbeiterfortbildungsverein.
Simon, Vorsitzender.

Politischer Theil.

Politische Umschau.

Coburg. Gestern, am 31. Januar, Vormittags 11 Uhr, starb auf seinem Gute Neuses bei Coburg **Friedrich Rückert**, 77 Jahre 8½ Monate alt.

Die Geistesthaten und hohen Verdienste des Geschiedenen stehen in den Jahrbüchern deutscher Kultur und Kunst mit unvergänglicher Schrift verzeichnet. Mögen Manche, wenn sie einen Rückblick werfen auf dies lange und reiche Dichterleben, voll Bewunderung still stehen vor dem seltenen Talente, das auf allen Gebieten der lyrischen Dichtkunst einen prangenden Blumenschmuck hervorzuzaubern verstand und das sogar der dunkeln Weisheit des Morgenlandes auf deutscher Erde und unter deutschem Himmel eine zweite Heimath schuf; mögen Andere in Friedrich Rückert den unumschränkten Gebieter über Sprache und Form anstaunen, der jeden, auch den widerstrebendsten Stoff bezähmte, bemeisterte und nach Wohlgefallen lenkte: höher als alles Talent und alle Meisterschaft wird das deutsche Volk des todten Dichters treues Herz in Ehren halten, das bis zum letzten Schlage seinem Volke und der großen Sache der Menschheit angehörte. Schon in den Tagen der Freiheitskriege ließ Rückert seinen geharnischten Sang ertönen und weckte den schlafenden Muth zu kühnem Wagen. Wie loderte noch in der Seele des Greises das Jünglingsfeuer empor, als endlich nach dem Tode des Dänenkönigs das langersehnte Morgenroth über Schleswig-Holstein aufleuchtete! Sein Zornruf an die deutschen Mächte, als sie zauderten:

„Nicht werth seid ihr, der Krone Zier zu tragen,
Wenn ihr nicht wagt, drein mit dem Schwert zu schlagen!"

sein Mahnruf an das Volk selbst in jenen Tagen:

„Jetzt laßt nicht schlaff die Flügel hängen,
Wie Schiffe die windlosen Segel;
Und könnt ihr nicht mit Schwerterklängen,
So schlagt darein mit Karst und Flegel!"

„Arbeiter und Handwerkergilde,
Faustkraft zu sprengen jede Klammer,
Mach' dein Schurzfell zum Freiheitsschilde
Zum Zwingburgbrecher deinen Hammer!"

sie erinnern, daß der kühne begeisterte Sänger der Befreiungskriege auch im hohen Greisenalter noch derselbe geblieben. Und noch der Schwanengesang des Dichters war zugleich ein Lorbeerkranz, gelegt auf das Grab des edlen Lincoln*):

„Und wo ging ein Monarch zu Grab,
Dem solcher Achtung Pfänder
Freiwillig und aufrichtig gab
Sein Land und alle Länder?"

Auch an Friedrich Rückert's Grabe steht in vorderster Reihe das deutsche Volk mit einem Herzen voll inniger Verehrung und Dankbarkeit. Was an ihm sterblich war, ist dem Gesetz alles Vergänglichen zum Opfer gefallen. Er selbst aber wird unvergänglich fortleben im Herzen des Volkes, im treuen Angedenken der ganzen Nation. (Coburger Tagblatt.)

Aus Preußen kommt eine Nachricht, die in einen Abgrund von Reaktion blicken läßt. Das Obertribunal beschloß die Einleitung einer Untersuchung gegen den Abgeordneten Twesten und Frenzel wegen früherer Kammerreden, nachdem die Gerichtshöfe der beiden ersten Instanzen den Antrag der Staatsanwaltschaft

*) Arbeiterzeitung Nr. 51 und Nr. 136.

auf Stellung unter Anklage aus dem Grunde abgelehnt hatten, weil die Abgeordneten verfassungsgemäß für ihre Kammerreden nicht verantwortlich seien. Der Art. 84 der preußischen Verfassung lautet: „Mitglieder der Kammern können für ihre in denselben ausgesprochenen Meinungen nur innerhalb der Kammer auf Grund der Geschäftsordnung zur Rechenschaft gezogen werden." Indem der höchste Gerichtshof des Landes, im Widerspruch mit seinen eigenen früheren Entscheidungen, jetzt im Dienste der Gewalt diesen Artikel der Verfassung mißachten läßt, stürzt damit die letzte Grundsäule der Verfassung Preußens. Die liberalen Fractionen sind darüber in Berathung getreten. Ob sie sich ermannen werden? Im Publikum hat die Meinung als die am meisten praktische die Mehrzahl für sich: wonach über alle Vorlage ohne Discussion abgestimmt und ablehnend votirt werden soll, weil Mangels von Garantieen für die Redefreiheit eine Information durch Discussion nicht möglich sei. Das Volk würde die Taktik verstehen und für die Wahlen Act davon nehmen. — Ein anderer, damit zusammenhängender Reactionsversuch geht dahin, daß gegen die Redacteure in Preßprocessen die Staatsanwälte auf Aberkennung der staatsbürgerlichen und Ehrenrechte erkennen. Das gothaische, liberale Großpreußenthum hat bekanntlich den Schleswig-Holsteinern immer gerathen, sie sollten nur preußisch werden, hinterher könnten sie ihre verfassungsmäßigen Rechte und Ansprüche auf freisinniges Regiment viel wirksamer im preußischen Abgeordnetenhause geltend machen, als daheim in ihrer „Ohnmacht". Wie — das möglich ist, davon sehen sie jetzt die Proben.

Moralische Eroberungen Preußens in Schleswig. Der Bürgermeister Firjahn von Schleswig hat den ihm von Preußen verliehenen Orden, als mit seinen republikanischen Grundsätzen unverträglich, abgelehnt und deshalb eine Vorladung vom Gouverneur erhalten haben, die Absetzung der sieben Tönninger Stadtdeputirten ist erfolgt, weil dieselben es „als mit ihrer Ehre unvereinbar" erklärt haben, mit dem annexionistischen Senator Ancker „collegialisch zu verkehren." Derselbe hat in Tetenbüll Prügel bekommen und ist aus einem Lokale hinausgeworfen worden, nach einem Schreiben der 7 Deputirten, weil seine Aeußerungen Unwillen erregt haben. Die Mehrzahl der jetzt abgesetzten Deputirten war am 26. Januar 1864 von den Dänen entlassen und am 6. Februar, am Tage der Proclamation, wieder angestellt worden. Also kein Haar besser, wie bei den Dänen.

Berlin. Die Dotation der preußischen Krone besteht seit 1820 gesetzlich in $2\frac{1}{2}$ Mill. Thlr., von denen 548,240 Thlr. in Gold berechnet werden, also in

2,573,098 Thle. 20 Sgr.

Hierzu kommt ein Zuschuß, der dem jetzt regierenden König auf Lebenszeit bewilligt ist mit . . . . 500,000 Thlr. — Sgr.

3,073,098 Thle. 20 Sgr.

(Wie viel macht's pro Tag? Beiläufig 9332 Thaler 20 Sgr. Außerdem könnten mit dem „heidenmäßigen Gelde" für einen einzigen preußischen König von Gottes Gnaden über 100 Präsidenten der nordamerikanischen Republik, die doch auch ihr gutes Brod haben, und viel mehr und Nützlicheres leisten, — besoldet werden.)

— Bei der ersten Abtheilung des Criminalsenats des Kammergerichts in Berlin stand am 29. Jan. Termin zur Verhandlung der gegen den Redacteur May als Altona erhobenen Anklage wegen Majestätsbeleidigung in zweiter Instanz an. Der Oberstaatsanwalt Adlung fungirte selbst, für den nicht erschienenen Angeklagten war der Rechtsanwalt Holthoff anwesend. Oberstaatsanwalt Adlung stellte den Antrag, den Angeklagten, der unter der Verwarnung der Sistirung vorgeladen war, durch Vermittelung des österreichischen Statthalters zu einem neuen Termine sistiren zu lassen. Der Gerichtshof berieth sehr lange und beschloß, den heutigen Termin aufzuheben und dem Angeklagten zu dem neu anzuberaumenden Termin verhaften und nach Berlin transportiren zu lassen; derselbe hat vorgezogen, eine Reise nach England zu machen, um vorerst das dortige Verfassungs- und Rechtsleben zu studiren.

— Der Schriftsteller Herr Wackernagel hat am 27. Januar nach Verbüßung einer viermonatlichen Haft (wegen Veröffentlichung der Rede Johann Jacoby's, die ihrem Verfasser bekanntlich 6 Monat Gefängniß zugezogen), das hiesige Stadtvogteigefängniß verlassen. — Soviel uns bekannt, schreibt die „Volks-Zeitung", birgt gegenwärtig die Stadtvoigtei keine Preß-Strafgefangenen; Herr v. Schweitzer befindet sich in Untersuchungshaft.

— Weder der Präsident Grabow noch der ehemalige Minister Graf Schwerin sind, was bis jetzt jedes Jahr geschah, diesmal zum Ordensfeste auf's Schloß geladen worden. Daß dem Vicepräsidenten v. Bockum-Dolffs eine Einladung zugegangen ist, dürfte wohl auf dem Versehen eines Unterbeamten beruhen. Ueberhaupt hat, wie die „Rh. Ztg." schreibt, außerhalb des Abgeordnetenhauses jede Berührung zwischen den Repräsentanten des Abgeordnetenhauses und den Räthen der Krone aufgehört. Nachdem die Minister im vorigen Jahre sogar die Zusendung der Visitenkarten seitens der Präsidenten des Abgeordnetenhauses unerwidert gelassen haben, so haben diese heuer ebenfalls die Abgabe ihrer Karten unterlassen.

— Die Redaktion der Berliner „Volkszeitung" enthält folgendes Schreiben Virchow's:

Berlin, 28. Januar.

Der heutige Leitartikel der Volks-Zeitung stellt die Behauptung auf: es gehe aus den Motiven hervor, daß der Artikel 55 unserer Verfassung sich nicht auf deutsche Staaten beziehe, und es sei somit die Verfassungsmäßigkeit der Vereinigung Lauenburgs mit der Krone Preußen in den Augen der Volks-Zeitung vollständig erledigt.

Dieser Ansicht gegenüber erlaube ich mir darauf aufmerksam zu machen, daß in der zur Prüfung dieser Angelegenheit niedergesetzten Commission des Abgeordnetenhauses von derartigen Motiven bis jetzt nichts bekannt geworden ist, und daß daher wohl angenommen werden darf, die geehrte Redaktion befinde sich in einem Irrthum darüber. Da aber Irrthümer in Verfassungsfragen von schwerer Bedeutung sind, so wage ich zu hoffen, die geehrte Redaktion werde die Sache von Neuem prüfen und, falls sie zu der Ueberzeugung gelangt, daß sie sich im Irrthum befindet, dies offen anerkennen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
R. Virchow.

— Das Duncker'sche „Organ für Jedermann im Volk", welches nur noch nach einem Deckmantel für den Uebergang ins Bismarck'sche Lager zu suchen scheint, beharrt dagegen auf seiner Behauptung, daß die Annexion Lauenburgs vollkommen verfassungsgemäß sei. Ein Seitenstück dazu bildet die „Staatsbürger-Zeitung" der Herren Held und Daubitz. Dieselben hatten es für eine „perfide Lüge" erklärt, als behauptet worden war, das Programm ihres sich als entschieden liberal gerirenden Blattes habe erst dem Herrn v. Bismarck zur Genehmigung vorgelegen. Jetzt wird diese „perfide Lüge" durch die Erklärung eines Herrn Franz Grunert in der Volkszeitung als Thatsache bestätigt.

Nürnberg, 31. Jan. Die von Nürnberg aus nach München gesandte Deputation kehrte heute früh zurück. Sie hat ihren Auftrag, dem Könige die Gesinnung unserer Stadt zu berichten, nicht ausführen können, da ihr die Audienz versagt wurde. „Man kenne in der Residenz nur die Kammern als das Organ, durch das die Volksstimmung sich äußere": so „ganz konstitutionell" wurde die Deputation beschieden; doch machte man ihr das gnädige Anerbieten, ihre Aeußerungen bei dem Verweser des Ministeriums des Innern, Hrn. Staatsrath v. Fischer niederzulegen. Nur Augsburg und Nördlingen machten von dieser Gelegenheit, sich auszusprechen, Gebrauch.

* **Nürnberg**, 1. Febr. Abgewiesen! So also lautet der Entscheid auf den Wunsch der Vertreter von mehr als 60 Städten, vor dem Könige gegen die Verleumdung zu protestiren, als hätte das Volk mit plumper Hand in sein Privatleben eingegriffen.

Wir können nicht glauben, daß die Motivirung des Abweises: „man kenne in der Residenz nur die Kammern als das Organ, wodurch die Volksstimmung sich äußere", von dem Monarchen selbst herrührt, dem seine Rathgeber glauben machen konnten, das wüste Geschrei einer kleinen, übermüthigen Partei in München sei die Stimme des Volkes, und der, einmal des Glaubens, bereitwilligst seine liebsten Pläne opferte. Warum hat man sich damals nicht darauf berufen, daß nur die Kammer dem Volkswillen Ausdruck zu geben haben? Wie können es die Rathgeber des Königs verantworten, ihn in der unbegründeten Einbildung zu lassen, sein Thron sei in Gefahr gestanden, und einer Deputation, welche ihn darüber beruhigen wollte, das Ohr des Königs zu verschließen? Zu welchen Zwecken soll die ungegründete Furcht ausgebeutet werden? Klingt die Hinweisung auf die Kammer, welche sich vielleicht erst nach einem Jahre versammelt, nicht wie ein Hohn? Und wo soll das Vertrauen in eine Regierung hinkommen, welche einige hundert Münchener Schreier als „das Volk" gelten läßt, dagegen Tausende und die Vertreter von mehr als sechzig Ortschaften aus dem Lande schnöde zurückweist?!

Im Grunde kann sich die demokratische Partei nur darüber freuen, daß einmal Klarheit in die politischen Zustände des Landes gekommen ist. Man weiß jetzt woran man sich zu halten hat. Ob diese Klärung der Ueberzeugungen im Interesse der monarchischen Idee liegt, ist freilich eine andere Frage.

(Coburger Tagblatt.)

Die Münchener „Rundschau" Nr. 4 vom 28. Jan. erscheint auf zwei Seiten mit weißen Stellen. Der Ueberschrift „Betrügereien der Priester und Mönche" folgen keine Beispiele solcher Betrügereien — wahrscheinlich weil sie noch nie vorgekommen — sondern ein großer weißer Raum, das Kleid der Unschuld, lediglich verbrämt mit einem melancholischen „confiscirt". Desgleichen folgt dem Titel: „Die Lehre der Jesuiten vom Königsmord" keine solche Lehre. Nun müssen sich eben die Abonnenten denken, was sie nicht lesen können — und sie werden's auch! Diese weißen Flecken bedeuten für das Land nichts Gutes; es sind die **Pforten**, durch welche die Reaktion einschleicht.

Mainz, 29. Jan. Durch die häufigen Mißverhältnisse, welche in jüngster Zeit bei Begräbnissen vorgekommen sind, soll, wie verlautet, dahier ein Verein sich gründen, dessen Tendenz darin besteht, ihre Angehörigen, insofern eines derselben mit Tod abgeht, ohne alle und jedwelche Ceremonien und Geistlichen begraben zu lassen. Wiewohl der Tod alle Menschen gleich macht, so suchen die Ultramontanen und Jesuiten selbst im Tod einen Unterschied zu machen, und um dem Publikum zu zeigen, ob der Verblichene mit oder ohne Sterbsakramente das Zeitliche gesegnet, gehen die Geistlichen entweder vor oder hinter dem Leichenwagen. Oftmals verweigern auch die Herrn Geistlichen, mit dem Verblichenen auf den Friedhof zu gehen, und wenn dann ein Priester anderer Confession mit auf den Friedhof geht, einige Worte im humansten Sinn spricht, so erhebt man gegen denselben eine Anklage, wie dies mit Hrn. Hieronymi geschehen. Wann wird wohl dieses Treiben, das sich bis auf den Kirchhof erstreckt, wo die Gebeine unserer in confessionellen Frieden lebenden Voreltern ruhen, in dem Großherzogthum Hessen ein Ende haben?

Brüssel, 26. Jan. Das Abgeordnetenhaus hat heute einen im Laufe der Woche vom Minister des Innern eingebrachten Gesetzentwurf berathen, welcher der Regierung außerordentliche Vollmachten zur Ergreifung von Vorsichtsmaßregeln gegen die Ausbreitung der Rinderpest ertheilt. Das Oekonomisten-Prinzip des Gehen- und Geschehenlassens wurde bei diesem Anlaß durch Herrn Lehardy du Beaulieu vertheidigt, von Herrn Vandenpeereboom jedoch mit Zahlen bekämpft, indem der Minister anführte, daß Belgien, welches sofort beim Ausbruche der Krankheit energische Maßregeln ergriffen, nur 450 Thiere durch die Pest verloren, während Holland in Folge seines Zauderns 13,000 und England, wo nichts geschehen sei, sogar 100,000 eingebüßt habe.

London, 27. Jan. Dem Colonial-Amte verursacht die Jamaicanische Geschichte fortwährend große Sorge. Jetzt, wo die offiziellen Aktenstücke des Kriegsgerichts, durch das Gordon zum Tode verurtheilt worden ist, vorliegen, schwinden alle Bedenken, ein Urtheil über diesen unseligen Akt zu fällen. Diese Zeugenaussagen, auf die hin ein Mensch dem Galgen überliefert wurde, hätten unter gewöhnlichen Verhältnissen, vor ordentlichen Richtern, kaum hingereicht, den Angeklagten 24 Stunden länger in Gewahrsam zu halten. Dem Kriegsgerichte aber, bestehend aus drei Offizieren niedrigen Ranges, genügten sie, um ein Todesurtheil zu fällen und es schonungslos vollziehen zu lassen. Das ist haarsträubend, und alle Nebenreflexionen über den panischen Schrecken, der alle Weißen der Insel ergriffen, ihr Urtheil verwirrt und ihr Rechtsgefühl gelähmt haben mag, vermögen dem Eindrucke nichts von seiner Schrecklichkeit zu nehmen. Wenn in den anderen Fällen in gleicher Weise gerichtet worden ist, dann wird kein Verdammungsurtheil zu streng sein, das die Untersuchungs-Commission gegen die Behörden nur immer fällen kann.

Paris, 27. Januar. Ein paar kleine aber praktische Belege zur Thronrede machen sich schon bemerklich. Im Anschluß an die Worte des Kaisers, daß nach einer 14jährigen Regierung Frankreich mächtiger und geachteter im Auslande dastehe, wie zuvor, und im

Inlande ohne politische Verhaftete ꝛc. zu erblicken sei, fragt Herr Evariste Mangin, der Gerant des „Phare de la Loire“, welcher gegenwärtig eine mehrwöchentliche Gefängnißstrafe wegen Preßvergehen verbüßt, als was für eine Art von Gefangenen wohl denn er und seines Gleichen zu gelten hätten. Und im Anschluß an die Worte des Kaisers, daß er „freudvoll und leidvoll“ dem Provisorium in Schleswig-Holstein ferner zusehen wolle, bringt der „Morning Star“ die an sich nicht unwahrscheinliche Nachricht, Frankreich habe, von Oesterreich darin bestärkt, die Wiederaufnahme der Herzogthümer-Conferenzen beantragt, Earl Russell aber den Antrag für jetzt abgelehnt. Was endlich die stolzen Worte über Mexiko betrifft, so weiß jetzt alle Welt, wie sie darüber zu denken hat. Der Times-Correspont schildert sehr drastisch, wie der Kaiser einen seiner schlauesten Unterhändler, den Baron Saillard, nach Mexiko geschickt habe, um den Kaiser Max darauf hinzuweisen, wie es schicklich und an der Zeit für ihn sei, sich aus dem Stande eines Kaiserlichen Säuglings nun auf Höchsteigene Beine zu stellen — oder zu machen, wie aber Napoleon seinem Vertrauten Nichts darüber habe „schriftlich geben“ wollen, nicht einmal ein Beglaubigungsschreiben des Ministers. Die offiziösen Blätter fahren zwar fort, eine sehr hochmüthige Sprache zu führen, aber sie veranlassen dadurch nur neue und immer unwillkommenere Enthüllungen. So hatte der „Constit.“ den jüngsten Depeschenwechsel zwischen den Cabineten von Paris und Washington veröffentlicht und bemerkte mit Bezug auf Drouyn's Antwort auf die Reclamation Bigelow's wegen des Erlasses der Mexikanischen Regierung über Erschießung der gefangenen Dissidenten, man möge sich an die Mexikanische Regierung wenden, man habe dort dieselben Mittel wie Frankreich, daß Drouyn keine Aufklärungen über innere Administrations-Akte des Mexikanischen Gouvernements geben könne, für welche letzteres allein verantwortlich sei. Darauf entgegnet nun die Wiener „N. Fr. Pr.“: Nach uns direkt aus Mexiko zugehenden Nachrichten ist diese offiziöse Pariser Anschauung nichts als reine Komödie. Im Monat Juli v. J. ist, wie uns versichert wird, ein Schreiben Drouyn's nach Mexiko gelangt, worin die „unzeitige Milde“ der Mexikanischen Regierung gegen die Dissidenten auf das Lebhafteste beklagt wird. Was die Waffen des Kaisers, hieß es in diesem Schreiben, gewonnen haben, ginge durch diese Milde verloren. Marschall Bazaine wurde in gleichem Sinne instruirt, und der Pression der Französischen Regierung ist der Füsilirungs-Erlaß zuzuschreiben, für welchen das Tuilerien-Cabinet, dessen moralischer Urheber, jetzt alle Verantwortlichkeit ablehnt und auf die Mexikanische Regierung zu schieben trachtet. Dies zur Charakterisirung der neuesten Antwort Drouyn's an Bigelow. Marschall Bazaine hat seiner Zeit mit der Mexikanischen Regierung in bitterem Streite gelegen, weil diese die Aburtheilung der gefangenen Dissidenten durch Französische Kriegsgerichte nicht länger dulden wollte. Die Füsilirung der Dissidenten ist eine der Einrichtungen, mit denen Mexiko durch die Französische Intervention beglückt wurde. „Die Wage“, schreibt man aus Mexico, „schwankt fortwährend hin und her; und wenn Kaiser Maximilian die ursprünglich beabsichtigte Reise nach Yucatan nicht unternahm und überhaupt es vermeidet, sich von der Hauptstadt zu entfernen, so geschieht es hauptsächlich, weil man fürchtet, Marschall Bazaine könnte die Gewalt an sich reißen.“ — Noch ärger ist der Ton der „France“, welche die Gegner des Kaisers Max nur Räuber und Mörder nennt und den Amerikanern die gröbsten Vorwürfe darüber macht, sich mit jenen eingelassen zu haben. Selbst die „Indep.“ findet, daß es aus der gegenwärtigen centralistisch einheitlichen Versumpfung Frankreichs nur eine Hülfe gebe, — nur die Rettung bei der Freiheit.

Coburg, 28. Jan. In dem bekannten Preßproceß gegen den Rechtsanwalt und Abgeordneten F. Streit hier, als verantwortlichen Redacteur der „Allgem. deutschen Arbeiter-Zeitung“ und gegen den Schriftsteller G. Struve, wegen eines Artikels in der Arbeiterzeitung gegen die Unterzeichner des seiner Zeit die Rechte Deutschlands und Schleswig-Holsteins preisgebenden Londoner Vertrags vom 8. Mai 1852 und des Bundesbeschlusses vom 7. Dez. 1863 war am 21. Dezember die nach Ausgang der letzten längeren Landtags-Diät dem Abgeordneten Streit gesetzte Frist zum Antritt der ihm letztinstanzlich zuerkannten dreimonatlichen Gefängnißhaft abgelaufen. Veranlaßt durch schweres häusliches Leid hatte derselbe das nachstehende, auf eine weitere dreimonatliche Ständung gerichtete Gesuch bei dem vollziehenden Gericht gestellt. Das Gesuch lautet:

„In der bezeichneten Preßproceßsache habe ich unter dem 31. Juli d. Js. das Gesuch gestellt, es möge mir mit Rücksicht auf die lange Tagung des Landtags, dessen Mitglied ich bin und zur Ausgleichung der dadurch mir verursachten bedeutenden geschäftlichen Störungen eine dreimonatliche Ständung meines Haftantrittes gewährt worden. Diese mir gewährte Frist geht in den nächsten Tagen zu Ende. Nicht gewohnt, Verbindlichkeiten, die einmal formellen Rechtens geworden, auch wenn ich dieselben nach meiner Ueberzeugung nicht für innerlich berechtigt halte, mich zu entziehen, habe ich innerhalb der mir gewährten Frist mit aller Anstrengung und selbst ohne Schonung meiner eigenen angegriffenen Gesundheit alles aufgeboten, um in meinem umfangreichen Geschäft alles für meinen Haftantritt vorzubereiten und ich bin zu demselben bereit.

„In der Zwischenzeit hat sich aber der Zustand meiner schon seit drei Jahren schwer leidenden Frau derart verschlimmert, daß nach dem Urtheil meines Hausarztes, dessen Zeugniß ich hier beilege, es eine Pflicht für mich ist, die schwer Leidende gerade jetzt und in einer Jahreszeit, in welcher mildernde Gegenwirkungen nicht möglich sind, nicht zu verlassen, da die Trennung und die damit für die Leidende verknüpften Gemuthsbewegungen für nach dem Urtheil des Arztes von den allerbedenklichsten Folgen sein könnten.

„Meinem öffentlichen Wirken und den damit verknüpften unvermeidlichen Kämpfen, sind nicht nur meine besten Lebensjahre in langer Gefängnißzeit, sondern ist auch der schönste Theil meines Familienlebens zum Opfer gefallen und in mittelbarer Folge hat der Tod in meiner Familie bereits seine schwere Ernte gehalten.

„Die Opfer, welche ich persönlich, ohne mich zu bedenken, für meine öffentlichen Pflichten nach dem Standpunkte meiner Ueberzeugung mir auferlege, haben doch ihre Grenzen, wo es sich um das Leben meiner Angehörigen handelt. Ich kann den neuen, schwersten Verlust, der mir droht, wenn er eintreten sollte, nicht verhindern, aber ich habe die unerläßliche Pflicht gegen mein schwer leidendes Weib, wie gegen mein dann ganz auf mich angewiesenes unmündiges Kind, wenigstens alles was an mir liegt, zu thun, um denselben nicht zu beschleunigen.

Deshalb und da es mit der ratio der auf die Urtheilsvollstreckung bezüglichen Vorschriften unserer Strafproceßordnung Art. 354 u. 355 nicht im Widerspruch steht, stelle ich das Gesuch:

> es möge mir die Frist zu meinem Haftantritt in der vorbezeichneten Preßproceßsache, in Berücksichtigung dieser besonderen, ganz außer dem Bereich meines Willens liegenden Umstände, noch um 3 Monate verlängert werden.“

In diesen Tagen ist Streit darauf, nach erfolgtem Bericht an die höchste Stelle, eröffnet worden: daß ihm unter den in dem Gesuch angedeuteten Gründen eine weitere zweimonatliche Frist zu seinem Haftantritt, gewährt sein und daß nach deren Ablauf das weitere Gutachten des Arztes eingeholt werden solle *).

Fast gleichzeitig ist übrigens die Ladung zu einem weiteren Preßproceß gegen dieselben Angeklagten über denselben Gegenstand erfolgt, worüber die öffentliche Verhandlung erster Instanz am 5. März d. Js. vor dem Herzogl. Kreisgericht hier stattfinden wird. Es betrifft dies den in 5 Auflagen verbreiteten Abdruck der stenographirten öffentlichen Verhandlungen über den zu Eingang unserer Mittheilung erwähnten ersteren Proceß. In den ersten vier Auflagen war nämlich auch die Anklageacte und mit dieser das Corpus delicti, der in Anklage gebrachte Artikel über das Londoner Protokoll, nochmals im Zusammenhang der Verhandlung abgedruckt, was als Wiederholung des Vergehens mit neuer Anklage verfolgt wird.

Daß Angesichts der ganzen Schleswig-Holstein'schen Misère die preßproceßlichen Verfolgungen gerade über diesen Gegenstand und gerade hier endlos fortdauern, kann wohl überall, wo man davon Kunde erhält, nur einen peinlichen Eindruck machen.

*) Der mitverurtheilte Schriftsteller Gustav Struve ist zur Zeit noch in Rheinfelden, bei seinem Bruder, dem Besitzer der dortigen Soolbadeanstalt, wo er sich wegen eines Augenleidens, von dem er im Laufe des letzten Sommers befallen worden, noch in Behandlung befindet. Nach vorliegenden Briefen hat derselbe übrigens erklärt, daß er seiner Zeit mit Streit seine Haft hier antreten werde. D. Red.

Socialer Theil.

Ein Manifest der social-demokratischen Partei.

Wir theilen im Folgenden nach dem „Nordstern“ das in einer Versammlung zu Leipzig am 3. September v. J. „einstimmig angenommene“, übrigens mit keinen Unterschriften versehene, „Manifest der social-demokratischen Partei“ mit. Die wenigen ausgelassenen Stellen gehören nach unserer Ueberzeugung nicht zum Wesen der Sache; wo wir eine Wendung nicht ganz verstanden, erlaubten wir uns eine kleine fragende Notiz unter den Text zu setzen; wo wir Schreib- oder Setzfehler vermuthen mußten, halfen wir auf's Gewissenhafteste nach. Das Manifest scheint uns an einem nicht unwichtigen Fehler bezüglich seiner Form und Ausdrucksweise zu laboriren: offenbar walten darin zwei Hände, eine gelehrte und eine popularisirende. Der letzteren ist es an den meisten Stellen gelungen, ihre An- und Absicht für die betreffenden Kreise klar zu machen; die erstere wartet auf einen volksthümlichen Erklärer. Wir werden uns gestatten, derartige Sätze mit einem Kreuze (†) zu versehen. Im Uebrigen bildet der populär gehaltene Theil so ziemlich ein Ganzes für sich.

Manifest der social-demokratischen Partei.

Euch Allen, Ihr deutschen Arbeiter! die Ihr als Denker oder als Former, im Geiste oder am Stoffe, in der Werkstätte oder auf dem Felde arbeitet, entsenden wir unsern Gruß und Handschlag. Vom heißen Wunsche beseelt, daß uns bald Alle ein einig Band der Bruderliebe umschlingen möge, treten wir zu Euch heran, um ein ernstes, vom allgemeinen Interesse getragenes Wort an Euch zu richten. Und indem wir hierbei an Eure Einsicht und Erfahrung, Eure Liebe und Eure Pflicht appelliren, muthen wir Euch nichts Anderes zu, als wohlwollende Auffassung und gründliche Prüfung, richtige Beurtheilung und überzeugungstreue Bestrebung.

Damit unsere Parteigenossen und Arbeiterbrüder genau wissen, zu welchen Grundsätzen wir uns bekennen, welche Mittel der Verwirklichung wir anwenden wollen und welche Richtung wir zur Erreichung des hohen Zieles eingeschlagen haben, so legen wir Euch offen unsere Erkenntnisse, Bestrebungen und Verfahrungsweisen in folgenden Sätzen vor:

Politische und sociale Emanzipation der Arbeiter — Tod der Noth durch freier Arbeit Brod! ist unser Losungswort — der eine freie Volksstaat unser Feldgeschrei.

Wir wollen das ganze starke Deutschland, ein Vaterland geachtet und gepriesen von allen Völkern der Erde.

Wir wollen, daß das deutsche Volk ein in die Kulturbestrebungen der Völker mächtig eingreifendes Glied der großen Kette der Menschheit werde.

Wir wollen die Idee der Gesammthaftbarkeit und Gegenseitigkeit der Interessen aller Nationen im Allgemeinen und der der Arbeiterklassen aller Länder im Besondern zur Wahrheit machen helfen.

Unter freiem Volksstaat verstehen wir das durch den Volkswillen gegründete Gemeinwesen und wollen wir daher Alles durch und Alles für das Volk.

Wir wollen nicht das Kapital, das noch vermehrt aber auch verallgemeinert werden muß, sondern nur die Kapitalherrschaft, an deren Stelle die geistige und materielle Arbeitskraft zu setzen ist, zu überwinden suchen.

Wir wollen keine Unterdrücker und keine Unterdrückte, keine Ausbeuter und keine Ausgebeutete, wollen Niemand im Ueberfluß prunken und Keinen im Elend schmachten sehen, wollen nicht nur für Jeden formales, sondern für Alle faktisches Recht, wollen Freiheit, Ebenbürtigkeit und Gerechtigkeit für den Letzten wie für den Ersten.

Wie durch die moderne Produktionsweise das Kapital, diese Frucht allgemeiner Arbeit, dem Gesammtfleiße abgepreßt, in die Hände einiger Wenigen geflossen ist und fließt, so muß dasselbe durch organische Einrichtungen der Staatsgesellschaft, durch eine nach dem Arbeitsertrage *) geordnete Produktionsweise, seiner bisherigen Anmaßung **) allmälig entzogen und dem ganzen Volke zu allgemeiner Wohlfahrt wieder zuflüssig gemacht werden.

*) „Eine nach dem Arbeitsertrage geordnete Produktionsweise“. Soll das nicht heißen: Eine auf den größtmöglichen Arbeitsertrag abzielende und jeden Arbeiter durch seinen vollen Arbeitsertrag belohnende Produktionsweise?

**) „Anmaßung“, wir schlagen vor: privilegirte Stellung.

Wir wollen an die Stelle der durch die Kapitalgewalt beherrschten „freien“ Concurrenz, die freie Concurrenz der Arbeitskräfte setzen.

Wir wollen durch die Vermehrung der Produktion (Erzeugnisse) eine größere und verallgemeinertere Consumtion (Verbrauch) ermöglichen und durch die vergrößerte und verallgemeinertere Consumtion stets wieder frische Kraft gewinnen zu abermals steigender Produktion, mit allen Rückwirkungen zu ferneren segensreichen Kreisläufen.

Wir halten die Arbeit für eine Pflicht, den Lebensgenuß für ein Recht und wollen Alle nach Verdienst be- und gelohnt wissen.

Daß der Arbeiter als Träger einer Arbeitskraft auf dem Markte des Angebots und der Nachfrage eine Waare geworden ist, das Kapital vom Ergebniß der Arbeit den Löwentheil vorweg nimmt, und daß wachsender Reichthum einer fortwährend sich verringernden Minderheit und wachsende Armuth einer stets sich vermehrenden Mehrheit des Volkes zu Theil wird, der „goldene“ Mittelstand gänzlich verschwindet, einerseits ein „hoher“ Pöbel in Ueberfluß, Uebermuth und Nichtsthun, und andererseits ein „niederer“ Pöbel in Elend, Demuth und Erschlaffung leben, sind Thatsachen, die wir der allein noch Regenerationskraft bergenden Arbeiterklasse mit allen Mitteln der Verbreitung in rastloser Thätigkeit zum Bewußtsein bringen wollen *).

Wir wollen namentlich unsern noch viel zu isolirten Arbeiterbrüdern auf den Pflanzfeldern die Hand reichen und sie mit den gemeinsamen Interessen, Rechten und Pflichten vertraut machen. Kein Ackerland soll nach partikularistischen Launen unproduktiv bebaut oder gar unbewirthschaftet liegen bleiben.

Unsere Mittel und Wege zur Erreichung gemeinsamen Zieles müssen stets in Uebereinstimmung sein mit den uns leitenden Prinzipien. In unserer Strebweise [Taktik] richten wir uns, so weit es die Gewalt der Umstände erheischt, nach den thatsächlichen Verhältnissen, ohne deren Rechtsgültigkeit anzuerkennen und von unsern Grundsätzen abzuweichen.

(†) Da unsere Grundsätze auf den von der Wissenschaft festgestellten Thatsachen beruhen, so müssen sie sich, fern von aller Verknöcherung, mit den Fortschritten der Wissenschaft entwickeln und verjüngen.

Der Begriff von Staat und Gesellschaft, Demokratie und Socialismus, Politik und Sittenlehre (Religion) fällt bei uns in einen einzigen zusammen und gilt es, den Geist durch die Werke der Wissenschaft, das Gemüth durch die Schöpfungen der Kunst, den Leib durch die Gaben der Natur und die Ergebnisse des Gewerbfleißes harmonisch zu erheben, zu stärken und zu befriedigen.

(†) Wie sich unsere Weltanschauung im Allgemeinen auf die Wissenschaft der Natur, unsere Socialtheorie auf die Wissenschaft der Volkswirthschaft stützt, so stützt sich unsere politische Ueberzeugung auf beide Wissenschaften und muß im künftigen Staatsorganismus alles Leben und Streben in Einheit verknüpft, müssen Idealismus und Realismus, Theorie und Praxis, Gedanke und That innig verwebt sein.

Wir erkennen an, daß die politische Emanzipation der Zurhandnahme der praktischen Lösung der socialen Frage vorausgehen muß und halten die Agitation für das allgemeine, gleiche und direkte Wahl- und Stimmrecht für eins der geeignetesten Mittel zu diesem Zwecke.

Wir erkennen jedoch ferner an, daß selbst das allgemeine, gleiche und direkte Wahl- und Stimmrecht nur alsdann ein ersprießliches Mittel zum Zwecke sein kann, wenn die social-demokratischen Grundsätze richtig erkannt und allgemein verbreitet — Gemeingut der Arbeiter in Stadt und Land geworden, wenn die sichersten Bürgschaften für die freieste Besprechung der Volksinteressen erlangt sind.

Daher muß unsere nächste Aufgabe die Erläuterung und Verallgemeinerung der social-demokratischen Grundsätze durch Rede und Schrift sein, und müssen wir, da auch dieses unter gegenwärtigen Verhältnissen in Ermangelung ganzer Freiheit und unverkümmerten Versammlungs- und Vereinsrechtes, nur in beschränktem Maße geschehen kann, neben dem allgemeinen gleichen und direkten Wahlrecht zugleich größere politische Freiheit zu erlangen streben.

Insoweit das liberale Bürgerthum mittelalterliche Anschauungen und Einrichtungen zu bekämpfen, jedweden Absolutismus sammt Polizei- und Militärstaat ernstlich zu beseitigen strebt, werden wir ihm nicht blos beistehen, sondern, von mächtigeren Interessen gedrängt, entschieden vorangehen.

Da die herrschende, im Lebensgenusse bevorzugte, daher befriedigte und ruhesüchtige Klasse — die Bourgoisie — begreiflicher Weise mehr das Bedürfniß haben muß, ihre begünstigte Stellung sich zu erhalten, als sie durch Opfer an Ruhe, Gut und Blut zu höherem politischen Glanze zu erheben, so kann nur die unterdrückte, ausgebeutete, dem Lebensgenusse entfremdete, daher mit Recht unzufriedene, sich nach Erlösung sehnende Klasse — das Arbeiter-Proletariat — besonders weil an Kraftanstrengungen, Gefahren, Entbehrungen und Hingebung gewöhnt, die geschichtliche Initiative ergreifen.

Wir verschmähen alle Gnadengeschenke, halten unerschütterlich fest am unveräußerlichen Rechte aller Völker: Gerechtigkeit zu fordern.

„Staatshülfe“, die der Polizei- und Militärstaat nur gewähren wird, um uns und unsere Sache zu verderben, werden wir nur vom freien Volksstaate, wo das Privatinteresse mit dem Gemeininteresse zusammenfällt, — das Volk der Staat ist — zu produktiver Nutzanwendung Aller — in Empfang nehmen.

Wir erklären aber auch, daß der eigentliche Lohnarbeiter in der Regel, bei Entbehrung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse, nur auf Kosten seines werthvollsten Schatzes — seiner Arbeitskraft, Gesundheit und Lebensdauer — „sparen“ könnte.

Obwohl wir wissen, daß durch „Volksbanken“, Arbeiter-, Vorschuß-, Consum-, Rohstoff-, Kranken- und Unterstützungsvereine, Gewerbsgenossenschaften, Arbeiterkoalitionen, Arbeitseinstellungen, die sociale Frage nie gelöst, die drückende Lage der Lohnarbeiter kaum, die der Kleinmeister nur vorübergehend erleichtert werden kann, so erkennen wir dennoch an, daß diese Anstalten und Strebmittel einen negativen und positiven Werth haben: einen negativen nämlich, indem sie durch ihre Wirksamkeit die an sie geknüpften irrigen Erlösungsvorstellungen am raschesten und gründlichsten abnutzen, dem Arbeiter thatsächlich zeigen, wie unzureichend sie sind und daß ganz andere Mittel ergriffen werden müssen; und einen positiven Werth, indem sie bei den Arbeitern das Interesse an gemeinschaftlichem Handeln erwecken und unterhalten, es ihm zur Gewohnheit und zum Bedürfniß machen, und den Organisations- und Verwaltungstalenten der Arbeiter eine gute Gelegenheit zur Entwicklung und Ausbildung bieten.

Wir werden daher besagten Einrichtungen um so lieber unsern Beifall zollen und unsere Mitwirkung zuwenden, als wir von der Ansicht ausgehen, daß sich die Arbeiterklasse zur Uebernahme der Leitung aller öffentlichen Geschäfte vor allen Dingen befähigen muß, daß sie in ihren verschiedenartigen Vereinsanstalten ihre Sprecher, Lehrer, Organisatoren, Verwalter, Gesetzgeber, Richter u. s. w. heranbildet, an den rechten Platz stellt und somit gleichsam einen Rahmen des neuen Staats-Organismus und Mechanismus schafft, in den das Wesen des künftigen freien Volksstaats nur eingeschlossen zu werden braucht. Es wird dies um so leichter geschehen können, als nach rationeller Lösung der Eigenthumsfrage die Angelegenheiten der Verwaltung und Gesetzgebung vereinfacht, für den schlichtesten Vorstand Recht und Pflicht leicht erfaßlich sind, vieles unproduktive und mechanische Wissen unnütz und überflüssig geworden ist.

(†) Wenn das Mittelalter, seinen Standpunkten und Zuständen gemäß, das Eigenthum als eine „göttliche Einrichtung“ hinstellte, die moderne Zeit hingegen, ihren Anschauungen und Bedürfnissen entsprechend, das Wesen des Eigenthums von einem „Naturgesetz“ herleitet, so verfällt dasselbe nach unserer Auffassung nur unter den Begriff einer historischen Kategorie, sich in Verwendung und Bestimmung nach den Erfordernissen fortschreitender Kultur verändernd.

(†) Alle geistige und materielle Kraft, jeder Stoß der Natur und Staatsgesellschaft ist ein Gemeingut, das sich nach der Verwerthungsfähigkeit des Einzelnen zur Produktivmachung für Alle — zur Wohlfahrt des Ganzen vertheilt — und zu diesem Kreislaufe wieder sammelt.

Wir erkennen, daß die geistige Produktion das befruchtende Element der materiellen Produktion ist.

(†) Sicherlich hatte das moderne Zeitalter mit seinen Gesellschaftsformen, seiner Bourgeoisie und deren Lebenselementen: der Kapitalherrschaft, dem beweglichen Eigenthum, der Produktions-Ausbeutung, der Spekulation, der freien Concurrenz und Bewegung, eben so gut seine Existenzberechtigung und seinen großen weltgeschichtlichen Beruf, als das Mittelalter mit seinem Adel- und Pfaffenthum und deren Daseinsbedingungen: der Grundherrlichkeit, dem unbeweglichen Eigenthum, der Stabilität, dem Glaubenszwange, der Produktionsbegrenzung. Entwickelt sich jedoch die Kulturgeschichte in Gegensätzen, durch deren Reibung sich das Licht der Wahrheit entzündet, zu neuen Entwicklungsphasen hell die Bahn beleuchtend, werden zeitweilig gangbare „Wahrheiten“ als Irrthümer gekennzeichnet, in früher nützlichen Einrichtungen dermalig schädliche erkannt, so wird nun, wie einst das Bürgerthum das Adelthum von seinem welthistorischen Posten ablöste, das freie Volksthum das Bürgerthum, die Arbeitskraft die Kapitalmacht, der Arbeitsertrag den Arbeitslohn, die Gesammtherrschaft die Klassenherrschaft ablösen und durch Ueberwindung der letzten Klassengegensätze den inneren Frieden erobern.

Und da mit der Lösung der social-politischen, allgemeinen ökonomischen Frage, die keine nationale, sondern eine universale ist, auch die Leidenschaften der Racenabneigungen, durch Uebereinstimmung der Interessen aller Länder, jeden Bodens entbehren, so wird auch, zum Triumphe der Sache der Menschheit, der Friede unter den Völkern der Preis des großen Sieges sein!

Wer wollte sich's verbergen, daß zur Erfüllung solcher Aufgabe Einigkeit und Brüderlichkeit, Kraft und Muth, Mannhaftigkeit und Ausdauer, Hingebung und Aufopferung unentbehrlich sind!

Und doch wollen wir nur, was vom Standpunkte der Wissenschaft gerechtfertigt und vernünftig ist — und vernünftig ist, was allgerecht ist und Allen gerecht ist, was Jedem nützt und Keinem schadet.

(†) Wir wollen keine Experimente machen nach fertigen Erlösungssystemen sentimentaler Menschheitsbeglücker; denn, gestützt auf die Logik der geschichtlich wirkenden Thatsachen, wollen wir Alles aus klar bewußter Selbstthätigkeit Aller herauswachsen lassen. Gibt es doch bis jetzt kein großes, nach Kraft und Licht seiner Massentheile organisch gegliedertes Gemeinwesen — kein Volk, wo sich zur Bildung eines lebensfrischen Ganzen der Einzelne an den Einzelnen als Atom an Atom anreiht, viel Kleines zum Großen und viel Schwaches zum Starken wird — kein Gesammtwesen, das seinen Leib und seine Seele (Geist und Gemüth) Gedanken, Willen und That hat, wo die allgemein beglückenden Zustände nichts Anderes, als der Ausfluß und Ausdruck harmonischer Gesammtwirkung sind und erst das rechte Objekt zu einer social-politischen Wissenschaft, als einer exakten, bieten.

(†) Wir wollen uns also immer an Wirkliches, Lebendiges und Fruchtbares halten, wollen dem „Volke“, das vorerst noch in der Vorstellung existirt und das zu bedeuten bisher Kasten, Stände, Klassen, Koterien aus Partikularinteressen nur vorgaben, endlich Kraft und Stoff zum Dasein verschaffen.

(†) Vorbei ist die Zeit der geistigen Spekulation (spekulativen Philosophie), die sich von den Thatsachen in Natur und Geschichte entfernend, im Reiche des Ungewissen und Unbestimmten verliert.

(†) Vorbei ist bald die Zeit der materiellen Spekulation (kommerziellen Abenteuerei), die in partikularer Glücksucht eignes und Anderer Wohl in's Lotteriespiel setzt und die Widerwärtigkeiten der Finanz-, Handels- und Gewerbskrisen hervorruft.

Also deutsche Arbeiter-Brüder und social-demokratische Parteigenossen aller Orten und aller Berufsarten! Kommt heran und helfet uns das große Werk weiter mit einleiten, das deutsche Volk an die Spitze der Kulturbewegung führen, die Menschheit von dem Doppeljoch politischer und socialer Tyrannei erlösen!

(Schluß des socialen Theils in der Beilage.)

Hierzu ein Beiblatt.

*) Dieser ganze Passus schien uns im Originale an Schreib- oder Setzfehlern zu leiden und wir drucken ihn daher in obiger Fassung ab, die dem Sinne bestens entspricht. Für die folgenden Aenderungen überheben wir uns der Anmerkung.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert in Coburg.

Nr. 163. | Vierter Jahrgang. | Sonntag, 11. Februar 1866.

Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 48 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen sendet man an die „Expedition der Arbeiterzeitung“, Bezirk III. Nr. 8. Coburg.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 6 kr. oder 2 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 10% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

Vereinsangelegenheiten.

B. **Berlin**, 5. Februar. Eine Bemerkung der geehrten Redaction in Nr. 160 dieses Blattes, bezüglich der vom ständigen Ausschuß begründeten, von mir herausgegebenen lithographirten Correspondenz gibt mir Veranlassung zu folgender Mittheilung. — Obwohl von dem ständigen Ausschuß Ende November v. J. an alle bekannte Arbeiter- rc. Vereine das Ersuchen gerichtet wurde, durch Mittheilungen aus dem Vereinsleben die Herausgabe der Correspondenz zu unterstützen, obwohl ich persönlich 4 bis 5 Wochen später an 246 mir bekannte Arbeitervereine gelegentlich einer Bücherversendung diese Bitte wiederholte, so habe ich doch bis heute überhaupt nur von 2 Vereinen Mittheilungen und außerdem 3 Nummern des Stuttgarter Beobachters und 2 des Nürnberger Anzeigers erhalten, in denen Vereinsangelegenheiten besprochen waren. Die Herausgabe der ersten Nummer der Correspondenz wurde nur durch den außerordentlichen Beistand eines Ausschußmitgliedes ermöglicht, zu einer zweiten Nummer mangelte das Material, um so mehr, als die in den genannten Blättern enthaltenen Nachrichten, bereits ihren Weg durch andere Zeitungen gefunden hatten. — Ich beklage die in dieser Sache von den Vereinen bewiesene Lauheit tief, ich kann sie aber nicht ändern, und ich hoffe auch nicht durch diese Mittheilung spätere bessere Resultate zu erreichen; sie erfolgt, um zu beweisen, daß ich ohne Schuld bin, wenn eine — mindestens meiner Meinung nach — vortreffliche, nützliche Einrichtung keinen Fortgang hat. — Ich benutze diese Gelegenheit nun gleichzeitig zu einigen anderen Mittheilungen. Sie haben bereits gehört, daß der Berliner Arbeiterverein eine Petition an das Abgeordnetenhaus beabsichtigt, bezüglich des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Dieselbe ist nunmehr übergeben und ich sende deren Wortlaut, Ihnen überlassend, in wie weit Sie denselben benutzen wollen. Die hiesigen Zeitungen werden darüber wohl auch Mittheilungen machen, und Sie hätten dieselben benützen können, in welcher Ausdehnung diese jedoch erfolgen, kann ich nicht wissen; und so haben Sie nun etwas Vollständiges. Wie durch seine Petition wegen Paßreform, so hat der Verein auch durch diese Petition den bezüglichen Beschlüssen des Stuttgarter Arbeitervereinstages — die allerdings durch seinen daselbst in der Sache gestellten Antrag veranlaßt waren — gebührende Rechnung getragen und recht sehr bedauerlich erscheint ihm das Verhalten der meisten badischen Arbeitervereine gegenüber den vollständig correcten Anforderungen des ständigen Ausschusses in dieser Angelegenheit. — Der Schritt des Vereins, die Petition, erfährt hier verschiedene Beurtheilung auch in den Reihen der Fortschrittspartei. Während man einerseits damit einverstanden ist, tadelt man denselben andererseits. Es seien, sagt man, zunächst noch andere Gesetze zu erlassen, welche als Fundamente für das Wahlgesetz dienen müßten; es sei Unrecht, gerade jetzt das Abgeordnetenhaus zu drängen u. s. w. Wir meinen, wir thun recht, unsere Forderungen so vollständig wie möglich zu stellen, damit man sich nicht mit Unwissenheit entschuldigen könne, und wohl gar glauben, wir seien glücklich und zufrieden. Demgemäß haben wir immer und auch in dieser Sache gehandelt. So thöricht sind wir jedoch nicht, uns einen Erfolg von auch dieser Petition selbst bei dem besten Willen unserer Abgeordneten zu versprechen; das Ministerium Bismarck und liberale Gesetze! eher möchte die Welt zusammenstürzen. Wir glauben auch, daß diese Frage wegen des allgemeinen gleichen Wahlrechts manchem fortschrittlichen Abgeordneten unbequem ist, aber es stehen Neuwahlen bevor und da wäre es für uns höchst wünschenswerth, die Stellung der einzelnen zu dieser Frage zu kennen. Es herrschen so curiose Ansichten bei Fortschrittsmännern über Freiheit, wie man kaum glauben sollte. Fortschritt, Freiheit, ja! aber — hübsch klassificirt nach dem Stande, nach dem Geldbeutel, nicht gleich für Jedermann. Viele dieser Herren denken bei Freiheit für den Arbeiter an Räuberbanden und Banditenthum; es ist Thatsache, daß nach einer Berathung über das Coalitionsrecht einer derselben mir sagte: „was beginnen Sie? Sie beschwören die Zeiten von 1848 herauf, provociren den Straßenkampf, führen die Arbeiter gegen das Capital“ u. s. w. und dieser Herr gilt in bestimmten Kreisen als ein Muster von Freisinnigkeit, ist liberaler Stadtverordneter, Mitglied des liberalen Wahlcomité's rc. So wenig kennt man in diesen Kreisen den Kern und Zweck der Arbeiterbewegung, man gibt sich auch nicht die Mühe ihn kennen zu lernen. Das steht fest, wir werden andere Anforderungen an unsere Vertreter stellen, wir wollen entschiedene Männer, keine Halbheiten, wir hoffen, es werde sich ein Bruch in der Fortschrittspartei vollziehen, der dem Ganzen so heilsam ist, wie eine ernste Krisis dem kranken Körper, — Genesung oder Tod, aber kein Siechthum mehr. — Doch ich politisire und wollte Mittheilungen über den Verein machen. — Die Constituirung des Vorstandes für das laufende Jahr ist erfolgt, und was über die Vereinsthätigkeit im vergangenen Jahr zu sagen, wissen Sie wohl schon aus den hiesigen Zeitungen. Ist die Mitgliederzahl gleich für Berlin eine nur geringe, so ist die Thätigkeit, meine ich, doch eine recht anerkennenswerthe; mindestens bemüht er sich redlich im Interesse der Sache zu wirken. Neben den ordentlichen Versammlungen, die Montags stattfinden, ist für die Sonntage eine Reihe von Vorträgen veranlaßt worden, deren ersten der Abgeordnete von Kirchmann gestern über „Communismus der Natur“ hielt. Derselbe bot viele neue, interessante Gesichtspunkte dar, eine nähere Mittheilung darüber müssen Sie schon anderweitig entnehmen, wenn Ihnen die Sache von Interesse erscheint. Weitere Vorträge werden die Abgeordneten Jung über die deutsche Frage, Dr. Becker, Geschichte des Paßwesens, Dr. Müller über das natürliche Vorkommen des Salzes und seine Bedeutung für den menschlichen Körper halten, außerdem die Abgeordneten Dr. Ziegler, Michaelis und Schulze-Delitzsch über noch zu bestimmende Themata. — So meinen wir, für die nächste Zeit mit geistiger Kraft wohl versorgt zu sein. Außerdem sind wir dabei, uns ein eigenes Hüttchen zu gründen. Ueber die Aussicht des Gelingens entscheiden die nächsten Tage. Hierüber und über sonstige Vorkommnisse seiner Zeit weitere Mittheilung.

Wir lassen nachstehend den Wortlaut der in Vorstehendem erwähnten Petition an das preußische Abgeordnetenhaus über das „allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht“ folgen. Die Petition lautet:

Hohes Haus der Abgeordneten! Die Verfassungsurkunde verheißt im Art. 72 ein Wahlgesetz für das Abgeordnetenhaus. Dieses Versprechen wartet nun

seit 16 Jahren auf Erfüllung, das Wahlgesetz vom 30. Mai 1849 ist noch immer in Kraft.

Nächst der Verfassung hat wohl kein Theil der Gesetzgebung eine größere Wichtigkeit als das Wahlgesetz. Es ist seinem ganzen Wesen nach von den Verfassungsarbeiten nicht zu trennen, ja es beruht die Verfassung auf diesem Grunde, ihr Wesen und ihr Character wird vor Allem hierdurch bestimmt. — Denn wenn es bei aller Staatsordnung hauptsächlich darauf ankommt, daß sie dem wahren Bewußtsein des Volkes entspricht, und daß sie diesem in den Formen der Verfassung Ausdruck verleiht, so muß es von der größten Bedeutung sein, daß diejenigen Gewalten des Staates, welche bestimmt sind, unmittelbar die Gesammtheit des Staates zu vertreten, in angemessener Weise gebildet werden.

Die constitutionelle Verfassung hat die Aufgabe zu lösen, daß nicht blos die verschiedenen Organe unter sich in Einklang stehen, sondern daß in ihnen auch der wahre Wille des Volkes zur Anerkennung gelangt. Auf verschiedenen Wegen wird dieser sich aussprechen können, in den Versammlungen, in Vereinen, in der Presse, eine unmittelbare Betheiligung aber kann derselbe allein in der verfassungsmäßigen Vertretung erlangen. In ihr muß deshalb der Schwerpunkt des politischen Lebens beruhen. Gibt man daher auch die beste Verfassung und das Wahlgesetz taugt nichts, so wird auch die beste Verfassung nichts nutze sein.

Das Wahlgesetz vom 30. Mai 1849 entspricht den berechtigten Ansprüchen der Staatsbürger nun keineswegs. Dasselbe steht im offenbaren Widerspruch mit dem Art. 4 der Verfassung, welcher alle Preußen vor dem Gesetz gleichstellt. — Das Geldprinzip, das verwerflichste von Allem, ist dem Klassensystem zum Grunde gelegt. Es legt dasselbe den Begüterten ein größeres Wahlrecht zu, ihren Staatspapieren, Häusern, Aeckern, Heerden u. s. w. wird unmittelbar ein Stimmrecht gegen den Nichtbegüterten eingeräumt. —

Nun weiß man wohl in den Finanzen, von wem man die Steuern erhebt, aber es ist niemals genau zu ermitteln, von wem sie eigentlich getragen werden; im Uebrigen ist die von einem Manne bezahlte Steuer nicht im Mindesten ein Maßstab für seine Bürgertugend oder für sein großes Interesse am Staat.

Der Zweck des Staates ist, daß er alle Rechte der Bürger gleichmäßig und gerecht erhält, und daß er jedem Bürger gleichmäßige Rechte gibt. Nicht der Partikularismus soll vertreten sein, sondern das Volk, das Volk kann aber nicht gehörig vertreten sein, wenn nicht alle Stände gleich wahlberechtigt sind. Die Beschränkung des Wahlrechts ist auch das entschiedenste Hemmniß zur Lösung der socialen Frage. Denn wenn sich nicht Einer wie der Andere bei den Wahlen betheiligen soll, dann wird in ihm das Gefühl rege, er sei schlechter als seine Mitbürger. Jede Arbeit bringt zwar nicht gleichen Lohn, der Staat sollte aber so eingerichtet sein, daß jede Arbeit auch gleiche Ehre und gleiche Rechte bringt. Ein gleiches Maß der Ehre und des Einflusses, der Selbständigkeit und der Freiheit müssen Alle haben.

Nicht die Steuerquote, die der Mensch zahlt, darf also bei dem Wahlrecht in Betracht kommen, sondern der Mensch muß gelten in seiner abstracten, sittlichen Berechtigung, ohne Rücksicht auf seine Qualität, auf Bei- und Zuthat. — Das Wahlrecht, das wichtigste politische Recht, darf nicht geknüpft werden an den Besitz — statt an die Persönlichkeit. — Gerechtigkeit verlangt das allgemeine gleiche Wahlrecht.

Mit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht muß aber die geheime Abstimmung verbunden sein; denn sie ist die einzige Sicherung der factischen Unabhängigkeit bei Ausübung des Wahlrechts. — Die öffentliche Abstimmung macht die Wähler abhängig. Der Gewerbetreibende läuft Gefahr bei dem Wahlacte die Unzufriedenheit derjenigen zu erregen, von denen die Ertheilung von Concessionen oder Verdingungen von Lieferungen und Arbeiten abhängen, ja sogar seine Privatkunden zu verlieren. — Der Fabrikarbeiter hat seine Entlassung zu befürchten, wenn er anders als der Arbeitgeber stimmt. — Den Beamten und Militärs geht es nicht besser, sie dürfen mindestens nicht gegen die stimmen, von denen die Beförderung abhängt, wenn sie auf solche überhaupt nicht verzichten wollen. Die öffentliche Abstimmung vereitelt die Wahlfreiheit, demoralisirt die Wähler und verfälscht die Volksstimme. Nur durch die Unmöglichkeit einer Controle wird die Abstimmung frei von ungesetzlichen Druck und von Bestechung.

Die Wahl muß aber auch eine directe sein. Bei den indirecten Wahlen ist die größte Gefahr vorhanden, daß die wahre Volksstimme verfälscht werde und eine künstliche Majorität herauskomme. Das indirecte Wahlrecht ist nichts weiter als eine Bevormundung, es stellt den Wähler unter die Vormundschaft des Wahlmannes. — Dagegen hat die Wahl unmittelbar durch die zur Wahl Berechtigten, die directe Wahl, unzweifelhaft vor jedem anderen Verfahren große Vorzüge. Nur auf diesem Wege kann in klarer Weise das Vertrauen des Volkes denjenigen bezeichnen, der sein Vertreter sein soll, nur in dieser Weise ist es möglich, daß die Idee der Repräsentation, welche der constitutionellen wie der rein demokratischen Staatsverfassung unentbehrlich ist, wenigstens annähernd zur Verwirklichung komme. — Endlich in Bezug auf die sociale Frage. Es ist klar, daß eine gleichmäßige Vertretung der Interessen bei indirecten Wahlen nicht stattfinden kann; denn bei indirekten Wahlen werden die arbeitenden Klassen in den Wahlcomité's wenig oder gar nicht vertreten, also nicht in der Lage sein, ihre Interessen zu wahren. Bei den directen Wahlen aber sind alle Interessen verhältnißmäßig vertreten und deshalb ist es ebenso politisch als gerecht, die directen Wahlen den indirecten Wahlen vorzuziehen.

Wir führen aus:

Gerechtigkeit verlangt das allgemeine gleiche Wahlrecht; in der geheimen Abstimmung liegt die einzige Sicherung der factischen Unabhängigkeit bei Ausübung des Wahlrechts; allein bei directen Wahlen sind die Interessen aller Staatsbürger verhältnißmäßig vertreten.

Hiernach ersuchen wir das hohe Haus der Abgeordneten ganz ergebenst:

Die Initiative zu ergreifen, um ein Wahlgesetz auf Grundlage des allgemeinen gleichen Wahlrechts, der geheimen Abstimmung und der directen Wahl baldigst herbeizuführen.

Der Coburger Arbeiterfortbildungsverein

an

P. Staudinger, Vorsitzenden des ständigen Ausschusses deutscher Arbeitervereine.

Im Auftrage und Namen des Vereins erwidern wir Unterzeichnete auf Ihr Schreiben vom 24. Januar d. J., daß wir mit dem Inhalte des Cirkulars vom 5. December, die Agitation für das allgemeine und direkte Wahlrecht betreffend, vollkommen einverstanden sind. Ohne dasselbe halten wir die Erlernung des politischen Lebens sowie die Erlangung eines bessern Zustandes geradezu für eine Unmöglichkeit. Leider darf ein großer Theil der arbeitenden Klassen den öffentlichen Angelegenheiten immer noch nicht die verdiente Rücksicht widmen, gehindert durch die Gesetzgebung und eingeschüchtert durch das alte System. Möchten doch Alle, die sich Freunde der Arbeiter nennen, ihre Freundschaft durch die That beweisen und das Ihrige thun, damit uns ein Grundrecht, das Recht der Selbstbestimmung nicht länger vorenthalten bleibe.

Wundern aber müssen wir uns, daß unsere wackern badischen Brüder in dieser so wichtigen Lebensfrage nicht denselben Weg mit uns gehen und dadurch die Kraft des gemeinsamen Wirkens schwächen.

Mit Gruß und Handschlag.

H. Kayser, Schriftführer. Theodor Simon, Vorsitzender.

Der Arbeiterverein in **Fürth** hat in seiner Wochenversammlung am 5. Februar d. J. folgende von seinem Ausschuß vorgelegte Anträge einstimmig angenommen:

1) In Erwägung, daß der dritte Vereinstag deutscher Arbeitervereine einstimmig den Satz angenommen hat: „Es ist Pflicht aller deutschen Arbeiter, für das allgemeine, gleiche und unmittelbare Wahlrecht einzutreten;" in fernerer Erwägung, daß die deutschen Arbeiter-Vereine als die Vorkämpfer der deutschen Arbeiter zu betrachten sind, und in endlicher Erwägung, daß massenhafte Petitionen an die einzelnen Landesvertretungen zur Zeit das einzige Mittel sind, durch welches die deutschen Arbeiter ihrer vom Vereinstage anerkannten Pflicht genügen können:

beschließt der Arbeiterverein in Fürth, dem Vorsitzenden des ständigen Ausschusses, Herrn Staudinger, den Dank dafür auszusprechen, daß er durch sein Circular vom 5. Dec. v. J. im richtigen Verständnisse seiner Pflicht dem Beschlusse des Vereinstages einen entsprechenden Ausdruck gegeben hat.

2) Um der Aufforderung nachzukommen, welche der Vorsitzende des ständigen Ausschusses, Herr Staudinger, in der allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung vom 28. Januar d. J. an die Vereine gerichtet hat, beschließt der Arbeiterverein in Fürth, seinen obigen Beschluß durch die allgemeine deutsche Arbeiterzeitung zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

Im Auftrag des Vereins

Der Vorsitzende.

Gotha, 30. Jan. In der gestrigen Versammlung des Arbeitervereins wurde einstimmig die Erklärung abgegeben, daß der Vorsitzende des ständigen Ausschusses, P. Staudinger in Nürnberg, durch das Circular vom 5. Decbr. v. J. die Agitation für das allgemeine und directe Wahlrecht betreffend, dem Stuttgarter Vereinstagsbeschluß nicht zuwider gehandelt habe und daß sich der Arbeiterverein mit jenem Circular vollständig einverstanden erkläre.

Unser Consumverein hat seinen ersten Rechenschaftsbericht erstattet. Nach demselben sind im verflossenen Jahr für 1694 Thlr. Marken vom Cassire entnommen und 113 Thlr. 9 Sgr. gewonnen worden. Nach Abzug von 21 Thlr. Kosten sind 5⅓ % Dividende an die Mitglieder nach Verhältniß ihres Umsatzes in vollen Thalern zur Vertheilung gekommen. Die Mitgliederzahl betrug innerhalb eines Monats nicht mehr als 35 bis 40, was hauptsächlich in dem wenigen Verständniß und an den Frauen liegt, welche nicht gegen Marken kaufen wollen.

Als der Consumverein Neujahr mit einem andern als dem bisherigen Kaufmann contrahirt hatte, kam die hiesige Cramerinnung zusammen und disponirte sowohl den neu engagirten seinen Contract nicht auszuführen, sondern bestimmte auch alle übrigen Kaufleute, den Consumverein nicht anzunehmen und der große Kaufmann Louis Möller, (Mitglied des Nationalvereins) hier ging sogar zu allen Kaufleuten, welche nicht in der Versammlung erschienen waren, und theilte den Beschluß mit. Obiger Möller und der große Kaufmann Grabenstein haben am Besten agirt, von der Ansicht ausgehend, daß der Consumverein wieder untergehen müsse.

In **Waltershausen** hatte der dortige Arbeiterverein ebenfalls einen Versuch gemacht, einen Markenconsumverein zu gründen; kaum hatte er aber Marken ausgegeben, als sie auf Geheiß des dortigen Bürgermeisters Albrecht von der Polizei bei den Lieferanten, sammt den abgeschlossenen schriftlichen Verträgen mit Beschlag belegt wurden. (Gotha ist das Land, dem man Heil wünschen muß!)

In **Körner** fand vor Kurzem die Wahl eines neuen Schultheißen statt. Dort besteht seit Novbr. 1864 ein ländlicher Arbeiterverein, der kaum gegründet, Neujahr 1865 drei Arbeiter in den Gemeindeausschuß wählte, was bisher noch nie dagewesen war. Der dortige Schultheiß Keppler, der die Interessen der Arbeiter hinsichtlich ihrer Lohnforderung den Landbesitzern gegenüber warm vertreten hatte, sollte nun nach Wunsch der Letztern nicht wieder als Schultheiß gewählt werden und es wurden alle Mittel von den Landbesitzern aufgewendet, so viel Stimmen für einen Andern zu erhalten, daß Keppler durchfallen sollte. Leute, welche nicht zum Arbeiterverein gehören, mußten zur Wahlurne, die noch nie daran gedacht hatten, zu wählen.

Die Landbesitzer und deren Anhänger mußten aber mit langer Nase abziehen, denn die Mitglieder des Arbeitervereins hatten agitirt und zusammengehalten, so daß Keppler aus der Wahl als Schultheiß hervorging. (Also Einigkeit macht stark.)

Aus Arnstadt. Wie ein Samenkorn, das auf guten Boden fällt, sich bewurzelt und Blüthen und Früchte trägt, so hat auch die Arbeiterbewegung in Arnstadt kräftig Wurzel geschlagen und erfüllt uns mit guten Hoffnungen. Der Arbeiterverein, der seit einem Vierteljahr besteht, zählt gegenwärtig 140 Mitglieder, das Versammlungslocal ist stets gefüllt und regelmäßig sind bis jetzt an jedem Vereinstage neue Mitglieder aufgenommen worden. Auch die allgemeine Krankenunterstützungskasse, welche der Arbeiterverein gegründet und verwaltet, wobei auch Nichtmitglieder des Vereins beitreten können, ist im raschen Wachsen begriffen und ist schon auf 150 Mitglieder angewachsen. Trotz verschiedener Unannehmlichkeiten, wie z. B. der Kastengeist, der noch vorherrschend ist, und anderer Hindernisse, ist das Werk gelungen und Dank sei es hiermit noch dem Stifter des Arbeitervereins, Herrn Louis Seebach aus Gotha, für seine rege Thätigkeit und unermüdlichen Eifer für das Wohl des Vereins und wünschen wir noch, daß derselbe stets ein treuer Freund des Vereins bleiben möge.

Mit vorstehendem Artikel hoffen wir, daß noch viele derjenigen Arbeiter, die noch keinem derartigen Vereine angehören, sich doch anschließen möchten an das große Ganze, und daß der wichtige Zweck, den die Arbeiter verfolgen, recht bald erreicht werden möge.

Der Vorstand des Arbeiterbildungsvereins.

Aus Leipzig, 1. Febr. wird der „Magdeburger Presse" geschrieben: Leider habe ich Ihnen heute Vorgänge mitzutheilen, die durchaus nicht geeignet sind, die guten Vorurtheile, welche die Sächsische Regierung über sich zu verbreiten bemüht ist, auch in der Praxis zu bestätigen. Ende Januar war nach Zwickau eine Conferenz von Vertretern sächsischer Arbeitervereine zusammenberufen worden, deren Tagesordnung bereits einige Wochen vorher durch die „Arbeiterzeitung" bekannt gemacht worden war. In Folge dessen wurden die Vorstände der Arbeiterbildungsvereine in Leipzig und Zwickau polizeilich verhört und ihnen mitgetheilt, daß der Verein, welcher Vertreter zu der aus politischen und socialen Fragen bestehenden Tagesordnung entsende, sofort als politischer Verein unter das Vereinsgesetz werde gestellt werden. Es blieb also nichts anderes übrig, als die Tagesordnung so zusammenzustreichen, bis sie die Genehmigung der Behörden erhielt. Als anstößig fielen dabei hinweg u. a.: Berathung einer Petition wegen vollständiger Gewerbefreiheit und Freizügigkeit, Aufhebung des Paßwesens, der Arbeits- und Dienstbücher, besseres Vereinsgesetz, gleiches und direktes Wahlrecht &c. In der in Zwickau stattfindenden Conferenz hielt am Begrüßungsabend Herr **Bebel** aus Leipzig einen allgemein mit großem Beifall aufgenommenen geschichtlichen Vortrag über die Arbeiterbewegung in Frankreich, England, Deutschland und gab bei dem letzteren ein vollständiges Bild der gegenwärtigen Bewegung, indem er auf die Mittel und Wege zur Lösung der Arbeiterfrage hinwies. Anderen Vormittags fand die eigentliche Conferenz statt. 24 Sächsische Vereine waren durch 31 Deputirte vertreten, Bebel wurde zum Vorsitzenden erwählt. — Derselbe machte die Gründe, warum die Tagesordnung so zusammengestrichen sei, der Versammlung bekannt und gab Bericht über die bereits gegründete Verbandskasse des beabsichtigten Gauverbandes der Arbeiterbildungsvereine Sachsens, die 234 Thaler Einnahme, 53 Thaler Ausgabe für Bücher und Brochüren an die Vereine aufweist, und schlug vor, die Ministerialverordnung wegen Gestattung des Gauverbandes als Schluß der Tagesordnung zu setzen. Unter andern stellte **Werbau** dann einen Antrag zur Discussion, die Verkürzung der Arbeitszeit betreffend, worauf der anwesende Polizei-Wachtmeister sofort die Debatte über diesen Antrag **verbot**, da er ihn als in das Gebiet der socialen Frage gehörig betrachte. Das allgemeine Erstaunen über diese merkwürdige Erklärung machte auf den Mann des Gesetzes durchaus keinen Eindruck, er hielt sein Verbot aufrecht und der Vorsitzende hielt es unter solchen Umständen für gerathen, die Ministerialverordnung zur Berathung zu bringen. Er verlas dieselbe und schlug in Anbetracht, daß diese Verordnung die Thätigkeit des Gauverbandes wie der einzelnen Vereine in einer Weise beschränke, die fruchtbringendes Wirken unmöglich mache, folgende Resolution zur Annahme vor:

„In Anbetracht, daß die Verordnung des königl. Ministeriums des Innern den Arbeiterbildungsvereinen Sachsens die Gründung eines Gauverbandes nur unter der Bedingung gestattet, daß dieselben sich nicht mit **politischen, socialen oder öffentlichen Angelegenheiten befassen**, durch diese Beschränkung aber die Thätigkeit dieser Vereine auf Null reducirt wird, beschließt die heutige Versammlung der Vertreter Sächsischer Arbeitervereine zu Zwickau, von der Gründung eines Gauverbandes abzusehen und es jedem Vereine selbst zu überlassen, in welcher Weise er seiner Aufgabe nachkommen will.

„Zu gleicher Zeit aber sieht sich die Versammlung veranlaßt, zu erklären, daß es Pflicht der Arbeiter wie der liberalen Partei in Sachsen ist, mit allen Mitteln auf Schaffung eines freisinnigen Vereinsgesetzes hinzuwirken."

Kaum war diese Resolution verlesen, als der Polizeiwachtmeister Debatte und Beschlußfassung über den zweiten Absatz der Resolution, weil derselbe eine politische Handlung enthalte, verbot. Kein Protestiren des Vorsitzenden, daß die Erklärung nicht an die Vereine, sondern an die Arbeiter im allgemeinen gerichtet sei, half, er mußte endlich unter der Erklärung, daß er der Gewalt weiche, den zweiten Passus der Resolution zurückziehen. Die Resolution wurde dann einstimmig angenommen und die Versammlung mit einem Hoch auf die Sächsischen Arbeitervereine geschlossen. Daß die Deputirten der einzelnen Vereine nicht gerade mit dem Vollgefühl der Befriedigung heimkehren, läßt sich leicht denken. Das Ministerium hat mit der einen engherzigen Maßregel dem Volke gegenüber mehr schlecht gemacht, als ihm durch seinen ganzen Scheinliberalismus bisher gut zu machen gelungen war. Jedenfalls wurde derselbe jetzt als solcher unleugbar aufgedeckt.

Magdeburg, 1. Februar. In dem festlich geschmückten Robert'schen Saale feierte gestern in Anwesenheit zahlreicher Gäste der Arbeiterbildungsverein sein dreijähriges Stiftungsfest. Nachdem Herr Dr. Hirsch die Versammlung eröffnet und der Gesangverein einige Lieder gesungen hatte, hielt Herr Uhlich die Festrede, in welcher er dem Kinde, welches zwar erst drei Jahre alt sei, aber doch schon etwas schaffen könne und sich in der Welt zu benehmen wisse, ein herzliches Willkommen zurief, dann auf die Zwecke des Vereins: Bildung des Geistes und Stärkung des Selbstgefühls einging und zum Schluß die Vortheile der Bildung für den Einzelnen und die Gesammtheit nachwies. Ueber die Leistungen des Vereins in dem verflossenen Vereinsjahre wurde diesmal nicht, wie in den früheren Jahren, von dem Vorsitzenden berichtet, sondern von verschiedenen für jedes besondere Gebiet der Vereinsthätigkeit vom Vorstande ernannten Referenten. Herr Köhler trug die Statistik des Vereins vor, derselbe zählt augenblicklich 834 Mitglieder, von denen 305 dem sogenannten eigentlichen Arbeiterstande angehören. Herr Dr. Liebinger gab eine Uebersicht über die im abgelaufenen Jahre gehaltenen 50 Vorträge, von denen 10 der Naturwissenschaft, 8 der Geschichte, 2 der Literaturgeschichte, 10 der Länder- und Völkerkunde, 9 der Volkswirthschaft, 2 der Rechtswissenschaft und 8 anderweitigen Gebieten angehören. Gehalten wurden diese Vorträge von den Herren Uhlich, Dr. Hirsch, Kuhrts, Ebeling, Jordan, Dr. Liebinger, Dr. Niemeyer, Bernhardt, Bammel, Assessor Richter und beiden Gästen Dr. Sachs aus Halberstadt und Weithmann aus Leipzig. Herr Uhlich referirte über die Unterrichtscurse. Es bestehen solche in der deutschen Sprache, im Rechnen, in der Stenographie und im Gesange. In diesem Jahre tritt der Unterricht in der kaufmännischen Buchführung neu hinzu.

Nach der Pause begrüßte Herr Dr. Hirsch die anwesenden Gäste, von denen die Herren Kirchner und Lampe im Namen der von ihnen vertretenen Vereine in der Sudenburg und in Buckau antworteten; und berichtete dann über die aus dem Arbeiterbildungs-Vereine hervorgegangenen wirthschaftlichen Vereine, als welche er den Spar- und Vorschuß-Verein, den Consum-Verein, den Lebensversicherungs-Verein und den Feuerversicherungs-Verein bezeichnete. Das Statut zu einem Krankenunterstützungs-Verein wird in der nächsten Woche dem Polizei-Präsidenten zur Genehmigung überreicht werden, der Errichtung einer Häuserbaugenossenschaft haben sich bis jetzt noch Hindernisse in den Weg gestellt. Herr General-Agent Grummert schloß hieran noch einen speciellen Bericht über die beiden Versicherungsvereine. Der Lebensversicherungsverein hat für 13,600 Thlr. versichert, die Gesammtversicherungssumme des Feuerversicherungsvereins beträgt 110,000 Thlr. Nachdem noch Herr Jordan den Kassenbericht abgestattet, Herr Weise über die vom Verein verbreiteten Zeitschriften und Brochüren und Herr Hesse über die Vereinsvergnügungen berichtet, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf das Geburtstagskind, den Magdeburger Arbeiterbildungsverein, welches Herr Köhler mit einem Hoch auf den Vorstand erwiderte.

Hildesheim, den 4. Februar. Freunde! Brüder! Am 18. Februar d. J. feiern wir unser 17tes Stiftungsfest, wozu wir alle Brudervereine hiermit freundlichst einladen.

Unser Verein erfreut sich dieses Jahr eines regen Strebens wie noch nie, welches wir unsern biedern Lehrern zu verdanken haben, in sonderheit unsers uneigennützigen lieben Herrn Dr Kirchner, dessen Vorträge mit besonderem Eifer besucht werden, sowie die die Singstunde des Lehrers Buschbaum, der nicht müde wird in seinem Unterricht. Unser Verein zählt gegen 100 Mitglieder, alle aus dem Handwerkerstande, Unsere Abendunterhaltungen erfreuen sich einer regen Theilnahme des Publikums. Diese Unterhaltungen haben einen doppelten Zweck, denn erstens bilden sich die Mitglieder durch den Vortrag aus und zweitens wird unsere Kasse sehr unterstützt.

Wir schließen mit dem Wunsche, daß auch fernerhin das Streben im Vereinsleben nicht müde werden möge, mit dem Ausruf:

„Wo deutsche Brüder fest sich einen,
Da mag das Licht der Freiheit-Sonne scheinen!"

Mit Brudergruß und Handschlag!

Der Vorstand
des Arbeiterbildungsvereins zu Hildesheim.

L. Moike. Th. Schwetige.
Vorsitzender. Schriftführer.

Magdeburg, 6. Febr.*) Ueber die, wie bereits erwähnt, hier stattgehabte Gauversammlung von Vertretern von **Arbeiterbildungsvereinen** geht uns noch folgender Bericht zu: Unter Leitung des Prediger **Uhlich** aus Magdeburg fand am 4. Februar in der Zeit von 4 bis 10 Uhr die zweite Jahresversammlung von Vertretern der Arbeiter-Bildungs-Vereine aus Magdeburg und seinen Nachbarstädten statt. Zu derselben hatten sich aus Burg, Calbe a. S., Halberstadt und Schönebeck 16, aus Magdeburg, Buckau, Neustadt und Sudenburg etwa 40 Vertreter eingefunden. Die über die einzelnen Vereine und deren Wirksamkeit erstatteten, zum Theil sehr interessanten Berichte constatiren die erfreuliche Thatsache, daß sämmtliche Vereine ihre Mitglieder nach Hunderten zählen und daß nur die Vereine in Schönebeck und Neustadt-Magdeburg hinsichtlich ihrer gedeihlichen Entwicklung Einiges zu wünschen übrig lassen. Mit Ausnahme Schönebecks hat es sich überall gezeigt, daß eine Vermehrung der Vereinsversammlungen einen regelmäßigeren Besuch derselben veranlaßte, weshalb auch diejenigen Vereine, welche früher ihre Versammlungen nur in längeren Zwischenräumen abhielten, sich jetzt regelmäßig allwöchentlich an bestimmten Abenden versammeln. — Aus dem Austausch der in den einzelnen Vereinen gemachten Erfahrungen konnten sämmtliche Anwesende vielfach Belehrung wegen practischerer Einrichtungen schöpfen. Wenig wurde über die Organisation der Vereine debattirt, woraus zu schließen, daß sich sämmtliche Vereine geregelter Organisation erfreuen. Hinsichtlich des zur Belehrung zu gewährenden Stoffes und der Art und Weise, denselben zu bieten, ging die Ansicht sämmtlicher Anwesenden ungetheilt dahin, daß nichts geeigneter sei, die Liebe der Mitglieder zum Verein zu erwecken und zu erhalten, als freie Vorträge aus dem Gebiete der Naturwissenschaften, der Geschichte und des socialen Lebens. Bei dem in einzelnen Vereinen jedoch häufig fühlbar gewordenen Mangel an zu Vorträgen bereiten Lehrkräften, wurden Wanderlehrer und die Heranziehung von Vereinsmitgliedern zu Vorträgen aus dem gewerblichen und geschäftlichen Leben dringend empfohlen, theils um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, sich in freier Rede zu üben, theils um das immer noch herrschende Vorurtheil zu beseitigen, daß zur Bildung und Belehrung der Gesammtheit nur wissenschaftlich gebildete Männer fähig und geeignet seien. Aus gleichen Gründen wurden Declamationen der Mitglieder für räthlich erachtet, jedoch gaben Erfahrungen zu der Lehre Veranlassung, streng darauf zu achten, daß der Inhalt derselben — ob ernst oder heiter — ein moralisch durchaus guter und edler sei. Das Bestehen des bei allen Vereinen eingeführten Fragekastens wurde unter der Bedingung für zweckmäßig erklärt, daß der Vereinsvorstand ermächtigt wird, jede ungeeignete und zu Störungen Veranlassung bietende Frage gänzlich zu unterdrücken. — Darüber, ob in Ermangelung freier Vorträge ein Vorlesen aus wissenschaftlichen Werken anzurathen sei, waren sowohl die Erfahrungen, als auch die Meinungen sehr verschieden, indeß wurde auch dieses Mittel zur Belehrung als Aushülfe von keiner Seite principiell verworfen. — Die in mehreren Vereinen abgehaltenen Unterrichtscurse im Zeichnen, im Gesange, in der kaufmännischen Buchführung, im Rechnen, in der Deutschen Sprache, im Lesen, im Schreiben und in der Stenographie haben zu sehr verschiedenen Resultaten geführt. Nach längerer Besprechung über diesen Gegenstand sprach Dr. Sachs aus Halberstadt seine Ansicht dahin aus, daß ihm aus dem Gesagten hervorzugehen scheine, als ob die am nothwendigsten scheinenden Unterrichtsgegenstände die am spärlichsten begehrten seien und dies seinen Grund darin habe, daß Erwachsene sich aus Eitelkeit nicht gern wieder auf die Schulbank setzen. Er schlug darum vor, da, wo es nicht möglich sei, einen reinen Elementarunterricht einzuführen, möge man es sich angelegen sein lassen, dem allgemein interessanten Unterricht in den Naturwissenschaften Eingang zu verschaffen und mit demselben den Unterricht im Lesen, Schreiben und Anfertigen schriftlicher Aufsätze zu verbinden, was sehr gut thunlich sei. Dieser Ansicht wurde allgemein zugestimmt. — Nach der damit beendigten Besprechung der Erfahrungen innerhalb der einzelnen Vereine, verlas der Vorsitzende eine Aufforderung des ständigen Ausschusses an alle Vereine, die statistischen Nachrichten und die Zahlung der Beiträge zum Centralfonds

*) Der „Magdeburger Presse" entnommen. Aus Magdeburg findet unser Blatt leider keine Förderung mehr, ja wir könnten sogar glauben, eher Gegenwirkung, wenn wir nicht nach den Beschlüssen des letzten Vereinstags Bedenken trügen dies zu glauben. Wir haben aber private Verständigung einzuleiten, nicht unterlassen. D. Red.

betreffend. Auf das Genossenschaftswesen übergehend, empfahl der Vorsitzende, die Genossenschaften, da wo es noch nicht der Fall sei, zu Zweigvereinen der Bildungsvereine zu machen, um dadurch einen festeren Halt der letzteren zu erzielen. Als wünschenswerth wurde bei dieser Gelegenheit allseitig anerkannt, daß überall, wo solches noch nicht geschehen sei, durch die Bildungsvereine die Errichtung von Consum-, Spar-, Vorschuß-, Lebensversicherungs-, Feuerversicherungs- und Krankenunterstützungs-Vereinen angebahnt werden möge. Die hierbei in Anregung gebrachte Gründung von Alterunterstützungs- und Invalidenkassen wurde von einigen Seiten als verfrüht bekämpft, dennoch aber der Wunsch ausgesprochen, daß man auch ferner diesem Gegenstande wenigstens Aufmerksamkeit schenken möge. Nachdem der Vorsitzende noch auf die den Bildungsvereinen hinderlichen Verhältnisse hingewiesen und die Mittel zur Beseitigung derselben beleuchtet hatte, wonach es hauptsächlich das Streben der Arbeiter sein muß, sich die Achtung der Arbeitgeber zu verschaffen und diese zu überzeugen, daß das, was die Bildungsvereine wollen, ihnen selbst mit zu Gute komme, trat eine Pause zur Erholung der Anwesenden ein. Nach der Pause wurde zunächst zur Erörterung der Fragen geschritten: ob um die zu einem Gauverbande zusammengetretenen acht Bildungsvereine ein festeres Band zu schlingen ist und ob die Verbandsversammlungen zu vermehren sind. Herr Dr. **Liebinger** stellte dazu den Antrag: „Wir constatiren uns als Gauverband der Bildungsvereine im Regierungsbezirk Magdeburg, fordern die in demselben bestehenden und heute hier nicht vertretenen Vereine auf, demselben beizutreten und wählen sofort einen Vorstand, bestehend aus einem Vorsitzenden, einem Schriftführer und einem Kassirer.“ Nachdem im Laufe der hierüber entstandenen Debatten mehrere Vertreter erklärt hatten, einem solchen Beschluß nur unter Vorbehalt der nachträglichen Genehmigung der von ihnen vertretenen Vereine beitreten zu können, wurde der Antrag dahin modificirt, die Constituirung des Gauverbandes unter dem gewünschten Vorbehalt principiell auszusprechen, den Vorstand des Magdeburger Arbeiter-Bildungsvereins zu beauftragen, die Art und Weise, wie eine solche Verbindung möglich ist, zu prüfen, ein Statut für dieselbe zu entwerfen, die sämmtlichen Vereine im Regierungsbezirk von seinen Beschlüssen in Kenntniß zu setzen und bis zur nächsten Gauversammlung die Interessen des Verbandes zu wahren. Letzterer Antrag wurde in seinem ganzen Umfange angenommen. Die nächste Versammlung soll im Laufe des Sommers stattfinden. — Wegen der im ersten Theil der Versammlung angeregten Anstellung besoldeter Wanderlehrer entstand eine längere Discussion. Das Resultat derselben war, daß eine feste Anstellung besoldeter Wanderlehrer nicht für nöthig und die Gewährung einer angemessenen Gratification für die Dienste derartiger Lehrer aus der Kasse des Gauverbandes für genügend erklärt wurde. Die durch den Vorsitzenden aufgeworfenen Fragen: „Was thut der Deutsche Bildungsverein für die Frauen? und: was thut er für das heranwachsende Geschlecht, für die Lehrlinge?“ führte zur Mittheilung mannigfacher Erfahrungen. In mehreren Vereinen hat sich die Berufung von Versammlungen, an denen die Frauen Theil nehmen können, als nachahmenswerth erwiesen. Die Besprechungen über diese Frage endeten mit den Erklärungen: 1) Wir erachten es für im Wesen der Bildungsvereine liegend, daß auf die Betheiligung der Frauen die möglichste Rücksicht genommen werde, und 2) es liegt den Bildungsvereinen ob, daß sie auch die Lehrlinge ins Auge fassen, und auch dasjenige ins Leben zu rufen und zu befördern, was ihrer Bildung dienlich ist. Mit dem Wunsche des Vorsitzenden, daß die Berathungen der Versammlung das Rechte getroffen und damit der Sache selbst einen Dienst erwiesen haben möchten, schloß die Versammlung.

(Magdeb. Presse.)

St. Gallen, 4. Febr. „Direktorium“ oder „Selbstherrschaft,“ dieß waren die Schlachwörter des Jahres 1863. Die deutschen Arbeiter, welche dem bestehenden Arbeiterverein angehörten, erkannten den Werth und die Aufgabe des Arbeiterstandes auf freier Entwicklung an, der Verein, welcher schon seit längeren Jahren bestand, war ausschließlich in den Händen eines gebildeten „Direktoriums“, so daß von einem freien Vereinsleben keine Rede sein konnte, es stellte deßhalb die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder an jenen Vorstand das Verlangen, der Centralisation der deutschen Arbeiterbildungsvereine beizutreten, was von demselben entschieden bekämpft und schließlich verweigert wurde, weßhalb gegen hundert Mitglieder austraten und einen „Arbeiterbildungsverein“ gründeten, jedoch durch das Anerbieten einiger Männer, welche sich als „Liberale“ ausgaben, abermals getäuscht wurden; denn trotzdem es zugesagt war, politische Zeitungen, Diskussionen über Politik und Religion zu halten, so war von solchen keine Spur zu sehen. Durch Zusammenkunft mit verschiedenen auswärtigen Vereinen war der Gedanke stets wach gehalten. Als am 6. Sept. jenes Jahres die Fahnenweihe stattfand, und tüchtige Abgeordnete aus centralisirten Vereinen erschienen, übten diese einen günstigen Einfluß auf unser Vereinsleben aus. Schon am 5. Oktober war der entscheidende Tag, Centralisation oder Austritt? nur 26 entschlossen sich frei und offen für dieselbe, das „Direktorium“ verlangte hierauf seinen Austritt, allein was geschah? ein in den Arbeiterkreisen bekannte Persönlichkeit St. äußerte sich: „ach meine lieben Herrn, bleiben Sie bei uns, ich bitte Sie um Gottes Willen, verlassen Sie uns nicht, denn ohne Sie können wir ja nicht bestehen.“ Allgemeines Gelächter war die Antwort, aufgeregt rief St. aus: „in anderen Vereinen ließe man die Schwaben springen wie Sie wollten, das ginge aber in St. Gallen nicht, Sie würden gezähmt vom Direktorium und lernten „Bildung“ und das war ein Deutscher, zu jenem konnte man auch sagen, Vater vergib Ihm, denn er weiß nicht, was er thut. Der neugegründete dritte Arbeiterverein, nannte sich deutscher Arbeiterverein, und meldete sich zur Aufnahme in die Centralisation. Der Gesammtverein begrüßte mit Freuden unsere Aufnahme, und viele Vereine stunden nicht allein mit Rath, sondern mit That bei, es wurde vor allem dafür Sorge getroffen, das zu ersetzen, was in den anderen Vereinen geboten wurde, und so entwickelte sich der neue Verein immer mehr, am 5. Juni 1865 fand die Fahnenweihe statt, wo zahlreiche Abgeordnete von nah und fern vertreten waren, wobei der „Vorort Zürich“ trotz der weiten Entfernung durch 16 Mitglieder vertreten war, es gestaltete sich diese Feier zu einer wahren Arbeiterversammlung, es wurden verschiedene Debatten über die sociale und Arbeiterfrage geführt, welche im Allgemeinen einen günstigen Eindruck machten; der Verein feierte seinen Ehrentag, denn trotz vielen Anfeindungen, gelangten wir zum vorgesteckten Ziele, das Selbstbewußtsein des Arbeiters wurde erkannt, gegenüber jenem Direktorium, das nur dazu berufen war, die Arbeiter zu beherrschen; zahlreiche tüchtige Männer schloßen sich an und der beste Beweis ist, daß sich die Zahl seit jener Zeit von 54 Mitglieder auf 125 vermehrte. Auch wir rufen euch Brüder im Vaterlande zu, laßt euch nicht beherrschen, seid freie Männer, freie Arbeiter, erhebt euch gegen die Agitation der Herren Professor Wundt in Heidelberg und Provence in Pforzheim, erhebt euch ihr badischen Vereine, gegen die „Direktoren“, steht eurem Bruderverein Mannheim kräftig zur Seite und Ihr werdet den Sieg erringen.

Zürich, 5. Febr. Verkürzung der Arbeitszeit. Sämmtliche Spenglergehülfen der Stadt Zürich und Umgebung haben heute die Arbeit gekündigt, da eine Einigung mit der Meisterschaft nicht erzielt werden konnte, die Arbeitszeit Sommer und Winter von Morgens 6 bis Abends 7 Uhr festzustellen.

Der Allgemeine Gewerbe-Verein zu **Danzig** hat seinen 37. Jahresbericht (für das Verwaltungsjahr 1864—1865) veröffentlicht. Am 1. Mai 1865 zählte der Verein 471 Mitglieder. Die Einnahmen im Ganzen betrugen 2214 Thlr. 14 Sgr. 3 Pf., die Ausgaben 2000 Thlr. 29 Sgr. 5 Pf. Das Vermögen des Vereins belief sich am 30. April 1865 auf 11,260 Thlr. In der vom Verein gestifteten Schule für Handwerker-Lehrlinge wurde im Deutschen, Rechnen, Schreiben, Zeichnen und Mathematik unterrichtet. Die Mädchen-Fortbildungsschule zählte im Winter 35, im Sommer 22 Schülerinnen. Der mit dem Gewerbe-Verein verbundene Gesellen-Verein ist im letzten Jahre von 422 auf 451 Mitglieder angewachsen, unter ihnen sind 46 Handwerke vertreten. Unter den Mitteln, die der Gesellen-Verein zur Bildung seiner Mitglieder anstrebte, sind besonders die öffentlichen Vorträge, der Gesang, die Bibliothek, die Debatten über die in den Fragekasten eingelegten Fragen und die Bearbeitung der Preisfragen hervorzuheben. Die Bibliothek des Vereins besteht aus 602 Werken in 1330 Bänden. Es fanden während des Jahres 6600 Verleihungen statt. Im Gewerbe-Verein wurden während der Herbst- und Wintermonate 26 Versammlungen und in ihnen entweder längere Vorträge gehalten, oder über gemeinsame Angelegenheiten diskutirt, ferner die in den Fragekasten befindlichen Fragen beantwortet, kleinere Mittheilungen technischen Inhalts entgegengenommen oder Gegenstände von technischen oder gewerblichen Interesse vorgezeigt.

Cigarrenarbeiterangelegenheiten.

Speyer, den 5. Februar. Freunde, Brüder, werthe Collegen! Von sämmtlichen Mitgliedern unseres Vereins erhielt ich den Auftrag, unsern Collegen in Stuttgart und Ansbach für ihre milden Gaben, die sie uns gespendet, unsern herzlichen Dank dafür abzustatten. Die Lage, in welcher wir uns befanden, war eine traurige zu nennen, Ihr aber habt gezeigt Eure brüderliche Liebe, welche uns eine ewige Erinnerung im Gedächtniß bleibt, und hoffen wir, wenn es gilt, selbiges mit Gegenliebe erfüllen zu können. Von Euch in Stuttgart erhielten wir 5 Thlr. Unterstützung, von Ansbach 5 fl. und von Berlin 33 fl. 29 kr., macht zusammen 47 fl. 14 kr. Auch Denen sagen wir unsern herzlichen Dank für ihre Theilnahme, die sie bei uns in Anspruch genommen und allen übrigen, die bemüht waren, uns Hülfe zu leisten. O möge doch unser Vereinsleben immer mehr und mehr blühen, damit unser angefangenes Werk einen schönen Erfolg entgegen sehen kann, denn nur dann erst kennt der Arbeiter wieder, was die Vergangenheit ihm bis daher geraubt, das Recht nämlich, daß er Arbeiter ist. — Schließend bemerken wir noch, daß wir nicht mehr bedürftig sind, Unterstützung anzunehmen, indem unsre Sache wieder in Ordnung ist. Daher empfanget unsern herzlichen Brudergruß.

B. Eugen Grafek.

Politischer Theil.

§ Was gibt's in Bayern?

Sehet was ein König ist, sehet was ein König kann! Wenn irgend ein lebender Monarch von Natur und Charakter zum volksthümlichen Regenten bestimmt war, so gewiß der junge Ludwig von Bayern, den der plötzliche Tod seines Vaters Max auf den Thron rief, noch ehe Weiber, Günstlinge und Hofgesindel ihn verdorben hatten. Ein enthusiastischer Jüngling, für die Kunst der Töne wie für freimenschliche Wissenschaft schwärmend, der edelsten Aufklärung hold, noch an den Menschen glaubend: so trat Ludwig II. die Regierung über 5 Millionen Deutscher und im Ganzen gewiß nicht der schlechtesten Deutschen an.

Die Verfassung seines Landes, weit entfernt, ihn im edelsten Regentenstreben zu behelligen, erlaubt ihm, für seine Person ganz frei zu leben, Minister nach seiner besten Einsicht zu wählen und die Wünsche der vorwärtsstrebenden Mehrheit der Volksvertretung zu erfüllen. Ludwig schien beides zu wollen, er lud den Componisten Wagner ein, in seiner unmittelbaren Nähe zu wohnen und zu arbeiten, und er versammelte die Volksvertreter, sämmtliche Mitglieder der zweiten Kammer, in herzlichster Gastlichkeit um sich. Man dachte, der König bedürfe nur der näheren Einsicht in die Staatsgeschäfte, um sein Kabinet allmälig ganz populär zu gestalten und die anrüchigen Elemente daraus zu entfernen.

Aber ein König von Bayern herrscht nicht allein, auch nicht blos mit seinen Kammern; es gibt eine Nebenregierung im Lande, ohne deren Zustimmung der König nichts Wesentliches thun darf, ja nach deren Vorschriften er sogar persönlich zu leben hat. Diese Nebenregierung hat ihren Sitz zu **Regensburg** und ihre Spitze heißt **Ignaz Loyola**. Sie brachte den Großvater in den heftigsten Konflikt mit dem ganzen aufgeklärten Theil des Landes; sie wehrt es dem Enkel, nach seinem Kopfe zu leben und umzugehen mit wem ihm gefällt. Die spanische Tänzerin trieb 1847 die Jesuiten mit der Reitpeitsche aus; 1866 verjagen die Jesuiten den deutschen Tondichter. Ludwig II. soll nicht seinen eigenen Kopf haben, eher soll er mit Land und Leuten verhetzt werden.

Der Componist Richard Wagner wird zuerst auf die Probe gestellt, ob er dem Junker- und Pfaffeninteresse zugänglich zu machen sei, und als dieser Mann den betreffenden Agenten nahezu unsanft vor die Thüre gesetzt, wird der König bei seiner schwachen Seite, bei seiner Zuneigung zu Wagner gefaßt, damit er den letzteren selber über Bord werfe. Nach einem Theaterabende, an welchem der König durch die **Intrigue der Junker und Pfaffen lautlos** im Theater empfangen worden, bestürmt dieselbe Bande den bestürzten König und macht ihm weis, das Volk sei gegen Richard Wagner **auf's Höchste erbittert**, der Freund des Königs laufe **persönliche Gefahr** und der einzige Weg zu seiner Rettung sei dessen Entfernung von München und aus Bayern!

Daran war kein Wort wahr, außer der Absicht der Reactionäre und Intriganten. Der junge König ging in die Falle und brachte dem Lande das ver-

meintlich große Opfer, seinen persönlichen Freund zum schleunigen Weggehen zu vermögen! Richard Wagner ging in die Schweiz und der König gewahrte seinen Irrthum, gewahrte, daß er schmählich hintergangen worden. Alle Welt erwartete Thaten des Königs, Genugthuung für sich selbst, Genugthuung für das Volk, das mit keiner Sylbe daran gedacht, den König seines persönlichen Umganges zu berauben und ihm die persönliche Freude an des Tonkünstlers täglicher Nähe zu verdanken.

Was geschah? Der Stallmeister v. Lerchenfeld ward entlassen, weil dieser sich an einem Reitknecht vergriffen hatte, welcher Reitknecht die Bestellungen des Königs ausrichtete und dessen Briefe sicher besorgte. Es war so weit gekommen, daß der König entweder selbst seine Correspondenz besorgen mußte, indem er auf seinen Ritten einen abgelegenen Briefkasten in's Auge faßte, oder seinen Reitknecht mit der königl. Correspondenz betraute. Die Zurechtsetzung und Absetzung des Stallmeisters v. Lerchenfeld war die letzte, die einzige Satisfaction, die Ludwig II. sich mit dem Lande verschaffen konnte! So frei sind die Könige, so viel rechtloser sind sie als jeder Bürger und Bauer unter den 5 Millionen, über die sie das Scepter schwingen! Und das nennt man von „Gottes Gnade" sein!

Diese Sachlage wurde von den Bürgern der schwäbischen und fränkischen Städte aufgegriffen und in Volksversammlungen zum Gegenstande der Berathung gemacht. In vielen Städten kam man zu dem Entschlusse, eine Deputation an den König zu schicken und ihm Adressen überreichen zu lassen, worin ihm versichert werden sollte, das bayerische Volk sei empört darüber, daß der König in seinem Privatumgange behelligt worden, es stehe mit seinem Könige auf Seiten der Freiheit und der fröhlichen Entwicklung der Landesgesetze, erblicke aber in des Königs Nähe eine volks- und freiheitsfeindliche Partei, deren Hauptrepräsentant der Minister v. d. Pforten sei, welcher vor allen Stücken beseitigt werden müsse.

Die Deputationen der verschiedenen Städte vereinigten sich zu einer einzigen Deputation, zu Einer Ansprache, zu Einer Adresse, und reisten nach München.

Niemand dachte anders, als daß der König sie mit Freuden empfangen würde. Er hatte schon zu Wagner's Zeiten geseufzt: „wenn ich nur Männer wüßte, auf die ich mich verlassen könnte"; er hatte sich, fast wie König Philipp, nach „einem Menschen" gesehnt. Er wollte immer gern mit dem Bürgerthum in persönliche Berührung kommen, die Stimmung und Gesinnung des Landes erfahren. Jetzt war die Gelegenheit günstig, für den König wie gerufen — was geschicht?

Er darf nicht, die Deputation darf nicht ins Schloß kommen, der König selbst muß sie abweisen, er selbst muß ihr das Unpassende ihres Vorhabens bedeuten! Es wird Ministerrath gehalten, wo Herr v. d. Pfordten das große Wort führt, der in seiner Stellung durch die Deputation bedrohte Herr v. d. Pfordten! Hr. v. Koch, der liberale Minister, ist kurz vorher gestorben, Hr. v. Neumayer, der liberalere Minister, ist noch nicht zurückberufen. Herr v. d. Pfordten also schlägt vor: Der constitutionelle König hört die loyale Stimme des Landes durch die Kammer der Abgeordneten; diese allein ist berechtigt, im Namen des ganzen Volkes zu reden. Deputationen haben kein Recht, an die Stelle der Kammer zu reden! — Und das wird Beschluß des Ministerraths, das muß der König durch den Staatsrath v. Fischer der harrenden Deputation im Namen des Königs sagen, welche Deputation außerdem an das Staatsministerium verwiesen wird! Derselbe Herr v. d. Pfordten wehrt es der Deputation, mit dem Könige zu reden, und derselbe Hr. v. d. Pfordten verweist die Deputation an denselben Hrn. v. d. Pfordten! Wenn das nicht von Pontius zu Pilatus geschickt werden heißt, so ist solche Nasführung niemals geschehen!

Die Deputation ist natürlich sofort nach Hause gereist; sie hat sich überzeugt, daß der König in seiner eigenen Hauptstadt, in seinem Palaste ein Gefangener ist; daß seine Absicht ein frommer Wunsch, seine Sehnsucht ein verhallender Seufzer bleibt. Sie hat das „System" von Angesicht geschaut, welches die Monarchie selbst unter Curatel gestellt hat; sie könnte direkt an den Genfer See reisen, um Ludwig II. ein Quartier neben einem andern fürstlichen Märtyrer zu bestellen!

In Bayern „herrscht" Ludwig II., ein junger unerfahrener Idealist, ein Schwärmer, den seine Hüter und Vormünder „sonderbar" finden; aber in Bayern „regiert" der Jesuit, Arm in Arm mit dem Junker; und der Major domus, der Hausmaier dieser hübschen Sippschaft heißt Hr. v. d. Pfordten, früher radikaler Professor zu Leipzig, dann Abtrünniger an seiner eigenen früheren Ueberzeugung, der es vortheilhafter fand und findet, mit der Reaction Hand in Hand zu gehen. Man sieht, welches das Haupthinderniß der deutschen Freiheit ist! —

Politische Umschau.

! **Berlin**, Anfang Februar. (**Graf Bismarck und die Fortschrittspartei.**) Die „Sünde ist der Leute Verderben" sagt die Moral, die Inconsequenz und Halbheit" ist es in der Politik. Das erfährt tagtäglich die Fortschrittspartei". Graf Bismarck, dessen Politik alle sittlichen Grundlagen des Staats untergräbt, dessen ganze Regierung eine fortgesetzte Reihe von Attentaten gegen Freiheit und Recht ist, hat unbedingt das Henkerbeil verdient und es wäre keine Gerechtigkeit in der Geschichte, wenn die Laufbahn dieses Staatsmannes, und nicht nur die seinige, nicht auf dem Schaffot endete. Allein dies schmälert die Anerkennung nicht für die unsterblichen Verdienste, welche er sich um die Dressur der sogenannten „deutschen Fortschrittspartei", oder wie sie die Arbeiterzeitung bereits richtig bezeichnet hat, der „Echternacher", — in Preußen und deren Anhängsel erworben hat, die nichts zu thun wissen, als aus allen Tonarten, wie die Rohrsperlinge gegen ihn zu schimpfen, wozu sie am allerwenigsten das Recht haben. Consequent und fest auf seinem, freilich freiheitsfeindlichen und darum todeswürdigen Standpunkt beharrend, hat er, wie jeder, der nicht zur Classe der Molluskten gehört, eine unendliche Verachtung vor einer Kameradschaft, die auch nicht die mindeste Energie und Consequenz entwickelt, die von einer Halbheit zur andern taumelt, und nie den Muth hat, das zu thun, was allein das sichere Kennzeichen des wahren, nicht um die Gunst von oben heimlich buhlenden, Volksmannes ist, — die Brücken hinter sich abzubrechen und sich zum Dienst für eine Krone ein für allemal unmöglich zu machen. Mit sehr wenigen ehrenhaften Ausnahmen sind sammt und sonders diese Herren, die sich „deutsche" Fortschrittspartei nennen, nichts als liberal lackirte Großpreußen, die nur einen kindischen Aerger haben, daß Junker Bismarck das thut, was sie gern thun möchten: die Vergrößerung Preußens, unter dem Deckmantel seines „deutschen Berufes" betreiben. Diese, jeder großen patriotischen wie staatsmännischen Auffassung baare Inconsequenz und Heuchelei, die den Gegner nur wegen dessen angreift, was man selber gern thun möchte, versteht Junker Bismarck meisterlich zu geißeln und es ist wahrhaft ergötzlich, wie er den lahmen Fortschrittsgaul, dem's an aller Kraft und Courage fehlt, den frivolen Reiter abzuwerfen und unter die Füße zu treten, bei jeder Gelegenheit auf die Stange reitet und ihm die stacheligen Sporen in die Seite drückt, daß das moralische Blut, wenn der Vergleich erlaubt ist, davon spritzt. Eine solche Vorstellung der höheren politischen Reitkunst hat neuerdings Junker Bismarck wieder bei Gelegenheit der Lauenburger Frage und des zu derselben gestellten Antrags von Virchow und Genossen ꝛc. gegeben. Die Commission, deren Referent der vom Abgeordnetentage her bekannte, liberale Annexionist Twesten war, hatte gegen den Lauenburger Länderschacher im Wesentlichen nichts einzuwenden, sie beantragte nur: „Die Vereinigung des Herzogthums Lauenburg mit der Krone Preußen ist rechtsungültig, so lange nicht die verfassungsmäßige Zustimmung beider Häuser des Landtags erfolgt ist" und in dem Commissionsbericht wurde u. A. ausgeführt: „Daß jede Preußische Volksvertretung der Aufnahme Lauenburgs in den Preußischen Staatsverband und seiner Einfügung in den verfassungsmäßigen Bestand des Staates mit Freuden zustimmen werde, und daß nur die Einwilligung zu einer bloßen Personalunion versagt werden müsse."

„Jedenfalls ist," — so heißt es an einer anderen Stelle des Twesten'schen Commissionsberichts, — „der Rechtstitel der Eroberung, der für sich allein nur mit Widerstreben (aber doch?!) gegen ein Deutsches Land in Anwendung zu bringen, durch die „Selbstbestimmung des Landes" (das ist die berühmte „Selbstbestimmung" = Selbstwegwerfung, welche die preußischen Fortschrittsleute auch zu Gunsten Schleswig-Holsteins immer im Munde führen!) ergänzt worden, da dasselbe durch seine legale Landesvertretung nach der Trennung von Dänemark „die Vereinigung mit der Preußischen Krone gewünscht" hat. Unter diesen Umständen muß die Trennung des Deutschen Landes von der fremden Monarchie und seine Gewinnung für Preußen als ein glückliches Resultat des geführten Krieges betrachtet werden. Die weitere Bestimmung des Verhältnisses zum Preußischen Staat ist eine innere Landesangelegenheit."

Das characterisirt zur Genüge die borussischen Fortschrittsmänner und erklärt zugleich, warum das preußische Abgeordnetenhaus unter der Führung dieser Patrioten bisher consequent über die schleswig-holsteinische Frage geschwiegen hat. Man war im Herzen, „wenn auch mit Widerstreben", einverstanden mit der Bismarck'schen Eroberungspolitik, weil man selber eine um kein Haar bessere Politik verfolgt, und man machte nur Opposition gegen den dermaligen Träger dieser Politik. Da war es denn gewiß nicht unverdient, wenn Junker **Bismarck** den Herren u. A. entgegenhielt:

„Wenn Ihnen meine Herren, das System der Personalunion nicht gefällt, warum haben Sie dies nicht früher gesagt? Ich habe im vorigen Jahre die dringendste Frage, die Bitte, an Sie gerichtet: äußern Sie doch Ihre Ansichten über die Zukunft der Herzogthümer? Ich habe Sie gefragt: sind Sie mit den Februarbedingungen einverstanden, streben Sie nach Personalunion? Ihre Antwort, meine Herren, war ein Schweigen, welches ich kaum beredt nennen kann. Nun, meine Herren, ich wiederhole dieselbe Frage heute und in diesem Jahre an Sie. Noch ist es Zeit, zwar nicht über Lauenburg, da ist es zu spät (Heiterkeit) wohl aber in Betreff Schleswig-Holsteins. So sprechen Sie doch im Namen des Volkes, welches Sie vertreten. Was ist denn Ihre Ansicht über Schleswig-Holsteins Zukunft? Interessirt Sie diese Frage gar nicht? Sie interpelliren uns darüber, Sie legen uns bei jeder Gelegenheit, bei jedem Schritte, den wir thun, Schwierigkeiten in den Weg, aber Sie verheimlichen Ihre Meinung darüber sorgfältig. Nun, meine Herren, wenn Sie auch in diesem Jahre darüber schweigen, dann beklagen Sie sich nicht, wenn wir nachher auf die von Ihnen verschwiegenen Meinungen keine Rücksicht nehmen können. Im Drange der Ereignisse ist nicht immer Zeit, den Landtag zu berufen und responsa prudentium (Gutachten der Weisen) einzuholen."

Nicht einer der Redner vermochte, sich dagegen zu dem Standpunkte zu erheben, dem großpreußischen Junker zu sagen: Ihr seid in den deutsch-dänischen Krieg gegangen, nachdem Ihr alle deutschen Elemente der Bewegung beseitigt hattet und Ihr habt den Krieg nicht begonnen und nicht weiter geführt für Deutschland, für deutsches Recht, für deutsche Interessen, sondern für elende, großpreußische Partikularinteressen, die Ihr, unterstützt von verrannten Doctrinären, heuchlerisch den „deutschen Beruf" Preußens nennt. Ihr habt das Recht, die wirklich freie Selbstbestimmung eines schwergeprüften deutschen Bruderstamms mit Füßen getreten, die Nation verwirft Euch; nur wer für das deutsche Recht in Schleswig-Holstein eintritt, ohne selbst daraus Nutzen und Gewinn zu ziehen, ist berechtigt, sich als einen Schutz- und Schirmherrn Deutschlands, als dessen „Spitze" zu betrachten, nimmermehr aber ein Staat, eine Regierung, eine Dynastie, welche aus dieser heiligen Sache Deutschlands den Profit zu ziehen suchen, der sich von dem des Räubers kaum unterscheidet. In diesem Sinne aber hat Niemand gesprochen. Alle Redner haben sich verwahrt gegen die Unterstellung, als wenn sie mit dieser Gebiets- und Machterweiterung Preußens nicht einverstanden wären! Und das will Deutschland führen, an der „Spitze Deutschlands" stehen, das hat die Stirn zu behaupten, es schlage für Deutschland Schlachten! Einer der deutschesten Abgeordneten (Dr. Frese) äußerte: „Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß das Haus gern bereit sein würde, der kleinen Erwerbung Lauenburgs seine verfassungsmäßige Zustimmung zu geben, wenn ihm auf verfassungsmäßiger Grundlage von der Regierung entgegengekommen wäre." (Also weiter nichts?!) Abg. Gneist (Vorsitzender der Commission): „Mag man über Volksvertretung denken wie man will, besser oder schlimmer wie der Herr Ministerpräsident, der Vorwurf wird sie nie treffen, daß sie sich gegen Gebiets- und Machterweiterungen erklärt habe; sie will aber nur diese Frage nach Gesetz und Verfassung erledigt sehen." Selbst ein Virchow hatte nur dialectische Wendungen; klüger wie die andern ging er mit seinem „preußischen Staatsbewußtsein" nicht so plump heraus, er beugte aus: „Der Herr Ministerpräsident hat nicht das Recht, persönliche Fragen an das Haus zu richten, wie es über die Gestaltung der Herzogthümer denkt und so fort. Ich für meinen Theil wäre bereit, auf der Stelle für mich und meine Freunde zu sagen, was wir wollen und ich getraue mir die Anschauung des

Hauses in seiner überwiegenden Mehrheit so zu bezeichnen, daß es Gegner der Politik der Eroberung, für die „Selbstbestimmung“ der deutschen Staaten in Bezug auf ihre Stellung zum gemeinsamen deutschen Vaterlande ist.“

„Selbstbestimmung!“ Wir kennen das Ding nach preußischen Begriffen bereits; der Commissionsbericht hat sich darüber ausgesprochen und die Schleswig-Holsteiner wissen, was das für eine „freie Selbstbestimmung“ ist, die einem, mit der Pistole, der moralischen (von den höheren Interessen Deutschlands-Großpreußens) oder der physischen, des Gegners vor der Brust, auszuüben erlaubt ist. Das also sind die deutschen Patrioten im preußischen Abgeordnetenhaus. Fort mit Euch, Ihr werdet Deutschland weder einig noch frei machen. Die Nation verwirft Euch mit sammt Eurem Junkerregiment. Ihr seid um kein Haar besser, nur weniger Muth habt Ihr. Das ist der Unterschied.

Berlin, 6. Febr. Die wichtigste Nachricht, wenn sie sich bestätigt, des heutigen Tages ist die durch Telegramm an die „Börsenztg.“ vermittelte, einer Correspondenz des „Alt. Merkur“ aus **Schleswig** entnommene, nach welcher dort **direct aus dem Königlichen Kabinet eine Proklamation eingetroffen sei, worin Schleswig-Holstein aufgefordert wird, mit Preußen in eine Personal-Union zu treten,** unter Verheißung des Schutzes der altherkömmlichen Institutionen und Rechte des Landes, sowie eines eigenen Beamten-, Heer- und Finanzwesens. Für den Fall der Ablehnung sollen andere Maßnahmen in Aussicht gestellt sein. — Daß die Regierung schon am vorigen Sonnabend das bedeutendste Gewicht auf die, eine Personalunion als neueste Phase der Bismarck'schen Herzogthümer-Politik ankündigenden Aeußerungen des Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhause legte und sogar dem Telegraphen diese Betonung beizubringen bestrebt war, das wissen wir recht im Einzelnen. Ebenso concentrirt die neueste „Nordd. Allg. Ztg.“ ihre Betrachtungen über die Sonnabend-Sitzung in den betreffenden Sätzen, zu deren Bekräftigung sie beifügt, daß „sich gleichzeitig auch in den Herzogthümern selbst die Kundgebungen mehren, welche die Personalunion mit der Krone Preußen als die wünschenswertheste Lösung der schleswig-holsteinischen Frage bezeichnen, eine Lösung, welche der Selbstständigkeit der Herzogthümer keinen Eintrag thun, sie nach ihrem stets ausgesprochenen Wunsche auf ewig vereint lassen, und ihnen unter dem mächtigen Schutze des preußischen Adlers, ohne Befürchtungen für die Wiederkehr jener Ereignisse, die dem Lande seit 1848 so tiefe Wunden geschlagen, gestatten würde, diese Wunden zu heilen,“ u. s. w. Aber wir sträuben uns, an eine Wendung zu glauben, welche Preußen unwiderruflich, in der Person des Königs selbst selbst, an eine Position fesselte, welche nur den Vortheil einer fast erhabenen Einsamkeit, inmitten aller lebenskräftigen preußischen, deutschen, europäischen Interessen, die sich um die Frage der Herzogthümer gruppiren, genösse. — Inzwischen offiziell in Abrede gestellt und folglich wahr, wenn auch vielleicht noch verfrüht.

Preußen. Die Stimmung der Hauptstadt wird von einem Berliner Correspondenten der „Rhein. Ztg.“ in einer Weise geschildert, die immerhin geeignet wäre, einige Hoffnung zu erregen, daß die Fahne des Rechts, die den kraftlosen Händen der Abgeordneten längst entsunken ist, endlich von den kräftigen Fäusten des Volks ergriffen und vertheidigt wird. Aber die Herren vom gemäßigten Fortschritt haben ja dort wie überall gründlich dafür gesorgt, daß das Volk von seinem Vereinsrecht keinen Gebrauch mache, daß es ohne Organisation, zu gemeinsamem Rathen und Thaten unfähig bleibe. So wird's denn auch nicht viel weder helfen noch heilen sollen, wenn einzelne Tollkühne den Vorschlag machen, „zu gleichartigen Beschlüssen gegen die Entscheidung des Obertribunals die Wahlmänner Berlins aufzufordern, und so die Anregung zu einer Kette von Resolutionen zu geben, die von den Wahlversammlungen des ganzen Landes beschlossen werden“, oder, wenn man in außerparlamentarischen Kreisen bereits darauf hinweist, „daß den Wählern und Wahlmännern Preußens vor allem die Pflicht obliege, ihre ihre Mandatträger zu unterstützen und wo möglich zu einer entschlossenen Agitation gegen Maßregeln zu schreiten, die in der Ausführung einer Vernichtung der Verfassung gleich kommen.“ Das entmündigende Volk wird die Initiative nicht einmal begreifen, die zu ergreifen seine Führer zu feig sind! „Initiative der Unmündigen!“ Das ist der Fortschritt, wie er leibt und lebt, und in gleichem Schritt auf der Stelle tritt der Fortschritt, der sich selbst bezwingt. (Beob.)

Aus Berlin, 2. Februar, läßt sich die „Schl.-Holst. Ztg.“ schreiben: Wir befinden uns jetzt in einem Stadium des Verfassungskampfes, wo das Abgeordnetenhaus weit mehr auf das Volk, als das Volk auf das Abgeordnetenhaus sehen muß. Für die Organisation des ganzen Volkes zum Kampf wider politisches Unrecht könnten wir aber von Ihnen in Schleswig-Holstein noch sehr Vieles lernen. Die unendliche Mehrzahl der Preußen — das ist wahr — ist liberal, aber es ist das mehr ein passiver als ein aktiver Liberalismus. Man blickt mit Interesse auf die Verhandlungen im Abgeordnetenhause und bewundert den Eiertanz der Zeitungsredakteure zwischen den Paragraphen des Strafgesetzbuches. Man ruft auch Bravo und klatscht Beifall, ja wirft sogar, wenn einmal außerordentlich gesammelt wird, einen Kupferdreier auf den Teller; damit glauben aber sehr „viele Staatsbürger“, Alles gethan zu haben, was man mit Rücksicht auf ihr „Geschäft“, ihre „Familie“ u. s. w. von ihnen verlangen darf. — Der liberalen Partei gehören mindestens neun Zehntel des Nationalvermögens und doch fehlt es der Kriegskasse der Opposition beständig an Geld. Viele liberalen Blätter, welche nicht zugleich Inserate über Butter und Käse bringen, halten sich nur durch die Opferwilligkeit ihrer Besitzer und Redakteure. In den Provinzen hat die Organisation der Partei vielfach Lücken und in den einzelnen Orten fehlt oft jeder äußere Zusammenhang zwischen den Parteiangehörigen. Das muß noch ganz anders werden, wollen wir nicht unsere Hoffnung auf einen Umschwung der Dinge lediglich auf die Möglichkeit eines Thronwechsels oder auswärtiger Verwicklungen stützen. — Ein Volk, das andere Stämme führen will, muß sich erst selber führen lernen. — Von unserer Verfassung, wie Friedrich Wilhelm IV. sie am 6. Febr. 1850 beschworen hat, sind jetzt nur noch wenige Ruinen übrig. Dieselben betreffen entweder Rechte der Krone oder Beschränkungen der Volksrechte, oder geben Sätze wieder, die auch schon vor 48 in der Gesetzgebung Geltung besaßen. Das allein noch wirksame Recht unseres Landtages, daß ohne seine Zustimmung keine Anleihe zu Stande kommen kann, gehört nicht zu den Märzerrungenschaften, da dasselbe schon Friedrich Wilhelm III. durch Verordnung vom 17. Januar 1820 der Volksvertretung vorbehalten hatte.

Dem badischen Landtag wird bei seinem Wiederzusammentritt auch ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz vorgelegt werden, nach welchem die zweite Kammer das Anklagerecht haben, der Gerichtshof aus gelehrten Richtern und Mitgliedern der ersten Kammer in passendem Zahlenverhältniß gebildet und die Gegenstände der Anklage nicht allzusehr beschränkt sein werden.

Kassel, 5. Febr. Vormitt. Die Stände sind heute durch den Landtagskommissar im Allerhöchsten Auftrage bis zum 1. März vertagt worden. Der Präsident Nebelthau sagte in seiner Schlußrede: All die Hoffnungen, womit die Stände ein volles Jahr hingehalten, seien unerfüllt geblieben, jetzt wage er nur noch die Erwartung auszusprechen, daß die Minister nicht etwa mit dem Landtage spielen werden.

Aus **Bern** vom 29. Jan. wird der „Neuen Züricher Zeitung“ geschrieben: „Der Schriftsetzer Ryniker hat beim Bundesrath eine Beschwerde über die urnerischen Gerichte wegen des gegen ihn gefällten Strafurtheils eingelegt, die Aufhebung desselben und eine Entschädigung von beiläufig 2800 Frs. verlangt. Er schätzt jeden Streich zu 100 Frs. und die Schmerzen noch extra zu 200 Frs. Die Beschwerde wurde vom Bundesrath dem Stande Uri zur Beantwortung mitgetheilt.“

Schleswig. Endlich läßt die Kreuzzeitung das hellste Licht leuchten. Sie theilt mit, daß ihr von einer mit den Angelegenheiten Holsteins sehr vertrauten Seite Mittheilungen zugehen, welche den Beweis liefern, daß die augustenburgisch-demagogischen Agitationen von Oesterreich nicht etwa blos geduldet, sondern begünstigt, befördert werden. Sie spricht, wie sie sagt, in dieser Beziehung nichts Uebereiltes aus und konstatirt als Resultat ihrer Forschungen:

1) daß Oesterreich sich im Bunde mit den augustenburgisch-revolutionären Agitatoren gegen Preußen befindet;
2) daß es die Entwickelung des Preußenhasses in Holstein befördert und
3) daß Oesterreich Händel sucht.

Daran knüpft sie die Erwartung, daß Preußen nicht dulden wird, daß es von Oesterreich durch einen Bund mit der Revolution um seine wohlerworbenen Rechte gebracht werde! —

Kiel, 5. Febr. Abends. Die „Kieler Zeitung“ theilt die Adresse mit, welche die holsteinischen Ständemitglieder betreffs der Einberufung der Stände an den Statthalter gerichtet haben. Dieselbe weist auf die gesetzliche Bestimmung hin, welche die Einberufung für dieses Jahr fordert, und erinnert an die Proklamation des Statthalters vom 15. September v. J., welche die Zusage enthält, nach den Landesgesetzen zu regieren. Am Schluße heißt es: „Das Land empfindet es schmerzlich, daß ihm, auch nachdem es unter deutsche Verwaltung gestellt ist, jetzt schon in's dritte Jahr die Gelegenheit versagt wird, durch seine Vertretung auf die Gestaltung seiner vielfach veränderten Verhältnisse gebührenden Einfluß zu gewinnen. Die Gesetzgebung wird ausgeübt, ohne daß dabei der zweite Faktor derselben zugezogen wird; über die Landesfinanzen wird verfügt, ohne den Ständen bei der Feststellung des Budgets Mitwirkung zu gewähren. Diesem Allem gegenüber kann auch durch die wohlwollende Verwaltung, welche dankbar anerkannt wird, der Wunsch und die zuversichtliche Erwartung nicht zurückgedrängt werden, der Statthalter werde die holsteinischen Stände zu einer zweiten ordentlichen Versammlung berufen.“

„Preßfreiheit und Justiz in Preußen“ betitelt sich eine Broschüre von L. Walesrode. In derselben findet sich folgende nützliche Wahrheit: Was hilft es der Bismarck'schen Regierung, daß sie den Spiegel zertrümmert, in dem sie ihr nur zu treues Bild zu sehen sich scheut? Die Scherben strahlen dieses Bild nicht minder treu und zwar hundertfach vervielfältigt wieder.

London, 1. Febr. In der St. Martins Hall sind seit vier oder fünf Sonntagen von einem Verein gebildeter Gentlemen sogenannte „Abende für das Volk“ veranstaltet worden. Unter den Mitgliedern befanden sich viele wissenschaftlich bedeutende und daher auch einer entschieden aufgeklärten Richtung angehörende Männer. Es wurden belehrende Vorträge gehalten und ein kleines Orchester spielte während der Pausen und am Schluß Bruchstücke aus Oratorien und Hymnen, nie etwas Anderes als Kirchenmusik. Trotzdem gaben diese Abende den Sabbatheiferern großes Aergerniß. Am 28. Januar wurde dem zahlreich versammelten Publikum angezeigt, daß die Gesellschaft für Sonntagsheiligung den Vermiethern der St. Martins Hall einen Prozeß auf Grund einer Parlamentsacte aus der Zeit Georg's IV. angedroht habe, falls sie das Local zu solchen „Unterhaltungen“ länger hergeben sollten. Dieser Sonntagabend war also vorderhand der letzte. Der Verein beabsichtigt zu appelliren und hat zur Bestreitung der Kosten eine Geldsammlung eröffnet.

Newyork, 15. Jan. Vorgestern starb zu Washington in Folge eines unglücklichen Sturzes Reinhold Solger. Derselbe war in Stettin 1820 geboren und hatte seine Bildung in Halle und Greifswald erworben. Von Paris, wo er sich jung verheirathet hatte, ging er 1848 nach Berlin, wo er in der demokratischen Partei sehr thätig war. Nach Frankfurt übergesiedelt, nahm er am badischen Aufstande Theil, ging dann nach der Schweiz und nach England und kam schließlich 1853 nach Amerika. Unter seinen Schriften ist eine reizende Satire auf das Kadetten- resp. Offiziersthum, deren Titel uns augenblicklich nicht beifällt, die im Stile und Versmaße des Byron'schen Don Juan ganz vortrefflich gehalten, vor 1848 in einem demokratischen Sammelwerke erschien, ferner aus Amerika der als Sittenschilderung nicht unbedeutende, als parodistische Fortsetzung von Freytags „Soll und Haben“ verunglückte „Anton in Amerika“, endlich sein ausgezeichnetes Preisgedicht zur amerikanischen Schillerfeier 1859 zu erwähnen. Auf einem Spazierritt stürzte er vom Pferde und erlitt eine Gehirnerschütterung, die ihn auf's Krankenlager fesselte, bis ein Schlaganfall sein Leben abschloß.

Der deutsche Soldat.

(Eine Vision.)

In einer ihrer ersten Nummern vom Januar 1864, als man noch eine wirkliche Befreiung Schleswig-Holsteins für möglich hielt und alle Hebel der Agitation dafür in Bewegung setzte, brachte die „Deutsche Wehrzeitung“ unter der obigen Ueberschrift die nachstehende, populäre Umschreibung der Aufgabe des deutschen Soldaten, aus der Feder des damaligen verantwortlichen Redacteurs des Blattes, F. Streit,

welche ihrer Zeit in sehr großer Anzahl Verbreitung in den geeigneten Kreisen gefunden hat. Das Blatt fiel uns jüngst beim Durchblättern der Zeitungen aus jener Zeit wieder in die Hände. Angesichts der Wendung, welche die schleswig-holsteinische Sache abermals genommen hat, gibt der Aufsatz zu allerlei nützlichen Betrachtungen Anlaß, und wir lassen denselben daher wörtlich hier folgen.

Der deutsche Soldat.

Deutscher Soldat wohin ziehst Du?

Ich ziehe gen' Norden, um den geheiligten Boden meines Vaterlandes von den Fremden zu befreien.

Gesegnet seien Deine Waffen!

Deutscher Soldat wohin ziehst Du?

Ich ziehe gen' Norden, um die von feigen Federhelden verpfändete Ehre meines Vaterlandes wieder einzulösen.

Gesegnet seien Deine Waffen!

Deutscher Soldat wohin ziehst Du?

Ich ziehe gen' Norden, um meinen schmachvoll verrathenen deutschen Brüdern die Freiheit und ihnen Sühne zu bringen für all' das Elend, welches unsere Mächtigen ihnen bereitet haben.

Gesegnet seien Deine Waffen!

Deutscher Soldat wohin ziehst Du?

Ich ziehe gen' Norden, um von den Gebeinen meiner in dänischer Erde modernden Kameraden, die da gefallen sind, als mißbrauchte Werkzeuge deutschen Verrathes, die Schande rein zu waschen mit meinem Blute.

Gesegnet seien Deine Waffen!

Deutscher Soldat wohin ziehst Du?

Ich ziehe gen' Norden, um den Knoten, den diplomatische Niedertracht zu neuem Verrathe zu knüpfen versucht ist, mit meinem guten deutschen Schwerte zu durchhauen.

Gesegnet seien Deine Waffen!

Deutscher Soldat wohin ziehst Du?

Ich ziehe gen' Norden, um mit dem einen Schwertschlag zugleich die Dänen draußen und die Dänen daheim zu vernichten.

Gesegnet seien Deine Waffen!

Deutscher Soldat wohin ziehst Du?

Ich ziehe gen' Norden, um meinem Vaterland mit seiner schönsten Küstenmark ein Unterpfand seiner Zukunft und eine Bürgschaft seiner künftigen Größe zu erkämpfen.

Gesegnet seien Deine Waffen!

Deutscher Soldat wohin ziehst Du?

Ich ziehe gen' Norden, um nach langer Erniedrigung für elende Sonderinteressen, endlich im Ehrendienste meines deutschen Vaterlandes die Flecken hinweg zu fegen von dem Glanze meiner Waffen, und statt des Hohnes und der Verachtung der Fremden, die Kränze des Ruhmes auch um meine Schläfe zu winden.

Gesegnet seien Deine Waffen!

Deutscher Soldat wohin ziehst Du?

Ich ziehe gen' Norden, daß der Fluch meines Volkes, unter dessen Last so viele meiner Kameraden elend in's Grab gesunken sind, sich in Segen wandle und über meinem Grabhügel, wenn die feindliche Kugel auch mir bestimmt ist, das Vaterland eine Thräne weine, dem tapfersten und treuesten seiner Söhne.

Gesegnet seien Deine Waffen!

Deutscher Soldat wohin ziehst Du!

Ich ziehe gen' Norden, um im Schlachtendonner schaffen zu helfen, was meinem Vaterland zu seinem Schutz, zu seiner Größe, zu seiner Einheit und Freiheit vor allem gebricht, Ein deutsches Heer!

Gesegnet seien Deine Waffen!

Deutscher Soldat wohin ziehst Du?

Ich ziehe gen' Norden, weil ich nicht mehr sein will ein Werkzeug, scharf und erbarmungslos zum Vatermord und Brudermord, und stumpf und gedankenlos für mein Volk und für mein Vaterland!

Gesegnet, doppelt gesegnet seien Deine Waffen!

Deutscher Soldat wohin ziehst Du?

Ich ziehe gen' Norden, weil gefallen sind die Schleier, die so lange meinen Blick gefangen und mein Herz von meinem Volk getrennt gehalten! ich schaue hinaus in die Zukunft und sehe mein Volk einig und frei, groß und mächtig, sehe seine stolzen Kiele das Weltmeer furchen, sehe seinen Namen geachtet und gefürchtet von allen Nationen des Erdballs, und mich selbst endlich — Eins mit meinem Volk und Vaterland, sein starker Arm, der treue Hüter seiner Ehre, seines Rechts, seiner Freiheit, seiner Macht und seiner Größe für alle Zukunft unüberwindlich gegen eine Welt in Waffen!

So seien denn gesegnet, dreimal gesegnet Deine Waffen deutscher Soldat! Mit Deiner Fahne ist Gott und der Sieg!

Socialer Theil.

Die Abschaffung des geschäftlichen Risico durch Herrn Lassalle.

Ein neues Kapitel zum deutschen Arbeiter-Katechismus von Schulze-Delitzsch.

(Berlin, Franz Duncker, 1866.)

III.

Durch die beständige prinzipielle Verwechslung des „Arbeiters“ mit dem „Geschäftsmann“, die Herr Schulze nach dem Vorgange Bastiats vornimmt, wird sein Prinzip der „Selbstverantwortlichkeit“, oder mit andern Worten der „Selbsthülfe“, zur vollendeten Karikatur. Da ist ein Unternehmer, ein Fabrikant, ein Exportateur, der mit allen Conjunkturen der Weltlage, mit allen von seinem Willen durchaus unabhängigen Zufälligkeiten zu kämpfen hat; diesem Manne sagt Herr Schulze: „Der Kulturfortschritt des Menschengeschlechts hat im Ganzen, sowie die Zunahme der Bildung und geschäftlichen Tüchtigkeit, die stetige Tendenz, die Abhängigkeit von der Außenwelt immer mehr zu vermindern.“ Und wenn nun der reiche Kulturfortschrittler falsch spekulirt, oder wenn die wichtigste Spekulation durch noch wichtigere Ereignisse bankerott wird, so erinnert Herr Schulze den Arbeiter, der nur Befehle ausgeführt hat, der von der Spekulation und den Conjunkturen nie ein Sterbenswort erfuhr, an die „Selbstverantwortlichkeit“, und an ihre „untrennbare Wechselbeziehung zur menschlichen Freiheit und Würde!“

Aber selbst in diesem süßen Wirrwarr aller ökonomischen Grundbegriffe läßt uns Herr Schulze nicht lange schlummern; im II. Kapitel: „die Assecuranz gegen das Risico“ werden wir garstig geweckt. Herr Schulze nennt es „uralte von ihm hervorgehobene Sätze“: „Wer das Risico trägt, dem gebührt der Gewinn, wer Vermögen und Arbeit an ein Unternehmen setzt, mit Gefahr beides zu verlieren, wer die ungünstigen Chancen eines Geschäfts, die möglichen Verluste auf sich nimmt, dem müssen auch die günstigen Chancen, der erzielte Gewinn zu gut kommen.“

Auf einmal ist alles „Risico“, „ungünstige Chance“, „möglicher Verlust“, wo so eben noch Alles von „intellektuellen, sittlichen und körperlichen Fertigkeiten“, von „immer mehr verminderter Abhängigkeit von der Außenwelt“ strotzte!*) Wenn's an's Theilen geht, da ist plötzlich der „Geschäftsmann“ etwas ganz Anderes als der „Arbeiter“; da muß der Arbeiter die Assecuranzprämie für „Kapital und Arbeit des Geschäftsmannes“ aufbringen. Da verwandelt sich auf Einen Schlag die „Selbstverantwortlichkeit“ des Arbeiters in eine Verantwortlichkeit für den Geschäftsmann!

Lassalle bemüht sich vergebens, dem harthörigen Gegner klar zu machen, der Arbeiter müsse bei guten wie bei bösen Chancen betheiligt werden; im Ganzen sei bei der Nationalproduktion stets Gewinn, wie das wachsende Nationalvermögen beweise, dieser Gewinn vertheile sich nur sehr ungleich auf die heutigen Unternehmer, oft zum Schaden des Einen und zum Profit des Andern von denen, welche „Produkte auf eigene Rechnung verkauften.“ Herr Schulze bleibt in seiner heutigen Welt, bei seiner Einzelproduktion und Einzelspekulation stehen und jammert über die ungeheuren „Verlustsummen“, welche bei Abschaffung des Einzel-Risico's entstehen würden. Er sieht gar nicht, daß die Verluste eben nur Einzelne in der Einzelwirthschaft treffen, während die Gesammtproduktion steigenden Nettoertrag abwirft, und freut sich unendlich, den Satz gefunden zu haben: eine Assekuranz auf Gegenseitigkeit unter den Betheiligten bei einem Glücksspiel!“ Aber es ist ja kein „Glücksspiel“ mehr, wenn „Assekuranz“ oder Solidarität in jedem Produktionszweige eingetreten ist, und so lange Jeder für sich allein wagt, gewinnt und verliert, ist eben noch keine Solidarität der Produktion, keine „Assekuranz“ da!

In seinem Entzücken über dieses mißlungene Wortspiel über das „Spiel“, predigt dann Herr Schulze das alte Lied von „Tüchtigen und Untüchtigen, Fleißigen und Faulen“, die man „im Lohn für ihre Leistungen auf gleiche Stufe setze.“ Was nicht in den Kopf hineingeht, das schiebt man den Andern in's Gewissen hinein. — Ganz unbegreiflich aber ist das Beispiel, welches Hr. Schulze hier vorbringt, und von dem er behauptet, daß Lassalle die Antwort darauf „weislich vermieden“ habe. „Eine Anzahl junger Leute, die sich zum Staatsdienst vorbereiten, und beim Eintritt ein Examen zu bestehen haben, assekuriren sich gegenseitig für den Fall, daß sie die Prüfung nicht bestehen, mit der Wirkung: daß der Durchgefallene von der Gesellschaft diejenige Rente für seine Lebenszeit erhält, welche beim gewöhnlichen Avancement der durchschnittlichen Beamtenbesoldung gleichkäme. Was Anderes würde dadurch bewirkt werden, als daß Viele von den Versicherten, der Sorge um die Existenz ledig, ihren Studien sicher nicht gehörig nachgingen, und daß die Zahl der durch das Examen Durchfallenden, anstatt wie bisher etwa 5—10%, künftig vielleicht 50—60% betragen würde.“

Das ist also die Vorstellung, die Hr. Schulze von den Arbeitern hat! Wie verbummelte Studenten thun sie sich zusammen, um sich gegenseitig die Stellen der Fabrikdirektoren zu garantiren! Wer die Fähigkeiten dazu hat, der kommt in einer Welt, welche die Fähigkeiten schätzt und sie allein ansieht, zu seinem Posten; die Andern thun, was durchgefallene Referendare thun, sie begnügen sich mit untergeordneten Stellungen, sie werden Eisenbahn-Conducteure, Postassistenten, Schreiber, Büreaudiener oder was sonst. Jeder nach seiner Fähigkeit, jeder Fähigkeit nach ihren Werken; die vernünftige Association schließt nur diejenigen ein, welche die Pflichten der Association erfüllen, nämlich arbeiten können und wollen, während der heutige Löwenpakt gerade diejenigen am Besten bedenkt, welche nichts thun!

Die Arbeitslosigkeit zu verassekuriren, das überläßt der Denker der heutigen Wirthschaft und ihren Lobhudlern; es handelt sich für die Zukunft darum, der Arbeit die Früchte ihres Fleißes zu sichern und die Thätigkeit besser zu stellen als den Müßiggang. Doch es ist alles vergebliche Mühe, Herrn Schulze einen Augenblick aus seiner Zellenwelt von heute herauszureißen, ihm nur einmal von oben herab die Produktion als ein großes Ganzes zu zeigen. Spricht Lassalle von Organisation eines ganzen Geschäftszweiges, so erblickt Herr Schulze darin die „Erdrückung des Privatcredits durch den Staatscredit“, die alte vielgeliebte „Concurrenz“ der Produktionsmittel. Er nennt die „Freiheit der Arbeit“ das „Recht eines Jeden, jeden beliebigen Berufszweig zu ergreifen, zu unternehmen und zu arbeiten, was und wie er es für zuträglich erachtet“, und glaubt offenbar, die Menschen seien thöricht genug, Holzstämme zu Zweien zu durchsägen, wenn eine Sägemühle nebenan stände, das Korn auf der Handmühle zu mahlen oder im Mörser zu zerstampfen, mit dem Ochsen die Aehren auszutreten, oder sein eigener Schuster, Schneider und Schmied zu sein, während doch der gesunde Verstand den Menschen zu dem jedesmal üblichen und herrschenden Arbeits- und Produktionsmodus hinleitet. Ebenso wenig wie die heutige Welt auf das Mittelalter oder die alte Welt zurückkommt, ebenso wenig wird inskünftige Einer Einzel- und Spezialproduktion treiben, wenn die Association und Assekuranz die Kräfte des Einzelnen ganz anders produktiv macht.

Nach Schulze freilich würden die Arbeiter-Associationen der Zukunft so unproduktiv sein, daß sie trachten müßten, „durch möglichst geringe und möglichst theuere Waare den möglichsten Gewinn zu suchen.“ Leider sei das wider eine „Illusion“, da ja alle andern Associationen — gleich faul, nichtsnutzig und egoistisch — es ebenso machen, „die Preise ihrer Produkte in die Höhe treiben und dadurch gewinnen“ würden. „Die gleichmäßige Steigerung der Preise aller Waaren“ aber sei „so gut wie keine Preissteigerung“.

Moralisch sagt Herr Schulze den Arbeitern nach, ohne die Fuchtel des Unternehmers seien sie lauter Taugenichtse, nur fähig zum Raubbau; und wissenschaftlich bildet sich Herr Schulze ein, man könne im großen Ganzen die Preise der Waaren beliebig

*) Erstaunlich ist die Unfähigkeit des Hrn. Sch., sich correct auszudrücken; in seinem Eifer für die „Arbeit“ des Unternehmers nennt er den Geschäftsgewinn „das Aequivalent für Kapital und Arbeit!“ Das Aequivalent oder der Gegenwerth des Kapitals ist derjenige Produktivertrag, den das Kapital allein, ohne die Arbeit, wiederkaufen kann; das ist kein „Geschäftsgewinn“.

erhöhen, weiß er noch nicht, daß jedes Produkt seine Arbeit werth ist, nichts mehr nichts weniger.

Fragt man dann Hrn. Schulze, ob er den scharfsinnigen Ricardo jemals ordentlich gelesen und verstanden habe, so antwortet er: „Von den Lehren des Ricardo und Malthus, welche die Natur bei Schaffung des Menschen und Regelung seiner Bedürfnisse als im Widerspruch mit sich selbst darstellen und aller Vernunft und Erfahrung entgegen, den Rückschritt der Civilisation, die allmälige Verschlechterung aller menschlichen Zustände in Aussicht stellen, weist der Amerikaner Carey nach:

> „daß sie die unvermeidliche Folge haben, den Arbeiter schließlich zum Sclaven zu machen“.

„Und solche Lehren sind es, von denen Lassalle bei seinen Vorschlägen, wie den Arbeitern geholfen werden soll, ausgeht.“

Die Wahrheit ist, daß namentlich Ricardo die Welt der heutigen Produktion als das hinstellt, was sie ist, nicht die Natur in Widerspruch mit sich selbst, sondern die wirthschaftlichen Einrichtungen so darstellt, daß man ihre Unhaltbarkeit mit Händen greifen kann. Nicht die Lehre Ricardo's — Ricardo lehrt gar nicht, er beschreibt blos den Mechanismus der Güterwelt — machen „den Arbeiter schließlich zum Sclaven“, sondern die Gewerbsverhältnisse, die Ricardo richtig in ihrem Wesen faßt, haben schon den größten Theil aller Arbeitenden zu Sclaven gemacht. Und endlich geht Lassalle gar nicht „von Ricardo's Lehren aus“ — gleichsam als ob Lassalle ein Schüler Ricardo's wäre, wie Hr. Schulze ein Schüler Bastiat's ist — sondern Lassalle hat versucht zu zeigen, wie der von Ricardo dargestellte Nothzustand zu durchbrechen wäre.

„Versucht“ — wir sagen nicht, Lassalle habe das Räthsel gelöst, seine „Staatshülfe“ sei das richtige, unfehlbare Mittel, die zu Sclaven gewordenen Arbeiter plötzlich zu befreien. Um das Wort „Staatshülfe“ richtig zu würdigen, müßten wir erst das Wesen der „Gesellschaft“ kritisch erörtern, wozu hier nicht die allerentfernteste Veranlassung vorhanden ist. Wir sind auch nicht die berufenen Vertheidiger Lassalle's, aus Gründen, die wir im Eingang schon geltend machten. Was aber Wissenschaftliches in Lassalle steckt — und das ist wahrlich nicht gering anzuschlagen — das gegen Hrn. Schulze zu vertheidigen, mit andern Worten, Schulze's schreiende Unwissenschaftlichkeit nicht länger zu verheimlichen, dazu fühlten wir uns in diesem Blatte allerdings berufen. Wir glauben nicht, daß Hr. Schulze noch länger anderswo, als bei seinen praktischen Genossenschaften, mitreden darf.

England. Zufolge Beschlusses der großen Arbeiter-Versammlung, die in der St. Martins-Halle am 12. Dezbr. stattgefunden hat, begab sich den 16. Jan. eine Deputation der Reformliga, geführt von Edmond Beales, zu Earl Russel, welcher sie in seiner Amtswohnung empfing. Die Sprecher erklärten sich im Namen der arbeitenden Klassen gegen eine beschränkte Parlamentsreform und stellten dem Premier die Nothwendigkeit vor, daß ein Gesetzvorschlag eingebracht werde, der unter der Bedingung der Ansässigkeit und der Registrirung jedem erwachsenen Bürger das Stimmrecht gewährleiste und die geheime Abstimmung einführe. Besonderen Nachdruck legten die Redner auf den Umstand, daß der Arbeiter, wenn er die Heimath verlasse, in den Britischen Kolonien oder in den Vereinigten Staaten alle politischen Rechte erlangen könne, welcher Gegensatz für England nichts weniger als ein Lob sei. Earl Russell antwortete folgendermaßen: „Da ich eine wichtige Abhaltung habe, so ist es mir nicht möglich, Ihnen länger zuzuhören. Sie haben Ihre Ansichten mit großem Geschick dargelegt, und es freut mich, zu finden, daß einige Männer der arbeitenden Klassen diese Ansichten so gut ausgesprochen haben. Ich bin stets der Meinung gewesen, daß den Arbeitern großes Unrecht geschehen ist, wenn man nicht nur ihre Fähigkeiten, sondern auch ihre Lebensgewohnheiten unterschätzt hat. Was die vorliegende Frage betrifft, kann ich — indem ich, wie es meine Pflicht erheischt, mit großer Achtung Ihnen zugehört habe — unmöglich sagen, daß ich den ausgedrückten Ansichten zustimme. Meiner Ueberzeugung nach ist es unsere (der Regierung) Pflicht, eine Maßregel anzubahnen, welche der Vertretung des Landes eine bessere Gestaltung gibt und zugleich die Wahrscheinlichkeit, von dem Parlamente angenommen zu werden, für sich hat. Dieses Ziel haben wir uns gesteckt, und wir werden stehen bei der Maßregel, von welcher wir die Erreichung desselben erwarten. Es ist mir jedoch unmöglich, Ihnen mehr zu sagen, als dies: indem wir jene Maßregel einbringen, werden wir erwarten, sie durchzusetzen, und wir werden nicht bleiben, wenn wir es nicht vermögen.“ Ein Bericht von der Audienz setzt hinzu, daß die Schlußankündigung Sr. Lordschaft, die Regierung sei entschlossen, mit ihrer Maßregel zu stehen und zu fallen, anscheinend mit Befriedigung von der Deputation aufgenommen worden sei.

Aus der Werkstätte.

Was die Bäume und was die Lüfte mit einander gesprochen haben

am Begräbnißtage Friedrich Rückert's.*)

Verhallt sind die Glockentöne,
Die Schollen rollen dumpf hinab
Die Thränenquellen sind versieget
Und geschlossen ist ein enges Grab.

Nun neigen sich der Friedhofsbäume Wipfel
Und fragend flüstern sie sich zu,
Wessen ist die ird'sche Hülle,
Die heute fand die stille Ruh?

Was für ein Geist hat sie verlassen,
Daß solch' Geleite sie umgab,
Und Viele noch aus weiter Ferne
Im Geiste standen um das stille Grab?

Um nimmer zu vergessen
Des Staubes, der in unserem Schatten ruht?
Ihr fragt? so hauchen vorwurfsvoll die Lüfte,
Habt ihr Ihn denn nicht erkannt?
Sein Wort ihr nicht vernommen? Um dessen Haupt
Sein dankbar Volk den Lorbeer wand?

Sein Geistesstreben nicht erkannt,
Das jeder echte Deutsche ehrt,
Als einst der Feind, her aus dem Westen, deutsche Gauen
Mit Feuer und mit Schwert verheert.

Und wer? — Wer war es dessen Mahnruf
Bis hinauf nach Norden scholl?
Als in dem stammverwandten Lande
Fremder Herrschaft Maaß ward voll!

Wer der bei der Fürsten Zaudern
Den Zornruf schleudert in ihr Angesicht?
Er war's — er hatte nur den Muth,
Dessen Staub nun unter euren Zweigen ruht.

Und ihr, die ihr in seiner Nähe weiltet,
Ihr hättet dieses alles nicht erkannt?
Das Herz begriffen nicht, das diese Hülle in sich trug,
Und nur für Völker, Recht und Freiheit schlug.

Wohl ist seine Hülle nun geborgen,
Niemand wird sie nun mehr schau'n,
Doch sein Geist, er wird in ewiger Jugend
Schweben über Deutschlands Gau'n.

Die Bäume flüstern: und wir haben's doch vernommen,
Wollten wissen nur, ob Ihr ihn kennt;
Immer wollen wir die Wipfel neigen,
Wenn man „Friedrich Rückert“ nennt.

Und so spielt um uns ihr Lüfte,
Ja ihr meint's mit ihm doch gut,
Umweht mit Kühle seinen Hügel,
In dessen Schooße seine Hülle ruht.

Und wir — wir wollen ihn beschatten,
Vergißmeinnicht, das Blümchen soll erblüh'n,
Und sein Lorbeer soll nicht welken,
Ewig — Ewig halten wir ihn grün.

Heinrich Zech, Gerbergeselle.

*) Wir geben das uns zugekommene Gedicht in seiner anspruchslosen Form, als einen rührenden Beweis, wie Rückert im Gedächtniß des Volkes lebt. D. Red.

Druckfehlerberichtigung.

In Nr. 162 d. Bl., Beilage, Socialer Theil, Leipzig, 24. Jan., muß es heißen, anstatt:

„In einer von der social demokratischen Partei einberufenen und von mehr als 300 Personen besuchten x.“

„In einer von der social-demokratischen Partei einberufenen und von mehr als 3000 Personen besuchten x.“

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
…lichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert in Coburg.

Nr. 164. | Vierter Jahrgang. | Sonntag,

Coburg. | | 18. Februar 1866.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnementsommeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung“, Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare oder unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die **Bildung** bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

Vereinsangelegenheiten.

Beiträge für Werdau.

Für **Werdau** sind noch bei uns eingegangen:

175 Thlr.	19 4/6 Ngr.	Uebertrag aus Nr. 160 d. Bl.
24 „	— „	vom Arbeiter-Bildungs-Verein zu Kiel.
199 Thlr.	19 4/6 Ngr.	in Sa.

Leipzig, den 11. Februar 1866.

Der Vorstand des Arbeiterbildungsvereins.

M. Epstein, Cassier. A. Bebel, I. Vorsitzender.
A. Dolge, II. Vorsitzender.

Leipzig, 11. Febr. In einer gestern Abend sehr zahlreich besuchten Versammlung wurde auf Antrag des Vorstandes folgende Erklärung einstimmig angenommen:

1) Der Arbeiterbildungsverein zu Leipzig betrachtet das Auftreten der Vereine zu Pforzheim und Heidelberg gegen den ständigen Ausschuß in jeder Beziehung als höchst ungerechtfertigt, indem der ständige Ausschuß als gewähltes Organ der deutschen Arbeitervereine nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet ist, für die Ausführung der Vereinstagsbeschlüsse Sorge zu tragen.

2) Spricht der Verein über das Auftreten der genannten Vereine sein lebhaftes Bedauern aus, da gerade Baden dasjenige deutsche Land ist, in dem die Vereine am ersten eine Agitation für das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht hervorrufen können, ohne von Seiten der Regierung eine Maßregelung befürchten zu müssen, wir erwarten daher, daß die genannten Vereine ihre Erklärung gegen den ständigen Ausschuß zurücknehmen.

Im Auftrag des Arbeiterbildungsvereins zu Leipzig.
A. Bebel, Vorsitzender.

Coburg, 14. Febr. Da noch eine Reihe von Vereinen mit ihren Erklärungen in vorstehender Angelegenheit im Rückstand sind, so glauben wir im Interesse der Sache zu handeln, wenn wir dieselben hiermit an die Abgabe ihrer Erklärung erinnern. In einer der nächsten Nrn. werden wir das Verzeichniß der zum Verband des Vereinstags gehörigen Vereine und derjenigen, welche sich in obiger Angelegenheit bereits erklärt haben, abdrucken. Die Haltung in dieser Angelegenheit ist das sicherste Kennzeichen für die Echtheit der Farbe eines Vereins. Bei dieser Gelegenheit wollen wir doch nicht unterlassen, auf einen Umstand aufmerksam zu machen, der bei dieser ganzen Agitation nicht übersehen werden darf und hinsichtlich dessen eine Uebereinstimmung ebenso unbedingt nothwendig und gewiß auch, wenn auch nicht ausgesprochen, doch allgemein vorhanden ist. Es ist wohl von „allgemeinen Wahlrecht“ die Rede, aber nach der heutigen Lage der Verhältnisse und der socialen Stellung der Einzelnen würde dieses allgemeine Wahlrecht eine Illusion sein ohne — die geheime Stimmgebung. Es herrscht darüber aus dem practischen Gesichtspunkt gewiß allgemeines Einverständniß in allen Arbeiterkreisen. Dann aber wird es auch gut sein, dies, wie z. B. der Mannheimer Verein gethan, zum Ausdruck zu bringen und überall den Beisatz: „**mit geheimer Stimmgebung**“ den Resolutionen und Petitionen beizufügen. D. Red.

Mannheim, 6. Febr. In der gestrigen Versammlung des Arbeiterbildungsvereins gab Herr Dr. Schröder einen zweiten Vortrag über die neuesten Fortschritte der Technik. Der Vortragende sprach zunächst in Bezug auf die Anwendung der Elektricität, von den Ruhmkorff'schen Beleuchtungs-Apparaten und deren Anwendung beim Bergbau, unter Wasser durch die Taucher und in der Chirurgie; von den elektrischen Minen, dem Gaiffe'schen Gravirapparat, dem Schreibtelegraphen von Caselli und dem Drucktelegraphen des Hugues. In Bezug auf die chemische Industrie sprach der Vortragende über die Fortschritte in der Bearbeitung und der Verwendung der Metalle: Platin, Magnesium und Aluminium; ferner machte derselbe interessante Mittheilungen über Veriunels Anstrich, das durch Eintauchen in Schwefelsäure gewonnene Pergamentpapier, die Produkte der Staßfurther Abraumsalze (Kali) und des Steinkohlentheers (Anilinfarben) und verschiedenes Andere und zeigte in ausgezeichneter Rede, wie es der Technik an der Hand der Wissenschaft immer mehr gelinge, die Naturkräfte dem Menschen dienstbar zu machen, sie zum Nutzen der Gesellschaft zu verwenden und der Gesammtheit ein menschenwürdiges Dasein zu bereiten. Reicher Beifall der Versammlung lohnte dem geehrten Redner.

In derselben Versammlung wurde über die Einladung des ständigen Ausschusses deutscher Arbeitervereine, zur Agitation für das allgemeine und direkte Wahlrecht, die Schlußberathung vorgenommen. Es war schon vorher in mehreren Versammlungen über denselben Gegenstand gesprochen worden. Auch wurde zur gründlichen Behandlung desselben ein besonderer Vortrag über das allgemeine und direkte Wahlrecht gehalten und nach erfolgter Diskussion eine Commission ernannt, um Anträge zur Beschlußfassung zu stellen. Nach den Anträgen der Commission beschloß nun gestern der Verein:

1) Der ständige Ausschuß war zur Erlassung der Einladung, nach Maßgabe der Beschlüsse des Vereinstages zu Stuttgart, nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet. (Mit allen gegen 6 Stimmen, welche die Verpflichtung verneinten.)

2) Der Verein spricht sich für das allgemeine und direkte Wahlrecht aus. Zugleich entscheidet er sich für die geheime Stimmgebung, als die Wahlart, welche die Wahlfreiheit am meisten sichert. (Einstimmig.)

3) Der Verein erkennt es für Pflicht eines jeden freien Mannes und der Vereinigungen als solcher, also auch der Arbeitervereine, für die Durchführung des allgemeinen und direkten Wahlrechtes nach Kräften thätig zu sein, um das in der Reichsverfassung von 1849 und den Grundrechten dem deutschen Volke gewährleistete Recht herzustellen. (Einstimmig.)

4) Unter den gegebenen Verhältnissen verspricht eine Thätigkeit für die Herstellung des allgemeinen und direkten Wahlrechtes nur dann die Aussicht auf Erfolg, wenn sie allseitig geübt wird.

Im Hinblick auf die in Baden bestehenden Arbeitervereine scheint es zur Zeit nicht gegeben, daß dieselben in eine gemeinsame Thätigkeit dafür eintreten, namentlich, da einzelne Vereine sich gegen jede Thätigkeit für die Erlangung des benannten Rechtes ausgesprochen haben.

Der Arbeiterbildungsverein in Mannheim beschließt daher, vorerst keinen thatsächlichen Schritt für die ausgesprochene und anerkannte Aufgabe zu unternehmen. Vielmehr beschließt derselbe, seine Stellung zur Frage ausführlich zu begründen, diese Ausführung zur Kenntniß der Arbeitervereine in Baden zu bringen, und dieselben einzuladen, in wiederholte Behandlung der Frage einzutreten: um wenn möglich, einen gemeinsamen Schritt sämmtlicher Arbeitervereine in Baden, für das allgemeine und direkte Wahlrecht zu erlangen.

Sollte dieser Scheitt von dem erhofften Resultate nicht begleitet sein und die badischen Bruderevereine wiederholt jede Theilnahme an einer Agitation ablehnen, so behält sich der Verein vor, der Angelegenheit für sich allein weitere Folge zu geben.

Heidenheim, 13. Febr. Der Arbeiter-Verein von Heidenheim ist mit dem Inhalte des Cirkulars vom 5. Dezember, die Agitation für das allgemeine und direkte Wahlrecht betreffend, vollkommen einverstanden. Obwohl es in dem Satz heißt, der am dritten Vereinstag deutscher Arbeiter angenommen wurde: jeder deutsche Arbeiter solle es sich zur Pflicht machen, für das allgemeine und direkte Wahlrecht einzustehen, sehen wir durch das Cirkular des Vorsitzenden keine Pflichtverletzung, denn der einzelne Arbeiter kann nicht viel thun, es muß also in Gemeinschaft geschehen und dies kann nicht anders als durch die Vereine oder freie Versammlungen geschehen. Obwohl wir einsehen, daß dadurch dem Arbeiter nicht ganz geholfen wird, und ihm noch manches zu thun übrig bleibt, so richten wir doch an alle deutschen Brüder die Bitte, sich recht massenhaft an dieser Bewegung zu betheiligen.

Denn nur Eintracht macht stark und nur gemeinsames Wirken in solchem Sinne führt zum Ziel.

Mit deutschem Gruß und Handschlag
Der Vorstand Schlierer.

Frankenberg. Am 11. Februar d. J. feierte der hiesige Arbeiterverein sein drittes Stiftungsfest.

Wie die beiden früheren, so war auch das dritte ein gelungenes.

Nachdem sich der schöne geräumige Benedix'sche Saal von Mitgliedern nebst Frauen, sowie auch lieben Gästen von Hainichen gefüllt hatte, eröffnete der Vorsitzende, Herr Franz Pilz, Punkt 8 Uhr Abends die Versammlung, mit einer kernigen, zweckentsprechenden Ansprache an die Anwesenden.

Diesem folgten dann abwechselnd Gesangsvorträge von Sängern des Vereins, gute Musikaufführungen vom hiesigen Stadtmusikcorps und 2 Vorträge von Mitgliedern des Vereins.

Dem allgemeinen Beifall zufolge, welcher sämmtlichen Aufführungen gezollt wurde, war den Erwartungen der Anwesenden völlig Rechnung getragen.

Nachdem nun in solcher Weise 2 Stunden wie ein Traum entflohen waren, wurde auch der Göttin des Tanzes gehuldigt. Es wurde für die Tanzlustigen ein Ball arrangirt. Andere suchten und fanden auch gemüthliche Unterhaltung in geselligen Zirkeln, wobei manches gute Wort ausgetauscht wurde, die Sänger wieder benutzten die Tanzpausen, um noch ein kräftiges deutsches Lied zu singen, und so war denn in jeder Hinsicht und für jeden Geschmack gesorgt. Das Fest verlief überhaupt in der schönsten und würdigsten Weise.

Möge denn dem Arbeiterverein fort und fort ein frisches und fröhliches Gedeihen erblühen, damit auch der Arbeiter zu dem Ansehen und der Geltung in der menschlichen Gesellschaft gelangt, welche ihm unbedingt zukommt, welche ihm aber bis jetzt so ungerecht vorenthalten wurde.

Zwickau. Am Sonntag, den 11. Februar c., hielt der Fortbildungsverein eine Abendunterhaltung unter zahlreicher Betheiligung und diese konnte mit Recht als eine wohlgelungene betrachtet werden.

Das Programm bestand in verschiedenen Abwechselungen, als: Gesang, Deklamation, Darstellung lebender Bilder aus dem Familienleben, Pantomimenspiel und einem kleinen Theaterstück: „Die Alexandriner in Dresden" mit Gesang. Hier zeigte es sich recht klar, daß der Verein Kräfte besitzt, die gute Früchte zu tragen im Stande sind. Ist es bis jetzt dem Fortbildungsverein noch nicht gelungen, sich auf solchen Standpunkt zu erheben, so lag es wohl daran, daß man die Keime und Triebe zu untergraben suchte oder in nicht rechter Führung und Leitung war. Von weitgreifender Bedeutung für die Bildung der Mitglieder war die Stellung der Volkslehrer, welche bisher noch durch Lehrer am Gängelbande gehalten [illegible] Abhängigkeit bei jedem Schritte, den sie selbstständig thun möchten, fühlten, nicht wagend, sich mit freier Liebe ihrem Berufe hinzugeben. Und so bietet sich dem Verein ein neues Feld vielfacher Thätigkeit, einen schlichten Bürger gefunden zu haben, der bis jetzt den Schreibunterricht sowie Stenographie leitet und sich eines zahlreichen Besuches zu erfreuen hat. Die Arbeit ist groß, zu groß für einzelne Kräfte, dem Wirken in Masse steht nicht selten der Mangel an rechter Einigkeit im Wege; aber dennoch können erfreuliche Resultate erzielt werden, wenn jeder mit klarem Blick das ihm zugewiesene Feld der Thätigkeit überschaut und alle seine Mühe daran wendet, dasselbe so anzubauen, daß es Früchte zu tragen im Stande ist. Niemand darf glauben, sein Platz sei zu gering und ohne Einfluß auf das Ganze; er würde vergessen, daß die Kette der Wesen aus einzelnen Gliedern besteht. — Alle menschlichen Werke leiden an einer gewissen Unvollkommenheit, die selbst für das ernsteste Streben nicht zu entfernen ist, manche werden verkehrt angefangen und mißrathen gänzlich, noch andere geben nur einen langsamen und spärlichen Erfolg. Auch dadurch soll sich Niemand abschrecken lassen oder den eingeschlagenen Weg aufgeben. Ueber das Unvollkommene muß man sich beruhigen, das verkehrt Begonnene nicht einseitig beklagen und bereuen, sondern neu beginnen und besser machen; die langsam reifenden Früchte endlich mit Geduld erwarten, sie werden um so edler sein. So begrüßen Sie mit Freuden, Gruß und Handschlag dieses neue Feld! Sie wissen was es bringt: Segen und Sonnenschein, trübe und heitere Zeit, und — viele Arbeit, die Ihre ganze Thätigkeit in Anspruch nehmen wird. Es lebt der alte Gott, der keinen Deutschen verläßt, nämlich den nicht, der seinen deutschen Namen mit Ehren trägt.

—r—

Offenbach, 12. Febr. Gestern hielten dahier die Arbeiterbildungsvereine des Maingauverbandes einen Arbeitertag ab, welcher durch die auf demselben gefaßten Beschlüsse von einigem Interesse ist. Da diejenigen Vereine, welche dem Maingauverband angehören gleichzeitig Mitglieder des Verbandes sämmtlicher deutscher Arbeitervereine sind, so wurde beschlossen, nach Maßgabe des Beschlusses vom Stuttgarter Vereinstage den statutenmäßigen Beitrag zur Kasse des Vereins mit 1 Sgr. per Kopf aus der Maingauverbandskasse zu bezahlen. Da der Vereinstag in Stuttgart es den Arbeitern zur Pflicht gemacht hat, mit allen gesetzlichen Mitteln das allgemeine und direkte Wahlrecht anzustreben, so wurde die Gelegenheit wahrgenommen die Stellung der Arbeiterbildungsvereine des Maingaues zu dieser Frage und dem, was man sich in dieser Angelegenheit von ihnen zu versehen habe, darzuthun. Allseitig war man der Ansicht, daß wenn auch das allgemeine und direkte Wahlrecht ein jedem Menschen von Natur aus zustehendes unveräußerliches Recht sei, zu dessen Erlangung Alles eingesetzt werden müsse, so könnte doch der Maingauverband als solcher, vorerst nicht in eine Agitation zur Erlangung des allgemeinen direkten Wahlrechts eintreten, da diese an einzelnen Orten auf gesetzliche Hindernisse stoßen werde. Die Arbeiterbildungsvereine strebten zuerst nach dem, was dem Arbeiter am allernächsten liege, nach der geschäftlichen und gewerblichen Ausbildung; damit hätten sie über die Maßen schon genug zu thun. (Dazu mögen technische Vereine, Gewerbevereine dienen, aber der Zweck der Arbeitervereine ist dies gewiß nicht, wenn auch vom Bourgois-Standpunkt diese Auffassung sehr gebilligt werden mag. Wie wir die Elemente der dortigen Vereine kennen, muß diese Stelle des Berichts ungenau sein. D. Red.) Auch seien die thatsächlichen Zustände in den verschiedenen Ländern, deren Vereine dem Maingauverbande angehören, sehr verschieden. Die weiteren Schritte müsse man daher den Vereinen überlassen. (Das ist allerdings eine andere Frage. D. Red.) — Hieran anknüpfend, wurde das Verhalten einiger badischer Arbeiterbildungsvereine in dieser Frage besprochen. Bekanntlich haben dortige Vereine dem ständigen Ausschusse der deutschen Arbeitervereine den Vorwurf gemacht, er habe, als er seinen Aufruf zur Erlangung des allgemeinen und direkten Wahlrechts thätig zu sein, sein Mandat überschritten, eine Pflichtwidrigkeit begangen. Der Arbeitertag begnügte sich deßhalb nicht bloß mit einem Proteste gegen diese Erklärung der badischen Vereine, sondern beschloß anlehnend an die vom Mannheimer Arbeitervereine ausgegangenen Beschlüsse: 1) der ständige Ausschuß war zum Erlaß in Betreff einer Agitation für das allgemeine und direkte Wahlrecht nach Maßgabe des Beschlusses des Vereinstages in Stuttgart nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet; 2) der Arbeitertag der Bildungsvereine des Maingaues spricht sich für das allgemeine und direkte Wahlrecht aus; er entscheidet sich für die geheime Stimmgebung als diejenige Wahlart, welche die Wahlfreiheit am meisten sichert; 3) es ist Pflicht jedes freien Mannes und der Vereinigungen als solcher, also auch der Arbeitervereine, für die Durchführung des allg. rc. Wahlrechtes nach Kräften thätig zu sein, um das ihnen in der Reichsverfassung von 1849 und in den Grundrechten des deutschen Volkes (Richtiger: im Reichswahlgesetz. Die Redaktion) gewährleistete Recht herzustellen; 4) unter den gegebenen Verhältnissen verspricht eine Thätigkeit für Herstellung dieses Rechts nur dann Erfolg, wenn sie allseitig geübt wird; im Hinblick auf die Arbeitervereine des Maingaues und ihre Verhältnisse als solche scheint es im Augenblick für sie nicht gegeben, in diese Agitation einzutreten. Schließlich berichtete ein Mitglied des Darmstädter Vereins über die 10 bäuerlichen Arbeiterbildungsvereine im Odenwald, mit denen gewöhnlich noch Krankenkassen rc. verbunden sind, welche sich binnen Jahresfrist dort bildeten, bereits ca. 1500 Mitglieder zählen, und dieses Jahr ihren ersten Verbandtag abhalten werden. Zum Vorort der Arbeiterbildungsvereine des Maingauverbandes für das laufende Jahr wurde Darmstadt gewählt. (N. F. Ztg.)

Dresden, 11. Febr. Gestern Abend fand im Colosseum eine zahlreiche Volksversammlung statt, die insofern von Wichtigkeit werden kann, als in ihr der Schritt zur Versöhnung zwischen den Arbeiterbildungsvereinen nach Schulze-Delitzsch und den Lassallianern gethan wurde. Es wurde viel über die Zukunft der Arbeiter verhandelt und eine bezügliche Resolution gefaßt. Der neben Försterling zum Vicepräsidenten gewählte Knösel unternahm den ersten Versöhnungsschritt, indem er darauf hinwies, daß die Zwietracht der größte und schlimmste Feind der Arbeiter sei. Alle strebten ja doch nach dem Einen Ziele: ihr Wohlbefinden zu sichern, und je mehr sie sich gegenseitig die Hände reichten, desto sicherer würde man zum Ziele gelangen. Der lebhafte Beifall, welchen der Redner in der Versammlung fand, sprach am deutlichsten von der Geneigtheit zur Aussöhnung, und so wurde denn beschlossen, die Arbeiter allerorten aufzufordern, zum gemeinsamen Handeln sich zu vereinen. Es steht nun zunächst die Berufung eines sächsischen Arbeitertags bevor, auf welchem die Sache zur weitern Verhandlung kommen soll.

Politischer Theil.

Politische Umschau.

Die Debatte des Abgeordnetenhauses über den Art. 84 der Verfassung, die Unverantwortlichkeit der Abgeordneten betreffend.

Berlin, 9. und 10. Febr. Die 7. u. 8. Sitzung des Abgeordnetenhauses sind ein Stück preußischer Geschichte. Auf der Tagesordnung stand die Berathung über den berüchtigten Urtheilsspruch des Obertribunals, d. h. über Sein oder Nichtsein Preußens als Verfassungsstaat. Gegenüber der unendlich traurigen und lahmen Verhandlung des Abgeordnetenhauses über die Lauenburger Frage, in welcher das ganze Abgeordnetenhaus bewiesen hat, daß keine deutsche Ader in ihm ist, — bildet diese Debatte über die Redefreiheit der Abgeordneten ein befriedigenderes Gegenstück. Von beiden Seiten werden die besten Kräfte in's Feuer geführt; die schon eine Stunde vor Eröffnung der Sitzung überfüllten Tribünen liefern den Beweis, daß man auch außerhalb des Hauses die Bedeutung des Tages zu würdigen gewußt hat. Anwesend sind die 6 Minister: Graf zur Lippe, v. Bodelschwingh, v. Mühler, Graf Bismarck, v. Selchow, Graf Eulenburg; nachträglich erscheint auch Graf Itzenplitz und macht die Sieben voll.

Die Hoverbeck'sche Resolution, um welche die Kämpfenden gruppirt sind, und die von der Commission zur Annahme empfohlen wird, lautet:

„Das Haus der Abgeordneten erklärt:

1) Der Antrag der Staatsanwaltschaft auf gerichtliche Verfolgung der Abgeordneten Twesten und Frentzel wegen ihrer Reden im Abgeordnetenhause, so wie die Zulassung dieses Antrags von Seiten des Strafsenats des höchsten Gerichtshofes enthalten eine Ueberschreitung der amtlichen Befugnisse der Staatsanwaltschaft und der Gerichte und einen den Art. 84 der Verfassung verletzenden Eingriff in die Rechte des Abgeordnetenhauses.

Beilage zu Nr. 164
der Allgemeinen deutschen Arbeiter-Zeitung.

Socialer Theil.

(Schluß.)

Naumburg, 7. Febr. Im Gegensatz zu den Zerbster Erfahrungen erfreuen sich die Vorschuß-Vereine der hiesigen Gegend der solidesten Entwicklung und entwickeltesten Solidität. So hat der Naumburger Vorschuß-Verein im Jahre 1865 einen Umschlag von fast 400,000 Thaler gemacht. Die gesammten Gehälter für diese so ausgedehnte Verwaltung betragen kaum 800 Thlr., Verluste sind nicht vorgekommen. Außer einem ansehnlichen Betrag für den Reservefonds konnten noch 10 Proc. Dividende vertheilt werden. Der Vorschuß-Verein in Kösen, welcher gegen 40,000 Thlr. Umsatz gemacht hat, vertheilte ebenfalls 10 Proc. Dividende auf jede Antheilsquote à 30 Thlr. Bei dem Naumburger Verein ist der dividendenberechtigte Antheil auf 50 Thlr. festgestellt, so daß der Reingewinn des Naumburger Vereins noch günstiger ist. Mit ganz ähnlichen Betriebsresultaten schließen die Vereine in Weißenfels und Osterfeld ab. (Magdeb. Pr.)

Auch **Belgien** hat seine Reformfrage, welche die bisher wenig rührige Masse der Arbeiter in Bewegung zu setzen beginnt. In Brüssel ist ein von den Präsidenten der verschiedenen Arbeitergesellschaften unterzeichnetes Manifest erschienen, das in schlichter, aber kerniger Sprache das politische Sclaventhum der Arbeiter schildert, und den festen Willen ausspricht, durch Benutzung der durch die Verfassung allen Belgiern gewährleisteten Mittel den politischen Vollgenuß mit der allmächtig herrschenden Bürgerklasse zu theilen.

„Der Arbeiter, heißt es im Eingang, hat viel zu fordern. Wenn er bis jetzt geschwiegen, so läßt sich daraus nicht auf seine Zufriedenheit schließen. Auf das Nöthigste in Beziehung der materiellen Bedürfnisse verwiesen, hat man ihn im politischen Leben ebenfalls auf's Aeußerste eingeschränkt. Er ist doppelt arm: arm an Allem, was dem Menschen Gesundheit und Wohlsein gewährt, arm an denjenigen Rechten, welche ihm erlauben würden, seine Lage zu verbessern".

Das Manifest setzt dann eines Weitern alle Klagen und Beschwerden der Arbeiter auseinander, verwirft jeden Wahlcensus und erklärt dann: „Wir verlangen das allgemeine Stimmrecht; wir verschweigen keinen Augenblick unsere Ueberzeugung, daß es in unseren Augen ein politisches und sociales Universalmittel abgeben würde. In Erwartung aber, daß dasselbe durch die Revision der Constitution eingeführt werden kann, verlangen wir die Ausdehnung des Wahlrechtes für die Provinzial- und Communalwahlen.

Die Beschränkung, daß jeder wahlberechtigte Bürger lesen und schreiben kann, erschreckt die Arbeiter nicht; sie unterwerfen sich demselben und erklären sodann am Schlusse: „Wir erwarten geduldig die Aufnahme, welche unsere Beschwerdeschrift finden wird. Macht man uns die Reform streitig, welche wir fordern, so werden wir sie zu erobern wissen. Uns, die wir an Arbeit gewöhnt, erschrecken die schweren Arbeiten nicht. Das Bürgerthum hat stückweise sich das erobert, wessen es sich jetzt erfreut; wir sind fähig, dafür ebenfalls zu streiten, und entschlossen, es zu thun. Es hat uns das Beispiel gegeben, was Thätigkeit, Hartnäckigkeit und Energie vermögen; sein Beispiel soll von uns befolgt werden. Darum rufen wir auch allen Arbeitern zu: Rüstig, Kameraden! die Zeit der großen Arbeit ist gekommen. Das Ziel ist vor uns, klar, bestimmt, leuchtend im hellen Tageslichte; die politische Gleichheit wird uns die sociale Gleichheit geben. Unsere Waffen sind bereit; wir entnehmen sie der Rüstkammer der Constitution; sie heißen: das freie Wort, die freie Schrift, das freie Associationsrecht. Zu jeder Stunde und zu jeder Zeit soll man uns fortan vereint finden. Die Vereinzelung trägt bis zum heutigen Tage die Schuld unserer gegenwärtigen traurigen Lage. Ohne die Hülfe Anderer zu verachten, laßt uns nicht mehr auf dieselbe warten."

Der Correspondent des „Frankf. Journ.", dem das Obige entlehnt ist, fügt bei: „Ob das liberale Ministerium die Mahnung verstehen wird? Wir müssen es bezweifeln. Vielleicht aber wird der Kammer ein Licht dämmern beim Lesen dieses Dokumentes. Es ist ein Zeichen der Zeit. Man mag sich sträuben wie man will, das allgemeine Stimmrecht wird einer neuen Zeit die Bahn brechen, mag das Bürgerthum nun wollen oder nicht. Es kann die Reform hinausschieben, verzögern, erschweren; aber kommen wird sie und die europäischen Staaten mögen sich nur zu Zeiten auf ihren Empfang vorsehen."

Wie die englische Post sich nützlich zu machen weiß.

Es ist bekannt, daß keine andere Postanstalt dem Publikum so viel Erleichterungen des Verkehrs gewährt, wie die englische, welche zwar der Aufsicht der Krone unterstellt, aber sonst ein Privatinstitut ist. Geldsendungen geschehen einfach durch Einbezahlung der Summe auf irgend einem Postbureau gegen einen Schein, den man dem Empfänger schickt, und den dieser an seinem Wohnort ohne alle weitere Förmlichkeit wiederum gegen Empfangnahme des Geldes abgibt.

Ferner ist die ganze Postanstalt eine große, organisirte Sparkasse für den Armen, der die kleinste Summe, 1 Penny, einlegen kann, und auf Grund seines Quittungsbüchleins sein Geld, wo er immer innerhalb des Königreiches sein mag, herausziehen kann.

Auf einen dritten Zweig der öffentlichen Nützlichkeit der englischen Post macht der „Bote vom Niederrhein" in dem Folgenden aufmerksam: „Will hierorts ein Arbeiter sein Leben versichern, so muß er erst zu einem Agenten einer Lebensversicherungsgesellschaft gehen, sich lang und breit mit ihm verständigen, dann Police und Kosten und endlich einen bestimmten Beitrag jährlich in einer größeren Summe bezahlen; wird ihm auch in einzelnen Fällen gestattet, vielleicht monatlich oder gar wöchentlich seine Prämie abzubezahlen, so würde das aufhören, sobald eine große Anzahl jeden Samstag ihre Groschen und Pfennige dem Agenten bezahlen wollten. In England ist das ganz anders:

Die englischen Postämter sind durch die Regierung ermächtigt, drei verschiedene Abkommen mit Arbeitern oder andern Leuten von geringem Einkommen abzuschließen: 1) eine Lebensversicherung, bei welcher nach einmaliger Bezahlung oder 14 tägiger Abbezahlung einer bestimmten Summe der Betrag von 100 Pfd. (666 Thlr. 20 Sgr.) nach dem Tode des Versicherten der Frau, den Kindern oder Erben ausbezahlt wird. 2) Eine Versicherung, bei der eine sofortige jährliche Pension gezahlt wird. 3) Eine Versicherung, bei der eine jährliche Pension erst nach Ablauf einer bestimmten Frist bezahlt wird. Die letztere Art der Versicherung ist am vortheilhaftesten und daher am gebräuchlichsten.

Ist ein Mann z. B. 30 Jahre alt und will sich von seinem 60. Jahre an eine jährliche Pension von 10 Pfd. (66 Thlr. 20 Sgr.) sichern, so bezahlt er entweder sofort an ein beliebiges Postamt die Summe von 24 Pfd. 3 sh. 4 d. (c. 161 Thlr. 3 Sgr. 4 Pfg.) oder jährlich 1 Pfd. 8 sh. 4 d. (c. 9 Thlr. 13 Sgr. 4 Pfg.) oder wöchentlich 5½ Sgr. Für 11 Sgr. wöchentlich bekommt ein dreißigjähriger Mann also nach seinem 60. Jahre eine jährliche Pension von 133 Thlr. 10 Sgr. und so fort. Stirbt der Versicherte vor seinem 60. Jahre, so sind seine Einlagen in diesem Falle verloren, bezahlt jedoch der Einleger nur eine geringe Summe mehr, so wird die eingelegte Summe bei seinem Tode seinen Erben zurückbezahlt. Oder wenn der Versicherte zu irgend einer Zeit vor dem Beginn der jährlichen Pension sich außer Stande sieht, seine Beiträge zu bezahlen, oder damit aufzuhören wünscht, so wird ihm der ganze Betrag des ersparten Geldes zurückerstattet, sobald er einen geringen Aufschlag auf die angegebenen wöchentlichen Beiträge bezahlt. Auf diese Weise kann sich Jemand in seiner Jugend eine ansehnliche Pension für sein Alter sichern, besonders wenn er früher, als mit seinem dreißigsten Jahre, anfängt zu sparen.

Die Frauen kommen nicht so glimpflich weg, als die Männer. Weil es nämlich Thatsache ist, daß Frauen, welche einmal 60 Jahre alt geworden sind, gemeiniglich wegen ihrer geregelteren und ruhigeren Lebensweise viel älter werden, als Männer von demselben Alter, so müssen dieselben auch mehr bezahlen. Will eine 30jährige Frau von ihrem 60. Jahre an eine Pension von 10 Pfd. (66 Thlr. 20 Sgr.) genießen, so muß sie entweder sofort eine Summe von 32 Pfd. 8 sh. 4 d. (c. 216 Thlr. 3 Sgr. 6 Pfg.) einlegen oder jährlich 1 Pfd. 17 sh. 6 d. (12 Thlr. 15 Sgr.) bezahlen und zwar in letzterem Falle 9 sh. (3 Thlr.) mehr als ein Mann unter gleichen Verhältnissen. — Die erstere Art der Versicherung wird angewandt, wenn sich Mann und Frau versichern wollen. Bezahlen sie etwa in ihrem 30. Jahre jährlich 2 Pfd. 6 sh. 7 d. (c. 15 Thlr. 15 Sgr. 10 Pfg.) so erhält der Mann beim Tode der Frau oder umgekehrt 100 Pfd. (666 Thlr. 20 Sgr.). Bei dieser Versicherungsart wird, wenn Jemand nach irgend einer Zeit mit seinen jährlichen Beiträgen nicht mehr fortfahren kann, oder mit seinen Einlagen aufhören will, wenigstens ein Drittel der Gesammteinlage zurückvergütet. —

Bei dieser Zusammenstellung ist das mittlere Lebensalter von 30 Jahren angenommen. Bei größerem Lebensalter wird die Versicherung theurer, während sie bei geringerem Lebensalter in demselben Verhältniß billiger wird.

Diese englische Einrichtung ist billig und äußerst bequem; sie ist besonders für die Arbeiter und die ärmeren Leute von den segensreichsten Folgen gewesen."

Programm

der Zweiten Arbeiterindustrie-Ausstellung in Wien.

Genehmigt mit h. Erlaß der k. k. n. ö. Statthalterei vom 19. Januar 1866, Z. 49578.

Der günstige Erfolg der im Jahre 1865 in Wien stattgehabten Ersten Arbeiterindustrie-Ausstellung veranlaßt das gefertigte Comité, mit Bewilligung des hohen k. k. Ministeriums für Handel und Volkswirthschaft, vom 1. Dezember 1865, Z. 16809, auch im Jahre 1866, und zwar in den Monaten August und September, eine zweite solche Ausstellung in den Lokalitäten der k. k. Gartenbau-Gesellschaft nächst dem Stadtpark zu veranstalten.

§ 1. Zu derselben werden nur zugelassen:

a) Gegenstände, nützlich für die Haushaltung, für die Gesundheitspflege und für das tägliche Leben;

b) Erzeugnisse, Modelle, Zeichnungen von Gegenständen, welche, ohne gerade gemeinnützig zu sein, in wissenschaftlicher, oder künstlerischer Beziehung von Bedeutung sind, oder wenigstens von der Erfindungsgabe des Ausstellers Zeugniß geben.

c) Leistungen, welche außerhalb der gewöhnlichen Beschäftigung des Ausstellers liegend, durch dessen eigene Anstrengung, ohne spezielle Vorbildung für eine derartige Arbeit, hervorgebracht wurden — wenn sie von wahrhaft praktischem Nutzen sind oder eine künstlerische Befähigung erkennen lassen.

d) Ausgezeichnete Schüler-Arbeiten von Zöglingen der verschiedenen Lehranstalten, jedoch nur in beschränkter Zahl.

Das Comité hat das Recht, die Annahme von Gegenständen zur Ausstellung, ohne Angabe seiner Gründe, zu verweigern.

Bei der Schwierigkeit, sämmtliche Ausstellungsgegenstände genauer zu klassifiziren, werden dieselben in folgende VI. Abtheilungen eingereiht und dieser Einreihung entsprechend aufgestellt werden.

I. Kunstgegenstände;
II. Gewerbliche Erzeugnisse;
III. Weibliche Handarbeiten;
IV. Arbeiten von Dilettanten, welche nach § 1 c) zulässig erscheinen;
V. Gegenstände, die wegen ihres mechanischen, physikalischen oder chemischen Prinzipes vorwiegend neu in der Erfindung sind;
VI. Verschiedenes.

§ 2. Die Personen, welche sich an der Ausstellung betheiligen wollen, müssen:

a) in Wien, d. h. im Wiener Polizei-Rayon wohnhaft sein;

b) entweder der arbeitenden Klasse als Werkführer, Gehülfen, Gesellen, Handarbeiterinnen, Lehrmädchen, Lehrlinge u. dgl. angehören, Zöglinge einer der hiesigen Lehranstalten, oder

c) in Anbetracht des von ihnen auszustellenden Gegenstandes Dilettanten sein, und

d) die ausgestellten Arbeiten selbst verfertigt haben.

§ 3. Der Eröffnungstag, die Dauer der Ausstellung, sowie die für das Ueberbringen und Abholen

der Ausstellungsgegenstände bestimmten Termine u. a. m. werden durch besondere Plakate bekannt gemacht werden.

§ 4. Anmeldungen werden nur bis 31. Juli 1866 angenommen.

§ 5. Die Aussteller haben den auszustellenden Gegenstand auf ihre eigenen Kosten in das Ausstellungslokal zu bringen, und nach dem Schlusse der Ausstellung wieder abzuholen. Die rechtzeitig nicht abgeholten Gegenstände werden zum Besten eines wohlthätigen Zweckes veräußert.

§ 6. Ausnahmsweise können im Interesse der Ausstellung, zur Belehrung, zur Verschönerung des Ausstellungslokales u. dgl. auch andere Gegenstände zugelassen werden, welche aber selbstverständlich bei der Preisvertheilung nicht in Berücksichtigung kommen.

§ 7. Hervorragende Leistungen werden nach dem Urtheile einer Jury aus Fachmännern durch Preise ausgezeichnet.

Ein allfälliger Reinerträgniß wird gemeinnützig verwendet und darüber öffentlich Rechnung gelegt werden.

Zuschriften und Mittheilungen sind franco an das Ausstellungs-Comité, und zwar vorläufig entweder unter der Adresse: Dr. Carl Helm, Seilerstätte 10, oder Ludwig Lobmeyr, Kärtnerstraße 13, oder Jos. Mitsia, Färbergasse 8, zu richten, woselbst auch Programme zu haben sind.

Wien, im Januar 1866.

Das Comité:

Dr. Carl Helm, Ludwig Lobmeyr, Josef Mitsia.

Vom Büchertisch.

Der Preßprozeß gegen J. F. Martens. Mit dem Gutachten des Herrn Geh. Rath Prof. Mittermaier in Heidelberg. Eine aktenmäßige Darstellung. Hamburg, 1866.

Allen Arbeitern und Arbeiterfreunden, die den Vereinstagen in Leipzig und Stuttgart beigewohnt haben, wird Freund Martens aus Hamburg, Ausschußmitglied, unvergessen geblieben sein: der Mann mit dem schlichten Thun und Wesen, ohne Falsch und Trug, ausgestattet mit jener Beredtsamkeit, welche die Fingerhandschuhe verschmäht, und deren Feuer nicht vom fremden Herde geborgt ist. Es ist der nämliche J. F. Martens, der in obengenannter Schrift handelnde und leidende Person ist.

Martens, vielleicht der volksbeliebteste Mann Hamburgs, ist schon seit Jahren eifriges Mitglied der Bürgervertretung, Bürgerschaft genannt, und hat in dieser Eigenschaft, so oft es dem Zopf der ehrwürdigen Hansestadt galt, noch nie aus seinem Herzen eine Mördergrube gemacht, sondern ist jedesmal herausgerückt mit seiner besten Meinung, frank und frei und unbekümmert um gezuckte Achseln, gerümpfte Nasen und unangenehm berührte Philisternerven. „Martens ist grob", sagen seine Feinde — wehe dem Ehrenmanne, der nicht Feinde hätte! — Ganz richtig, aber es ist Grobheit des Wundarztes, der das Messer ansetzt oder einen alten, faulen Schaden mit Höllenstein beizt. Außerdem hat seit den Tagen des ersten Holzhauers auf jeden groben Klotz ein grober Keil noch immer eine vortreffliche Wirkung geübt.

Wie es sich nun aber begeben, daß Freund Martens zu einer Strafe von 300 Mark Courant, sowie in die Prozeßkosten verurtheilt worden, das möge Jeder in der 85 Seiten zählenden Schrift selbst nachlesen. Hier soll nur angedeutet werden, daß schon in der Sitzung der Hamburger Bürgerschaft vom 7. Juni 1865 der Handel sich entsponnen hat. In genannter Sitzung (eine militairische Frage stand auf der Tagesordnung) benutzte Martens die schöne Gelegenheit, ein warmes Wort für Volkswehr, das Militär der Zukunft, dazwischen zu werfen und zugleich auf den Hader hinzuweisen, der im Hamburger Offiziercorps mehrfällig zum Ausbruch gekommen sei.

In einer am 19. Juni veröffentlichten gedruckten Erklärung sprach dann Martens seine Verwunderung aus, daß der Hamburgische Oberst Brß noch mit der Uniform in der Stadt herumlaufe. Diese Aeußerung hat den Anlaß zum gerichtlichen Einschreiten geboten.

Es darf nicht übersehen werden, daß der berühmte Mittermaier, der Nestor auf dem Gebiete der deutschen Strafrechtslehre, in einem fast 10 Seiten füllenden Gutachten das gegen Martens gefällte Urtheil für nicht gerechtfertigt erklärt hat.

Für solche Leser, die unsern Martens noch nicht kennen, mögen hier zwei Stellen aus der meisterhaften Vertheidigungsrede des Dr. Wex stehen.

S. 52. „In dem Angeklagten lebt eine mächtige Leidenschaft, ein überwallendes Gefühl für Recht und Freiheit, und sein Leben ist ein großer Kampf gewesen für das Wohl und die fortschreitende Entwicklung der arbeitenden Klassen. In ihm verkörpert sich die treueste Hingebung an die Sache des Volkes und seiner heiligsten Interessen. So steht er vor Ihnen, ungebeugt durch die vielen Verfolgungen, denen er ausgesetzt war, unbeirrt durch die vielen Enttäuschungen, die er erfuhr, ungeschwächt durch die tausendfachen Entbehrungen, die er ertragen, unverzagt trotz der trüben und bittern Erfahrungen, die er erlebte. Trotzig, wie einst Ulrich von Hutten, sagt auch er heute, seines guten Rechtes sich bewußt:

Um Gnad' will ich nicht bitten,
Dieweil ich hab' kein' Schuld!"

S. 60. „Der Mann, der heute vor diesem Gerichte steht, und den ich den „ersten Arbeiter Hamburgs" nennen darf, ist ein Ehrenmann in der vollsten Bedeutung des Wortes. Denn seit jener Zeit, wo der Handwerksbursche von dem alten Lehrmeister in Solothurn die ersten Anregungen für die geistige, sittliche und materielle Hebung des Arbeiterstandes empfing, bis zu dem Moment, wo er an der Spitze mehrerer Patrioten den Arbeiterbildungsverein, eins der segensreichsten Institute Hamburgs, gründete; seit jener Zeit, wo der vorwärts strebende Jüngling die verbotenen Broschüren Venedey's in Paris unter die deutschen Arbeiter vertheilte, bis zu dem Augenblick, wo der in die Heimath zurückgekehrte Tischlergesell den Kampf gegen das verrottete Zunftwesen begann; seit jener Zeit, wo er wegen seiner lebhaften Theilnahme an politischen und socialen Bestrebungen in Untersuchung gerieth, bis zu dem Moment, als ihn seine Mitbürger wiederholt in die gesetzgebende Versammlung unseres Staates sandten: hat er spiegelblank den Schild seiner Ehre bewahrt, und von ihm kann man sagen, daß der Dichter ein solches Vorbild hatte, als er schrieb:

Ehre jeder Hand voll Schwielen,
Ehre jedem Tropfen Schweiß,
Der in Werkstatt fällt und Mühlen —
Ruhm und Ehre jedem Fleiß!"

„**Jefferson Davis**" lautet der Titel eines social-politischen Romans aus dem amerikanischen Bürgerkriege von Bernhard Hesslein, wovon soeben das erste und zweite Buch, in einem Bande, zu Leipzig im Verlage von Gustav J. Purfürst erschienen sind. Der Verfasser weiß mit sicherem Tacte die Charaktere in so satten lebensvollen Farben zu zeichnen, daß der politische und sociale Parteistandpunkt, den sie vertreten, mit Nothwendigkeit aus dem Boden des Charakters herausgewachsen erscheint. Und selbst da, wo dieser auf den ersten Blick völlig verzerrt, wo die einzelnen Aeußerungen und Handlungen der Personen wie ebensoviele Räthsel erscheinen, da läßt sich bei einigem Nachdenken erkennen, wie vollkommen der Verfasser diese Persönlichkeiten durchdacht hat, und mit staunendem Interesse vertieft man sich in das geistige Wesen dieser Doppelnaturen, die nur unter dem entsetzlichen Drucke der Sclaverei sich bilden und entwickeln konnten. Der bisjetzt vorliegende Band rollt ein Bild des New-Yorker Lebens vor uns auf, aus dem die Erzählung im Vorübergehen die interessantesten Punkte in sich aufnimmt, und läßt eine reiche Folge der spannendsten und ergreifendsten Situationen erwarten, an denen das Sclavenleben des Südens, bis in seine letzten Geheimnisse beleuchtet, so entsetzlich reich ist. Die Darstellung des berüchtigten Hauptes der Secession, „Jefferson Davis", dessen in den ersten beiden Büchern noch keine Erwähnung geschieht, wird dem folgenden Theile des Romans noch eine besondere Bedeutung und ein erhöhtes Interesse verleihen. — Die äußere Form betreffend, so ist sie fließend, gefällig und beweglich, wie sich dies von dem Verfasser erwarten ließ, dem seine früheren Romane „Berliner Pickwicker", „Unter dem Schleier der Nacht", „Der Teufel des Goldes", „Berlins kleine Tyrannen" schon längst einen ebenso hochgeachteten wie wohlverdienten Namen in der Schriftstellerwelt erworben haben.

(Magdeb. Presse.)

Vermischtes.

Technische Fortschritte.

Mit besonderer Theilnahme wird man immer solche Erfindungen begrüßen, durch welche irgend eine Klasse von Arbeitern einer gesundheitsgefährlichen Beschäftigung enthoben wird. Eine solche höchst ungesunde Arbeit in den Nadelfabriken ist das Anspitzen der Nadeln auf Schleifsteinen in Folge des dabei erzeugten Stein- und Metallstaubes, da das Schleifen auf trocknem Wege geschehen muß. Tausende von Fabrikarbeitern, die sich diesen üblen Einflüssen noch täglich aussetzen müssen, werden hoffentlich in ganz naher Zeit davon losgekommen, ohne deshalb ihr Brod zu verlieren. Die Abhilfe kommt von ganz unvermutheter Seite und besteht darin, daß das mechanische Schleifen durch eine selbstthätige electro-chemische Arbeit, ein Aetzen mittelst elektrischer Ströme, ersetzt werden soll. Der Telegraphen-Inspektor Couderey zu Lausanne hatte die merkwürdige Thatsache beobachtet, daß Messingdrähte, die mit einem Ende in Salpetersäure eingetaucht sind, eine regelmäßig konische und scharfe Zuspitzung erhalten sobald durch Metall und Säure ein elektrischer Strom geleitet wird. Durch praktische Proben wurde dargethan, daß das Verfahren zur Fabrikation von Stecknadeln sofort brauchbar sei. Aber die wünschenswerthe Anwendung auf Nähnadeln war damit noch nicht gefunden, da Stahl und Eisen bei derselben Behandlung keine brauchbare Spitze bilden. Jetzt ist Hr. Couderey dadurch daß er für den Stahl eine andere Eintauchflüssigkeit ermittelte, auch an dieses Ziel gelangt. Statt der Salpetersäure dient eine Lösung von gleichen Theilen Kochsalz und Alaun. Die bündelweise eingesetzten Nadeln spitzen sich darin sehr gut und nehmen sogar einen gewissen Grad von Politur an. Der elektrische Strom macht aus dem Kochsalz Chlor frei, das sogleich den Drath angreift und das Eisen auflöst, während der Kohlenstoff des Stahles als feinpulverirter Ueberzug an der Spitze hängen bleibt. Die Sache erregt bei Technikern und Gelehrten das lebhafteste Interesse; nur noch einige praktische Versuche, schreibt Hr. Couderei, und die ganze Nähnadel-Industrie wird eine völlige Umwandlung erleben. Dies dürfte um so entschiedener geschehen, als das neue bessere Verfahren zugleich auch das wohlfeilere ist. Anwendungen desselben auf andere technische Zweige dürften sich leicht noch hinzufinden.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schmeigert in Coburg.

2) Das Haus der Abgeordneten erhebt zur Wahrung seiner Rechte und der Rechte des nach Art. 83 der Verfassung von ihm vertretenen ganzen Volkes **Protest** gegen diesen Eingriff und gegen die Rechtsgiltigkeit eines jeden Verfahrens und jeder Verurtheilung, welche in Folge dieses Antrags und ähnlicher Anträge der Staatsanwaltschaft gegen seine Mitglieder ergehen möchten."

Der enge Raum unseres Blattes nöthigt uns, auf die nachstehenden Auszüge aus den hauptsächlichsten Reden uns zu beschränken.

Berichterstatter für den Hoverbeck'schen Antrag ist der Abg. v. **Forkenbeck**: Die **verfassungswidrige** Handlungsweise der Regierung zu kennzeichnen ist Pflicht gegen das Volk und gegen uns selbst. Mit allen Deuteleien über den Begriff „Meinung" ist nichts gethan. Meine Meinung bleibt meine Meinung, wenn sie auch gegen das Strafgesetzbuch verstößt. Ob ich sage: „der Minister, der mir gegenüber sitzt, ist ein Hochverräther", oder ob ich sage: „Ich **meine**, daß der Minister, der mir gegenüber sitzt, ein Hochverräther ist" — das ist vollständig gleichgiltig. Jedermann hat das Recht, durch Wort, Bild oder Schrift seine Meinung frei zu äußern; für wen sollte dieses Recht wohl mehr in Anspruch zu nehmen sein, als für die Volksvertreter? Seit seiner Existenz bis jetzt — seit 16 Jahren — hat die exekutive und richterliche Gewalt den Art. 84 respektirt. Auf Grund dieses Artikels wurden die früheren Anklagen zurückgewiesen. Aber noch mehr! Am 11. Mai 1863, also vor noch nicht drei Jahren, hat das gesammte Staatsministerium ein Schreiben an das Haus gerichtet, in welchem auf die Art. 78 und 84 Bezug genommen ist. Dieses Schreiben ist unterzeichnet von: „v. Bismarck, v. Bodelschwingh, v. Roon, Graf Itzenplitz, v. Mühler, Graf zur Lippe, v. Selchow, Graf Eulenburg." Und in diesem Schreiben heißt es u. A.: „Nach den Artikeln 78 und 84 regelt jede Kammer ihren Geschäftsgang und ihre Disciplin durch eine Geschäftsordnung, und können die Mitglieder der Kammern für ihre ausgesprochenen Meinungen nur innerhalb der Kammern auf Grund der Geschäftsordnung zur Rechenschaft gezogen werden. Diese Bestimmungen der Verfassungsurkunde — und sie sind die einzig maßgebenden — unterwerfen die Häuser des Landtages nur der durch ihre Geschäftsordnung geregelten Disciplin. Dieses haben die erwähnten Herren im Jahre 1863 feierlichst dem Hause geschrieben und im Jahre 1865 befehlen sie ihren Staatsanwälten, uns anzuklagen. Seit 16 Jahren hat noch kein Gericht erster oder zweiter Instanz diesen Verfassungsparagraphen anders aufgefaßt, als daß das Wort „Meinungen" alle Aeußerungen umfaßt, welche von einem Abgeordneten in seiner Eigenschaft als Volksvertreter gethan werden. Wohin sind wir gekommen? Die Verfassung garantirt uns Unverantwortlichkeit für unsere Reden und ein **verantwortliches** Ministerium; jetzt ist es umgekehrt, das Ministerium erklärt sich nur gegen Gott verantwortlich und **wir** werden zur Verantwortung gezogen. So sagt unser **höchster** Gerichtshof. Zu einem Zerrbilde ist unsere Verfassung geworden. Wir können nichts thun, als das offen aussprechen. Ein System, unter dem dergleichen möglich war, muß zusammenbrechen und kann dabei nichts Anderes, als sich selber begraben.

Justizminister Graf zur **Lippe** beruft sich auf eine Verordnung aus 1849, nach welcher die Staats- und Oberstaats-Anwälte den Anweisungen des Justizministers Folge zu leisten haben. Ich habe die Anweisung gegeben, jene Anklagen zu erheben. Es wird also dem Hause nicht zustehen, einen Tadel über die Staatsanwaltschaft auszusprechen. Wenn man glaubt, daß gegen irgend wen Angriffe zu richten sind, so muß es demnach gegen meine Person geschehen. Ich nehme aber auch keinen Anstand zu erklären, daß ich mich berechtigt glaube, einen Ausspruch der Gerichtshöfe über die Auslegung der Verfassung herbeizuführen, und daß ich mir dieses Recht durch keinen Beschluß des Hauses verkümmern lassen, sondern von ihm Gebrauch machen werde. Sollte das Haus den gestellten Antrag annehmen, so würde es eine Autorität über den höchsten Gerichtshof des Landes beanspruchen. Solcher Ausspruch kann blos von denen gefällt werden, welche eine höhere Autorität besitzen, als der höchste Gerichtshof des Landes. Die Gerichtshöfe stehen aber ausschließlich unter der Autorität der Gesetze, und es würde ein schwerer Eingriff in ihre Rechte sein, wenn sich das Haus dem Gesetze substituiren wollte. Der Antrag, wie er gestellt, ist aber auch geeignet, zu Widersetzlichkeiten und Gewaltthätigkeiten gegen die Erkenntnisse der Gerichtshöfe anzureizen. Ich muß den Herren Antragstellern die Verantwortlichkeit dafür überlassen, muß aber darauf hinweisen, daß die Staatsregierung in der Lage und Willens ist, solchen Widersetzlichkeiten entgegenzutreten. M. H.! Die Verfassungs-Urkunde ist im Wege der Gesetzgebung entstanden und wie jedes Gesetz der Auslegung unterworfen. Der höchste Gerichtshof des Landes hat dies gethan. Stellt sich nun zwischen seinen Ausspruch und den Ansichten dieses Hauses eine Meinungsverschiedenheit heraus, dann wird für den Gesetzgeber nur ein Weg möglich bleiben, im Wege der Deklaration eine Aenderung der zweifelhaften Stellen herbeizuführen. Jedes einseitige Vorgehen ist ohnmächtig und nur geeignet, das Ansehen der Gesetzgebung zu untergraben.

Abg. **Twesten**: Im vorigen Jahre glaubten noch Viele, und zwar selbst freisinnige Männer, daß meine Anklagen übertrieben seien, mindestens meine Ausdrücke zu hart. Mit dem Beschlusse des Obertribunals aber ist die Probe auf meine Rede gemacht. Das Obertribunal hat meine kühnsten Erwartungen übertroffen. Man hat sich demaskirt. Ja, so weit hat das Regiment des Grafen Bismarck, v. Eulenberg und zur Lippe den höchsten Gerichtshof des Landes gebracht, daß er nicht mehr den Gesetzen und der Verfassung des Landes — das sind wir längst gewohnt, — daß er auch den eigenen, noch kürzlich wiederholten Beschlüssen Hohn spricht. Die Herren Minister können in der That triumphiren über ihre Erfolge, aber mögen Sie (zu den Ministern gewendet) Ihre Richter mit allen Orden des preußischen Staates behängen, Ihre Sterne decken die Wunden nicht, welche diese Männer ihrer Ehre vor der Mit- und Nachwelt geschlagen haben, leider aber nicht blos ihrer Ehre, sondern auch der Ehre ihres Vaterlandes. Das Obertribunal hat beschlossen, die Einleitung der strafrechtlichen Untersuchungen gegen Reden in diesem Hause, und das genügt uns. Auf die Motive brauchen wir nicht neugierig zu sein. Der Sinn des Art. 84 ist klar. Die Redefreiheit kann gemißbraucht werden, aber die Macht der Executive ist oftmals gemißbraucht worden, und es fällt dennoch Niemand ein, die Executive selbst abschaffen zu wollen. Haben nicht gekrönte Häupter blutige Frevel verübt? Will man darum das Königthum beseitigen? Etwaige Ausschreitungen parlamentarischer Redefreiheit haben eine sehr geringe Gefahr; wirkliche Mißbräuche dieser Art corrigiren sich selbst. Wir werden in Zukunft und wenn es dem Herrn Justizminister beliebt, die stenographischen Berichte der letzten 5 Jahre studiren zu lassen, auch für die Vergangenheit lediglich von der Gnade des Herrn Grafen zur Lippe abhängig sein. Der Herr Justizminister hat schon gedroht in Bezug auf den Antrag, der von uns eingebracht ist, und auf die Reden, die in Folge desselben gehalten werden konnten. Der Herr Minister des Innern könnte dem Herrn Justizminister zu Hilfe kommen und eine Ueberwachung dieses Hauses durch Schutzmänner eintreten lassen; er könnte die Abgg., als auf der That ergriffen, auf dieser Tribüne verhaften lassen. Man wendet ein, wir müßten uns hier der richterlichen Entscheidung unter allen Umständen fügen. Gewiß, die ganze Möglichkeit des Rechtsstaates beruht auf der Achtung vor jeder Staatsgewalt. Aber auf der Achtung der Staatsgewalt innerhalb ihrer Competenz und nicht weiter. Wir haben die Schranken der richterlichen Thätigkeit zu respektiren, aber die Gerichte auch die unseren. Wenn das Obertribunal gegen den Regenten des Landes ein Strafurtheil fällen wollte, hätte sich derselbe einem solchen Ausspruch zu unterwerfen? Ich sage: Nein! Außerhalb der Verfassung gibt es kein Recht und keine Befugniß in diesem Lande, weder für die Krone, noch für das Volk. Die Gerichte haben keine Competenz; wollten sie eine solche geltend machen, so würden ihre Entscheidungen nicht mehr Ausfluß der richterlichen Gewalt sein, sondern revolutionäre Akte. Die Regierung hat allerdings Alles für sich; sie hat die Autorität des kgl. Namens, sie hat Geld und Kanonen, sie hat Polizei und Gerichte, aber Eins hat sie gegen sich, das ist **das Gewissen des preuß. Volkes**. Und Thatsachen, wie sie hier geschehen sind, die rufen die Opposition der **ehrlichen Leute** hervor und eine solche Opposition behält auf die Länge immer Recht. Solche Thatsachen rufen eine staatsgefährliche Stimmung hervor, sie treiben auch ruhige Männer in die Gedanken hinein, daß es uns vielleicht nicht mehr beschieden sei, Tage des Friedens zu erleben, sondern höchstens noch **Tage der Rache**. Dieser Beschluß heftet fortan jeden von uns mit seiner persönlichen Ehre an die Sache des Landes. Wir müssen jetzt erklären mit einem streitbaren Dichter des Mittelalters:

> Feig ist, wem Kampflust mag erkalten,
> Wer ruht, wenn Uebermüth'ge schalten,
> Eh' sie mit Freveln eingehalten.

Man wird uns hier finden, entschlossen, unsere eigenen Personen rücksichtslos einzusetzen, wenn es das Recht und die Ehre und die Zukunft unseres Vaterlandes erfordert; entschlossen, nicht blos zu reden, sondern auch zu **handeln**, wenn der rechte Augenblick kommt, und dieser Augenblick wird kommen. Wenn es noch etwas bedürfte, uns hierüber sicher zu machen, so wären es gerade Vorgänge dieser Art; denn solche Versuche pflegen die letzten zu sein. Die Tage, in denen Karl I. die Parlamentsmitglieder verhaften wollte, waren die letzten seiner Autorität in London und Manuel wurde durch Gensdarmen aus der Kammer geführt, aber nicht die Tribüne brach zusammen, sondern der Thron. Mag unsere Verfassung uns keinen Halt gewähren gegen die juristischen und moralischen Ungeheuerlichkeiten, mit denen man jetzt den konstitutionellen Staat in den Absolutismus zurückzudrängen sucht; wir können sicher sein, ein verfassungsmäßiges Staatsleben wird uns wiederkehren und mit ihm auch die Freiheit und die Würde dieser Tribüne. Dann wird es unsere Schuld sein, wenn abermals die nothwendigen Garantieen der Zukunft ausbleiben; aber ich hoffe, dann werden wir uns der gegenwärtigen Entscheidung des Obertribunals und unseres heutigen Beschlusses erinnern."

Ministerpräs. Graf **Bismarck**: Was ist die Absicht dieses Hauses? Die Autorität des höchsten Richterhofes der Autorität dieses Hauses unterzuordnen; ganz im Widerspruche mit verschiedenen Artikeln unserer Verfassung. Sie wollen ein Gericht vierter Instanz schaffen. Das wäre zwar keine Kabinets-, aber doch eine Kammerjustiz. Wenn es so käme, so stellten Sie für sich ein Vorrecht her, wie es das junkerhafteste Belieben nicht schlimmer erfinden könnte. Art. 4 der Verfassung müßte dann heißen: „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich" — „doch haben Mitglieder des Abgeordnetenhauses während der Session das Vorrecht, mit Worten jedes Verbrechen begehen zu können, ohne anders als nach Maßgabe der Geschäftsordnung zur Verantwortung gezogen zu werden." Ein ähnliches Mißverhältniß habe ich vergeblich in allen Gesetzgebungen gesucht. Mir ist nur eine Analogie eingefallen, die Sie hoffentlich nicht werden anziehen wollen, die preußische Gesinde-Ordnung, wenigstens wie sie früher lautet. Da heißt es: „Reizt das Gesinde durch ungebührliches Betragen seine Herrschaft zum Zorne, so kann es sich über Injurien, die es von der Herrschaft erfährt, nicht beschweren." Ich konstatire die „Thatsache", daß in diesem Hause in einem Tone gesprochen worden ist, noch gestern, der ganz unerhört ist. Wenn dem gewöhnlichen Preußen das Recht eine Verantwortlichkeit für das, was er spricht, auferlegt, wie können denn Sie, die kühnen Schiffer auf den Gewässern der Rede, da Ihnen doch ganz andere Mittel zur Vermeidung des Gesetzwidrigen zur Disposition stehen, unverantwortlich sein wollen? Glauben Sie denn das selbst? Ist das der Zustand, der in Deutschland herrscht? Eine Injurie, unter vier Augen gesprochen, ist strafbar, sobald sie bewiesen wird, und Injurien, welche Sie hier aussprechen können, und die dann in 100,000 Exemplaren Verbreitung finden, sollen nicht strafbar sein? Ich möchte Sie auffordern: **Danken** Sie mit mir dem Obertribunal, daß es unsere Gesetzgebung von einem so großen Mangel befreit hat, wenn er überhaupt bestand.

Abg. Dr. **Simson**: Die Competenz der Gerichte bestimmt sich durch das Gesetz. Das Obertribunal kann sich niemals competent machen, wo es nicht vermöge des Gesetzes competent ist. (Sehr gut!) Nun nimmt dieses Haus eine gewisse Competenz in Anspruch innerhalb dieser vier Mauern, es vindicirt sich die Competenz, das, was innerhalb dieser vier Wände vorgeht, allein zu beurtheilen und Niemand in dieses Urtheil hineinfahren zu lassen. Ich möchte sagen, es verwahrt sein Hausrecht, sein Hausrecht auch gegen die Gerichte. Es fällt uns nicht ein, in die Sphären der Gerichtsbehörden einzudringen, der Ausdruck „Angriff" paßt gar nicht, wo wir die Autorität der Gerichte nur von uns ablehnen und das beschworene Grundgesetz für uns anführen können. Wir haben nicht den Respect vor den Gerichtshöfen verloren, wir sagen nur, die Gerichte sind nicht befugt, über Meinungen derjenigen Unterthanen zu sprechen, welche die Ehre haben, als Mitglieder in dem einen oder dem andern der beiden Häuser des Landtags zu sitzen und darin ihre Meinung öffentlich, mündlich oder schriftlich kund zu geben. Mögen wir immerhin in Form eines Erkenntnisses verurtheilt werden, wir werden zu dulden wissen. Die Sache ist ernsthaft genug, namentlich für Beamte. Bedenken Sie, daß, ganz abgesehen von Geld- und Freiheitsstrafen, die Möglichkeit vorliegt, daß auf einem solchen Wege einem unter uns

die persönlichen Ehrenrechte aberkannt werden, daß die unmittelbare gesetzliche Consequenz einer solchen Entscheidung unmittelbar z. B. den Verlust des Amtes nach sich ziehen würde. Ich für mein Theil stehe und falle mit dem Gedanken; das habe ich über mich ergehen zu lassen in der Ueberzeugung, daß ich damit den Meinigen zwar Gram und Kummer, aber nicht Schande machen kann. Ihr könnt mich zwar zu Grunde richten, aber richten könnt ihr mich nicht. Mit dieser Art von Regierung ist einmal nichts verträglich, was der Freiheit auch nur ähnlich ist. Die Herren können nicht regieren, so sehr sie es auch wollen, mit einer freien Presse; sie können nicht regieren ohne Einfluß auf die Zusammensetzung der Gerichte und sollte dadurch das Ansehen der Justiz in diesem Lande untergraben werden; sie können nicht regieren ohne Einfluß auf die Wahlen zum Landtage; sie können nicht regieren mit einer freien Communalverwaltung; sie können schließlich nicht regieren mit einem Hause, in welchem die durch den Art. 84 vorgesehene unbedingte Redefreiheit waltet. Sie stehen im Kampfe mit den geistlichen und sittlichen Mächten der Gegenwart und werden diesen Mächten früher oder später weichen müssen, und wenn mich meine Ahnung nicht trügt, ist der Obertribunalsbeschluß am 29. Jan., den sie herbeigeführt haben, die erste Etappe ihres Rückzuges.

Der Antrag von Hoverbeck und Genossen wird in namentlicher Abstimmung mit 263 Stimmen gegen 35 angenommen.

Berlin. Der tiefe Eindruck, den die Debatte über den Spruch des Obertribunals gemacht hat, ist hauptsächlich aus dem Umstande herzuleiten, daß das Haus sofort in die Schlußberathung einging. Damit hat es bei einer großen Gelegenheit zum erstenmal den Segen dieser Verbesserung der Geschäftsordnung erfahren und wird in Zukunft hoffentlich mehr Vertrauen in diese Behandlungsart setzen, als bisher. Wäre der Hoverbeck'sche Antrag in eine Commission geschickt, so war der öffentlichen Verhandlung die Spitze abgebrochen. Jetzt hat die Debatte alle Frische behalten, die große parlamentarische Verhandlungen immer haben sollen. Die Schwefelhölzchen, die in der Discussion zünden sollten, waren nicht vorher probirt, wie der Abg. Simson einmal von den Vorberathungen sagte; nur die Taktik war in der Majorität festgestellt, die Argumente fielen eben so frisch, wie die Erwiderungen folgten, weder Redner noch Hörer waren ermüdet, keine schriftliche Berichterstattung schnürte den Gedanken ein, die ganze Spannkraft der Geister war in Anspruch genommen, es ist keine unbedeutende Rede gehalten, das schwerste geschichtliche, staatsrechtliche, kritische und politische Material ist in glänzenden Vorträgen von den berufensten Männern verwendet worden, Wissenschaft, sittlicher Ernst, Würde, tiefe Entrüstung verrichten vor und erreichten in Simson's Schlußrede eine Höhe, daß selbst die Antragsteller auf das Recht des letzten Wortes verzichteten.

Ueber allen glänzenden Reden aber steht die Abstimmung. Wer nicht gegen den Antrag der Majorität war, mußte für ihn sein, ein Sonderstellung dazu einzunehmen, war unmöglich. Eine Majorität von 263 gegen 35 hat das gegenwärtige Abgeordnetenhaus seit seiner ersten Session im Jahre 1863 noch nicht gehabt, sie reichte durch alle liberalen Schattirungen bis zur äußersten Rechten hin.

Was wird nun folgen? Verfolgungen gegen Redner aus dem Abgeordnetenhause! Anfangs vielleicht vereinzelt, aber die Kreuzzeitungspartei wird nicht eher ruhen, als bis sie ihre Opfer hat, und deren Zahl wird wachsen. Der Eindruck der Debatten auf die Minister war zu überwältigend, er äußerte sich zu sichtbar, als daß sie sich des Gebrauchs ihrer Mittel begeben sollten: ihre Drohungen kündigen ihre Absichten an. Aber die Abgeordneten, welche ohne Vertheidigung dem Richter stehen sollen, können nach dem Ausspruch Simson's wohl zu Grunde gerichtet werden, wer aber wird sie für gerichtet halten?

— Der Abgeordnete Twesten hat einen ausführlich motivirten Antrag auf Ablehnung des Budgets der Budgetcommission überreicht.

Socialer Theil.

Dem von Dr. A. Lange redigirten „Boten vom Niederrhein" entnehmen wir Folgendes:

„Der Abg. v. Kirchmann, welcher neben seiner juristischen Thätigkeit sich stets viel mit philosophischen Fragen beschäftigt hat, hielt neulich im **Berliner Arbeiterverein** einen Vortrag „über den Communismus in der Natur." Er verwarf in diesem Vortrage für die menschliche Gesellschaft jede Art von Communismus und Socialismus und beurtheilte selbst das Genossenschaftswesen nicht gar zu günstig. Am meisten Aufsehen machte jedoch der Umstand, daß der Redner sich schroff auf den Standpunkt der Malthus'schen Bevölkerungslehre stellte, von welcher unsere Volkswirthschafter jetzt gar nichts mehr wissen wollen, weil sie der bekannten Ricardo'schen Regel vom Arbeitslohn zu Grunde liegt.

Der Redner gab nämlich in seinem Vortrage — nicht ohne sich bewußt zu sein, daß er großes Befremden erregen dürfte — der arbeitenden Bevölkerung den Rath, die Fortpflanzung zu beschränken. Es sei einmal unabänderliches Naturgesetz, daß die Concurrenz den Lohn herabdrücke, die Uebervölkerung Noth schaffe. Deshalb sei es Jedermanns Pflicht, wie jeden anderen, so auch den Geschlechtsreiz zu zügeln; die Familie bewege sich in den natürlichsten Grenzen, wenn sie sich auf zwei Kinder beschränkte. Der Redner erklärte, über die Mittel und Wege zur Erreichung dieses Zieles, welche die Natur an die Hand gebe, sich nicht näher aussprechen zu können. Die Versammlung spendete dem Redner zum Schluß seines Vortrages lebhaften Beifall, welcher sich wohl weniger auf die angeführte Stelle seines Vortrages als auf die übrigen philosophischen Betrachtungen bezog, die er entwickelt hatte. Die Volkszeitung macht vom Bourgeoisie-Standpunkt hiezu folgende Bemerkungen:

„Wir glauben, daß nicht viele Menschen jener Theorie der Zweikinderwirthschaft, welche schon wiederholt, und immer ohne Erfolg, gepredigt worden ist, beipflichten werden; man hat sich hinlänglich überzeugt, daß Beschränkungen jeglicher Art der Förderung der Lage der Arbeiter schädlich sind. Es gibt nur ein Mittel, in dieser Beziehung etwas zu thun, nämlich das Nichtsthun, d. h. das vollständige Gewährenlassen. Man gebe vollständige Freiheit, sowohl Gewerbefreiheit wie Freizügigkeit, und die Lage des Arbeiters wird sich in kurzer Zeit bessern, ohne daß er zu unnatürlichen Mitteln zur Verbesserung seiner Verhältnisse zu greifen braucht. Es ist eine trostlose Lehre, daß die Erde keinen Raum und keine Existenzmittel haben soll für die Menschen, welche auf ihr geboren werden. Wenn man uns einwendet, daß die augenscheinliche Lage der Dinge den Beweis für die Richtigkeit jener Lehre liefere, so antworten wir: Schafft uns durch die Aufhebung jeglichen Zwanges normale Verhältnisse, und das Wort des Dichters: „Raum für alle hat die Erde" wird sich erfüllen. Aber man schlage nicht einen neuen Zwang vor, um die Fortdauer des alten Zwanges zu ermöglichen."

„Es ist leicht begreiflich, daß die Meinung des Herrn Kirchmann in Arbeiterkreisen großes Mißfallen erregt hat, und so ist auch bereits im Berliner Buchdruckerverein ein Vortrag gegen seine Ansichten gehalten worden, in welchem die Malthus'sche Lehre von der Uebervölkerung schlechthin verworfen wurde. Das heißt aber das Kind mit dem Bade ausschütten. Wer diese Lehre ganz und gar verwirft, der verfällt dem Bourgeoisie-Standpunkt der Volkszeitung. Er muß dann mit Schulze-Delitzsch die Ricardo'sche Regel leugnen und mit Gewerbefreiheit und Freizügigkeit Alles für abgethan erklären. Beide Standpunkte, der Kirchmann'sche und der Schulze'sche, den die Volkszeitung vertritt, sind wissenschaftlich unhaltbar und praktisch verwerflich. Wir wollen versuchen, diesen schwierigsten Punkt der ganzen Socialwissenschaft so klar als möglich zu machen.

„Wir bitten vorab folgende vier Punkte festzuhalten;

1) Das Mißverhältniß zwischen Bevölkerungszunahme und Nahrung besteht wirklich; es ist der tiefere Grund der niedrigen Löhne und keine dauernde Besserung der Arbeiterverhältnisse ist möglich, wenn es sich nicht ändert.

2) Es könnte allerdings auf dem von Kirchmann angegebenen Wege geändert werden; dieser Weg ist aber bei dem gegenwärtigen Standpunkt der Menschheit unnatürlich, gefährlich und grausam.

3) Es kann auch durch starke Vermehrung der Nahrungsmittel geändert werden. Dieser Weg ist von höherem Standpunkte betrachtet natürlich, gefahrlos und wohlthätig.

4) Er wird jedoch ohne eine Totalreform der heutigen Gesellschaft sicher nicht in dem erforderlichen Maßstabe betreten werden. Die Politik des Gehenlassens führt vielmehr immer weiter davon ab und Gewerbefreiheit und Freizügigkeit werden nur dann helfen, wenn sie mit andern Reformen zusammenwirken; sonst aber fällt der ganze Vortheil aus ihnen dem Unternehmer zu.

„Zur näheren Ausführung des vierten Punktes wollen wir nun noch drei Sätze beifügen:

1) So lange der Reichthum durch die heutige Productionsweise immer mehr concentrirt wird, wird auch ein immer größerer Theil menschlicher Arbeit auf die Beschaffung von Genußmitteln für die Besitzenden verwandt, weil diese es immer besser bezahlen können. Diejenige Industrie, welche verhältnißmäßig am wenigsten fortschreitet, bleibt der Landbau und sowohl der ländliche wie der industrielle Arbeiter müssen arm bleiben und immer mehr für Andere arbeiten, statt für sich.

2) Wenn durch allgemeine Einführung der Productiv-Genossenschaften die großen Kapitalien allmälig vertheilt werden, so muß die Nachfrage nach Gegenständen der Luxus-Industrie abnehmen, dagegen die Nachfrage nach nothwendigen Lebensbedürfnissen wird steigen. In Folge dessen wird die menschliche Arbeit mehr Nothwendiges und weniger Ueberflüssiges schaffen.

3) Dieselbe Wirkung muß verstärkt und auch den ländlichen Arbeitern zugänglich gemacht werden, indem die Produktiv-Genossenschaften auch auf die Bewirthschaftung der ländlichen Güter angewandt werden. Sie muß endlich durch eine Reform unserer gesammten Civilgesetzgebung, deren Grundsätze aus einer Zeit der Sclaven-Wirthschaft stammen, gesichert werden.

„Schließlich wollen wir noch bemerken, daß wenn dieser Weg betreten wird, zugleich die Vortheile des Kirchmann'schen Weges, wenigstens annähernd, ganz von selbst und ohne alle Grausamkeit erreicht werden. Man hat nämlich bemerkt, daß der Mensch bei größerer Selbstständigkeit später zur Ehe schreitet, und daß bei besserer geistiger Ausbildung des Menschen und reicheren, edleren Lebensgenüssen die Familien kleiner bleiben, als wo der Mensch zur Arbeitsmaschine gemacht wird. Der Gesetzgeber muß aber immer auf die natürlichen Neigungen und Eigenschaften der Menschen Bedacht nehmen und nicht das Heil von einer aufgenöthigten Moral erwarten. Deshalb wird derjenige, welcher die Sache mit Kirchmann und Malthus anfängt, gar nichts erreichen; wer sie aber mit der politischen und ökonomischen Befreiung des Arbeiterstandes anfängt, erhält zuletzt die von Jenen gewünschten Vortheile, soweit sie gut und natürlich sind, noch mit in den Kauf."

Berlin, 5. Februar. (Magdeb. Presse.) Die Angelegenheit der weiblichen Erwerbsquellen rückt wieder um einen Schritt weiter. Von dem „provisorischen Vorstande" des Comité's, welches sich für die Angelegenheit hier gebildet hat, Herrn Dr. Lette als Vorsitzendem und Dr. Maron als Secretär, geht uns so eben ein Aufruf des Comité's zu, in welchem dasselbe gleichgesinnte Männer und Frauen zum Beitritt zu einem Centralverein zur Förderung der Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts auffordert. Durch die Verpflichtung, jährlich einen Beitrag von mindestens einem Thaler zu zahlen, durch einmalige Zahlung von 10 Thlrn. oder durch die Unterzeichnung eines auf den Betrag von 100 Thlrn. lautenden Garantiescheines für die dem Verein in Verfolgung seiner Zwecke erwachsenden Geldverbindlichkeiten wird die Mitgliedschaft erworben. Der Verein will nach § 1 seines provisorischen Statuts gewerbliche und commercielle Lehranstalten für das weibliche Geschlecht befördern, zur Nachweisung gewerblicher Lehrgelegenheiten und Vermittelung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitgeberinnen, sowie zum Schutz selbstständig beschäftigter Personen weiblichen Geschlechts gegen Benachtheiligung in sittlicher oder wirthschaftlicher Beziehung, vorzugsweise durch Nachweisung geeigneter Gelegenheit für Wohnung und Beköstigung mitwirken, jedoch soll sich in diesen beiden Punkten die Vereinswirksamkeit — aus welchem Grund, wird nicht gesagt — nicht auf die in Fabriken und beim Landbau beschäftigten Handarbeiterinnen, Dienstboten, Wäscherinnen erstrecken*); endlich faßt der Verein Begründung von Verkaufs- und Anstellungslokalen für weibliche Handarbeiten und künstlerische Erzeugnisse ins Auge.

*) Warum denn nicht? D. Red.

(Schluß des socialen Theils in der Beilage.)

Hierzu ein Beiblatt.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert in Coburg.

Nr. 165. Vierter Jahrgang. Sonntag,

Coburg. 25. Februar 1866.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 48 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 3 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 8. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang andauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

☞ **Wir machen auf die am Schluß dieser Nummer ersichtliche, eigentlich hierher gehörige Ansprache des Vorsitzenden des ständigen Ausschusses aufmerksam, die uns erst nach Schluß dieser Nummer zugegangen ist und deshalb nicht mehr an die Spitze des Blattes kommen konnte.**

Die Redaction.

Vereinsangelegenheiten.

Mds. **Stuttgart**, 19. Febr. Mit Bedauern haben wir die Erklärung des Heidelberger und Pforzheimer Vereins vernommen, welche sich gegen die Bestrebungen der Arbeitervereine: das allgemeine und directe Wahlrecht zu erlangen, ausgesprochen, unser Befremden ist um so größer, da Baden dasjenige Land, welches in der Neuzeit der freiheitlichen Entwicklung so sehr gehuldigt und auf diesem Gebiete auch tüchtige Errungenschaften gemacht. Wie ganz entgegengesetzter Meinung die würtembergischen Vereine sind, welche die Mahnung des ständigen Ausschusses für ganz am Platze hielten, und sich vollkommen mit dem Circular einverstanden erklären, ist der beste Beweis der, daß im Einverständniß der dem Verbande angehörigen Vereine zur Zeit eine Petition vorbereitet wird, um die Erlangung des allgemeinen und directen Wahlrechtes mit geheimer Abstimmung zu ermöglichen. Die Petition wird, sobald eine möglichst große Anzahl von Unterschriften hierfür gesammelt, der Kammer überreicht werden und somit die gerechte Forderung zum Ausdruck gebracht. In den letzten Wochen waren die Montagsversammlungen alle mit Berathungen über Vereinsangelegenheiten ausgefüllt. Die Wohnungsfrage, die Gründung einer Speisegenossenschaft, die Beantwortung der von Seiten der Handelskammer an den Verein gestellten Anfrage, ob die Errichtung von öffentlichen Leihhäusern zu empfehlen wäre u. s. f., gab Veranlassung genug zu längeren Debatten. In Bezug auf die öffentlichen Leihhäuser sprach sich auch der Arbeiterverein **für** dieselben aus; sein Gutachten ist also diesmal übereinstimmend mit dem des Gewerbevereins.

Letzten Montag wurde nun wieder die Reihe der Vorträge eröffnet. Herr Dr. **Oppenheim** aus Berlin, der frühere Herausgeber der deutschen Jahrbücher, hatte diesmal den Vortrag übernommen. Der Redner sprach über Joh. Jacob Moser, und führte den zahlreichen Zuhörern die Lebensgeschichte dieses Ehrenmannes vor, der nie zauderte, wenn es galt, für das Recht in die Schranken zu treten. Mit der Erzählung der Geschicke dieses ächt deutschen Mannes gab der Redner ein sprechendes Spiegelbild der Zustände des vorigen Jahrhunderts, mit denen unsere heutigen Verhältnisse, namentlich die in Preußen nur zu viel Aehnliches haben. Die Versammlung folgte mit sichtlicher Spannung dem interessanten und lichtvollen Vortrage und bewies durch ihre lebhafte Beifallsbezeugung, daß sie es dankbar anzuerkennen weiß, wenn ihr so treffliche geistige Anregung geboten wird.

Großenhain, den 21. Februar. In einer am 15. Februar abgehaltenen Versammlung wurde auf Vorschlag des Unterzeichneten einstimmig beschlossen:

„Daß der Vorsitzende des ständigen Ausschusses, Hr. P. Staudinger, durch sein Circular vom 5. December v. J. im richtigen Verständniß seiner Pflicht, dem Beschlusse des Vereinstags Rechnung getragen hat.

Ferner erklärt die Versammlung, daß es die heiligste Pflicht der Arbeiter resp. Arbeitervereine ist, mit allen nur erdenklichen Mitteln zur Erlangung des allgemeinen gleichen und directen Wahlrechts **mit geheimer Abstimmung** einzutreten.

Ferner spricht der Verein sein tiefes Bedauern über die badischen Brudervereine aus, daß sie sich von derartigen Junkern der Wissenschaft hinter's Licht führen lassen.

Im Auftrage des Arbeiter-Bildungs-Vereins zu Großenhain.

Gustav Ringpfeil, Vorsitzender.

An sämmtliche Arbeiterbildungsvereine in Deutschland.

Freunde, Brüder!

Wir bringen hiermit zur Kenntniß, daß von den deutschen Arbeiterbildungsvereinen der Schweiz der **Verein Zürich** zum **Vorort** derselben für 1866 wieder gewählt wurde und ersuchen daher sämmtliche Vereine, Briefe, Drucksachen, Zeitschriften u. s. w. an den Vorort Zürich, resp. an das Central-Comité einzusenden.

Mit Brudergruß und Handschlag zeichnet Namens des Gesammtvereins

Das Central-Comité.

Der Präsident A. Borst.

Stiftungsfest des Bildungsvereins für Arbeiter in Hamburg.

Am Sonnabend den 10. Febr. feierte der genannte Verein sein Stiftungsfest nach 21 jährigem Bestehen in gewohnter Weise, durch Gesang und Reden, woran sich ein heiteres Festmahl knüpfte.

In dem neuen Sagebiel'schen Etablissement versammelte sich eine große Anzahl Festtheilnehmer, und ward die Feier bald nach 9 Uhr vom Sängerchor des Vereins mit einem Festgesang eröffnet. Darauf erstattete der derzeitige Präsident G. A. Richter Bericht über die Wirksamkeit des Vereins, dem wir im Auszuge folgendes entnehmen. — Der Lehrplan blieb derselbe wie früher, ein Cursus in Physik ward hinzugefügt, die Kosten dafür jedoch von Seiten der sich betheiligenden Mitglieder bestritten. Die Cassenverhältnisse schlossen nicht so günstig ab wie in früheren Jahren, indem die Einnahme um 268 Mk. von der Ausgabe überstiegen ward, doch befanden sich am Schluß des Jahres noch 1355 Mk. in Casse. Die Gesammteinnahme betrug 9662 Mk. und die Ausgabe 9930 Mk. — Geschenke gingen mehrseitig ein, theils an Geld, theils an Büchern, während anderseits die Bibliothek auch durch Ankauf verstärkt ward.

Weitere Thätigkeit des Vereins erstreckte sich auf Beschickung des Stuttgarter Arbeitertages, und auf Betheiligung an den voriges Jahr die Arbeiterwelt stark bewegenden Fragen der Abkürzung der Arbeitszeit und der Lohnerhöhung. Leider ist hierin auch hauptsächlich der Grund für die geringere Einnahme des Vereins zu suchen, indem durch die Arbeitsniederlegungen ein großer Theil fremder Arbeiter Hamburg verließ, und später hinzukommende diese Lücke nicht sogleich ausfüllten, doch hob sich im November die Mitgliederzahl wieder auf 848. Von Seiten des Ver-

eines ward auch an die Bürgerschaft eine Petition gerichtet, die die Aufhebung einer in Folge der Arbeitsniederlegung erlassenen Polizei-Verordnung erzielen sollte. Die Polizeibehörde bestimmte, daß kein aus Arbeit kommender Arbeiter sich länger als 6 Tage hier ohne Arbeit aufhalten dürfe, wenn er in dieser Zeit keine Arbeit enthielte, in der Regel abreisen müsse. Diese mit dem Princip der Freizügigkeit in Widerspruch stehende Verordnung treffe grade die Mitglieder des Vereins, die zum bei weitem größten Theile aus auswärts geborenen bestände, sehr hart, und sei deshalb deren Beseitigung zu wünschen. Leider seien die bis jetzt gethanen Schritte nutzlos geblieben.

Schließlich sprach derselbe noch im Namen des Vereins seinen wärmsten Dank den wenigen Männern der Wissenschaft aus, die ihre Kenntnisse und ihre Zeit dem Vereine mit gewidmet hätten, und schloß mit dem lebhaften Wunsche eines ferneren segensreichen Gedeihens des Vereins.

Abwechselnd mit Gesangvorträgen sprachen, für den erkrankten Bossert, Th. Reckert, indem er mehre interessante Beiträge zur Geschichte des Bildungsvereins besprach. — Nach ihm verglich J. F. Martens die sogenannte „gute alte Zeit" mit der Jetztzeit, und hob den Unterschied von Sonst und Jetzt besonders durch den Vergleich hervor, wie er in Stuttgart vor 30 Jahren als reisender Handwerksbursche aufgenommen ward, und wie die Aufnahme von ähnlichen Menschen zur Zeit des Stuttgarter Arbeitertages war. Damals wäre ein solches Zusammenkommen mindestens Hochverrath gewesen. — Als letzter Redner faßte Dr. Wohlwill, anknüpfend an das vom Präsidenten über die Vergangenheit des Vereins Gesagte, und an den Januskopf mit doppeltem Gesicht erinnernd, die Zukunft des Vereins in's Auge. Der Arbeiter müsse durch sich selbst, seine eigene Gesinnungstüchtigkeit und Fähigkeit sein Glück erstreben, und die Mitglieder dazu tüchtig zu machen, sei neben Unterricht und Bildung, Vergnügen und Unterhaltung das Streben des Vereins. Zu erreichen sei dies schließlich nur durch das allgemeine und directe Wahlrecht.*) Dann kritisirt derselbe noch verschiedene Histörchen der von Seiten des Arbeitertages (?), oder demselben nahestehenden Personen verbreiteten Volkskalender, die Emporkömmlingsgeschichten behandelten und mit Orden und Ehrentitel endeten. Der Arbeiter solle, was er wird, durch sich selbst werden.

Am Schluß der Hauptfeier forderte der Präsident auf, im Vereinslocal an den beiden folgenden Tagen die Arbeiten der Zeichenstunden, Modellirclasse und des stenographischen Unterrichts zu besehen, indem diese zu dem Zweck ausgestellt sein werden.

Mehre fremde Gäste und Deputirte anderer Vereine hatten sich zu dieser schönen Feier eingefunden. Beim Festmahl, welches der Hauptfeier folgte, und welches durch die Anwesenheit einer großen Anzahl verschönert wurden, wechselten ernste und heitere Tischreden und Toaste, an denen sich von fremden Gästen Herr Niebecker aus Göttingen, Herr Bruhn aus Pinneberg, Herr Wachenhusen aus Boizenburg, Herr Eicke aus Harburg, Herr Klepen aus Neumünster, Herr Voget aus Itzehoe und Herr Pelz aus Newyork betheiligten.

Morgens 3 Uhr schloß dies in ungetrübter Heiterkeit verlaufene Fest, und gewiß mit den wärmsten Wünschen für das fernerne Gedeihen des Vereins gingen die Theilnehmer auseinander.

Kempten, 13. Febr. Wir haben nun das erste Heft der Monatsschaft „Die Arbeit" erhalten, und mit Aufmerksamkeit durchgelesen. Wenn wir auch mit der Tendenz und Haltung dieser Schrift vollkommen einverstanden sind, so möge man es uns doch nicht übel deuten und nicht als ein Mißtrauensvotum gegen den Vereinstagsausschuß betrachten, wenn wir in Folgendem unsere Meinung darüber aussprechen.

Vor Allem muß bemerkt werden, daß hier nichts Neues geboten wird. Ferner glauben wir, daß diese Artikel ihren Platz besser in der Arbeiterzeitung finden würden, und der Redakteur derselben würde sich gewiß bereit finden, statt des politischen Theils der Arbeiterzeitung diese Artikel an dessen Stelle zu setzen.

Auf diese Art würde dreierlei bezweckt: erstens könnte man die Arbeiterzeitung dadurch kräftig unterstützen, zweitens würden bedeutende Kosten erspart, und drittens bekämen wir dann ein Blatt, das unsern Anforderungen vollkommen genügte.

Wir bemerken ferner, daß den Arbeitern so viele Schriften und Bücher geboten werden, als ob wir geschäftslose Privatleute und nicht Arbeiter wären. Denn wenn wir die Schriften und Bücher alle lesen wollten, die uns geboten werden, so müßten wir Sonntag anfangen und Samstag aufhören, an eine andere Arbeit wäre nicht zu denken; und dann soll man doch auch an den Unterrichtsstunden Theil nehmen, da kann man im höchsten Fall 2 Abende in der Woche dazu verwenden.

Dabei möge man doch auch berücksichtigen, daß, wenn man den ganzen Tag in der Werkstatt oder im Fabriksaal angestrengt gearbeitet hat, man doch nicht gleich von der körperlichen zur geistigen Arbeit übergehen kann, und der Mensch doch ein wenig Erholung bedarf.

Wir stellen daher schließlich an alle Männer, welche für die Arbeiter ihre geistigen Kräfte verwenden, die herzliche Bitte, sich so kurz wie möglich zu fassen und keine unnöthigen Schriften in die Welt zu senden, wir könnten sonst leicht auf den Gedanken kommen, daß nicht alles Gold ist was glänzt, und daß bei manchem Literaten, der für die Arbeiter schreibt, andere Motive herrschen als Nächstenliebe.

(Wir haben schon früher in Bezug auf die beabsichtigte neue Zeitschrift unsere Ansicht ausgesprochen. Wir geben den Freunden in Kempten zu, daß die ganze Lage, daß das gemeinsame Interesse der Arbeiter auf möglichste Einigung und Sammlung der Kräfte, statt auf Zersplitterung hinweist; wir geben zu, daß es praktisch gerathen erscheint, das einmal bestehende Organ, welches nach Ueberwindung aller Schwierigkeiten, die jedem neuen Unternehmen und einem Arbeiterorgan zumal entgegenstehen, festen und breiten Boden zu nachhaltiger Wirksamkeit gefunden hat, zu solcher im gemeinsamen Interesse möglichst zu benutzen und die wirkenden Kräfte, geistig und wirthschaftlich haushälterisch, eben auf dieser mühsam einmal geschaffenen Grundlage zu gemeinsamen Wirken möglichst zusammenzufassen.

Allein das neue Organ ist nun einmal in's Leben gerufen, und zwar, wie wir mit Grund glauben annehmen zu dürfen, nicht um der Arbeiterzeitung entgegen zu wirken, sondern um mit derselben für das gleiche Ziel zu wirken. Es gilt nun mit der fertigen Thatsache zu rechnen und sie im Interesse des gemeinsamen Ziels, der Emancipation der Arbeit, zu verwerthen. Und da zeigt denn die ganze Anlage der neuen Monatsschrift von vornherein, wohin der Schwerpunkt ihrer Wirksamkeit neigt und neigen muß. Die Freunde in Kempten sprechen allerdings nur eine Thatsache aus, wenn sie sagen, daß umfangreiche Aufsätze und Schriften nicht für die Arbeiter geeignet sind, weil eben die Zeit und die Eigenschaften, um dergleichen mit Erfolg zu lesen, den Arbeitern in der Regel fehlen und aus den von der Kemptener Correspondenz angedeuteten Gründen fehlen müssen. Aber für das gemeinsame Ziel muß nach allen Seiten hin, nach oben wie nach unten gewirkt, es müssen nicht nur die Köpfe der Arbeiter, es müssen auch die Köpfe der sogenannten Gebildeten aufgeklärt und für die richtigen socialen Ideen gewonnen werden. In letzterer Hinsicht ist nun aber anders zu verfahren. Um auch in diesen Klassen Propaganda für diese neuen Ideen zu machen, sind eingehende, wissenschaftliche Erörterungen, anknüpfend an den höheren Bildungsstand dieser Klassen, nothwendig, um die eingesogenen Vorurtheile mit den siegreichen Waffen der Wissenschaft nach und nach zu überwinden und das geht eben nicht mit kurzen Artikeln, sondern dazu sind lange Abhandlungen unvermeidlich. So zeichnet sich ganz von selbst die Aufgabe der neuen Monatsschrift, (deren Name die „Arbeit", das Losungswort, welches über der Eingangspforte der neuen Zeit steht, ganz gut gewählt ist) und die der „Arbeiterzeitung" ganz von selbst. Beide sollen, wenn sie ihre Aufgabe recht verstehen, für die neuen Ideen sich gegenseitig in die Hand arbeiten: die Arbeiterzeitung nach unten, die „Arbeit" nach oben; die letztere, wenn sie sich zur wissenschaftlichen Leuchte der neuen Zeit erhebt und deren Lichtstrahlen Bahn bricht in die noch von so vielen Vorurtheilen befangenen Köpfe der sog. gebildeten und gelehrten Kreise, in tadelloser Form, aber mit unerbittlicher, eiserner Logik und ohne Ansehen der Person, die unhaltbaren alten Anschauungen vor sich niederwirft, kann sich ein unsterbliches Verdienst erwerben und ihr Redacteur hat das Zeug dazu. Es ist gerade bei den Vorurtheilen dieser Klassen ganz von selbst geboten, daß diese Zeitschrift, weil auf rein wissenschaftlichem Gebiet sich bewegend, die Politik bei Seite lassen muß: die vielen politischen Zeitungen, welche diesen Klassen zu Gebote stehen, besorgen das Nöthige so. Die Aufgabe der „Arbeiterzeitung" dagegen ist es: in den Kreisen der **Arbeiter** die breite Grundlage des aufzurichtenden neuen socialen Gebäudes auszumauern, bis endlich am Ziel der gemeinsamen Arbeit, wenn das Gebäude endlich aufgerichtet ist, die Bauleute, — wenn auch bei der Gewaltigkeit des Baues, schwerlich mehr die heutigen, doch ihre Nachfolger, — sich die Hände reichen, um den Weihespruch zu thun. Daß bei dieser Aufgabe die „**Arbeiterzeitung**" die **Politik nicht** bei Seite lassen kann, ergibt sich um so mehr von selbst, als die Arbeiter eben nicht Zeit haben, viele Zeitungen zu lesen, und als es ganz unvermeidlich sein wird, daß zur rechten Zeit, wenn die noch in unsere Gegenwart hineinragenden politischen Ruinen des Mittelalters, deren Verehrer so eifrig sie unterminiren, endlich zusammenstürzen, wie immer die Arbeiter zum Aufräumen dieses Schutts Hand werden anlegen müssen und als sie dann bereits nicht bloß wissen müssen, wo der Schutt hinzuschaffen ist, um dem Neubau nicht mehr schädlich zu werden, sondern auch, was an die geräumte Baustelle gesetzt werden muß. Ohne Bauplan geht es eben nicht und ein politischer Bauplan wird so wenig wie ein anderer über Nacht gemacht, er muß aus der aufmerksamen, regelmäßigen Beobachtung der Zeitbegebenheiten allmählich in den Köpfen reifen. Der politische Bau, welcher das äußere Kleid des angestrebten socialen Inhalts ist, muß auch diesem angepaßt sein. Daraus ergibt sich, daß die Arbeiter und die Arbeiterzeitung die Politik **nicht** bei Seite lassen können, und daß es ebenso auch die Vereine nicht sollen, wenn sie nicht durch äußeren Zwang dazu genöthigt sind. **Die Redaction.**)

Mülsen St. Jacob, 18. Febr. Nach langen vergeblichen Versuchen und vielseitigen Anregungen gelang es endlich den Bemühungen mehrerer sich lebhaft dafür interessirender und das allgemeine Wohl im Auge habender einsichtsvoller hiesiger Männer, im Laufe des vorigen Jahres im hiesigen Orte einen Arbeiterverein zu gründen, welcher sich trotz vielfacher Anfechtungen und verschiedenartiger Verleumdungen dennoch, wenn auch langsam, vorwärts bewegt, aus der Mitte desselben hat sich auch eine Consumgenossenschaft gegründet, welche am 1. Juni des vorigen Jahres ihre Thätigkeit begann, somit im vorigen Jahre 7 Monate das Geschäft betrieben hat, wir haben am Schlusse dieses Jahres unseren Genossenschaftsmitgliedern auf den Thaler entnommene Marken 14 Pfennige also $4^{2}/_{3}$ % Rabatt nach Abzug der Geschäfts- und Verwaltungskosten gewähren können, hoffen aber in dem neuen Jahre noch weit günstigere Resultate zu erzielen, zur Kenntnißnahme für unsere Brudervereine erlauben wir uns unseren Rechnungsabschluß zu veröffentlichen.

Einnahme:

	Thlr.	Sgr.	Pf.
Conto der Eintrittsgelder von 82 Mitgliedern à 2 Sgr.	5	14	—
Conto der Stammeinlagen	43	3	—
Conto des Markenverkaufs	1486	15	—
Conto des erzielten Rabatts	85	—	8
Conto der Spar- u. anderen Einlagen	—	—	9
Conto der zurückerhobenen Kapitalien	35	—	—
Conto der Zinsen von ausgeliehenen Kapitalien	1	—	5
Sa.	1656	16	8

Ausgabe:

	Thlr.	Sgr.	Pf.
Conto der an die Contrahenten, sowie behufs Ankaufs von Seife verausgabten Gelder im Betrage von	1415	25	9
Conto der ausgeliehenen Kapitalien	135	—	—
Conto der Zinsen für voll eingezahlte Stammeinlagen	3	6	—
Conto für Anschaffung von Vereinsinventar	11	23	6
Conto der Geschäfts- u. Verwaltungskosten	14	10	8
Sa.	1577	3	9

Marken wurden von 57 Mitgliedern, wie oben ersichtlich, 1486 Thlr. 15 Sgr. erkauft, mithin im Durchschnitt à Mitglied 26 Thlr. $2^{1}/_{10}$ Sgr. in 7 Monaten.

Mit unserer Genossenschaftskasse ist zugleich eine Sparkasse verbunden, bei welcher die Einrichtung besteht, daß alle vollen eingesteuerten Thaler vom nächsten Monat ab zu 4 % verzinst werden, welche jederzeit nebst Zinsen auf Verlangen zurückgezahlt werden.

Desgleichen ist auch aus der Mitte des hiesigen Arbeitervereins eine Weberassociation gegründet wor-

*) Vom Bildungsverein wird wohl auch noch eine directe Erklärung in dieser Frage und gegenüber den badischen Vereinen zu erwarten sein. D. Red.

den, worüber seiner Zeit nach erfolgter Rechnungsablegung weitere Auskunft ertheilt werden soll.

Um dem Wunsche des Arbeiterbildungs- und Unterstützungsvereins zu Hainichen, welcher in Nr. 159 d. Bl. ausgesprochen ist, freundlichst nachzukommen, erlauben wir uns schließlich noch zu bemerken, daß wir unsere Marken von Günther aus Zwickau bezogen und zwar 2000 Stück zu 6 Thlr. 20 Sgr. Dieselben sind aus gemusterten Papier verfertigt, und enthalten mit gedruckten Buchstaben und Ziffern den Nominalbetrag, den Namen des Vereins, sowie der Genossenschaft und eine schattirte Rubrik für die darauf zu schreibende fortlaufende Nummer, auf der Rückseite haben wir auf einer jeden derselben unser Genossenschaftssiegel beigedruckt, um so viel als möglich Irrungen zu vermeiden, wir haben dergleichen Marken von 1 Pfennig bis zu 1 Thaler in 10 verschiedenen Werthbeträgen. Mögen diese wenigen Zeilen dazu beitragen, neu entstandenen Vereinen einigermaßen als Richtschnur zu dienen.

Mit Gruß und vereinsbrüderlichen Handschlag.

Karl Krauße,
Vorsteher der Consumgenossenschaft.

Pforzheim, 19. Febr. Brieflichen Vorwürfen begegne hiermit damit, daß mich der Pforzheimer Arbeiterbildungsverein nichts mehr angeht. Ich bin weder Vorsitzender, noch Vorstand — meine Ehrenmitgliedskarte habe ich zerrissen — kann und will also in besagter Angelegenheit nichts thun.*)

Bei dieser Gelegenheit empfehle ich den Freunden und Gesinnungsgenossen meinen bei Alexander Waldow in Leipzig erschienenen „Vortrag über die Vorträge!“

Moritz Müller.

Zürich, 18. Febr. (Die Arbeiterbewegung in Zürich und die rücksichtslose Behandlung derselben durch die Züricher Presse.) Wie bereits in vorletzter Nummer bekannt gemacht wurde, daß sämmtliche Spenglergehülfen die Arbeit eingestellt haben, mußte vor allen Dingen auffallend erscheinen, daß das Züricherische Publikum solches durch fremde Blätter erfahren mußte, selbst ein Züricher Blatt „Die Limmath“, spricht sich in ihrer letzten Nummer dahin aus, daß es charakteristisch sei, solches nicht von der Züricher Tagespresse sondern dem „Winterthurer Landboten“ entnehmen zu müssen, da nach eingezogener Erkundigung die Arbeitseinstellung auf Thatsache beruhe. „Der Berner Bund“ spricht sich ebenfalls entschieden für die gerechte Forderung aus. Die Verwunderung über die Presse ist zwar, wenn wir die früheren Bewegungen der Arbeiter betrachten, nicht so bedeutend, hat doch die Züricher Presse über die Stellung der Prinzipale zu den Schriftsetzergehülfen nur sehr spärliche Berichte veröffentlicht, da jedoch bekanntlich dieselben auf die Forderung der Gehülfen einwilligen mußten, so ist es um so auffallender, denn Kenntniß hatte dieselbe von der Arbeiterbewegung der Spenglergehülfen, zumal der Beschluß der Meisterschaft vom 2. Februar gedruckt erschien. Wir sind überzeugt, daß der größte Theil des Züricherischen Volkes diesem Verlangen nicht entgegenwirken wird, da gerade dieser Kanton bei der kürzlich stattgehabten Abstimmung über die Bundesrevision mit überaus großer Mehrheit die Punkte annahm. Sie haben dadurch das Zeugniß an den Tag gelegt, stets bestrebt zu sein, Opfer für das Wohl des gesammten Volkes zu bringen, möge stets der edle Geist im Züricher Volke herrschen, wie dasselbe es kürzlich bewiesen hat und die öffentliche Meinung wird alle die Uebelstände, welche den Arbeiterstand noch umgeben, zu beseitigen wissen. Auch haben bereits einige Meister dieser gerechten Forderung der Spenglergehülfen entsprochen; mögen sich tüchtige Männer an die Spitze stellen und den Arbeiterstand zu heben und zu fördern helfen, denn nur dadurch, wenn der Arbeiter nicht allein praktische Erfahrung, sondern auch wissenschaftliche Bildung besitzt, kann er ein tüchtiger Bürger des Staates werden, wozu die freiheitliche Constitution der Schweiz die besten Garantieen dafür bietet.

---

*) Dasselbe Gothaer Professorenthum, welches jetzt den Zwiespalt schürt zwischen den badischen und den übrigen Brudervereinen in Betreff des allgemeinen Stimmrechtes hat seiner Zeit auch Hrn. Moritz Müller aus dem dortigen Arbeiterverein, um den er ganz unbestreitbare Verdienste hat und der Hrn. M. Müllers unermüdlicher Thätigkeit z. B. u. a. das eigene Haus zu danken hat, ausgetrieben. Immer und überall dieselben Intriguanten. Nur bedauerlich, daß unsere badischen Vereinsbrüder sich von dieser Sippschaft in's Schlepptau nehmen lassen.

Die Herausgeber.

Cigarrenarbeiterangelegenheiten.*)

Bekanntmachung.

Die Anerkennung der Satzungen des „Allgemeinen deutschen Cigarrenarbeitervereins“ seitens der Behörden zu Frankfurt a. M. ist erfolgt und somit steht der Versendung der Statuten nichts im Wege, deshalb richten wir an unsere Geschäftsgenossen die Bitte, schleunigst die Interimssteuer an den Cassier Herrn J. Leutenmeier, Frankfurt a. M., Haideweg 2, einzusenden; es ist dies um so dringender, als die Stempel und Reisebücher gleich fein und vom Direktorium geliefert werden sollen. Auch die Geschäftsordnung ist unter der Presse und kann in einigen Tagen zur Versendung kommen.

Weiter bitten wir uns so schnell als möglich die in der Bekanntmachung (enthalten im Protokoll der Delegirtenversammlung) gewünschte Auskunft, bezüglich der Actien rc., gefälligst zukommen zu lassen.

Verschiedene briefliche Anfragen über den Verein, soweit solche bis dato noch nicht von mir beantwortet sind, finden ihre Erledigung theils in den Statuten, theils in der Geschäftsordnung, die jedoch den in Leipzig vertreten gewesenen Ortschaften nur dann eingehändigt werden, wenn sie ihren Verbindlichkeiten gegen die Casse nachgekommen sind.

Mit Gruß und Handschlag.

Leipzig, den 15. Februar 1866.

Für das Direktorium:
F. W. Fritzsche, Obmann.

An unsere früheren Verbandsgenossen.

Geehrte Collegen!

Es ist mir von unserem Cassier des Allgemeinen deutschen Cigarrenarbeitervereins J. Leutenmeier zu Frankfurt a. M. mitgetheilt worden, daß schon einige von den Vereinen, welche durch Unterzeichneten beim Leipziger Vereinstage vertreten waren, Ihre an uns zu entrichtende Kopfsteuer von 9 kr. per Kopf nach Frankfurt geschickt haben. Um nun weiteren Irrungen vorzubeugen, will ich hiermit noch einmal in Erinnerung bringen, daß besagte Steuer direkt an uns geschickt wird, was nur denjenigen gelten kann, welche bis dato noch zurück sind. Dagegen wird die in dem Vereinstagsprotokoll vorgesehene Interimssteuer, vom Tage des Leipziger Vereinstags an gerechnet bis zum 1. März l. J., sogleich nach Frankfurt gesendet. Auch dies soll nur denjenigen gelten, welche bis dato noch säumig waren. Anbei will ich auch, um unsern weniger eingeweihten Mitgliedern rc. einen Blick in den inneren Geschäftsgang thun zu lassen, das Rundschreiben, welches jedem einzelnen Ausschußmitgliede zugeschickt wurde, nachstehend veröffentlichen.

Geehrter Geschäftsgenosse! Durch unsern Herrn Obmann F. W. Fritzsche, ist mir der ehrenvolle Auftrag geworden, (laut Rundschreiben) die Wahl eines Vorsitzenden, für den neu gewählten Ausschuß des deutschen allgemeinen Cigarrenarbeitervereins vorzunehmen.

Fritzsche wünschte damals, daß die Wahl sofort sollte vorgenommen werden, was aber nicht möglich war, weil das Vereinstagsprotokoll noch nicht versendet gewesen ist.

Da dies nun in aller Hände sich befindet, so bitte ich hiermit freundlichst, mir die Abstimmung zuzusenden, das Resultat werde ich in unseren beiden provisorischen Vereinsorganen, Social-Demokrat und Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung, sobald mir alle Stimmen zugegangen sind, veröffentlichen.

Mit Brudergruß und Handschlag.

Stuttgart, den 29. Januar 1866.

Franz Leib, Ludwigsstraße 4, 1 Tr.

NB. Da es in Coblenz keinen Steinemann gibt und in Altona keinen Hintzsch, so sind die beiden Vereine gebeten, sogleich je einen aus ihrer Mitte zu ernennen, ebenso der Verein Hagen und Magdeburg, für letzteren Verein hat Böhme abgelehnt.

Göttingen, im Febr. Auf eine in Nr. 15 dieser Zeitung erschienene Correspondenz aus Göttingen in Betreff des Arbeitervereins „Vorwärts“ hier kann der Vorstand desselben nicht umhin, folgende Erklärungen und Berichtigungen abzugeben.

---

*) Die nachstehenden beiden Einsendungen sind uns für die vorige Nummer zu spät zugekommen, da dieselbe wegen des inmitten gelegenen Bußtags 1 Tag früher hat gedruckt werden müssen, als gewöhnlich.

D. Red.

Was diesen Artikel nun anbelangt, so ist zunächst zu bemerken, daß derselbe von Unwahrheiten im buchstäblichsten Sinne wimmelt; allerdings wurde zunächst in jener Generalversammlung über die Gewerbefreiheit gesprochen, dann stellte ein Mitglied folgende Anträge und Fragen, deren Fassung laut Protokoll, welches in jeder Generalversammlung stenographirt wird, wörtlich folgende war:

1) Da es allgemein bekannt ist, daß die Unterrichtsstunden von Seiten der Schüler nie so besucht werden, wie es die Bedürftigkeit derselben verlangt, so möge der Vereinstag Mittel und Wege angeben, wie diesem Uebel abzuhelfen sei.

2) Welche Unterrichtszweige müssen gelehrt werden, da in der Wahl derselben die meisten Mißgriffe geschehen.

Man sieht ein, wenn man diese beiden Fragen mit den in Nr. 161 d. Ztg. aufgestellten vergleicht, daß sie ihrem Inhalte nach so ziemlich übereinstimmen; die Frage jedoch, welche in jener Nummer als dritte aufgeführt ist: „Welche Methode muß ein Lehrer handhaben, damit auch die Schwächsten Gewinn davon tragen“, ist gar nicht gestellt, sondern die dritte Frage, die von jenem Mitgliede gestellt wurde, lautete wörtlich folgendermaßen:

3) Welche Eigenschaften muß ein Lehrer besitzen, der sich für einen Lehrer der Arbeitervereine ausgibt?

Daß diese Frage auf eine maliziöse Weise gefaßt ist, leuchtet ein und wird jeder Lehrer Grund haben, darüber erzürnt zu werden; zumal wenn er sich bewußt ist, daß er ohne jegliches Interesse in der Absicht, seine Mitmenschen zu vervollkommnen und sich selbst weiter auszubilden, Unterricht ertheilt. Wenn also in jenem Artikel bemerkt wird, daß ein Lehrer darin ein Mißtrauensvotum für seinen Unterricht fand, obgleich dazu gar keine Veranlassung dem Wortlaut nach zu finden war, so ist das die volle Unwahrheit. Ferner ist das eine Unwahrheit, daß gesagt wird, „die Fragen wären nicht erledigt, ja nicht einmal besprochen“. Es sind die Fragen wohl besprochen, wenn sie aber erledigt wären, so hätte man sie nicht dem Vereinstage zuzusenden brauchen, damit sie von demselben erledigt würden; seiner Zeit wird es sich schon zeigen, welche von den Fragen man für nöthig gehalten hat, dem Vereinstage vorgelegt zu werden. So viel über die Fragen selbst. — Was nun die weitern Unwahrheiten anbetrifft, so muß zunächst hierüber dem Verfasser des Artikels einiges gesagt werden. Wer jenen Satz liest: „Es sei mir erlaubt, hier öffentlich durch unser Organ meine Ansichten darzulegen, was mir heute Abend (als am 23. Januar in der betreffenden Generalversammlung) nicht vergönnt war“, wird unwillkührlich glauben, der Fragsteller sei selbst der Verfasser jenes Artikels; allein vor der Generalversammlung, den 5. Februar d. J., hat der Fragsteller öffentlich erklärt, daß er den hier besprochenen Artikel nicht geschrieben hat; der wirkliche Verfasser will sich also ganz den Anschein geben, als ob er in jener Generalversammlung anwesend gewesen wäre, und mißbraucht den Namen des Fragstellers. Aus dem angeführten Theile des Protokolls ist aber schon ersichtlich, daß der Verfasser nicht dagewesen sein kann, weil er sonst den wahren Sachverhalt wissen müßte; es sei denn, was jedoch dahin gestellt bleiben mag, daß er absichtlich die Wahrheit verdreht hat.*) —

Der unterzeichnete Vorstand des Arbeitervereins „Vorwärts“ will dem Verfasser hiermit nun noch schließlich bemerkt haben, daß er eben keinen Vormund gebraucht, der nur in hochtrabenden Redensarten leeres Stroh drischt, sondern daß er selbst hinreichend dazu fähig ist, vorkommenden Falls das Nöthige nach den Beschlüssen der Generalversammlung zu publiciren; daß ferner hinreichende Schritte gethan sind, und zwar früh genug, um der Vorbereitungs-Commission des dritten Arbeitervereinstages in Harburg die betreffenden Fragen zuzustellen, es also keiner weitern Aufforderung des Verfassers bedarf, und dann demselben für zu-

---

*) Zur Vermeidung neuer Entgegnungen und Berichtigungen persönlicher Natur haben wir uns im Interesse unseres Blattes, welches persönliche Streitigkeiten fern zu halten suchen muß, um nicht den Raum für die Sache zu verlieren, das nächstfolgende Alinea, welches nur Persönliches erörtert, wegzulassen genöthigt gesehen und werden unsere Vereinsfreunde in Göttingen uns dies um so weniger verargen, als wir hierin ohne Ansehen der Person nur eine Regel befolgen.

D. Red.

künftige Fälle noch das Sprichwort anheimstellen: „Was Deines Amtes nicht ist, da laß den Vorwitz“.

Laut Beschluß der Generalversammlung veröffentlicht durch den

Vorstand des Arbeitervereins „Vorwärts“ in Göttingen.

Göttingen, im Febr. Zu Nr. 161 d. Arb.-Ztg. erschien ein Artikel gegen den Arbeiterverein „Vorwärts“ in Göttingen, oder besser gesagt ziemlich persönlich gehalten gegen dessen Lehrer, worin sich Jemand über den Rechenunterricht ausspricht. Die unterzeichneten Lehrer des Vereins haben warten wollen, was von Seiten des Vorstandes gegen die Unwahrheiten und Uebertreibungen jenes Artikels gesagt werden würde, sonst hätten sie dem Verfasser desselben schon früher seinen Standpunkt klar gemacht, daß derselbe sich nämlich in seinen Behauptungen entschieden auf dem Holzwege befunden hat. Aus einer Erwiderung, die von Seiten des Vorstandes jenes Vereines veröffentlicht werden wird, wird der nähere Zusammenhang einleuchten. —

Wenn nun in jenem Artikel in Nr. 161 d. Arb.-Ztg. der Verfasser sagt, er hätte einer Rechenstunde in einem Handwerkerverein beigewohnt, so weiß jeder, der die näheren Verhältnisse kennt, daß das eben nur der Arbeiterverein „Vorwärts“ hierselbst sein soll; wir unterzeichneten Lehrer nun müssen gestehen, daß der in jener Erwiderung von Seiten des Vorstandes bezeichnete Verfasser sich niemals in einer Rechenstunde unseres Vereines hat blicken lassen, und finden es deshalb höchst sonderbar, wenn Jemand sich ein Urtheil über einen ertheilten Unterricht anmaßen will, ohne dabei zugegen gewesen zu sein. Der Verfasser hat wohl geträumt, wenn er sagt, daß man den Mitgliedern quadratische Gleichungen docirt habe, und dieselben kannten noch nicht einmal die 4 Species; es müßte sich derselbe sonst in dem Begriff von quadratischen Gleichungen geirrt haben. — Es wird schon ein Jeder einsehen, was von dem betreffenden Artikel und den Aeußerungen über den darin besprochenen Unterricht zu halten ist, wenn sich Jemand ein Urtheil über einen Unterricht erlaubt, bei dem er nicht zugegen war, und halten wir es deshalb für unnütz, noch weiter auf die leeren Worte des Artikels einzugehen.

Damit aber durch den betreffenden Artikel nicht Irrthümer und falsche Ansichten verbreitet werden, halten wir es für unsere Pflicht, Thatsächliches mitzutheilen, wodurch die Unwahrheiten hinlänglich widerlegt werden und Folgendes über den Rechenunterricht, wie er in unserem Vereine behandelt wird, zu bemerken. Es werden wöchentlich 4 Stunden Unterricht ertheilt und zwar Dienstag Abend von 8 bis 10 Uhr in dem Elementarrechnen und Mittwoch Abend von 8 bis 10 Uhr besonders für Bauhandwerker, Tischler u. s. w., Geometrie und Algebra. — Wenn nun Mitglieder, die an dem Elementarrechnen den Dienstag Abend Theil nehmen, auch den Mittwoch Abend in das Vereinslokal kommen, so kann man denselben doch nicht die Thüre zeigen; wenn dagegen die Mitglieder nicht den rechten Abend kommen, so ist das doch wohl nicht die Schuld der Lehrer, — wofür hängt denn ein Stundenplan aus, — und es ist doch wohl nicht zu verlangen, daß dieselben sich dann mit denjenigen beschäftigen sollen, welche die rechte Zeit versäumt haben. — Daß ferner ein Lehrer nicht zu gleicher Zeit in 2 Personen thätig sein kann, um einmal im Elementarrechnen und zugleich auch in der Algebra zu unterrichten, ist auch ersichtlich. —

Wenn sich übrigens Jemand die Mühe genommen hätte, am Dienstage in eine Rechenstunde zu kommen, so würde er sich überzeugt haben, daß daselbst auch in den 4 Species gerechnet wird, kurzum, daß jeder eben das rechnet, worin er sich noch am schwächsten hält. — Beim Unterricht in der Algebra sodann wurde mit den Elementen angefangen, und nichts als bekannt vorausgesetzt; alle Ausdrücke und Begriffe sind vorher nicht einmal, sondern mehrfach erklärt, ja sogar dictirt, so daß sie bekannt sein können und müssen; es sind ferner noch keine quadratische Gleichungen, sondern nur die einfachsten Gleichungen behandelt, wozu nichts weiter erforderlich ist, als ein wenig Nachdenken; denn die Regeln für die Auflösung der Gleichungen sind auch dictirt, so daß dieselben nur angewandt zu werden brauchen; der Lehrer läßt die Schüler endlich selbst an der Wandtafel rechnen, so daß nicht davon die Rede sein kann: die ganze Arbeit des Lehrers hätte sich auf einige Paradepferde concentrirt, und wie sonst die längst verbrauchten Redensarten heißen, die der Verfasser in jenem Artikel verschwendet. Es scheint demselben vielleicht noch nicht eingeleuchtet zu haben, was der Zweck des mathematischen Unterrichtes ist, abgesehen von dem materiellen Nutzen für Bauhandwerker; daß es nicht der ist, sich im bloßen Formelwesen herumzubewegen, sondern den Verstand durch Denken zu schärfen und zwar durch ein Nachdenken, bei welchem das Eine aus dem Andern mit Nothwendigkeit folgt. Ferner wird doch wohl Niemand bestreiten, daß eine mehrjährige Erfahrung besser lehrt, welche Methode man beim Mathematikunterricht anwenden muß, als Sprichwörter und nichtssagende Phrasen. Wenn nun noch sogar der Verfasser den Schülern das Wort redet und der Ansicht ist, daß die Schüler auf's Eifrigste bestrebt sind, etwas zu lernen, woher kommt es denn wohl, daß der Lehrer nur zu häufig leere Tische und Bänke findet; es sollten denn doch die tüchtigsten Schüler nach der vom Verfasser vertheidigten Ansicht wenigstens da sein? —

Die beiden unterzeichneten Lehrer können schließlich nicht umhin, noch dem Verfasser den wohlgemeinten Rath zu ertheilen, wenn er nächstens wieder über die fehlerhafte Behandlung anderer Lehrfächer seine persönlichen Ansichten darlegen will, dann wenigstens erst selbst die Unterrichtsstunden zu besuchen und den Unterricht anzuhören, damit er sich über denselben durch eigene Anschauung ein besseres Urtheil bilden könne, als durch Hörensagen.

G. Rohrmann, Rechnungsführer. — H. W. Schwanefeld, Stud. math.

Politischer Theil.

Wie es in Berlin steht.

Der interessanteste Mann in der Opposition zu Berlin ist für uns ohne langes Bedenken der Abgeordnete Twesten, weil wir ihn für einen ganzen Mann, auch ohne die Lücken der „Vorsicht“ halten, welche bekanntlich „des Muthes besserer Theil“ bei so sehr Vielen ist. Wir geben daher heute mit Vergnügen das Wort über den Abg. Twesten einer der besten Zeitungen, die annoch im Königreich Preußen erscheinen, nämlich der Trier'schen Zeitung, welche sich also vernehmen läßt:

„Der Abg. Twesten zu Berlin bestätigt wieder einmal die alte Erfahrung, die jedoch Vielen immer noch neu ist, daß es in politischen Krisen nicht auf das sog. „Programm“ des Politikers, auf die bisherige Parteistellung ankommt. So viel mehr „eigentliche Linke“, so viel mehr „linkes Centrum“, das bedeutet Alles nichts, sobald die wirklichen praktischen Gegensätze auf einander platzen und hart gegen hart gespielt wird.

„Hr. Twesten hat unseres Wissens niemals zur „deutschen Fortschrittspartei“ oder was so ziemlich dasselbe bedeutet, zum „Nationalverein“ gehört. Er war vielmehr stets so spezifisch preußisch als nur möglich, und bewährte diesen seinen Standpunkt mehrmals in einer Weise, die den „Nationalen“ oder „Deutschen“ nicht sonderlich angenehm war. Als im vergangenen Monat Oktober der Abgeordnetentag zum andern Male nach Frankfurt einberufen wurde, lehnte es Herr Twesten an demselben Tage mit Hrn. Mommsen und eben so entschieden ab, sich bei einer solchen Versammlung zu betheiligen, wenngleich er es nicht für nöthig erachtete, so burschikos ungenirt zu schreiben, wie der Hr. Historiker des Jul. Cäsar.

„Hr. Twesten stellte als sein politisches Ideal die „Macht“ und Größe Preußens auf und erklärte angesichts der Schleswig-Holsteinischen Frage, er ziehe jede Eventualität einer „Niederlage Preußens“ vor. Jedes preußische Ministerium, außer dem gegenwärtigen, hätte, so dünkt uns, ausrufen müssen: Das ist mein Mann, den kann ich gebrauchen, mit solcher Gesinnung kann man ein Großpreußen, den Oesterreichern vor der Nase gründen und den „Schwerpunkt“ bis nach — Bucharest zurückschieben. Ganz ähnlich hätte jedes andere Ministerium vier Wochen später die Aeußerungen der Abgg. Löwe, Schulze, Duncker auf der Generalversammlung des Nationalvereins aufgefaßt und benutzt. Aber das gegenwärtige Cabinet kann mit dem biblischen Wort sagen: „Meine Gedanken sind nicht Euere Gedanken, meine Wege sind nicht Eure Wege.“ Zwischen dem Cabinet Bismarck und den spezifischen Liberalen steht Banko's Geist, das Recht, die Verfassung, dem Buchstaben und dem Wesen nach, und grade dieses einzige Hinderniß der Verfassung wirkt störender, hemmender, unversöhnlicher als das doppelte Hinderniß des Rechts und der Nationalfrage. Es ist gewiß, daß die beiden geharnischten Reden des Abg. Twesten über die preußische Justiz mehr Zorn und Hitz hervorgerufen haben, als sämmtliche übrige Oppositionsreden. Hr. Twesten ist eben ein caractère entier, ein ganzer Prinzipienmensch, der von seinem Standpunkt auch nicht ein Haarbreit weicht, den keine Nützlichkeitsrücksicht jemals bestimmen wird, fünf grade sein zu lassen, oder auch sich mit 4½ zu begnügen, um „den Umständen Rechnung zu tragen.“ Er ist ein Mann, mit dem Hr. v. Bismarck nur so fertig werden kann, daß Einer von Beiden auf dem Platze bleibt. Er hat ein gut Stück Junius in sich und jede seiner Rede trägt das Motto aus dem großen englischen Polemiker an der Stirne: „Wenn das Volk seine Pflicht nicht thut, so bleibt mir nur der freilich ärmliche Trost, daß die Grundrechte des englischen Volkes aufrecht erhalten bleiben, so lange als ich lebe.“

„Man kann aus dem Verhalten der außerpreußischen Presse nachweisen, daß dieser Eindruck der Twesten'schen Haltung ein allgemeiner ist; keine der trefflichen Reden, die zu Berlin bei Gelegenheit des Hoverbeck'schen Antrags gehalten wurden, hat weit und weiterhin eine solche Sensation erregt, wie grade die Twesten'sche; keine hat selbst die Zweifler und Spötter so im Innersten gepackt und geschüttelt. Um nur Eins anzuführen, so schreibt der radikale Stuttgarter „Beobachter“ einen Leitartikel: „Respekt vor der Berliner Linken! war sonst des Beobachters schwächste Seite nicht; aber die Rede Twestens, in der er es ausspricht, daß für seine Partei eine neue Phase eingetreten sei, in der er für sich und seine Freunde feierlich gelobt zu handeln im rechten Augenblick, dieser Rede können wir unsere Anerkennung nicht versagen.... Und so stellen wir denn diese Rede als Markstein auf und zum Zeichen, daß es für alle, die im Geiste dieser Worte handeln, keine Trennung gibt in Nord und Süd, sondern nur Einen Bund freier Männer zum opferfreudigen, rücksichtslosen Kampf für das Eine Vaterland.“

„So haben sich die süddeutschen Blätter niemals über eine Rede der Fortschrittspartei geäußert, während sie den Nationalverein seit Langem mit Spott und Hohn verfolgen. In dieser Rede Twestens wittern sie nichts mehr „von dem Versuch, Andere in dieselben Fesseln zu schlagen, vom Glauben an die Macht der Phrase und von den Erinnerungen an die Neue Aera.“ Hier fragen sie nichts mehr nach Parteistellung und Programm-Schattirung; hier genügt ihnen der Mann, der Ernst aus dem Kampfe macht, der seine Schiffe hinter sich verbrennt und nichts Anderes kennt als: Siegen oder Unterliegen!“ —

Hr. Twesten schien auch in der That, mit der That nicht warten zu wollen; er brachte bei der Budget-Commission einen weitläufig motivirten Antrag ein: „den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Staatshaushalts-Etats für das Jahr 1866, die verfassungsmäßige Zustimmung nicht zu geben.“ Hr. Twesten verlangte also Ablehnung des Budgets d. h. die Erklärung, das Ministerium solle nicht nur die von der Kammer verweigerten Extraordinaria, sondern auch die gewöhnlichen Staatsausgaben auf seine Kappe nehmen. Ein neuer Verfassungsbruch wurde den HHrn. v. Bismarck, Eulenburg, zur Lippe ꝛc. auf dem Präsentirteller geboten.

Auf diesen Twesten'schen Antrag ist die Budget-Commission nach längerer Debatte nicht eingegangen; 19 gegen 16 Stimmen haben beschlossen, die Vorlage der Regierung durchzudebattiren. Es fehlten zwei Stimmen für den Antrag, denn 18 gegen 17 wäre die Verwerfung des ganzen Budgets gewesen. Es ist also in der Commission auch schon sehr weit gekommen, es fehlen nur noch zwei Männer, welche sich zu der Ueberzeugung bekennen, daß eine Kammer, welche etwas auf sich hält, mit diesem Cabinet überhaupt nicht verhandelt, sondern die Arbeit einstellt, bis man ihr anständiger entgegentritt.

Hr. Twesten wird vermuthlich im Plenum seinen Antrag erneuern und noch einmal versuchen, die ganze Budgetberathung abzuschneiden. Hoffentlich gelingt ihm dies, wir wünschen ihm von Herzen diesen Zuwachs zu seinem wohlverdienten Ruhme. Freilich ist weder in dem Twesten'schen Antrage, noch aller Wahrscheinlichkeit nach in Twestens Absicht die Ablehnung der Budgetberathung dasselbe mit der Verweigerung der Steuern; die ungeheuere Majorität der Berliner Kammer schleppt sich an Art. 109 der Verfassung, wie der Hofhund am Knittel; sie glaubt an diesen Stecken oder hält es wenigstens für anständig an ihn zu glauben.

„Die bestehenden Steuern und Abgaben werden forterhoben.“ Der Verfasser von „Deutschlands Errettung aus tiefster Schmach“ glaubt nicht daran, wie das jüngst mitgetheilte Kapitel über das „preußische Staatsbewußtsein“ beweist. So lange aber in Preußen von der Kammer und vom Volke an diesem Artikel geglaubt wird, so lange kommt auch der Streit nicht zum Austrage oder richtiger zum Ausschlage. Bis hierher, selbst nach der Annahme des Twesten'-

schen Antrags ist der Kampf ein theoretischer und wird mit Reden geführt; erst wenn es heißt: „Zahlen oder nicht zahlen", erst dann wird der Handel praktisch. Nicht der Umstand, daß etliche Kammerredner vor Gericht gestellt und eingesperrt werden, bringt die Entscheidung; erst wenn das Volk auf die Frage antwortet: willst du diesem Ministerium das Leben noch länger fristen, willst du ihm Geld zur Weiterregierung geben, erst dann wird kein Zweifel über die Gesinnung des Landes mehr übrig sein. „Kein Geld, kein Schweizer!" sagt ein altes Sprichwort. Die Berliner sollten sich fragen: „Wollen wir uns den Bismarck noch länger kaufen"? Oder sie sollten sich ihn einmal „koofen", indem sie nicht mehr zahlten.

Politische Umschau.

Berlin, 17. Febr. Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" wurde jüngst aus Berlin geschrieben: „Herr v. Neergard, Mitglied der Altonaer Massenversammlung, ist hier gewesen und hat Besprechungen mit einigen Abgeordneten gehabt; die Ausbeute für die Erfüllung seiner partikularistischen Hoffnungen soll jedoch auf diesem Gebiete sehr dürftig ausgefallen sein. So die Berliner Notiz der „Deutschen Allg. Ztg." Die Schleswig-Holsteiner wegen ihres mannhaften Ausharrens für ihr „freies Selbstbestimmungsrecht", das die liberalen Großpreußen und „Nationalen" so geläufig im Munde führen, — des „Partikularismus" beschuldigen, ist, mit dem rechten Namen genannt, eine **Niederträchtigkeit**, die nur in der Unzurechnungsfähigkeit der Annexionstrunkenheit ihre Erklärung finden kann. Inzwischen sorgt Hr. v. Bismarck allmählich für die Ernüchterung.

— Die Stimmung, welche seit dem Bekanntwerden des Obertribunalsbeschlusses hier herrscht, ist eine gegen früher gänzlich veränderte. Die Aufregung ist allmälig bis in Kreise gedrungen, welche früher zu allen Maßregeln der Regierung zustimmend mit dem Kopfe genickt hatten, und sich recht gefreut haben über die angeblichen Erfolge, welche das Ministerium im Innern und nach Außen errungen haben sollte. Jetzt allerdings stehen ihnen vor jenen Erfolgen die Haare zu Berge. Das Volk aber, welches vier Jahre lang treu bei seinen Abgeordneten gestanden hat, wird auch fernerhin zu ihnen stehen und sie nicht verlassen in den schweren Stunden, welche möglicherweise über sie hereinbrechen können.

— Um den in den öffentlichen Lokalen über die Regierung und das Obertribunal fallenden Aeußerungen entgegenzutreten, hat man eine Art geheime Polizei einzuführen für gut befunden. Manche sind deshalb, um den geheimen Spionen zu entgehen, etwas vorsichtiger geworden; sie schweigen entweder oder lassen durch den Wirth denjenigen, der ihnen nicht „koscher" zu sein scheint, entfernen; denn so spitz das Ohr der Spione ist, so scharf ist das Auge der „Bespionirten."

— Die Volksversammlung im Saale der Alhambra, welche von Herrn Bandow zur Berathung einer Zustimmungsadresse an das Abgeordnetenhaus wegen des Protestes gegen den Obertribunalsbeschluß berufen war, wurde polizeilich aufgelöst. Sie war von etwa 3000 Personen, meistens Arbeitern, besucht. Die hierauf weiter am 18. d. Mts. abgehaltene Volksversammlung beschloß eine einfache, würdige Adresse, welche am 19. durch eine Deputation von 30 Theilnehmern derselben unter Führung des Hrn. Bandow dem Präsidenten Grabow überreicht wurde. Derselbe sprach seinen Dank in etwa folgenden Worten aus: „Im Namen des Abgeordnetenhauses, dem ich in der gewohnten Weise diese Adresse vorlegen werde, danke ich Ihnen für die Zustimmung, die Sie den Abgeordneten in derselben aussprechen. Ich werde nicht verfehlen, dem Abgeordnetenhause von der großen Zahl der Deputation Mittheilung zu machen, und wird dieselbe geeignet sein, der Adresse größeren Nachdruck zu verleihen. Sie haben mit Recht erwähnt, daß sich das Haus in einer schweren kritischen Lage befinde, aber nach meiner Ansicht in keiner für unsere Verfassungszustände trostlosen. Ich fühle tief und schwer die Last, welche auf uns und dem Volke ruht, aber gestützt auf dasselbe, wird das Haus in der bisherigen Weise treu ausharren. Der Ausspruch: Das Gesetz unsere Waffe, das Recht unser Ziel, die Freiheit unser Kampfpreis! wird unsere Richtschnur sein und bleiben. Ich bin ein alter Richter, aber treu dem Schwur geblieben, den ich im Jahre 1840 bei meinem Eintritt in das politische Leben geleistet habe. Die Frage, welche König Friedrich Wilhelm IV. am 15. Okt. 1840 an uns richtete: „Wollen Sie mir helfen und beistehen, die Eigenschaften immer herrlicher zu entfalten, durch welche Preußen mit seinen nur 14 Millionen den Großmächten der Erde zugesellt ist, nämlich: Ehre, Treue, Streben nach Licht, Recht und Wahrheit, Vorwärtsschreiten in Altersweisheit zugleich und heldenmüthiger Jugendkraft?" Sie habe ich zum Throne hinauf ich zum Throne hinauf mit einem „Ja" beantwortet. Dies ist das Programm meines politischen Lebens geworden und geblieben. Meine Herren, auf diesem Boden habe ich bisher gestanden und werde auch fortan auf demselben stehen. Auch Sie werden den Boden des Gesetzes, des Rechts und der Verfassung nie verlassen. Er allein führt zum Heile. — Ich glaube Sie aus einem Stande hier um mich versammelt (entschuldigen Sie, daß ich mich dieses Ausdrucks bediene), welcher sich bis jetzt weniger am politischen Leben betheiligt hat. Doch erlauben Sie, daß ich die Worte eines Geschichtschreibers — es ist Gervinus — anführe. Er sagt: Es reift an den Bürgerstand ein anderer Stand heran. Dies ist geschehen. Mögen wir die Unterschiede immer mehr schwinden sehen, da wir uns einig fühlen in der Liebe zum Vaterlande und zu der auf Recht und Gesetz und unserer Verfassung gegründeten Freiheit. Stehen Sie uns in solchem gesetzlichen Kampfe auch ferner treu zur Seite."

Das Staatsministerium hat heute an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Herrn Grabow, ein Schreiben gerichtet, in welchem dasselbe die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses in Betreff Lauenburgs, des Obertribunalsbeschlusses und des Kölner Abgeordnetenfestes für verfassungswidrig erklärt und womit dasselbe diese Beschlüsse dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses als unannehmbar zurückgeschickt. Sie sollen gegen die Artikel 45., 48., und 86. der Verfassung verstoßen. Die Regierungsorgane enthalten Andeutungen von gerichtlichen Vorgehen gegen die Abgeordneten wegen dieser Beschlüsse und discutiren die Frage der Verantwortlichkeit für die Stellung von „strafbaren Anträgen", welche durchaus nicht unter der „Freiheit der Meinungsäußerung" der Abgeordneten begriffen sei!!

— Die „Fortschrittspartei" hat im Anschluß an das „linke Centrum" beschlossen, über den Erlaß des Staatsministeriums zur Tagesordnung überzugehen. — Der sehr scharf motivirte Antrag von Twesten auf gänzliche Ablehnung des Budgets ist in der Budgetcommission mit 2 Stimmen Mehrheit abgelehnt worden, wird aber bei der Berathung im Haus selbst nochmals aufgenommen werden. — Die Verhinderung des Abgeordnetenfestes in Köln hat das Abgeordnetenhaus in seiner Sitzung vom 17. dies. für gesetzwidrig und die dabei betheiligten Beamten für strafbar erklärt. Dagegen nur die Clerikalen und Feudalen.

— Die „Rhein. Ztg." schreibt: Angesichts der früheren und der neuesten parlamentarischen Leistungen des Grafen Wartensleben ist vielfach die Frage aufgeworfen worden, wer wohl die Wähler des Herrn Grafen seien. Nach den stenographischen Berichten ist der Herr Graf Abgeordneter für den Wahlbezirk Greifenberg-Cammin in Hinterpommern gewählt. Am Vorabende der Wahl wurde unter die versammelten Wahlmänner ein Druckstück (ohne Namen des Druckers) vertheilt, welches wir hier wörtlich reproduciren.

„Telegramm des Königs Majestät an den Landrath v. d. Marwitz, Greifenberg i. P.

Theilen Sie dem Gutsbesitzer Loepen-Stoelitz auf dessen Anfrage von heute mit, daß ich mit der Wahl des Gutsbesitzers Kunde auf Milchow und des Grafen Wartensleben einverstanden sein würde. Wilhelm."

Demnächst wurde der Graf, welcher nebenher noch das Verdienst hat, der Schwiegervater des berühmten Grafen Kuno Hahn auf Basedow in Mecklenburg zu sein („Unterthänigsten guten Morgen!"), mit 147 gegen 139 Stimmen rite gewählt.

Der „N. Stett. Ztg." schreibt man: Wenn ein Volk für seine Rechte thatkräftig einstehen will, so ist es gut, daß es sich keinen Täuschungen mehr hingibt, es ist gut, daß es die Begriffe: „Verfassung", „Rechtsstaat", „Staat der Intelligenz" u. s. w. auf das zurückführt, was sie eigentlich sind: hohle Phrasen. Da unserem Volke eine schwere Lehrzeit in seiner politischen Entwicklung beschieden zu sein scheint, so wird es nothwendig, von anderen Staaten lernen müssen. — Holland hat Jahrhunderte lang für seine religiöse und politische Freiheit gekämpft, und ist dafür jetzt auf dem ganzen Continent, so klein es auch ist, das freieste, reichste und glücklichste Land. — Der höchste Gerichtshof in Holland, entsprechend unserem Obertribunal, heißt „hoher Rath der Niederlande." Seine Kompetenz ist Cassation, und in einigen Materien eximirte Gerichtsbarkeit. Weder der König, noch dessen Minister können etwas zur Zusammensetzung dieses höchsten Gerichtshofes beitragen; entsteht eine Vacanz, so wählt die zweite Kammer der Generalstaaten selbstständig 5 Candidaten, aus denen der König einen ernennen muß, und die Regierung ist somit völlig außer Stande, sich Specialgerichte zu bilden.

In **Magdeburg** wurde am 16. Febr. in einer Bürgerversammlung, an welcher über 3000 Personen, Wahlmänner und Urwähler, sich betheiligten, eine Zustimmungsadresse an das Haus der Abgeordneten einstimmig angenommen. Am Schluß derselben heißt es: Indem wir für die muthige Vertretung unserer heiligsten Rechte unseren innigsten Dank aussprechen, glauben wir denselben nicht besser bethätigen zu können, als durch den Vorsatz, dem uns von unseren Abgeordneten gegebenen glänzenden Beispiele nach besten Kräften zu folgen. Wenn das Volk mit derselben unerschütterlichen Entschlossenheit, welche seine Vertreter bewiesen haben, die ihm durch den Eid seiner Könige gewährleistete Verfassung gegen jeden Angriff zu vertheidigen bereit ist, so wird der endliche Sieg unserer Bestrebungen nicht fehlen! Auch aus einer Reihe anderer Städte sind bereits Zustimmungsadressen eingelaufen und mehren sich dieselben täglich.

Kassel, 15. Febr. Die deutsche Kunstgenossenschaft war von der Stadt Kassel eingeladen worden, ihre diesjährige Wanderversammlung hier abzuhalten, und hatte diese Einladung auch angenommen. Jetzt, wo man die nöthigen Vorbereitungen zum würdigen Empfange der Gäste treffen wollte, ist dem Stadtrathe der Beschluß zugefertigt, die Abhaltung der Versammlung in Kassel sei allerhöchsten Orts nicht genehmigt.

Dem **badischen Landtage** wurden jüngst verschiedene Gesetzentwürfe vorgelegt, namentlich ein neues Preß- und Vereinsgesetz. Dasselbe beruht auf angeblich „durchaus freisinniger Grundlage", die aber noch sehr viel für eine wahrhaft freie Presse zu wünschen übrig läßt, wenn es auch ein Fortschritt ist gegen das bisherige Gesetz, das, freilich längst nicht mehr in voller Schärfe angewendet, aus den Zeiten der ärgsten politischen Reaction stammt. Ein weiterer Gesetzentwurf beabsichtigt verschiedene Bestimmungen der Gemeinde-Ordnung, welche der staatlichen Polizeigewalt allzugroße Willkür gestatten, zu Gunsten des Selbstbestimmungsrechts der Gemeinde abzuändern. So will die Regierung namentlich auf das verhaßte Recht, einen Bürgermeister aufzubringen, verzichten. Die Vorlage eines Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes wurde für die nächste Zeit zugesagt. Unter den Anträgen von Abgeordneten ist auch der angekündigte auf Einführung der obligatorischen Civilehe, sowie auf Vorlage eines Gesetzes zum Schutz der Redefreiheit in den Kammern bemerkenswerth. Unsere Verfassung enthält keine ausdrückliche Bestimmung hierüber, doch kam bis jetzt nie der Fall vor, daß Abgeordnete wegen Kammerreden gerichtlich verfolgt wurden, trotzdem die Redefreiheit in dem ausgedehntesten Maße früher benutzt wurde. Der Antrag ist offenbar durch die Preußischen Vorgänge veranlaßt. Während von der Kammer aus die Einführung der Civilehe verlangt wird, benutzt die ultramontane Partei dieses Thema zu einer Wiederholung der Wandercasinos, deren erstes am 15. d. M. unter großem Zulauf der Landbevölkerung in Bruchsal abgehalten wurde.

In **Schweden** hat der freimüthige Theil der Presse vor Kurzem ein strenges Gericht gehalten über den Priesterstand ob seiner schmählichen Haltung während dieses Reichstages. Es ist dem schwedischen Volke, heißt es, auf eine schlagende Weise während dieses letzten Reichstags die Nothwendigkeit gezeigt worden, daß dieser Stand von seiner Volksvertretungspflicht befreiet werde. Eine eigenthümliche Erscheinung ist es jedenfalls, einen Stand, welcher berufen ist, Versöhnung zu predigen und in Wort und That dem Volke ein Vorbild zu sein, so heftig gegen jeden Vorschlag auftreten zu sehen, welcher den Fortschritt zum Wohlstande bezweckt. Es ist allerdings eine Kunst, würdig sterben zu können, aber der hochwürdige Stand scheint diese Kunst nicht zu kennen; denn sonst wäre man wohl davon verschont geblieben, alle diese krampfartigen Zuckungen zu sehen, wovon der Stand ununterbrochen heimgesucht wird. Wie hat sich der Stand bei der Entscheidung der Vertretungsfrage benommen? Er zeigte dem ganzen Volke die Zähne, welches seinerseits nicht wußte, ob es über dieses Auftreten lächeln oder sich ärgern sollte. Wie hat er die Rechte der Frauen und Kinder behandelt? — Hat er diese Humanitätsfragen nicht schnöde zurückgewiesen? und wie jämmerlich hat er sich erst jüngst wieder bei der Behandlung des Tractats mit Frankreich benommen! Daß die

Staatswirthschaft und Theologie ganz verschiedene Dinge sind, das weiß jeder, und gewiß hätte das Ansehen des Standes nicht darunter gelitten, wenn er offen erklärt hätte, daß ihm die nöthige Einsicht in diese Angelegenheiten fehlte. Das Scheiden des Priesterstandes ist in mehr als einer Hinsicht tragisch, und das schwedische Volk hat wirklich Grund, Gott zu danken, von der Vormundschaft des hochwürdigen Standes befreit zu werden.

Paris, 18. Febr. Der Kaiser empfing heute die Senatsadresse; der Deputation hatten sich etwa 100 Senatoren angeschlossen. Die Antwort des Kaisers ist schon telegraphisch mitgetheilt. Der größte Theil der Senatoren war darüber höchst erstaunt. „Sie schienen", so erzählte mir in aller Eile Jemand, der zugegen war, „betroffen, daß der Kaiser sie so gesinnungstreu kopirte." Bisher hatte der Senat die Rolle, immer stationärer zu sein, als der Kaiser, sich so zu zeigen, daß man glauben konnte, Se. Majestät wolle wohl, aber man lege ihm Hemmschuhe an. Dieses Mal trat aber der Kaiser, wenn man so sagen darf, fast noch senatlicher auf, als der Senat. 1869, das Jahr der Neuwahlen, das in Aller Augen so verhängnißvoll erscheint, naht mit Riesenschritten heran, und wenn wir uns dann noch auf dem Terrain von 1851 bis 1852 befinden, so kann man mit Wahrscheinlichkeit annehmen, daß das zweite Kaiserreich nicht länger gedauert haben wird, wie die Juli-Monarchie. Frankreich ist ermüdet und gelangweilt. Es gefällt ihm nicht, daß es zum Gespötte des Auslandes wird, und die Redensarten, die man 1851 bis 1852 auswendig gelernt, haben allen Einfluß verloren. Es müssen weitgehende Reformen gemacht werden, sonst ertönt in Frankreich wieder das „Ça ira!"

(Nach Schluß des Blattes.)

Aus **Berlin** bringen Telegramme und Briefe die Nachricht, daß am 22. d. M. Graf Bismarck dem Abgeordnetenhause eine Königliche Ordre mitgetheilt hat, daß heute, 23. dieses, beide Häuser bis zu Ende dieser Wahlperiode vertagt werden würden. Man betrachtet nach Andeutungen der officiösen „Prov.-Correspondenz" diese Maßregel als die Einleitung zu weiterem, umfassenden persönlichen Vorgehen der Reaction auf Grund des jüngsten Obertribunals-Beschlusses.

Die Majorität der Fortschrittspartei, bei der der gesetzliche Weg, auch gegenüber der ungesetzlichen Gewalt und Machtentwicklung, zum politischen Glaubensdogma geworden, erndet jetzt die Frucht der Mißachtung des Grundsatzes: „wenn Du den Frieden willst, so bereite den Krieg". Gegenüber der in fest geschlossener Organisation und Machtentfaltung vorgehenden Reaction, die ihr jetzt auch die parlamentarische Organisation auf die Tage der Entscheidung aus der Hand nimmt, dem allen gegenüber steht sie wehr- und machtlos, weil sie versäumt hat, auf die Tage der Gefahr und des Handelns die Volkskräfte vorbereitend zu organisiren.

Socialer Theil.

Les Banques du Peuple en Allemagne. „Die Volksbanken in Deutschland", von Eugen Seinguerlet. Paris, Internationale Buchhandlung.

So lautet der Titel eines Büchleins, welches Deutschland in den Augen der Franzosen eine Ehrenstelle anweist. Hr. Seinguerlet ist ein bei uns eingebürgerter Franzose, der es sich zur Lebensaufgabe gemacht hat, unsere politische und sociale Bewegung Schritt für Schritt zu verfolgen und mit gewandter Feder in der französischen Presse zur Geltung zu bringen. Er schreibt regelmäßig in den „Temps", dessen Hauptredacteur, Hr. Neffzer, ein Elsäßer und ein gelehrter Mann, ohnehin mit der deutschen geistigen Entwicklung vertrauter ist, als irgend ein Herausgeber eines politischen Blattes in Paris; auch lesen wir vorzügliche Artikel von ihm im Courier du Dimanche, einem Wochenblatte, welches in der Opposition gegen den Bonapartismus so weit geht, als die Verhältnisse nur irgend gestatten.

Hr. Seinguerlet hat im Dezember 1851 für die Freiheit seines Vaterlandes mit Gut und Blut eingestanden; er hat sich dem schnöden Staatsstreich persönlich widersetzt und die Ehre gehabt, sich auf dem ersten Schub nach Cayenne zu befinden. Er schuldet eigentlich seinem Vaterlande sowie seinen zahlreichen deutschen Freunden noch die detaillirte Beschreibung seiner Verpackung nach Brest sowie seines glücklichen Entkommens von der „trockenen Guillotine".

Für heute quittiren wir ihm die Erscheinung seines interessanten Büchleins und die liebenswürdige Anerkennung unserer praktischen deutschen Bestrebungen zur Hebung des Arbeiterstandes, wie wenig wir auch der Ansicht sind, daß mit 800 Volksbanken und 300 Millionen Frcs. in Cirkulation die eigentlich sociale Frage auch nur angepackt sei. Wenn Selbstständigkeit des Einzelnen, moralische Selbstbestimmung des Handwerkers, ein Stehen auf eigenen Füßen für viele Tausende erzielt worden sind und noch ferner erzielt werden können: so ist für die unzählige Masse der eigentlichen Lohnarbeiter, sei es in der Fabrik, sei es auf dem Ackergute, doch noch nichts erreicht und die radikale Abhülfe lediglich von Produktiv-Genossenschaften im größten Style zu erwarten. Zu solchen Produktiv-Genossenschaften scheint sich aber unser deutsches Vereinswesen nur sehr schwer, äußerst vorsichtig und in sehr geringem Maßstabe zu entschließen.

Die Franzosen haben unserer deutschen Genossenschaft einen eigenen Namen gegeben; sie nennen sie das Systéme coopératif, das Zusammenwirkungs-System, oder das System der vereinten Thätigkeit, und sie beschäftigen sich seit etlicher Zeit sehr eingehend damit. Sie verfahren dabei mit großer Bescheidenheit und Selbstverleugnung; wir lesen z. B. im Courier du Dimanche: „die cooperative Bewegung gewinnt jeden Tag neuen Boden bei uns; wir nehmen endlich, unter der Einwirkung der von unsern Nachbarn jenseits des Rheins und jenseits des Kanals, vollbrachten Fortschritte, die vor etlichen Jahren unterbrochene Arbeit wieder auf." Dasselbe Blatt beruft sich — wie das bei französischen Preßpolizei-Zuständen nicht anders möglich ist — auf die letzte kaiserliche Rede vom Throne und fügt dann, zur Wahrung seiner persönlichen Freiheit, hinzu: „Es kostet uns um so weniger Mühe, uns der Ansicht der kaiserlichen Rede anzuschließen, als wir sie nicht abgewartet haben, um in unsern Spalten den Fragen socialer Oekonomie einen breiten Platz einzuräumen, viel breiter als sie ihn in den pomphaftesten „demokratischen" Organen finden. Nur — und es freut uns, daß ein so tüchtiges Blatt auch diese Einschränkung macht — nur müssen wir gestehen, wir haben nie betrachtet und werden nie betrachten die sociale Oekonomie als einen Ableitungskanal für die Politik. In diesem Punkte hat uns die Thronrede nur sehr unvollkommen überzeugt. Ja, wir glauben, daß es „„nützlich ist, die praktischen Mittel zu suchen, das moralische und materielle Loos des Volkes zu verbessern""; aber wir glauben nicht, daß dies „„nützlicher"" sei, als unsere politische Verfassung zu verbessern. Wir wollen „„uns befleißigen, überall mit der besseren Einsicht die gesunden ökonomischen Lehren zu verbreiten""; aber wir glauben nicht, daß sie unzertrennlich seien mit den gesunden politischen Lehren. Wenn wir von Grund unseres Herzens wünschen, daß die Cooperation (oder Genossenschaft) sich entwickle, so geschieht es hauptsächlich, weil wir wissen, daß der Hunger ein schlechter Rathgeber ist, für Völker wie für Individuen, und daß die Menschen, die dazu verurtheilt sind, sich blos mit dem täglichen Brode zu beschäftigen und zerdrückt werden durch die Nothwendigkeit einer unaufhörlichen und hoffnungslosen Arbeit, weder Muße zum Lernen, noch Kraft zu Erfüllung ihrer wahrhaften Bürgerpflichten haben; weil es uns erfahrungsmäßig erwiesen scheint, daß Leiden und Entmuthigung sie fast immer zu „„trügerischen Theorieen"" verführen; weil wir, ohne uns einer Täuschung über die Tragweite der Cooperation (Genossenschaft) hinzugeben, glauben, daß es im gegenwärtigen Zustande kein besseres und wirksameres Mittel gibt, um neben einer Erhöhung ihres Wohlseins, ein lebendigeres und kräftigeres Gefühl der menschlichen Würde und ein schärferes Verständniß in der Initiative eines Jeden in Bezug auf die Führung seines eigenen Geschickes in den duldenden Massen zu verbreiten."

Und mit feinster Ironie wird hinzugefügt: „Das allgemeine Stimmrecht moralisch und intelligent zu machen, das ist unser Ziel. Wie die Thronrede so richtig sagt: „wenn alle Personen, die heute politische Rechte besitzen, durch die Erziehung aufgeklärt sein werden, so werden sie ohne Mühe die Wahrheit herausfinden und sich nicht von „trügerischen Theorieen" verleiten lassen; wenn die, welche von der Hand in den Mund leben, das Einkommen ihrer emsigen Arbeit sich vermehren sehen, so werden sie die festen Stützen einer Gesellschaft sein, welche ihnen Wohlstand und Würde verbürgt."

„Und in der That, das Volk über die ausschließliche Beschäftigung mit dem blos materiellen Leben und über die beständige Tyrannei der physischen Bedürfnisse zu erheben, ist das keine ganz wesentlich politische Frage, ist das nicht das erste der politischen Interessen, in einem Lande, wo die ganze Regierungsgewalt schließlich dem allgemeinen Stimmrecht gehört, wo dieses allein die Befugniß hat, nach seinem Belieben über alle materiellen und moralischen Interessen der Gesellschaft zu entscheiden? Das allgemeine Stimmrecht ist unser Herr, von ihm allein können wir in Zukunft die Freiheit erwarten. Trachten wir daher, so weit unsere schwache Kraft reicht, es zu befähigen, den Werth der Freiheit zu fühlen!" —

Wie konnten es uns nicht versagen, diese goldenen und zugleich scharf geschliffenen Worte dem deutschen Leser und vorzüglich dem deutschen Arbeiter mitzutheilen. Einiges darin scheint sich nicht absolut deutschen Verhältnissen anzupassen; wir sagen, es scheint, aber es scheint auch eben nur. Denn abgesehen von der allgemeinen Haftbarkeit aller civilisirten Länder unter einander, von der offenbaren Abhängigkeit des Looses des einen Staates von dem Loose des andern im gegenwärtigen Europa: wer zweifelt noch daran, daß das allgemeine Stimmrecht auch unser zukünftiger Herr und Meister sein werde. In dem Wahlgesetz zur deutschen Reichsverfassung liegt es ausgesprochen; der Stuttgarter Arbeitertag hat es auf seine Fahne geschrieben; es kommt so sicher, wie die Sonne morgen früh aufgeht. Und ist nicht gerade in der „Arbeiterzeitg." (vgl. Nr. 156) warnend auf die Landbevölkerung hingewiesen worden, welche eines Tages fördernd oder hemmend ein schweres Gewicht in die Wagschaale der deutschen Geschicke zu werfen berufen ist?

Heben wir schließlich noch aus dem mitgetheilten Urtheil eines gebildeten Franzosen die Worte hervor:

> „Ohne uns einer Täuschung über die Tragweite der Cooperation (Genossenschaft) hinzugeben",

so fühlen wir uns vollends in einer wahrhaft beruhigenden und kräftigenden Uebereinstimmung mit dem Courier du Dimanche; und davon legen wir hier laut und öffentlich Zeugniß ab.

Vom allgemeinen Stimmrecht.

Coburg, 17. Febr. Gestern hielt vor dem Arbeiterverein und einigen Gästen das Mitglied, Redacteur Reinhard einen Vortrag über das allgem. Stimmrecht, das ja neuerdings durch den ständigen Ausschuß der Arbeitervereine wieder so kräftig befürwortet ist. Der Coburger Verein wird sich bemühen, durch Veranlassung einer größeren Versammlung das Interesse für den hochwichtigen Gegenstand in einen möglichst erweiterten Kreis zu tragen. Die Versammlung des 17. Februar sollte unsrerseits der erste Schritt auf dem Wege sein, an dessen Ziele dem beharrlichen Streben das vielersehnte Gut des allgemeinen Stimmrechts winkt.

Der erwähnte Vortrag bestand aus 2 Theilen. Im ersten Theile wurden einige Einwürfe zurückgewiesen, welche von gewisser Seite noch immer gegen das allgemeine Stimmrecht verlauten; der zweite Theil führte Gründe vor, aus welchen das allgemeine Stimmrecht sich als eine Nothwendigkeit ergiebt.

Man weist erstens hin auf die abhängige Stellung der bisher vom Stimmrecht ausgeschlossenen Masse, auf die Unselbstständigkeit der Handwerksgesellen, der Fabrikarbeiter, der Tagelöhner. Als ob nicht der Handwerksmeister seinen Kunden gegenüber gleichfalls abhängig wäre, als ob nicht die untergeordneten Beamten ihren Obern gegenüber nur in höchst seltenen Fällen den Muth hätten, eine selbsteigene Meinung zu äußern. Der tüchtige Handwerksgeselle ist unabhängiger als sein an die Scholle und an die Gunst der Kunden gebundener Meister. Der Ruf des Fabrikherrn, das Vermögen des Grundherrn, beides wird durch die Geschicklichkeit und den Schweiß ihrer Arbeiter erworben; Abhängigkeit ist auf beiden Seiten. Durch die geheime Abstimmung, ohne welche das allgemeine Wahlrecht stets eine Spottgeburt bleibt, verliert auch die abhängigste Stellung ihren verderblichen Einfluß.

Man weist zweitens hin auf die Unreife und Unfähigkeit der arbeitenden Masse. Diese Leute, sagt man, sind zum lebenslänglichen Kampfe gegen den Hunger verurtheilt, all ihr Denken reicht nicht weiter als ihr Magen; die großen vaterländischen Fragen finden nicht Raum in diesem engen Gesichtskreis; woher sollte auch dieser Menschenklasse Einsicht in politische Dinge kommen?

Was den angeblichen engen Gesichtskreis betrifft, so reicht derselbe bei der großen Mehrzahl der Junker auch nicht hinaus über Jagdhunde, Pferde und Stammbäume. Die Kultur des Magens steht in der sogenannten besseren Gesellschaft gleichfalls in vorderster Reihe. Die Einsicht vieler Staatsbedienten reicht auch nicht über ihre Schreibstube hinaus und gar mancher Beamte entartet in seinem Berufe zur Maschine. Ist euch aber die Masse nicht reif genug, so sorgt dafür, daß sie reif werde. Macht eure Schulen zu vaterländischen Anstalten und laßt sie nicht länger Brutöfen im Dienst kirchlicher Sekten sein. Für Alles will der Sinn geweckt sein, auch für vaterländische Dinge. Die Einsicht gewinnt erst Wurzel durch Uebung.

Warum ist denn die geschwächte Masse auf anderen Gebieten des Lebens so reif, so überreif? Der 15jährige Knabe muß bei der Confirmation mit feierlichem Jawort zum Programm irgend welcher kirchlicher Sekte sich bekennen und das Gelübde ablegen auf Dinge, die höher sind als alle Vernunft; — der Soldat, der Vaterlandsvertheidiger, eine Stütze des Throns zu werden. Dazu wird der deutsche Jüngling für vollkommen reif erachtet. Den bei weitem größten Theil der Steuern vom 4ten Stande zu erheben, findet der Staat keineswegs bedenklich. — Bei Predigerwahlen ist schon seit Menschengedenken den Hausvätern der Gemeinde das Stimmrecht eingeräumt gewesen.

„Unreife der Masse" war auch im Jahre 1789 in Frankreich die Phrase, mit welcher Geistliche und Junker einen dritten Stand nicht aufkommen lassen wollten.

Man erinnert drittens, um das Stimmrecht nicht ein allgemeines werden zu lassen, an den schwankenden, bestechlichen Charakter der Masse.

Kein Theil der Gesellschaft hat im Jahre 48, dem großen Probejahr, mehr gewankt und geschwankt als der mit Besitz und Vorrecht ausgestattete Theil; im März liberal, im November das Gegentheil. Die Furcht, die Mutter des Wankelmuths, nistet am liebsten in den höheren und höchsten Regionen der Gesellschaft *). Von der Standhaftigkeit der Volksmasse liefern die wiederholten Wahlen in's Abgeordnetenhaus, sowie der unbeugsame Sinn der Schleswig-Holsteiner einen schlagenden Beweis.

Bestechungsversuche haben bei direkten Wahlen wenig zu bedeuten; es gehört des Geldes unmaßen viel dazu. Außerdem ist das Geschäft unsicher wegen der geheimen Stimmengabe. Sollte aber solchen Versuchen dennoch die Thür geöffnet sein, so sind weniger die Bestochenen die Sünder als die Bestechenden, welche mit allem Aufwand von Geld und sonstigen Mitteln zugleich sich und ihrer Sache ein Armuthszeugniß ausstellen.

Im deutschen Volke endlich, in welchem selbsteignes Meinen und Denken fort und fort seinen alten Werth behält, werden Bestechungskünste niemals einen breiten Boden gewinnen.

Man beruft sich viertens auf England, Belgien und Nordamerika, wo ja auch kein allgemeines Stimmrecht sei. Nun, in England ist dasselbe bereits in Sicht, und in der Union wird es bereits den Negern ertheilt.

Man beruft sich fünftens auf Frankreich und die traurigen Wirkungen, welche dort das allgemeine Stimmrecht angerichtet habe. Ein Vorwurf, den nicht das allgemeine Stimmrecht trifft, sondern die an Centralisation krankenden öffentlichen Zustände, die Präfektenwirthschaft und die verlogene Controle. —

Unter den Gründen für das allgemeine Stimmrecht ward vorgestellt:

Die Gerechtigkeit. In jedem Staatswesen müsse ein geordnetes Verhältniß sein zwischen Pflichten und Rechten. Nur im feudalen Staate gebe es Herren und Knechte, d. h. Rechte ohne Pflichten einerseits und Pflichten ohne Rechte andererseits. In den Grundrechten des deutschen Volks heißt es ausdrücklich: Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. Alle Standesvorrechte sind abgeschafft. Einer für Alle gleichen Wehrpflicht müsse ein für Alle gleiches Stimmrecht entsprechen.

Selbst die Klugheit, die Zweckmäßigkeit fordern das allgemeine Stimmrecht. So lange dasselbe nicht gewährt wird, werden die Ausgeschlossenen, die Verstoßenen stets einen Staat im Staate bilden, eine durch Kopfzahl und Massenkraft mächtige Partei, erfüllt von gerechtem Ingrimm gegen die Bevorzugten. Man bewillige den Massen den gebührenden Antheil an der Gesetzgebung, man werde dadurch der Ruhe und Ordnung eine festere Grundlage schaffen als durch Bayonnette. Je mehr ein Volk an der Gesetzgebung sich betheiligen darf, je mehr Achtung hat es vor dem Gesetz, seinem eigenen Werk.

Höher aber noch als Gerechtigkeit und Klugheit steht das sittliche Interesse, in dessen Namen das allgemeine Stimmrecht gefordert werden muß. Der Staat soll seine Angehörigen zu Selbstbewußtsein und Selbstachtung erziehen. Das Gefühl, ein gleichberechtigter Theil eines großen Ganzen zu sein, kann nur wohlthätig und versöhnend wirken auf Alle, die bisher wie ausgestoßen waren. Der Wahltag müsse zum Ehrentage werden, der den Niedriggestellten vor demoralisirender Selbstverachtung bewahrt. Sollte aber die Masse durch das plötzlich gewährte Stimmrecht vielleicht gar übermüthig oder üppig werden? Nein; denn ein Recht, das zugleich vielen Tausenden gegeben wird, verliert eben dadurch den Stachel der Verführung. Die bisher Bevorzugten mögen am Tage der allgemeinen Stimmenabgabe an die Tugend der Bescheidenheit und an das Gesetz der Gleichheit gewöhnt werden. Von dem christlichen Standpunkte aus, den der Staat so gern einnimmt, wird die weitere Vorenthaltung des allgemeinen Stimmrechts ein schlagender Beweis, wie ehrlich man es mit jenem Standpunkte meine.

Vollends gegenüber dem Gedanken des demokratischen Staates, welcher bereits auf der Tagesordnung der Geschichte steht, und welchem die deutsche Zukunft gehört, ist das allgemeine Stimmrecht nur noch eine Frage der Zeit. Die Monarchen leben freilich noch, aber die Monarchie ist todt; sie starb an fahrlässiger Selbsttödtung. Ein demokratischer Staat ohne allgemeines Stimmrecht ist eine Unmöglichkeit.

Täusche man sich indeß nicht. Die Eroberung des allgemeinen Stimmrechts wird noch schweren Kampf kosten. Denn zwei große Fragen sind es, die vorher gelöst sein wollen: die Unterrichtsfrage und die Wehrfrage. Ohne Lösung der Unterrichtsfrage und der Wehrfrage ist das allgemeine Stimmrecht ein Luftgebilde.

*) Wohl darum, weil es mit dem Gewissen dort nicht immer am besten bestellt ist. Der Setzer.

London, 17. Febr. Da ähnliche Einrichtungen wie in London in den meisten continentalen Städten, wenn auch in kleinerem Maßstabe auftreten, da dort wie hier die Bevölkerung rasch zunimmt, so daß die Arbeiterklassen durch die Theuerung der Wohnungen aus dem Mittelpunkte immer mehr nach der Peripherie gedrängt werden, woferne sie es nicht vorziehen, in den älteren Quartieren elendiglich zusammengedrängt zu leben, ist es von Wichtigkeit, auf eine Bill aufmerksam zu machen, welche demnächst im Parlamente eingehend erörtert werden wird. Sie ist von Mr. Childers eingebracht, und hat, wie schon in den Parlamentsverhandlungen kurz erwähnt worden ist, den Zweck, daß der Staat zum Bau von zweckmäßigen Arbeiterwohnungen Geld zu 4 Procent vorstrecke. Es soll dieses neue Gesetz nur für die volkreichern Städte Geltung haben, und soll nie mehr von Staatswegen vorgestreckt werden dürfen als die Hälfte des Schätzungswerthes der aufzuführenden Gebäude; doch auch damit wäre schon ein großer Schritt gethan. Praktisch, weil bei solchen Erleichterungen Gemeinden und Privatleuten die Möglichkeit geboten wäre, zweckmäßige und dabei einträgliche Zinshäuser für die ärmeren Classen zu errichten; principiell, insofern der Staat die Verpflichtung anerkennen würde, den socialen Bedürfnissen der ärmeren Schichten nicht blos auf dem Wege allgemeiner Gesetzgebung, sondern auch mit klingender Münze Rechnung zu tragen. Man wird nun freilich fragen, ob die von Mr. Childers eingebrachte Bill durchgehen werde. Darauf ist zu antworten: Ganz bestimmt, so weit ihr Schicksal von der Regierung abhängt, die sie aus allen Kräften unterstützen wird. Ihre Tragweite, so bemerkt heute der „Economist", kann eine größere werden, als das große Publikum vielleicht denkt. Denn schon jetzt lebt von der Bevölkerung Großbritanniens die Hälfte in Städten; davon 3 Millionen allein in London, dessen Einwohnerzahl das doppelte von ganz Dänemark, das dreifache von Griechenland erreicht hat. Aber da weder London noch irgend eine andere Stadt ursprünglich für so große Massen angelegt worden ist, so folgt daraus, daß eine große Zahl von Uebelständen sich jährlich mehr in den Vordergrund drängt. Die Städte werden entweder Mittelpunkte für verheerende Seuchen werden, oder auch es wird der Arbeiter, dem das Wohnen beinahe unmöglich gemacht wird, eines schönen Tages gewaltsam gegen seine Verdrängung Protest einlegen. Diesem Elende kann abgeholfen werden, wenn die Möglichkeit geschafft wird, Arbeiterquartiere zu bauen, die a) ihrem Zweck entsprechen, und b) den Unternehmern anständigen Zinsenertrag in Aussicht stellen. Beides kann erreicht werden, wenn der Staat seine Hülfe als Capitalist bietet und es steht um so eher zu hoffen, daß Bauspeculanten sich ihrer gerne bedienen werden, als die Erfahrung (in London und anderen englischen Städten) gezeigt hat, daß zweckmäßig gebaute Arbeiterhäuser sich mit 5—8 Procent verzinsen.

Vom Büchertisch.

Die so eben in Leipzig für Deutschland ausgegebene Nr. 6 der in London bei Trübner & Comp. erscheinenden, von Karl Blind redigirten politischen Monatsschrift des Vereins „Deutsche Freiheit und Einheit": „Der deutsche Eidgenosse" enthält ein Sendschreiben des Redacteurs an die Bamberger Versammlung in Betreff der in Süddeutschland kürzlich gegründeten „Neuen Volkspartei", und mehrere die neue Volkspartei besprechende Aufsätze von Dr. Louis Büchner, dem bekannten Verfasser des Buches „Kraft und Stoff", eine Schilderung der gegenwärtigen Zustände in Schleswig-Holstein von Gustav Rasch unter dem Titel: „Aus der Heimath des verlassenen Bruderstammes", ein Rekrutenlied von Georg Fein, eine Strafpredigt gegen die Mängel des deutschen Parteiwesens von Georg Fein, eine Antwort auf Venedey's Schrift: John Hampden und die Lehre vom gesetzlichen Widerstande, unter dem Titel: „Unser Rechtsboden", eine Erklärung des Generals Franz Sigel auf den Bericht des Generals Grant, die Vorgänge in Westvirginien betreffend, ein von Arnold Schlönbach bei der Robert Blum-Feier in Coburg im dortigen Arbeiterverein gesprochenes ergreifendes Gedicht, und mehrere andere politische Aufsätze von nicht genannten Mitarbeitern der republikanischen Zeitschrift. Dieselbe kann durch alle deutsche Buchhandlungen bestellt werden, und beginnt mit der nächsten Nummer ihren zweiten Jahrgang. Wir werden Auszüge daraus bringen.

Vermischtes.

§ **Gotha**, 20 Febr. Heute fand vor dem herzoglichen Kreisgericht hier die öffentliche Verhandlung gegen ein Mitglied des hiesigen Arbeitervereins, Schuhmachermeister Bockrodt statt, wegen angeblicher öffentlicher Herabsetzung der Religion. Bockrodt sollte sich dieses Vergehens schuldig gemacht haben in der am 25. Juli vorigen Jahres abgehaltenen öffentlichen Versammlung des ländlichen Arbeitervereins (Tagelöhnervereins) zu Kindleben. Nach einer gegen ihn erhobenen Denunziation, wofür die Staatsanwaltschaft eine Menge Zeugen benannte, sollte er in einer dort gehaltenen Rede gesagt haben: „die Kinder würfen nach der Confirmation die Bibel in die Ecke; es sei dies auch ganz recht, denn sie enthalte alttestamentarische Lügen, sei ein alttestamentarisches Lügenbuch." Der Angeklagte, an dem die Staatsanwaltschaft selbst, freilich nur um ein Straferhöhungsmoment daraus abzuleiten, einen höheren Bildungsgrad und klare Einsicht anerkannte, stellte entschieden und bestimmt in Abrede, diese ungereimten Aeußerungen gethan zu haben und hatte, den für die heutige Hauptverhandlung von der Staatsanwaltschaft benannten und vor Gericht geladenen 6 Belastungszeugen gegenüber, seinerseits 13 Entlastungszeugen benannt und ebenfalls um deren Vorladung gebeten, indem dieselben, welche wirklich anwesende, aufmerksame Theilnehmer an der Versammlung gewesen, würden bestätigen können, daß er nicht im Sinne der Anklage, sondern gelegentlich der Besprechung der Lohnfrage in folgendem Sinne sich bei jener Versammlung ausgesprochen habe: „die Lage der Arbeiter könne nicht allein durch höheren Lohn gebessert werden, sondern es gehöre auch geistige Bildung dazu, vor allem sei nöthig, daß der Volksschulunterricht, ebenso wie die Stellung der Volksschullehrer, gebessert werde; man müsse dahin streben, daß die Kinder nicht mehr so überfüllt würden mit Auswendiglernen alttestamentarischer Sprüche und Verse; man möge nicht mehr verweilen bei den im alten Testament erzählten jüdischen Fabeln und Wundern, welche ein erwachsener Mensch doch nicht mehr glaube. Daher komme es, daß Viele die Bibel später ganz bei Seite legten, wie ein anderes altes Buch. Eventuell beantragte der Angeklagte zugleich, daß eine Bibel für die Hauptverhandlung beigeschafft werde, um seine obigen Behauptungen durch belegende Stellen, die er zu bezeichnen sich vorbehielt, aus dieser selbst zu beweisen. Zu seinem Vertheidiger für die öffentliche Hauptverhandlung hatte der Angeklagte zugleich den Rechtsanwalt Streit von

Coburg benannt und dieser hatte in einer bereits unter dem 8. l. Mts. eingegebenen Eingabe um Vorlage der Untersuchungsacten zur Vorbereitung der Vertheidigung und wegen dringender Verhinderungsgründe und da er in Mitte des nächsten Monats andere Termine in Gotha habe, zugleich im Interesse der Kostenersparniß, um Verschiebung des Termins bis dahin gebeten. Das Herzogl. Kreisgericht, welches bereits mit Decret vom 29. vor. Mts. bestimmt hatte, daß von den 13 vom Angeklagten benannten Entlastungszeugen gegenüber den 6 Zeugen der Anklage nur **zwei** vorgeladen werden sollten und daß der Antrag auf Vorlage der Bibel im Termin als „frivol" zu verwerfen sei, „weil von einem Beweis der Einrede der Wahrheit in dieser Beziehung keine Rede sein könne;" — lehnte ebenso unter dem 10. d. Mts. auch die beiden Anträge des Vertheidigers ab; den auf Terminsverlegung, „weil durch eine Terminsverlegung der Geschäftsgang des Herzogl. Kreisgerichts erhebliche Störung erleiden würde" und den auf alle Fälle gestellten Antrag auf Gestattung der Acteneinsicht zum Zweck der Instruction der Vertheidigung, „weil der Termin zur Hauptverhandlung in Kurzem bevorstehe." Heute fand nun die öffentliche Hauptverhandlung statt. Vor der Hauptverhandlung war von dem Angeklagten noch eine Eingabe seines Vertheidigers übergeben worden, in welcher derselbe erklärte, daß ihm für die heutige Hauptverhandlung die Vertheidigung des Angeklagten, dessen Vertretung er jedoch nicht niederlege, durch die Entschließungen des Herzogl. Kreisgerichts vom 10. d. Mts. unmöglich gemacht sei; er verwahre sich aber gegen die darin liegende, ganz außergewöhnliche und mit dem Geist wie mit dem Wortlaut der Strafprozeßordnung im Widerspruch stehende, thatsächliche Verkümmerung der Vertheidigung; die Terminsverschiebung sei durch die thatsächlichen, nochmals dargelegten Verhinderungsgründe hinreichend motivirt gewesen und jedenfalls sei das Herzogl. Kreisgericht am 10. d. Mts. und nach (Art. 203) der Strafproceßordn. ebenso verpflichtet als in der Lage gewesen, die Acteneinsicht, nöthigenfalls durch Actenvorlage mittelst Requisition der Coburgischen Gerichte, auf eine ganz kurze Frist zu gewähren; er gebe gern zu, daß der Angeklagte durch Annahme eines Vertheidigers an Ort und Stelle ebenso und besser habe vertreten werden können, allein es sei nicht Sache der Gerichte, in das einmal gefaßte Vertrauen des Angeklagten zu einem bestimmten Vertheidiger störend einzugreifen; im Geiste des heutigen Strafprocesses und der hierauf fußenden Strafproceßordnung habe sich das Recht der Vertheidigung viel mehr besonderer Begünstigung zu erfreuen, und erfreue sich solcher auch thatsächlich wenigstens bei den **Coburgischen** Gerichten, während in dieser Sache nach den bezeichneten Entschließungen des hiesigen Gerichts thatsächlich das Gegentheil der Fall sei, und behalte er dem Angeklagten deßhalb alle bezüglichen Rechtszuständigkeiten gegen diese Beeinträchtigung seines Vertheidigungsrechts, namentlich auch wegen Verkürzung des Entlastungsbeweises ausdrücklich vor. In der darauf folgenden Hauptverhandlung, zu welcher der Angeklagte nun **ohne** Vertheidiger erschienen war, wurde die Anklage, mit mehr Eifer als Glück und Geschick, von dem Staatsanwalts-Substituten, Herrn Assessor **Nagel** von hier, vertreten. Der Angeklagte hatte außer den auf seinen Antrag geladenen **zwei** Entlastungszeugen noch **fünf** mit zur Stelle gebracht, welche nunmehr noch zugelassen wurden. Als Denunziant war in der Sache, wie die heutige Verhandlung ergab, der frühere Landtagsabgeordnete Schultheiß **Lencer** von **Buffleben** aufgetreten, auf den die Staatsanwaltschaft großes Gewicht legen wollte, der aber — man höre und staune — zu erklären sich genöthigt sah: — **daß er gar nicht in jener Arbeiter-Versammlung anwesend gewesen und lediglich auf Hörensagen hin die Denunziation beim Landrathsamt erhoben habe!** Obschon nun in der Voruntersuchung nicht weniger als 25—30 Zeugen vernommen worden sein sollen, so waren dem Staatsanwalt doch nur die sechs zur Hauptverhandlung vorgeladenen Zeugen geblieben, von denen also der classische Zeuge Herr Schultheiß und Exabgeordneter **Lencer** ganz abfiel, und von denen nur **Einer**, Schultheiß **Heyn** von **Friemar**, die Anklage anfänglich voll bestätigte, als es aber zur Eidesleistung kam, auch wieder sehr ungenau wurde. Herr Staatsanwalt Nagel beantragte gleichwohl **drei Monate** Gefängniß, mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte einen höheren Bildungsgrad besitze und deßhalb größere Einsicht in die Strafbarkeit seiner Handlung gehabt habe. Das Herzogl. Kreisgericht dagegen **sprach den Angeklagten frei**, da in den wirklich erwiesenen Aeußerungen des Angeklagten eine Herabsetzung von Gegenständen religiöser Verehrung nicht liege. Ob die Staatsanwaltschaft dagegen appelliren wird, ist abzuwarten.

Aufruf

an Deutschlands sämmtliche Arbeiter.

Freunde!

Schon seit langer Zeit durchzieht eine Bewegung die Arbeiterwelt, eine Bewegung, welche ihre Berechtigung in einem unabweisbaren Bedürfniß unseres Standes findet, in einem Bedürfniß, welches sich noch zu keiner Zeit in so gebieterischer Weise geltend machte, als grade jetzt, in einer Zeit allgemeiner Reaktionsversuche in allen Ländern; eine Bewegung der Vereinigung. Seit Jahren sind die Arbeiter, welche doch gewiß gemeinschaftliche Interessen haben, zur geheimen Freude ihrer Feinde entzweit über Fragen, welche, bei all ihrer Wichtigkeit, zur Zeit immer noch rein theoretische Fragen sind. Unglaublich; aber wahr! sie befeinden sich über die Anwendung, welche sie dereinst von einer besseren politischen und socialen Stellung machen wollen, die sie Alle wollen und von deren Erreichung sie noch so weit entfernt sind. Heißt das nicht über des Bären Fell streiten, ehe man ihn erlegt hat? Staatshülfe und Selbsthülfe sind Fragen der **Zukunft**, welche man in ruhiger Erörterung und aller Freundschaft in ein und demselben Verein besprechen kann, ohne sich in zwei Lager zu spalten, so wie sich Männer aller Confessionen in diesen Vereinen befinden, welche doch nach einem Ziele streben. Und nach **einem** Ziele streben zunächst die Arbeiter aller Vereine. Ob sie sich damit begnügen, sich durch Arbeit an sich selbst zu nützlichen Staatsbürgern auszubilden, oder ob sie, einzeln oder als Vereine, mit auf den politischen Kampfplatz treten; — sie wirken alle auf die Herstellung anderer, besserer Zustände auf politischem und socialem Boden hin. Weder die Anhänger der Staatshülfe noch die der Selbsthülfe können sich für ihre Thätigkeit irgend welche ersprießliche Wirksamkeit versprechen, ehe diese **besseren Zustände errungen sind**. Dahin müssen wir, Jeder in der ihm zusagenden Weise, zu wirken suchen, und in **diesem** Kampfe müssen wir einig sein. Ist einmal dieses Ziel erreicht, wer weiß, ob nicht alsdann die Gegensätze, welche jetzt unversöhnlich scheinen, sich auf viel einfachere Art lösen als man jetzt denkt, wo der Streit vielfach durch Persönlichkeiten vergiftet und verwirrt wurde, so daß man sich gegenseitig nicht mehr verstehen **wollte** und die Sache oft ganz aus den Augen verlor. Aber auch abgesehen davon, sollten denn wir, wir Brüder, uns jetzt schon gegenseitig zerfleischen, wo noch so viel gemeinschaftliche Arbeit für uns da ist? Welche Thorheit!

Nein! nicht umsonst ist der Ruf nach Vereinigung erklungen, und erklingt lauter und lauter. Und es wäre eine Versündigung an unserer Zukunft, wollten wir denselben ungehört verhallen, und vielleicht den Zeitpunkt vorüber gehen lassen, wo die Geister zur Versöhnung geneigt sind. **Zur Versöhnung** rufe ich Euch daher auf, zum gemeinsamen Wirken. Vorzüglich richte ich diese Aufforderung an alle die Vereine, welche dem Verbande deutscher Arbeitervereine in Folge ihrer socialen Anschauungen nicht beitreten zu können glauben. Aber auch an die Vereine unseres Verbandes möchte ich die Mahnung richten, zur Versöhnung, wo es immer thunlich ist, die ersten Schritte zu thun, oder wo die Hand von anderer Seite geboten wird, dieselbe zu erfassen, und das zu thun, was schon an verschiedenen Orten, und erst in neuester Zeit mit Erfolg in Dresden und Leipzig geschehen ist. Weg mit den unfruchtbaren Streitereien, ruhige Besprechung an die Stelle derselben, festes Zusammenhalten und Zusammenwirken für gemeinschaftliche Zwecke. — Im Zweifelhaften Freiheit, im Nothwendigen aber Einheit, das sei unsere Losung! denn

Einigkeit macht stark!

Nürnberg, den 22. Febr. 1866.

Schriftführer
Rud. Hirzel.

Der Vorsitzende d. ständ. Aussch. deutscher Arbeitervereine.
P. Staudinger.

Briefkasten.

Aus Eßlingen. Zu spät für diese Nummer. Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Correspondenzen, welche nicht bis **Donnerstag Morgens** hier eintreffen, Aufnahme in die nächste Nummer nicht mehr finden können. D. Red.

Gera, 14. Febr. Zum 18. Februar.

Germania ahoi!

Zur freundlichen Erinnerung an Eure Freunde
Robert Schommer in Gera,
Rudolph Schommer in Bern,
Louis Schrader in Paris.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von **F. Streit** in Coburg. — Schnellpressendruck von **L. Schweigert** in Coburg.

Nr. 166.

Vierter Jahrgang.

Sonntag, 4. März 1866.

Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorausbezahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 1 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang andauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 6 kr. oder 2 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

Vereinsangelegenheiten.

B. Berlin, 25. Febr. Das Resultat der von dem Berliner Arbeiterverein, resp. von dessen Vorsitzenden, Bandow, berufenen Volksversammlungen ist wohl schon bekannt. Sie wissen also, daß die erste Versammlung am 16. d. Mts. Abends aufgelöst worden ist, der Grund der Auflösung war angeblich „Verhöhnung der Obrigkeit", die in dem Citat des Schlußpassus einer Rede des Ministers des Innern „wollen Sie das Abgeordnetenhaus zum Asyl des Verbrechens machen?" liegen sollte. Nach dem Vereinsgesetz ist dies aber ein Grund der Auflösung nicht, und ist deshalb von Hrn. Bandow auch wegen derselben Beschwerde geführt worden. Daß einige unliebsame Redensarten von der erregten Menge gegen die Polizeibeamten fielen, ist erklärlich, dennoch folgten die Anwesenden, deren Zahl wohl auf nahe 4000 anzunehmen ist, willig den Mahnungen des Vorsitzenden, und verließen in Ruhe das Lokal, so daß Conflikte nicht vorkamen, was von gewisser Seite vielleicht sehr bedauert wird.

Die demnächst schleunigst auf Sonntag, den 18. d. Mts. Mittags berufene zweite Volksversammlung hatte eine ebenso zahlreiche Menge versammelt, verlief in größter Ruhe und war in einer halben Stunde beendet. Die in derselben einstimmig angenommene Adresse wurde am Montag, den 19. d. Mts., dem Präsidenten Grabow durch Hrn. Bandow an der Spitze einer Deputation von 30 Personen übergeben. — Für den Berliner Arbeiterverein hat die Sache eine üble Folge in der Hinsicht gehabt, daß ihm sofort das zu seinen großen Versammlungen benutzte Lokal gekündigt worden, und kein Besitzer eines großen Lokales geneigt scheint, dasselbe zu den Vereinsversammlungen herzugeben. Man sieht, es braucht das Vereinsrecht nicht angetastet zu werden, um dennoch mißbeliebige Versammlungen unmöglich zu machen. Der Verein sah sich gezwungen, wegen Mangel eines Lokales heute einen Vortrag des Abgeordneten Jung ausfallen zu lassen. Für kleine Versammlungen hat der Verein vorläufig noch ein Lokal, wie lange noch, ist nicht zu sagen; er ist deshalb energisch dabei, wie schon früher mitgetheilt, ein eigenes Haus zu erwerben, 11,000 Thlr. sind von den Mitgliedern gezeichnet, jedoch zum größten Theil in Lieferungen und Arbeiten halb gegen Actien. Es kommt nun darauf an, Freunde für das Project zu gewinnen, sonst wird die Ausführung desselben wohl noch lange auf sich warten lassen. — Erfreuliche Resultate ergibt die Sparkasse des Vereins. Von 61 Mitgliedern sind im vorigen Jahre 1003 Thlr. 25 Sgr. eingelegt; es will dies hier, wo so viele Kassen bestehen, wohl etwas heißen; neuerdings sind viele Mitglieder hinzugetreten und ist nunmehr mit der Sparkasse eine Darlehnskasse verbunden. —

Der jähe Schluß unseres Landtages hat eine Menge Vorlagen unerledigt gelassen, darunter auch die Petition des Berliner Arbeitervereins bezüglich des allgemeinen gleichen Wahlrechts, welche wir unter'm 5. d. Mts. unsern Lesern wörtlich mittheilten. Der Abgeordnete Jung, welcher Referent über den Antrag war, hatte jedoch bereits einen Bericht entworfen, welchen wir nachfolgend mittheilen, derselbe war jedoch, wie wir ausdrücklich bemerken, nicht vorgetragen und festgestellt. Bei Berathung der Petition war man zunächst von allen Seiten darüber einverstanden, daß die von den Petenten aufgestellte Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts und der directen Wahl der Abgeordneten eine Abänderung der Verfassung in den Art. 71 und 72 involvire, daß eine solche anzubahnen ebenso wenig geboten erscheine, als die Inangriffnahme des in Art. 72 der Verfassung in Aussicht gestellten Wahlgesetzes, in einer Zeit, wo sowohl die Regierung, als das Herrenhaus, ohne deren Mitwirkung solches Vorgehen fruchtlos bleiben muß, durch fortgesetzte Weigerung das in Art. 99 gebotene jährliche Etatsgesetz zu Stande zu bringen, die Verfassung in ihrer wesentlichen Bestimmung mißachten und in Frage stellen. — Demnächst wurde dann von einer Seite vorgeschlagen, aus diesem Grunde zur Tagesordnung überzugehen, ohne sich in eine weitere Prüfung darüber einzulassen, inwiefern die Forderung der Petenten, abgesehen von diesen Umständen, berechtigt seien oder nicht.

Von Seiten des Referenten wurde jedoch behauptet: Man könne sich mit den von den Petenten aufgestellten Forderungen und im Wesentlichen auch mit deren Begründung vollständig einverstanden erkläeen. Es sei:

1) das allgemeine, gleiche Wahlrecht auf gesetzlichem Wege Eigenthum des preußischen Volkes geworden.

Das aus den Berathungen des letzten vereinigten Landtages hervorgegangene Wahlgesetz vom 8. April 1848, ebenso die unter dem Ministerium Brandenburg octroyirte Verfassung vom 5. Dezember 1848, stellte dasselbe fest. Dreimal hat das preußische Volk dasselbe mit dem besten Erfolge und ohne alle Anstände ausgeübt. Da trat durch Octroyirung vom 30. Mai 1849 das neue Dreiklassensystem an die Stelle des rechtlich bestehenden allgemeinen, gleichen Wahlrechts. Die auf Grund des neuen Wahlgesetzes gewählten Kammern brachten dann den Art. 71 in die heutige Verfassung, welcher das Dreiklassensystem sanctionirte. Auf diese Octroyirung, sowie auf die dadurch zu Stande gekommene Verfassung könne man allerdings nach 16jähriger Praxis innerhalb derselben nicht zurückkommen; dennoch ließe sich nicht leugnen, daß verfassungsmäßige Zustände vorausgesetzt, dieselben auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlechts immer ihre sicherste Grundlage finden würden. Das Widersinnige und Unzweckmäßige des Dreiklassensystems ergebe sich übrigens von selbst. Enthalte doch die dritte Klasse wenigstens $^{5}/_{6}$ der gesammten Urwähler und habe nicht mehr Rechte als die etwa $^{1}/_{20}$ der Wähler in sich begreifende erste Klasse. Allerdings habe dies System seine Correctur allmälig darin gefunden, daß die sociale Abstimmung der Menschen, soweit sie durch die Steuerquote bedingt ist, in keinem Lande weniger, wie in Preußen, einen Unterschied des Interesses in den öffentlichen Angelegenheiten bedingt, und soweit ein solcher besteht, sei er in dem gemeinschaftlichen Interesse um Aufrechterhaltung unseres gefährdeten Verfassungsrechtes, fast vollständig verwischt worden. — Dennoch erscheinen solche Bestimmungen, wonach die bei weitem zahlreichste Klasse sich im wichtigsten Staatsbürgerrecht zurückgesetzt sehen muß, immer bedenklich und gefährlich.

2) Die Forderung der geheimen Abstimmung sei, wenigstens von liberaler Seite, überall als nothwendig und gerechtfertigt anerkannt worden.

3) Die directe Wahl dagegen sei niemals, selbst im Jahre 1848, Rechtens gewesen. Ein besonderes Bedürfniß habe sich damals zu einer solchen Abänderung nicht fühlbar gemacht. Eine Zurücksetzung irgend einer Klasse der Bevölkerung bei der indirekten Wahl sei nicht nachzuweisen. Die Ausführung sei mit großen Schwierigkeiten verbunden und deshalb auch das bloße theoretische Sich-Aussprechen für ein solches,

auf keinen Erfahrungen beruhendes Experiment nirgends geboten. Der theilweisen Uebereinstimmung aber mit den Forderungen und Gründen der Petenten Ausdruck zu geben, hielten sie für geboten, um das zwischen der zahlreichsten Klasse der Bevölkerung und der Volksvertretung von interessirten oder verblendeten Kapitalisten genährte Vorurtheil nicht aufkommen zu lassen, als würde dieselbe jemals zögern, diese breiteste Basis der Volksvertretung selbst anzustreben, sobald sie es ohne die Gefahr thun kann, dabei auch noch den letzten Rest der Volksrechte zu verlieren, die sie zu hüten berufen ist.

Darin sei man mit der andern Seite einverstanden, daß man aus den angegebenen Gründen die Forderung jetzt nicht stellen könne, man wünsche aber noch den Grund hinzuzufügen, daß selbst als theoretische Forderung ein solches Vorgehen der Kammer unmöglich erscheine, weil man deren Erfüllung unter der gegenwärtigen Regierung, auch wenn sie angeboten würde, zurückweisen müßte. Das allgemeine, gleiche Wahlrecht mit geheimer Abstimmung, soll es nicht eine Waffe in den Händen der Regierung werden, setze vollständige Preß- und Vereins-Freiheit, Rückgabe der Aburtheilung aller politischen Vergehen an die Geschworenen und eine Gemeindeverfassung voraus, die eine Garantie für die Unabhängigkeit der die Wahl leitenden Communalbeamten gibt. Aus diesen Gründen schlagen sie folgende Resolution vor:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, zu erklären:

> Das allgemeine, gleiche Wahlrecht mit geheimer Abstimmung ist die sicherste, gerechteste und nothwendige Grundlage der Verfassung. Die ersten Vorbedingungen derselben sind aber eine vollständige Preß- und Vereins-Freiheit, Wiederherstellung der Geschwornengerichte in ihrer Competenz für alle politischen und Preßvergehen und eine Gemeindeordnung, welche die Unabhängigkeit der die Wahl leitenden Communalbeamten sichert. Die Ergreifung der Initiative zur Herbeiführung desselben von Seiten des Abgeordnetenhauses wäre in gegenwärtiger Lage eine schwere Verkennung seiner Pflicht, das in der Verfassung angegriffene Recht des Volkes zu vertheidigen.

„Da haben wir die Bescheerung" bemerkte der Stuttgarter Beobachter, als er diese Resolution brachte.

Hohenberg in Bayern, 24. Febr. Der vor zwei Jahren dahier, unter der Leitung des Herrn Albert Enke aus Pößneck gegründete Spar- und Vorschußverein betrachtet die Beschuldigung der Vereine zu Pforzheim und Heidelberg gegen den Vorsitzenden des ständigen Ausschusses, Herrn P. Staudinger, durchaus als ungerechtfertigt.

Im Auftrage des Spar- und Vorschußvereins:
J. G. Müller, d. Z. Vorsitzender.

Nürnberg, 28. Febr. Der Nürnberger Arbeiterverein hat in seiner ordentlichen Wochensitzung am 26. Februar 1866 folgenden Beschluß einstimmig gefaßt.

In Erwägung:

> daß auf dem Stuttgarter Arbeitertag der Gang der ganzen Debatte, nach dem Berichte unseres Vertreters daselbst und den gedruckten Berichten, keinerlei Beweis dafür liefert, daß die Verwerfung des Bandow'schen Antrags: „Es ist Pflicht aller Arbeitervereine, mit allen gesetzlichen Mitteln für das allgemeine und direkte Wahlrecht einzustehen;" — eine Mißbilligung der Agitation für dieses Wahlrecht in sich schloß;
>
> daß dieser Beschluß vielmehr blos eine Concession an die Vereine war, welche eine solche Agitation nicht offiziell betreiben zu können glaubten;
>
> daß dem ständigen Ausschuß, wenn er sich an die Arbeiter im Allgemeinen wenden wollte, kein besserer Weg offen stand, als durch Vermittelung der Vereine;
>
> daß es jedem Verein frei stand, den Erlaß des ständigen Ausschusses einfach unausgeführt zu lassen;

erklärt der Arbeiterverein Nürnberg den Protest der badischen Vereine für durchaus unberechtigt und dem Interesse des Friedens verderblich, das Vorgehen des ständigen Ausschusses dagegen für durchaus korrekt und sichert demselben seine Unterstützung zu.

Der erste Vorstand.
G. Häger.

Der Arbeiterverein zu Frankenberg erklärt hiermit, daß er den vom Mannheimer Verein gefaßten, in Nr. 164 der Allg. d. Arbeiterzeitung veröffentlichten Beschlüssen beitritt.

Im Auftrag des Arbeitervereins zu Frankenberg.
Franz Pilz,
Vorsitzender.

Ravensburg, 24. Febr. Der Arbeiterbildungsverein ist mit dem Inhalt des Cirkulars, welches der Vorsitzende des ständigen Ausschusses am 5. Dezember v. J. an alle Brudervereine ergehen lassen hat, vollkommen einverstanden. Wir halten es für Pflicht, daß der Vorsitzende die Beschlüsse, welche beim Arbeitertag gefaßt wurden, zur nochmaligen Aufmunterung bringen soll.

Unser Bedauern müssen wir zugleich ausdrücken, daß die Agitation für das allgemeine und direkte Wahlrecht bei den badischen Brudervereinen Anstoß gegeben hat. Wir sind überzeugt, daß die Arbeiter die Rechte noch lange nicht im Besitz haben, welche ihnen gehören. Pflichten sind ihnen auferlegt, welche sie geduldig tragen müssen. Deshalb wollen wir Hand in Hand gehen und um unsere Rechte bitten und miteinander fortarbeiten, denn nur durch die Arbeit, d. h. in Eintracht, kann unser Werk gedeihen.

Im Namen des Arbeiterbildungsvereins.
Der Vorstand Knöll.

Augsburg, 27. Febr. Der Arbeiter-Fortbildungsverein Augsburg erklärt hiemit, daß der Vorsitzende des ständigen Ausschusses, H. Staudinger, durch das Circular vom 5. Dez. v. J., betr. die Agitation für das allgemeine und direkte Wahlrecht, ganz seiner Pflicht gemäß gehandelt hat. Wir können nur bedauern, daß sich unsere Brüder in Heidelberg und Pforzheim soweit konnten irre führen lassen und dagegen agitiren, glauben aber, daß sie noch zur rechten Zeit zur Einsicht kommen und solche Männer entlarven werden, welche es noch nie aufrichtig mit unserer Sache meinten, und oft nur die Arbeiter an sich lockten für ihre eigenen Interessen; Uneinigkeit in die einzelnen Vereine sowohl wie auch in die gesammte Sache streuend, wodurch oft Männer sich der Sache entfremden, welche sich von jeher als Arbeiterfreunde bewährt und als solche sich große Verdienste erworben haben. Mit Befremden haben wir die Erklärung des Hrn. M. Müller in der vorigen Nummer der Arbeiterzeitung gelesen, und bedauern nur, daß die Arbeiter noch so oft Leuten in die Hände fallen, durch deren Ränkespiel, wodurch solche Vorkommnisse veranlaßt werden, und Männer wie M. Müller sich genöthigt sehen, solche Erklärung vor die Oeffentlichkeit zu bringen. Wenn wir auch nicht Alle in jedem Punkte derselben Meinung sind wie Hr. M. Müller, so müssen wir doch gewiß gestehen, daß derselbe alle seine Kräfte der Arbeitersache widmete und selbst die größten Opfer nicht scheute.

Wir wollen hoffen, daß sich unsere badischen Brüder noch zur rechten Zeit uns anschließen werden und rufen ihnen zu: Seid auf Eurer Hut!

Für den obigen Verein:
G. Stollberg, II. Vorstand.

Eßlingen, 20. Febr. Unser Verein, der gegenwärtig bald 400 Mitglieder zählt, erfreut sich einer regen Entwicklung, indem das Streben der Mitglieder ein immer thätigeres wird, was sich durch fleißige und thätige Theilnahme der Einzelnen an den Vereinsangelegenheiten kundgibt. Bei der diesjährigen Ausschußwahl sind fast sämmtliche Mitglieder neugewählte, und hat jedes stimmberechtigte Mitglied nach eigener Ueberzeugung gewählt, was sich durch eine starke Namenverwirrung der Stimmzettel herausstellte, trotzdem der alte Ausschuß Vorschläge gemacht hatte, weil viele Mitglieder die besser begabten Männer nicht so genau kennen. Auch ist beschlossen worden, daß der bis dahin 1jährliche Rechnungsabschluß von diesem Jahre an ½jährlich stattfinden soll. Um dem Beschluß des Vereinstags in Stuttgart nachzukommen, hat der Verein beschlossen, daß vom Vorort eine Petition abgefaßt werden soll, an die würtembergische Kammer, wegen Erlangung des allgemeinen Stimm- und Wahlrechts der Arbeiter, und daß selbige auf der Gauversammlung in Biebrach den Landesvereinen zur Anerkennung vorgelegt werde.

Die Zahl der an der Krankenunterstützungskasse betheiligten Mitglieder beträgt 265; obgleich eine ziemliche Anzahl, so ist die Betheiligung doch noch keine allgemeine. Die Summe der Beiträge, incl. Eintrittsgelder, beträgt 393 fl. 7 kr.; hiervon wurden folgende Summen ausbezahlt: 1 Mitglied mit 27 fl.; ferner 1 mit 28 fl., 1 mit 20 fl., 2 mit 16 fl., 1 mit 14 fl., 1 mit 12 fl.; weitere Unterstützungen wurden zwischen 2 bis 12 fl. ausbezahlt. Eingetreten sind im verflossenen Jahre 131 Mitglieder, abgereist 22, ausgetreten 3, ausgeschlossen 5, gestorben 2. Der monatliche Beitrag beträgt 6 kr., Eintrittsgeld 30 kr. Die Summe der Unterstützung der Kranken beträgt 2 fl. pro Woche. Jedoch hat sich herausgestellt, daß wenn in diesem Jahre mehr Krankheitsfälle vorkommen, der Beitrag erhöht werden muß, indem schon im verflossenen Jahre die Krankenkasse aus der Vereinskasse Unterstützung erhalten hat.

Den reisenden Vereinsbrüdern diene zur Nachricht, daß der Arbeiterbildungsverein hier für ein passendes Gasthaus gesorgt hat (zum Palm'schen Bau) gut und billig. Ebendaselbst hat auch der Verein sein Lokal. — Um die traurigen Erfahrungen zu verhüten, welche reisende Arbeiter öfter machen müssen, nämlich: das Logiren in schmutzigen Wirthshäusern mit unreinlichen Betten und Dutzende in ein Schlafzimmer eingepfercht, wäre es an der Zeit, daß sämmtliche Vereine Deutschlands in obiger Richtung Kundgebungen machten und solche zur Mittheilung der Mitglieder im Vereinslokal ausgehängt würden; denn Jedermann wird einsehen, namentlich wer selbst in obiger Beziehung Erfahrungen gemacht hat, wie verderbend solches Reiseleben auf Körper und Geist wirkt, daß eine wiederholte Bekanntmachung guter Gasthäuser von sämmtlichen Vereinen nöthig ist.

Es kostet nichts und nützt doch viel!

Cigarrenarbeiterangelegenheiten.

Ansbach, 25. Febr. Werthe Collegen! Wir halten es für unsere Pflicht, sämmtliche Brudervereine zu benachrichten, daß wir durch Arbeitseinstellung vom 16. d. Mts. zu unserem Rechte gelangt sind. Der Meister M. Dörrschuck aus Seckenheim bei Mannheim, welcher Anlaß durch seine schon Jahre lange schroffe Behandlung, die zuletzt in Mißhandlung an einem unserer Collegen ausartete, gab, wurde auf Verlangen sämmtlicher Arbeiter seiner Stelle entledigt.

Zugleich sprechen wir unserem Bruderverein Lorsch unseren herzlichsten Dank aus, für seine Theilnahme, die wir durch eine Unterstützung von 9 fl. rühmen können.

Wir werden jederzeit es zu würdigen wissen, denn ein solcher Fall mit Arbeitseinstellung schwächt die betreffende Unterstützungskasse auf das Empfindlichste! Doch Einigkeit macht stark.

Unserem Bruderverein München diene zur Nachricht, daß Joseph Gaßeldinger hier abgereist ist.

Mit Brudergruß und Handschlag.
Im Auftrag des Vereins:
B. Peter Albinger.

Politischer Theil.

| Die Kammer und das Schicksal Preußens.

Die preußischen Abgeordneten haben sich abermals fortschicken lassen wie die Schulbuben *); Hr. v. Bismarck hat abermals Recht behalten. Auch wenn Hr. v. Bismarck einmal stolpert und zu Falle kommt, sind die Abgeordneten und der Fortschritt nicht schuld daran, sondern die sittliche Unmöglichkeit, daß ein Staat in dieser Weise fortbestehen, auf solcher Grundlage zusammenhalten kann. Man sehe einmal von der Kammer ganz ab, man denke sie sich fort und lasse Hr. v. Bismarck allein auf der königl. preußischen Staatsbühne: der Erfolg wird absolut der nämliche sein, Preußen ruinirt sich.

Preußen ist eben eine Unmöglichkeit, die am Rande des Lebensbrunnens züngelt und leckt, um zur Möglichkeit zu werden; eine kurze Zeitlang, Dank der Regungslosigkeit und dem Gaffen des übrigen Deutschlands, kann die Täuschung aufkommen; als ob Preußen ent- und bestehen würde. Auf einmal ist's aber doch wieder nicht wahr, und zwar durch Preußens alleinige Schuld; die Ohnmacht etwas zu sein und zu thun redet dann so laut, daß der dümmste Nachtwächter in Süddeutschland zu Verstande kommt und sich vor den Kopf schlägt, je so dumm gewesen zu sein und an Preußen geglaubt zu haben!

*) Zur passenden Vergleichung druckt eben recht die „Rheinische Zeitung" den entscheidenden Abschnitt aus den Kämpfen des englischen Parlaments mit dem Stuart Karl I. ab, deren siegreicher Ausgang mit dem Kopf des Königs haltbar besiegelt worden ist.

Die Geschichte Preußens wiederholt sich immer wieder, hoffentlich aber jetzt zum letzten Male, denn das Stück ist nicht interessant genug, um auf dem Repertoire zu bleiben. Vorab ist Alles militärisch im Lande, der ganze Staat eine Kaserne, der Fürst kommt in Uniform auf die Welt, Niemand hat ihn je anders gesehen. Dann wird irgend ein Parademarsch gemacht, wie 1787 nach Holland, oder 1864 nach Schleswig. Dort treibt man Rebellen zu Paaren oder jagt Reichsfeinde über die See; die Anstrengung ist niemals groß, doch das Geprahl hinterher natürlich um so größer. Nur preußischer „Wind" kann solche Fanfaren leisten. Da ist der Kamm geschwollen, man will Größeres wagen, man will in die Champagne rücken und die Republikaner in Paris Mores lehren. Ein Manifest, von preußischem „Wind" aufgeblasen, fliegt vorauf.

Aus der Champagne kehrt man natürlich baldmöglichst um, da Prahlen kein Geld ist und französische Republikaner besser dreinschlagen als holländische Mißvergnügte. Weil aber mit dem respektabeln Feinde nichts anzubinden ist, so findet man sich lieber mit ihm ab, schließt den Baseler Frieden mit ihm, gibt ihm Süddeutschland preis, zieht eine Demarkations- später Mainlinie, bis wohin die „preußischen Interessen" gehen, und beginnt dann nördlich von jener Linie zu annectiren.

So weit hatte es Preußen im Jahre 1805 richtig gebracht; Hannover war schon verschluckt, mit Napoleon stand man auf dem besten Fuße, Oesterreich mochte seinem Schicksale entgegengehen. Als aber Oesterreich geschlagen war, ließ Napoleon das windige Preußen seine ganze Verachtung fühlen, und da es sich so eben von Deutschland losgemacht und hinter seiner Demarkationslinie egoistisch verschanzt hatte, so bekam es eben allein die Prügel und löste sich 1806 auf. Jede einzelne Schlacht, wenn sie verloren geht, muß Preußen auflösen, während Frankreich besiegt, aber nicht aufgelöst wurde, während das vielvölkerliche Oesterreich die entsetzlichen Schläge von Austerlitz und Wagram ertrug, von den italienischen Kriegen ganz abgesehen, ohne erschüttert zu werden.

Preußen, welches damals schon auf die Arrondirung in Norddeutschland ausging und Hannover schon verdaut zu haben glaubte, wurde halbirt und fristete seine halbe Existenz durchaus nur von Napoleons Gnaden. Außer Ostpreußen war eigentlich nichts mehr treu. Hätte Napoleon den Prinzen Emil von Hessen wirklich zu einem Könige von Preußen gemacht, wie er es beabsichtigte, so wäre Preußen möglicherweise ein treues Rheinbundskönigreich geworden. Ganz phantastisch aber war sein Einfall, den Großherzog von Würzburg zum Kaiser von Oesterreich zu machen.

Wie wahr das Alles ist, ersieht man ganz bequem neuerdings aus den „nationalen" und Annexionsblättern. Sagt doch so eben jenes Ausschußmitglied des Nationalvereins, dem „die Freiheit der Güter höchstes nicht ist", in einer Art von Verzweiflung: „Ueber den Ernst der Situation machen wir uns heute so wenig Illusion wie früher. Die Dinge gehen eben ihren Gang, unbekümmert um unsere Sympathien und Antipathieen, und Graf Bismarck ist grade der rechte Mann, Preußen in einen Krieg zu stürzen, bei dem es sich um nicht mehr und nicht weniger als um Sein und Nichtsein des preußischen Staates handeln würde." (Frankfurter Journal, Beilage, 27. Febr. 1866).

Wir haben offenbar kein Interesse daran, daß diese Frage nach „Sein oder Nichtsein des preußischen Staates" unbeantwortet bleibe; im Gegentheil, wir wünschen die Antwort je eher je lieber zu hören. Und weil denn Graf Bismarck der Mann dazu ist, dem Schicksale diese Frage vorzulegen, so ist es uns ganz recht, daß er das Abgeordnetenhaus heimgeschickt hat. Wäre nur die geringste Aussicht vorhanden gewesen, daß das Haus selbst die Frage aufgeworfen und im deutschen Sinne beantwortet hätte. Wir würden ihm Gesundheit und langes Leben gewünscht haben. Da aber das Haus die Geschichte Preußens lediglich verzögerte, so ist ihm sein Recht widerfahren, die Beseitigung! Hoffentlich kommt es so nie wieder zusammen, wenigstens nicht als Vertretung des „norddeutschen Königreichs", als Legislatur der „erfindeutschen Großmacht".

Vom Verfassungsrecht und von der „beschwornen" Constitution sehen wir dabei natürlich ab, und können es auch. Auf etwas mehr oder weniger Verfassungsbruch kommt es nicht an; dem preußischen Gesetz kann in keiner Weise schlimmer mitgespielt werden, als seit 4 Jahren geschehen ist. Diese Verfassungsbröckelei fing sogar an, langweilig zu werden; besser ist es, das sog. Recht auf Einen Schlag zu zerschmeißen. Sonst hätten sich die guten Preußen noch Jahre lang eingebildet, eine „Verfassung" zu haben, während doch die Klänge des abhanden gekommenen Stiles schon längst nicht mehr zu finden war. Hr. v. Vincke selbst hat den Rechtsboden nicht ärger getreten, als Hr. Grabow und Genossen; und zur Vincke'schen Zeit war doch noch ein Stück Boden am Faße, während die jetzigen Doctrinäre sich rein im Leeren bewegen und dadurch den leeren Raum nicht grade füllen.

Am Allerwenigsten hat aber der Arbeiterstand das Aufhören des Kammerspielens zu bedauern. Wer die Rede gelesen hat, mit der Hr. Grabow auf die Adresse der 3000 Berliner Arbeiter antwortete, wer die unbegreiflichen Worte im Gedächtniß trägt, die Hr. Bandow und Genossen vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses hören mußte, der wird der Fortschrittskammer von Herzen die ewige Ruhe gönnen.

Politische Umschau.

Der preußische Landtag ist denn angekündigtermaßen am 23. Febr. geschlossen worden. Der bei dieser Gelegenheit im Namen des Königs gehaltene ministerielle Vortrag ist nichts anderes, als eine einseitige, durch und durch bodenlose Anklage gegen die Volksvertretung, — in die Welt geschleudert in dem Momente, in welchem man es der Repräsentation unmöglich gemacht hat, irgendwie darauf zu antworten. Dabei hat die Regierung den Muth nicht, durch Auflösung an das Volk zu appelliren. Man möchte noch immer den Schein der Verfassungstreue wahren und doch nach grellstem Absolutismus handeln. Freie Hand nach Innen und nach Außen mit Beseitigung der fortwährenden, wenn auch thatsächlich unschädlichen, doch störenden Kritik der Landesvertretung, die man jetzt wahrscheinlich durch gerichtliche Proceduren mit Entziehung der staatsbürgerlichen und Ehrenrechte in ihrer Majorität für die nächsten Wahlen wahlunfähig machen wird. — Eigenthümlich nimmt sich in der Thronrede der Satz aus, in welchem von der Unabhängigkeit der preußischen Gerichte gesprochen wird, von dem wohlbegründeten Ansehen preußischer Rechtspflege und von der Ehre des preußischen Richterstandes, dessen Unparteilichkeit noch heute wie seit Jahrhunderten dem Vaterlande zum Ruhm gereiche. Man erfährt zugleich aus dieser Thronrede, daß Verfassungsverletzungen nur auf Seiten des Abgeordnetenhauses zu suchen seien. Solche Andeutungen hören sich wie ein Hahnenschrei, der den baldigen Tag neuer Tendenzprozesse verkündigt.

Der Antrag des Abg. Reichensperger und Genossen auf Erlaß einer Adresse an Se. Majestät den König stand in der ersten und letzten Sitzung auf der Tagesordnung. Der Antrag, weil von einer Minderheit ausgegangen, war an und für sich eine parlamentarische Unschicklichkeit, außerdem war er ein abermaliger Beweis von der Zählebigkeit eines ächten preußischen Unterthanengefühls. Nach so viel erlittenen Kränkungen und allerhöchsten Fußtritten noch eine Adresse an Se. Majestät den König! Unterthänigste, versöhnungathmende Phrasen. Der Abg. Reichensperger hatte durch seinen Antrag die Vertreter des preußischen Volks bis an jene Grenze geführt, wo der Mensch aufhört und der Hund anfängt. Die Abgeordneten Gneist und Waldeck haben in dieser letzten Sitzung noch das Ihrige gethan, dem Volke über diese neupreußische Regierungswirthschaft ein Licht anzuzünden. Möge das Volk fort und fort lernen und das Gelernte nimmer vergessen.

Gneist erinnert daran, wie schon im vorigen Jahre der nämliche Antrag des nämlichen Herrn Reichensperger mit 275 gegen 24 Stimmen vom Hause zurückgewiesen, ferner wie in der Beantwortung auf die seit 1862 erlassenen 3 Adressen nur mit schweren Vorwürfen geantwortet sei. Seit dem Winter 1859/60 geht die Regierung damit um, die bestehende Heeresverfassung zu ändern und eine neue Verfassung an die Stelle zu setzen. Dazu war eine zwiefache Zustimmung der Landesvertretung nothwendig: die Zustimmung zu einem veränderten Gesetz und die Zustimmung zum jährlichen Mehrbedarf. Anstatt sich mit dem Hause zu verständigen, hat die Regierung die Verhandlungen abgebrochen. Durch neu erfundene Auslegungskünste schob man den Widerspruch der Zustimmungsberechtigten auf die Seite. Maßregeln wurden Gesetze. Vier Jahre hindurch hat der Kriegsminister hinter dem Rücken des Gesetzes geschaltet. Diese Regierungsweise ist maß- und schrankenlos. Das königliche Regiment erklärt durch einen Ministerialbeschluß jedes Gesetz für Nichtgesetz und jedes Nichtgesetz für Gesetz. Alle königstreuen Beamte und Gerichte vom Obertribunal bis zum Boten sind dabei schuldig, den Ministern hold und gewärtig zu sein und Handlangerdienste zu thun. Jedes neue Hinderniß, das die Regierung auf ihrer schrägen Ebene findet, wird Anlaß zu einer neuen Mißhandlung der Landesgesetze. Man kann die berechtigten Interessen dieser Nation nicht schwerer verletzen, als durch die Verausgabung von 20—30 Millionen neuer Ausgaben, welche ohne Gesetz und gegen ausdrücklichen Widerspruch einer dreimal gewählten Landesvertretung gemacht werden aus absoluter Machtvollkommenheit. Unter 350 Mitgliedern der zweiten Kammer und 180 Mitgliedern der ersten Kammer war nur ein Mann zu finden, der dem preußischen Volke das Recht der Bewilligung neuer Staatsausgaben absprechen wollte, und dieser eine Mann war Herr v. Bismarck, und dieser eine Mann wurde im September 1862 zum Ministerpräsidenten berufen und steht noch heute an der Spitze des Staatsministeriums, unter dessen Beirath die Herren Antragsteller den Bescheid auf ihre Adresse erwarten. Wir haben kein öffentliches Recht mehr, sondern nur persönliche Meinungen der Minister über den Sinn der Gesetze. Aber wir hatten noch Gerichte, die in ihrem engen Wirkungskreise Schranken, nicht Instrumente der Ministerverwaltung sein sollten. Um die Redefreiheit der Abgeordneten zu brechen, hat das Ministerium kein Bedenken getragen, auch die Richtigkeit dieser Schranke, die Umwandlung der Gerichte in Hilfscommissarien der zeitigen Minister bloß zu legen. Die jüngsten Verhandlungen haben mit der Beleuchtung eines Blitzstrahls den Zustand einer Justiz erleuchtet, die den Ministern bei der Auslegung der Gesetze Beistand zu leisten hat in einer Weise, bei der nur ein Zweifel bleiben kann — ob der Zweck, oder ob das Mittel das Verwerflichere ist. Seit dem Jahre 1815 hatten die Minister in Preußen allerdings gelernt, manche Dinge, die ein Gesetz erfordern, ohne Gesetze zu machen, aber an thatsächlich bestehenden Gesetzen hat sich die frühere Ministerkunst noch nicht versucht. „Wir wissen wohl von vielen Mißgriffen in Verwaltung und Justiz: ist aber eine Mißhandlung der Gesetze im Namen des Königs, eine planmäßige Bearbeitung der Verwaltungsbehörden und Gerichte um bei der Mißdeutung der Gesetze zu helfen, etwas in Preußen Erhörtes?" — (So offen betrieben gewiß noch nicht. Früher mag dies nur mehr in der Stille besorgt worden sein. Die Beulen brechen jetzt nur auf. Dies zu beschleunigen ist nun einmal die historische Mission des Grafen Bismarck. D. Red.)

— Die „Magdeburgische Zeitung" gibt die drei Acte an, durch welche die Thätigkeit des Landtags unterbrochen werden kann: 1) Kann der König nach Art. 52 die Kammern vertagen. Diese Vertagung darf aber ohne die Zustimmung der Kammern die Frist von 30 Tagen nicht überschreiten und nur einmal während einer Session stattfinden. 2) Kann der König die Sitzungen der Kammern schließen. In diesem Falle steht es in seinem Belieben, ob er dieselben wieder in demselben Jahre einberufen will oder nicht. Sie müssen aber spätestens zu der nächsten regelmäßigen Session wieder einberufen werden, die bekanntlich in dem Zeitraum von Anfang des Monats November jeden Jahres bis zur Mitte des folgenden Januar eröffnet werden muß. 3) Kann der König den Landtag auflösen. Am Tage der Auflösung hören dann die Abgeordneten auf, die Vertreter des Volks zu sein, aber es müssen innerhalb eines Zeitraums von 60 Tagen die Wähler zu einer Neuwahl zusammentreten und innerhalb eines Zeitraums von 90 Tagen die Kammern wieder versammelt sein. Man hat Nr. 2 jetzt gewählt, da inzwischen die Wahl gerade abläuft. Thatsächlich die ins Neupreußische übersetzte österreichische Verfassungssistirung.

Am 5. Mai d. J., so schreibt eine Correspondenz aus Weimar in verschiedenen Blättern, — feiert die Constitution des Landes Weimar ihren fünfzigsten Geburtstag. Es ist die erste Verfassung eines deutschen Staates gewesen, die Carl August gegeben; er hat zuerst dem Volke gegeben, was des Volkes ist und ist dadurch selbst ein Eigenthum des deutschen Volkes geworden, und „nennt man die besten Namen, wird auch der seine genannt." Es ist des geistreichen Stifters unserer Verfassung würdig, daß sein Werk nicht allein bestehen geblieben, sondern auch weiter entwickelt worden (?) ist im Geiste einer späteren Zeit. Darum wird der 5. Mai ein hehrer Gedenktag sein in dem Lande Weimar.

Karlsruhe, 23. Febr. In der heutigen Sitzung reichte der Staatsminister der Justiz, Dr. Stabel, das längst erwartete Ministerverantwortlich-

teits-Gesetz ein. Dasselbe besteht aus zwei gesonderten Gesetzentwürfen, von denen der erste die Fälle der Verantwortlichkeit der Minister und obersten Staatsbeamten, der andere die Anklage, das Verfahren, das Richteramt u. s. w. zum Gegenstand haben. Das Anklagerecht steht ausschließlich der zweiten Kammer zu; dagegen ist die erste Kammer bei Feststellung des Richteramts betheiligt. Sie stellt nämlich aus ihrer Mitte durch Wahl zwölf Mitglieder auf; die gleiche Zahl wird von dem obersten Gerichtshof aus dem Kreise badischer Richter bezeichnet. Aus diesen vierundzwanzig Personen werden dann durch das Loos zwölf Richter bestimmt, welche den außerordentlichen Gerichtshof für die Ministeranklage bilden. Den Vollzug eines verurtheilenden Spruches sichert — wer? was? wie?

Schweiz. Die in neuester Zeit in der Schweiz sich kundgebende Unduldsamkeit der katholischen Geistlichkeit gegenüber andern Confessionen hat in Solothurn eine großartige Volksdemonstration veranlaßt. Den speciellen Anlaß hatte dort der Generalvicar Girardin mit einer Verordnung, betreffend die von der katholischen Geistlichkeit bei dem Begräbniß von Protestanten einzunehmende Haltung, gegeben. Infolge dessen zogen am Abend des 24. Febr. an 3000 Mann mit Fackeln vor das Kapitelhaus in Solothurn, wo der Generalvicar wohnt, und von dort in lautloser Stille nach dem Palais des Bischofs, wo „Wir glauben all an einen Gott“ und „Brüder, reicht die Hand zum Bunde“ gesungen wurde. Dann Musik und Protest im Namen des Volks, verkündet durch den Gerichtspräsidenten Bläsi. Der Redner erinnerte an Schultheiß Wengi von Solothurn, welcher in der Reformationszeit sich vor die Kanone stellte, womit die Katholiken das Haus zusammenschießen wollten, in welchem die Reformirten versammelt waren und sagte u. a.: „Unsere Religion ist die der Liebe und Duldung, die Christus predigte. Die Verordnung des Generalvicars ist die Religion des Hasses bis an das Grab. Wir anerkennen diese Religion nicht als die unsere, und kein geistlicher Befehl wird uns zwingen, derselben Folge zu leisten.“ Diese Demonstration ist um so bedeutungsvoller, als der Canton Solothurn ein rein katholischer Canton ist.

Bukarest. Das Haus Cusa hat aufgehört zu regieren. Dieser Krug aus der Fabrik Napoleons ist nur zu lange zu Wasser gegangen, ehe er brach. Selten ist eine Revolution so glatt und glücklich von Statten gegangen. Das Militär in musterhafter Haltung des Nichtsthuns.

Die in Bukarest ausgebrochene Revolution erscheint dem „Journal des Debats“ als ein äußerst beachtenswerthes politisches Ereigniß. Fürst Kusa glaubte auf einen Staat und eine Kammer, die mit seinen Kreaturen bevölkert waren, zählen zu können; er hatte eine Armee, deren Treue für ihn unzweifelhaft war, und eine dienstgefällige Telegraphie, welche die begeisterten Kundgebungen Rumäniens Europa anzukündigen sich beeiferte, zu seiner Verfügung. Officiell verhieß Alles dieser Regierung schöne Tage und ein langes Leben, und doch fiel sie in Einer Nacht, und derselbe Telegraph, der vor so kurzer Zeit noch des Fürsten Kusa Lob sang und seine Popularität verherrlichte, zeigt in der zwanglosesten Weise und in vollständigster Unabhängigkeit seinen Sturz an. Es liegt darin ein reicher Stoff zum Nachdenken für die Politiker, welche einiges Interesse darin finden, den eigentlichen Bedingungen der Dauerhaftigkeit der Regierungen nachzuforschen.

Die „Magdeb. Presse“ schreibt: In den Donaufürstenthümern selbst herrscht übrigens, übereinstimmenden Nachrichten zufolge, der tiefste Friede. Die provisorische Regierung soll ein Manifest an die Cabinete und Völker Europa's vorbereiten, worin die vollzogenen Ereignisse als im Interesse der allgemeinen Ruhe stattgehabt dargestellt werden würden. Es wird gemeldet, Cusa soll nicht in seinem Palaste, sondern in einem Privathause bei einer ihm nahestehenden Dame festgenommen worden sein. So die „Magdeb. Presse.“ Empfindsame Seelen wollen sich übrigens über das fernere Lebensschicksal des an die Luft gesetzten Herrschers keine grauen Haare wachsen lassen. Gehorsam dem in allen Potentaten lebenden Trieb der Selbsterhaltung wird Fürst Cusa schon bei Zeiten genügende Millionen ins Ausland geschafft haben, um seine Tage in der [illegible] Gewohnheit des Luxus zu fristen. Die [illegible] Fürsten, König Franz an der Spitze, [illegible] weit davon entfernt gewesen, ihr Brod [illegible].

Paris. Die Linke hat nun ebenfalls ihr Amendement über die inneren Freiheiten eingegeben. Dasselbe lautet folgendermaßen:

„Frankreich hat das tiefe Gefühl seiner Rechte und den Willen sie auszuüben. Die Constitution erkennt sie an und die organischen Gesetze unterdrücken sie. — Die Constitution hat, indem sie die Souveränität des Volkes proklamirte, erklärt, die Prinzipien von 1789 zu bestätigen und zu garantiren, sie hat aus diesen Prinzipien die Grundlage des öffentlichen Rechtes gemacht. Frankreich hat demnach ein Recht auf freie Presse. Indeß confiscirt die administrative Willkür, der die periodische Presse unterworfen ist, und die unter einer neuen Form wiederhergestellte Censur und die dem Geschwornengerichte, ihrem natürlichen Richter entzogenen Preßprozesse vernichten die Freiheit der Diskussion.

Frankreich hat ein Recht auf freie Wahlen; indeß besteht das System der officiellen Kandidaturen mit seinen unvermeidlichen Mißbräuchen fort; das Versammlungsrecht wird geleugnet und die bedenklichsten Eingriffe in die Ausübung der allgemeinen Wahlen rühren gerade von Denjenigen her, deren Mission es ist, das Gesetz zu achten und die Aufrichtigkeit der Abstimmung zu sichern.

Es hat ein Recht auf municipales Leben, welches eine der nothwendigsten Bedingungen der Freiheit ist; dennoch wählt die Regierung, ihren Versprechungen zum Trotz, ohne Nothwendigkeit die Bürgermeister außerhalb der erwählten Räthe; sie löst beim geringsten Anzeichen des Widerstandes die Municipalräthe auf; sie verurtheilt Paris und Lyon zum System der municipalen Commissionen.

Es hat ein Recht in der Verantwortlichkeit der öffentlichen Beamten eine Sanktion der Gesetze zu finden, welche die Bürger schützen; dennoch können die Agenten der Regierung nur kraft der Autorisation der Regierung selbst, die hier gleichzeitig Richter und Partei ist, verfolgt werden.

Frankreich würde gerne das ihm vorgeführte Beispiel der Vereinigten Staaten annehmen, allein es will nicht von der Republik und der Monarchie das, was die Autorität bildet, entlehnen und dabei in jeder dieser Regierungsformen das zurückweisen, was die Freiheit bildet. — Ohne politische Freiheit ist kein Recht gewährleistet. Die Freiheit allein kann zur Freiheit großziehen. Nur sie vermag die geistige Erkenntniß zu heben und die öffentlichen Tugenden zu entwickeln. Der Willkür den Unterricht in der Freiheit anvertrauen, heißt in der dem vorgesteckten Ziele entgegengesetzten Richtung wandeln.

Umgeben von freien Staaten, die es selber in die Freiheit eingeführt hat, setzt das französische Volk ein zu großes Vertrauen in seinen Genius und ist zu stolz auf seine Vergangenheit, als daß man es als unter Kuratel gestellt behandeln und unfähig oder unwürdig erklären dürfte, selber die glorreiche Last seiner Geschicke zu tragen.“

Socialer Theil.

Augsburg, Ende Februar. Bekanntlich fand dahier im Oktober vorigen Jahres eine Arbeiterversammlung statt, wegen Verkürzung der Arbeitszeit in den hiesigen Fabriken. Dieselbe war sehr zahlreich besucht und es wurde beschlossen, durch eine Eingabe an das hiesige Ministerium das Ersuchen zu stellen, dahin wirken zu wollen, daß die Arbeitszeit in den hiesigen Etablissements um eine Stunde verkürzt werde, und zwar sollte der Anfang der Arbeitszeit, statt wie bisher von Morgens 5 Uhr auf 6 Uhr festgesetzt werden. Die Eingabe ging mit vielen hundert Unterschriften bedeckt an das Ministerium ab, dasselbe schickte aber die Schrift wieder an den hiesigen Magistrat zur Begutachtung zurück. Letzterer erklärte nun, daß in der Eingabe Manches übertrieben sei, die Arbeitszeit könne nicht wohl verkürzt werden ohne Nachtheil für die hiesigen Industriellen, wenn ein Gleiches nicht im ganzen Zollvereinsgebiet geschehe. In England und Frankreich sei die Arbeitszeit eine längere, (dahier beträgt sie bloß 14 Stunden); wohl wünschen sie von Herzen eine Aufbesserung des Arbeiterstandes, allein das Einzige, was man in dieser Beziehung thun könnte, um eine Verkürzung der Arbeitszeit zu ermöglichen, wäre die Abschaffung der in Bayern noch üblichen vielen Feiertage.

Es muß Befremden erregen, daß ein Magistrat, welcher größtentheils sich zur Fortschrittspartei zählt, eine solche Erklärung abgeben kann, denn soviel mir bekannt ist, beträgt die Arbeitszeit in Frankreich bloß 12, in England größtentheils bloß 10 Stunden. Was die Feiertage betrifft, so werden gerade in den hiesigen Fabriken bloß die höchsten Festtage gefeiert, wie auch in allen übrigen Staaten. Es sind bloß zwei Feiertage, welche dahier auch in den Fabriken ausnahmsweise gefeiert werden, nämlich das Frohnleichnamsfest und das sogenannte Friedensfest (8. August), welch' letzteres bloß auf Augsburg Bezug hat.

Wenn nun die hiesigen Fabrikanten durch die paar Feiertage nicht in den Stand gesetzt sind, die Arbeitszeit um eine Stunde zu verkürzen ohne erheblichen Nachtheil, so drängt sich unwillkürlich noch vielen Arbeitern die Frage auf: Wer entschädigt uns, die wir auf Stücklohn arbeiten, und dies ist gewiß eine beträchtliche Zahl, da wir sogar oft genöthigt sind, alle Feiertage, welche im Kalender als „katholisch“ bezeichnet sind, zu halten, nichts verdienen, oft unnöthiger Weise mehr Geld verbrauchen müssen als an einem Arbeitstage u. s. w.

Wenn die Hrn. Fabrikanten ihren Schaden bei dergleichen gerechten und zeitgemäßen Forderungen anschlagen und allerlei Vorwände dabei zu Tage bringen, welche keineswegs dazu angethan sind, den Arbeitern Vertrauen zu ihnen einzuflößen, so ist es auch Pflicht der Arbeiter, ihre Meinung zu äußern und die ihnen nachtheilige Stellung den Arbeitgebern gegenüber hervorzuheben. Es ist dies um so mehr nothwendig, als der Arbeiter sieht, wie namentlich liberale Männer, wenn auch in mancher Beziehung Hand in Hand mit dem Arbeiter gehend, doch in der Arbeiterfrage und den gerechtesten Forderungen der Arbeiter, wie z. B. die „Verkürzung der Arbeitszeit“, sich mit wenigen Ausnahmen von den Arbeitern trennen und gegen dieselben wirken.

Es ermahnt diese Erfahrung hauptsächlich die Arbeiter zu einer besseren Vereinigung, zur Bildung und Aufklärung, damit sie sich nicht noch mehr zur Maschine herabwürdigen. Eintracht macht stark! Und nur die Arbeiter allein werden durch kräftiges Zusammenwirken es dahin bringen, ihre Lage zu verbessern.

Was die uns zugesandte Petition an den Social-Gesetzgebungsausschuß anbelangt, so haben wir uns in dieser Beziehung an Hrn. Bürgermeister Fischer, welcher Mitglied des betreffenden Ausschusses ist, gewendet. Derselbe hat von jeher unsere Sache befördert, gab uns aber den Rath, von einer allgemeinen Versammlung vorderhand abzustehen, da überhaupt noch keine Aussicht vorhanden ist, ob und wann der betr. Ausschuß einberufen wird.

Die Petition selbst betreffend, ist es nöthig, dieselbe in zwei Theilen abzufassen, den einen Theil wegen Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Associationswesen ꝛc. an den Social-Ausschuß, den andern Theil, betr. das allgemeine direkte Stimmrecht, selbstverständlich mit geheimer Abstimmung an die Abgeordnetenkammer selbst.

Anzeigen von Vereinen.

Lüchow, den 20. Febr. 1866. Da in Folge eines Ausschreibens an unsere deutschen Brudervereine um Abnahme von Loosen, zu der zum Besten unseres Arbeitervereins veranstalteten Verloosung selbstverfertigter gewerblicher Gegenstände, jedenfalls die Bestimmung über die Zusendung von Loosen durch Postnachnahme Anstoß erregt hat, so wird solches hiermit zurückgenommen und tritt an dessen Stelle was folgt:

Loose werden auf Bestellung den geehrten Vorständen der betreffenden Vereine franco zugesandt und die nicht verkauften, sowie den Betrag der verkauften Loose (25 Stück 8 Thaler) bis den 1. Mai d. J. retour erbeten. Spätere Rücksendung wird nicht angenommen.

L. Schulze
im Auftrag.

Verschiedene Anzeigen.

[illegible] Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
[illegible] unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schwelgert in Coburg.

Nr. 167. Vierter Jahrgang. Sonntag, 11. März 1866.

Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen franklrt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

Vereinsangelegenheiten.

Der unterzeichnete Verein hat in seiner Hauptversammlung vom 1. März die folgende Erklärung beschlossen:

> Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß es des freien Mannes unwürdig ist, in dem Staate, dem er angehört, von der wirksamen Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten ausgeschlossen zu sein;
>
> daß ferner auf eine Berücksichtigung der gleichen Rechte und Bedürfnisse der Arbeiter in der Gesetzgebung nicht zu rechnen ist, so lange kraft der jetzt herrschenden Wahlgesetze in unsern gesetzgebenden Versammlungen eine bevorzugte Minderheit entweder ausschließlich oder (wie namentlich in Hamburg) in weitaus überwiegendem Verhältniß vertreten ist, —
>
> erkennen wir die Einführung des allgemeinen Stimmrechts unter Beseitigung aller Bevorzugung als die Vorbedingung jedes wahren Fortschritts und haben unsere Vertreter auf dem letzten Vereinstag beauftragt, dahin zu wirken, daß das gemeinsame Streben nach einer Aenderung der Gesetzgebung in diesem Sinne als eine wesentliche Aufgabe der Arbeitervereine anerkannt werde. Wir können daher dem Vorgehen des ständigen Ausschusses in der gleichen Richtung nur unsere volle Zustimmung aussprechen und in dem Widerspruch einiger badischen Vereine nur eine beklagenswerthe Engherzigkeit in der Auffassung ihrer Aufgabe erkennen.

Der Bildungsverein für Arbeiter in Hamburg.

Offenbach. In der letzten Generalversammlung des hiesigen Arbeiterbildungsvereins, 4. Febr. l. J., sowie auf dem letzten Verbandstage der Arbeiterbildungsvereine des Maingaues, 11. Febr., wurde einstimmig beschlossen, nachfolgende Erklärung abzugeben:

> „die Versammlung erklärt in Hinsicht auf die Angriffe der Vereine zu Karlsruhe und Pforzheim gegen den Vorsitzenden des ständigen Ausschusses zu Nürnberg, P. Staudinger, daß dieser mit Erlassung seines Cirkulares vom 5. Dezbr. 1865 vollkommen in seinem Rechte war und damit in keiner Weise weder seine Befugniß überschritten noch gegen die Beschlüsse des Vereinstages zu Stuttgart gehandelt hat."

Für den Verein:

C. A. König, Vorsitzender. — C. J. Herold, Schriftführer.

Dresden. (Arbeiterbildungsverein.) Unser diesjähriges Stiftungsfest (5. Februar) war gegen die Vorjahre außerordentlich belebt, dazu trug namentlich das Weglassen der für einen Arbeiter immerhin kostspieligen Tafel bei, an deren Stelle ein recht gemüthlicher, von Gesängen und Toasten durchkreuzter Commers trat. Der beim Festactus vorgetragene Jahresbericht des Vorsitzenden ergab, daß der Verein betreffs der Mitgliederzahl und der Kassabilanz um einige 10 gefallen war, aber eins hob der Festredner Knöfel hervor, haben wir gelernt, das Vertrauen auf eigene Kraft und den Werth der Selbsterrungenschaften.

Den größten Theil unserer Zusammenkünfte füllt jetzt ein Cyclus von Vorträgen des Herrn Redacteur Noak aus. Die Wirthschaftslehre des Amerikaners Carey, die er mit beredtem Munde vorträgt, zeigt die socialen Zustände von einer ganz anderen Seite als wir bisher gehört und erregt in uns am allerwenigsten Lust, nach englischen Institutionen, wie sie der Handels- und Fabriksabsolutismus einzuführen wußte. Hoffentlich findet Einsender Dieses später Gelegenheit, sich hierüber näher auszulassen. Zwei andere Vorträge mögen hier noch Erwähnung finden: Herr Dr. Friedrich über Volksgesundheitspflege, speciell die Heilkraft des Wassers und Herr Advokat Hendel über Familienrecht speziell die gesetzlichen Bestimmungen in Betreff der Ehe und Kinder.

Die Differenz zwischen einigen badischen Vereinen und dem Vorsitzenden des ständigen Ausschusses hat auch bei uns zu Aeußerungen Anlaß gegeben. Wir halten das Verfahren des Herrn Staudinger für vollkommen gerechtfertigt und schließen uns den Resolutionen von Leipzig in dieser Beziehung an. Ja, wir sind noch Etwas weiter gegangen, in einer Volksversammlung (Tagesordnung: unsere Zukunft) vereinigten sich die Mitglieder des Arbeiterbildungs- und des allgemeinen deutschen Arbeitervereins dahier, bei der **Agitation für das Wahlrecht Hand in Hand zu gehen.**

Möchten doch die Arbeiter allerort einsehen, daß die Spaltung unter ihnen, der Gegenpartei nur erwünscht sein kann, man erinnere sich nur wie Pfaffen und Junker die Arbeiterfrage auf Kosten der einen oder andern Partei auszunutzen gesucht haben. Der gute Sinn der Arbeiter läßt erwarten, daß diese Einigung allerwärts durchgeführt werde, und daß von beiden Seiten einander entgegengekommen wird, denn in der bisherigen Spaltung und dem sich selbst Bekämpfen wird die Arbeiterfrage nie einer glücklichen Lösung entgegengehen, darum ist Einigung nothwendig — ehe es zu spät ist — eine Einigung zum Schrecken unserer Feinde.

Moritz Heudel.

Weimar, 5. März. In unserer heutigen Versammlung wurde darüber abgestimmt: ob man sich für das allgemeine direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmgebung erklären solle? Die Versammlung erklärte sich **einstimmig** dafür. Wir sind nun aber selbst nicht in der Lage, an den Landtag in dieser Angelegenheit eine Petition einzugeben, da unsere meisten Mitglieder nicht Staatsangehörige, resp. Staatsbürger sind; aber wir werden alle dahin zu wirken suchen, daß der angezogene Grundsatz zur Geltung komme.

Wir sind bis jetzt noch nicht Mitglieder des deutschen Arbeiter-Vereinstags, glauben aber, daß auch diese Anfrage der geehrten Redaktion in Nr. 164 uns mit angeht.

H. Tell, Schriftführer des Arbeitervereins.

Furtwangen, 5. März. Der Arbeiterbildungsverein in Furtwangen erklärt sich mit dem Beschlusse des Brudervereins in Mannheim vollkommen einverstanden, bezüglich Einführung des allgemeinen Wahlrechts mit geheimer Abstimmung, und kann keine Gefahr für den Staat darin erblicken, wenn er für

ein Recht eintritt, daß einem jeden unbescholtenen Manne gebührte.

Zur weiteren Notiz diene, daß bei letzter Generalversammlung der bisherige Vorstand Hr. Ch. Haller und J. Dorwarth als Schriftführer, ihr Amt niederlegten, es wurden neu gewählt Hr. J. Müller als Vorstand und R. Wintermantel als Schriftführer, C. Dorer, Cassier.

Pößneck, 6. März. Auch von dem hiesigen Arbeiterverein ist eine Erklärung zu Gunsten des allgemeinen und direkten Wahlrechts gegenüber den Beschlüssen einiger badischer Arbeitervereine an den Vorsitzenden des ständigen Ausschusses abgegangen. Wie Vieles übrigens noch zu wünschen übrig bleibt, dafür gibt einen Beleg, daß die von dem hiesigen Arbeiterverein gegebene Anregung zur Gründung eines thüringischen Gauverbandes nur bei einigen wenigen Vereinen Anklang gefunden hat, und in Folge dessen ganz und gar im Sande verlaufen ist.

München, 2. März. Wegen Abreise des ersten und zweiten Vorstandes mußte eine Neuwahl vorgenommen werden, und wurde zum ersten Vorstand F. H. Heißinger, Kunst- und Handelsgärtner aus München, zum zweiten Vorstand L. Fränkel, Goldarbeiter aus Ofen in Ungarn gewählt.

Ein reges Leben herrscht jetzt in unserem Vereine. Zwei Vorträge (über Geschichte, Chemie, Mechanik, Poesie u. s. w.) finden fast jede Woche statt und werden auch sehr stark besucht. Es ist dies eine um so erfreulichere Thatsache, als daraus ersichtlich ist, daß die Arbeiter das Motto, welches ihr geschätztes Blatt an der Spitze trägt, immer mehr und mehr beherzigen und zur Einsicht kommen, daß der Arbeiter ohne Bildung bei aller persönlichen Freiheit einem Vogel gleicht, den man mit gebundenen Fittigen in's Freie setzt. So lange der Geist in Fesseln liegt, so lange dieser nicht nach allen Seiten möglichst ausgebildet wird, ist an erfolgreiche sociale Reformbestrebungen gar nicht zu denken.

Wir bringen allen Brudervereinen dies zur Kenntniß. Brudergruß und Handschlag.

Im Auftrag des Ausschusses des Münchener Arbeiterbildungsvereins:
Joh. Mika, II. Schriftführer.

Stuttgart, 8. März. (Beob.) In der letzten Montagsversammlung hielt Herr Rechtsconsulent Steiner einen Vortrag. Er hatte ein Thema gewählt, das gegenwärtig das Interesse der Arbeiter in hohem Grade in Anspruch nimmt — das Wahlrecht. In kurzen Umrissen gab der Redner die Geschichte unserer deutschen constitutionellen Einrichtungen, und zeigt an zahlreichen Beispielen, welchen Einfluß bis in die neueste Zeit überall die englischen parlamentarischen Institutionen ausgeübt hatten. Erst seit Kurzem — so hob Herr Dr. Steiner hervor — hat man auch in der Politik einsehen gelernt, daß das Gleiche nicht für Alle paßt, daß also ein gewisses Wahlverfahren für englische Verhältnisse ganz passend und doch für deutsche Zustände absolut unbrauchbar sein kann. Für unsere politische und sociale Verhältnisse bleibt als einzige allgemeine zufriedenstellende Form der Wahlen zu den Volksvertretungen ein ganz allgemeines und direktes Wahlrecht mit geheimer Abstimmung. Daß dies die Ueberzeugung des Redners war, ging aus seinem Vortrage hervor, daß er dabei in den Kreisen der Arbeiter keinem Widerspruch begegnete, liegt in der Natur der Sache.

Eßlingen, 4. März. Im Arbeiterbildungsverein wurde gestern ein Vortrag über „die Grundrechte des deutschen Volkes" gehalten und dabei der Wunsch ausgesprochen, daß dieses Reichsgesetz in einer passenden Ausgabe zu bekommen sein möchte*). Vielleicht würde das Comité der Volkspartei einen Sonderabdruck veranstalten, wie auch das Comité des Jahres 1849 einen solchen in die Reihe der Volksschriften aufgenommen hatte. Es ist — wie der Redner gestern sagte — in den Grundrechten die bündigste Lösung einer Menge socialer Fragen enthalten, so daß wohl der Mühe werth ist, das Gedächtniß des Volkes an sein Recht frisch zu erhalten; als Mittel, dies Recht wieder in's Leben zu rufen, wurde genannt

„das allgemeine gleiche Stimmrecht."

*) Längst zu haben in F. Streit's Verlagsbuchhandlung in Coburg. Preis 6 kr., Placatformat, zum Anschlagen in den Werkstätten und Vereinslokalen. D. Red.

Zürich, 2. März. (N. F. Z.). Der deutsche Hülfsverein in Zürich hat im vorigen Jahre an 366 Personen 1884 Fr. gespendet, und zwar für Reiseunterstützungen 385, für Krankenpflege 634, für Familiennoth 840, für Bekleidung 25. Außerdem wurden 83 Freikarten auf Eisenbahnen und alte Kleider und Schuhe ausgetheilt. Dem Beruf nach bildeten die Handwerker drei Fünftel der Unterstützten, die weiblichen Personen ein Achtel, die Handlungsdiener ein Zwölftel, die Literaten, Lehrer und Künstler ein Zwanzigstel ꝛc. Der Heimath nach war ein Viertel aus Baden, fast eben so viel aus Würtemberg, ein Siebentel aus Preußen, ein Achtel aus Bayern ꝛc. Für preußische Angehörige wurden verwendet 481 Fr. (davon 213 für eine einzige Familie, für badische 403, für würtembergische 379, für bayerische 221, für sächsische 180 ꝛc. Der deutsche Hülfsverein in Zürich hat in den ersten zehn Jahren seines Bestehens 13,933 Fr. für ungefähr 2000 Hülfsbedürftige ausgegeben. Die Schweiz zählt noch 4 andere deutsche Hülfsvereine: Bern, Basel, Genf und Aarau. Alle 5 bilden einen Centralverein, dessen jetziger Vorort Bern ist. Nachdem früher schon die freien Städte, Coburg-Gotha und Baden für die Zwecke dieser Vereine schöne Summen gespendet, ist es jetzt gelungen, auch die Theilnahme anderer deutscher Regierungen und Fürsten zu erwirken. Würtemberg, Sachsen und Hessen haben sich mit größern Beiträgen eingefunden. Baden gab das dritte Tausend Franken. Die freie Stadt Frankfurt, welche früher bereits 500 Fr. schenkte, hat so eben wieder 1000 bewilligt.

Vom Verein **Zürich** schreibt das Felleisen: „Wie gewiß ein Jeder vom Arbeitertag in Stuttgart gelesen haben wird, kam vor allem Andern das allgemeine (für alle majorennen Staatsbürger, also auch für die Arbeiter) gleiche (nicht nach Klassen, wie bisher) und direkte (d. h. direkte Wahl der Abgeordneten durch die Urwähler) Wahlrecht zur Besprechung. Ein Antrag der badischen Vereine wollte es von der Tagesordnung gesetzt haben, weil dadurch vielleicht manche Vereine, z. B. in Preußen, gefährdet würden. Keine Stimme erhob sich gegen das Prinzip, das in dem Referate von Dr. Hirsch und Hochberger ausgesprochen war. Obgleich nun der Antrag der Referenten „die Arbeitervereine sollen für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eintreten" durch Stimmengleichheit abgelehnt wurde und die Fassung „die Arbeiter sollen dafür einstehen" einstimmig angenommen wurde, hat sich der Präsident des ständigen Ausschusses, gestützt auf die Debatte und die Stimmen der Arbeitervertreter, wie sie sich am Arbeitertage äußerten, die Vereine als Repräsentanten der Arbeiter aufzufordern, für dieses natürliche Recht zu agitiren. Und siehe — ein Protest der badischen Arbeitervereine, mit Ausnahme von Mannheim, voran Heidelberg unter Vorsitz des Herrn Professor Wundt, schleudert dem Präsidium „ein doppeltes Vergehen" in's Gesicht. Also da schaut's heraus!

Es sei noch nicht an der Zeit, für dieses Recht einzutreten, glauben diese Herren. So! und wann soll diese Zeit kommen? fragen wir, wir Arbeiter. Die Herren sind's zufrieden, wenn sie nur so viel als möglich von dem Rechte haben; die Arbeiter — ach da hat's ja noch Zeit. Es ist gut, daß sich diese Gothaer entlarven, es wird sich gewiß kein Arbeitertag mehr von den Zweckmäßigkeitsgründen dieser Partei irre leiten lassen, und die Arbeiter werden es immer mehr einsehen, daß sie nur auf sich und keine solchen Weisen ihre Fortschritte gründen sollen und können. Ich erlaube mir, bei dieser Gelegenheit auf den Refrain eines Liedes auf das Frankfurter Parlament aufmerksam zu machen:

Hundertfünfzig Professoren
Vaterland! du bist verloren.

Hermann Greulich.

± **Berliner Handwerkerverein.** Wie ich Ihnen schon in einem früheren Bericht mittheilte, daß unser Verein unter dem früheren Vorstand sehr gelitten, kann ich nicht umhin, Ihnen zur Charakteristik desselben mitzutheilen, wie derselbe verfahren.

In einer hiesigen Zeitung stand im vorigen Jahre ein Bericht, der die wahrheitsgetreue Mittheilung enthielt, daß in einer Sitzung es etwas unruhig herging, da, wie dies schon oft vorgekommen, weder ein Vorsitzender noch ein Vortragender anwesend war. Statt diese wohlwollende Notiz einer liberalen Zeitung zur Mahnung anzunehmen und dafür zu sorgen, daß es besser würde, hat der Vorstand nichts anders thun können, als ein Mitglied, von welchem er glaubte, daß es Vertreter der Presse sei und den Artikel geschrieben, vorzuladen und Auskunft zu fordern, ob es den Artikel geschrieben, da dieses Mitglied die Auskunft verweigerte, wendete der Vorstand ein Inquisitionsverfahren an und das Mitglied wurde auf mehrere Monate von den Sitzungen des Vereins ausgeschlossen. Weitere Beschwerden an Vorstand und Repräsentanten des betreffenden Mitgliedes haben nichts gefruchtet. Bei der jetzigen Leitung des Vereins ist eine solche Handlung nicht möglich, da der jetzige Vorsitzende, Franz Duncker, ganz entschieden seine Mißbilligung gegen ein solches Verfahren ausgesprochen. Wenn ich Ihnen heute, am Todestage des Dr. Abarbanell (28. Febr.) eine solche Thatsache mittheile, so ist eine solche Handlung um so mehr zu bedauern, da so etwas nicht geschehen im Geiste Abarbanell's, der Mitbegründer des Vereins gewesen. Die jetzige Vereinsleitung befaßt sich nicht mit Ausschließungen aus dem Verein, sondern mehr damit, den Verein durch gediegene Vorträge und dem Unterricht zu heben. So entnehmen wir dem Bericht des Vorsitzenden Franz Duncker (am 17. Febr.), daß der Unterricht einen erfreulichen Aufschwung genommen. An dem Unterricht nehmen 904 Mitglieder Theil. Im Dezember sei die Zahl im Zeichnen, Französischen, Maschinenzeichnen, kaufmännischer Buchführung vermehrt. Selbst der neu verzeichnete Cursus im Englischen zähle schon 46 Mitglieder, ein Unterricht, der bisher der geringen Theilnahme wegen nicht zu Stande kommen konnte. Die im Februar gehaltenen Vorträge boten nichts besonders Bemerkenswerthes und wurden so ziemlich nach dem Lectionsplan innegehalten. Die Fragebeantwortung an den einzelnen Abenden bot manches Interessante. An einem Abend gab Hr. Duncker eine Erklärung über den § 84. der Verfassung. Die Sonntagsvergnügen, unter Leitung des Musikdirigenten Mohr, wo den Mitgliedern oft wirklich musikalische Genüsse geboten wurden, finden allgemein großen Beifall. Am 28. Februar, dem Sterbetage des Dr. Abarbanell, hat eine besondere Gedächtnißfeier für denselben stattgefunden, wozu die Angehörigen des Verstorbenen eingeladen worden sind.

± Aus **Berlin** schreibt man uns: Am 25. Februar wurde der Landtag plötzlich geschlossen, nachdem am Tage vorher derselbe vertagt worden. Der Verein der Stadtbezirke 5—8, welcher an diesem Abend Sitzung hatte und auf dessen Tagesordnung eine Beschlußfassung in Angelegenheit des bekannten Obertribunalsbeschlusses stand, nahm davon Abstand, doch beantragte Hr. Dr. Seemann, nachdem Hr. Levie die Thronrede verlesen, in Hinblick darauf, daß in der Thronrede wiederholentlich auf das Volk hingewiesen, was nicht im Einverständniß mit den Abgeordneten sein solle, eine Resolution zu fassen, die dahin ging, daß die Urwähler des genannten Vereins sich in vollem Einverständniß mit dem vom Abgeordnetenhause gefaßten Beschlusse befand und demselben dafür ihren Dank ausspricht. Herr Levie sprach gegen die Resolution, indem er einer solchen nur zustimmen könne, wenn die Urwähler diese Resolution bei der Veröffentlichung selbst unterzeichnen. Dies werde aber auf Widerstand stoßen, weil man nicht characterfest genug sei, seine Namen zu unterzeichnen. Hierauf traten mehrere auf, um für die Characterfestigkeit einzutreten, was Hrn. Levie veranlaßte, zu beantragen, die Resolution durch die Mitglieder unterzeichnen zu lassen. Die Versammlung bewies durch Ablehnung dieses Antrages, daß es in Preußen wirklich noch sehr an Charakterfestigkeit fehle. Sollte das auch anderwärts, außerhalb der Hauptstadt so sein, so ist wenig Aussicht vorhanden, daß es in Preußen besser werde.

± **Berlin**, 26. Febr. Wie ich Ihnen bereits früher mittheilte (Nr. 155 d. Bl.) hat die hiesige Maurergesellenschaft die Lohnfrage selbstständig auf gesetzlichem Wege geregelt. Dieselbe geht nun jetzt damit um, sich ein eigenes Vereins- und Invalidenhaus herzustellen und fand zur Besprechung in dieser Angelegenheit gestern im Handwerkervereinslokale eine Versammlung der Maurer statt. In derselben legte das früher gewählte Comité der Versammlung bereits Zeichnungen zu dem Bau, entworfen von Baumeister Foicke und Maurerpolier Wachsung, vor, sowie von letzteren einen Statutenentwurf, der einstimmige Annahme fand. Von dem Comité wurde besonders auf die Nothwendigkeit eines Invalidenhauses hingewiesen, da so mancher Maurer, alt und schwach nicht wisse, wo er hin soll, betteln gehen müsse. Der vorgelegte Statutenentwurf lautet folgendermaßen:

§ 1. Die Maurergesellenschaft bezweckt, sich ein Vereins- und Invalidenhaus zu bauen.

§ 2. Der hierzu nöthige Fond wird aufgebracht:

a) durch Privatantheile auf die Selbstbetheiligten lautend von 5 Thaler an und in Raten eingezogen und gültig auf 10 Jahre. Die Antheile

werden jährlich ausgelost und mit einer Dividende ausgezahlt.

b) durch freiwillige Beiträge überhaupt Geschenke, Ueberschüsse von Concerten u. s. w.

c) durch directe Beiträge von jedem Gesellen, der in Berlin arbeitet, pro Woche 2 Sgr. in den 30 Sommerwochen vom 1. April bis 1. November. (Während dieser Zeit arbeiten in Berlin durchschnittlich 6—7000 Maurer.)

§ 3. Die Meisterschaft, welche sich möglichst an dem Unternehmen betheiligen soll, verpflichtet sich, den Beitrag von den einzelnen Gesellen in Abzug zu bringen und den dazu bestimmten Boten gegen Quittung einzuhändigen. Auch können diese Beiträge auf executivem Wege eingezogen werden.

§ 4. Die Gelder werden sogleich nach Empfangnahme bei einem soliden Bankhause deponirt. Bei demselben wird das Baucapital entnommen, von den Beiträgen nach Jahresschluß den Zinsen verrechnet, der Ueberschuß als Rückzahlung des geliehenen Kapitals gerechnet.

§ 5. Die in § 3 erwähnten Beiträge werden bis zu einer Höhe von 140,000 Thlr. eingezogen, womit die Kosten des Baues gedeckt und dann die Selbstverwaltung eintritt.

§ 6. Der Bau wird zur Ausführung einem soliden Baumeister in Entreprise übergeben nach Majoritätsbeschluß des Vorstandes. Der Vorstand hat den Bau zu controliren, daß derselbe nach Vorschrift und den Zeichnungen ausgeführt weede.

§ 7. Das Haus ist bestimmt:

1) für wissenschaftliche Vorträge, Besprechungen, Unterricht, Gesang, überhaupt zur Ausbildung tüchtiger Maurer;
2) zu geselligen Voegängen unter Theilnahme der Frauen und Kinder der Gesellenschaft;
3) Nachtquartier für zugewanderte fremde Maurergesellen;
4) sowie hauptsächlich den invalide gewordenen Maurern eine sichere Wohnstätte anzuweisen, wo sie sorgenfrei ihr Leben beschließen können. Die sogenannte Herberge fällt hiernach ganz weg.

§ 8—13 handelt von Verwaltungsangelegenheiten, aus denen hervorzuheben ist, daß der Vorstand aus 16 Personen besteht mit dem Vorsitzenden Stadtrath Runge, welcher jetzt der Vorsitzende der Gesellenschaft ist und daß das Statut vom 1. April in Kraft treten soll. Da zur Inkrafttretung desselben aber die Hilfe des Hrn. Runge resp. des Magistrats sowie der Meisterschaft erforderlich ist, so wurde beschlossen, sich mit denselben in Verbindung zu setzen. Zu bemerken dürfte noch sein, daß sich bereits viele Maurer bereit erklärt haben, 8 Tage umsonst an den Bau zu arbeiten. Wie wir hören haben übrigens tüchtige Kräfte dem Unternehmen ihre Mitwirkung zugesagt, welchem wohl der beste Erfolg zu wünschen ist.

Zur Abwehr.

Hamburg, 3. März. In Nr. 165 d. Bl. wird in dem Bericht über unser Stiftungsfest auch einer von mir gehaltenen Rede gedacht. So peinlich es ist, in einem durch ganz Deutschland verbreiteten Blatte sinnloser Rede bezüchtigt zu werden, so muß ich mir doch eine völlig unmögliche Berichtigung versagen. Ich begnüge mich, dagegen Verwahrung einzulegen, daß unser Verein so phrasenhaft stammelnde Mitglieder zu den Seinen zählt, wie der Bericht vermuthen läßt. Die löbliche Redaktion der „Arbeiter-Zeitung" hat jedoch das Uebermaß des Sinnwidrigen eines Fragezeichens gewürdigt, dem gegenüber meine Resignation nicht ausreicht, zumal es sich um einen öffentlich ausgesprochenen und an ganz bestimmte Adresse gehenden Vorwurf handelt*). Ich sprach von den Grenzwächtern des Geistes in manchen Arbeitervereinen, die ängstlich auf der Lauer liegen, wo irgend das Streben des Arbeiters über die „Hebung seines wirthschaftlichen Werths" durch Unterricht und Sparsamkeit hinausgeht, und vor Allem die Theilnahme am öffentlichen Leben, ohne die in unseren Tagen glücklicher Waise Bildung überhaupt nicht mehr zu denken ist, als Eindringling an der Schwelle der Bildungsvereine abzuweisen suchen. Zu solchem Sinne, sagte ich ungefähr, haben in jüngster Zeit angebliche Arbeiterfreunde in mannichfaltiger Weise auf die Arbeiter zu wirken gesucht. Man hat es versucht, mit großen und mit kleinen Mitteln. Wollen Sie die Art der Kleineren kennen, so empfehle ich Ihnen die aufmerksame Lectüre manchee sogenannter Volkskalender, wie sie durch ganz Deutschland verbreitet sind. Da erschöpft sich die Phantasie des Erzählers in immer neuen Variationen über den Einen großen Inhalt, wie ein armer Arbeiter durch geduldigen Fleiß und strenge Sparsamkeit am Ende ein großer Industrieller, im besten Fall ein sehr freundlicher Herr über viele dankbar glückliche Fabrikarbeiter geworden ist u. s. w. Das sind die Vorbilder, die das Gemüth des Arbeiters erfüllen, zu denen er hinaufblicken soll. Werden sie wirken, diese kluggewählten kleinen Mittel? Werden diese spießbürgerlichen Ideale jemals im Stande sein, die leuchtenden Gestalten zu verdrängen, die dem ächten Manne der Arbeit so gut wie jedem Manne von Herz und Kopf, wenn er sein Wollen und Sollen mißt, vor Augen stehen, die unerschrockenen Vorkämpfer des Rechts und der Freiheit, die Gut und Leben verachten konnten, weil sie eine höheee Aufgabe kannten? Wird das Bild des behaglichen Lebens im Wohlstand den großen Freiheitskampf der Völker um seine Kämpfer unter den Arbeitern betrügen können. Ich glaube an den Arbeiter, und darum glaube ich: die Mittel werden nicht wirken, die großen so wenig wie die kleinen.

Zu den großen oder, besser gesagt, den groben zählt, was wir vor Kurzem aus Baden gehört haben u. s. w.

Mit Hochachtung

Dr. E. Wohlwill.

*) So lange unser Blatt besteht, verficht es die Ansicht, daß diese „kleinen Mittel", gegen welche auch der Hr. Einsender sich ausspricht, nicht ausreichen. Daß aber der Vereinstag zu solchen kleinen Mitteln gegriffen habe, wäre ein ungerechter Vorwurf gewesen, Deßhalb unser Fragezeichen zu jener Stelle des Referats. D. Red.

Politischer Theil.

Gekusat.

Bei dem regen Austausch der Waaren und Ideen, wie ihn die modernen Verkehrsmittel mit sich bringen, bereichern sich naturnothwendig auch die Sprachen. Man darf dabei natürlich den Purismus oder die „Reinlichkeit" dee Muttersprache nicht zu eigensinnig festhalten; das ist genug, wenn man die eine der beiden Eigenschaften des Schulraths Wantrup festhält: „reinlich" braucht es nicht immer zuzugehen, dafern nur Alles „zweifelsohne" bleibt. Haben wir uns doch die fatalen Ausdrücke: „Oktroyiren, Annektiren, Suspension, Sistirung der Verfassung, Preßordonnanz, Corruption, Demoralisation x. angewöhnt; warum sollten wir nicht frischweg die andern: Revolution, Föderativ-Republik, Rechts-Continuität, Competenz der Jury, Integrität der Charaktere x. anwenden, so oft es geht; weßhalb sollten wir in letzter Instanz nicht das „Kusaen" von den Rumänen lernen?

Die Rumänen sind zwar noch Halbbarbaren, etwa wie die Huronen in Seume's bekanntem Gedicht: „Ein Canadier, der noch Europas übertünchte Höflichkeit nicht kannte." Aber dieselben Rumänen rufen uns so eben triumphirend zu: „Wir Rumänen sind doch bessere — Politiker"; was ganz Europa nicht konnte, nämlich die Welcker'sche Preisfrage lösen, das brachten wir fertig. Im vorvorigen Jahre wurden wir gestaatsgestrichen; dieses Jahr haben wir den Staatsstreicher gekusat. Nehmt Ihr nur das Wort und den Begriff in Eure Sprache und Sitte auf. Es kostet nichts als Einigkeit des Volkes und ein Bischen Verstand im Haupte der uniformirten Bürger!

Geh. Rath Welcker bot jüngst tausend Gulden dafür, wenn ihm Jemand sagte, wie man gemeinschädliche Regierungen beseitigen könne, ohne Blut zu vergießen und ohne dem Souverän wehe zu thun. Ganz Deutschland hat gelacht, die Schwungvollsten erklärten, dee belehrte Bundestagsgesandte habe die politische Quadratur des Zirkels verlangt, wohlwissend, daß die Frage in sich selbst die Unmöglichkeit der Lösung enthalte. Es sei sehr schlau eingefädelt, daß man den Besonnensten untee den besonnenen Deutschen eine Aufgabe als thunlich vorhalte, welche sich bei scharfem Nachdenken als absolut unlösbar herausstelle. Die Folgerungen dieses Nachdenkens würden nicht auf sich warten lassen, und hoffentlich auch nicht die Folgen jener Folgerungen. Da kommt nun aber die Akademie von Bukarest, das Volk der Rumänen heran, und behauptet, die Aufgabe sei nicht nur zu lösen, sondern sei bereits gelöst. Man habe eine gemeinschädliche Regierung beseitigt, ohne einen Tropfen Blut zu vergießen und der Souverän, nämlich das Volk der Moldo-Walachen, befinde sich ausnehmend wohl dabei, viel besser als seit 1858 bis dato!

Der Hr. Geh. Rath wird also wohl die Schnüre seines Bündels lösen und die 1000 Gulden zahlen müssen. Er wird dieß um so lieber thun, als seine etwas ältere Idee, die er einmal auf einer Nationalvereinsversammlung zu Frankfurt entwickelte, „hinten in der Türkei" zue Wahrheit geworden ist. Er verlangte nämlich damals, drei Millionen Männer in Preußen sollten vor den Thron zu Berlin treten und und energisch die Beseitigung der Junkerherrschaft und des Bismarckthums fordern. Worauf ihm ein Spötter die Bemerkung machte, „der Hr. Geh. Rath nehme die Revolution — vom Tische des Herrn!" Nun, zu Bukarest hat sich das wirklich ereignet, zahlreiche Männer sind vor den Theon des Fürsten getreten, haben ihm ihre Willensmeinung kundgethan und richtig ihren Willen durchgesetzt. Sämmtliche 4 Millionen Rumänen haben nach der That ihren Beifall kundgegeben; es war also grade so gut, als ob alle 4 Millionen zusammen zu Kusa gegangen wären.

Der Kusa wird einfach arretirt, ohne irgend ein Leid zu erfahren, dann über die Gränze geschickt; es gibt einen Kusa weniger im Lande und viel Freiheit mehr. Alles geht vortrefflich in der besten der Welten, und wir sehen, wie gesagt, nicht ein, weßhalb wir nach dem Vorgange der Rumänen solche Lösung der schwierigsten Preisfrage nicht einfach „Kusaen" nennen und bei jeder künftigen Widerholung des Stückes nicht sagen sollen: „der und der ist „gekusat" worden. Es ist etwas hart auszuspechen, aber mit der Zeit gewöhnt man sich an Alles.

Einer, der jedenfalls auf der Liste steht, um von Andern zu geschweigen, ist jedenfalls das Vorbild und der Lehrer Kusa's, nämlich Louis Bonaparte Hospadar von Frankreich. Die Armee fängt an, mißmuthig zu werden, die französischen Lorbeeren aus der Krim und Oberitalien haben sich in mexikanische Brennnesseln verwandelt; das Ruhmesfieber ist in das gelbe Fieber umgeschlagen; die Freiheit, die man früher andern Völkern, den Türken, Rumänen und Italienern brachte, hat sich jenseits des Oceans in monarchische Hörigkeit verwandelt, und der Feind dee „Napoleonischen Idee" heißt nicht mehr Nikolaus von Rußland oder Franz Joseph von Habsburg, sondern die freieste und stolzeste Republik des Erdballs, die Vereinigten Staaten von Noedamerika!

Ermuthigt durch die allgemeine Mißstimmung, ist die radikale Linke in dem gesetzgebenden Körper mit einem förmlichen Programm aufgetreten, das sie bei der Adreßdebatte eingebracht hat. Sie fordern lauter höchst verständige Dinge, nichts als jedes civilisirte Volk zu begehren das Recht hat. Aber sie weiß, und darin liegt die tödtliche Spitze des Antrags, daß das Kaiserreich nach Gewährung dieser Forderungen nicht zweimal 24 Stunden zusammenhält. Was sie fordert ist nämlich: Preßfreiheit, freie Wahl der Abgeoedneten, Selbständigkeit der Gemeinden, Verantwoetlichkeit aller Beamten und folglich auch der Minister. Ueber jeden dieser vier Punkte bricht Louis Napoleon den Hals; werden aber diese vier „Hindernisse" hintereinander auf die Rennbahn gestellt, so hilft es dem Kaiser nicht, daß er der beste Reiter Frankreichs ist; es würde bald von ihm heißen: „Und Roß und Reiter sah man niemals wieder."

Hr. Jules Favre, der glänzendste Redner der Radikalen, sollte sich ein Landgut in Preußen kaufen, damit er nach Berlin gewählt werden könnte. Hier würde er dem „Fortschritt" etliche nützliche Privatstunden geben und ihm zeigen, wie man darauf antwortet, wenn die Minister beständig die Peeson des Monarchen in den Vordergrund stellen, von seinem Willen, seinen Absichten Alles abhängig machen, die Opposition als eine gegen den Monarchen persönlich gerichtete darstellen. Hr. Favre nimmt die Minister Bonaparte's beim Wort und redet vom „Urheber der Constitution", vom „Verfasser der Thronrede", von dem Manne, der Frankreich nach seinem Gutdünken regiert. Hatte doch Hr. Favre schon im vorigen Jahre gesagt: „Der Staatsstreich vom Dezember 1851 sei ein Verbrechen gewesen!" Das Alles muß sich der französische Selbstherrscher gefallen lassen, er hat's ja so gewollt; und hindern kann er daran vorläufig nichts, bis er sich einmal das Obertribunal von Berlin auf etliche Monate borgt.

Ein anderer Deputirter, Herr Glais-Bizoin, antwortet dem französischen Wantrup, der aber in Paris Pamard ausgesprochen wird, auf dessen Behauptung: die „Krönung des Werkes", die Einführung liberaler Institutionen in Frankreich, sei barer „Unsinn": „der ganze Bonapartismus ist der erniedrigendste Despotismus!" Das war freilich derb, dreist und bitter genug; aber Hr. Glais-Bizion hätte dem Wantrup auch sagen können: Wer hat denn zuerst von

der „Krönung des Werkes“ gesprochen, von wem rührt der Ausdruck selbst her? Doch von Euerem Demzemberkaiser! Wenn nun Euer Dezemberkaiser „Unsinn“ spelcht, gut, so bringt ihn in's Irrenhaus!“

Das Schlimmste aber, was dem Vorbilde und Lehrer Kusa's passiren konnte, ist die Bildung einer sog. „Mittelpartei“ im gesetzgebenden Körper, die Unabhängigkeits-Erklärung von 42 Abgeordneten, die auf Bonaparte's Commando von dem gehorsamen allgemeinen Stimmrecht in die Kammer geschickt worden sind. Diese 42 behaupten zwar ganz ernstlich, sie seien für die „vierte Dynastie“ und Bonapartisten von der Sohle bis zum Scheitel; sie wollten nur liberal regiert sein und ihr allverehrter Monarch müsse ihnen blos einige Zugeständnisse machen.

Man nennt das im Kammerlatein „dynastische Opposition“, d. h. die Opposition gegen die Dynastie, eine Opposition, die aus Liebe zum Fürsten den Letztern mitsammt dem Thron zerdrückt. Ein solcher Gegner ist dem Despotismus ganz besonders gefährlich, weil er unter den Deckmantel der Treue gegen das Herrscherhaus die allerheftigsten Anklagen gegen die Regierung vorbringen kann, wobei dann zuletzt, da der absolute Herrscher mit seiner Regierung solidarisch ist, beide mit einander den Purzelbaum schlagen.

Würde sich nach Allem dem Jemand wundern, wenn der Telegraph von Paris einmal die Nachricht brächte: Louis Napoleon ist gekusat worden? Mit Nichten, sondern Jeder würde fragen: **Wer kommt jetzt dran?** —

Politische Umschau.

Berlin. Seit dem Schlusse des Landtags ist die Partei der Conservativen wieder einmal von ungewöhnlicher Rührigkeit befallen worden. Herrenhäusler, preußischer Volksverein, conservative Bezirksvereine machen in Zustimmungsadressen für den König und die Geschöpfe seiner Wahl. Man möchte den König dahin drängen, daß er seinen starken Arm gebrauche, um das preußische Volk zu bewahren vor dem Sturz in den Abgrund, in den die Demokratie es hineinzuziehen droht, d. h. daß der König sich zu einem schwarzweißen Sultan mache. Dabei verleumdet, beschimpft, besudelt man aus allen möglichen Tonarten die Mehrheit des Abgeordnetenhauses. Im Grunde ist es die alte Leier, die man spielt, und das alte Stück, das dreimal Wehe ruft über die Rotte der Gottlosen, welche die Säulen der Monarchie umstürzen wollen und die frevelhafte Faust nach der Krone ausstrecken. Gar possierlich, wie der Affe, wenn er vom Apfel frißt, nimmt sich die Anklage aus, das Abgeordnetenhaus habe die Unabhängigkeit des Richters antasten wollen. Kein Staatsanwalt rührt sich gegenüber solchen Wühlereien und solchen Versuchen, Haß und Verachtung gegen des Landes Verfassung zu erregen. Herr Wagener, der Hans in allen Gassen der Reaction, hat in einer Versammlung des preußischen Volksvereins das geflügelte Wort gesagt: „Die Regierung ist klüger und energischer als wir alle zusammen. Wir müssen nur wissen, was die Regierung willens ist; wissen wir das, so wissen wir auch, wie wir willens zu sein haben.“ Preußischer Männerstolz vor Königsthronen!

Die „Neue Frankf. Ztg.“ weist auf das Vergrößerungsfieber Preußens hin und auf die Gefahren, die ein leichtsinnig unternommener Krieg im Gefolge haben würde. Sie sagt: Es wäre dies nichts weniger als die Gefährdung des gesammten seit einem halben Jahrhundert des Friedens in Deutschland erlangten Wohlstandes; eine Gefährdung des materiellen und des geistigen Fortschritts; ein Zurückwerfen der ganzen Kulturentwicklung. Und warum all' dies? Einzig und allein zu dem Zwecke, damit die Herrschaft von Preußen, die Herrschaft der Familie Hohenzollern, ausgebreitet, — damit ihr ein wackerer deutscher Volksstamm, der nichts wissen will von dieser Gestaltung, mit Gewalt unterworfen würde! Und zu diesem Behuf, zu diesem Zweck sollte dem Rechte und der Sittlichkeit Hohn gesprochen und ein Kampf begonnen werden, durch den auch noch die Einmischung des Auslandes so recht hervorgerufen würde; — ein Bruderkrieg, während dessen man dem westlichen Nachbarstaat die beste Gelegenheit böte, unser Vaterland seiner schönsten Provinzen im Westen zu berauben. — Könnte die deutsche Nation gleichgültig bleiben bei einer solchen Gestaltung? Müßte sie nicht mit aller Entrüstung, aber auch mit aller Kraft sich gegen den Ruhestörer erheben und diesen niederschmettern?! —

Berlin. Ueber die europäische Schuldenlast machte Dr. Hübner in der letzten Sitzung der hiesigen volksw. Gesellschaft folgende Mittheilungen: „Die Schuldenlast sämmtlicher europäischen Staaten beläuft sich auf 18,926 Millionen Thaler. Die Zinsen dieser Schuldenlast betragen jährlich 725 Mill. Thlr.; das macht pro Kopf eines Europäers eine Schuld von 65 Thlr. und 2⅓ Thlr. an jährlichen Zinsen, d. h. 12⅓ Thlr. im Durchschnitt pro Familie. Und als Aequivalent für diese Schulden treten uns im Paradeschritt die Armeen entgegen. Die Erhaltung der europäischen Armeen kostet jährlich 762 Mill. Thlr. Die Aehnlichkeit in dem Wachsthum der Zinsen der europäischen Staatsschulden und der jährlichen Unterhaltungskosten der Armeen führt auf einen Zusammenhang beider. Seit dem Jahre 1862 hält bis zum J. 1864 die Zunahme der Zinsen der Staatsschulden gleichen Schritt mit der Zunahme der Heereskosten. Im J. 1852 betrugen die Staatsschulden 12,000 Mill. Thlr. und sind seitdem um 6100 Mill. gewachsen. Die Zinsenlast vermehrte sich in dieser Zeit von 480 Mill. auf 723 Mill. Thlr., ist also etwas stärker im Verhältniß angewachsen, als die Staatsschulden, weil die Staaten für ihre Schuld immer höhere Zinsen bezahlen müssen. An Zinsen sind seit 1852 bezahlt 6200 Mill. Thlr., während die Schulden um 6400 Mill. Thlr. gestiegen sind. Die Zinsen hat man also nicht bezahlen können, sondern zu der Schuldensumme zuschreiben lassen müssen. Dagegen sind für Anleihen zu productiven Zwecken, für Eisenbahnen und Kanäle, seit dem Jahre 1852 nur 600 Mill. Thlr. verwendet worden. Rechnet man, daß ein Mensch in den europäischen Staaten zu seinem jährlichen Unterhalt 100 Thlr. braucht und verdient, so machte das in der Bevölkerung bei eine Zinsenlast von 723 Mill. Thlr. einen Ausfall von 7 Mill. Menschen.“

Im gesegneten **Nassau** grünt und blüht noch immer der Handel mit armen Knaben und halbreifen Mädchen. „Die traurige Berühmtheit“, heißt es in der „Mittelrheinischen Ztg.“ „welche Nassau durch seine Bettlerherden, seine Tanzjungfern und feilen Geschöpfe in allen Ländern erlangt hat, muß eine innere Ursache haben, es muß eine Fäulniß im socialen Leben stattfinden. Allein für Mineralien und Mineralwasser gehen alljährlich Millionen in das kleine Ländchen — und doch treibt der Mangel die Bewohner als Arbeiter oder Bettler und Prostituirte in fremde Länder. Naussauer und Savoyarden haben ziemlich gleichen Ruf in der Welt. Wo das öffentliche Leben das Ehrgefühl, das Ringen nach Selbstständigkeit im Volke so beharrlich unterdrückt wird, wie in Nassau geschehen, wo das Volk zum bloßen Dulden verdammt wird, da kommt kein Ehrgefühl auf.“ Diese unter den Augen der Regierung kundgegebene Auffassung trifft den Nagel auf den Kopf. Ein so tief und breit gehendes Geschwür wird durch bloße Polizeimaßregeln nicht geheilt. Nur ein lediglich Volksbildung und Volkswohlfahrt als Ziel sich setzendes Regiment kann den schändlichen Handel und die nichtswürdigen Bettelfahrten beseitigen.

Die nassauische Stadt Limburg ist gegenwärtig mit **Jesuiten** beglückt, welche dort die Fastenpredigten abhalten. Die Frommgläubigen wurden nach der ersten Predigt **zum Kusse des von Rom nach Limburg geliehenen Stückes von der Dornenkrone Christi** zugelassen.

Darmstadt. Die Nachricht, daß die Zünfte aufgehoben worden, war etwas verfrüht. Nicht die Zünfte, nur „die in den Zunftbriefen enthaltenen Beschränkungen des freien Gewerbebetriebs“, also der Zunftzwang ist aufgehoben worden. Die Zünfte selbst bleiben da, wo sie sich nicht etwa in Folge der Aufhebung des Zunftzwanges freiwillig auflösen sollten, nach wie vor bestehen. Nur werden dieselben von jetzt an voraussichtlich keine neuen Mitglieder mehr erhalten, also nach und nach aussterben. Mit der Aufhebung des Zunftzwangs sind aber ferner keineswegs alle „wesentlichen“ Beschränkungen der Gewerbefreiheit beseitigt worden. Nach wie vor bleibt die Concessionspflichtigkeit wie der Preßgewerbe, so auch aller übrigen Gewerbe, welche nur nach vorher eingeholter Erlaubniß der Verwaltungsbehörde betrieben werden durften, bestehen. Und die Zahl derselben ist wahrlich keine geringe. Die desfallsige Verordnung von 1860 zählt nicht weniger als 37 verschiedene Gewerbe auf, bei welchen eine solche Concession eingeholt werden muß, darunter verschiedene Arten von Agenturen, sämmtliche Bauhandwerke, Fruchthandel, Hausirhandel, sämmtliche auf die Produktion und den Betrieb von Preßerzeugnissen bezüglichen Gewerbe, alle Schifffahrtsgewerbe, das Mäklergewerbe, Wirthschaften aller Art; selbst die Hufschmiede und die Ratten- und Mäusevertilger sind nicht vergessen. Aus dieser großen Zahl concessionspflichtiger Gewerbe ist lediglich die eine Rubrik „Zünftige Gewerbe“ weggefallen; im Uebrigen ist an dem ganzen Concessionswesen nicht das Geringste geändert.

In **Paris** begannen am 26. Febr. im gesetzgebenden Körper die Berathungen über den Adreßentwurf. Herr Thiers eröffnete das Feuer mit einer Rede von meisterhafter Klarheit und mächtiger Ueberzeugungskraft. Die Zeitungen widmen dieser Rede ganze Spalten. Hier mögen nur wenige Sätze Platz finden. Herr Thiers sagte: „Die wahre politische Freiheit ist die, welche ein Volk zum Herrn seiner Geschicke macht. Eine freie Nation ist ein Wesen, das überlegt, ehe es handelt. Die Nation kann sich wie ein einzelner Mensch irren, aber sie irrt sich um so weniger, je mehr sie überlegt.“ Ueber Preußen sagt der berühmte französische Staatsmann: Es ist dies eine geistreiche, gelehrte, aufgeklärte, hochherzige, tapfere Nation, welche eine von ihrer Regierung aufgespürte Schwäche — den Ehrgeiz — besitzt, was jedoch eine große Nation immer eingestehen darf. Wohlan, ihre Regierung hat, um dieser ihrer Leidenschaft zu schmeicheln, den großen Hafen von Kiel und den Eiderkanal, der sie zur Herrin des Hauptdurchganges der Ostsee machen soll, vorbereitet und ihr die dem unglücklichen Dänemark abgenommene Beute zu Füßen gelegt. Und diese edle Nation fühlte ihr Herz bei dem Anerbieten erbeben. Allein bald ermannte sie sich wieder und sagte zu ihm: Gewiß ist materielle Größe sehr viel, allein vorher gib mir die Freiheit, welche die moralische Größe ist.

Bukarest. Niemand weiß noch, wo die europäische Conferenz für die Fürstenthümer-Angelegenheit zusammentreten wird. Wahrscheinlich wird man sie diesmal nicht nach Konstantinopel, sondern entweder nach Wien oder einer der westlichen Hauptstädte einberufen. Ist sie einmal versammelt, so wird sich bald zeigen, daß es nicht so leicht sein wird, die Conferenz zu verhindern, auch noch andere Angelegenheiten in den Kreis ihrer Berathungen zu ziehen. Für den Kaiser der Franzosen, der seine Pläne sicher noch nicht aufgegeben hat, wird diese Conferenz einen festen Punkt bilden zur Einsetzung seines Congreßhebels, und wenn der preußische Ministerpräsident wirklich die Absicht haben sollte, die Dinge zum Aeußersten zu treiben, so wird er damit den napoleonischen Congreßplänen nur auf die Beine helfen; denn am Ende wird alle Welt darüber einig sein, daß es besser ist, das Schicksal der Herzogthümer wird durch einen europäischen Schiedsspruch als durch einen bewaffneten Zusammenstoß zwischen Oesterreich und Preußen entschieden.

Wien. Häufig betrachtet man in Deutschland, ja selbst in Oesterreich, die **Ungarn** als die natürlichen Verbündeten der **Slaven** gegen die Deutschen. Diese Anschauung ist eine völlig irrige. Ebenso wie die Deutschen im Westen des Kaiserreichs, bilden die Magyaren im Osten desselben einen natürlichen Schutzwall wider das Slaventhum. Gerade den Magyaren verdankt man es, daß dieses Slaventhum nicht an der mittleren Donau eine der Kulturentwicklung und insbesondere dem Germanenthum in diesen Gegenden höchst gefährliche Macht geworden ist. Dessen sind sich die Wortführer der Czechen wohl am besten bewußt. Ein paar kurze Stellen aus **Palacky's** „Geschichte von Böhmen“ mögen dies Gesagte bestätigen.

„Die Invasion der Magyaren und ihre Festsetzung in Ungarn ist eins der folgenreichsten Ereignisse in der Geschichte Europas; sie ist das größte Unglück, das die **Slavenwelt** im Ablauf der Jahrtausende getroffen hat.“ Ohne sie hätte „Osteuropa seit einem Jahrtausend überhaupt eine andere Bedeutung gewonnen, als die ihm geworden ist.“ . . . „Der innern Kraft des slavischen Geistes und Lebens erlagen seit zwei Jahrtausenden die wildesten und mächtigsten Horden der alten Welt; Scythen, Sarmaten, Hunnen, Avaren, Bulgaren, Chasaren, Warägen, Petschenegen, Tataren und andere weltstürmende Völker mehr lösten, sei es als Sieger oder als Besiegte, sich nach und nach in seinem Element auf und wurden selbst zu Slaven. . . . Daß die Magyaren allein nicht das Schicksal ihrer Vorgänger theilten, sondern ihre Nation inmitten der Slaven behaupteten, ist eine merkwürdige Erscheinung, deren Erklärung wie in ihrer stärkern Volkskraft, so auch in einigen besondern Umständen zu suchen ist.“

Auch heute liegt eine Befriedigung der Ungarn im wohlverstandenen Interesse der **Deutschen**; einmal im Hinblick auf die Stellung der Slaven im österreichischen Reiche, zum andern weil die Deutsch-Oesterreicher dann mehr als bisher der Zusammengehörigkeit mit Deutschland eingedenk sein werden. Ein freies

Ungarn wird immer in einem freien Deutschland seinen natürlichen Verbündeten gegen das Slaventhum, ganz besonders gegen die stets bedrohliche Uebermacht Rußlands erblicken.

London, 3. März. (Rhein. Ztg.). In St. Martins-Hall wurde gestern Abend eine Reformversammlung abgehalten, um die dort von der Conferenz beschlossene Resolution zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts aller angesessenen erwachsenen Männer und der geheimen Abstimmung anzunehmen, da dieses die einzig gesunde Grundlage aller rechten Vertretung und Selbstregierung und in völliger Uebereinstimmung mit dem Geiste der britischen Verfassung sei, und deßhalb auch allein das Haus der Gemeinen, nicht blos dem Namen nach sondern in Wirklichkeit, zum Hause der Gemeinen des Vereinigten Königreiches machen könne. Es wurde zugleich beschlossen, eine Abschrift der Resolution an Lord Russell und Hrn. Gladstone zu senden. — Die englischen Freunde Mazzini's wollten an der für den verbannten Patrioten eröffneten nationalen Subscription Theil nehmen. Von mehreren hundert Unterzeichnern ist eine Summe von 521 L. zu diesem Zwecke niedergelegt worden. In ihrer Adresse an den italienischen Verein, der die Sache angeregt hat, heißt es: „Denen, welche Mazzini während seines langjährigen Exils unter uns gekannt haben, war er eine Quelle beständiger Begeisterung. Trotz allen Mißerfolgen, allen Enttäuschungen, während er unter den Verfolgungen der Feinde, der Halbheit der Freunde litt, stand er unerschüttert, hoffnungsvoll, ermuthigend, eine feste Stütze, ein Bürge endlichen Erfolges. Wir wünschten unsere Namen der langen Reihe seiner landsmännischen Freunde hinzuzufügen als Zeugniß unseres ernstlichen Protestes gegen die Schmähungen und verleumderischen Beschuldigungen des Mannes, ohne den nach aller menschlichen Wahrscheinlichkeit Italien noch für lange Zeiten weder frei noch eine Nation geworden sein würde."

London, 28. Febr. In der gestrigen Unterhaussitzung brachte Herr White einen Antrag ein, der den faulen Zuständen des stolzen Englands schonungslos zu Leibe geht. Wer ist Herr White? Ein Berichterstatter der „Weser-Ztg." sagt über ihn: Sonst, d. h. zu den Zeiten Palmerstons, genügte die bloße Nennung des Namens White, um im Hause ein Scharren, Hämmern, Grunzen und Schreien zu wecken, vor dem ein Mann von Durchschnittsnerven hoffnungslos verstummt sein würde. Mr. White schien von alle dem nichts zu hören und sagte das, was er zu sagen hatte, mit einem Gleichmuth und einer kraftbewußten Sicherheit zu Ende, als wenn keine Unterbrechung zu seinen Ohren dränge. Gegenwärtig wird er mit bewundernswürdiger Entsagung gehört, durch keine Mißfallensrufe unterbrochen. Aber Herr White entwickelt auch eine Stimmengewaltigkeit, die aller von gewöhnlichen Menschenlungen in den Weg gelegten Hindernisse spottet und ebenso vernehmlich durch die Vorhallen, Gänge, Rauchzimmer und Speisesäle dringt, wie zu dem verstecktesten Winkel des Hauses. Die Unmöglichkeit, einen solchen Mann niederzuschreien, ist bereits als so harte Thatsache anerkannt, daß tiefes Schweigen im Unterhause herrscht, wenn White sich erhebt, um rücksichtslos über die Anwendung des gesunden Menschenverstandes auf Staatswirthschaft, niedere und höhere Politik zu reden. White hat sich durch seine eigene Thätigkeit, seinen Unternehmungsgeist, seinen Scharfblick und sein Einmaleins aus den Reihen des niederen Arbeiterstandes zum Besitze eines bedeutenden Vermögens emporgeschwungen. Sein Glück machte er in China und ist jetzt noch Chef einer leitenden Firma des chinesischen Handels. Für seine Parlamentsthätigkeit bringt er eine reiche Erfahrung aus allen Gesellschaftslagen und allen Welttheilen, einen klaren Geschäftsblick und einen in langjähriger erfolgreicher Selbstthätigkeit erprobten Muth mit. Er ist unbeugsam und Compromissen mit der herrschenden Klasse abgeneigt. In der gestrigen Unterhaussitzung brachte er seinen Antrag ein: daß größere Ersparungen im Staatshaushalte einzuführen seien, als die bisher vorgelegten Voranschläge beantragten. Die lange Rede, womit er diesen Antrag begründete, war eine lange Anklageakte gegen Mr. Gladstone, und dieser mochte, dem nichtssagenden Charakter seiner Erwiderung nach zu schließen, wohl fühlen, daß einige der Anklagepunkte unwiderlegbar seien. Daß die glänzenden Budgetgemälde, die Mr. Gladstone alljährlich mit kunstgeübter Hand zu entwerfen pflegt, auch ihre Kehrseite haben, ist schon öfters bemerkt worden. Mr. White's Rede enthält diese Kehrseite. Zunächst beklagt er sich darüber, daß man mit Phrasen die Steuerzahler zum Vortheile der Steuerverzehrer blende. Das Glückseligkeitsgeschwätz erscheint ihm als eine heuchlerische Täuschung. Es ist Thatsache, daß gegenwärtig die Armensteuer in England und Wales 4 d per Kopf mehr beträgt als 1846, wo hier eine an Hungersnoth grenzende Theuerung herrschte. Die glänzenden Reden und Versprechungen des Schatzkanzlers stehen mit seinen Handlungen in einem bedenklichen Widerspruche. Während seiner Amtsdauer hat Mr. Gladstone jährlich die Durchschnittssumme von 70,300,000 Pfd. St. aus der Steuerkraft der Nation gezogen, und zwar mehr als die Hälfte von den im Parlament nicht vertretenen Klassen. Die Staatsausgaben stehen jetzt, im tiefen Frieden, höher als zur Zeit des Krimkrieges. Mit großer Sachkenntniß wies Mr. White nach, daß Gladstone's vielgepriesene Steuerermäßigungen nichts Anderes als Steueränderungen, Verschiebungen der Last auf andere Schultern seien, und daß gegenwärtig jeder Durchschnittsarbeiter mit Frau und drei Kindern, der 30 sh. per Woche ernte, 2 sh. 6 d. von jedem erarbeiteten Pfd. St. in den Staatsschatz bezahlen müsse. Er verlangt, daß die Staatsausgaben auf 60,000,000 herabgesetzt werden und damit dies geschehe, ein Ausschuß aus dem Unterhause gewählt werde, um bei Aufstellung der Voranschläge die möglichen Ersparungen zu bezeichnen. Natürlich zog er seinen Antrag auf Mr. Gladstone's Wunsch zurück. Aber die Diskussion desselben hat nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb des Hauses einen tiefen Eindruck gemacht.

Aus Nordamerika, übereinstimmende Nachrichten von dem wachsenden Conflict zwischen dem Präsidenten Johnson und dem Congreß. Davon das nächste Mal.

Englands Parlament und Karl I.

Zu Nutz und Frommen der Gegenwart und aller derer, so es angeht.

(Nach Ed. Fischel. Vgl. Rhein. Ztg. 59 und 60.)

Der Hader zwischen Karl I. und dem langen Parlamente, der endlich den König auf's Schaffot führte, war nicht von einer Partei des Umsturzes begonnen worden, sondern von Männern, die in ihrer überwiegenden Mehrheit besitzende Conservative waren. Wenn sie im Fortgange des Haders Forderungen stellten, welche das Königthum auf Null herunterbrachten, so thaten sie das im hohen Bewußtsein ihrer Pflicht und gegen einen König, dessen Vergangenheit ein schnödes Spiel mit der Volksfreiheit gewesen war.

Ueber kirchliche Fragen war offene Empörung in Schottland ausgebrochen. Der König, machtlos, berief auf den Rath des Oberhauses ein Parlament, das am 3. Nov. 1640 zusammentrat und das durch Beharrlichkeit und Muth, durch Handeln statt durch Schönreden, noch heute in der Geschichte dasteht als unerreichtes Muster.

Bei Eröffnung des Parlaments empfahl der König zwei Dinge als die wichtigsten: die Niederwerfung der Schotten und die Abhülfe der Landesbeschwerden. Glatte, gleißende Worte kamen aus dem Munde Karls: „Ich werde mit Euch so ehrlich und offen zusammenhandeln, daß alle Welt einsehen wird, wie meine Absichten stets dahin gegangen sind, dies Königreich ruhmvoll und blühend zu machen." Schließlich wendet sich der Monarch an das Herz der Gemeinen mit der Bitte um Geld und wieder Geld zur Erhaltung des Kriegsheeres gegen die ketzerischen Schotten. Darauf ergießt sich der Lord Siegelbewahrer Finch in einem Redestrom voll Lob und Schmeichelei auf König und Königin. Auch den Lords und Gemeinen schmeichelt er, mahnt zur Mäßigung und bewegt sich überhaupt in Redensarten, wie sie Ministern mit schlechtem Gewissen allezeit geläufig sind.

Der erwählte Sprecher des Hauses wies darauf hin, wie das Parlament die Augen des Herrschers auf die Krankheiten des Staates zu lenken und zugleich für die Wahrung der alten Freiheit auf der Wache zu stehen habe.

Darauf ging das Haus an seine Geschäfte. Schon am 7. Nov. begann das Mitglied Pym die Landesbeschwerden darzulegen. Die Abhülfe von Beschwerden, sagt er, hindert nicht, sondern fördert den Dienst des Königs. Nimmt man Gewichte fort, so wird die Bewegung so gefördert, als wenn man einem Wesen Flügel anhängt. Der König kann nicht Unrecht thun, alle Mißregierung legt das Land seinen Ministern zur Last. Dann erhebt Pym Klage über drückende Besteuerung, ungesetzliche Einquartierungen, ungerechte Justiz, vor Allem aber über den elenden Klerus, der die Gesetze Gottes und die Freiheiten des Königreichs in Grund und Boden predige, indem er behaupte, daß der König göttliche Autorität und unbeschränkte Gewalt habe, mit dem Volke zu machen, was ihm beliebe.

Auf Pym folgt Rudyards mit einem heftigen Angriff auf die Minister, deren Rathschläge wie eine traurige Todtenglocke seien, die über das ganze Königreich erklinge. Diese Minister seien Leute, die laut vom Dienste des Königs sprechen und doch nur sich selber dienen, den Staatsschatz bis auf den Grund entleeren, noch dazu für gefährliche Dinge. Bewilligung größerer Summen an solche Minister wäre sicherer Ruin. Aus ihren eigenen faulen Handlungen machen sie einen Grund für neue Thaten, welche noch siebenmal schlechter sind, als ihre früheren. Unwürdig und liederlich haben sie alle ihre Entwürfe und Umtriebe dem Könige zur Last gelegt. Gute Minister pflegen alle üblen Dinge auf sich zu nehmen, um den Weg ihres Herrn zu ebnen. Sie haben den König durch ihre Zwischenkunft verdunkelt, Sie haben einen falschen, heuchlerischen Grundsatz zu ihrem Besten erfunden, daß, wenn der König es zulasse, daß man ihm Räthe entreiße, er niemals mehr auf gute Dienste rechnen könne. Die reine Wahrheit ist dagegen die, daß dies der sicherste Weg ist, um zu verhindern, daß der König schlechte Rathgeber habe. Und die göttliche Wahrheit ist folgende: Entferne den Gottlosen vom Könige und sein Thron wird befestigt werden.

Von anderen Mitgliedern wurden noch weitere Beschwerden vor das Haus gebracht; man bildete 40 Ausschüsse, die Alles prüfen sollten. Am 9. November, nachdem auf Antrag der Gemeinen und der Lords vom Könige in Anbetracht der Landesnoth ein Fasttag ausgeschrieben war, sprach Lord Digby: „Was die Geldfrage anbetrifft, so sei dafür das Bild gebraucht worden, daß das Geld, welches der König von seinem Volke erhebe, gleich dem Nebel sei, den die Sonne aufsauge, um ihn als Regen wieder auf die durstige Erde herabzusenden. Das Bild sei unglücklich gewählt. Was dem Volke entgangen, habe allerdings sich als Wolke um die Sonne gelagert und die Erde verfinstert. Es sei dann aber als Hagelschlossen und Mehlthau auf die Erde herabgefallen. Wenn auch der König nicht Unrecht thun könne, so sei dies desto mehr bei seinen Rathgebern, Richtern und Geistlichen der Fall."

Acht Tage nach Eröffnung des Parlaments stellte Pym den Antrag, Lord Strafford, den allmächtigen Minister des Königs, wegen Hochverraths in Anklagestand zu versetzen. Ehe die Debatte begann, mußten der Sicherheit wegen die Thüren geschlossen und alle Fremden aus den Vorhallen entfernt werden. Sieben Mitglieder wurden ernannt, um die Beschwerden gegen Strafford zu prüfen. Sofort erstatteten die Sieben Bericht und drangen auf Strafford's Verhaftung. Angenommen, und die Lords ordneten schnell Strafford's Verhaftung an, und bestimmten den 22. März 1641 als den Tag der Aburtheilung. Am 11. Dec. wurde eine von vielen Tausenden aus London und den Grafschaften unterschriebene Bittschrift, welche auf Abschaffung der bischöflichen Herrschaft ging, dem Hause überreicht. Auch beschloß das Haus, die Verfolgung einflußreicher Beamten auf den Lord Siegelbewahrer Finch und die gewissenlosen Richter auszudehnen. Es wurden neue Ausschüsse niedergesetzt, um gegen sie die Anklagepunkte zu entwerfen. Dazu kam eine am 17. Dec. gegen Laud, Erzbischof von Canterbury, und seine Neuerungen eingebrachte Anklage. Gleich am folgenden Tage wurde Laud vom Unterhause als Hochverräther bezeichnet. In Folge dieser Anklage wurde auch er verhaftet. Nachdem die Gemeinen also den großen Staatsmann, Grafen von Strafford und den großen Kirchenfürsten, den Erzbischof Laud, dingfest gemacht, begannen sie die Anklage gegen den Lord Siegelbewahrer Finch wegen Hochverraths ernstlich in Angriff zu nehmen. Finch bat um Erlaubniß, im Hause erscheinen zu dürfen. Er führte seine Sache mit großem Geschicke vor den Gemeinen.

Rigby warnte, sich nicht mit schönen Redensarten ködern zu lassen. Er warnte vor thörichtem Mitleid. „Wenn man einen Dieb mit großem rechtskräftigem Pompe hänge, warum solle ein Mann, der sie alle beraube, alle ihre Schafe geschoren, frei ausgehen?" In Folge dessen wurde auch Finch für einen Verräther erklärt und wegen Hochverraths angeklagt. Er entfloh nach Holland. Das wichtigste Gesetz, welches im Januarmonate passirte, war die Bill: daß mindestens alle drei Jahre ein Parlament gehalten und dasselbe schlimmsten Falles auch ohne den Ruf des Königs zusammentreten könne. Bereits hatte das Mißtrauen gegen den König tiefe Wurzel geschlagen. Lord

Digby sprach am 19. Jan.: „Gibt es kein Mittel, um Minister gut zu erhalten, so werden sie und ihre Mißbräuche wachsen, wie Simson's Locken, und das Haus wird zusammenbrechen. Es ist stets bei den *weisesten Gesetzgebern Grundsatz gewesen, daß wer gute Gesetze zu machen gedenkt, dabei von schlechten Ansichten über die Natur des Menschen ausgehen muß*; und daß ihn dabei der Grundsatz leiten muß, daß wer nicht schlecht ist, es bloß aus Mangel an Gelegenheit nicht ist. Die *Gelegenheit schlecht zu sein, müssen wir entfernen*, wenn wir je glücklich sein wollen; dieses geschieht nicht anders, als dadurch, daß das Parlament häufig zusammenkommt. Ein Staat kann sich nur so lange darauf verlassen, daß ein Staatsminister gut bleibt, als dieser fühlt, daß die Ruthe über seinem Rücken schwebt. Wenn wir schlechte Minister vertreiben, so verjagen wir Wolken, die sich wieder sammeln können. Nehmen wir aber diese Bill an, so tragen wir, so viel an uns ist, dazu bei, den Glanz unserer Sonne, unseres Souveräns zu erhalten." Die Lords nahmen das Gesetz ohne lange Debatte an.

Am 25. Januar erschien der König im Parlamente und beschwerte sich über die Haltung des Hauses. Die Gemeinen nahmen von der Rede des Königs keine Notiz. Sie bewilligten „ihren Brüdern", den Schotten, 30,000 L. Entschädigung, und der König, dem keine Armee zur Verfügung stand, mußte Leute bezahlen, welche gegen ihn die Waffen ergriffen hatten.

Am 26. Febr. wurden die Anklagepunkte gegen Laud angenommen und den Lords übergeben, worauf er in den Tower geschickt wurde.

Der März sah endlich auch die Lords gegen die Mißbräuche vorgehen. Lord Andover beantragte die Abschaffung des berüchtigten Ausnahmegerichtes, genannt die Sternkammer. Am 22. März begann Strafford's Prozeß.

Der König hatte bereits versucht, den Zorn der Gemeinen durch einen vollständigen Systemwechsel und durch Berufung freisinniger Männer in seinen Geheimrath zu beschwichtigen. Aber in den Gemeinen herrschte der Geist unerbittlicher Strenge. Das Recht war durch Karl I. zu schwer verletzt worden. Sie verlangten den *Kopf* seines hauptsächlichsten Werkzeugs als Opfer.

Der ersten Sitzung für Strafford's Prozeß wohnte nicht allein der König bei, sondern auch viele Große des Reichs. Der Anklageartikel waren 28. Strafford vertheidigte sich mit vielem Geschick, seine Freisprechung durch die Lords gewann Wahrscheinlichkeit. Am 11. April ward jedoch eine Strafbill in's Haus gebracht, nach welcher Strafford Gut und Leben verlieren sollte. Am 19. April beschloß das Unterhaus: die Bemühungen des Grafen Strafford, die allgemeinen Grundgesetze des Reiches umzustoßen und ein ungesetzliches willkürliches Regiment einzuführen, sind als Hochverrath anzusehen. Der König war bestürzt, gebrochen. Er erschien am 1. Mai im Oberhause, Bitte einlegend für Strafford's Leben. „Er sei strafbar, aber kein Hochverräther. Er halte ihn für unfähig, in Zukunft auch nur einen Konstablerposten zu bekleiden, aber den Tod verdiene er nicht. Das Volk war bereits in Gährung; auf öffentlichen Anschlagblättern wurden Freunde Strafford's für Freiheitsfeinde erklärt. Am 8. Mai ging die Strafbill unverändert im Oberhause durch. Am 10. erklärte der König seine Zustimmung. Am 11. wiederum bat der König in der Angst seines Gewissens die Lords, sie möchten sich bei den Gemeinen verwenden, daß sie sich mit lebenslänglichem Gefängniß Strafford's begnügten. Die Lords stellten ihm vor, daß sie nicht für die Sicherheit der Königin und der jungen Prinzen einstehen könnten, wenn Strafford's Haupt nicht fiele. Der König, von Allen verlassen, fügte sich in's Unvermeidliche, und am 12. Mai 1641 fiel des allmächtigen Lord *Strafford's*, des *englischen Bismarck's*, Haupt.

Inzwischen waren die Gemeinen auf anderen Gebieten rastlos thätig gewesen. Der verhaftete Erzbischof Laud ward für seine Eigenmächtigkeiten mit 20,000 Pfd. gestraft. Mit dem Todesgesetz gegen Strafford erhielt auch eine andere Bill die königliche Zustimmung, die nämlich, daß das gegenwärtige Parlament vom Könige *nur mit Zustimmung des Parlaments* selbst aufgelöst werden dürfe. Und niemals hat der König die Auflösung des langen Parlaments versucht.

Trotz alledem wuchs das Mißtrauen gegen Karl. Entweder Karl, meinte man, oder das Parlament müsse zur Ohnmacht verdammt werden. Das Unterhaus begann, an die Auflösung der beiden Armeen zu gehen, welche im Norden gegen die Schotten standen, mit denen der Frieden gesichert schien. Offiziere, welche sich über diese Maßregel tadelnd äußerten, wurden auf Befehl des Unterhauses verhaftet und wegen Hochverraths in den Tower geschickt. Dem König ward endlich auch die Abschaffung der berüchtigten Sternkammer abgenöthigt. „Allen Euren Forderungen", sagte Karl, „habe ich nachgegeben. Nun mögt Ihr Euch nicht wundern, wenn ich später einmal anfange, etwas zu verweigern." Allein der König konnte den Gemeinen nichts mehr verweigern, wohl aber die Gemeinen dem Könige.

Ein Schritt von höchster Bedeutung, den das Unterhaus im November that, war die berühmte Denkschrift, in welcher es sich geradezu an das Volk wandte. Die Denkschrift wiederholt alle Beschwerden des Landes vom Beginne der Regierung Karl's I. an, 206 Beschwerdepunkte auf 13 eng gedruckten Folioseiten.

Alsbald kam das Zerwürfniß zum vollen Ausbruch. In der Hoffnung, in Irland und in Schottland gegen sein englisches Parlament Hülfe zu finden, begann Karl selbst den Angriff. Er beschloß, die Milizen, welche das Parlamentshaus umgaben, aufzulösen. Die Königin und die Hofdamen ermuthigten den König, sich wieder als König zu zeigen. Die Gemeinen beschlossen dagegen, um Beibehaltung ihrer Garden zu petitioniren und dem König zugleich die große Denkschrift zu überreichen, was am 1. December geschah. Zu gleicher Zeit gab das Unterhaus den Rathgebern des Königs in der unzweideutigsten Weise ein Mißtrauensvotum, in dem es den König bat, alle falschen Rathgeber aus seiner Nähe zu entfernen. Der König gab eine sehr kräftige Antwort. Es sei sein verfassungsmäßiges Recht, wen er wolle, zum Minister zu machen. (Schluß folgt.)

Socialer Theil.

Das preußische Genossenschafts-Gesetz.

Der Ausspruch Savigny's, bemerkt hierüber die „Neue Frankf. Zeitung", unsere Zeit sei nicht zur Gesetzgebung geeignet, paßt gewiß auf Niemanden besser als auf die gegenwärtige preußische Regierung. Sie fühlt es selbst, daß sie einen Beruf zur Gesetzgebung nicht für sich in Anspruch nehmen kann, und sucht deshalb auch auf geistigem Gebiete durch fremde Annexionen den Mangel an eigener schöpferischer Kraft zu ersetzen. Einen schlagenden Beleg hierzu liefert der in diesen Tagen dem Herrenhause vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die rechtliche Stellung der Genossenschaften (Siehe Nr. 47 d. Bl.). Im Jahre 1863 legte Schulze-Delitzsch dem Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf vor, der hauptsächlich die Erlangung einer rechtlichen Stellung für die *Vorschuß*-Vereine bezwecken sollte. Der Entwurf wurde von einer Kommission durchberathen und mehrfach abgeändert: die Regierung erkannte das Bedürfniß eines Genossenschaftsgesetzes an und stellte die Vorlegung eines Gesetzentwurfs für die nächste Sitzungsperiode in Aussicht.

Drei Jahre sind seitdem vergangen, reicher als irgend eine voraufgegangene Epoche an volkswirthschaftlichen Kämpfen und Errungenschaften. In England eröffneten die Associationsgesetze von 1862 eine totale Umwälzung des Industriebetriebs. Die größten Etablissements gingen aus den Händen einzelner Kapitalisten in den Besitz von Gesellschaften über, die Aktien in kleinen Beträgen emittirten, welche auch dem Kleinbürger und Arbeiter zugänglich sind. Eine große Anzahl von freien Banken entstand auf gleichem Prinzipe und unterstützte die Veränderungen auf dem Gebiete der Industrie; die vielen Arbeitseinstellungen haben große Arbeitgeber auf den Gedanken gebracht, durch Betheiligung am Reinertrage den Arbeitern ein bleibendes Interesse an ihren Unternehmungen zu geben. Vielleicht noch größere Dimensionen würde die sociale Umgestaltung in Frankreich angenommen haben, wäre sie nicht durch die drakonischen Vereinsgesetze in ihrer Entwicklung gehemmt; aber dessenungeachtet bildeten sich in Frankreich in den letzten Jahren die verschiedenartigsten Industrie- und Kreditgenossenschaften unter zum Theil von den unserigen ganz abweichenden Formen. Eine erleichterte von der Staatsgenehmigung befreite Form der Aktien-Gesellschaft ist in Frankreich bereits eingeführt, und die Regierung hat die Initiative ergriffen, um einzelnen Mängeln derselben abzuhelfen. In Deutschland endlich stehen wir inmitten einer tiefgehenden volkswirthschaftlichen Bewegung, die alle Klassen des Volks ergriffen hat, und überall Hand anlegt an die Beseitigung hergebrachter Schranken. Der Handelsstand wehrt sich gegen die Verkehrs- und Bankmonopole; der Handwerker bringt durch seine Vorschußvereine und Rohstoffgenossenschaften in die Kanäle des großen Verkehrs; der Arbeiter will sich den Weg bahnen zu wirthschaftlicher Selbständigkeit und gründet Konsum-, Spar-, Bau- und Productivvereine. Er hat aber längst erkannt, daß nicht alle Geschäftszweige sich für den Betrieb durch Produktivgenossenschaften eignen, und sucht deshalb noch andere Gesellschaftsformen, die ihn in direkte Verbindung mit dem Kapitalisten bringen, sei es durch Aktienvereine, Tantièmebetheiligung oder Verbindungen mit Bankinstituten. Selbst der Bauernstand steht nicht mehr stille; er gründet Associationen zur Anschaffung landwirthschaftlicher Maschinen, Kreditkassen, Hypotheken-Vereine u. s. w.

Alle diese Erscheinungen stehen in einem innigen Zusammenhange untereinander. Alle sind Theile einer einzigen großen Triebkraft, welche dazu bestimmt ist, das morsche theilweise mittelalterliche Gebäude unserer socialen Zustände durch einen kräftigen Neubau zu ersetzen. Die Aufgabe der Gesetzgebung muß es hiernach sein, zusammenhängende Fragen in ihrem Zusammenhange zu lösen. Und es müssen die Vorgänge der letzten Jahre jeden Einsichtigen zu der Erkenntniß gebracht haben, daß unsere gesammte Gesetzgebung über das Associationswesen einer durchgreifenden Reform dringend bedarf.

Für die Herren Grafen zur Lippe und Itzenplitz, deren Namen unter dem neuen Gesetzentwurf glänzen, scheinen die kostbaren Erfahrungen der letzten Jahre aber gänzlich verloren gegangen zu sein. Sie erblicken in der deutschen Genossenschaftsbewegung nur etwas ganz Vereinzeltes, Zufälliges und wissen heute noch nichts Gesetzgeberisches für dieselbe zu produciren, als eine wesentliche *Verschlechterung* der von Schulze-Delitzsch 1863 eingebrachten Vorschläge. Dies ergibt sich schon aus den ersten Paragraphen des vorliegenden Gesetzentwurfes. Während der Eingang des § 1 das Wesen einer *Genossenschaft* nach dem Vorgang von Schulze ganz richtig bezeichnet als „einer Gesellschaft von nicht geschlossener Mitgliederzahl", werden sogleich die Genossenschaften, welche eine rechtliche Stellung erwerben können, beschränkt auf die Vorschuß-, Rohstoff-, Konsum-, Wohnungs- und Produktivvereine. Diese sollen aber nicht einmal alle an den Wohlthaten des neuen Gesetzes theilnehmen können, sondern nur Diejenigen unter ihnen, bei welchen „alle Genossenschafter für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft solidarisch und mit ihrem ganzen Vermögen haften." Diese Bestimmung ist allerdings dem Schulze'schen Entwurf entnommen, der wie schon erwähnt hauptsächlich auf die Vorschußvereine berechnet war, sie macht aber heute das ganze Gesetz für einen Theil der Genossenschaften ganz unbrauchbar. Die Solidarhaft mag für die erste Entwicklung der Vorschußvereine eine Nothwendigkeit sein; haben dieselben erst einmal eine tüchtige Kreditbasis erlangt, so werden sie die unter Umständen sehr gefährliche Solidarhaft früher oder später über Bord werfen. Die Konsum-, Rohstoff-, Produktiv-Vereine aber bedürfen zum Theil der Solidarhaft nicht einmal in der ersten Periode. Hier würde die Solidarhaft vielfach die Entwicklung sogar hemmen, da sie Vermögendere vom Beitritt abhalten, die Kapital-Ansammlung also erschweren würde. Fast sämmtliche bestehende Vereine nicht minder die auf beschränkte Haft gegründeten Kreditvereine wären also von den Wohlthaten des neuen Gesetzes von vornherein ausgeschlossen. Ebenso alle Genossenschaften der nicht im § 1 aufgeführten Art, also z. B. Speisegenossenschaften, Altersversorgungs- und Lebensversicherungsvereine, sowie alle Arten von Associationen zwischen Arbeitern und Kapitalisten zu gemeinschaftlichem Geschäftsbetriebe. In England hat bekanntlich das Associationswesen sich erst kräftig zu entfalten begonnen, als man die Solidarhaft aufhob. Die bekannten Pioniere von Rochdale ließen sich sofort nach der Einführung der Akte von 1862, welche die beschränkte Haftbarkeit gestattete, unter dieselbe einregistriren; in Frankreich, in der Schweiz und Italien hat man grundsätzlich an dem Systeme der beschränkten Haft festgehalten und in Deutschland sollte die Gesetzgebung damit beginnen, die Solidarhaft als eine Grundbedingung für jede Genossenschaft zu bezeichnen? Soll der Gesetzentwurf irgend einen bleibenden Werth erhalten, so muß die Aufzählung der zugelassenen Arten von Genossenschaften in § 1 und die Bedingung der Solidarhaft unbedingt hinwegfallen. Es genügt vollkommen zur Bezeichnung einer *Genossenschaft*, daß die Mitgliederzahl und das Gesellschaftskapital nicht geschlossen ist.

Der zweite und noch viel größere Mangel liegt in §§ 4, 7 und 35 des Entwurfs, die sämmtlich von der Regierung hereingebracht sind. § 4 sagt, die Genossenschaft ist nicht eher anerkannt, als bis ihr Gesellschaftsvertrag *von dem Oberpräsidenten der Provinz genehmigt* ist. § 7 legt die Genehmi-

gung jeder Statutenänderung wieder in die Hände des Oberpräsidenten; §. 35 schreibt vor, daß jede „Genossenschaft, welche sich gesetzwidriger Handlungen oder Unterlassungen schuldig macht, durch welche das Gemeinwohl gefährdet wird, oder wenn sie andere als im Statut bezeichnete Zwecke verfolgt, durch richterliches Erkenntniß aufgelöst werden kann." Welche Aussichten eröffnen sich da für die Regierung zur Belohnung politisch Gutgesinnter, zur Chikanirung und Bestrafung der „Wühler" und „Umstürzler"? Welche Urtheile gäbe es da für gewisse Tribunale zu fällen? Jede Geldsammlung für irgend einen öffentlichen Zweck innerhalb einer Genossenschaft könnte einen Grund zur Auflösung und Vernichtung eines Vereins geben. Mit diesen Einschaltungen hat das preußische Ministerium sogar dem unzureichenden Schulze'schen Entwurfe den Boden ausgeschlagen. Die Genossenschaft, das Kind der Neuzeit, kann nicht gedeihen unter dem Zwange administrativer Bevormundung; sie verlangt keine besonderen Privilegien, darf aber auch nicht abhängig sein von der Gunst oder Ungunst der Behörden. „Wir wollen behandelt sein nach dem gemeinen Rechte, wir verlangen nicht mehr und nicht weniger", sagt treffend der letzte Jahresbericht des Luxemburger Kreditvereins. Die preußischen Genossenschaften werden schönstens danken für diese Art der Anerkennung, die sie nicht durch einfache Anmeldung erlangen können, sondern die ihnen durch die Gnade des Herrn Oberpräsidenten verliehen werden soll. Charakterisch in dieser Beziehung ist schon die gegenwärtige Stellung der Genossenschaften zu den preußischen Behörden, wie sie in den Motiven des Gesetzentwurfs dargestellt wird: Der Minister hatte sich an die Provinzialregierungen gewendet, um Material über das Genossenschaftswesen zu erlangen, erhielt aber von denselben nur höchst lückenhafte Mittheilungen, weil „viele Vereinsvorstände Bedenken getragen zu haben scheinen, den Behörden einen vollständigen Einblick in den Umfang ihrer Geschäfte zu gewähren. In zahlreichen Fällen ward daher kaum mehr ermittelt, als das Bestehen des Vereins." Die preußischen Genossenschaften sind entstanden und haben sich ausgebreitet, ohne irgendwie von der Regierung gefördert worden zu sein; wo die Behörde sich einmischte, geschah es um zu hindern oder zu stören; sie empfinden so schwer wie die Genossenschaften irgend eines Landes den Mangel einer geordneten rechtlichen Stellung; aber dennoch sind wir überzeugt, daß es keinem einzigen Vereine einfallen wird, seine jetzige „wilde" Unabhängigkeit gegen die Anerkennung eines Herrn v. Jagow oder Senfft-Pilsach zu vertauschen. Dem Uebermuthe des preußischen Junkerthums war es vorbehalten, derartige Zumuthungen zu machen, welche die Vereine voraussichtlich einmüthig zurückweisen werden.

Wir unterlassen es auf weitere Einzelnheiten des Gesetzentwurfs einzugehen, nachdem wir denselben in seinen wichtigsten Grundzügen so mangelhaft befunden haben. Das Gute an dem Entwurfe ist nicht neu, und die neuen Vorschläge machen das Gesetz geradezu unannehmbar. Werden die von uns hervorgehobenen Mängel beseitigt, so kann das Gesetz als vorübergehender Nothbehelf dem Genossenschaftswesen dienlich sein. Gründlich gelöst aber kann die Frage nur werden im Zusammenhange mit den Aenderungen, welche die allgemeinen Associationsgesetze (Aktien- und Kommanditgesellschaften u. s. w.) nothwendig erfahren müssen. Die Arbeit, das Kapital, müssen unabhängig von administrativer Einmischung alle Arten von Verbindungen unter sich und miteinander eingehen können, die ihnen zweckmäßig und erforderlich scheinen. Der einzige Schutz zur Verhütung von Mißbräuchen ist in der Controle der Oeffentlichkeit zu finden. Wie in England sollten sich die Bestrebungen der Gesetzgebung möglichst auf die Fürsorge für die genaue Registrirung aller Vertragsverhältnisse beschränken; alles Weitere ist vom Uebel und wird stets mehr Schaden als Nutzen bringen.

Stuttgart, 1. März. Der hiesige "Staatsanzeiger" veröffentlicht heute eine Verfügung, wonach die Verwendung der Frauen und Mädchen im Dienste der Verkehrsanstalten für zulässig erklärt wird, und zwar für bestimmte Zweige des Eisenbahnbetriebsdienstes, sowie im Post- und Telegraphendienst. Gleichzeitig enthält diese Verfügung die Vorbedingungen für die Aufnahme, worunter auch besonders eine Prüfung zu erwähnen ist. Am Schlusse der Verfügung heißt es: „Die in den Dienst der Verkehrsanstalten aufgenommenen Frauen und Mädchen haben in Absicht auf die Führung des Dienstes nach den Vorschriften der oberen Verwaltungsbehörde dieselben Verpflichtungen wie die männlichen Bediensteten gleicher Kategorie, insbesondere auch bezüglich der Cautionsleistung; sie werden beeidigt und zählen zu den Verwaltungsbeamten, genießen aber in der Regel nur ⅘ des Normalgehalts der von ihnen versehenen Stelle und sind zur Betheiligung am Unterstützungsverein der Diener bei den Verkehrsanstalten weder berechtigt noch verpflichtet. Ihr Verbleiben im Dienst hängt neben ordentlicher Besorgung der ihnen obliegenden dienstlichen Verpflichtungen, insbesondere von einem streng sittlichen Lebenswandel ab. Verheirathung bedingt, wenn nicht ganz ausnahmsweise Verhältnisse vorliegen, den Dienstaustritt."

Pforzheim, 3. März. Mit dem heutigen Aufsatz möchte ich die Arbeitervereine daran erinnern, daß es ihre Pflicht ist, die auf den nächsten Arbeitertag zuerst auf die Tagesordnung gestellte Frage der Frauenarbeit nicht allein in Vorträgen und Debatten zu erörtern, sondern auch die daraus erfolgten Resultate in der „Arbeiterzeitung" baldigst kundzugeben. Bald ist das halbe Jahr herum, und man hat nichts gehört als einzelne anonyme Stimmen. So vergeht die Zeit für alle Fragen, und dann geht die Hetze in dem letzten Monat wieder los. Zeit gibt es genug zur ernsten Erörterung für alle diese Fragen, allein ich kenne Vereine, wo man lieber Vorträge über China, den Mond u. s. w. hält, aber das Nächstliegende ganz versäumt. Das ist pflichtwidrig. Also bitte ich als Berichterstatter, daß mir die Meinung der Vereine bald zukomme. Es ist besser so. Jeder Verein kann in 6 bis 12 Zeilen seine Resolution abgeben, ich weiß dann was ich auf den nächsten Arbeitertag wegzulassen und was ich zu bekämpfen habe. Nur auf diese Weise wird Kürze mit Gründlichkeit verbunden. Meine Anschauung ist den Vereinen bekannt, sie basirt sich auf folgende Cardinalsätze: „Die Frauen sind zu jeder Arbeit berechtigt, zu welcher sie fähig sind." „Die noch bestehenden gesetzlichen Hindernisse, welche der Ausübung der Frauenrechte im Wege stehen, sind zu beseitigen." „Es muß den Mädchen in jeder Beziehung Gelegenheit geboten werden, sich selbst ernähren zu lernen." — Seitdem sind noch zwei Resolutionen erfolgt, welche den Arbeitern vielleicht nicht so bekannt sind, und ich setze sie hierher, mit dem nochmaligen Wunsche, sie baldigst zur Besprechung zu bringen und das Wesentliche derselben der „Arbeiterzeitung" zu wissen zu thun.

Die im Oktober in Leipzig abgehaltene Frauenconferenz erklärte folgendes: „Wir halten es für ein unabweisliches Bedürfniß, die weibliche Arbeit von den Fesseln des Vorurtheils zu befreien, die sich von den verschiedensten Seiten geltend machen; wir halten in dieser Hinsicht neben der Agitation durch Frauenbildungsvereine und die Presse die Errichtung von Produktivassociationen, welche vorzugsweise empfohlen wird, die Gründung von Industrieschulen für Mädchen, von Industrieausstellungen für weibliche Arbeitserzeugnisse, von Mädchenherbergen, endlich die Pflege wissenschaftlicher Bildung für die geeigneten Mittel dem Ziel näher zu kommen."

Der Gewerbetag in Breslau erließ folgende Resolution: „1. Der Gewerbetag erkennt es als dringende Aufgabe der Gegenwart, dem weiblichen Geschlechte die Erringung der Selbstständigkeit durch Ergreifung bürgerlicher Berufszweige nach Möglichkeit zu erleichtern. 2) Er hält es für nothwendig, daß in dem Lehrplane der Mädchen- und Töchterschulen darauf Rücksicht genommen werde, Vorkenntnisse für gewerbliche Ausbildung zu bieten. 3) Der Ausschuß möge fortgesetzt dafür wirken, daß in Breslau und anderen Städten der Provinz Unterricht in der kaufmännischen Buchhaltung und Briefwechsel für Frauen und Mädchen ertheilt werde. 4) Er wünscht, daß der Staat in den von ihm abhängigen technischen Betrieben (Post, Telegraphie etc.) das weibliche Geschlecht in für dasselbe passenden Stellen zur Verwendung bringe, vor Allem aber die gesetzlichen Beschränkungen hinwegräume, die der Beschäftigung der Frauen in manchen Berufszweigen entgegenstehen. 5) Er empfiehlt endlich den sämmtlichen deutschen Gewerbe-, Handwerker- und Vorschußvereinen, sich der Lösung der vorliegenden Aufgabe durch Belehrung, Creditgewährung, moralische und materielle Unterstützung nach Kräften anzunehmen."

Das ist auch die Aufgabe der Arbeitervereine, welche die Frage zuerst auf die Tagesordnung stellten.

Moritz Müller.

± **Berlin**, 28. Febr. Gestern Abend fand hier die erste Generalversammlung des Vereins zur Förderung der Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts statt. Hr. Präsident Dr. Lette eröffnete dieselbe zunächst mit der Mittheilung, daß die Frau Kronprinzessin von Preußen in einem anerkennenden Schreiben für den Verein 500 Thlr. bewilligt habe; wofür die Versammlung auf Ersuchen des Hrn. Lette sich von ihren Plätzen erhob. Sodann beleuchtete derselbe in einem Vortrage, was überhaupt bereits für die Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts geschehen, erwähnte, welche Blätter sich für einen derartigen Verein ausgesprochen und bemerkte hauptsächlich, daß man mit diesem Verein durchaus nicht die Emancipation der Frauen bezwecke*), und daß Hr. Prof. Kleemann aus Speyer im April nach Berlin übersiedeln werde, um ein Institut zur Ausbildung der Mädchen im kaufmännischen Geschäfte in's Leben zu rufen. Der Redner bespricht sodann die Wirksamkeit, die der Verein in's Auge fasse und bemerkt, daß keinerlei Stände ausgeschlossen noch vorzugsweise berücksichtigt werden. Hoffentlich werde bald eine Industrieausstellung weiblicher Handarbeiten stattfinden können, auch gehe man mit dem Plane um, ein großes Logir- und Speisehaus für Personen weiblichen Geschlechts zu errichten, verbunden mit Unterricht, wo die jungen Mädchen die Haushaltung erlernen könnten. Er hoffe, daß der Verein recht gute Erfolge erziele und daß es ihm in Berlin, der Hauptstadt Preußens, auch an den nöthigen Mitteln nicht fehlen werde, damit die hier in's Leben gerufenen Anstalten Musteranstalten für andere Städte werden. Hierauf wurde das von dem Comité vorgeschlagene Statut, was wir unten mittheilen, angenommen und zur Wahl des Ausschusses geschritten. In denselben wurden gewählt: Präsident Dr. Lette, Dr. Maran, Prof. Kalisch, Fabrikbesitzer Friedheim, Geh. Oberregierungsrath Dr. Engel, Commerzienrath Schemioneck, Prof. Dr. v. Holtzendorff, Stadtgerichtsrath Dr. Eberty, Commerzienrath Krause, Bankdirector Sörgel, Prediger Müllensiefen, Consul Müller, Fabrikbesitzer J. Meyer, Dr. Max Ring, Fabrikbesitzer Soltmann, Obertribunalsrath Blumenthal, Provinzialschulrath Bormann, Stadtschulrath Fürbringer, Commerzienrath O. Janke, Kaufmann G. A. Töpfer. (Die Statuten in nächster Nummer.)

*) Warum denn nicht? Selbstverständlich eine Emanzipation im rechten, vernünftigen Sinne. D. Red.

Vermischtes.

Der rühmlich bekannte Geol. Dr. Otto Volger schreibt an den „Arbeitgeber": Der Berner „Bund" hat vor Kurzem eine Uebersicht über die bisher vollendeten und die noch bevorstehenden Arbeiten am Eisenbahn-Stollen (Tunnel) durch den Mont-Cenis mitgetheilt. Nach derselben sind die Arbeiten von Modane aus bis zum 1. Oktober d. J. bis 2154,₈₀ Meter und von Bardonnèche aus bis 2919,₁₀ Meter eingedrungen; es bleibt aber zwischen beiden Orten noch eine Länge von 7146,₁₀ Metern durchzuarbeiten. Die bisherige Arbeit hat schon acht Jahre erfordert. Trotz dem Quarzgestein bei Modane rückt man täglich noch 60 Centimeter vor — aber ein weit gefährlicherer Gegner als der Quarz droht jetzt die Arbeit zu hindern, nämlich die immer größere Schwierigkeit, wahrscheinlich bald bevorstehende Unmöglichkeit, den Arbeitern die zur Athmung erforderliche Luft durch Windpressen zuzuführen. Unter diesen Umständen erlauben Sie mir vielleicht, auf die Nothwendigkeit hinzuweisen, auf den Stollen Wetterschächte niederzubringen. Man hat diesen Gedanken bisher als unausführbar beiseite gelassen. Allein er ist keineswegs unausführbar, und Deutschland besitzt den Mann, welcher solche niederzubringen vermag, bevor noch die Fortsetzung der Stollenarbeiten durch Luftmangel zur Unmöglichkeit werden wird. Wir meinen den Erfinder des neuen Seilbohr-Verfahrens, Hrn. Georg Kolb, Fabrikbesitzer zu Laineck bei Bayreuth, welcher nach Maßgabe seiner bisherigen, mir aus eigener Anschauung genau bekannten und amtlich bestätigten Leistungen einer solchen Unternehmung vollkommen gewachsen sein würde. Herr Kolb bohrte im verwichenen Jahre binnen einer Arbeitszeit von nur sieben Monaten (!) ein Bohrloch von 348 Millimetern bis zu einer Tiefe von 1794 Fuß bayer. (!) in der großentheils aus den bösartigsten Quarzgeschiebefelsen (Conglomeraten) bestehenden Schichtenfolge des Todtliegenden! Sein Verfahren, welches die regelmäßigste Umsetzung des Meißels am Seil in jeder Tiefe mit vollkommenster Sicherheit gestattet, und bei welchem natürlich nur eiserne Seile angewandt werden, ist unbedingt bei jeder beliebigen Bohrlochsweite und bei jeder erforderlichen Tiefe durchführbar. Der Eisenbahn-Stollen den Mont-Cenis würde eine herrliche Gelegenheit bieten, um die in ihrer großartigen Anwendbarkeit und Wichtigkeit noch gar nicht

bekannte und gewürdigte Erfindung des Hrn. Kolb in ihrer ganzen Bedeutung zu bewähren, und in echt weltbürgerlichem Zusammenwirken zu dem bisherigen Wetteifer italienischer und französischer Ingenieure die Leistungen des deutschen Erfindungsgeistes hinzuzugesellen.

Hildesheim, den 8. März. In der vergangenen Woche waren hier die Weber von Stadt und Provinz Hildesheim durch Deputirte verschiedener Gilden in einer Generalversammlung vertreten und faßten den einstimmigen Beschluß, ihre Arbeiten von Ostern dieses Jahres ab, einzustellen, wenn die Fabrikanten den Lohn nicht um 20 Procent erhöhen können. Denselben Beschluß haben auch die Weber am Harz, in Hameln u. s. w. gefaßt, und wie wir hören, so wollen mehrere Fabrikanten den gerechten Forderungen der Arbeiter Gehör schenken. Die Handweberei ist ein verlorener Posten im Kampfe um das Dasein, mögen daher jüngere Kräfte sich zeitig zurückziehen und einen anderen Lebensberuf ergreifen, und sich nicht durch augenblicklich günstigere Conjuncturen hinhalten lassen.

Dr. R.

Briefkasten.

Arbeiterverein in Weimar. Die Anmeldung zum Eintritt in den Verband des Vereinstags deutscher Arbeiterbildungsvereine ist bei dem Vorsitzenden des ständigen Ausschusses des Vereinstags, Hrn. V. Staudinger in Nürnberg zu bewirken. — Von dem Arbeiterverein in Furtwangen 20 kr. als Rest erhalten. Exemplare von 1865 sind zu haben.

Anzeigen von Vereinen.

Aufruf.

Herr **Schramm, Siemens,** Maler, von München gebürtig, wird hiermit ersucht, seinen gegenwärtigen Aufenthalt dem Arbeiterbildungsverein München innerhalb 3 Wochen bekannt zu geben.

Frauenindustrie-Ausstellung in Leipzig.

In unserer Ansprache an das geehrte Lesepublikum, erste Auflage in Nr. 44 Allgem. Frauen-Zeitung, haben wir die Idee angeregt, zur Michaelismesse d. J. in Leipzig eine

Frauenindustrie-Ausstellung für das Königreich Sachsen

und die sächsischen Länder überhaupt zu veranstalten. Es haben sich hierauf in mehreren Städten Sachsens intelligente und einflußreiche Damen und Herren dazu bereit erklärt, Lokal-Comité's zu bilden, um die Gegenstände anzusammeln und zur Versendung nach hier bereit zu halten. Fräulein Amely Bötte in Dresden wird die vorzüglichsten Gegenstände ihres Frauen-Bazars zur hiesigen Ausstellung senden. Es werden sonach alle diejenigen Damen, die für die erwähnte Ausstellung Arbeiten liefern wollen, aufgefordert, sich hiefür vorzubereiten.

Laut Vorlage I. der ersten deutschen Frauen-Conferenz sollen in dieser Exhibition alle von Frauenhänden angefertigten und unter Frauenleitung erzeugten Gegenstände, wenn sie sich durch Vollkommenheit, Billigkeit oder irgend einen Vorzug auszeichnen, zur Ausstellung gebracht werden. Die näheren Details dieser Vorlage wolle man in der bei Herrn Julius Werner, Königstr. 25 in Leipzig erschienenen Broschüre: „Die erste deutsche Frauen-Conferenz in Leipzig" nachlesen, die in allen Buchhandlungen für 5 Ngr. zu haben ist.

Die betreffenden Damen und Herren, welche uns bereits ihre Mitwirkung durch Bildung von Local-Comité's angemeldet haben, wollen der weiteren Zusendung von Instructionen zum Vorgehen in dieser Angelegenheit von uns gewärtig sein. Diejenigen Herrschaften, welche noch mit dem Gedanken umgehen, uns ihre Mitwirkung für dieses gemeinnützige Unternehmen zu widmen, werden hiermit aufgefordert, uns hiervon sobald wie möglich die Meldung zu machen, um daß wir sie ebenfalls mit Instructionen versehen können.

Für Sachsen und die sächsischen Länder wird den Aus[illegible] Gelegenheit dargeboten werden, die Indus[illegible] durch die Vermittlung der Localausstellungs-Comité's einzusenden. Es werden uns aber auch Frauenarbeiten von Erzeugerinnen außerhalb der sächsischen Länder willkommen sein, nur werden sie die Gegenstände selbst emballiren und frankirt aufzugeben haben an das hiesige Central-Comité.

Gibt Gott seinen Segen dazu, so hoffen wir die Sache zu Stande zu bringen und der Welt einen neuen Beweis zu liefern von unseren rastlosen Bestrebungen für das Wohl des weiblichen Geschlechts.

Leipzig, im Februar 1866.

Der Eigenthümer und Herausgeber der Allgemeinen Frauen-Zeitung:

B. A. Korn, Kapitän a. D.

Arbeitsvermittelung.

Ein geschickter Pianofortearbeiter gesucht.

Nach **Mailand** wird ein geschickter Pianofortearbeiter gesucht, 25 bis 30 Jahre alt, welcher mit der modernen Fabrikation und dem Repariren und Accordiren moderner Pianoforte vollständig vertraut und im Stande ist, Arbeiter auch für vertikale Pianoforte und zur Fertigung von Kisten für vertikale Pianoforte zu dirigiren. Gehalt 100 bis 110 Frcs. monatlich und freie Wohnung im Hause des Principals, jedoch mit der Verpflichtung, nur für den Principal zu arbeiten. Kenntniß der französischen oder italienischen Sprache, außer der deutschen erforderlich. Kann sogleich eintreten. **Frankirte Offerten besorgt die Expedition der Allgem. deutschen Arbeiterzeitung.** [86

Verschiedene Anzeigen.

Ventilatoren.

67] **C. Schiele, Frankfurt a. M.**

Baugewerkschule zu Holzminden an der Weser.

Der **Sommerunterricht** beginnt am **30. April d. J.** und haben sich **Bauhandwerker, Mühlen- und Maschinenbauer,** welche daran Theil nehmen wollen, baldigst schriftlich bei dem Unterzeichneten zu melden.

Der Vorsteher der Baugewerkschule.

92] G. Haarmann.

Annonçe.

Die Maschinen- und Mühlenbauer-Schule zu Hildesheim

beginnt ihren Sommercursus am 12. April. Die Anstalt hat sich zur Aufgabe gemacht, tüchtige Constructeure, Monteure und Werkmeister wissenschaftlich und technisch heranzubilden und sucht ihren Eleven, deren Fähigkeiten entsprechend, Stellung zu verschaffen. Der Unterricht wird von Fachlehrern ertheilt. Lehrplan und weitere Auskunft ertheilt

Die Direktion.

95] Dr. Kirchner.

In **F. Streit's Verlagsbuchhandlung** in **Coburg** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Zwei Vorträge

über die

gegenwärtigen freien Gemeinden in Deutschland

und über

Alt und Neu in der Religion.

Von

Prediger **Uhlich** aus Magdeburg.

Gehalten am 25. u. 29. September 1865 im Schießhaussaale in Coburg.

Preis 4 Sgr. oder 14 kr.

Der Name des Verfassers, die große Theilnahme des Publikums bei Abhaltung dieser Vorträge hier, die starke Nachfrage nach deren Abdruck schon vor dessen Erscheinen, überheben jeder besonderen Empfehlung.

Von der zweckmäßigen

Heeresbildung

und erfolgreichen

Kriegführung u. ihren Hindernissen.

Zur Frage des Uebergangs vom stehenden Heerwesen zum Milizsystem.

Mit einem Anhang:

Die stehenden Heere und der arme Konrad.

Von

W. Rüstow,

Oberst-Brigadier.

Zweite vermehrte Auflage. Volksausgabe.

48⅓ Bogen. gr. 8. Preis 2 Thlr. 20 Sgr. oder 4 fl. 40 kr. C. M.

Während bei dem Erscheinen der ersten Auflage das Interesse an der Frage der Heeresreform noch sehr wenig lebendig war, hat dieses in Folge dessen und der daran anschließenden fortgesetzten öffentlichen Besprechung dieser Fragen in immer weiteren Kreisen Wurzel gefaßt und es wurde die Frage der Wehrreform, sowohl in der Richtung nach Außen als Machtfrage, wie in der Richtung nach Innen als Frage des Schutzes der Freiheit und des Rechtes, und bei dem in Folge des stehenden Heerwesens immer mißlicher sich gestaltenden Stande der Budgets der meisten Staaten, von allen denkenden Politikern als die brennendste Frage der Gegenwart betrachtet. Der berühmte, in seinem Fach längst als Autorität anerkannte Verfasser des obigen Werkes hat in der neuen Ausgabe in noch präciserer und schlagenderer Zusammenfassung nicht nur die ganze Unhaltbarkeit und Verwerflichkeit des stehenden Heerwesens, sondern ebenso auch die praktische Möglichkeit eines allen Anforderungen entsprechenden, wahrhaft volksthümlichen Milizsystems und dessen Fundamentalsätze, auf Grund seiner reichen Sachkenntniß und Erfahrung, vom theoretischen wie vom praktischen Standpunkt, für den Sachverständigen wie für den Laien gleich überzeugend dargethan. Das Buch ist für Militärs wie für Nichtmilitärs, namentlich für alle Mitglieder gesetzgebender Körperschaften, wie überhaupt für jeden, der sich über die einschlagenden Fragen volle Klarheit verschaffen will, ein ganz unentbehrliches Hand- und Hülfsbuch, die „Bibel der Wehrreform", wie ein sachverständiger Beurtheiler das Werk genannt hat. Die unterzeichnete Verlagsbuchhandlung ist bei dieser Volksausgabe, in welcher der Herr Verfasser auch die wirthschaftliche und sociale Seite des Gegenstandes scharf beleuchtet und dadurch das Werk auch den weitesten Volkskreisen, namentlich den Arbeiterkreisen doppelt interessant gemacht hat, bemüht gewesen, soweit irgend möglich durch Billigkeit des Preises das bedeutende Werk auch den weitesten Kreisen zugänglich zu machen und halten wir uns bei dem erwachten und täglich wachsenden Interesse für den Gegenstand des Werkes einer der großen Bedeutung der Sache und dem bleibenden Werthe des Werkes entsprechenden Verbreitung auch dieser neuen Volksausgabe versichert.

Weltgeschichte

von

Gustav Struve.

Die siebente Auflage, fortgeführt bis zum Jahre 1863, ist vollendet und nahezu bereits vergriffen. Preis für das ganze Werk 12 Thlr. Bestellungen auf die complette 7. Auflage wollen zeitig gemacht werden. Eine neue **achte** Lieferungsausgabe in 63 wöchentlichen Heften in gr. 8. ist bis zum 6. Bande gediehen. Subscriptionspreis 6 Sgr. oder 21 kr. pro Heft. Subscribentensammler und **Vereine** erhalten, bei directem Bezug und Baarzahlung, 10% Provision und auf je 10 Exemplare ein Freiexemplar, so daß für thätige Verwendung ein sehr lohnender Gewinn in Aussicht steht.

Das Werk, auf dem freien Boden Nordamerikas entstanden, in den Prinzipien und Anschauungen des freien Volksstaats, dem die Zukunft gehört, fest wurzelnd, hat in seinen **sieben Auflagen,** jenseits wie diesseits des Oceans, nicht blos unter den deutschen Landsleuten, sondern auch unter den Amerikanern und Engländern sich und dem deutschen Namen Achtung erzwungen und darf wohl in immer weiteren Kreisen auf den Anklang rechnen, den das von tiefsittlichem Geiste, von glühender Liebe zu seinem Volk und Vaterland gleichwie von echt praktischer Lebensweisheit durchdrungene, auf freiestem Boden geschriebene Werk eines freien Mannes zu beanspruchen berechtigt ist von Allen, die das gerechte, aber unerbittliche Richteramt der Geschichte und ihre Bedeutung für wahre Bildung und Erziehung des Volkes zur Freiheit im wahren und edelsten Sinne des Wortes anerkennen.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert in Coburg.

Nr. 168. Vierter Jahrgang. Sonntag, 18. März 1866.

Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorausbezahlbar, vierteljährlich 48 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang andauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 6 kr. oder 2 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

Vereinsangelegenheiten.

Der deutsche Arbeiter-Vereinstag und das allgemeine Stimmrecht.

* **Vom Rhein.** Bei der Uebereinstimmung im Urtheil, welche sich von allen Seiten der Arbeiterwelt über das Auftreten der Vereine Pforzheim, Karlsruhe und Heidelberg kundgethan hat, hielten wir es für überflüssig, auf das allgemeine Stimmrecht zurückzukommen, für noch überflüssiger, den Stuttgarter Vereinstag und dessen Beschlüsse zu rechtfertigen. Da nun aber ein braves Blatt der liberalen Partei, die „Westphälische Zeitung" zu Dortmund, die Sache anders ansieht und dieser abweichenden Ansicht in einem ehrlichen, wenn auch nicht besonders gut abgefaßten Artikel Ausdruck verleiht, so wollen wir in aller Kürze den Sachverhalt rekapituliren.

Zu Stuttgart herrschte die absoluteste Einmüthigkeit über das Prinzip: Jeder Mann, der sein Brod verdient, der Gesellschaft nützlich wird und den Staat durch Steuern erhält, muß das Recht haben, in allen öffentlichen Angelegenheiten der Gemeinde, der Provinz und des Staates seine Meinung zu äußern durch Betheiligung bei der Ernennung der Volksvertreter. Einen Unterschied zwischen Bürger und Bürger je nach Stand oder Vermögen anerkennen, wäre namentlich des Arbeiters unwürdig, da selbst die Heuchel-Oekonomen sagen: Jeder Arbeiter hat den Commerzienrathtitel der Borsig und Krupp im Felleisen. Aber gar zuzugeben, daß des Arbeiters Stimme nur den hundertsten oder tausendsten Theil von der Stimme eines Höchstbesteuerten werth sei, kann am Allerwenigsten die Sache des Arbeiters selbst sein.

Als es sich nun um Abstimmung handelte und die Frage lautete, ob die Arbeiter*vereine* für das allgemeine Wahlrecht eintreten sollten, theilten sich die Stimmen der Anwesenden in zwei ganz gleiche Theile. Es war nämlich bei der Gründung des Vereins zu Frankfurt a/M. der Paragraph durchgefallen, welcher den Zweck der Bildungsvereine auf die Politik ausdehnte; und zwar mit vollem Recht, so lange wir noch Staaten in Deutschland haben, welche politische Vereine polizeilich verbieten können.

Als jedoch die Frage gestellt wurde, ob die *Arbeiter* für das allgemeine Stimmrecht einstehen sollen, wurde dies *einstimmig* bejaht.

Widerspricht sich das? keineswegs! Der Vereinstag, d. h. alle Arbeiterbildungsvereine beschließen, daß es Pflicht wie Recht *jedes Arbeiters* sei, für die Herstellung des allgemeinen Stimmrechtes zu wirken, welches 1848 und 49 geübt wurde und seit dem Reichswahlgesetz in rechtlicher Geltung geblieben ist.

Der ständige Ausschuß brachte durch das bekannte Cirkular den Stuttgarter Beschluß in Erinnerung, und im strengen Anschluß an den Wortlaut, so wie in Berücksichtigung der Verhältnisse, fordert der Ausschuß auf, *direkt oder indirekt, vereinsweise oder einzeln* thätig zu sein. Die Hälfte der Vereine ist ja so gestellt, daß sie direkt, vereinsweise, für das Stimmrecht eintreten kann; die andere Hälfte darf dasselbe thun, sobald sie nur nicht im Vereinslokal zu diesem Zwecke sich versammelt.

Was nun die drei badischen Vereine wollen, für die doch der Stuttgarter Beschluß gilt wie für alle andern, was namentlich Heidelberg mit seinem „doppelten Vergehen" will, welches der Vorsitzende des Ausschusses begangen haben soll, das wäre unbegreiflich, wenn nicht der Heidelberger Verein von einem *Professor* geleitet würde und wenn nicht das Professorenthum noch immer die *wunde* Stelle des deutschen Lebens bildete. Die badische Dreieinigkeit hat ja die Erlaubniß, der Aufforderung von Stuttgart nicht zu entsprechen, auch zu erklären, daß sie die verlangte Agitation von sich weise; aber sie hat nicht das Recht, dem Ausschuß Vorwürfe oder gar Grobheiten zu machen. Dafür muß den Betreffenden auf dem nächsten Vereinstage ein Verweis zuertheilt werden.

Die „Westphälische Zeitung" geht nun aber weiter; sie bezweifelt die Wirkungen des allgemeinen Stimmrechts, sie beruft sich auf die Zustände Amerikas und der Schweiz, wo die Arbeiter *trotz* des allgemeinen Stimmrechts sich in „keiner besseren Lage" befänden; sie behauptet, daß „auch dort in socialer Beziehung noch Vieles zu wünschen übrig bleibe." Scharmant, weil das allgemeine Stimmrecht bis jetzt noch nicht die Wunden der Gesellschaft geheilt hat, *deßhalb* soll man da, wo es nicht besteht, von ihm absehen; deßhalb sollen namentlich die deutschen Arbeiter nicht auf dessen Herstellung bestehen! Wollen wir nicht gar den Schweizern und Amerikanern anrathen, das allgemeine Stimmrecht *wieder aufzugeben*, weil es die sociale Frage bis zur Stunde noch nicht gelöst hat? Die Schweizer und Amerikaner würden sich bedanken, gerade wie der deutsche Arbeiter sich dafür bedankt, den Satz zu unterschreiben, daß die deutsche Eiche auf den ersten Hieb fallen muß. Namentlich der deutsche Arbeiter, dafern er nicht in feudalen oder reaktionären Netzen gefangen liegt, weiß, daß der schnöde politische Zustand Deutschlands eng mit seiner eigenen preßhaften Lage zusammenhängt, daß eine politische Ermannung und ein politischer Kehraus vorhergehen müssen, ehe Raum und Luft für die sociale Debatte geschafft werden kann. Der deutsche Arbeiter sieht sonnenklar, daß der Hebel des allgemeinen Stimmrechts nicht nur die *erklärten* Feinde des Volkes, die Junker und Pfaffen, aus dem Sattel heben, sondern daß er auch die Halben und Unzuverlässigen von ihrem Postamente wegheben und so Platz für die Entschiedenen und Ganzen machen wird.

Die Bedenklichkeit liegt wahrlich nicht in dem gesunden und vernünftigen Stimmrechte an sich, sondern in den Bildungszuständen der *Landbevölkerung*, und grade deßhalb verlangt der Ausschuß eine *Agitation* von Seiten der *städtischen* Arbeiter. Er hat nicht gesagt, die Vereine oder die Arbeiter sollten auf die sofortige Einführung des Rechtes dringen; sie sollen vielmehr die hohe Bedeutung dieses Rechtes *Allen klar machen*!

Der Dortmunder hängt endlich dem Stuttgarter Beschluß ein Letztes an, indem er behauptet, jener Beschluß sei *nur* gefaßt worden, um den Lassalleanern „die Spitze abzubrechen" und ihnen „den Boden unter den Füßen zu entziehen". Wie man Jemanden „den Boden unter den Füßen entzieht", wenn man sich auf *denselben mit ihm stellt* vermögen wir nicht recht einzusehen, eben so wenig wie uns klar ist, daß man Jemanden „die Spitze abbricht", wenn man *dieselbe Spitze aufpflanzt*. Aber man braucht in der That den Namen „Lassalle" nie gehört zu haben, um das *allgemeine Wahlrecht für des*

deutschen Volkes unentreißbares Recht zu erklären, um zu verlangen, daß das Gesetz des ersten deutschen Parlamentes, welches wiederum nur die Anerkennung der Errungenschaft von 1848 war, **endlich zur Ausführung komme.** Und wenn dann wirklich eine Rücksicht auf die polternde Agitation des „Allgem. deutschen Arbeitervereins" genommen worden ist, kann dann der Stuttgarter Beschluß nicht sagen wollen: **Was das allgemeine Stimmrecht dem Arbeiter Gutes bringt**, das nehmen wir auch **für uns** in Anspruch; für gleichgültige Gewohnheitsthiere sollt Ihr uns nicht halten. Dafern Ihr aber nach Erlangung jenes Rechtes tolle Streiche machen solltet, dafern Ihr Bocksprünge zu machen vorhättet, — ei nun, wir werden dabei sein und Acht geben, denn das allgemeine Stimmrecht gehört **uns so gut wie Euch!**

Ganz gewiß aber hat bei der Fassung jenes Beschlusses die „Verachtung" keine Rolle gespielt, welche die „Westphälische Zeitung" gegen die Lassalleaner zur Schau trägt, sondern weit eher ein Gedanke der **Versöhnung**, der Gedanke die Hand darzubieten und den gemeinsamen Sturm auf die Bastillen der Reaktion in ächter Kameradschaft vorzuschlagen.

München, 12. März. Der Arbeiterbildungsverein in München erklärt sich mit dem Inhalt des Cirkulars, das allgemeine und direkte Stimmrecht betreffend, welches der ständige Ausschuß an alle deutschen Arbeitervereine sendete, vollkommen einverstanden.

Jeder Verein, dessen Wirken und Streben dahingeht, die dem Arbeiter vorenthaltenen Rechte auf allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Wegen zu erreichen, kann in dem Vorgehen des Hrn. **P. Staudinger**, Vorsitzenden des ständigen Ausschusses, nichts anderes als die Erfüllung seiner Pflicht erblicken und macht Ihm diese Handlung des Vertrauens erst recht würdig, welches Ihm durch die Wahl in Stuttgart zu Theil wurde.

Das Rechtsgefühl, das jedem Manne innewohnt, macht es auch dem Arbeiter zur Pflicht, die im Cirkular vorgeschlagene Reform der socialen Gesetzgebung mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln anzustreben. Fordert man von dem Arbeiterstande, daß er die Lasten des Staates gleich jedem Andern trage, erfordert es auch die Gerechtigkeit, daß man dem Arbeiter die ihm vorenthaltenen Rechte einräumt, gleiche Pflichten fordern gleiche Rechte; nur Gleichheit der Rechte und Pflichten ist der einzige und sichere Grund der Freiheit! Gleiches Recht für Alle!

Dieses anzustreben, sei eines Jeden heiligste Pflicht.

Der Arbeiterbildungsverein in München.

Im Auftrag des Ausschusses:

Joh. **Mika**, II. Schriftführer.

Der Arbeiterbildungsverein in **Leutkirch** (Würtemberg) hat sich nach kurzem Bestehen in einen Arbeiterunterstützungsverein umgewandelt, da die dort sich aufhaltenden fremden Gewerbegehilfen ihre Theilnahme an ersterem versagten. (!) Dagegen ist durch sofortige Gründung eines Gewerbevereins einem längst gefühlten Bedürfnisse abgeholfen, und dieser Verein hat lebhafte Theilnahme gefunden. Die von demselben in Aussicht gestellte Errichtung einer Handwerkerbank wird mit Freuden begrüßt. (Bad. Landesztg.)

Der Arbeiterbildungsverein in **Bruchsal** ist wieder von den Todten auferstanden und entfaltet ein reges Leben und Streben. Der Verein zählt bereits etwa 60 active Mitglieder, deren redlichster Wille es ist, sich nach Kräften fortzubilden. Sie erhalten Unterricht im Zeichnen, in der Buchführung, in der deutschen Sprache und im Rechnen durch die Herren Maler Bauer, Kaufmann Geismar und Lehrer Ehrhardt. Für die Pflege des Gesanges ist Herr Lehrer Buhlinger gewonnen worden. Wenn dieser Verein auf den bis jetzt betretenen Bahnen fortschreitet und nicht, wie das besonders gegenwärtig häufig der Fall ist, das Vergnügen dem eigentlichen Zweck und der Aufgabe des Vereins voransetzt, so ist ihm von Herzen Glück zu wünschen. (Bad. Landesztg.)

Hainichen, 26. Febr. Die gestrige Versammlung unseres Vereins war eine besonders belebte durch den Besuch lieber Freunde aus Frankenberg. Unter letzteren war es vorzüglich Herr **Pilz**, welcher die Anwesenden durch einen Vortrag über **Zunftzwang und Gewerbefreiheit** zu fesseln verstand. Er entwarf ein getreues Bild dieser beiden Gegner und knüpfte daran die gerechten Wünsche der Arbeiter. Als solche Wünsche bezeichnete und erläuterte er hauptsächlich **vollständige Gewerbefreiheit, freien Handel und Freizügigkeit.** Allgemeiner Beifall dankte dem Redner. Hierauf nahm Herr Ulbricht das Wort und beantragte: „von dem uns zustehenden Petitionsrechte Gebrauch zu machen und die Gewerbekammer zu Döbeln zu ersuchen, dahin zu wirken, vollständige Gewerbefreiheit, freien Handel und Freizügigkeit zu erlangen". Einstimmig angenommen. Herr Pilz hatte in seinem Vortrag bereits erwähnt, daß dies von Seiten des Frankenberger Vereins auch geschehen werde und daß es wünschenswerth sei, wenn sämmtliche Arbeitervereine Sachsens diesem Beispiel folgten. **F. W. Schneider**, Schriftführer.

Leipzig, 14. März. Am vorigen Sonnabend (den 10. d.) hielt Professor **Roßmäßler** im Arbeiterbildungsverein seine Antrittsrede als **Ehrenpräsident**, wozu er 8 Tage vorher (den 3. d.) als an seinem 60. Geburtstag ernannt worden war. Er sprach über das Thema: Was ist Bildung? Und wie erfüllt ein Arbeiterbildungsverein seinen Zweck?

Nachdem der Redner ausgeführt hatte, wie Bildung in der harmonisch-menschlichen Entwicklung der Persönlichkeit bestehe, und die geistigen, sittlichen und körperlichen Kräfte zu umfassen habe, bezeichnete er als nächsten Zweck der Arbeiterbildungsvereine eine solche Bildung, welche den Arbeiter dazu befähige, die ihm gebührende Stelle im Staat und in der Gesellschaft einzunehmen. „Thöricht wäre es, wollten die Arbeiter jetzt versuchen, alle Lücken, welche die sog. Volksschule bei ihnen gelassen hat, auszufüllen. Die Volksschule ist durch keine Privatanstrengung zu ersetzen. Eine wahre Volksschule, die nicht, wie es heute der Fall, die Kinder zu **Unterthanen**, sondern die sie zu **Menschen** erzieht, ist nur in einem **freien** Staat möglich, und diesen freien Staat anzustreben, der erst die nöthige Vorbedingung der Bildung im höchsten Sinne des Worts gibt, ist demnach die Hauptaufgabe der Arbeiter und besonders der Arbeiterbildungsvereine. Sie sehen, ich bin kein „Bildungsphilister". Ich kann mir Bildung nicht denken ohne politische Freiheit, und ohne ökonomische Freiheit. — — So groß die Hindernisse gegenwärtig sind, es liegt dennoch in der Macht der Arbeiter, Geist und Charakter so auszubilden, daß sie der herrschenden Minderheit Achtung einflößen, und ihr die praktische Anerkennung der Rechte des Arbeiterstands abzwingen können. Das ist die Eine Alternative. Die andere heißt Revolution. Aber auf Revolutionen darf man nicht in träger Unthätigkeit seine Hoffnungen setzen. Revolutionen sind unberechenbare Faktoren; sie werden, sagte ich früher einmal, nicht beschlossen, sondern von Regierungen verschuldet und von Völkern gemacht." — —

Im Lauf seines Vortrags kam der Redner auf die Stellung der Fortschrittspartei zur Arbeiterfrage und der Volksbildung. „Es war eine schwere Versündigung am Prinzip, daß die Fortschrittspartei die **Demokratie verleugnete**. Sie hat sich vornehm von den Arbeitern zurückgezogen. Es thut mir leid, es sagen zu müssen, denn viele meiner Freunde gehören der Fortschrittspartei an, aber sie hat den Arbeitern gegenüber **nicht** die richtige Position eingenommen. „Die Arbeiter, heißt es, gehen zu weit; machten wir gemeinschaftliche Sache mit ihnen, so würden wir die Reichen erschrecken." Nun — die Zeit wird bald kommen, wo die Fortschrittspartei sehen wird, daß sie ohne die Arbeiter, ohne das Volk **nichts** ist. Am 17. April 1863 trat ich Lassalle entgegen, weil er behauptete, wenn die Fortschrittspartei je zum Sieg gelangen sollte, würde sie nicht mit den Arbeitern die Früchte des Sieges theilen. Ich muß heute gestehen, Lassalle hatte in diesem Punkte Recht, obgleich er sonst die Arbeiter auf falsche Fährten gebracht haben mag. — — Nun zu der anderen Frage: Hat die Fortschrittspartei — ich meine die Männer, welche die Partei bilden, der Parteiname ist bekanntlich neueren Datums — hat die **Fortschrittspartei** seit 1849, seit 1850 etwas gethan, um das Volk zur Freiheit heranzubilden, hat sie etwas für **Volksbildung** gethan? Die Antwort lautet: Nein! Die Fortschrittspartei hat **nichts** für Volksbildung gethan. **Nichts!** —

Am Schluß ermahnte der Redner den Verein, auf der betretenen Bahn fortzuschreiten, und unablässig für die Bildung und Befreiung der Arbeiterklasse zu wirken.

Die zahlreiche Versammlung folgte dem Vortrag mit der gespanntesten Aufmerksamkeit, und begeisterter Beifall wurde am Schluß dem Redner zu Theil.

Nach einer kurzen, passenden Ansprache des Präsidenten **Bebel** las Professor Roßmäßler noch einen von ihm geschriebenen Zeitungsartikel über die jüngsten Vorgänge in Preußen vor, in welchem ausgeführt ist, daß das Abgeordnetenhaus die Ehre des Volkes **nicht** gewahrt habe. Der Artikel war aus verschiedenen Gründen nicht zum Druck gelangt. Anknüpfend an eine Aeußerung Roßmäßler's, der bedauert hatte, mit seinen Ansichten über die Pflichten der preußischen Volksvertretung vereinzelt dazustehen, ergriff Hr. **Liebknecht** das Wort und wies nach, wie man sich durch die Lobfanfaren der Presse nicht irre machen lassen dürfe, da die liberale Presse mit sehr wenigen Ausnahmen, der fortschrittlichen Bourgeoisie gehöre, so daß das überschwängliche Lob, welches der Fortschrittspartei jetzt in fast allen Zeitungen gespendet wird, nichts anderes sei, als **Selbstlob oder Eigenlob.** Das preußische **Volk** sei in der Presse ebenso wenig vertreten, als in der Kammer, **die bei dem herrschenden Wahlgesetz bloß der Ausdruck der besitzenden Minderheit sei und sein könne.** Redner verweilte ferner bei der traurigen Thatsache, daß die Presse heutzutage wesentlich eine **Geldspekulation** ist, und daß das Kapital bei der **Ausbeutung der menschlichen Vorurtheile besser seine Rechnung findet, als bei Bekämpfung des Irrthums.**

†† Aus **Baden.** Jede Nummer der Arbeiterzeitung bringt aus den verschiedenen Theilen Deutschlands mißbilligende Erklärungen gegen das lächerliche Benehmen der professorlichen Leiter (wohlverstanden der **Leiter**) einiger unserer Arbeitervereine, namentlich des Heidelberger und Pforzheimer, wo ein Herr Professor **Provençe**, der danach strebt, bald Director zu werden, die Leitung des Arbeitervereins und dessen Unterweisung in Wohlgesinntheit übernommen hat. Außerordentlich gemüthlich geht es namentlich in dem **Pforzheimer** „Arbeiterbildungsverein" zu, unter Leitung dieses Hrn. **Provençe**, der allwöchentlich über den Vereinstag, den ständigen Ausschuß und die Arbeitervereine, welche sich an der Agitation für das „allgemeine Stimmrecht" betheiligen, schlechte Witze reißt und — für diese abgeschmackten Possenreißereien **von Pforzheimer Arbeitern beifällig belacht wird.** Dieser Tage fiel uns das Pforzheimer Tagblatt in die Hände, in welchem wir folgenden Bericht lasen, der uns ein Bild von der Harmlosigkeit gibt, zu welcher dieser Verein, der eine Zeitlang in Ansehen stand, unter dieser faden Leitung herabgesunken ist. Hier das interessante Actenstück:

„**Pforzheim**, 5. März. Die gestern Abend im Saale des schwarzen Adlers stattgehabte gesellige Unterhaltung des Arbeitervereins erfreute sich eines sehr zahlreichen Besuches. Die 15 Vorträge, welche das für diesen Abend aufgelegte Programm aufwies, und in welchem 4stimmige Chöre mit Solis und Deklamationen abwechselten, wurden von den betreffenden Mitgliedern recht gut ausgeführt. Auch Instrumentalmusik fehlte nicht, indem eine Gesellschaft hiesiger Dilettanten die Freundlichkeit hatte, unter der Leitung des Hrn. Mutschellnaus, mehrere Musikstücke vorzutragen. In einer Zwischenpause nahm der erste Vorstand des Vereins, Herr **Professor Provençe**, Gelegenheit, über den **eigentlichen Zweck** des Arbeitervereins zu sprechen und theilte dabei unter Anderem auch einiges aus der Ansprache des Herrn Pfarrer Längin in Carlsruhe, die derselbe bei Gelegenheit der Einweihung des dortigen Arbeiterlokales hielt, mit. Der ungetheilte Beifall der Anwesenden, der dem Redner, wie auch den verlesenen Worten des Herrn Pfarrer Längin gezollt wurde, zeigte, daß die Mitglieder des hiesigen Vereins sich ihrer vorgesetzten Aufgabe bewußt sind, daß sie, unbekümmert um „**äußere Angriffe und Verdächtigungen**" (!) daran zu arbeiten suchen, ihr Haus immer mehr zu einer solchen Stätte zu machen, wo ihnen einerseits **Erholung und ruhiges Vergnügen** geboten wird und andererseits, wo sie Gelegenheit finden, sich **beruflich, geistig und sittlich** auszubilden."

Also „**Erholung und ruhiges Vergnügen**", verbunden mit etwas „beruflicher, geistig-sittlicher" Ausbildung, wie diese Leiter sie verstehen, — das ist nach der Ansicht des Hrn. Professor **Provençe** der „**eigentliche Zweck**" der Arbeitervereine.

Mögen sich alle Arbeitervereine das große Wort des dicken Professors aus Pforzheim, eines Gesinnungsgenossen des Hrn. **Häusser**, wohl merken und sich beileibe fern halten von den großen politischen und socialen Aufgaben, welche unsere Gegenwart bewegen und ihre wichtigsten, eigenen Interessen angehen. Hr. Provençe und Consorten werden sie dafür mit faden gothaischen Milchbrei und lauwarmem Zuckerwasser allwöchentlich in den Vereinsversammlungen versorgen.

Die Arbeiterzeitung könnte sich aber ein großes Verdienst erwerben, wenn sie sich mit dem Hrn. Professor **Provençe** und den anderen Professoren, welche das Geschäft der geistigen Castrirung der badischen Arbeiter übernommen haben, mit deren Personen und Vergangenheit etwas genauer beschäftigte und Alle,

welche die Fortschritte dieses geistigen Eunuchenthums in Baden nicht wünschen, sollten der Arbeiterzeitung mit Notizen hierbei an die Hand gehen.

Cigarrenarbeiterangelegenheiten.

Stuttgart. (Allgem. deutscher Cigarrenarbeiterverein). Nachstehend ist das Resultat der bis jetzt erfolgten Abstimmung, betreffend die Wahl eines Geschäftsführers für den in Leipzig gewählten Ausschuß: Carl Trabert aus Bautzen für C. B. Richter aus Dresden. Joh. Schäfer aus Lorsch, desgl. Conrad Lump aus Herford, desgl. Peter Höfer aus Koblenz, desgl. Ernst Herbst aus Herden, desgl. Carl Schloie aus Rintlen für Franke in Kassel. C. B. Richter aus Dresden für A. Härig in Berlin. Carl Cope aus Nordhausen für F. Leib in Stuttgart. Gustav Müller aus Dessau, desgl. M. Daßbach aus Hanau für F. Leib. Gustav Romer aus Waldheim, desgl. Heinrich Franke aus Kassel, desgl. Fr. Taubert aus Eilenburg, desgl. Eugen Gualeck aus Speier, desgl. Joh. Weißbrod aus Nürnberg, desgl. Ferdinand Dohm aus Cöln, desgl. G. F. Lütze aus Celle, desgl. Heinrich Stippe aus Hagen, desgl. A. Berghausen aus Braunschweig, desgl.

Noch im Rückstande mit ihrer Stimmabgabe sind, das Ausschußmitglied von Berlin, Altona, Breslau, Osnabrück und Mannheim.

Im Interesse der guten Sache wäre es daher sehr erwünscht, wenn oben genannte Herren ihre Stimme innerhalb 8 Tagen noch einsenden würden, sollte es jedoch bis dorthin nicht erfolgen, so wird angenommen, sie seien der Majorität beigetreten, und das Endresultat wird sofort bekannt gemacht werden.

Anschließend an dies, habe ich durch mehrere Anfragen von Seiten auswärtiger Mitglieder folgendes mitzutheilen: Alle Briefe sind, soweit sie nicht in die Competenz des § 22 der allgem. deutschen Cigarrenarbeitervereins-Statuten gehören, an unsern Herrn Obmann F. W. Fritzsche in Leipzig zu richten.

Dann ist mir auch von unserem Obmann mitgetheilt worden, daß noch mehrere von den unserem früheren Verband angehörigen Vereinen ihre Interimssteuer noch nicht eingesendet haben. Sollten sie dies vor dem 1. April nicht thun, so haben sie den Nachtheil, sich für jeden Einzelnen einkaufen zu müssen, während sie bis dorthin frei eintreten, dann wird auch, sobald die neuen Kassenbücher in aller Hände sind, nur darauf ausgeschenkt. Dann habe ich auch noch mitzutheilen, daß immer noch nachfolgende Vereine mit ihrer Kopfsteuer im Rückstande sind: Mannheim, beide Vereine Heidelberg, Bruchsal, Offenburg, Heilbronn, Kochendorf, Vaihingen, München und Aschaffenburg.

Da die Schlußabrechnung nicht eher stattfinden kann, bis alle unserem früheren Verband angehörigen Vereine ihrer Verpflichtung nachgekommen sind, so bitten wir, daß innerhalb 8 Tagen alles möge bereinigt werden.

Mit Gruß und Handschlag

Franz Leib.

Ansbach, 13. März. Werthe Collegen! Da wir noch von unseren Collegen in Stuttgart 10 fl. Unterstützung und von unseren Collegen in Verden 7 fl. erhielten, halten wir es für unsere Pflicht dies bekannt zu machen, und zugleich weiter, daß wir keiner Unterstützung mehr bedürftig sind und sprechen unsern herzlichsten Dank aus. Wir werden es in ähnlichen Fällen mit doppeltem Wetteifer belohnen. Unser Wunsch wäre, daß Herr Obmann Fritzsche diese Zeilen auch durch den Socialdemokraten kundgebe.

Im Auftrag des Vereins:
B. P. Aibinger.

Politischer Theil.

Das deutsche Volk und das preußische Königthum.

Da wir gerade in der Fastenzeit leben, so möchten wir, schreibt der „Nürnb. Anz.“, auf einen Kardinalfehler des deutschen Volkes hinweisen, welcher unter unseren Nationalfehlern leider nicht die letzte Rolle spielt; es ist dies der sogenannte Vertrauensdusel. Fürstliche Schützenjoppe, eine liebenswürdige Phrase aus fürstlichem Munde, eine Beustische Festrede, oder gar eine habsburgische Kaiserfahrt mit obligaten historischen Ochsenvierteln reißt Hunderte und Tausende zu ungemessenem Entzücken, zu den vertrauensvollsten Hoffnungen hin — denn aller Segen kommt ja von Oben. In der That, ein ernsthafter Bürger eines fremden nicht so reich mit Residenzen gesegneten Landes muß Deutschland zuweilen für ein großes Krähwinkel halten.

Keine Partei hat aber bisher auf diesen nationalen Vertrauensdusel so stark spekulirt, als die Erfinder der preußischen Spitze, die Gothaer und ihre Geschäftsnachfolger im Nationalverein.

Als den Verächter der deutschen Kaiserkrone, Friedr. Wilh. IV., eine Gehirnerweichung zum todten Manne gemacht, war man kindisch genug, zu erwarten, sein Nachfolger, der Blutrichter von Rastatt, werde den Bundestag zum zweiten Mal begraben und die selige Reichsverfassung von den Todten erwecken. Die neue Aera verblich, der Mann von Blut und Eisen, der Heros der brutalen Gewalt, trat auf die Bühne. Aber unter all' dem Hohn, den Bismarck über die braven Fortschrittsmänner ausgoß, verlor man den trostlosen Glauben an den deutschen Beruf der preußischen Monarchie nicht. Ministerien sind ja vergänglich, nach Bismarck kommen vielleicht Twesten und Gneist, Virchow und Duncker, Schulze und von Unruh; und dem Wilhelm, welcher zwar die Preußenkrone vom Tische des Herrn, die deutsche Kaiserkrone aber gewiß eben so wenig als sein seliger Herr Bruder aus den Händen der Plebejer nimmt, folgt ein Anderer, der jetzt schon an der Geschichte des großen Kurfürsten schreibt. Und warum soll denn das Haus Hohenzollern, welches schon einen großen Kurfürsten und einen großen König geliefert, nicht zur Abwechslung auch einmal einen großen deutschen Kaiser produziren?! — Sage man doch ja nicht: „Das ist Alles vorüber, die preußische Spitze befindet sich bereits in der großen Rumpelkammer deutscher Illusionen und Niemand denkt mehr an den preußisch deutschen Einheitsstaat.“ Mag sein, daß im Augenblick, wo Bismarck gar zu grob und deutlich war, die große Masse ihr Vertrauen auf die deutsche Mission der preußischen Dynastie verloren hat; laßt aber unter dem Drucke äußerer Umstände eine (wie immer nur) scheinbar liberale Schwenkung erfolgen, so werden wir all' den Schwindel und Dusel auf's Neue erleben. Bismarcks Preßknechte, die Straßenhelden vom Jahre 1848, die Edgar Bauer, Braß, Schramm, Bucher und wie die Renegaten alle heißen, welche seit Jahren ein Correspondenznetz über die ganze deutsche Presse verbreitet, und nach Kräften die Confusion in den deutschen Volksanschauungen genährt haben, werden auch unter andern Ministern ihre Sirenenlieder von „deutscher“ „Macht und Größe“ anstimmen und man wird sich wieder auf die Leimruthe des Vertrauens niedersetzen und vertrauensselig warten, bis man uns „frei, groß und einig“ macht.

Wir sind uns bewußt, nicht gegen Windmühlen zu kämpfen, sondern eine patriotische Pflicht zu erfüllen, wenn wir uns bemühen, die große Illusion von dem deutschen Berufe des preußischen Königthums mit Stumpf und Stiel auszureißen. Immer wieder und wieder werden wir daran mahnen, daß jedes Volk nur so regiert wird, wie es regiert zu werden verdient, daß wie jeder Mensch, so auch das Volk seines Schicksals Schmied ist und vor Allem, daß die preuß. Dynastie die durch Gothaer und Consorten geweckten und genährten Hoffnungen weder erfüllen kann, noch will, noch darf. „Die preußischen Staatszustände, Geschichte und Traditionen“, schreibt ein Badenser aus Berlin, „gestatten keine preußische Spitze eines in Freiheit geeinten Bundesstaates, sie wollen nur Unterwerfung unter ein absolutistisch militärisch-junkerliches Regiment — die Annexion aller Staaten an ein Großpreußen. Eine wahrhaft liberale und constitutionelle Regierung ist ohne eine vollkommene Umwälzung aller Verhältnisse in Preußen gar nicht möglich. Ihr widersetzt sich das ganze Preußenthum, und zwar die Dynastie, das Junkerthum, und das politisch unreife, nur militärisch zum Gehorsam dressirte Volk. Ist es aber der Dynastie sehr zu verargen, wenn sie den Absolutismus mehr liebt, als den Constitutionalismus, wenn sie freiwillig keine Concessionen macht? Absolutismus ist ihre eigenste Natur; das ist specielle Tradition der Hohenzollern, wie der Habsburger: der Staat bin ich, ich befehle, das Volk ist zum Gehorsam da. Bah — über den „beschränkten Unterthanenverstand!“ Wir sind die Allweisen, wir wollen kein Deutschland, das nach Freiheit ruft. „Niemals! niemals! niemals!“ (Dies Wort von 1849 steht verkörpert da in der Bildsäule des Grafen Brandenburg, welche König Wilhelm schon als Regent errichten ließ). Oder will man dem Junkerthum, dieser Giftbeule am deutschen Leibe, deshalb Schuld beimessen, weil es die „Canaille“ unter seiner Botmäßigkeit festzuhalten sucht? Diese Selbstsucht ist eben so sehr seine Natur als sein Interesse. Nein, nur das Volk selbst ist schuld, wenn es nicht anders regiert wird, als es geschieht; denn seine Natur, wie sein Interesse stehen einer absolutistischen Junker-Regierung direkt entgegen. Und doch ließ es sich (unter der Führung seiner Fortschrittsleute und Gesetzlichkeitsfanatiker, D. Red.) ein Recht nach dem andern nehmen, das Steuerbewilligungsrecht, die Mitentscheidung in seinen eigensten Angelegenheiten, die freie Presse, das Vereins- und Versammlungsrecht 2c. Das Volk ist schuld, wenn es sich geduldig unterwirft, wenn es dem Absolutismus und dem Junkerthum zujauchzt und in Verblendung deren Pläne realisiren hilft.“

„Nehmen wir an, das Volk hätte sich vom Anfang der jetzigen Willkürherrschaft bis heute mit Abscheu von den jetzigen Rechtsbrechern abgewendet, es hätte überall aktiv und passiv Widerstand geleistet und an seinem Rechte zähe festgehalten, es hätte die gemaßregelte Presse auf alle Weise unterstützt (die corrumpirte von sich gewiesen, D. Red.), sich von dem Gewaltsysteme nicht fangen und selbst corrumpiren lassen. Nehmen wir an, der Kampf in Schleswig-Holstein, der leichte Sieg über die Dänen hätte diese Antipathien nirgends in Sympathien mit dem Ministerium Bismarck umgewandelt, nicht die geringste Concession gemacht, und es hätte sich bei keinem liberalen Organ der öffentlichen Meinung, bei keinem ehrlichen Menschen die geringste Aussicht auf Aenderung dieser Gesinnung (siehe Ungarn) gezeigt, glaubt man, Unrecht und Willkür stünden in Preußen noch so fest, wie jetzt? Glaubt man, es stünde nicht anders um preußisches Verfassungsrecht, um deutsche Freiheit und Einheit, ja um die Zukunft der ganzen Nation? — Statt dessen: Annexionsfieber, Fahnenflucht, Vertheidigung des „genialen“ Ministeriums Bismarck, Aufgeben der höchsten liberalen Interessen, deutscher Ziele, (heuchlerische Phrasen von „deutschen Machtinteressen an den Küsten der Nord- und Ostsee,“ D. Red.), allgemeine Verwirrung — Ohnmacht! —“

Diese Zeilen des Badensers in Berlin sind schon vor Monaten, also vor der jüngst so plötzlich zu Ende gegangenen Kammersession geschrieben worden. Wir finden aber trotz der mittlerweile gehaltenen tapferen Kammerreden nichts daran geändert, denn mag man auch Wilhelm von Hohenzollern noch so oft mit Karl Stuart und den Verführer Bismarck mit Graf Strafford vergleichen, welche beide ihre Verbrechen an der englischen Nation mit ihren Köpfen bezahlten; die großen Redner in Berlin haben uns bisher verdammt wenig an die englischen Volkshelden erinnert. Die Hampden, Cromwell 2c. hielten keine studirten Reden, sondern sie verweigerten das Schiffsgeld und als es nicht mehr anders gehen wollte, zogen sie im Namen Gottes das Schwert.

Alles dies lehrt uns auf's Neue, daß wir nichts für Deutschland von der preußischen Dynastie erwarten dürfen. Deutschlands Einheit wird überhaupt nicht aus dynastischen Entschlüssen geboren, sie kann blos aus einer größeren politischen Bildung des Volkes hervorwachsen, welche noch sehr vernachlässigt ist. An ihr zu arbeiten, eitle Traumbilder zu zerstören, politisches Denken zu fördern, sind wir alle berufen.

Politische Umschau.

Der Fuß, auf welchem **Preußen** und **Oesterreich** mit einander stehen, ist noch immer ein gespannter. Es ist dies nicht das erste Mal, daß es ob dem Theile der Beute Hader und Zank gegeben hat. Die „Neue Frankf. Ztg.“ meint, daß es mit allen preußischen Maßnahmen bezüglich der Truppen nichts auf sich habe so lange das Entscheidende bei Kriegsrüstungen noch fehle, nämlich die Pferdeanschaffung. Das genannte Blatt fährt dann fort: Zu Wien glaubt man an die Möglichkeit eines Ueberrumpelungsversuches, und sieht sich vor, einem solchen begegnen oder ihn sofort aufs Nachdrücklichste erwiedern zu können. Die höchsten militärischen Autoritäten sind in dem Urtheile einig, Oesterreich könne gleichzeitig gegen Preußen und Italien mit Erfolg kämpfen. Feldzeugmeister Benedek hat eine Auseinandersetzung vorgelegt, welche den Fall eines Krieges mit Preußen in ausführlicher Weise behandelt. Was die Mittelstaaten anbelangt, so suchen großpreußische Federn dieselben mit der Drohung einzuschüchtern: Oesterreich vermöge ihnen keine sichere Garantie dafür zu bieten, daß sie nach einem Kriege nicht mediatisirt würden. Ist denn Preußen im Falle, ihnen eine solche Bürgschaft zu leisten? Ganz gewiß noch viel weniger! Sie sehen sich also, naturgemäß dahin gedrängt, sich beim Eintreten des äußersten Ereignisses an Oesterreich anzuschließen, dem sie ihre nicht zu unterschätzende Hülfe allerdings keineswegs bedingungs-

los zu gewähren brauchen. Wie viel günstiger wäre aber ihre Stellung, wenn sie statt der stehenden Truppen, ein das ganze Volk wehrhaft machendes Milizsystem besäßen! — Im Uebrigen muß man immer aufs Neue fragen: Wie lange würde die deutsche Nation bei einem aus lauter Eroberungssucht hervorgegangenen Bruderkriege gleichgültig bleiben?!

Oesterreich soll ganz entschlossen sein, in Schleswig-Holstein den preußischen Annexionsbestrebungen nicht nachzugeben und es allenfalls selbst auf einen Krieg ankommen zu lassen und soll dies den Großmächten bereits auch angezeigt haben. Bei dem außerordentlichen Grad von Haß, den sich Preußen in den letzten Jahren im übrigen Deutschland zu erwerben gewußt hat, und bei seiner Einzelstellung ist der Moment von Oesterreich nicht übel gewählt, und wir zweifeln nicht, daß die „glänzende" auswärtige Politik Preußens ohne Krieg mit einem kläglichen Ergebniß enden wird. Kommt es aber wirklich zu einem Bruderkriege in Deutschland, den wir den „liberalen" Götzenanbetern des Erfolgs zu verdanken haben würden, die diese Politik Preußens unterstützt haben, damit könnte das Ende die Zertrümmerung Preußens sein. Beklagen würden wir das nicht.

Aus Berlin eine neue Tonart. Da Oesterreich sich nicht schrecken läßt durch die windigen Drohungen des Herrn v. Bismarck, so schlägt derselbe neue Saiten an. Sein Organ, die „Norddeutsche Allgem. Zeitung" macht das Präludium. Dieselbe kommt, wie wir der „Magdeburger Presse" entnehmen, auf die Bundesreform zurück, meint, daß die schleswig-holsteinische Frage am besten auf diesem Wege zu lösen sei und biegt nun dem früheren österreichischen Bundesreformproject wiederholt ein Paroli durch den Vorschlag einer „Volksvertretung" am Bund, welche aus directen Wahlen hervorgehen und beschließende Stimme haben soll, während das frühere österreichische Project nur Delegirte mit berathender Stimme vorgeschlagen hat.

Wir zweifeln aber, ob Graf Bismarck mit seiner projectirten deutschen „Volksvertretung" nach den Erfahrungen, welche seine preußische mit ihm zu machen hat, beim deutschen Volke viel Glück machen wird.

— Die „Königsb. Ztg." ruft dem aus der Haft entlassenen Johann Jacoby ein Willkommen zu. „Sechs Monate und 14 Tage, fern dem Kreise seiner Familie, Freunde und Verehrer, befand sich der Mann in einsamer Haft, dessen Leitstern sein ganzes Leben lang die Freiheit war. In der Nähe und in der Ferne hat man daran gedacht, den 3. März festlich zu begehen, er aber hat sich dagegen ausgesprochen — laute Huldigungen widerstreben der schlichten Größe dieses Mannes, auch ist unsere Zeit zu ernst für solche Kundgebungen."

Aus Schleswig bringt das „Verordnungsblatt" fur das Herzogthum eine Verordnung des **König Wilhelm** von Preußen, dem die Geschichte dermaleinst vielleicht den Beinamen der „Eroberer" ertheilen wird, welche mit Zuchthaus und Gefängniß und dergleichen moralischen Eroberungen alle diejenigen bedroht, die sich in „Unternehmen" (was heißt?) einlassen, welche den „Uns und Sr. Maj. den Kaiser von Oesterreich in den Herzogthümern Schleswig und Holstein zustehenden Souveränetätsrechten zuwider einer anderen landesherrlichen Autorität in den Herzogthümern Schleswig und Holstein Geltung verschaffen sollen. (Herzog Friedrich kann sich also auf Zuchthaus gefaßt machen, wenn er irgendwie sein ihm sonderbarlich abhanden gekommenes landesherrliches Souveränetätsrecht geltend zu machen versucht und dabei von Gouverneur Manteuffel betreten wird. 5—10 Jahre Zuchthaus steht auf der Ausführung, 2—5 auf dem Versuch und auf den Vorbereitungshandlungen, wenn Jemand zu diesem Behuf „mit einer auswärtigen Regierung sich einläßt" (wie heißt? Ist Gouvernante Manteuffel eifersüchtig?) oder „die ihm vom Staat anvertraute Macht mißbraucht", „oder Mannschaften anwirbt", „oder in den Waffen übt." Mit Gefängniß bis zu fünf Jahren wird ferner bestraft, wer 1) ein solches Unternehmen „durch andere", vorstehend nicht erwähnte, Handlungen vorbereitet. (Wie präcis! wie Einem das anheimelt!) 2) „Wer öffentlich durch Rede oder Schrift zu einem derartigen Unternehmen oder einer dasselbe vorbereitenden Handlung auffordert." 3) „Wer öffentlich sich durch Rede oder Schrift oder anderweitige Kundgebung (Heraushängen von Fahnen, Geburtstagsgratulationen, Feier gewisser Tage, Blasen des Liedes „Du bist der beste Bruder auch nicht", wenn man gewisse hohe Personen fährt u. s. w.) den Uns und Sr. Majestät den Kaiser von Oesterreich in den Herzogthümern Schleswig und Holstein zustehenden Souveränetätsrechten zuwider, einen Andern (wie heißt?) für den rechtmäßigen Souverän oder Landesherrn eines der Herzogthümer oder beider erklärt oder als solchen bezeichnet." (Arme Juristenfakultäten! Stück für Stück fünf Jahre!) Urkundlich unter Unserer höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel. Gegeben Berlin den 11. März (den fröhlichen Jahrestag der ersten Auflösung der „getreuen Stände" Unserer Monarchie) 1866. Wilhelm." Bekannt gemacht durch den Gouverneur des Herzogthums Schleswig. E. Manteuffel. — Daran schließt sich der folgende Erlaß:

„Die betkommenden Lokalbehörden (ob sie wohl bekommen?) werden ersucht und angewiesen, die vorstehend bekannt gemachte Allerhöchste Verordnung unverzüglich in ortsüblicher Weise zur allgemeinsten Kenntniß zu bringen. Schleswig den 13. März 1866. Der Königl. Preuß. Civilcommissarius für das Herzogthum Schleswig. Freiherr von Zedlitz." — Anständige politische und Preßprocesse dar, die auf dieser „gesetzlichen" Grundlage erwachsen werden. Wir sind auf die Richter gespannt, die sich finden werden, um auf solcher Grundlage zu urtheilen und zu verurtheilen. Ohne das Obertribunal wird's schwerlich fertig zu bringen sein. Es lebe die moderne Gesetzgebung und — „Gerechtigkeit." (Cob. Tagbl.)

Aus Holstein berichtet dagegen die „Schleswig-Holsteinische Zeitung", daß Graf Mensdorf im Auftrag des Kaisers von Oesterreich der Landesregierung in Kiel habe eröffnen lassen, daß der kaiserliche Hof „die Gefühle des Unwillens vollkommen gerechtfertigt finde, mit welchem dieselbe die in der (von Graf Bismarck in so gnädigen Ausdrücken gebilligten) Neunzehner-Adresse der Herren Scheel-Plessen gegen die Verwaltung des Landes erhobenen Beschuldigungen zurückgewiesen hat." Armer Mensdorf, fünf Jahre Gefängniß zum Mindesten! — Und abermals hoch das „herzliche Einverständniß" der — „Condomini."

In **Hamburg** ist vor Kurzem eine Spottschrift erschienen, in welcher nach beliebter neupreußischer Manier der Beweis geführt wird, daß die Stadt Hamburg und Lübeck, sowie das oldenburgische Fürstenthum Lübeck an Preußen fallen müßten und zwar als Folge der demnächst zu hoffenden Einverleibung der Herzogthümer. In der Schrift heißt es u. a.: Lübeck und Hamburg sind in ihrem jetzigen Verhältnisse offenbar Hemmnisse für die zweckmäßige Organisation des Landes, in welchem sie liegen und dem sie ihrem Ursprunge und ihrer Bevölkerung nach angehören; sie sind der Fürstenherrschaft nachtheilig, indem in ihnen immerfort antimonarchische Grundsätze genährt und von ihnen aus verbreitet werden. Sie sind einstweilen geduldete Regelwidrigkeiten, deren Aufhebung niemals ein Unrecht genannt werden kann. Für die Wohlfahrt ihrer Bewohner würde die Unterwerfung unter fürstliche Herrschaft nur von Nutzen sein; insbesondere eine Unterwerfung unter die norddeutsche Großmacht.

Hamburg, 10. März. Die Bürgerschaft verhandelte am 7. d. M. über den von Herrn H. S. Herz beantragten Gesetzentwurf gegen die Annahme fremder Orden. Der Gesetzentwurf lautet: § 1. Jedem Hamburger ist die Annahme eines Ordens, Adelsdiploms oder Ehrentitels, von einem Fürsten oder einer fremden Regierung ertheilt, verboten. § 2. Wer dem Inhalt des vorstehenden Paragraphen zuwider handelt, hört auf, dem Hamburgischen Staatsverbande anzugehören." Ein Ausschuß von drei Personen wird über die Sache Bericht erstatten. Der Antragsteller sagte u. a.: In unserer Mitte muß man nur stolz darauf sein, ein Bürger Hamburgs zu sein. Wenn aber Bürger Hamburgs stolz darauf sind, und darum buhlen, Besseres als Hamburger Bürger zu sein, dann ist es Zeit für die Gesetzgebung, einzuschreiten. Ein ächter Patriot bedürfe nicht der Orden, um anerkannt zu werden; er habe seinen Lohn allein darin zu suchen, daß er unter Hamburgs Bürgern als einer der ersten geachtet werde, nicht aber in Titeln und Orden auswärtiger Fürsten. Dem braven Bürger werde man mit dem Verbot der Annahme nur einen Gefallen thun; denn wenn ihm ein Orden geschenkt wird, weil er irgend einem Fürsten einen kleinen Dienst geleistet, weil er vielleicht einen durchreisenden Prinzen nach einem Ort hingewiesen hat, wo — (der Rest der Phrase geht in der lauten Heiterkeit der Versammlung verloren), so wird es ihm nur angenehm sein, sich auf das die Annahme verbietende Gesetz berufen zu können, während er sich sonst des Ordens vielleicht nicht erwehren könnte. Das Gesetz sei also eine Wohlthat für den braven Bürger, während es gut sei, Denen, die auf Kosten ihrer Selbstständigkeit nach fremden Orden und Titeln buhlten, die Aussicht auf solche Belohnung zu nehmen. Redner erinnert an die Wichtigkeit, die den Ordensverleihungen von den fremden Regierungen beigelegt werde. In Schleswig sei z. B. ein Bürger wegen der Nichtannahme eines preußischen Ordens aus seiner bürgerlichen Stellung entfernt worden. Es zeige Das, daß die Orden nicht nur eine Spielerei seien, sondern eine Lockspeise, die zu vielen Dingen gebraucht werde. Im Interesse Hamburgs müsse man den Geist der Selbstständigkeit herauskehren und entgegenstehende Regungen zurückdrängen. (N. F. Z.)

Meiningen, 6. März. Der Redacteur der Dorfzeitung erhielt vom Staatsministerium eine Verwarnung, weil er an die Spitze seines Blattes vom 16. Februar eine Bibelstelle (Micha 7, 3. 4), und zwar ohne alle Bemerkung setzte, während die „Welthändel" mit einem Bericht über die Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses bezüglich des bekannten Obertribunalsbeschlusses eröffnet wurden. Die Bibelstelle aber lautet wörtlich: „Was der Fürst will, das spricht der Richter, daß er ihm wieder einen Dienst thun soll. Die Gewaltigen rathen nach ihrem Muthwillen, Schaden zu thun, und drehen es, wie sie wollen. Der Beste unter ihnen ist wie ein Dorn, und der Redlichste wie eine Hecke. Aber wenn der Tag deiner Prediger kommen wird, wenn du heimgesucht sollst werden, da werden sie dann nicht wissen, wo aus."

Der Bau des **Nordostsee-Kanals** scheint wieder in weite Ferne gerückt zu sein. In den militärischen Kreisen Berlins wünscht man, daß bei der Ausführung des Planes nicht sowohl das Interesse des Handels und Verkehrs den Ausschlaggebe, als das militärische Interesse. Außerdem steht noch das Hinderniß im Wege, daß das Abgeordnetenhaus, solange die Herzogthümerfrage in der Schwebe bleibt, auf keinen Fall die erforderlichen Geldmittel bewilligen wird. Zu den bereits vorliegenden 16 Entwürfen ist in jüngster Zeit noch ein neuer, von der Lübecker Handelskammer unterstützter Entwurf hinzugekommen, welcher 50 Millionen Thaler kosten und für die Schifffahrt der geeignetste sein soll.

Bayern. Pfordten neigt sich zu Preußen hin, das ist das neueste Gerücht, welches die Köpfe heiß macht und selbst über die Frage siegt, ob Richard Wagner wiederkommt. Inzwischen schleicht der schwarze Geist recht geschmeidig wieder zu allen Hinterpförtchen herein. Die Erlaubniß zu Jesuitenmissionen in der Hauptstadt ist eine allbekannte Sache. Jetzt berichtet man aus Augsburg von einem Regierungsrescript, nach welchem auch conscriptionspflichtige Laien-Novizen Ansprüche auf Zurückstellung haben. Eintritt in das — sicherlich nicht beschwerliche — Laiennoviziat eines Klosters ist demnach ein bequemes Mittel, sich der Militärpflicht zu entziehen. (Vor lauter Pfaffen im Lande Bayern thut schier sich der Sonne Licht verschleiern).

Kassel, 8. März. (D. A. Z.) Die Ministerkrisis, welche hier eigentlich niemals ganz aufhört, ist jetzt in ganz bestimmter Weise eingetreten. Am 2. März Abends haben sämmtliche Minister dem Kurfürsten für den Fall ihr Entlassungsgesuch eingereicht, daß er nicht in aller Kürze die fertig vorliegenden Gesetzentwürfe zur Vorlage an die Stände genehmigen werde. Darauf ist der Kurfürst unwohl geworden. Dies hat die Minister indeß nicht abgehalten, ihr Gesuch am 4. März mit dem Bemerken zu wiederholen, daß sie am 5. März Abends Antwort haben müßten, weil sie am 6. März der ersten Sitzung der Ständeversammlung nicht wiederum mit leeren Händen gegenübertreten wollten. Hierauf war aber am 6. März noch keine Antwort ertheilt, und nur mit Rücksicht darauf, daß der Kurfürst an einer Halsentzündung zu Bett liegt, haben die Minister unterlassen, ihn nochmals zu drängen. Ihre Absicht, in dieser Weise weiter vorzugehen, steht fest. Sie haben sich sogar gegenseitig das Wort abgenommen, fest zusammen zu halten und daß keiner wieder eintrete, wenn sie zusammen ihre Entlassung würden genommen haben. Die obern Civil- und Militärstaatsdiener haben die Weisung erhalten, sich täglich nach dem Befinden des Kurfürsten zu erkundigen.

Die neuesten Zeitungen bringen aus Kurhessen dagegen die Nachricht von der abermaligen Vertagung der „getreuen Stände" wegen fortdauernden „Unwohlseins" des Allerwerthesten. Die Liebe zu

ihren Stellen hat also bei den Ministern gesiegt. Die Stände haben die Ministeranklage beschlossen. „In Oesterreich die Verfassung sistirt, in Preußen die Stände in passiver Activität, in Kurhessen in activer Passivität. Das Geschäft geht flott!“ bemerkt dazu das Cob. Tagblatt.

Leipzig, 8. März. Der hiesige deutsche Volksverein und die beiden Arbeiterparteien, der Bildungsverein und die Lassalleaner haben sich in der letzten Zeit bedeutend einander genähert. Zu gemeinsamer Thätigkeit verbindet sie der Kampf für das allgemeine Wahlrecht: ihr gemeinsamer Gegner ist das Großpreußenthum in seinen verschiedenen Schattirungen. Man spricht von der Einberufung eines allgemeinen sächsischen Arbeitertages, auf dem sowohl Lassalleaner als Vertreter der Bildungsvereine erscheinen sollen.

Dresden, 4. März. Nach einer vor wenigen Tagen im „Dresdener Journal“ veröffentlichten Uebersicht der Thätigkeit der königlichen Polizeidirection zu Dresden sind im verflossenen Jahre von der genannten Behörde 31 Personen mit körperlicher Züchtigung bestraft worden. Die Uebersicht der in der städtischen Arbeitsanstalt alljährlich verabreichten Prügel ist noch nicht veröffentlicht worden. Auch in der sächsischen Gesindeordnung ist den Herrschaften die mäßige körperliche Züchtigung ihrer Dienstboten erlaubt. Daß ein Bauerngutsbesitzer, wenige Stunden von Dresden entfernt, seine Magd mit der Reitpeitsche über das Gesicht gehauen, fand auf erhobene Klage des Vaters der also Gemißhandelten das hiesige königl. Bezirksgericht vor Kurzem nicht über das Maß des erlaubten Züchtigungsrechts hinausgehend und sprach den Angeklagten frei.

In **Nassau** haben sich beide Kammern 1865 geweigert, auf eine Erneuerung des Postverhältnisses mit Thurn und Taxis einzugehen. In **Darmstadt** hat gleichzeitig die zweite Kammer wiederholt und mit steigender Dringlichkeit den Wunsch nach dessen Lösung ausgesprochen. Dem Vernehmen nach hat nun die großherzoglich Hessische Regierung dem Fürsten von Thurn und Taxis den Postvertrag gekündigt und die Absicht ausgesprochen, das bisherige Verhältniß gänzlich zu lösen.

Im englischen **Parlament** ist die Bill (Gesetzvorschlag) über die Wahlreform in erster Lesung angenommen worden. Hauptredner gegen die Reform war Lowe, dem Villiers antwortete. Für die Reform Bright.

Amerika. Der Stern Johnson, der eine Zeitlang mit reinem republikanischem Lichte leuchtete, verfinstert sich von Tage zu Tage mehr durch demokratisches Dunstgewölk. Zwischen Johnson und dem Congreß scheint die Brücke vollständig abgebrochen zu sein. Der Congreß wird hoffentlich einsehen, daß in dem gegebenen Falle Brechen besser ist als Biegen. Johnson's jetziger Wahlspruch lautet: „Die Union um jeden Preis, sei es mit, sei es ohne Sklaverei.“ Die Freiheitspartei aber streicht in düsterer Stimmung den Namen Johnson's aus ihrer Mitgliederliste und schickt sich an, den Kampf um Bewahrung der Errungenschaften des Freiheitskrieges gegen den Präsidenten fortzusetzen. Selbst die Newyorker Handelszeitung, die sich in dem Kampfe zwischen dem Congreß und dem Präsidenten stets möglichst parteilos gehalten, ergreift nun Partei für die Volksvertretung. Congreß und Präsident sind freilich aus der gleichen Volkswahl hervorgegangen. Doch „da uns die gesunde Vernunft sagt, daß die Majorität der Wähler sich eher in einem Manne als in anderthalb Hundert geirrt habe, so manifestirt sich schon dadurch die Thatsache, daß das Volk in dem Kampfe zwischen Präsident und Congreß auf Seite des letzteren stehen muß oder wenigstens sollte. Denn man müßte wahrlich an der Union verzweifeln, wenn es anders käme, d. i. wenn die von Johnson angebahnte Reaktion Meister bliebe.“

Das Schweizer Polen-Comité in **Zürich** ersucht um Veröffentlichung des folgenden Protestes:

Zürich, 3. März 1866. Herr Redakteur! Wir unterzeichneten Schweizer, Mitglieder des Polen-Comité's zu Zürich, glauben, in Betracht, daß der Dziennik-Warszawski, als offizielles Organ einer Regierung, die Wahrheit und Unparteilichkeit zum Prinzip haben sollte, die folgenden Zeilen an Sie richten zu müssen, um deren sofortige Einrückung wir bitten.

Der Züricher Correspondent des Dz. W. hat es sich seit langer Zeit zur Aufgabe gemacht, Thatsachen zu erfinden oder zu entstellen, indem er auf unwürdige Weise die Polen und selbst die Schweizer verleumdet. Nachdem wir genaue Kenntniß von diesen Verleumdungen genommen, glauben wir uns in dieser Hinsicht der von dem Herrn Polizeidirektor Treichler erlassenen und in den Journalen wiedergegebenen Erklärung anschließen und die Anklagen jenes Correspondenten als falsch und treulos zurückweisen zu müssen. Mit den Waffen der Lüge kann man nicht den geringsten Einfluß auf die öffentliche Meinung ausüben. Empfangen Sie u. s. w. Der Präsident: Karl Walder, Commandant und Mitglied des Großen Rathes. Rötzli, Polizeihauptmann. H. C. Huber, Commandant.

Englands Parlament und Karl I.

Zu Nutz und Frommen der Gegenwart und aller derer, so es angeht.

(Nach Ed. Fischel. Vgl. Rhein. Ztg. 59 und 60.)

(Schluß.)

Am 14. December erschien der König wieder im Parlamente und erklärte, „daß er der noch in der Schwebe befindlichen Bill über das Pressen von Soldaten unter gewissen Bedingungen seine Zustimmung geben würde.“ Sofort erließen beide Häuser eine Vorstellung an den König, indem er kein Recht habe, von einer Bill eher Notiz zu nehmen, als bis sie ihm zur Annahme vorgelegt worden. „Sein Verfahren sei eine Einmischung in den Geschäftsgang des Parlaments. Die Rechte des Parlaments aber wären die Geburtsrechte jedes Engländers und müßten schon deshalb von ihnen gewahrt werden.“ Der König ertheilte keine Antwort.

Um diese Zeit ernannte der König Obrist Lunsford zum Commandanten des Tower. Er war ein übelberüchtigter, serviler Mensch. Sofort wandten sich viele Einwohner der City an's Parlament um Abhülfe. Das Unterhaus beschloß, eine gemeinschaftliche Adresse an den König zu erlassen. Aber die Lords weigerten sich, dieser Adresse zuzustimmen. Die Angelegenheit vermehrte die Aufregung des Volks. Die Gesellen und Lehrlinge der City stellten sich dem Unterhause zur Verfügung. Große Volksmassen sammelten sich am 27. December vor dem Parlamente und schrieen: „Keine Bischöfe, keine Bischöfe“, worauf ein Militär, David Hide, sein Schwert gegen das Volk zog, indem er rief, „er wolle diesen rundköpfigen Hunden, welche gegen die Bischöfe brüllten, an die Kehle.“ Hide wurde verhaftet und in's Unterhaus gebracht. Auch Lunsford selbst gerieth in der Westminster-Halle mit dem Volke in Streit. Die City bot ihre Miliz auf, ebenso die Behörden in Westminster. Alles nahm eine drohende, kriegerische Gestalt an.

Es war bereits für die Bischöfe gefährlich, in's Oberhaus zu gehen. Sie hatten freilich noch das Recht, zu stimmen, da die Lords alle Bills gegen das Episcopat verwarfen. In Folge der Unruhen aber beschlossen zwölf Bischöfe, sich vom Oberhause fern zu halten, und erließen gegen alle Beschlüsse, die in ihrer Abwesenheit gefaßt werden sollten, einen Protest, indem sie solche als null und nichtig bezeichneten. Das Unterhaus aber beschloß, diese Bischöfe wegen Hochverraths anzuklagen, und das Oberhaus, vollkommen eingeschüchtert, ließ sie in den Tower als Untersuchungsgefangene abführen. Es war dieses ein neuer Schlag gegen den König, der den Protest ausdrücklich gebilligt hatte. Während der König sich am Sylvestertage des ewig denkwürdigen Jahres 1641 an die Citybehörden in einer Cabinetsordre wandte, in welcher er erklärte: „Er könne die jüngsten Unruhen mit der ihm offenbarten Liebe der City nur zusammenreimen, wenn er erwäge, daß nur Leute aus den Vorstädten bei den Krawallen betheiligt gewesen“, und indem er die City auf's Neue um Hülfe zur Unterdrückung der Unruhen aufforderte, bat das Unterhaus den König an demselben Tage in einer neuen kräftigen Adresse um eine Schutzwehr aus der City unter Commando des Grafen Essex. Da die Antwort des Königs erst am 3. Januar eintraf, so beschlossen die Gemeinen noch am Abend des Sylvestertages, sich selbst zum Schutze gegen papistische und royalistische Verschwörer mit Hellebarden zu bewaffnen.

Am 3. Jan. zeigte der Lord Siegelbewahrer dem Oberhause an, daß der König Befehl gegeben, Lord Kimbolton und fünf Gemeine, Hollis, Haslerig, Pym, Hampden und Stroud, wegen Hochverraths anzuklagen. Indem die Lords ein Comité niedersetzten, um zu untersuchen, ob die Maßregel der Regierung gesetzlich sei, theilten sie den Gemeinen sofort das Vorgefallene mit. Im Unterhause erhielt man zu gleicher Zeit Anzeige, daß die Habe der angeschuldigten fünf Mitglieder mit Beschlag belegt worden. Die Gemeinen befahlen, die Beamten, welche diese Beschlagnahme ausgeführt, zu verhaften.

Am Vormittag des 4. Januar gingen zuerst Adressen der Rechtsschulen beim Unterhause ein, welche erklärten, daß sie zwar die Person des Königs, aber auch das Parlament mit Waffengewalt vertheidigen wollten. Als das Haus am Nachmittag wieder zusammentrat, erschienen die fünf angeklagten Mitglieder auf ihren Sitzen. Da stürzte ein Capitän Langrish in's Haus und zeigte an, daß der König mit Soldaten heranrücke, um die fünf Männer selbst zu verhaften. Das Haus beschloß, daß sich die Fünf sofort zu entfernen hätten. Sie gingen. Bald darauf erschien der König. Er stutzte, als er Pym's Platz leer fand. Er ging auf des Sprechers Stuhl zu, indem er sagte: „Mit Erlaubniß, mein Herr Sprecher, ich muß Ihren Stuhl auf kurze Zeit mir borgen.“ Die Mitglieder des Hauses hatten sich inzwischen alle erhoben und standen unbedeckten Hauptes vor dem Könige. Nach einigen Worten, in denen der König hervorhob, daß er die Privilegien des Hauses stets geachtet habe, daß aber, ehe diese fünf Mitglieder nicht bestraft worden, kein Friede im Lande sei, erklärte er:

„Nun, da ich einsehe, daß ich meine Absicht nicht ausführen kann (nämlich diese Fünf zu verhaften), glaube ich doch nicht, daß es unpassend gewesen, das zu sagen, was ich gesagt habe..... Ich werde Sie nicht länger incommodiren, aber ich sage Ihnen, daß ich erwarte, daß Sie mir die fünf Mitglieder senden werden, sobald sie in's Haus kommen. Andererseits werde ich meine eigenen Maßregeln ergreifen.“

Der constitutionelle Firniß war von Karl I. abgefallen. Er stand wieder da als nackter Gewaltmensch. Die Revolution hatte begonnen. Als Karl das Haus verließ, schrien ihm viele Mitglieder nach: „Privilegium! Privilegium!“ Die fünf Mitglieder waren aber in der City in Sicherheit.

Am folgenden Tage erklärten die Gemeinen das Verfahren des Königs für einen schweren Privilegienbruch. Am 7. erklärten sich die Stadtbehörden gänzlich für das Parlament und protestirten gegen die beabsichtigte Verhaftung der fünf Mitglieder. Der König ertheilte eine ausweichende Antwort und unterzeichnete am 8. einen Steckbrief gegen Lord Kimbolton und die fünf Gemeinen.

An demselben Tage verordnete ein Comité des Unterhauses, daß die Sheriffs von London und Middlesex alle Gemeindemitglieder zum Schutze des Königs und Parlaments zu einem bewaffneten Zusammentreten, aufbieten sollten. Zu gleicher Zeit erboten sich zahlreiche Matrosen am 11., Parlament und Comité's sicher nach Westminster zu geleiten. Dieses Anerbieten wurde angenommen. Auch die Gesellen und Lehrlinge waren wieder auf den Beinen, ihre Dienste aber wurden für dieses Mal abgelehnt. Dagegen wurde der Drucker des Königs mit Dank überhäuft, da er erklärt, er habe zwar einen Kabinetsbefehl, die Steckbriefe zu drucken, doch fiele es ihm nicht ein, dem Befehl zu gehorchen.

Ganz London war in Aufruhr. Der Palast des Königs wurde von drohenden Volkshaufen umlagert. Der König zog sich am 10. Januar nach Hampton-Court zurück. Am 11. Januar begaben sich die fünf vom Könige angeklagten Gemeinen in feierlicher Prozession nach Westminster. Sie fuhren auf der Themse in Booten, welche einige tausend bewaffnete Matrosen umgaben. An beiden Ufern des Stromes zog Miliz auf mit 8 Kanonen. Auch hatten sich 4000 handfeste Urwähler John Hampden's, gut bewaffnet und zum Theil gut beritten, eingefunden, welche ihn mit endlosem Jubel empfingen. Dieser Energie der Gemeinen gegenüber glaubte der König vor der Hand noch einmal nachgeben zu müssen. Er erklärte am 12. Januar, daß er die Verfolgung der fünf Mitglieder aufgebe, da er sie rechtlich für zweifelhaft hielt.

Diese und ähnliche Gewährungen waren nur Schein. Karl war entschlossen, das Glück der Waffen zu versuchen. Der Verfassungskampf zwischen König und Parlament war zu Ende. Es begann der Bürgerkrieg. Gewiß war das Parlament weit über die Grenzen des ursprünglichen Verfassungsrechts hinausgegangen. Aber konnte es anders handeln? Karl I. war fünfzehn Jahre lang ein treuloser Despot gewesen. Sein Constitutionalismus von 1640 war ein Produkt der äußersten Noth. Mußte das Parlament nicht fürchten, daß, sowie diese Noth aufhöre, der König seine alte natürliche Rolle wieder spielen würde? Daher das ängstliche Forschen und Spähen der Gemeinen, ob sie nicht noch irgend ein Schlupfloch zuzustopfen hätten, durch welches der Absolutismus wieder in den Staat eindringen könnte; daher ihre eiserne Consequenz, ihre strenge Unerbittlichkeit. Solch ernstes Streben trug seine Früchte weit über ihre Zeit hinaus. Für zwei Jahr-

hunderte haben sie der Welt die Begriffe parlamentarischer Freiheit gesichert, die Gesetze des Constitutionalismus festgestellt und mit dem Kopfe des treulosen Königs dauerhaft besiegelt. Wie jammervoll nimmt dieser siegreichen Energie gegenüber sich der ohnmächtige Parlamentarismus unserer Zeit aus.

Nach Palermo.

Am 19. März soll in **Palermo** der Namenstag der beiden großen italienischen Patrioten, der beiden Josephe, Garibaldi und Mazzini, in großartiger Weise begangen werden. Das leitende Comité hat dazu eine Einladung an das liberale Deutschland erlassen. „Italien und Deutschland", so sagt das Comité, „gestern noch im Streit, sollen morgen schwesterlich Hand in Hand gehen, um Licht, Fortschritt und Civilisation zu verbreiten. Eure politischen, Arbeiter- und Künstlervereine, eure freie Presse sollen sich unter uns vertreten lassen, damit Europa in Guiseppe Garibaldi und Guiseppe Mazzini das Symbol der Solidarität zwischen Italien und Deutschland erblickt."

Unsere Liberalen werden freilich ihre „staatsmännischen" Bedenken dagegen nicht überwinden können. Eine gesunde Volkspolitik aber, die auch die deutschen Arbeiter in ihrem eigensten Interesse allein zu ihrer Richtschnur nehmen, steht auf einem anderen Standpunkt. Die Zankäpfel, welche seit Jahrhunderten die Politik der Dynastien für ihre Herrscherinteressen zwischen die Kulturvölker Europa's geworfen hat, dürfen diese nicht ferner scheiden; ihre eigensten Interessen stimmen mit gerechtem und billigen Ausgleich aller solcher Differenzpunkte überein; die Freiheit, die Pflege jedweden menschlichen Fortschritts, der nur im friedlichen Völkerverkehr möglich ist, sind Lebensbedingungen ihrer gemeinsamen Wohlfahrt und darum ihr gemeinsames Ziel, ihr gemeinsames Interesse. In der praktisch immer von neuem sich kundgebenden Solidarität der Politik ihrer Unterdrücker liegt die Nothwendigkeit ihrer eigenen Solidarität im Kampfe gegen jene. Nur die Beschränktheit oder der üble Wille vermag dies zu bestreiten. Darum wollen und sollen wir uns nicht bedenken, in die zum 19. März uns dargebotene Hand männlich einzuschlagen und den Gruß des freien Italiens, des Trägers einer neuen Zeit, herzhaft zu erwiedern. Können wir auch bei der großen Entfernung nicht persönlich zugegen sein, so wollen wir doch bekennen, daß wir es im Geiste sind.

— Zwei Erklärungen, sagt in gleichem Sinne sich aussprechend der „Stuttgarter Beobachter", dem wir hierin beistimmen, zwei Erklärungen sind es, welche das deutsche Volk, wenn es an der Stelle des Bundestags eine nationale Vertretung besäße, der italienischen Nation geben würde. Die erste geht dahin: daß kein deutsches Interesse verletzt wird, wenn die weltliche Gewalt des Papstes aufhört, und daß auf dem Wege nach Rom, als ihrer Haupt- und Bundesstadt, die Italiener von der warmen Zustimmung der Deutschen begleitet sind.

Das zweite ist, daß das deutsche Volk den Italienern das Recht auf Venedig zuerkennt. Für den ausländischen Besitz der habsburgischen Dynastie ist das deutsche Volk zu keiner Garantie verbunden. Vermöchten wirkliche Vertreter des Volkes diesseits und jenseits der Alpen die Geschicke der beiden Nationen zu bestimmen, würde sich diese internationale Frage leicht und friedlich lösen. Daß die Deutschen zur Zeit nicht in der Lage sind, über ihre auswärtigen Verhältnisse bestimmend zu entscheiden, kann kein Grund für die Italiener sein, mit der Ordnung dieser Sache zu warten; aber sie werden, das gebietet das eigene Interesse, dabei so handeln, daß etwaige Interessen des deutschen Volkes nicht verletzt werden.

Das deutsche Volk begleitet die Einigung und Verjüngung Italiens mit den besten Wünschen. In einem freien Italien erkennt es keine Drohung für seine eigene Freiheit und Nationalität, sondern eine weitere Garantie für dieselbe. Wir sagen ja und Amen dazu.

Die Herausgeber und die Redaction der „Allgem. deutschen Arbeiterzeitung."

Socialer Theil.

Vom allgemeinen Stimmrecht.

[illegible] März. Auf Anregung des Arbei[illegible] hier hat am 2. dieses eine von [illegible] Vereinen beschickte Besprechung, über [illegible] einer Agitation zu Gunsten des allgemei[illegible] auch für das hiesige Land, stattgefunden. Es ist beschlossen worden, die Angelegenheit in den einzelnen Vereinen hier zur Sprache zu bringen und sodann aus diesen ein Comité zusammentreten zu lassen, welches das Weitere und namentlich eine Petition an den Landtag zu Gunsten des allgemeinen, directen Wahlrechts, mit geheimer Abstimmung betreiben soll.

Das „Coburger Tagblatt"*) unterstützt diese Agitation in zweien auf die Coburgische, in diesem Punkt noch ziemlich oder richtiger unziemlich weit zurückgebliebene Gesetzgebung bezüglichen Artikeln, aus denen wir u. A. erfahren, daß in dem constitutionellen Staat Coburg z. B. das ganze Gemeindewesen in Stadt und Land zur Zeit noch lediglich auf octroyirten Verordnungen der Regierung beruht. Einige Bemerkungen aus den Artikeln des „Tagblatts" über das „allgemeine Stimmrecht" überhaupt und über das Stimmrecht der Frauen insbesondere, mögen auch hier Platz finden. In ersterer Hinsicht ist dort u. a. gesagt: „Jeder Staatsbürger, der mittelbar oder unmittelbar zu den Staatslasten durch Steuerzahlung beiträgt, sei dies nun durch directe oder durch sog. indirecte Steuer, welche z. B. auf die nothwendigsten Lebensbedürfnisse gelegt ist, wie dies mittelst der Zölle und Verbrauchssteuern geschieht, der hat ein natürliches Recht, auch an der Verwilligung und Controle der Verwendung dieser Abgaben mit Theil zu nehmen. Dies kann entweder unmittelbar geschehen, wie in der reinen Demokratie, oder, wo dies z. B. wegen der Größe der Bevölkerung nicht möglich ist, können dazu Vertreter, Repräsentanten gewählt werden, welche gegenüber der Regierung dieses Recht für die steuerzahlende Gesammtheit ausüben. Der Verfassungs- oder nach dieser letzteren Form der Repräsentativ-Staat unterscheidet sich dadurch von dem absoluten Staat, d. h. von dem Staat, in welchem lediglich und allein der Wille der Regierung und ihres Trägers oder ihrer Träger, über die Steuerauflegung und deren Verwendung, wie überhaupt über Personen und Vermögen der Bürger unumschränkt (absolut) entscheidet. Ein solcher Zustand ist nur eine leichtere Art von Sclaverei und wenngleich es noch Leute gibt, welche das ein göttliches Recht nennen, so ist es doch mit dessen Göttlichkeit gar nicht weit her, sondern es hat vielmehr in der Herrschsucht und Habsucht der Mächtigen seinen Grund und hat auch überall nur so lange forterhalten werden können, als der gesunde Menschenverstand und der feste Wille der Steuerzahler nicht Widerspruch dagegen erhoben und denselben thatsächlich zur Geltung gebracht haben. Wo dies geschehen ist, ist dann der Verfassungsstaat entstanden. Dem Recht, das mit uns geboren ist, dem Recht jedes Freien und der gesunden Vernunft entspricht nur die Betheiligung aller Staatsbürger, die überhaupt dispositionsfähig sind, aller Steuerzahler, an der Gesetzgebung und an der Mitwirkung bei der Auslegung der Steuern und bei der Controle über deren Verwendung, im Repräsentativstaat also an der Wahl der Vertreter, (Repräsentanten) und zwar sowohl der Vertreter für das Land im Ganzen, also der Landesvertreter, (Landtags- oder Kammermitglieder) als der Vertreter für die Gemeinden, der Gemeindevertreter, (Gemeindedeputirten, Stadtverordneten) hinsichtlich der Gemeindeangelegenheiten.

Wer davon ausgeschlossen ist, ist noch unfrei, ist noch ein Stück Sclave, denn es wird nicht nur über den Theil seines Vermögens, der in den von ihm zu leistenden Abgaben steckt, sondern überhaupt über sein Eigenthum, über seine Person, seine Freiheit, über alle seine Rechte, über sein Gut und Blut, mittelst der Gesetzgebung, ohne seinen Willen, ohne seine mittelbare oder unmittelbare Mitwirkung, durch andere, durch eine oder mehrere andere bevorzugte Classen der Staatsbürger entschieden. Wo das „allgemeine Stimmrecht" besteht, ist diese Unfreiheit, dieses Stück Sclaverei aufgehoben für Alle, die überhaupt Rechte ausüben und Verpflichtungen eingehen können. Wo das „allgemeine Stimmrecht" nicht besteht und wo und soweit es beschränkt ist, da besteht soweit auch noch dieses Stück moderner Sclaverei.

Man spricht bei diesen Beschränkungen viel von vermeintlich „conservativen Interessen", sie sind aber in Wirklichkeit das gerade Gegentheil davon. Je nach der Ausdehnung des Stimm- oder Wahlrechts wird nämlich in demselben Verhältniß in größerer oder geringerer Zahl die Bevölkerung und deren Aufmerksamkeit für die Interessen des Gemeindewesens gewonnen, wird mit einem Wort die Bevölkerung in ihren weitesten Kreisen, in ihren verschiedensten Schichten durch Uebung ihrer öffentlichen Rechte und Pflichten politisch mehr und mehr geschult und gereift, so daß das allgemeine Stimmrecht in seinem innersten Kern und im wahrsten Sinn etwas durch und durch Conservatives, die höchste sittliche Stufe der Staatsentwicklung ist, weil es Kopf und Herz aller Staatsbürger, auch der ärmsten für die öffentlichen Angelegenheiten, für die Interessen des Staats und der Gemeinde und deren zweckmäßige, förderliche Leitung im Gesammtinteresse Aller, im Sinne jeglichen, echt menschlichen Fortschritts, gewinnt; während umgekehrt, bei der Beschränkung des Stimmrechts auf einzelne bevorzugte Klassen, von dem Allen das gerade Gegentheil der Fall ist. Je beschränkter das Wahlrecht ist, desto mehr Bürger werden in Staat und Gemeinde in Gleichgültigkeit und selbst in Feindschaft gegen die öffentlichen Interessen erhalten, während eine kleine herrschende Minderzahl, durch die ihr verliehene Uebermacht selbst immer mehr in Uebermuth verderbt wird und ihrerseits wieder, durch die selbstsüchtige Verfolgung ihrer Sonderinteressen, verderbend und erbitternd auf die von ihr beherrschten und unterdrückten Classen wirkt. Der gesunde Menschenverstand und das öffentliche Interesse, das Gesammtinteresse Aller sprechen also für das aller allgemeinste Stimmrecht, (Wahlrecht) wodurch der Staat nicht nur nicht erschüttert, sondern erhalten und innerlich gegen jede gewaltsame Erschütterung befestigt wird. Das allgemeine Stimmrecht, verbunden mit vollster Preßfreiheit, freiestem Vereins- und Versammlungsrecht, ist das eigentliche Sicherheitsventil an der Staatsmaschine. Die endgültige Probe hat Amerika dafür abgelegt. Nur der böse Wille der Selbstsucht und des Sonderinteresses oder große Beschränktheit und Unkenntniß kann das „allgemeine Stimmrecht" bekämpfen.

Die Ausübung des „allgemeinen Stimmrechts" kann verschieden sein, sie kann direct geschehen, durch unmittelbare Wahl der Repräsentanten von den Urwählern, oder indirect, indem die Urwähler erst Wahlmänner und diese die Vertreter wählen; sie kann öffentlich sein, sodaß jeder mündlich zu Protokoll wählt, oder geheim, durch Stimmzettel erfolgen. Die Gründe, welche für das „allgemeine Stimmrecht" im Princip sprechen, sprechen in der Consequenz auch für dessen directe Ausübung mit geheimer Stimmgebung mittelst Stimmzetteln, sofern man nämlich auch den Erfolg und nicht eine Täuschung will. Denn in dieser Art der Ausübung liegt die meiste Garantie gegen unerlaubte Einwirkung. Das ist klar, je größer die Zahl der Wähler ist und wenn die Abstimmung des einzelnen Wählers geheim bleibt, desto schwieriger und unwirksamer ist jede unerlaubte Einwirkung, durch Einschüchterung, durch Einfluß, der in der Abhängigkeit der Stellung liegt und so weiter."

Ueber das Wahlrecht der Frauen enthält der Artikel des „Cob. Tagbl." die folgenden Bemerkungen: „Zur Zeit ist allerdings das Wahlrecht noch nirgends, selbst in Amerika nicht, auf die Frauen ausgedehnt, und wir wollen auch diese Einschränkung desselben hier nicht weiter urgiren, so lange dasjenige der Männer noch so wesentlichen Beschränkungen unterliegt. Die Bemerkung sind wir aber unserem Gewissen doch schuldig, daß die Einwendungen gegen das Wahlrecht der Frauen durchweg ebenso abgeschmackt, als ungerecht und unpraktisch und gerade nicht weiser, gerechter und besser sind, als die 1001 Gründe, welche die Sclavereiverfechter in Amerika und die Verfechter der Leibeigenschaft in Rußland und anderwärts ihrer Zeit für die Negersklaverei und für die Leibeigenschaft vorgebracht haben. Die Frauen tragen so gut zu den Staatslasten bei als die Männer, sind ein sehr wichtiger Faktor im ganzen wirthschaftlichen Leben jedes Volkes und Staatsganzen, ihr Urtheil ist überdies, sobald man ihm nur die rechte Ausbildung nicht vorenthält, so sicher und oft viel sicherer und treffender, als das des Mannes, und in nicht wenigen Familien allerwärts ist es die Frau allein, welche die Seele nicht bloß des Haushalts, sondern auch des ganzen Geschäfts ist, das zu Grunde gehen müßte, wenn es den laßen Händen des Mannes überlassen würde, wir wollen keine Beispiele anführen, man sehe sich nur um, man wird sie bald finden. Mit dem Allen und mit der ganzen heutigen Weltanschauung ist die Ausschließung von dem wichtigsten politischen Recht, dieses Stück Sclaverei der einen Hälfte der Bevölkerung in einem modernen Kulturstaat eine Brutalität, die wie ein trauriges Ueberbleibsel längst vergangener Zeiten und Anschauungen in unsere Gegenwart hereinragt. Es bleibt dieser Anachronismus aber auch nicht ungerächt. So ausgeschlossen von den wichtigsten politischen Rechten jedes Freien, in Unkenntniß und Unwissenheit von öffentlichen Angelegenheiten erhalten, sind die Frauen, die unsere Kinder zu politischer

*) Coburg, F. Streit's Verlag.

Tugend erziehen sollen, gleichgültig, theilnahmlos, ohne Aufmerksamkeit und Verständniß für die wichtigsten Fragen unseres öffentlichen Lebens, sind sie dessen gesunder Entwicklung; statt förderlich, nur ein fast in jeder Familie sich geltend machendes, nur allzu fühlbares Hinderniß. Ob das ein heilsamer Zustand ist, mag jeder Denkende sich selbst sagen. Wie bemerkt, wollen wir das Wahlrecht der Frauen vorerst praktisch noch nicht weiter urgiren. Aber unserem principiellen Gewissen mußten wir doch wenigstens mit einigen vorläufigen Bemerkungen gegen die ebenso gedankenlosen und abgeschmackten als brutalen Einwendungen Genüge leisten, welche dagegen so häufig von sonst regulär organisirten Köpfen vorgebracht werden." So, mit Recht, das „Coburger Tagblatt".

Pesth, 9. März. (Politische Gleichberechtigung der Frauen.) Mehrere ungarische Wittwen und Grundbesitzerinnen überreichten einem Abgeordneten eine Petition, in welcher sie um politische Gleichberechtigung ansuchen, die sie in dem Jahre 1848 verloren. In dem jedenfalls charakteristischen Schriftstücke heißt es unter Anderem: „Wir Wittwen, die wir zugleich Grundbesitz haben, kämpfen auch als Frauen schon mit schweren Hindernissen, um unsern Kindern das tägliche Brod zu erwerben, und scheuen kein Opfer, sie zu nützlichen und wackeren Bürgern des Vaterlands heranzubilden. Es ist somit gerecht und billig, daß diese Aufforderung gewürdigt und belohnt werde. Gleichwohl müssen wir dieselben Lasten des Staates tragen, wie die politisch Berechtigten, obzwar wir von dem Genusse der politischen Rechte ausgeschlossen sind und auch an dem geringsten Rechte der Gemeindewahlen keinen Antheil nehmen dürfen." — Die Petentinnen fühlen sich auch schon dadurch verletzt, daß der Eigenthümer einer Achtelsession active Wahlfähigkeit besitzt, während eine Wittwe, die 1000 Joch Grundbesitz hat, hiervon ausgeschlossen ist — und erwarten vom Landtage, daß er sie nicht weiter in dieser untergeordneten Stellung belassen wird.

Leipzig, 11. März. Die gestern Abend im Hôtel de Saxe hier abgehaltene allgemeine Arbeiterversammlung, welche von den hiesigen Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins einberufen worden, war ziemlich zahlreich von Arbeitern beider Richtungen besucht. Zum Vorsitzenden wurde Hr. Steinert, zum Stellvertreter desselben Hr. Dörfel erwählt. Hr. Försterling aus Dresden behandelte hierauf in längerem Vortrage, nachdem der Vorsitzende einige einleitende Worte in Bezug auf die in neuerer Zeit aufgetretenen Arbeiterbestrebungen und ihre Ziele vorausgeschickt, das Thema der socialen Frage und ihrer Lösung. Er begann seinen Vortrag mit Hinweisung darauf, wie nicht nur in Deutschland, sondern in fast allen europäischen und außereuropäischen Ländern die sociale Frage immer mehr hervortrete, und ging dann zur Schilderung der betreffenden Erscheinungen in England, Amerika, Frankreich, der Schweiz und Deutschland über. In England habe man zwar schon vor zwei Jahrhunderten eine neue Productionsweise eingeschlagen, trotzdem sei man dort nicht weiter in der socialen Entwickelung gekommen, und die Arbeiterverhältnisse seien dort womöglich noch viel schlimmer als bei uns. Die Arbeitseinstellungen der englischen Arbeiter seien nichts als eine Tretmühle; auf diesem Wege sei nie und nimmermehr etwas zu erreichen. Die jetzigen Fenierbestrebungen bezeichnete der Redner als ganz verschieden von den Arbeiterbestrebungen; die Fenier in Irland ständen jetzt da, wo man bei uns zur Zeit des Bauernkrieges gestanden, bei der Theilung des Grundbesitzes. Anderwärts haben die veränderte Productionsweise und Industrie-Kunst, Wissenschaft und Gewerbe in den Vordergrund gestellt und die Richtung bezeichnet, welche wir einschlagen müssen, um zu einer Lösung der socialen Frage zu gelangen. In England habe man, sogar durch kirchliche Vorschriften, wie Sonntagsfeier ꝛc., dem Arbeiter jeden Weg zur weiteren Ausbildung abgeschnitten; erst in neuerer Zeit sei etwas für die Volksbildung durch die dort entstandenen Gewerbevereine gethan worden, und diese hätten angefangen, das allgemeine gleiche und directe Wahlrecht auf ihre Fahne zu schreiben. Was Amerika betreffe, so seien zwar dort die Arbeiterverhältnisse jetzt noch wesentlich andere, als bei uns, doch werde auch dort später die sociale Frage zum Durchbruch kommen. In Frankreich sei die Arbeiterbewegung stets auf rein demokratischem Boden geblieben und stehe auch gegenwärtig noch auf demselben. Von dort aus seien die ersten Anregungen in socialer Hinsicht durch die Schweiz nach Deutschland gedrungen, indem der Gedanke, Arbeiterbildungsvereine zu schaffen, von dort aus zu uns gelangte und die ersten solcher Vereine im Jahre 1847 in Altona, Hamburg ꝛc. entstanden. Man habe damals auch bei uns erkannt, daß der Arbeiter in seinen Freistunden etwas Besseres thun könne als Tanzboden und Kartenspiel suchen. Nur Lassalle, der übrigens auch nur zu diesem Auftreten gedrängt worden sei, habe sich nicht gegen die Productionsweise der heutigen Zeit ausgesprochen, sondern nur einen anderen Vertheilungsmodus des Ertrагnisses haben wollen. Der Redner schildert sodann, wie es für den deutschen Arbeiter nur das Eine Ziel Verbesserung seiner Lage, geben könne, beklagte die zwischen den Arbeiterbildungsvereinen und dem Lassalle'schen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein bestehende Spannung und stellte vor, wie ein jeder, der in der Arbeiterfrage gewirkt habe und noch wirke, die Sache mit fördern helfe, die Arbeiter also jeder ernsten Veranlassung, sich zu entzweien, entbehrten; auch die Schulze-Delitzsch'schen Consumvereine, Vorschußbanken und Genossenschaften hätten ihre Verdienste, insofern solche die Verarmung des Kleinbürgers, dem sie einen Schutz gegen das Großkapital gewährten, auf Zeit wenigstens aufhielten. Der Redner ermahnte schließlich zu festem Zusammenhalten aller Arbeiter in ihrem Streben nach dem gemeinsamen Ziel. Allgemeines Bravo folgte der Rede. Ueber die gleiche Angelegenheit sprachen dann noch die Herren Schilling, Seiffert, Dr. Walster, Dr. Weithmann, Möbius, Instrumentenmacher Dolge, indem sie größtentheils die Idee der Einigkeit und des vereinten Strebens betonten, welche der Vortragende befürwortet hatte. Die Versammlung schloß um 11 Uhr. (D. A. Z.)

Leipzig, 7. März. Gestern Abend fand im Local des Arbeitervereins unter Leitung des Hrn. Bebel eine Versammlung zum Zwecke der Gründung einer gewerblichen Schutzgemeinschaft statt. Als Berichterstatter fungirte Schuhmachermeister Knöfel aus Dresden. Dieser schilderte als eine der ärgsten Schattenseiten unserer Zeit den Schwindel und den Mißbrauch des Credits, die so häufig zur Befriedigung von Genußsucht und Luxus dienen müssen. Nach dem Standpunkte des Gesetzes dürfe nun eben der, welcher sich nicht Einbußen aussetzen wolle, keinen irgend ansehnlichen Credit geben, er müsse es aber gleichwol thun, wenn er irgend Geschäfte machen wolle. Um sich nun selbst einen wirksamen Schutz zu schaffen, sei die Betheiligung an der bereits in einer Anzahl von Städten in und außer Sachsen (z. B. in Dresden, Pirna, Meißen, Bautzen, Chemnitz, Döbeln) bestehenden Schutzgemeinschaft nachdrücklich zu empfehlen. Das Verfahren soll folgendes sein: Jeder Localverein stellt nach den von seinen einzelnen Mitgliedern eingereichten, mit Namensunterschrift zu versehenden Angaben eine Liste säumiger Zahler auf und sendet sie dem Centralvorstande ein, welcher dann die sämmtlichen Listen ordnet, drucken und jedem Mitgliede ein Exemplar davon zugehen läßt. Die schlechten Zahler sollen in sieben Klassen getheilt werden: 1) insolvente Schuldner; 2) solche, welche die Zahlung verweigern; 3) solche, die sich ohne Zahlung heimlich entfernen; 4) die, welche die Verjährung benutzen; 5) solche, gegen welche die angestellte Klage fruchtlos scheint; 6) solche, welche bereits vergeblich verklagt worden sind; 7) solche, welche trotz des besten Willens nicht zahlen können. Kommt hinterher ein Schuldner seiner Verpflichtung nach, so hat der Bezahlte für die Streichung des Namens von der Liste zu sorgen. Tritt ein Mitglied des Verbandes aus, so erfolgt von selbst die Löschung der auf seine Veranlassung eingetragenen Namen. Der vierteljährliche Mitgliederbeitrag soll 3 Ngr. betragen. Die Regierung hat eine solche Vereinigung als zulässig erkannt, und sie von den Vorschriften des Vereinsgesetzes dispensirt. Man beschloß, auch hier in Leipzig eine solche Schutzgemeinschaft zu gründen, und beauftragte die Herren Bebel, Armmann und Dietrich, welche die Versammlung berufen hatten, die weiteren Schritte auf Grund des Statuts des Dresdener Verbandes zu unternehmen. (Recht gut! Aber wenn nun jedes Mitglied diese Liste hat, was weiter? Mit dem Besitz der Liste ist es noch nicht gethan, wenn man sich nicht gegenseitig verpflichtet, für solche Kundschaft nicht zu arbeiten. Die Red.). (D. A. Z.)

Stuttgart, 8. März. Gestern fand im Museum eine zahlreich besuchte Versammlung statt zum Zwecke der Gründung eines Vereins „zur Förderung des Wohls der arbeitenden Klasse". Nachdem Herr Finanzrath Zeller zum Vorsitzenden erwählt worden war, setzte Herr Eduard Pfeiffer in einem längeren Vortrage die Bedeutung des zu gründenden Vereins und seiner Stellung zur socialen Frage auseinander und begründete eingehend das von dem provisorischen Comité entworfene Programm.

Die Versammlung einigte sich alsbald darüber, daß in der im Programm bezeichneten Richtung ein Verein in hiesiger Stadt zu begründen sei. Hierauf wurde als nächste Aufgabe für den zu gründenden Verein die Errichtung eines Vereinshauses für die Zwecke des Arbeiterbildungsvereins und einer Speisegenossenschaft, und die Herstellung einer öffentlichen Wasch- und Bade-Anstalt zum Vorschlag gebracht. Minister von Varnbüler begründete nun zunächst die Ansicht, daß die Versammlung über die Frage, welche specielle Aufgaben in den Vordergrund zu stellen seien, sich für jetzt nicht entscheiden, die Bestimmung hierüber vielmehr dem Vereine, beziehungsweise dem zu wählenden Comité überlassen sollte. Nach seinem Dafürhalten können nämlich anderen als den vorgeschlagenen Unternehmungen der Vorrang einzuräumen sein. Als solche hob Herr v. Varnbüler die umfassende Herstellung von Arbeiterwohnungen hervor und zeigte in sachkundiger Weise die Bedeutung dieser Wohnungen für das Wohl der arbeitenden Klassen. Diese seine Ansicht stützte der Redner noch wesentlich darauf, daß für dieses Unternehmen, das eine sichere Rentabilität in Aussicht stellte, am leichtesten die erforderlichen größeren Kapitalien zu finden sein würden.

Diesem Vorschlag trat nun Herr K. Steiner entgegen, indem er die Auffassung des provisorischen Comité's ausführte und die Gründe hervorhob, welche das projectirte Unternehmen gerade als das dringlichste erscheinen ließen, und ausführte, warum der Mangel eines Vereinshauses und einer Wasch- und Badeanstalt in den Arbeiterkreisen selbst am empfindlichsten gefühlt werde, und daß dies gerade den Anstoß zur Gründung des Vereins gegeben habe. — Nach dieser Aufklärung über die Gründe, welche für das provisorische Comité leitend waren, erklärten Herr v. Varnbüler, daß auch diese Zwecke seine volle Sympathie hätten und es durchaus nicht in seiner Absicht gelegen sei, denselben entgegenzutreten, er wünsche nur, der Verein möge die Herstellung von Arbeiterwohnungen als weitere dringende Aufgabe festhalten, was auch allseitige Zustimmung fand.

Die fernere gleichfalls eingehende Debatte, an welcher sich außer den Genannten die Herren Regierungsrath Holland, Hallberger, Oberbürgermeister Sick, Hölder und Dr. Reuchlin betheiligten, hatte die formellen Fragen, in welcher Weise der Verein und seine Organe zu constituiren seien, zum Gegenstand. Man einigte sich schließlich dahin, den Verein durch die anwesenden Mitglieder sogleich als gegründet zu betrachten, und ein Comité zu wählen, dem die Abfassung von Vereinsstatuten und die Ausführung der gefaßten Beschlüsse übertragen werden sollte.

Gewählt wurden die Herren: Bonz, v. Cotta, Staatsrath v. Egloffstein, Dr. Haidlen, Regierungsrath Holland, Prof. Mährlen, Gustav Müller, Eduard Pfeiffer, Schickardt, J. Schiedmayer, Oberbürgermeister Sick, G. Siegle, Rechtsc. Steiner und Prof. Walter.

Die anwesenden Mitglieder des Vereins übernahmen es alsbald, die Sammlung von Beiträgen für die oben genannten Zwecke zu betreiben. Schon vor der Versammlung war hiermit ein guter Anfang gemacht, indem in kleinem Kreise bereits eine Summe von etwa 8000 fl. gezeichnet worden war. (Beob.)

Aus den Statuten

des Berliner Vereins zur Förderung der Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts.

§ 1. Zweck des Vereins ist die Förderung der Erwerbsfähigkeit der auf eigenen Unterhalt angewiesenen Frauen und Jungfrauen.

Zur Erreichung dieses Zieles werden vorzugsweise in's Auge gefaßt:

1) Beseitigung der der Erwerbsthätigkeit der Frauen entgegenstehenden Vorurtheile und Hindernisse;
2) Beförderung von Lehranstalten zur Heranbildung derselben für einen gewerblichen oder commerciellen Beruf;
3) Nachweisung gewerblicher Lehrgelegenheiten und Vermittelung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmerinnen, soweit nicht durch bestehende Anstalten bereits genügende Vorsorge getroffen ist;
4) Begründung von Verkaufs- und Ausstellungslokalen für weibliche Handarbeiten und künstlerische Erzeugnisse;
5) Schutz selbstständig beschäftigter Personen weiblichen Geschlechts gegen Benachtheiligung in sittlicher oder wirthschaftlicher Beziehung, vorzugsweise durch Nachweisung geeigneter Gelegenheiten für Wohnung und Beköstigung.

Die Vereinswirksamkeit zu 3) und 5) erstreckt sich auf die in Fabriken und beim Landbau beschäf-

tigten Handarbeiterinnen, auf Dienstboten, Wäscherinnen und dergleichen.

§ 2. Zur Mitgliedschaft im Vereine berechtigt sind erwachsene Personen männlichen und weiblichen Geschlechts, welche sich zur Zahlung eines jährlichen Beitrags von mindestens Einem Thaler verpflichten.

Eine einmalige Zahlung von 10 Thaler oder die Unterzeichnung eines auf den Betrag von 100 Thalern lautenden Garantiescheines für die dem Verein in Verfolgung seiner Zwecke erwachsenden Geldverbindlichkeiten befreit von der jährlichen Beitragspflicht.

Die Entgegennahme der Anmeldungen und die Aufnahme durch Zustellung einer Mitgliedskarte erfolgt durch den Vorstand.

§ 3. Vereine, welche den im § 1 aufgeführten verwandten Zweck verfolgen, können auf ihren Antrag mit Zustimmung des Ausschusses (§ 7) gegen Entrichtung eines mit demselben vereinbarten festen Jahresbeitrags ein Mitglied mit Stimmrecht in den Ausschuß (§§ 6 ff.) abordnen. — (Die übrigen 11 Paragraphen behandeln die Organisation des Vereins und dessen Leitung, die Befugnisse des Vorstandes, Ausschusses und der Generalversammlung.)

M. M. Pforzheim, 13. März. Es bleibt wohl zu erwägen, warum sich aus Baden kein einziger Verein, nicht einmal ein einzelner Gegner in der Arbeiterzeitung hören läßt? Ist es Verachtung gegen die Angriffe die von allen Seiten erfolgen? Ist es Vorsichtheit, sich nicht vertheidigen zu können? — Seien wir gerecht und vergegenwärtigen wir uns die Meinung der Besseren, welche gegen ein allgemeines direktes Wahlrecht und gleiches Stimmrecht sind. Sie sagen: Unsere Vereine sind Arbeiterbildungsvereine, d. h. mehr Schulen, und jede Art Lehre, welche bei der Regierung oder Geistlichkeit, also beim Staat und bei der Kirche anstoßen könnte, vermeiden wir. So lauten unsere Statuten. Und von dem Standpunkt aus haben sie recht. Möchten in dieser Beziehung doch alle Vereine meinen an sie gerichteten Brief lesen, den ich seiner Zeit über gleiche Statuten und Gesetze einsandte. Ferner sagen die so Gesinnten: Die Erfahrung lehrt, wie gleichgültig und unwissend das Volk ist, das lehren schon die vielen Arbeiter die außer unseren Vereinen stehen, diese würden uns jedenfalls überstimmen — wir hätten nur schlechtere Wahlen als jetzt. Nun auch da haben sie nicht so Unrecht. Tausend Beispiele wollte ich hier anführen, wo Einem alles Vertrauen in ein allgemeines, direktes Wahlrecht und gleiches Stimmrecht verkümmert werden kann. Darum sagen solche Herren dieser Vereine — und alle, sage alle Mitglieder glauben es — der Begriff eins ist zwar in der Quantität einerlei, ob es ein Pfund Blei oder ein Pfund Gold ist, aber die Qualität ist verschieden. Gold, d. h. Gebildete sind mehr werth als Blei, d. h. Ungebildete. Nur einen Beweis: Jedermann weiß, daß die Schule eines der wichtigsten Bildungsmittel ist, daher kommen beim Examen die Eltern der gebildeten Bürger fast alle, um sich über den Fortschritt ihrer Kinder zu überzeugen, aber in die Volksschule kommt sehr selten, oft nicht ein Vater, nicht eine Mutter, um dem Examen beizuwohnen! Eine fürchterliche Gleichgültigkeit! Und diese Leute sollen mit den höheren Ständen gleich wählen, gleich stimmen? Eine schöne Zuversicht! Daher sollen die Arbeiter in den Bildungsvereinen erst etwas lernen — dann kommen die Rechte von selbst, wie es ja auch bei Tausenden der Fall ist, welche etwas gelernt und sich emporgeschwungen haben. Unsinn sind solche Einwendungen nicht. Aber vielleicht steckt etwas Sophisterei dahinter — vielleicht finden sich doch Gründe, das allgemeine direkte Wahlrecht und gleiche Stimmrecht zu befürworten. Ich thue dies und zwar deshalb, weil ich es gerade für die beste Schule halte, das Volk mündig zu machen. Ohne Schaden wird es nicht abgehen, aber das Gold kann sich vermöge seiner besseren Qualität in die Wagschale legen, und das Blei wird nicht immer obsiegen. Blei hat übrigens schon manchmal mehr genützt als Gold. Auch ist nicht Alles Gold was glänzt. Menschen sind überhaupt nicht mit Metall zu vergleichen. Die badischen Vereine haben für's Schwimmen gestimmt, wollen aber nicht in's Wasser. Wo die rechte Liebe für menschlichen Fortschritt vorhanden ist, darf dem Volk kein Stück Freiheit vorenthalten werden. Denn das ist das Schöne und Ermuthigende an der Freiheit, daß Niemand sie für sich allein erkämpft. Wie ich wirken möchte, auch wenn ein Verein nur als eine Schule betrachtet wird, habe ich in meinem „Vortrag über die Vorträge“ erörtert, welche Schrift ich den Arbeitern wiederholt empfehle zu lesen — allein es sind gerade die badischen Vereine, welche die Arbeiter mit den Schulbuben verwechseln, bei denen politische und religiöse Aufklärung verpönt ist. „Bis hierher und nicht weiter“ — und es hat, wie gesagt, eine Art Scheinberechtigung, wenn alle Arbeiter ohne Ausnahme mit solchem Commandostab einstimmig zufrieden sind.

„Was brauchen wir weiter, was wollen wir mehr,
Als Frieden im Lande, vom Kriege nichts mehr.“

Wenn Politik und Religion in die Vereine käme, da hätte die herrliche Einigkeit, bei der alle Arbeiter ohne Ausnahme es machen wie die Vorstände wünschen, bald ein Ende. Es gäbe Kampf, und der muß vermieden werden.

Manche der Leiter dieser Vereine sind treffliche Lehrer und brave Männer in vielen Dingen — aber sie sehen nicht ein, daß trotz aller Arbeit, Geschäftigkeit, Mechanik, doch nur Arbeitsthiere und Packesel gezogen werden können.

Wem diese Lüge, diese Sinnlosigkeit und Absurdität der Volkserziehung auf's Gewissen fällt, wer da fühlt, daß er, um in diese Fabrikarbeit zu passen, den besten Theil seiner Seele abschlachten und daß er seine Urtheilskraft abtödten muß, der kann unmöglich mehr in solchen Vereinen wirken, so arbeitslustig er auch sein mag.

Vermischtes.

Sturz-Subscription.

Nachdem ein Jahr verstrichen ist, seitdem sich Behufs Einleitung einer Subscription zu Gunsten des Herrn General-Consul Sturz ein Comité constituirt, fühlt sich der von demselben erwählte geschäftsführende Ausschuß gedrungen, einen kurzen Bericht über die Ergebnisse seiner Thätigkeit zu veröffentlichen.

Answeislich der geführten Abrechnung beträgt die Total-Summe der gesammelten Beiträge bis zum ersten Februar d. J. 10,380 Thlr. 24 Sgr., welche durch Verzinsung der angekauften Effecten auf 10,523 Thlr. 9 Sgr. angewachsen ist.

Indem die Unterzeichneten die Ehre haben, den edelmüthigen und freigebigen Spendern ihren herzlichen Dank auszusprechen, erlauben sie sich, recht dringlich um eine lebhafte Fortsetzung der Sammlungen zu bitten; so hoch und anerkennend von uns das, was geschah, gewürdigt wird, so wenig dürfen wir dennoch daraus ein Geheimniß machen, daß die erheblichen Opfer, welche Herr Sturz der Sache deutscher Humanität brachte, auch nicht einmal annähernd durch das Resultat der Sammlung ersetzt sind.

Dem General-Consul Sturz ist sein Gehalt Seitens der brasilianischen Regierung seit Jahren entzogen worden, weil er sich nicht dazu verstehen wollte, Tausende deutscher Landsleute unter Bedingungen zur Auswanderung zu bestimmen, welche sie thatsächlich zu weißen Sclaven gemacht haben würden. Der Entschluß, eher Alles zu verlieren, als ein solches Geschäft zu fördern, oder auch nur zuzulassen, kostete ihm Amt und Brod; die unermüdliche, seine ganze Zeit in Anspruch nehmende Thätigkeit aber, mit welcher er nachmals in der Presse gegen die brasilianischen Werbungen warnte, verschlang die letzten Reste seines Vermögens. Ward ihm schließlich zwar die Genugthuung, seine Bestrebungen erfolgreich, und der Verschiffung argloser deutscher Tagelöhner, Dank dem Einschreiten der königl. preußischen, sowie anderer deutscher Regierungen, ein Ziel gesetzt zu sehen, so waren unter solchen Kämpfen seine eigenen Verhältnisse jedoch so zerrüttet worden, daß ein bedeutender Theil des bisherigen Ertrages der Sammlungen erforderlich gewesen ist, um frühere Ausfälle zu decken; nur der Rest konnte von uns durch Anlegung der Erhaltung des bewährten Mannes und seiner schwer geprüften, zahlreichen Familie gesichert werden.

Sturz opferte Alles, um dem zu entsprechen, was er seinem Vaterlande und seinen Mitmenschen schuldig zu sein glaubte; möchten seine Landsleute doch hieraus auch die Verpflichtung anerkennen, sein Alter vor den drückendsten Sorgen zu schützen.

Der geschäftsführende Ausschuß fordert alle theilnehmenden Freunde und Gönner des Herrn Sturz sehr ergebenst auf, von den Rechnungsergebnissen specielle Einsicht nehmen zu wollen, zu welchem Zweck unser mitunterzeichneter Schatzmeister, Herr M. S. Baswitz, Victoria-Straße 15, die Rechnungen öffentlich auflegen und deren Einsicht bereit willig gestatten, wie er oder jedes andere Ausschußmitglied fernere Beiträge gern entgegen nehmen wird. Auch die Redactionen der Zeitungen, die diesen Aufruf veröffentlichen, sind zur Annahme und Uebermittelung von Beiträgen bereit.

Berlin, 22. Februar 1866.

Der geschäftsführende Ausschuß des Berliner Sturz-Comité's.

Baron von Warburg. Gneist. Baswitz.
Dr. von Holtzendorff. Dr. Abel.

Wir sind gern zur Annahme von Beiträgen bereit, zu denen sich die deutsche Nation dem hochverdienten Manne, der für seine treue Thätigkeit im Interesse der Nation so schwere Verluste erlitten hat, verpflichtet fühlen muß.

Coburg, im März 1866.

Die Redaction.

Briefkasten.

Hrn. **Phil. Albert, Mannheim.** Die Nummer mit der Anzeige Ihres Vereins erhalten Sie unter Kreuzband. Für Vereinsanzeigen berechnen wir keine Gebühr. Der betreffende Beleg aber kostet 1 Sgr., Porto dazu 2 kr., und für den nicht ausreichenden frankirten Brief von Ihnen haben wir 7 kr. Porto nachzuzahlen gehabt. Zusammen 3½ Sgr. die wir uns in Briefmarken erbitten. **Die Expedition.**

Hrn. **W. K. in St.** Der in Ihrer Correspondenz vom 14. d. Mts. gerügte Fall gehört unseres Erachtens zunächst vor den Ausschuß des betreffenden Vereins, der in seinen Statuten sicherlich Schutzmittel haben wird gegen Ausschreitungen, die den Ruf des Einzelnen wie des Vereins gefährden. Wollte aber unser Organ Alles, was von einzelnen Arbeitern gefrevelt wird, zur öffentlichen Kunde bringen, so würde dasselbe binnen Kurzem die Eigenschaft eines schwarzen Bretts bekommen, außerdem auch dem Privathasse und dem bösen Hange zur Angeberei ein weites Thor öffnen.

Anzeigen von Vereinen.

Mannheim.

In hiesiger Stadt wurde von einer größeren Anzahl Cigarrenarbeiter eine zweite, sogenannte

Neue Reise-, Kranken- und Sterbe-Casse

gegründet, was wir hiermit zur Anzeige bringen.

Local: **Würtemberger Hof** dahier.

Der Vorstand.

Verschiedene Anzeigen.

Ventilatoren.

68] **C. Schiele, Frankfurt a. M.**

Baugewerkschule zu Holzminden an der Weser.

Der **Sommerunterricht** beginnt am **30. April d. J.** und haben sich **Bauhandwerker, Mühlen- und Maschinenbauer**, welche daran Theil nehmen wollen, baldigst schriftlich bei dem Unterzeichneten zu melden.

Der Vorsteher der Baugewerkschule.
93] G. Haarmann.

In **F. Streit's Verlagsbuchhandlung** in **Coburg** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Das Papstthum

in seinem Verfall, im feindlichen Gegensatz zum Fortschritt der Menschheit,

im Widerstreit mit den Lebensinteressen

Deutschlands und Italiens.

Inhalt:

I. Eine Antwort auf die Encyclica an Pius IX. von Joseph Mazzini.
II. Ein Mahnruf an das deutsche Volk von einem alten deutschen Patrioten.

Preis 8 Sgr. oder 28 kr. (1 Franc.)

Die „Constitutionelle Zeitung in Dresden“ berichtet ihren Lesern darüber wie folgt: Die Schrift gibt die Uebersetzung von Mazzini's Brief an den Papst, welchen dieser Freiheitsapostel im Namen des italienischen Volks an den heiligen Vater als Antwort auf dessen letzte Encyclica geschrieben und worin er den Sieg der neuen Ideen sowie den Untergang aller kirchlichen Herrschaft verheißt. Daran anschließend einen Mahnruf an das deutsche Volk von einem alten deutschen Patrioten, der nicht minder energisch sich gegen den Vatican ausspricht. Der Brief Mazzini's ist kühn, voll Schlagkraft und vernichtender Schärfe; der Mahnruf an das deutsche Volk ist ein Angriff gegen das Papstthum aus dem Geist und den Erfahrungen unserer Geschichte heraus.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert in Coburg.

Nr. 169. | Vierter Jahrgang. | Sonntag, 25. März 1866.

Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Organ der deutschen Arbeiterbildungsvereine.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Commissionäre von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Abonnementseinladung.

Mit dem 1. kommenden Monats beginnt ein neues Vierteljahrsabonnement auf die „Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung". Indem wir zu dem neuen Abonnement freundlichst einladen und um möglichst baldige Aufgabe der Bestellungen bitten, machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß das Blatt aller Orten — mit Ausnahme von Preußen und Mecklenburg — bei den betreffenden **Postanstalten**, und ebenso durch alle Buchhandlungen, sowie direct von der Expedition hier bezogen werden kann. Der Abonnementspreis beträgt **hier** am Platz 12 Sgr. oder 42 kr., der **Postbestellpreis** durch ganz Deutschland, mit Ausnahme der obengenannten beiden Staaten, 15 Sgr. oder 53 kr., wozu außerhalb Deutschlands der betreffende ausländische Postaufschlag hinzukommt. Die Bedingungen für den directen Bezug durch die Expedition sind an der Spitze des Blattes ersichtlich. Der Bezug durch den Buchhandel ist der billigste, der Bezug durch die **Post** dagegen der schnellste und billiger als der directe Einzelbezug unter Kreuzband, welchen der Portozuschlag erheblich vertheuert.

☞ Die immer sich wiederholenden Klagen über die mit dem Bezug durch den Buchhandel unvermeidliche Verspätung veranlassen uns zu dem wiederholten, dringenden Ersuchen, anstatt des directen Bezugs wie des durch den Buchhandel, wo immer möglich den Weg der **Bestellung an der nächsten Poststelle** zu wählen; die geehrten Leser erhalten dadurch das Blatt am **Tag des Erscheinens**, und **uns** werden viel Arbeit, Zeit und Geld erspart. Bei Bestellung von 25 Exemplaren und darüber unter einem Packet empfiehlt sich der bisherige directe Bezug auch ferner, und liefern wir in diesem Fall wie bisher portofrei.

Zu Anzeigen, namentlich für Arbeitsvermittelung, ist das Blatt, da es in fast allen Arbeitervereinen Deutschlands und der Schweiz gelesen wird, besonders geeignet. Die Insertionsbedingungen sind oben am Kopfe des Blattes ersichtlich.

Nachdem es durch dreijährige Anstrengungen gelungen ist, in der Arbeiterzeitung allen gleichstrebenden Vereinen ein Organ für die regelmäßige Vermittlung ihres geistigen Verkehrs und zur Förderung ihrer Vereinszwecke, wie der von ihnen getragenen Bewegung zu schaffen, darf von den Vereinen billig erwartet werden, daß nach und nach alle das Ihrige dazu beitragen, daß zwischen ihnen und ihrem Organ endlich das richtige Verhältniß von Leistung und Gegenleistung hergestellt und so die seit drei Jahren angestrebte, aber nur den vereinten Kräften mögliche, vollständige und würdige Erfüllung der Aufgabe dieses Organs erreicht werde. Bei mehr als 40,000 Vereinsmitgliedern trifft an dieser Pflichterfüllung die Einzelnen ein kaum bemerkbares Minimum. Sollten die Vereine und die Einzelnen zur Erfüllung eines solchen Minimums sich nicht entschließen können, während die Herausgeber des Blattes seit mehr als 3 Jahren weit über das Maximum in ihren Pflichten gegen die Sache opferwillig zu erfüllen bestrebt sind? So lange es aber freilich noch immer eine **große Anzahl von zur Organisation des Vereinstags gehörigen Vereinen gibt**, welche bei mehreren hundert, ja **bei weit über 1000 Mitgliedern** sich begnügen, das gemeinsame Organ in je einem Exemplar zu halten, **harrt dieses Mißverhältniß vergeblich auf Ausgleichung.**

Die Bekanntmachungen des **ständigen Ausschusses**, deren Mittheilung laut Ausschußbeschluß in erster Linie in der Arbeiterzeitung erfolgen soll, werden, sofort nach Eingang immer an der Spitze des Blattes gebracht; ebenso, wie bisher, die für den Vereinstag vorbereiteten Referate. Das Blatt, welches nach wie vor, je nach dem vorhandenen Stoff in einem ganzen oder halben Bogen, Sonntags erscheint, geht Freitags in die Presse, um Sonnabends mit den Frühzügen zur Versendung zu kommen. Manuscripte für die nächste Nummer müssen spätestens bis Donnerstag Morgens hier sein.

Coburg, Ende März 1866.

Die Redaction der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.

Inhaltsverzeichniß.

Vereinsangelegenheiten.

Löbau, 18. März. In Hinsicht auf das von Hrn. P. Staudinger in Nürnberg an die gesammten Vereine des deutschen Verbandes erlassene Circular vom 5. December v. J. erklärt Unterzeichneter im Namen der Mitglieder des Arbeitervereins zu Löbau hiermit: daß Herr Staudinger vollkommen im Recht und nur auf diese Weise eine dauernde Verbesserung der Lage des Arbeiters herbeigeführt werden kann. Auch verspricht Unterzeichneter, mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln diesem Circular nachzukommen und treu mit seinem Verein das anzustreben, was dem Arbeiter mit Recht zukommt, aber ihm jetzt noch vorenthalten wird.

Im September v. J. gegründet, hat unser Verein mit mächtigen Schwierigkeiten, mit Polizei und Zunftchicanen in einer Weise zu kämpfen, daß er wohl, wenn er nicht so fest beisammen stände, seiner Auflösung entgegenginge.

Auch die Männer der Wissenschaft, die eher einer ägyptischen Priesterkaste gleichen und es sich für Sünde an der Gottheit rechnen, die Wissenschaft zum Gemeingute Aller zu machen, sind uns feind, und so sind wir, was Vorträge anbelangt, vollständig auf uns selbst angewiesen, und rühmend muß das Vorgehen der Vereinsmitglieder in dieser Weise erkannt werden, die einer nach dem andern Vorträge über ihre Geschäftszweige halten und dadurch sehr interessante Debatten veranlassen.

Um auch außer den Vereinsabenden eine gute Beschäftigung zu finden, haben wir schon eine unsern Verhältnissen angemessene Summe auf die Bibliothek verwandt und uns an die hervorragendsten Buchhandlungen Sachsens mit der Bitte um Unterstützung gewandt, die auch zum Theil durch Widmung schöner Werke gekrönt wurden, und es erfreut sich unsere Bibliothek eines großen Leserkreises.

Der Arbeiterverein zu Löbau.
Karl Friedr. Leubner, Vorsitzender. A. Kluge, Schriftführer.

Chemnitz, 20. März. Auch der unterzeichnete Verein erklärt sich laut Beschlusses vom 12. d. Mts. mit dem Vorgehen unseres P. Staudinger in der Frage, das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht betreffend, völlig einverstanden. Ein Bericht über die Verhältnisse wird Ihnen in nunmehr nächster Zeit zugehen.

Der Arbeiterfortbildungsverein zu Chemnitz.
C. H. Reichelt, I. Vorstand.

Kempten, 11. März. Den 4. März constituirte sich der schon längere Zeit projectirte Consumverein, welcher mit dem 1. April seine Thätigkeit beginnen soll.

Allein das Kind in der Wiege hat schon gegen Bornirtheit und Zopfthum zu kämpfen und es fällt uns hier unwillkürlich der Ausspruch des Hrn. Bandow von Berlin ein: Jeder will frei gesinnt sein und will Freiheiten; allein nur Freiheiten für sich; sobald sein Nächster sich rührt und auch ein Bischen Freiheit will, so ist der Teufel in allen Ecken los und der Zopf hängt so lang hinunter, daß man darauf sitzen kann.

Doch nichts soll uns abhalten, auf der einmal betretenen Bahn muthig vorwärts zu schreiten; denn je größer die Schwierigkeiten, desto schöner der Sieg.

Was die Zustimmungs-Erklärung zu dem bekannten Rundschreiben des Arbeitervereinstags-Ausschusses,

„das allgemeine Stimmrecht betreffend", anbelangt, glauben wir, wird es genügen, wenn wir darauf hinweisen, daß diese Angelegenheit bei uns schon in einer allgemeinen Arbeiterversammlung im Sinne des Ausschusses erledigt wurde.

Im Namen des Vereins:
Engelhardt, Vorstand.

Großenhain, 19. März. (Bitte an sämmtliche Produktivgenossenschaften.) Im Begriff eine Produktivgenossenschaft zu gründen, stellen wir an sämmtliche jetzt bestehende die ergebene Bitte, uns so bald wie möglich die Art und Weise Ihrer Einrichtung mitzutheilen, resp. Abschrift der Statuten rc. zukommen zu lassen. Für etwaige Bemühungen im Voraus bestens dankend, bitten wir alle auflaufenden Kosten per Postvorschuß zu entnehmen. Der Erfüllung seines Wunsches entgegenharrend zeichnet mit vereinsbrüderlichen Gruß

Der Vorstand des Arbeiterbildungsvereins.
J. A.: Gustav Ringpfeil, Vorsitzender.

Leipzig, 20. März. In der Monatsversammlung des Arbeiterbildungsvereins am 14. d. M. kam es über den Antrag des Vorstandes, die Berliner Volkszeitung ab- und dafür die „Rheinische Zeitung" anzuschaffen, zu einer sehr heißen Debatte. Der Vorsitzende Herr Bebel motivirte den Antrag dahin, die Volkszeitung nehme seit längerer Zeit in der Politik wie in der Arbeiterfrage einen Standpunkt ein, den nach Ansicht des Vorstandes, der Verein nicht theilen könne, da nun die Volkszeitung aus Vereinsmitteln gehalten werde, so sei es wünschenswerth, daß man sein Geld auch für wirklich gute und entschiedene Blätter ausgebe.

Nach Eröffnung der Debatte ergreift Herr Reichert das Wort gegen den Antrag. Man müsse verschiedene Urtheile hören und daraus sich das eigene bilden. Ueber das Wahlrecht habe die Volkszeitung einige sehr gute Artikel gebracht. Herr Hartwig: Auch er sei gegen den Vorstandsantrag. Die Volkszeitung habe wegen ihrer anti-annexionistischen Haltung in der Schleswig-Holsteinischen Frage einen großen Theil ihrer Abonnenten verloren, das verdiene alle Beachtung. Die Leitartikel der Volkszeitung seien ausgezeichnet. Man möge ein Blatt nicht abschaffen, weil es gewissen Leuten nicht convenire. Er lese die Volkszeitung seit 1½ Jahren und habe sie stets sehr gut gefunden. Wenn man sparen wolle, könne man es an einem andern Orte. Herr Hadlich: für den Antrag. Die Volkszeitung sei Organ der Fortschrittspartei und wie diese den Arbeiterinteressen entgegenstehe, sei bekannt. Redner kritisirt in längerer Rede das Gebahren der Führer der Fortschrittspartei gegenüber den Arbeitern und citirt verschiedene Stellen aus öffentlichen Reden derselben. Herr Bebel: Aus Sparsamkeit schaffe man die Volkszeitung nicht ab, sondern aus Princip. Die Rheinische Zeitung sei mit das beste preußische Blatt und vertrete die entschiedene Linke in der Kammer. Hartwig habe ihm selbst versichert, daß er nur die Volkszeitung lese, er könne daher auch nur ein einseitiges Urtheil haben. Wie man behaupten könne, die Volkszeitung habe sich in der Wahlrechtsfrage gut benommen, das könne er nicht begreifen. Es scheine ihm, daß man die Zeitung vertheidige, ohne sie zu kennen. Redner beleuchtet das Auftreten der Volkszeitung in der Coalitions- und Lohnfrage. Ihre Abonnenten habe dieselbe mehr wegen ihrer Stellung zur Arbeiterfrage als zur Schleswig-Holsteinischen verloren. In der letzteren habe sie die preußische Hegemonie in der entschiedensten Weise vertheidigt. Das vereinige sich nicht mit dem demokratischen Princip. Herr Hartwig: Die Volkszeitung habe das Selbstbestimmungsrecht Schleswig-Holsteins jederzeit gewahrt.

Herr Liebknecht gibt in längerer Rede eine Geschichte der Volkszeitung und ihres Verhaltens zur Zeit Manteufels, des italienischen Krieges, der neuen Aera und beim Erlaß der Juni-Ordonnanzen gegen die Presse. Die Volkszeitung habe in keiner Weise ihre Aufgabe als demokratisches Blatt, als Blatt für „Jedermann aus dem Volke" erfüllt. In ihren Leitartikeln verfechte sie unter der demokratischen Phrase die Herrschaft der Bourgeoisie, das sei schlimmer als offene Gegnerschaft. In der Herzogthümerfrage habe sie das Selbstbestimmungsrecht derselben und die Annexion zugleich verfochten, das allgemeine Stimmrecht verleugnet, entschieden demokratische Männer, weil sie mit der Fortschrittspartei nicht in ein Horn bliesen, verleumdet oder todtgeschwiegen u. s. w. Die Bebel'sche Behauptung wegen des Abonnentenverlustes sei richtig. In den Arbeiterkreisen habe er keine Sympathien für die Annexion gefunden, wohl aber in den Kreisen der Volkszeitung. Er müsse nach alledem das Vorgehen des Vorstandes nur billigen. Herr Dolge gegen den Antrag. Er wolle zwar die Volkszeitung nicht in allem vertheidigen, sie habe sich aber große Verdienste um die politische Bildung des Volkes errungen und sei namentlich gegen Bismarck aufgetreten. Die Aeußerung Bebels, daß sie falsche Berichte gebracht, müsse erst bewiesen werden. Herr Liebknecht: Den Beweis wolle er bringen. Herr Werner: Die Volkszeitung solle keineswegs unser Leiborgan sein, man solle nur ihre Ansicht auch hören. Sie habe in der Reaktionszeit der 50er Jahre tüchtig gewirkt und gekämpft. Man solle ein Blatt nicht verurtheilen, wenn es in einzelnen Punkten weitergehenden Meinungen nicht Rechnung trage oder einzelnen Personen, wie es seinerzeit auch mit der „Arbeiterzeitung" der Fall gewesen sei, nicht gefalle. Herr Germann stimmt Herrn Liebknecht bei. Die Volkszeitung sei nicht demokratisch, sie scheine Freund der Arbeiter, sei es aber nicht, ja zuweilen vermeide sie sogar den Schein als solcher. Es sprachen noch die Herrn Hartwig und Reichert gegen, Hadlich, Häberer und Bebel für den Antrag. Letzterer kritisirt die Haltung der Volkszeitung in der Arbeiterfrage und entgegnet schließlich Herrn Werner, daß der Fall mit der „Arbeiterzeitung ein entschieden anderer gewesen sei", er könne ihm aber die beruhigende Versicherung geben, daß er seit dem Arbeitertag in Stuttgart, mit der „Arbeiterzeitung" vollständig zufrieden sei.

Die Debatte ist hierauf geschlossen. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Vorstandes, die Volkszeitung abzuschaffen gegen 17 Stimmen von 160—170 Anwesenden angenommen. Die Rheinische Zeitung anzuschaffen gegen 5 Stimmen genehmigt. Ein anderer Antrag des Vorstandes, die von Hauptmann P. Korn redigirte „Allg. deutsche Frauenzeitung" ebenfalls abzuschaffen, weil, wie der Vorsitzende in den Motiven angibt, dieselbe in keiner Weise ihrer Aufgabe gerecht werde, wird ohne Debatte gegen 2 Stimmen angenommen, dagegen beschlossen, den „Bürger- und Bauernfreund" v. Reitenbach-Plicken und den „Boten vom Niederrhein"*) redigirt von Dr. A. Lange vom nächsten Quartal an aus Vereinsmitteln anzuschaffen. Ein anderer Antrag, die bei Duncker in Berlin erscheinende „Verfassung" ebenfalls zu halten, nach kurzer Debatte gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Neustadt (Baden), 19. März. Gestern Abend wurde von Seiten der Sänger des hiesigen Arbeiterbildungsvereins dem Großherzogl. Medizinalrath, Hrn. Amtsarzt Dr. **Winterhalter** dahier, ein Ständchen für seine unbestrittenen Verdienste, welche er durch die Gründung des hiesigen Krankenhauses um unsern Arbeiterstand sich erworben hat, dargebracht. Welche Wohlthat ist es nicht für einen Arbeiter, wenn er, allein und fremd, und fern von seinen Angehörigen, in kranken Tagen eine Zufluchtsstätte, und zugleich liebevolle und humane Verpflegung findet! Herr Dr. Winterhalter besorgt schon seit Jahren die Geschäfte als Hausarzt unentgeldlich.

Pforzheim, 19. März. (Frage und Antwort eines früheren Mitglieds des Pforzheimer Arbeiterbildungsvereins.) Als seiner Zeit Herr Moritz Müller es im hiesigen Verein nicht mehr aushalten konnte, und als ein Herr Professor an seine Stelle trat; als dann der zweite Vorsteher, Herr Grossellfinger, ein Arbeiter, seine Stelle auch nicht wieder annahm und als zweiter Vorstand wieder ein Herr Professor eintrat und unter dem noch 6 bis 8 Doctoren und Professoren und Directoren stehen, die das große Wort im Verein führen, da dachte ich, jetzt trittst du aus, — denn wir armen Arbeiter gelten doch nichts mehr. Sollte man es meinen, wenn ich folgende Fragen mit Nein beantworten muß? Frage: Wurden die Arbeiter zu einem Vortrag und einer Debatte über das Wahlrecht und Stimmrecht eingeladen? Nein! Wurde eine Einladung zu einer Abstimmung darüber vielleicht erlassen? Nein! Wissen die Mitglieder etwas genaues von den Angriffen der anderen Arbeitervereine? Nein! Denn die 50 bis 60, welche der Herr Vorsitzende gewöhnlich verdonnert, können doch nicht als Ausdruck der circa 800 Arbeiter gelten?! Und deswegen geht es nun auf die Arbeiter los, die freilich selber Schuld sind, daß sie das allgemeine Organ, die Arbeiterzeitung, nicht lesen. In Pforzheim werden 3 Exemplare der Arbeiterzeitung gehalten, 1 hält Herr Müller, 1 ein Arbeiter und 1 der Verein. Das eine Exemplar im Verein und die Eckardt'sche Wochenschrift, so geht das Gerücht, — soll abgeschafft werden?! Auch vernahm ich bei meinem jetzigen Besuch in Pforzheim, daß Herrn Müller ein Verbot zuging, irgend etwas in den Verein zu schicken, das gegen den Vorstand auftritt!! Ist das nicht à la Bismarck?! — — — Nein, da ist es im Würtembergischen besser. Da sind meist Arbeiter an der Spitze und es würde es kein Professor, die wohl als Lehrer angenehm sind, wagen, so mit den Arbeitern umzuspringen! Wie weit fehlt es da noch bis zum Haselstock? — Ich bin begierig, wie der Herr Professor Provence am Arbeitertag bestehen wird, wenn er so viel Muth hat, hinzugehen? Das wollte ich Ihnen schreiben, verehrter Herr Redacteur. Ich gehe nun zurück in's Würtembergische — aber nur eins bleibt mir unbegreiflich: daß eine Zeitung wie die Landeszeitung schreiben konnte: gerade weil Baden so ein freies Land sei, deswegen sei auch das Verhalten der badischen Arbeitervereine in Bezug des Wahl- und Stimmrechts so gut, während es in unfreien Ländern so beklagenswerth sei! Beantworten Sie doch diese Frage. Mir steht bei so Ansichten der Verstand still.

Ein früheres Mitglied des Pforzheimer Vereins.

Lörrach, 14. März. Es ist eine allbekannte Thatsache, daß die Arbeitervereine mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Denn nicht allein die Regierungen, sondern auch die Mitglieder selbst legen so Manches in den Weg, wodurch die Entwicklung der Vereine wie überhaupt des ganzen Arbeiterstandes gehindert wird. Daher kommt es auch so häufig vor, daß Vereine, welche wohl im Stande sind, dem Arbeiter Nützliches und Angenehmes zu bieten, dennoch durch aufgehetzte und irregeleitete Mitglieder ihren schönen Zweck verfehlen und daß diejenigen Männer, welche es aufrichtig mit unserer Sache meinen, sich zurückziehen, wodurch dann dem Verein die besten Kräfte entzogen werden. Obgleich man gerade nicht sagen kann, daß unser Verein schon jemals im Stande war, seine schwere Aufgabe zu erfüllen, so muß man doch zugeben, daß derselbe sich nach seiner Gründung recht erfreulich emporarbeitete, wie denn auch viele ehrenwerthe Bürger Lörrachs an demselben sich betheiligten. Bald jedoch entstand unter den Mitgliedern Zwiespalt und die Folge war, daß auch nicht ein einziger Bürger in unserem Verein blieb. Im Frühjahr 1865 waren nur noch 4 Mitglieder im Verein. Diese hatten sich jedoch die ehrenwerthe Aufgabe gestellt, nach besten Kräften den Verein wieder emporzubringen, und ihr Streben war nicht vergebens; denn der Verein zählte im vergangenen Spätjahr etwa 80 Mitglieder, welche in Eintracht manches Gute stifteten. Es wurde z. B. im Gesang, Zeichnen, Rechnen und Schreiben unterrichtet. Außerdem gab es jede Woche eine Diskussions-Stunde und alle zwei Wochen (Sonntag) Abendunterhaltung durch Vorträge und Gesang. Das Weihnachtsfest wurde mit Ausschmückung eines Christbaums nebst einer Verloosung begangen. Der Ueberschuß sollte zum Besten der noch schwachen Bibliothek verwandt werden. Auch hier zeigte sich, was durch Einigkeit und Liebe zur Sache geleistet werden kann; viele Mitglieder machten Geschenke, andere gaben freiwillig Geldbeiträge. Die Verloosung brachte einen Ueberschuß von 53 Gulden. Jetzt aber stellte sich heraus, daß unser Präsident Jacob Lingg (welcher mit Verkauf der Loose beauftragt war) dem Verein 42 Gulden schuldig bleiben mußte, weil derselbe die verlangte Summe nicht mehr beisammen hatte. Jacob Lingg versprach jedoch, die fehlende Summe baldigst nachzubezahlen. Da unser Präsident bis dahin seine Schuldigkeit gethan und auch zur Hebung des Vereins viel beigetragen hatte, so glaubten wir, er würde auch jetzt seine Pflicht erfüllen. Statt dessen machte derselbe am 19. Februar sich aus dem Staube. Als wir uns so betrogen sahen, verloren Viele den Muth und traten aus, Andere wurden nachlässig. Es sind jedoch noch Einige, welche so viel als möglich dahin streben werden, daß der Verein wieder gehoben werde. Es ist zu beklagen, daß auch bei uns noch immer ein so schlimmes Vorurtheil gegen die Vereine gehegt wird. Trotzdem sich die Mitglieder so viele Mühe gegeben haben, Bürger von hier heranzuziehen, hat sich bis jetzt noch keiner dazu entschlossen. Was Einzelne gefehlt haben, sollte man doch nicht Allen zur Last legen. Mancher Arbeiter würde größeres Interesse für seinen Arbeitgeber haben, wenn er sähe, daß auch auf jener Seite Interesse für die Sache der Arbeiter vorhanden sei. Unterdeß wollen wir beharrlich festhalten am Loosungswort: „Bildung macht frei". Dahin wollen wir streben, daß der Geist geweckt werde, damit wir über unser eigen Wohl und Wehe denken lernen und nach allem Guten und Edlen

*) Beide Organe, den „Bürger und Bauernfreund" und den „Boten vom Niederrhein" wollen auch wir nicht unterlassen, unsern Lesern noch ganz besonders zu empfehlen. Die Red.

streben. In einer unserer letzten Sitzungen wurde die Gründung einer Kranken-Unterstützungskasse beschlossen, welche am 7. März in Kraft getreten ist.

Unser gewesener Präsident, welcher unseren Verein um 42 Gulden betrogen hat, ist der Schreiner **Jacob Lingg** aus Neukirch, Kanton Thurgau, welches wir hiermit allen Brudervereinen zu wissen thun.

Der Arbeiterbildungsverein in Lörrach.

Berlin, 21. März. In der am Montag stattgehabten Versammlung des **Berliner Arbeitervereins**, in der Hr. W. **Angerstein** „Ueber die Grundbedingungen des staatlichen Zusammenlebens" Vortrag hielt, kam nach Beendigung desselben die mehrerwähnte **Broschüre**: „Alte Zeugen gegen das neue Budgetrecht" zur **Gratisvertheilung**. Nachdem die Mitglieder einen flüchtigen Blick in dieselbe geworfen, ward folgender Antrag gestellt: Die Versammlung wolle beschließen, daß für die Folge, wenn Drucksachen zur Gratisvertheilung in dem Verein bei dem Vorstande eingehen, letzterer gehalten sein soll, zuvor Einsicht von denselben zu nehmen und ein kurzes Referat des Inhalts zu erstatten, damit der Verein zuvor prüfen könne, ob die fraglichen Druckschriften mit den Tendenzen des Vereins übereinstimmen. Den einzelnen Mitgliedern soll es indeß unbenommen bleiben, solche abzulangen. Als Motiv für den Antrag wurde geltend gemacht, daß das Bemühen von verschiedenen Seiten her unverkennbar sei, Verwirrung und Spaltung unter die Mitglieder des Berliner Arbeitervereins zu bringen, indem man denselben wiederholt mit Druckschriften belästigt habe, deren Zweck — theils Verdächtigung der Mitglieder untereinander, theils Abwendigmachung von seinen Zielen — klar erkennbar gewesen sei. In der vorliegenden Broschüre werde der Versuch gemacht, durch aus dem Zusammenhang gerissene Stellen aus Reden und Zeitungsartikeln den Nachweis zu führen, daß gleich nach Einführung der oktroyirten Verfassung von den Stimmführern aller, also auch der liberalen Parteien, das jetzt von der Fortschrittspartei einstimmig geforderte Budgetrecht als wirklich in der Verfassung stehend angezweifelt worden sei. Dergleichen Einwirkung verwirre das klare Rechtsbewußtsein des Arbeiters, der sich das Budgetrecht des Volkes nicht anders vorstelle, als wie es der Natur der Sache gemäß sei, d. h. daß derjenige über die Verausgabung der Gelder zu bestimmen habe, der sie aufbringe, und dies sei das **Volk**, das seine Vertretung im Abgeordnetenhause finde. Auch sei diese Controle um so nothwendiger als die Abgaben bereits eine vielfach unerschwingliche Höhe erreicht hätten. Eine Broschüre, wie die vorliegende, die nur Absatz finde, wenn sie verschenkt werde und deren Verfasser sich nicht einmal getraue, mit seinem Namen hervor zu treten, verdiene nicht die Ehre, in dem Verein zur Vertheilung zu gelangen. Nach kurzer Debatte wurde der Antrag angenommen. (Reform.)

± **Berlin.** Neben den vielen hier bestehenden Bildungsvereinen ist es vorzüglich der **Louisenstädtische Handwerkerverein**, welcher seine Aufgabe in richtiger Weise zu erfüllen sucht. Zwar ist es nicht eine große Anzahl Handwerker, die sich dort zusammen findet, aber um so einmüthiger hält diese zusammen, um das Ziel Bildung zu erstreben, zu erreichen. Der Verein versammelt sich zwei Mal in der Woche, Montag und Sonnabend, an welchen Abenden auch die Bibliothek geöffnet ist. Zum 1. April wird der Verein sein Lokal nach einer Gegend mehr im Mittelpunkt der Stadt verlegen, wodurch er gedenkt, mehr Mitglieder zu erlangen. Die Sitzung wird jedes Mal mit Gesang eröffnet, dem Vortrag, Fragebeantwortung und auch oft Debatte folgt. Daß die Redenden oft durch das Hinausgehen der Anwesenden gestört werden, fällt hier weg, da selten Jemand den Saal vor Schluß der Sitzung verläßt. Natürlich wird auch von Seiten der Lehrer alles Mögliche aufgeboten, um die Anwesenden zu fesseln. Besonders verdankt der Verein sein Fortschreiten der trefflichen Leitung des Vorsitzenden Schulvorsteher **Strchow**. In der verflossenen Zeit wurden folgende Vorträge gehalten. Am 19. Febr.: Hr. Lehrer **Gaucke**, über lyrische Poesie, deren Wesen und Charakter er im Gegensatze zur epischen Dichtung erläuterte; am 24. Febr.: Hr. Dr. **Levy**, über die Geschichte der Arbeit, in welchem derselbe zunächst darauf hinwies, wie die gigantischen Bauten der Vorzeit, als Babylon, Ninive u. s. w. Erzeugnisse der Sclavenarbeit gewesen seien, wie auch Griechen und Römer erst freie Arbeit und dann Sclavenarbeit eingeführt hatten, daß aber staatliche Freiheit Hand in Hand mit freier Arbeit gehen müsse. Erst im Mittelalter sei durch freie Arbeit Handel, geistiger Aufschwung und Bildung verbreitet worden. In Bezug auf die Neuzeit erörterte der Redner sodann den Communismus, Socialismus, St. Simonismus und sprach dann über Lassalle, Schulze-Delitzsch über Consum-Sparvereine, Handwerkervereine und das Coalitionsgesetz; am 26. Febr. sprach Hr. Lehrer **Schuhmacher** über die Entwicklung des preußischen Staates aus der Nordmark; am 3. März: Hr. **Schlesier**, über Berlin in seiner communalen Entwicklung; am 5. März: Hr. Lehrer **Gaucke**, über die Geschichte der Erde; der 7. März war der Besprechung innerer Vereinsangelegenheiten gewidmet; am 13. März: Hr. **Koch**, über das Arsenik und am 17. März: Hr. **Strchow**, über die Geldfrage. In letzterer Sitzung fand eine Besprechung über die Theaterfrage statt, da Hr. E. **Prager** mit einzelnen Theaterdirectionen ein Abkommen getroffen, wonach den Mitgliedern von Bildungsvereinen der Besuch des Theaters durch billigere Billets erleichtert wird.

± **Berlin.** Am 11. März hat sich hier ein **Maschinenbauarbeiter-Verein** gegründet, dessen Zweck es ist, die gemeinsamen Interessen der Maschinenbauarbeiter zu wahren, vorzüglich durch Fachvorträge und sonst Geeignetes für materielle Interessen. Zur Mitgliedschaft berechtigt ist jedes Mitglied der Kranken- und Sterbekasse der Maschinenbauer, wenn es vierteljährlich 3 Sgr. zahlt. Anträge in Bezug auf die Kranken- und Sterbekasse werden bevorzugt. Die Vorträge werden honorirt. Das provisorische Comité wurde auf 3 Monate zum Vorstand gewählt.

Cigarrenarbeiterangelegenheiten.

Stuttgart. Nach Bekanntmachung in der letzten Nummer d. Bl. ist also das Resultat der Wahl eines Geschäftsführers für den Allgemeinen deutschen Cigarrenarbeiterverein folgendes:

Stimmen erhielten die Herren **Franz Leib** aus Stuttgart 12, **C. B. Richter** aus Dresden 5, **Heinrich Franke** aus Kassel u. **A. Hörig** aus Berlin je 1. Gewählt ist also **Franz Leib** aus Stuttgart.

Mit collegialischem Gruß

Franz Leib.

Pforzheim, 17. März. Meine Antwort an mehrere Vereine ist die: Das Material über die Frauenfrage ist zu meinem Vortrage so angewachsen, daß ich am Arbeitertage ca. 4 Stunden brauchen würde, um Alles zu sagen, was wichtig ist. Da mir aber nur ½ oder 1 Stunde zum Bericht bewilligt wird, so muß ich nach eigenem Ermessen wählen und abkürzen. Weiß ich aber vorher rechtzeitig in was ich mit den Vereinen einig und nicht einig bin, so lasse ich das erstere weg und behandele das letztere. Und sind wir in Allem einig, lese ich nur meine Erklärung vor, zur Abstimmung. Ist das nicht vernünftig? — Man nehme also in jedem Verein meinen, bei Hrn. **Streit** in **Coburg**, erschienenen Vortrag zur Hand, und debattire einen Abend darüber und gebe seine Erklärung in der „Arbeiterzeitung" ab. Das ist das was ich wünsche.

Moritz Müller.

Politischer Theil.

Ungarn und sein gutes Recht.

Zur Nutzanwendung für die deutschen Möglichkeitspolitiker.

(Aus dem „Coburger Tagblatt".)

Ungarn verdient sich immer mehr die Aufmerksamkeit und Achtung von ganz Deutschland nicht nur, sondern von ganz Europa, von allen Völkern, die für ihr Recht und ihre Freiheit kämpfen. Auch in Ungarn ist das Recht von der Gewalt niedergetreten, die Verfassung von der Octroyirung überwuchert. Aber während im übrigen Europa und in Deutschland insbesondere, mit Ausnahme Schleswig-Holsteins, Feigheit und Charakterlosigkeit, die sich in's Gewand „staatsmännischer" Weisheit kleiden, unter der klüglichen Phrase, „**man muß nur das Mögliche wollen**", seit 1848 sich in Concessionen an die octroyirenden Machthaber überbieten, während so nicht nur fast in keinem deutschen Lande ein Rechtsboden mehr vorhanden und die Continuität des Volks- und Nationalrechtes fast überall durch Octroyirung, und zwar durch Verschulden sogen. Volksführer selbst, durchbrochen ist, während, was noch schlimmer ist, in Deutschland von den Volksführern der alte Rechtsboden und die Rechtscontinuität den octroyirenden Machthabern gegenüber todtgeschwiegen und so das politische Ehr- und Rechtsgefühl im Volke systematisch corrumpirt werden, während also in **Deutschland** fast alles öffentliche Leben seit 1848 auf dem von der Willkür der Machthaber geschaffenen und von ihnen jeden Augenblick wieder zu durchbrechenden Boden der Octroyirung sich bewegt, haben die **Ungarn**, obschon im blutigsten Kampfe niedergeworfen, doch von ihrem guten Recht, von den 1848 und früher auf verfassungsmäßigem Wege zu Stande gekommenen Gesetzen, auf denen ihre öffentlichen Rechte und Freiheiten beruhen, keinen Augenblick abgelassen. Weder die Gewalt, noch die Drohungen, noch die Schmeichelreden der habsburgischen Machthaber haben es bis zur Stunde erlangt, die Ungarn auch nur um Haaresbreite von ihrem Rechtsboden zu verdrängen oder zu verlocken. Sie haben, als längerer Widerstand ihnen thatsächlich unmöglich geworden, als besiegte „Rebellen" die Sturmfluth der Reaction, welche die siegenden Rechts- und Verfassungsbrecher über sie hereinführten, zwar still duldend über sich ergehen lassen, aber unter den wildesten Wogen der Reaction haben sie unverbrüchlich an der Continuität ihres guten alten Rechtes festgehalten. Das Haus Habsburg octroyirte für das ganze Kaiserreich eine Reichsverfassung. Aber die Ungarn ließen sich durch nichts bestimmen, den octroyirten Reichstag zu beschicken, und sie sind so die Schützer nicht blos **ihrer** freisinnigen Verfassung, sondern mittelbar auch der Freiheit aller anderen Völker unter dem habsburgischen Scepter und vor allen der, so lange ihnen thörigterweise feindlich gegenüber gestandenen Deutschen geworden, in deren Köpfen es darüber jetzt allmälig zu tagen beginnt. Als die Verlegenheiten der Regierung zunahmen und als der für Ungarn bis zur Stunde noch nicht gekrönte Kaiser Franz Joseph sah, daß trotz aller Machtentfaltung und trotz allem Octroyirungsapparat die Ungarn nicht zu ihm kommen wollten, so entschloß er sich, wenn auch mit schwerem Herzen, selber zu den Ungarn zu kommen. So wurde denn, das kaiserliche Ministerium geändert, der lang suspendirte ungarische Reichstag einberufen, die Kaiserfahrt in Pesth in Scene gesetzt und die viel besprochene, vielverheißende Thronrede von Stapel gelassen. Mit aller Ehrerbietung, mit lautem officiellen Festjubel wurde der Kaiser von den Ungarn aufgenommen, aber die Hoffnung, daß sie nun von ihrem guten Recht ablassen würden, erwies sich als Täuschung. Der Kaiser verlangte in seiner Thronrede von den Ungarn, daß sie vor der Wiedereinführung der Verfassung und bevor er den Krönungseid ablege, erst eine Reihe von Verfassungsgesetzen, namentlich die von 1848, abänderten, freilich gerade die wichtigsten für die Freiheit und das öffentliche Recht Ungarns. Die Ungarn aber, die hierin, Hoch und Gering, einmüthig sind, sahen wohl ein, daß sie damit auf eine gefährliche schiefe Ebene sich begeben würden, umgingen die Falle und erklärten durch ihre Vertreter im Reichstage, unter Führung des ehrwürdigen (altadeligen) Franz **Deak**, daß sie wohl bereit seien, **in verfassungsmäßigem** Wege, also einem verfassungsmäßigen ungarischen Ministerium gegenüber, was möglich und soweit mit dem Wohle des Landes und Volkes verträglich, nach den Wünschen des Kaisers in der Verfassung abzuändern, aber erst müsse das einseitig und gewaltsam suspendirte Verfassungsrecht, müsse die Rechtscontinuität wieder hergestellt werden. Dies erklärten sie in einer von Deak verfaßten meisterhaften Adresse auf die Thronrede. Darauf erfolgte am 3. des laufenden Monats ein ablehnendes, kaiserliches Antwortsrescript, mit Wiederholung der Forderungen des Kaisers, der ihnen darin u. a. sagt, daß in seinen religiösen Gefühlen die Bürgschaft ihres Rechts liege und daß es ihm nicht möglich sei, Gesetze wieder herzustellen, „deren unverletzte Aufrechthaltung durch den Eid zu bekräftigen, ihm sein religiöser Glaube und sein Gewissen gleichmäßig verbieten." Der ungarische Reichstag hat dieses Rescript in Berathung genommen und eben jetzt aus der unbeugsamen Feder Deaks eine weitere Antwortsadresse ohne Debatte angenommen, welche ein Muster männlicher Würde und Festigkeit ist.

Jene oben charakterisirte staatsmännische Weisheit unserer deutschen „Fortschrittsleute", die, jedem Uebergriff der Regierungen gegenüber, den pflichtgemäßen Widerstand stets mit der Möglichkeitsphrase abweisen, und dabei eine „Möglichkeit" um die andere aus ihren muth- und thatlosen Händen verlieren, weil die Reaction, wie jede ihres Zieles klar bewußte und entschlossene Partei, eben stets das von den Gegnern für **unmöglich** Gehaltene will und durchsetzt, — diese Weisheit ist den Ungarn unbekannt; sie meinen, das Recht ist immer **möglich**, wenn man es nur vertreten **will** und die nöthige Festigkeit und Ausdauer dabei sich zu bewahren weiß. Siegt man heute nicht, so siegt man

morgen, aber man siegt endlich immer, wenn man nur siegen will.

Die zähe Festigkeit und Unverrückbarkeit der Ungarn hat den Kaiser Franz Joseph nach Pesth gezwungen, hat ihn gezwungen, da wieder anzuknüpfen, wo die bei seinem Regierungsantritt niedergeworfene „Revolution" geendet hat. Die Ungarn hatten unverbrüchlich fest an der seit Jahrhunderten bewahrten Selbstregierung und Selbstverwaltung auf Grund der, im Einklang der verfassungsmäßigen Gewalten, auf verfassungsmäßigem Wege festgestellten Gesetze. Ihre so zu Stande gekommenen Verfassungsgesetze, ihre Gerichts- und Municipalverfassung, an wie manchen Mängeln sie auch noch leiden, sichern Recht und Freiheit, die freieste Selbstbestimmung; sie wollen sich nicht hineinziehen lassen in die kaiserliche Octroyirungswirthschaft. In Ungarn existirt kein Adel, der, wie die große Mehrzahl des deutschen, bedientenhaft um die Throne herumkriecht, den Speichel der Kronenträger leckt und sich als willfähriges Werkzeug zu jedwedem Rechts- und Verfassungsbruch mißbrauchen läßt. Die ungarische Aristokratie, der Würde ihrer Stellung sich bewußt, findet ihre Aufgabe darin, in Wahrheit zu den Besten der Nation zu gehören und durch ihre Verdienste um das Vaterland an der Spitze der Nation zu stehen. So finden im ungarischen Reichstag die Vertreter aus allen Ständen in überwiegendster Mehrheit pflichtgemäß ihre Aufgabe darin, die Rechte des Volkes zu wahren und die Gesetze des Landes gegen die vergiftenden Einflüsse und Experimente des habsburgischen Absolutismus zu schützen. Und so ist denn, in dem zu einem großen absolutistischen Octroyirungsbrei zusammenregierten, österreichischen Kaiserstaat, Ungarn das letzte Asyl des Rechts und verfassungsmäßigen Regiments, der nie wankende Fels, an welchem die den ganzen Kaiserstaat überfluthende Reaction immer von Neuem sich bricht.

Wir haben oben die Stellung des ungarischen Reichstags gegenüber dem Träger des habsburgischen Absolutismus bezeichnet und des kaiserlich königlichen Rescripts vom 3. d. M. und seiner Forderungen gedacht, auf welche der ungarische Reichstag jetzt die von Deak vorgeschlagene Antwortadresse angenommen hat. Nachstehend einige Stellen daraus, aus welchen der Geist zu erkennen ist, der die ganze Adresse durchdringt. Nachdem dieselbe im Eingang den Theil des königl. Rescripts, welches die gemeinsamen Verhältnisse zum Reich und die Revision eines Theils der 1848er Gesetze betrifft und die darauf zu machenden Vorschläge zu besonderer Behandlung vorbehalten und nur wiederholt hat, daß ihre Grundlage hierbei die pragmatische Sanction sein und bleiben werde, wendet sich die Adresse, als einer sofortigen Beantwortung bedürftig, zu dem Theil des königl. Rescripts, welcher die Rechtscontinuität, die Ernennung des verantwortlichen Ministeriums und die Wiederherstellung der constitutionellen Gewalt der Jurisdictionen verweigert. Die Adresse fährt fort:

„Wir haben in unserer auf die a. h. königliche Thronrede unterbreiteten ꝛc. Adresse Euer Majestät gebeten, daß — was ein unzweifelhaftes Grundprincip und unvermeidliches Erforderniß jeder Constitution — daß die zu Recht bestehenden Gesetze vollzogen werden. Wir haben dies auf Grundlage unserer Constitution erbeten, kraft der klaren Bestimmungen unserer Gesetze, und selbst auch aus Rücksicht für die Zweckmäßigkeit. Unsere Constitution ist seit siebzehn Jahren suspendirt, unsere Gesetze wurden unbeachtet gelassen und durch octroyirte Verordnungen abgelöst, und auch jetzt noch stehen wir unter absoluter Gewalt. Der Reichstag wurde einberufen, damit er neue Gesetze schaffe, während die bisherigen Gesetze nicht beobachtet werden; daß er einen wesentlichen Theil unserer Gesetze modificire, während die Gesetze außer Wirksamkeit gesetzt sind, nicht durch die Legislative, sondern durch die Executiv-Gewalt. Nicht nur die 1848er Gesetze sind thatsächlich suspendirt, nicht nur die Gesetze, deren Revision verlangt wird sondern auch alle jene früheren Grundgesetze, welche den Ressort und die Grenzen der vollziehenden Gewalt feststellen und einen wesentlichen Bestandtheil der Verfassung bilden.

„Wir wollen nicht alle diese Gesetze anführen, wir erwähnen blos, daß noch jetzt der Gesetzartikel X von 1790/91 suspendirt ist, welcher sagt, daß Ungarn ein unabhängiges Land ist, welches seine eigene Selbstständigkeit und Verfassung besitzt und nach seinen eigenen Gesetzen zu regieren und zu verwalten ist. Auch jetzt noch ist jene feierliche Versicherung königlicher Diplome suspendirt, daß der König die constitutionellen Rechte und Gesetze des Landes beobachtet und beobachten läßt. Die pragmatische Sanction, jener feierliche Grundvertrag, welcher für die Rechte des Thrones sowohl, als für die der Nation die festeste Grundlage ist, wurde zwar von der a. h. Thronrede anerkannt, leider aber ist die Anerkennung bis jetzt blos im Princip geschehen; denn die Wiederherstellung der Constitution welche der Anerkennung unmittelbar hätte nachfolgen sollen, wurde nur bedingungsweise zugesagt, für die Zeit und den Fall, wenn wir einige Theile der 1848er Gesetze umändern. Es ist also jener Theil der pragmatischen Sanction, welcher mit Berufung auf den Gesetzartikel III. von 1715 es ausspricht, daß „Se. Majestät über die Stände des Landes nicht anders regieren will, als unter Beobachtung der bisher von Ungarn selbst gebrachten oder in Zukunft reichstäglich zu bringenden eigenen Gesetze" — auch jetzt noch nicht factisch und in Wahrheit in's Leben getreten.

„Dies hat in uns die Besorgniß erweckt, der wir in unserer Adresse mit aufrichtigem Vertrauen Ausdruck gegeben, als wir es aussprachen, daß „unsere Bestrebungen nur dann Erfolg haben können, wenn in unserem legislativen Wirken der feste Glaube unsere Schritte begleitet, daß das, was der König und die Nation gemeinsam aufgestellt, nur durch den vereinigten Willen des Königs und der Nation abgeändert werden kann".

„Diese unsere Besorgniß vermag selbst das a. h. Rescript nicht zu zerstreuen, ja es vermehrt das Gewicht derselben, indem es die „Möglichkeit einer factischen Anwendung der Rechtscontinuität unter den gegenwärtigen außerordentlichen Umständen nur darin" erblickt, „daß die Abänderung der Gesetze ausschließlich durch das Zusammenwirken der berechtigten Factoren der Gesetzgebung geschehe". Das Recht der Gesetzgebung ist das schönste constitutionelle Recht der Nation. Es ist wichtig und heilsam für das Land, wenn nur solche Gesetze existiren können, bei deren Schaffung auch das Land seine Zustimmung ertheilte. Damit aber dieses Recht eine Wahrheit sei, ist es unausweichlich nothwendig, daß die in solcher Weise geschaffenen Gesetze so lange vollzogen und beobachtet werden, als sie von der constitutionellen Gesetzgebung auf ordentlichem Wege nicht abrogirt oder abgeändert werden. Wenn die Executiv-Gewalt das Recht hätte, die von der Legislative auf ordentlichem Wege gebrachten Gesetze nicht zu vollziehen, die Wirkung derselben zu suspendiren, durch Verordnungen abzulösen und das Gesetz und die Constitution so lange in der Schwebe zu erhalten, bis die ordentliche Gesetzgebung dieselben abändert: dann würde die Executiv-Gewalt thatsächlich auch das Recht der Legislative selbst ausüben oder es wären die Legislative und Executive factisch in der Hand einer und derselben Macht. Wir glauben, daß Euer Majestät den Absolutismus nicht aufrecht erhalten wollen; eine derartige Vereinigung der legislativen und der Executiv-Gewalt aber ist, wenn sie auch nur zeitweilig geschieht, wahrhaftiger Absolutismus. Das ist nicht die Rechtscontinuität, welche das constitutionelle Princip, die Gesetze, die königlichen Diplome und die fürstlichen Eide begründet haben. Die wahre Rechtscontinuität erstreckt sich nicht blos auf die Art, wie Gesetze geschaffen werden, sondern in gleichem Maße auch auf die Erhaltung und Vollziehung derselben."

Es folgen nun eine Reihe von Nachweisen aus der Geschichte des ungarischen Verfassungsrechts, welche die Unrichtigkeit der Behauptung des Königl. Rescripts: daß in der Geschichte Ungarns schon öfter ein solches Verfahren, wie das jetzt vom Kaiser (als König von Ungarn) versuchte, stattgefunden habe — schlagend widerlegen. Dann wendet sich die Adresse zu der Stelle des Königl. Rescripts, welche die „religiösen Gefühle des Kaisers als ein Unterpfand des verfassungsmäßigen Bestandes" bezeichnet.

„In huldigender Verehrung beugen wir uns vor diesen heiligen Gefühlen; und wenn es unsere Aufgabe wäre, die Rechte und die Verfassung der Nation nur für die Lebensdauer einer Generation sicherzustellen, so könnten wir als einzelne Bürger uns bei der Erklärung Eurer Majestät beruhigen. Wir haben aber die ungarische Constitution, die sich stufenweise aus dem Leben der Nation entwickelte, als ein Werk der Jahrhunderte von unseren Vorfahren überkommen, und unsere Pflicht ist, dieselbe nach Möglichkeit auf die Dauer gesichert unseren Nachkommen zu übergeben. Unsere Pflicht ist es, für eine solche Garantie zu sorgen, die nicht blos auf die Lebenszeit eines einzelnen Sterblichen sich beschränke, sondern sich von Geschlecht auf Geschlecht erstrecke und als kräftige Rechtsbasis unerschüttert auf sie übergehe. Die Stütze, welche die religiösen Gefühle Eurer Majestät bieten, ist an die hohe Person und das Leben Eurer Majestät geknüpft. Bezüglich Ihres unmittelbaren Nachfolgers können wir die Hoffnung nähren, daß er gleiche Gesinnungen von seinen Eltern erben wird. Aber gegen die Ungewißheit einer späteren Zeit ist all dies kein hinreichender Schutz. Es kann einmal ein Thronerbe kommen, der die Verfassung aus eigener Macht suspendirt und die Wiederherstellung derselben so lange verweigert, bis die Nation ihre wesentlichsten Gesetze abändert. Und dann würde sich das Land vergeblich auf die unverletzlichen Principien der Rechtscontinuität berufen. Als Entgegnung auf die Berufung des Landes würde man unsere Zeit als Beispiel anführen und sagen, daß ja auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die ungarische Verfassung suspendirt gewesen und der auf die Executiv-Gewalt bezügliche Theil derselben solange nicht wieder hergestellt worden, bis die Nation einen wesentlichen Theil der Gesetze abgeändert hatte; man würde anführen, daß die Vertreter der Nation sich dabei beruhigten und durch dieses Beruhigtsein factisch die so weitreichende Gewalt des Monarchen anerkannten.

„Auf diese Weise würden unsere Nachkommen jener einzigen friedlichen Waffe beraubt sein, die dem Machtgebote gegenüber benützt werden darf und soll: der milden, aber kräftigen Waffe des Rechtes und des Gesetzes. In unserer Stellung als Vertreter können wir unser Gewissen mit solcher Verantwortlichkeit nicht belasten."

Auf die allerhöchsten religiösen und Gewissensscrupel, welche den Kaiser verhindern sollen, die — verfassungsmäßig zu Stande gekommenen und verfassungswidrig suspendirten Gesetze mit dem Krönungseid zu beeidigen, erwidert die Adresse in aller Ehrerbietung wie folgt:

„Das a. h. königliche Rescript sagt, daß Euer Majestät „eben aus dem Grunde, weil Sie die Krönung nicht für eine bloße Ceremonie halten, Anstand nehmen, solche gesetzliche Beschlüsse wieder herzustellen, deren unverletzte Aufrechthaltung durch den Eid zu bekräftigen Ihr religiöser Glaube und die Eingebung Ihres Gewissens gleichmäßig verbieten." — Nach den Grundgesetzen Ungarns ist aber nicht nur der gekrönte König zur Beachtung der Gesetze und der Verfassung verpflichtet, sondern jeder Regent, der nach dem Gesetze der Erbfolge den Thron besteigt, ist auch vor der Krönung schon hiezu verpflichtet. Diese Verpflichtung beruht nicht blos auf königlichen Diplomen und dem Krönungseid, sondern sie ist mit dem Erbfolgerecht verbunden. Der Gesetzartikel III von 1790/91 sagt, daß dem erblichen König Ungarns auch vor der Krönung, welche innerhalb sechs Monaten erfolgen soll, alle jene Rechte zustehen, die sich auf die verfassungsmäßige Regierung des Landes beziehen. Das Gesetz hat daher diese Rechte direct an die Beachtung der Verfassung geknüpft. Die pragmatische Sanction aber, besonders im § 1 des Gesetzartikels III, ordnet an, daß die Nachfolger Se. Majestät, die gesetzlich zu krönenden Könige Ungarns und der zugehörigen Theile die Gesetze des Landes unverletzt erhalten werden.

„Wenn dies staatsrechtlich nicht so wäre, wenn der Monarch blos nach Ablegung des Krönungseides verpflichtet wäre, die früher geschaffenen Gesetze einzuhalten, dann würde bei jedem Thronwechsel eine solche Periode eintreten, in welcher die Kraft der Gesetze lediglich von dem Willen des Herrschers abhinge, dann müßte man bei jedem Thronwechsel neuerdings mit dem Regenten paktiren, dann würden Constitutionalismus und absolutes Regime einander periodisch ablösen. Was wir von Eurer Majestät erbitten, wir erbitten es nicht kraft jenes königlichen Eides, den Euer Majestät zur Zeit der Krönung ablegen werden, sondern wir erbitten es kraft jenes feierlichen Grundvertrages, der die ununterbrochene Continuität der Thronfolge wie die unverletzte Aufrechthaltung unserer Verfassung in gleicher Weise garantirt hat; wir erbitten es kraft jenes heiligen und unverletzlichen Eides, den die Vorfahren und Ahnen Eurer Majestät auf diese Verfassung abgelegt haben."

Nachdem die Adresse diesen Gegenstand an der Hand der bestehenden Gesetze Ungarns noch weiter mit eiserner Logik ausgeführt und darauf hingewiesen hat, daß man mit den gestellten Verlangen durchaus keine politische Unmöglichkeit wolle, faßt dieselbe die Situation in folgendem Satz zusammen:

„Mit Einem Worte: die Wiederherstellung unserer Verfassung wurde verweigert, und wir sind darauf angewiesen, unter dem Drucke des absoluten Regimes das constitutionelle Recht der Legislative auszuüben; wir sollen einen wesentlichen Theil unserer Grundgesetze in der Hoffnung verändern und modificiren, daß dann, aber auch nur dann, wenn wir diese Modificationen nach dem Wunsche Eurer Majestät in Vorschlag bringen, unsere Verfassung wieder hergestellt werde."

In den folgenden Worten der Adresse liegt ferner der Aufschluß darüber, warum in Ungarn mit der Gottesgnadentheorie und deren absolutistischen Consequenzen nicht durchzukommen ist: „In Ungarn beruhen", so sagt die Adresse, „die gesammten Rechte des Königs, ebenso wie die Rechte der Nation, auf dem Gesetz und selbst die höchste Gewalt (d. i. die Krone) hat das Gesetz dem ungarischen König gegeben."

Wem es noch nicht klar sein sollte, dem wird es vielleicht an diesem Beispiel klar werden, warum 1849 Friedrich Wilhelm IV. aus dem Hause der Hohenzollern die deutsche Kaiserkrone abgelehnt hat, als sie ihm auf dem Wege des Gesetzes, durch die deutsche Reichsverfassung, übertragen werden sollte; und ebenso wird, wer es noch immer nicht begriffen haben sollte, an diesem Beispiel weiter begreifen, warum Junker Bismarck auf dem Weg der Gewalt, der Annexion, dieses Ziel für das Haus Hohenzollern erreichen möchte und — warum alle, die es mit dem deutschen Volke, mit Freiheit und Recht der Nation, ehrlich meinen und nicht zu den Speichelleckern der Gewalt gehören, die unerbittlichsten Gegner der Annexion sind und sein müssen. Würde der Kaiser Franz Joseph wohl wieder zu den Ungarn gekommen sein und die Verständigung mit denselben gesucht haben,

wenn die ungarische Krone ihm, statt auf Grund und nach den Bedingungen des Gesetzes, nur von „Gottes Gnaden", d. h. auf Grund der Gewalt zustände? Aber freilich, um eine so kostbare gesetzliche Position zu wahren, gehört auch die Charakterfestigkeit und zähe Ausdauer der Ungarn dazu. Für deutsche liberale „Fortschrittsleute" ist das kein Geschäft.*)

Ueber die dem Kaiser mißliebigen Veränderungen, welche die ungarische Gesetzgebung durch die s. g. 1848er Gesetze erlitten hat, enthält die Adresse die folgenden goldenen Worte:

„Allerdings, Euer Majestät, haben die 1848er Gesetze wesentlich die Regierungsform des Landes verändert; sie haben auch mehrere andere avitische Institutionen verändert, weil dieselben die aristokratische Verfassung Ungarns umänderten und sie auf die breitere Basis der Gleichberechtigung des Volkes stellten. Die Gesetzgeber des Jahres 1848 haben die warnende Stimme der ewigen Gerechtigkeit verstanden; sie wollten keinen Widerstand den Forderungen der fortschreitenden Zeit entgegenstellen und nicht jenen gewiß nachfolgenden Zeitpunkt abwarten, in welchem sie, selbst wenn sie es gewollt hätten, nicht zu widerstehen vermocht hätten. Viele Uebel und viele Gefahren hatten ihre Beschlüsse zur Folge; allein viel ernster waren jene Gefahren, die sie durch ihre Voraussicht dem Vaterlande ersparten."

Der uns zugemessene und schon überschrittene, enge Raum gestattet uns nicht noch weitere Auszüge aus dem merkwürdigen Actenstück zu geben. Die gegebenen Auszüge mögen genügen. Ein Pesther Correspondent der Wiener „Neuen freien Presse" schreibt: „Die Adresse mache in Ton und Haltung und fest geschlossener Deduction den Eindruck, als sei das die Declaration einer für alle Eventualitäten entschlossenen, selbstbewußten Körperschaft, sie trage einfach den Character eines Ultimatums und werde in Wien unfehlbar einen tiefen Eindruck machen. Eine Frage, so schließt das „Coburger Tagblatt" seinen Artikel, — wollen wir doch zum Schluß nicht unterdrücken.

„Wenn die deutsche Nation nur wenigstens seit 1848, und ebenso das deutsche Volk in den Einzelstaaten, statt dem charakterlosen und unpolitischen Wahlspruch: „man muß nur das Mögliche wollen", zu folgen und damit alles Mögliche zu verlieren, — mit gleich mannhafter Festigkeit an ihrem Verfassungsrecht festgehalten, und jeglichem Verfassungsbruch, jeglicher Octroyirung gleich zähen Widerstand entgegengesetzt hätte, wie die Ungarn, **könnten wir heute wohl da stehen, wo wir stehen?** — —

Politische Umschau.

Die letzte Woche war mit **Bürgerkriegslärm** ausgefüllt. Die beiden „Mitbesitzer" des Stückes Deutschland, welches Schleswig-Holstein heißt, viel besungen, viel betoastet und angejubelt, endlich mit ehelichem deutschen Blut befreit worden ist, und nun vor allem sich selbst und dann Deutschland gehört, die beiden „Mitbesitzer", welche dieses Stück Deutschland auf Grund der Gewalt besitzen, sind uneinig darüber, wer von ihnen beiden es ganz einstecken soll und schon rasseln beide mit den Säbeln, aber Preußen, das Junkerreich, welches mit der Lüsternheit die Impotenz verbindet, hat bereits wieder den Muth sinken lassen und der Kriegslärm ist wieder verstummt, um demnächst wieder auszubrechen, bis endlich das deutsche Volk des „grausamen Spieles" müde wird.

Ueber den Ernst der Lage sagt der „Beobachter" unter Anderem: „Die Gefahr eines Krieges liegt nahe, obgleich der König von Preußen ihn, wie man sagt, nicht will; auch Könige können müssen und jedenfalls ist es wahrscheinlicher, daß unter dem Einflusse der Ereignisse Herr v. Bismarck den König von Preußen auf den Weg des Eisens und Blutes drängt, als daß die große Fortschrittspartei ihn zwingt, Hrn. v. Bismarck zu entlassen, ein fortschrittliches Ministerium zu berufen und umzukehren auf den Weg der moralischen Eroberung.

„Diese große deutsche Fortschrittspartei, die sich stets gehütet hat, den natürlichen Volksboden zu betreten, die sich in exclusiv parlamentarischer Führerpolitik dem Volke entgegengesetzt hat und mit dem Kopfe in den Wolken einer eingebildeten höheren Staatsweisheit dahin gewandelt ist, wo ist jetzt ihre Macht und ihr Einfluß? Sie hat uns in die jetzige saubere Lage gebracht, sie hat die Ansprüche des Preußenthums in einer Weise gesteigert, welche jede Verständigung mit ihm unmöglich macht, und sie hat die rechtzeitige Bildung einer Partei in Deutschland verhindert, welche nicht im Bunde mit dem preußischen Großmachtsschwindel, sondern gestützt auf das Selbstbestimmungsrecht und die Gleichberechtigung der einzelnen deutschen Staaten und Stämme das Ziel der nationalen Einheit verfolgt. Wenn eine solche Partei bestünde, groß, einmüthig und entschlossen, sie würde einen bestimmenden Einfluß auf die Haltung der Regierungen ausüben und uns vor den Gefahren retten, welchen wir entgegentreiben; aber sie besteht nicht, Dank dem Nationalverein und Dank dem Eigensinn der parlamentarischen Führer in den übrigen Einzelstaaten und ihrem Festhalten an der Verbindung mit der preußischen Fortschrittspartei, deren Verhalten sie doch selbst nicht billigen.

„Die Volkspartei ist nicht im Stande, unorganisirt und in den Anfängen begriffen, wie die heutige Lage sie vorfindet, in derselben irgend ein bestimmendes Element abzugeben. Sie macht sich keine Täuschungen und ist so aufrichtig, ihre heutige Unmacht offen einzugestehen. Aber die Hoffnung hat sie, daß alles, was jetzt in Deutschland vorgeht, alle diese Unsicherheit des Vaterlandes, diese Abhängigkeit von dem Belieben einiger fürstlichen Höfe, dem Volke immer klarer machen wird, daß ihm sein Heil von keiner andern Seite kommen kann, als aus seiner Kraft, aus seiner Vereinigung und aus seinem eigenen Handeln.

„Wie auch die jetzige Verwicklung endigen möge, diejenige Lösung der deutschen Frage, auf welche die Nation ein Recht hat, wird nicht daraus hervorgehen. Daß die Minister die Köpfe zusammenstecken und Conferenzen beschicken, thuts nicht mehr. Das Volk allein weiß, wie zu helfen wäre, allein dieses fragt man nicht. Wie die Regierungen hierhin und dorthin zerren, sie ziehen den Knoten nur immer fester zu, bis ihn endlich eine dem friedlichsten aller Völker abgenöthigte Revolution mit dem Schwert zerhaut."

*) In einem unendlich läppischen Artikel bemüht sich ein k. k. österreichischer Mitarbeiter der „Allgemeinen Zeitung" diese Verfassungstreue und Ausdauer der Ungarn lächerlich zu machen und aus einer Neigung zu Processen und zu „advokatorischer" Behandlung aller Angelegenheiten, auch der politischen herzuleiten!
D. Red.

Mannheim. Der bisherige „Mannheimer Anzeiger" hat sich zum Format der „Badischen Landeszeitung", erweitert, und führt sich unter dem Titel „Neue Badische Landeszeitung" als Organ der Linken der badischen Kammer, gegenüber jenem Organe gothaischer Richtung, mit folgenden, die gute demokratische Richtung des Blattes bezeichnenden Einleitungsworten ein:

„Alles für und Alles durch das Volk!

Diesen politischen Grundsatz stellen wir heute an die Spitze, als den Inbegriff unseres Programmes.

Wie thun dies, indem wir unser Blatt als „Organ der Fortschrittspartei der zweiten Kammer" einführen und es übernehmen, den Auffassungen derselben Ausdruck, ihren Bestrebungen Unterstützung zu geben.

Wir haben den „Mannheimer Anzeiger" zu einer „Neuen Badischen Landeszeitung" und damit unsern Wirkungskreis erweitert. Die Zwecke und Ziele, die uns bisher leiteten, werden auch ferner für uns die bestimmenden sein. Sie vereinigen sich in der Aufgabe, die höchsten Interessen des Volkes, die Freiheit auf staatlichem, gesellschaftlichem und religiösem Gebiete zu vertreten und nach Kräften beizutragen, daß das Volk in seiner Gesammtheit immer mehr seines Rechtes sich bewußt werde, und zur „Selbstbestimmung" und „Selbstregierung" sich befähige.

Berlin, 21. März. Die Kreuz-Ztg. besteigt heute — wohl vor der Zeit des Eintreffens gewisser Nachrichten — den Pegasus und das Kriegsroß zugleich, beides zu Ehren des 69. königlichen Geburtstags. Sie singt:

Wir wissen's wohl, wir sind noch nicht am Ziele,
Doch Du hast uns zum Streite wohl gerüstet
Und Du wirst selbst im heißen Kampf uns führen
Drum laß getrost Dein furchtbar Banner fliegen,
Mit seinem König, Herr, muß Preußen siegen! —

Die Kreuzzeitung ernennt indeß nicht nur den Obergeneral der Kriegsarmee, sondern ruft auch die Freiwilligen Deutschlands, deren Zahl nach ihren Begriffen Legion ist, zu den Fahnen:*)

„Und auch in andern Deutschen Landen steiget
Heut mancher heiße Wunsch zu Gott im Himmel
Für unsres theuren Königs Heil und Leben;
Viel tausend edle Deutsche Herzen hoffen,
Nächst Gott dem HErrn, nur auf der Preußen König."

(Wie diese wendisch-slavischen Junker an der Spree doch die öffentliche Stimmung in Deutschland kennen!)

*) Ein Werbebureau soll bei der Redaction des „Frankfurter Journals" errichtet sein.

— **Rudolph der Eiserne** hat sich vermehrt, es ist aus dieser einen Person ein Bund von „Radikalen" geworden, die ein Manifest — dessen sonderbarlichen Geschmack außerhalb Berlin wohl schwerlich irgend ein Sterblicher theilen wird — erlassen haben, welches den König von Preußen auffordert, mit der Revolution einen Bund zu schließen und der Victor Emanuel Deutschlands zu werden. Das Manifest hat natürlich bis jetzt Niemand gesehen als die Redaction der „Norddeutschen Allgem. Zeitung" und mit dem — Scharfsinn, welchen man an dieser Redaction so oft zu beobachten Gelegenheit hat, sucht sie den Ursprung des Manifestes in dem — österreichisch-augustenburgischen Preßbüreau. Wo dieses Preßbüreau sich befindet, und wer die dabei beschäftigten Personen sind, das ist vielleicht bei der Redaction der „N. A. Z." zu erfahren. (Ist ja alles ganz klar — entweder Rudolph Schramm oder **Capitän Wran.** D. Red.).

— Am Tage des 8. März, da der Abgeordnete Dr. Johann Jacoby zu Königsberg seine sechsmonatliche Haft abgebüßt hatte, wurde zu Marienburg ein beglückwünschendes Telegramm an ihn aufgegeben, dessen Annahme der expedirende Telegraphen-Beamte als unthunlich ablehnte. Der Absender wendete sich an den nächsten Vorgesetzten, welcher dann erklärte, der Absendung des Telegramms stände gesetzlich durchaus Nichts im Wege und daher die Absendung anordnete. Der betreffende Expedient hat nun gegen seinen Vorgesetzten eine Beschwerde eingeleitet und man ist auf den Ausgang der Sache äußerst gespannt.

Ueber die **preußischen Liberalen** macht das „Coburger Tagblatt" bei Gelegenheit der Mittheilung eines Artikels des Nürnberger Anzeiger über „das deutsche Volk und das preußische Königthum" folgende Bemerkung:

„Wenn es in der Theologie und Moral heißt, eine Sünde ist der andern Mutter, so läßt sich in der Politik Aehnliches sagen von der Schwäche, Halbheit und Inconsequenz. Wir haben gesehen, wie die ungarische Nation sich die eherne Grundlage der Rechtscontinuität zu wahren gewußt, wie sie durch den Lauf der Jahrhunderte hindurch ihre Könige gezwungen hat, jede Oktroyirung wieder aufzuheben zu Gunsten des verfassungsmäßigen Rechtszustandes. Diese Grundlage der Rechtscontinuität fehlt dem preußischen Volke. In der Zeit der Reaction haben seine Liberalen, die Möglichkeitspolitiker, diese Grundlage aufgegeben und mit dem oktroyirenden absoluten Königthum, um das Mögliche, d. h um sich selbst — möglich zu erhalten, sich abgefunden. Jetzt steht das preußische Volk bei seinen Kampfen mit diesem Königthum nicht auf dem ehernen Boden der unverleugneten Rechtskontinuität, sondern auf dem durch und durch faulen und morschen Boden einer von der Willkür und Gnade des absoluten Königthums oktroyirten Verfassung, vor der dieses als Nothbehelf aus bewegter Zeit nur Widerwillen und Verachtung hat. Achtung und Furcht kann dem Königthum nur eine vom Volke selbst errungene, in unbefleckter, unverleugneter Rechtscontinuität erhaltene Verfassung einflößen. Allein ehe in der Reactionsepoche nach 1848 der Hahn dreimal gekräht hatte, hatten die heute wieder das Wort führenden liberalen Fortschrittsleute den Heiland des Volks- und Verfassungsrechts an das oktroyirende Königthum dreimal preisgegeben. Heute ernten sie nur die Früchte jener politischen Schwäche. Um das Roß des Königthums zu bändigen, muß man eine nie wankende, feste Hand haben, der keine Zaghaftigkeit anzumerken ist. Die preußischen Liberalen und Fortschrittsleute aber — sind Sonntagsreiter."

Der Congreß deutscher Volkswirthe findet in diesem Jahre in **Hamburg** statt.

Die **deutschen Oesterreicher**, sagt die Dorfzeitung, haben mit den Ungarn selten auf gutem Fuße gestanden, wünschen ihnen aber jetzt dennoch den Sieg. Sie sehen es als ein unschätzbares Glück an, wenn die Ungarn ihr altes und neues Verfassungsrecht gegen die Regierung durchsetzen; denn sie spekuliren darauf, daß man ihnen dann auch ihr Recht nicht länger vorenthalten könne. Ein alter Wiener Bürger drückte das in öffentlicher Wahlversammlung so aus: „Uns Oesterreichern hat man drei Verfassungen verliehen und bald wieder genommen; unsere vierte Constitution, die Februarverfassung ist zwar nur sistirt, aber auch so gut wie todt. Uns Deutschen in Oesterreich ergeht es wie den sanften, stillen Kindern, denen man wenig oder gar nichts gibt, weil man alle Gaben und Geschenke dazu verwendet, um den lärmenden und schreienden Kindern das Maul zu stopfen." „Wir Deutschen, setzte er mit unwiderstehlicher Logik, die rauschenden Beifall fand, hinzu, wir sollten das Beispiel der andern Völker nachahmen. (Also endlich dämmerts auch in den geduldigsten Köpfen. Die Ungarn sollten eine Lehranstalt für deutsche gute Unterthanen errichten. D. Red.).

Aus Lemberg, 15. März berichtet ein polnisches Blatt: Heute herrscht hier eine überaus kriegerische Stimmung. Oesterreich ist in voller Rüstung begriffen, und zwar gegen Preußen. Die Regimenter, welche den Befehl zur Marschbereitschaft erhalten haben, marschiren nicht nach Osten, sondern nach Westen auf Krakau zu, und zwar, wie die Ordre lautet, nach der schlesischen Grenze. Die Festungswerke Krakau's sollen verstärkt werden, was den Krakauern, welche schon die Hoffnung hegten, daß die Festungswerke ganz aufgehoben werden würden, keine angenehme Ueberraschung sein wird. Ein Theil des Regiments Schmerling ist von hier auf der Eisenbahn bereits nach Krakau abgegangen, das Regiment Erzherzog Ferdinand marschirt in diesen Tagen dahin ab, das Regiment Jakob hat heute den Befehl zur Marschbereitschaft erhalten. Das in Grodeck, Zolliew und Umgegend vertheilte Husarenregiment Kaiser Nicolaus ist schon seit mehreren Tagen marschbereit. Andere Truppentheile sind nach der Bukowina an die moldauisch-russische Grenze entsendet worden, wohin auch ein Theil der Artillerie abmarschirt. In der ganzen Armee herrscht große Regsamkeit und eine ungeheuchelte Kriegslust gegen Preußen wie gegen Rußland. Bemerkt muß noch werden, daß der Telegraph Tag und Nacht mit der Beförderung amtlicher Depeschen beschäftigt ist und das Postamt die ganze vorige Nacht hindurch Staffetten nach denjenigen Orten expedirte, welche mit Lemberg nicht durch einen Telegraphendraht verbunden sind. Das Alles sind Thatsachen, aus denen jedoch noch keineswegs folgt, daß der Krieg schon unvermeidlich ist. Es wird vielmehr noch viel Dinte fließen, ehe es zwischen Oesterreich und Preußen zum Blutvergießen kommt. Die galizischen und Wiener Zeitungen schweigen über die Truppenbewegungen und Kriegsrüstungen, weil es durch das Preßgesetz verboten ist, darüber etwas in die Oeffentlichkeit zu bringen.

In **Frankreich** ist kürzlich eine Karte der Unwissenheit erschienen, d. h. eine Karte, auf welcher die Departements, nach der von ihnen gestellten Anzahl Conscribirter, die weder lesen noch schreiben können, in helleren und dunkleren Farbentönen bedruckt sind. Den besten Rang nehmen darauf die ehemals Deutschen Provinzen ein. Zwischen 0 und 5 pCt. ganz Ununterrichteter kommen nur aus 7 Departements; zwischen 5 und 10 pCt. aus 11 Departements; zwischen 10 und 25 pCt. aus 22 Departements; zwischen $\frac{1}{4}$ und $\frac{1}{3}$ aus 23 Departements; zwischen $\frac{1}{2}$ und $\frac{2}{3}$ endlich liefern 26 Departements. Die Fortschritte, welche während der letzten dreißig Jahre die Volksbildung in Frankreich gemacht, müssen als sehr geringfügige bezeichnet werden. An Schulen für Erwachsene bestehen zur Zeit 24,065 in Frankreich; davon 22,765 für Männer und 1300 für Weiber.

In einem Schreiben aus **London**, 4. März, wird über den Gesundheitszustand Mazzini's Näheres mitgetheilt. Mazzini leidet an heftigen Magenschmerzen; er bedarf der Ruhe, und alle Ermüdung, jede starke Gemüthsbewegung ist ihm sehr schädlich; besonders gefährlich ist's für ihn, die Feder in die Hand zu nehmen. Die Aerzte haben ihm deshalb auch streng untersagt, zu schreiben; leider gehen ihm aber täglich eine Unzahl von Schreiben, von Adressen u. s. w. zu, welche um seine Gesundheit fragen und Antwort erheischen. —

Amerika. Präsident Johnson. Es scheint, daß den Nordamerikanern auch von ihrer neuen Größe und Macht nichts geschenkt werden soll. Es war nicht genug an dem 4jährigen Bürgerkriege, der mehr Menschen kostete als die ganze Napoleonische Herrschsucht zu Anfang des Jahrhunderts; der eigentlich politische Kampf muß noch hinzutreten, die Verfassung ihre Probe gegen den obersten Beamten der Republik bestehen. Das Wort „Staatsstreich" ist jenseits des Oceans laut geworden!

Präsident Johnson, der uns diese Ueberraschung bereitete, ist für die Nordamerikanische Union ein wahrer Unstern. Als er auf der großen Bühne zu Washington zuerst auftrat, war er betrunken, und seine Freunde, wie das liberale Europa hatten ihn zu entschuldigen, weil Ein Rausch noch kein Verbrechen ist, vielmehr die Ungewohnheit des Trinkens zu erweisen scheint. Bei der Siegesnachricht von Richmond polterte Vicepräsident Johnson wie ein ziemlich roher Geselle und führte das „Hängen" der rebellischen Rädelsführer im Munde, etwa wie eine gewisse Sorte von Mauldemokraten bei uns stets am „Vernichten" ist.

In seiner letzten Phase, als Präsident und als Gassenredner zugleich, wo Johnson die angesehensten Patrioten vor dem Pöbel von Washington der Mordgedanken gegen ihn, den Präsidenten, bezüchtigte, bringt uns Johnson eine dritte Idee bei: wir glauben, es ist nicht ganz richtig in seinem Oberstübchen, es rappelt ihm im Kopfe, und der Kongreß, anstatt ihn in Anklagestand zu versetzen, sollte ihn medicinisch untersuchen lassen und je nach Befund in einem Irrenhause unterbringen.

Prüft man die ganze Rede, mit welcher der Mob der Hauptstadt, der „demokratische" Janhagel des Nordens überhaupt, die Sippschaft der Negerbarone im Südwesten, in hoffnungsvolle Begeisterung versetzt wurden, von der selbst ein Seward sich nicht entblödete als von einer „Triumphrede" zu sprechen, so wird man sagen müssen, es sei ein großes Unglück für den menschlichen Verstand, in Tennessee geboren zu sein und die dortige Luft eingeathmet zu haben. Denn obgleich der ehemalige Gouverneur Johnson sich mit den dortigen Sklavenhaltern in den Haaren lag, obgleich er später ihre Rebellion verdammte; so zeigt sich doch jetzt, daß er ihnen das Negerhalten selbst nie verübelte und daß ihre Rebellion in seinen Augen nur so lange im Unrecht war, als sie nicht einsehen wollten, daß sie sich irrten. Eine solche Theorie der Rebellion war nie erhört. Wenn Richelieu jeden als Rebellen an den Galgen zu bringen versprach, von dem er drei Worte besitze; wenn der Code Napoleon ein Garten voll Wolfseisen und Selbstschüssen ist, in denen man auf Tritt und Schritt bald als Complottirer, bald als Attentäter, bald als indirecter Mithelfer, bald als Mitwisser hangen bleibt: so gibt es nach Hrn. Johnson gar keine straffällige Rebellion mehr!

Man darf sich mit Waffengewalt der loyalen Landesregierung vier Jahre lang widersetzen, den ganzen Staat mit Blut überschwemmen, Provinzen verwüsten, Städte einäschern, die Truppen des Souveräns morden und foltern und wie Hunde behandeln, jede Rücksicht der Menschlichkeit aus den Augen setzen; fällt man endlich ermattet und wehrlos vor dem Sieger zusammen, so braucht man blos zu sagen: „Ich habe mich geirrt", das war nicht der Weg, den ich hätte einschlagen sollen! Nach diesem Bekenntniß muß mich der Sieger, der zugleich die Souveränität darstellt, sofort in alle staatsbürgerlichen Rechte und Ehren wieder einsetzen, mir den Platz an seiner Seite einräumen und erklären, es sei so gut als ob nichts vorgefallen wäre!

We were mistaken! Wir haben uns geirrt, so läßt Johnson in seiner Stumprede zu Washington die Rebellen bei der Einnahme von Richmond sagen. Und mit diesem Worte behauptet er, sind sie in alle früheren Rechte wieder eingetreten! Warum rief doch Booth nicht aus seiner Scheune heraus: I was mistaken! Ich habe mich geirrt, als ich den großen Lincoln meuchelte, den Vater des Vaterlandes? Dann durfte die Büchse des Soldaten nicht auf ihn abgeschossen werden und Booth konnte noch einmal Mitglied des Congresses, Senator, Vicepräsident der Republik werden! Wie konnte nur Präsident Johnson die Spießgesellen des Booth hängen lassen, oder haben diese etwa vergessen auszurufen: We were mistaken?

Herr Johnson ist sogar übermäßig streng gegen die Häupter der Rebellen gewesen; er hat, wie er prahlt, „versucht", sie zur Bestrafung zu ziehen! „Versucht" hat er, und zwar mit Glück, sie der Bestrafung zu entziehen; den General Lee hat er laufen lassen, den Rebellenpräsidenten Jefferson Davis hat er in's Gefängniß — gerettet. Ein Militärgericht an Ort und Stelle der Arrestation wäre ein weit ernsterer „Versuch" gewesen, den Expräsidenten der Conföderirten zur verdienten Strafe zu ziehen, und niemals wäre der biblische Spruch gerechter angewendet worden: wer das Schwert zieht, soll durch das Schwert umkommen! Herr Jefferson Davis hatte doch unbedingt wenigstens sein Leben eingesetzt, als er dem Unionspräsidenten Lincoln gegenüber den Titel „Präsident der conföderirten Staaten" annahm!

In Ländern, wo die volksthümliche Beredtsamkeit in enge Grenzen eingeschlossen ist, wird der Passus der Johnson'schen Rede, wo er auf den „Schneider" so rasch und schlagend antwortete, unfehlbar Sensation erregen. Johnson: Ich habe meine Laufbahn als Alderman (Gemeinderath) begonnen. Stimme aus dem Haufen: Als Schneider! Johnson: Ganz richtig, als Schneider, aber als ein Schneider, der seine Kundschaft jederzeit zufrieden stellte, und sich nie mit Flickarbeit befaßte. Flickarbeit hasse ich auch heute noch all und überall." Mit solcher „demokratischen" Replik ist jedoch weiter nichts gesagt, als daß der Redner weder auf den Kopf noch auf den Mund gefallen ist. Weiter nichts, denn man kann doch auch ein braver und sogar „demokratischer" Flickschneider sein! und dann gibt es eine feinere Art und Weise, seinen Ursprung nicht zu verläugnen, ohne den untersten Geschmacksrichtungen zu huldigen. Den „Holzspalter" hat Lincoln immer zart von sich gewiesen, wo Johnsohn gerufen hätte: „Ja, ja, schon früher sah ich ein, daß auf einen groben Klotz ein grober Keil gehöre" — worauf dann „rasender und rauschender Applaus" erfolgt sein würde. Man nennt das „sich gar zu gemein machen" oder, wie das Volk in gewissen Gegenden sagt: ein „niederträchtiger" Herr sein.

Von einem solchen „niederträchtigen" Herrn nimmt freilich der Mob Alles hin, auch den Staatsstreich und den Belagerungszustand. Präsident Johnson versichert und betheuert, daß er die Rechte der Südstaaten, dem Congresse gegenüber, zu „wahren" entschlossen sei. Will er etwa den General Grant zum Premierminister ernennen und den Congreß militärisch zwingen? Nun, so ist Er der Rebell und Hochverräther, mit dem die Republik fertig werden wird, wie mit Lee und Davis. (Trierer Ztg.)

Eine Maskenlüftung.

Für die Berliner „Staatsbürgerzeitung."

I.

In dem allgemeinen Chaos, welches Hr. v. Bismarck in Preußen und namentlich in Berlin angerichtet hat, ist natürlich Raum genug für allerhand Projekte und Mißgeburten, welche unter dem Schein der Neuheit das abgespannte Publikum amüsiren sollen und auch Manchen den Gedanken beibringen mögen, hier sei der Ausweg aus der unerträglich gewordenen Lage endlich gefunden.

Das Amt eines solchen Lustigmachers und Projektirers hat sich speziell die „Staatsbürgerzeitung" zugelegt, an der, so viel wir wissen, der Held der „Berliner Zelle" thätig ist. Wir wollen daher unsere Leser und besonders die Berliner, insofern sie uns zu Gesichte bekommen, vor diesem heldenhaften Charlatanismus warnen. Und wir finden dies um so nöthiger, als unseres Wissens in Berlin selbst noch Niemand der „Staatsbürgerzeitung" den Topf aufgedeckt hat, dieses Blatt vielmehr, ähnlich wie so viele andere komische Dinge, dort für ernst genommen wird.

Wir theilen unsere Controverspredigt in die bekannten „zwei Theile", von denen hoffentlich der zweite wie der erste „verstanden" wird, und reden zunächst von der Liebhaberei der Staatsbürgerzeitung an dem „allgemeinen Stimmrecht", das Hr. v. Bismarck in Preußen einführen soll. Die „Staatsbürgerzeitung" behauptet nämlich, die Regierung in Preußen habe das Recht, von der Kammer an den „allgemeinen Volkswillen" zu appelliren, denn „das ganze Volk repräsentire die höchste Staatsgewalt." Und wir sagen, weder hat die Regierung in Preußen das Recht dazu, noch darf der preußische Demokrat in irgend einer Weise einen solchen Staatsstreich fördern oder ihm irgend das Wort reden, bei Strafe des Hochverraths und des Strickes — bei passender Gelegenheit!

Die Regierung in Preußen darf von der Kammer nur an Eine Instanz appelliren, und diese Instanz sind die Wähler, die sich nach Art. 71 der Verfassung in drei Steuerklassen vertheilen; die Höchstbesteuerten, und wären ihrer noch so wenige, erwählen ein Drittel der Wahlmänner, die zweite Abtheilung wählt das zweite Drittel, und die Niedrigstbesteuerten, die Millionen zählen, wählen das Drittel und keinen Mann mehr. Das ist fast widersinnig, verwerflich, aber so steht's in der Verfassung. Um einen Artikel der Verfassung zu ändern, bedarf es nach Art. 107 zweier Abstimmungen, mit 21 Tagen Zwischenfrist. Octroyiren läßt sich ein organisches Wahlgesetz so wenig wie eine ganze Verfassung. Allerdings sind die jetzigen Wahlartikel der Verfassung, Artt. 70—72. 74, durch das Gesetz vom 30. Mai 1849 octroyirt worden; aber damals war noch keine Verfassung vereinbart, es gab in Preußen noch kein Staatsgrundgesetz. Erst am 30. Jan. 1850 ward die Verfassung beschworen, erst von da an gibt es in Preußen einen Eid zu brechen.

Dem ungetheilten Volke erst das Gesetz über das allgemeine Wahlrecht vorschlagen, seine Einstimmung dazu vorher einholen, und hierauf nach dem vom Volke angenommenen Wahlgesetze wählen lassen, wäre, wie die „Trier'sche Zeitung" sich ausdrückt, „ein Umweg, der die ganze Prozedur in nichts legalisirt"; denn diejenige Instanz, welche über die Aenderung des Wahlgesetzes zu befinden hat, ist nach der ganzen Verfassung die Legislative in Uebereinstimmung mit der Krone. Selbst wenn das Volk in Masse mit großer Majorität zu dem Vorschlage der Regierung

Ja sagte, so würde zwar faktisch das allgemeine Wahlrecht Gesetz werden; es würde eine neue Rechtsordnung thatsächlich vorhanden sein; aber diese Aenderung wäre im Wege der **Revolution** erzielt, oder da Revolutionen von oben her Staatsstreiche heißen, im Wege des **Staatsstreiches**. Nicht nur wären die Art. 70, 71, 72 und 74 über den Haufen gestoßen, sondern von der ganzen Verfassung bliebe nicht ein Span übrig. Mißlänge z. B. dieser Staatsstreich, was doch bei allen Staatsstreichen im Bereiche der Möglichkeit liegt, fiele die revolutionäre Action von **Oben** und **Unten**: kein Zweifel, die **Urheber** des Staatsstreiches könnten leicht in **sämmtlichen** betheiligten Persönlichkeiten heimgesucht und zu **schwerster** Verantwortung gezogen werden!

„Die „Staatsbürgerzeitung" — aus welchen Motiven lassen wir dahingestellt — stellt den „allgemeinen Volkswillen über jede Verfassung" und beruft sich auf die Geschichte der **vom Volke ausgegangenen** Revolutionen, 1789, 1830, 1848, an denen man sehen könne, daß „Revolutionen, wenn sie Erfolg haben und der Ausdruck des allgemeinen Volkswillens sind, stets bestehende Verfassungen umgeworfen und neue an ihre Stelle gesetzt haben."

„Daraus folgt, daß die „Staatsbürgerzeitung" die bestehende Verfassung in Preußen gerne umgeworfen sähe, um eine andere, dem „allgemeinen Volkswillen" entsprechende, an ihre Stelle zu setzen. Aber die „Staatsbürgerzeitung" begeht dabei einen logischen Schnitzer erster Klasse, sie vermengt zwei scharf zu trennende Dinge, die **Initiative von oben und die von unten.**"

„Nicht vom Volke, es sei denn von jener Fraction, die den König, „auf des Schwertes Knauf gestützt," an die Masse der Arbeiter appelirend, zu sehen begehrt, nicht vom Volke sind Radikaländerungen verlangt worden; vielmehr entspricht die Theorie der „Staatsbürgerzeitung" lediglich gewissen Gelüsten in höheren Kreisen. Da nun die Staatsregierung die factische Macht hat, und folglich sicher nichts thun wird, als was im Interesse dieser Macht liegt, so paßt die Theorie von den Revolutionen, welche eine Verfassung begründen, lediglich auf die Revolution von **Oben**, d. h. auf den **Staatsstreich**. Die „Staatsbürgerzeitung" provocirt also mit ihren unlogischen, springenden Phrasen den Staatsstreich, sie empfiehlt kurzweg die Einbürgerung des **Bonapnrlismus** in Preußen!"

So das Organ der öffentlichen Meinung an der westlichsten preußischen Grenze, welches sich seit 1851 dort zum muthigen Verfechter deutschen Wesens und zum gestrengen Wächter gegen bonapartistische Einfuhrartikel aufgeworfen hat. Jetzt, da der Bonapartismus von Berlin aus droht, da die Verzweiflung der Bismärckerei nach Innen wie nach Außen gleich groß ist und ein tollkühn begonnener Krieg nach Außen durch eine wohlberechnete Schmeichelei nach Innen gestützt werden soll, gilt es in Preußen vor Allem, kapitelfest zu sein und nichts schärfer zu untersuchen, als die Geschenke, die etwa der Staatsmann in tausend Nöthen dem „souveränen Volke" machen wollte. Wir rufen daher mit der „Trier'schen Zeitung" nachfolgende Schlußwarnungen über die Grenze, von denen wir nur wünschen möchten, daß sie gehörigen Orts gebührend beachtet werden möchten.

„Lassen wir den Rechtspunkt bei Seite, reden wir von dem, was wünschenswerth und mit Dank anzunehmen wäre. Seien wir keine Pedanten und erklären wir unsere Bereitwilligkeit, selbst vom Feinde ein Präsent zu empfangen.

„Wenn die Regierung morgen alle Preßbeschränkungen aufhöbe und die absolute Freiheit der Presse einführte: würden wir ihr opponiren und auf verfassungs- und gesetzmäßigem Zwang bestehen? Wenn die Regierung decretirte: das Schwurgericht ist die einzige competente Jurisdiction für alle politische Prozesse: würden wir auf unseren Zuchtpolizeigerichten bestehen, um gesetzlich abgestraft zu werden? Wenn die Regierung ausnahmslose Versammlungs- und Vereinsfreiheit beliebte: würden wir uns an dem Belieben, an der Competenz des Gebers stoßen?

„Nun, wir halten das allgemeine Stimmrecht mit geheimem Votum für das unausbleibliche Recht demokratischer Zeiten, für unumgänglich nothwendig und für die einzige Möglichkeit, Reclamationen wider die Gesetzgebung abzuschneiden. Wenn die Regierung uns dieses Recht anbietet, sollen wir spröde thun, es von uns weisen, oder nicht vielmehr mit beiden Händen zugreifen? Gibt es einen Unterschied zwischen der Preß-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit auf der einen Seite und dem allgemeinen Stimmrecht auf der andern? — Es scheint doch so.

„Aus den Händen der Regierung das allgemeine Stimmrecht telquel (so wie so) zu acceptiren, ist ein Ding der Unmöglichkeit; denn sie wird es uns nicht bieten, wenn sie nicht der festen Hoffnung lebt, ihre Zwecke dabei zu erreichen. Der Regierung gegenüber gilt der Standpunkt des Rechtes, des Gesetzes, der Verfassung. Aber wir müssen uns hüten, den wahren Interessenten des allgemeinen Stimmrechts als engherzig und bornirt zu erscheinen. Nur Derjenige, der die Berechtigung zum allgemeinen Stimmrechte über jeden Zweifel erhaben hingestellt hat, dem es Ernst ist mit der vollen Betheiligung des Volkes am öffentlichen Leben, wird auch gehört werden, wenn er Gründe der Opportunität für augenblickliche Enthaltung vorbringt und dem Volke das Vertrauen einflößt: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben!

„Wo nicht, so wird das Volk im blinden Verlangen nach seinem höchsten Gute, in der gläubigen Voraussetzung, die Form der Abstimmung werde ohne Weiteres Wunderdinge zu seinen Gunsten vollbringen, im entscheidenden Moment das Geschenk aus den Händen der Danaer annehmen und erleben, daß dieselbe Hand, welche ihm ein Menschen- und Bürgerrecht zu geben scheint, in etlichen nachträglichen Verordnungen die Presse, das Versammlungs- und Vereinsrecht knebelt und die Competenz von Ausnahmegerichten aus der Ferne zeigt, so daß das allgemeine Stimmrecht **das** Recht bleibt, — für die Candidaten der Regierung zu stimmen und daß die Altliberalen die Stellung von extremen Radikalen gewinnen.

„Wir dürfen uns Nichts schenken lassen, weil jedes Geschenk augenblicklich ein Octroi wäre; aber die ehrlichen Leute müssen dafür sorgen, daß Niemand im Volke die geringste Lust verspürt, sich etwas schenken lassen zu wollen." —

So viel als Gegengift gegen das von der „Staatsbürger-Zeitung" zu Berlin verbreitete **politische** Gift, welches unter der schönen Etikette des „allgemeinen Volkswillens" debitirt wird und Hrn. v. Bismarck zum **Hüter** der Rechte macht, die „mit uns geboren worden" und die „droben hängen unveräußerlich und unzerbrechlich wie die Sterne selbst."

Das nächste Mal kommen wir auf die **socialen** Unterschleife der „Staatsbürgerzeitung" zu sprechen.

Nekrolog.

† Dr. Heinrich Heinkelmann.

In **Bamberg** ward jüngst unter ungewöhnlich zahlreichem Trauergeleit ein Mann begraben, der sein ganzes Leben hindurch ein ebenso muthiger als beharrlicher Freund und Vertreter der Volkssache gewesen war, ein Mann von echt republikanischem Schrot und Korn. Dr. **Heinrich Heinkelmann** ward am 18. Februar begraben. Mehr noch als dem hochverdienten, uneigennützigen, opferfreudigen Arzte galt, in der strengkatholischen und oft als dem Fortschritt wenig geneigt bezeichneten Stadt, das in diesem Maße seltene, man kann sagen, unabsehbare Ehrengeleit dem scharf und schön ausgeprägten, unbeugsamen, unbestechlichen Charakter des Verstorbenen. Heinkelmann's Leben war ein Kampf gewesen, gekämpft unter dem Banner der Volksfreiheit. Schon in der Seele des Jünglings lebte und glühte der Gedanke der deutschen Republik und der politische Glaube, daß außerhalb der Republik dem deutschen Volke kein Heil erwachsen werde. Von diesem Standpunkte aus und als scharfer Beurtheiler der gegebenen Verhältnisse erblickte Heinkelmann denn auch in der Revolution eine geschichtliche und sittliche Nothwendigkeit. Einen Mann von so entschiedenem Denken und Wollen konnte deshalb der Verlauf, wie ihn im Jahre 48 die Dinge nahmen, in keiner Weise befriedigen. Heinkelmann warb und wirkte unverdrossen daß aus den Halbheiten etwas Ganzes werde und das Possenspiel dem Ernste Platz mache. Der in Rath und That rastlose Agitator, ohnehin in hohen Kreisen schon mißliebig, blieb dem Späherauge der Polizei nicht verborgen. Am 9. Juni 1849 ward Dr. Heinkelmann verhaftet. (Sein Leben von der Studienzeit an war eine nur selten unterbrochene Kette von Untersuchung und Haft, von Maßregelei und Drangsalirung gewesen. Eine zweimalige Untersuchungshaft füllt in diesem Leben einen Zeitraum von mehr als 4 Jahren.) Heinkelmann ward am 24. Juli aus der Bamberger Frohnveste nach Augsburg abgeführt in das Gefängniß des Centraluntersuchungsgerichts. Angeklagt des Hochverraths ersten Grades, stand unser Heinkelmann am 9. und 10. Sept. 1850 vor den Geschworenen der Stadt Augsburg. Und die Geschworenen, trotz der vom grünen Tisch aus angewandten Verführungskünste, sprachen den Angeklagten frei, **einstimmig frei**. Der 9. und 10. Sept. 1850 sind hohe Ehrentage im Leben Heinkelmanns gewesen. Die Verhandlungen, später nach stenographischen Berichten veröffentlicht, bieten ein hohes Interesse durch die Kühnheit, strenge Folgerichtigkeit und den schlagfertigen Mutterwitz des Angeklagten, der sich nicht selten zum Humor steigert. Selten wohl sind die faulen Zustände Europas, Deutschlands, Bayerns mit schärferen Ruthen gestrichen worden. Wahrhaft erhaben ist der Schluß dieser Vertheidigungsrede: „Es scheint, die Staatsbehörde verlangt nun einmal meinen Kopf; wohlan, ich fürchte den Tod nicht, ich habe ihm schon oft und unter vielerlei Gestalten ins Antlitz gesehen, ich fürchte am allerwenigsten den ruhmvollen Tod für mein Vaterland, sei es auf dem Schlachtfelde, sei es auf dem Schaffote. Ich fürchte aber auch als Mann von festen Grundsätzen, als ein Mann, der stets für des Volkes Wohl gestrebt und gewirkt, Ihren Ausspruch nicht. Ich habe gelernt, auch des Volkes Undank verachten zu können. Urtheilen Sie!"

Briefkasten.

Arbeiterfortbildungsverein in Chemnitz: Die Verspätung ist bei dem allerdings billigen Bezug durch den **Buchhandel unvermeidlich**. Eine Aenderung der Bezugsweise liegt lediglich in Ihrer Hand, indem Sie das Blatt bei Ihrer dortigen Post bestellen, dann erhalten Sie es am Tag des Erscheinens — Arbeiterbildungsverein in **Eßlingen**, wir erbitten den Bericht über den Consumverein nochmals; das Manuscript findet sich nirgends und muß wohl beizulegen vergessen worden sein.

Arbeitsvermittelung.

96] Zwei bis drei im **Sopha- und Stuhl-Fach** geübte **Holzarbeiter** finden bei hohem Lohn, unter Vergütung der etwa veranlaßten Reisekosten, dauernde Arbeit bei

C. Meyer in Kiel,
Holstenstr. Nr. 22.

104] **1 bis 2 tüchtige Mechaniker für Telegraphenarbeit** sucht sofort

L. Frank, Mechanikus,
Eisenach.

Verschiedene Anzeigen.

!Herrenmodenzeitungen!

☞ **Unsere nächste Nummer muß wegen des Charfreitags einen Tag früher in die Presse gehen und bitten wir dafür zu sorgen, daß alle für dieselbe bestimmten Einsendungen schon nächsten Mittwoch bis längstens Mittags hier sind.**

Die Redaction.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert in Coburg.

Nr. 170. — Vierter Jahrgang. — Sonntag, 1. April 1866.

Coburg.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Organ der deutschen Arbeiterbildungsvereine.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis voraus zahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Abonnementseinladung.

Mit dem 1. kommenden Monats beginnt ein neues Vierteljahrsabonnement auf die „**Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung**". Indem wir zu dem neuen Abonnement freundlichst einladen und um möglichst baldige Aufgabe der Bestellungen bitten, machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß das Blatt aller Orten — mit Ausnahme von Preußen und Mecklenburg — bei den betreffenden **Postanstalten**, und ebenso durch alle Buchhandlungen, sowie direct von der Expedition hier bezogen werden kann. Der Abonnementspreis beträgt **hier** am Platz 12 Sgr. oder 42 kr., der **Postbestellpreis** durch ganz Deutschland, mit Ausnahme der obengenannten beiden Staaten, 15 Sgr. oder 53 kr., wozu außerhalb Deutschlands der betreffende ausländische Postaufschlag hinzukommt. Die Bedingungen für den directen Bezug durch die Expedition sind an der Spitze des Blattes ersichtlich. Der Bezug durch den Buchhandel ist der billigste, der Bezug durch die **Post** dagegen der **schnellste** und billiger als der directe Einzelbezug unter Kreuzband, welchen der Portozuschlag erheblich vertheuert.

☛ Die immer sich wiederholenden Klagen über die mit dem Bezug durch den Buchhandel unvermeidliche Verspätung veranlassen uns zu dem wiederholten, dringenden Ersuchen, anstatt des directen Bezugs wie des durch den Buchhandel, wo immer möglich den Weg der **Bestellung an der nächsten Poststelle** zu wählen; die geehrten Leser erhalten dadurch das Blatt am **Tag des Erscheinens**, und uns werden viel Arbeit, Zeit und Geld erspart. Bei Bestellung von 25 Exemplaren und darüber unter einem Packet empfiehlt sich der bisherige directe Bezug auch ferner, und liefern wir in diesem Fall wie bisher portofrei.

Zu Anzeigen, namentlich für Arbeitsvermittelung, ist das Blatt, da es in fast allen Arbeitervereinen Deutschlands und der Schweiz gelesen wird, besonders geeignet. Die Insertionsbedingungen sind oben am Kopfe des Blattes ersichtlich.

Nachdem es durch dreijährige Anstrengungen gelungen ist, in der Arbeiterzeitung allen gleichstrebenden Vereinen ein Organ für die regelmäßige Vermittlung ihres geistigen Verkehrs und zur Förderung ihrer Vereinszwecke, wie der von ihnen getragenen Bewegung zu schaffen, darf von den Vereinen billig erwartet werden, daß nach und nach alle das Ihrige dazu beitragen, daß zwischen ihnen und ihrem Organ endlich das richtige Verhältniß von Leistung und Gegenleistung hergestellt und so die seit drei Jahren angestrebte, aber nur den vereinten Kräften mögliche, vollständige und würdige Erfüllung der Aufgabe dieses Organs erreicht werde. Bei mehr als 40,000 Vereinsmitgliedern trifft an dieser Pflichterfüllung die Einzelnen ein kaum bemerkbares Minimum. Sollten die Vereine und die Einzelnen zur Erfüllung eines solchen Minimums sich nicht entschließen können, während die Herausgeber des Blattes seit mehr als 3 Jahren weit über das Maximum in ihren Pflichten gegen die Sache opferwillig zu erfüllen bestrebt sind? So lange es aber freilich noch immer eine **große Anzahl von zur Organisation des Vereinstags gehörigen Vereinen gibt**, welche bei mehreren hundert, ja bei **weit über 1000 Mitgliedern** sich begnügen, das gemeinsame Organ in je einem Exemplar zu halten, **harrt dieses Mißverhältniß vergeblich auf Ausgleichung**.

Die Bekanntmachungen des **ständigen Ausschusses**, deren Mittheilung laut Ausschußbeschluß in erster Linie in der Arbeiterzeitung erfolgen soll, werden, sofort nach Eingang immer an der Spitze des Blattes gebracht; ebenso, wie bisher, die für den Vereinstag vorbereiteten Referate. Das Blatt, welches nach wie vor, je nach dem vorhandenen Stoff in einem ganzen oder halben Bogen, Sonntags erscheint, geht Freitags in die Presse, um Sonnabends mit den Frühzügen zur Versendung zu kommen. Manuscripte für die nächste Nummer müssen spätestens bis Donnerstag Morgens hier sein.

Coburg, Ende März 1866.

Die Redaction der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.

Inhaltsverzeichniß.

Vereinsangelegenheiten.

Nürnberg, 27. März. Der Unterzeichnete ersucht diejenigen Vereine, welche mit der Ausfüllung der zugestellten statistischen Fragebogen, sowie mit ihren Beiträgen noch im Rückstande sind, die Ersteren an ihn, die Beiträge aber entweder an ihn oder an Herrn Sonnemann in Frankfurt unverzüglich einzusenden, damit bei der in kürzester Zeit stattfindenden Ausschußsitzung Bericht erstattet, und Rechnung abgelegt werden kann.

In Folge Mangels eines vollständigen Vereinsverzeichnisses sind bei den ersten Sendungen einzelne Vereine übergangen worden. Sollte dies, wie unbekannter Weise, noch irgendwo vorgekommen sein, so bitte ich die betreffenden Vereine sich umgehend bei mir anzumelden, so daß sie mit dem in den nächsten Tagen zu versendenden Cirkular auch die vorhergegangenen erhalten können.

Mit Gruß und Handschlag

P. Staudinger,
Vorsitzender des ständigen Ausschusses.

Arbeiterbildungsverein Ravensburg.

Unser Verein erhielt heute durch den Vorort Stuttgart mehrere Lieferungen von Flugschriften, welche uns der Arbeiterbildungsverein in Berlin zum Präsent gemacht. Wir drücken hiermit unserem Bruderverein in Berlin unsern verbindlichsten Dank hierfür aus.

Ravensburg, den 25. März 1866.

Im Namen
des Arbeiterbildungsvereins Ravensburg:
Der Schriftführer M. Bräuner.

Pforzheim, 26. März. Auf die in letzter Zeit in der Arbeiterzeitung erschienenen Artikel, den Pforzheimer Arbeiterverein betr., sehen sich die unterzeichneten Vorstandsmitglieder des hiesigen Arbeitervereins zu folgender Erklärung veranlaßt:

1) Wir haben uns nicht gegen, sondern für das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen.

2) Wenn wir — nach dem Vorgange von Freiburg und Karlsruhe — die Einladung zu einer politischen Agitation zurückwiesen, so hielten wir uns streng innerhalb der Schranken unseres Rechts, und wir lassen uns in der Freiheit unserer Entschließungen ebensowenig hemmen, als wir andere Vereine in ihren freien Beschlüssen hindern wollen.

3) Die Behauptung, daß in unserem Vereine Angriffe auf den ständigen Ausschuß gemacht worden seien, entbehrt aller thatsächlichen Begründung; insbesondere wurde bei der Abendunterhaltung, über welche der in Nr. 168 dies. Blattes abgedruckte Artikel berichtet, die Frage des allgemeinen Wahlrechtes oder das Verhalten des ständigen Ausschusses auch nicht mit einem Worte berührt.

4) Unser Verein wird von Niemand bevormundet. Alle Beschlüsse werden durch die Mehrheit des Vorstandes und, wo dieses nöthig ist, des ganzen Vereines gefaßt und auch dann pünktlich ausgeführt, wenn der Vorsitzende nicht mit demselben einverstanden sein sollte.

5) Nach einem Zeitungsartikel, für welchen doch weder der Vorsitzende noch der Vorstand verantwortlich sein kann, da er ohne ihr Vorwissen erschienen ist, über das Streben und die Wirksamkeit unseres Vereines ein wegwerfendes Urtheil zu fällen, muß als

ebenso leichtfertig als böswillig betrachtet werden, und wir weisen eine solche Verdächtigung, wie sie in Nr. 168 dies. Blattes ausgesprochen ist, mit aller Entschiedenheit zurück. Das Streben unseres Vereins ist ein ernstes und vor Allem darauf gerichtet, die Mitglieder desselben ebenso wohl geistig und sittlich zu bilden, wie auf die Erstarkung eines festen und männlichen Charakters bei ihnen hinzuwirken.

6) Die sich selbst richtenden persönlichen Angriffe auf unsern I. Vorsitzenden werden uns nicht irre machen an einem Manne, der unserm Vereine seit seinem Bestehen an seine Kräfte und seine Theilnahme auf die uneigennützigste Weise gewidmet hat.

7) Die Behauptung der Redaktion, daß Hr. Moritz Müller, dessen wirkliche Verdienste um unsern Verein nie bestritten wurden, aus dem Arbeiterverein verdrängt worden sei, beruht auf Unkenntniß der thatsächlichen Verhältnisse. Herr Moritz Müller wurde im Februar 1865 nicht wieder gewählt, weil er wiederholt sowohl mündlich als in den öffentlichen Blättern auf sein Manneswort erklärt hatte, daß er eine Wahl nicht mehr annehmen werde.

Ph. Fees, II. Vorsitzender. Aug. Gödecke, Schriftführer. Ph. Kunzelmann, Cassier. Chr. Sohn, Bij.-Fabrikant. Ph. Leissing, Kabinetmeister. Franz Wolf, Tapezier und Decorateur. Aug. German, Graveur. Aug. Schaffler, Schneidermeister. W. Trost, Graveur. Fried. Burghard, Presser. W. Hessenberger, Graveur. J. Kast, Goldarbeiter. Frd. Behner, Graveur. J. Bilsing, Goldarbeiter. G. Großmann, Goldarbeiter.

Pforzheim, 28. März. Auf den Wunsch vieler Vereinsmitglieder verschiedener Vereine will ich in nächster Nummer der Arbeiterzeitung eine Beilage als Flugschrift über den hiesigen Arbeiterbildungsverein und seinem jetzigen Vorsitzenden Herrn Professor Provençe beifügen. Ohne denn weitere Worte zu verlieren, überlasse ich es den vernünftigen Arbeitern, sich ihre Meinung über die Sache selbst zu bilden. Es mag übrigens in vielen Vereinen der richtige Weg für wesentlichen Fortschritt noch nicht gefunden sein und können sich die Arbeiter ein Beispiel an dem nehmen, was ich ihnen vorführen werde.

Moritz Müller.

Freiburg i. Br., 22. März. Es wird Sie wohl nicht wundern, wenn ich Ihnen von einer Coalition der hiesigen Schneidergesellen berichte. Die Lohnverhältnisse hier sind derart beschaffen, daß man sich manchmal wundert, wie es möglich ist, daß überhaupt für einen solchen Preis nur gearbeitet wird. Der bessere Stückarbeiter verdient nach eingehenden Berechnungen der Schneidergesellen, welche auf den eigenen Büchern der Prinzipale beruhen, im jährlichen Durchschnitt 38 bis 40 kr. pro Tag; wie es da um die Lohnverhältnisse der geringer befähigten Arbeiter aussieht, mag man hiernach ermessen, und wie es überhaupt möglich ist, mit einem solchen Verdienste anständig das Leben zu fristen, das wird wohl Niemand begreifen mit Ausnahme vielleicht der Herren Meister, welche allen Anforderungen der Zeit taub und natürlich nur auf ihren eigenen Vortheil bedacht sind. Die hiesigen Schneidergesellen sind fest entschlossen, auf ihrem gerechten Verlangen, einer 20procentigen Lohnerhöhung, zu beharren, und werden dieses Ziel auch erreichen, wenn einestheils das Zureisen fremder Arbeiter möglichst beschränkt, anderntheils ihre Collegen sie in ihrem Vorhaben durch geeignete Geldbeiträge unterstützen. Ihr Blatt hat von jeher die Interessen der Arbeiter verfochten und bei der weiten Verbreitung desselben wird es wohl von großer Wirkung sein, wenn wir durch dasselbe allen Schneidergesellen Deutschlands zu erwägen geben, so viel in ihren Kräften steht den Zuzug von Arbeitern zu verhindern. Die Meister haben bisher die Bewilligung der 20 Procent, sowie überhaupt jede Verständigung verweigert und in Folge dessen werden die Arbeiter am Oster-Dienstag, den 3. April, die Arbeit niederlegen. Ueber den weiteren Verlauf werden wir Ihnen später berichten.

Bremen. Am 4. März feierte der Verein „Vorwärts" sein 19. Stiftungsfest. Die Aufgabe des Vereins ist unverändert dieselbe geblieben: „die sittliche und geistige Bildung der Mitglieder zu fördern, im freundschaftlichen Verkehr den Sinn für Schönes und Edles zu wecken und jeden Einzelnen zu verpflichten, dem Stande, dem er angehört, Ehre zu machen." Die Mitgliederzahl hat im vorigen Jahre nicht unerheblich zugenommen. Der durchschnittliche Bestand der Mitgliederzahl war 1133 gegen 1040 im Jahre 1864. Die Unterrichtsstunden haben im verflossenen Jahre eine bis dahin nie gekannte Betheiligung gefunden. Unterrichtet wurde im Schreiben, Rechnen, in der deutschen und englischen Sprache, im Freihandzeichnen, Bauttitzeichnen, Maschinenbauzeichnen, im gewerblichen Buchhalten, im Singen, in der Stenographie. Unsere Turnerschaar zählte durchschnittlich 94 Theilnehmer. Die wöchentlichen Vorlesungen fanden und finden stets eine zahlreiche Zuhörerschaft. Die Lesezimmer mit einer Bibliothek von etwa 2000 Bänden und einer Auswahl von etwa 40 Zeitschriften füllen sich allabendlich mit Lesern. Die sonntäglichen Abendunterhaltungen, hin und wieder mit Concertvorträgen, fügen das Angenehme zu dem Nützlichen. Bei der Sparkasse des Vereins sind gegenwärtig 2723 Thlr. 23 Gr. belegt; dieselbe nimmt Einlagen der Mitglieder von 6 Gr. an entgegen und verzinst dieselben mit 3½ %. — Wesentlich beeinträchtigt wird die Wirksamkeit des Vereins durch die beschränkten Räumlichkeiten, namentlich in Bezug auf die einzelnen Unterrichtsfächer. Unsere letzte Weihnachtsverloosung hat einen Ueberschuß von 502 Thlr. ergeben, wovon 180 Thlr. an die Unterrichtskasse und 322 Thlr. an die Vereinskasse überwiesen sind.

Zürich. Unser Arbeiterbildungsverein „Eintracht" hat seinen Jahresbericht für 1865 veröffentlicht. Der Bericht umfaßte folgende 11 Stücke: Vereinskasse und Inventar, Statistik der Mitglieder, die Wanderkasse, die Felleisenkasse, die Pensionskasse, die Speisegesellschaft des Vereins, die Sängerabtheilung, die Turnerabtheilung, die technische Abtheilung, Bibliothek und Zeitschriften, Ereignisse im Vereinsleben. — Es besuchten den Verein im Jahre 1865, 831 Mitglieder, davon sind ausgetreten und abgereist 429, ausgeschlossen als Schuldner 125, gestorben 1; bleibt Mitgliederzahl am 1. Januar 1866: 275. Der Durchschnitt der Sängerabtheilung beträgt 50 Mann, der Durchschnitt der Turnerschaft höchstens 40. Die technische Abtheilung zählt 56 Mitglieder; die Fächer, in denen Unterricht ertheilt wurde, sind Rechnen, Schreiben, Buchführung und Zeichnen. Die Bibliothek des Vereins besteht aus 770 Bänden und wird fleißig benutzt. An Zeitschriften hält der Verein 20, die immer im Lokale ausliegen. Die politischen Ereignisse des vergangenen Jahres fanden lebhafte Besprechung; freireligiöse Ansichten werden durch unser Ehrenmitglied Wislicenus mächtig gefördert. Leider ist es noch nicht gelungen, weitere Männer zur Abhaltung von Vorträgen zu gewinnen.

Politischer Theil.

Allerlei zur Lage.

Die Tage werden länger und heller, die Lage ist dunkler geworden. Der Himmel hängt dichter denn je voll Ungewißheit, den politischen Kalendermachern steht der Verstand still.

Säbelgerassel und angestammtes Großthun in Preußen, Marschbefehle über Marschbefehle in Oesterreich. Schon erblickte die erhitzte Phantasie der preußischen Junker — der persönliche Schutz des Hohenzollernstaates verlangte es gebieterisch also — Sachsen besetzt von preußischen Heerschaaren, das märkische Roß aus der Donau saufend, die Straßen Wiens wimmelnd von preußischen Grenadieren, während in der Hofburg im Namen Sr. Majestät Wilhelms I. der Friede diktirt wird. Hurrah!

Siehe da, über ein Kleines war Alles wieder still wie zuvor; es war ein blinder Lärm gewesen; die schwarzweißen Heißsporne hatten im Großmachtstraum geredet. Die Ruhe ist allerdings wiedergekehrt; der Friede eines festen Zustandes jedoch ist noch in weitem Felde. Das Garn, aus welchem die deutsche Zukunft gewebt werden soll, wird durch Diplomatenhände in immer heillosere Wirrniß gebracht.

In solcher Zeit der schweren Noth erschallt dem deutschen Ohre auf einmal wieder eine Name, ein halbvergessener und der schon längst zu einem hohlen Begriff geworden war: der durchlauchtigste deutsche Bund, der bisherige Schleppträger Oesterreichs und Preußens, soll Schiedsrichter sein über den Hader zwischen den beiden Großmächten. Jedenfalls wird durch diesen Ausweg, der mehr schlau als klug genannt werden muß, Zeit gewonnen, und mit Hülfe der Zeit läßt sich gar Manches ins Werk setzen, z. B. Aussöhnung Oesterreichs mit Ungarn. Jeder Zuwachs aber, den Oesterreich auf dem Gebiete seines innern Staatslebens erringt, bedeutet einen doppelt so großen Verlust für Preußen. Preußens Stärke wächst mit Oesterreichs Schwäche.

Während des blinden Kriegslärms nun zeichneten kaltblütige Geister bereits den Dingen, die da zu kommen schienen, ihre Bahn vor. Heut zu Tage aber forscht man nicht mehr wie vor 200 Jahren, am hohen Himmel hin und her, um das Gutachten der Sterne zusammenzubuchstabiren, heut zu Tage sind Soldaten und Geld das Orakel, das man befragt.

„Was bedeutet denn, fragt ein Wiener Publicist, diese preußische Kriegsmacht, auf welche mit so ungeheurem Hochmuthe hingewiesen wird, und mittelst welcher nöthigenfalls erobert werden soll, was Oesterreich nicht gutwillig zugesteht? Für einen Staat mit 18 Millionen Seelen ist eine mobile, schlagfertige Armee von dreimalhunderttausend Mann, fast 4 Procent der Bevölkerung, eine sehr erkleckliche Macht. Nehmen wir an, daß Preußen davon hunderttausend Mann zur Deckung der Rheinlinie im Kriegsfalle verwenden muß, daß es mindestens dreißigtausend Mann für Schleswig-Holstein braucht, so bleiben ihm höchstens hundert und siebzigtausend Mann für die Deckung der ausgedehnten schlesischen Grenze für die Operationen gegen Oesterreich und die eventuellen Corps, welche Bayern, Sachsen u. s. w. sicher im Verlaufe der Ereignisse ins Feld stellen würden. Nun zweifeln wir zwar nicht, daß Preußen im äußersten Falle noch hundert und fünfzigtausend Mann aufbringen könnte, aber mit diesen Truppen könnte es unmöglich sofort ins Feld rücken. Es bedürfte mindestens sechs Monate Zeit, um sie mobil zu machen, und sechs Monate sind heutzutage in Kriegszeiten sehr viel. (Langt noch nicht. Es ist ja vorerst eine dreijährige Dienstzeit nothwendig. D. Red.) Zunächst also würde Preußen absolut nicht mehr als eine Armee von höchstens zweihunderttausend Mann gegen Oesterreich in Bewegung setzen können. Das ist die ganze Macht, welche Preußen verfügbar hat, um seine beispiellosen Ansprüche zur Geltung zu bringen, Oesterreich zu vernichten, die Hitze des Wiener Pflasters an preußischen Grenadiersohlen zu erproben und Schleswig-Holstein nebst dem übrigen Deutschland, bis zum Main wenigstens, zu erobern. Wahrhaftig man muß über dem wohlfeilen Erfolge von Düppel-Alsen alle und jede Besinnung verloren haben, um mit so geringen Mitteln, ohne einen einzigen Alliirten, weder innerhalb noch außerhalb Deutschlands, sich in das Wagniß eines Krieges zu stürzen. Preußen ist stark, reich, kriegsmuthig; aber viel mehr als eine Hauptschlacht dürfte auch das heutige Preußen nicht verlieren, um zur Annahme der Friedensbedingungen des Gegners gezwungen zu werden."

Ueber **Bürgerkrieg und Frieden**, schreibt das „Cob. Tagbl.", schwankt das Zünglein in der Waage noch fortwährend hin und her. Beide Theile, Oesterreich und Preußen verstecken ihre Rüstungen einer hinter denen des andern. Graf Bismarck, das gute harmlose Kind, rüstet gar nicht und das Karnikel Oesterreich rüstet entsetzlich. Die Bismarck'schen Organe referiren täglich über die großartigen Rüstungen Oesterreichs, während Privatbriefe aus den betreffenden Gegenden nichts davon wissen wollen. Graf Bismarck hat bereits durch den preußischen Gesandten in Wien und Graf Mensdorf durch den österreichischen Gesandten in Berlin wegen der Rüstungen anfragen lassen. „Wir rüsten uns nur zur Vertheidigung, weil ihr rüstet, und können dies aus der Art unserer Rüstungen nachweisen", antwortet Graf Mensdorf. „Wir haben noch gar nicht gerüstet, müssen es aber nunmehr thun, weil ihr rüstet", antwortet Graf Bismarck. Dabei schwirrt aber dem preußischen Kriegsminister ein Befehl an die preußischen Telegraphenverwaltungen durch, über Einschränkung des Telegraphendienstes für den Privatverkehr, wegen stärkeren Bedarfs des Telegraphen für den Staatsdienst. Der Mantel hat ein Loch und der neupreußische Pferdefuß guckt durch. Mittlerweile werden durch das frivole Spiel über den erstrebten unrechtlichen Ländererwerb alle Geschäfte gestört und täglich Tausende in ganz Deutschland verloren. Was schadet das, wenn nur die „preußische Spitze" einen Machtzuwachs erhält?

Am 24. März 1848

schrieb Preußens König Friedrich Wilhelm IV. an den Herzog Christian von Augustenburg folgenden Brief:

„Durchlauchtiger Herzog! Auf Eurer Durchlaucht Schreiben vom heutigen Tage in Betreff des bedrohlichen Zustandes in den Herzogthümern Schleswig-Holstein eröffne ich Ihnen hiermit Folgendes: Ich habe mich der Wahrung der deutschen Sache für die Tage der Gefahr unterzogen, nicht um die Rechte Anderer zu usurpiren, sondern um das Bestehende nach Außen und nach Innen nach Kräften zu erhalten. Zu diesen bestehenden Rechten rechne ich dasjenige der Herzogthümer Schleswig-Holstein, welches in den die Rechte des Königreichs Dänemark in keiner Weise ver-

letzenden Sätzen ausgesprochen ist: 1) daß die Herzogthümer **selbstständige** Staaten sind; 2) daß sie fest mit einander verbundene Staaten sind, und 3) daß der **Mannesstamm** in den Herzogthümern herrscht. In diesem Sinne habe ich mich bereits beim Bundestage erklärt und bei diesem bestehenden Staatsverhältniß bin ich bereit, in Betracht des Bundesbeschlusses vom 17. März 1846, die Herzogthümer Schleswig-Holstein gegen etwaige Uebergriffe und Angriffe mit den geeignetsten Mitteln zu schützen. Ich hoffe übrigens, daß der Nationalität der Herzogthümer keine ernstliche Gefahr droht, und bin entgegengesetzten Falles in der festen Zuversicht, daß meine deutschen Bundesgenossen gleich mir zum Schutze derselben herbeieilen werden. In aufrichtiger Freundschaft verbleibe ich Euer Durchlaucht freundwilliger Vetter Friedrich Wilhelm."

Aus Schleswig-Holstein, 21. März, wird der Zeitung für Norddeutschland geschrieben: Wohl kann je ist das Wort Rehabeam's richtiger angewandt worden, als in Beziehung auf Schleswig: wenn Dänemark das Herzogthum Schleswig mit Ruthen züchtigte, hat Preußen es mit Scorpionen gepeitscht. Und noch sind wir Schleswig-Holsteiner nicht so entnervt, daß wir die Hand küssen sollten, die uns die Peitsche fühlen läßt.

In allen Beziehungen hat Preußen das Gegentheil von dem gethan, das ihm Dänemarks warnendes Beispiel rieth: Es hat die Presse geknebelt, bestochen oder verboten; es hat die Vereine aufgelöst; es hat die von ihm eingesetzten Beamten abgesetzt; es hat das Petitionsrecht vernichtet; es hat die Beisetzung der Leiche eines Mitgliedes des Fürstenhauses durch Gendarmen und Militär gestört; es hat Ehrenmänner mit dem Zuchthause bedroht — das ist die Milde!

Es führt preußische Schulregulative ein; es stellt preußische oder von der öffentlichen Meinung geächtete schleswig-holsteinische Beamte an; es läßt durch preußische Persönlichkeiten die Schulen inspiciren; es läßt Strümpfe stricken für die Heiden und dabei Missionsstunden halten — das ist die Rücksicht auf den Volkscharakter!

Es überwacht die Holsteiner, die nach Schleswig, die Schleswiger, die nach Holstein gehen; es verweigert jegliche gesetzlich erforderlichen Beiträge für die Landesuniversität; es läßt aber toasten und reden auf auf Schleswig-Holstein — das ist die Achtung der Anhänglichkeit Schleswigs an Holstein.

Es beantwortet die Bitte um Einberufung der Stände mit Aufhebung des Petitionsrechtes; es läßt die Landesvertreter, die ihre Ansicht über die Zukunft des Landes ausgesprochen, vor Gericht ziehen; es umgibt sich mit Subjecten, deren Ruf mehr als zweideutig ist; es läßt aber die Nothwendigkeit der Mitwirkung der Landesvertretung betonen — das ist das Verfahren nach Recht und Gesetz.

Breslau, 25. März. Directe Nachrichten bestätigen, daß die Befestigungen von Krakau armirt werden und daß dort mit Anstrengung Tag und Nacht geschanzt wird. Die nach Böhmen abgegangene Garnison ist durch **Truppen** aus Galizien ersetzt. Die Beurlaubten und Reserven treffen regelmäßig ein und werden weiter befördert. In Teschen ist ein Bataillon Jäger und in Troppau eine Abtheilung Infanterie eingerückt. In den zwischen Bielitz und Teschen belegenen Orten Ernsdorf, Matzdorf und Riegersdorf sind Truppen angesagt. Aus Oderberg wird gemeldet, daß in jeder der drei letzten Nächte je drei Züge mit Militär aus Galizien nach Böhmen die Stadt passirt haben. Gestern Nachmittag ging auch durch Dziedzitz ein Militärzug mit 1000 Mann und 50 Offizieren. In Oswiecim sollen Husaren eingerückt sein, in Bielitz werden Jäger erwartet. So die Breslauer Blätter. Privatcorrespondenzen wollen von dem allem nichts wissen.

Berlin, 28. März. Die „Nordd. Allg. Ztg." fährt fort mit ihren Rapporten über die Truppenbewegungen in Böhmen. Ueber den Werth dieser und der ähnlichen, durch den Telegraphen vermittelten Alarmnachrichten sagt die „Bankztg.", nachdem sie ähnlicher von der „Schles. Ztg." ausgesprochener Zweifel gedacht: Auch hier in Berlin wissen die glaubwürdigsten Nachrichten aus Schlesien nichts von den aus Breslau gemeldeten Truppenbewegungen. Geschäftsleute, die aus Oberschlesien kommen, haben nirgends eine Spur von militärischen Maßregeln wahrgenommen weder jenseits noch diesseits, auch Geschäftsbriefe aus Oberschlesien und Galizien wissen von Kriegsvorbereitungen nicht das Mindeste zu berichten.

— Die „Kreuzzeitung" räumt ein, daß die „Nordd. Allg. Ztg." diesmal in Hofsachen besser unterrichtet gewesen ist, als sie selbst, sie fügt sich in das Factum, daß **kein Brief des Kaiser Franz Joseph** zum Königlichen Geburtstage hier eingetroffen sei, will aber doch die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Großmächte sich noch in Ehren verständigen werden. Nach anderen, bestimmt auftretenden Behauptungen aus Wien ist ein solcher kaiserlicher Gratulationsbrief doch eingetroffen. Wer denkt nicht an das bekannte Gedicht Hoffmann von Fallersleben: „Wie ist doch die Zeitung interessant."

— Die „Börsenztg." berichtet von einer Bekanntmachung des **Kriegsministers**, daß die telegraphische Communication unter den Behörden eingeschränkt werden muß, weil der **Staatstelegraph** unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur den wichtigsten Angelegenheiten dienen kann. Das wäre Angesichts der Discretion, welche den Blättern in Bezug auf den kriegerischen Lärm anbefohlen ist, etwas unvorsichtig, denn es verriethe, daß militärische Dinge den Telegraphen neuestens stark in Anspruch genommen haben.

— Die Nachricht, daß gegen einen dem Richterstande angehörigen **Abgeordneten** wegen einer öffentlichen Rede desselben eine **Disciplinaruntersuchung** eröffnet sei, wird jetzt vom „Publicist" in einer beinahe unglaublichen Weise bestätigt und festgestellt. Das Blatt schreibt: „Gegen den Vice-Präsidenten des Appellationsgerichts in Ratibor, Abgeord. v. **Kirchmann**, ist beim Königl. Obertribunal eine Disciplinaruntersuchung eingeleitet wegen seines Vortrages im Berliner Arbeiterverein über sociale Hilfe für den Arbeiterstand durch **Verminderung der Geburten**. Es scheint, daß man die Tendenz des Vortrages für eine unsittliche, den richterlichen Stand des Vortragenden compromittirende hält. Erbaut waren wir von Kirchmanns Vorschlägen zur Lösung der socialen Frage durch die „Zweikinderwirthschaft" auch nicht, aber der Blödsinn einer gerichtlichen Verfolgung deshalb erscheint uns doch ganz unbegreiflich.

— Im **Rheinlande** zunächst regt es sich, der Stimmung des **Volkes** in der **Kriegs- und Friedensfrage** zum Ausdruck zu verhelfen. In **Köln** sollte letzten Dienstag Abend eine Bürgerversammlung darüber berathen, in **Solingen** haben die zur Berichterstattung ihrer Abgeordneten versammelten Wahlmänner sich bereits darüber geäußert. Sie erklärten, nach einem zündenden Vortrage des Abgeordneten Jungk, ein Krieg zwischen Preußen und Oesterreich unter den gegenwärtigen Umständen gereiche Preußen und dem gesammten Deutschen Vaterlande zum Unheil.

Wien, 25. März. „Der Dialog mit Oesterreich ist zu Ende" so erzählt man hier das stolze Wort des Grafen Bismarck, welches bestimmt zu sein scheint, in den patriotischen Herzen der Kaiserstädter den nach Pesth zu verlegenden Schwerpunkt zu verdrängen. Und etwas einförmig war jedenfalls dieser Dialog schon geworden. Die gegenseitigen diplomatischen Anfragen über die Rüstungen haben hier und, wie man hört, auch in Berlin stattgefunden, ohne zu irgend einem nennenswerthen Resultate zu führen. Graf Mensdorff erklärte dem Baron Werther, Oesterreich habe dringende und triftige Gründe, die Eventualität einer Friedensstörung in's Auge zu fassen und sich einem möglichen Angriffe gegenüber in Bereitschaft zu setzen; wie fern ihm selber jedoch die Idee eines Angriffes liege, beweise am besten die Thatsache, daß es auch noch nicht einen Urlauber einberufen, nicht ein Trainpferd habe beistellen lassen. Genau dieselbe Antwort hat sich Graf Karolyi in Berlin vom Grafen Bismarck geholt, woraus sich denn so recht handgreiflich die unschätzbare Wichtigkeit ergibt, welche eine ausreichende diplomatische Vertretung für einen wohlgeordneten Staat hat. Von welcher Bedeutung muß nicht diese Wechselrede für die Leiter der auswärtigen Politik hier und an der Spree gewesen sein, und welch' Licht verbreitet sich nicht über die ganze Sachlage! Neue Hoffnungen schöpft man hier übrigens aus den **Holsteinischen Berichten**, in deren Vordergrunde das Wort Manteuffel's gegen die „Handstreichpolitik" figurirt. So die „Berliner Reform." Manteuffel ist ein Anhänger des preußisch-österreichischen Bündnisses, wie die Kreuzzeitung, und deshalb Gegner der Politik Bismarcks. Bismarck steht aber zur Zeit fester wie Manteuffel.

Der „Bresl. Ztg." wird aus **Wien** vom 24. telegraphiert: Binnen drei Tagen erfolgt die Entscheidung über die schwebenden Fragen. Preußen wird 50 Millionen Thaler anbieten, Oesterreich aber ablehnen.

Nachstehender Artikel der „**Passauer Zeitung**" verdient die Beachtung des Volkes in den jetzigen Tagen: Wenn uns landesväterliche Regierungen mit Krieg begnadigen werden, woran viele nicht mehr zweifeln, so wird dem großen unbeholfenen Haufen von 45 Millionen, den man, wenn es eine hohe Obrigkeit erlaubt, auch deutsches Volk nennen darf, wiederum eine prächtige Gelegenheit gegeben sein, seine Unverwüstlichkeit im leidenden Gehorsam zum tausend- und abertausendsten Male zu bethätigen. Darum rüste dich, deutscher Mann, bei Zeiten für diese dir beschiedenen Tage des Jammers und arbeite in deinem Berufe mit verstärktem Fleiße und mache dich nebenbei bekannt mit dem alleinigen Genusse der Kartoffeln und dem des blanken Wassers, denn die von Gott verordneten Fürsten werden viel, viel Geld brauchen und die einheimische wie fremde Soldateska wird gar fürchterlich zornig werden, wenn sich in deiner Speisekammer nicht wohlschmeckende Schinken und Würste ꝛc. vorfinden; wenn du aber in dem Alter bist, wo es billig ist, dich von den Mühen und Strapazen eines langen Lebens zurückzuziehen, so gieb dieses Vorhaben auf, denn es wird eine Stunde kommen, da man dir die Stütze deines Alters, deine arbeitsfähigen Söhne, nehmen wird, um ihr junges Blut auf dem sogenannten Felde der Ehre aushauchen zu lassen. Wenn das Blutbad unter den Brüdern eines und desselben Volkes im schönsten Gange ist, so mache dich in Gottes Namen gefaßt, daß der zweite Dezember diese herrliche Gelegenheit benützen wird, aus seiner Klemme hervorzubrechen, um die große Nation damit zu entzücken, daß er die ausgehungerten Helden aus Mexiko zu dir in's Quartier legt und die für diesen Dienst noch eine hübsche Steuer abverlangt. Wenn dein und deiner Mitbürger Wohlstand gebrochen, wenn unser Volk um tausende von Millionen geschwächt, ohne daß das Geringste für die Zukunft dadurch erreicht, wenn sich deine treue Lebensgefährtin ob der verlorenen Söhne, vielleicht auch der entehrten Töchter, die Haare ausrauft und des Jammers kein Ende sein wird, dann versuche es, von deinem beschränkten Unterthanenverstand Antwort darüber zu bekommen, wer das Scheusal des Brudermordes denn eigentlich losgelassen und so namloses Weh über dich und dein Vaterland gebracht hat. Bist du dann noch im richtigen Besitz deiner dir von Gott verliehenen fünf Sinne, so wirst du zu dem selbstvernichtenden Geständniß gelangen, daß du selbst es warst, der das Vaterland an den Rand des Verderbens gebracht, und zwar thatest du dieses damals, als der Ruf des Vaterlandes auch an dich erging, für dessen Ehre und Recht einzustehen, du aber in grenzenloser Kurzsichtigkeit und Selbstsucht Schleswig-Holstein im Monde wähntest, oder vielleicht auch in den Winkeln deiner Taschen nach einigen lumpigen Pfennigen suchtest, um sie mit der frevelhaften Bemerkung zu überreichen, daß es eigentlich eine Dummheit sei, für eine solche Sache etwas herzugeben, und du also damit glaubtest, dich von deinen zweifelhaften Pflichten losgekauft zu haben. Durch eine freiwillige Gabe, wie sie der heiligen Sache des Vaterlandes würdig, und durch einen kräftigen Faustschlag auf den grünen Tisch der Conferenzen wäre die Frage naturgemäß erledigt worden; daß es anders gekommen, daran ist Jeder von uns schuld, der in unverantwortlichem Stumpfsinn und Gleichmuth diese Angelegenheit in die verbrecherischen Hände deutscher Briganten gespielt hat.

Paris, 25. März. Das auswärtige Amt bereitet in seinen Bureaux die Grundlagen zu einem internationalen Uebereinkommen vor, durch welches mit einem Schlage und in gleicher Weise das **Paßwesen bei allen Nationen** der Art geregelt werden sollte, daß die bisher mit dieser Institution verknüpften nutzlosen Plackereien völlig abgeschafft würden. Frankreich will sich das Verdienst gewahrt sehen, für diese „civilisatorische und humanitäre Idee" die Initiative allein ergriffen zu haben. Schon in dieser Woche sollen entsprechende Mittheilungen an die Vertreter Frankreichs im Auslande abgehen, denen in Bälde ein eingehendes Rundschreiben Drouyn de Lhuys' an die betreffenden Mächte nachfolgen würde.

Amerika. Präsident Johnson hat wegen seines jüngsten Auftretens viele Angriffe zu bestehen. Heftiger vielleicht noch als von der radicalen Presse wird der Präsident zuweilen von den Kanzeln herab angegriffen. So sagt der hochwürdige Geistliche Heyshat unter Anderem: „Der Präsident sprach von der Gefahr, ermordet zu werden. Mein lieber Herr Präsident, es wird Sie Niemand um's Leben bringen. Nur die großen und guten Männer sterben, Sie werden ewig leben. — Ein anderer Prediger, der hochwürdige D. Watton, ließ sich folgenderweise vernehmen: „Johnson ist ein größerer Verräther als Judas Ischariot; der war sich

doch wenigstens seiner Schuld bewußt, wies das Silberstück zurück, das ihm als Lohn für seine That geboten wurde, und erhenkte sich vor Reue und Gewissensbissen. Johnson dagegen, der die Partei, die ihm seine Stellung gegeben, verrathen hat, rühmt sich seiner Schande."

Veraltete Ansichten Friedrichs II. aus dem Hause der Hohenzollern.

Der „Bund" theilt aus den Werken **Friedrichs des Zweiten** einige Stellen mit, aus denen man die Ansicht kennen lernt, die der zweite Gründer der preußischen Monarchie über Hoheit und Hoheitsrechte, sowie **Hoheitspflichten** hatte. Jene vom „Bund" citirten Stellen lauten:

„Die große Wahrheit, daß wie gegen Andere handeln müssen, wie wir wollen, daß sie gegen uns sich betragen, wird der Grundstein der Gesetze und des gesellschaftlichen Vertrages. Da abee die Gesetze weder aufrecht erhalten, noch ausgeübt werden konnten, ohne daß ein Aufseher derselben sich ununterbrochen damit beschäftigte, so war dies der Ursprung der Obrigkeit, die das Volk erwählte und der es sich unterwarf. Man peäge es sich fest ein, daß die **Erhaltung der Gesetze** die einzige Ursache war, welche die Menschen vermochte, sich Oberherren zu geben; denn dies ist der wahre Ursprung der Souveränetät. Diese Obrigkeit war der erste Diener des Staates. Die Fürsten, die Regenten, die Könige sind also nicht mit der höchsten Gewalt bekleidet, um sich ungestraft den Ausschweifungen und jeder Art von Luxus ergeben zu können; sie sind nicht über ihee Mitbüeger erhoben, damit ihr Stolz sich auf dem öffentlichen Schauplatz brüste und mit Hohn die Einfalt der Sitten, die Armuth und das Elend niedertrete; sie stehen nicht an der Spitze des Volkes, um neben sich einen Haufen Müßiggänger zu halten, deren Nichtsthun und deren Unbrauchbarkeit alle Arten von Lastern erzeugt. Die schlechte Verwaltung der monarchischen Regierungsformen rührt von mehreren verschiedenen Ursachen her, die ihre Quelle im Charakter der Regenten haben. So wird ein Fürst, der den Weibern ergeben ist, sich von Maitraissen und Günstlingen regieren lassen. Diese werden die Gewalt mißbrauchen, die sie über den Geist des Fürsten haben; sie werden sich derselben bedienen, um Ungerechtigkeiten zu begehen, sittenlose Menschen in Schutz zu nehmen, Aemter und Würden zu verkaufen, und sich andere Schandthaten zu Schulden kommen lassen. Wenn der Fürst aus Hang zum Nichtsthun die Regierung des Staates gedungenen Händen, ich will sagen, seinen Ministern überläßt, so zieht der Eine zur Rechten, der Andere zue Linken; Niemand arbeitet nach einem allgemeinen Plane; jeder Minister stürzt um, was er schon eingeführt findet, so gut es sein mag, um etwas Neues zu schaffen und um seine Phantasieen, oft zum Nachtheil des allgemeinen Besten, durchzusetzen. Das Uebel erreicht aber seinen Gipfel, wenn es verkehrten Gemüthern gelingt, den Regenten zu bereden, daß sein Interesse von dem Interesse seiner Unterthanen verschieden sei. Dee Regent ist durch unauflösliche Bande mit dem Staatsbürger verbunden; er fühlt also durch eine unausbleibliche Rückwirkung alle Uebel, welche seine Unterthanen treffen; und die Gesellschaft leidet ebenfalls durch jedes Unglück, welches dem Regenten zustößt.

„Jeder Privatmann, der nicht nach Grundsätzen handelt, geräth mit sich selbst in Widerspruch: desto mehr ist daran gelegen, daß die Obrigkeit, die über das Wohl des Volkes wacht, in der Staatsklugheit, im Kriege, in den Finanzen, in dem Handel und in den Gesetzen nach einem beständigen System verfahre. Ein sanftes Volk z. B. muß keine harten, sondern seinem Charakter angemessene Gesetze haben. Die Grundlage dieser Systeme muß sich immer auf das höchste Wohl des Staates beziehen. Wenn man bis zu dem Ursprunge der Gesellschaft hinansteigt, so ist es einleuchtend genug, daß der Regent schlechterdings kein Recht über die Meinung der Bürger hat. Müßte man nicht wahnsinnig sein, wenn man sich vorstellen wollte, daß Menschen zu Einem ihres Gleichen gesagt hätten: Wir erheben dich über uns, weil wir gerne Sclaven sein wollen, und wir geben dir die Macht, unsere Gedanken nach deiner Willkür zu lenken!? Sie haben vielmehr gesagt: Wir bedürfen deiner, um die Gesetze aufrecht zu erhalten, denen wir gehorchen wollen, um weise regiert zu werden und uns zu vertheidigen; übrigens fordern wir von dir Achtung für unsere Freiheit. Dies ist das Verlangen der Völker, wogegen keine Einwendung stattfinden kann; und diese Toleranz ist selbst so vortheilhaft süe die Gesellschaft, daß sie das Glück des Staates bereitet."

Socialer Theil.

Eine Maskenlüftung.

Für die Berliner „Staatsbürgerzeitung."

II.

Socialer Theil.

Wir versprachen im **politischen** Theile der „Maskenlüftung" das nächste Mal die „**socialen** Unterschleife" der „Staatsbürgerzeitung" zu beleuchten. Als wir uns zu dieser eben so unerquicklichen als nothwendigen Arbeit anschickten, kam uns die „Trier'sche Zeitung", eingedenk ihrer alten socialen Mission, wieder zuvor. Wir könnten im besten Falle nur dasselbe sagen, was in einem preußischen Organ bereits gesagt wurde, und geben der genannten Zeitung um so lieber das Wort, als wir dadurch ihre Tüchtigkeit in weiteren Kreisen bekannt zu machen, und die um eine lesbare Zeitung Verlegenen abermals aus dieser Verlegenheit zu befreien hoffen.

Füe uns erbitten wir nur noch eine Berichtigung in Nr. 169 dieser Blätter. „Der **Held** der Berliner **Zelle**" muß „der **Held** der Berliner **Zelte**" heißen. „Unter den Zelten" wurde nämlich 1848 öffentlich unermüdlich Politik getrieben. Und nun zum **heldenhaften** Socialismus!

„Heute kommen wir, sagt die „Teierer Zeitung", „zum **Socialismus** dee nämlichen „Staatsbürgerzeitung", der gerade in der letzten Zeit Hand und Fuß zu bekommen trachtet und auf praktische Vorschläge lossteuert.

„Wir nehmen die Nr. 70, 71, 72 des besagten Blattes, die seltsamer Weise den Wahlgesetz-Artikeln der Verfassung entsprechen, welche die „St.-B.-Z." so leichtsinnig verwarf. Zuerst ist von „**Arbeits-Kapitalien**" die Rede, und wer diesen Ausdruck nicht sofort versteht, der wird durch die Erfindung von **vier** „Arbeits-Kapitalien" zum Schweigen gebracht: „Arbeits-Zeit", „Arbeits-Fähigkeit", „Arbeits-Werkzeug", „Arbeits-Stoff". Die beiden ersteren bringt der **Arbeiter**, oder wie die neuere Feinheit lautet, der „Arbeitnehmer"; die beiden letzteen sind in der Regel das Eigenthum des **Fabeikanten** oder **Unternehmers**, oder nach modernem Lexikon des „Arbeitgebers".

„Alle vier sind nach der „St.-B.-Z." **gleichberechtigt** beim Gewinn des Geschäftes, weil sie — alle Vier „sich riskiren" müssen. Schluß: folglich ist nur **dasjenige Kapital zum Erwerbe neuer Werthe berechtigt, welches auch hätte verloren gehen können**; oder: „Nur wer das **Risico** des Geschäftskapitals trägt, hat Anspruch auf den durch das Geschäftscapital erzeugten Gewinn."

„Diese ganze Beweisführung langt also nach vierfacher Spitzfindigkeit endlich bei dem Gemeinplatz an, unser ökonomisches Leben sei eitel **Lotterie** und **Glücksspiel**, und auf jeder Bude sollte geschrieben stehen: „Herein meine Herren, wer nicht wagt, der gewinnt nicht!" Und nota bene, das ist von der „St.-B.-Z." nicht ironisch gemeint, in dem Sinne, wie etwa **Fonrier** die ganze Welt des Handels als ein Spielhaus darstellte, sondern das ist ihr trockener Ernst, das dünkt ihr das **Wesen** der Sache zu sein, gerade wie es in der jüngsten mißrathenen Schrift von Schulze-Delitzsch geschieht, die seine Freunde am besten aufkaufen und einstampfen ließen.

„Bis hierher ist also in der „St.-B.-Z." noch nicht die Spur eines eigenen Gedankens.

„Mit ächter Berliner Dialektik wird im folgenden Artikel das „**Aebeits-Kapital**" in „**Kapitals-Aebeit**" umgeworfen, und wir müssen jetzt auch diese **kapitale Aebeit** prüfen. „Arbeitszeit" und „Arbeitsfähigkeit" heißen jetzt „**schaffende Kapitalien**", „Arbeits-Werkzeug" und „Arbeits-Stoff" blos „**fördeende Kapitalien**". Da nun die „Maschinen und Rohstoffe" für sich allein „**nie und nimmer ein Produkt schaffen**", wenn nicht „Arbeitszeit und Arbeitsfähigkeit" hinzutreten: so „folgt bis zur Evidenz, daß einzig und allein das **schaffende Kapital** an den geschaffenen neuen Werthen einen Anspruch hat, nicht das blos **födernde Kapital**".

„Glücklicher Weise blos „**bis zur Evidenz**"; denn die eigentliche „Evidenz" ist, daß „Arbeitszeit und Arbeitsfähigkeit" Jahre lang einen Mordlärm auf grüner Wiese machen können, ohne daß ein Strang Baumwolle oder eine Uhrfeder entstände. Aber so ist es der „St.-B.-Z." auch nicht gemeint, sie macht blos paradoxe Aufstellungen, um dann ihre Weisheit an den Tag zu legen. Das „fördernde" Kapital erklärt nämlich: Ich bin **gleichfalls** „schaffendes" Kapital, ich bin aus „Arbeitszeit und Arbeitsfähigkeit" **entstanden**.

Dann muß der Arbeiter antworten: Gut, so partizipiren wir! — „und zwar nach einem Procentsatze, den wir **nach unserem Belieben vereinbaren** wollen"!! — „Nach Belieben", liebes Kind, das ist wieder Lotterie, wenigstens füe den Aebeiter, der gerade das Opfer dieses „Beliebens" wird, da er im Falle **verschiebenen** „Beliebens" nicht **warten** kann, wie das „fördernde" Kapital.

„Also, sagt der Aebeiter der „St.-B.-Z.", Du participirst, aber lediglich als Einer, der „schaffendes" Kapital **riskirt**. Nur das **schaffende** Kapital hat Anspruch auf Betheiligung, sonst bleibt es dieselbe Masse Goldes und Silbers. Folglich „haben nur **riskirte, nie aber gesicherte** Kapitalien Anspruch auf Erwerb!"

„Diese graße Neuigkeit der „St.-B.-Z." steht seit 22 Jahrhunderten in dem alten Heiden **Aristoteles**, welcher behauptete: „Die Thaler könnten doch keine Jungen hecken". Aristoteles betrachtete nämlich das **Geld** lediglich als Tauschmittel.

„Die „St.-B.-Z." will blos dem in der Industrie „wagenden" Kapitale einen Antheil am Arbeitsertrage zukommen lassen, fragt aber keinen Augenblick, **wie** dieses „wagende" Kapital **entstehe**, wie dessen **Ansammlung begünstigt** werde, wie man die Menschen zum **Spaeen veranlasse**. Man braucht plötzlich zu einer „wagenden" Anlage 100,000 Thlr., denen man ihre 10 Proc. Antheil am Gewinne gern gäbe; man ruft nach den 100,000 Thlr., man lockt sie mit allen möglichen Schmeicheleien. Aber sie **kommen nicht**, weil nach der Theorie der St.-B.-Z. das Kapital keine **Veranlassung** hatte, sich zu **bilden**, sintemal das „gesicherte" Kapital keinerlei Vergeltung zu beanspruchen hat. Wenn das „schaffende" Kapital dem „wagenden" einen Tribut zahlen will, wenn mit andern Worten die Arbeit und das Kapital zwei **getrennte Factoren** bleiben, die ihren **getrennten** Anspruch erheben, so ist eben auch die bloße **Sammlung** des später „wagenden" Kapitals ein Verdienst, welches **seinen** Verdienst haben muß. Man kann die heutige Welt nicht zur Hälfte adoptieen und die andere Hälfte heimschicken, sonst ladet man sich die geltende Wirthschaftslehre auf den Hals und zieht sicherlich den Kürzeren dabei.

„Die St.-B.-Z. ist aber noch viel unvorsichtiger. Sie läßt bei der Geburt eines Knaben den Vater, einen Mann von 100,000 Thlr., sterben. Das Vormundschaftsgericht legt die 100,000 Thlr. auf pupillarisch sichere Hypothek zu Zins und Zinseszins. Hat der Knabe das 16. Lebensjahr erreicht, so besitzt er 200,000 Thlr., „**ohne daß er für die Menschheit das Allergeringste gethan**", — „diese 100,000 Thlr. haben **arbeitende** Menschen dem **arbeitsunfähigen** Knaben duech ihre **Aebeit** **angebracht!**"

„Ei der Tausend, freilich! Und worin läge die Ungerechtigkeit nach den geltenden Begriffen, nach der ökonomischen Gesammtanschauung? Die 100,000 Thlr. sind auf **Hypothek** gelegt, also **produktiv** zur Bodenverbesserung, zum rationellen Landbau, zur Viehzucht 2c. verwendet worden; sie haben also die „schaffenden" Kapitale „gefördert", sie haben **auch mitgewagt**; denn wenn ein Krieg die Grundbesitzer bankrott macht und ihren Besitz entwerthet, so ist es nicht nur mit Zins und Zinseszins vorbei, sondern sogar die **erste** Hypothek ist nur mit bitterm Schaden zu realisiren. Soll dieser junge „wagende" Kapitalist **nichts** für sein Wagen haben? Das kommt von der Aufstellung so vager Unterschiede, wie „wagendes" und „gesichertes" Kapital! Wo ist die Grenze, gibt es auch nur eine Grenze? Haben die Köln-Mindener Actionäre „wagend" oder „gesichert" angelegt, abgesehen von der letzten Abmachung mit der Staatsregierung?

(Schluß dieses Artikels in der Beilage.)

Hierzu ein Beiblatt.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert in Coburg.

Nr. 171.
Coburg.

Vierter Jahrgang.

Sonntag, 8. April 1866.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Organ der deutschen Arbeiterbildungsvereine.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 10 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Abonnementseinladung.

Mit dem 1. kommenden Monats beginnt ein neues Vierteljahrsabonnement auf die „**Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung**". Indem wir zu dem neuen Abonnement freundlichst einladen und um möglichst baldige Aufgabe der Bestellungen bitten, machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß das Blatt aller Orten — mit Ausnahme von Preußen und Mecklenburg — bei den betreffenden **Postanstalten**, und ebenso durch alle Buchhandlungen, sowie direct von der Expedition hier bezogen werden kann. Der Abonnementspreis beträgt **hier** am Platz 12 Sgr. oder 42 kr., der **Postbestellpreis** durch ganz Deutschland, mit Ausnahme der obengenannten beiden Staaten, 15 Sgr. oder 53 kr., wozu außerhalb Deutschlands der betreffende ausländische Postaufschlag hinzukommt. Die Bedingungen für den directen Bezug durch die Expedition sind an der Spitze des Blattes ersichtlich. Der Bezug durch den Buchhandel ist der billigste, der Bezug durch die **Post** dagegen der **schnellste** und billiger als der directe Einzelbezug unter Kreuzband, welchen der Portozuschlag erheblich vertheuert.

☞ Die immer sich wiederholenden Klagen über die mit dem Bezug durch den Buchhandel unvermeidliche Verspätung veranlassen uns zu dem wiederholten, bringenden Ersuchen, anstatt des directen Bezugs wie des durch den Buchhandel, wo immer möglich den Weg der **Bestellung an der nächsten Poststelle** zu wählen; die geehrten Leser erhalten dadurch das Blatt am **Tag des Erscheinens**, und **uns** werden viel Arbeit, Zeit und Geld erspart. Bei Bestellung von 25 Exemplaren und darüber unter einem Packet empfiehlt sich der bisherige directe Bezug auch ferner, und liefern wir in diesem Fall wie bisher portofrei.

Zu Anzeigen, namentlich für Arbeitsvermittelung, ist das Blatt, da es in fast allen Arbeitervereinen Deutschlands und der Schweiz gelesen wird, besonders geeignet. Die Insertionsbedingungen sind oben am Kopfe des Blattes ersichtlich.

Nachdem es durch dreijährige Anstrengungen gelungen ist, in der Arbeiterzeitung allen gleichstrebenden Vereinen ein Organ für die **regelmäßige Vermittlung ihres geistigen Verkehrs** und **zur Förderung ihrer Vereinszwecke**, wie der von ihnen getragenen Bewegung zu schaffen, darf von den Vereinen billig erwartet werden, daß nach und nach alle das Ihrige dazu beitragen, daß zwischen ihnen und ihrem Organ endlich das richtige Verhältniß von Leistung und Gegenleistung hergestellt und so die seit drei Jahren angestrebte, aber nur den vereinten Kräften mögliche, vollständige und würdige Erfüllung der Ausgabe dieses Organs erreicht werde. Bei mehr als **40,000** Vereinsmitgliedern trifft an dieser Pflichterfüllung die Einzelnen ein kaum bemerkbares Minimum. Sollten die Vereine und die Einzelnen zur Erfüllung eines solchen Minimums sich nicht entschließen können, während die Herausgeber des Blattes seit mehr als 3 Jahren weit über das Maximum in ihren Pflichten gegen die Sache opferwillig zu erfüllen bestrebt sind? So lange es aber freilich noch immer eine **große Anzahl von zur Organisation des Vereinstags gehörigen Vereinen gibt**, welche bei mehreren hundert, ja **bei weit über 1000 Mitgliedern** sich begnügen, das gemeinsame Organ in je einem Exemplar zu halten, **harrt dieses Mißverhältniß vergeblich auf Ausgleichung.**

Die Bekanntmachungen des **ständigen Ausschusses**, deren Mittheilung laut Ausschußbeschluß in erster Linie in der Arbeiterzeitung erfolgen soll, werden, sofort nach Eingang immer an der Spitze des Blattes gebracht; ebenso, wie bisher, die für den Vereinstag vorbereiteten Referate. Das Blatt, welches nach wie vor, je nach dem vorhandenen Stoff in einem ganzen oder halben Bogen, Sonntags erscheint, geht Freitags in die Presse, um Sonnabends mit den Frühzügen zur Versendung zu kommen. Manuscripte für die nächste Nummer müssen spätestens bis Donnerstag Morgens hier sein.

Coburg, Ende März 1866.

Die Redaction der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.

Inhaltsverzeichniß.

Vereinsangelegenheiten.

Zwickau, 30. März. Der Fortbildungsverein für Gewerbetreibende hat in seiner am 17. März d. J. abgehaltenen Hauptversammlung, in Bezug des Eintritts solcher, aus anderen Bildungsvereinen zu demselben tretenden Mitgliedern außerhalb der Stadt Zwickau folgenden Beschluß gefaßt: Mitglieder auswärtiger Bildungsvereine haben unter Vorzeigung ihrer von dort hergebrachten, richtig quittirten und gestempelten Vereinskarte bei der Aufnahme kein Eintrittsgeld zu entrichten. Dieses zur gefälligen Beachtung aller Brudervereine, diese wesentliche Erleichterung in den Kreis ihrer Berathung zu ziehen.

Mit Gruß und Handschlag

Der Fortbildungs-Verein.

F. Esche, Vorsitzender. Hermann Dotzauer, Schriftführer.

Leipzig, 2. April. Der Beschluß des Arbeiterbildungsvereins, die Volkszeitung abzuschaffen, hat in der gesammten Fortschrittspresse einen anständigen Scandal hervorgerufen. Namentlich waren es verschiedene Leipziger Blätter, welche ihrem bedrängten Herzen über den nach ihrer Meinung den Verein blamirenden Beschluß Luft machten und sogar soweit gingen, den völlig unwahren Bericht der Berliner Volkszeitung über diesen Beschluß abzudrucken, obgleich die Gelegenheit zur ausführlichsten Information ihnen nicht fehlte. Recht auffallend und merkwürdig ist es, daß man gerade über diesen Beschluß, bei dem es sich doch nur um 1 Exemplar handelt, einen solchen Lärm schlägt, nachdem die Volkszeitung in den letzten 2 Jahren viele tausend Abonnenten, zum größten Theil aus denselben Motiven, eingebüßt. Die ausgesprengte Behauptung, die antiannexionistische Haltung der Volkszeitung sei an diesem Abonnentenverluste schuld, schrumpft zur Lächerlichkeit zusammen, wenn man bedenkt, daß die Forderungen, welche die Volkszeitung an die Schleswig-Holsteiner für Preußen stellt, weitergehende sind, wie die sogenannten Februarforderungen Bismarcks und sich von der nackten Annexion nur durch die äußere Form unterscheiden. Ferner müßten nach obiger Behauptung die rein annexionistischen Blätter in demselben Maaße an Abonnenten gewonnen wie sie die Volkszeitung verloren, das dürfte aber schwer sein, nachzuweisen. Klassisch ist die Bemerkung der Volkszeitung, wo sie sagt, daß der Bildungsverein ihrer Leser, den sie täglich um sich versammle, länger bestehen werde als der Leipziger Bildungsverein. Das bezweifeln wir nicht im Geringsten. Die Volkszeitung hat es verstanden und wird es auch ferner verstehen, sich selbst unter dem schlimmsten Regim aufrecht zu erhalten, was bei dem Leipziger Arbeiterbildungsverein allerdings nicht der Fall sein dürfte, das gereicht ihm aber sicher nicht zur Schande. — Am letzten Sonnabend hielt der Verein nach dem sehr interessanten Vortrag des Herrn Dr. Lindner über die Kulturentwicklung der vorderasiatischen Völker des Alterthums abermals eine außerordentliche Versammlung. Veranlassung hierzu war ein Schreiben der Handels- und Gewerbekammer, worin dieselbe den Verein aufforderte, ein Gutachten abzugeben über etwaige Aenderungen, welche er an dem seit 5 Jahren bestehenden Gewerbegesetz für nothwendig erachte. Es wurde diese Aufforderung mit großer Befriedigung von Seiten des Vereins entgegengenommen, da demselben hierdurch Gelegenheit gegeben ist, über eine ganze Reihe von

Bestimmungen dieses Gesetzes sich zu äußern, die weder mit den allgemeinen Rechtsanschauungen noch mit den Bedürfnissen der Gegenwart sich vereinigen. Namentlich dürften verschiedene Punkte, welche auch bereits auf den Arbeitervereinstagen discutirt worden sind, eine gründliche Be- und Vorurtheilung erfahren. So u. a. volle Freiheit der Arbeit und Bewegung, namentlich Aufhebung der Prüfungen für Bauhandwerker, Aufhebung der Coalitionsparagraphen, Verbot der Kinderarbeit in den Fabriken, Beseitigung der Arbeitsbücher wie aller Paßbeschränkungen, Selbstverwaltung der Kranken- und Unterstützungskassen für die Arbeiter u. s. w. Nachdem der Vorsitzende Bebel die Versammlung eröffnet und verschiedene Mittheilungen gemacht, übergab derselbe den Vorsitz an den anwesenden Ehrenpräsidenten des Vereins, Hrn. Prof. Roßmäßler. Der Antrag des Vorstandes lautete auf Wahl einer Commission von 12 Mitgliedern, welche noch durch je 1 Vertreter des Buchdrucker-Fortbildungsvereins und der Fortbildungsvereine der Maurer- und Zimmerleute verstärkt werden sollte. Nach längerer Debatte wurde der Antrag des Vorstandes angenommen und vermittelst Stimmzettel zur Wahl der Commission geschritten. Die am anderen Tage erfolgte Auszählung ergab nachstehende Herren als gewählt: Prof. Roßmäßler, Bebel, Germann, Reichert, Hadlich, Guden, Liebknecht, Otto, Tzschentke, Ullrich, Hartwig, Dolge. Es ist nunmehr Aufgabe der Commission, einen gründlichen Bericht auszuarbeiten, welcher alsdann dem Verein zur Berathung vorgelegt wird. Darüber ein anderes Mal.

Dresden. Die Arbeiterversammlungen am 24. und 25. März dahier sollten die Aussöhnung unter den Arbeiterparteien fördern helfen. Zur ersten Versammlung hatten sich ungefähr 500 Mitglieder des hiesigen Allg. deutschen Arbeitervereins und des Bildungsvereins eingefunden. Nachdem von verschiedenen Rednern verschiedene Dinge, die dem eigentlichen Zwecke der Versammlung fern lagen, erörtert waren, behandelte Herr Vahlteich in längerem Vortrag die Angelegenheit des Tages und sagte u. A.: Alles nach der allgemeinen Erschlaffung, welche der Aufregung der Jahre 1848 und 1849 gefolgt waren, sich zunächst nur eine sehr mattherzige Bewegung bemerkbar machte, welche von den bekannten Gothaern ausging, und als wir sahen, daß damit nicht vom Flecke zu kommen sei, waren wir, die Arbeiterpartei, wohl berechtigt, mit energischem Handeln dazwischen zu fahren und zu versuchen, die Freiheits- und Einheitsfrage unseres Vaterlandes durch den Sieg der socialistischen Principien zu lösen, und so mit einem Schlage die wahre Freiheit zu erlangen. Wir gingen mit hohem Muthe an diesen Kampf, und Lassalle lieh uns die besten Worte dazu; aber unsere Hoffnung, daß die Arbeiter massenhaft zu unserer Fahne eilen würden, erfüllte sich nicht. Das müssen wir tief beklagen; wir müssen auch fernerhin Alles einsetzen, um die Erkenntniß der socialistischen Principien unter den Arbeitern zu verbreiten, aber wir müssen uns auch eingestehen, und zwar in unserem eigenen Interesse, daß diese Bewegung vorläufig an der Theilnahmlosigkeit der Massen gescheitert ist. Wir müssen endlich zu der Ueberzeugung kommen, daß wir angesichts der augenblicklichen Situation die socialistischen Principien nicht als Kriegsruf ertönen lassen dürfen, sondern sie nur als eine Wissenschaft des Volkes behandelt haben. Vor allen Dingen aber ist die Frage der politischen Freiheit zu lösen. Wo ist denn die Armee der Arbeiter, welche die demokratischen Elemente des Bürgerthums zu energischem Handeln unterstützt? Ich sehe sie nirgends; ich höre nur immer blos davon reden, und ich bin der festen Ueberzeugung, daß wenn sie wirklich da wäre, die bürgerlichen Demokraten nicht blos zahlreicher, sondern auch energischer sein würden. Angesichts dieser Sachlage scheint es mir doch gerathen die Volkskraft nicht unnöthig und voreilig zu zersplittern. Aber man hat geleugnet, daß die Bourgeoisie überhaupt zum Volke gehöre, daß es überhaupt bürgerliche Demokraten gebe. Es ist aber sehr leicht diese Behauptung gründlich zurückzuweisen. Ferner ist es ein großer und gewiß höchst schädlicher Irrthum die heutige Burgeoisie für durchaus verkommen und aller Kraftäußerung unfähig zu halten, die Arbeiterklasse aber als das gerade Gegentheil hinzustellen. Vorläufig indeß gehört die Bourgeoisie in der That zum Volke, soweit sie sich selbst dazu zählt, und diesen großen und intelligenten Theil desselben von der freiheitlichen Bewegung ausschließen zu wollen, dürfte doch nichts weniger als klug sein. Vereinigen wir uns also in der Ueberzeugung, daß die sociale Frage nur durch vorhergehende Erlangung der politischen Freiheit gefördert werden kann, und daß dieses letztere Ziel nur zu erreichen ist durch Vereinigung aller demokratischen Volkselemente. — Herr Richter bekämpft Vahlteich auf das entschiedenste, indem er ausführte, daß diese Redensarten politische Quacksalbereien wären; nur durch die sociale Bewegung könne etwas erreicht werden, und es sei nicht wahr, daß der allg. deutsche Arb.-Ver. schwach sei, derselbe habe schon große Erfolge errungen. Ein Compromiß mit der Bourgeoisie einzugehen, wäre ihm nicht möglich, die Herren Bürger möchten sich nur dem allg. deutschen Arb.-Ver. anschließen, da würden sie willkommen sein. Eine reine politische Bewegung könne keinen Erfolg haben, nur das Classeninteresse sichere denselben. Eine Vereinigung unter den Arbeitern wünsche er, aber nicht eine solche mit den bürgerlichen Demokraten, die für die Volkssache doch nicht bereit wären, einen Tag ihrer Bequemlichkeit zu opfern. Der allg. deutsche Arb.-Ver. müsse an seiner Organisation festhalten, denn Lassalle habe gesagt, sie werde die Arbeiter zum Siege führen. — Hr. Vahlteich bemerkte: dem Fanatismus gegenüber lasse sich nichts ausrichten und wenn er überhaupt spreche, so geschehe das nur, um eine Pflicht zu erfüllen und die Erkenntniß, welche in Zukunft durch die Noth schon kommen werde, zu befördern. Die Arbeiter des Allg. deutschen Arb.-Ver. hätten in ihrem Gefühl schon ganz recht, aber ihre Handlungsweise gleicht dem des Hundes in der Fabel, sie wollten gleich Alles erlangen und würden dabei Nichts erreichen. Die Arbeiter wüßten überhaupt gar nicht, wie die Verhältnisse lägen, ihre Führer hätten sie systematisch über die wirkliche Lage getäuscht, und nur den Fanatismus gehegt und gepflegt, so Lassalle selbst, welcher die Schwäche seines Vereins verglichen habe mit einem hölzernen Säbel, von welchem er blos den Griff sehen lasse. Hier erhob sich großer Lärm: Er ist ein Verräther! Er verhöhnt die Versammlung! Er beschimpft Lassalle! Hinaus! Ausreden lassen! u. s. w. Nach wenigen Minuten gelang es dem Vorsitzenden Ruhe zu verschaffen. Hierauf Abstimmung mit zweifelhaftem Resultat. Der Vorsitzende proclamirte, Herr Vahlteich dürfte weiter reden. Derselbe machte die Herren Lassalleaner nun zuerst darauf aufmerksam, welches eigenthümliche Verfahren es sei, Jemanden einzuladen, er möge sich zur Vereinigung einfinden, und ihn dann, wenn er diese Vereinigung nach seiner Weise befürworte, niederzuschreiben. — Herr Bebel tadelt das Auftreten eines Theils der Versammlung. Ein sehr großer Theil der Arbeiter sei mit der Lassalle'schen Richtung nicht einverstanden, indessen könne man ja, soweit Einverständniß herrsche, recht wohl mit einander gehen, und das werde bei der voraussichtlichen Langsamkeit der Entwickelung gewiß ein langer Weg werden.

Die Sitzung der Vertreter der einzelnen Vereine fanden von Vormittags 11—1 Uhr und Nachmittags 4—7 Uhr statt. Die Versammlung bestand aus Mitgliedern der Arbeiterbildungsvereine zu Dresden, Leipzig, Chemnitz, Glauchau und Gorbitz, der Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereine zu Dresden im Plauenschen Grunde, Chemnitz und Glauchau, des Allgesellenvereins und der Typographia zu Dresden, zusammen aus 20 Personen. Der Zutritt war für Jedermann frei und es hatten sich ca. 100 Personen als Zuhörer eingefunden. Als Vorsitzender wurde Herr Schriftsetzer Wolf gewählt. Der erste Gegenstand der Tagesordnung war die Besprechung über die Mittel und Wege zur Förderung der Arbeiterinteressen. — Herr Försterling bezeichnete als das Ziel dieser Besprechung die Aufstellung solcher Forderungen, für welche durch ganz Sachsen eine gemeinsame Agitation erhoben werden könne, und führte an: das allgemeine Wahlrecht, das freie Vereinsleben u. dgl. — Herr Bebel empfahl die Aufmerksamkeit auf solche Punkte zu lenken, für welche man mit Erfolg streiten werde und zu deren Erlangung man auch von anderer Seite Unterstützung erwarten dürfe. Herr Vahlteich erklärte, es könne zwar in der vorgeschlagenen Weise viel gutes erreicht werden, man gehe aber damit auf die Frage, wie die Interessen des Arbeiterstandes zu wahren seien? nicht gründlich genug ein, man lasse damit die Hauptsache, die Einigungsfrage, unerledigt, eine gründliche reelle Einigung sei aber doch der geradeste Weg und das sicherste Mittel die Interessen des Arbeiterstandes zu wahren. Ueber die vorgeschlagenen Punkte bedürfe man keiner Einigung, da hier solche vorhanden sei. Eine wirkliche Einigung kann nur erzielt werden, wenn man die streitigen Punkte bespreche, wenn man sich gegenseitig aufkläre. Auf eine Vereinigung, bei der man aus Angst, die Freundschaft könne sich gleich wieder auflösen, unerörtert lasse, könne er nicht eingehen. Soweit er die Verhältnisse kenne, stehe nun in der That eine solche faule Freundschaft in Aussicht, und wem darüber noch Zweifel beikämen, der werde durch die Erinnerung an den gestrigen Abend belehrt werden.

Es wurde dann später nach manchem Für und Wider zur Besprechung der einzelnen Punkte verschritten, für welche gemeinsam agitirt werden solle und zwar über das Wahlrecht, das Vereins- und Versammlungsrecht, die Freiheit der Arbeit und Freizügigkeit, die Aufhebung der Paßbeschränkungen, die Einführung einer Schulreform auf Grund der Staatshülfe, die Regelung der Lohnfrage und das Kranken- und Unterstützungswesen, sowie die Associationsfrage.

Wegen Leitung der zu beginnenden Agitation wurde beschlossen, anstatt Gründung eines Vereins ein Comité für Sachsen einzusetzen, und die Anwesenden constituirten sich als solches, eine Ergänzung desselben durch Cooptation vorbehaltend. Hr. Försterling wurde als Vorsitzender des Comité's erwählt.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung, die Besprechung wegen Einberufung eines sächsischen Arbeitertages, wurde vorläufig unerledigt gelassen.

± Berliner Handwerkerverein. In Bezug auf die am 28. Februar stattgehabte Gedächtnißfeier des im Jahre 1865 verstorbenen Lehrers und zweiten Vorsitzenden, Dr. Abarbanell, haben wir noch zu berichtigen, daß an diesem Tage eine Abarbanell-Stiftung zur Unterstützung armer Handwerker des Vereins gegründet worden. Das Curatorium, aus Mitgliedern des Vorstandes bestehend, wird in jedem Jahre am 28. Februar Bericht erstatten. Am 17. März wurde der diesjährige Cursus der Baugewerks-Schule des Vereins geschlossen. Herr Prof. Manger gab hierbei einen Bericht über die Wirksamkeit der Schule, aus dem wir Folgendes mittheilen. Im Jahre 1864/65 wurde die Anstalt mit 2 Lehrgängen eröffnet, ein dritter wurde in diesem Jahre eingerichtet. Der Unterricht fand an jedem Wochentag von früh 8 Uhr bis 12 und von 2 bis 6 Uhr statt. Besucht wird die Anstalt von 86 Schülern, wovon 42 unter und 44 über 20 Jahre. Hiervon waren 38 aus Berlin, 40 aus den Provinzen der preußischen Staaten, 7 aus anderen deutschen Staaten, 1 aus der Schweiz. Davon waren 58 Maurer (35 Gesellen, 23 Lehrlinge), 24 Zimmerleute (19 Gesellen, 5 Lehrlinge), 2 Dachdecker (1 Geselle, 1 Lehrling), 1 Schlosser (Geselle) und 1 Mühlenbauer. Von diesen besuchten 31 den 1., 34 den 2., 21 den 3. Lehrgang. Der Unterricht wurde von 11 Lehrern in Deutsch, Rechnen, Algebra, Geometrie, Stereometrie, Lehre von den Kräften, Lehre von der Wärme, Projectionslehre, Bauconstruktionslehre, Bauhandzeichnen, Freihandzeichnen, Modelliren, geleitet. Fünf von den Schülern erhielten Prämien, bestehend in technischen Werken. Nachdem noch der Vorsitzende Duncker und Assessor Lasker gesprochen, schloß die Feierlichkeit. Im Uebrigen wurde der Lectionsplan des Vereins von Seiten der Lehrer inne gehalten und boten die einzelnen Vorträge nichts besonders Erwähnenswerthes. — Das Lehrercollegium des Vereins hat beschlossen, die Lokalitäten des Vereins dem hiesigen Verein zur Förderung der Erwerbsthätigkeit des weiblichen Geschlechts am Tage zur Verfügung zu stellen.

± **Berlin.** Wie bereits früher mitgetheilt, war hier im Bezirksverein 5—8 die Gründung eines Consumvereins in Anregung gebracht und entschied man sich aus nichtssagenden Gründen gegen die Gründung eines solchen Vereins. Die dabei stattgehabte Debatte hat jedoch ihr Gutes gehabt, trotzdem man sich dagegen ausgesprach haben sich mehrere Bezirksgenossen zusammengethan und einen Verein am 8. Februar unter den Namen „Unverzagt" gegründet, welcher Ende März in's Leben getreten ist. — Erwähnenswerth dürfte übrigens sein, daß der Unterverband der Berliner Consumvereine, eine Vereinigung, zu der die meisten Berliner Vereine gehören, eine Genossenschafts-Bäckerei eingerichtet, von dem die Vereine ein gutes nahrhaftes billiges Brod beziehen können, was neuen Vereinen besonders sehr zu statten kommt. Wünschenswerth wäre es übrigens, wenn die Consumvereine auf Lagersystem außerhalb Berlins auch einmal Etwas von sich hören ließen und womöglich den Berlinern erste Bezugsquellen angeben von Sachen, die die Berliner von außerhalb beziehen müssen, als da sind: Butter (aus Schlesien, Pommern u. s. w.), auch Eier und Käse aus Limburg, Schweiz, Holland u. dergl. Vielleicht werden Fabrikanten aus genannten Orten sich in diesen Blättern (unter dem Inseratentheil melden mit Empfehlung eines Vereins), es würde genügen, mit dem Betreffenden in Verbindung treten zu können; auch dürfte eine Quelle zu erfahren behufs

Bezugs guten Weins nicht unangebracht sein. Würde es möglich sein, Mehl aus Sachsen billig beziehen zu können, so könnte auch dort ein Müller gute Geschäfte machen, da das sächsische Mehl besser ist als das hiesige.

⚲ **Aus Stuttgart.** Unser Redacteur der „Arbeit“, Herr Eduard Pfeiffer, ist mit dem „Beobachter“ in einen harten Strauß gekommen, in welchem er den Kürzeren ziehen muß, da er, wenn auch in unzweifelhaft guter Absicht, wirklich auf ein bedenkliches Gebiet gerathen ist und unser „Beobachter“ nicht der Mann ist, einen solchen Abweg unbemerkt und ungerügt zu lassen. Pfeiffer hat die Gründung eines „Vereins für das Wohl der arbeitenden Classen“ unternommen, der den guten Zweck hat, diesen Classen, und insbesondere auch den Arbeitern im engeren Sinne hülfreich zu werden; wie denn u. a. auch unserem Arbeiterbildungsverein durch jenen Verein dazu verholfen werden soll, sich ein eigenes Haus zu bauen. Zu dem neuen Verein hat nun aber Pfeiffer mit seinen Einladungen ohne Unterschied nach rechts und links bis in die rechteste Ecke hineingegriffen und so den Verein auch zu Stande gebracht, — aber die Liberalen sind ganz davon geblieben, weil sie sagen: mit Leuten, die auf grundsätzlich so wesentlich anderem Standpunkt stehen, läßt sich auch für die Lösung der socialen Frage nicht mit Erfolg zusammenwirken, sie wollen und können nicht wollen, daß diese im freiheitlichen Sinne und nach den richtigen socialen Principien consequent gelöst werde, sondern sie können nur wollen und wollen nur eine Lösung in ihrem eigenen Sinn und Interesse, sie können nur wollen und wollen nur, daß die arbeitenden Classen von ihnen durch Wohlthätigkeitsacte an sie herangezogen, von ihnen abhängig gemacht und für Halbheiten, und solche Lösungsversuche gewonnen werden, welche zum Nachtheil der Freiheit wie der consequenten Lösung der socialen Frage ausschlagen müssen. So gestalten sich also die Bestrebungen „für das Wohl der arbeitenden Classen“ in solchen Händen thatsächlich in der Regel nur zu Versuchen im Dienste der Reaction. Ob Bismarck-Eulenburg, ob Kettler oder unsere schwäbischen Reactionäre ist all Eins. Der „Beobachter“ sprach sich deshalb gegen den von Pfeiffer betretenen Abweg in einem Artikel recht deutlich aus und erhielt dafür von den verschiedensten Seiten die entschiedenste Zustimmung. In Nr. 75 des „Beobachters“ erwidert Pfeiffer nun darauf und sucht auszuführen, daß auf socialem Gebiet die politischen Parteistellungen gar nicht in Frage kämen. In seiner Redactionsnote bemerkt der „Beobachter“, der nie auf's Maul gefallen ist, dazu zunächst beiläufig, daß schon die noch nicht erfolgte Veröffentlichung der Statuten des neuen Vereins ihm etwas bedenklich scheine, und fährt dann sehr richtig weiter fort, daß hier sehr bestimmt zu unterscheiden sei: wo principielle Verschiedenheiten gar nicht in Frage kämen, könnten freilich die Leute von den verschiedenartigsten politischen Standpunkten zusammenwirken, nicht aber wo solche principielle Verschiedenheiten auf Tritt und Schritt sich begegnen müßten, wie in der socialen Frage.

„Sich als Vertreter des Arbeiterwohls geberden“, so schließt der „Beobachter“, „und sich in dieser Eigenschaft, d. h. „zum Wohl der Arbeiter“, mit jenen verbinden, welche in der politisch wie social entscheidenden Frage die erklärtesten und gefährlichsten Gegner der Arbeiter sind, und diese bedenkliche Verbindung so harmlos eingehen, daß man die Aufnahme der Gegner in den socialen Wohlfahrts-Ausschuß nicht einmal von den nöthigsten politischen Garantien und Concessionen abhängig macht, das — begreife wer kann!“

Pforzheim, 2. April. Indem ich daran bin, ein Bild des Vorsitzenden des hiesigen Arbeitervereins, Hrn. Professor Provençe, zu entwerfen, werden die Arbeiter daraus entnehmen, wie die Leitung des Vereins hier zu beurtheilen ist. Ferner werden sie sehen, wie jeder Angriff auf mich abprallen muß an meinem Wirken und meiner Opferbereitwilligkeit für die arbeitende Classe, von Anbeginn an bis jetzt. Aber die Flugschrift, welche als Beilage der Arbeiterzeitung beigegeben werden soll, wird nicht sogleich fertig, zudem jetzt diese Woche erst eine neue über den „Schulunterricht“ ausgebe, und dann erfordert der Druck auch Zeit. Bis dahin möge man mich in gutem Andenken behalten, — auch den Mann, der mir aus dem Arbeiterverein hier Bericht erstattete. Meine Flugschrift wird nicht allein Licht in die Sache bringen, sondern auch allen Vereinen in Vielem zur Belehrung dienen! Moritz Müller.

Freiburg, 3. April. Vor einigen Tagen ist die Einladung des ständigen Ausschusses des Arbeitervereinstags, für das allgemeine direkte Wahlrecht Petitionen der Arbeitervereine zu betreiben, von hier dahin beantwortet worden, daß von den 32 Vereinen des badischen Verbandes der Arbeiterbildungsvereine nur diejenigen in Mannheim und Furtwangen jene Einladung billigen. — Auf die Correspondenzartikel der Arbeiterzeitung würden wir in eine sachliche Erörterung über diesen Gegenstand eintreten, wenn nicht die Artikel (namentlich in Nr. 168: †† Aus Baden und M. M. Pforzheim) durch den Ton heftiger Leidenschaft und durch persönliche Verdächtigungen gezeigt hätten, daß jene Gegner eine solche Erörterung nicht wollen und daß sie die höhere Verpflichtung, eine Verständigung der getheilten Ansichten zu versuchen, nicht anerkennen.

Der Vorort der Arbeiterbildungsvereine.
Eimer.

Vom Verein Lausanne.

Freunde, Brüder!

In der Diskussionsstunde vom 8. Februar d. J. wurde in unserem Vereine die Frage gestellt: „Besitzt der Arbeiter in Deutschland die Rechte, die ihm als Staatsbürger zustehen?“

Diese Frage ist überall schon und zu verschiedenen Zeiten in unserem Vaterlande erörtert worden. Daß sie aber immer wieder in den Vordergrund tritt, beweist, daß sie bis jetzt (in Folge der Staatsverhältnisse) eine befriedigende Antwort nicht gefunden hat.

Will der Staat allen seinen Angehörigen genügen, so muß er die Vorrechte des einen Standes vor dem andern aufheben und die bürgerliche Gleichheit zur Wahrheit machen. Thut er das nicht, so erzeugt er Unzufriedenheit, die bei fortdauerndem Mißstande zu Revolutionen führen kann. Und dadurch wird der Staat selbst die Ursache seiner Zerrüttung. —

Laßt uns nun einmal sehen, wie es mit dem wichtigsten der staatsbürgerlichen Rechte steht. Die absolute Herrschaft, nur in den Zeiten der Volksunmündigkeit möglich, ist gestürzt; die Staatsform ist konstitutionell geworden, und die Krone kann ein Gesetz nur mit Genehmigung von Kammern erlassen. Diese Kammern werden theilweise von der Regierung ernannt, theilweise von Staatsbürgern gewählt, deren Grund- oder Gewerbsteuer eine gewisse Höhe erreicht. Die Arbeiter dürfen, da der Steuercensus hoch, gar nicht wählen. Oder sie haben (wie in Preußen) als dritte Klasse, trotz ihrer ungeheuern Mehrzahl nicht mehr Wahlmänner aufzustellen, als jede der beiden ersten Klassen, und ihre Kammer-Candidaten unterliegen dann denen der Adeligen und der Bourgeoisie. Die Arbeiter haben also faktisch keine Vertretung, und eben dadurch, daß sie keinen Einfluß auf die Gesetzgebung ausüben dürfen, werden ihnen die Mittel entzogen, in dieser Hinsicht für ihr Wohl zu sorgen. — Ist das gerecht und natürlich? Jeder Unparteiische muß sagen: Nein.

Zur Begründung des gegenwärtigen Zustandes sagt der Capitalist: Weil ich eine größere Steuersumme zahle, kommt mir ein verhältnißmäßig größerer Antheil an der Legislative zu. — Nach dieser Anschauung wäre der Staat nur ein Bank-Institut, die Wohlfahrt der Bürger eine Dividende und das Capital die gesetzgebende Gewalt. Hat die Arbeitskraft, das Capital des Volkes, nicht dieselben Ansprüche wie das Geld, das erst durch jene Kraft nützlich gemacht wird?

Die Regierungsparteien sagen: Das Volk ist noch nicht politisch reif, es bedarf eines Vormundes. — Und darum, fragen wir, werden nur von Adel und Bourgeoisie (die von den Interessen der Arbeiterklassen nichts verstehen, oder um ihrer selbst willen nichts verstehen wollen) Gesetze gemacht?

Der deutsche Arbeiter kennt seine Interessen wohl selbst am besten. Ihn zur Berathung darüber zu ziehen, heißt nur: ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen. Und darum hat er Anspruch auf das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht.

Arbeiterfreunde wie Marx, Lasalle, Schulze-Delitzsch u. A. haben seit langer Zeit sich es angelegen sein lassen, durch Schrift und Wort der Berechtigung zu dieser Forderung nachzuweisen, theils auch noch das erwähnte Recht der überall trüben Arbeiterverhältnisse bezeichnet. Und die ganze deutsche Arbeiterwelt hat die Sache ebenfalls schon lange discutirt und erkannt.

Aber, um einen Schritt zu diesem Ziele handelnd vorzugehen, ist es nöthig, den Regierungen der deutschen Staaten unser Begehren vorzulegen. Massenpetitionen um Wahlreformen sind, nach unserer Meinung, für jetzt der geeignetste Weg.

Müssen aber nicht die Deutschen in der Schweiz, wo sie durch freie Vereinsgesetze begünstigt sind, ganz besonders mitwirken?!

Wir ersuchen euch daher, Freunde, Brüder, in euern Lokalvereinen über diese Angelegenheit baldigst zu berathen, sowie die gefaßten Beschlüsse an das Centralcomité zu berichten. Und, falls der Weg der Massenpetitionen als zweckdienlich erkannt wird, stellen wir den Antrag an das Central-Comité, sich zu diesem Behufe mit den Arbeitern in Deutschland in Verbindung zu setzen.

Wir sind überzeugt, daß in dieser allgemeinen Arbeitersache der Parteigeist, der sich in gewissen Fragen bemerkbar macht, schweigen wird.

Einigkeit macht stark!
Mit Brudergruß und Handschlag
Der Verein Lausanne.

Der Unterzeichnete spricht hiermit im Namen der an der Arbeitseinstellung betheiligten Spenglergehülfen für die ihnen zugesandte Unterstützung den verbindlichsten Dank aus. Insbesondere waren es deutsche Freunde und Collegen in Paris, welche sie hülfreich unterstützten mit Zusendung von 80 Fr., ferner vom Arbeiterbildungsverein Zürich nebst Privatunterstützungen 20 Fr., vom Arbeiterbildungsverein Bern 6 Fr., von einigen Spenglergehülfen in Winterthur 3 Fr.

Zürich, den 18. März 1866. A. Borst.

Pforzheim, 27. März. (Die Pharisäer und Schriftgelehrten.) Die „Arbeiterzeitung“ soll eine großartige Widerlegung bekommen und wahrscheinlich ist dieselbe in mehr als einem halben Dutzend Sätzen bereits unterwegs *). Der Inhalt hat mich zu der Ueberschrift bestimmt. Ein ärgeres Machwerk pharisäischer Spitzfindigkeit kann man sich kaum denken. Das ist der Sand, den man den Arbeitern in die Augen streut. Eigentlich ist nur ein Satz, der erste eine Wahrheit, das andere sind alles Verdrehungen und schlaue Wendungen, um die wahren Gedanken und Gesinnungen zu verbergen. In der Einleitung ist gesagt, daß die Erwiederung an die Arbeiterzeitung die Vorstandsmitglieder unseres Arbeitervereins beschlossen und fabricirt haben. Das ist richtig. Aber warum denn nicht der Verein selbst? Dem scheint man also nicht zu trauen, oder er steht so unter Vormundschaft, — von der doch keine Spur vorhanden sein soll — daß man selbst in einer so wichtigen Principienfrage, wie das allgemeine Stimmrecht, ihn nicht zu fragen braucht. In den zwei ersten Sätzen wird dann gesagt, wir waren und sind nicht gegen, sondern für das allgemeine Stimmrecht, aber wir weisen die Einladung zu einer politischen Agitation für dasselbe zurück. Eine ächt provençalische Professorenredensart. Wir sind für das allgemeine Stimmrecht, aber gegen dessen practische Geltendmachung! Das ist der Spiegel der ganzen Gothaer Professorenpartei. So sind sie in Allem; sie stimmen und reden überall für die freisinnigen Prinzipien und geben hierbei jede Gelegenheit an die Macht preis. Und das will auf eine „Erstarkung des Charakters“ der Vereinsmitglieder hinwirken! Wer lacht da? Drittens wird bestritten, daß in unserem Vereine Angriffe auf den ständigen Ausschuß gemacht worden seien. Das wird sich finden. Zwischen directen Angriffen und indirecter Verhöhnung ist freilich ein Unterschied, aber nur ein äußerlicher. Viertens: Niemand wird bevormundet in unserem Verein. Alle Beschlüsse werden durch die „Mehrheit des Vorstands und wo dies nöthig ist, des ganzen Vereins gefaßt und dann auch pünktlich eingeführt.“ (Sand her! Sand her!) Das sieht sehr brav aus. Nur Schade, daß man eben in den wichtigsten Fragen, wie das „allgemeine Stimmrecht“ nicht für nöthig hält, den Verein zu fragen, daß da vielmehr der Vorstand allein entscheidet und daß in ihm der Vorsitzende das große Wort hat. Das ist ohngefähr der Inhalt der famosen Erwiederung. Für den Denkenden genug! Gott bewahre uns Arbeiter vor den Professoren von dieser Sorte. Später mehr.

*) Ist inzwischen schon eingetroffen und in voriger Nummer abgedruckt.

Politischer Theil.

Eine Aufstellung.

(Aus dem Stuttgarter „Beobachter“.)

Einen Tag lauten die Nachrichten dem Frieden sehr günstig, den andern Morgen kommen

wieder kriegerische Berichte und Gerüchte, jedenfalls wissen wir hier unten im Volk weder, was zwischen unsern Großmächten vorgeht, noch besitzen wir den mindesten Einfluß darauf, was geschehen soll. Aber nicht nur wir, die wir durch Geburt von Rechtswegen zum Plebs gehören, es will uns fast vorkommen, selbst unsere hochgeborenen Minister wissen wenig und vermögen nichts in dieser Frage. Die Kölnische Zeitung hatte neulich gewiß Recht, wenn sie behauptete, daß selbst der hohe Bundestag — Gott schütze ihn! — — nicht im Stande wäre, dieselbe zu lösen, wenn sie ihm zugeschoben würde. Handeln könne er nur, sagte sie ohne allen Respekt, wenn Oesterreich und Preußen einig seien, aber den Schiedsrichter zwischen beiden zu machen, dazu sei er viel zu unmächtig.

Wer Frieden stiften will, muß doch vor Allem die Macht haben, Polizei zu üben und den Störefrieden Ruhe zu gebieten. Des Friedens Erhaltung scheint uns also zur Zeit wesentlich von dem Willen der streitenden Theile abzuhängen.

Preußisch gesinnte oder richtiger preußisch besoldete Blätter stellen noch immer Oesterreich als unvermögend dar, einen Krieg aufzunehmen und getrösten sich und ihre Leser mit der Vorstellung, es sei ihm bei dem jetzigen Widerstand gegen Schleswig-Holsteins Annexion nur um eine höhere Verwerthung seines Mitbesitzes zu thun. Einen solchen Preis mag es allerdings geben, dann wird derselbe jedoch nicht bloß ein finanzieller, sondern wesentlich ein politischer sein. Was aber die Unfähigkeit einen Krieg zu führen betrifft, so hat die „Allg. Ztg.“ vor einigen Tagen bestens ausgeführt, daß wenigstens die Finanznoth kein Grund für Oesterreich sei, dem Krieg mit Preußen auszuweichen. Bismarck habe ganz richtig formulirt: Blut und Eisen, d. h. Männer und Waffen brauche man zur Kriegführung, alles übrige finde sich. Das „Requiriren“ einer starken Armee habe nur eine Grenze, wo das Verlangte überhaupt nicht vorhanden sei, also auch gegen Bezahlung nicht erlangbar sein würde. Die „Allg. Ztg.“ führt zum Beleg ein Stückchen aus v. Strambergs rhein. Antiquarius an, wie sich die französische Revolutionsarmee in Coblenz zu helfen wußte.

„Die Franzosen hatten alsbald nach ihrem Einrücken die Methode des Requirirens bis auf das Aeußerste ausgebeutet; auch eine schwere Contribution an baarem Geld war eingetrieben worden. Nun verlangte man nachträglich noch 10 oder 12,000 Paar Schuhe oder Stiefel weiter und drohte mit Zwangsmaßregeln der härtesten Art. Vergeblich; in der bereits erschöpften Stadt war keinerlei Vorrath mehr. Selbst der von den Franzosen eingesetzte Gemeinderath, der aus ihren wärmsten Anhängern bestand, erklärte feierlich die Lieferung für eine Unmöglichkeit. „Ei“, sagten die französischen Freunde, „macht nur von unsern freien Institutionen Gebrauch; in schwierigen Fällen beruft man eine Volksversammlung, und da hat sich noch immer Rath gefunden.“ Gesagt, gethan; die Volksversammlung fand statt, eine Reihe von Rednern sprach im Sinne des Gemeinderaths, aber als die Versammlung zu Ende war, fand sie die Ausgänge des Platzes von Soldaten besetzt, welche niemanden wegließen, als nach Ablegung der Schuhe oder Stiefel. Sämmtliche Theilnehmer gingen strümpfig nach Hause, und die Volksversammlung hatte Rath geschafft — ohne Aufwand an Geld.“

Wir wollen dies Exempel gelten lassen, aber die passende Nutzanwendung für uns übrige, nicht großmächtliche Deutsche wird wohl *die* sein, daß bei einem Krieg zwischen Preußen und Oesterreich die Rolle des „*Strümpfiggehens*“ *an uns* kommen wird, wenn wir uns nicht rechtzeitig in die Verfassung setzen, dem „Blut und Eisen“ der Großmächte mit unserem eigenen Blut und Eisen eine Grenze entgegenzusetzen. Es kann uns nicht gleichgiltig sein, auf welchen Schlachtfeldern der Requisitionskrieg der beiden ehrgeizigen „Vormächte“ ausgefochten wird. Das Bequemste für sie wäre, das Kriegstheater außerhalb der schwarzweißen und schwarzgelben Grenzpfähle zu verlegen und daß sie auf dieser Bühne nach der Art schweifender Schauspieler mit so gut wie Nichts in der Tasche anlangen werden, dafür ist gesorgt, wenigstens bei den „Kaiserlichen.“ Mit Ernährungsgebieten hinter sich, wie das in Hungersnoth verzweifelnde Galizien, oder die bis an den Bettelstab herunterregierten und bis zum Elend ausgemergelten Steyermark, Kärnthen und Krain, werden die modernen Wallensteiner hungrig genug auf dem Reichsboden eintreffen. Wenn sich dort die beiden großmächtigen Löwen untereinander raufen und gegenseitig verwunden und schwächen wollten, könnte uns das zunächst nur lieb sein, und die Aussicht, daß in Folge dessen das Reich auf den Strumpf käme, könnte uns trösten, wenn wir eine Zeit lang strümpfig oder gar baarfuß gehen müßten. Die Sorge, daß das Gesammt-Kraftkapital durch eine Schwächung Preußens und Oesterreichs eine Einbuße erleide, würde uns keine grauen Haare machen; muß doch Deutschland in den sogenannten „deutschen Großmächten“ von jeher die größten Widersacher seiner Einheit und Freiheit erkennen. Nicht die Franzosen, sie sind die wahren „Erz- und Erbfeinde deutscher Nation“ und keine ausländische Macht ist in so schreiendem Gegensatz gegen die Wiedergeburt und den Ausbau eines nationalen und volksthümlichen Reiches, als die beiden historischen Reichsverräther.

Möchten sich daher die zween Leuen bis auf die Schwänze auffressen, die Sicherheit des deutschen Waldes würde nur dadurch gewinnen und wir übrigen harmloseren Mitbewohner desselben würden endlich Ruhe haben vor den Annexionskrallen der großen Raubthiere.

Eroberungen und Theilungen deutschen Gebietes wie die von Schleswig und Holstein hätten ein Ende und ein Verkauf von Land und Leuten, wie der lauenburgische Schmachhandel, kämen nicht mehr vor. Befreit von der beiden Unholde Attentaten auf unsere Freiheit würden wir endlich an die ersehnte Bundesreform gehen können, und bald würde die Welt ein verjüngtes Deutschland erstehen sehen, stark in Freiheit und durch den demokratischen Bayonettenwald seines vom Rhein bis an die Memel und bis an die Leitha bewaffneten Volkes vor jeder Unbill des Franzmanns wie des Russen und Britten mehr als gesichert.

Aber von solchen heilsamen Aussichten könnte bei dem Kampf zwischen Preußen und Oesterreich nicht entfernt die Rede sein. Ihr Krieg wird nichts weniger als ein Vernichtungskrieg werden. In einer kurzen aber blutigen „Rauferei“ an der oberen und unteren Elbe würden sie dem militärischen Ehrgeiz einige Hekatomben beiderseitiger Unterthanen opfern; aber schon die Rücksicht auf das nichtdeutsche Ausland ließe sie nicht weiter gehen.

Eine alte völkerrechtliche Sünde, die Theilung der polnischen Beute, wird sie nach kurzem Kampf stets wieder zur Erkenntniß führen, daß sie einander nicht entbehren können, um den Bestand des gemeinschaftlichen Raubes zu schützen. Das Gebiet, auf dem sie sich wieder verständigen können, liegt so nahe. Zunächst würde es sich um Berichtigung der für ihren Krieg abgelaufenen Zeche handeln und in dieser Beziehung würden sie gewiß sehr bald einig werden, daß dieselbe vom „*Bund*“ zu bezahlen sei. „Kronsyndici“, welche die „rechtliche“ Begründung zu diesem Anspruch zu liefern hätten, werden niemals fehlen, weder in Berlin noch in Wien. Aber da einmal die Rosse gesattelt und die Kanonen aus den Arsenalen gezogen wären, so würde es bei dieser bloßen Ausgleichung einer Kriegskostenrechnung auf dem breiten Rücken des deutschen Volkes sein Bewenden nicht haben, der Appetit käme wie bei jedem guten Essen, so auch bei diesem Schmause. Die im Jahre 1815 nur vertagte *Theilung Deutschlands* würde zur Ausführung gelangen und nicht vor dem Altar des Vaterlandes, sondern über dessen Grabe würden die feindlichen Brüder Frieden schließen.

Wie ein Verhängniß rückt diese „Lösung der deutschen Frage“ näher und näher auf uns heran. Ob die Staatsmänner, welche jetzt in den übrigen Einzelstaaten ausschließlich beflissen sind, „gut zu regieren“, die schwarze Verderbenswolke heranrücken sehen, oder nicht, darnach wird die Geschichte so wenig fragen, als sie nach dem blöden Vieh der deutschen Philister fragt, die gedankenlos ihren Geschäften und Genüssen nachgehen und den Blick nicht nach dem Horizont erheben, so lange sie von ihren gnädigen Herren nur so weit gut und namentlich *viel* regiert sind.

Wären wir ein selbstbewußtes Volk, mit Sinn für Freiheit, Ehre und Vaterland begabt, in großen Gedanken erzogen und wie es Männern gebührt, so oft die höchsten Güter bedroht sind, zu eigenem Eingreifen unbedenklich bereit, so wäre dieses Unheil unschwer abzuwenden. Wenn an dem Tag, wo die schwarzweißen und schwarzgelben Banner gegen einander auszögen, die schwarzrothgoldene Volksfahne in allen Gauen des Vaterlandes, Deutsch-Preußen und Deutsch-Oesterreich inbegriffen, aufgepflanzt würde, wie vom Schreck gelähmt würden die zum Bruderkrieg gezückten Waffen niedersinken, die Säbel würden in die Scheiden zurück und die Kolben klirrend zur Erde fahren.

Aber solche Vorstellungen sind im civilisirten Deutschland längst aus der Politik in die Poesie verwiesen.

Bleiben wir daher bei ganz prosaischer Erwägung der bestehenden Verhältnisse und berechnen wir, ob nicht unsere Regierungen aus eigener Macht uns in Besitz unserer Stiefel und Schuhe erhalten könnten und ob sie nicht vermöchten, der Theilung des „dritten Deutschlands“, welche sie selbst mit Untergang bedroht, vorzubeugen.

Die erste Voraussetzung wäre, daß sie vom Bund abfähen. Sie brauchen aus dem Bund nicht auszutreten, noch dessen Auflösung zu beantragen; er kann immerhin in seinem staats- und völkerrechtlichen Helldunkel weiter dämmern. Wer pedantisch auf Rechtsbestand hält, mag ihn erhalten bis zu dem Tag, wo er in einem letzten Aufflackern dem neuen Organ, das ihn ersetzt, der aus dem Volk entsprossenen Centralgewalt seinen Segen, seine Weihe und seine Würde ertheilt. Aber einsehen sollten unsere Staatslenker, daß ein Unterschied ist zwischen Dingen, die *sind*, und Dingen, die *scheinen*. Sollte materiell geholfen werden, so müßten sie von diesem Gedankending, was die Regierung einer Nation vorstellt, ganz absehen und zu durchschlagenden Mitteln greifen. Lassen sie sich in den Bundesweg ein, so sind sie zum Voraus verloren; er ist ein Labyrinth, aus dem das Recht noch niemals einen Ausgang gefunden hat.

Nur die *wirklichen* Mächte ins Auge fassend, von welchen bestimmend in ihr Schicksal eingegriffen werden soll, müßten sie sich unter sich zu einem neuen Bund vereinigen, oder doch zu einem jener Zwischenbünde, wie sie glücklicherweise in der Bundesacte erlaubt sind. Denn könnten sie sagen, haben die Deutschen über fünfzig Jahre unter der Bundesanarchie *gelitten*, weßhalb sollen sie nicht auch einmal davon profitiren? Was hindert uns, faktisch unter uns ein Schutz- und Trutzbündniß zu schließen zur Aufrechthaltung unserer „Selbstbestimmung“ und zur Wahrung des friedlichen Reichsbodens?

Bayern, Sachsen, Baden oder Württemberg voran! Dem Volke kann es gleich sein, wer den Anfang macht. Nicht alle Mittel- und Kleinstaaten würden beitreten, doch das schadet nichts; wollte sich nur die süddeutsche und sächsisch-thüringen'sche Gruppe in vorläufiger Coalition zusammenthun; ja die süddeutsche allein würde genügen, um eine respektable Neutralität zu proklamiren. Schleswig-Holstein würde beitreten am ersten Tage, wo es Luft bekäme.

Vorerst also Neutralität! und zwar bewaffnete, was an militärischen Kräften verfügbar ist, marschi an die preußische und österreichische Grenze, Infanterie, Kavallerie, Artillerie und Genie, so viel man hat. Leider hat man nicht viel, Soldaten nämlich, aber viel gekostet haben sie wenigstens die fünfzig Jahre her und so werden sie für den ersten Anlauf schon den Dienst thun. Die französische Grenze braucht man glücklicherweise nicht zu schützen, denn jede Neutralität steht sofort unter europäischer Protektion. Oder warum sollten wir von dieser nicht eben so gut Vortheil ziehen, als die Schweizer und Belgier, die sich auch nicht in's Schlepptau des Auslandes begeben?

In der That, gegen diese Politik hätte das deutsche Volk wenig einzuwenden und namentlich ist es gar nicht so zimpferisch hinsichtlich des Schutzes, den man zufällig und ungesucht beim Ausland findet. Es gibt freilich Leute in Deutschland und Wiesbaden, die einem „Vaterlandsverrath“ nachschreien, auch wenn man noch so rechtschaffen und patriotisch handelt, sobald man nur ein preußisches Interesse streift. Wir sind aber ausdrücklich einverstanden, wenn man sich durch solches Geschrei der Spitzenmänner von richtigem, selbständigem Handeln nicht abwendig machen läßt.

Dagegen haben auch wir etwas vorzutragen; wird uns das erfüllt, so versprechen wir nicht nur der Coalition für unsere Person beizutreten, sondern auch allen unseren Einfluß aufzubieten, daß ihr die gesammte deutsche Volkspartei beitrete, welche dereinst sehr mächtig sein und „kurz vor dem Ende der Dinge“ allein über ganz Deutschland und Hannover gebieten wird. Wir haben nur *zwei* Bedingungen zu stellen: die eine ist demokratisch, die andere ist föderalistisch, die eine garantirt die Freiheit, die andere die Einheit. *Erstlich*, daß man das Princip der *allgemeinen Volksbewaffnung* proklamire und *zweitens*, daß in dem neuen Bund *das Volk vertreten* sei. Wenn die Coalition leben und wirken soll, so muß sie für die gemeinsamen Angelegenheiten eine Centralgewalt einsetzen und den Anordnungen dieser muß von den sämmtlichen Königen, Groß- und andern Herzögen und wie die Herren sonst heißen, unbedingt Folge geleistet werden. Wollen sich die Regierungen einer Centralgewalt nicht unterwerfen, bei deren Bildung die Volksvertretung begreiflich mitbetheiligt sein muß, so gehen wir lieber strümpfig, als mit der Coalition.

Ohne die Einhaltung unserer Bedingungen gibt sie nur eine schlechte Dreispaltung, und ein Rheinbund kann über Nacht aus ihr werden. *Mit* unseren Bedingungen bildet sie den Kern zu einem verjüngten Deutschland, dessen Gründung von den Deutschen in Preußen und Oesterreich voll Freude und

voll Hoffnung begrüßt werden wird. (Damit kann man unverstanden sein. Nur die bewaffnete „Neutralität" halten wir für eine Selbsttäuschung. Die gemüthliche, wenn auch „bewaffnete" Neutralität wird keiner gestatten, von den beiden kämpfenden „Löwen". Die Coalition müßte sofort mit dem Aufgebot der ganzen Volkskraft, mit der sofortigen Erfüllung der obigen Bedingungen die Initiative ergreifen für die Erfüllung der Forderungen der Nation und unter gleichzeitigem Aufruf an das ganze deutsche Volk vorgehen. D. Red.).

Politische Umschau.

In dem Zwiespalt zwischen **Preußen und Oesterreich**, dem zum Schaden Deutschlands eine Zeit lang einig gewesenen und jetzt wieder auf Kosten Deutschlands hadernden Bruderpaar, folgt jetzt, zunächst noch auf dem diplomatischen Schachbrett, Schachzug auf Schachzug. Graf Bismarck läßt am 27. März eine Circularnote an die deutschen Höfe gehen, worin er das zur Abwehr gegen seine Eroberungspolitik sich vorbereitende Oesterreich friedensstörender Absichten beschuldigt und die Regierungen auffordert, für den Fall, daß Oesterreich angreife oder — Preußen zum Angriff „genöthigt" werde, sich zu erklären, auf welche Seite sie treten wollen. In Verbindung damit Rüstungen über Rüstungen Preußens und schon glaubte der edle Graf als umgekehrter deutscher Cavour, den Sprung, nicht zur Einheit und Freiheit, sondern zur Zerreißung der Einheit wie zur Fesselung der Freiheit Deutschlands, wagen zu können; da setzen die deutschen Mittel- und Kleinstaaten ihre Schachfiguren auf Art. 11 der Bundesacte und Art. 19 der Wiener Schlußacte, wonach jede Bekriegung der Bundesmitglieder unter einander ausgeschlossen ist und Oesterreich bietet mit einer, die friedlichsten Gesinnungen äußernden, Note an Preußen „Schach dem König und seinem Springer". Jetzt ist der Vorwand genommen und der umgekehrte Cavour schwitzt über neuen Vorwänden. Welche diese sein werden, müssen die nächsten Zeitungen bringen. So wie so aber bleiben die Friedenshoffnungen nach wie vor gering. Denn Bismarck, der dem König die ganze Sachlage unter den bei ihm vor Allem verfangenden Gesichtspunkt der „preußischen Ehre" beigebracht hat, und dessen Stellung dadurch vorerst unerschütterlich geworden ist, ist entschlossen, vorzugehen und Oesterreich ist ebenso entschlossen, nicht nachzugeben. Das Ziel ist die Beherrschung, nicht die Befreiung Deutschlands, im Sinne eines Großpreußen oder Großösterreich und die Elbherzogthümer sind dazu der Vorwand. Nur mächtig, dann aber auch unüberwindlich, in Verbindung mit dem deutschen Volk, aber unentschlossen und schwankend, ob sie's wagen sollen, stehen mitten innen noch die übrigen deutschen Regierungen. Welche derselben die Initiative jetzt ergriffe im Sinne deutschen Rechts, deutscher Freiheit und Einheit und dafür an das deutsche Volk sich wendete, sie beherrschte die Situation; denn der aus dem Schlaf langsam wieder erwachende Volksgeist wäre ihr unüberwindlicher Bundesgenosse, nicht nur im „dritten Deutschland", sondern in den beiden Großstaaten selbst. Aber die großen Augenblicke finden im heutigen Deutschland stets — nur kleine Menschen; und zwar, fügen wir, um gerecht zu sein, hinzu: nicht blos oben, sondern auch unten, bei den Parteien.

Die Zeitungen bringen immer neue Streiflichter über das innere Getriebe des **preußisch-österreichischen Conflikts**, aus denen von Tag zu Tag klarer wird, daß es sich um von langer Hand vorbereitete Pläne der unter Bismarcks Leitung stehenden preußischen Politik handelt, für welche die Frage der Elb-Herzogthümer nur das Mittel zum Zweck der Lösung der deutschen Frage, im Sinne des großpreußischen Junkerthums ist. Mehr und mehr zeigt es sich, wie sehr unter der deutschen Nationalpartei diejenigen Recht gehabt haben, welche von Anfang an Preußen so gut wie Oesterreich als den gefährlichsten Feind der deutschen Interessen, der deutschen Freiheit und Einheit bezeichnet und zur Vorsicht gegen dasselbe gemahnt haben. Wie soll ein Staat mit solch' unfertigen Zuständen, mit einer so mit allen Forderungen der Zeit im schroffsten Widerspruch stehenden und zugleich so mächtigen Feudalpartei, mit einer ganz in solchem Sinne traditionellen Politik seines Herrscherhauses befähigt sein, an die Spitze des bedeutendsten, zu einer Weltmission berufenen Culturvolks der Erde, wie das deutsche, zu treten! Aber das alles hat man doctrinär ignorirt und den „größten reindeutschen protestantischen" Staat — in welchem von protestantischer Freiheit bis jetzt noch keine Spur zu entdecken ist — so lange von seiner „deutschen Mission" vorgesprochen und ihn so lange für das äußerste an staatlicher Reife und Vollkommenheit erklärt, bis Volk und Regierung sich das, jedes in seinem Sinne, wirklich eingebildet haben, und nun mit beiden Händen darnach langen, auf Kosten der wirklichen Einheit wie der Freiheit, des ganzen Weltberufes der deutschen Nation selbst. Man erinnert sich jetzt wieder der ersten Andeutungen der Bismarck'schen Politik, die in der Presse vor seinem Eintritt in das Ministerium laut wurden und auf ein Großpreußen bis zum Main und Compensation, durch Gebietsabtretungen, an Frankreich hinaus liefen. Jetzt entwickelt sich die thatsächliche Ausführung. Napoleon wird — es ist das nicht Zufall, sondern diplomatische Kunst, deren Gründe dem Grafen Bismarck bekannt sind — mehr und mehr Herr der Situation in Deutschland. Charakteristisch für die Ziele dieser Politik ist eine eben jetzt bei Dentu in Paris erschienene Broschüre, Napoleonisch-Bismarck'schen Ursprungs, „Napoleon III., et la Prusse", in welcher mit frechster Stirne Napoleon die Festung Saarlouis und die Kohlengruben des Saargebiets angeboten werden! Dem gegenüber geben die Organe des Gothaerthums in der Magdeburger, der Kölnischen und der National-Zeitung in Berlin noch immer der Politik Bismarck ihren, wenn auch schüchternen, Beifall. (Cob. Tagbl.)

Aus Schleswig-Holstein, 30. März. Unter den schleswig'schen Beamten, welche dem erhaltenen Befehle zufolge am 22. März dem preußischen Könige in hingebendster Unthanentreue ihre Glückwünsche telegraphirten, befand sich natürlich auch der Zedlitz-Manteuffel'sche Amtmann von Husum, Graf Louis Reventlow. Weiland sehr einflußreiches Ausschußmitglied des Nationalvereins; Einer von denen, welche jedem ehrlichen Demokraten die Mitgliedschaft im Ausschuß seiner Zeit wahrhaft zum Ekel gemacht haben. Es ist dies derselbe Ehrenmann, der im Dezember 1863 in eigener Person nach Frankfurt a. M. reiste, um der Bundesversammlung die von ihm mitunterschriebene Stände-Petition einzureichen, durch welche die Einsetzung des rechtsmäßigen Herzogs Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein gefordert wurde. Das Beste, was über diesen Renegaten gesagt werden kann, hat sein eigener Bruder, der bekannte Graf Arthur Reventlow gesagt. Dieser äußerte, indem er gemüthlich und gleichgültig eine Prise nahm: „Mein Bruder hat erst den König von Dänemark verrathen, dann den Herzog von Holstein; ich bin überzeugt, er wird auch seinen jetzigen dritten Herrn, den König von Preußen, verrathen. In früheren Zeiten pflegte man solche Leute zu hängen; ich hoffe, mein lieber Bruder wird diesem Schicksale entgehen!"

Für **Wilhelm Bauer's** Freunde und Helfer in seinem rastlosen Streben nach Durchführung der unterseeischen Schifffahrt und ihre Erhaltung für Deutschland die Nachricht, daß demselben am Nachmittag des 31. März der Versuch gelungen ist, im Starnberger See aus einer Tiefe von 36 Fuß mit einer Vierundzwanzigpfünder-Vollkugel aus einem von ihm construirten unterseeischen Geschütz eine Panzerplatte von zwei halbzölligen Schmiedeeisenplatten nebst zwei Fuß starker Holzscheibe vollständig zu durchschießen. Neben den mit großartigen Staatsmitteln in England, Frankreich und Nordamerika neuerdings ausgeführten unterseeischen Zerstörungsversuchen ist die deutsche Probe, die nur durch die Sammlungen der Comité's und den Zuschuß aus der Nationalflottenkasse möglich geworden, gewiß nicht zu unterschätzen. Aber nicht zu vergessen ist dabei, daß es eines förmlichen moralischen Zwanges bedurft hat, bis W. Bauer auch nur die unbedeutende Unterstützung aus der Nationalvereinsflottenkasse erhalten konnte, weil die Verehrer der preußischen Spitze diese Gelder, die ihnen, sehr gegen ihren Willen, der frühere Geschäftsführer des Nationalvereins vor der Hand des Herrn von Roon gerettet hat, — immer noch für den „deutschen Beruf" Preußens aufzubewahren wünschen.

Coburg, 5. April. Heute, schreibt das hiesige „Tagblatt", ist der 17. Jahrestag des Tags von Eckernförde und am **Montag, den 9. April** findet ein abermaliger Preßproceß gegen den Rechtsanwalt F. Streit hier statt, wegen Bezeichnung des **Londoner Vertrags** vom 8. Mai 1852 und des **Bundesbeschlusses vom** 7. Dec. 1863 als eines Verraths an Deutschland. Bei dem Gewicht, welches man auf eine Verurtheilung auch in dieser Sache legt, wird Herr Oberstaatsanwalt von Holzendorf den Termin persönlich abhalten.*)

In **München** herrscht augenblicklich, wie der „Allg. Ztg." versichert wird, über die brennende Tagesfrage seltene Einigkeit. Der Abscheu vor einem deutschen Bürgerkrieg ist allgemein, und drückt sich in allen Schichten gleich stark aus. Man sagt: wer einen solchen Krieg durch einen selbstsüchtigen Angriff hervorriefe, beginge einen ruchlosen Act und würde seinem Namen für alle Zeiten ein Brandmal aufdrücken. Denn nur unglaubliche Verblendung könne sich einreden, daß ein solcher Kampf möglich wäre, ohne daß die deutsche Nation die schimpflichste Einbuße erlitte. Die Zeit, wo man, um ein dynastisches Gelüsten zu befriedigen, eine Nation in Elend und in Schmach stürzen konnte, sei vorüber. Ein Fürst, welcher sich dessen unterfinge, würde das verhängnißvollste Attentat auf die monarchische Gesinnung im Volk und damit auf die Monarchie selber begehen; denn niemals würde die Schwächung, die Beraubung und die Peinigung des Vaterlands ihm verziehen, wohl aber bei der ersten erfolgverheißenden Gelegenheit gerächt werden. Durch energische Redlichkeit erreiche man heutzutag überhaupt mehr als durch egoistisches, gemeinverderbliches, alle Welt beleidigendes Zugreifen. Einen deutschen Krieg beginnen, hieße Deutschland an das Ausland verrathen, hieße das Ausland zur Schädigung herausfordern: wie dürfte ein Fürst hoffen, daß aus einem solchen Frevel ihm und seinem Haus irgendein Segen erstehen könnte! Alles was man sich hierbei an Ehre und Gewinn verspreche, seien Träume eines fiebernden Ehrgeizes, der weder rechts noch links sehe und nicht einmal das nächstliegende wahrzunehmen vermöge.

Torgau, 30. März. Gestern ist der Befehl hier eingetroffen, die Festung zu armiren, und heute, trotz des heil. Charfreitags, rasseln schon die Pulverwagen durch die Straßen, und alles Militär ist in Thätigkeit; die Artillerie macht ihre Geschütze fertig, die Pioniere werfen die Pallisaden aus den Blockhäusern. Die Dächer der Blockhäuser werden abgenommen und Erdbeschüttung tritt an ihre Stelle, die äußern Schanzen werden verpallisadirt. Denn die Festung Torgau, so heißt es hier, wird zuerst angegriffen werden. Von wem? — das wissen wir zur Zeit noch nicht. (Dresdn. Ztg.)

Ein anderes Bild! In **Müncheberg** (Reg.-Bezirk Frankfurt a. O.) hat die Polizei-Verwaltung unterm 26. März ohne die geringste gesetzliche Begründung die nachfolgende Bekanntmachung erlassen: „Am zweiten Osterfeiertage dürfen ebenso wie am ersten, nach neuerlich ergangener höherer Verordnung keine Bälle oder ähnliche Lustbarkeiten stattfinden, wovon die Einwohner mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt werden, daß dies auch die geschlossenen und Privatgesellschaften trifft. Letztere haben übrigens nach den bestehenden Vorschriften zu ihren Tanzbelustigungen die Erlaubniß der Polizeibehörde nachzusuchen, was künftig zu beachten ist."

In der „Neuen Frankf. Ztg." steht mit großer fetter Schrift zu lesen: Von heute an sind die Spielsäle im Kurhause wieder geöffnet. Homburg v. d. Höhe, 2. April 1866. Die Administration. Homburg ist zwar an Hessen gefallen, wo die Spielhöllen gesetzlich verboten sind, allein es steht nur in Personalunion und hat so seine landgräflichen „Eigenthümlichkeiten" gerettet.

Hannover, 31. März. Das Kriegsministerium trifft bereits Vorkehrungen für den Fall, daß die politische Lage sich bedrohlicher gestalten sollte. Die Einstellung von 1859, die gegenwärtig die Kriegsreserve bildet und unter gewöhnlichen Verhältnissen am 15. April aus dem militärischen Verbande ganz ausscheiden würde, wird vorläufig noch nicht entlassen. Das mit Anfertigung der neuen Patronen beauftragte Commando wird verstärkt. Beurlaubte Artillerie-Handwerker werden gleichfalls einberufen.

Dem „Boten vom Niederrhein" schreibt man aus **Berlin** vom 27. März: Die Volkszeitung bedroht die Welt mit einer Reihe von Leitartikeln über die „Hintermänner", d. h. diejenigen, welche als Vertreter der eigentlichen Volksmassen hinter der Fortschrittspartei stehen und mit dem Benehmen ihrer Vordermänner im Abgeordnetenhause und in der vornehmen Presse unzufrieden sind. Wahrscheinlich ist der Volkszeitung ihre Abschaffung im Arbeiter-Bildungsverein zu Leipzig (unmittelbar vor dem

*) Wie soeben bei Schluß unseres Blattes verlautet, soll dieser Termin noch in letzter Stunde auf Antrag der Oberstaatsanwaltschaft bis auf deren weiteren Antrag unerwartet vertagt worden sein. D. Red.

Quartalwechsel) in die Krone gefahren, da sie bisher gegen die „Hintermänner“ so viel Verachtung hatte, daß sie sie gar nicht einmal erwähnte. Auch jetzt ist ihre Hauptstimmung noch die Verachtung. Sie verachtet die Hintermänner, weil sie keine berühmten Namen haben, und weil die Blätter dieser Richtung nur einen ärmlichen Leserkreis haben. Ueberhaupt verachtet sie diese Bestrebungen so sehr, daß sie blos deswegen Notiz davon nimmt, weil die Kreuzzeitung die Aeußerungen der Hintermänner gegen die liberale Partei zu benutzen sucht. Also der Umstand, daß einige tausend Arbeiter mit der Fortschrittspartei unzufrieden sind, hat gar nichts auf sich; wenn aber einige tausend Junker in einem vornehmen Blatt diese Aeußerungen recht verdreht und mißdeutet wiedergeben — dann, ja dann, kann die Volkszeitung Rücksicht darauf nehmen. — Schade nur, daß die Volkspartei, welche mit dieser Volkszeitung nichts mehr zu thun haben will, von Tag zu Tage wächst. Könnte man sie ebenso leicht geräuschlos aus der Welt schaffen, als man sie mit geldstolzem Lächeln verhöhnen kann, so würden die Fanatiker der Fortschritts-Orthodoxie dies sicher vorziehen. Es geht aber auf diesem Wege nicht, und deshalb muß das Todtschweigen jetzt in ein Todtverachten verwandelt werden. Zur Ehre der Volkszeitung wollen wir annehmen, daß dies ihre wahre Absicht ist. Sie stellt sich blos so, als wäre ihr an der Ansicht der Kreuzzeitung so viel gelegen; sie will in der That die Volkspartei um ihrer selbst willen verfolgen. Sie möchte die Herrschaft der Berliner Clique aufrecht erhalten und die Quellen verstopfen, aus denen die Abschaffung der Volkszeitung in Leipzig hervorgegangen ist. Die Verachtung ist wohl nur ein Kunstgriff der Einleitung, und der Aerger über die wohlverdiente Abnahme ihrer Autorität und ihres Leserkreises wird nachfolgen.

In der **deutschen Tages-Presse** sind mit dem Schluß des letzten Quartals verschiedene Veränderungen vorgegangen. In Mannheim hat der „Mannheimer Anzeiger“ sich als Organ der Linken der badischen Kammer und zur „Neuen badischen Landeszeitung“ erweitert, in Opposition gegen das Gothaische Professorenthum, welches zur Zeit in Baden das Oberwasser hat und deren Organ die „Badische Landeszeitung“ ist, — beiläufig neben dem „Frankfurter Journal“ das einzige süddeutsche Organ, welches selbst unter einem Bismarck für die preußische Spitze durch Dick und Dünn geht. In Magdeburg hat das Organ der entschiedenen Fortschrittspartei, die von dem braven Hoppe redigirte „Magdeburger Presse“ eingehen müssen, weil das indifferente und das mit Bismarck liebäugelnde „liberale“ Philisterthum auch in der Provinz Sachsen die überwiegende Mehrzahl bildet und jedes entschiedene und ehrlich freisinnige Organ nicht aufkommen läßt; die „Berliner Reform“ bemerkte jüngst dazu: „traurig zwar, aber uns nicht überraschend.“ Die „Berliner Reform“ selbst hat einen Redactionswechsel erlitten, der dem Blatte, wie wir fürchten, nicht zum Nutzen gereichen wird. Der bisherige, geistvolle und scharfsinnige, Chefredacteur, Dr. Guido Weiß, der das Blatt, fern von allen Extravaganzen, in consequent demokratisch-socialem Sinne redigirt hat, ist zurückgetreten. Wir lassen sein Schlußwort unten folgen, welches den correcten Standpunkt desselben darlegt. Wir würden bei dem Schweigen des Blattes über die Gründe des Redactionswechsels fürchten, daß es entweder der halb- und scheinliberalen Partei, welche die „Volkszeitung“ vertritt, oder der Regierung selbst gelungen wäre, auf das Blatt Einfluß zu gewinnen, wenn nicht der Name des erprobten und tüchtigen Dr. E. Meyen, welcher als Mitarbeiter an der Spitze des Blattes genannt wird, uns eine Garantie dagegen wäre. Allein die Möglichkeit, daß auch diese Mitarbeiterschaft bald wieder verschwinden kann, scheint uns noch nicht ausgeschlossen. Ein correct, ehrlich demokratisches Blatt scheint in Berlin nicht möglich. Das bisherige Organ des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“, „der Social-Demokrat“, von dem wir übrigens die Bezeichnung „ehrlich“ zu gebrauchen uns bis jetzt noch nicht berechtigt halten, ist in Folge seiner Zerwürfnisse auch mit diesem, wie es scheint, erschüttert, es erscheint nicht mehr täglich, sondern nur noch dreimal in der Woche. In Dresden hat sich das deutsch und demokratisch gesinnte „Dresdner Communalblatt“ zur „Reform“ erweitert. In Leipzig erscheint dagegen vom 1. April ab unter der Redaction des Cigarrenarbeiters und gewesenen Vorsitzenden des „allgemeinen deutschen Arbeitervereins“, Hrn. Fritzsche, ein neues Arbeiterblatt, als Specialorgan für die deutschen Cigarrenarbeiter. In Coburg hat das „Tagblatt“ sich zur „Volkszeitung für Thüringen und Franken“ in vergrößtem Format erweitert. Gleichen Schritt mit der politischen Bewegung selbst scheinen die Organe, die es mit der Freiheit Ernst meinen, in Norddeutschland unter der wachsenden Corruption des absolutistischen Machtschwindels mehr und mehr den Boden zu verlieren, während dieselben in Mittel- und Süddeutschland an Boden gewinnen. Das ist auch ein Zeichen der Zeit, dessen Folgen nicht ausbleiben werden.

Berlin. Unter der Ueberschrift „zum Abschied“ bringt der Chefredacteur der „Berliner Reform,“ der das Blatt bisher so trefflich und so consequent im freiheitlichen Sinne redigirt hat, und nun von der Redaction, wir wissen nicht aus welchem Grunde zurücktritt, Hr. Dr. Guido Weiß ein Abschiedswort an seine Leser, welches wir nicht unterlassen wollen, auch den unsrigen zur Besprechung mitzutheilen.

„Wenn Menschen aus einander geh'n“ — so thun sie wohl besser daran, nicht mit dem bekannten weichen Singsang „auf Wiedersehen“ sich die letzten Minuten zu füllen, sondern mit einem kurzen wohlgemuthen Rückblick auf das, was man zusammen erlebt, erstrebt und in gemeinsamen Herzen eingeheimst. Das thut Genüge, das weckt die Treue, das lehrt Geduld. Und so nimmt der Unterzeichnete von den Lesern, die durch $2^1/_2$ Jahre mit ihm ausgeharret haben, in einem solchen Rückblick auf diese Zeit und auf dieses Blatt — Abschied.

Es ist die Freiheit gewesen und nur und zuerst die Freiheit, der wir unsere bescheidenen Dienste geleistet zu haben wünschten. Dieser feste Angelpunkt ist in der großen Deutschen Frage, die vor ebenfalls fast $2^1/_2$ Jahren in den Nordmarken entbrannte, uns ein gar treues und festes Fundament gewesen bis heute. Die reine und absolute Forderung des Selbstbestimmungsrechtes der Schleswig-Holsteiner hat uns bewahrt vor dem Legitimitätsenthusiasmus und seiner trübseligen Ernüchterung, wie vor dem Wandelspiel der Beschränkung, die in Forderung und Angebot dieses Recht zu einem unfreien machen wollten, sie hat uns erst gar bewahrt davor, Parteigänger der Annexion zu werden.

Der Schrei über Vermehrung der kleinen Souverainetäten hat uns nicht beirrt. Sie sind, bei all' dem Kleinlichen, Komischen oder Gehässigen, was da mit unterläuft, für Deutschlands Zukunft heute noch ein nothwendiges Uebel. — Diese Decentralisation heute anfeinden, das heißt cäsaristischem Gelüste gefällig sein. Und wenn die Macht-, ja selbst die Nationalitäts-Frage hier ihre Besorgnisse einwirft, so antworten wir heut noch unbewegt: Erst die Freiheit!

Nur einen ungleich größeren und gewaltigeren Kampf kennen wir, in welchem es Noth thut, neben dem Banner der Freiheit auch das zweite zu entfalten: es ist der sociale Entwickelungskampf und dies zweite Banner ist das der Gleichheit. Es wird fortan kein demokratisch Programm mehr geben können, ohne socialen Satz. Inmitten des wirren Streites um Schulze und Lassalle ist uns die politische Bedeutung dieses Kampfes stets als die allein maßgebende erschienen, und als sein Centrum, als die gar künstlich bisher geschirmte und verdeckte Burg des Feindes meinen wir die freihändlerische Lehre vom Staate erkannt zu haben. Auch ihr Tag wird erscheinen; die Forderung, daß der Staat vor Allem und in seinem Grunde ein sittliches Gesammtwesen sei, wird durchdringen: die Parole der „Staatshilfe“ wird sich in die klarere der Staatspflichten umsetzen und das wird der Weg zum Siege sein.

Wir sind des Einsamwanderns bei alle dem recht gewohnt gewesen und also auch mancher kleinen Anfechtung. Die schwersten sind uns erwachsen aus der Stellung zu den inneren Parteien, aus dem Programmwort, dieses Blatt solle sein ein Organ der „Linken der Fortschrittspartei“. Wir haben geglaubt und glauben heute noch, daß die prinzipielle Scheidung — „nicht Spaltung, sondern Verzweigung“ — innerhalb der großen liberalen Mehrheit der Bevölkerung eine politische Nothwendigkeit sei, zur Erziehung und Klärung und Selbstständigkeit der Massen, zur Regierungsfähigkeit der Führer. Die Zeiten der Coalition sind vorüber, ihre Schäden zeigen sich bereits, möge die Deutsche Demokratie endlich wieder ihr Haupt erheben.

Das haben wir erstrebt, dazu haben wir nach der Möglichkeit schwacher Einzelkraft in directem Worte, wie in der Sprache der Thatsachen uns stets bekannt — und dabei bleibts, auch nachdem das stattliche Wir sich wieder auf ein bescheidenes Ich reducirt hat.

Dir, Du lieber, freundlicher und geduldiger Leser, Dank und Lebewohl!

31. März 1866. **Guido Weiß.**

Aus **Bayern** bringt der „Bayerische Kurier“ aus der Feder eines Landgemeindevorstehers den Vorschlag einer praktischen Lösung der Niederlassungs- und Ansässigmachungsfrage. Der praktische Mann schlägt alles Ernstes vor: man behalte das Veto, d. h. alle Erschwerungen der Niederlassung und Verehelichung bei und — sorge zugleich für Zwangshäuser. Probatum est. Uns scheint es nach diesem Vorschlag in der Gegend vielmehr an Narrenhäusern zu fehlen.

Wir erhalten, schreibt die „Volkszeitung,“ aus **Hannover** die Abschrift eines Schreibens, mittelst dessen sich Herr Georg Egestorff von der Pariser Ausstellung lossagt.

Das Schreiben lautet:

„An die Commission für die Pariser Industrie-Ausstellung in Hannover.

Nachdem der Mann des zweiten Dezember für die nächstes Jahr in Paris stattfindende Industrie-Ausstellung ein Kind zum Präsidenten ernannt hat, welches nach öffentlichen Blättern mit seinen Altersgenossen noch Blinde-Kuh spielt, und hiermit der Gesammtindustrie eine Behandlung zu Theil geworden ist, die namentlich kein deutscher Mann sich gefallen lassen darf, so finde ich mich veranlaßt, der verehrlichen Commission ergebenst anzuzeigen, daß ich meinen früheren Entschluß, die Ausstellung in Paris mit einigen Lokomotiven und sonstigen Maschienenwerken zu beschicken, hiermit aufgebe und auf jede Betheiligung an der Ausstellung verzichte. Der verehrlichen Commission übrigens meinen verbindlichsten &c.

Linden, den 25. März 1866.

Georg Egestorff.“

Rom, 18. März. Am 25. d. wurde in allen Kirchen feierlich der Schluß der Mission begangen. Man hatte die Nachricht verbreitet, daß der heil. Vater selbst im S. Carlo am Corso predigen werde. Dem war aber nicht so; dagegen wurde vor jener Kirche ein anderes sehr erbauliches Volksfest gefeiert. „Als Frucht der Mission“ war nämlich eine große Zahl verbotener Bücher abgeliefert worden, und diese wurden nun an jenem Abend zum allgemeinen Entzücken öffentlich verbrannt. Am wüthensten ging es über die Exemplare des „Leben Jesu“ von Renan her; es genugte nicht, die Bücher zu verbrennen, sondern in blinder Wuth ertheilt man ihnen — Stockschläge u. dgl. Die fremden sahen sehr zahlreich diesem Schauspiel zu und schwiegen, da es nicht klug ist in Rom über derlei Volksbelustigungen sich auszuspechen. (A. Z.)

London, 1. April. Die auf vertraulichem Wege gemachten Bemühungen, zwischen der „Reform-League“ und den verschiedenen Arbeiterrichtungen einen gemeinsamen Operationsplan hinsichtlich der Regierungsbill über die Wahlreform herbeizuführen, haben guten Erfolg gehabt. Es werden in der kommenden Woche zwei Massenversammlungen hier abgehalten werden, bei deren einer — und zwar der ersten — lediglich Arbeiter theilnehmen sollen, während die andere eine gemischte sein wird, theils aus Arbeitern, theils aus bürgerlichen Radikalen bestehend. Beide werden im Princip sich für die Reformbill erklären. „Beehive“ und „Commonwealth“, die zwei sich entgegenstehenden Arbeiterorgane, sind auf dem Punkte, in der Wahlrechtsangelegenheit gemeinsame Sache unter einander und mit der Bright'schen Partei zu machen, nachdem die „Reform-League“, deren eigentlicher Grundsatz das Stimmrecht aller erwachsenen, unbescholtenen Männer ist, sich ebenfalls für Annahme der Bill erklärt hat. Insofern hat das freche Gebahren der Tories und der Pseudo-Liberalen jedenfalls den Erfolg gehabt, außerhalb des Parlaments einen engeren Zusammenschluß der verschiedenen Volksparteien zu beschleunigen.

Ohne Zweifel werden die Versammlungen am 5. und 11. d. M. sehr imposant werden. Man erwartet, die St. Martinshalle werde mit den Handwerkergenossenschaften dermaßen sich füllen, daß, wie bei dem großen Unionsmeeting in Exeter Hall, auf welchem Beecher Stowe vor einigen Jahren hier sprach, auch die unteren Räume des Versammlungshauses, vielleicht selbst die umliegenden Straßen noch von herbeidrängenden Massen angefüllt sein werden. Dies ist wenigstens die Hoffnung derer, welche die Demonstration organisiren.

Amerika. Der Senat hat einen Gesetzentwurf über Reorganisation der regulären Armee angenommen. Es soll diese fortan auf dem Friedensfuß aus 50 Regimentern Infanterie (das Regiment im Minimum zu 500, im Maximum zu 1000 Mann), 20 Regimenter Ca-

vallerie (von 300 bis 600 Mann) und 10 Regimentern Artillerie bestehen, zusammen im Minimum aus 35,000, im Maximum aus 70,000 Mann. Daß der Effectivbestand sich nie über das Minimum erheben würde, ist gewiß; denn vor dem Krieg hielt es schon sehr schwer auch nur 10,000 Mann zu werben. Eine Armee von 35,000 Mann, aber für ein Land dessen Einwohnerzahl schon jetzt schwerlich weniger als 35 Millionen beträgt, macht 1 Mann auf 1000 Seelen oder auf 4 deutsche Quadratmeilen. (A. Z.)

Das Benehmen des **Präsidenten Johnson** hat unter den Republikanern, namentlich im Westen, eine große Aufregung und Erbitterung hervorgerufen, die sich bereits mehrfach in heftigen Beschlüssen kund gibt. Versammlungen, namentlich von Deutschen, zum Theil eigens von deutschen Arbeitern, in den westlichen Hauptstädten St. Louis und Chicago machen den Anfang. Man befürchtet, Johnson werde, wenn nur erst der Kongreß nach Hause gegangen, einen Staatsstreich ausführen, d. h. nach Willkür die Rekonstruktion durchführen, ganz unbekümmert um die Repräsentation. Mehrere der bezeichneten „Resolutionen" erhalten deswegen die Aufforderung an den Kongreß, sich bis 22. März 1867, d. h. bis zur partiellen Neuwahl im nächsten Jahre permanent zu erklären, oder den als Verräther bezeichneten Präsidenten in Anklagezustand zu versetzen. — Nach den neuesten Zeitungsnachrichten sollen sich indessen die Beziehungen zwischen Johnson und dem Congreß gebessert haben.

Vom Büchertisch.

Musikalisches. Unsern Quartettenspielern wird die Mittheilung von Interesse sein, daß die von der Firma Payne in Leipzig vor 2 Jahren veranstaltete Pracht-Ausgabe von „Haydn's 83 Quartetten" nunmehr vollendet vorliegt, und daß in Folge des außerordentlichen Anklangs, den dieselbe gefunden hat, die Verlagshandlung bereits die zweite Auflage (in 44 Lieferungen à 7½ Ngr.) vorbereitet.

Jefferson Davis. Social-politischer Roman aus dem amerikanischen Bürgerkriege von Bernhard Heßlein. Erste Abtheilung: „Der Teufel von Five-Points." 1. Band. Leipzig. Verlag von G. J. Purfürst. 1866. — Die „N. Presse" schreibt darüber:

Hinter weltbewegenden Ereignissen, wie der amerikanische Bürgerkrieg, kommt der Roman in unserer raschlebigen Zeit regelmäßig rasch nachgetrippelt. Die Geister der Gefallenen werden von den blutigen Schlachtfeldern beschworen, und die Lebenden, welchen die romantische Bearbeitung in der Regel lästiger fällt müssen auch ihren Beitrag liefern. Dr. Bernhard Heßlein, als Sensations-Schriftsteller unter diesem und anderen Namen wohl bekannt, steuert in seinem neuesten Werke auf ein umfangreiches Gemälde des furchtbaren Kampfes in den Vereinigten Staaten aus. Er beginnt mit dem Jahre 1863 und schildert in dem vorliegenden ersten Theile das Leben und Treiben Newyorks in der Manier der vor zwei Jahrzehnten beliebten Literatur der „Geheimnisse". Der Leser wird in den Spelunken und Höhlen von Five-Points, dem bekannten Spitzbuben-Quartier Newyorks, herumgeschleppt und durch eine Reihe aufregender, mit großer Gewandheit und Anschaulichkeit geschilderter Scenen in Spannung erhalten. Der Eindruck, welchen das Buch nothwendig machen muß, ist der des Abscheus vor Newyork und Amerika, sobald man nicht erwägt, daß sich in jeder Großstadt — Wien allein ausgenommen — ihr Gesindel, ihr Auswurf in einem bestimmten Viertel zusammendrängt. Wer Newyork nach den Five-Points beurtheilt, der muß Amsterdam nach dem Hafenquartier, Hamburg nach dem Kugelsort, London nach den Gäßchen von White-Chapel und Berlin nach der „Königsmauer" und den Verbrecherkellern der Hasenhaide schätzen. Gegen letztere Anschauung würde wohl Niemand energischer protestiren als Dr Heßlein, aber eben darum wäre es gut, wenn er gezeigt hätte, daß es in Newyork auch noch andere Menschen als Galgenvögel gibt. Bei dem eigentlichen Romanpublikum wird dieser Mangel dem Buche allerdings keinen Eintrag thun, und mit süßem Schauder werden deutsche Jünglinge lesen, wie ein Newyorker Dandy von siebzehn Jahren, der in Schulden steckt und von seinem Vater nichts mehr bekommt, mit dem hochherzigen Entschlusse in die Welt zieht, sich „seinen Galgen ehrlich und ritterlich zu verdienen".

Vermischtes.

Einladung
zum
dritten Journalistentag in Berlin.

Zu der am 20. und 21. Mai in Berlin stattfindenden **Versammlung des dritten deutschen Journalistentages** werden die Mitglieder desselben, sowie diejenigen Vertreter von Zeitungen und Zeitschriften, die dem Journalistentage beizutreten wünschen, hierdurch eingeladen.

Tagesordnung.

1) Jahresbericht und Rechnungslegung.
2) Die Tagespresse in Deutschland.
3) Das Annoncenwesen und die Behörden.
4) Das Zeitungs-Telegraphenwesen.
5) Altersversorgung der Journalisten.

Anmeldungen anderer Gegenstände für die Tagesordnung, sowie Mittheilungen in Bezug auf obige Fragen werden bis zum 1. Mai unter der Adresse der Redaktion der Vossischen Zeitung in Berlin erbeten.

Berlin, den 20. März 1866.

Der Vorort.

Lehmann. Lewinstein. Lindner. Maran. Weiß.

(Mittheilungen über das Versammlungslokal und die Tagesstunden der Versammlung bleiben vorbehalten.)

Protestation
des
schweizerischen Polen-Comité's von St. Gallen.

An den Chef-Redacteur des offiziellen „Dziennik Warszawski".

St. Gallen, 14. März 1866.

Herr Redacteur!

Unter den täglichen Verleumdungen Ihrer Correspondenten in der Schweiz, welche Sie in Ihr offizielles Journal einrücken, befindet sich eine, welche die Bank von St. Gallen und das Polen-Comité in dieser Stadt angeht; sie ist in Ihrer Nummer vom 24. Februar veröffentlicht. Ihr St. Galler Correspondent behauptet, es wären 22,500 Frcs. von dem Polen-Comité bei der Bank von St. Gallen deponirt worden in der Absicht, dereinst Waffen für die polnische Insurrektion zu kaufen, und dieses Kapital wäre von der Bank dem Doctor Kaminski übergeben worden, der, nachdem er sich so desselben bemächtigt, nach Galizien abgereist.

Da diese ganze Erzählung, wie viele andere, erfunden, da auch nicht ein wahres Wort daran ist, da sich Ihr Correspondent der unwürdigsten Verleumdung schuldig gemacht hat, da die Ehrenhaftigkeit und die persönlichen Verdienste des Herrn Kaminski ebenso bekannt in Polen wie in der Schweiz sind, so fordern wir Sie, Herr Redakteur, hiermit im Namen der Ehrlichkeit und Wahrheit auf, unverzüglich in Ihr Journal diese Protestation einzurücken, die sonst in anderen Blättern veröffentlicht werden wird.

Empfangen Sie u. s. w.

Der Präsident des Polencomité's:
Steiger, Regierungsrath.
Die Mitglieder des Comité's:
Sarer, Regierungsrath. Zollikofer, Pfarrer.
Beenet, Nationalrath. Hebbel, Kaufmann.
Kirchhofer, eidg. Oberst. Hohl, Kaufmann.
Meyer-Finsler, Kassirer des Comité's.

Die Erklärung des Direktors der Bank von St. Gallen, Alfred Gonzenbach, daß bei dieser Bank keine Summe von Doctor Kaminski deponirt worden, und sie ihm keine gezahlt hat, wurde dieser Protestation beigefügt.

Briefkasten.

So eben (7. April), da ein Theil der Auflage unseres Blattes schon gedruckt ist, geht uns ein Cirkular des ständigen Ausschusses vom 1. d. Mts. zu, welches wir zu unserem Bedauern nun erst in nächster Nummer bringen können.

Arbeitsvermittelung.

97] Zwei bis drei im **Sopha- und Stuhl-Fach geübte Holzarbeiter** finden bei hohem Lohn, unter Vergütung der etwa veranlaßten Reisekosten, dauernde Arbeit bei **C. Meyer in Kiel,** Holstenstr. Nr. 22.

Einladung zum Abonnement.

Das **Coburger Tagblatt**, „Volkszeitung für Thüringen und Franken“, seit Anfang dieses Jahres in vergrößertem Format erscheinend, beginnt mit Ende dieses Monats ein neues Vierteljahrsabonnement, zu welchem hiermit freundlichst eingeladen wird.

Das **Coburger Tagblatt** steht in politischen wie in socialen Dingen, auf Seiten des Volkes, gegen seine offenen und verkappten Feinde, für dessen ganzes Recht und ganze Freiheit. Eines der Organe der Volkspartei hat es seinen Standpunkt seit seiner ersten Gründung im Jahre 1848 selbst in trübster Zeit treu und unerschrocken zu wahren gewußt. In einer Zeit, in welcher der frivolste Uebermuth, den noch die Welt gesehen, mit Recht und Freiheit sein frevelhaftes Spiel treibt, und der elle Götzendienst der Macht und des Erfolges selbst einen großen Theil der Tagespresse corrumpirt hat und durch diese wieder das öffentliche Rechts- und Freiheitsgefühl zu corrumpiren bemüht ist, müssen das Volk und seine treugebliebenen Preßorgane um so fester zu einander stehen. Wir halten uns deshalb auch in weiteren Kreisen von Seiten des Volkes und seiner Freunde der Förderung unseres Blattes versichert, auf dessen fernere Erweiterung und Vervollkommnung wir in gleichem Maße bedacht sein werden. Selbstständige Artikel von allgemeinem Interesse und lokale Correspondenzen werden, bei würdiger Form und Zuverlässigkeit des Inhalts, gern aufgenommen und auf Verlangen angemessen honorirt. Das Redactionsgeheimniß wird streng bewahrt.

Die Herausgeber des Coburger Tagblatts:
F. Streit. L. Reinhard.

Das „**Coburger Tagblatt**“ erscheint **täglich** mit Ausnahme Sonntags und kostet hier am Platz nur 42 kr. oder 12 Sgr., im ganzen Bereich des Thurn und Taxis'schen Postgebiets 53 kr. oder 15 Sgr., im Postvereinsgebiet 1 fl. 9 kr. oder 20 Sgr.

Inserate werden mit 1 Sgr. oder 4 kr. die gespaltene Zeile berechnet und erhalten durch das Tagblatt die wirksamste Verbreitung hier und im weitesten Umkreis.

Coburg, Ende März 1866.

Die Expedition:
(F. Streit's Verlagsbuchhandlung.)

106] **Für jeden Gewerbsmann nach seinem besondern Bedürfniß**
erscheint soeben bei **C. L. Kling in Tuttlingen:**

Die Ordnung des Geschäftsbetriebs auf dem Papier,

umfassend:

Geschäftsgründung, Geschäftsführung, Geschäftsabschluß.

Bearbeitet von
Theodor Beger,
Lehrer an der Fortbildungsschule in Stuttgart.
8. broch. 18 kr.

Ordnung regiert die Welt! Ordnung hilft haushalten! Der letzte Satz ist von dem durch sein Wirken in Schrift und Wort rühmlichst bekannten Herrn Verfasser auch hier in einer leichtfaßlichen Sprache auf Grundlage des Geschäftsbetriebs jedes einzelnen Gewerbs von der Gründung des Geschäfts bis zum Abschluß desselben behandelt und durch Erklärung aller zum Geschäft nöthigen Papiere der Werth der Schrift vervollständigt.

Einstweilen sind 22 Hefte fertig und zwar
1) für Roth- und Weißgerber, 2) Tuchmacher, Stricker, Baumwollen- u. Leineweber, 3) Schuhmacher, 4) Schneider und Kleiderhändler, 5) Maurer und Steinhauer, 6) Hutmacher, 7) Zimmerleute und Holzhändler, 8) Färber, 9) Feuerarbeiter, als Grob-, Zeug-, Messer-, Nagel-, Kupferschmiede, Zinngießer, Flaschner, Mechaniker, Gürtler u. Glockengießer, 10) Gold- u. Silberarbeiter, 11) Bortenmacher, 12) Handschuhmacher, 13) Seifensieder u. Wachszieher, 14) Müller und Mehlhändler, 15) Metzger, 16) Bierbrauer u. Wirthe, 17) Uhrenmacher, 18) Sattler und Tapezierer, 19) Küfer oder Böttcher, 20) Schreiner u. Glaser, 21) Drechsler und Schirmmacher, 22) Buchbinder und Cartonnagearbeiter.

Weitere Gewerbe werden auf genügende Bestellung hin ebenfalls berücksichtigt werden.

Jedes einzelne Heft kostet 18 kr. Für Vereine, Bibliotheken sowie für Schulen ist jedoch auch eine Gesammt-Ausgabe im Preise zu fl. 2. 36 kr. erschienen.

Herrenmodenzeitungen!

103] In der **Expedition der Europäischen Modenzeitung in Dresden** erscheint und ist durch alle Buchhandlungen und Postanstalten zu beziehen:

Die **Universal-Modenzeitung.** Haupt-Organ der Europäischen Moden-Akademie; erscheint monatlich mit 2 color. Original-Modenkupfern. Preis: halbjährlich 2⅔ Thlr.

Die **Europäische Modenzeitung.** Erstes Zweig-Organ der Europäischen Moden-Akademie; erscheint monatlich mit 1 color. Pariser und halbjährlich 1 Moden-Tableau mit 10 Figuren in ¼ Lebensgröße. Preis: halbjährlich 2 Thlr.

Der **Beobachter der Moden.** Zweites Zweig-Organ der Europäischen Moden-Akademie; erscheint monatlich mit 1 color., hauptsächlich Wiener und Berliner Moden repräsentirenden Original-Modenkupfer. Preis: halbjährlich 1⅓ Thlr., vierteljährlich 22½ Sgr.

Der **Moden-Telegraph.** Drittes Zweig-Organ der Europäischen Moden-Akademie; erscheint monatlich mit 1 color. Original-Modenkupfer. Preis: halbjährlich 1 Thlr., vierteljährlich ½ Thlr.

Die **Moden-Post.** Fünftes Zweig-Organ der Europäischen Moden-Akademie; erscheint monatlich mit 1 color. Original-Modenkupfer. Preis: halbjährlich 20 Sgr., vierteljährlich 10 Sgr.

Diese **Herrenmodenzeitungen**, welche sich vor allen übrigen derartigen Erscheinungen durch **billige Preise und größte Reichhaltigkeit und Gediegenheit des Inhaltes** vortheilhaft auszeichnen, sind **jedem Fachmann zur Anschaffung zu empfehlen.**

Herrenmodenzeitungen!

Auch im nächsten Quartale erscheint im Verlage von **J. Schneider in Mannheim:**

Deutsches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volks-Partei.

Herausgegeben von
Dr. Ludwig Eckardt.

Jeden Sonntag eine Nummer gr. Quartformat.
Preis vierteljährig 1 fl. = 18 Sgr.

Das Blatt wird als Organ der deutschen Demokratie auch ferner fortfahren, die politischen Vorgänge und Gestaltungen in unserem Gesammtvaterland und die Entwicklung der politischen Kämpfe in den Einzelstaaten einer eingehenden, durchaus volksthümlichen Besprechung zu unterziehen, wofür als Correspondenten eine Reihe der trefflichsten deutschen Publizisten gewonnen sind. Besondere Beachtung soll der Befestigung und Ausbildung der freisinnigen Reformen im badischen Lande zugewendet werden. Die neuesten Erscheinungen der politischen Literatur werden besprochen.

Bei der Verbreitung, die das Wochenblatt schon jetzt im 2. Jahre seines Bestehens gefunden, finden Inserate in demselben (Preis pro Petitzeile 3 kr. = 1 Sgr.) eine große Verbreitung.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten entgegen, durch welche auch die bisher erschienenen Quartale, sowie Probe-Nummern, bezogen werden können.

Gegen Franko-Einsendung des Abonnements-Preises in Geld oder Briefmarken wird das Blatt auch von der Expedition an jede aufgegebene Adresse im Gebiete des Postvereins unter †Band versandt.

Annonce.

Die Maschinen- und Mühlenbauer-Schule zu Hildesheim

beginnt ihren Sommercursus am 12. April. Die Anstalt hat sich zur Aufgabe gemacht, tüchtige Constructionere, Monteure und Werkmeister wissenschaftlich und technisch heranzubilden und sucht ihren Eleven, deren Fähigkeiten entsprechend, Stellung zu verschaffen. Der Unterricht wird von Fachlehrern ertheilt. Lehrplan und weitere Auskunft ertheilt

Die Direktion.
Dr. Kirchner.

Im Verlage von **J. Schneider in Mannheim** ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Der Protestanten-Verein

und

Die moderne Kultur.

Erwägungen eines der Kirche Entfremdeten.
6 Bogen gr. 8°. geh. Preis 10 Sgr. = 36 kr. rhein.

So eben ist im Verlag von **C. L. Kling in Tuttlingen** erschienen:

Bier-Predigten.

Gehalten
im heiligen Geist zu Mainz
von
P. Florian,
Benediktiner-Mönch.
Ein nützlich Büchlein
für Bierbrauer und verständige Biertrinker.
Preis broch. 18 kr.

Diese würzhafte Darstellung des Brauverfahrens, Ausschenkens und Trinkens des herrlichen Gerstensaftes (d. h. wenn er gut und der Rede werth ist) wird allen Bierfreunden willkommen sein und Freude machen. [107

Im Verlage von **J. Schneider in Mannheim** ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Der neueste Fasten-Hirtenbrief

des

Erzbischofs von Freiburg Herrmann von Vicari.

Besonders für freisinnige Katholiken beleuchtet
von
Carl Scholl,
Prediger der freireligiösen Gemeinden in Mannheim u. Heidelberg.
Geh. Preis 4½ Sgr. = 15 kr. rhein.

Ventilatoren.

70] **C. Schiele, Frankfurt a. M.**

Literarische Anzeige.

Bei **Alexander Waldow** in Leipzig ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

„Ein Vortrag über die Vorträge“,
allen
Freunden des Volksunterrichts des Vereinswesens und des Fortschritts
gewidmet von
Moritz Müller.

Soeben ist erschienen und durch die **J. G. Riemann'sche Hofbuchhandlung in Coburg**, sowie durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Neun Plattdeutsche Göttergespräche.

(Mecklenburgische Mundart.)
2. Auflage.
Preis 10½ kr. oder 3 Sgr.

In **F. Streit's Verlagsbuchhandlung in Coburg** sind ferner erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Zwei Vorträge

über die

gegenwärtigen freien Gemeinden in Deutschland

und über

Alt und Neu in der Religion.

Von
Prediger **Uhlich** aus **Magdeburg.**
Gehalten am 25. u. 29. September 1865 im Schießhaussaale in Coburg.
Preis 4 Sgr. oder 14 kr.

Der Name des Verfassers, die große Theilnahme des Publikums bei Abhaltung dieser Vorträge hier, die starke Nachfrage nach deren Abdruck schon vor dessen Erscheinen, überheben jeder besonderen Empfehlung.

Inhaltsverzeichniß

der in **L. Schweigert's** Verlag in Coburg erscheinenden „**Deutschen Wehrzeitung**“ Nr. 114:

Aus dem Friedensdasein und der Friedensthätigkeit der stehenden Heere in Deutschland (Fortsetzung). Junkerliche Auslassungen V. Vermischtes. Anzeigen.

☛ Wir müssen unsere Herren Correspondenten und Mitarbeiter bitten, ihre Correspondenzen und Artikel so abzusenden, daß sie spätestens **Donnerstag Morgens** schon hier sind, da die Aufnahme in die nächste Nummer sonst nicht zugesichert werden kann.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
[illegible] Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert in Coburg.

Nr. 172.

Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Vierter Jahrgang.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Organ der deutschen Arbeiterbildungsvereine.

Herausgegeben

vom

Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Sonntag,

15. April 1866.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

Vereinsangelegenheiten.

Der ständige Ausschuß des Vereinstages deutscher Arbeitervereine an die geehrten Vereine!

P. P.

Das Ansinnen, welches der ständige Ausschuß verschiedenen Zeitungen zukommen ließ, die den Vereinstag betreffenden Bekanntmachungen, sowie die lithographirte Correspondenz des Herrn Bandow aufzunehmen, ist, wie Sie aus unserem letzten Cirkular ersehen, nur von einer geringen Anzahl von Blättern zustimmend beantwortet worden, zu welchen noch die Mitteldeutsche Volkszeitung (Leipzig), der Oberrheinische Kurier (Freiburg), der Mannheimer Anzeiger (jetzt Neue badische Landeszeitung) und der Mainzer Anzeiger seither getreten sind. Es ist dies leider ein Zeichen, daß die Presse den Bestrebungen der Arbeitervereine die Aufmerksamkeit noch nicht schenkt, welche dieselben verdienen. Unsere Bewegung kann aber die Unterstützung der Presse nicht entbehren und wir möchten ihre Vorstandschaft einladen, wo möglich dafür zu sorgen, daß die Tagesblätter im Ganzen mehr Notiz und Antheil an der Arbeiterbewegung nehmen, als wie bisher. Andererseits haben wir mit Bedauern wahrgenommen, daß die autographirte Correspondenz des Herrn Bandow von Seiten der Vereine g a n z ohne Unterstützung geblieben ist, so daß es Hrn. Bandow sogar unmöglich war, ein zweites Blatt herauszugeben. Da der Ausschuß durch diese Correspondenz den oben berührten Zweck, die Presse mehr auf unsere Bestrebungen aufmerksam zu machen, zu fördern bestimmt war, ja vielleicht das einzige wirksame Mittel hierzu ist, so möchten wir nochmals die dringende Einladung wiederholen, durch Mittheilung der wichtigen Vorkommnisse in Ihrem Verein oder in der Arbeiterwelt überhaupt Hrn. Bandow (Christinenstraße 25. Berlin) in Stand zu setzen, sein gewiß nützliches Unternehmen fortzusetzen.

In weiterer Erfüllung unserer Pflicht, die Ausführung der in Stuttgart gefaßten Beschlüsse bei Ihnen in Anregung zu bringen, machen wir Sie diesmal auf denjenigen aufmerksam, der das Coalitionsrecht betrifft. Es ist aber auf dem Arbeitertag schon ausgesprochen worden und wird gewiß von Jedem unter Ihnen anerkannt werden, daß das Coalitionsrecht ohne freie Bewegung, d. h. ohne ein durchaus freies Vereinsgesetz eine nur scheinbare Errungenschaft wäre. Die jüngsten Vorfälle in Frankreich, wo die Theilnehmer an einer Arbeitseinstellung zwar nicht wegen Coalition, wohl aber, weil sie in größerer Anzahl als 21 Mann zusammenkamen, verurtheilt wurden, haben dies bewiesen. Wenn wir Sie daher einladen, mit allen gesetzlichen Mitteln das Recht der freien Coalitionen anzustreben, bitten wir Sie, dabei ja nicht zu unterlassen, auch im Allgemeinen für ein besseres Vereinsgesetz zu agitiren. Jede polizeiliche Gründungserlaubniß, Beaufsichtigung oder Beschränkung, jede Unterscheidung zwischen politischen und anderen Vereinen muß fallen. Die Vereinsgesetzgebung ist ein treffendes Beispiel davon, wie schwer sich die socialen Fragen von den politischen trennen lassen. Die Agitation kann theils durch Petitionen, theils durch Einwirkung auf die Arbeiter geschehen, deren Pflicht es ist, je nach den bestehenden Gesetzen ihres Landes als Urwähler oder Wahlmänner an die Urne zu treten. Ein besseres, freisinniges Vereinsgesetz sei das Losungswort überall, wo der Arbeiter berufen ist, Vertrauensmänner des Volkes aufzustellen.

Eng verbunden mit dieser Angelegenheit ist die der rechtlichen Stellung der Genossenschaften. Auch hier empfehlen wir Ihnen, wo sich immer Gelegenheit bieten sollte, die regste Agitation. Der ständige Ausschuß hat die bayerischen Vereine zu einer ausführlichen Darstellung der diesfälligen Wünsche und Bedürfnisse an die Kammer veranlaßt. Auf Wunsch können Copien auch an andere Vereine geschickt werden.

Damit der Ausschuß seinerseits besonders in der Coalitionsfrage wirken kann, ersuchen wir die Vorstände sämmtlicher Vereine, sich die an ihrem Wohnorte bestehenden F a b r i k o r d n u n g e n, womöglich im Originale zu verschaffen, und Hrn. Bandow, der hierüber Bericht erstattet, unter obiger Adresse mitzutheilen.

Schließlich ersuchen wir alle Vereine, die noch mit ihrem Beitrag (1 Sgr. oder 3½ kr. per Mitglied) sowie mit Ausfüllung der statistischen Fragebogen im Rückstande sind, die Letzteren an den Vorsitzenden (Staudinger, Schneidermeister in Nürnberg) den Beitrag entweder an denselben oder an den Cassier Hrn. Sonnemann, Banquier in Frankfurt a. M., unverzüglich einzusenden.

Mit Gruß und Handschlag.

Nürnberg, den 1. April 1866.

P. Staudinger.

Fürth, 11. April. Nach einer längere Zeit fortgesetzten Besprechung über Frauenarbeit hat der hiesige Arbeiterverein durch Mehrheitsbeschluß über folgende Resolutionen sich geeinigt:

1) Es gibt keinen genügenden Grund, den weiblichen Theil des Menschengeschlechtes von der produktiven Thätigkeit auszuschließen.

2) Es ist sogar Pflicht der weiblichen Bevölkerung an der Erzeugung ökonomischer Werthe und folglich an der Vermehrung der allgemeinen Gütermasse nach Kräften mitzuwirken.

3) Die Staatsregierungen haben die Pflicht, nicht nur alle Beschränkungen zu beseitigen, welche der Frauenarbeit entgegenstehen, sondern auch für einen Unterricht zu sorgen, durch welchen die weibliche Jugend für eine produktive Berufsthätigkeit vorbereitet und ausgebildet werden kann.

4) Alle jene socialen Einrichtungen sind möglichst zu fördern, durch welche, wie z. B. durch Kindergärten, Speisegenossenschaften, Waschanstalten ꝛc. den Frauen die Führung ihres Haushalts erleichtert und die Betheiligung an einer produktiven Arbeit ermöglicht wird.

5) Es ist mit allen gesetzlichen Mitteln dahin zu wirken, daß auch Mädchen vor dem vierzehnten Lebensalter nicht durch Beschäftigung in Fabriken an dem Besuche der Schulen gehindert werden.

Dr. Landmann, Vorsitzender.

Coburg, 13. April. Der hiesige Arbeiterfortbildungsverein hat einen Aufruf an die Arbeiter hier im Lande ergehen lassen, zu einer am 17. dieses im hiesigen Rathhaussaale stattfindenden Versammlung, zum Zweck der Betreibung der R e f o r m unserer h i e r l ä n d i s c h e n W a h l g e s e t z g e b u n g im Sinne des allgemeinen, gleichen, directen Wahlrechts mit geheimer Abstimmung. Wir werden darüber, unter Mittheilung des klar und eindringlich gefaßten Aufrufs in unserer nächsten Nummer berichten.

B. **Berlin**, 10. April. Der Berliner Arbeiterverein darf wohl ohne Anmaßung behaupten, daß er jederzeit bestrebt gewesen ist, gegen die Mißbräuche und Beschränkungen zu Felde zu ziehen, unter denen die Arbeiter heute so vielfach noch zu leiden haben, und für die Gerechtsame einzutreten, die ihnen geschmälert oder ganz entzogen werden; ja er hat dies als die Hauptaufgabe seiner Existenz betrachtet. So entstanden die Anträge wegen des Coalitionsrechtes, wegen Gewerbefreiheit, Abschaffung der Arbeitsbücher, Paßreform, wegen des allgemeinen gleichen Wahlrechts

u. s. w. Das Resultat ist bekannt, bezüglich des Coalitionsrechtes hat die Staatsregierung eine dem Antrage günstige Vorlage gemacht, den Antrag wegen Paßreform hat das Abgeordnetenhaus einstimmig der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen und nunmehr ist auch dem Antrage wegen Aufhebung der Arbeitsbücher Seitens der Behörden Folge gegeben, **die Arbeitsbücher sind aufgehoben.** Nicht jedem Leser möchte die Bedeutsamkeit dieser Aufhebung klar sein, seien mir daher einige Worte über den Zweck der Arbeitsbücher in Preußen gestattet. — Jeder Handwerksgeselle und Gewerbegehülfe, welcher von außerhalb hier eintraf, war verpflichtet, sich bei der 5. Abtheilung des Polizei-Präsidii in dem Geschäftslokale, Poststraße Nr. 16, zur Empfangnahme einer Aufenthaltskarte, gegen Niederlegung seiner Reise-Documente, und wenn er hier Arbeit erhielt, zu Empfangnahme eines für die fernere Dauer seines hiesigen Aufenthaltes gültigen Arbeitsbuches melden. Dieses Arbeitsbuch hatte der Gehülfe beim Arbeitsantritt sogleich dem Arbeitsgeber auszuhändigen; kein Arbeitsgeber aber durfte den Gehülfen ohne dies wirklich annehmen. — Der Arbeitsgeber mußte darauf in dem Arbeitsbuche den Arbeitsantritt vermerken und dasselbe innerhalb 24 Stunden dem Revier-Polizei-Lieutenant vorlegen, nachdem er es aber bescheinigt zurückempfangen hatte, in Verwahrung nehmen. — Sobald der Arbeitsgehülfe sein Arbeitsverhältniß aufgab, hatte der Arbeitsgeber den Tag seines Austritts in dem Arbeitsbuche zu vermerken und dieses innerhalb 24 Stunden dem Revier-Polizei-Lieutenant vorzulegen, welcher dasselbe behielt. Hatte der Geselle innerhalb 3 Tagen nach seinem Austritt ein anderweites Arbeitsverhältniß gefunden, so mußte er hierüber eine von dem neuen Arbeitsgeber ausgestellte und amtlich attestirte Bescheinigung dem Polizei-Lieutenant, welcher sein Arbeitsbuch aufbewahrte, überbringen. Er erhielt dasselbe demnächst, nachdem es zu diesem Behufe visirt worden, zurück, um es dem neuen Arbeitsgeber zu übergeben, und dann wiederholte sich der oben angegebene Gang. — Erhielt ein Gehülfe innerhalb 3 Tagen keine neue Arbeit, so mußte er Berlin verlassen, und zu dem Ende sein Arbeitsbuch bei dem Polizei-Lieutenant, wo dasselbe deponirt war, zur Abreise visiren lassen, worauf er gegen Rückgabe des Arbeitsbuches bei der 5. Abtheilung des Polizei-Präsidiums seine dort asservirten Reise-Documente zurückempfing. — Dasselbe hatte der Gehülfe zu beobachten, wenn er aus andern Gründen Berlin verlassen wollte. — Ein Gehülfe, welcher binnen 3 Tagen, nachdem er arbeitslos geworden, sein Arbeitsbuch nicht zur Abreise visiren ließ, und Berlin nicht verließ, wurde zwangsweise fortgeschafft.

Wie viel Versäumniß an Zeit, wie viel Vergeudung an Arbeitskraft, wie viel Hemmniß im Erwerbe war also hier mit der Einrichtung der Arbeitsbücher verbunden? Nun, sie sind endlich beseitigt, ich meine aber, wenn dadurch viele Tausende von Arbeitern nicht unerheblich an Zeit und Geld ersparen, so sei man dem Berliner Arbeiterverein für seine Agitation in dieser Sache nicht einigen Dank schuldig.

Im Uebrigen war es in letzterer Zeit im Verein ziemlich ruhig. Die Hausbauangelegenheit geht sehr langsam vorwärts, aber sie steht doch nicht still. — Am 15. d. Mts. will der Verein eine größere Versammlung berufen, um eine Resolution in Bezug auf die gegenwärtige politische Lage zu fassen, am 16. soll eine Vereinsversammlung stattfinden, um über die Behandlung zu discutiren, welche der Vereinsantrag wegen des allgemeinen gleichen Wahlrechts in der Commission des Abgeordnetenhauses gefunden hat, resp. über die von dem Referenten, Abgeordneten Jung, vorgeschlagene Beschlußfassung. — In der gestrigen vierteljährlichen Generalversammlung gab der Vorsitzende ein Resumé der Thätigkeit des Vereins im ersten Quartal, d. h. es wurde der Kassenbericht erstattet, der eine Einnahme von 106 Thlr. 19 Sgr. 5 Pf., eine Ausgabe von 84 Thlr. 23 Sgr. 8 Pf. und einen Cassenbestand von 21 Thlr. 25 Sgr. 9 Pf. nachwies. — Der Vereins-, Spar- und Darlehnskasse gehören 62 Mitglieder an, das Vermögen in Documenten beträgt ca. 1700 Thlr., die Einnahmen im vorigen Quartal stellten sich auf 463 Thlr. 5 Sgr. 7 Pf., die Ausgaben auf 415 Thlr. 22 Sgr. 1 Pf., als Baarbestand verblieb die Summe von 47 Thlr. 13 Sgr. 6 Pf.

In den Städten Brandenburg und Cremmen haben sich neue Arbeitervereine gegründet. Seitens des Vorsitzenden des Berliner Vereins wird denselben eine eifrige Unterstützung mit Rath und That, es wird zu erwarten sein, ob die neuen Vereine neben den dort schon bestehenden Handwerkervereinen sich zu halten vermögen. Auch im Mecklenburgischen ist man rührig, man verlangt von dort her Statuten &c. um mit der Gründung von Vereinen vorzugehen.

Hier ist außer dem Maschinenbauerverein auch ein Schneidergesellenbildungsverein in's Leben getreten. Der Partikularismus macht sich überall geltend, warum nicht auch im Vereinsleben, dennoch wird derselbe hier nicht nachtheilig sein, da in allen bedeutenden Fragen die Berliner Arbeiter ganz bestimmt fest bei einander stehen werden.

Pforzheim, 9. April. Der Artikel in Nr. 171 „Pforzheim, 27. März, (Die Pharisäer und Schriftgelehrten)" enthält — neben anderen unwahren Behauptungen, auf die wir für jetzt nicht näher eingehen wollen — eine **absichtliche Lüge**; denn der Beschluß über das allgemeine direkte Wahlrecht wurde, wie der Verfasser schon aus den hiesigen Blättern wissen mußte, nicht in einer Sitzung des Vorstandes, sondern in einer Hauptversammlung des gesammten Vereines nach vorausgegangener öffentlicher Verkündigung und nach reiflicher Berathung, an der sich der Mehrzahl nach Arbeiter betheiligten, einstimmig gefaßt. Wir hoffen, die Redaktion wird in Zukunft ihr Blatt solchen Lügen nicht mehr öffnen.

Im Namen des Vorstandes:
Aug. Göbecke, Schriftführer.

(Die Redaction hat bei den ihr gewordenen bezüglichen Mittheilungen um so weniger an deren Glaubwürdigkeit zweifeln können als dieselben im Wesentlichen an die Erklärung der Herren Vorstände sich anschloßen und als schon in einer früheren Nummer (169, S. 962) dieses Blattes aus Pforzheim dieselbe, jetzt als Unwahrheit bezeichnete, Behauptung aufgestellt und doch in der jüngsten Vorstandserklärung in Nr. 170 d. Bl. nicht widersprochen worden ist. Ueber die Richtigkeit der Thatsachen können wir hier natürlich nicht urtheilen, sondern müssen glauben, was uns berichtet wird. Um nun aber zu wissen, ob etwa unser betreffender zweiter Correspondent auch in seinen noch **wichtigeren** anderen Behauptungen über die eigentliche Bedeutung der Pforzheimer Erklärung (Nr. 170 der Arb.-Ztg.) uns unrecht berichtet hat, sowohl was die **theoretische Billigung** des allgemeinen Wahlrechts und die **gleichzeitige Gegnerschaft** gegen dessen **praktische Erstrebung**, als was die übrigen Punkte betrifft, — wäre es uns erwünscht, darüber ebenfalls noch authentische Auskunft zu erlangen; da es uns lediglich darauf ankommt, in dieser principiell so wichtigen Sache, die **Wahrheit** zu erfahren, ohne Rücksicht darauf, wem sie angenehm ist. D. **Redaction**).

A. **Pforzheim**, 10. April. Der I. u. II. Vorsitzende des hiesigen Arbeiterbildungsvereins, sowie der Vorstand der Unterrichts-Commission haben in Folge der verläumderischen Angriffe von Seite des Hrn. M. Müller, die sich nirgends auf eine Thatsache stützen können, ihre Stellen im Vereine niedergelegt. Ebenso sind die **Lehrer**, welche bisher im Vereine Vorträge hielten oder Unterricht ertheilten, von dem Vereine zurückgetreten. (Wir möchten dies um so mehr bedauern, als damit die austretenden Lehrer den Schein auf sich laden könnten, als wollten sie durch einen solchen Schritt jede oppositionelle Regung im Verein für alle Zukunft einschüchtern und als jedenfalls die Entwicklung der Mitglieder zur Charaktertüchtigkeit, welche die Leiter sich zur Aufgabe gesetzt haben, dadurch nicht gefördert werden kann, daß wegen der, gleichviel ob gegründeten oder ungegründeten, auch nicht gegen die Lehrthätigkeit der Lehrer, sondern gegen die politisch-sociale Vereinsleitung **Eines** der Vorstände gerichteten Opposition Einzelner die **übrigen** Mitglieder durch Entziehung der Erziehung zu Wissen und Charakterstärke gestraft werden und daß so von den Leitern selbst ein **übelwirkendes Charakterbeispiel** gegeben würde. D. Red.).

Pforzheim, 9. April. Hiermit muß ich noch einmal um Entschuldigung bitten, daß sich meine versprochene Beilage hinausverzögert hat. Es hat diese Woche die sehr große **Volksversammlung** hier mich mit allen meinen Kräften in Anspruch genommen und dadurch auch mich in der Abfassung der versprochenen Beilage verzögert, so daß nun die Druckerei zu dieser Nummer das Beiblatt nicht mehr liefern kann. Die Erklärung der Volksversammlung, welche gewiß auch die Leser der Arbeiterzeitung interessirt, lege ich bei. (Siehe politische Umschau.)

Da meine versprochene Beilage über die Verhältnisse im hiesigen Arbeiterverein nicht 4 Seiten überschreiten soll, möchte ich in Bezug auf mich selbst hier nur noch eine Notiz für die Arbeiter vorausschicken, für diejenigen, die über meine Stellung zu ihnen etwa im Unklaren sein sollten.

Als seiner Zeit die hiesigen Fabrikanten sich mit den Arbeitern **vereinigten**, im Frühjahr und Herbst **längere Arbeitszeit** zu halten, es sind nun schon über 15 Jahre her, da habe ich diese Verlängerung der Arbeitszeit, obschon die Arbeiter damit zufrieden sind, doch nie mitgemacht, ich habe die abgekürzte Arbeitszeit bis jetzt beibehalten, trotzdem ich öfters darüber bespottet wurde, trotzdem es Fabriksordnung ist, trotzdem ich großen Schaden in der Conkurrenz und am Arbeitslohn habe (an letzterem allein über 1000 fl.), und trotzdem ich noch keinen Dank davon gehabt habe und überhaupt in den Arbeiterkreisen das ganz und gar nicht anerkannt wird. — Ich meine diese eine Thatsache könne schon genügen, diejenigen, die mich nicht kennen, darüber aufzuklären, ob ich Einer von denen bin, die es gut und aufrichtig mit den Arbeitern meinen. Also in nächster Nummer die Beilage.

Moritz Müller.

Politischer Theil.

Volksversammlungen!

Volksversammlungen vom Aufgang bis zum Niedergang, soweit die deutsche Zunge klingt! Aber nicht Volksversammlungen wie die zu **Stettin**, wo Herr **F. Duncker** wieder und wieder den „deutschen Beruf Preußens" in den Vordergrund schob und die Elbherzogthümer zu mausen erklärte, nur unter der Fahne eines liberalen Ministeriums! Solche Erklärungen verlacht der Mann an der Spitze des preußischen Kabinettes; darauf antwortet er höhnisch: Laßt euch die Herzogthümer nur nehmen, ein liberales Ministerium wird ja doch nicht ausbleiben, das mag den annektirten Bruderstamm alsdann beglücken! Sondern Volksversammlungen wie die zu **Alzei** in Rheinhessen, wo klarster Rheinwein eingeschenkt wurde und 5000 Männer in vier Sätzen das laut aussprachen, was alle ehrlichen Deutschen längst gedacht haben oder doch denken sollten.

Erklärung.

Alzey, am 8. April, von 5000 Männern angenommen.

1. Wir verdammen als rechtswidrig und undeutsch die Annexionspolitik des Herrn v. Bismarck, welche einzig die Schuld an der unheilvollen Lage des Vaterlandes trägt.

2. Wir verdammen die unausbleibliche Folge dieser abenteuernden Politik, das Hereinziehen des Auslandes in deutsche Angelegenheiten, als Landes- und Hochverrath.

3. Es ist die Pflicht des gesammten deutschen Volkes, dem herandrohenden Kriege zwischen den Häusern Hohenzollern und Habsburg mit dem allerentschiedensten Nein entgegenzutreten und die sofortige Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Elbherzogthümer gebieterisch zu fordern.

4. Es ist die Pflicht des Volkes in Preußen, dem verfassungs-, gesetz- und ehrverletzenden Treiben seiner Junkerregierung ein Ende zu machen.

Jede Sympathie mit irgend einem Zwecke dieser Regierung, jedes Eingehen auf vorgebliche Bundesreform, ist Verrath an der Freiheit und am deutschen Vaterlande."

Was wir brieflich von der Rede Dr. Grün's erfahren, welche wesentlich der Begründung obiger Erklärung gewidmet war, läßt uns den Wunsch ausdrücken, daß es dem Redner möglich sein möchte, seine „volksthümliche, zündende Rede" zu Papiere zu bringen, damit dieselbe als Flugblatt in zehntausend Exemplaren durch ganz Deutschland verbreitet werde und überall weiter „zünde", wie sie bei den wackern Rheinhessen „gezündet" hat.

Wir vernehmen vorläufig über die Begründung Folgendes:

Die **Rechtswidrigkeit** der Annexion wurde in humoristischer Weise dargethan. Der Berliner Junkerpolitik sei die Gesichtsrose im Schlosse zu Kopenhagen zu Hülfe gekommen. Nachdem die Rose abgeblüht war, zogen Preußen und Oesterreich über die Eider, den Rosenstock in Besitz zu nehmen. Hier brach nun eine neue Krankheit aus. Die anwesenden Landleute kennen sämmtlich den Düppelhaber, der ihre Ernten verkürzt; die jetzt ausbrechende Krankheit aber war der **Düppelschwindel**, der ganz Preußen ansteckte und selbst gesunde Naturen schwer heimsuchte. Oesterreich und Preußen ließen sich nun die Herzogthümer von Jemand abtreten, dem **sie nie gehört**

hatten, und nahmen sie dem weg, dem sie einzig gehörten, dem Volk in Schleswig-Holstein und in ganz Deutschland. Als Hohenzollern und Habsburg sie hatten, geriethen sie sich unter einander in die Haare und jetzt rufen sie uns herbei, daß wir uns mit schlagen sollen.

Hierauf kam die Undeutschheit der Annexionspolitik, ein wahrhaft drastisches Bild oder vielmehr Doppelbild von französischer Centralisation und germanischer Föderation. Jeder Bauer verstand den Einheitsstaat mit seinen zwei Instrumenten in der Hauptstadt: Ein Telegraphenknopf dient dazu, allen Provinzen und Gemeinden anzukündigen, daß sie wieder einmal glücklich gemacht worden seien, durch eine Revolution oder durch einen Staatsstreich. Eine Schraube ohne Ende, die durch Rock, Kamisol, Hemd und Haut geht, zeigt den Gemeinden und Provinzen an, was das neue Glück kostet. Diese Schraube kennt Ihr hier zu Lande nicht, sie heißt die Steuer (Lachende Rufe: doch, doch!) Der Einheitsstaat fordert von seinen Unterthanen nur die Söhne und das Geld, Intelligenz und Bildung gibt er ihnen nicht (Dauernder Zuruf!) Im wahrhaft germanischen Staate sitzt die Freiheit allenthalben, die Einheit nur im Allernothwendigsten; jeder Bürger muß die lebendige Republik sein (Großer Beifall.)

Herr v. Bismarck aber kann uns nicht einmal den geknechteten Einheitsstaat geben; seine Fangarme reichen nur bis an den Main; der unbescheidenste aller Sterblichen ist so bescheiden, daß er sich mit dem norddeutschen borussischen Kaiserreich begnügt. Er zerreißt Deutschland in zwei Hälften; glaubt Ihr, daß zwei Halbe immer ein Ganzes ausmachen? In der Politik sicherlich nicht! Er zerreißt Deutschland aber nicht nur in zwei Hälften, sondern er verstümmelt und beknappt uns Deutschland. Entweder gibt Oesterreich den Rhein auf, oder Bismarck gibt den schwarzen Diamanten, die Kohlen des Saarbeckens und besonders, was ihm nicht gehört, dieses gesegnete Land mit seinen reichen Fluren, seinen wackern Männern, seiner Sprache und Kultur, an die Fremden. Wollt Ihr Franzosen werden? (Donnerndes Nein!) Einmal konnten Euch die Franzosen etwas schenken, die Gleichheit vor dem Gesetz und die Gleichstellung eines ganzen Volksstammes, der Juden. Das jetzige Frankreich hat keine Gedanken mehr, es ist arm in Kopf und Herzen, arm wie Hiob, voller Schwären, durch jene endlose Schraube hervorgebracht (Ungeheuerer Beifall.)

Folgte der Protest aller Deutschen gegen den k. k. Krieg, zwischen zwei Potentaten geführt, den das deutsche Volk nicht dulden dürfe. Wir sind diesen Protest unsern Brüdern zwischen Elbe und Königsau schuldig, wie lindernder Balsam muß er auf die Wunden der wackersten aller Patrioten niederträufeln, daß sie stark und muthig bleiben im Kampfe für unser aller Recht, unsere Freiheit und Einheit (Großer Beifall.) Käme es aber zum Kriege, so muß das eigentliche Deutschland in festgeschlossenen Reihen mit derjenigen Großmacht gehen, welche sich rücksichtslos auf den Bundesstandpunkt stellt und die andere Großmacht muß gerade so executirt werden wie die Dänen es wurden. Eine solche Stellung kann uns noch in letzter Stunde vor dem Kriege bewahren; das Ausland aber wird sich unter allen Umständen hüten, sich in innere deutsche Händel zu mischen. Jena und Olmütz zusammen über den Bundbrüchigen!

Endlich kam die Reihe an das Volk in Preußen. Dieses Volk kann und darf nicht Alles sagen; deshalb müssen wir für dasselbe sprechen. Dieses Volk will aber auch vielfach nicht das Letzte und Beste sagen, deshalb müssen wir den Halben und Lauen ankündigen, welches die Bedingungen unserer Bundesbrüderschaft sind. Kein Vertrag mit den Annexionssüchtigen, kein Vertrag mit solchen, die normalweise die Unthaten des Herrn v. Bismarck auszunützen suchen! Verwerfung jeder Bundesreform, die von den Junkern in tausend Nöthen ausgeht! Ein Bismarckisches Parlament! (Lautes Gelächter.) Ein Parlament, das behandelt werden soll, wie das preußische! Eine geschenkte Freiheit? Die Freiheit will erobert, erarbeitet, verdient sein! Wir bekommen die Freiheit und das Parlament um so eher, je kräftiger wir die Bismarckische Mausefalle mit dem Fuß zurücktreten. (Bravo.)

Der Schluß der Rede wirkte wahrhaft erhebend. Deutsche Männer, unter freiem Himmel, auf dem Malberge versammelt, sprechen ihre Meinung aus über des Vaterlandes Lage und Gefahr. Ihr waret heute Ein Herz und Ein Ohr, so erhebt jetzt einmüthig die Hände und macht die Erklärung, welche Ihr kennt, zu der Eurigen! Dieses fliegende Blatt mit Eurem Entschluß werden die Winde als Boten über Deutschland verstreuen und vor der Einmüthigkeit des deutschen Volkes werden sich selbst die Mächtigsten beugen.

Zehntausend Hände in der Luft gaben die Antwort.

Also Preußen, d. h. Graf Bismarck hat beim Bundestag den Antrag eingebracht:

„Hohe Bundesversammlung wolle beschließen:

eine aus directen Wahlen und allgemeinem Stimmrecht der ganzen Nation hervorgehende Versammlung für einen noch näher zu bestimmenden Tag einzuberufen, um die Vorlagen der deutschen Regierungen über eine Reform der Bundesverfassung entgegenzunehmen und zu berathen;

in der Zwischenzeit aber, bis zum Zusammentritt derselben, durch Verständigung der Regierungen unter einander diese Vorlagen festzustellen."

In der Neujahrsnacht pflegt bekanntlich das vorwitzige Menschenvolk außer der beliebten Bleigießerei auch sonstigen Hokuspokus zu treiben, um wenn auch nur den Zipfel des Schleiers zu lüften, welchen das anrückende Jahr vor seinem Antlitz trägt. Wenn nun in der letzten Neujahrsnacht Jemand, eines prophetischen Geistes sich rühmend, aufgestanden wäre und folgenden Spruch verkündet hätte: „Jahr 1866, du wirst ein Wunder bringen, und es wird geschehen, was noch niemals dagewesen ist. Ehe noch der Mond seinen Marsch viermal um die Erde gemacht haben wird, Amen, das ist gewißlich wahr, wird Hr. v. Bismarck, der Junker aller Junker, der Spötter alles Volksrechts, die Säule der Reaktion, Geißel der Fortschrittspartei, der böse Geist Schleswig-Holsteins, der vielgetreue Knecht Fridolin im Dienste des königl. preußischen Absolutismus, der Mann, in dessen Ohr das Wort vom deutschen Vaterland stets nur ein Ammenmärchen gewesen ist, wie gesagt also: ehe noch der Mond viermal die Erde umkreist, wird Bismarck beim deutschen Bunde ein deutsches Parlament beantragt haben, hervorgegangen aus dem allgemeinen Stimmrecht, mit direkter Wahl und geheimer Abstimmung". Wenn ein Prophet in der letzten Neujahrsnacht sich also hätte vernehmen lassen, die große Mehrzahl seiner Hörer würde ungläubig das Haupt geschüttelt und so was von unverschämtem Schwindel in den Bart gemurmelt haben. Andere aber hätten wohl gar dem Propheten unwillig den Rücken gewandt mit dem stillen Gedanken im Herzen: Der Kerl ist besoffen.

Nun aber ist nicht nur das vorhin erwähnte Wunder wirklich und wahrhaftig geschehen, sondern auch das noch viel bessere Wunder, daß die Masse unseres deutschen Volks sich diesen Berliner Sand nicht in die Augen streuen läßt, vielmehr die seltsame Botschaft mit Nüchternheit und wohlberechtigter Kälte entgegennimmt.

Wie ganz anders war es doch im März 1848, als Friedrich Bassermann sein Wort vom deutschen Parlament in's deutsche Volk warf! Bassermann's Wort ward wie ein Zunder, wie ein elektrischer Strom, der die ganze Nation deutscher Zunge durchglühte und in helle Flammen setzte. Ein altes gutes römisches Sprichwort sagt: Wenn Zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe. Bassermann's Name hatte im März 1848 noch einen Kredit, der überall auf deutscher Erde noch offene Ohren und offene Herzen fand. Und welchen Kredit hat der Name Bismarck im April 1866? Die kalte Aufnahme, welche der Antrag des edlen Grafen gefunden hat, möge antworten.

Das deutsche Volk müßte ja noch dummer sein als dumm, wenn es sich durch diesen jüngst ihm hingeworfenen Köder locken und blenden ließe. Jeder mit 5 gesunden Sinnen begabte Mensch weiß, daß der Antrag Bismarck's ein Kind der Verlegenheit ist, nichts weiter. Als das alte preußische Hausmittel „Prahlerei mit angemessener Drohung" nicht mehr verfangen wollte, war es mit dem Latein des edlen Grafen plötzlich zu Ende. Das preußische Rundschreiben an die deutschen Regierungen war ein Schreckschuß, der eine ganz andere Wirkung hatte als die erwartete. Die deutschen Regierungen, statt sich zu biegen und zu schmiegen, machten Front gegen Berlin. Oesterreich hinter ihnen. Bayern erläßt an Wien und Berlin eine Note voll Nachdruck und Selbstbewußtsein. Graf Bismarck, sonst hoch zu Roß, steigt plötzlich herab und spielt wider Willen die Rolle des Magisters in tausend Aengsten. Schlauheit, verlaß mich nicht! Zeit gewonnen, Alles gewonnen. Also: Deutsches Parlament mit der Aufgabe, den Bund zu reformiren, d. h. den Stall des wohlbekannten Augias zu reinigen.

Ein Verdienst wenigstens hat das preußische Rundschreiben und der Bismarck'sche Antrag gehabt. Es geht wieder wie ein frischer Odem durch die deutsche Welt, eine frische Brise kräuselt die Wasserfläche, die lange genug ohne Regung und Bewegung gewesen ist. Das Volk hat sich wieder hie und dort massenhaft versammelt, um die Gefahren des Augenblicks zu erwägen und zu gemeinschaftlichem Widerstand sich zu kräftigen. Es sei hier nur der Versammlung gedacht, die am 8. April in dem hessischen Städtchen Alzey gehalten wurde. (Siehe Artikel: Volksversammlung).

Das in unserer letzten Nummer angedeutete politische Schachspiel zwischen **Oesterreich** und **Preußen** ist also um ein paar weitere Züge vorgeschritten, der einen Augenblick gefährdete „Springer", in seinen Zügen unberechenbar wie er ist, hat übre alles hinweggesetzt auf das Parlamentsfeld, mit allgemeinem directen Wahlrecht. Damit hofft er, wenn es gelänge, die Annexion von Norddeutschland, unter der „diplomatischen, militärischen und maritimen Führung Preußens", durchzusetzen und schließlich Oesterreich doch zum Krieg, der für ihn und seine Partei nöthig ist, und zwar zum ersten Angriff zu zwingen. Daß diese Absicht im Hintergrund steht, darauf deuten die fortgesetzten Rüstungen Preußens und daneben u. a. die Aussendung preußischer Spione in die österreichischen Festungen, von denen einer, der Generalstabsoberstlieutenant Graf Waldersee, jüngst in Prag, mit dem heimlich aufgenommenen Festungsplan mit drei verschiedenen Paßkarten in der Tasche arretirt und ein anderer, ein Major, als Handwerker verkleidet, in der Festung Josephstadt festgenommen worden ist. — Nachdem auf die letzte Friedensnote Oesterreichs Graf Bismarck mit dem Doppelzug der Bundesreform und einer Note vom 5. April geantwortet hat, in der er die gleich friedlichen Gesinnungen des Königs versichert, Oesterreich aber von neuem der vorausgegangenen, auf Angriff berechneten Rüstungen beschuldigt hat, ist von Oesterreich am 7. April schon wieder mit einer scharfen Antwort erwidert worden, in welcher dem Grafen Bismarck sein herausforderndes Verhalten und seine geheimen Unterhandlungen mit Italien vorgehalten werden und ihm nachgewiesen wird, daß sein Verhalten Oesterreich zu Vertheidigungsmaßregeln gezwungen habe, zugleich aber die endliche Einstellung der preußischen Rüstungen verlangt wird. Darauf am 11. April schon wieder eine erbitterte preußische Erwiderungsnote: in der Preußen die österreichische Forderung der Rüstungseinstellung zurückweist, und keck darauf beharrt, daß seine Rüstungen nur zur Vertheidigung, die österreichischen aber zum Angriff bestimmt seien. Was Oesterreich nun thun wird, müssen die nächsten Zeitungen bringen. Der gleichzeitige Bundesreformantrag hat absichtlich die Lage nur weiter verwickelt. Oesterreich wird, wie berichtet wird, dem preußischen Parlamentsantrag sich nicht widersetzen, wohl aber der Ausschließung der österreichischen Landestheile und Vereinigung Norddeutschlands unter Preußen, der die Vereinigung Süddeutschlands unter Bayern, nach dem Plane Bismarcks entsprechen soll. Was derselbe mit dem Parlament und allgemeinen Wahlrecht vor hat, das verrathen einzelne Zeitungsberichte bereits. Das Wahlrecht, das active, soll allerdings allgemein und direct sein, das passive aber auf den Wahlkreis beschränkt werden, so daß jeder Abgeordneter aus seinem Wahlkreis gewählt werden muß, wodurch natürlich viele der tüchtigsten Kräfte ausgeschlossen würden, auch soll beabsichtigt sein, den Abgeordneten keine Diäten zu gewähren, wodurch abermals einer großen Anzahl die Annahme unmöglich gemacht würde. In der Motivirung zu dem Parlamentsvorschlag betont Bismarck ganz besonders die Reform der Militärverfassung des Bundes (natürlich nicht im Sinne der allgemeinen Volksbewaffnung) und die Beschränkung der Thätigkeit des Parlaments auf bestimmte „praktisch nothwendige" Vorlagen. Das Parlament soll also kein constituirendes sein und die bereitwillige Annahme der demselben zu machenden Vorlagen soll, wie ein Correspondent der Kölnischen Zeitung ausplaudert, „durch geeignete militärische Aufstellungen unterstützt werden". Daraus erklärt sich's, wie Springer Bismarck in der Motivirung zu seinem Parlamentsvorschlag das allgemeine Wahlrecht als dem conservativen Princip am meisten förderlich bezeichnen kann. Es soll in's Französische seines Meisters Napoleon übersetzt werden. Einstweilen nehmen wir in unserem Sinne Act von der Anerkennung des allgemeinen Wahlrechts auch von dieser Seite. Die Agitation dafür war also doch nicht so unnütz als manche haben glauben machen wollen.

Das „Coburger Tagblatt" macht aufmerksam auf den letzten Beschluß des nur vertagten und nicht aufgelösten

letzten deutschen Parlaments, an den erst jüngst in den Zeitungen ein Parlamentsmitglied erinnert hat, wonach der letzte Präsident desselben Hr. Löwe von Calbe, ermächtigt ist, jeder Zeit und nach jeden Ort das Parlament wieder einzuberufen. Lebt in den alten Parlamentsmitgliedern noch Mannesmuth und ist, wie das Cob. Tagblatt bemerkt, der letzte Präsident ein deutscher Löwe und kein frommes hohenzollern'sches Hausthier geworden, so müßte er sich verpflichtet halten, jetzt zu decretiren: „in Erwägung, daß von allen Seiten, von der deutschen Nation, wie von den Regierungen, von Oesterreich, wie soeben wieder von Preußen, das deutsche Parlament als unabweisbares Bedürfniß und Nothwendigkeit erkannt wird, erscheint endlich der Zeitpunkt gekommen, das nur vertagte letzte deutsche Parlament wieder einzuberufen und wird dasselbe hiermit auf den 1. Mai d. J. nach Frankfurt a/M. einberufen. Mit einem kleinen wenig Courage, die man zu Allem haben muß, könnte die Sache unter den jetzigen Verhältnissen, bei der herrschenden Stimmung zumal in Süddeutschland, gar sehr ernsthaft werden und der Fastnachtsscherz des Bismarck'schen Parlaments sehr rasch dahinter verschwinden.

Frankfurt, 8. April. Der Sechsunddreißiger Ausschuß hat die Veröffentlichung folgender Erklärung beschlossen:

1) Drohend steht vor Deutschland die Gefahr eines Bürgerkriegs, der Einmischung des Auslandes, des Untergangs der bürgerlichen Freiheit und des Wohlstandes.

2) Das rechtswidrige Verfügen beider deutscher Großmächte über die von dänischer Herrschaft befreiten Herzogthümer wie über eine Kriegsbeute, die offenkundigen Pläne gewaltsamer Annexion bei der preußischen Regierung, die Schwäche fast aller übrigen deutschen Regierungen, und eine Bundesverfassung, welche das deutsche Volk von der Leitung seiner Geschicke vollständig ausschließt, führen Verwirrung und Verderben über Deutschland herauf.

3) Der entschiedenste, den deutschen Bürgerkrieg verdammende Protest sei die Antwort auf ein jedes friedensstörendes Beginnen. Schon haben sich in einzelnen preußischen und andern Städten laute Stimmen gegen die Gefahren einer verderblichen Kabinetspolitik erhoben. Will aber das deutsche Volk sich nicht zum Mitschuldigen machen an dem nationalen Unglück, so muß es aller Orten so vernehmlich und kräftig seine Meinung und seinen Willen kundgeben, daß die Räthe und auch die Träger der Kronen sie nicht überhören können.

4) Eine vollständige Umgestaltung der deutschen Verfassung ist nothwendig, wollen wir für die Zukunft den Jammer und die Gefahren der jetzigen Zustände beseitigen. Jeder Regierung aber, welche das Recht des eigenen Landes nicht achtend, mit Plänen einer Bundesreform hervortritt etwa in der Absicht, Bundesgenossen in einem Bürgerkriege zu werben, fehlt mit dem Vertrauen des eigenen und des deutschen Volkes die Gewähr für das Gelingen des großen nationalen Einigungswerkes.

Frankfurt a. M., 7. April 1866.

Der Ausschuß der Versammlung von Mitgliedern deutscher Landesvertretungen.

Leider ist in dieser Erklärung dem annexionssüchtigen Preußenthum wieder nachgegeben. Indem man nur die „gewaltsamen" Annexion zurückweist, genehmigt man stillschweigend die nicht minder gefährliche, versteckte, verschämte Annexion, den diplomatischen, militärischen und maritimen „Anschluß" Schleswig-Holsteins. Diese, wie wir hören, nicht ohne Schwierigkeit zu Stande gekommene Erklärung beweist von Neuem die Unmöglichkeit eines irgend erfolgreichen Zusammenwirkens verschiedenartiger politischer Parteielemente in Zeiten, in denen eben nicht die Compromisse, sondern der energische Austrag großer Principien die Aufgabe ist. Die nach allen Seiten Rechnung tragenden Kundgebungen sind dann eben so viel Schläge in's kalte Wasser, befriedigen Niemanden und discreditiren das Ansehen derer, von denen sie ausgehen. — Wie sticht dagegen die oben mitgetheilte bündige Erklärung der Versammlung in Alzey ab!

Von Volksversammlungen gegen den Krieg sind aus der letzten Woche die sehr zahlreich besuchten in Hannover, Nürnberg und Pforzheim, neben der in Alzey zu erwähnen. Ueber die Versammlung aus Pforzheim wird uns Folgendes mitgetheilt.

Pforzheim, 8. April. Die hier stattgefundene große Volksversammlung hat folgende Erklärung beschlossen:

Die Volksversammlung in Pforzheim erklärt:

„Wir verabscheuen den im Augenblick drohenden Bruderkrieg um so mehr, da er nur dynastischen Zwecken dienen würde. Wir wollen die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage nur unter Mitwirkung des schleswig-holsteinischen Volkes und mit ausdrücklicher Wahrung der deutschen Interessen. Wir fordern alle Deutschen, namentlich das deutsche Volk auf, im gleichen Sinne die Stimme zu erheben und zur Sicherstellung und Förderung unserer vaterländischen Angelegenheiten auf die Berufung eines deutschen freigewählten Parlaments zu dringen."

Berlin. In der gestern Abend in der Tonhalle abgehaltenen Versammlung der Berliner Mitglieder des Nationalvereins wurde unter dem Präsidium des Abgeordneten v. Hennig die folgende Resolution, zu deren Unterstützung die Abgeordneten Duncker und Schulze-Delitzsch sprachen, einstimmig angenommen:

„Die gefährlichen Verwicklungen, welche Deutschland in einen neuen Krieg zu stürzen drohen, legen mehr als je die Unhaltbarkeit der deutschen Bundesverfassung vor den Augen Europas blos. Die wiederholten, aber fruchtlosen Bemühungen der deutschen Regierungen für Bundesreform geben ein weiteres Zeugniß, wie dringend geboten im Interesse Deutschlands die Bestrebungen des Nationalvereins sind, und wie berechtigt das Ziel ist, dessen Erreichung er sich zur Aufgabe gestellt hat. Die Berliner Mitglieder beharren deshalb auch unter den heutigen schwierigen Verhältnissen bei ihrem Programme (der preußischen Spitze. Die Redaction) und sehen in den drohenden Gefahren nur eine Aufforderung zu noch größerer und energischerer Thätigkeit für die Zwecke des Vereins. Im Hinblick auf die gegenwärtigen Wirren sprechen sie wiederholt ihre Ueberzeugung aus, daß der militärische und maritime Anschluß Schleswig-Holsteins als berechtigter Anspruch Preußens festzuhalten sei, daß aber die gewaltsame Annexion der Herzogthümer über diese in den deutschen Beruf begründeten Ansprüche hinausgehen und Preußen mit der Verantwortlichkeit für den drohenden Krieg und die Einmischung fremder Mächte belasten würde. In Bezug auf den gegenwärtigen Antrag Preußens auf Bundesreform, erklären die Berliner Mitglieder des Nationalvereins, daß eine solche nur unter einer Staatsleitung zum Ziel geführt werden kann, welche sich zur ersten und unerläßlichen Aufgabe setzt, das verfassungsmäßige Recht des eigenen Landes unbestritten in volle Geltung zu setzen, wie den Ausbau der Freiheit zu vollenden, weil nur in der Lösung der Volkskraft von dem Bande des innern Conflikts Preußen die Kraft gewinnt, seine große geschichtliche Aufgabe, die Einigung Deutschlands in Kraft und Freiheit zur eigenen Ehre und zum Wohle des gesammten Vaterlandes durchzuführen." —

Von der großen geschichtlichen Aufgabe Preußens für Deutschland ist schon sehr viel gesprochen worden. Wie sie Graf Bismarck, getreu dem altpreußischen, altfritzischen Geiste, und der traditionellen Politik der Hohenzollern, die stets nur zum Schaden Deutschlands gereicht hat, auffaßt, sehen wir eben jetzt wieder, daß dies unter einem liberalen Ministerium viel anders werden würde, halten wir gerade für eine volle Illusion, seit wir das Verhalten der preußischen Fortschrittspartei zum Annexionsschwindel, unter anderem z. B. im grellsten Lichte in der Lauenburger Debatte kennen gelernt haben. Wir halten aber auch in Preußen, welches ein Regiment Bismarck erträgt, so lange erträgt, und so lange das Haus Hohenzollern existirt, eine wirklich liberale Regierung überhaupt für eine Illusion und können einen solchen Staat, der von Jahrzehent zu Jahrzehent, nach den schwächsten liberalen Anwandlungen in das abscheulichste Reactionsfieber verfällt, nicht für befähigt halten, die Führung eines großen Kulturvolkes, wie das deutsche zu übernehmen. — Welch' himmelweiter Unterschied diese **Berliner** Resolutionen und die in **Alzey**?

„Bemerkenswerth sind", sagt das „Coburger Tagblatt" — die jüngsten Resolutionen der Berliner Nationalvereins-Mitglieder, welche gegen den Krieg und nur gegen die gewaltsame Annexion Schleswig-Holsteins sich richten, aber für die verschämte Annexion, durch den „militärischen und maritimen Anschluß" werben, getreu der Doctorin der „preußischen Spitze", wonach es ein deutscher Machtzuwachs sein soll, wenn Preußen diesen Anschluß erreicht, was also thatsächlich ganz im Einklang steht mit dem, auf die militärische, diplomatische und maritime Führung Deutschlands durch Preußen bis zur Mainlinie abzielenden Bismarck'schen Bundesreformproject.

Der „Nürnberger Anzeiger" macht darauf aufmerksam, daß man von Seiten der Fortschrittspartei in Berlin gleichzeitig die Vereine in Schleswig-Holstein an Kundgebungen gegen Preußen für den Kriegsfall mit Aufbietung aller Mittel verhindert habe. Der Teufel der Annexion, der offenen oder der versteckten, steckt nun einmal in vielen preußischen Liberalen, die vor allem erst Preußen sind und Deutschland nur als Unterfutter für Preußen betrachten.

In **England** schwillt die Wahlreformbewegung immer mächtiger an; die gegnerischen Parlamentsmitglieder erhalten die empfindlichsten Mißtrauensvoten; man erkennt nicht, daß die Russell-Gladstonesche Reformbill noch so sehr unvollkommen ist, aber man erkennt auch an, daß sie „ehrlich" ist und der Widerstand der Gegner unehrlich; das schlägt in allen Meetings durch. Ein tröstlicher Beweis, daß, während in der heute noch herrschenden Diplomatie und Cabinetspolitik nur die Unehrlichkeit Erfolg verspricht, — bei dem Volke allerwärts der mit Verstand gepaarten Ehrlichkeit die Zukunft gehört.

Druckfehlerberichtigung.

In Nr. 171 d. Bl. S. 977, 3. Spalte, in dem Artikel Pforzheim, Zeile 25 v. u. heißt es: „und geben hierbei jede Gelegenheit ꝛc." statt: „und geben sie bei jeder Gelegenheit ꝛc."

Briefkasten.

Den Cigarrenarbeiterverein in Rheinfelden ersuchen wir die Arbeiterzeitung bei dortigem Postamt zu bestellen, wodurch der Bezug billiger zu stehen kommt.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert in Coburg.

Vierter Jahrgang.

Nr. 173.

Coburg.

Sonntag, 22. April 1866.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Organ der deutschen Arbeiterbildungsvereine.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 8. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die **Bildung** bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

Vereinsangelegenheiten.

Saalfeld i/Th., 15. April. Der Arbeiterbildungsverein in Saalfeld erklärt sich ganz einverstanden mit dem Sinne des Circulars vom ständigen Ausschuß, das allgemeine und directe Wahlrecht betreffend. Wir glauben: so gut wie man den Arbeiter nöthig hat, um die Staatskasse zu füllen, man ihn auch nicht entbehren darf, wenn es gilt, seine Stelle als Staatsbürger einzunehmen; folglich ihm durch Bewilligung des allgemeinen und directen Wahlrechtes nur **Recht**, — durchaus aber keine Gunst oder Vorrecht verleiht. — Jedes Bestreben einer despotischen Regierung, uns unsere Rechte vorzuenthalten, wird nutzlos erscheinen, indem der Zeitpunkt gekommen ist, wo wir auch ernten wollen, was wir säeten; und — möge diese Frucht wieder kräftig und schön aus der alten, deutschen Heldenasche emporsprießen und zu einem Baume werden, der mit seinen starken Aesten Tausende und Abertausende beschattet und beschirmt!

Stuttgart im April. In Nr. 171 dieses Blattes, den Artikel aus Stuttgart betreffend, in welchem Hr. Pfeiffer mit seinen guten Absichten nur verdächtigt wird*), einiges zur Erwiderung. Die Selbsthülfe, die dem Arbeiter immer gepredigt wird, ist eine schöne Sache, wenn sich aber besitzende Klassen herbeilassen, für einen bestimmten Zweck Mittel zu gewähren, sollte der Verein dasselbe nicht mit Dank annehmen? Der Stuttgarter Verein ist in Hinsicht eines geeigneten Lokals für Vorträge und Unterricht ungemein beschränkt, ein Eigenthum wäre sehr erwünscht, aber woher die Mittel nehmen, die Mitglieder steuern freiwillig schon Monate lang von ihrem geringen Verdienst dazu bei, aber auf wie lange wird da die Hoffnung hinaus geschoben; durch alleinige Steuer der Mitglieder wäre nie Aussicht vorhanden, zu einem dem Zweck entsprechenden Eigenthum zu gelangen. Nachdem jetzt auf Anregung eines Einzelnen sich eine Anzahl Männer herbeigelassen, durch freiwillige Beiträge die Sache zu unterstützen, sieht der „Beobachter" Gespenster und meint, die Arbeiter lassen sich durch solches Entgegenkommen kirre machen und lassen sich durch solche Gnadenakte binden, nein sag ich, die Arbeiter werden ihre Selbstständigkeit zu wahren wissen, sie lassen sich nicht durch solches Entgegenkommen blenden, sondern sehen die Unterstützung von jener Seite als eine Pflicht an, welche die besitzende Klasse gegenüber dem Arbeiterstande zu thun schuldig ist.

Der Beobachter hat nur durch sein Raisonnement diejenigen Herrn, die für dem Arbeiterstand nichts thun wollen, ein Mittel gezeigt, um sich zurückziehen zu können. Wenn in dieser Weise für den Arbeiter etwas gethan wird, daß demselben passende Räume geschaffen werden, wo er nach des Tages Mühe einen guten Vortrag hören und durch lehrreiche Lectüre sich unterhalten kann, so wird der Einfluß in sittlicher und moralischer Hinsicht nicht zu verkennen sei.

Haben doch die Herren ihre Museen, wo die Geselligkeit gepflegt wird, um so wichtiger sind solche Lokale für den Arbeiter. Solche Lokale sich aber selbst zu schaffen, sind die Mittel nicht ausreichend, deshalb sind wir den Männern dankbar, die keine Mühe in dieser Hinsicht scheuen, aber nicht verpflichtet.

Ein Arbeiter.

*) Das war nach der Wortfassung des lediglich referirenden Artikels, bei der gleichzeitigen Anerkennung des **aufrichtigen** Strebens des Hrn. E. Pfeiffer offenbar **nicht** die Tendenz jenes Artikels. Der „Beobachter" richtete sich aber auch, wie jener Artikel berichtet hat, nicht sowohl gegen den Beitrag für das Vereinshaus des Arbeitervereins in Stuttgart, als gegen die keine Garantien bietenden Grundlagen des neuen Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen. Und darin hat er gewiß Recht, wenn er sich auch vielleicht etwas derb ausgedrückt hat. Es ist gewiß im höchsten Grade anzuerkennen, wenn die höheren Classen endlich der richtigen Erkenntniß über die socialen Fragen sich erschließen und demgemäß handeln. Wir sind dies leider aber bisher aus diesen Kreisen nicht gewohnt und es darf uns deßhalb nicht verargt werden, wenn wir dabei nach Garantien uns umsehen. Acte der Generosität und Wohlthätigkeit solche nicht. Die arbeitenden Klassen mit ihren gedrückten Zuständen, sind keine Bettler, denen man in Anwendung einer guten Laune ab und zu oder auch regelmäßig ein Almosen in irgend einer Form reicht, das wäre eine Entwürdigung. Die arbeitenden Classen sind in so gedrückte Lage gekommen, durch die Bevorzugung der höheren Classen, durch die Ungleichheit und Ungerechtigkeit der Gesetzgebung zu deren Gunsten, deren Folgen durch die zunehmenden Fortschritte der Kultur allmälig immer mehr blosgelegt werden. Garantien ihrer rechten Erkenntniß können uns diese Classen also nicht durch Acte der Wohlthätigkeit geben, sondern nur durch Ermöglichung einer besseren Gesetzgebung, also durch Mitwirkung für eine vernünftige Socialgesetzgebung und zu diesem Ende durch Gewährung des „allgemeinen Stimmrechts". Wenn wir also mit den höheren Classen in Vereinen socialer Natur zusammenwirken, so müssen wir uns vor allem nach **solchen** Garantien umsehen und dürfen uns, ohne gleichzeitige Bürgschaft des guten Willens und der Beihülfe in **dieser** Hinsicht, — auf Verbindungen zu bloßen Wohlthätigkeitszwecken, die schon auf einer ganz verkehrten Grundlage der Auffassung beruhen, nicht einlassen; sonst laufen wir Gefahr, in die verderblichsten **Halbheiten** und **Scheinreformen**, die nur auf **Beschwichtigung** und nicht auf **Beseitigung** der **Ursachen** des **Uebels** abzielen, im Handumwenden, wenn auch erst ganz unmerklich aber um so sicherer verwickelt zu werden. Also so Unrecht hat der scharf Wache haltende „Beobachter" im Princip gewiß nicht. Wir empfehlen hierfür Eurer ganz besonderen Aufmerksamkeit den Aufsatz unseres Freundes **Dr. A. Lange** über „**Staatshülfe**", den unsere heutige und nächste Nummer bringt. **D. Red.**

Eßlingen, 16. April. Am letzten Samstag fand eine erhebende Abschiedsfeier in unserem Verein statt, der nun über 400 Mitglieder zählt; dem **Gründer und mehrjährigen Vorstand, Herrn A. Hochberger**, welcher diese Woche nach Stuttgart übersiedelt, wurde eine wohlverdiente Aufmerksamkeit bereitet. Es wurde nämlich demselben ein schönes Andenken überreicht und er zugleich als Ehrenmitglied des Vereins aufgenommen. Die Worte, welche der Gefeierte an die zahlreiche Versammlung über die Lage Deutschlands und die Hoffnung der Arbeiter richtete, machten einen sichtlichen Eindruck. — Wir verlieren durch den Wegzug dieses ächt deutschen Biedermannes, der uneigennützig für unsere Sache seine Nächstenliebe bethätigte, die kräftigste Stütze, aber auch die übrigen Vereine werden Herrn Hochberger manchmal vermissen. Möge er wie bisher unserer und der Volkssache treu bleiben und möge es ihm an seinem neuen Wohnsitz stets gut gehen.

Ravensburg, 15. April. (Arbeiterbildungsverein Ravensburg.) Für die am 7. d. M. von Herrn Moritz Müller aus Pforzheim erhaltenen und zum Präsent gemachten Zeit- und Flugschriften nebst Zeitungen, drücke ich im Namen unseres Vereins meinen verbindlichsten Dank hierfür aus und setze Herrn Müller noch in Kenntniß, daß wir im Besitze der meisten dieser Zeit- und Flugschriften, sowie auch des uns von Herrn Müller anempfohlenen Werkes (der Vortrag über die Vorträge) sind.

Im Namen des Arbeiterbildungsvereins Ravensburg:
Max Bräuner, Schriftführer.

Carlsruhe, 16. April. Gestern Abend sollte unser hiesiger **Arbeiterbildungsverein** sein 4. Stiftungsfest, welches zwar schon anfangs Februar hätte stattfinden sollen, feiern, allein es wurde auch dieses Mal so wie im vorigen Jahre nicht abgehalten, warum und aus welchem Grunde, ist mir nicht bekannt, an dessen Stelle wurde gestern eine Abendunterhaltung, seit einigen Wochen eingeübt, abgehalten. Da mangelhafte Bekanntmachung stattfand, so betheiligten sich nur Arbeiter. Unsere Herren Vorstände Dr. Reßler und Dr. Busch waren abwesend.

Die Unterhaltung, welche von 6 Uhr Abends bis 1 Uhr bei gefülltem Hause stattfand, wurde in unserm eigens dazu gebauten Hause, welches im 2. Stock einen großen Saal hat, abgehalten, wo Gesang, Musik und Deklamationen, den Damen und Herren, alt und jung, einen vergnügten Abend verschafften. Es wäre zu wünschen, daß doch alle 8 oder 14 Tage solche ähnliche Unterhaltungen stattfinden möchten.

Besonders haben wir noch die außerordentliche Thätigkeit unseres Herrn Lehrer Masseller hervorzuheben, welcher seit einigen Jahren den Unterricht im Gesang, Musik, Rechnen und Schönschreiben ertheilte, und dem seit dem Einzug in unser neues Haus die Haushofmeisterstelle übertragen wurde. Die Restauration, welche derselbe eingerichtet hat, erfreut sich des besten Fortgangs, und ist es dadurch uns möglich geworden, alle Abende, so wie bei Abendunterhaltungen bei einem guten Glas Wein, Bier, mit warmen und kalten Speisen in unserm Vereinshaus zu bringen zu können.

Carlsruhe, 15. April. In der gestern Abend abgehaltenen Ausschußsitzung des Arbeiterbildungsvereins unter dem Vorsitze der Herren Dr. Reßler und Dr. Busch wurde über die Aufnahme der Lehrlinge in den Verein gestimmt, ob diese Aufnahme in der Hauptversammlung angenommen wird, und ob, was bis jetzt nicht der Fall war, mit Beschränkung derselben, ist noch abwarten.

Mainz, 2. April. Der hiesige Arbeiterbildungsverein hat beschlossen, eine Petition an die zweite Kammer der Landstände zu richten, dieselbe möge bei der Regierung dahin wirken, daß diese mit den angrenzenden Ländern, als Baden, Nassau, Frankfurt, Kurhessen und Würtemberg Verträge abschließen wolle, durch welche eine Gegenseitigkeit unter den genannten Ländern erreicht und den Gewerb- und Handeltreibenden des einen Landes gestattet werde, ihr Gewerbe auch in dem andern Lande auszuüben. Zugleich hat der hiesige Arbeiterbildungsverein an die Arbeitervereine in den genannten Ländern die Aufforderung zu ähnlichen Eingaben bei den Ständeversammlungen gerichtet. Hierzu bemerkt die „Hessische Ldsztg.“: In Baden, wo die Freizügigkeit seit einigen Jahren gesetzlich und zwar im weitesten Umfange, also ohne auf Gegenseitigkeit zu achten, gewährleistet ist, sind fragliche Eingaben gegenstandlos und können also unterbleiben.

Bremen. Die populär wissenschaftlichen Vorträge im Verein Vorwärts haben in diesem Winter bis jetzt regelmäßig allwöchentlich stattgefunden. Die Herren, welche sich in dieser Weise um den Verein verdient machten, gehören vorzugsweise dem Lehrerstande, sowie den ärztlichen und journalistischen Kreisen an. Die Gegenstände waren den Naturwissenschaften, insbesondere der Chemie, Physik, Astronomie und Geographie, ferner der Geschichte im Allgemeinen und namentlich der Literatur- und Culturgeschichte entnommen. Am Montag, den 26. d. M., hielt Hr. Dr. A. Meyer einen Vortrag über Sclaverei und Negeremancipation. Der Vortragende schilderte zuerst die Sclaverei, ihre Entstehung und Begründung in den Zuständen des Alterthums, zeigte sodann, wie die Ideen des Christenthums die Sclaverei der Alten gebrochen und den Begriff vom Menschen, gegenüber dem des Bürgerthums herausgebildet hätten. Er ging sodann zur Darstellung der Geschichte der Sclaverei in Amerika über, skizzirte die Bestrebungen zu ihrer Abschaffung oder Einschränkung, gab auf Grund der Mittheilungen, welche der bekannte Olmsted nach eigenen Anschauungen in seinem Werke gemacht hat, ein Bild von dem Elend, welches durch die gesetzlich sanctionirte Sclaverei über ungefähr 6 Millionen Menschen verhängt worden war, und würdigte die hohe culturgeschichtliche Bedeutung des im vorigen Jahre beendeten vierjährigen Bürgerkrieges der Vereinigten Staaten. Als eine Lichtseite der nunmehr abgeschafften Sclaverei neben so vielen düsteren Bildern bezeichnete der Redner die Thatsache, daß durch die außerordentlichen Leistungen der amerikanischen Sclavenarbeit die für die Menschheit so wichtige Baumwollencultur und Baumwollenindustrie zu einer Höhe gebracht worden sei, von der sie jetzt, nach erfolgter Ausbreitung der Baumwollenpflanzungen in den Ländern des Orients nicht wieder herabsinken werde.

Barmen, 9. April. (Elberf. Ztg.) In der am Sonntag abgehaltenen Versammlung des allgemeinen Rheinisch-Westfälischen Arbeitertages, welcher vorzugsweise von den Anhängern der Lassalle'schen Partei besucht war, wurden von Herrn Emil Ritterhaus folgende Resolutionen vorgeschlagen und in längerer Rede vertheidigt: 1. „In Erwägung, daß eine allseitige Vertretung des Volkes nur auf Grundlage des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechtes mit geheimer Abstimmung möglich ist, beschließt die Versammlung an das Staatsministerium die Aufforderung zu richten, dem Hause der Abgeordneten bei nächstem Zusammentritte eine Abänderung des Wahlgesetzes in erwähnter Weise vorzulegen.“ 2. „In Erwägung, daß in dem bestehenden Conflikte des Abgeordnetenhauses mit der Regierung ein Kampf entbrannt ist, in welchem es sich um die Rechte und Freiheiten des Volkes handelt, ohne deren volle Gewährung eine gedeihliche Entwicklung der allgemeinen Zustände und eine Verbesserung der socialen Lage des Arbeiterstandes vollständig unmöglich ist — in Erwägung, daß es zunächst allen Freisinnigen, ohne Unterschied der Parteischattirungen, darum gelten muß, durch einmüthiges Handeln allen Bedrohungen und Verletzungen der dem Volke zugesicherten Rechte energisch entgegen zu treten, beschließt die Versammlung bei den bevorstehenden Abgeordnetenwahlen mit allen Kräften und mit Hintansetzung der Parteifragen, die in spätern Zeiten zur Entscheidung kommen mögen, zu Gunsten der Abgeordneten zu wirken und zu stimmen, die sich mit der jetzigen Regierung in Opposition befanden.“ Nachdem sich eine große Anzahl von Rednern für und wider diese Resolutionen ausgesprochen hatte, wurden dieselben verworfen und an ihrer Statt folgende Erklärung einstimmig zum Beschluß erhoben: „Der Rheinisch-Westfälische Arbeitertag erklärt: Alle Resolutionen und Adressen an das Abgeordnetenhaus oder an das Ministerium sind fruchtlos: er erklärt hiermit, wenn die Zeit da sei, handeln zu wollen.“ In der Versammlung, welche mehrere Stunden dauerte, herrschte die größte Ordnung und Ruhe, die namentlich von den Gegnern rühmend anerkannt werden muß.

Das Präsidium des „Allg. d. Arb.-Ver.“ in **Iserlohn** hat folgenden etwas überschwänglichen Aufruf erlassen: „Vereinsgenossen! . . . Nunmehr befreit von dem Alpe, welcher die Thätigkeit des Vereins mehrfach lähmte, hält das Präsidium neuerdings das Banner Ferdinand Lassalle's, von ihm als hell leuchtendes Siegeszeichen aufgepflanzt und als heiliges Vermächtniß hinterlassen den Arbeitern Deutschlands, Europa's, der Welt — mit nerviger Faust kühn empor, hoch und mitten hinein in das gewitterschwangere Gewölk, welches den politischen Horizont Europa's ringsum verfinstert. Arbeiter Deutschlands! Schaart Euch, Mann für Mann, um die Fahne des Propheten des 19. Jahrhunderts! Sie allein führt Euch aus tausendjähriger Sclaverei zur ewigen Freiheit! Iserlohn, den 29. März 1866. Das Präsidium des Allgem. D. Arbeitervereins.“

Berlin. Die preußische Staatsregierung hat Anlaß genommen, die Begründung von Arbeiter-Sparkassen zu empfehlen, da diese „auf eine wirthschaftliche Lage und die sittliche Haltung der Arbeiter“ einen günstigen Einfluß ausüben. Die Behörden sollen daher zur Förderung hierauf gerichteter Bestrebungen in wirksamer Weise beitragen, indem sie die ihnen bekannt werdenden günstigen Ergebnisse der Sparkassen-Einrichtungen zur Kenntniß der Arbeiter und Arbeitgeber bringen und damit „die Bedenken widerlegen, welche noch hin und wieder rücksichtlich der Ausführbarkeit und Nützlichkeit derartiger Einrichtungen geltend gemacht werden.“

Berlin, 14. April. Morgen tagt hier eine Arbeiterversammlung, wie deren in den letzten Monaten schon mehrere das treffliche Beispiel des gesunden Sinnes und der Vertagung alles inneren Zwiespaltes gegeben haben. Die jetzige wird, so viel wir wissen, eine recht vernünftige Initiative ergreifen und die Ungeschicklichkeit corrigiren, mit welcher der Nationalverein am vorigen Mittwoch es hier für wohlangebracht und an der Zeit hielt hervorzutreten. Wir meinen in der schleswig-holsteinischen Frage. Anstatt den einzig vernünftigen Zweck in's Auge zu fassen, den heutzutage die Resolutionen in Preußen haben können, nämlich die bedrohte Uebereinstimmung der politischen Anschauungen in Nord und Süd, Ost und West aufrecht zu erhalten und zu constatiren, hat man es vorgezogen, wieder mit dem Trugbilde der „militärischen und maritimen“ Forderungen hervorzutreten, in deren Folge das unvermeidliche sinnbethörende Gerede von der „deutschen Mission Preußens,“ das heißt des Herrn v. Bismarck u. s. w. auftritt. Dem wird die auf morgen angesetzte Versammlung ehrlich den Schädel spalten, sie wird ohne Phrase und ohne Rückhalt das Selbstbestimmungsrecht der Schleswig-Holsteiner, ohne preußisch-deutsche Taschenspielerei proklamiren, und wir müßten uns schlecht auf die Stimmung der Berliner Bevölkerung verstehen, wenn sie nicht mit einem frischen Hal's der Teufel diesen Alp ihrer diplomatisirenden Kammerführer sich von der Brust wälzte. Damit wird das Eis gebrochen sein und wir zweifeln nicht, daß, in unsern Ostprovinzen zumal, sich Nachfolger dafür finden werden, denn populär ist die Annexion, weder die „verschämte“, noch die „unverschämte“, längst nicht mehr bei uns. (Diese Resolutionen sind inzwischen gefaßt und die erste wohlthuende Thatsache aus Berlin seit langer, langer Zeit. Vergl. Politische Umschau. D. Red.)

Weimar, den 17. April. Am 12. April fand im hiesigen Verein, welcher sich nun eines halbjährigen Bestehens erfreut, Rechnungsabschluß und Vorstandswahl statt. Der erste Punkt liefert insofern ein günstiges Resultat, daß sich trotz der mannigfachen Ausgaben die bei Gründung eines Vereins entstehen, doch noch ein Ueberschuß von einigen Thalern ergab; jedenfalls ein Zeichen von einer guten Finanzverwaltung. Was den zweiten Punkt, die Wahl des Vorstandes anbetrifft, so kann es wohl selten eine Wahl geben, welche ein so zersplittertes Resultat ergeben hat; nur der Schriftführer wurde fast einstimmig gewählt. Aus der Wahl gingen jedoch wieder mit Stimmenmehrheit die bestehenden Vorstandsmitglieder hervor. Aber der Vorsitzende und dessen Stellvertreter lehnte die Annahme der Wahl ab, und es mußte eine Neuwahl erfolgen, welche auf Herrn Kraft und Hrn. Koch fiel, welche dieselbe annahmen. Tell blieb Schriftführer, Müller Bibliothekar, Geist Kassirer und Geßly wurde dessen Stellvertreter. Was sonst das Vereinsleben anbetrifft, so bleibt freilich noch Manches zu wünschen übrig: hauptsächlich ein zahlreicherer Besuch der Vereinsabende. Vor einigen Wochen hielt Hr. Dr. Hase im Verein einen humoristischen Vortrag und das Doppelquartett Homilia füllte abwechselnd die übrige Zeit durch Vortrag sehr gediegener Gesangstücke aus. Das Lokal war zahlreich besucht, und wurde beiden Vortragenden die schuldige Achtung gezollt, und hiermit der beste Dank dargebracht.

Am Montag, den 16. April hielt Hr. Uhlich aus Magdeburg auf Ansuchen mehrerer Mitglieder des Vereins einen Vortrag über: „Freiheit in der Religion.“ Zu diesem Vortrage benutzte der Verein den großen Schießhaussaal, da jeder anderen erwachsenen Person, welche nicht zum Verein gehörte, der freie Eintritt gestattet werden sollte. Der Vortrag begann Abend 7³/₄ Uhr; aber schon vor 7 Uhr war der Saal gefüllt, und dicht gedrängt stand die Menge noch vor den Thüren, um die herrlichen Worte dieses Mannes zu vernehmen. Eine lautlose Stille wie man sie wohl selten findet herrschte während des Vortrages, und Männer wie Frauen verließen mit gerührtem Herzen und mit dem innigen Wunsche die Stimme dieses edlen Mannes bald wieder vernehmen zu können, den Saal. Diesen herrlichen Vortrag, welcher 1¹/₄ Stunde ausfüllte, wiederzugeben, vermögen wir nicht und würde auch hierzu der Raum nicht vorhanden sein, aber zum Schluß des Vortrages sprach Herr Uhlich noch eine herrliche Dichtung, welche wir nicht unterlassen können, hier wiederzugeben, sie lautet:

Aus der Zeiten Tiefe schreitet
Und durch der Jahre Folge gleitet
Die Menschheit ihre große Bahn.
Schwach zuerst an Geist und Sinnen,
Lernt sie allmählich sich besinnen

Und bringt zum hohen Ziel hinan.
Der Wahrheit holdes Licht
Des Irrthums Nacht durchbricht,
Milde Sitte
Der Zeit entblüht
Und das Gemüth
Es wird vom heil'gen Recht durchglüht.

Ew'ge Macht, die Welten träget,
Die sich in allen Wesen reget
Und Wald und Flur sich offenbart.
Ew'ge Macht, dein höchstes Walten
Will in der Menschheit sich entfalten,
In seiner vollsten, tiefsten Art.
Da ist des Wissens Drang,
Da des Gewissens Zwang,
Der Freiheit Würde,
Der Liebe Lust,
In reiner Brust,
Die sich der Seligkeit bewußt.

Auf denn unsere Zeitgenossen,
In deren Reich herabgeflossen
Der alten Weisheit volle Flut.
Ihr auch sollt die Welten mehren,
Den Strom vertiefen, läutern, klären,
Mit vollem, frischem, treuem Muth.
Auch unsere Zeit entflieht,
Und spätere Zukunft sieht
Ernst auf heut.
Auf! daß alsdann
Sie sagen kann,
Wir hätten unsere Pflicht gethan.

Als ein erfreuliches Zeichen darf wohl auch ferner noch angesehen werden, daß sich zu diesem Vortrage verschiedene Leute aus der Nachbarschaft Weimars eingefunden hatten. Dieser Abend wird wohl einer der schönsten des Vereins sein und in steter Erinnerung bleiben.

Mainz, 17. April. Am verflossenen Sonntag fand eine außerordentliche Generalversammlung des hiesigen Consum-Vereins Behufs Berathung der neuen Statuten statt. Um Ihnen zuvörderst einen kleinen Beweis von dem autokratischen Geiste zu geben, der den Vorstand (oder richtiger: einen Theil des Vorstandes) beherrscht, bemerke ich, daß die Statuten endgültig festgestellt wurden, ohne daß die statutengemäß erforderlichen zwei Drittel der Mitglieder anwesend gewesen wären. Ein im Laden Nr. 2 entstandenes Manko, daß sich seit Johanni v. J. von Vierteljahr zu Vierteljahr, wo nämlich die regelmäßigen Revisions-Inventuren stattfinden, zu der respektablen Höhe von 900—1000 fl. hinaufgearbeitet hatte, bildete den Gegenstand einer sehr erregten, aber doch unfruchtbaren Debatte. Der Präsident hatte die Stirne, zu erklären, er habe von besagtem Deficit erst 3 Tage vor der halbjährigen Generalversammlung im Januar a. c., wo der Rechnungsbericht erstattet und über die Vertheilung des Reingewinns Beschluß gefaßt wird, Kenntniß erhalten, während er, wie man fest behaupten kann, schon zu Michaelis v. J. von einem Manko von circa 300 fl. wußte, das von da an progressive Fortschritte machte, Alles unter Wissenschaft des Präsidenten; und während ein Rechnungs-Revisor erklärte: das Manko sei verrechnet, indem dadurch die Mitglieder statt vielleicht 10—11 % nur 8% % Rabatt erhalten hatten. Sie sehen hieraus, auch das Genossenschaftswesen hat seine Jesuiten! Aber ich kann das Bild, das ich Ihnen von den Autokraten unseres Consumvereinsvorstandes entwerfen wollte, noch durch einen Pinselstrich vervollständigen, worüber Sie jede Staffage für entbehrlich erachten werden. Unser Consumverein nämlich, der, wie wohl die meisten in und außer Deutschland, vom und für den Arbeiter resp. den geringen Bürgerstand in's Leben gerufen ward, zählt zu seinen Mitgliedern auch — die österreichische Garnison unserer Bundesfestung! Denken Sie sich um Gottes Willen den Gedanken nicht aus: Arbeit und Soldatesla; die schwielige Hand des Arbeiters und der Säbel, das Bajonet, die jederzeit und überall auf Commando bereit sein müssen, die Früchte des Fortschritts und der Cultur mit roher Gewalt niederzudrücken! Doch weg mit diesem Bilde! Aber es könnte von den Herren entgegnet werden, daß der Bedarf der Oesterreicher sehr groß und daß an den Artikeln, die sie verbrauchen, das meiste Geld verdient würde. Wir wollen, in den Gedankengang dieser Herren, bei denen das Prinzip keine Heiligkeit hat, eingehend, dies einmal zugeben, allein wir sind in der Lage, dem entgegenzustellen, daß die Vortheile, welche die Oesterreicher dem Vereine bieten, doch wohl nicht den Kosten gleichkommen, welche sie ihm verursachen, indem durch ihren Beitritt zum Vereine die Erweiterung desselben durch einen Laden, sowie die Anstellung eines Verwalters, eines ziemlich dochbeinigen Menschen, dem es anderwärts schwer wurde, sich anständig durchzubringen, nöthig geworden war. Hierzu kommt nach den neuen Statuten jetzt noch ein Direktor mit einem Minimalgehalt von 800 fl., (der Verwalter erhält 600 fl.) und einem Cassier mit ½ % des Umschlag-Capitals. Welchen Gewinn die Mitglieder hiernach ziehen werden, wird die Zukunft lehren! Es legt sich Mehlthau auf die schöne Blüthe dieser Genossenschaft! Am Schlusse der Versammlung ward der neue Vorstand gewählt, bestehend aus 7 Mitgliedern und 3 Ersatzmännern, worunter sich auch zwei vornehme Rentner befinden, denen das Wohl der Arbeiter vielleicht so sehr am Herzen liegt, wie den Arbeitern das Wohlbefinden der — Hottentotten!

Politischer Theil.

Der Herzog von Mölln und das allgemeine Stimmrecht.

Man kann die tollsten Dinge prophezeihen und das schallendste Gelächter hervorrufen: Am andern Morgen hat man Recht und die Lacher legen ihr Gesicht in ernste staatsmännische Falten. Wie lange ist es her, daß wir an dieser Stelle die gläubigen Anhänger des „preußischen Staatsbewußtseins" frugen, ob sie darauf warteten, daß Hr. v. Bismarck ein deutsches Parlament zusammenriefe*). Wir dachten natürlich, die Herren Löwe-Calbe und Fr. Duncker ad absurdum zu führen, indem wir ihnen einen solchen Wechselbalg von Parlament von Weitem zeigten. Aber Prosit die Mahlzeit, in unserer Eulenspiegel-Zeit hat es sich seltsam mit der Ironie und dem Spott! Der Herzog von Mölln stellte an die hohe Bundesversammlung ganz ernstlich den Antrag: sie „wolle beschließen, eine aus directen Wahlen und allgemeinen Stimmrecht der ganzen Nation hervorgehende Versammlung einzuberufen, um Vorlagen über eine Reform der deutschen Bundesverfassung zu berathen." Und siehe da, ganz Deutschland erwägt das Ding, debattirt für und gegen, und auch wir sind genöthigt, von dem neuesten Berliner Schwindel zu reden. Versuchen wir, wie weit es möglich ist, bei solchem Thema ernst zu bleiben.

Die geringe Partei unter den deutschen Arbeitern — wenn es wirklich noch eine solche geschlossene Partei gibt, und sie sich nicht vielmehr in einzelne überkluge Krakehler aufgelöst hat — also Diejenigen, die in dem allgemeinen Stimmrecht an und für sich, in der bloßen Abgabe eines gefalteten Stimmzettels von jedem 21jährigen, das Hell der Welt erblicken, haben ja eben eine große Lehre erhalten. Graf Bismarck sagt ihnen laut und öffentlich, das directe allgemeine Stimmrecht liege im „conservativen Interesse." Wie Graf Bismarck diese Napoleonische Maschine auffaßt, soll grade sie ganz besonders dazu angethan sein, Alles beim Alten zu lassen und dafür zu sorgen, daß das sociale Gebäude unverrückt in seiner jetzigen Gestalt stehen bleibe. So hat es ihm sein Herr und Meister zu Paris gelehrt, so bestätigt es die französische Erfahrung, so möchte der Affe Bonaparte's das Ding auch in Deutschland einführen und handhaben.

Das allgemeine Stimmrecht brachte weder 1848 noch 1849 in Frankreich die gepriesenen volksthümlichen Resultate hervor, obgleich nicht geleugnet werden kann, daß das französische Volk 1849 bei der Wahl zur zweiten Nationalversammlung, der sog. Legislativen, bedeutende Fortschritte gemacht hatte. In die Constituante hatte es 1848 lauter Maulrepublikaner geschickt, französische „Fortschrittler", wenn sich ein solcher deutscher Begriff auf die energischeren Franzosen anwenden läßt. Selbst die Lameren und Zahmeren, ja die Reactionäre wurden damals zu Maulrepublikanern. Dann folgte die unglückselige Präsidentenwahl, wobei die ganze Unreife des Volkes zu Tage trat. 1849 handelte es sich schon um Leben oder Tod der Republik; die Mörder des Februar hatten die unbedingte Majorität; dagegen zählte die Versammlung ein ungefähres Drittel von wirklichen Republikanern. Kam der Staatsstreich nicht dazwischen, überließ man das französische Volk seiner Entwicklung und Selbsterziehung: so konnte bei der nächsten Wahl das Stimmenverhältniß der dritten Nationalversammlung sich umkehren, zwei Drittel konnten Republikaner in Wahrheit sein. Dann trat die sociale Frage unwiderruflich auf die Tagesordnung.

Leider ließ sich das Volk von dem allgemeinen Stimmrecht ködern, welches durch ein reactionäres Gesetz etwa einer halben Million Franzosen entzogen worden war, und leider kam diese halbe Million nebst vielen anderen Millionen dem Urheber des Staatsstreiches zu gute, der das allgemeine Stimmrecht nebst allen Abstimmenden in seinen Sack steckte. Es kommt also beim Wahlgesetze darauf an: 1) wie intelligent das wählende Volk ist, wie weit es seine Rechte, Interessen, Bedürfnisse richtig erkennt und durchzuführen entschlossen ist; 2) wer abstimmen läßt und welche Bürgschaften der Diskussion und der Freiheit der Wahlkörper hat. So lange das französische Volk sich selbst überlassen war, lernte es das Stimmrecht von Jahr zu Jahr besser benutzen; seitdem der Despotismus die Urnen hinstellte und die Stimmenden zur Urne rief, ist es gewesen, als ob Frankreich gar nicht gestimmt, sondern blos gerufen hätte: „Herr, dein Wille geschehe!"

Wir leugnen nicht, daß diese Wahrheiten in Deutschland bei Vielen Eingang gefunden haben, daß alle Verständigen und Redlichen den Lockvogel des Grafen Bismarck mit kühlem Spotte aufnehmen. Aber wir haben auch mit einer großen Anzahl verdonnerter Häupter, mit Aberweisen und Spekulanten zu thun, die noch gemeinschädlicher sind als Hr. v. Bismarck und seine Clique. Da werden z. B. Stimmen laut, die sich selbst Courage machen, indem sie rufen: Parlament, Reichswahlgesetz die müssen wir haben! Einerlei wer sie uns gibt, und wenn's der lebendige Satan wäre! Das Gute nimmt man aus jeder Hand, und wie es kein schmutziges Geld gibt, so auch kein Parlament, das man nach seinem Ursprunge fragt!

Nun kommt aber im Gegentheil beim allgemeinen Stimmrecht Alles auf seinen Ursprung an; denn der Geber ist der Herr, der Herr ist derjenige, welcher geben und nehmen kann. Wer aber mobil macht, der kann auch ein Parlament schweigen machen, und die Lächerlichkeit, unter Belagerungszustand zu tagen, sollten sich die Deutschen unter allen Umständen vom Leibe halten. In diesem Menschenalter käme kein Parlament wieder zusammen, wenn das zweite behandelt würde wie das erste zu Stuttgart! Hr. v. Bismarck will seinem Parlamente Vorlagen machen wie seiner Kammer zu Berlin. Geht es darauf ein, so ist die Sache in der Reihe; Preußen führt den Militär-Oberbefehl bis an den Main, Schleswig-Holstein ist auf Befehl des deutschen Parlaments annektirt! Sagt das Parlament Nein, so wird es in Ungnaden entlassen. Will es auf eigene Faust bleiben, so wird es gejagt. Sagen wir also lieber einmüthig vor der Wahl: Nein! Hr. v. Bismarck hat kein Recht wählen zu lassen. Wer in Preußen die Verfassung beseitigt, kann kann in Deutschland keine Verfassung machen. Wer den Obertribunals-Beschluß gegen preußische Abgeordnete hervorgerufen, hat das Recht verloren, in Sachen der deutschen Volksrechte auch nur mitzureden!

Andere Fortschrittler freuen sich, daß Hr. v. Bismarck gezwungen sei, die Rechte und Ansprüche des deutschen Volkes anzuerkennen, das Verlangen der Nation nach gemeinsamer Vertretung zu bestätigen. Nunmehr, behaupten sie, kann das Parlament nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Das sind politische Kinder, die so reden. Schlaue Hofmeister gehen auf die sog. „Ideen" der Kleinen ein, um ihnen das Wort im Munde herumzudrehen, um sie etwas ganz anderes sagen zu lassen, als die Kleinen ursprünglich wollten, um sie zu dem Bekenntniß zu führen, sie seien eigentlich thöricht und albern gewesen, jemals so etwas zu begehren. Nachher ist das erste Begehren lächerlich geworden und für immer beseitigt!

Es gibt zwei Mittel, Hrn. v. Bismarck zur Raison zu bringen und seine geheimsten Gedanken an den Tag zu locken. Das eine Mittel liegt in den Händen des Volkes, das andere in den Händen der Bundesregierungen.

Das Volk sage, aber einhellig, in ganz Deutschland: Da Sie, Herr Graf, so leidenschaftlich für das allgemeine Stimmrecht portirt sind, wohlan, wenden Sie es zur Probe in Schleswig-Holstein an! Lassen Sie das Volk der Herzogthümer Mann für Mann, oder auch Frau für Frau, abstimmen: ob sie preußisch sein wollen oder nicht? Dann werden wir hören, was der Herzog von Mölln antwortet.

Oder Oesterreich nebst den übrigen Bundesregierungen antworten nach Berlin: Parlament, ja; allgemeines directes Stimmrecht, auch ja. Aber auch constituirendes Parlament, verfassunggebende Macht, und zum Schutze dieser parlamentarischen Macht 100,000 Mann, über die das Parlament den Oberbefehl nach Gutdünken ertheilt. Die Nation soll entscheiden, aber nur die Nation. Wir Andern erklären zum Voraus, daß wir uns fügen, und um uns fügen zu müssen, binden wir uns vorher selbst die Hände!

*) Arb.-Ztg. Nr. 145 vom 8. Oct. 1865. S. 808.

Hernach setzen wir einen hohen Preis auf die bildliche Darstellung der Physiognomie, die der Herzog von Mölln machen wird; in die deutschen Grundrechte aber muß der Satz aufgenommen werden: Jeder Deutsche hat das Recht, ein Exemplar des Bildes zu besitzen, welches den Grafen Bismarck im verhängnißvollsten Augenblick seines Lebens darstellt! —

Politische Umschau.

Das „Coburger Tagblatt“ hatte den Vorschlag des alten Parlamentsmitglieds, Prof. Roßmäßler, mitgetheilt, wonach der letzte Präsident des ersten deutschen Parlaments dieses, da es nur vertagt, nicht aufgelöst ist, jetzt einberufen sollte. Aus Anlaß der Angriffe, welche dieser sein Vorschlag mehrfach gefunden hat, schreibt Roßmäßler nun in demselben Blatt folgendes:

R. **Leipzig.** (Das deutsche Parlament von 1848.) Es gibt im politischen Leben Fälle — sie mögen selten sein, wo Irren schöner ist, als Recht haben, wo freilich, wenn dem nicht so ist, Nichtverstandenwerden tief schmerzlich ist.

Wenige Tage vor dem 18. Juni 1849 hatte der würtembergische Märzminister Römer in ausdrücklichster Form die Rechtsbeständigkeit des sogen. Rumpfparlaments anerkannt, ja er hatte an dessen beiden ersten Sitzungen in Stuttgart am 6. Juni persönlich als Abgeordneter theilgenommen. In seinem Schreiben im Namen des würtembergischen Gesammtministeriums vom 17. Juni „an den Herrn Präsidenten der in Stuttgart tagenden National-Versammlung Dr. Löwe aus Calbe“, ist diese immer noch anerkannt und nur das Forttagen derselben in Stuttgart untersagt. Am 18. Juni ließ derselbe Römer das Parlament mit Waffengewalt sprengen.

Aufgelöst hat sich das Parlament niemals; von anderer Seite aufgelöst werden konnte es nicht.

In einem früheren Artikel, der in Deutschland große Verbreitung gefunden hat, erinnerten wir an den Beschluß des Parlaments (am 30. April 1849 in Frankfurt gefaßt), daß das Präsidium ermächtigt sei, an jedem Orte und zu jeder Zeit, welche es für angemessen finden werde, das Parlament einzuberufen. Dieser Artikel ging dem Bismarck'schen Antrage um etwa 8 Tage voraus. Unmittelbar nach diesem wiederholten wir unsere Aufforderung an den noch im Besitz der oben bezeichneten Vollmacht stehenden letzten Präsidenten Löwe-Calbe bestimmter und erinnerten ihn an das Wort, was er bei dem Abgeordnetentage vom 31. August 1863 in Frankfurt in öffentlicher Sitzung sprach, indem er, fußend auf die ihm noch zustehende Gewalt, das Parlament einzuberufen versprach, „wenn der Augenblick gekommen sei, wo kein anderes Mittel mehr möglich sei, um die Nation zu retten“ (s. N. Fr. Ztg. 1863 Nr. 232 Beil.).

Wir scheinen uns im Irrthum zu befinden. Aber wir trösten uns damit, daß wir es schöner finden, uns zu irren, als mit denen Recht zu haben, welche kein Sterbenswörtchen an den Herrn Grafen von Bismarck haben, der über die noch zu Recht bestehende Nationalversammlung „zur einfachen Tagesordnung übergeht.“

Es ist vielleicht eine Schwäche unsererseits, die wir zu den am 18. Juni 1849 mit Gewalt der Waffen Vertagten zählen, daß wir uns schämten, dazu schweigen zu sollen. Es thut uns aufrichtig Leid, daß diese unsere Scham für Andere etwas Beleidigendes hat. Für Scham kann man bekanntlich nichts. Sie kommt über Einen ohne sein Zuthun.

Zwischen dem buchstäblichen Befolgen unserer Mahnung und dem Schweigen scheint uns ein hinlänglich ergiebiges Gebiet zu irgend einer That zu liegen; ja selbst ein deutsches Wort im Namen des noch nicht unvertretenen deutschen Volkes könnte hier schon eine That sein.

Mündlich und gedruckt hat man in den letzten Tagen einen, aber auch nur den einen Einwand gegen uns geltend gemacht, unser Vorschlag sei unpraktisch.

Wir dagegen sind der Meinung, die Ehre der 17 lange Jahre getäuschten Nation zu wahren, sei immer praktisch, oder wie sich Schiller etwas derber ausdrückt:

„Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles setzt an ihre Ehre.“

(Es würde der Ausführbarkeit des Vorschlags allerdings schon entgegenstehen, daß auch das Rumpfparlament schwerlich mehr beschlußfähig zusammenkommen könnte, da zu viele davon gestorben sind. Aber daß der alte treue Volksfreund von dem richtigen Gedanken geleitet ist, daß von dem Bismarck'schen Parlament, für welches jetzt die „Gothaer“ an allen Orten und Enden werben, **nimmermehr Gutes**, sondern nur Unheil für das deutsche Volk kommen kann, und daß die gothaisch-nationalvereinlichen Fürsprecher dieses Parlaments die allerletzten sind, welche den Muth und die Kraft hätten, demselben eine Richtung wider den Willen Bismarcks zu geben, daß sie vielmehr, wenn sie den Parlaments- und Reichskarren für diese Generation wieder fest gefahren hätten, abermals mit Wehklagen und Protestiren gegen die unvermeidlichen Consequenzen ihres eigenen Thuns sich begnügen würden, — das ist klar. Vergleiche dazu den Leitartikel des politischen Theils unserer heutigen Nummer. Die Redaktion.)

Ein treuer Freund der Volkssache aus **Preußen** schreibt uns: „Wir leben in einer faulen Zeit. Wenn Bismarck's tolle Politik durchdringt, so ist das Volk zu den äußersten Anstrengungen verpflichtet, um der Sache rasch die rechte Wendung zu geben. Unterliegt er bei Hofe, dann werden wir einige Jahre lang, statt der jetzigen gewaltthätigen, den noch schlimmeren Jammer einer reaktionären Erbärmlichkeitsherrschaft zu kosten haben, wie sie noch nie da war. Es schickt sich Alles dazu an.“ (Bismarck kann also durch sie noch populär werden. Alles vorausgesetzt, daß das deutsche Volk sich auch jetzt wieder aller Initiative unfähig erweist. D. Red.)

Die diplomatische Absicht des Bismarck'schen **Parlamentsvorschlags** ist nicht unschlau berechnet. Für seine Action gegen Oesterreich war ihm die Gefahr eines Anschlusses der Staaten der sogenannten „dritten Gruppe“, der mittleren und kleinen, von Oesterreich, und zwar der Regierungen wie des Volks, sehr unbequem. Mit dem Parlamentsvorschlag und dem allgemeinen Wahlrecht sucht er unter diesen Elementen, nach dem Grundsatz „theile und herrsche“ Uneinigkeit zu säen. Aber auch auf die Volkskreise ist die Uneinigkeitssaat berechnet und fast scheint es, als ob man hier in die Falle gehen wollte. Schon entspinnt sich Meinungsverschiedenheit über die Frage, ob „annehmen oder ablehnen“. Die Berliner „Volkszeitung“, die Berliner „Reform“, die „Mittelrheinische Zeitung“, der „Demokratische Pfälzer Kurier“, der für die preußische Spitze kämpfende „Augsburger Anzeiger“, das „Frankfurter Journal“, alle Organe der preußischen Spitzenpartei, alle „Staatsmänner“, welche nur gegen die „gewaltsame“, „erzwungene“, nicht aber gegen die mittelst des „militärischen und maritimen Anschlusses“ zu erschleichendr Annexion sind, sie alle plaidiren bereits für „Annehmen“ weil sie ja doch etwas Gutes aus diesem abermals machtlosen Parlament machen könnten. Das ist mindestens eine große Uebereilung. Man sollte doch nicht eher antworten und sich die Hände binden, bevor man nur gefragt ist und die Lage vollständig überblicken kann. Recht aufklärend für die „freisinnigen“ Tendenzen des Grafen Bismarck, aber auch für die Oesterreichs, ist dessen jüngst veröffentlichte Note an Oesterreich vom 26. Januar d. J., worin er sich über die vom österreichischen Statthalter gegebene Genehmigung zu der Volksversammlung in Altona beschwert und offen bekannt und nachgewiesen hat, daß die Uebereinkunft von Gastein den Zweck des **Kampfes gegen die Revolution** hatte, d. h. gegen das, was eben ein Bismarck unter „Revolution“ versteht, was also alle aufrichtigen Patrioten in Deutschland wollen, — die Begründung des Rechtsstaats. Dazu hat damals, ohne dies auch jetzt nur zu bestreiten, Oesterreich sich mit Preußen verbunden. Daraus folgt von selbst, **wie sehr** eine gesunde Volkspolitik gegen beide auf der Hut sein muß. Inzwischen ist durch die neueste preußische Note, die in einem entschieden ablehnenden Ton gehalten ist, die anscheinend friedliche Lage wieder in eine kriegerische verwandelt. Bezeichnend für die preußischen Zustände ist eine Adresse, die aus militärischen Kreisen **Berlins** an den König in der Kriegs- und Friedensfrage gerichtet ist. Besagte Adresse redet in lebhafter Weise dem Kriege das Wort. Die Friedensadresse der Aeltesten der Kaufmannschaft ist bekanntlich als nicht zur Annahme geeignet zurückgewiesen. Ungewiß ist, ob diese militärische Adresse für den Krieg schon bis zur Ueberreichung gediehen und ob sie angenommen ist. Während die Kreuzzeitung über „Landesverrath“ schreit wegen der Volksversammlungen, die sich für den Frieden aussprechen und schon vor Ausbruch des Krieges die Bürger ihrer gesetzlichen Rechte in Bezug auf Versammlungen und Petitionen berauben möchte, machen ihre Anhänger in militärischen Kreisen Gebrauch von dem Petitionsrecht und zwar für den Krieg. Jedenfalls höchst bezeichnend. —

Frankfurt, 16. April. Gestern Nachmittag hat in dem Saalbau die von einem Comité aus Männern von allen Parteien und Lebensstellungen zusammenberufene Volksversammlung stattgefunden. Es wurden die nachstehenden Resolutionen einstimmig angenommen:

1) Wir erklären das seitherige eigenmächtige Verfügen der zwei deutschen Großmächte über die von dänischer Herrschaft befreiten Herzogthümer Schleswig-Holstein und die Behandlung dieser deutschen Lande als Kriegsbeute für eine offenbare Verletzung des deutschen Volksrechtes.

2) Das deutsche Volk verdammt die offenkundigen Plane einer **erzwungenen** Annexion dieser Lande Seitens der preußischen Regierung, und die Maßregeln der Gewalt, wie sie in der königl. Zuchthausverordnung für Schleswig-Holstein ihren Gipfelpunkt erreicht haben.

3) Wir protestiren gegen jede Entscheidung eines Streites zwischen deutschen Regierungen durch die Waffen; wir verdammen das frevelhafte Beginnen eines nur dynastischer Selbstsucht dienenden, Freiheit und Wohlstand vernichtenden Bürgerkriegs als Hochverrath an der deutschen Nation; sie muß solchem Beginnen mit den äußersten Mitteln gerechter Nothwehr entgegentreten.

4) Wir verlangen zur Beseitigung des nächsten Anlasses der drohenden Kriegsgefahr, daß endlich und in kürzester Frist dem Volke der Herzogthümer sein Selbstbestimmungsrecht wiedergegeben, und durch Einberufung seiner Vertreter und Einsetzung derjenigen Regierung, für welche der Volkswille entscheidet, die Herzogthümer selbstständig constituirt werden.

5) Wir verlangen heute wie immer die Einberufung eines deutschen Parlaments, um die dringender als je nothwendige Bundesreform zur Einigung und freiheitlichen Entwicklung des Vaterlandes zu beschließen. Aber Vorschläge einer Regierung, welche die Rechte des eigenen Volkes und seiner Abgeordneten tagtäglich mißachtet, können die Verwirklichung der Rechte der deutschen Nation nicht zum Ziele haben.

Der große Saal war in allen Räumen dicht besetzt; in den Logen hatten sich eine Anzahl Frauen und Jungfrauen eingefunden. Es mögen gegen 3000 Zuhörer versammelt gewesen sein. Zur Begründung der Resolutionen sprachen die Herren Schöff, Dr. Souchay und Dr. jur. Reinganum. Lebhaften Anklang fanden besonders die Worte des letztgenannten Redners: Die preußischen Verfassungszustände sind keine beneidenswerthen. Nach allen Constitutionen ist der König unverantwortlich, aber nach allen sind auch die Minister verantwortlich — nur in Preußen sind auch die Minister unverantwortlich. Und hinwiederum sind in allen Verfassungen die Mitglieder der Kammern unverantwortlich, nur in Preußen sind sie verantwortlich — sind verantwortlich einem Obertribunal, das gegebenen Falles sogar durch Hülfsarbeiter complettirt wird. Sollen die Parlamentsmitglieder etwa auch diesem Obertribunal verantwortlich gemacht werden? Daher muß vor allen Dingen gesagt werden: wir wollen ein deutsches Parlament, kein preußisches Parlament. — Hier wir im benachbarten Offenbach haben übrigens die Doctrinäre der preußischen Spitze die Beiworte „erzwungene“ „gewaltsame“ bei den Resolutionen gegen die Annexion eingeschwärzt, — um nur die Annexion für Preußen wenigstens im Prinzip zu retten!

Offenbach, 13. April. Heute Abend hat hier auf Anregung des Lokalausschusses des Nationalvereins eine sehr zahlreich besuchte Volksversammlung stattgefunden, in welcher folgende Resolutionen angenommen wurden:

1) Wir verdammen als rechtswidrig, undeutsch und volksfeindlich die **gewaltsame** Annexion der Herzogthümer Schleswig-Holstein durch die Krone Preußen und fordern auf's Neue für die ersteren das Recht der freien Selbstbestimmung über ihre Geschicke.

2) Ein Krieg zwischen Stämmen des deutschen Volks, wie er aus der preußischen Politik der Vergewaltigung zu erwachsen droht, wäre ein unsägliches Unglück, der Anfang des Endes deutscher Nation. Seine Urheber würden sich mit unauslöschlichem Fluch beladen. Das deutsche Volk und die deutschen Regierungen haben mit allen zu Gebote stehenden Mitteln einen solchen Krieg unmöglich zu machen, und den Friedensstörer niederzuwerfen.

3) Nur die Berufung eines auf der Grundlage allgemeiner, activ und passiv freier Wahlen gebildeten deutschen Parlaments vermag die Wirren und Gegensätze in Deutschland der Nation würdig, und dauernd zu lösen. Daß dieses Parlament der deutschen Nation jetzt von Herrn v. Bismarck geboten wird, kann uns in der immer erneuten Forderung eines solchen nicht beirren.

4) Denn wir haben die Ueberzeugung, daß ein aus allgemeinen freien Wahlen der ganzen Nation

hervorgegangenes deutsches Parlament sich sofort nach seinem Zusammentritt auf den Rechtsboden der deutschen Reichsverfassung vom 28. März 1849 stellen wird.

Die „Neue Frankf. Ztg." vom 15. April schreibt: Graf Bismarck will Schleswig-Holstein haben. Gebt es ihm doch, ihr Herren vom Nationalverein! Seid doch nicht so verschämt, die hochpulsende Zustimmung eurer Seelen zu verhüllen unter halben Aussprüchen, halben Verwahrungen, halben Billigungsphrasen! Habt doch den Muth eurer Meinung, und bedeckt eure großpreußischen Gesichtszüge nicht mit der ekleu Schminke, die euch noch vom Abgeordnetentage her übrig ist! Damals habt ihr Herren mit großer Begeisterung auf das unverkürzte Recht des Volkes von Schleswig-Holstein geschworen; denn ihr wußtet noch nicht, daß Graf Bismarck besagtes Recht in seine eigene Tage schieben wollte; heute wollt ihr demselben Volke, das eure Schwüre gehört und nicht wie ihr vergessen hat, seine Soldaten und Matrosen (mittelst des „militärischen und maritimen Anschlusses") wegnehmen, um sie in den preußischen „Königsrock" zu stecken, und ihr wollt obendrein die Annexion des Landes, nur beileibe keine „gewaltsame". Das ist doch noch eine menschlich milde Bedingung, sie läßt sich hören. Aber die Annexion des Heeres und der Flotte jenes Landes wollt ihr ohne alle Bedingung, also auch mittelst Anwendung der Gewalt.

Stuttgart, 11. April. In einer gestern zahlreich besuchten Versammlung der Volkspartei wurden nach dem „Würtemb. Staats-Anz." folgende Resolutionen gefaßt: 1) Die Gefahr eines inneren Krieges in Deutschland ist unzertrennbar von dem Endziele der preußischen Politik — der Oberherrschaft Preußens in Deutschland — und da dieses Ziel auch auf dem Wege der moralischen Eroberung nicht erreicht werden kann, so würde selbst ein dasselbe festhaltendes Ministerium der Fortschrittspartei in Preußen sich schließlich genöthigt sehen, den Weg der Gewalt zu betreten. 2) So geboten es ist, dem unter dem Ministerium Bismarck „mit Eisen und Blut" versuchten Streben nach der Oberherrschaft Preußens mit vereinten Kräften entgegenzutreten, und so gewiß Preußen, und nur Preußen als Urheber des gegenwärtigen Conflicts anzusehen ist, so ist doch der unbedingte Anschluß der kleineren deutschen Staaten an Oesterreich nicht rathsam. Auch diese Großmacht setzt ihr besonderes Interesse über das deutsche und würde in Folge des unbedingten Anschlusses an sie ein gefährliches Uebergewicht erhalten. Der lecke Antrag des Ministeriums Bismarck auf Reform der Bundesverfassung und Einberufung eines Parlaments verfolgt nur in anderer Weise das alte Ziel und muß mit dem größten Mißtrauen aufgenommen werden. 3) Preußen und Oesterreich schließen vermöge ihrer historischen Entwicklung und ihrer Organisation als große Einheitsstaaten die Möglichkeit einer wahren bundesstaatlichen Verbindung unter sich und mit dem übrigen Deutschland aus. Der Weg der Unterordnung des letzteren unter Preußen oder Oesterreich führt nicht zur Einheit Deutschlands, sondern zum Gegentheile derselben, zur Vergrößerung der Macht des preußischen oder österreichischen Einheitsstaates und schließlich zur Theilung des übrigen Deutschlands zwischen beiden. 4) Ob es zum Kriege zwischen Preußen und Oesterreich oder unter Hereinziehen der deutschen Frage zu einer Verständigung und zum Versuche einer Reform der Bundesverfassung kommt, in dem einen wie in dem andern Falle ist die Selbstständigkeit und Freiheit der deutschen Mittel- und Kleinstaaten gefährdet und die enge Verbindung derselben unter sich geboten; nur sie macht es im Kriegsfalle dem übrigen Deutschland möglich, unter der Bedingung, daß ihr das zu Grunde liegende Prinzip der Selbstbestimmung von Seiten Oesterreichs anerkannt würde, sich diesem Großstaate im Kampfe gegen Preußen anzuschließen ohne Gefahr eines Friedensschlusses auf Kosten des übrigen Deutschland; nur sie befähigt die schwächern Einzelstaaten, einen neuen Bundesvertrag auf der Grundlage gleicher Rechte und gleicher Pflichten als Gesammtmacht mit den Großmächten abzuschließen und jeder Vergewaltigung durch dieselben Wid.rstand zu leisten. Endlich 5) die Verbindung der deutschen Mittel- und Kleinstaaten ist nur dann möglich und mächtig, wenn sie sich auf die volle Wehrkraft und Sympathie ihrer Völker stützt, und daher die Berufung einer gemeinschaftlichen Vertretung derselben und die rückhaltlose Verfolgung einer dem Geiste der Zeit entsprechenden, freisinnigen und nationalen Politik unabweislich geboten.

Volksversammlung in Berlin am 15. April. Die, von den Arbeitern angeregte, Versammlung, zu welcher sich in der Tonhalle etwa 3000 Personen eingefunden hatten, eröffnete Herr Bandow mit einer kurzen Ansprache, in welcher er auf die drohende Kriegsgefahr als die nächste Veranlassung zur Berufung der Versammlung hinwies. Es sei Zeit, daß auch die arbeitenden Klassen, welche schon unter dem Druck der Verhältnisse zu leiden anfingen, ihre Stimme gegen den Krieg erhöben. (Beifall.)

Herr Bandow wurde hierauf als Vorsitzender durch Acclamation bestätigt und das Bureau durch die Herren Angerstein, Jörissen, Skladanowsky, Wiesert und Romansky vervollständigt. Nach einem kurzen Hinweis auf die bezüglichen Bestimmungen des Vereinsgesetzes schlug Herr Brandow der Versammlung folgende Resolution zur Annahme vor:

Die heute am 15. April 1866 in Berlin zusammengetretene Volksversammlung erklärt:

1) Ein Krieg zwischen Preußen und Oesterreich ist ein nationales Unglück und kann nur die Verstümmelung Deutschlands durch fremde Einmischung, sowie die gänzliche Vernichtung des Volkswohlstandes auf lange Zeit zur Folge haben.

2) Preußen hat durch seine Regierung die Sympathie des deutschen Volkes verloren. Nur ein freisinniges verantwortliches Ministerium ist unter Beobachtung der verfassungsmäßigen Rechte des Landes im Stande, diesen wiederzugewinnen und nur ein solches wird für eine Bundesreform auf freisinnigen Grundlagen allgemeines Vertrauen finden.

3) Den Schleswig-Holsteinern ist vor allen Dingen das Recht der Selbstbestimmung zu wahren. In der Selbstbestimmung der Völker allein liegt die sittliche und rechtliche Grundlage jeder Staatsform.

4) Die deutsche Frage ist nur zu lösen durch ein deutsches Parlament, welches nach Gewährleistung der in der Reichsverfassung vom 28. März 1849 festgestellten Grundrechte des deutschen Volkes durch freie Wahl mit allgemeinem gleichen Stimmrecht in geheimer Abstimmung gebildet ist.

5) Die Umwandlung der stehenden Heere in den deutschen Staaten zu Volksheeren ist allein geeignet, die Volksrechte dauernd zu wahren, die Arbeitskraft dem Lande zu erhalten, die Steuerlast zu vermindern, und ist eine Nothwendigkeit, um für die Zukunft Cabinetskriege unmöglich zu machen.

6) Wir fühlen uns einig mit allen Deutschen, welche nicht staatliche Sonderinteressen, sondern die Einheit und Größe des gemeinsamen Vaterlandes anstreben und reichen ihnen im Geiste die Bruderhand."

Nach Verlesung dieser Resolutionen begründete Herr Wilh. Angerstein dieselben in längerer Rede unter dem lebhaften Beifall der Versammlung. Er hob namentlich hervor, daß die Resolutionen keineswegs an die Regierungen gerichtet seien, sondern hauptsächlich dazu dienen sollten, durch klares Aussprechen dessen was das Volk denke, die Zusammengehörigkeit von Nord- und Süddeutschland zu wahren. Am Schluß verlas Herr Angerstein die Hauptsätze der deutschen Grundrechte, welche mit stürmischem Beifall aufgenommen wurden. Gegen die Resolution meldete sich Niemand zum Wort.

(Bravo!! Dreimal Bravo! Welch himmelweiter Unterschied zwischen diesen Resolutionen und den fortschrittlich-nationalvereinlichen, mit ihren geschraubten Phrasen gegen die „gewaltsame", „erzwungene" Annexion, wobei überall das niedrige Gelüsten nach der erschlichenen Annexion durchblickt. Bravo hier und Pfui dort! D. Red.) (Cob. Tagbl.)

Berlin. In der Versammlung der Wahlmänner und Urwähler des 1. Berliner Wahlbezirks wurden folgende Resolutionen angenommen:

„Angesichts der bedrohlichen Lage, in welcher Preußen und Deutschlands sich gegenwärtig befinden, indem einerseits ein Cabinetskrieg zum Zwecke der gewaltsamen Annexion der Herzogthümer zur Zersplitterung im Innern Deuschlands führt und die Gefahr einer Einmischung fermder Mächte heraufbeschwört; andererseits aber ein Widerstand Oesterreichs gegen die berechtigten Ansprüche Preußens" in den Herzogthümern *) nur darauf berechtigt sein kann, den gegenwärtigen politischen Zustand in Preußen, sowie die Eifersucht und die Befürchtungen der kleinen deutschen Cabinette auszubeuten, um die unter dem Namen des Bundestags organisirte Uneinigkeit Deutschlands zu erhalten und die Reformbestrebungen gewaltsam zurückzudrängen, erklären die heute versammelten Wähler des ersten Berliner Wahlbezirks:

1) der Krieg (Also nur der Krieg! D. Red.) zum Zwecke der Annexion ist ungerechtfertigt, und abgesehen selbst von den Gefahren fremder Einmischung den Interessen Preußens und Deutschlands entgegen;

2) der Bundestag als eine ausschließliche Vertretung der deutschen Fürsten ist ebensowenig wie die Politik des jetzigen preußischen Ministeriums geeignet, die Interessen Deutschlands wahrzunehmen und die schwebende Gefahr abzuwenden;

3) nur eine solche Regierung in Preußen, welche gestützt auf die Landesvertretung das volle Vertrauen des Volkes besitzt, würde auch heute stark genug sein, die verwirrten Verhältnisse in den Herzogthümern zu einer glücklichen Lösung zu bringen, und an diese die einzig mögliche Bundesreform unter Führung Preußens anzuknüpfen."

Dieser Mischmasch der Berliner Kammerdiplomaten wird darauf einstimmig angenommen. Mit einem dreimaligen Hoch auf die beschworene Verfassung trennt sich die Versammlung. Man vergleiche damit die obigen Resolutionen der Berliner Arbeiter.

*) Welches sind denn ums Himmels willen diese „berechtigten Ansprüche Preußens" in den Herzogthümern, und auf welchem Rechtstitel beruhen sie? Etwa auf dem Gutachten der „Kronjuristen"? D. Red.

Verden, 18. April 1866. Gestern wurden in einer aus allen Ständen der Gesellschaft sehr zahlreich besuchten Versammlung folgende Erklärung den Anwesenden von Dr. Werenberg zur Annahme empfohlen und einstimmig angenommen:

Ein Krieg zwischen Preußen und Oesterreich, um das Schicksal Schleswig-Holsteins zu entscheiden, ist gegen die Interessen des deutschen Volkes; er ruft die Einmischung des Auslandes herbei und untergräbt die bürgerliche Freiheit und den Wohlstand.

Das rechtswidrige Verfügen der beiden Großmächte über die von dänischer Herrschaft befreiten Herzogthümer dringt Verwirrung über das Vaterland.

In einem Augenblicke, wo die bisherige Bundesverfassung den Einsturz droht, wo es sich um Krieg oder Frieden, um das Glück oder Elend des deutschen Volkes handelt, muß dasselbe sein natürliches Recht geltend machen, mitsprechen bei der Entscheidung über die Zukunft, und ist daher die Berufung des deutschen Parlaments als erste Bedingung zur Verwirklichung dieses Rechts mit allen gesetzlichen Mitteln zu erstreben.

Am 11. April waren in **Neumünster** von 115 holsteinischen Vereinen 75 versammelt, um den furchtbaren Ernst der Lage zu besprechen. Die sonst übliche Oeffentlichkeit war diesmal ausgeschlossen. Eine Betheiligung von Seiten des befreiten, stammverwandten Schleswig schien nicht räthlich von wegen der berüchtigten „Zuchthausverordnung". Man einigte sich einstimmig in folgenden Sätzen: 1) Die bisherige Behandlung der schleswig-holsteinischen Sache bedroht Deutschland mit dem unermeßlichen Unglück eines Bürgerkrieges. 2) Eine Lösung derselben auf Grundlage des öffentlichen Rechts Deutschlands, wie unseres Landesrechtes und unter Mitbestimmung der Landesvertretung ist der gegebene Weg, das drohende Unheil abzuwenden. 3) Wenn ein Widerstand Preußens gegen solche Lösung zum Bürgerkriege führen sollte, so fällt die Verantwortlichkeit hiefür zweifellos auf die preußische Regierung. 4) Wie schwer auch ein Bürgerkrieg die ganze deutsche Nation treffen würde, so steht doch fest, daß ein Gewährenlassen der verabscheuungswerthen Politik des gegenwärtigen preußischen Cabinets Deutschland unrettbar dem tiefsten Verfall preisgeben müßte.

Donaufürstenthümer. Gebrannte Kinder pflegen sonst das Feuer zu scheuen, aber das Volk der Rumänen, nachdem es kaum seinen Cusa abgeschüttelt hat, wählt sich in der Person eines Berliner Garde-Dragoner-Offiziers, des Prinzen Carl Ludwig von Hohenzollern, wieder ein theures Haupt. Einstimmig, sagen die Berichte. Wie doch ein junger Prinz, dessen Namen höchst wahrscheinlich neun Zehntheile der biederen rumänischen Wähler erst am Wahltage zum ersten Male gehört haben, schneller noch als im Sturmschritt das Vertrauen einer Bevölkerung von 1⁴/₅ Millionen sich zu erobern gewußt hat. Nicht mit Unrecht weist die „N. Fr. Pr." in einem Leitartikel einer ihrer letzten Nummern, auf den wir zurückkommen werden, darauf hin, daß es sich hierbei um weitsichtige preußische Pläne handele, und daß diese Wahl und deren wohl vorbereitete Durchsetzung beweisen, daß Preußens kriegerische Entschlüsse feststehen. Auch diese Wahl ist mittelst des allgemeinen Stimmrechts zu Stande gebracht; ein weiterer Beweis dafür, wie wichtig es dabei ist, wer dessen Maschinerie in Bewegung setzt. Man vergleiche dazu den Leitartikel an der Spitze des politischen Theils unserer heutigen Nummer.

Auf der Tagesordnung **Großbritaniens** wird vorläufig noch die Reformbill den ersten Platz einnehmen. Ob,

wohl die Londoner Blätter, sagt ein Bericht vom 14. April, seit zwei Tagen auf 16 und mehr Spalten mit Parlamentsverhandlungen angefüllt sind, so liegt doch der Schwerpunkt dieser Frage weit mehr in den Volksversammlungen, die nunmehr massenhaft gehalten werden, und bei welchen eine Stimmung zum Ausdruck kommt, die sich in den meist absichtlich verstümmelten Zeitungsberichten nur sehr schwach wiederspiegelt. Was die Tories bisher höhnisch als nichtvorhanden bezeichneten, ist ihnen endlich in Hülle und Fülle zugemessen worden. Viele sind darüber tief erschrocken; andere, die Heißsporne der Partei, lassen sich dadurch zu Aeußerungen wie die folgenden, hinreißen: „Eher sollte die Themse mit Blut fließen, bevor eine republikanische Regierung in England eingerichtet werde." Nun, daran ist man freilich noch lange nicht. Allein durch fast alle Erörterungen hinsichtlich der Reformbill zieht sich, wie ein rother Faden, der Hinweis auf gewisse Möglichkeiten, die unter Umständen eintreten könnten, wenn man nicht bei Zeiten Zugeständnisse mache. — Die Arbeiter ihrerseits, denen von hohen Lords und und hochmüthigen Geldbrotzen so oft der Mangel an politischem Verständniß und an Vertrauenswürdigkeit vorgeworfen wird, fragen mit Recht: wer denn die amerikanische Frage richtiger beurtheilt habe, der Grundadel und der „höhere Bürgerstand", die sich für die Sklavenhalter erklären, oder die städtischen Arbeiter, die stets mit dem Norden sympathisirten? Wer sich anständiger benommen habe, die Aristokratie, die sich für die aus der Rinderpest ihr erwachsenden Verluste entschädigen ließ, oder die Arbeiter, die sich gegen Anerkennung der Rebellen-Konföderation erklärten, — obwohl sie durch die Baumwollennoth schwer litten? Wer endlich mehr Humanität gezeigt habe, jene sogen. höheren Klassen, die das Hängen, Niederschießen und Peitschen auf Jamaika billigten, oder die Arbeiter, die ihre Entrüstung darüber aussprachen? Gleichzeitig mit der politischen Bewegung unter den arbeitenden Klassen wird die Agitation für Herabsetzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden unter einer Anzahl von Gewerken sehr lebhaft betrieben und hat an mehreren Orten bereits obgesiegt.

Auch in **Amerika** ist noch nicht alles glatt und eben. Herr Johnson hat die Maske vollkommen abgeworfen. Nicht nur, daß er dem so gemäßigten Gesetz zum bloßen civilrechtlichen Schutze der Neger mit seinem Veto entgegentrat, hat er nun offen die Rebellenstaaten in alle Rechte wieder eingesetzt erklärt. Auf diese Weise würde Nordamerika um die wichtigste Frucht des furchtbaren Krieges gebracht werden. Die Abschaffung der Sclaverei wäre nur dem Namen nach gewährt, der Sache nach vereitelt! Es muß sich nun bald zeigen, ob die Nation sich um den wichtigsten Preis des schrecklichen Kampfes auf diese Art betrügen lassen will. Leider bestätigt sich bei dieser Gelegenheit in erschreckender Weise die schon öfter ausgesprochene Bemerkung, daß die Bestimmung der Unionsverfassung über Wahl und Befugnisse des Präsidenten eine höchst verfehlte ist. — Aus Texas die erfreuliche Botschaft, daß ein deutscher Abgeordneter, Namens Degener, im Staatsconvent mit einem meisterhaft begründeten Antrag auf Stimmberechtigung der Neger aufgetreten ist, worüber die Majorität, welche dort zusammengesetzt ist wie die aller südlichen Convente, d. h. sich nur mit Zähneknirschen in die Gebote der Nothwendigkeit fügt, so wüthend wurde, daß sie selbst sein Leben bedrohte. Der wackere Mann ließ sich aber nicht einschüchtern. Die Unionsliebe der texanischen Deutschen hat sich unter den traurigen Verhältnissen glänzend bewährt und ihnen die schrecklichsten, blutigen Verfolgungen zugezogen, über welche man erst jetzt alle gräulichen Einzelheiten erfährt. Die deutsche Kolonie in Texas wird auch fernerhin eine der Oasen in der Wüste südlicher Gemeinheit und Verrätherei bleiben, eine feste Burg bildend, von welcher das Sternenbanner stolz im Winde flattern mag.

Zürich, 10. April. Eine Anzahl Freunde deutscher Freiheit und Einheit in der Schweiz wird von jetzt an 14tägig eine autographirte Correspondenz abfassen. Den Standpunkt bezeichnen folgende Stellen aus der Einleitung: „Das schweizerische Volk und jeder, der in der Schweiz, dem ruhigen Asyl des Gesetzes und der Freiheit, lebt, hat gar kein Verständniß für die verkehrte Welt, in welcher Einer oder eine Handvoll Junker die Befugniß hat, Deutschland und den ganzen Erdtheil auf den Kopf zu stellen. In der Schweiz hat allein die Volksvertretung das Recht, Krieg zu beschließen; sie wird aber, ohne Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung, nie von diesem Rechte Gebrauch machen, selbst dann nicht, wenn es sich um einen gerechten Krieg handelt. Vollends aber einen ungerechten Krieg würde weder Bundesversammlung noch Bundesrath beginnen können. Ein Sturm der öffentlichen Entrüstung würde sie auf der Stelle hinwegfegen, wenn nicht schon der Geist der Verfassung hinlängliche Bürgschaft böte. Die Schweizer würden sich nicht gesenkten Kopfes zusammendrängen, wie eine Heerde Schaafe, wenn der Sturm oder der Wolf im Anzug ist. Was sehen wir dagegen in Deutschland namentlich in Preußen? Rücksichtslose Willkür und Anmaßung und gewissenlose Cabinetspolitik, welche sich weder um Gesetz und Verfassung, noch auch um Völkerrecht bekümmert. Nicht zufrieden, im Innern Recht und Wohlfahrt zu untergraben, geht die preußische Regierung damit um, das eigene Land sammt Deutschland und Europa dem Schrecken und Elend eines Krieges ohne Ursache und Rechtsgrund preis zu geben. Freilich ist dies bei weitem nicht das Schlimmste. Weit schlimmer, weit betrübender ist die Trägheit und Ruheseligkeit, mit welcher das preußische und deutsche Volk solchem unverantwortlichen Gebahren zuschaut und den allgemeinen Zusammensturz als selbstverständlich abwartet." (Endlich scheint's ja doch etwas warm zu werden. Uebrigens liegt's weniger am Volk als an den Führern, von denen ein großer Theil der Gewalt versteckt mit den Augen zuwinkt und die Kundgebungen des Volkswillens am liebsten ganz verhindern möchte. D. Red.)

Socialer Theil.

Ein Wort über Staatshülfe.

Von A. Lange.

I.

Die Allg. deutsche Arbeiterzeitung hat vor einiger Zeit in einer Reihe von Artikeln unter dem Titel „Versuch einer socialen Antwort" dem Inhalte meiner Schrift über die „Arbeiterfrage" mannigfache Anerkennung widerfahren lassen und dabei auch der „Staatshülfe" gedacht. Zu dieser Stelle (gegen Schluß des VI. Artikels) macht die Redaction eine Anmerkung, welche mir die nächste Veranlassung zu der folgenden Erörterung geboten hat. Die Stelle meiner Schrift, um die es sich handelt, lautet: „Die Zinsgarantie für eine Eisenbahn, die Betheiligung an einem Kanalbau durch Aktienzeichnung, Vorschüsse zu Bodenverbesserungen, selbst die Unterstützung höherer Lehranstalten, sind Dinge, denen an sich nicht mehr Recht auf die Mittel des Staates zusteht, als der Begründung solcher Arbeiter-Associationen, und wenn durch sie eine friedliche Lösung der Arbeiterfrage herbeigeführt werden könnte, so wäre sogar keine Summe besser und mehr im Sinne der wahren Aufgaben des Staates angelegt, als eben der Betrag eines solchen Staatscredits für eine Produktiv-Genossenschaft." Während der Referent diese Aeußerung billigt, bemerkt die Redaktion mit Beziehung auf die zuerst genannten Anlagen: „Ein Unterschied besteht bei diesen Dingen doch: sie dienen dem öffentlichen Nutzen Aller, nicht dem einer bestimmten Classe." Damit wird eine sehr wichtige Frage berührt, deren nähere Erörterung von großem Interesse ist.

Ich bin vor allen Dingen weit davon entfernt, diese Frage kurz mit Lassalle dahin zu erledigen, daß die Arbeiterklasse nach Abrechnung einer verschwindenden Minderheit den Staat ausmache. Wir haben allerdings in Preußen, dessen Verhältnisse mir genauer bekannt sind, etwa 1 Procent Adel und, wenn man nicht gar zu streng rechnet, etwa 4 Procent Geldaristokratie, die bürgerlichen Gutsbesitzer mit eingerechnet. Unter den übrig bleibenden 95 Procent findet sich aber außer der städtischen und ländlichen Arbeiterbevölkerung nicht nur der ganze Handwerkerstand, die selbstständigen Bauern, die Beamten, die Krämer, Wirthe u. s. w., sondern auch viele Kaufleute, und selbst bedeutende Unternehmer, die nur noch nicht gerade „ihr Schäfchen in's Trockne gebracht" haben. Anderseits ist unter dem Adel auch der arme Adel mitgezählt, der aber freilich unter irgend einer Form doch vom großen Staatseinkommen tüchtig zu zehren pflegt. — Es knüpft sich nun allerdings eine sehr wichtige sociale Frage schon an den bloßen Gegensatz zwischen jenen bevorzugten 5 Procent und der ganzen übrigen Masse, und auch auf diese Frage ist der Begriff der Staatshülfe anwendbar; nur freilich ist es nicht gerade die Errichtung von Produktiv-Associationen, um die es sich dabei handelt. Versuchen wir diesen Punkt zuerst zu erledigen!

Je mehr die Geldaristokratie, auf die es hier hauptsächlich ankommt, an Zahl und Reichthum wächst, desto mehr Dienste wird sie in irgend einer Form von den übrigen Menschen — natürlich gegen baare Bezahlung — in Anspruch nehmen. Wir wollen das Wesen eines wuchernden Luxus hier nicht weiter ausmalen und nur kurz daran erinnern, daß der Uebermuth, die Genußsucht und der Wetteifer der Verschwendung ihrer Natur nach in's Unendliche ohne Ersättigung des Gemüthes gesteigert werden können, und daß im Dienste dieses Luxus — natürlich gegen baar — immer mehr Kräfte der Menschen und der Maschinen verwendet werden. Die Sorge für die nöthigen Lebensbedürfnisse Aller fällt dadurch einer immer kleineren Zahl von Händen zu. Das Geld mag diese oder jene Bahnen in seiner Circulation durchlaufen — es bleibt doch nur ein Mittelglied, über welches man hinwegsehen kann, und dann bleibt die Thatsache übrig: je mehr Reichthum, desto mehr persönliche Dienste, direkt oder indirekt. Wir haben allerdings als Aushülfe die Maschinen und andere technische Erfindungen; allein dafür bleibt es auch dabei, daß die Erfindungen und Verbesserungen in der Produktion größtentheils nur den Ausfall in der nöthigen Arbeit decken, welcher durch die Befriedigung der Bedürfnisse der Reichen veranlaßt wird. Der eigentliche Zweck der Maschinen: Abkürzung der Arbeitszeit und dadurch Ermöglichung einer allgemeinen höheren Kultur wird sonach bisher durch das Wuchern des Reichthums vereitelt, und es kann die Frage entstehen, ob nicht eine weise Gesetzgebung bestrebt sein müsse, diesem Uebel Einhalt zu thun. Nach meiner Ansicht ist dies mindestens in demselben Maße zulässig, in welchem bis jetzt die Regierungen den Geld-Feudalismus durch zahlreiche Begünstigungen geflissentlich zu fördern suchen. Sobald in der Staatenbildung das Prinzip der Beiordnung an die Stelle der Unterordnung tritt, unterliegen unsere sämmtlichen Gesetzbücher und organischen Verwaltungseinrichtungen sehr wesentlichen Veränderungen. Daß man, ohne dem Einzelnen irgend etwas zu nehmen, durch die Gesetzgebung eine decentralisirende Wirkung auf die Vermögensbildung ausüben kann, während jetzt das gerade Gegentheil geschieht, ist eine Ueberzeugung, die sich einem unbefangenen Auge gar nicht entziehen kann *).

Es gibt also eine Idee der Staatshülfe im allgemeineren Sinne, für welche sich alle diejenigen (und dies sind wirklich etwa 95 Procent!) interessiren müssen, welche in dem Ueberhandnehmen des Geld-Feudalismus ein ebenso großes Uebel sehen, wie im Fortbestand des Adels-Feudalismus. Die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung muß mit der Zeit dahin kommen, ihr Interesse bei einer Gesetzgebung zu finden, welche die Centralisation zum Princip macht. Die Staatshülfe im specielleren Sinne dagegen, die Bildung oder Unterstützung von Produktiv-Associationen durch den Beistand der Staatsgewalt kann zunächst nur den Arbeitern der Industrie zugute kommen, deren Zahl man zwar sehr verschieden berechnen kann, die aber auch bei der günstigsten Berechnung schwerlich mehr als ein Viertel oder ein Fünftel der Bevölkerung ausmachen. Es entsteht nun die Frage: Kann die Hebung dieser Klasse direkt im Interesse des Ganzen liegen? Und ferner: kann das Hauptmittel, welches zur Hebung dieser Klasse vorgeschlagen wird, zugleich indirekt den Zwecken der Gesammtheit dienen? In der Beantwortung dieser Fragen liegt meine Rechtfertigung gegenüber dem Eingangs erwähnten Einwande. Wird sie mit Ja beantwortet, so bleiben nur noch die Bedenken der Ausführbarkeit, und die Vorurtheile der Manchesterschule gegen die Einmischung des Staates in wirthschaftliche Dinge. Diese Bedenken behandeln wir für diesmal nicht.

Betrachtet man den Staat als einen Organismus, so versteht es sich von selbst, daß die Hebung eines Theiles im Interesse des Ganzen liegen kann. „Wenn ein Glied leidet, leiden alle" ist ein bekannter Satz. So unrichtig es wäre, das Wohl einer einzelnen Klasse auf Kosten der Andern übermäßig zu pflegen, so sicher muß es auf Kosten des Ganzen gepflegt werden, sobald der Zustand dieser Klasse als ein wesentlich leidender, als ein krankhafter erkannt wird. Man muß sich jedoch vor solchen allgemeinen Betrachtungen hüten. Aus dem Begriff des Organismus beweist man uns auch, daß einzelne Klassen im Staat für immer zum Dienen berufen sind, andere zum

*) Vgl. die höchst beachtenswerthen Bemerkungen von St. Mill über Reform des Erbrechtes (Grundz. d. pol. Oekon. II., 2); die Angriffe der Deutschen Gemeindezeitung (z. B. in Nr. 8 des I. Jahrg.) auf den römisch-rechtlichen Eigenthumsbegriff; man denke ferner an die jetzigen Einrichtungen der Handelskammern, Geschwornen-Gerichte, Banken und andere Credit-Institute; an die Steuersätze, die Bildung der Einschätzungs-Commissionen, die Steuer-Credite, das Expropriations-Verfahren, den Grundsatz der ignoratio juris u. s. w. u. s. w. —

Herrschen und allerlei ähnlichen Schwindel. Halten wir uns also an die bestimmten Verhältnisse, welche in unserer heutigen Gesellschaft obwalten. Da bietet sich denn als nächstee, wenn auch nicht eben schönster Grund die Furcht vor der socialen Revolution. Daß diese Furcht nicht ganz grundlos ist, hat man namentlich seit der Pariser Junischlacht ziemlich allgemein eingesehen. Man spannte aber das Pferd hinter den Wagen und schrieb die Gefahr der socialen Revolution nur den socialistischen Theorieen zu. Wenn man diese erst aus der Welt hätte, meinte man, würde es mit einem Umsturz der gesellschaftlichen Ordnung keine Noth mehr haben. Viele glauben noch jetzt durch Verhöhnung der Socialisten, durch Untergrabung ihrer Existenz und Unterdrückung ihrer Meinungen ein Gott wohlgefälliges Werk zu thun, indem sie die Gesellschaft retten, wie man ehemals die Kirche durch Ketzerverbrennung rettete. Einer der oberflächlichsten Sophisten, die je zur Feder gegriffen haben, Bastiat, gab in dieser Beziehung den Ton an; allein die Pauke hat ein Loch, und man beginnt einzusehen, daß die Verbesserungs-Theorieen wohl eher der Ueberzeugung vom Vorhandensein der Uebel entspringen, als umgekehrt. Man darf ferner ja nicht glauben, daß die Leiden einer Minorität nicht im Stande wären, eine Revolution herbeizuführen, oder daß dies nur in dem centralisirten Frankreich durch den Einfluß von Paris möglich wäre. In unsern zur Zeit noch monarchisch regierten Staaten ist immer so viel anderweitiger Zündstoff vorhanden, daß eine große Störung im socialen Leben gleich zur Revolution werden kann, wie denn anderseits jede politische Revolution in einem der modernen Industrie-Staaten nothwendig auch einen socialen Charakter annehmen muß. Unter diesen Umständen, die eigentlich Jeder anerkennt, würde vielleicht die Furcht am meisten dazu beitragen, einen Versuch mit der Staatshülfe herbeizuführen, wenn es nicht tief in der menschlichen Natur begründet läge, jede große aber noch fern liegende Gefahr völlig zu vergessen, zumal wenn sie sich nicht durch sinnliche Anzeichen voraus verkündet. Die sichere Aufregung, welche das Experiment, zumal ein verfehltes Experiment, mit sich bringen würde, malt man sich mit Leichtigkeit aus, während man von dem drohenden Zusammenbruch aller bürgerlichen Verhältnisse, der aus der wachsenden Unterdrückung des Arbeiterstandes endlich einmal folgen muß, gar keinen Begriff hat und sich deshalb diesen unangenehmen Gedanken leicht aus dem Sinn schlägt. So wird die unedle Furcht durch einen nicht viel edleren Leichtsinn in Schranken gehalten, und der Staatsmann oder Schriftsteller, welcher mit versorgendem Sinn einem zukünftigen Unglück vorbeugen möchte, wird grade bei denen am wenigsten Stütze finden, die am meisten dabei interessirt sind, und die auch mit aus ihrer verblendeten Sicherheit in das Extrem des Schreckens übergehen werden, sobald die ersten Anzeichen eines social-politischen Erdbebens sich spüren lassen. Immerhin bleibt jedoch, wo nicht die Furcht, so doch die Befürchtung einer socialen Revolution ein ganz gerechtfertigter Grund, um jedweden Versuch zur Verbesserung der Lage der Arbeiterbevölkerung zu empfehlen, der sich zugleich durch volkswirthschaftliche Gründe als muthmaßlich erfolgreich darstellt. Man sage nicht, daß die Grundlagen der heutigen Gesellschaft als unbedingt geheiligt gelten müßten. Heilig ist uns unter den menschlichen Einrichtungen nur das Vernünftige und Zweckmäßige. Man sage auch nicht, daß man den Befürchtungen eines Schiffbruchs der Gesellschaft widerstehen müsse, daß es Tugend sei, ungerechtfertigten Ansprüchen der arbeitenden Klassen unter Verzicht auf eine wohlfeile Popularität entgegen zu treten. Entweder ruhen solche Ansprüche auf der Grundlage des volkswirthschaftlichen Optimismus (der Lehre, daß die wirkliche Gestaltung der Gesellschaft die möglichst beste ist), und dann sind sie hinfällig, weil der ganze Optimismus nur eine Phantasie ist*); oder sie zeugen von Unklarheit über die wahren Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens. Es kann Tugend sein, einer äußeren Gefahr standhaft zu trotzen; auch zufälligen und vereinzelten Ausbrüchen innerer Unzufriedenheit schroff entgegen zu treten und einer leichtfertigen Neuerungssucht gegenüber das Herkommen und die bestehende Ordnung zu vertheidigen. Wo aber eine ganze große Klasse der Bevölkerung von einem beständigen Gefühl des grollenden Mißbehagens durchdrungen ist, welches periodisch stärker wird und von Zeit zu Zeit eine drohende Höhe erreicht, da ist sicher ein Fehler in der Maschine, den man vielleicht verbessern, aber keinenfalls mit den gewöhnlichen Mitteln der Herrschaft dauernd unterdrücken kann. Hier hilft auch kein Moralpredigen; die Zeit geht eben mit neuen und großen Aufgaben schwanger, und wenn die Verständigen und Mächtigen das verkennen, so gibt's ein Unglück.

Ein weit edlerer Grund, warum die Hebung des Arbeiterstandes im Interesse des Ganzen liegt, tritt vorwiegend in freien Ländern hervor, und kann deshalb solche, die es werden wollen, nur doppelt interessiren. In den Vereinigten Staaten war die Sklavenfrage unzweifelhaft ein Gegenstand der gemeinsamen Sorge des ganzen großen Landes. Hätten die Sklaven sich selbst befreien sollen, oder hätte man sie bloß um ihres eigenen Wohles willen befreien sollen, dann hätte diese Frage noch lange ungelöst bleiben können. Aber man sah ein, daß ein freies Land die Sklaverei auf die Dauer nicht dulden kann, ohne seine Verfassung zu gefährden. Wo Sklaven sind, da sind auch Herren, und alle richtigen Herren werden mit der Zeit viel zu frech, faul und anmaßend, um als freie Bürger ein freies Land lieben und sich den gemeinsamen Angelegenheiten mit Aufopferung hingeben zu können. Wo Junker ihr Wesen treiben, kann die Freiheit nicht gedeihen; die Industrie bleibt zurück, die Bodenkultur verfällt und das Land kommt trotz aller Hoffahrt nicht vorwärts. So mußte dort um eines unglücklichen, unterdrückten Theiles der Bevölkerung willen ein ungeheurer Krieg geführt werden, in dem Ströme Blutes vergossen wurden. Aber schon wieder ist man in den vereinigten Staaten daran, eine neue Sklavenfrage zu lösen; nur gilt es diesmal nicht die Schwarzen, sondern es gilt die freien und dennoch gefesselten Arbeiter der Industrie. Die wirthschaftlichen Verhältnisse, welche in Europa sich schon so furchtbar entwickelt haben, sind dort erst im Entstehen begriffen, und schon denkt man in allen Ständen auf Abhülfe. Man will keine Mitbürger neben sich haben, deren trauriges Loos nicht einmal zuläßt, daß sie sich um die gemeinsamen Angelegenheiten kümmern; denen frühzeitige und übermäßige Arbeit die Möglichkeit genommen hat, ihren Geist zu bilden und an den politischen Pflichten und Rechten mit Interesse Theil zu nehmen. Deshalb versucht man zunächst, die Verkürzung der Arbeit auf acht Stunden täglich zum Gesetz zu erheben, um der Republik den ächten Menschenschlag zu erhalten, auf dem allein die Freiheit sicher ruhen kann, wie die Knechtschaft am sichersten auf der Entwürdigung der Masse beruht. Sollte aber das noch nicht helfen und sollte dagegen das Genossenschaftswesen in den Vereinigten Staaten tiefere Wurzeln schlagen, so würde man gewiß in keinem Lande der Erde eher dazu kommen, dasselbe auch mit Staatsmitteln zu fördern, als dort, in dem großen Stammlande der republikanischen Freiheit.

---

*) Vgl. meine eben erschienene Schrift: J. St. Mill's Ansichten über die sociale Frage und die angebliche Umwälzung der Socialwissenschaft durch Carey. Duisburg 1866.

Ein Versuch zur Betheiligung der Arbeiter am Geschäftsgewinn.

In der großen Fabrik von Draht- und Stahlumzäunungen der Herren Greening u. Co. in Manchester soll bald eine Betheiligung der Arbeiter am Geschäftsgewinne eingeführt werden, und zwar in einer Form, die, als ein Uebergang zum Besseren, auch anderwärts Nachahmung finden dürfte.

Wir geben daher wörtlich den Beschluß wieder, den die Directoren der Gesellschaft faßten und in einem Cirkularschreiben an die Arbeiter der Fabrik veröffentlichten.

Das Cirkularschreiben lautet: „Bei der am 12. Febr. d. J. stattgehabten Versammlung der Direction der Stahl- und Drahtumzäunungsfabrik von Greening u. Co. in Manchester wurde einstimmig beschlossen: Um den Fleiß und Eifer und die Treue der Commis, Meister und Arbeiter, welche bei der Gesellschaft im Dienste stehen, anzuspornen, und um ihnen die Möglichkeit zu gewähren, auch ein materielles Interesse an dem Gedeihen des Geschäftes zu erlangen, so werden die Directoren bei der nächsten ordentlichen Generalversammlung der Actionäre die Annahme folgender besonderer Bestimmungen beantragen und anempfehlen: 1) So oft der halbjährliche Reingewinn 7½ Proc. des einbezahlten Actiencapitals übersteigt, sollen — für jede 2½ Proc. weitere Dividende, welche den Actionären auf ihr Capital ausbezahlt wird — jeder Angestellte bei der Gesellschaft eine Dividende oder einen Zuschlag von 2½ Proc. zu der Summe des Lohnes oder Gehaltes empfangen, denn er während des betreffenden halben Jahres zuerkannt bekommen hat. Diese Betheiligung bei dem Gewinne gibt jedoch keinem Arbeiter, welcher nicht Actionär ist, ein Recht, sich irgendwie in die Verwaltungsgeschäfte der Gesellschaft einzumischen; ebensowenig legt sie ihm eine Verantwortlichkeit auf für irgendwelche Schulden oder Verbindlichkeiten der Gesellschaft. 2) Von Zeit zu Zeit sollen den Arbeitern Actien der Gesellschaft zu par ausgestellt werden, und dürfen sie die Einzahlungen auf dieselben entweder aus einer gemeinschaftlichen Casse, zu der sie beitragen, leisten, oder aus den für sie auflaufenden Dividenden oder Zuschlagszahlungen. 3) Diese Beschlüsse sollen gedruckt und unter den Arbeitern vertheilt werden, mit einer herzlichen Aufforderung an dieselben, das Gedeihen des Unternehmens fördern zu helfen, bei dem sie betheiligt sind."

Dieser Antrag wird ohne Zweifel von der demnächst zu haltenden Generalversammlung genehmigt werden, und wir sind der Ueberzeugung, daß die Actionäre diesen Schritt nicht werden zu beklagen haben. Das Einkommen der Arbeiter wird dadurch wesentlich verbessert werden und doch werden die Actionäre selbst noch den Hauptgewinn machen, denn nun wird es nie an tüchtigen Arbeitern fehlen, deren Selbstgefühl und gutes Betragen zugleich mit der Stellung, die sie einnehmen, gehoben wird. Während der Fabrikation wird möglichst wenig verdorben oder verschleudert werden, eine fortwährende Beaufsichtigung der Arbeiter wird überflüssig, die Feierabendstunden werden von selbst abgekürzt, eine Arbeitseinstellung ist gar nicht mehr denkbar und vor allem wird so nur ein herzlicheres Verhältniß und die Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter wieder hergestellt, wodurch allein das Gedeihen eines industriellen Unternehmens auf die Dauer gesichert ist.

(Reform.)

Das monarchisch-conservative Princip in Zahlen ausgedrückt.

Die Kirche hat bekanntlich einen großen Magen, was aber regierende Häupter in Anspruch nehmen, ist auch nicht wenig. Die nachfolgende Tabelle über das jährliche Einkommen der 19 namhaftesten Regenten Europa's ist nach den neuesten Bestimmungen zusammengestellt. Die Geldsummen sind in Francs (à 8 Sgr. preußisch) ausgedrückt.

	Fürstl. Eink.	Staatseink.	Proc.
Rußland	42,500,000.	1,200.000,000.	3,5.
Türkei	33,500,000.	310,000,000.	10,8.
Frankreich	26,000,000.	2,000,000,000.	1,3.
Oesterreich	20,000,000.	760,000,000.	2,7.
Italien	12,000,000.	510,000.000.	2,3.
Großbritannien	11,750,000.	1,800,000,000.	0,6.
Preußen	9.634,000.	500,000,000.	1,9.
Spanien	9,000,000.	620,000,000.	1,4.
Bayern	6,250,000.	95,000,000.	6,6.
Portugal	3,750,000.	75,000,000.	5,0.
Belgien	3,000,000.	150,000,000.	2,0.
Niederlande	2,500,000.	110,000,000.	2,3.
Sachsen	2,000,000.	60,000,000.	3,3.
Scandinavien	1,900,000.	40,000,000.	4,7.
Griechenland	1,300,000.	22,000,000.	5,9.
Dänemark	1,200,000.	45,000,000.	2,7.
Hannover	1,100,000.	70,000,000.	1,6.
Würtemberg	1,100,000.	35,000,000.	3,1.
Kirchenstaat	1,000,000.	30,000,000.	3,3.

Das gibt auf 19 gekrönte Häupter jährlich schon die nette Summe von 189 Millionen und 384 Tausend Francs. Und das sind nur die größeren, die vielen Kleinen sind dabei noch gar nicht mitgerechnet. Und dann sind diese 189 Millionen u. s. w., für welche die Gegenleistungen meist von sehr zweifelhaftem Werth sind, auch nur die directen Kosten für diese 19 gekrönten Häupter. Wollte sich Einer nun die Mühe geben zu berechnen, was dieselben indirect noch für Kosten verursachen, zur Sicherung Allerhöchst ihrer selbst und des „monarchisch-conservativen Princips" durch die stehnden Heere von Beamten, Staatsgeistlichen und Soldaten, kurz für die ganze künstliche Zuvielregier-Maschinerie" und wollte man ferner berechnen, wie viel mit dem ganzen Apparat wieder die Völker an ihrer gesunden, geistlich-sittlichen und wirthschaftlichen Entwicklung aufgehalten und corrumpirt werden, so würde, wenn sich das alles in Zahlen ausdrücken ließe, eine Billion jährlich noch nicht ausreichen. Und doch — ist es unbedingt nothwendig, daß wir das Beispiel Amerika's und der Schweiz tief verabscheuen.

Vom Rhein. Das gute Beispiel, das Hr. Egestorff in Hannover gegeben, trägt schon Früchte. Die „Rhein. Ztg." veröffentlicht folgendes Schreiben des Herrn Ewald Hilgers in Essen: „Hierdurch mache ich der kgl. Central-Commission für die pariser Ausstellung für 1867 die ergebene Mittheilung, daß ich meine Betheiligung an der pariser Ausstellung zurückziehe. So gern ich auch nach Kräften dazu beigetragen hätte, der deutschen Industrie die ihr mehr

und mehr gebührende Achtung zu verschaffen, so kann ich mich doch nicht an dem edlen Wettkampfe betheiligen, seitdem man sich den unpassenden Scherz erlaubte, einen 10jährigen Knaben zum Präsidenten dieses Unternehmens zu ernennen. Deutscher Gewerbefleiß und Industrie sind zu erhaben, um einem Kinde als Spielzeug zu dienen."

Berlin. In der letzten Sitzung des Fortbildungsvereins der Schneider wurde von einem Mitgliede die Mittheilung gemacht, daß Agenten aus England hier wären, um Schneider nach denjenigen Städten Englands zu engagiren, wo ihre Berufsgenossen die Arbeit eingestellt haben. Der Redner, welcher selbst lange Zeit in England gearbeitet, und die dortigen Arbeiterverhältnisse genau kennt, hat mit einem dieser Agenten gesprochen, und hat ihm dieselbe das Anerbieten gemacht, falls er mitreisen wolle, solle ihm, unter der Bedingung, daß er sich verpflichte, 2 Jahre dort (in Edinburg) zu arbeiten, ein wöchentlicher Lohn von 27 Schill. also 9 Thlr. preußisch, gezahlt werden. Dies ist jedoch für Jemand, der englische Zustände kennt, nicht besonders verlockend, da man hier mit 4 bis 4½ Thlr. eben so weit reicht, als dort mit 9 Thlr. Außerdem sollte dieser Lohn nur denjenigen gezahlt werden, welche englisch sprechen und als Dollmetscher zwischen den andern Arbeitern und dem Prinzipal dienen können. Nach näherer Beleuchtung der Sache, stellte es sich im Laufe der Debatte heraus, daß das Anerbieten selbst unter anderen Verhältnissen, nicht besonders günstig, und unter den obwaltenden Umständen erst recht davor zu warnen sei, da die dortigen Schneidergesellen durch Zuschub aus Deutschland verhindert würden, ihre Lage durch einen Strike (Arbeitseinstellung) zu verbessern. Da die Nothwendigkeit der Solidarität der Interessen für jeden denkenden Arbeiter auf der Hand liege, so begehe derjenige, welcher zur Verhinderung der Arbeitseinstellung die Hand biete, ein Unrecht gegen die englischen Arbeiter, und handle folglich auch gegen sein eigenes Interesse. Es wurde hierauf beschlossen, womöglich durch die Presse zur Aufklärung des Sachverhalts zu wirken, damit nicht auch in diesem Falle, wie leider so häufig, der deutsche Arbeiter das unbewußte Werkzeug zur Unterdrückung seiner Nebenmenschen, und der Spielball ausländischer Spekulanten werde. (Volksztg.)

Briefkasten.

Hrn. M. M. in Pforzheim. Flugblatt mit Nachtrag folgt mit der nächsten Nr. Für diesmal der Druckerei neben der Menge laufender Arbeiten nicht möglich gewesen. Die Expedition.

Arbeitsvermittelung.

99] Zwei bis drei im **Sopha- und Stuhl-Fach** geübte **Holzarbeiter** finden bei hohem Lohn, unter Vergütung der etwa veranlaßten Reisekosten, dauernde Arbeit bei

C. Meyer in Kiel,
Holstenstr. Nr. 22.

Verschiedene Anzeigen.

Ventilatoren.

72] **C. Schiele, Frankfurt a. M.**

Im Verlage von **J. Schneider in Mannheim** ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Ott-Eulenburg!

Die Ott'sche Entschädigungs-Frage.

Ein Zwiegespräch zweier Elsässer.

Von

Henri Schirmer.

Aus dem Französischen in autorisirter Uebersetzung.

Anhang:

Die Eulenburg'sche Sache.

Original-Artikel von

Eugène Seinguerlet.

Uebersetzung und Urschrift.

Gr. 8. geh. Preis: 7½ Sgr. = 27 kr. rh.

In **F. Streit's Verlagsbuchhandlung** in **Coburg** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Deutschlands

Errettung aus tiefster Schmach.

Programm der Zukunft.

Zweite, durchgesehene Auflage.

Preis 6 Sgr. oder 21 kr.

Mit kundiger Hand, in kurzen, schlagenden Zügen, überall auf fester geschichtlicher Grundlage ruhend, zeichnet die Schrift die bisherigen Mißgriffe in der nationalen Bewegung und das, was, ohne fernere Selbsttäuschungen, zu gründlicher, zuverlässiger Lösung endlich geschehen muß, längst hätte geschehen sollen und wozu das erwachende Volksbewußtsein mehr und mehr hindrängt. Es sind die ersten Grundlinien des nationalen Programms der Zukunft, welche die Schrift zeichnet. Dieselbe mag bekämpft werden, ignorirt werden kann sie nicht. Kein künstliches Produkt doctrinärer Stubengelehrsamkeit, sondern herausgewachsen aus der bedrohten Lage des Vaterlandes und zu deren richtiger Beurtheilung dienend, muß die Schrift ohne Unterschied des Standpunktes, in der Hand jedes deutschen Politikers sein.

Die erste Auflage war in wenig Wochen vergriffen. In Preußen hat man durch **sofortiges Verbot** den Werth der Schrift anerkannt.

Weltgeschichte

von

Gustav Struve.

Die **siebente** Auflage, fortgeführt bis zum Jahre 1863, ist vollendet und nahezu bereits vergriffen. Preis für das ganze Werk 12 Thlr. Bestellungen auf die complette 7. Auflage wollen zeitig gemacht werden. Eine neue **achte** Lieferungsausgabe in 63 wöchentlichen Heften in gr. 8. ist bis zum 6. Bande gediehen. Subscriptionspreis 6 Sgr. oder 21 kr. pro Heft. Subscribentensammler und **Vereine** erhalten, bei directem Bezug und Baarzahlung, 10% Provision und auf je 10 Exemplare ein Freiexemplar, so daß für thätige Verwendung ein sehr lohnender Gewinn in Aussicht steht.

Das Werk, auf dem freien Boden Nordamerikas entstanden, in den Prinzipien und Anschauungen des freien Volksstaats, dem die Zukunft gehört, fest wurzelnd, hat in seinen **sieben Auflagen**, jenseits wie diesseits des Oceans, nicht blos unter den deutschen Landsleuten, sondern auch unter den Amerikanern und Engländern sich und dem deutschen Namen Achtung erzwungen und darf wohl in immer weiteren Kreisen auf den Anklang rechnen, den das von tiefsittlichem Geiste, von glühender Liebe zu seinem Volk und Vaterland gleichwie von echt praktischer Lebensweisheit durchdrungene, auf freiestem Boden geschriebene Wort eines freien Mannes zu beanspruchen berechtigt ist von Allen, die das gerechte, aber unerbittliche Richteramt der Geschichte und ihre Bedeutung für wahre Bildung und Erziehung des Volkes zur Freiheit im wahren und edelsten Sinne des Wortes anerkennen.

Das Papstthum

in seinem Verfall, im feindlichen Gegensatz zum Fortschritt der Menschheit,

im Widerstreit mit den Lebensinteressen

Deutschlands und Italiens.

Inhalt:

I. Eine Antwort auf die Encyclica an Pius IX. von Joseph Mazzini.
II. Ein Mahnruf an das deutsche Volk von einem alten deutschen Patrioten.

Preis 8 Sgr. oder 28 kr. (1 Franc.)

Die „Constitutionelle Zeitung in Dresden" berichtet ihren Lesern darüber wie folgt: Die Schrift gibt die Uebersetzung von Mazzini's Brief an den Papst, welchen dieser Freiheitsapostel im Namen des italienischen Volks an den heiligen Vater als Antwort auf dessen letzte Encyclica geschrieben und worin er den Sieg der neuen Ideen sowie den Untergang aller kirchlichen Herrschaft verheißt. Daran anschließend einen Mahnruf an das deutsche Volk von einem alten deutschen Patrioten, der nicht minder energisch sich gegen den Vatican ausspricht. Der Brief Mazzini's ist kühn, voll Schlagkraft und vernichtender Schärfe; der Mahnruf an das deutsche Volk ist ein Angriff gegen das Papstthum aus dem Geist und den Erfahrungen unserer Geschichte heraus.

Zwei Vorträge

über die

gegenwärtigen freien Gemeinden

in Deutschland

und über

Alt und Neu in der Religion.

Von

Prediger **Uhlich** aus **Magdeburg.**

Gehalten am 25. u. 29. September 1865 im Schießhaussaale in Coburg.

Preis 4 Sgr. oder 14 kr.

Der Name des Verfassers, die große Theilnahme des Publikums bei Abhaltung dieser Vorträge hier, die starke Nachfrage nach deren Abdruck schon vor dessen Erscheinen, überheben jeder besonderen Empfehlung.

Von der zweckmäßigen

Heeresbildung

und erfolgreichen

Kriegführung u. ihren Hindernissen.

Zur Frage des Uebergangs vom stehenden Heerwesen zum Milizsystem.

Mit einem Anhang:

Die stehenden Heere und der arme Konrad.

Von

W. Rüstow,
Oberst-Brigadier.

Zweite vermehrte Auflage. **Volksausgabe.**

48½ Bogen. gr. 8. Preis 2 Thlr. 20 Sgr. oder 4 fl. 40 kr. S. W.

Während bei dem Erscheinen der ersten Auflage das Interesse an der Frage der Heeresreform noch sehr wenig lebendig war, hat dieses in Folge dessen und der daran anschließenden fortgesetzten öffentlichen Besprechung dieser Fragen in immer weiteren Kreisen Wurzel gefaßt und es wurde die Frage der Wehrreform, sowohl in der Richtung nach Außen als Machtfrage, wie in der Richtung nach Innen als Frage des Schutzes der Freiheit und des Rechtes, und bei dem in Folge des stehenden Heerwesens immer mißlicher sich gestaltenden Stande der Budgets der meisten Staaten, von allen denkenden Politikern als die brennendste Frage der Gegenwart betrachtet. Der berühmte, in seinem Fach längst als Autorität anerkannte Verfasser des obigen Werkes hat in der neuen Ausgabe in noch präciserer und schlagenderer Zusammenfassung nicht nur die ganze Unhaltbarkeit und Verwerflichkeit des stehenden Heerwesens, sondern ebenso auch die praktische Möglichkeit eines allen Anforderungen entsprechenden, wahrhaft volksthümlichen Milizsystems und dessen Fundamentalsätze, auf Grund seiner reichen Sachkenntniß und Erfahrung, vom theoretischen wie vom praktischen Standpunkt, für den Sachverständigen wie für den Laien gleich überzeugend dargethan. Das Buch ist für Militärs wie für Nichtmilitärs, namentlich für alle Mitglieder gesetzgebender Körperschaften, wie überhaupt für jeden, der sich über die einschlagenden Fragen volle Klarheit verschaffen will, ein ganz unentbehrliches Hand- und Hülfsbuch, die „Bibel der Wehrreform", wie ein sachverständiger Beurtheiler das Werk genannt hat. Die unterzeichnete Verlagsbuchhandlung ist bei dieser Volksausgabe, in welcher der Herr Verfasser auch die wirthschaftliche und sociale Seite des Gegenstandes scharf beleuchtet und dadurch das Werk auch den weitesten Volkskreisen, namentlich den Arbeiterkreisen doppelt interessant gemacht hat, bemüht gewesen, soweit irgend möglich durch Billigkeit des Preises das bedeutende Werk auch den weitesten Kreisen zugänglich zu machen und halten wir uns bei dem erwachten und täglich wachsenden Interesse für den Gegenstand des Werkes einer der großen Bedeutung der Sache und dem bleibenden Werthe des Werkes entsprechenden Verbreitung auch dieser neuen Volksausgabe versichert.

Inhaltsverzeichniß

der in L. Schweigert's Verlag in Coburg erscheinenden „Deutschen Wehrzeitung" Nr. 116:

Ueber Militär-Gerichtsbarkeit. — Der Reichthum, die Hülfsquellen und die Nationalschuld der Vereinigten Staaten von Nordamerika (Schluß.) — Einige Bemerkungen über Kriegswissenschaft (Fortsetzung). — Ein Blick auf die Entwicklung der Reiterei (Schluß.) — Vermischtes. — Correspondenzen. — Aufruf. — Briefkasten.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert in Coburg.

Nr. 174. Vierter Jahrgang. Sonntag,

Coburg. 29. April 1866.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Organ der deutschen Arbeiterbildungsvereine.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 48 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 1 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung“, Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

Vereinsangelegenheiten.

Berichtigung.

Nürnberg. In der Correktur des letzten Cirkulars des ständigen Ausschusses ist ein unliebsamer Fehler stehen geblieben, welcher auch in die Arbeiterzeitung übergegangen ist. Im letzten Satz des ersten Absatzes: „Da der Ausschuß durch diese Correspondenz den oben berührten Zweck“ u. s. w., sind die drei Worte: „der Ausschuß durch“ zu streichen.

Mülßen St. Niclas. Am 4. März fand hier eine Versammlung von Arbeitern und Leisefreunden statt, die von der Bewohnerschaft des Versammlungsortes, so wie von Zwickau, Glauchau, Lichtenstein, Callenberg, Bernsdorf, Ortmannsdorf, Thurm, Michelu und Mülßen St. Jakob ungewöhnlich zahlreich besucht war. Herr Dr. Weithmann aus Leipzig sprach in gediegener und klarer Weise über die Volksschule. Nach diesem berichtete Herr C. Meyer in Mülßen über das Gemeindewesen in Sachsen, woran sich eine längere Debatte knüpfte, in welcher man sich mit den Beschlüssen der Leipziger Bürgerversammlung einverstanden erklärte. Hierauf hielt Herr Dr. Weithmann einen zweiten Vortrag und zwar über das allgemeine und direkte Wahlrecht.

Noch beantragte Herr Kraft aus Zwickau die Versammlung wolle erklären:

a. Sie erkennt die Berechtigung des ständigen Ausschusses zu seinen Maßnahmen beziehentlich der Agitation für das allgemeine und direkte Wahlrecht an und ist gern bereit, ihn in seinem weiteren Vorgehen nach Kräften zu unterstützen.

b. Es ist wie dringende Nothwendigkeit, so auch Pflicht der Arbeiter, allen Streit um Personen fallen zu lassen und jederzeit fest und einig für die Lösung der Arbeiterfrage einzustehen.

Einstimmig angenommen.

Haynichen, 20. April. (Verspätet.) Auch der unterzeichnete Verein erklärt sich laut Beschlusses vom 3. April mit dem Vorgehen des ständigen Ausschusses, durch Herrn Staudinger, das allgemeine und direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmgebung betreffend, völlig einverstanden.

Ein Circular in dieser Angelegenheit ging uns nicht zu, obgleich wir dem Verbande deutscher Arbeitervereine angehören.

(☞ Immer noch sind viele, namentlich auch von den größeren Vereinen, mit ihren Erklärungen in dieser Angelegenheit zurück. Warum das? Hoffentlich sind nicht ähnliche Verhältnisse wie in Pforzheim — vgl. das heute beiliegende Flugblatt — hie und da die Ursache. D. Red.)

Der Arbeiterbildungs- und Unterstützungsverein.

Haynichen, 22. April. Sonntag, den 6. Mai feiert der hiesige Arbeiterbildungs- und Unterstützungsverein sein erstes Stiftungsfest, wozu alle Brudervereine hierdurch freundlichst eingeladen werden.

Das Festcomité.

Göppingen. In der letzten Generalversammlung des hiesigen Arbeiterbildungsvereins, 11. März l. J., sowie bei einer gemeinschaftlichen Versammlung des hiesigen und des Arbeiterbildungsvereins Kleineislingen, 25. Februar l. J., wurde einstimmig beschlossen, folgende Erklärung abzugeben:

Die Versammlung erklärt, daß sie die Angriffe, welche die badischen Vereine, Carlsruhe, Pforzheim und Heidelberg, gegen den Vorsitzenden des in Nürnberg ständigen Ausschusses, P. Staudinger, machten, mißbilligt, daß dieser vielmehr ganz in seinem Rechte war.

Man stritt sich am dritten Arbeitertag allerdings darum, ob man sagen solle: Es ist Pflicht der Arbeitervereine, mit allen gesetzlichen Mitteln nach Erlangung des allgemeinen und directen Wahlrechts zu streben, oder ob man sagen solle: Es ist Pflicht jedes einzelnen Arbeiters rc., welch letzteres aber, trotzdem sich die meisten Redner nur für ersteres aussprachen, aus Rücksicht gegen die in einzelnen Staaten bestehenden Vereinsgesetze, angenommen wurde, welche es den Vereinen nicht erlauben, über politische Dinge zu discutiren. Es ist aber mit Bestimmtheit zu sagen, daß wenn nicht größere Massen sich mit einander verständigen und um dieses Recht gemeinschaftlich bitten, es jederzeit einer jener frommen Wünsche bleibt, welche die Zeit so gern vergessen macht. — Deshalb ist es die Pflicht sämmtlicher Arbeiterbildungsvereine, mit ihrer ganzen Kraft dafür einzustehen, gerade so wie es die würtembergischen Arbeiter voriges Jahr zur Abschaffung des so beschränkenden Ehegesetzes gethan haben — und der schönste Sieg folgte ihrer Mühe.

In Betreff unseres Vereinslebens Folgendes:

Jedem, der sich einigermaßen in die Verhältnisse eines Arbeiterbildungsvereins hineingelebt hat, ist bekannt, daß es um die Existenz dieser Vereine ungefähr so aussieht, wie um ein Schiff auf hoher See. Bald ist es schön Wetter, man steuert mit den besten Hoffnungen dem vorgesteckten Ziele zu, unversehens kommt aber ein Sturm, wo die Wellen des Meeres das Schiff so sehr bedrohen, daß man den Untergang desselben befürchten muß — ein solches Schiff ist unser Verein seit seinem dreijährigen Bestehen. Was uns aber am meisten Widerwärtigkeiten bereitete, war unser nun aufgelöster Gesangverein.

Dieser trat bald nach Entstehung unseres Arbeiterbildungsvereins in corpore uns bei, betrachtete sich aber noch ziemlich selbstständig, trotzdem wir sämmtliche Musikalien, ohne die von demselben beigebrachten, sowie den Lehrer, welcher Singunterricht ertheilte, zahlen mußten, und es auch thaten, so lange die Sänger halbwegs ihren Pflichten nachkamen.

Am 20. August vor. J. feierten wir unsere Fahnenweihe; dieses Symbol der Eintracht brachte aber Zwietracht in unseren Verein, indem es einigen Sängern einfiel, einen Theil des am Tag der Fahnenweihe als Entrée eingegangenen Geldes für die Sänger zu einer Lustfahrt nach Ulm zu beanspruchen, was aber nicht bewilligt wurde. Seit jener Zeit waren es immer einzelne Sänger, welche wiederholt den Verein in seinen Bestrebungen aufhielten; in Folge dessen die Auflösung des Gesangvereins als ein nothwendiges Uebel gefordert und auch in zwei aufeinanderfolgenden Generalversammlungen 21. und 27. Januar d. J. einstimmig angenommen wurde. Mit diesen und ähnlichen Schwierigkeiten hatten wir schon vielfach zu kämpfen, doch kann unser Verein auch viel Erfreuliches nachweisen. — Seine Bibliothek besteht derzeit aus

230 Bänden nebst 35 Gesangheften. Im Lesezimmer befinden sich 6 Zeitschriften und 5 Journale. Ein Consumverein wurde im Mai vor. J. gegründet, welcher sich zwar langsam entwickelt, doch aber in letzter Zeit mehr Theilnahme findet. — Ferner wurde im October vor. J. eine Krankenunterstützungscasse gegründet, welche 30 Mitglieder zählt. Eine weitere erfreuliche Thatsache ist die Gründung einer Weberassociation zur Verfertigung von Corsetten, welche ihr Geschäft am 22. Januar d. J. begann und nun bei 13 Betheiligten mit 30 Stühlen arbeitet. Dieselbe ist mit Aufträgen so überhäuft, daß sie für 100 Arbeiter Beschäftigung hätte, wenn ihr die erforderlichen Localitäten zur Verfügung ständen.

Ein weiteres erfreuliches Resultat ist die in sicherer Aussicht stehende Erbauung von Arbeiterwohnungen, welche von unserem Vorstand, Herrn L. Bareiß, im Volksverein angeregt wurde und zu deren Ausführung bereits 20,000 fl. in Actien gezeichnet sind. Zum Ruhm unserer Industriestadt müssen wir überhaupt hier constatiren, daß trotz einzelner Anfeindungen doch viele Bürger sich für unseren Verein interessiren, was wir hauptsächlich bei unserer Fahnenweihe empfunden haben, sowie in der beständigen Unterstützung in Ausstattung unserer Bibliothek und Haltung von Zeitschriften, wovon wir das Meiste bisher gratis erhielten. Da viele Mitglieder unseres Vereins auch Mitglieder des Volksvereins sind, so wurde unser Verein zu den verschiedenen Vorträgen, welche in genanntem Verein letzterer Zeit stattfanden, ebenfalls eingeladen. Dieselben wurden gehalten von Herrn Moritz Hartmann, welcher in zwei Abenden über den Cevennenkrieg zu Anfang des vorigen Jahrhunderts in verständlichster, klarer Weise sprach, wobei ihm sein ausgezeichnetes Organ sehr zu Hülfe kommt, so daß er die aus allen Ständen der Gesellschaft anwesenden Lauscher auf's Vortrefflichste befriedigte.

Inzwischen dieser beiden Vorträge hielt Herr Pfarrer Albrecht einen solchen über die Reform der Schule, wobei er besonders darauf hinwies, daß man in allen Ständen avanciren könne, nur dem Lehrer sei eine höhere Stellung in seinem Fache nicht möglich, weil nur ein Geistlicher dem bestehenden Gesetze nach sein Vorgesetzter sein könne; folglich ein Lehrer, falls er avanciren wolle, dem Lehrerfache entsagen müsse und somit der Volksschule ihre tüchtigsten Kräfte entzogen werden.

Am 18. März hielt Herr Dr. Hermann Kurz, Bibliothekar an der Universität Tübingen, einen interessanten Vortrag über die Verheerung Schwabens unter Ludwig XIV. durch den Mordbrenner Melac, wie dann die Weiber von Schorndorf der Uebergabe dieser Festung vorbeugten, welchem Beispiel die Weiber in Göppingen folgten.

Bei öffentlichen Angelegenheiten betheiligte sich unser Verein stets lebhaft, z. B. mit:

1) der Abschaffung der Todesstrafe und der Lebenslänglichkeit bei Anstellung von Ortsvorstehern, behufs dessen er sich auch zahlreich bei der Unterschrift der zu diesem Zwecke verfaßten Petitionen betheiligte;
2) fand eine weitere Petition zu Gunsten einer Eisenbahnverbindung zwischen Göppingen und Gmünd zahlreiche Unterstützung.

Herr Hochberger aus Eßlingen, sowie Herr Pfeiffer aus Stuttgart besuchten uns seit einem Jahre mehrere Male, besonders sind wir letzterem Herrn zu vielem Dank verpflichtet für seine Verwendung für unsere Weberassociation.

Vorsitzender:	Schriftführer:
Louis Bareiß.	Brunnenmeyer.

Cannstadt, 23. April. Der seit Mitte Januar hier bestehende Arbeiterbildungsverein erfreut sich eines sichtlichen Gedeihens, indem seine Mitgliederzahl stets im Wachsen begriffen ist und die aus dem Schoße des Vereins hervorgegangenen Schöpfungen volle Beachtung verdienen; darunter stehen obenan die Bildung einer Krankenunterstützungskasse, einer Sparkasse mit Anschluß an die hiesige Spar- und Vorschußbank, die Errichtung eines Vereinskosttisches bei dem Vereinswirth; seit Kurzem wird den Mitgliedern auch Unterricht im Schönschreiben und Singen ertheilt, weitere Lehrkräfte besitzen wir bis jetzt noch keine, haben jedoch von verschiedenen Seiten das Versprechen erhalten, daß wir auch hierin unterstützt werden sollen. Die Lesebibliothek wurde in neuerer Zeit ansehnlich vermehrt durch die reichlichen Geschenke hiesiger Einwohner, so daß unsere Leihbibliothek bereits über 100 Bände zählt. Von dem Stuttgarter Arbeiterbildungs-Verein erhielten wir bisher lehnungsweise Bücher aus der dortigen Bibliothek, wofür wir hiermit unsern Dank aussprechen. — Möge unser Verein fortan stetig zunehmen und wir bald wieder Gelegenheit nehmen können, erfreuliche Mittheilungen darüber zu machen. — Vor Allem aber gebührt Dank und Anerkennung unserem Vorstand, Herrn H. Wagner, welcher mit Liebe und Umsicht die Leitung wie Pflege des Vereins sich zum Ziele gesetzt hat und mit seltener Opferwilligkeit und Ausdauer den von ihm übernommenen Obliegenheiten und Pflichten auf's Uneigennützigste sich widmete.

Mit Gruß und Handschlag

E. Waldenmaier, II. Vorstand.

Gotha, 16. April. Gestern feierte der hiesige Arbeiterverein sein drittes Stiftungsfest im festlich decorirten Saale der Steinmühle. Als Gäste waren 32 Mitglieder des Arbeitervereins in Arnstadt, 12 von Waltershausen, 6 von Sonneborn erschienen.

Nachdem der Vorsitzende Sauerteig das Fest eröffnet, gab derselbe einen Rechenschaftsbericht über die Thätigkeit des Vereins im verflossenen Jahre, wobei der Gründung der Krankenkasse für Frauen und Mädchen, sowie der noch im Entstehen begriffenen Productivgenossenschaft besonders zu erwähnen ist.

Hierauf wurde von den Sängern des Vereins ein Gesang aufgeführt, nach welchem Herr Rippoldt die Festrede hielt. Es sprachen noch Herr Hirschfeld von hier und die Herren Arnkeifer und Graf aus Arnstadt trugen Gedichte mit Gesängen abwechselnd vor.

Abends wurde ein von Herrn Rippoldt verfaßtes Drama „Servet" aufgeführt, auf welches ein Festball folgte.

Gotha, 24. April. So wie in Pforzheim die gothaischen Professoren, so hat auch hier schon zu Neujahr der Professor Kühne, — welcher sich bekanntlich mit 600 Mitgliedern beim Gewerbeverein brüstete — seinen Rücktritt vom Vorsitz erklärt; angeblich wegen Mangels an Theilnahme. — Der Gewerbeverein soll bis heute noch keinen anderen Vorsitzenden haben. Gestern hat der hiesige Landtag einer aus wohlhabenden Handwerkern und Kapitalisten bestehenden Productivgenossenschaft zur Anfertigung von Bauhölzern ꝛc. 20,000 Thlr. Darlehn aus der Staatskasse verwilligt, da die betreffende Gesellschaft ihre Actien nicht anderweit begeben konnte. Ob wohl der jetzige Landtag auch einer Productivgenossenschaft von Arbeitern ein Darlehn aus der Staatskasse verwilligte?

† **Celle**, 24. April. Wie es heißt, so soll unser König der guten Stadt Celle eben nicht sehr zugethan sein, weil sie demokratische Tendenzen in ihren Mauern dulden soll, namentlich aber schon seit langen Jahren einen liberalen Abgeordneten in die Ständeversammlung schickt. Wahrscheinlich zur Begründung einer besseren loyalen Gesinnung sind in den letzten Jahren hier sehr viele Comerzienräthe, Hofschuster, Hofschneider, Hofmaterialisten u. s. w. ernannt, welche denn auch sofort „ihre politische Farbe", wenn sie solche überhaupt hatten, wechselten. In den letzten Jahren hat Se. Majestät der König bei dieser oder jener Gelegenheit fast alle größeren Städte besucht und man hat ihn ungeheuer entgegengejubelt. Celle, war bisher nicht besucht worden. Bei einem Besuche, vor zwei Jahren, bei Gelegenheit des landwirthschaftlichen Jubiläums, waren öffentliche Feierlichkeiten nicht angeordnet. Vor einigen Wochen machte ein hiesiges Localblatt die unschuldige Mittheilung, daß die restaurirte Schloßcapelle in nächster Zeit eingeweiht werden solle und die ganze königl. Familie dazu erwartet werde, als auch sofort ein Comité, bestehend aus drei Comerzienräthen, einem bisher sehr freisinnigen Fabrikanten, welcher wahrscheinlich auch Comerzienrath zu werden beabsichtigt, und einem blutjungen Advocaten, zusammentrat, welches die Behörden, Gemeinden, Vereine, mit Ausnahme des Handwerkervereins, in welchem der liberale Abgeordnete unserer Stadt, Präsident ist, und Corporationen zu einer durch einen Deputirten zu beschickenden Versammlung einlud, um über die Einladung und Empfangnahme des Königs zu berathen und zu beschließen.

Auch der Arbeiterbildungsverein erhielt eine solche Einladung und leistete derselben Folge, da der König den Arbeiterbildungsvereinen sehr gewogen sein soll. Vor einigen Jahren erhielt der Infanterist Spinner, welcher die Fahne des hiesigen Arbeiterbildungsvereins muthwillig zerriß, für diese Heldenthat vom König einen Orden.

In der Versammlung ist einstimmig beschlossen, daß der König nicht eingeladen werden solle und könne, daß derselbe aber bei seiner nächsten Hierherkunft feierlich empfangen werden solle.

Das Einladungs-Comité geht von dem Grundsatze aus, daß in einem constitutionellen Staate, der Staatsbürger dem Staatsoberhaupte Achtung schuldig sei und zu beweisen habe, ganz gleich, wie man über die Regierungsmaßregeln denken und urtheilen möge. Mag es mit der Richtigkeit obigen Grundsatzes dahin gestellt bleiben, so sind wir doch der Ansicht, daß in einem constitutionellen Staate alle Factoren sich gegenüber Achtung schulden, auch das Staatsoberhaupt dem Staatsbürger, dessen Freiheit und materielles Wohl fördernde Gesetze nicht vorenthalten darf und daß es sehr fraglich erscheint, ob man dann, wenn die staatliche Gesetzgebung, überhaupt das Walten der Regierung so viel zu wünschen übrig läßt, gut thut zu jubeln, um den König in dem Wahne, daß man unterthänigst zu finden sei, zu bestärken.

Unserer Ansicht nach thut man besser nur zu jubeln, wenn man solches mit überzeugungsvollen Herzen thun könne, sonst aber zu schweigen, um Mißverständnissen vorzubeugen.

Der **Berliner** Arbeiter-Verein hielt vorgestern, den 23. d. M., eine Versammlung zur Besprechung der Erfolge seiner Petition an das Abgeordnetenhaus, betreffs des allgemeinen gleichen Wahlrechts mit geheimer Abstimmung. Vor Eintritt in die Tagesordnung theilte der Vorsitzende Herr Bandow verschiedene Mittheilungen über die am 15. d. M. abgehaltene Volksversammlung aus mehreren Zeitungen mit, von denen ganz besonders die Bemerkungen der „Schleswig-Holsteinischen Zeitung" vom 18. d., welche eine vollkommene Zustimmung zu den in jener Versammlung gefaßten Resolutionen enthält, hervorzuheben ist. Ferner berichtete Herr Bandow, daß ihm ein Telegramm aus Stuttgart zugegangen sei, welches lautet: „Die Landesversammlung der Deutschen Volkspartei in Würtemberg schickt Gruß und Dank den Arbeitern Berlins wegen des echten deutschen und freien Geistes ihrer Beschlüsse. Stuttgart. Vorsitzender Bareis." Bei einer kurzen Debatte, welche sich hieran knüpfte, wurde mißbilligend erwähnt, daß, während die Berliner Preßorgane auf das Bereitwilligste ihre Spalten den Berichten über National-Vereins- ꝛc. Versammlungen öffneten, sie die Berichte über die vom Allgemeinen Arbeiter-Verein veranstalteten Volksversammlungen in dürftiger Form und auf ein Minimum von Raum beschränkt, mitgetheilt hätten. — Hierauf wurde der Bericht des Abg. Jung, welcher als Referat der mit Berathung der Petition im Abgeordnetenhause beauftragten Commission veröffentlicht worden ist, verlesen und eine Discusion darüber eröffnet, ob der Verein etwaige weitere Schritte zur Erreichung seiner Absichten einschlagen solle. Die Diskussion beschränkte sich nun nicht lediglich auf den fraglichen Gegenstand, sondern es kamen auch das deutsche Parlament, ein vielleicht in Aussicht stehendes octroyirtes Wahlgesetz für die Neuwahl des Abgeordnetenhauses ꝛc. zur Erörterung. Die Stimmung sprach sich im Allgemeinen dahin aus, daß man sich unter allen Umständen, auch wenn ein Wahlgesetz octroyirt werden sollte, an den Wahlen betheiligen müsse; dagegen waren die Ansichten sehr getheilt in Betreff der Wiederwahl der bisherigen Abgeordneten und erklärte ein Theil der Versammlung ganz entschieden, daß an Stelle mehrerer bis jetzt im Abgeordnetenhause sitzender Männer im Interesse des Volkes eine andere und freisinnigere Wahl wünschenswerth sei. Zum Schlusse wurde folgende Resolution angenommen: „Der Berliner Arbeiterverein erklärt wiederholt: das allgemeine gleiche Wahlrecht mit geheimer Abstimmung ist die sicherste, gerechteste und nothwendigste Grundlage der Verfassung und ein Recht, welches unbedingt gewährt werden muß. Der Verein verlangt und erwartet von den neu zu wählenden Abgeordneten, daß sie für dieses Recht energisch eintreten werden, und hoffen, daß die Wähler aller Orten nur solchen Männern ihre Stimmen geben werden, von denen sie annehmen dürfen, daß sie dieser Anforderung vollständig zu entsprechen geneigt sind."

(B. Ref.)

Aus **Baden**, 23. April. Mit nicht geringer Spannung haben wir in Nr. 178 der Arbeiterzeitung der Pforzheimer Arbeiterbildungsvereins-Erklärung als Resultat einer Generalversammlung entgegengesehen, zumal alle Blätter davon voll waren von der Redaktion einer Adresse an die Arbeiterzeitung und gegen welche mit großer Schärfe verfahren werden soll. Die Redaktions-Commission schwitzt wahrscheinlich nicht schlecht, um sich vor aller Welt herauszubeißen. Aber ebenso vergeblich warteten wir auf die Flugschrift Moritz Müllers. Was auch kommen mag, wir melden hiermit, was wir unter der Hand erfahren. In der Generalversammlung wurden 1) die Bedeutung des allgemeinen

und directen Wahlrechts **nicht** hervorgehoben*) und kein Mann war auf der Seite M. Müllers. Die Arbeiter selbst, welche gegenwärtig im Verein sind, kennen diesen Mann zu wenig. In Pforzheim wechseln die Mitglieder der Art, daß alle Jahr 500 ein- und austreten. Seit 2 Jahren bleibt M. Müller vom Verein weg, die alten feindlichen Vorstände sind geblieben, — die zum großen Theil neuen Mitglieder sind daher in Bezug der Gehässigkeiten gegen Vater Müller unschuldig. Eine Abstimmung gegen ihn ist daher ohne allen Werth. Wenn der Gegner vor einer großen Versammlung wie z. B. am nächsten Arbeitertag gegen den Professor Provenge selbst seine Sache vertritt, dann nennen wir gern unseren Namen und lassen uns Alles heißen, wenn sieben Achtel der Deputirten nicht gegen den Mann sind, der sich bis jetzt ganz in den Hintergrund stellt.

In der Generalversammlung wurde 2) das Zurücktreten der Lehrer so arg betont, das **durchaus nicht zur Sache gehört.** Man denke, daß die Schulmeister als solche in der Arbeiterzeitung angegriffen worden wären, hätten sie da auch in der Stadtschule ihre Stellen niedergelegt?! — Ueber das Intriguenspiel verlieren wir kein Wort weiter, auch über die Manipulation nicht, welche den Arbeitern Angst machte, als würden die Capitalisten auf einmal ihr Geld zurückziehen und die Arbeiterhalle verloren gehen. Wenn die Außenwelt wüßte, was nicht in die Oeffentlichkeit kommt, nämlich was böswillige Vorstände alles gegen M. Müller im Sinne hatten, aber zurückgehalten wurden, weil, so schüchtern auch die Arbeiter sind, doch gewisse Anträge Alle empört hätten, so würde man erst recht bös werden. Man darf sich **auswärts** nur von zweierlei nicht abbringen lassen. Das **eine** ist die auf der Tagesordnung stehende Frage des allgemeinen und directen Wahlrechts, das **andere** ist die Persönlichkeit des Vorsitzenden des Pforzheimer Vereins. Wer über ihn noch Näheres erfahren will, als vielleicht M. Müller bringt, der erkundige sich **um die Zeit 1848—1850 nach der Haltung des Herrn Professor Provenge und wie es ihm damals vom Volk erging!!** Der Mensch kann sich zwar bessern, allein die Zeit wird's lehren, daß es die Arbeiter mit einem Manne zu thun haben, bei dem alle Hoffnung verloren ist.

Zürich, 17. April. Ueber die in Zürich stattgefundene Versammlung am Ostermontag sind wir noch Bericht schuldig und bitten über dessen Verzögerung wegen Anhäufung von Geschäften um Entschuldigung.

Obwohl die Witterung dieser Versammlung durchaus nicht günstig war, so wurde sie doch von circa 400 Personen besucht. Anwesend waren die Vereine Baden, Horgen, Rappersweil, Richtersweil, Stäfa, St. Gallen, Wädensweil und Zug. Während der Verhandlungen liefen von Einsiedeln und Luzern telegraphische Grüße ein.

Nach Eröffnung der Versammlung durch den Präsidenten des Vereins Zürich wurde zur Wahl eines Präsidiums geschritten und Wimmer von Baden zum Präsidenten, Fröhlich von St. Gallen, Zickleder von Wädensweil und Bock von da zu Beisitzern gewählt. Borst und Noß aus Zürich referirten sodann über die internationale Arbeiter-Association, setzten den vom Vorort Zürich eingenommenen Standpunkt auseinander, rechtfertigten denselben gegenüber den Angriffen des Vereins Genf, der sich der internationalen Arbeiter-Association angeschlossen, und die Ansicht des Vororts in heftiger Weise bekämpft hätte, zeigten ferner an, daß sich der Verein Zürich mit dem hiesigen Grütliverein in Verbindung gesetzt habe, und denselben, da er verhindert worden, an der heutigen Versammlung theilzunehmen, um schriftliche Kundgebung seiner Ansicht aufgefordert habe. Der Grütliverein (schweizerischer Arbeiterverein) lehnte in dieser Zuschrift einen Anschluß an die internationale Arbeiter-Association ab, so lange nicht das demnächst stattfindende Centralfest dieser Vereine hierüber Beschluß gefaßt und so lange die internationale Arbeiter-Association nicht in ihrem Organ dem „Grütlianer" reiflich besprochen worden sei. An der hierauf stattfindenden lebhaften Debatte nahmen hauptsächlich Fröhlich, Zickleder, Greulich, Badenstein u. a. m. Antheil, nach 1½ stündiger Dauer derselben legte der Präsident der Versammlung folgende Fragen vor: Wollen wir uns der internationalen Arbeiter-Association ohne Weiteres anschließen? Ist es nicht unsere Pflicht die nationalen Interessen zu fördern, ehe wir auf internationales Gebiet übergehen? Für einen Anschluß erklärte sich Niemand, jedoch wurde der Wunsch ausgesprochen, daß sich das Centralcomité mit dem Comité der internationalen Arbeiter-Association in stete Verbindung setzen möge. Die zweite Frage wurde einstimmig bejaht und ein Anschluß einzelner Vereine an die internationale Arbeiter-Association als der Centralisation schädlich erklärt, somit rechtfertigten die anwesenden Vereine den vom Vorort eingenommenen Standpunkt gegenüber der internationalen Arbeiter-Association.

Die Debatte über den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Sollen Massenpetitionen für das allgemeine gleiche und directe Wahlrecht an die deutschen Kammern gerichtet werden", war ungleich lebhafter als über den ersten Punkt, da bei dem Dunkel, in das sich die internationale Arbeiter-Association seitdem zu hüllen beliebt hatte, von keiner Seite Neues vorgelegt werden konnte. Ueberraschung rief ein Brief des ständigen Ausschusses des deutschen Arbeitervereins resp. dessen Präsidenten P. Staudinger hervor, in welchem derselbe, nachdem das hiesige Centralcomité um Vorschläge über die passendste Art der Uebergabe ersucht, seine Ansicht sowie die des Landtagsabgeordneten Crämer von Doos, dahin aussprach, daß bei der conservativen Majorität der deutschen Kammern solchen Kundgebungen aus der Schweiz republikanische Tendenzen unterbreitet würden und dieselben in Folge dessen mehr schaden als nützen würden, statt Massenpetitionen schlage er einen Aufruf an die deutschen Arbeiter vor, um sie zur energischen Agitation für das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht aufzufordern. Obwohl diese Ansicht einige Unterstützung in der Versammlung fand, so wurde sie doch von Borst, Noß und Greulich aus Zürich in so schlagender Weise bekämpft, daß es ihr nicht gelang genügende Anhänger zu finden. Sie führten aus, daß es an Aufrufen an die Arbeiter bis jetzt nicht gefehlt habe, sie seien auch nicht gegen einen Aufruf, man möge das eine thun, jedoch das andere nicht lassen. Diejenigen Kammern, welche sich den Forderungen der Arbeiter entgegenstemmten, würden dies auch thun, selbst wenn wir nicht petitionirten, während sich die Kammern, welche für das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht stimmten, gewiß nicht durch Petitionen aus der Schweiz davon abschrecken lassen würden.

Auch stehe zu erwarten, daß Manche, welche sich bis jetzt mit dem allgemeinen, gleichen und directen Wahlrecht nicht befreunden konnten, sich durch die Umstände genöthigt sehen würden, dasselbe anzuerkennen.

Die Versammlung stimmte diesen Ausführungen vollständig bei und die inzwischen eingelaufenen Abstimmungen ergaben das Resultat, daß der Antrag Lausannes fast einstimmig angenommen worden ist.

Der Rest des Abends war der Unterhaltung gewidmet und wurde von Seiten der Sänger des Vereins Zürich durch passende Lieder ausgefüllt. Erst spät trennten sich die Gäste um zu ihren derzeitigen Wohnorten zurückzukehren. N.

Zürich. Der in einer der letzten Nummern veröffentlichte Beschluß des Leipziger Arbeiterbildungsvereins, betreffend die Abschaffung der Berliner Volkszeitung, wurde hier mit großer Befriedigung entgegen genommen. Die Berliner Volkszeitung, welche seiner Zeit auch von den deutschen Arbeiterbildungsvereinen in der Schweiz mehrfach gehalten wurde, ist von diesen schon längst abgeschafft und in Verruf erklärt worden. Von Zeit zu Zeit versuchten es noch einige alte oder junge frisch zugereiste Anhänger das Abonnement im Verein Zürich wieder durchzusetzen, ohne daß es ihnen je gelang, die Majorität zu erlangen seit ungefähr einem Jahre, ist ein solcher Antrag jedoch nicht mehr gestellt worden, die Haltung der Volkszeitung in der schleswigholsteinischen und in der Arbeiterfrage hat ihr selbst die letzten Anhänger geraubt.

Der Arbeitseinstellung der Spengler, welche sich endlich einen Erfolg errungen, werden in nächster Zeit die Schlosser folgen, sie verlangen ebenfalls Abkürzung der Arbeitszeit um 1 Stunde ohne Lohnabzug und haben vorläufig eine Kasse gegründet, um ihren Forderungen mehr Nachdruck verleihen zu können. Auch unter den Schreinern gährt es seit einiger Zeit, überhaupt scheint dieses Jahr für die hiesigen Arbeiter ein bewegtes zu werden, umsomehr als die Arbeitgeber sich ebenfalls vereinigen, nicht um den Forderungen der Arbeiter gerecht zu werden, sondern nur um besseren Widerstand leisten zu können.

Das größte Hinderniß einer jeden Bewegung der Arbeiter des Cantons Zürich bildet das Coalitionsgesetz vom Jahre 1843, welches dem Arbeiter jede Zusammenkunft, jedes Zusammenwirken zum Zwecke einer Lohnerhöhung oder Abkürzung der Arbeitszeit bei Gefängnißstrafe oder Ausweisung aus dem Canton verbietet, während kein Gesetz existirt, welches den Arbeitgeber hindert, mit seinen Arbeitern zu thun was ihm beliebt.

Der Arbeiterbildungsverein hat deshalb den Grütliverein aufgefordert, gemeinsam durch eine Petition an den Großen Rath um Aufhebung und Abänderung dieses Gesetzes einzukommen, und ist dieser Antrag gegenwärtig Gegenstand der Berathungen des Grütlivereins und hoffen wir mit Zuversicht, daß das Resultat dieser Berathungen ein geistiges sein möge. Weiteres hiervon später.

Der Zwiespalt zwischen Hrn. Ed. Pfeiffer und dem Beobachter in Stuttgart hat hier lebhaftes Interesse erweckt, es sollte uns leid thun, Hrn. Pfeiffer, der hier sehr beliebt war, vom Wege der Freiheit abweichen zu sehen, hoffentlich macht er diesen Fehler baldigst wieder gut, oder gibt den Arbeitern eine bessere Aufklärung über sein Vorgehen zum Wohl der arbeitenden Klassen als er dem „Beobachter" gegeben. Wer sich so, wie Hr. Pfeiffer, in kurzer Zeit die Liebe und Achtung der Arbeiter erworben, hat die doppelte Pflicht, reinen Wein einzuschenken, falls man bei ihm etwas nicht recht erklärlich findet. N.

Coburg, 26. April. Wir berichteten neulich schon, daß der hiesige Arbeiterbildungsverein sich den Aufruf des Vereinstagspräsidiums zu Herzen genommen und die Agitation für das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht begonnen habe. Der Verein erließ zuerst einen Aufruf an die hiesigen Vereine, welcher dieselben zur Theilnahme an der Initiative aufforderte. Die betreffenden Vereine jedoch, obgleich sie sich alle im Prinzipe einverstanden erklärten, — weigerten sich, als solche an der Agitation Theil zu nehmen, — weil sie keine politischen Vereine seien. Der Arbeiterverein wendete sich hierauf in einem weiteren Aufruf, den wir in der letzten Nummer der Arbeiterzeitung auch schon erwähnten und später abzudrucken versprachen, an die hiesigen Arbeiter direct und lud dieselben zu einer Versammlung ein.

Der Aufruf lautet:

Aufruf

an die Handwerkergesellen, Fabrikarbeiter und Taglohnarbeiter Coburgs.

Brüder!

Durch die Zeitungen unserer Stadt werdet Ihr erfahren haben, daß der hiesige Arbeiterverein, welcher aus Arbeitern und Arbeiterfreunden besteht, und dessen Zweck ist, die gesammten Interessen der Unbemittelten, des Arbeiterstandes, zu vertreten, und zwar rückhaltslos und muthig zu vertreten, beabsichtigt, eine Reform unserer Wahlgesetzgebung anzustreben, nach dem Grundsatz der **unbedingten Gerechtigkeit.** Die Mehrzahl der handarbeitenden Bevölkerung ist bis jetzt keines gesetzlichen Mittels theilhaftig, irgend welchen Einfluß auf die Verwaltung des Staates auszuüben, und dadurch ihre Interessen bei Feststellung und Handhabung der Gesetze zu wahren, wie es den Reichen und Bemittelten durch das Gemeinde- und politische Wahlrecht geboten ist.

Wie nun, der Arbeiterverein, wollen nach Kräften mit dahin wirken, daß dieser ungerechte Zustand baldigst sein Ende finde, daß das Gemeinde- und das politische Wahlrecht sich über alle erwachsenen, geistig gesunden und unbescholtenen Staatsangehörigen ausdehne, in gleicher Weise über Reiche und Arme, Vornehme und Geringe. Regierungsrath und Schlossergeselle, Holzspalter und Rentier, Kommerzienrath und Hausknecht, sie Alle sollen mit gleichen staatsbürgerlichen Rechten ausgestattet, jedes Vorrecht der Geburt und des Geldes verbannt werden. Schlimm genug ist derjenige daran, welcher arm ist. Warum ihm auch

*) Noch mehr! Dem neulichen Vorwurf der „Lüge" gegen die Behauptung einer Pforzheimer Correspondenz, daß die Mitglieder des Arbeitervereins über das allgemeine Stimmrecht nicht befragt worden seien, steht folgende Thatsache entgegen. Abgestimmt worden ist freilich in einer Generalversammlung. Aber in der **Einladung** zu der Versammlung war **nicht** gesagt, daß über das **allgemeine direkte Wahlrecht** u. s. w. berathen und abgestimmt werden solle, während man jetzt, für **die** Versammlung, in der gegen die unbequemen Correspondenten der Arbeiterzeitung und gegen Hrn. M. Müller zu Gericht gesessen werden sollte, die Berathungsgegenstände der Versammlung in der Einladung recht wohl bezeichnen konnte! So hat man es fertig gebracht, daß von der **großen Mitgliederzahl** damals nur eine **verhältnißmäßig kleine Anzahl** erschienen ist. Das ist **kein** Jesuitismus! In jener früheren Versammlung selbst hat dann Hr. Professor Provenge allerdings gegen das allgemeine Wahlrecht und dessen praktische Verwirklichung sowie gegen den ständigen Ausschuß gesprochen. Man sehe die Pforzheimer Vereinsdifferenzen nur ja nicht als **persönliche** an; sie sind **sehr principiell** und eröffnen ein Spiegelbild für viele Vereine, wie sie „geführt" und „angeführt" werden.

noch einen Theil seiner Menschenrechte vorenthalten? Wir fordern deshalb das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht mit geheimer Abstimmung. Was es mit diesem Wahlrecht auf sich hat, und wie wir in fraglicher Angelegenheit vorzugehen gedenken, soll Euch in einer demnächst stattfindenden Versammlung erklärt werden. Wir werden mehrere dergleichen Versammlungen abhalten, um die Agitation in immer weitere Kreise zu tragen und um Euch die Sache zur vollsten Klarheit zu bringen. Wir täuschen uns nicht darüber, daß wir Arbeiter Coburgs allein etwas ausrichten könnten. Nein, wir sind überzeugt, daß namentlich unsre Arbeiterbrüder in den größeren deutschen Städten vorangehen müssen, wenn in vorliegender Angelegenheit etwas Ersprießliches erreicht werden soll. Aber wir wissen, daß wir im Einverständniß handeln mit der ganzen deutschen Demokratie und mit allen deutschen Arbeiter- und Arbeiterbildungs-Vereinen und daß alle, gleich uns, für das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht agitiren werden. Ja, wir wissen noch mehr, nämlich: daß dieselbe Bewegung bezüglich des Wahlrechts auch unter den Arbeitern Belgien's, England's und Italien's mächtig um sich greift! Und wir sehen voraus, daß diese Bewegung eine Europäische werden wird. Frankreich, welches dasselbe schon erkämpft, hat zwar, durch das Pfaffenthum corrumpirt, erst eine 18jährige Schule bitterer Erfahrungen durchmachen müssen; aber es **hat Erfahrungen gemacht** und zwar für ganz Europa; es wird im Jahre 1869 einen gewaltigen, wackeren Gebrauch von seinem Wahlrechte machen und damit den Anstoß zu Aehnlichem im übrigen civilisirten Europa geben. Der Ruf nach dem allgemeinen, gleichen und directen Wahlrecht mit geheimer Abstimmung wird dann durch den ganzen Erdtheil erschallen, und um so erfolgbringender sein, je vorbereiteter die Arbeiterklasse, je klarer ihr das Wesen und die Nothwendigkeit jenes Wahlrechts geworden sein wird. Darum, Arbeiterbrüder, ersuchen wir Euch hiermit, Euch zahlreich und energisch unsern Bestrebungen anzuschließen und laden Euch zu unserer ersten Versammlung, welche

Dienstag, den 17. d. M., Abends ½8 Uhr, im Saale des Rathhauses

stattfinden wird, freundlichst ein.

Brüder, schaart Euch mit uns und unsern Gesinnungsgenossen des Inn- und Auslandes muthig und stark um die Fahne der Freiheit und der Allgerechtigkeit. Helfet dem politischen Leben unserer Nation neue, frischere und energischere Kräfte zuzuführen, auf daß endlich, nach langem Ringen, eine neue Zeit, ein neues Volk, ein neues Vaterland auferstehe. Wir Arbeiter sind von der Vorsehung zu diesem großen Umgestaltungswerke berufen. Denn der Arbeiterstand befindet sich in unserer Zeit in der glücklichen Lage, daß seine Bestrebungen, seine eigensten Interessen zusammenfallen mit den sittlichsten Ideen von Staat und Gesellschaft, deren der Humanismus unseres Jahrhunderts fähig ist. Unsere Sache ist die Sache der ganzen Menschheit. Darum wird und muß, früher oder später, der Sieg auf unserer Seite sein.

Folgt also unsrer Einladung!

Der Arbeiterverein zu Coburg.

Die Versammlung war von circa 500 Personen, meist von Arbeitern, und zwar aller Branchen, besucht, unter denen auch eine nicht geringe Anzahl ländlicher Arbeiter zu sehen war. Der Versammlungssaal war überfüllt; außerdem wäre der Zudrang noch stärker gewesen.

Das Präsidium erhielt, auf Vorschlag des Vorsitzenden des Arbeitervereins, Herr Hugo Heyn, welcher einen Vortrag hielt über die absolutistische, constitutionelle und republikanische Regierungsform; er nannte das Wahlrecht die Grundlage der beiden letzteren Arten, den Constitutionalismus in Sonderheit die beschränkte, den Republikanismus die unbeschränkte, vollkommene Selbstregierungsweise. Er nannte ferner den Constitutionalismus das Uebergangsstadium zwischen absoluter Monarchie und Republik, und stellte letztere als die einzig gerechte und deshalb vernünftige Regierungsform hin, und zwar die demokratische Republik, aufgebaut auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrecht, welches allein fähig sei, den wirklichen Volkswillen bei der Verwaltung des Staates zum Ausdruck kommen zu lassen. Daß kein Mißbrauch mit ihm getrieben werde, das sei Sache der Volkspartei, der demokratischen Agitatoren. Redner forderte schließlich zum Anschluß an die Bestrebungen des Arbeitervereins und zur Ausdauer und Energie in der Agitation auf und sprach die Hoffnung aus, daß Ereignisse und Verhältnisse den Arbeitern zu Hülfe kommen würden. — Hierauf sprach Arbeiter Simon über den Punkt, ob auch den Almosennehmern das Wahlrecht zu geben sei. Er gelangte zu dem Schluß — da ja die haufenweise herumlaufenden, noch rüstigen Pensionäre auch Almosennehmer seien und wählen dürften, — daß es den Almoseniers (im gewöhnlichen Sinne) entweder ebenfalls nicht vorenthalten werden dürfte, oder daß es auch jenen vorenthalten werden müßte. — Sodann sprach Herr Wagner kritisch über eine neulich in hiesiger Stadt von einem Professor vor Handwerkergesellen gesprochenen Rede, in welcher den Arbeitern das Fernbleiben von der Politik anempfohlen worden war, da die Verwaltung des Staates nur die Sache „der berufenen Meister der Staatskunst" sei. Arbeiter Wagner geiselte jenen Ausspruch, wie er es verdient und wies auf die neueste deutsche Geschichte, auf die Zerrüttung, Ohnmacht unseres Vaterlandes, auf Schleswig-Holstein hin, um die Meisterschaft unserer berufenen Meister der Staatskunst so recht hervorleuchten zu lassen und nannte das allgemeine Wahlrecht das Mittel, durch welches allein dieser Wirthschaft ein Ende gemacht werden könne. Im Verlauf der Rede hatte sich Herr Wagner aber so weit vergessen, daß er sich in einigen, vordem beliebten, jetzt überwundenen und durch Thatsachen zu Schanden gemachten Lobpreisungen auf den Herzog von Coburg und dessen Regierung erging. Der Vorsitzende (Heyn) fühlte sich hierdurch veranlaßt, zu entgegnen, daß weder die Coburger Regierung eine so volksthümliche sei, als für welche sie sich ausgebe und für welche sie vielfach gehalten worden, noch daß Herzog Ernst der Mann sei, für den er sich auf Schützenfesten und bei sonstigen Gelegenheiten ausgegeben und von Manchem gehalten worden sei. Redner meinte, was er sage, stütze sich auf Thatsachen und deshalb habe er auch den Muth, ein solches scharfes Urtheil auszusprechen und erinnerte an das Verhalten des Herzogs Ernst auf dem deutschen Fürstentag 1863, wo er, der Gründer und Beschirmer des Nationalvereins (jenes Vereins, der auch das deutsche Parlament, wenn auch verquickt mit der hohenzollern'schen Kaiseridee erstrebe) mit dem Kaiser von Oesterreich, dem Kurfürst von Hessen und dem Großherzog von Mecklenburg für die Delegirtenversammlung und gegen das Parlament gestimmt habe. Redner fügte beiläufig hinzu, daß damals nur der Großherzog von Baden, von dessen deutschen Berufe er übrigens auch nicht viel halte, der Parlamentsidee treu geblieben sei. — Der angegriffene Vorredner bedankte sich hierauf für diese Berichtigung; er erklärte, daß er diese Zurechtweisung verdient. — In der Folge deutete noch Arbeiter Göpfert an, daß das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht, wenn es errungen, speciell zur materiellen Besserung des Arbeiterstandes benutzt werden könne und müsse. Schließlich sprach Herr Seilermeister Müller recht eindringlich über den täglich mehr und mehr über Hand nehmenden Luxus und die Vergnügungssucht, die sich auch unter die Arbeiter einschmuggelten und dieselben zu Ausgaben über ihre Kräfte zwängen. Das sei aber der Ruin der arbeitenden Klassen. Diese selbst könnten sich nur dadurch davor bewahren, daß sie sich auch an etwas Höherem und Männlicherem, an der Verwaltung des Staates, durch Erringung des allgemeinen gleichen und directen Wahlrechts, betheiligten. Dieses Recht würde ihnen zu gleicher Zeit die Mittel an die Hand geben, neue, gesündere sociale Verhältnisse herbeizuführen, wo Arbeit und Verdienst, nicht Reichthum und Müssiggang Ansehen verliehen.

Alle Vorträge wurden von der zahlreichen Versammlung mit lebhaften Beifall begrüßt.

Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung, nachdem er angekündigt, daß demnächst noch eine zweite Versammlung abgehalten werden würde, zu welcher auch besonders die ländlichen Arbeiter herangezogen werden sollten, daß in derselben noch ein erläuternder Vortrag gehalten und eine Petition, bezüglich des allgemeinen Wahlrechts, an den Landtag, den Versammelten zur Unterzeichnung vorgelegt werden sollte.

Wer die Verhältnisse unserer 10,000 Einwohner zählenden, fabrikarmen Stadt kennt, und weiß, wie sehr zur Zeit hier alles politische Leben darnieder liegt, wird sich höchlichst darüber wundern, daß jene Versammlung so zahlreich geworden. Wir selbst waren in unsrer Erwartung, freilich angenehm, getäuscht, als wir den überfüllten Saal überblickten. Aber wir haben auch bei den Vorbereitungen alle unsere Kräfte aufgeboten: Das „Tagblatt" hatte schon seit Wochen durch treffliche Artikel die Sache vorbereitet und kommt bei jeder Gelegenheit auf das allgemeine Wahlrecht zurück; unser Aufruf war groß, in die Augen fallend, vielleicht auch begeisternd und Zutrauen erweckend; der Aufruf stand kurz vor der Versammlung 3 mal hintereinander im „Tagblatt" und wurde außerdem auf alle Arbeitsplätze und Werkstätten getragen.

Gäbe man sich doch in Hamburg, Berlin, Magdeburg, Leipzig, Dresden, Frankfurt a/M. rc. dieselbe Mühe in solchen scheinbaren Nebendingen, welche Massen könnten dort versammelt werden und wie weit könnte die Agitation für das allgemeine Wahlrecht schon gediehen sein.

Aber welche Flauheit noch überall! Welche Rücksichteleien! Laßt das allgemeine Wahlrecht nur durch Bismarck eingeführt werden, ohne daß wir Arbeitervereine Vorbereitungen getroffen und die Masse der Arbeiter in unsere Gewalt bekommen haben! Ihr könnt dann bittere Enttäuschungen erleben. — Es ist die höchste Zeit, kräftig dafür zu agitiren!

Vorwärts, Brüder!

Der Arbeiterverein zu Coburg.

Politischer Theil.

Arbeiter, es kommen trübe Nachrichten aus Berlin!

Wir haben uns wahrlich schon genug geärgert über das „fortschrittliche" Preußen, welches den deutschen Reichswagen richtig bis in den Morast gebracht hat. Die Achseln haben wir gezuckt, daß man glauben könnte, buckelig zu werden, über das Kammerspielen und den Redeübungsverein am Dönhofsplatz; über die starrkrampfige Thatlosigkeit am rechten Fleck und das hartnäckige verrätherische Schweigen in Betreff der Elbherzogthümer. Kolik haben wir sattsam empfunden und uns mit sauerem Gesichte gekrümmt, so oft die Berliner Herren im 36er Ausschusse „getagt" hatten oder im Nationalverein „wieder einmal beisammen gewesen" waren. So eben zeigten sie uns wieder ihre ganze klägliche Figur, da sie Resolutionen in der Kriegs- und Friedensfrage drechselten, die auf Folgendes hinausliefen:

„Hrn. v. Bismarck soll der Teufel holen, daß er bei der Annexion so unsäuberlich verfährt; säßen wir im Rathe des Königs, so würde Alles mit moralischer Eroberung gemacht."

Was man uns aber jetzt von Berlin meldet, das übertrifft alles Dagewesene, das steigert die Schuld der Fortschrittler bis zum Verbrechen, das rechtfertigt allen Zorn, alle Satyre, jegliche Bosheit, die noch an diesen Halblingen ausgelassen wurde. Freilich ist es gar keine neue Unthat, keine abermalige positive Sünde, sondern nur das Resultat ihrer ganzen Existenz, die Schlußfolgerung von aller ihrer Arbeit in der Tretmühle der Phrase.

Ein vortrefflicher Beobachter, Demokrat, Anti-Preuße, theilt uns nämlich nach längerem Aufenthalte in der „Stadt der Intelligenz" mit, daß die ungeheuere Mehrzahl des Berliner Volks, der Arbeiter, auf Seiten des Hrn. v. Bismarck stehe, blindlings auf sein allgemeines directes Wahlrecht eingehe*) und ganz zuverlässig dem Affen Bonaparte's Recht geben würde wider die Vertheidiger der Verfassung und des „beschwornen" Rechtes. Es sei keinem Zweifel mehr unterworfen, daß Hr. v. Bismarck sein dem Bundestage vorgeschlagenes Rezept auch in Preußen selbst zur Anwendung bringen, d. h. ein neues Wahlgesetz für die zweite Kammer octroyiren werde; und des Erfolges in seiner unmittelbaren Nähe sei er sicher und gewiß. Die Berliner Massen ließen sich weder durch die Beschränkung des passiven Wahlrechts, noch durch das System der Regierungscandidaten abschrecken, dafern man sie nur alle, ohne die Mittelsperson eines Wahlmannes, zur entscheidenden Urne heranriefe, dafern sie nur ihr Müthchen an denen kühlen könnten, die sie für „heillose Schwätzer" erklären.

Die Duncker'sche „Volkszeitung" habe gerade in den Volkskreisen ungeheure Verluste erlitten und schier allen Boden verloren; an ihre Stelle sei nur theilweise die bisher brave „Reform", hauptsächlich aber die sehr zweideutige „Staatsbürgerzeitung" getreten, welche schon lange in allgemeinem Wahlrechts-Schwindel und in unverdautem Socialismus macht. Dieses Blatt habe mit der größten Absichtlichkeit das Plebiscit oder den allgemeinen Volkswillen über das bestehende Gesetz gestellt und die ministerielle Willkür der Octroyirung im Voraus gerechtfertigt.

Auf diese Leimruthe gingen nun die Berliner Arbeiter in Masse und das erkläre zum Theil die ruhige, halbhöhnische Miene des kaiserlichen Lehrburschen im Dienste der Hohenzollern.

Man solle sich, so fügt unser Gewährsmann hinzu, durch die vortrefflichen Resolutionen der Versammlung in der Tonhalle (15. April) nicht beirren lassen. Der

*) Der eigentliche Zweck der Gründung des „Socialdemokrat" kommt dadurch erst vollkommen in klares Licht!

ganze Berliner Arbeiterverein zähle nur 1200 Mann, was das bedeute bei den vielen Tausenden von Berliner Arbeitern, von denen der Maschinenbau allein 10,000 beschäftige? Nicht einmal die 1200 wandelten übrigens auf der Bahn ihrer fortschrittlichen Offiziere und repräsentirten ein unendlich gesünderes Element; wenn das nun am grünen Holze geschehe, was erst im dürren, der Wilden, Unbelehrten, Mißvergnügten, in's Gelag hinein Raisonnirenden werden solle? —

So weit hätte es also die „Fortschrittspartei“ in der Hauptstadt Berlin selber gebracht, so weit hätte sie sich vom lebendigen Volksbewußtsein, vom lebhaften Wogenschlage der Massenstimmung entfernt! Da hat sie gesessen in ihren „Abtheilungen“ und „Parteiversammlungen“, auf ihren Zimmern im kleinen Club, und wußte nichts von dem was draußen passirte, dachte nicht daran, auf die Massen einzuwirken, mit den Massen in lebendigen Verkehr zu treten — ihre eigenen Küchlein wurden groß und flogen ihr über die Köpfe weg! Die Arbeiter des Arbeitervereins fühlen deutsch und reichen den Süddeutschen, die kein Sonderinteresse verfolgen, die „Bruderhand“, während die Magister in preußischer Habicht-Klügelei Süddeutschland tödtlich beleidigten und sich zum Stichblatt des oberländischen Volkswitzes machten. Sie halten fest an einem schlecht vertheidigten Rechte, dem sie nicht fähig sind, das geringste Opfer zu bringen — und die wilde unzufriedene Masse, die ein Programm im Lapidarstyl verlangt, der man mit der Feuersäule voranschreiten muß, tobt in wildem Jubel hinter Charlatanen und Wunderdoctoren her!

Die Provinz, so schließt unser Berichterstatter, ist noch die einzige Hoffnung der guten Sache in Preußen; wenn Hr. v. Bismarck Fiasko macht, so verdankt Preußen und Deutschland dies der Provinz. — So schmeichelhaft es für den deutschen Charakter und die deutsche Art wäre, wenn die Centralisation bei uns solche Ohrfeigen erhielte, wenn die Provinz der Hauptstadt eine politische Lehre ertheilte: wir beanstanden — die Richtigkeit obiger Mittheilung vorausgesetzt — das Endresultat. In manchen Städten der acht Provinzen wäre allerdings ein gehöriger Protest wider die Dezemberpolitik zu erwarten, z. B. in Königsberg — in Elbing schwerlich — vielleicht in Breslau, in Magdeburg, in Köln; aber was sind die Städte in Preußen gegen das flache Land? Was bedeuten die Städte in Ost- und Westpreußen, in Pommern, in der Mark, in Schlesien gegen die von Landräthen und Pfaffen geführten Ländler? In Posen gesellt sich nationaler Zwiespalt dazu; die Deutschen sind Regierungsmenschen, die Polen thun nicht mit der Demokratie. Am Rhein und in Westphalen mischt sich die religiöse Frage hinein und die katholischen Hirten und Heerden sind ganz unberechenbar, gerade weil sie selbst die gebotenen Concessionen so scharf berechnen.

Ein Landrath mit freier Regierungspresse und beschränktem Vereinsrecht, mit dem Gesetze, daß der Wahlkandidat dem Kreise angehören muß, endlich mit einem fertigen Regierungskandidaten an der Hand, der goldene Berge verspricht: da sind die Majoritäten sicher und gewiß. Man vergleiche das Wahlergebniß in der aufgeklärtesten französischen Provinz, im Elsaß, zu Straßburg, wo 84 Landgemeinden die Zweidrittelsmajorität der Stadt selbst niederstimmten!

So geht die Maschinerie des allgemeinen Stimmrechts, wenn dieses von Oben herab geschenkt, wenn es nicht von Unten herauf erobert und sich selbst überlassen wird! So geriethen die politisch geschulten Franzosen in die Falle, und dasselbe Wolfseisen droht jetzt der „Nation von Denkern“, dem spezifischen „Staate der Intelligenz“. Der Wahrheit die Ehre, die Franzosen hatten noch eine Entschuldigung, die mangelnde Erfahrung; sie hatten das System des Betrugs, nirgendwo anders am Werke gesehen, ihnen konnte man kein schmachvolles Exempel im Auslande zeigen, sie nicht fragen: Wollt Ihr eben solche Tölpel sein wie Jene? Wir haben das Beispiel Frankreichs vor Augen, im 16. Jahre arbeitet die bonapartische Walkmühle, zum Entsetzen aller ehrlichen Leute, zur Beschämung der europäischen Demokratie. Wir haben die Arme gekreuzt und über den Kopf zusammengeschlagen, wir haben uns die Seiten gehalten, das schamröthliche Antlitz in unsern Händen verborgen — ob dieser einfältigen, lächerlichen, düpirten Franzosen. Und jetzt steht der Norden unseres Vaterlandes auf dem Sprunge, dieselbe Narrheit zu begehen, das in Frankreich ausgepfiffene Stück zu wiederholen?!

Das ist die Frucht der Großstaaterei, wo 19 Millionen Menschen an Einer Leine laufen; das ist die Frucht des Phrasen-Liberalismus, der Angst vor dem Volke hat, der Annexionswuth, die einer fixen Idee nachtrabt und links und rechts nichts hört und sieht; das ist die Frucht der feigen Rechthaberei, die stets Recht behält und nie das Rechte im rechten Augenblick thut. Hundertmal besser sind zehn niedergeschlagene Aufstände, als diese versumpfende Vor- und Rücksicht!

Wir wissen nicht was kommen wird; aber Eins ist uns klarer als die Sonne selbst: An dem was Gutes und Erfreuliches sich ereignen mag, ist die „Fortschrittspartei“ völlig unschuldig; an allem Verkehrten, Unheilvollen, was hereinbrechen sollte, trägt sie drei Viertel aller Schuld. Volk, sei auf Deiner Hut, preußisches Volk, wirf Dich Deutschland in die Arme! Setz' Deine Junker auf's Trockene und schaare Dich um die schwarz-roth-goldene Fahne! —

Politische Umschau.

Der Hecht im diplomatischen Karpfenteich, Graf Bismarck-Schönhausen, hat wenigstens wieder einiges Leben in die faulen Gewässer gebracht.

Zunächst hat er den durchlauchtigen deutschen Bund zu einem Beschluß veranlaßt. Der deutsche Bund hat beschlossen, einen Ausschuß aus 9 Mitgliedern niederzusetzen, der demnächst, oder vielleicht später einmal, über den preußischen Antrag sein Gutachten abgebe. Nun, der Ausschuß wird sich nicht übereilen; das Wort „Eile“ steht überhaupt nicht im Wörterbuch des deutschen Bundestages, und zu den vielen Dingen die das deutsche Volk gelernt hat gehört auch das Warten. Außerdem wird Jedermann berechtigt und verpflichtet sein, mit nicht weniger Mißtrauen Alles zu begrüßen, was ihm aus dem dunklen Hause der Eschenheimer Gasse geboten wird, als was aus der Apotheke Hohenzollern oder Habsburg Deutschland als Heilmittel für seine Schäden verabreicht wird.

Die von 9 deutschen Mittelstaaten beschickte Ministerconferenz in Augsburg hat in mehreren langen Sitzungen sich dahin geeinigt, in der Frage der Bundesreform einträchtig zu einander zu stehen vorerst die „Bundesreform-Vorschläge“ Preußens abzuwarten und wieder zusammenzutreten, sobald ein Anstoß vorhanden sei.

Das Bismarck'sche Projekt ist also die Zauberformel gewesen, die ganze 9 deutsche Bundesglieder zu einer Art Körper vereinigt hat. Allen Deutschen ein lang entbehrtes Schauspiel. Ein nennenswerther Segen für das deutsche Volk wird aber auch aus diesen Ministerconferenzen schwerlich herauskommen, so lange die Betheiligten, welche übrigens nicht weniger als 12 Millionen Deutsche repräsentiren, sich nicht entschließen, auch mit diesen 12 Millionen aufrichtig zu gehen und die Rechts- und Freiheits- und Einheitsforderungen dieser ehrlich zu erfüllen; Parlament und Volksbewaffnung ist hierfür die Bürgschaft, welche vom Volke verlangt wird, da man nicht vergessen hat, daß namentlich ohne die letztere Bürgschaft auch ein Parlament nichts ist, als ein kostbares Spielzeug zur Volkstäuschung. Die Namen der betreffenden Herren, die offenbar als Beauftragte und Geschäftsführer ihrer fürstlichen Principale die Köpfe zusammengesteckt haben, sind freilich nicht dazu angethan, Absonderliches zu verheißen. Wie schon öfter, so ist auch diesmal Deutschland vom Auslande eher mit der Kunde über ein Stück häuslicher Angelegenheit beschenkt worden. Während man in Deutschland noch mit Vermuthungen über den Kern des Bismarck'schen Pudels sich abmühte, brachte das englische Allerweltblatt, die „Times“, wenigstens einen Entwurf des Bundesreformprojekts, bei welchem Graf Bismarck Vaterstelle vertritt. Der Leser wird bald gewahr werden, daß dies Projekt, das so viele Federn und Zungen beschäftigt, eine gewisse Aehnlichkeit hat mit jenem vielbekannten Blasrohr, von dem geschrieben steht: „Schön polirt, aber brauchen kann man's nicht.“ Hier einige Proben: Ein gemeinschaftliches Parlament, gebildet auf Grundlage des allgemeinen Stimmrechts, aber mit gewissen Beschränkungen der Wählbarkeit der Abgeordneten. Eine gemeinschaftliche Exekution, in welcher Oesterreich, Preußen, Bayern und den übrigen Mittelstaaten auf Kosten der Kleinstaaten ein größerer Einfluß als bisher eingeräumt werden soll. Drei Militärgruppen, von welchen die erste Oesterreich, die zweite Preußen, die dritte Bayern mit den übrigen süddeutschen Staaten zu bilden hätte. Preußen und Bayern erhalten das Commando über die Militärkräfte der ihren Gruppen einverleibten Staaten, und Preußen außerdem den Befehl über eine alsogleich zu schaffende Bundesflotte. Für Oesterreich soll der Bund mit seiner Macht nicht einzustehen haben. Doch wenn seine Zustimmung in keiner andern Weise zu erlangen ist, wird ihm eine Art Garantie für seine sämmtlichen Besitzungen gewährt werden. Das allgemeine Parlament wird die Erfordernisse für die Bundestruppen und Bundesflotte zu bewilligen und jene Gesetze, welche Gültigkeit für ganz Deutschland haben sollen, zu berathen haben. Dies ungefähr wäre des Bismarck'schen Pudels Kern. Man sieht, auf wie plumpe Weise Bayern bestochen und zur Parteinahme gegen Oesterreich bewogen, wie Oesterreich aus Deutschland hinaus komplimentirt und wie die preußische Spitze an Stelle des gegenwärtigen Bundes gesetzt werden soll. Alle Macht käme in die Hände Preußens; Preußen soll über die deutsche Flotte verfügen, ihm soll die kolossale Handelsmarine der norddeutschen Küsten, bekanntlich die drittgrößte der Welt, und der in 50jährigen Frieden angehäufte Reichthum der deutschen Lande die Mittel zur Schöpfung einer Seestreitkraft bieten, die allmälig jener Frankreichs ebenbürtig werden und den hochmögenden Herren in Berlin gestatten würde, ihre raffgierige Großmannspolitik auch nach außen hin zur Geltung zu bringen. Das allgemeine Stimmrecht soll lediglich zu Gunsten der preußischen Ansprüche erprobt werden. Kein Kandidat ohne gefestigten Grundbesitz; also eine Adelskammer, eine Kammer von Landräthen und Solchen, die es werden wollen, das ist das Parlament, mit dem Graf Bismarck uns beschenken, das ist der Brandenburg-Hohenzollern'sche Sand, welcher der deutschen Nation in die Augen gestreut werden soll.

Das ganze deutsche Vaterland von Kiel bis Triest und von Köln bis Memel hat sich nun dem Bismarck'schen Projekt gegenüber in zwei Lager gespalten: Annehmen oder Ablehnen? Die weit überwiegende Mehrheit ist für's Ablehnen und hat damit zugleich dem edlen Grafen ein Mißtrauensvotum ausgestellt, wie er's selbst im Traume sich nicht imposanter wünschen kann. Bewährte „Patrioten“, welche man unter dem Namen „Gothaer“ oder neuerlich „Echternacher Fortschrittsleute“ versteht, und an ihren „Erfolgen“ vom ersten Parlament und neuerdings vom preußischen Abgeordnetenhaus her sehr genau kennt, drängen sich jetzt wieder vor, mit der Versicherung, daß sie das Zeug dazu hätten, — nur durch ihre famosen Reden aus dem Bismarck'schen Parlament, auch trotz Bismarck etwas Rechtes zu machen. Wer das glaubt, ist dümmer wie dumm.

Wenn auch Oesterreich und Preußen die eiligst beschafften Rüstungen wieder rückgängig machen und wenn auch der Ausbruch eines deutschen Bürgerkrieges vorläufig noch glücklich beseitigt scheint, so sind die deutschen Zustände dadurch um nichts fester geworden. Das alte verderbliche Unkraut ist nicht mit der Wurzel ausgerissen, es ist nur hart über dem Boden abgeschnitten. Das schon längst glimmende Feuer ist nicht gelöscht, es ist nur verdeckt worden. Die Versöhnung der feindlichen Brüder ist nur eine scheinbare und das kaum. — Inzwischen aber glimmt in Italien das Feuer stärker wie je und manche glauben, vielleicht nicht mit Unrecht, daß Hr. Graf Bismarck nur das Theater gewechselt habe und daß Italien, nach geheimer Verabredung nur den Anfang mache, zu der „Action“, zu der Oesterreich durch seine Bereitwilligkeit zum „Abrüsten“ ihm in Deutschland den unmittelbaren Vorwand genommen haben; daß der Ausbruch des Kriegs mit Italien aber ihm die Schraube geben solle, um das Ja zum Krieg vom König herauszuschrauben, von wegen der Treue gegen den italienischen Bundesgenossen, der nicht im Stich gelassen werden dürfe. Oesterreichs „Abrüstung“ scheint auch auf dieser Auffassung zu beruhen, denn es zeigt gleichzeitig in einer Note an, daß es seine italienische Armee auf den 1. Mai auf vollen Kriegsfuß stelle.

In Rumänien hat sich etwas zugetragen, was sich stets zuträgt, wenn das allgemeine, directe Wahlrecht von oben für bestimmte Herrschaftsgelüste und zur Volksbethörung in Bewegung gesetzt wird und was sehr bald auch wir erleben werden, wenn die Bismarck'sche allgemeine Wahlrechts-Maschienerie in Bewegung gesetzt wird, — es sind für den Fürsten Karl von Hohenzollern viel mehr Stimmen abgegeben worden, als das biedere Volk der Rumänen wahlberechtigte Köpfe zählt und obwohl viele sich der Wahl ganz enthalten haben! Da sieht man's, warum Graf Bismarck mit seinem Meister Napoleon das „allgemeine Stimmrecht“ dem „conservativen Prinzip förderlich“ hält. Der Fürst von Hohenzollern soll übrigens bereits einen Vorgeschmack erhalten haben, daß die Trauben noch zu sauer sind, da die betheiligten europäischen Mächte gegen seine Wahl protestiren und die Donaufürstenthümer-Conferenz in Paris wieder zusammentreten soll.

Aus Amerika die Nachricht, daß der verrätherische Präsident Johnson, der den südstaatlichen Bismärckern

wieder auf die vom Norden ihnen zerschlagenen Beine zu helfen sucht, immer mehr im Volke verliert, trotz alles Geschreies der südstaatlichen Rebellenpresse, und daß der Senat und das Repräsentantenhaus, das Gesetz, welches die Neger civilrechtlich den Weißen gleichstellt, trotz seines Veto in nochmaliger Beschlußfaßung angenommen und nun zum geltenden Gesetz erhoben haben. Die nächsten amerikanischen Zeitungen können uns nun entweder Anklage gegen Johnson auf Verfassungsverletzung oder Staatsstreich des Präsidenten berichten. Bei General Grant hat er bereits deßhalb angefragt aber — die gebührende Abweisung erhalten. Vielleicht hilft Shermann aus; siegen aber wird wie immer in Amerika doch — der gesunde Menschenverstand.

| **Berlin, 24. April.** In einer der letzten Nummern der Arbeiterzeitung ist der Veränderungen, welche beim letzten Quartalwechsel in der deutschen Tagespresse eingetreten sind, gedacht und unter anderen bedauernd auf den Redactionswechsel hingewiesen worden, welcher bei der bis dahin so correct und brav deutsch und freiheitlich von Dr. Guido Weiß redigirten „Berliner Reform" eingetreten ist. Es wurde dabei die Befürchtung ausgesprochen, daß dieser Redactionswechsel leicht möglich der Vorbote eines Farbwechsels in der fortschrittlich großpreußischen, d. h. der „verschämt" annexionistischen oder der unverschämt annexionistischen Richtung sein könne. Wir haben seitdem die „Reform" aufmerksamen Auges verfolgt und steht wenigstens soviel fest, daß die consequent correcte Haltung vermißt wird. Neulich weihte das Blatt der „großen Aufgabe des Nationalvereins" im großpreußischen Sinne einen Leitartikel, neuerdings berichtete sie nicht ohne sichtliches Behagen über die Rede, mit welcher Hr. Ziegler von Brandenburg, als Abgeordneter von Breslau, vor seinen Wählern die Bismarck'sche Imperial-Demokratie mit einer langen Rede eingeweiht und recht aufrichtig erklärt hat, daß er längst sich für Bismarck ausgesprochen haben würde, — wenn er dessen Regiment für gesichert hielte! Um selbst über die jetzige Richtung des Blattes zu urtheilen, vergleichen Sie folgende Sätze, welche mit Meisterschaft im engsten Rahmen eine Summe von Verkehrtheiten zusammendrängen. In einem Leitartikel der Nr. 92 über „Oesterreichs Schleswig-Holsteinische Politik" heißt es unter anderem:

„Eine Räumung Schleswig-Holsteins durch die Truppen der beiden Großmächte, damit dessen Bevölkerung frei abstimmen kann, wäre eine thörichte Forderung. Preußen darf Schleswig den Dänen (?) nicht wieder preisgeben, und die Schleswig-Holsteiner werden sich bei der Kräftigkeit ihres Naturells nicht durch die preußischen und österreichischen Besatzungen an der Kundgebung ihres freien Willens hindern lassen, sobald ihnen diese nur gestattet wird.

„Ohne Zweifel würden sie sich für den Herzog von Augustenburg entscheiden; dies würde jedoch kein Hinderniß bilden, daß nicht durch die preußische „Nation" eine andere Entscheidung herbeigeführt wird, sobald diese die Herstellung eines neuen Kleinstaates an der Nordsee für den deutschen (?) Interessen zuwiderlaufend erklärt.

„Die Deutsche Demokratie hat kein Interesse daran, daß der Herzog Augustenburg in sein „ererbtes Recht" eingesetzt werde. Höher als das Erbrecht steht der Volkspartei das Recht des Volkes, seine Freiheit zu begründen. Ob der Herzog Friedrich oder ein anderer Agnat des Hauses Augustenburg Statthalter von Schleswig-Holstein wird, ist gleichgiltig, denn mehr als solcher würde er bei der Abhängigkeit, in welcher die Herzogthümer zu Preußen stehen **müssen** (??) nicht sein können.*)

„Die Deutsche Nation (?) hat das Interesse, sämmtliche Kleinstaaten den Großstaaten so unterzuordnen, daß sie mit ihnen ein größeres Ganze bilden können, und nicht nur Schleswig-Holstein, sondern auch Mecklenburg, Oldenburg, Hannover und die Hansestädte werden Preußen in militärischer Beziehung für die künftige nationale (?) Vertheidigung Deutschlands untergeordnet werden müssen."

Das wird wohl genügen, den neuen Standpunkt des Blattes zu kennzeichnen! Die Arbeiterzeitung hat Recht gehabt, als sie in dem Eingangs erwähnten Artikel meinte, daß ein Blatt von correct deutscher, freiheitlicher Tendenz in Berlin sich nicht halten könne. Die „Reform" scheint ein neuer Beleg dazu zu werden.

---

*) Die Ansicht der Volkspartei ist das nicht. Ob absichtlich oder aus Unkenntniß wendet die „Reform" den Ausdruck „Volkspartei" consequent auf die großpreußische Fortschritts- und Nationalvereinspartei an!

Aus Preußen. (Die Wandlungen der Bismarck'schen Politik in der schleswig-holstein. Frage.) Unter diesem Titel führt der in London erscheinende „Hermann" in 18 Phasen die Politik Bismarck's auf. Wir lassen des Raumes wegen die Begründungen und Ausführungen weg und geben nur das bunte Leben selbst.

„Erste Phase. Herr v. Bismarck räth der dänischen Regierung eine Gesammtstaatsverfassung für Dänemark-Schleswig mit Aussonderung Holsteins zu erlassen, indem er den von ihm gewünschten Zustand als ein Eider-Dänemark und ein Eider-Holstein bezeichnet.

Zweite Phase. Nachdem die dänische Regierung auf diese Vorschläge eingegangen, legt Herr v. Bismarck Protest dagegen ein.

Dritte Phase. Herr v. Bismarck verlangt die Erfüllung der Abmachungen von 1851/52; besteht auf der Aufrechthaltung des Londoner Vertrages und daher auf Bundesexecution anstatt Occupation. In Folge dessen räumen die Dänen Holstein.

Vierte Phase. Herr v. Bismarck erklärt sich — am deutschen Bunde: für Prüfung der Erbfolgefrage; den europäischen Mächten gegenüber: wiederholt für Festhalten am Londoner Protokoll.

Fünfte Phase. Wiederholte Erklärung beim Ausbruch des Krieges, an dem Londoner Vertrag festhalten zu wollen.

Sechste Phase. Unmittelbar darauf Entfernung der königl. Wappen und Insignien in Schleswig auf Befehl der preußischen Behörden.

Siebente Phase. Die preußische Erklärung, daß das dänische Thronfolgegesetz vom 31. Juli 1853 nie zu Recht bestanden habe, und die Lossagung vom Londoner Protokoll.

Achte Phase. Preußen erklärt sich für die Trennung der Herzogthümer vom Königreich Dänemark und ihre Vereinigung zu einem selbstständigen Staat unter der Souveränetät des zur Thronfolge berechtigten und von den Herzogthümern anerkannten Herzogs Friedrich.

Neunte Phase. Herr v. Bismarck ignorirt diese Erklärung, als der Großherzog von Oldenburg die vor Abschluß des Londoner Protokolls Christian IX. von Rußland cedirten Ansprüche vorbringt.

Zehnte Phase. Herzog Friedrich ist nicht mehr der Bestberechtigte: neben ihm sind gleichfalls berechtigt der Großherzog von Oldenburg, Prinz Friedrich von Hessen und — Preußen.

Elfte Phase. Erklärung des Hrn. v. Bismarck, daß bevor über die Einsetzung eines der Prätendenten verhandelt werden könne, die Schleswig-Holstein zu einem preußischen Vasallenstaat machenden preußischen Bedingungen erfüllt und die Kronsyndici (die Mehrheit derselben besteht aus den bekannten Obertribunalsräthen) vernommen sein müssen.

Zwölfte Phase. Herr v. Bismarck kündigt dem Bunde die Geltendmachung der brandenburgischen Ansprüche an, wodurch die Verwirrung vergrößert wird.

Dreizehnte Phase. Einberufung der Stände.

Vierzehnte Phase. Annexion.

Fünfzehnte Phase. Personal-Union.

Zwischenphase. Die juristischen Räthe des Königs, genannt Kronsyndici, haben endlich die Erklärung zu Tage gefördert, daß die Lossagung Preußens vom Londoner Vertrag nicht gültig sei; das dänische Thronfolgegesetz vom 31. Juli sei immer gültig gewesen; daher habe weder der Herzog Friedrich, noch der Großherzog von Oldenburg, noch irgend sonst Jemand ein Erbfolgerecht außer Preußen und Oesterreich, indem die Herzogthümer von diesen erobertes Land seien.

Siebenzehnte Phase. Abermals Annexion.

Achtzehnte Phase. Parlament aus directen allgemeinen Wahlen zur Entscheidung über die Bundesreform und zur Lösung der Annexions-Frage.

Schlußphase.

? ? ?

Zürich, 22. April. (Autographirte Correspondenz aus der Schweiz). Die deutsche Frage nimmt in allen Schweizerischen Blättern, den großen wie den kleinen, nicht nur eine hervorragende, sondern meistens die erste Stelle ein, und man darf sagen, daß Theilnahme und Interesse in dem Maße zunimmt, als es sich im deutschen Volke zu regen anfängt, über Krieg und Frieden wie über die endliche Ordnung der gesammtvaterländischen Angelegenheiten selbst endgültig entscheiden zu wollen. Freilich ist das Vertrauen zu der eigentlichen Thatkraft des deutschen Volkes durch das kraft- und thatlose Gebahren der deutschen Fortschrittspartei außerordentlich geschwächt worden. Man findet hier eine Taktik verächtlich, weil unklug und feig, die mit Reden und Resolutionen ein auf eingerostete Gewohnheit, auf Kanonen und Bajonette gestütztes System stürzen zu können wähnt. Man hält auch hier Reden, faßt auch hier Beschlüsse, aber Wehe den regierenden Herren, wenn sie den Volksbeschlüssen nicht die angemessene Achtung und Beachtung erweisen sollten!

Man sieht und fühlt es den hiesigen Blätter an, daß sie mit innerer Selbstbefriedigung über den außerordentlich unbehaglichen Zustand der Stammesgenossen jenseits des Rheins berichten. Sie dürfen sich sagen, daß das ächt demokratisch-republikanische Prinzip, das jede sittlich freie Individualität achtet und zur Geltung kommen läßt, allein der gute Genius frischer, freier, froher Entwickelung ist, während die junkerlich-spießbürgerliche, prinziell verrottete Wirthschaft nicht aufhört gleich einem bösen Kobold in der Welt zu rumoren, Unfrieden zu stiften und Leben und Eigenthum zu gefährden. Freilich hält man sich hier nicht für berufen, denen offen das Wort zu reden, deren Ansichten und Grundsätze man im Herzen *billigt* und für die einzig durchschlagenden aus eigenster Erfahrung erachtet und anerkennt. Man macht höchstens bei diesem oder jenem Berichte über die Beschlüsse der einen oder andern in Deutschland abgehaltenen Versammlung die zweifelhaft fragende Bemerkung, wann denn endlich die Zeit zum Handeln kommen werde? — Jene Zeit, wo das große deutsche Volk sich selber angehören und in voller Kraftentfaltung der Welt den ungestörten Frieden und die unantastbare Freiheit bringe.

Ein deutsches Parlament, aus allgemeinen directen Wahlen hervorgegangen, ruft's inzwischen in die kriegerische Scene. Woher dieser Ruf? Aus Bismarcks Kabinet?! Wie will der Mann von „Blut und Eisen" die demokratischen Grundsätze verhöhnen? Will er die Verwirrung, die Unentschlossenheit der Parteien noch größer machen, um etwa unter Vorspiegelung der endlich zu vollziehenden gänzlichen Niederwerfung der Demokratie die Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten an sich zu ziehen und sich am Ende um diesen Preis selbst mit Habsburg über die Elbherzogthümer zu vertragen? Soll die deutsche Demokratie, die für sich der schlimmsten Ziele des preußischen Minister-Präsidenten sicher ist, „mit Hohn zuwarten", oder soll sie mit Hrn. Franz Duncker von Berlin in einem deutschen Parlament nur eine letzte und höchste Instanz für die Entscheidung der Schleswig-Holstein-Frage erkennen, die in erster und nächster Instanz auch ein liberales Ministerium in Preußen rechtsgültig zu ordnen vermöchte? Wir meinen, einer wahrhaft demokratischen deutschen Volkspartei ziemt weder das Eine noch das Andere, für sie ist es die *höchste Zeit*, endlich den Teufel selbst beim Schopfe zu nehmen und ihn mannhaft zu zwingen, Rede und Antwort zu stehen. Man fordere an allen Orten, wozu man längst Pflicht und Recht hatte, in Preußen wie in Oesterreich, in Bayern wie in Lichtenstein, ein **deutsches Parlament nach demokratischen Grundsätzen, aber man trage gleichzeitig Sorge, daß es den nöthigen Schutz und die nöthige Macht habe, seine Beschlüsse zur endlichen gesetzlichen Ordnung der deutschen Angelegenheiten sofort in's Leben zu führen. Die Mittel sind vorhanden, wenn man sie nur zu finden und richtig zu verwenden weiß.** Nicht das Wort, sondern die That macht den Mann, und Männer allein erwecken durch wohlerwogene Thaten ein harrendes Volk zu neuem Leben. Gesprochen ist genug, darum ein deutsches Parlament der That! — Dies ist der Wiederhall des Hohenzollern'schen Kabinetsrufes hier in den republikanischen Bergen, deren Grund nicht fester gelegt ist, als das Recht des deutschen Volkes, seine Angelegenheiten selber zu ordnen.

In Uri wollen einige den König von Bayern mit dem Bürgerrecht beehren, Andere fragen verwundert, ob der Bayernkönig seine Krone niederlegen wolle, um „gefreiter Landmann" in Uri zu werden. Es wäre das immerhin ein nachahmungswürdiges Beispiel. Leider aber findet der Vorschlag nach der Obwaldner Zeitung nur wenig Anklang — selbst in dem kleinen Urkanton, wo sonst noch soviel mittelalterliches Gerümpel wegzuräumen ist.

Aus der **Schweiz** bringen die Blätter noch folgende schmerzlich berührende Notiz: Durch mehrere Zeitungen geht die Nachricht, daß der Dichter Georg Herwegh in Zürich seine Insolvenzerklärung eingereicht habe. Allerdings hat er dies im Drange der Noth gethan, um namentlich seine werthvolle Bibliothek vor dem Verkauf zu retten; aber wir glauben zu wissen, daß die Zurücknahme dieser Erklärung in wenigen Tagen erfolgen kann und es nicht zur Durchführung des Concurses kommen wird. Mißhelligkeiten im Schooße der eigenen Familie und ein unglückliches Testament sind Schuld daran, daß die Frau des Dichters hier mit ihrem Vermögen nicht helfend eingreifen konnte, nach-

dem für die Hälfte der erforderlichen Summe bereits Herwegh selbst durch den Verkauf neuer Arbeiten gesorgt hatte. Ein Anerbieten, was die Familie der Frau Herwegh endlich zu machen sich entschloß, kam zu spät an und war in zu ungenügender Form abgefaßt, um für den Augenblick die oben erwähnte Erklärung aufhalten zu können. (Cob. Tgbl.)

Socialer Theil.

Ein Wort über Staatshülfe.*)

Von A. Lange.

II.

So ist es also sicher, daß in Ländern, welche freie Bürger haben wollen (sollte nicht endlich auch Deutschland zu diesen gehören wollen?), auch das Ganze ein Interesse daran hat, keine Bevölkerungsklasse so tief sinken zu lassen, daß sie den Pflichten eines freien Mannes nicht mehr vollständig genügen kann, und es scheint uns bei den Zuständen, die wir in vielen Theilen Deutschlands haben, hinlänglich festzustehen, daß eine politische Befreiung keinen Bestand haben kann, wenn nicht mit der socialen gleichzeitig wenigstens der Anfang gemacht wird. Noch sicherer läßt sich aber zeigen, daß eine erfolgreiche Staatshülfe auch indirekt zum Wohl des Ganzen beitragen muß. Wir fassen hier zunächst die ländliche Bevölkerung in's Auge. Dieser könnte zum Theil auch wohl direkt geholfen werden, wenn nur der moralische Boden schon dafür da wäre, auf den Alles ankommt. So lange dieser aber nicht besser vorbereitet ist, wird man auf ländliche Produktiv-Associationen behufs gemeinsamer Bewirthschaftung großer Güter einstweilen noch verzichten müssen. Ganz sicher ist aber, daß, sobald die Lage der industriellen Arbeiter sich zu bessern beginnt, nothwendig die Preise der Bodenprodukte steigen müssen. Der bisherige Zustand der Dinge, bei welchem die Luxusausgaben und die Ausgaben für mancherlei nützliche aber entbehrliche Dinge ungemein anwachsen, während die Ausgaben für die nothwendigsten Lebensbedürfnisse nur sehr langsam fortschreiten, deutet nicht auf eine gesunde Verfassung der Gesellschaft. Die meisten Fortschritte, die meisten Erfindungen werden beständig in denjenigen Zweigen gemacht, die dem Wohlleben der Reichen und dem Behagen der Mittelklassen dienen, während die Landwirthschaft, die so recht eigentlich das Unentbehrliche für Jederman liefern soll, trotz der großartigsten Fortschritte der Wissenschaft sich thatsächlich nur sehr langsam entwickelt. Der Grund dafür ist einfach darin zu suchen, daß es an Nachfrage für die Produkte der Landwirthschaft fehlt, und diese Nachfrage fehlt, weil die Arbeiter nicht so viel Fleisch und Brod kaufen können, als sie bei einer besseren Lage sicherlich kaufen würden.

Allerdings wird mit der steigenden Nachfrage auch ein Steigen der Preise der Lebensmittel eintreten, wodurch einstweilen dem industriellen Arbeiter wieder ein Theil seiner Verbesserung entzogen wird; allein nun wird die Landwirthschaft lohnender, und wenn dann nur in der Gesetzgebung ein günstiger Wind weht, welcher die Parcellirung des Eigenthums und die Bildung ländlicher Genossenschaften befördert, so strömt dieser Vortheil unausbleiblich zuletzt auf die ländlichen Arbeiter über. Auch die bloßen Tagelöhner auf dem Lande bekommen ihr Theil, denn die Nachfrage nach ihren Dienst wächst. Der industrielle Arbeiter wird es wegen der höheren Lebensmittel häufiger als bisher vortheilhaft finden, sich im Freien anzusiedeln und etwas Gartenbau zu treiben, wodurch er wieder unabhängiger wird. In der Landwirthschaft aber treten sofort**) eine Reihe von Erfindungen und Verbesserungen in's Leben, welche dafür sorgen, daß die Lebensmittel nicht so hoch steigen, daß dem Arbeiter kein Vortheil mehr bleibt.

Auch der Handwerker muß mit der Hebung des Arbeiterstandes im Ganzen nothwendig gewinnen. Bis jetzt glauben noch viele Handwerker, sie könnten nur leben, so lange sie unter ihren Kunden wenigstens einige recht reiche Leute haben, aber das ist immer nur die alte Selbsttäuschung des Menschen, die ihm immer begegnet, wo ihm eine überlegene Macht entgegentritt. Der Reichthum blendet ihn, die schöne, lohnende Bestellung imponirt ihm, und er glaubt sich in weit höherem Grade abhängig, als er es wirklich ist. Von den vereinzelten Schneidern, Friseuren u. s. w. die ihr Glück dadurch machen, daß sie überhaupt nur für die vornehme Welt arbeiten, sehen wir dabei ab. Das Handwerk hat heutzutage eben auch seine Aristokratie, namentlich in großen Städten, und ob einer sich zu dieser erhebt oder nicht, das hängt von mancherlei Umständen ab. Fleiß und Geschick gehört allerdings dazu, aber es geht nach dem Gesetz, welches ich im zweiten Kapitel meiner Schrift über die Arbeiterfrage entwickelt habe: es sind stets zehn oder zwanzig gleich fleißige und geschickte Männer da, von denen sich doch — wie die Verhältnisse in unserer centralisirenden Gesellschaft einmal sind — immer nur einer durch die Gunst zufälliger Umstände in eine bevorzugte Stellung emporschwingt. Von diesen reden wir hier also nicht, sondern von der großen Masse der Handwerker, die reichere und ärmere Kunden nebeneinander haben. Ja, wenn man diesen die reicheren einfach wegnähme, so hätten sie allerdings weniger Verdienst. Wie aber, wenn sie statt vieler armen und einiger weniger reichen Kunden auf einmal lauter ziemlich wohlhabende hätten? Oder nehmen wir einmal ein Beispiel aus dem Leben! Gesetzt es fällt das große Loos in einer Stadt das eine Mal auf einen reichen Mann, das andere Mal vertheilt auf viele ärmere. In welchem Falle wird wohl der unbetheiligte Handwerkerstand der Stadt im Ganzen mehr Vortheil davon haben? Wir glauben im letzteren; wenn die Leute nur nicht so leichtsinnig sind — was bei Spielern leider oft vorkommt — daß sie ihren ganzen Gewinn versaufen. Der reiche Mann wird seinen ausgesuchten Luxus noch vermehren; seine Reit- und Wagenpferde anschaffen, ein Treibhaus mit seltenen Gewächsen, einige kostbare Gemälde, Spiegel so groß wie eine Wand u. s. w. — Von den zahlreichen ärmeren dagegen schafft sich der eine bessere Kleidung an, der andere neue Tische und Stühle, der dritte baut sich ein kleines Häuschen — kurz das ganze Geld wird mehr den nothwendigen und in der Nähe zu befriedigenden Bedürfnissen zugewandt und kommt so der Hebung des Ortes zu gute. Wenn man für dieselbe Geldsumme, meinetwegen für 100,000 Thaler, das eine Mal einen Palast baut, das andere Mal über hundert Arbeiterwohnungen mit ganzer Einrichtung fertig macht; woran wird der gewöhnliche Handwerker wohl mehr verdienen? Wir meinen an Letzterem.

Gehen wir noch einen Schritt weiter! Malen wir uns das Bild einer kleinen Fabrikstadt aus, wie sie jetzt ist, und wie sie bei der republikanischen Form der Arbeit sein könnte! Wer kennt sie nicht, diese trostlosen Nester mit fünf bis sechs stattlichen Wohnhäusern inmitten großer Gärten und einigen hundert elenden Hütten, in denen sich eine Bevölkerung von etwa tausend Arbeiterfamilien zusammendrängt? Wie sehen solche Orte aus? Da sind einige ärmliche Schenken, eine ziemliche Anzahl kleiner Läden, die hohe Procente nehmen und doch meist schlecht bestehen, ein paar wohlhabende, weit mehr arme Handwerker, eine bessere Wirthschaft oder ein Casino für die Honoratioren, die aus den Fabrikherren und einigen Beamten bestehen, und damit ist das Gemälde fertig. Das öffentliche Leben ist null und nichtig, gute Bildungsanstalten, wohlgepflegte schattige Spaziergänge, anständige Vergnügungslokale, Kaffeehäuser, in denen Zeitungen aufliegen, Lesezirkel für gute Journale, ein reges Vereinsleben — nichts von alledem. Der Arbeiter ist auf die äußerste Nothdurft beschränkt, die Reichen machen sich das Leben in ihren vier Wänden angenehm und der Fremde, der an einen solchen Ort verschlagen wird, langweilt sich wie ein Mops. Machen wir nun ein Rechenexempel! Unsere 1000 Arbeiter sollen zusammen im Jahre 200,000 Thaler Lohn beziehen (für die Wirklichkeit viel zu günstig!). Dann leben sie ohne eigentliches Elend, aber auch ohne sich über das Nothwendigste hinaus etwas anschaffen zu können. Der Gewinn der Fabrikherren wird sich erfahrungsmäßig fast so hoch belaufen, als die Summe der Arbeitslöhne. Nehmen wir an, er betrage nur 150,000 Thaler jährlich, so wird das gerade ausreichen, um ein halb Dutzend Familien in den Rang der Geldaristokratie zu erheben. Nehmen wir an, daß bei republikanisch eingerichteter Arbeit der Gewinn derselbe bleibt. (Er muß, wenn die Sache recht geregelt ist, viel höher werden; doch sehen wir davon ab). Nehmen wir ferner an, daß zwar die Fabrikherren nun wegfallen, daß dafür aber auch volle 50,000 Thaler mehr als früher — in Form von Gewinnantheilen — den Buchhaltern, Correspondenten, Reisenden, Commis, Meistern, einem aus diesen und aus Arbeitern gewählten Verwaltungsrath u. s. w. zufallen, so daß die eigentlichen Arbeiter sich nur um 100,000 Thaler, also auf die Familie 100 Thaler, besser stehen. Wie wird sich unter solchen Verhältnissen der kleine Ort gestalten? — Wir haben jetzt statt der wenigen Herrenhäuser eine ganze Anzahl von freundlichen Wohnungen mit kleinen Gärtchen, welche den Stempel eines gewissen Wohlstandes tragen. Da wohnen jene Buchhalter, Meister u. s. w., denen nun die geistige und technische Leitung des Ganzen zunächst obliegt, und die, außer ihrem früheren Salair, noch einen höheren Gewinnantheil ziehen. Diese Leutchen bilden eine kleine Aristokratie, in welcher jedoch die Verachtung des Arbeiters nicht aufkommen kann, weil sie von der Generalversammlung der Arbeiter abhängig sind. Sie fühlen sich durch kein böses Beispiel zu einem sinnlosen Luxus gedrängt, der sie bei den Arbeitern nur verhaßt machen würde. Dagegen fühlen sie sich geistig frei und leicht, indem sie den Druck des persönlichen Prinzipals nicht mehr empfinden; sie sind zum Nachdenken angeregt, weil sie nun die höchste Leitung des Ganzen in Händen haben, strebsam, weil die Behauptung ihrer vortheilhaften Stellung von ihren Leistungen und vom Wohl des ganzen Geschäftes abhängig ist. Wird nicht in dieser Gesellschaft sich eine größere Bildung entwickeln müssen? Wird dies nicht den ganzen Charakter des Ortes vortheilhaft verändern? Und die Arbeiter mit 300 Thlr. Einkünften werden ganz andere Leute sein als mit 200; sie können, wenn auch nur langsam und allmählig, über die äußerste Nothdurft des Lebens hinausgehen; ihre Einrichtung wird sich vervollständigen, ihr Tisch, ihre Kleidung wird besser werden. Sie werden auch den Kopf freier erheben, sich am öffentlichen Leben betheiligen, gute Schulen verlangen und schaffen helfen u. s. w. — Für die Handwerker und kleinen Geschäfte aber stellt sich das einfache Resultat heraus, daß nun 150,000 Thaler fast ganz im Ort verzehrt werden, von denen früher der größte Theil für die Erzeugnisse des Luxus in die Weltstädte wanderte, auf Reisen verausgabt, oder auf unfruchtbare Bauten und Parkanlagen unter der Leitung fremder Baumeister, Gärtner u. s. w. verwandt wurde.

Man schelte nicht den letztgenannten Gesichtspunkt engherzig und kleinstädtisch! Es ist einer der wichtigsten Grundsätze der ganzen Socialwissenschaft, um den es sich dabei handelt. Der Vortheil der Centralisation, der Vereinigung aller Bildung, alles Wohllebens, aller höheren Leistungen der Kunst und der Gewerbe in dem Bereich weniger Großstädte — dieser Vortheil hat seine ernsten Schattenseiten. Unsere Zeit hat vor allen Dingen die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß das Leben der kleineren Orte nicht durch das Wuchern der großen Mittelpunkte erstickt werde. Hier ergibt sich ein Mittel, welches dazu beiträgt, ganz von selbst, während wir einen andern, an sich noch höheren Zweck verfolgen. Wir suchen den Arbeiterstand aus seiner sclavenähnlichen Lage zu befreien, und indem wir dies thun, dienen wir zugleich der Hebung des lokalen Lebens. Beide Zwecke dienen wieder dem höheren Zweck der Freiheit und der Humanität; denn nimmer wird ein Land wahrhaft frei sein und die rechte Menschenwürde pflegen können, wenn nicht jede Stadt, jedes Dorf, sowohl wie jede Bevölkerungsklasse, am gemeinsamen geistigen Fortschritt Antheil hat und sich für die Lebensaufgabe der Nation interessirt. Dies mag ein Ideal sein; ich bin zufrieden, wenn es nur das richtige Ideal ist, und wenn man es nur als das richtige Ideal unseres Strebens erkennen will. Es braucht ja nicht gleich Alles auf einmal zu kommen. Wenn die nächste große Volksbewegung uns nur so viel bringt, daß der gute Wille zur Befreiung des Arbeiterstandes zur Geltung kommt, dieser gute Wille, der bisher noch nie, selbst nicht in Frankreich im ersten Siegesrausch des Frühlings 1848, wirklich zur Herrschaft gekommen ist. Wenn einmal ernsthaft an die große Aufgabe Hand angelegt wird, so wird sie von Schritt zu Schritt leichter, während der ungestörte Fortgang der heutigen Gesellschaft und der heutigen Staatseinrichtungen sie nur immer schwerer macht. Glaube man doch ja nicht, in einer Gesellschaft, die durch und durch aus kleinen Selbstbeherrschern mit unterwürfigen Dienern besteht, eine freie Verfassung auf die Dauer durchführen zu können! Wenn auch jene absolute Gleichheit, von der die Socialisten und Communisten früher bisweilen träumten, weder durchführbar noch naturgemäß ist, so ist doch das Prinzip der Gleichheit eine ganz unentbehrliche Ergänzung zu dem Prinzip der Freiheit;

---

*) Vgl. vorige Nr. (173) d. Bl.

**) Man halte dies „Sofort" ja nicht für eine sanguinische Phantasie; es ist wissenschaftlich streng zu begründen, da die Culturvölker stets weit mehr Ideen zu Verbesserungen vorräthig haben, als zur Zeit ausgeführt werden können. Jede Steigerung der Nachfrage nach einem Produkt bringt eine Reihe von Ideen, die auf seine Herstellung abzielen, in das Stadium des Versuchs, eine Reihe von Versuchen in das Stadium der Rentabilität, und wendet endlich einigen Einrichtungen von bereits nachweisbarer Rentabilität das Kapital zu ihrer Ausführung zu.

und nicht nur jene heuchlerische „Gleichheit vor dem Gesetz“ kann damit gemeint sein, bei welcher nur der Form nach Jeder gleich behandelt wird, während das materielle Wesen der Gesetzgebung in allen Stücken die Ungleichheit fördert. Die Gesetzgebung eines Volkes, welches die Freiheit will, muß auf dem Prinzip der Ausgleichung der Unterschiede ruhen, weil nur bei einem mäßigen Unterschiede zwischen der Stellung der Staatsbürger die Freiheit Wurzel schlagen kann. Diese Ausgleichung bedarf keiner starken und erschütternden Mittel, um im Laufe weniger Generationen den ganzen Zustand der Gesellschaft erfreulicher zu gestalten. Sie braucht nicht tiefer in die freie Bewegung der Einzelnen einzugreifen, als die gegenwärtige Gesetzgebung es thut; im Gegentheil, sie ist mit einem höheren Maße von wirthschaftlicher Freiheit, als wir jetzt genießen, vereinbar; nur muß die Richtung und der Zweck aller Eingriffe dem feudalisirenden Wesen der jetzigen Einrichtungen entgegengesetzt sein. Wo man jetzt vierzig Millionen ausgibt, um die Herrschaft der Vornehmen zu schirmen und die Unzufriedenheit des Volkes niederzuhalten, da brauchte man nur zehn Millionen, um das Volk durch verbesserte Schulen, durch Colonisation im Innern und durch Unterstützung freier Erwerbsgenossenschaften langsam aber sicher auf eine höhere Stufe zu erheben und die schlimmste Quelle aller Unzufriedenheit zu verstopfen. Was auf einmal muß, das ist eben nur der Anfang der socialen Umwälzung, der Uebergang von den unrichtigen, volksfeindlichen Grundsätzen zu den richtigen, volksfreundlichen. Wie unser heutiger Communismus nicht das „Theilen“ bezweckt, sondern die Ausbreitung des genossenschaftlichen Gemeinwesens, so bezweckt unser Socialismus nicht die plötzliche Ordnung der ganzen Gesellschaft durch ein alle Lebensbeziehungen umfassendes Gesetz, sondern nur die Benützung der indirecten Wirkungen der Gesetzgebung zur allmähligen aber sichern Ausgleichung der Klassengegensätze; ebenso wie auch jetzt nicht durch directe, sondern durch indirecte Wirkungen der bestehenden Gesetze der Arme noch ärmer und der Reiche noch reicher gemacht wird. Als ein einzelnes aber unschätzbares Glied in der Kette dieser Wirkungen einer zukünftigen volksthümlichen Gesetzgebung und Verwaltung möge man denn immerhin auch die Staatshülfe zur Ausbreitung und Förderung der Erwerbsgenossenschaften gelten lassen. Wer sie unbedingt verwirft, ist weiter vom rechten Wege, als wer alles Heil von ihr allein und auf einmal zu gewinnen hofft. Mag auch der theoretische Irrthum in beiden Fällen gleich groß sein, so ist doch der erste schädlicher, weil er hemmender Natur ist. Ein zu weit getriebenes Experiment haben wir Deutsche noch selten gemacht, und ich bin immer der Ansicht gewesen, daß uns selbst ein wenig Ueberstürzung eigentlich gar nicht schaden könnte *).

(Wirthschaftliche Selbsthülfe.) Der Fortbildungsverein für Buchdrucker in Wien hat in seiner Monatsversammlung vom 18. März d. J. den Beschluß gefaßt, die von ihm veranstalteten Vorträge des Dr. Max Menger „über auf Selbsthülfe gestützte wirthschaftliche Genossenschaften“ im Druck herauszugeben. Das Büchlein, welches nebst den Vorträgen auch noch Normalstatuten für Vorschußvereine, Consumvereine, Rohstoffgenossenschaften und Productiv-Associationen enthält und über 100 Druckseiten umfaßt, hat soeben die Presse verlassen und ist im Commissions-Verlage von Carl Czermak, sowie in allen Buchhandlungen zu haben. Um eine große Verbreitung zu erzielen, ist der Preis äußerst niedrig gestellt.

*) In dem in vorstehender Darstellung entwickelten Sinne sind auch wir nie Gegner der Staatshülfe gewesen. Unsere Opposition war gegen das Extrem gerichtet, welches den nicht minder gefährlichen Irrthum verbreitet, die „Staatshülfe“ sei ein „Universalheilmittel“ für die socialen Leiden und ihre Anwendbarkeit und Nützlichkeit im unfreien Staat, unter den Händen des Junker- und Pfaffenthums, sei möglich. Es ist das einer der Irrthümer, von denen jetzt glücklicherweise die Mehrzahl der Lassalleaner gründlich geheilt zu sein scheint. D. Red.

Aus der Werkstätte.

(Einges.) Bismarck hat vollbracht, was wohl selbst den kühnsten Politiker der Gegenwart vor der Hand noch eine Unmöglichkeit schien; er hat die Berufung eines deutschen Parlaments beantragt, und dadurch eine Bewegung im deutschen Volke hervorgerufen, deren Endzweck es ist, die Annehmbarkeit oder Unannehmbarkeit des Bismarck'schen Vorschlages nach allen Seiten hin zu erwägen. Mag man nun auch über Bismarck und seine Beweggründe denken, was man will, so ist es doch gewiß nicht gut gethan, das Gebotene ohne Weiteres von der Hand zu weisen; denn, wenn es auch als unleugbar anzunehmen ist, daß der preußische Premier nur von den Verhältnissen gedrängt, zu diesem Mittel greift, um Nutzen für sich daraus zu erzielen, wenn er auch keineswegs die Einheit und Freiheit Deutschlands dadurch befördern will, so ist doch auch zu bedenken, daß keine der deutschen Regierungen daran denken wird, ein Parlament zu schaffen, wenn sie nicht die äußerste Nothwendigkeit dazu zwingt. Es kann uns gleich sein, wer zuerst zu diesem Mittel greifen mußte. Für das deutsche Volk gibt es wohl nur zwei Wege, die zum Parlament führen: entweder fühlen sich die Regierungen gedrungen, dem Volke ein solches zu geben, oder das Volk muß es durch die Gewalt erzwingen. Nun ist aber der erstere weit leichter, während es bei dem anderen zugleich fraglich ist, ob das Volk wirklich den Sieg erlangt. Darum ist es wohl besser, den ersteren, den uns Bismarck zu ebnen scheint, einzuschlagen. Nur bleibt es Sache des Volkes, solche Männer zu Vertretern zu wählen, die die Wünsche des Volkes zum Ausdruck bringen, Männer, die ächt deutscher Gesinnung sind und nicht im immerwährenden Herdeclamiren der Phrase vom deutschen Berufe Preußens ihre staatsmännische Größe finden, und die nicht im ewigen Hoffen auf eine Umkehr des preußischen Regiments die Gegenwart vergessen. Welche sind denn nun die Forderungen des deutschen Volkes, die ein Parlament zur Geltung bringen soll?

Da schon, nach den Angaben der Zeitungen, die Einberufung im Juni erfolgen soll, dürfte es wohl Zeit sein, sich darüber zu verständigen, damit nicht die Uebereilung ein Parlament schaffe, das mit fortschrittlerischen Redensarten, wie militärischen und diplomatischen Anschluß an Preußen, das übrige Deutschland an Preußen verräth und verkauft. Die erste und hauptsächlichste Forderung, die das Volk zu stellen hat, ist wohl die einer kräftigen Centralgewalt, die nur dann die beste Bürgschaft für das Wohl des gesammten Volkes und Vaterlandes in sich trägt, wenn sie aus den Wahlen des Volkes hervorgeht und periodisch erneut wird. Nur Männer aus dem Volke, die dessen Bedürfnisse und Wünsche aus eigener Erfahrung kennen, werden die Geschicke des Volkes am besten lenken können. Damit aber eine solche Centralregierung ihren Maßnahmen den gehörigen Nachdruck verleihen kann, muß die gesammte bewaffnete Macht nur ihr zur Verfügung stehen. Ist dies nicht der Fall, so muß sie ruhig zusehen, wie die Staatsregierungen von ihren Beschlüssen ausführen, was ihnen gefällt, oder gar der Gewalt weichen.

Unpraktisch dagegen würde sein, einer der jetzigen deutschen Regierungen die Centralgewalt zu übertragen; denn diese würde nur darauf bedacht sein, die ihr so gebotene Gewalt zur Vergrößerung ihrer Hausmacht zu gebrauchen. Das Interesse Gesammtdeutschlands würde wohl das Letzte sein, was sie zu wahren suchte. Die Geschichte lehrt uns das genug.

Stellt man noch einer solchen Centralregierung, wie oben erwähnt, die alleinige Verfügung über die öffentlichen Verkehrsanstalten, die diplomatische Vertretung und das Unterrichtswesen zu, so würde selbige ein Institut sein, das allen Anforderungen des Volkes entsprechen kann. Die gesetzgebende Gewalt wäre einem vom Volke zu wählenden Parlament zu übertragen, dessen ordnungsgemäß gefaßte Beschlüsse für die Centralregierung unbedingte Befehle sein müßten. Das Spiel des Auflösens oder Vertagens müßte unmöglich sein, da nach natürlichen Gesetzen der Wille Vieler mehr Geltung haben muß, als der eines Einzelnen.

Zur Beschaffung einer solchen Centralregierung und Volksvertretung müssen nun die Männer hinwirken, die das Volk beauftragt, seine Interessen zu berathen. Ohne jemals nach links oder rechts zu neigen, müssen sie jedes Compromiß ablehnen, nur dann sind wir sicher, daß sich die Vorgänge von 1848 und 49 nicht wiederholen. An Euch nun, Ihr Arbeiter, die Ihr politische Gleichstellung fordert, ist es, zu zeigen, daß Ihr einer solchen würdig seid. Zunächst sprecht Eure Wünsche und Forderungen aus und dann, wenn man Euch zum Stimmkasten ruft, bleibe Keiner zurück. Sollte man aber durch Beschränkung des Wahlrechtes Euch ganz oder theilweise von der Wahl ausschließen, so erhebt Euch zu einmüthigem, energischem Protest dagegen.

Ruft man Euch zur Wahl, so wählt Männer aus Euch, die Energie besitzen, um Eure Forderungen mit Nachdruck geltend zu machen und steht fest zu ihnen in allen Verhältnissen, auch wenn man es wagen sollte, so mit ihnen umzugehen, wie mit der letzten Nationalversammlung.

Bei der Wahl eines deutschen Parlamentes gibt es die beste Gelegenheit, die Forderungen des Arbeiterstandes geltend zu machen. W.

(Das ist alles recht schön und gut. Aber wir bitten nur den Leitartikel an der Spitze des politischen Theils unserer heutigen Nummer und den der vorigen Nummer über den Herzog von Mölln und das allgemeine Stimmrecht recht aufmerksam zu lesen. D. Red.)

Druckfehlerberichtigung.

In Nr. 172 d. Bl. S. 986 in der Resolution der Pforzheimer Versammlung, Sp. 2, Z. 11 v. o. lies: „preußische Volk“ statt: „deutsche Volk“.

☞ Hiezu eine Beilage von Hrn. M. Müller, den Hrn. Professor Provenge, den Arbeiterverein in Pforzheim und das allgemeine directe Wahlrecht betreffend. Der aufmerksamen Durchsicht der Vereine dringend empfohlen.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert in Coburg.

Nr. 175.

Coburg.

Vierter Jahrgang.

Sonntag,

6. Mai 1866.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Organ der deutschen Arbeiterbildungsvereine.

Herausgegeben

vom

Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis

vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 1 Freiexemplar.

Bestellungen, Briefe und Sendungen franlirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung“, Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 10 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr

6 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

Vereinsangelegenheiten.

Kempten, 25. April. Der hiesige Arbeiterfortbildungsverein feiert am **Pfingstsonntage** sein 3. Stiftungsfest, zu welchem Brudervereine von Nah und Fern herzlich eingeladen werden. Wir fügen noch die Bitte hinzu, daß diejenigen Freunde, welche uns mit ihrem Besuch erfreuen wollen, uns zuvor davon in Kenntniß setzen möchten.

Bei dieser Veranlassung möchten wir auch bekannt machen, daß bei der am 5. April vorgenommenen Revision der Statuten folgender Artikel einstimmig angenommen wurde: „Wenn ein Mitglied von einem anderen Bildungsverein in hiesigem aufgenommen werden will, und nachweisen kann, daß es seine Verbindlichkeiten im andern Verein erfüllt hat, hat es kein Einschreibegeld zu bezahlen, wenn sich dasselbe binnen 4 Wochen meldet.

Mit Gruß und Handschlag

Ch. Engelhardt, Vorstand.

Eßlingen, 24. April. (Consumverein.) Bei der am 15. d. Mts. abgehaltenen jährlichen Generalversammlung, zeigte sich für die Mitglieder ein sehr günstiges Resultat. Es wurden in dem erst einjährigen Bestehen des Vereins für 29,328 fl. Marken umgesetzt und ein Reingewinn von 1831 fl. erzielt. Es kommen auf 100 fl. erkaufte Marken 6⁴/₁₀% Rabatt.

Die Zahl der Mitglieder war bei dem Entstehen des Vereins 100 und zählt jetzt 260. Der Verein hatte wie überall auch hier bei seinem Entstehen mit Widerwärtigkeiten aller Art zu kämpfen, allein der Thätigkeit des Ausschusses gelang es, dieselben zu beseitigen.

Auch veranstaltete in jüngster Zeit der Ausschuß für die Mitglieder ein Consum-Essen, welches allgemeine Anerkennung fand und wodurch der Verein viele Mitglieder gewann. Bei dieser Gelegenheit wurden unter anderem auch heitere und ernste Deklamationen vorgetragen, und es wechselten Gesänge und Toaste mit einander ab, namentlich wurde ein, von einem Mitglied verfaßtes und selbst vorgetragenes Gedicht über Consum-Wesen, mit großem Beifall aufgenommen, wir lassen dasselbe hier wortgetreu folgen.*)

Pforzheim, 2. Mai. Wo bleibt der Beweis von den Pforzheimer Arbeitervereinsvorsitzenden, daß die Mitglieder auf die Wichtigkeit des allgemeinen und direkten Wahlrechts aufmerksam gemacht und zu einer Abstimmung dafür eingeladen wurden?

Mehrere Arbeiter.

Darmstadt, 2. Mai. In Nr. 173 der „Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung“ lesen wir, die „Hess. Landes-Zeitung“ habe in Betreff des Gesuchs des Arbeiterbildungsvereins zu Mainz „wegen Ausdehnung der Freizügigkeit nach den Grenzländern hin“ die Bemerkung gemacht, als sei ein solches Gesuch für Baden „gegenstandslos“, da daselbst die unumschränkte Freizügigkeit eingeführt wäre. Dies beruht jedoch auf einem Irrthum. Es ist nicht die „Hess. Landes-Zeitung“, sondern die „Neue Badische Landes-Zeitung“, welche diese Meinung aussprach. Diese Meinung ist aber eine gänzlich unrichtige, da es den Badensern nicht gestattet ist, von ihrer ausgedehnten Freizügigkeit in den Grenzländern Gebrauch zu machen. Es ist daher für den badischen Arbeiterstand ebenso wichtig, wie für die anderen Länder, bei der Regierung oder bei der Kammer dahin zu wirken, daß solche für die Ausübung der Freizügigkeit so wichtige Gegenseitigkeitsverträge als Anbahnung für ganz Deutschland abgeschlossen werden. Wie wir aus ganz zuverlässiger Quelle wissen, dürfte es gerade für Baden noch um so wichtiger sein, weil es den Bewohnern der Grenzländer gestattet ist, nach Baden zu ziehen, ohne daß die Badenser das Recht haben, sich in Nachbarländern niederzulassen. Hierdurch geschieht es denn, daß die Grenzländer sich vielfach in Baden niederlassen, dem Land eine neue Konkurrenz verursachen, ohne daß die Badenser anderwärts ihr Geschäft mit dem Recht treiben können, welches die Grenzländer von Baden daselbst ausüben dürfen.

(Hess. Landes-Ztg.)

* **Aus Baden**, 3. Mai. Wer über die ächt jesuitisch-gothaischen Umtriebe, durch welche unsere braven Vereinsbrüder in **Pforzheim** genasführt und namentlich von der Agitation für das allgemeine Wahlrecht abgehalten werden sollen, noch irgend im Zweifel gewesen sein sollte, dem wird jetzt jeder Zweifel schwinden. Arbeiter, Ihr habt das Flugblatt des Herrn M. Müller von Pforzheim gelesen, welches der letzten Nummer der Arbeiterzeitung beigelegen hat, und in welchem, namentlich im II. Theil an der Hand von **Thatsachen** die ganzen traurigen Schliche aufgedeckt worden sind. Was haben die Herren nun für eine Antwort darauf, sie machen den ohnmächtigen Versuch, die ganze Sache lächerlich zu machen. Nachstehend aus dem Organ des Hrn. Professor Provence die Antwort auf jene freilich nicht zu widerlegenden Anklagen. Diese Antwort genügt, das Schuldbewußtsein voll zu beweisen und zugleich zu zeigen, welche niedrige Meinung man von den Arbeitern hat, daß man glaubt, ihr gesundes Urtheil sei mit schlechten Witzen irre zu führen. Hier also aus dem Organ des Hrn. Provence die Antwort auf die thatsächlich begründeten Anklagen der Müller'schen Beilage zur letzten Arbeiterzeitung. Ich lasse das Machwerk wörtlich folgen:

„Schulze. Hast de schonst die neuste Fluchschrift von JöM. jelesen?

Müller. Ueber die Jehirntrichine?

Schulze. Nee, über den Einfluß einzelner Männer in der Jemeinde. —

Müller. „Deß' rühme der blut'ge Tyrann sich nicht!“

Schulze. Weeß de, wat darin richtig und doch zujleich falsch is?

Müller. Deß er dem Herrn Provence een Hälchen anjehängt hat.

Schulze. Ja, an das c im Namen ein Hälchen (cédille).

Müller. Na, wenn ER so fortmacht, „schön Alles nach der Reihe“, kommen wir am Ende doch noch dran. —

*) Zu unserem Bedauern wegen Mangels an Raum nicht möglich. D. Red.

Schulze. So is et. Denn det Recept zu so ener Fluchschrift is jar nich schwer, da se mehrstens aus Rohstoffen jearbeetet wird. Eenige Fabrikswitze, 6 Citate un etwas Galläpfel weeden in eener langen Brühe von Leimwasser mit eener Handvoll grobkörnigem Salz zurecht jemüllert und über eenen juten Namen anjerichtet und mit Löschpapier un Druckerschwärze jarnirt.

Müller. Na, ick danke für die Mixtur!"

† **Celle**, 30. April. Vor einigen Monaten hatte das hannoverische Ministerium des Innern eine Commission zusammenberufen, um über die vorzunehmende Reform der Gewerbeordnung zu berathen. Bei Zusammensetzung dieser Commission war man so vernünftig gewesen, Männer aller Parteistellungen zuzuziehen, so daß man immerhin etwas Ersprießliches erwarten durfte. Die stadthannover'schen Zünfte, welche dieses fürchteten, wandten sich daher, zur Zeit als die Commission schon tagte, an den König und baten um Zulassung einiger der Ihrigen zu den Commissionsberathungen, was bewilligt, während ein anderes Gesuch, um Zulassung einiger Freunde der Gewerbefreiheit vom Könige abgeschlagen wurde. Durch diesen Einschub der Zünftler wurde das Stimmverhältniß dahin geändert, daß die Commission ein äußerst trauriges Machwerk zu Tage brachte. Aus diesen Commissionsberathungen ist nun eine Regierungsvorlage zur Abänderung der Gewerbeordnung den jetzt tagenden Ständen vorgelegt, welche sehr viel zu wünschen übrig läßt. Es läßt sich ja nicht verkennen, daß manches in dem Entwurfe dem Fortschritt huldigt, allein im Allgemeinen können wir uns nicht damit einverstanden erklären.

Das lästige Concessionswesen hört namentlich nicht nur nicht auf, sondern die concessionspflichtigen Gewerbe sollen noch vermehrt werden; ebenso soll der Fähigkeitsnachweis beibehalten bleiben.

Der Zunftzwang hört auf, aber die Zünfte bleiben, und die nichtzünftigen Gewerbetreibenden müssen auch die Zunftkosten mit tragen; weshalb auch „Kladderadatsch" sagt: „die Zünfte werden aufgehoben und die Zünfte bleiben bestehen". Man soll, ohne Bürger- oder Einwohnerrecht gewonnen zu haben, an jedem Orte ein Gewerbe betreiben können und erst nach Ablauf von 3 Jahren zur Erwerbung des Bürger- oder Einwohnerrechts gezwungen werden, oder dasselbe verlangen können, muß sich dann aber noch, auf Verlangen der Gemeinde, einer Prüfung unterwerfen und einen Fähigkeitsnachweis liefern, was um so gefährlicher ist, als überall nichts darüber gesagt ist, wann die Fähigkeiten als vorhanden anzunehmen sind oder nicht, mithin der gute Wille der Behörden entscheidend ist.

Daß somit hier sowohl wie bei Concessionsertheilungen die politischen Gesinnungen der betreffenden Personen in Frage kommen ist selbstverständlich. Ebenso scheint es Absicht der Regierung zu sein, die Zünfte fortexistiren zu lassen, da angenommen wird, daß keiner Geld zahlen wird, ohne über die Verwendung desselben mitsprechen zu dürfen, somit also auch der Zunft beitreten wird.

Ob nun die Stände diesen Entwurf im Wesentlichen gutheißen, oder wesentlich abändern, wissen wir nicht. Wenn ersteres der Fall, so werden wir das Gesetz wohl erhalten, im letzteren Falle wird eine Publikation nicht erfolgen und es bleibt vorläufig beim Alten. Die „Zeitung für Norddeutschland" räth dringend zur Annahme in Bausch und Bogen. Wir schließen uns dieser Ansicht nicht an. Haben wir das Machwerk, so behalten wir's auch, im entgegengesetzten Falle muß die Regierung nachgeben, da die jetzigen Zustände so unhaltbar sind, daß sie auch die Regierung nicht halten kann.

Mainz. Der Arbeiterbildungsverein feiert dieses Jahr am 5. Mai sein 18jähriges Stiftungsfest, wozu ihm die Casino-Gesellschaft zur Eintracht ihr Local unentgeltlich überlassen hat. Es ist dies um so anerkennungswerther, da dieses als ein Schritt zu betrachten ist, wodurch vielleicht eine bessere Zukunft für denselben erzielt werden dürfte. Man hat demselben bis dahin von Seiten des hiesigen Bürgerstandes wenig Aufmerksamkeit geschenkt, während man sich bemühte, die Arbeiter in confessionelle Parteien zu theilen, an deren Spitze sich Bürger hiesiger Stadt befinden, die Alles aufbieten, evangelische Jünglinge und katholische Gesellen zu machen, was gewiß ein trauriges Zeichen in unsern Tagen ist. Fern von religiösen Vorurtheilen hat dagegen der Arbeiterbildungsverein die Devise: „Arbeit und Bildung" angenommen, um jeden Arbeiter, ohne Unterschied der Confession, noch dieselbe in sein Bereich ziehend, denselben sittlich und praktisch als Menschen für die Gesellschaft heranzubilden. Trotz der vielen Verdächtigungen, die man über denselben ergehen ließ, hat er sich durch manche Calamität durchzuschlagen gewußt, so daß er nun von einer Gesellschaft anerkannt wird, die ihm zur Abhaltung seines Stiftungsfestes mit großer Bereitwilligkeit ihren Saal überließ. Dieses Fest soll, wie man vernimmt, gut geordnet und mehrere Festordner dafür gewonnen worden sein. Musik, Gesang und Declamation sollen gut gewählt sein.

Dresden, 30. April. Die für Sonnabend Abend von den Herren Knöfel, Försterling &c. in den Räumen der „Tonhalle" zusammenberufene **Volksversammlung** war zahlreich und zwar meistentheils von Mitgliedern des Arbeiterstandes besucht. Eröffnet wurde dieselbe durch Herrn **Försterling**, welcher die Gründe, aus denen die Versammlung berufen worden sei, auseinandersetzte und dabei hervorhob, daß diese Volksversammlung vor Allem eine Demonstration gegen die jüngst auf dem „Linde'schen Bade" veranstaltete sein solle, bei welcher man ein Eintrittsgeld erhoben habe und welche aus diesem Grunde von den Arbeitern nicht besucht worden sei. Auf seinen Vorschlag wurde Herr **Knöfel** durch Acclamation zum Vorsitzenden erwählt. Dieser schlug wiederum Herrn **Försterling** zum stellvertretenden Vorsitzenden vor, und trat die Versammlung auch diesem Vorschlage bei. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete die **Parlamentsfrage**, über welche Hr. **Försterling** die Berichterstattung übernommen hatte. Redner ging davon aus, daß das allgemeine directe Wahlrecht ein wohlerworbenes Recht des Volkes sei, daß es aber für dasselbe nur dann der Geldherrschaft gegenüber einen Werth erlange, wenn jeder Census wegfalle und die Abstimmung bei der Wahl eine geheime sei, und zwar letzteres aus dem Grunde, weil der einzelne Arbeiter bei der Abhängigkeit, in welcher er nach allen Seiten hin stehe, nur unter dieser Voraussetzung völlig frei wählen könne. Ein in dieser Weise zusammenberufenes Parlament sei aber nothwendig, um die politische Lage Deutschlands, sowie auch besonders die **sociale** Lage des Volkes zu bessern. Durch dasselbe müsse die Bildung eines **Volksstaates**, welcher allein geeignet sei, die Macht der beiden deutschen Großmächte zu brechen, gefördert werden. Von wem das Parlament geboten werde, sei ganz gleichgiltig (?), da man es nicht mit der Person, sondern lediglich mit der Sache zu thun habe. Wenn man aber den Bismarck'schen Antrag nicht annehme, werde die deutsche Nation zu Grunde gehen. (??) In Bezug auf die Kriegsfrage werde er sich eines Urtheils enthalten, weil es nicht in der Macht des Volkes stehe, ob Frieden bleiben solle, oder nicht. Dies werde sich lediglich nach den Verhältnissen richten; das Aussprechen frommer Wünsche nütze nichts. Nachdem Redner noch die Gründung eines Vorparlaments durch die Mitglieder der 1848er Nationalversammlung besprochen, schlägt er folgende Resolution zur Annahme vor:

> „Wir verlangen ein auf Grund des allgemeinen, gleichen, directen Wahlrechts mit geheimer Abstimmung einzuberufendes **constituirendes** Parlament, nicht allein zur Regulirung der politischen Verhältnisse, sondern zugleich zur Inangriffnahme der Lösung der **socialen** Frage."

In der Debatte ergreift zuvörderst Hr. **Richter** das Wort und befürwortet in längerer Rede die Annahme der Resolution, wobei er hervorhebt, daß diese Versammlung vor Allem eine Demonstration sein solle gegen die Versammlung auf dem „Linde'schen Bade", welche den Wiederzusammentritt des 1848er Parlaments beantragt habe. Ferner wirft er dem Vorredner ein, daß man, da es sich gegenwärtig um einen ungerechten Krieg handle, unbedingt für den Frieden sein müsse. Der von gewisser Seite her aufgetretenen Ansicht gegenüber, die passive Wählbarkeit zum Parlamente an einen möglichst hohen Census zu knüpfen, schlage er vor, ausdrücklich auszusprechen, daß das constituirende Parlament auf Grund **unbeschränkter Wählbarkeit** zu wählen sei. Außerdem sei es nothwendig, daß hinter dem Parlament ein Volksheer stehe, und aus diesem Grunde müsse man sich für eine **allgemeine Volksbewaffnung** aussprechen und beantragen, daß zur Unterstützung des Parlaments ein Volksheer von mindestens einer Million Streiter geschaffen werde. In Bezug auf den Krieg machte er noch darauf aufmerksam, daß durch denselben an erster Stelle die Arbeiter leiden würden, daß derselbe mit dem Blute und Gelde des deutschen Arbeiterstandes geführt werden würde, und daß letzterer daher alle Ursache habe, sich gegen den Krieg zu verwahren. (Bravo). Nachdem Herr **Oehme** gegen den Vorredner gesprochen, wobei derselbe u. A. erwähnt, daß allein **Bismarck** die Absicht habe, den deutschen **Arbeiterstand zu heben**, und daß derselbe vollständig Recht gehabt habe, das preußische Abgeordnetenhaus nach Hause zu schicken, wendet sich Herr **Richter** ebenfalls gegen dessen Ausführungen und besonders dagegen, daß der besitzenden Klasse noch mehr Macht in die Hände gelegt werde. Dann werde der Arbeiterstand noch mehr gedrückt werden. Die jetzigen Productionsverhältnisse forderten mehr Opfer, als der größte Krieg je fordern könne. Bei einem Kriege habe man doch eine geringe Aussicht auf Erfolg; blieben aber die Productionsverhältnisse so, wie sie gegenwärtig seien, so kämpften die Arbeiter auch fortwährend, aber ohne jede Aussicht auf Erfolg. Redner spricht sich ferner **gegen** das den Schleswig-Holsteinern vindicirte „Selbstbestimmungsrecht" aus. Keinem einzelnen Volke sei ein solches Recht der Selbstbestimmung einzuräumen, aber alle Volksstämme habe allein das gesammte deutsche Land (also doch wohl nicht Großpreußen? D. Red.) zu entscheiden, und deshalb könne die schleswig-holsteinische Frage nicht anders als in Gemeinschaft mit der deutschen Frage gelöst werden. Gegen Wiederzusammentritt des 1848er Parlaments, da sich die jetzige Generation die Männer, die sie ins Parlament haben wolle, selbst wählen müsse; denn jetzt herrsche nicht mehr wie damals, das Zopfprofessorenthum und die Verehrung der Advokaten: jetzt sei der Arbeiter selbstständig geworden und werde seine Vertreter möglichst aus dem **Arbeiterstande** wählen. Für die Annahme der Schraps'schen Zusatzanträge spricht sich Redner ebenso wie für Abschaffung der stehenden Heere aus, und ermahnt den Arbeiterstand schließlich, den günstigen Augenblick nicht zu versäumen, denn wichtiger als alle politischen, sei die Lösung der socialen Fragen. — Schneidermeister **Riha** und Tischler **Hendel** sprechen sich auch für Annahme der Resolution aus. Schriftsetzer **Meyer** vertheidigt unter großer Unruhe der Versammlung die Mitglieder des 1848er Parlaments, das er mitgewählt habe, gegen die gegen sie erhobenen Vorwürfe. Wenigstens **die** Männer dürfe man nicht schmähen, die ausgehalten hätten, bis ihnen die württembergischen Bayonette auf die Brust gesetzt worden. Nachdem nunmehr der Schluß der Debatte beschlossen worden, erhält Herr **Richter** nochmals das Wort (derselbe wirft hierbei den Männern der Fortschrittspartei vor, daß sie für Geld sprächen), während Herrn **Meyer**, welcher zur Berichtigung sprechen will, auf **Försterling's** Antrag dasselbe verweigert wurde. Als derselbe dennoch versuchte, das Wort zu ergreifen, wurde er durch Geschrei u. s. w. factisch daran gehindert. Hierauf sprach Herr **Försterling** zum Schlusse für Annahme der Resolution nebst der vom Adv. Schraps beantragten Zusätze, wendete sich mit heftigen Angriffen gegen die Bourgeoisie, las einen Abschnitt aus dem Lassalle'schen Werke (Bastiat-Schulze) vor, und gipfelte schließlich in dem Satze, daß Kleinstaaterei und Bürgerthum zusammen besiegt werden müßten. Bei der Abstimmung wird die Resolution gegen einige Stimmen in folgender Fassung angenommen:

> „Wir verlangen ein auf Grund des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechts mit unbeschränkter Wählbarkeit und geheimer Abstimmung einzuberufendes constituirendes Parlament, nicht allein zur Regulirung der politischen Verhältnisse, sondern zugleich zur Inangriffnahme der Lösung der socialen Frage. Ferner spricht man sich zur Unterstützung des Parlaments für Einführung einer allgemeinen Volksbewaffnung aus."

Den zweiten Theil der Tagesordnung sollte eine Besprechung der **Arbeiterfrage** mit besonderer Berücksichtigung der Arbeiter-, Kranken- und Unterstützungskassen bilden. Hierbei übernahm Herr **Försterling** den Vorsitz, da Herr **Knöfel** eine von ihm in Chemnitz über dieses Thema gehaltene Rede vorlas. Herr **Försterling** betonte, daß eine Besserung der materiellen Verhältnisse der Arbeiter auf jede Weise angestrebt werden müsse. Die eigentliche Berichterstattung hatte Herr **Richter** übernommen, welcher allerdings weniger die vorliegende Frage beleuchtete, als einige specielle hiesige Vorkommnisse, die sich dem allgemeinen Interesse entzogen, in den Kreis seiner Betrachtung zog. Besonders tadelt Redner die jetzt bestehende Einrichtung bezüglich der Arbeits- und Dienstbücher, und bezeichnet die Arbeiter als den enterbten Theil der Menschheit, die Dienstboten hingegen als die weißen Sclaven des 19. Jahrhunderts. Er schlägt schließlich folgende Resolution zur Annahme vor:

„Die heutige Volksversammlung erklärt unter theilweiser Bezugnahme auf das Gewerbegesetz:

1) Die Arbeiter haben ein Recht auf selbstständige Verwaltung ihrer Krankenkassen; die meisterliche Bevormundung, sogenannte Garantie und

dergleichen, hat aufzuhören, und es gehört lediglich in das eigene Ermessen der steuernden Mitglieder, die einzelnen Corporationskassen für sich fortbestehen zu lassen oder die kleinern derselben miteinander zu verschmelzen.

2) Die Arbeitgeber sind nicht befugt, in die Arbeitsbücher, welche ohnedies im Sinne der Gleichberechtigung nicht mehr zeitgemäß sind, sondern in Wegfall gebracht werden müssen, Führungzeugnisse oder sonst etwas außer der Arbeitsbescheinigung einzutragen.

3) Die Erhebung von Gebühren für Einträge, resp. Abstempelungen in die Arbeitsbücher sowohl seiten der Polizeibehörde, als auch der Innungsältesten, für welche Letztere eine solche nicht einmal gesetzlich begründet ist, hat gleichfalls in Wegfall zu kommen.

Die anwesenden Arbeiter sind gewillt und erachten es als Pflicht der gesammten Arbeiterschaft, mit allen verfügbaren gesetzlichen Mitteln für Beseitigung, beziehentlich Nichtwiedereinführung genannter Uebelstände zu wirken und demgemäß zu handeln."

An der längern Debatte betheiligten sich die Herren Riha, Preußer, Jentzsch, Arnold und Hendel, welche sich sämmtlichst für Annahme der Resolution verwenden und eine regere Theilnahme an dem hier bestehenden Deputirtenvereine anriethen. Herr Jentzsch forderte weiter die Arbeiter auf, den sogenannten Stempelgroschen den Obermeistern einfach nicht mehr zu zahlen, und spricht sich zugleich gegen die Verschmelzung der einzelnen Krankenkassen in eine allgemeine Krankenkasse aus 2c. Hendel bezeichnet es als eine dem Deputirtenvereine obliegende Aufgabe, sich wegen Aufhebung der Arbeitsbücher 2c. direct an die Regierung zu wenden, und bedauert, daß die vorgeschlagene Resolution nicht kürzer gefaßt worden sei. Nach dem Schlusse der Debatte erfolgte einstimmige Annahme der Resolution, und endete hiermit nach Mitternacht diese Versammlung.

± **Berlin.** In der letzten Verbandssitzung hiesiger Consumvereine theilte Herr Assessor Richter aus Magdeburg mit, daß er demnächst hierselbst Vorträge über die Angelegenheiten der Consumvereine halten werde, denen sich dann Discussionen, jedoch keine Resolutionen, anschließen sollen. Er halte, meinte er, die erzielten Resultate der Consumvereine Berlins zu gering im Vergleich mit den Mühen, die die Gründer und Vorsteher haben. Dies scheine ihm an den Statuten, an der Geschäftsführung u. dgl. zu liegen. Diese öffentlichen Vorträge und Besprechungen sollen dem abhelfen. Da Hr. Richter eine selbst von Schulze-Delitzsch anerkannte Autorität in Consumvereinsangelegenheiten ist, so wurde diese Mittheilung allseitig freudig begrüßt. — Hr. Dr. Meyerstein, als Director der neuen Genossenschaftsbäckerei, gab dann einen Bericht über dieselbe aus dem verflossenen Monat. In der Woche vom 5. bis 10. März wurden 686 Brode abgesetzt, vom 11. bis 17.: 819, vom 18. bis 24.: 924, vom 25. bis 31.: 868. In der letzten Woche weniger, weil der Feiertage wegen weniger Brod gegessen wurde, im Ganzen: 3297 Brode. Die drei größten Genossenschaften haben sich, da sie die alten Verbindungen nicht gleich aufheben konnten, noch nicht betheiligen können. Das Brod selbst hat im Allgemeinen zu keiner Beschwerde Anlaß gegeben. Je größer der Verbrauch, desto größer werden die Gewinne. —

± **Berlin.** Das Genossenschaftsgesetz, welches die preußische Regierung dem Landtage vorgelegt, veranlaßte den Verband der Erwerb- und Wirthschaftsgenossenschaften der Provinz Brandenburg auf Wunsch des Anwalts Hrn. Schulze-Delitzsch eine Versammlung zu berufen, damit die Mitglieder der Berliner Genossenschaften sich über dasselbe aussprechen. Dieselbe fand nun am Dienstag, den 25. April, statt und endete mit einer **Auflösung.** Herr Dr. Mährer eröffnete dieselbe um 9 Uhr mit dem Hinweis auf den Zweck der Versammlung und den Wunsch, daß auch andere Städte dem Beispiele folgen werden und den Gesetzentwurf in Berathung ziehen. Der Abgeordnete Hr. Schulze-Delitzsch setzte sodann auseinander, wie nothwendig ein solches Gesetz, wie er ein solches bereits den Genossenschaften 1862 vorgelegt und gebilligt worden. Im Jahre 1863 habe der Minister ein Gesetz versprochen und endlich sei es 1866 an's Tageslicht gekommen und an's Herrenhaus gegangen, eine Genossenschaft, die in politischer Hinsicht in Bezug auf Selbsthülfe im schneidensten Kontrast stehe. Zwar habe man seinen Entwurf zur Grundlage genommen, doch so abgeändert, daß man nur sagen könne, daß was von uns kommt, den Genossenschaften, gut ist, während was nicht gut ist, von der königl. Staatsregierung kommt. Wie die Genossenschaften zu dem Gesetz stehen, beweisen die Genossenschaftsblätter 8—11. Der Redner bespricht sodann eingehend den § 7 des Entwurfes, wonach die Anerkennung der Genossenschaften dem Oberpräsidenten vorbehalten bleibe. Nach diesem Paragraphen dürfen blos Männer an der Spitze stehen, die nicht nach Wunsch gewählt haben und die Genossenschaft wird nicht anerkannt, wie dies neuerdings vorgekommen, in einem sächsischen Städtchen, wo Herr Witzleben gemeint hat, eine Genossenschaft sei nicht nöthig. Wenn die Behörden schon in die Taschen der Bürger zu sehen vermögen, ob sie Credit haben u. s. w., das gehe doch in die Puppen (Bravo, Heiterkeit). Dieser Paragraph sei für kein Genossenschafts- sondern für ein Parteigesetz. Unsere Vereine haben sich bewährt und wir verlangen nicht mehr wie die anderen Klassen, nämlich dieselben Rechte. Zum Schluß weist der Redner darauf hin, daß die Kriegsgefahr den Genossenschaften schade. Die Kriegswirren werden so lange dauern wie die Regierung dasselbe Ziel wie bisher verfolgt. Unter diesen leidet der ganze Verkehr und besonders die kleinen Leute, und da ist es unsere Pflicht, die Schuld auf die Schultern der königl. Staatsregierung zu legen, welche uns hindert, persönlich für uns einzustehen. Man muthet gerade dem kleinen Manne zu, sich mit gebundenen Armen emporzuarbeiten. Wir müssen vorher die Schuld auf diejenigen werfen, denen sie zukommt. Die Genossenschaften selbst warnte der Redner auch mit dem Creditgeben vorsichtig zu sein. Herr Assessor Richter kritisirt mit praktischen Beispielen aus der Neuzeit den § 7 des Gesetzentwurfes. So sagt er u. A.: Verein nach Schulze-Delitzsch-System heißt, daß das Statut nach Grundsätzen der Solidität und Redlichkeit ist, daß diese Grundsätze europäischen Credit haben, und daß dieser Credit mehr ist, als hätten wir ein Ministerium, das noch mehr Credit besitzt, als das bisherige. Der Redner bespricht dann die Polizeiaufsicht bei den Versicherungsgesellschaften und unter welchem Druck diese zu leiden haben. Als Herr Itzenplitz (preußischer Handelsminister) Verwalter der Schäferei in Frankenfelden war, hatte er diese in liberalem Sinne verwaltet. Nun kann man aber die wirthschaftliche Freiheit nicht gestatten und die politische Freiheit niederdrücken, deshalb wird den Ministern, wie unser Anwalt sich ausdrückte, graulich vor den Genossenschaften, die auf Selbsthülfe und Selbstverwaltung beruhen, denn in dem Augenblicke, wo die Minister die vollen Consequenzen der wirthschaftlichen Freiheit in die Politik übergehen lassen, ist es mit dem gegenwärtigen Ministerium Alle. Der Redner schließt dann: Ich weiß auch, daß andere Leute ein Interesse haben, wenn der eine zur Schäferei der andere zur Deichhauptmannschaft zurückkehrt. Während der Redner unter großem Beifall die Tribüne verläßt, ist der mit noch einem anwesenden Schutzmann anwesende Wachtmeister aufgestanden, hat sich den Helm aufgesetzt und erklärt: Die Versammlung ist aufgelöst. Hr. Dr. Mährer: Meine Herren! Die Versammlung aufgelöst. Die Anwesenden verlassen etwas aufgeregt den Saal.

± **Berliner Handwerkerverein.** Im Monat April wurden u. A. Vorträge gehalten: von Professor Spiller, Director Lehmann und David Born. Weiter zeigt der Lectionsplan für den 29. April einen Vortrag von Dr. Berthold Auerbach an. Für die Monate Mai und Juni ist der Lectionsplan wie folgt festgestellt: Mai 2.: Hr. Cras, Literatur; 5.: Dr. Woltmann, Ausbau der Geschichte Berlins; 7.: Dr. Seemann, Naturwissenschaft; 9.: Hr. Lehfeldt, über deutsche Beredsamkeit; 12.: Hr. Arends, Chemie; 14.: Dr. Ravoth, über Erziehung; 16.: Hr. Lehfeldt, auf Friedrich Rückert's Geburtstag; 19.: Dr. L. Hermann, Physiologie; 23.: Dr. Burg, technologische Chemie; 26.: Dr. Arnhald, Geschichtliches; 28.: Dr. Seemann, Naturwissenschaft; 30.: Dr. Burg, technologische Chemie. — Juni 2.: Dr. Angerstein, Muskel und Nerven; 4.: Prof. Lohde, römische Mosaik, Fußboden zu Rennig; 6.: Dr. Burg, technologische Chemie; 9.: Dr. Löwenstein, Medicinisches; 11.: Hr. W. Angerstein, Culturgeschichte; 13.: Dr. Burg, technologische Chemie; 16.: Hr. Stinnitz, Staatswissenschaft; 18.: Dr. Grothe, Technologie; 20.: Hr. Keßler, der Dampfkessel und seine Behandlung; 23.: Professor Birchow, Naturwissenschaft; 25.: Hr. Dr. Seemann, Naturwissenschaft; 27.: Hr. Keßler, Fortsetzung des Vortrags vom 20.; 30.: Hr. Duncker, über Gneisenau. Der Unterricht ist fast derselbe wie bisher; es wird in 21 verschiedenen Gegenständen Unterricht ertheilt.

Berlin, 20. April. In der letzten Sitzung des Fortbildungs-Vereins der Schneider wurde von einem Mitgliede die Mittheilung gemacht, daß Agenten aus England hier wären, um Schneider nach denjenigen Städten Englands zu engagiren, in welchen ihre Berufsgenossen die Arbeit eingestellt haben. Redner, welcher selbst lange Zeit dort gearbeitet, und die englischen Arbeiter-Zustände genau kennt, sind durch einen der Agenten Anerbieten gemacht, welche derselbe für durchaus ungünstig bezeichnet. Ausnahmsweise sollte er, wenn er sich verpflichtete, 2 Jahre in Edinburg in demselben Geschäft zu arbeiten, und zugleich als Dolmetscher dienen wolle, wöchentlich 27 Schilling, also 9 Thaler erhalten. Dies kann man für Jeden, welcher die dortigen Zustände nicht kennt, verlockend erscheinen, es ist daher Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß man hier mit 4 bis 4½ Thlr. eben so weit reicht als dort mit 9 Thlr. Da die Arbeiter solidarisch in allen Ländern sind, so scheint es geboten, damit nicht in diesem Falle, wie leider so häufig, der Deutsche Arbeiter unbewußt das Werkzeug oder der Spielball ausländischer Speculanten werde, vor dieser Speculation zu warnen.

Braunschweig, 23. April. Der Vorstand des hiesigen Arbeitervereins hat kürzlich den Dr. Otto Walster aus Leipzig eingeladen hierher zu kommen, und dieser hat bereits in zwei zahlreich besuchten Versammlungen Vorträge über die sociale Frage im allgemeinen und die Arbeiteragitation im besonderen gehalten, in denen er für die Lassalle'schen Principien zu werben versuchte. Resolutionen wurden nicht gefaßt, sondern nur als leitender Gedanke der Satz aufgestellt und angenommen: „Die deutschen Arbeiter müssen, überall wo es ihr Interesse gilt, zusammengehen, und eine Anfeindung derselben unter sich ist ihrer unwürdig." Wer den Versammlungen beiwohnte, und die Aeußerungen hörte, welche hie und da gemacht wurden, konnte bald zu der Ueberzeugung kommen, daß kein Aufschwung für irgendeine Idee vorhanden war. Ob Lassalle, ob Schulze-Delitzsch, danach fragt man nicht viel, sondern — wie ein Arbeiter sagte — danach, wie der Theuerung der nothwendigen Lebensbedürfnisse, soweit sie keine ganz naturgemäße, abzuhelfen sei. Man muß hier bei solchen Beobachtungen zu der Ueberzeugung gelangen, daß das allgemeine Stimmrecht kein Glück für uns wäre, sondern nur denen zu gut kommen würde, welche es verständen, die Massen durch irgendwelchen Köder zu gewinnen. (D. h. daß das „allgemeine Stimmrecht" Hand in Hand gehen muß mit der Volksbildung und der Hebung der Bildung, namentlich auch der politischen der Arbeiter insbesondere, wobei die Arb.-Vereine ihre Pflicht zu thun haben, damit den Einzelnen klar wird, daß die materielle Noth, die sie drückt, in politischen und socialen Verhältnissen ihre Ursachen hat, die man erst kennen muß, um sie beseitigen zu können. D. Red.)

(A. Z.)

Aus Königsberg i. Pr., 26. März, wird gemeldet: Ein Rittergutsbesitzer unserer Provinz ist in der vielbesprochenen Arbeiterfrage mit einem sehr dankenswerthen Beispiele vorangegangen. Derselbe hat von dem Ertrage sämmtlicher Wirthschaftsbranchen eine Tantième von 5 bis 10 pCt. seinen Gutsleuten unter der Bedingung bewilligt, daß sie die Hälfte dieses Betrages in einer Sparkasse anlegen. Außerdem hat er denjenigen seiner Dienstleute, die 15 Jahre im Dienste stehen, bei Verpachtung eines Ackerstücks von 3 Morgen und einer entsprechenden Wohnung die Möglichkeit verschafft, allmälig in den freien Besitz dieser Pachtung zu treten. Auch sind ein gemeinsamer Hausgottesdienst, eine Volksbibliothek und eine Kleinkinderschule theils eingerichtet, theils vorbereitet.

Rottweil a. N., 1. Mai Schon seit einiger Zeit verfolgt der hiesige Arbeiter-Bildungs-Verein mit lebhaftem Interesse die Cabalen, welche sich im Schooße des dortigen Brudervereins entsponnen haben; nur fanden wir es geboten, mit unserer Ansicht hierüber zurückzuhalten, bis wir den Stand der Dinge und deren Motive von beiden Seiten, so ziemlich erschöpfend dargelegt erhielten, um gestützt hierauf, ein möglichst gewissenhaftes Urtheil uns bilden zu können. —

Wir sind entfernt keine Freunde davon, uns in Streitigkeiten Anderer, welche Privatsache oder Persönlichkeiten zum Gegenstande haben, einzumischen; — hier im vorliegenden Falle aber haben wir es vorzugsweise mit einer Angelegenheit zu thun, welche die heiligsten Prinzipien der Vereinsbestrebungen in Frage stellen würde, und da halten wir es sogar für unabweisliche Pflicht sämmtlicher Brudervereine, — deren Gemeingut diese Grundsätze sind, — ein offenes, freies Wort in dieser Sache mitzureden.

Vor Allem bedauern wir es aufrichtig, daß Herr Moritz Müller, welcher sich um die berechtigten Be-

strebungen nach Bessergestaltung der Verhältnisse des Arbeiterstandes, wirklich verdient gemacht hat, und nach unserer Ueberzeugung (welche durch ein Mitglied, welches längere Zeit unter seiner Leitung dem dortigen Verein angehörte, bestärkt wurde) mit Treue und sittlichem Ernste der guten Sache, unermüdlich seine Dienste weiht, von unseren dortigen Collegen so verkannt wird, — sei es in Folge von verderblichen Einflüssen, oder durch Befangenheit irgend welcher Art. — Es ist dies nicht unsere Sache zu untersuchen, da wir in der Hauptsache von jeder Subjectivität Umgang nehmen wollen. —

Doch möchten wir hierbei noch unsererseits Gelegenheit nehmen, diesem Manne für sein bisheriges Verhalten in der Arbeiterfrage unseren aufrichtigen Dank zu zollen und ihn zu bitten, solche Kundgebungen wie sie ihm leider vom dortigen Verein zu Theil geworden, nicht als den Ausdruck der Gesinnungen der Arbeiterwelt betrachten zu wollen. —

Zur Sache selbst übergehend, glauben wir, daß hinsichtlich des Cardinalpunktes, *darüber* kein Zweifel herrschen sollte, daß sobald eine Abstimmung den wahrhaft ernstlichen Ausdruck des Willens kund geben soll, consequenterweise auch damit die Verpflichtung verknüpft ist, für die Durchführung desselben nach Kräften einzustehen — und zwar ohne sich hierbei von „Opportunitätsrücksichten" abhalten zu lassen.

Diese Pflicht erheischt also in richtiger Folge für die Sache zu wirken, beziehungsweise *sich an Agitationen hiefür zu betheiligen*, und sollte dennoch nichts dadurch erreicht werden, so bleibt dann immerhin die Genugthuung *in seiner Pflicht nichts verabsäumt zu haben; aber nur dann!*

Jede Erwägung im Voraus, die als Grund der Nichtbetheiligung vorgeschützt wird, läßt nach unserer Meinung auf deren Urheber, den Schein aufkommen, daß sie nur gekommen seien, die fragliche Sache mit leeren Worten zu vertheidigen, ohne den Muth zu haben, wenn es darauf ankommt, auch dafür einzustehen.

Wir wünschen im Interesse des Rechtssinnes, daß recht viele Vereine ihr Urtheil über diesen Gegenstand ebenso unverholen austauschen möchten.

Im Namen des Arbeiterbildungsvereins.
Der Vorstand: *Emil Eßlinger.*

London. Der Strike der Schneidergesellen im Westend, der bekanntlich eine Lohnerhöhung zur Folge hatte, findet jetzt in den inneren Bezirken Londons Nachahmung. Ein zahlreich besuchtes Meeting von Schneidern der City und der angrenzenden Theile hat stattgefunden, um die Erhöhung des Lohnes um einen Penny für die Stunde zu beantragen. Ausdrücklich wurde vom Vorsitzenden auf das Beispiel der Arbeiter des Westend hingewiesen, die ihrem einträchtigen Zusammenhange den Erfolg zu verdanken gehabt hätten. Derselbe konnte übrigens der Versammlung die Mittheilung machen, daß drei der Hauptfirmen sich bereits der billigen Forderung gefügt hatten. In Edinburg ist eine ähnliche Bewegung.

In **Amerika** hat in den letzten Monaten die sogenannte „Achtstundenbewegung" einen beachtenswerthen Umfang angenommen. Es zielt diese „Bewegung" dahin: durch gesetzliche Verfügungen in allen Einzelstaaten und im Bunde die Dauer eines (nicht anderweit durch Accord definirten) Tagewerks auf acht (statt zehn) Stunden festzustellen. Für ihr geringes Alter ist die Bewegung schon eine sehr mächtige und umfangreiche geworden. Bereits sind in zwei Staaten, New-York und Californien, Gesetzentwürfe im Sinn der Forderung — zwar abgelehnt worden, doch mit verhältnißmäßig kleiner Mehrheit. In Massachusetts hat die Legislatur erst nach einer monatelangen gründlichen Untersuchung die Forderung als eine für jetzt noch verfrühte abgelehnt. Aber die Richtigkeit der ihr zu Grund liegenden Tendenz findet Anerkennung. Diese Tendenz ist: möglichste Emancipation des Menschen von den rohen körperlichen Verrichtungen die durch Disciplinirung und Beherrschung der Naturkräfte ersetzt werden können, resp. möglichste Verminderung der auf solche Verrichtungen verwendeten Zeit. Es soll auch für den niedrigsten Arbeiter die erforderliche Muße zu höherer geistiger Ausbildung und zu einem menschenwürdigen Genuß des Lebens gewonnen und eine verminderte Quantität rein körperlicher Arbeit durch die gesteigerte Qualität derselben ersetzt werden.

Politischer Theil.

Einheit oder Freiheit?

Man mag sich sperren und wenden wie man will, — sagt ein aufrichtig liberaler Mitarbeiter der „Allgemeinen Zeitung", der ein ebenso wahres, als unbehagliches politisches Spiegelbild der deutschen Gegenwart vorhält, — Recht und Gewissen treiben die deutsche Frage durch alle ihre proteïschen Wandlungen immer und immer wieder in ihre erste und einzige Form zurück, in die Frage nach dem Rechte Schleswig-Holsteins. Diese Frage hat sich bis zur Stunde als der sicherste Prüfstein erwiesen, ob das deutsche Volk und seine Regierungen zu einer bessernden Fortgestaltung des staatlichen Systems befähigt sind, und leider muß man gestehen, daß ein guter Theil des einen wie der anderen die Prüfung möglichst schlecht bestanden hat. Die Grundursache dieses schlechten Erfolgs ist eine echt deutsche: man hat die einfache und leichte Lösung der vorliegenden speziellen Aufgabe, die Befreiung und Eindeutschung Schleswig-Holsteins verworfen, und an ihre Stelle die unendlich verwickelte und schwierige Verwirklichung eines doctrinären Ideals, der Vereinheitlichung (Unification) Deutschlands, gesetzt. Es war doch gewiß ein gewaltiger Schritt zur Einigung, wenn man eine deutsche Provinz vom Feinde zurückeroberte. Das war schön, praktisch, gerecht, schuf uns Ruhm und Ehre, verstärkte die deutsche Gesammtkraft, und gab uns Respect vor den Nachbarvölkern, die solche Energie nicht an uns gewöhnt waren. Aber man wollte mehr, wollte gleich Alles, und hat nun gar nichts, oder vielmehr das gerade Gegentheil von all den genannten Gütern nebst der Aussicht auf den Krieg mit sich selbst und mit halb, vielleicht auch ganz Europa. Das Factum liegt vor Augen, Niemand kann die Stirne haben, es zu leugnen. Es ist die in seinem Recht wurzelnde Freiheit zunächst eines einzelnen deutschen Stammes geopfert worden dem Gedanken einer abstracten Einheit, und statt der Einheit haben wir alle jetzt die Zwietracht, statt der Macht die tiefste Schwäche, statt der Freiheit hat jener Stamm die Vergewaltigung, und das preußische Volk wenig mehr. Freilich die Annexionskünstler sagen: die dermalige Unfreiheit des preußischen Volkes falle nur zufällig mit den ruhmvollen „moralischen" und physischen Eroberungen an der Eider zusammen; ein liberales, ein nach innen freiheitliches Ministerium hätte dieselben ebenso gut und noch besser zu Stand gebracht, werde und müsse sie nach Graf Bismarck's baldigem Sturze noch zu Stande bringen. Sehen wir uns doch einmal einige dieser Zukunftsliberalen aus der neuesten Zeit an, wie sie sich die Sache unter einem preußischen Anti-Bismarck denken. Es sind lauter Blätter, welche noch vor Kurzem sehr kleinlaut waren, die Erhaltung des Friedens als höchstes Gebot verkündeten und ihren Abscheu vor dem Bürgerkrieg aussprachen. Aber bald sah wieder die „Nationalzeitung" die Umstände in Europa sehr günstig für eine Annexionspolitik liegen, und ermahnte das Wiener Cabinet, seinerseits derselben nicht mehr Widerstand zu leisten, als die andern Mächte. Einen Krieg in Deutschland möchte sie jetzt zwar gern vermieden wissen, doch könnte dieser Wunsch sich nur erfüllen, wenn Deutschland der preußischen Politik nicht entgegenarbeiten wollte. (Mit diesem „Wenn" wäre überhaupt noch kein Krieg und Zank in der Welt entstanden.) Uebrigens vertröstete das Berliner Blatt Deutschland damit, daß aufgeschoben nicht aufgehoben sei. Preußen, meinte es, werde doch noch einmal das Schwert ziehen müssen, um Deutschland nach seiner Façon zurechtzubringen. Für jetzt, wo das preußische Regierungssystem zu unpopulär sei, gehe es damit freilich nicht. Ebenso sagte jüngst die „Weserzeitung": „Wenn es wahr wäre, daß man in Deutschland einen unbedingten Abscheu gegen inneren Krieg hätte, daß man unter allen Umständen entschlossen wäre, gegen stammverwandte Feinde niemals an die Waffen zu appelliren, so würde es zweckmäßig sein, allen Agitationen für eine bessere Organisation unseres politischen Lebens lieber heut als morgen zu entsagen. Denn darauf kann man sich verlassen, daß wir keinen einzigen Fortschritt in dieser Richtung machen werden, welcher nicht den Gegnern, wenn nicht durch Waffengewalt, so doch durch Bedrängniß vor derselben abgenöthigt sein wird." Die „Köln. Ztg." stellte um dieselbe Zeit den Satz auf: „Die Herstellung eines souveränen Staats an der Elbe kann und wird das preußische Volk sich ohne Krieg nicht gefallen lassen", fügte jedoch bedächtig hinzu: „Andererseits will das Volk die *alsbaldige* Annexion nicht um den Preis eines Krieges; — sie hofft mittelst des militärischen und maritimen Anschlusses auf eine allmälige Annexion.

Man sieht, auch das preußische Zukunftsministerium appellirt eben einfach und in letzter Instanz an die Gewalt. Natürlich, denn so lang es noch auf den Bänken des Abgeordnetenhauses saß, hat es ja gegen diese Vergewaltigung fremden Rechts **nicht** protestirt. Gewaltsame militärische Vereinheitlichung, ideales Säbelregiment ist und bleibt das Programm. Allerdings hat ohnlängst der Nationalverein in Berlin sich „*gegen gewaltsame Annexion*" erklärt, er hat aber mit der dieser erleuchteten Körperschaft eigenen weisen Bescheidenheit und bescheidenen Weisheit beizusetzen vergessen: was dann zu thun, wenn die friedliche Annexion sich nicht einstelle? Oder wird sie sich einstellen? Glaubt man immer noch: jetzt, nachdem das schleswig-holsteinische Volk seine Erfahrungen gemacht über preußische Beglückungspraxis und über die Rechtstheorien der Annexianisten, werde es freiwilliger denn je sich als Zugvieh einer abstracten Idee an den Triumphwagen der „Einheit" spannen lassen, und nimmermehr gegen den Stachel der preußischen Bayonette löcken?

Schleswig-Holstein — Verzeihung, daß wir den Namen so oft wiederholen — ist bis jetzt noch gar nicht befreit, es ist nur erobert und unterjocht worden. Ein Volk vermag, wie der einzelne Mann, dem anderen nur das zu geben, was es selbst hat. Was aber Preußen, nicht nur Bismarck und Genossen *in praxi*, sondern die unendliche Mehrheit der Bevölkerung (etwa mit Ausnahme der Rheinprovinzen) in Thesi, in Herz und Hirn' in Fleisch und Blut *wirklich* hat, das ist die aus Friedrich's II. Geschichte herausgeschnittene monarchische *Staatsidee von Gottes Gnaden*, das *militärische Machtideal* und die *abstracte Einheitsschablone*. Was es *nicht* hat und *nie* hatte, das ist der *Begriff von Freiheit*, welcher die Elemente des Staats gegen einander in das ebenbürtige Verhältniß des Vertrags stellt, welcher nicht in der Macht sein Recht, sondern in dem Recht die Macht sucht. Der Begriff einer gleichberechtigten, vertragsmäßigen Nebenordnung ist gar nicht vorhanden. Das zeigt sich am klarsten in dem oft schon dagewesenen und neulich wiederum von der „zahlreich besuchten" Versammlung des Berliner Nationalvereins ausgesprochenen Beschlusse: „*Keine gewaltsame Annexion, aber militärischer und maritimer Anschluß*", d. h. natürlich dem Größeren gegenüber Unterordnung. Daß aber ein kleiner Staat, welcher dem großen seine ganze materielle Macht hingibt, zu diesem nur in dem Verhältniß des Vasallen steht, und daß dieses Verhältniß nur das kurze *Durchgangsprovisorium zur vollständigen Unterwerfung* ist, wird klar sein.

Nicht die Qualität des Rechts, sondern die Quantität der Macht ist der politische Maßstab, mit welchem Preußen mißt, und die politische Weisheitsrune, welche auf diesem eisernen Maßstab eingegraben steht, heißt; „Ich lasse mich nicht majorisiren", zu deutsch: ich will selbst majorisiren. Nun, Preußen hat es bis jetzt gethan, und wie weit es und wir alle damit gekommen, steht *oben* geschrieben.

Auch Oesterreich hat sich nicht majorisiren, auch dieses hat sich von Preußen verführen lassen, aus dem Bund auszutreten und auf eigene Faust im Norden zu hantieren, auch vor ihm stehen jetzt die Folgen. Wir meinen aber, Oesterreich könnte gründlicher als irgend ein Staat in seinem eigenen Innern die Erfahrung machen und namentlich in der letzten Zeit wieder gemacht haben, daß **Macht** und *Einheit* des Ganzen sich nur da wahrhaft gestalten, wo Recht und *Freiheit* der Glieder vorangehen, seien diese Glieder so lang und breit, wie das Königreich Ungarn, oder so kurz und schmal, wie die vor einigen Monaten so hart angefahrene freie Stadt Frankfurt, oder so klein und nah beisammen, wie irgend ein einzelner protestantischer Privatmann in Tirol. Der Dank, zu welchem wir uns in der schleswig-holsteinischen Sache dem Haus Oesterreich verpflichtet fühlen, ist bis jetzt ein äußerst relativer; unser Mißtrauen, daß auch ferner noch Oesterreich eine Gelegenheit benützen möchte, auf Kosten unserer und seiner eigenen innern Entwicklung, die Einheit des *Machtstaats* der *Freiheit* des *Rechtsstaats* voranzustellen — dieses Mißtrauen haben wir ein durch die Geschichte früherer und wiederholt durch die Vorgänge der letzten Jahre begründetes Recht hier auszusprechen. Gerade in einem so eigenthümlich gebildeten Staat und nach so vielen Erfahrungen, sollte doch endlich einmal die Einsicht durchschlagen, daß nur die freie Entwicklung aller inneren Kräfte, die Achtung vor den Rechten der einzelnen Glieder, *die innere Freiheit* auch nach außen den Staat am festesten zusammenhält und ihm die seinem Umfang gebührende ruhmvolle Wirkung verleiht.

Wir haben noch von den übrigen in der Sache betheiligten deutschen Staaten zu reden. Auch dem deutschen Bund als solchem, sagt in einer seiner letzten Nummern das „Dresd. Journ.“, kann man eine Liste von Fehlern in der Herzogthümerfrage vorrechnen, aber unter allen diesen Fehlern war keine dem Recht widersprechende Handlung, alle bestanden in Unterlassungen. Das genannte Blatt zählt diese Unterlassungssünden auf, und fährt fort: „Aber bei aller Schwäche hat doch der deutsche Bund nie einen das Recht der Herzogthümer negirenden Beschluß gefaßt; nie ist aus ihm eine Anerkennung dänischer „Rechte“ herauszubringen gewesen. Man mag sich immerhin in Deutschland keine große Vorstellung von den Actionen dieses so schwerfällig organisirten Staatskörpers machen — die Meinung wird dem deutschen Bund sein erbittertster Feind nicht versagen können, daß er eine Preisgebung der Rechte der Herzogthümer niemals sanctioniren wird.“ Wir wollen diesen Worten und der ganzen Vertheidigungsrede für den Bund, welche in jenem Artikel liegt, nicht entgegentreten; so viel ist auch dort zugegeben, daß der Bund nicht gethan hat, was des Bundes war. Wir geben sogar zu, daß er in der Sache nichts thun konnte, und wir glauben einen Grund angeben zu können, warum er nichts konnte, und warum er heute noch nichts Rechtes kann. Auch die Freunde des Bundes und die Gegner des Grafen Bismarck lassen sich gerade wieder in diesen Tagen durch die Theorien des letzteren verführen, viel zu einseitig die Schuld des Jammers in der Aeußerlichkeit, in der „Organisation“ zu suchen. Mehr Macht und Einheit! ist das Geschrei des Tages. Mehr Recht und Freiheit! ist unsere Ansicht, unsere Forderung. Der Bund besteht aus seinen Gliedern. Und wenn von einer Reihe dieser Glieder — die Regierungen meinen wir — Jahrzehnte hindurch die Kräfte, die Rechte und die Freiheiten ihrer Völker nicht, wie es sich gehört, geachtet, geübt und entwickelt worden sind, so ist nicht zu wundern, daß in einem entscheidenden Augenblick jener ganze Organismus selbst ohne Kraft und Recht und Freiheit den fremden Gewalten gegenübersteht! Nicht bloß jenseits sind Verfassungen gegeben und genommen, durchlöchert und sistirt, sind Kräfte vergeudet und Rechte mißachtet worden, hat man gewisse weltliche und geistliche Gewalten zu verderblichem Wirken zwischen Volk und Regierung, oder vielmehr über beide sich stellen lassen, hat man aus wirklichem oder affektirtem Abscheu vor der Freiheit alle Elemente des politischen Lebens in die Einheit der Regierungsgewalt zusammenzuraffen gesucht — all' das ist oft und mannigfach auch diesseits geschehen, geschieht zum Theil heute noch. Es ist eine der wenigen dürftigen Wohlthaten dieser wüsten Tage, wo sich sehr hochgeitellte Körperschaften in wenig schmeichelhaften Formen gegeneinander bewegen, daß man auch weiter unten einen etwas kräftigeren Accent auf die Wahrheit legen darf. Staatswirthschaften — wir meinen das Wort nicht im nationalökonomischen Sinn — wie die in Mecklenburg, Hannover und Kurhessen, Regierungssysteme wie in Nassau und Hessen-Darmstadt können unmöglich in einen „Bund“ die Mitgift einer Kraft einlegen, welche ihnen selbst abgeht, weil kein Volk hinter ihnen steht. Was eine lange Reihe von Jahren hindurch — und hier darf man auch Staaten wie Sachsen, Würtemberg, Bayern nennen — in der inneren, rechtlichen und freiheitlichen Entwicklung versäumt und gefehlt worden war, das summirt sich irgend einmal in einem verhängnißvollen Moment zum furchtbaren Soll, welches von dem lange geträumten Haben abgezogen den wahren Werthrest eines politischen Instituts angibt. Ein solcher Augenblick steht jetzt vor uns. Nachdem aber die Regierungen so lange versäumt, in Recht und Freiheit der Völker die wahrhafte Macht und die dauernde Einheit zu gewinnen, erscheint es freilich ein bitterer Hohn des Schicksals, daß jetzt ein Graf Bismarck beide, Regierungen und Völker, zu berufen wagt, um unter den Formen der Freiheit und dem Vorwand der Einheit diese beiden höchsten Güter des deutschen Volks auf's Aeußerste zu gefährden und Deutschland kraft des neuen „Bundesmilitärwesens“, zu einer „activen, nationalen und erfolgreichen Politik“ zu führen, deren Bedeutung — in der Preisgebung deutschen Landes an das Ausland gipfelt.

***

Coburg, 4. Mai. Das „Coburger Tagblatt“ vom heutigen schreibt: „Eben da unser Blatt zur Presse gehen soll, erhalten wir von zwei zuverlässigen Seiten folgendes als Thatsache berichtet: „Bismarck hat dem König einen Vertrag mit Frankreich vorgelegt. Napoleon erhält hiernach die Hessische und Bayerische Pfalz sammt dem Saarbecken bis Kreuznach. Bayern wird entschädigt durch Salzburg und Tyrol.“

Wenn dem so ist, und schon seit Monaten spukt das als in der Vorbereitung begriffen, dann zu deinen Zelten deutsches Volk, das Vaterland ist in Gefahr!

Wir werden dabei unwillkürlich an Folgendes erinnert. Am 8. Mai **1860** (nicht 1866) war in Heidelberg eine Anzahl von deutschgesinnten Männern versammelt, welche u. A. Nachstehendes erklärte, was durch ganz Deutschland dann von Tausenden unterschrieben wurde:

„Das deutsche Volk ist entschlossen, keinen Fuß breit deutscher Erde unter fremde Botmäßigkeit gelangen zu lassen ..... „Die deutsche Regierung, welche ihre Pflicht so schmachvoll vergessen würde, daß sie bei auswärtigen Mächten einen Rückhalt suchte in Fragen der nationalen Entwicklung, bei feindlichen Mächten Hülfe suchte oder annähme zur Abwehr der Opfer, welche zu kraftvoller Bekämpfung dieser Feinde von ihr gefordert werden, eine solche Regierung würde dem öffentlichen Urtheil und dem Schicksal verfallen, welches **Verräthern** gebührt!“

So damals jene Erklärung! Wir finden darunter folgende Namen: Rudolph v. Bennigsen aus Hannover, K. Brater aus München, Düvernoy aus Stuttgart, von Dusch aus Heidelberg, Heinrich von Gagern von da, Gervinus von da, Hölder aus Stuttgart, J. Jolly aus Heidelberg, Lang aus Wiesbaden, Dr. C. Meyer aus Heidelberg, Metz aus Darmstadt, Dr. Sigmund Müller aus Frankfurt a. M., Dr. Pagenstecher sen., Dr. jur. Pagenstecher jun., Dr. E. Pickford, A. L. v. Rochau aus Heidelberg, Reyscher aus Cannstadt, F. Streit aus Coburg, Tafel aus Stuttgart, v. Vangerow aus Heidelberg, Welker von da.

Vom Rhein, 2. Mai. Auch die Neue badische Landeszeitung schreibt: Aus einer Quelle, die zu gut ist, um genannt zu werden, fließt uns die ungeheuerliche Nachricht zu: Graf Bismarck habe dem Könige von Preußen einen Vertrag zur Unterzeichnung vorgelegt, des Inhaltes: Louis Napoleon sollte für seine Verdienste in Sachen der Annexion die hessische und die bayerische Pfalz sammt dem Kohlenbecken der Saar bis in die Gegend von Kreuznach erhalten, Bayern aber dagegen durch Salzburg und Tyrol entschädigt werden. Bis jetzt zögere Wilhelm der Ritter aber noch. Diese furchtbare Nachricht wird wohl endlich den guten Michel aus seinem Schlaf aufstören und ihn zu etwas mehr als papierenen Resolutionen antreiben. Und das verdanken wir Alles mit Einem Wort der — fortschrittlichen Borussomanie, die an ihre Brust schlagen und mit dem alten ehrlichen Lafontaine ausrufen mag: Notre ennemi, c'est notre maître, Sie kralehlen mit ihm und er nasführt sie.

Seitdem Oesterreich in Venetien rüstet, ist wenigstens so viel Klarheit in die Lage gekommen, daß das Vorhandensein der Kriegsgefahr außer allen Zweifel gestellt ist. Preußen, sagt die Neue Freie Presse vom 1. Mai, hat erklärt, daß es angesichts der österreichischen Maßregeln in Venetien die zugesagte Abrüstung nicht durchführen könne, sondern im Gegentheile gezwungen sei, seinen Rüstungen eine größere Ausdehnung zu geben. Italien hat seinerseits vor aller Welt erklärt, seine Armee auf den Kriegsfuß zu setzen und den Ausbruch des österreichisch-preußischen Conflikts zur Eroberung Venetiens zu benützen. Frankreich verräth deutlich, daß es im Kriegsfalle nicht auf der Seite Oesterreichs steht. Rußland hat an zwei Punkten starke Truppenmassen an die österreichische Grenze vorgeschoben, und Niemand weiß, was es thun wird, wenn an der Elbe und Oder, am Mincio und Po die Kanonen zu donnern beginnen werden. England, mit seiner eigenen Reformfrage vollauf beschäftigt, scheint vorläufig den Ereignissen auf dem Festlande nur geringe Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die britische Politik billigt zwar vollkommen die Zielpunkte der österreichischen in der schleswig-holsteinischen Frage, aber noch mehr Gewicht legt die öffentliche Meinung in England den in Italien möglicherweise eintretenden Ereignissen bei. Oesterreich hat somit nirgends einen Alliirten, nirgends einen Alliirten, nirgends einen sichern Freund. Der unter napoleonischem Schutze zu Stande gekommenen preußisch-italienischen Allianz steht es gegenüber, ohne auf andere Mittel als die eigenen rechnen zu können. Es droht ihm der Krieg im Süden und Norden zugleich, und im Osten ziehen sich finstere Wolken zusammen. Die Lage ist beispiellos, unerhört, furchtbar. Außerdem greift die Entwerthung, welche alle Staats- und Industriepapiere seit Wochen erfahren, auf's tiefste in alle Privatverhältnisse ein, und zur politischen Noth tritt eine nicht minder unberechenbare finanzielle hinzu ..... In ganz Europa ist die alte Rechtsanschauung gänzlich unterwühlt, das zeigt der Anklang, welchen die Bismarck'sche Methode sogar in Deutschland zu finden beginnt. Man schaudert nicht mehr zusammen vor der Politik einer deutschen Großmacht, welche mit Franzosen und Italienern gegen das hervorragendste Glied des deutschen Bundes gemeinschaftliche Sache macht. —

Die „N. F. Z.“ vom 1. Mai hält in der jetzigen Lage 3 Stellen des deutschen Bundesgebiets für besonders bedroht: Triest, der einzige Hafen, den Deutschland am adriatischen Meere besitzt, ferner Südtyrol und die Provinzen des linken Rheinufers, gleichviel ob die letzteren auf einmal oder stückweise genommen werden. Die Gothaer blind in ihrem Fanatismus für ein Großpreußenthum, und in diesem Fanatismus bestrebt, überhaupt ein volles Drittheil von Deutschland, nämlich ganz Deutsch-Oesterreich loszureißen vom Gesammtvaterlande, wollten erst die Gefahr todtschweigen, dann, als dies nicht ausreichte, leugneten sie dieselbe und kommen nun auch wohl mit dem Trostgrunde: „wenn uns Napoleon auch die herrlichen Landschaften auf dem linken Rheinufer raubt, so wird er sie doch nicht behaupten können, wir werden sie zurückerobern.“ (Das ist gerade von dieser Seite nun freilich am allerwenigsten zu erwarten! D. Red.)

Hannover. Die „Ztg. für Norddeutschland“ faßt die wesentlichen Bestimmungen der den Ständen vorgelegten neuen Gewerbe-Ordnung in folgende Punkte zusammen:

1) Der selbstständige Gewerbebetrieb steht jedem dispositionsfähigen (volljährigen oder für volljährig erklärten) Inländer an jedem Orte zu. Ausländer bedürfen der Genehmigung der Regierung, sofern nicht mit den auswärtigen Staaten Gegenseitigkeits-Verträge geschlossen sind.

2) Für den stehenden Gewerbebetrieb ist nicht mehr nöthig das Wohn- oder Bürgerrecht am Orte. Nach dreijährigem Bestande des Betriebs ist der Gewerbetreibende verpflichtet, Wohnrecht oder nach Verfassung des Ortes Bürgerrecht zu gewinnen. Dasselbe kann ihm alsdann nicht versagt werden, wenn er während jener Zeit nicht mit den öffentlichen Abgaben im Rückstande geblieben ist, noch Armenunterstützung erhalten hat.

3) An Fähigkeitsnachweise allgemein geknüpft sind nur die in der Gewerbeordnung von 1847 daran gebundenen Gewerbe der Bauhandwerker und Schiffer.

4) Dagegen kann die Gemeinde, wenn sie will, nach Ablauf der 3 Jahre (oben Nr. 2) noch einen Fähigkeitsnachweis zum selbstständigen Gewerbebetrieb verlangen, wenn nicht der bisherige Gewerbebetrieb die Befähigung des Betreffenden zur Genüge ergiebt.

5) Die Zünfte bleiben bestehen; ebenso erleiden die Erfordernisse zum Eintritt in dieselben nur wenig Aenderungen. Aber der Zunftzwang wird aufgehoben, so daß Jedermann auch außerhalb der Zunft das bisher zünftige Gewerbe betreiben darf. Er muß jedoch mit in die Zunftkasse steuern zur Bestreitung der Ausgaben, welche für die Interessen des betreffenden Gewerbes, der Gewerbekammern, Gewerbeschulen u. s. w. aus derselben geleistet werden.

Die Aufhebung des Zunftzwanges gilt auch für die Handelszünfte.

6) Die Meister sind in der Wahl der Gesellen, die Gesellen in der Wahl und dem Wechsel der Meister nicht mehr durch Zunftregeln beschränkt.

7) Die Regierung kann, wo das Bedürfniß sich zeigt, die Errichtung von Gewerbe- (Zunft-) Kammern veranlassen.

8) In der Concessionspflichtigkeit werden nur erhebliche Aenderungen, aber meistens Erweiterungen vorgenommen. Die Concessionspflicht aller Actien- und Commandit-Gesellschaften (nach dem Handelsgesetzbuche) bleibt bestehen.

In **Hannover** wird am 23. und 24. Mai der 2. allgemeine Protestantentag abgehalten werden. Die zur Verhandlung kommenden Gegenstände werden sein: 1) Welche Stellung haben die Protestanten der jesuitisch-clericalen Bewegung gegenüber einzunehmen? 2) Ueber die Lehrordnung der protestantischen Kirche? 3) Welche Stellung nimmt der Protestantenverein zu der Frage nach der Bedeutung des historischen Christus ein? und 4) Ueber die Mißbräuche, welche mit Bibel und Christenthum zu politischen Parteizwecken getrieben werden.

Das „Wochenblatt des Nationalvereins" berichtet, ohne weitere Bemerkung: „In einer Versammlung der Mitglieder des Nationalvereins zu **Wolfenbüttel** wurde eine Adresse an die Regierung beschlossen, dahin, daß dieselbe dazu mitwirke:

1) daß ein deutsches Parlament jetzt berufen,
2) daß für dessen Zusammentritt ein Tag, nicht zu weit hinaus, sofort bestimmt,
3) daß als Grundlage für dessen Verhandlungen die Reichsverfassung von 1849, vorbehaltlich deren nöthiger Abänderung, angenommen, und
4) daß ausschließlich der Krone Preußens die Würde des Reichsoberhauptes schon jetzt übertragen werden möge."

Styl, Logik und Politik sind in diesen Resolutionen in einen so dichten Kranz von allseitiger Gelehrtheit verwoben, daß es schwer hält, eine Satyre darüber nicht zu schreiben, und so hat denn auch, wie der Artikel am Ende unserer politischen Umschau zeigt, einer unserer Mitarbeiter bei allem Ernst der Zeit der Versuchung nicht widerstehen können, diese Wolfenbüttel'schen Fragmente in diesem Sinne zu behandeln und wir haben der Versuchung nicht widerstehen können, diesen Artikel abzudrucken. Statt daß der „Nationalverein" gegen diejenigen, welche deutsches Land an den Reichsfeind verschachern, um Großpreußen abzurunden, seine Pflicht erfüllte, durch Einleitung einer großartigen Agitation in wahrhaft deutsch-nationalem Sinne, beschäftigt sich derselbe mit der unfreiwilligen Erheiterung des Publikums durch derartige „realpolitische" Expectorationen. Wie tief ist der Verein gesunken, auf den einst die Hoffnungen der Nation gerichtet waren.

Die Vorgänge in **Italien** nehmen alle Aufmerksamkeit in Anspruch. Die „Neue Frankfurter Zeitung" vom 2. Mai bemerkt: Nachdem die Erwartungen des italienischen Volkes auf das Aeußerste gesteigert und die höchsten finanziellen Anstrengungen eingeleitet sind, würde es jeder italienischen Regierung unmöglich sein, nochmals ohne die Waffen versucht zu haben, zu einer friedlichen Verständigung zurückzukehren. Selbst die Ungewißheit kann nicht lange dauern. Von einem angesehenen Pariser Hause hat das erwähnte Blatt die briefliche Mittheilung empfangen, es, das Haus, habe am 30. April aus Italien folgende Depesche erhalten: Morgen Zwangscours, Aufruf zum Kriege durch den König, der den Befehl des Heeres übernimmt. Italienisches Ultimatum (letztes Wort) bevorstehend. Garibaldi (?) und Bixio werben 20,000 Freiwillige; Kammer prorogirt. Krieg unvermeidlich. So haben wir denn, fährt die Frankfurterin fort, zu gewärtigen, daß die eisernen Würfel schon nächster Tage in Italien und alsbald darauf leider auch in Deutschland werden geschleudert werden. Für Oesterreich kann, wenn denn doch einmal gekämpft werden muß, das rasche und rücksichtslose Vorangehen der Florentiner Regierung nur erwünscht sein. Diesmal wird man vergeblich nach dem Schein eines österreichischen „Angriffs" suchen. Aus Florenz, 1. Mai, wird geschrieben: Die Nachrichten aus allen Provinzen Italiens beweisen die Begeisterung der Bevölkerung und der Soldaten über die Einberufung unter die Fahnen. In Neapel hat eine große Kundgebung zu Gunsten der Rüstungen stattgefunden. Alle Parteien der Kammer wie des Landes sind einig angesichts der jetzigen Ereignisse. Der „Constitutionellen österreichischen Zeitung" wird aus Florenz von angeblich sehr verläßlicher Seite u. A. geschrieben: Zu Zwecken der „Defensive" werden zunächst die 200 Millionen verwendet werden, welche das Parlament vor 14 Monaten bewilligte, um Bologna und die Pässe der Appenninen zu befestigen; es wird davon der Ausbau der Festungswerke von Bologna, die Neubefestigung von Cremona, der Ankauf von Pferden, die Aufstellung eines Observationscorps bei Bologna und die Etablirung zweier Uebungslager bei Piacenza und Brescia bestritten werden. Als Corpscommandanten sind die Generäle Cialdini, Prinz Humbert, Cucchiari und Brignone designirt. Gleichzeitig sind die Befehle zur vollständigen Armirung der Seemacht gegeben. Die Admiräle Albini und Persano sind zu Flottencommandanten ernannt. Ebenfalls im Interesse der „Defensive" endlich ist die Aussöhnung mit der Actionspartei, und zwar wesentlich nach Maßgabe der Bedingungen, welche Garibaldi (?) in seinen Verhandlungen mit dem Minister Chiaves gestellt, zu Stande gebracht; ein Mitglied der Actionspartei wird als Stabschef der militärischen Detailkanzlei zugetheilt, die Bildung von Freischaaren wird bewilligt und die Führer dieser Freischaaren hat Garibaldi zu ernennen. In **Venedig** werden alle im lombardisch-venetianischen Königreiche sich aufhaltenden **Fremden** polizeilich aufgefordert, bei Vermeidung der strengsten Folgen längstens binnen 8 Tagen ihre Papiere vorzuweisen, um dieselben in Ordnung zu bringen. Seit dem 26. April findet kein Güterverkehr mehr statt über Peschiera hinaus. Auf den Telegraphenämtern werden bis auf Weiteres wegen Ueberhäufung von Staats- und Eisenbahnbetriebsdepeschen **keine Privatdepeschen** angenommen. Im Publikum große Aufregung. Leider läßt sich die Hefe des Volkes auch bereits zu Gewaltthätigkeiten gegen Sicherheitsbeamte herbei. — Einem Telegramm der Allgemeinen Zeitung zufolge kommen vom 1. Mai ab in Venetien täglich 8 Bahnzüge mit Militär an. — Aus **Pesth** meldet der Telegraph: Die Südbahn hat ihre regelmäßigen Züge wegen eines Truppentransports von 30,000 Mann am 1. Mai eingestellt. — **Paris**, 1. Mai. Der heutige „Constitutionnel" enthält einen von Paul Limayrac unterzeichneten Artikel, in dem es heißt: „Der Conflikt habe zwar bedauerliche Verhältnisse angenommen, indessen dauerten Symptome fort, welche auf jeder Seite Zeugniß ablegten von den bedenklichsten Zögerungen vor der Verantwortlichkeit eines ersten Angriffs. Diese Situation lasse für Rathschläge zu Ausgleichungen noch eine Thür offen. Breche der Krieg aus, so sei Frankreich keineswegs verantwortlich; es bewahre seine Neutralität, erhalte sich die Freiheit der Action und könne durch keinen Zwischenfall gegen seinen Willen fortgerissen werden."

Oesterreich. Der „Nürnberger Anzeiger" vom 2. Mai bringt Einiges aus den Selbstbekenntnissen des Oesterreichers Feidmann, worin es heißt: „Geistig sympathisiren wir Oesterreicher mit Deutschland, das ist unzweifelhaft. Unsere ganze wissenschaftliche und literarische Bildung, aber auch nur diese, entnehmen wir zumeist der deutschen Literatur. Ganz dasselbe ist aber auch mit anderen Nationalitäten Oesterreichs der Fall, ja die deutschen Buchhändler würden, hierüber befragt, bezeugen müssen, daß der größere Absatz des deutschen Büchermarktes bis vor Kurzem nicht in den deutschen, sondern in den nichtdeutschen Ländern Oesterreichs zu finden war. Unsere Schulbildung war bisher durchaus nicht im Geiste deutscher Bildung, sie war entschieden undeutsch, und sie ist dies in den Volksschulen noch heute und wird es so lange bleiben, als nicht der Volksunterricht aus den Händen der Geistlichkeit genommen wird. Unsere deutschen Kinder genießen diesen clerikal zugemessenen Unterricht gemeinsam mit den Kindern anderer Nationalität, und unsere deutschen Sympathien haben es noch nicht dahin gebracht, daß der Bauer und Handwerker in den deutschen Provinzen auch nur eine entfernte Ahnung von den Segnungen deutscher Bildung hätte." Und nun die politischen Sympathien. „Was will der Deutsch-Oesterreicher? Ein einiges Deutschland mit Centralgewalt und Parlament? Will er sich in Frankfurt vertreten wissen? Gewiß, es gibt auch solche sympathetische Politiker bei uns, welche gleichzeitig in Frankfurt und in Wien ihre constitutionellen Wünsche befriedigen zu können meinen. Der Kern des Volkes aber, der Bauer und Bürger, fragt ganz nüchtern und praktisch: was hab' ich davon? Will man sich ein unzweideutiges Zeugniß über die wirklichen politischen Sympathien des Deutschösterreichers verschaffen, so lasse man einmal in den deutsch-österreichischen Ländern abstimmen: ob zu Deutschland oder Oesterreich? Man kann mit positivster Gewißheit vorhersagen, daß nicht die Majorität, nein, das ganze Land mit Ausnahme einiger politischen Schöngeister und Literaten sich unbedingt für das Verbleiben bei Oesterreich aussprechen wird. Und zwar nicht aus überwiegender Sympathie für die heutigen Verfassungszustände in Oesterreich, sondern aus dem praktisch gewordenen materiellen Bedürfniß und aus der lebendig gewordenen geistigen Gewohnheit des innigen Verbandes mit den übrigen Ländern der Gesammtmonarchie. All unser Sinnen und Trachten ist nur auf die inneren Verwicklungen, zunächst auf unser Verhältniß zu den nichtdeutschen Ländern Oesterreichs gerichtet. Die deutsche Frage hingegen liegt unserem politischen Denken und dem Volksbewußtsein nicht näher, ja beinahe ferner als die italienische, die polnische, die orientalische Frage, und eigentlich macht sie bei uns nur den Staatsmännern Sorge, welche die Strohhalme der alten Verträge als die einzigen Grundpfeiler der österreichischen Politik zu betrachten gewohnt sind."

Aus **Brüssel** kam seiner Zeit die erste Kunde über den Inhalt des Gasteiner Vertrags nach Deutschland, aus Brüssel erfahren wir jetzt auch den angeblichen Text des **preußischen Bundesreformentwurfs**. Derselbe lautet:

1) Ein Parlament soll auf Grundlage des allgemeinen Stimmrechtes, aber mit Beschränkung der Wählbarkeit der Abgeordneten, gebildet werden.

2) Eine Executivgewalt soll gebildet werden, worin Oesterreich, Preußen und Bayern allein ein präponderirender Einfluß zustände. (Also eine wirkliche **Trias** in ihrer schlimmsten Gestalt.)

3) Deutschland soll in drei Kriegsgruppen getheilt werden, die von Oesterreich, Preußen und Bayern gebildet werden.

4) Preußen und Bayern werden den Oberbefehl über die Streitkräfte der Staaten erhalten, welche die zwei letzteren Gruppen bilden; Preußen wird zugleich den Oberbefehl über die unverzüglich zu bildende Bundesflotte erhalten.

5) Der Bund hört auf, Oesterreichs Besitzungen zu garantiren, vorbehaltlich eines darüber zu treffenden weiteren Einvernehmens.

6) Dem Parlamente steht die Votirung des Contingentes, der Subsidien für Heer und Flotte, und der auf den ganzen Bund anwendbaren Gesetze zu.

7) Endlich wird die diplomatische Leitung ausschließlich Preußen zugestanden, „welches jedoch den verschiedenen Staaten die Berechtigung ließe, ihre respektiven Consuln zu ernennen".

New-York. Nachdem beide Häuser des Kongresses die Bürgerrechtsbill mit zwei Drittel Stimmen angenommen haben, ist der Einspruch Johnsons beseitigt und wenigstens die bürgerliche Emancipation der Sklaven gerettet. Es ist das eine reine Rettungsthat gegenüber der wunderlichen Politik des wetterwendischen und eigensinnigen Mannes, welchem ein beklagenswerther Zufall einen so großen, für einen Einzelnen entschieden zu großen Einfluß auf die Geschicke einer mächtigen Republik in die Hand gelegt hat. Die demokratischen Blätter, groß und klein, prahlen freilich vor aller Welt, der Präsident werde sich an den letzten Beschluß des Congresses nicht kehren; der Präsident werde das Gesetz nicht vollstrecken, mögen die Folgen sein, welche sie wollen. Was dann? Dann wird das Repräsentantenhaus den Präsidenten in Anklagestand versetzen. Er aber wird sich weigern, vor dem Senat der in solchen Fällen den Gerichtshof bildet, zu erscheinen unter der Erklärung, daß der Congreß überhaupt kein verfassungsmäßiger sei, weil ja 11 Staaten nicht darin vertreten sind. Und nicht allein wird er sich weigern, der Ladung zu gehorchen, sondern er wird, berauscht von monarchischem Selbstgefühl, weiter fortgerissen werden und den Congreß mit Waffengewalt sprengen wollen. General Grant wird allerdings auf Seiten des Congresses stehen, doch nicht er, sondern der Präsident ist höchster Oberbefehlshaber der Armee. Johnson hat die Befugniß, den General Grand abzusetzen und das Commando einem ihm willfährigen Manne zu übertragen. Die Rebellen im Süden gehen in ihrer ausgelassenen Freude über das Auftreten des Präsidenten gegen die Nationalversammlung ganz aus Rand und Band. Sie überbieten einander in Ausdrücken der Bewunderung und des Dankes gegen ihren Retter, in Ausdrücken des Hohnes, des Hasses und der Verachtung gegen die Freiheitspartei im Norden. Man höre das Jubelgeschrei, in das eine in Alabama erscheinende Zeitung ausbricht. Der Süden und der Präsident sind jetzt wieder ein Herz und eine Seele. Nun rast, ihr Winde, daß euch die Backen platzen! Wenn jetzt die Republikaner ausfindig machen wollen, ob der Süden loyal ist, so haben sie die schönste Gelegenheit dazu. Mögen sie nur irgend eine aufrührerische Bewegung versuchen, und sie werden finden, daß jeder Stoß in Johnsons Hifthorn tausend Mann werth ist. Und ehe noch die Klänge des Hornes in den Thälern des Südens verhallen, werden die Heerschaaren des Südens auf nordischen Hügeln das Sternenbanner entfalten." Wobei sich von selbst versteht, daß das Sternenbanner in diesem Falle das Zeichen der wieder von der südlichen Aristokratie beherrschten Union sein würde. Die Lage ist jetzt so scharf zugespitzt, daß nur Zweierlei übrig bleibt: entweder muß Johnson zu den

von seinen jetzigen Bewunderern mit Ungeduld erwarteten Staatsstreich schreiten und sich dabei den Hals brechen, oder er muß dem Congreß nachgeben, was seinem halsstarrigen und jähzornigen Wesen ganz und gar widerspricht. — Indessen bringen die neuesten Zeitungen aus Amerika wirklich die Nachricht, daß Johnson den Beschluß des Congresses ohne weiteren Widerstand hingenommen und selbst durch Unterzeichnung neuerer Congreßbeschlüsse dessen gesetzgebende Autorität anerkannt hat.

Wien. (Das werdende Deutschland und das Ausland.) Einem Leitartikel der Neuen freien Presse entnehmen wir Folgendes: Die Zerfahrenheit Deutschlands ist für Rußland wie für Frankreich ein wesentliches Macht-Element. Man denke sich Deutschland unter einheitlicher Leitung, nach Außen hin als ein von einem einzigen Willen erfülltes Ganzes auftretend; man denke sich Deutschland homogen organisirt als Vierzig-Millionen-Reich und es wirft, gestützt auf eine Million Bayonnette, ein Gewicht in die Wagschale der europäischen Politik, welches den französischen wie den russischen Einfluß federleicht emporschnellen macht. Durch seine centrale Lage, im Süden und im Norden an Meere angelehnt, im Innern von großen Strömen und einem zusammenhängenden System von Eisenbahn-Linien durchschnitten, auf der vollen Höhe moderner Bildung stehend, würde dieses Deutschland, wenn zur geistigen sich die organisirte materielle Macht gesellte, unbedingt Europa beherrschen. Die Ruhe und Zähigkeit seines Volkscharakters, sein idealer Schwung, sein die ganze Menschheit umfassender Blick, sein kosmopolitischer, alle Literaturen der Welt sich assimilirender Geist würde dieses in sich Eins gewordene, gefestigte, freie Deutschland zur ersten Culturmacht erheben, zum Riesenbecken gestalten, in welchem die Bestrebungen aller civilisirten Nationen zusammenfließen, zum Gesetzgeber, Vermittler aller Völker machen. Vor der geistigen Macht, die ein solches Deutschland ausströmen würde, müßten alle nationalen Sonderbestrebungen und Rivalitäten sich beugen. Wäre das Reich des allgemeinen Friedens, die Herrschaft der Gerechtigkeit kein uns heute noch traumhaft vorschwebendes Ideal, dieses neue Deutschland wäre vor allen Völkern berufen, dasselbe zu verwirklichen. Der Cäsarismus, die Politik der natürlichen Grenzen, kurz alle durch die organisirte Gewalt der stehenden Heere den Cabinetten auferlegten Machtbestrebungen verlören mehr und mehr alle Berechtigung, und mit dem Erstehen dieser Culturmacht verschwände allgemach der Despotismus und dessen bluttriefender Gefährte, der die Bildung dieses Jahrhunderts schändende Krieg, vom Schauplatz der europäischen Menschheit.

„Eine solche Macht erstehen zu lassen, dagegen hat sich das in Rußland und Frankreich verkörperte slavische und romanische National-Bewußtsein von jeher gesträubt. Sie fühlen instinctiv, daß die Entbindung und freie Organisation des germanischen Volkskörpers ihren auf äußeren Glanz und materielle Eroberung gerichteten Machtbestrebungen das Lebenslicht ausblasen würde. Wenn es gilt, eine Neugestaltung, Kräftigung, Erhebung der deutschen Nation zu verhindern, da haben sich Rußland und Frankreich stets die Hände gereicht. Sähen die Cabinette von Paris und Petersburg eine Möglichkeit, den jetzigen Zustand der Spaltung, des Haders, der gegenseitigen Aufreibung in Deutschland zu verewigen, sie würden kein Mittel unversucht lassen; denn die Ohnmacht und Verblutung Deutschlands würde ihnen neue Macht und Größe verleihen. Weil sie aber ahnen, daß dieser Zustand nicht fortdauern kann, ohne zu einer die Kraft des deutschen Volkes entfesselnden und Alles umgestaltenden Krise zu führen; weil sie voraussehen, daß wer immer in diesem jetzigen Conflicte, falls er zum Ausbruch käme, siegen würde, dem unwiderstehlichen Einheitsdrange der deutschen Nation Rechnung tragen müßte — suchen sie durch ihre Einmischung den Zusammenstoß und mit ihm die Lösung der deutschen Frage zu verhindern und einen Compromiß herbeizuführen, neben welchem die Zerrissenheit Deutschlands, die Schwäche seiner Bundesverfassung und die Rivalität seiner Großstaaten noch geraume Zeit fortbestehen könnte.

„Der österreichisch-preußische Conflict ist keine Cabinetsfrage, sondern ein im Volksbewußtsein seit Jahrhunderten lebender Gegensatz, den nichts auszugleichen vermag, als die scharfe Schneide des Schwertes oder eine von Innen heraus kommende Eruption. Es ist der nationale Trieb nach Vereinigung der zerrissenen Theile des großen Vaterlandes, der Drang, das Oesterreicherthum und Preußenthum in einem höheren Dritten, im Deutschthum, aufgehen zu machen. Ist dieser Drang bereits unwiderstehlich geworden, so wird keine russische und keine andere Vermittlung ihn aufzuhalten vermögen; denn die geheimnißvolle Macht, welche die Ereignisse schafft, wird stärker sein, als der friedliebende Wille der Kaiser und Könige, die am Ende ja auch ohne allgemeines Stimmrecht und Parlamente nur die Vollstrecker dessen sind, was die Herzen der Völker bewegt. Vermag die Friedensliebe der Souveräne den Strom der Ereignisse abermals einzudämmen, dann ist für den deutschen Frieden eben wieder eine Galgenfrist gewonnen. Lange wird sie nicht währen, das lehrt die Geschichte der letzten Jahre. Der Fürstentag blieb ein erfolgloser Versuch, ihm folgte der gleichfalls mißlungene Versuch der österreichisch-preußischen Allianz. Aus ihr entwickelte sich trotz alles guten Willens der Souveräne der jetzige Widerstreit. Ein Compromiß, ein neues Gastein kann die Krise vertagen, aber nicht aus der Welt schaffen; die Gegensätze sind zu mächtig geworden, um neben einander bestehen zu können, und je länger ihre Austragung hinausgeschoben wird, desto vernichtender werden sie aufeinanderplatzen."

Es leben die Wolfenbüttler!

n. Till Eulenspiegel hat auch einmal die Schafe gehütet, und seine Heerde graste in der Gegend von Wolfenbüttel. Wenn Till anhub zu pfeifen, so stellte sich Bellyn der Widder an die Spitze des Zugs und Bellyn war „köppisch" und hieß Prokurator Köpp. Am 26. September 1865 hatte Till zuerst gepfiffen, Bellyn war gesprungen, die Heerde sollte sich nach Frankfurt a. M. bewegen zum Collegium des 36er Ausschusses, und unter Bellyn's Vorgesang blöckte die ganze Heerde: „Wir verdammen die Mittel Preußens, aber wir anerkennen seine Zwecke! Preußen soll die Herzogthümer im Interesse Deutschlands verschlucken!

Am 25. April pfiff Till Eulenspiegel zum andern Male. Bellyn sprang von der Streu empor, die Heerde erhub sich und sie führen alle so charaktervolle Namen: Schrader Müller, Schmid, und Bellyn der Köppische beantragte, folgendes Gesuch an das herzogl. Braunschweigische Staatsministerium zu stellen:

Höchstdasselbe wolle bei dem hohen Bundestage in Frankfurt a. M. dahin wirken:

1) daß ein deutsches Parlament jetzt berufen,
2) daß für dessen Zusammentritt ein Tag, nicht zu weit hinaus, sofort bestimmt,
3) daß als Grundlage für dessen Verhandlungen die Reichsverfassung von 1849, vorbehaltlich deren nöthiger Abänderung, angenommen, und
4) daß ausschließlich der Krone Preußens die Würde des Reichsoberhauptes schon jetzt übertragen werden möge.

Einer der anwesenden Müller bewies klärlich, daß das Alles so kommen und geschehen müsse, daß nur Preußen dazu angethan sei, Deutschland gehörig anzuführen, und daß zu dieser Anführung der Bruch mit Oesterreich erforderlich sei. „Und so möge es denn so kommen, wenn es nicht anders ginge." Und die ganze Heerde der Köpp, Müller, Schmid, Schrader blöckte und meckerte: Ja, „und so möge es denn so kommen, wenn es nicht anders ginge!" —

Diese edlen Wolfenbüttler sind die spaßhafte Seite der großen tragischen Nationalverwirrung, und deshalb sind wir der Ansicht, daß sie sollen leben hoch! An ihrem Style, an ihren klassischen Wendungen: „daß ein Tag, nicht zu weit hinaus, sofort bestimmt werde"; „und so möge es denn so kommen, wenn es nicht anders ginge" — spürt man sofort den Lessing, den der Herzog Karl und der Erbprinz Ferdinand ihrer Zeit im alten Schlosse begruben, wo er vermoderte. Aus ihren Anträgen leuchtet neben klassischer Sprachbegabung die entschiedenste patriotische Gesinnung hervor; der Schluß namentlich ist vom genialsten Lustspieldichter nicht pikanter in Scene zu setzen.

Als „Grundlage" der parlamentarischen Verhandlungen soll „die Reichsverfassung", „vorbehaltlich deren nöthiger Abänderung", angenommen werden. Was bildet also die Grundlage der Verhandlungen? Die Reichsverfassung? Gott bewahre! Sondern die Reichsverfassung, „vorbehaltlich deren nöthiger Abänderung". Nicht etwa, als ob die Reichsverfassung von 1849 an einzelnen Stellen abgeändert und mit der Lage und den Bedürfnissen des Augenblicks in Einklang gebracht werden solle; sondern die Reichsverfassung selbst muß „abgeändert" und zwar nothwendig „abgeändert" werden. Diese „nöthige Abänderung" soll auch nicht vom Parlament selbst ausgehen, wie sich etwa ein gutmüthiger Schwärmer einbilden möchte, sondern die „nöthige Abänderung" der Reichsverfassung soll als „Grundlage der Verhandlungen" dienen. Wenn nachher das Wolfenbüttler Parlament noch einmal „abändert", was Hr. v. Bismarck bereits „abgeändert" hat, so kann etwas sehr Schönes dabei herauskommen, und wir schlagen vor, daß das Endresultat auf der Braunschweiger Messe gegen Eintrittsgeld gezeigt werde.

Am Allerradikalsten ist aber Punkt 4, den wir noch einmal aufmerksam zu durchlesen bitten. Der hohe Bundestag zu Frankfurt soll „die Würde des Reichsoberhauptes schon jetzt" Jemanden „übertragen." — Wem? das steht leider nicht da, oder vielmehr da verbirgt sich gerade die republikanische Spitze der HH. Bellyn-Köpp, Schrader, Möller, Schulze, Schmid. Nur Eines ist sicher und gewiß, die Reichsoberhaupts-Würde muß übertragen werden „ausschließlich (oder mit Ausschluß) der Krone Preußens." Jeder Andere mag sie bekommen; nur die „Krone Preußens" nicht, diese dulden die Wolfenbüttler Radikalen unter keinen Umständen an der Spitze des deutschen Reichs! Sie sagen, nur etwas verschämt, nehmt den Kurfürsten von Hessen, den Großherzog von Mecklenburg, den König von Hannover, nehmt unsern kinderlosen Herzog, womit sofort die Erblichkeit der deutschen Kaiserwürde ausgeschlossen wäre; oder, noch besser, holt den Hecker aus Amerika, den Dr. Jakoby aus Königsberg und macht Einen oder den Andern zum Präsidenten, da ja leider der alte Itzstein todt und gestorben ist: — thut was Ihr wollt, je entschiedener desto wolfenbüttlerischer, aber Alles „ausschließlich der Krone Preußens!

Und dann, meckert Hr. Obergerichtsadvokat Müller zum Schluß, „vollständiger Bruch mit Oesterreich!" Befreit die Venetianer, gebt den Ungarn ihr altes historisches Recht zurück, brecht Deutsch-Oesterreich los, fügt es wieder ein in den schönen Kranz deutscher Länder und Gebiete; hoch auf dem Banner, im Hafen von Triest wehe die trikolore Fahne, — so möge es denn so kommen, wenn es nicht anders geht!" — immer „ausschließlich der Krone Preußens!"

Und zu solchen extremen Sachen kommen die braven Schildbürger von Wolfenbüttel, so proponirt der Köppische Bellyn, so meckern und blöcken die Schrader, Müller, Schulze, Schmid im Chor, weil — nun weil der Herzog Wilhelm von Braunschweig keine Kinder hat und weil die HH. Köpp, Müller, Schulze, Schmid, Schrader absolut nicht — hannövrisch werden wollen! Ehe sie das thäten, rissen sie lieber ganz Deutschland in den Strudel einer republikanischen Bewegung, bliesen zur Reichsexecution gegen Bismarck und Wilhelm den Rüster und erklären mit der „Arbeiterzeitung", dem „Coburger Tagblatt", dem „Nürnberger Anzeiger", dem Stuttgarter „Beobachter", der „Neuen Badischen Landeszeitung", der „Neuen Frankfurter Zeitung", der „Rheinischen Zeitung": Immer und in alle Wege „ausschließlich der Krone Preußens!"

Briefkasten.

Arb. Ver. in Rottweil. Nach Schwenningen geht, wenigstens direkt von hier aus, noch kein Exemplar.

Druckfehlerberichtigung.

In Nr. 173 d. Bl. S. 992, 3. Spalte, Zeile 48 v. o. lies: „Decentralisation" statt: „Centralisation".

Verschiedene Anzeigen.

Expreß-Compagnie
Verband der Dienstmann-Institute „Expreß".

Die unter dieser Firma vereinigten Dienstmann-Institute, welche ihren Mannschaften feste Löhne zahlen, und hiermit dem einzig haltbaren Princip für das Gedeihen dieser Verkehrsanstalten allgemeine Geltung zu verschaffen bestrebt sind, haben seit ihrem Zusammentreten die Genugthuung gehabt, den von ihnen in Schrift und That vertretenen Grundsätzen auch allgemeine Würdigung entgegengebracht zu sehen.

Wenn es uns, den unterzeichneten Vertretern dieser Institute hierdurch möglich geworden ist, das Dienstmannwesen überhaupt — wie unser nächster Zweck war, vor einem drohenden Verfall zu bewahren, so erkennen wir die uns zu Theil gewordene Unterstützung dankend an; fühlen andererseits aber auch die Verpflichtung, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben, suchen vielmehr eine weitere Aufgabe darin: dem da und dort auftretenden Unwesen gegenüber unverdrossen auszuhalten und unseres redlichen Zieles bewußt mit allen Kräften für die gute Sache einzustehen.

Die Dienstmann-Institute, dem Unbemittelten eine früher nicht gekannte Quelle der Arbeit und des Verdienstes eröffnend, vom Publikum aber freudig begrüßt und lebhaft unterstützt als wichtige Factoren in der Vermittelung und Erleichterung des öffentlichen Verkehrs, haben ihre Berechtigung in und durch die heutigen Verkehrsverhältnisse; als eben so berechtigt erkennen wir auch jede Arbeitsleistung unter einer unsern Instituten ähnlichen Form an — nur wollen wir kein Proletariat in bunter Mütze und Jacke, kein uniformirtes Bummlerthum, welches sich unsern Instituten gegenüber geltend zu machen sucht und offenbar wieder vernichten muß, was die Dienstmann-Institute in ihrer ursprünglichen, von uns festgehaltenen Form und Organisation gut gemacht haben!

Während nun aber in den Gewerbegesetzen der meisten deutschen Staaten Einrichtungen, wie die Dienstmann-Institute, als einer späteren Zeit angehörend, nicht vorgesehen waren, so sind wir auch alles Schutzes gegen jedes Unwesen baar und entbehren vollständig einer für alle anderen öffentlichen Verkehrsanstalten als nothwendig anerkannten und gewährten Sicherstellung. Zumeist also einzig und allein auf die eigene Kraft angewiesen, bauen wir aber auch darauf, daß wie in andern Dingen, so auch hier, die Macht der Ueberzeugung nach Innen wie nach Außen sich immer mehr Bahn breche und unsern Instituten die Unterstützung im Publikum erhalte, um welche wir zugleich Namens der Tausende aus dem Arbeiterstande bitten, die treulich zu uns halten und damit den Beweis liefern, daß ihre Interessen mit dem, was wir erstreben, unverbrüchlich Hand in Hand gehen.

Möge die Gunst des Publikums ferner auch denjenigen Verkehrsmitteln zugewandt bleiben, welche die Expreß-Compagnie, als eine einheitlich organisirte Verkehrsanstalt darbietet; in steter wechselseitiger Beziehung zu einander gewähren die betheiligten Institute in den vielseitigsten Privat- und geschäftlichen Angelegenheiten eine schnelle, bequeme und vortheilhafte Vermittelung, welche allerseits einer regen Benutzung empfohlen gehalten wird.

Vorort Dresden, im März 1866.

Der Ausschuß der Expreß-Compagnie.

Eduard Gencke	C. W. Balthasar	Heinr. Müller	Gg. Herrmann	Ludw. Götz	S. Traub	Jul. Heinze
Dresden.	Potsdam.	Chemnitz.	Darmstadt.	München.	Hildesheim.	Dresden.

Mitglieder der Expreß-Compagnie.

(Andere, hier nicht genannte Institute, wenn auch die Bezeichnung „Expreß" führend, gehören bis jetzt nicht zum Verband der Expreß-Compagnie).

Ort	Institut
Altenburg	Freitag u. Sprenger.
Annaberg	Seyffart u. König.
Augsburg	Anton Stocker.
Außig	Jul. Peter.
Bamberg	Max Maier
Barmen	Eduard Bertling.
Bauzen	Herm. Koch.
Bensheim	G. Beger.
Bielefeld	S. Jacobi und R. Meyer.
Bielitz	Moritz Pohl.
Bischofswerda	Heinr. Petritz.
Bozen	M. Seefelder.
Braunschweig	Schneider und Germann.
Bremen	Tiedemann und Behrens.
Brünn	F. Kallina.
Bunzlau	J. E. Friedrich.
Chemnitz	siehe oben.
Danzig	J. Weinstock.
Darmstadt	s. oben
Döbeln	F. E. Schmidt.
Dresden	s. oben.
Düsseldorf	Ernst Harnisch.
Duisburg	Ernst Harnisch.
Eger	Jos. Schauer.
Eibau	Emil Opitz.
Elberfeld	Eduard Bertling.
Essen	Ernst Harnisch.
Freiberg	Ernst Pietzsch.
Freiburg in Baden	Carl Krauß.
Fürth	J. A. Niggl.
Gießen	Carl Pietzsch I.
Görlitz	Herm. Habel.
Göttingen	Carl Meyer.
Grimma	unter Stellvertretung.
Großschönau	C. A. Böhmer.
Hainichen	Louis Rosty.
Hall in Tyrol	Carl Lippert.
Hamburg	Charles van Diemen.
Hanau	J. H. Schmidt jun.
Herford	S. Blumenau.
Hildesheim	s. oben
Hof	Otto Schneider.
Innsbruck	Carl Lippert.
Iserlohn	Gebr. Frankenstein.
Kaiserslautern	J. H. Herrmann.
Kassel	Fr. Kuhnert.
Königstein	F. A. Francke.
Landshut	Georg Oberhauser.
Lauban	Franz Seeck.
Leipzig	Herm. Wagner.
Leitmeritz	Clemens Borsdorf.
Limbach	Friedr. Mohr.
Löbau	Julius Gärtner.
Marburg i. Strm.	Anton Hoinegg.
Meißen	A. H. Fiedler.
Meerane	C. A. Palmer.
Meran	A. Holzknecht.
Merseburg	Gebr. Schwarz.
Minden	F. Wachsmuth.
Mittweida	Ernst Behrens.
München	s. oben.
Münster	A. W. Berger.
Neuß	unter Stellvertretung.
Nördlingen	W. Röttinger.
Nürnberg	J. A. Niggl.
Oderwitz	Härtig u. Glathe.
Oldenburg	Schwencke u. Wiebking.
Olmütz	Ad. Castle.
Osnabrück	Wilh. Enners.
Paderborn	S. Jacobi und R. Meyer.
Pirna	G. A. Heinsius.
Potsdam	s. oben.
Preßburg	Ad. Castle.
Ratibor	Moritz Pohl.
Ravensburg	Tobias Albrecht.
Regensburg	J. R. Rohrmüller.
Riesa	Wilh. Haase.
Riga	J. A. Burchard.
Rochlitz	Ernst Horn.
Rostock	Herm. Frick.
Saarbrücken	Eduard Schultz.
Sagan	J. E. Friedrich.
Schandau	Max Richter.
Schweinfurt	C. F. Limpach.
Seifhennersdorf	Clemens u. Schwerdtner.
Sorau	J. H. Petras.
Teplitz	Clemens Borsdorf.
Teschen	Moritz Pohl.
Tetschen	F. W. Stopp.
Tharandt	unter Stellvertretung.
Trier	J. G. Pelzer.
Triest	Gius. Fr. Raffi.
Troppau	Ad. Castle.
Tübingen	C. Kemmler.
Ulm	Ludw. Wagner.
Warnsdorf	Jos. Traufel u. Cons.
Weimar	E. Jentzsch.
Würzburg	Adalbert Fischer.
Wurzen	Heinr. Mey.
Zeitz	Flach u. Haase.
Zittau	F. A. Buschkiel.
Zürich	G. J. Spyri.
Zweibrücken	L. E. Wend.

Inhaltsverzeichniß
der in L. Schweigert's Verlag in Coburg erscheinenden „Deutschen Wehrzeitung" Nr. 118:

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert in Coburg.

Nr. 176. Vierter Jahrgang. Sonntag, 13 Mai 1866.

Coburg.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Organ der deutschen Arbeiterbildungsvereine.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorausbezahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen frankirt an die „Expedition der Arbeiterzeitung“, Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 4spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

Vereinsangelegenheiten.

Der **Arbeiterbildungsverein München** ladet alle Brudervereine Deutschlands zu seinem 4. Stiftungsfeste, welches am ersten und zweiten Pfingsttage abgehalten wird, freundlichst ein.

Mit Gruß und Handschlag.

Im Auftrage des Ausschusses:
Ferd. Schubert, I. Schriftführer.

± **Berlin.** Eine neue Versammlung zur Berathung über das von der Regierung vorgelegte Genossenschaftsgesetz fand, da die am 25. April stattgehabte aufgelöst wurde, am 1. Mai statt. In derselben nahm zunächst Hr. Dr. Mührer Gelegenheit auf die aufgelöste Versammlung und die Vereinsgesetze, welche letztere er verlas, hinzuweisen. Gegen die Auflösung sei Beschwerde geführt und werde auch, was Herr Assessor Richter befürwortete, die Regreßklage gegen den betreffenden Beamten angestrengt werden, da man wegen nochmaliger Miethung des Saales durch die Auflösung doppelte Kosten gehabt habe. Der Abgeordnete Parisius behandelte sodann in einem Vortrag das Genossenschaftsgesetz, wobei er besonders auf den Paragraphen wies, der von den unerlaubten Nebenzwecken handelte und von dem Charakter der conservativen Vorschußvereine u. dgl. zu dem auch in letzter Zeit noch ein klerikaler hinzugekommen sei. Einzelne Paragraphen der betreffenden Statuten, welche der Redner verlas, erregten große Heiterkeit in der Versammlung. So steht in einem Statut, daß nur der Mitglied werden kann, der dem preußischen Volksverein angehöre. Während der eine Verein Leistung und Gegenleistung anerkennt ist ein anderer wieder dagegen.

Von dem klerikalen Verein, welcher den Namen Creditverein vom heiligen Joseph in Aachen führt, verlas der Redner fast die ganzen Statuten. Im Uebrigen meinte er, solle man nicht ängstlich sein, wegen eines Genossenschaftsgesetzes, man werde schon ein gutes bekommen, und selbst unter diesem Minister sei dies möglich. Jedenfalls sei gar keines besser als ein schlechtes. Nachdem noch einige Redner gesprochen, wurde dann folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Genossenschaften Berlins sprechen die bestimmte Erwartung aus, daß das Haus der Abgeordneten keinem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben wird, welcher den Verwaltungsbehörden insbesondere den Polizeibehörden irgend welche Einwirkung auf die Genossenschaften oder eine Einmischung in ihre Angelegenheiten gestattet.“

Hr. Regierungs-Assessor Richter a. D. wird in nächster Woche seine Vorträge über Consum-Vereine beginnen.

Coburg. 8. Mai. Von dem Schriftführer des Arbeiterbildungsvereins in Pforzheim, Hrn. August Gödecke, geht uns ein Ausschnitt aus dem Pforzheimer Beobachter, einen Angriff gegen Hrn. Moritz Müller in Betreff der Frage der verkürzten Arbeitszeit enthaltend, (vergl. Nr. 172 d. Bl.) mit dem Ersuchen um Abdruck zu. Gleichzeitig erhalten wir von anderer Seite eine ganze Reihe von Ausschnitten aus Pforzheimer Blättern, in welchen Hr. Moritz Müller, in allerlei Zwiegesprächen zwischen „Müller und Schulze“, nach der Chablone des in Nr. 175 d. Bl. mitgetheilten, wegen seines Flugblatts über das zweideutige Verhalten des Hrn. Professor Provence in der Frage des allgemeinen Stimmrechts lächerlich zu machen gesucht wird. Dagegen werden die schweren Anklagen gegen den Hrn. Prof. Provence: daß er für die Aufklärung der dortigen Arbeiter über die Frage des allgemeinen Wahlrechts trotz des Stuttgarter Vereinstagsbeschlusses gar nichts gethan und daß selbst in der Einladung zu derjenigen Versammlung des dortigen Vereins, in der über die Frage abgestimmt werden sollte, nicht einmal dieser Gegenstand der Tagesordnung angegeben war, und daß endlich den Arbeitern vorgespiegelt worden ist, als trete die ganze Lehrerschaft in Folge dieser, doch so berechtigten, Anklagen gegen den ersten Vorstand zurück, während über einen solchen Rücktritt die Lehrerschaft keineswegs einig war und einzelne Lehrer damit gar nicht bekannt gemacht worden sind, — alle diese Anklagen, durch welche das Verfahren des ersten Vorstands des Pforzheimer Vereins in ein höchst zweideutiges Licht kommt, werden mit Stillschweigen übergangen und statt einer offenen männlichen Antwort darauf, wird Hr. M. Müller in gleichgültigen Nebenpunkten anzugreifen und lächerlich zu machen gesucht. Wir bekennen offen, daß wir uns von einem so illoyalen und das Schuldbewußtsein nur zu deutlich an der Stirne tragenden Verfahren mit Widerwillen abwenden und uns deßhalb nicht vermüssigt sehen, dergleichen persönliche Angriffe in Nebenpunkten, während man auf die Hauptsache nicht antworten kann, von diesen Herren aufzunehmen. Wir halten aber auch unsererseits für Pflicht der Vereine, sich gegen dergleichen Umtriebe auszusprechen, da es sich hierbei durchaus nicht um Personen, sondern um eine gegen die Agitation für das allgemeine Wahlrecht gerichtete Taktik handelt, der ein für allmal die Wege zu weisen sind.

Politischer Theil.

Er.

Seht Ihr Ihn den Kopf aus dem Busche stecken? Wessen Kopf? Nun, Seinen, den Einen Kopf, der Kopf hat für uns Alle, nach dessen Kopf zuletzt die Dinge gehen und tanzen müssen. Schlau hat Er gewartet, bis die deutschen Großmächte mit brennenden Lunten und gespannten Hahn einander gegenüberstehen; gerührt hat Er sich nicht, bis das kleinste „Mißverständniß“ Deutschland in Tod und Verderben stürzen kann. Dann geht Er auf Reisen, in's Departement der Yonne, nach Auxerre, einer Stadt, an welcher die deutschen Kinder französische Aussprache lernen, sintemal sie „Osserr“ ausgesprochen wird und nicht „Oxerr“, und dort im französischen Kreidelande, erklärt Er, daß er ganz Europa etwas weißgemacht hat. In der Champagne trinkt Er auf Westdeutschlands Wohlergehen und läßt den Rhein hochleben!

Einen Maire oder Bürgermeister hat er sich vorher bestellt, der Ihn anreden muß, der zu sagen hatte, wie die Bauern der Champagne, von Lothringen und Elsaß am Wärmsten und Längsten zu Seinem sel. Onkel hielten, als die Pariser Bürger ihn längst insgeheim aufgegeben und verrathen hatten, wie die

Bauern der Champagne das „demokratische Kaiserreich“ am Besten verstanden und dem Neffen zuerst wieder zugejubelt, als er ohne Sohlen unter den Füßen von London nach Paris gekommen sei!

Dann erhebt Er sich und redet also zu den Leuten von Auxerre, der Champagne, Frankreichs, jenseits des Rheins und des Kanals, und er spricht die geflügelten Worte: „Ich sehe mit Befriedigung, daß die Erinnerungen an das erste Kaiserreich nicht aus Ihrem Gedächtniß gelöscht sind. Glauben Sie, daß auch ich meinerseits der Erbe bin der Gefühle des Hauptes meiner Familie für jene thatkräftigen und patriotischen Bevölkerungen, welche den Kaiser in guten und in schlimmen Tagen unterstützt haben. Ich habe dem Departement der Yonne eine Schuld abzutragen: es war eines der ersten, welche mir im Jahre 1848 ihre Stimmen gaben, weil es mit der Mehrheit des französischen Volkes sich bewußt war, daß seine Interessen die meinigen waren und daß ich gleich ihm die Verträge von 1815 verabscheute, aus denen man heute die einzige Grundlage unserer auswärtigen Politik machen will. Nehmen Sie meinen Dank für Ihre Gesinnungen! In Ihrer Mitte athme ich mit Vergnügen; denn unter den arbeitsamen Bewohnern der Städte und des Landes finde ich den wahren Genius Frankreichs wieder.“

Ist das jetzt deutlich? Begreift man jetzt den Vertrag, welchen der preußische Oberprofos seinem herrlichen Könige vorlegte? Und ist dieser herrliche König jetzt endlich glücklich dahin gelangt, daß er den Vertrag unterzeichnen, oder den Krieg gegen Oesterreich aufgeben muß? Dem Maire von Auxerre wird es in's Ohr gesagt, was eigentlich nach Berlin gerichtet ist und was den König Wilhelm von Hohenzollern als den Knaben im „Erlkönig“ erscheinen läßt:

„Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt!“ Gewalt geht ja vor Recht, nicht wahr Hr. v. Bismarck?

Im Oktober 1840 stand der Prinz Louis Napoleon Bonaparte vor der Pairskammer zu Paris, um sich wegen des Attentats von Boulogne zu verantworten, um zu erklären, was die leeren Champagnerflaschen an Bord des Dampfers „Stadt Edinburg“ bedeuteten und wie er es angefangen, daß der lebendige Adler stets über seinem dreieckigen Hütlein gekreist. Da sprach der Prinz: „Der Kaiser, mein Onkel, wollte lieber abdanken, als die durch Verträge verkürzten Grenzen annehmen, welche Frankreich der Verachtung und den Drohungen aussetzten, die der Fremde sich heute erlaubt. Ich habe noch keinen Tag geathmet, ohne an diese Lehren zu denken. Die unverdiente und grausame Verbannung, welche 25 Jahre lang mein Leben von den Stufen des Thrones, auf denen ich geboren bin, entfernte und mich endlich in das Gefängniß geschleppt hat, welches ich soeben verlasse, hat mich keinen einzigen Tag der Würde, dem Ruhme, den Rechten und Interessen Frankreichs entfremdet.“

Am Morgen des 2. Dezember 1851 erließ der Staatsstreichende Prinz-Präsident eine Proklamation an die Armee, worin es hieß: „Eure Geschichte ist die meinige, wir haben in der Vergangenheit Gemeinsamkeit des Ruhmes und des Unglücks, wir werden in Zukunft Gemeinsamkeit der Gesinnungen und der Entschließungen für die Ruhe und den Ruhm Frankreichs haben.“

„Die durch die Verträge verkürzten Grenzen“ — das sind die Verträge von 1815. Die „Gemeinsamkeit des Unglücks“ — das ist Waterloo und die darauf folgenden Verträge. 1840 hatte Er „noch keinen Tag geathmet, ohne an diese Lehren zu denken.“ 1851 dachte er laut daran und zwar angesichts der Armee. 1866 „verabscheut er die Verträge von 1815“ und predigt als Kaiser an der Spitze von 600,000 Soldaten diesen Abscheu!

Dahin hat uns Preußen gebracht, Preußen allein, aktiv und passiv; aktiv durch den Oberjunker an der Spitze des preußischen Ministeriums, passiv durch die Lauheit und Flauheit der Fortschrittler und des Volkes in seiner maßgebenden Mehrheit. Das ist die preußische „Führerschaft“, das ist der „deutsche Beruf Preußens“! So ward Deutschland „einig“ unter der „Spitze“ des Helms, und das meinte der Dichter, als er der preußischen Helmspitze des Himmels vernichtendste Blitze prophezeite!

Und in denselben Moment, wo uns Seine Rede von Auxerre zukommt, lesen wir aus der „Nordd. Allg. Zeitung“ folgendes Lügen- und Gaunerstück, welches sich das Blatt von Ohren-Braß, an dem ein Rodbertus Mitarbeiter geworden, das ein Rodbertus empfiehlt, angeblich aus Paris schreiben läßt.

„Die französische Regierung hält so unverbrüchlich an dem Prinzip der Neutralität fest, daß sie sogar den Gedanken auf einen Congreß vorderhand nicht goutirt, weil die Anregung desselben sie bemüßigen würde, sowohl den Mächten gegenüber, welche den Congreß beschicken, eine Parteistellung einzunehmen, als auch den Gegnern des Congresses gegenüber, die bisherige Reserve aufzugeben. So durchdrungen man auch in unsern Regierungskreisen von der Ueberzeugung ist, daß nur ein Congreß die Ruhe in Europa vollständig zu verbürgen im Stande sei, so wenig hält man den gegenwärtigen Augenblick geeignet für den Zusammentritt eines europäischen Areopags, und die englischen Staatsmänner werden ihre Bemühungen in dieser Richtung aufgeben müssen. Selbst Hr. Gladstone, dessen Ankunft hier angekündigt wird, würde unbefriedigt wieder abreisen müssen, wenn er wirklich, wie man vermuthet, sich hierher begeben wollte, um den Congreßideen beifällige Annahme zu verschaffen. — Die Bildung eines Observationscorps bei Lyon dürfte binnen Kurzem vor sich gehen. Die Eisenbahn nach Lyon hat Ordre bekommen, alle ihre Transportmittel für Truppensendungen bereit zu halten und in allen Militärdivisionen werden in aller Stille die Urlauber einberufen. Es ist übrigens sehr leicht begreiflich, daß die kaiserliche Regierung den drohenden Ereignissen der nächsten Zukunft nicht mit den Händen in den Taschen wird zusehen können.“

Während Er zu Auxerre uns laut verkündigt, daß Er die Verträge von 1815 „verabscheut,“ daß Er sie mithin bei nächster Gelegenheit brechen würde, sucht uns die Braß-Zeitung in Berlin noch zu beschwindeln und einzuschläfern, indem sie uns die französische Neutralität unter die Nase hält! Sind wir bald genugsam verrathen und verkauft und will das Volk in Berlin denn ewig schlafen??

Hr. Rouher, Sein Minister zu Paris, flötete uns am vorigen Donnerstag im gesetzgebenden Körper vor: „Friedliche Politik, aufrichtige Neutralität, vollständige Aktionsfreiheit!“ Das beste Wort natürlich immer zuletzt. Er sagt's uns: „Friedliche Politik“ — schöne Gegend! — „Aufrichtige Neutralität“ — Romantik mit Mondschein! — „Vollständige Aktionsfreiheit“ — das ist der wahre Jakob, das ist das blutige Morgenroth, die „Gemeinsamkeit des Ruhmes,“ welche die „Gemeinsamkeit des Unglückes“ tilgen wird! —

O Deutschland, Deutschland, wohin bist du gerathen! Ist das Mark deiner Knochen erstarrt, der Saft deiner Adern geronnen? Ist denn gar kein Weg, ist denn gar kein Steg, der uns führt aus dieser Fäulniß bei lebendigem Leibe?

Politische Umschau.

In einer am 6. Mai ausgegebenen Extranummer der „Dresdener Reform“ heißt es: Ganz Deutschlands, ja ganz Europa's Blicke sind in diesem Augenblicke mit angstvoller Spannung auf den Punkt gerichtet, wo der zweite Akt des vor 100 Jahren unterbrochenen blutigen Dramas in derselben Weise, wie der erste, seinen Anfang nehmen zu wollen scheint. Was wird geschehen? fragt alle Welt. Was wird Sachsen thun? Was die bestimmenden Kreise thun werden, müssen wir abwarten. Was sie thun sollten, darüber kann kein Zweifel sein. An Durchwinden ist so wenig ein Gedanke, wie im Jahre 1756. Ebensowenig ist, nach allen bisherigen Erfahrungen, auf preußische Zusicherungen das mindeste Gewicht zu legen. Durchschlagen oder Gewehrstrecken ist das Einzige, was uns übrig bleibt. Daß Sachsen allein nichts ausrichten kann, liegt auf der Hand. Seine dreißigtausend Mann, vereinzelt der Armee einer Großmacht gegenüber gestellt, wollen gar nichts bedeuten. Aber im rechten Augenblick und an der rechten Stelle den Truppen der einen hinzugefügt, geben sie den Ausschlag. — In Leipzig freilich weht zur Stunde ein anderer Wind. Die „Deutsche Allgem. Zeitung“ meldet aus Leipzig, 5. Mai: Soeben hat der hiesige Stadtrath einstimmig eine Vorstellung an das Gesammtministerium zu Dresden wegen Abwendung der drohenden Kriegsgefahr (d. h. zur Einreihung der sächsischen Armee in die preußischen Sturmcolonnen!) beschlossen. Dieselbe geht noch heute (Sonnabend) nach Dresden ab. — 6. Mai. Stadtverordnetensitzung angesagt. Tagesordnung: Petition an den König, zu entwaffnen, während Preußen bis an die Zähne gerüstet an den Grenzen steht, und so den Anschluß an Preußen, d. h. das Verschlucktwerden herbeizuführen. — Die „Reform“ bemerkt zu solcher Krämerpolitik: Auch wir Sachsen wollen dem preußischen Rachen nicht geopfert sein. Statt Bismarck, der in unser Land und unsere Stadt einzubrechen droht, Lorbeerkränze und Huldigungen entgegen zu bringen, fordern wir, daß Sachsen den Schutz des Bundes anrufe und das ganze Volk zum Widerstand bewaffne. — Die in Hannover erscheinende „Zeitung für Norddeutschland“ schreibt: Es geht das Gerücht, daß Hannover mit Preußen einen Vertrag geschlossen habe, demzufolge unserm Königreiche sein Gebiet und seine Selbstständigkeit gewährleistet sei; Hannover dagegen 15,000 Mann stelle. Graf Bismarck, wird hinzugefügt, sei im Grunde gegen das Abkommen gewesen und habe Einverleibung beabsichtigt. — Nach anderen Nachrichten soll indessen in Hannover ein anderer Wind wehen und hat das Blatt, welches während der Badereise seines braven Redakteurs Eichholz von den Herren von der Horst*) und Genossen in großpreußischer Politik exercirt wird, wahrscheinlich seine Wünsche für Thatsachen gehalten. Der „Stuttgarter Beobachter“ erhebt seine mahnende Stimme: „Angesichts der von zwei Seiten bedrohten Lage des Vaterlandes ist es auch hohe Zeit, an die Organisation der Reserve und des Landsturmes zu gehen, um beide aber nicht nur in den nöthigsten Waffenübungen zu unterrichten, sondern vorzugsweise in der sonstigen Unterstützung, die sie dem stehenden Heere zu leisten haben werden, in Herbeischaffung von Kriegsbedarf, Begleitung der Transporte, im Sanitätswesen, in Grabarbeiten für Feldbefestigungen, kurz in demjenigen, was dem Heere das Abgeben von streitbaren Kräften erspart. — Ueber Oesterreichs Lage schreibt die „N. Fr. Presse“ vom 5. Mai: Wenn es unter den obwaltenden Umständen noch eines neuen Anzeichens bedürfte, um uns den vollen Ernst der kriegsschwangern Lage erkennen zu lassen, so findet sich heute ein solches in der gesetzlich verfügten Ausgabe von Staatsnoten, oder genauer gesagt, Umwandlung von Banknoten in Staatsnoten. Eine solche Maßregel verräth den auf's Höchste gestiegenen Ernst der augenblicklichen Lage. Außerdem spricht die das Gesetz begleitende Erläuterung in so unverhüllter Weise von der Oesterreich von zwei Seiten drohenden Kriegsgefahr, daß sich Niemand mehr darüber täuschen kann, wie die kaiserliche Regierung selbst nachgerade die entstandene politische Verwicklung auffaßt. Diese finanzielle Maßregel, welche einen tief in alle unsere wirthschaftlichen Verhältnisse eingreifenden Einfluß ausüben muß, ist das erste unberechenbare Opfer, das dem Reiche (mit Ausnahme Venetiens) durch die neueste Wendung der Dinge auferlegt wird — Dank den deutschen Bundesbrüdern unter König Wilhelms und seines Bismarck Regierung. —

Frankfurt, Mittwoch, 9. Mai, Nachmittags. In der heutigen Bundestagssitzung ist der Antrag Sachsens vom 5. Mai mit 10 Stimmen angenommen worden. Preußen, Mecklenburg, die 15. Curie (Oldenburg, Anhalt, Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen) und die 17. Curie (die freien Städte) stimmten dagegen. Kurhessen stimmte für Verweisung an den Neunerausschuß. Luxemburg enthielt sich der Abstimmung.

Der preußische Gesandte erklärte bei der Abstimmung, Oesterreich und Sachsen hätten, statt sich an den Bund zu wenden, Vorbereitungen zur Selbsthülfe getroffen, ehe (?) Preußen gerüstet; jetzt sei der innere Frieden in Deutschland mit schwerster Gefahr bedroht. Preußen könnte nicht abrüsten, ehe diese beseitigt sei. Es sei Pflicht der Bundesversammlung, Oesterreich und Sachsen zur Abrüstung zu veranlassen. Wenn dies nicht geschehe, könnte Preußen nur die Pflicht der Selbsthaltung für die eigene Stellung als maßgebend erachten. Nach Annahme des Antrages bezieht sich Preußen auf die vorstehende Erklärung und spricht die Erwartung aus, die Bundesversammlung werde ihre Pflicht erfüllen. Gegen die behauptete Priorität der Rüstungen legen Oesterreich und Sachsen entschiedenste Verwahrung ein, letzteres unter Bezugnahme auf die sächsische Depesche nach Berlin vom 29. April.

Von G. L. Walihanß in Worms ist ein „Nothruf an das gesammte deutsche Volk“ ergangen, welcher, nachdem er die Gefahr und das Elend des deutschen Vaterlandes beschrieben, die deutschen Brüder beschwört, wie Ein Mann sich aufzuraffen für „unsere heilige Freiheit, Einheit und Größe, versinnlicht in dem hehren Banner „Schwarz-Roth-Gold!“ Man habe nichts Eiligeres zu thun, als für alle deutschen Männer Vertreter zu einem deutschen Vorparlament in Mannheim zusammentreten zu lassen, um Tagsatzung zu halten. Als Tag des Zusammentritts schlägt er den 21. Mai vor.

---

*) Ein Erzgothaer von Anno 1848/49.

Dieses deutsche Vorparlament solle sofort 1) einen bleibenden Vorparlaments-Ausschuß einsetzen; 2) dieser Ausschuß solle sofort die deutschen Regierungen (außer der preußischen und österreichischen) zu einem gemeinsamen Congreß auf den 30. Mai d. J. nach Mannheim einladen; 3) auf diesem Congreß sollen sich die dabei vertretenen deutschen Regierungen zu einem festen deutschen Parlaments-Staaten-Verband constituiren und sofort 4) ein deutsches Parlament auf Grund des deutschen Reichswahlgesetzes von 1849 für ihre Staaten einberufen; 5) dieses Parlament soll sofort die alleinige diplomatische Vertretung der Parlaments-Staaten-Regierungen übernehmen, die allgemeine Volksbewaffnung ausführen, ein Parlaments-Volksheer von 2 Millionen Streitern unter dem Oberbefehl eines vom Parlamente erwählten Feldherrn errichten, — sowie auch die noch zu Recht bestehende deutsche Reichsverfassung von 1849 wieder einführen, unter verfassungsmäßiger Beseitigung des darin Veralteten, wie namentlich die Bildung eines Parlaments-Oberhauses.

Gestützt auf die 19 Millionen betragende Bevölkerung dieses Parlaments-Staaten-Verbandes, auf das 2 Millionen starke Parlamentsheer, auf die Bundesfestungen Ulm, Rastatt, Landau und Mainz, mitgetragen von der Sympathie unserer Brüder in Preußen und Oesterreich, angelehnt an die, für uns strategisch höchst wichtige Schweiz — kann der deutsche Parlaments-Staaten-Verband kühn der Zukunft — die ihm sicher gehört, entgegengehen. So der Aufruf aus Worms.

! **Berlin**, 10. Mai. Die „Reform" leitet die unten folgende Bekanntmachung des „Preußischen Staatsanzeigers" über die Auflösung des Abgeordnetenhauses mit einem Leitartikel ein, in welchem das Thema ausgeführt wird, daß Oesterreichs Kriegspolitik Preußen immer näher rücke, und daß, da eine Abrüstung nicht erfolgt sei, die Parlamentsidee ihre Bedeutung verloren habe. Da der Bund sich auf Seite Oesterreichs stelle, könne Preußen sich nur noch auf eine eigene Kraft verlassen, und zu deren Entfaltung bedürfe es der Entschlossenheit des ganzen preußischen Volkes, deshalb sei die Berufung des Landtags nothwendig und dazu sei auch die Regierung entschlossen. Hieran anschließend druckt die „Reform" dann die nachstehende Bekanntmachung des „Staatsanzeigers" ab:

„In den auswärtigen Beziehungen des Landes ist in Folge der bedrohlichen Haltung, welche mehrere Nachbarregierungen gegen Preußen angenommen haben, eine Spannung eingetreten, welche Ew. Königl. Majestät, nach den sorgfältigsten und ausdauerndsten Bemühungen zu ihrer Beseitigung, in die Nothwendigkeit versetzt hat, umfassende Vorkehrungen zur Sicherheit des Landes anzuordnen. Das ehrfurchtsvoll unterzeichnete Staatsministerium glaubt unter diesen Umständen, daß Ew. Königl. Majestät den Augenblick gekommen halten werden, die Volksvertretung in Gestalt des allgemeinen Landtages der Monarchie um den Thron zu versammeln, um die der Lage des Landes entsprechenden Beschlüsse zu fassen und der Einmüthigkeit, welche das Volk beseelt, wenn es der Erhaltung der Unabhängigkeit und der Ehre des Landes gilt, den legalen Ausdruck zu geben.

Das jetzige Haus der Abgeordneten, wenn auch seine Mehrheit, Angesichts der Gefahren, welche das Vaterland bedrohen, ihre Hingebung an dasselbe gewiß bereitwillig bethätigen würde, ist doch unter dem Einflusse anderer Verhältnisse gewählt worden, als diejenigen sind, welche heute bestimmend auf die Wähler wirken müssen.

Ew. Königl. Majestät werden das Bedürfniß fühlen, die Stimmung zu kennen und zum Ausdruck gebracht zu sehen, welche das preußische Volk im jetzigen Augenblick und mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage der Dinge beseelt.

Wir glauben deshalb Ew. Königl. Majestät ehrfurchtsvoll rathen zu sollen, auf Grund des Art. 51 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 das Abgeordnetenhaus aufzulösen, damit unverzüglich Neuwahlen angeordnet werden können.

Ew. Königl. Majestät bitten wir daher, die im Entwurfe beigefügte Verordnung wegen Auflösung des Hauses der Abgeordneten vollziehen zu wollen.

Berlin, den 9. Mai 1866.

Das Staats-Ministerium.

Verordnung, betreffend die Auflösung des Hauses der Abgeordneten.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, auf Grund des Art. 51 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850, nach dem Antrage des Staats-Ministeriums, was folgt:

§ 1.

Das Haus der Abgeordneten wird hierdurch aufgelöst.

§ 2.

Unser Staats-Ministerium wird mit der Ausführung der gegenwärtigen Verordnung beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 9. Mai 1866.

Wilhelm.

Folgen die Unterschriften der Minister.

Es ist hiernach klar, daß die Mobilisirung wirklich nur den Zweck hatte, den Bundestag einzuschüchtern und daß Bismarck nun, da er der entschlossenen Haltung des übrigen Deutschlands gegenübersteht, genöthigt ist, vorerst die Lösung des innern Conflicts zu versuchen. Der Rückgriff auf die Volksvertretung in Preußen ist der sicherste Beweis der Verlegenheit, in welcher sich die Regierung in ihrer Isolirung befindet. Der Krieg ist damit wieder hinausgerückt und es wird nur alles auf den Ausfall der Wahlen und die Haltung des neuen Abgeordnetenhauses ankommen, das jetzt die Situation beherrschen und die Regierung zu den umfassendsten inneren Concessionen zwingen kann. Ob es dies thun oder verkehrter Weise selbst nachgiebig sein und den Krieg d. h. die Reaction genehmigen und damit seine politische Unreife und Undeutschheit beweisen wird, das ist abzuwarten.

Die „Zeitung für Norddeutschland" faßte jüngst, noch ehe die interimistische, großpreußische Redaction an's Ruder gelangt war das **schließliche Resultat des Krieges** in folgender Weise zusammen: „Der Krieg, wenn er einmal entbrannt ist, kann nicht damit abschließen, daß er über das Schicksal Venetiens und Schleswig-Holsteins und über die Stellung Oesterreichs und Preußens im deutschen Bunde entscheidet; sondern er muß eine Aenderung der Karte Europas zu seinem Ausgangspunkt nehmen. Siegen die Alliirten, Italien und Preußen nicht, so kommt ihnen Napoleon zu Hülfe und läßt sich diese mit italienischem und deutschem Gebiete bezahlen. Verliert Oesterreich Venetien und seine Stellung in Deutschland, dann ist vollends zur Ausgleichung der Machtverhältnisse eine Abtretung von Land und Leuten an Frankreich sowohl in dessen Süden, wie in dessen Nord-Osten eine unabweisbare Forderung Napoleons; und wenn Rußland sich inzwischen nicht Krakau und Galizien angeeignet und die Donaufürstenthümer besetzt hätte: so müßte es eine wunderbare Enthaltsamkeit bewiesen haben. Der Sieg, an welchem Preußen Theil genommen, würde also zu einem Siege der slavischen und romanischen Race und zu einer Niederlage der germanischen Welt. Die Folgen würden in furchtbarer Verderblichkeit für Deutschland und für Preußen bald genug hervortreten. Mitteleuropa, in sich zerrissener als je, durch die Opfer des Krieges, durch die Vernichtung seines Wohlstandes gebrochen, müßte ein Spielball des übermächtigen Nordens und Südens und über Kurz oder Lang deren Beute werden. Das sind die Aussichten, welche ein sinn- und gedankenloser Krieg eröffnet, den König Wilhelm seinen Minister anstiften lassen soll. Nun, wir meinen, daß die preußische Regierung und der preußische Hof ganz gott- und weltverlassen sein müßte, wenn in dem Rathe des Königs sich nicht Stimmen geltend machten, welche den Beweis führten, daß es ein heilloser, entsetzlicher, ungeheuerlicher Krieg ist, in den Graf Bismarck Preußen zu stürzen droht."

Inzwischen tritt am 13. Mai der Ausschuß des weiland deutschen — „Nationalvereins", bezeichnend genug, in **Berlin** zusammen und berichtet die, gut preußisch-nationalvereinlich gesinnte Berliner „**Reform**", vorerst allerdings nur gerüchtweise, daß der Präsident des Nationalvereins, R. von **Bennigsen** in Berlin weile, um mit Graf **Bismarck** zu unterhandeln. Daß ein solches Gerücht nur entstehen kann, bemerkt dazu das „Coburger Tagblatt", ist schon schlimm genug. Warum sind diese Herren, die im **Mai 1860** den Grafen **Borries** wegen des Verdachts der Absicht künftigen Einverständnisses mit Frankreich in deutschen Angelegenheiten, für einen „Verräther" erklärt haben, — jetzt so schweigsam — Angesichts der Verhandlungen **Bismarcks** mit Napoleon und mit Italien zum Zweck des von ihm projectirten Bürgerkriegs in Deutschland?"

Leipzig, 8. Mai. Bevor Sie diese Zeilen erhalten, werden Sie bereits Kenntniß haben von dem Ungeheuren, was unsere Gothaer und Annexionisten gethan, um Bismarck möglichst die Wege zu ebnen. Vorgestern nämlich hat der Leipziger Stadtrath in einer Sitzung, wie man sagt einstimmig, beschlossen: an das Gesammtministerium eine Adresse zu erlassen, worin sie auf die gefahrvolle Lage Sachsens speciell Leipzigs bei Ausbruch eines Krieges hinweisen, und die Regierung auffordern, alle Schritte, welche geeignet seien, einen deutschen Bruderkrieg zu provociren (armes Sachsen, du bist also das Karnickel?) zu vermeiden, namentlich aber die Rüstungen einzustellen, indem diese doch nicht geeignet seien, ein erhebliches Gewicht in die Wagschale zu werfen. (Wenn das wirklich der Fall ist, warum denn das Geschrei über Provocirung des Krieges durch Sachsen, warum die Drohnoten Preußens.) Aber das ist noch nicht Alles. Diesem Beschluß des Stadtrathes ist gestern das Stadtverordnetencollegium, in dem die Führer der Gothaer das Hauptwort führen, in öffentlicher Sitzung ohne Debatte einstimmig beigetreten.

Man könnte sich über dieses Auftreten leicht beruhigen, wenn es von einigen Dutzend Männern, die ihrem enragirten Preußenthum Luft machen wollen, privatim abgegeben wäre. So aber tritt man als Vertreter der Bevölkerung auf und sucht den Philister zu gewinnen, indem man ihm wegen Schädigung der „materiellen Interessen" ein Klagelied singt. Es gilt nun zu versuchen, ob die gesammte Leipziger Bevölkerung wirklich diesem Vorgehen seiner Behörden zustimmt und soll zu diesem Zwecke am 8. d. Mts. eine allgemeine Volksversammlung stattfinden, welche durch Hrn. Prof. Wuttke, die Führer des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und den Vorstand des Arbeiterbildungsvereins einberufen wird.

Leipzig, 9. Mai. Der Beschluß und das Vorgehen des Stadtraths und der Stadtverordneten hat hier theilweise große Mißbilligung erfahren und es machte sich deshalb von verschiedenen Seiten der Wunsch geltend, eine Volksversammlung einzuberufen, um die allgemeine Stimme zu hören. Es war eine solche zunächst von der hiesigen großdeutschen Partei, Prof. Wuttke, Dr. Mothes, Cramer, Roßberg im Verein mit den Lassalleanern, Fritzsche und Steinert, angeregt. Nach diesem blieb uns nichts anderes übrig, als so zahlreich wie möglich in der Versammlung zu erscheinen und den von jener Seite vorgeschlagenen Resolutionen, die zu deutlich das Gepräge der Partei an der Stirne trugen, eine Reihe von Erklärungen entgegenzusetzen, die den entschieden demokratischen Standpunkt festhielten. Man einigte sich deshalb beiderseits dahin, daß jede Partei ihre Resolutionen einbringe, und daß man sich gegenseitig nicht bekämpfen wolle.

Zugleich hatten eine Anzahl Vorstandsmitglieder unseres Vereins durch Anschlag von Plakaten an den Straßenecken die Mitglieder des Vereins und sämmtliche Arbeiter Leipzigs zu zahlreichem Erscheinen aufgefordert. Als um 8 Uhr die Versammlung eröffnet wurde, war der große Saal des Odeon, der ca. 5000 Menschen faßt, gedrängt voll, so daß viele hunderte wieder umkehren mußten.

Steinert wurde zum Vorsitzenden gewählt. Zunächst ergriff Prof. Wuttke das Wort, um in längerer, oftmals von Beifall unterbrochener Rede folgende Resolutionen zu befürworten:

1) Wir erklären das Vorgehen des hiesigen Stadtrathes wie der hiesigen Stadtverordneten gegen die von der Staatsregierung getroffenen Vertheidigungsmaßregeln für unpatriotisch und unheilvoll.
2) Wir fordern die Staatsregierung auf, die Vertheidigungsmaßregeln auszudehnen und allgemeine Volksbewaffnung zum Schutze des Landes anzuordnen.
3) Wir halten für dringend geboten, daß Sachsen sich der Hülfe seiner Bundesgenossen schleunigst versichere und beharrlich jeder Sonderbestrebung Preußens in Schleswig-Holstein wie im übrigen Deutschland entgegentrete.

Nach Wuttke sprach Cramer, der das rühmliche Verhalten der sächsischen Regierung in der schleswig-holsteinischen Frage hervorhob und daran erinnerte, wie man seiner Zeit auch in Volksversammlungen in Leipzig Resolutionen für Schleswig-Holstein gefaßt, denen gegenüber das Vorgehen des Raths und der Stadtverordneten unerklärlich sei. Er beantragte schließlich noch einen Zusatz zu den Resolutionen, betreffs des deutschen Parlaments, der indessen durch die nunmehr von **Bebel** eingebrachten Resolutionen seine Erledigung fand.

Letzterer schlug in ausführlicher Motivirung unter rauschendem Beifall der Versammlung Folgendes vor:

Die am 8. Mai im Odeon zu Leipzig abgehaltene Volksversammlung erklärt:

1) Die gegenwärtige drohende Lage Deutschlands ist durch die Haltung und das Vorgehen der

preußischen Regierung in der schleswig-holsteinischen Frage provocirt, zugleich aber auch die natürliche Consequenz der Politik des Nationalvereins und der Gothaer für die preußische Spitze.

2) Eine direkte oder indirekte Unterstützung dieser undeutschen Politik betrachten wir als eine Schädigung an den Interessen des deutschen Volkes.

3) Dieses Interesse kann nur gewahrt werden durch ein aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervorgegangenes Parlament, unterstützt durch allgemeine Volkswehr.

4) Wir erwarten, daß das deutsche Volk nur solche Männer zu seinen Vertretern wählt, die jede erbliche Centralgewalt verwerfen.

5) Wir erwarten, daß im Falle eines deutschen Bruderkrieges, der nur dazu dienen kann, deutsches Land und deutsches Gut dem Auslande in die Hände zu spielen, das deutsche Volk wie ein Mann sich erhebt, um mit den Waffen in der Hand sein Eigenthum und seine Ehre zu vertheidigen.

Eine sechste Resolution, welche die sächsischen Rüstungen behandelt, zog er, als durch die früher vorgeschlagenen erledigt, zurück.

Sie sehen diese Resolutionen sind das gerade Gegentheil vom Gothaerthum und wir hoffen zuversichtlich dieselben durchzusetzen.

Dr. Joseph, Vorsteher der Stadtverordneten, suchte die Vorwürfe gegen Rath und Stadtverordnete zu entkräften, wurde aber vielfach durch Mißfallsbezeugungen aus der Versammlung unterbrochen. Liebknecht nahm hierauf das Wort und wies nach, daß nicht in der Kleinstaaterei, sondern gerade in den Großstaaten das Hinderniß zu suchen sei, daß Deutschland nicht einig sei. Die Kleinstaaten seien nicht im Stande, das habe sich 1848 und 49 gezeigt, die hochgehenden Wogen einer Volksbewegung zu dämmen, das sei nur durch den Groß- und Militärstaat Preußen geschehen. Preußen habe in Baden tausende von Freiheitskämpfern niedergeschossen, hunderte gestandrechtet. Preußen sei es gewesen, das in Dresden den Maiaufstand niedergeschlagen und dieses Preußen wolle man jetzt an die Spitze Deutschlands stellen, den Mann zum deutschen Kaiser machen, der die Volks- und Freiheitskämpfer niederkartätschen ließ. Nach Liebknecht sprach noch Fritzsche, zum Schluß Prof. Wuttke. Bei der Abstimmung wurden die Wuttke'schen Resolutionen gegen eine kleine Minorität, die Bebel'schen einstimmig angenommen.

Diese Versammlung hat dem hiesigen Gothaerthum, das in den letzten Jahren sich überall bemerkbar machte, überall das große Wort führte, einen Schlag versetzt, von dem es sich so leicht nicht wieder erholen wird. Darum speien dessen Organe jetzt Feuer und Flamme dagegen.

[**Berlin**, 9. Mai. (Ein „Druckfehler“). Die Berliner „Reform“ erhebt Beschwerde gegen den Vorwurf, daß sie im Bismarck'schen Fahrwasser, wenn auch mit allerlei harmloser demokratischer Beimischung, sich bewege. Es freut uns das, weil eine Verwahrung gegen diesen Vorwurf, über den unsere „Nationalen“ gar nicht mehr roth werden, immer noch etwas Gewissen und Schaam verräth. Ob die Vertheidigung aber gegründet und geschickt, ob sie nicht vielmehr im höchsten Grad sophistisch ist und über die Hauptsachen hinwegschlüpft, und sich lediglich auf die Verwahrung gegen einen angeblichen „Druckfehler“ wirft, darüber sollen die Leser jetzt selbst entscheiden. Wir wiederholen zu diesem Behuf nochmals die entscheidenden Stellen unseres Artikels aus Nr. 174 dieses Blattes und fügen daran wörtlich die Vertheidigung der „Reform“' die mit Gegenvorwürfen, wie „Schmutz“, „Koth“, „Lügen“ u. s. w. um sich wirft, wovon sich bei der unbefangensten Prüfung nicht im entferntesten etwas dem Entsprechendes, wie die Leser sich selbst überzeugen mögen, in unserem Artikel findet. Wir sagten also in Nr. 174 dieses Blattes:

„Wir haben die „Reform“ aufmerksamen Auges verfolgt und steht wenigstens soviel fest, daß die consequent correcte Haltung vermißt wird. Neulich weihte das Blatt der „großen Aufgabe des Nationalvereins“ im großpreußischen Sinne einen Leitartikel, neuerdings berichtete sie nicht ohne sichtliches Behagen über die Rede, mit welcher Hr. Ziegler von Brandenburg, als Abgeordneter von Breslau, vor seinen Wählern die Bismarck'sche Imperial-Demokratie mit einer langen Rede eingeweiht hat. Um selbst über die jetzige Richtung des Blattes zu urtheilen, vergleichen Sie folgende Sätze, welche mit Meisterschaft im engsten Rahmen eine Summe von Verkehrtheiten zusammendrängen. In einem Leitartikel der Nr. 92 über „Oesterreichs Schleswig-Holsteinische Politik“ heißt es unter anderem:

„Eine Räumung Schleswig-Holsteins durch die Truppen der beiden Großmächte, damit dessen Bevölkerung frei abstimmen kann, wäre eine thörichte Forderung. Preußen darf Schleswig den Dänen (wirklich nur den Dänen? d. Red.) nicht wieder preisgeben, und die Schleswig-Holsteiner werden sich bei der Kräftigkeit ihres Naturells nicht durch die preußischen und österreichischen Besatzungen an der Kundgebung ihres freien Willens hindern lassen, sobald ihnen diese nur gestattet wird. (Zuchthausverordnung! D. Red.).

„Ohne Zweifel würden sie sich für den Herzog von Augustenburg entscheiden; dies würde jedoch kein Hinderniß bilden, daß nicht durch die preußische „Nation“ eine andere Entscheidung herbeigeführt wird, sobald diese die Herstellung eines neuen Kleinstaates an der Nordsee für den deutschen (?) Interessen zuwiderlaufend erklärt.

„Die Deutsche Demokratie hat kein Interesse daran, daß der Herzog von Augustenburg in sein „ererbtes Recht“ eingesetzt werde. Höher als das Erbrecht steht der Volkspartei das Recht des Volkes, seine Freiheit zu begründen. Ob der Herzog Friedrich oder ein anderer Agnat des Hauses Augustenburg Statthalter von Schleswig-Holstein wird, ist gleichgiltig, denn mehr als solcher würde er bei der Abhängigkeit, in welcher die Herzogthümer zu Preußen stehen müssen (??)*) nicht sein können.

„Die Deutsche Nation (?) hat das Interesse, sämmtliche Kleinstaaten den Großstaaten so unterzuordnen, daß sie mit ihnen ein größeres Ganze bilden können, und nicht nur Schleswig-Holstein, sondern auch Mecklenburg, Oldenburg, Hannover und die Hansestädte werden Preußen in militärischer Beziehung für die künftige nationale (?) Vertheidigung Deutschlands untergeordnet werden müssen.“

Das wird wohl genügen, den neuen Standpunkt des Blattes zu kennzeichnen! Die Arbeiterzeitung hat Recht gehabt, als sie in dem Eingangs erwähnten Artikel meinte, daß ein Blatt von correct deutscher, freiheitlicher Tendenz in Berlin sich nicht halten könne. Die „Reform“ scheint ein neuer Beleg dazu zu werden.

So unser damaliger Artikel. Hiergegen richtet nun die „Reform“ wörtlich die nachstehende Vertheidigung. „Da der „Stuttgarter Beobachter“ bereits seinen Fluch über die ganze deutsche Fortschrittspartei ausgestoßen und sie des Verraths an Deutschland geziehen hat, kann es die Leser unseres Blattes nicht überraschen, daß auch uns nachträglich ein Theil dieses Fluches getroffen hat.“ (Mit der „Fortschrittspartei hat sich beiläufig bemerkt, die frühere Reform nie identificirt. D. Red.) „Der „Stuttgarter Beobachter“ bedauert, die „Berl. Reform“ in dem Fahrwasser der Bismarck'schen Politik laviren zu sehen.“ „In dem „Deutschen Wochenblatt“, dem Mannheimer Organ der deutschen Volkspartei, wird uns der Text noch ganz anders gelesen. Wir sind „großpreußisch-nationalvereinerlich“ u. s. w. Diese Partei hat auch einen kleinen Zweigverein in Berlin, der die erforderlichen Angriffe gegen uns besorgt und verkündet, „daß die Leser der „Reform“ in den April geschickt worden sind“. „Wir würden hiervon nicht weiter Notiz nehmen, wenn wir nicht aus Rücksicht für die Redaction des „Deutschen Wochenblattes“ und die Badische Volkspartei bemerken müßten, daß unser Kritiker sich nicht an den Gesammtgeist und die von uns vertretene und erstrebte nationale, Preußisch-Deutsche Richtung, sondern an einen formell mißzudeutenden Satz und selbst an einen Druckfehler gehalten hat, um zu verdächtigen. Wo aus einem ganzen Artikel hervorging, daß wir der deutschen Nation die letzte Entscheidung über die schleswig-holstein'sche Angelegenheit anheimgeben wollten, wurde, weil einmal „Preußisch“ statt „Deutsch“ gedruckt steht, uns die Absicht zugeschoben, eine „Preußische Nation geschaffen zu haben“, um sie der deutschen als Wechselbalg unterzuschieben. Eine solche Schöpfung würde über unsere Kräfte gehen. Wir reden durchweg nur von dem Preußischen Volke, das wir als Theil der Deutschen Nation behandeln. Deshalb mußte jener Druckfehler jedem Leser erkennbar sein. Nie haben wir den Plan des „engeren Bundes“ begünstigt, wie uns angedichtet wird, sondern ihn mehrfach principiell bekämpft, doch auf ein paar Lügen kommt es solcher Partei-Politik nicht an. Wo man voll Haß angreifen und verdächtigen will, um zu begeifern, sind die Stoffe zum Angriff bald gefunden. Nachdem dieser Berliner Gegner uns aber die Waffen gezeigt, welche er führt, nachdem wir erfahren, daß ihm Schmutz und Koth nicht zu schlecht sind, um ein Organ der Volkspartei zu schmähen, das dieser seit dem Jahre 1861 bekannt ist, wird man es uns nicht verdenken, wenn wir solchen Parteigängern verächtlich den Rücken zuwenden und uns an ihr Kläffen nicht kehren. Wo man unserem Princip ein anderes entgegenstellt und dem als ehrlich und charakterfest bekannten Publizisten die gebührende Achtung erweist, werden wir antworten, sonst nicht.“

Dies die Antwort der „Reform“ auf unseren oben wiederholten, in andere Organe der Volkspartei übergegangenen Artikel. Also alles Druckfehler! Die ganze „Reform“ jetzt ein großer Druckfehler. Urtheile der Leser selbst.

*) Die Ansicht der Volkspartei ist das nicht. Ob absichtlich oder aus Unkenntniß wendet die „Reform“ den Ausdruck „Volkspartei“ consequent auf die großpreußische Fortschritts- und Nationalvereinspartei an!

Stuttgart. Unter der Ueberschrift „Deutschland ist verrathen“ schreibt unser „Beobachter“ unter anderem folgendes.

„In den Herzogthümern die Annexion, in Deutschland die Oberherrschaft, das sind seit langer Zeit die Ziele, auf die Graf Bismarck, der Lenker der Geschicke Deutschlands, hinarbeitet. Die beweisenden Thatsachen, lang genug hinter den Coulissen verborgen, treten hervor auf die offene Bühne. Selbst die Börse ist jetzt überzeugt, daß Louis Napoleon hinter Bismarck und Italien steckt und hetzt. Ein ungeheures Zurückgehen der Kurse ist das Zeichen, daß sie endlich Lunte gerochen hat.

Wir behaupten, es besteht eine geheime Verständigung zwischen mindestens drei Feinden Deutschlands eine Verschwörung zum Verderben der deutschen Nation, und diese drei sind Bismarck, Louis Napoleon und die italienische Regierung. Der Zweck und die Bedingungen der Verschwörung sind: Jedenfalls die Annektirung der Herzogthümer an Preußen, vielleicht auch noch anderer Theile von Norddeutschland, sodann die Herstellung einer Bundesgewalt über Deutschland in den Händen Preußens. Lahmlegung der Souveränetät der übrigen Fürsten. Die Obergewalt Preußens, gestützt auf das Possenspiel eines Schein-Parlaments. Schwächung Oesterreichs nach allen Seiten, in erster Linie Losreißung Venedigs. Frankreich erhält für seine scheinbare Neutralität das Saargebiet, die Pfalz; für thätige Mithülfe den ganzen Rhein.

Um diesen Zweck zur Ausführung zu helfen, mußten die Völker gewonnen werden. Mit dem italienischen Volke hatte man aus begreiflichen Gründen leichtes Spiel. Etwas schwieriger war die Sympathie der französischen Nation zu gewinnen, die sich gerade auf der Bahn des gewerblichen Fortschritts befand und deren Ruhmsucht eingeschlafen zu sein schien. Auch jetzt noch heuchelt der Kaiser Neutralität. Die Rolle des Vermittlers wird er sich später aufdrängen lassen. Nur zögernd und scheinbar gezwungen wird er endlich zur Einmischung schreiten. Durch sein eigenes Volk wird er sich auffordern lassen, das ihn für einen Narren erklären müßte, wenn er nicht endlich zugriffe und sich der dargebotenen Gelegenheit und der leichten Beute bemächtigte.

Am schwierigsten war die Zustimmung des deutschen Volkes zu gewinnen. Sie wird ihm nicht ganz gelingen, wenigstens in Oberdeutschland nicht. Aber einen Theil der Nation hat er für sich und einen anderen hat er verwirrt durch seinen Parlamentsvorschlag.

Die Fortschrittspartei in Preußen hat er für sich gewonnen und mit ihr den weitaus größeren Theil der preußischen Staatsangehörigen. Die Masse wird sich nicht so bald von den bisherigen Führern trennen. Dem Uebertritt des Nationalvereins in das Lager der Verschworenen steht nur noch wenig mehr im Wege.

(Schluß dieses Artikels in der Beilage.)

Hierzu ein Beiblatt.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schwrigert in Coburg.

Vierter Jahrgang.

Nr. 177.

Coburg.

Sonntag, 20 Mai 1866.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Organ der deutschen Arbeiterbildungsvereine.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorausbezahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen franklet an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und im directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterfondes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang andauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben; werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

Vereinsangelegenheiten.

An Deutschlands Gelehrte!

Unsere Zeit ist in einer großartigen Entwicklung begriffen. — In keiner Periode der Weltgeschichte haben sich die Erfindungen auf technischem, und die Entdeckungen auf wissenschaftlichem Gebiete so gedrängt, wie seit den letzten Jahrzehnten, während zu gleicher Zeit auf dem Felde des spekulativen Denkens Männer erstanden sind, welche sich kühn den ersten Philosophen der Vergangenheit an die Seite stellen können.

Dieser geistige Aufschwung hat die äußere Form unserer ganzen gesellschaftlichen Verhältnisse umgestaltet, und, auf die arbeitende Kraft der produzirenden Volksklassen gestützt, einen Verkehr geschaffen, von dessen Großartigkeit man noch zu Anfang dieses Jahrhunderts keinen Begriff haben konnte.

Eine Zeit lang schien es, als ob die Hauptträger dieser neuen Zustände, die arbeitenden Klassen, an diesem allgemeinen Aufschwung der Gewerbsthätigkeit und der geistigen Entwicklung, sowie an der großartigen Vermehrung des öffentlichen Wohlstandes, zu dessen Schöpfung sie nicht am Mindesten beigetragen, fast gar keinen Antheil haben sollten. Aber seit einigen Jahren bereitet sich, ebenso großartig in ihrem Wesen, wenn auch bescheiden in ihren Anfängen, eine Umwälzung auf socialem Gebiet vor, welche ihre Rückwirkung auf politische Verhältnisse nicht verfehlen wird. Das jetzige Zeitalter wird möglicherweise in der künftigen Geschichte als ein großer Wendepunkt in gesellschaftlicher und politischer Hinsicht erscheinen. Mehr und mehr, und immer unwiderstehlicher macht sich das Bestreben der arbeitenden, der produzirenden Klassen geltend, sich die Berechtigung zu einer, ihrer Menschenwürde angemesseneren, ihrer Wichtigkeit in der Gesellschaft würdigeren Stellung zu erkämpfen. Dieses Streben ist eine Thatsache, eine *geschichtliche Erscheinung*, welche zu leugnen Blindheit, zu beklagen Thorheit, verhindern zu wollen Wahnsinn wäre. Wir stehen, wie auf wissenschaftlichem, so auch auf staatlichem Boden mitten in einer Entwicklungskrisis und eine Bewegung unterstützt und fördert die andere.

Verschieden sind allerdings die Wege, auf denen das Gewünschte erstrebt wird; aber in Einem begegnen sich Alle: daß vor Allem der Arbeiter sich frei machen muß von den Fesseln der Unwissenheit; daß an die Stelle der willenlosen, sich blind leiten lassenden Massen ein selbstbewußtes, selbstdenkendes, geistig freies Volk treten muß. Nur dieses Volk wird die Fähigkeit, dann aber auch das Recht haben, auf eine einflußreichere sociale und politische Stellung im Staate Anspruch zu machen. Darum zeigt sich neben dem Bestreben des Volkes, am politischen Leben Antheil zu nehmen, ebenso stark dasjenige, sich die Schätze der Wissenschaft zu eigen zu machen. Die eine, wie die andere Exclusivität muß aufhören. Wie die politischen Rechte, muß auch die Wissenschaft *Gemeingut* werden.

Der deutsche Gelehrtenstand ist seit Jahren (und zu verschiedenen Zeiten der Geschichte) der Vorkämpfer auf dem Felde jeglicher Wissenschaft gewesen. Er hat den Reigen geführt, im großen Wettkampf mit Unwissenheit und Finsterniß; wäre es nicht eine schöne Aufgabe für ihn, auch hier das Beispiel zu geben, herauszutreten aus seiner Abgeschlossenheit in das Volk, und dasselbe Theil nehmen zu lassen an den Früchten seines Denkens? Das Streben des Gelehrten ist ein an und für sich uneigennütziges, der Sache gewidmetes: was kann ihm also willkommener sein, als ein möglichst großes Feld der Wirksamkeit?

Männer der Wissenschaft! Das Feld ist für Euch bereitet. Der Kern des Arbeiterstandes hat sich in Vereinen gesammelt zum gemeinschaftlichen Werke der Emancipation. Er harrt auf Euch, auf Eure helfende Hand, auf daß sie ihn in das Reich des Wissens und des Lichtes führe. Viele von Euch haben schon seit langem diesen Ruf verstanden, sind ihm gefolgt, und haben ein dankbares Feld ihrer Thätigkeit durch Vorträge und Unterrichtertheilen gefunden. Dagegen entbehren noch allzuviele Vereine jeder derartigen Hülfe. Es sind dies besonders die Vereine in kleineren Ortschaften, an denen sich wenige oder gar keine Männer aufhalten, welche zu der Aufgabe der Volksbildung Fähigkeit oder Lust haben. Diesen wäre vorzüglich zu helfen durch Herausgabe kurzer, populärer und wohlfeiler Schriften, besonders in einer Form, welche es einem auch nur theilweise gebildeten Mitglied bei einigem guten Willen möglich machen würde, als Lehrer aufzutreten. Zu dieser Hülfeleistung möchten wir Euch vor allen Dingen aufrufen, ohne dabei zu unterlassen, den Männern der Wissenschaft, welche in der Nähe solcher Vereine wohnen, die direkte Förderung ihrer Zwecke durch Vorträge und Unterricht ernstlich an's Herz zu legen.

Tretet heraus in's Volk, das Euer Wissen ehrt und an Eurem Munde hängt — arbeitet mit an dem großen Werke des allgemeinen Fortschrittes, an dem Werke der wahren Bildung, der Veredelung der Menschheit. Sei der Wirkungskreis auch noch so klein — thue Jeder in seiner Sphäre, was er kann: die Kräfte sind so zahlreich, daß dennoch Großes geschehen kann, und wer auch nur in kleinem Maßstabe wirken kann, freue sich der Genugthuung, wenigstens seinen Theil am großen Ganzen beigetragen zu haben.

Denen aber, welche schon bisher unseren Arbeitervereinen sich gewidmet haben, unseren herzlichen Dank! Ihr Wirken ist nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen, sondern in tausend einzelnen Fällen wird man die Früchte der Thätigkeit *derjenigen* erkennen, welche mitzuarbeiten sich berufen fühlten am Wohle der Menschheit.

Im Auftrage des ständigen Ausschusses des Vereinstages deutscher Arbeitervereine.
P. Staudinger, Vorsitzender.

Bericht über die Wirksamkeit des Arbeitervereins zu Hannover vom 1. Aug. 1865 bis 1. Febr. 1866.

Unser Arbeiterverein, der bedeutendste des Landes, hat sich während des verflossenen Sommers und Winters einer regen Betheiligung zu erfreuen gehabt. Nicht nur, daß die Unterrichtsstunden sich durch fleißigen Besuch gehoben haben, sondern es haben auch verschiedene Männer der Wissenschaft an geeigneten Abenden den Mitgliedern eine Reihe von wissenschaftlichen und gewerblichen Vorträgen gehalten, welche ein allgemeines Interesse hervorriefen und mit verdientem Beifall aufgenommen wurden, wofür wir den geehrten Herren zu größtem Danke verpflichtet sind. Unterricht wird ertheilt in folgenden Fächern: Rechnen, Schreiben, Buchführen, deutsche, englische und französische Sprache, Mathematik, Freihandzeichnen, Rißzeichnen, architektonisches und technisches Zeichnen, Holzschnitzen, Zuschneiden für Schneider, Turnen und Gesang, wofür ein Lehrer-Honorar von 329 Thlr. 28 Sgr. 6 Pf. für ein halbes Jahr gezahlt ist. Die Betheiligung der Mitglieder (etwa 850 durchschnittlich) an dem Leben und Wirken des Vereins, den Versammlungen,

Wahlen ꝛc. war zufriedenstellend, ebenfalls die Benutzung der ausgelegten Zeitungen und Zeitschriften. Die Bibliothek besteht aus 1797 Bänden. Außerdem sind noch verschiedene Werke dem Verein geschenkt, wofür wir allen freundlichen Gebern unsern besten Dank sagen.

Um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, sich bei Zeiten ein kleines Capital zu erübrigen, ist 1862 eine Sparkasse gegründet, bei welcher Einlagen von 5 Sgr. an angenommen werden. Der Geschäftsgang der Sparkasse vom 1. Februar 1865 bis dahin 1866 war folgender:

	Thlr.	Gr.	Pf.
Capitalbestand am 1. Febr. 1865	1117.	29.	4.
Eingelegt	2308.	6.	9.
Capitalbestand	3426.	6.	3.
Zurückgenommen	1696.	12.	1.
Cassenbestand am 1. Febr. 1866	1729.	24.	2.

Zinsen.

	Thlr.	Gr.	Pf.
Eingenommen	42.	22.	6.
Ausgezahlt	32.	9.	6.
Dividende	10.	13.	-

Alle dem Vereine durch die monatlichen Beiträge (Beitrag à Mitglied 5 Gr. 5 Pf., Eintrittsgeld 7½ Gr.) oder auf andere Weise zugehenden Gelder fließen in die Hauptcasse, deren Geldumsatz hier folgt:

Einnahme.

	Thlr.	Gr.	Pf.
Cassenbestand am 1. August 1865	348.	26.	9.
Eintrittsgeldee	116.	7.	5.
Monatliche Beiträge	659.	13.	—.
Ueberschuß von Vergnügungen	83.	17.	4.
Verfall-Cautionen, Miethe, Strafgelder ꝛc.	60.	29.	5.
Zinsen und Dividende der Sparcasse	14.	22.	2.
Geschenk von Hrn. Georg Egestorff	80.	—.	—.
Geschenk von Hrn. Hellmann	—.	10.	—.
Summa	1364.	6.	5.

Ausgabe.

	Thlr.	Gr.	Pf.
Miethe des Vereinslocals	250.	—.	—.
Für Beleuchtung und Feuerung	163.	26.	5.
Für neues Inventar ꝛc.	89.	11.	1.
Für Reparatur, Bibliothek, Zeitschriften	33.	20.	8.
Lehrer-Honorar	329.	28.	6.
Im Geschäfte (Correspondenz ꝛc.)	71.	12.	6.
Vereins-Wanderunterstützung	3.	5.	—.
An den Baufond	66.	1.	7.
An Geschenk und Druck der Statuten	60.	20.	—.
Summa	1068.	6.	3.
Cassenbestand am 1. Febr. 1866	296.	—.	2.

Sollten bei außerordentlichen Ausgaben oder sonstigen Vorkommnissen die Mittel der Hauptcasse erschöpft sein, so bietet der Vereinsreserve-Fond, zu solchem Zwecke gegründet, einstweiligen Ersatz.

	Thlr.	Gr.	Pf.
Bestand am 1. August 1865	251.	4.	—.
Zugekommene Zinsen	6.	22.	2.
Bestand am 1. Februar 1866	257.	26.	2.

Eine im Entstehen begriffene Alterversoegungscasse hat einen Cassenbestand von 1 Thlr. 25 Gr. 1 Pf.

Außerdem besteht im Vereine die im Herbst 1856 begründete Baucasse. Dieselbe hat den Zweck, durch allmälige Ansammlung eines Capitals die Mittel zum Bau eines eigenen Vereinslocals zu verschaffen. Das jetzige Vereinslocal, welches zwar seinem Zwecke vollständig entspricht, ist miethweise in Benutzung genommen, wofür vom Verein eine jährliche Miethe von 500 Thlr. (ohne die Miethe des Turnlocals) aufzubringen ist. In den Baufond fließen von den monatlichen Beiträgen 5 Pf. à Mitglied, sowie 8⅓ % des Ueberschusses von Vergnügungen und Unterhaltungen. Es ist Aussicht vorhanden, daß der Verein den obengenannten Zweck in nicht mehr ferner Zeit erreicht, wozu der Bestand der Baucasse den ersten Anfang liefern müßte.

	Thlr.	Gr.	Pf.
Bestand am 1. August 1865	1607.	3.	2.
Zugekommen von Geschenken verschiedener Mitglieder und anderer Herren, von Sammlungen, Zinsen, durch die regelmäßigen Beiträge, [illegible]-Unterhaltungen ꝛc.	123.	25.	5.
Bestand am 1. Febr. 1866	1730.	28.	7.

Der Vereinsverm[illegible]bestand war am 1. Febr. 186[illegible]

	Thlr.	Gr.	Pf.
Bibliothek und Inventar, versichert zu	3319.	—.	—.
Hauptcasse	296.	—.	2.
Baucasse	1730.	28.	7.
Reservefond *)	203.	18.	9.
Alterversorgungscasse	1.	25.	1.
	5551.	12.	9.
Bestand am 1. Aug. 1865	5490.	19.	4.
Vermehrt also um	60.	23.	5.

Außer den Unterrichtsstunden der Mitglieder ist ein besonderer Unterricht für Knaben derselben eingerichtet, welcher von über 50 Knaben besucht wird, und in welchen deutsche Sprache, Rechnen und Freihandzeichnen gelehrt wird. Die Leitung der Vereinsangelegenheiten liegt dem aus 9 Personen bestehenden Vorstande ob. Um etwaige Streitigkeiten zu schlichten, besteht ein Schieds- oder Ehrengericht, unter dem Vorsitze des Herrn Stadtsyndicus Dr. Albrecht. Die geistige Repräsentation des Vereins liegt dem aus 8 Personen bestehenden literarischen Ausschusse ob. Derselbe hat die geistige Bewegung des Vereins zu fördern, sowie den einer regen Theilnahme sich erfreuenden Fragekasten, und die literarischen Abendunterhaltungen zu leiten. Für das Vergnügen der Mitglieder sorgt das Vergnügungscomité, welches Bälle, Kränzchen, Spaziergänge u. dgl. zu arrangiren hat. Für die Richtigkeit der Bücher, Cassenführung ꝛc. ist die ständige Revisionscommission thätig. Die Gesangstunde, sowie die in der städtischen Turnhalle betriebene Turnstunde haben sich jede einer durchschnittlichen Theilnahme von ca. 80 Mitgliedern zu erfreuen. — Möge unser Verein in diesem Fortschritte verbleiben, möge er seinen hohen edlen Zweck, die Bildung auch unter den arbeitenden Classen zu verbreiten, in immer größerem Umfange zu erringen streben, möge sich Niemand scheuen, einem solchen Vereine anzugehören, um eifrig zu arbeiten an dem großen Werke seiner Ausbildung, dann wird, dann kann der Erfolg nicht ausbleiben!

Hannover, den 1. Mai 1866.

Der literarische Ausschuß.

Für den Verein:
A. Krüger, Präsident.

Hameln, 23. April. Das nächsten Sonntag bevorstehende Stiftungsfest unseres Arbeiterbildungsvereins bringt reges Leben in unsere Kreise. Von allen Seiten rüstet man sich schon, bei den stattfindenden Festlichkeiten allen Ansprüchen möglichst gerecht zu werden und unseren Gästen die vielseitigste Anregung zu bieten. Dabei drängt sich uns der Gedanke auf, wie sehr es zu beklagen ist, daß die frühere Sitte, den Verein bei solcher Gelegenheit durch Deputirte zu beschicken, nachgerade in Abgang gekommen ist. Man hat freilich dafür die Vereinstage eingeführt, wo auch Mitglieder der kleineren Vereine mit denen der größeren zusammentreffen. Doch bietet diese Einrichtung keineswegs Ersatz für die aufgegebenen. — Wer nicht in kleinen Vereinen längere Zeit gewesen ist, wird sich schwer eine Vorstellung davon machen, welchen anregenden Einfluß früher oft die Gegenwart eines redekundigen Deputirten aus einem befreundeten Vereine hervorbrachte.

Da nun jene Deputationen allmälig den veränderten Geist der Zeit zufolge außer Gebrauch gekommen sind, so liegt der Gedanke nahe, sie durch eine andere Einrichtung zu ersetzen, die richtig angewandt, noch einen weit größeren Segen stiften kann: wir meinen die von dem bewährten Arbeiterfreunde Dr. Kirchner vorgeschlagene Einrichtung der Wanderlehrer. Schon längst hatte nämlich dieser Mann, angeregt durch das Beispiel ähnlicher Wanderlehrer bei den Turnern und den landwirthschaftlichen Vereinen seinerseits es versucht, von Hildesheim aus sowohl Hannover als Braunschweig gelegentlich zu besuchen und dort allgemeine Ideen über Naturwissenschaft mitzutheilen und dadurch höheres, allgemeineres Streben anzuregen. Als diesen Winter Rudolph Benfey, der schon in den Jahren 1848 in Hannover den Arbeiterbildungsverein mitbegründen half, längere Zeit Vicepräsident dort war und jetzt noch Ehrenmitglied desselben ist, nach langem Aufenthalt auswärts dorthin zurückgekehrt, ebenfalls ähnliche Vorträge über Geschichte des Arbeiterstandes in Hildesheim hielt, und durch Kirchner angeregt, auch in Celle, Hannover, Braunschweig und hier Einzelnes daraus mittheilte, so verständigen sich, wie wir hören, jene beiden Männer in dem Plane, das was sich diesen Winter zufällig gemacht hatte, allmälig zu etwas dauernden umzuschaffen und dadurch auch den kleineren Orten in jedem Winter Freude, Genuß und Anregung zu gewähren.

Es wird nämlich beabsichtigt, eine gemeinsame Vereinigung der in einem gewissen Bezirke zusammengelegenen Vereine zu Stande zu bringen, um hierdurch einen zeitweiligen Austausch der Lehrkräfte zu bewirken. Eine Kasse u. s. w. zur Bestreitung der Reisekosten für die Lehrkräfte, wozu die einzelnen Vereine nach Verhältniß ihrer Mitgliederzahl beisteuern, sollte die Grundlage bilden, das Besuchen von Lehrern zu einzelnen Vorträgen das Ziel der Vereinigung sein. — Es liegt auf der Hand, daß eine solche Vereinigung den höchsten Nutzen gewähren kann. Denn was den Vereinen jetzt hauptsächlich noch fehlt, ist das Lebendigwerden von anregenden Kenntnissen, von schwungvollen Ideen. Lesen, Schreiben, Rechnen, mathematische und naturwissenschaftliche Kenntnisse elementarer Art sind wohl in erster Linie am nothwendigsten und werden ja auch selbst in den kleinsten Vereinen mit Nutzen gehandhabt; aber sie machen es nicht allein aus. Sollen sie tüchtig benutzt werden, so gehört auch dazu die Einsicht in den Weltlauf, den nur die Geschichte gibt und der Einblick in den Zusammenhang der Naturgesetze, wie ihm ein zusammenhängendes Naturbild allein zu bieten vermag. — Man sage nicht, das sei dem Arbeiter zu hoch. Wird es ihm nur in richtiger Weise nahe gebracht, so weiß er sehr wohl zu fassen und lebendig aufzunehmen. Und selbst wenn er auch nicht alle Einzelnheiten eines solchen Vortrages verstehen sollte, so bringt doch selbst die Ahnung des Zusammenhangs solche Begeisterung und Anregung hervor, wie sie Einzelkenntnisse nie erzeugen können. Solche anregende Vorträge sind gewissermaßen die Sonntagskost neben der Werktagsarbeit des anderen Unterrichts. Auch zeigen ja die Beispiele von großen Vereinen, wie das des Berliner Handwerkervereins und in neuerer Zeit wieder das des Hannover'schen Arbeitervereins, wie leicht der Arbeiter derartige Vorträge zu benutzen versteht. Auch waren bei der Begründung der Vereine wohl an den meisten Orten solche größere Vorträge mit beabsichtigt, erst die Reaction von 1849 nöthigte deshalb davon abzusehen, weil so viele geistvolle Kräfte sich aus Scheu vor unseren Vereinen zurückzogen. Jetzt, wo die Verhältnisse günstiger liegen, gilt es, das damals Angestrebte wieder aus der Vergessenheit hervorzusuchen, und zum dauernden Eigenthume durch passende Einrichtung umzuschaffen. — Diese Gedanken wurden auch hier vielfach besprochen, durch die Gegenwart des obenerwähnten Herrn R. Benfey angeregt. Derselbe hier am Orte beschäftigt, vor einem größeren Publikum Vorträge über Geschichte der Musik zu halten, besuchte auch mehrere Male unseren Verein und sprach dort über Göthe, dann über Lessing und schließlich über die Reformation. In allen diesen Vorträgen trat das Streben hervor, diese großen und wichtigen geschichtlichen Gesichtspunkte auch dem Arbeiterkreise recht nahe zu rücken, und zu zeigen, daß der Arbeiter nur wahrhaft frei wird, wenn er sich überall von den falschen Vorurtheilen befreie und auf den Kern der Dinge einzugehen suche.

In dem Göthe-Vortrage suchte Herr Benfey diesen für unsere Bildung so unendlich wichtigen Mann auch dem Arbeiterkreise nahe zu rücken, indem er z. B. an dessen Werk Faust zeigte, mit welchen humanen Sinn Göthe die Idee der Schuld und Sühne aufgefaßt habe. Bei Lessing zeigte er am Faden von dessen reformatorischen Ideen, wie auch der Arbeiter streben müsse, die dort angeregte Religion der Pflicht sich zu eigen zu machen. Die Vorträge über Reformation beabsichtigen endlich, über diese wichtigste That des deutschen Volkes aufzuklären und das Vorurtheil zu widerlegen, als ob die Machtlosigkeit und Theilung Deutschlands Folge der religiösen Befreiung gewesen sei. Alle diese Ideen führt Hr. Benfey mit Feuer und Wärme aus und begeisterte dadurch seine Zuhörer recht für das Festhalten an den Bestrebungen zur inneren Durchbildung und Theilnahme an den Freiheitsbewegungen dieses Jahrhunderts. Der Verein fühlt sich dem Herrn R. Benfey zum größten Dank verpflichtet, so lebendig durch ihn in die Mitte unserer Zeitbestrebungen eingeführt zu sein. Wie wir hören, hat Herr Benfey sich auch bereit erklärt, dem Wunsche des Vorstandes nachzukommen und am Stiftungsfeste die Weihrede zu halten.

Hoffentlich wird der diesjährige Besuch Benfey's nicht vereinzelt stehen bleiben, sondern in der Zwischenzeit bis zum nächsten Winter die Pläne wegen der Wanderlehrer zur That werden und der nächste Winter uns den bei uns beliebt gewordenen Mann wieder zuführen.

*) Der Bestand des Reservefonds ist ohne den in die Inventarversicherung eingeschlossenen Werth des zu demselben gehörenden Mobiliars gerechnet.

Hameln, 30. April. Gestern feierte der hiesige Arbeiterbildungsverein sein 8. Stiftungsfest, zu welchem Hr. Dr. Rudolph Benfey die Festrede übernommen hatte. Derselbe knüpfte zunächst hieran die hohe Bedeutung der amerikanischen Bewegung zur Aufhebung der Sclaverei an, fügte aber hinzu, daß trotz der Wichtigkeit jener in Amerika errungenen Erfolge, doch der wahre Sieg unserer Ideen nur in Europa und besonders in Deutschland, dem Lande der hohen Intelligenz, errungen werden könne. Von da wandte sich Herr Benfey zu den Aufgaben der Arbeiterbildungsvereine. Um diese besser beleuchten zu können, ging Herr Benfey häufig vergleichend auf die Entstehung und Ausbildung des Bürgerstandes im Mittelalter zurück. Derselbe verglich die Lage des jetzigen Fabrikarbeiters mit der des Gewerbetreibenden in den Zeiten, wo beim Beginn des Städtewesens jene Gewerbetreibende eben aus der Leibeigenschaft herausgekommen waren und deshalb sich in Zünfte zusammenschlossen zum gegenseitigen Schutz und Trutz. Es wurde hervorgehoben, daß die Zünfte des Mittelalters in der That große Vereinigungen waren, die alle Seiten des Bürgerlebens umfaßten, nicht blos die Gewerbsverhältnisse, sondern auch das sociale, politische, ja selbst die Wehrverhältnisse des Kreises, dem sie angehörten. So lange die Zunft in solcher Art der Ausdruck des Bürgerlebens gewesen sei, haben sie eine wahre geschichtliche fortschrittliche Bedeutung gehabt. In jetziger Zeit aber wäre die Zunft eine unzeitgemäße Vereinigung, die dem Wohle des Ganzen schadete. Zudem seien seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts ganz neue Arbeitsmethoden und demgemäße Arbeitseintheilungen eingetreten, in deren Folge sich der Stand der Fabrikarbeiter gebildet habe. Gerade diesem Stand aber, dem man es gewöhnlich vorwerfe, daß ihm die Bedingungen zu einer festen Sittlichkeit fehlten, könne die Anregung bilden, eine höhere und umfassendere Stufe der Sittlichkeit zu bilden, wenn der im Gewerbestande nach dem Prinzip der Familiensittlichkeit geschulte Handwerksgehülfe ihm zur Seite trete und aus beider Zusammenwirken die neue angestrebte Sittlichkeit entstände. Denn diese wäre eben keine andere als die in dem Prinzipe freien Zusammentretens wurzelnde Vereinsthätigkeit. Der Fabrikarbeiter bedürfe ihrer und der Handwerksgehülfe könne sie ihm entgegentragen helfen, wenn er die von Schulze-Delitzsch bezeichneten Wege einschlüge und dadurch den Sinn für Vereinigung lebendig weiterbilde. Hr. Benfey ging dann die verschiedenen Vereine von den Bildungsvereinen bis zu den Productiv-Associationen durch, und zeigte, daß sie sämmtlich Vorstufen wären, in denen der Arbeiter sich übe in der Tugend, mit deren Hülfe er später noch andere Associationen begründen könne. Dem politischen Theil der Frage sich zuwendend, meinte Benfey, daß das allgemeine Wahlrecht eine wichtige Forderung der deutschen Demokratie sei, daß es aber nicht isolirt anzustreben sei, sondern nur verbunden mit allen den Schutzmitteln, die der aus demselben entstandenen Versammlung auch die Macht geben, ihre Beschlüsse durchzuführen. Für den Arbeiter gelte es doch zunächst, sich die ökonomische Selbstständigkeit und die Freiheit von Vorurtheilen zu schaffen, und dazu bieten die Arbeiterbildungsvereine die beste Gelegenheit. Gelänge es ihm, sich in solcher Weise auszurüsten, so werde sicher die Zeit herankommen, wo die ganze freisinnige Partei und der Arbeiter in ihr den Sieg auch der politischen Ideen erringen würden. Indem nun Hr. Benfey schließlich zeigt, daß diese Bestrebung mit der von Lessing und Kant hervorgerufenen Religion der Pflicht zusammen hinge, schloß er mit einem Blicke auf den Segen und die Bedeutung der Arbeiter, an Schillers bekannte Worte anknüpfend: „Arbeit ist des Bürgers Zierde u. s. w." — Sodann folgte der Bericht des Vereinslehrers Hrn. Stute über die Theilnahme an dem Unterrichte in den Schulfächern. Derselbe ergab im Ganzen sehr günstige Resultate und Hr. Stute hob noch insbesondere hervor, wie anerkennenswerth es von dem Arbeiter sei, noch nach 10stündiger mühsamer Thätigkeit seine wenigen Freistunden auf die Benutzung des Unterrichts zu verwenden. Hrn. Stutes Rede fesselte sowohl durch Gediegenheit des Inhalts als auch durch die schöne Art und Weise des Vortrages. Zum Schluß sprach der Vorsitzende des Vereins, Herr Cigarrenarbeiter Meyer, noch einige tiefgefühlte Worte, worin derselbe allen Mitwirkenden den Dank des Vereins aussprach, und von dem Staate fordere, daß er mehr für die Schulbildung des Arbeiters thun möge. Gesang, der auch schon mit den Vorträgen abgewechselt hatte, schloß diesen Theil des Festes. Abends fand noch ein Ball statt, und erst früh gegen Morgen schieden die Mitglieder mit dem Gefühle, es sei wieder ein fester Ring der Einigung um den Verein geschaffen, der die Mitglieder in brüderlicher Innigkeit zusammenhalten werde.

Politischer Theil.

Politische Umschau.

Ludwigshafen, 15. Mai. Bei der am Sonntag in Frankenthal stattgehabten Volksversammlung war das von Herrn Dr. Neumayer verfaßte Manifest von zündender Wirkung. Dasselbe lautet wörtlich:

Ansprache an das deutsche Volk.

Kaum ist ein halbes Jahrhundert verflossen, seit das deutsche Volk sich aus Schmach und Erniedrigung aufraffte, das fremde Joch abwarf und das linke Rheinufer dem deutschen Vaterlande wieder zurückgab, und schon droht uns abermals die Gefahr, dieses durch die Geschichte eines Jahrtausends geheiligte Band gelöst zu sehen. Es häufen sich die Gerüchte, daß die vaterlandsverrätherische Politik einer der deutschen Regierungen nicht zurückbebe vor dem Gedanken, um Sonderinteressen willen die Integrität Deutschlands zu gefährden. Es ist sonach Grund zur bangen Sorge, es werde, sei's durch Ohnmacht als nothwendige Folge des heraufbeschworenen Bürgerkrieges, sei's gar durch Verkauf, die Erwerbung der Rheinlande von Seiten Frankreichs ermöglicht.

Wollen wir an der Entrüstung zweifeln, die das gesammte deutsche Volk erfaßt, indem es die Möglichkeit solcher Schmach durchdenkt, so würden wir uns eines schweren Vergehens gegen die Würde unserer Nation schuldig machen; allein es muß dieser Entrüstung ein energischer Ausdruck werden, um jene Politik in ihrer verbrecherischen Bahn aufzuhalten, da es noch Zeit ist. Wir hören es ja von allen Rednerbühnen herab, wir lesen es in allen Tagesblättern, daß die Ideen unserer Zeit zum Unterschiede von früheren finsteren Epochen unserer Geschichte den Verkauf von Völkern gleich einer willenlosen Waare nimmermehr gestatten und es unmöglich sei, Krieg zu führen gegen den Willen des Volkes; wohlan denn, Deutsche aller Stämme, manifestirt zu unserem Heile, daß Ihr auf der Höhe unserer Tage steht! Wir, die zunächst Bedrohten, geloben vor aller Welt, treu und tapfer die westlichen Grenzmarken unseres Vaterlandes gegen jeglichen Uebergriff wahren zu wollen, an Euch wird es sein, die Standarte des verruchten Beginnens durch Euere Stimmen in den Staub zu werfen!

Vor allen Anderen aber ergeht an Euch Preußen die ernste Mahnung, nach Euerer besseren Ueberzeugung zu wirken, nicht als ein willenloser Strom die schwanke Barke des Verraths, von einzelnen Ehrgeizigen gesteuert, nach dem Trugbilde kleindeutscher Größe hinzutragen. Die Geschichte soll einst nicht von Euch sagen können: „Sie verkauften oder gefährdeten doch die schönsten, durch Sprache, Gesittung und Geschichte an das Vaterland gefesselten Provinzen, nur um jene tapfern Bewohner der nordelbischen Herzogthümer, die durch zwei Jahrzehnte in zähem Kampfe an Deutschland festhielten, ihres guten und geheiligten Rechtes vollständig verlustig machen zu können." Die mächtige Woge Euerer Meinung vermag jenes zerbrechliche Fahrzeug abenteuernder Politik auf den Grund zu senken und solches Urtheil von Euch abzuwenden.

Die Länder rechts der Elbe und jene links des Rheins sind Außenwerke unseres Vaterlandes, Bedingungen deutscher Einheit, deutscher Größe. Schleswig-Holsteiner, so wie Ihr zum Vaterlande hieltet trotz der Zeiten Ungunst, so wollen auch wir auf immerdar unserer Pflicht eingedenk sein. Euer Beispiel gibt uns Kraft zum Handeln und Muth zu hoffen, daß das gesammte Volk zur Seite stehen werde, was immer auch die nächste Zukunft bringen möge.

Ihr aber, Rheinpreußen und Rheinhessen, Ihr Männer von Luxemburg und Limburg, schließt Euch eng zusammen zu thatkräftigem Streben, vereinigt Euere Kräfte mit den unserigen, damit in allen Schichten unseres Vaterlandes für uns gefühlt, für uns gehandelt werde! Freunde, höheren Muth, der Sieg wird unser sein!

Sollte aber dennoch der eiserne Würfel unser Geschick anders entscheiden, so mag es die Geschichte einst verkünden, daß die Bewohner des linken Rheinufers wie Ein Mann zur Sache Deutschlands hielten, daß sie sich verhaßter Fremdherrschaft nur beugten, als ihr bestes Herzblut schon geflossen war.

Kaiserslautern. Bei der Feier der 50jährigen Vereinigung mit Bayern wurden folgende Resolutionen feierlich und einstimmig angenommen:

1) Wir erklären unsere deutsche Nationalität für unveräußerlich und verdammen jede Politik, welche das linke Rheinufer einer fremden Macht preisgibt, als Verrath am deutschen Vaterlande.

2) Wir erklären als des deutschen Volkes und unserer Regierung heiligste Pflicht, im Vereine mit den bundestreuen Staaten alle Macht einzusetzen, daß der drohende, fluchwürdige Bürgerkrieg verhindert und dem Friedensstörer mit Aufbietung aller im deutschen Volke ruhenden Kraft entgegengetreten werde. Ebenso erklären wir als unabweisbare Pflicht dieser Regierungen, dahin zu wirken, daß über die Zukunft der Elbherzogthümer nur unter Wahrung des Selbstbestimmungsrechts und der nationalen Interessen Deutschlands entschieden werde.

3) Wir fordern als Gewähr einer würdigen Zukunft Deutschlands ein Parlament, ausgerüstet mit den Befugnissen, wie sie die Vertretung einer freien Nation anzusprechen berechtigt ist und eine auf gleichen Prinzipien beruhende Centralgewalt.

Die erste Resolution wurde durch den Abgeordneten Soyer aus Ludwigsburg, die zweite durch den Abgeordneten Tasel, die dritte durch den Kaufmann C. Hohle begründet. Auf die Umfrage des Vorsitzenden meldete sich dann noch Herr Kröber und wies geschichtlich nach, daß nicht allein Oesterreich, sondern auch Preußen schweres Unrecht an den Westprovinzen begangen, wie es 1795 im Baseler Separatfrieden (5. April 1795) bereits das linke Rheinufer Frankreich preisgegeben habe. Zur schleswig-holsteinischen Sache übergehend, bemerkte der Redner, daß der berüchtigte Vertrag von Gastein nur ein Fühler gewesen sei, ob die Mainlinie durchzuführen sei, jenes abscheuliche Project, welches nicht nur die Theilung des Vaterlandes, sondern auch den Landesverrath, die Abtretung der Rheinlande oder Theile derselben, bezwecke, um damit die Zustimmung Frankreichs zu gewinnen. Der Redner führte weiter aus, daß die bayerische Regierung in dieser Frage stets viel zu schwankend gewesen sei und noch sei, während sie durch die Mitwirkung der übrigen deutschen Staaten und durch ein wahrhaft liberales Programm, auf das deutsche Volk gestützt, es in der Hand habe, den beiden deutschen Großmächten ein entscheidendes Halt zuzurufen. Die trostlose Lage Deutsch-Böhmens schildernd, entrollte der Redner dann ein Bild des traurigen Helotenthums, welches der, in ihrem Zusammenhang mit dem deutschen Vaterland gefährdeten Pfalz, als einer etwaigen Provinz eines fremden Landes drohe, eines Landes und Volkes, das sich selbst so sehr vergessen habe, daß es seine Freiheit und sittliche Würde um das Linsengericht der gloire an einen meineidigen Abenteurer hingegeben habe, und knüpfte daran die Aufforderung, ihren letzten Groschen und ihren letzten Tropfen Blutes anzuwenden, auf das Beispiel der Tyroler hinweisend, die im Jahre 1809 ihre Resolutionen mit den Büchsen den Franzosen hinter die Ohren geschrieben hätten. Der mächtige Beifallssturm sagte dem Redner, daß er den Nagel auf den Kopf getroffen.

β **Berlin**, 14. Mai. Das in der gestrigen Volksversammlung gewählte Comité erläßt heute an die Urwähler Berlins folgenden, der „Fortschrittspartei" sehr unbequemen und von ihr mit Nasenrümpfen aufgenommenen, Aufruf und wird in ähnlicher Weise sich an die Urwähler in den Provinzen wenden.

Mitbürger!

Die bevorstehenden Wahlen rufen uns zur Ausübung einer ernsten und wichtigen Pflicht, zur Wahrnehmung unseres heiligsten Rechtes zusammen.

Bald werden die Urwähler einberufen werden, um neue Wahlmänner und diese sodann um neue Abgeordnete zu wählen.

Wir sollen nach den Worten des Staatsministeriums in seinem Schreiben vom 9. Mai d. J. durch die Wahl unser Urtheil sprechen, über die gegenwärtige Lage Preußens gegenüber den auswärtigen Staaten, und ebenso sollen wir, da das Abgeordnetenhaus aufgelöst ist, unser Urtheil sprechen zwischen der Staatsregierung und der vorigen Volksvertretung.

Es ist also Zeit, daß, nachdem wir uns in der gestern den 13. d. M. stattgehabten Volksversammlung über die Grundsätze geeinigt haben, nach welchen die Wahl vorzunehmen ist, — daß wir jetzt in den einzelnen Stadttheilen Versammlungen halten, damit es nicht etwa dem Zufall oder den Agitationen unserer Gegner gelingen möge, solche Wahlmänner durchzubringen, die der Meinung der Mehrzahl gar nicht entsprechen.

Mitbürger! Wir haben, was Politik und öffentliches Leben betrifft, die Kinderjahre hinter uns; es genügt nicht mehr, diesen und jenen als Wahlmann

zu empfehlen, weil er ein ordentlicher zuverlässiger Mann sei: Wir wollen wissen und müssen fragen, wie er denkt in den Punkten, die wir jetzt in Erwägung zu ziehen haben zur freiheitlichen Entwicklung unseres Staatslebens, zur Abwendung und Verhütung unpopulärer und Kabinetskriege.

Wir müssen also den Wahlmanns-Candidaten fragen: willst Du festhalten an den uns längst gewährleisteten und gegenwärtig nur durch kühne Verfassungs-Interpretationen beschränkten Rechten des Volks, vor allem an dem sogenannten Budgetrecht?

Wir müssen weiter fragen: willst Du, daß die Heereslast auf so ungeheuerer Höhe bleibe, wie solche durch die Reorganisation geschaffen worden? oder willst Du, daß die Heereslast vermindert und das Heer, um mehr und mehr zu einem Volksheere zu werden, auf die Verfassung vereidigt werde, wie dies im Jahre 1848 öfter als einmal verheißen worden?

Willst Du, daß die Minister nach der Bestimmung unserer Verfassung endlich wirklich verantwortlich für ihre Handlungen gemacht werden und daß durch Reform des obersten Gerichtshofes des Landes der Richter gefunden werde, der die Anklage auch gegen einen Minister erheben kann?

Willst Du, daß das Wahlgesetz reformirt werde? daß dasselbe dem Prinzipe der allgemeinen Gleichheit und Gleichberechtigung entsprechend umgeschaffen, und daß überhaupt alle gesetzlichen Bestimmungen, die der wirklichen Gleichberechtigung aller Preußen entgegenstehen, aufgehoben werden?

Willst Du, daß die Vertretung und Verwaltung der Gemeinden, Kreise und Provinzen endlich auf freisinnigen Grundlagen, auf der Basis der vollkommenen Selbstbestimmung und Selbstverwaltung geregelt werden?

Willst Du, daß die Presse und das Vereinsrecht von jeder Beschränkung befreit werde?

Willst Du, daß die Volksschule von den Banden, in welche sie durch die Regulative gefesselt, endlich erlöst werde?

Würdest Du dem gegenwärtigen Ministerium Geld oder Credit bewilligen, ehe der Verfassungsconflict gelöst ist? —

Theilst Du mit uns die Ueberzeugung, daß ein deutsches Parlament, gebildet durch allgemeine directe Wahlen mit gleicher und geheimer Abstimmung nach Einführung der deutschen Grundrechte, die einzige Instanz ist, durch welche die deutsche Frage gelöst werden kann?

Und hat der Wahlmanns-Candidat in unserem Sinne beantwortet, dann laßt ihn uns möglichst einstimmig wählen.

Mitbürger! Mit dieser Anweisung geht nun eifrig an's Werk. Schaut Euch um in Eurem Bezirk, wer geeignet zum Wahlmann erscheint; schreibt seinen Namen auf, verbreitet ihn von Haus zu Haus, ruft Bezirksversammlungen zusammen, damit am Tage der Wahl Eure Liste feststehe!

Macht es Jedem zur heiligen Pflicht, daß er zur Wahl erscheine! Schimpf treffe den Säumigen und Furchtsamen, denn wahrlich, es ist der größte Tag im Jahr, an welchem das preußische Volk selbst zu entscheiden hat über sein Wohl und sein Wehe!

Berlin, 14. Mai 1866.

Das in der Volksversammlung am 13. d. Mts.
ernannte Wahlcomité.
J. A.
Fritz Bandow. Wilhelm Angerstein.

Bamberg, 13. Mai. (B.-Z.) Der Ausschuß des deutschen Reformvereins unter dem Vorsitz des Frhrn. v. Lerchenfeld hat heute die nachstehenden Resolutionen, welche demnächst den verschiedenen Landesvereinen zur Behandlung vorgelegt werden sollen, einstimmig angenommen:

1) Ein Krieg zwischen deutschen Staaten ist gleich verderblich für ganz Deutschland wie für jeden einzelnen Theil. Er führt zur Einmischung des Auslandes mit allen ihren schmählichen Folgen.

2) In einem solchen Kriege wäre die Neutralität Bruch der Bundespflicht und Vaterlandsverrath.

3) Die Selbstständigkeit der Elbherzogthümer steht unter dem Schutze des Bundesrechts. Wer das Recht eines Bundesgliedes antastet oder den Frieden des Bundes stört, zwingt alle bundestreuen Staaten, sich am Kampf gegen den Friedensbrecher zu betheiligen.

4) Um in dieser Gefahr die Kraft Deutschlands zur Geltung zu bringen, müssen die Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten als eine einzige fest in sich verbundene Macht auftreten. Das deutsche Volk hat die Pflicht, ein solches Vorgehen mit aller Kraft zu unterstützen. Es wahrt dadurch am besten seine Freiheit und Wohlfahrt.

5) Die Zukunft Deutschlands wird nur dann gesichert sein, wenn die Reform der Bundesverfassung auf Grundlage der Betheiligung einer Volksvertretung an Leitung der Bundesangelegenheiten in's Leben tritt.

Berlin, 14. Mai. In dem Ausschusse des Nationalvereins hat sich das Großpreußenthum so festgelagert, daß auch der Sturm des deutschen Bruderkrieges nichts daran losrüttelt. Die Herren Unruh und Gen. enthüllen sich als Schirmherren der Februar-Forderungen; sie machen den Schleswig-Holsteinern Vorwürfe, nicht der Politik Bismarck; sie wehren sich gegen eine Erledigung der schleswig-holsteinischen Sache auf dem Boden des Bundes und Landesrechtes; sie wollen diese Erledigung vorbehalten wissen dem deutschen Parlamente Bismarcks; sie haben beschlossen, sich für den Frieden zu erklären, aber bei Leibe nicht gegen den Friedensbrecher. Das ist das Resultat von gestern; den Wortlaut der Erklärung sollte heute eine Subkommission vorlegen. Entspricht sie den oben gegebenen verläßlichen Angaben, so ist der politische Bankerott fertig. Daß Hoverbeck und Jacoby nicht anwesend sind, muß Ehren halber ausdrücklich bemerkt werden. Sachsen ist gar nicht vertreten, was sehr auffällt. Die Nachrichten aus den Provinzen stehen mit diesem kläglichen Doctrinarismus in erfreulichem Gegensatze. In Köln geht wieder Classen-Kappelmann voran; am Rhein hat man die Gefahr der napoleonischen Allianz am ersten herausgefühlt und wehrt sich am stärksten. Die Berufung ans Land in Form der Auflösung des Hauses der Abgeordneten fangen auch jetzt die großpreußischen Organe an als Schwindel zu durchschauen. Wie sich die Zeiten ändern! In der Zeit, wo die Annexion noch nicht die offene Parole war — es wird bald ein Jahr — da schrieb die Neue Preußische Zeitung folgende interessante Worte: „Sündlicher Eigennutz muß fern bleiben, Preußen darf nicht Deutsch-Piemont werden; sein hoher und heiliger Beruf verbietet es ihm. Erst den König Victor Emanuel überschütten mit tugendhafter Entrüstung und dann schmunzelnd in seine Fußtapfen treten und nach Beute sich umsehen, das ist eine Heuchelei, der jeder rechtschaffene Konservative, jeder ehrliche Preuße sich schämen soll. Es wäre dies aber auch eine kurzsichtige, für Preußen grundverderbliche Politik. Es wäre der Weg zum Bruche mit Oesterreich — i — und zur Zerstörung des Vertrauens, dessen Preußen für seine legitime Macht in Deutschland bedarf. Es wäre Erwerb eines verhältnißmäßig geringen Vortheils gegen Verlust eines weiten herrlichen Machtgebiets, dessen Preußen bedarf, wenn es seine jugendlichen Kräfte entfaltet. Vergessen wir nicht was 1806 geschehen ist, als Preußen von Napoleon Hannover angenommen hatte." —

Erlangen, 14. Die Wochenschrift der Fortschrittspartei in Bayern bemerkt u. a.: Das preußische Volk läßt heute wie bisher den Dingen ihren Lauf, und es ist Niemand da, der es aufrüttelt, antreibt, ihm die Aufgabe klar macht, die Losung gibt. Die schwächlichen Anfänge einer Opposition gegen die Bismarck'sche Kriegspolitik, statt zu einer mächtigen unwiderstehlichen Bewegung anzuschwellen, sind über Nacht wieder muthherzig in sich selbst zusammengesunken. Einige der einflußreichsten, liberalen und unzweifelhaft friedlich gesinnten Zeitungen sind sogar gedanken- oder gewissenlos genug, das Feuer zu schüren, indem sie die Annexion als die unumgängliche Bedingung der Erhaltung des Friedens anerkennen. Das Beispiel eines großen Volkes, das sich von einer tief verhaßten Regierung in einen so unvernünftigen, so allgemein verabscheuten Krieg schleppen läßt, wie derjenige, welcher uns bevorsteht, dieses Beispiel ist neu in der Geschichte der Welt. Wehe Allen, die durch Thun oder Lassen Mitschuld daran haben!

Darmstadt, 14. Mai. Der gestern unter dem Vorsitz von Dr. C. Büchner hier stattgefundene Arbeitertag des Maingauverbandes beschloß u. A. die Berathung einer Eingabe an die Regierung wegen Einführung gegenseitiger Gewerbefreiheit und Freizügigkeit in sämmtlichen Staaten Süddeutschlands, woran sich die Besprechung anderer wirthschaftlicher Fragen reihte. Den Schluß der Verhandlungen bildete die Besprechung der politischen Lage, in Bezug auf welche folgende Resolutionen gefaßt wurden:

Die am 13. Mai in Darmstadt versammelt gewesenen Arbeiter des Maingau's erklären mit Bezug auf die gegenwärtige politische Sachlage:

1) daß jede (!) Aenderung in der bisherigen unerträglichen politischen Lage Deutschlands ihren Beifall hat;

2) daß sie zur Rettung des Vaterlandes eine aus allgemeinen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung und unbeschränkter Wählbarkeit hervorgegangene Volksvertretung für Gesammtdeutschland, sowie eine sofortige Wiederherstellung der deutschen Grundrechte und allgemeine Volksbewaffnung für dringend nothwendig erachten;

3) daß alle deutschen Arbeiter die heilige Pflicht haben, in diese Volksvertretung nur entschiedene Volksmänner zu wählen, welche nicht blos für politische, sondern auch für sociale oder gesellschaftliche Befreiung zu wirken entschlossen sind;

4) daß jeder Versuch einer Abtretung deutschen Landes an Fremde an dem Widerstand der gesammten Nation scheitern muß.

Coburg, 18. Mai. Dem „Schwäb. Merk." wird über die verschiedenartigen Rüstungen in Europa sehr zutreffend aus Wien, 9. d., geschrieben: „Vor einigen Tagen soll nun auch die italienische Regierung in Paris die Anzeige gemacht haben, daß sie sich verpflichte, nicht angriffsweise gegen Oesterreich vorzugehen, daß ihre Rüstungen nur Vertheidigung zum Zweck hätten. So rüsten denn jetzt Oesterreich, Preußen und die deutschen Mittelstaaten nur zu ihrer Vertheidigung, ebenso Italien und neuerdings auch Frankreich nur zu ihrer Vertheidigung. Inzwischen schiebt die Pforte eine starke Armee an die Gränze der Donaufürstenthümer vor; die Rumänen erklären, sie mit aller ihnen zu Gebote stehenden Macht zurückwerfen zu wollen. Die Russen schieben bedeutende Truppenmassen, die im kriegsbereiten Zustand sind, nach dem Pruth vor; und zum Ueberflusse erklärt der amerikanische Gesandte in Wien, Hr. Motley, daß eine fernere Absendung österreichischer Freischaaren nach Mexico von Amerika nicht geduldet werden würde, worauf Oesterreich geantwortet hat, daß der Staat Oesterreich mit diesen Freischaaren, wie überhaupt mit der Vertheidigung des Kaiserreichs Mexico, nichts zu thun habe. Es habe nur Werbungen gestattet, Amerika möge mit den Angeworbenen thun, was es wolle. So zieht man denn auf allen Seiten die Schwerter aus der Scheide und rüstet sich mit aller Macht — Jeder zu seiner Vertheidigung. Welch' friedliebende Welt!" —

Coburg, 16. Mai. In ihrer Beilage zu Nr. 610 (12. Mai) veröffentlicht die „N. Fr. Pr." folgende Zuschrift: „Herr Redacteur! Ist es nicht wahrscheinlich, daß Napoleon die Zeit für gekommen erachtet, um, nachdem ihm die Machtstärkung der lateinischen Race auf dem amerikanischen Festlande nicht gelungen ist, den Versuch zu machen, dieselbe in Europa erstarken zu lassen und sie mehr und mehr zu vereinigen? Es ist bekanntlich ein Lieblingsgedanke Napoleons, die lateinischen Völkerschaften und Elemente mehr und mehr zu vereinigen, um den germanischen, anglosächsischen Völkerschaften die Weltherrschaft streitig zu machen. Der berühmte Brief an General Forey in Mexiko gibt einen wichtigen Fingerzeig. Würden die Deutschen sich selbst gegenseitig todtschlagen, so wäre Napoleons Spiel leicht gewonnen; Nichts könnte verhindern, daß die lateinische Race wenigstens in Europa für immer die Oberherrschaft erlangte. — Napoleon ist ein trauter Freund Bismark's, und da Letzterer ein gewaltthätiger und außerordentlich kühner Politiker ist, bei dem germanische Interessen nichts bedeuten, wenn sie, nach seinen Begriffen, mit den specifisch preußischen in Conflikt kommen, so konnte sich der Beherrscher der Franzosen kein besseres Werkzeug wünschen als diesen Bismarck, um die Germanen todtzuschlagen. — Wird das deutsche Volk Selbstmord begehen, wird es mit der tödtlichen Waffe in den eigenen Eingeweiden wühlen, oder wird es sich wie „Ein Mann" gegen diese scheußliche Politik empören und dem drohenden Brudermorde ein „Halt"! gebieten. Wien, 10. Mai 1866. Ein Amerikaner."

— In den Mittel- und Kleinstaaten darf man sich der Erkenntniß nicht verschließen, daß eine entschiedene Politik zugleich die größte und beste Sicherheit gewährt. Dies wissen die Großpreußen recht wohl und darum entwickeln sie gerade in diesen Tagen die äußersten Anstrengungen, um die norddeutschen Kleinstaaten zur Unterwerfung unter die preußische Führung zu drängen, die süddeutschen aber mit dem Köder einer völlig unhaltbaren Neutralität für die Bismarck'schen Pläne unschädlich zu machen und einer etwas späteren Mediatisirung und — einem neuen Rheinbunde entgegen zu treiben. Insbesondere ist es an der badischen Volksvertretung, sich nicht irre führen zu lassen. Herr Hofrath Bluntschli ist in der badischen ersten Kammer bereits für die von Bismarck nach Lage der

Sache gewünschte Neutralität offen aufgetreten. Gleichzeitig verlautet, daß die Ministerberathungen zu Bamberg zu einmüthigen Beschlüssen nicht geführt haben.

Aus **Preußen** kommen düstere Nachrichten über die Stimmung nicht nur im Publikum, sondern auch in der Armee. Nur der Kasernensoldat ist es, den die Aussicht auf Abenteuer und Beförderung kriegslustig stimmt. Die Landwehr ist gereizt und erbittert, daß sie Haus, Beruf und Familie verlassen soll, um auf dem Schlachtfelde einer heillosen Politik geopfert zu werden. Diese Stimmung hat sich an mehreren Orten bereits durch offene Aufsässigkeit kund gethan. Aehnlich ist es bei der Arbeiterbevölkerung. Die Noth ist ungeheuer. Alle Geschäfte stocken, die Fabriken feiern. Die Leute kommen zu dem Bewußtsein, wen sie für ihren Hunger verantwortlich machen sollen. Es wäre nicht zu verwundern, wenn die Gerüchte von einem ernstlichen Aufruhr in Berlin sich endlich bewahrheiten würden.

London, 13. Mai. Der heutige „Observer“ enthält folgenden Brief: „Mit blutendem Herzen und von Schmerz gebeugt, lege ich die Ruhmespalme des Märtyrerthums auf das Grab dessen, der seiner Mutter Stolz und Freude war, und den ich stets als meinen wahren Sohn betrachten werde. Eine edlere, liebewärmere Natur als die seinige, wäre es unmöglich sich zu denken. Die Liebe zum Vaterland und zur Freiheit riß ihn hin, sich selbst zu opfern, um seinem Volke das Elend eines nichtswürdigen Krieges zu ersparen. Sein Herz war voller Hingebung, voll Kindestreue und inniger Zuneigung, voll von den edelmüthigsten Bestrebungen. Wenn Andere ihn tadeln, von mir, zu dem er als zu einem Vater hinsah, soll Keiner je sagen können, ich ließ einen Makel auf ihn werfen, dessen Eingebungen die seelenreinsten waren, und der in muthvoller Aufopferung — wenn auch unter dem tiefsten Schmerz meiner trostlosen Frau, meiner selbst und meiner Familie — sein junges, viel versprechendes Leben für die Wohlfahrt seines Vaterlandes dahingegeben hat.

10. Mai. **Carl Blind.**

Leipzig, 14. Mai. Ueber die letzte Volksversammlung hat die hiesige nationalvereinlich-gothaische Presse (deutsche Allgemeine und Mitteldeutsche Volkszeitung) eine saubere Taktik beobachtet. Da die Stimmung in jener Versammlung eine solche war, die man nur als eine sehr ungünstige für die Männer von der preußischen Spitze bezeichnen kann, so hat man sich dadurch zu revangiren gesucht, daß man die größten Lügenberichte über den Verlauf der Versammlung in die Welt schickte.

Namentlich hat man sich alle Mühe gegeben, das für jeden ehrlichen Menschen zweifellose Resultat der Abstimmung als ein zweifelhaftes, ja sogar, in einem △ Bericht der Mitteldeutschen Volkszeitung, als ein den Veranstaltern der Versammlung ungünstiges zu bezeichnen. Ebenso hat der oben gekennzeichnete Bericht, als dessen Verfasser der Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Joseph allgemein genannt wird, die durch den Arbeiter Müller hervorgerufene Störung in der elendesten Weise zum Nachtheil der Einberufer der Versammlung auszubeuten gesucht. Dasselbe Thema wird in einem zweiten Bericht unter demselben Correspondenzzeichen in der heutigen Nummer in ekelerregender Weise weiter ausgesponnen.

Aehnliche Unwahrheiten enthalten zwei —x-Berichte in demselben Blatte, deren Verfasser der Redakteur der ehemaligen „deutschen Arbeiterzeitung“ Badewitz sein soll. In dem zweiten dieser Berichte wird besonders Liebknecht angegriffen und als früherer Bismarck'scher Soldschreiber verdächtigt. Derselbe weist diese Verdächtigung in einer Erklärung zurück, die auch für weitere Kreise von Interesse ist und die wir deshalb hier folgen lassen:

Erklärung.

Dem —x-Berichterstatter über die Obeonversammlung vom 8. d. (in Nr. 108 der „Mitteldeutschen Volks-Ztg.“) hier folgendes Thatsächliche zur Abfertigung:

1) Ich wurde im Sommer 1862, also ehe Jemand an ein Ministerium Bismarck dachte, in die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ berufen.
2) Ich habe für die „N. A. Z.“ nie eine Zeile über innere Politik geschrieben, und nie eine Zeile, für die ich nicht jederzeit die volle Verantwortlichkeit auf mich nehme.
3) Ich kündigte Herrn Braß Weihnachten 1862, weil er mittlerweile in die bekannten Beziehungen zum Ministerium eingetreten war.

Daß die „N. A. Z.“ nicht von Anfang an unter der schwarz-weißen Flagge segelte, erhellt schon aus dem Umstande, daß Herr Braß damals von den Gothaern allgemein für einen Soldschreiber der österreichischen Regierung ausgegeben wurde, — ein Umstand, der mich um so weniger beirren konnte, als ich bereits aus langjähriger Erfahrung wußte, daß die Schwarz-Weißen, unfähig sich zum Gedanken des Deutschthums emporzuschwingen, Jeden, der die Segnungen der preußischen Spitze nicht begreift, zu einem Schwarz-Gelben zu stempeln pflegen. Gegen die Verdächtigung, ich habe auf der letzten Volksversammlung im österreichischen Sinn gesprochen, appellire ich an meine fünftausend Zuhörer.

Den 12. Mai 1866. W. Liebknecht.
Baierische Straße 10.

Nicht minder wie die Mitteld. Volkszeitung hatte es die Deutsche Allgemeine Zeitung versucht, das Publikum irre zu führen. Ganz dieselben Lügen und Verdrehungen finden wir auch hier ausgesprochen, so daß man fast glauben könnte, der Verfasser der △ Artikel der Mitteld. Volkszeitung habe auch hier seine Hand im Spiele, wenn die Vermuthung einer Verabredung nicht näher läge. Es gibt nämlich hier Leute, die mit der größten Bestimmtheit behaupten, der Redaktion der Deutschen Allg. Ztg. sei von ihrem Referenten ein unparteiischer Bericht übersandt worden, erstere habe es aber für gut befunden, ihn in einem großen Theile zu fälschen.

Dieses Alles ist Veranlassung gewesen, daß heute, 18 Besucher der Volksversammlung an der Spitze, Bebel und Liebknecht im Leipziger Tagblatt erklären, jene Berichte seien schamlos entstellte und enthielten Lügen. Das Beste bei der ganzen Sache ist nur, daß durch eine solche Haltung der Presse auch die Vertrauensseligsten einsehen, mit wem sie es zu thun haben. In der Giesecke-Devrient'schen Officin hat man vorigen Sonnabend die Mitteld. Volkszeitung feierlichst verbrannt und zugleich beschlossen, dieselbe abzuschaffen. Das sind Thaten, die lauter reden als Worte. —

Um von der gegenwärtigen Lage zu reden, kann ich Ihnen mittheilen, daß die Stimmung hier eine so gedrückte ist, wie überall im Vaterlande.

Die Geschäfte liegen vollständig darnieder, dabei steigt die Geldcalamität von Tag zu Tag. Die Geschäftswelt ist in großen Schrecken gesetzt durch Fallissemente, die in bedeutender Zahl nach den neuesten Nachrichten in England vorgekommen sein sollen. Trauriger noch sieht's bei den Arbeitern aus. Ein großer Theil der Bauarbeiter ist entlassen, ebenso haben mehrere Maschinenfabriken ihr Personal bedeutend reduzirt. Noch größere Entlassungen stehen zu Ende dieser Woche in Aussicht. Dazu kommt, daß eine große Anzahl Männer ihre Familien haben verlassen müssen und in's Militär eintreten, um, wie der König von Preußen gesagt haben soll, „das Vaterland zu schützen.“ (Erbärmliche Ironie). Bei der Nähe der preußischen Grenze ist es natürlich, daß sehr viele Preußen hier als Arbeiter in den verschiedensten Branchen ihr Unterkommen gefunden haben. Sehr viele von diesen haben Familie. Bei ihrer Einberufung haben sie dieselben natürlich zurücklassen müssen, und nun kommen bereits die Ortsbehörden und wollen sie sich vom Halse schaffen, damit sie nicht der Gemeinde zur Last fallen. Wo soll das hinaus und was soll das werden? Sind alle preußischen Landwehrmänner so willig gegangen, und es scheint fast so, wie die hier anwesenden, dann wird's mit der Bismarck'schen Annexionspolitik nichts, dann darf er sich mehr vor den eignen Leuten in Acht nehmen als vor den Oesterreichern und deutschen Bundestruppen zusammengenommen. Das ist in dieser Zeit nicht der kleinste Trost.

Wie die großpreußische Annexionspolitik zur Zerreißung Deutschlands dem deutschen Volke mundgerecht gemacht wird.

(Aus dem „Coburger Tagblatt“.)

II.

Es ist neulich eine s. g. „norddeutsche Correspondenz“ in den Blättern mehrfach erwähnt worden, in welcher auf die unverschämteste und frechste Weise für die Annexion geworben wurde. Diese Correspondenz scheint wieder eingegangen zu sein. Aber das Geschäft wird unter anderer Firma fortgesetzt, als Flugblätter, unter dem Titel „Stimmen aus Norddeutschland.“ Uns liegt ein solches vor, in welchem unter Benützung von Stichworten, wie „Parlamentsheer“, „Rheinbündelei“, „Verhütung des Bürgerkriegs“ und dergleichen, die Aufgabe des „deutschen Parlaments“ dem Volk zu entwickeln gesucht wird. Es ist darin ganz offen, die **Mainlinie** und zu diesem Behuf die Mediatisirung sämmtlicher Mittel- und Kleinstaaten, wozu der neulich erwähnte Vertrag Bismarcks mit Frankreich die Garantie des Auslands schaffen soll, in frivolster Weise gepredigt. Nachstehend das Machwerk der Bismarck'schen Preßknechte:

„Die Aufgabe des „Deutschen Parlaments“

„Wenn es denn also Ernst gemeint sein soll mit dem deutschen Parlament, so muß man sich wohl bequemen, die Sache ernsthaft in's Auge zu fassen.

„Die Forderung Preußens, daß die Abgeordneten zum „Deutschen Parlament“ durch allgemeine, directe Wahlen ernannt werden sollen, möge als Versicherung dienen, daß wir es mit keinem Scheinparlament (wirklich? D. Red.) zu thun haben werden, sondern daß die Beschlüsse desselben bindend sein sollen.

„Gut! Dazu bedarf es vor Allem der Macht. Es ist daher unumgänglich nothwendig, daß man sofort dem Parlamente eine Armee als Executor seiner Beschlüsse gegen etwaige Renitenten zur Verfügung stellt.[1]) Man appellirt an die Nation, folglich muß diesem Gerichtshof auch eine Executive zur Seite stehen, denn mit einem Gerichtshof „vereinbart“ man nicht.

„Also erstens: ein Parlamentsheer, das den Fahneneid[2]) zu leisten hat.

„Soll Deutschland wirklich reorganisirt werden, so müssen die Klein- und Mittelstaaten von der Karte verschwinden, falls das Parlament dies pr. majora beschließt. Denn man darf sich nicht der Gefahr der Rheinbündelei[3]) rc. aussetzen. Man hat zu bittere Erfahrungen in dieser Hinsicht unter Napoleon I. gemacht. Bloße „Militärconventionen“ genügen nicht. Der Soldat kann nicht zweien Herren dienen. —

„Es muß daher, wie 1815, zu einer Mediatisirung gegen Entschädigung geschritten werden. Die Klein- und Mittelstaaten müssen auf ihre politische Selbstständigkeit, die sich nicht selbst schützen kann, verzichten.

„Es ist thöricht von „Stammeseigenthümlichkeiten“ zu reden. Wer nur einmal Frankreich durchreist ist, auch ohne der Sprache mächtig zu sein, wird zwischen dem Elsasser und dem Bretagner, zwischen dem Lothringer und dem Provençalen, zwischen dem Picarden und dem Lyonesen rc. eine größere „Stammesverschiedenheit“ gefunden haben, als zwischen dem Berliner und Wiener, dem Holsteiner und Sachsen, dem Mecklenburger und Bayer rc. Aber jeder Franzose ist erst Franzose und dann Provençale rc.

„Eine Militärconvention kann daher nur zwischen den Großmächten geschlossen werden. Oesterreich vertheidigt zur See die Adria, Preußen die Gewässer des Nordens. Die „strategische“ Linie der Convention ist die **Mainlinie** und die „Stammeseigenthümlichkeit“ der einzelnen Länder kann nur noch so weit respectirt werden, als man ihnen eine gewisse provinzielle Selbstständigkeit gestattet.

„Unklug wäre es, wenn sich Preußen und Oesterreich um Deutschland einander erwürgten. Wir haben 1813 und 1814 die Hülfe der Kosacken, Baschkiren, Kalmücken und Tartaren gegen die französische Usurpation nicht verschmäht und sehen keinen Grund, weshalb wir die Kräfte der Magyaren, Böhmen u. s. w. verschmähen sollten, welche einem Monarchen gehorchen, der ein Deutscher ist.

„Die **Mainlinie** drängt sich als ein Gebot der Nothwendigkeit von selbst auf und das Parlament führt entweder zum Bürgerkrieg oder — zur Mediatisirung.

„Der Patriotismus der Fürsten, wie die Kraft des nach deutscher Einheit ringenden Volkes wird sich erproben müssen.

„Unter dieser Voraussetzung kann man sich das „Deutsche Parlament“ gefallen lassen. Soll es weniger leisten, so ist es ein Spielball der Eitelkeit. Das Parlament muß Macht nach Außen, Frieden im Innern und — — Waffenstillstand der Rivalitäten zwischen Preußen und Oesterreich schaffen. — Möge dies das Programm sein, auf

---

[1]) Mit dem plumpsten Jesuitismus wird hier die Parole „Parlamentsheer“ vertaschenspielt mit einem Heer, dessen Zweck und Aufgabe ganz offenbar gegen das Parlament und gegen die „Renitenten“ im Parlament und gegen deren Anhänger gerichtet ist.

[2]) Natürlich für Wilhelm den „Eroberer.“

[3]) „Rheinbündelei ist es nämlich, wenn im deutschen Volke sich ein Widerstand gegen das Bündniß Preußens und Frankreichs erheben sollte, durch welches Preußen einen Theil von Deutschland an Frankreich preisgibt!

welches hin die Nation, die erst eine Nation zu werden hat, ihre Vertreter wählt."

So die „Stimme aus Norddeutschland." Diese Probe, wie Preußens Preßknechte den „deutschen Beruf" Preußens auffassen, mag einstweilen genügen.

Socialer Theil.

Aus der Mappe eines Anwalts.

Illustrationen zur Gesetzgebung eines deutschen Kleinstaates.

I.

Ein Coburgischer Leidensgenosse des Schneidergesellen Leidemit.

Exempla docent, Beispiele lehren, ist ein altes lateinisches Sprichwort, dessen Richtigkeit sich namentlich in Fragen der Gesetzgebung bewährt, sobald man die Bestimmungen des letzteren mit dem practischen Leben vergleicht. Es ist in diesen Blättern oft über die Mangelhaftigkeit der Bestimmungen der hier zu Lande bestehenden Gemeinde- und Heimathsverhältnisse und was damit zusammen hängt, gesprochen worden, deren seit fast einem halben Jahrhundert verfassungsmäßig zugesicherte gesetzliche Ordnung bis daher immer verschoben geblieben, jetzt endlich in Aussicht steht. Das Nachstehende ist eine aus dem practischen Leben gegriffene Illustration zu den zur Zeit hier noch bestehenden Bestimmungen über die Aufnahme in einen Gemeindeverband und über die Heimathsgehöeigkeit. Zur Aufnahme in eine Gemeinde gehöet hiernach: 1) guter Leumund, 2) gesicherter Nahrungsstand, 3) Wohnungsnachweis im Orte selbst auf wenigstens 6 Jahre. Hunderte von Beispielen könnten angeführt werden, wie diese Bestimmnngen Anwendung gefunden haben, die Verehelichung und Niederlassung thätiger, gewerbfleißiger Leute zu verhindern, im Widerspruch mit allen Grundsätzen einer gesunden Volkswirthschaft, — weil, bei dem gleichzeitigen Mangel der Freizügigkeit andererseits den Gemeinden allein die Last obliegt, sne ihre Angehörigen, die gesetzlich verhindert sind, anderwärts zu Begründung besserer Existenz sich niederzulassen, und in Folge dessen verarmen, Quartier und Unterhalt zu schaffen. Die nachstehende Eingabe giebt eine aus dem practischen Leben gegriffene Illustration der durch diese Bestimmungen hervoegerufenen Zustände, die man versucht wäre, für Dichtung zu halten, wenn es nicht die einfache Darstellung von Thatsachen wäre, die lediglich aus den Acten entnommen sind. Wir lassen dieselbe in unverändertem Wortlaut folgen und nur die Ausfüllung der Namen weg.

„Der Ehirueg L. hat in G. im Jahr 1853 von der Wittwe S. gegen baare Zahlung eine sog. Badergerechtigkeit erworben, wogegen von der dortigen Gemeinde damals eine Einwendung nicht erhoben worden ist, da rc. L. Rückaufnahmeschein und Heimathschein von der Gemeinde W. a. F. gleichzeitig beigebracht hatte. Von da an bis 1860, also bereits 7 Jahre, hatte L. Quartier in G. gefunden. 1860 bewarb er sich nun auch um die Aufnahme in den Gemeindeveeband zu G. Dieses Gesuch aber wurde von der Gemeinde abgewiesen, weil L. kein Vermögen habe, um sich ein Quartier erwerben zu können, auch sonst kein Quartier auf die gesetzliche Dauer von 6 Jahren in G. nachweisen könne. L. berief sich dagegen darauf, daß er die von ihm erkaufte Badergerechtigkeit baar bezahlt habe, daß diese nach damaligem Stand 600 fl. werth sei, daß er seine Familie ausreichend ernähre, daß er abee allerdings ein anderes Quartier zur Zeit nicht nachzuweisen vermöge, als das von der Gemeinde G. verkaufte Badehaus, worauf die Bade- nnd Barbiergerechtigkeit ruhte.

„Um seine Aufnahme unmöglich zn machen, war dem L. nämlich bei dem Oekonom B. dort die ihm bis dahin vermiethete Wohnung gekündigt worden und die anderen Einwohner hatten ihm die Vermiethnng eines Quartiers abgelehnt, ja es soll denjenigen, welche ihm Quartier geben würden, vom Gemeindeausschuß sogar mit Geldstrafen gedroht worden sein. Es datirte dies Alles vom Augenblick seines Gesuchs um Aufnahme in das Gemeinderecht und wurde so die Familie L. sogar ½ Jahr lang selbst in der rauhen Jahreszeit genöthigt, ihre Zelte in einem Stadel aufzuschlagen, welcher derselben von einem barmherzigen Bauer eingeräumt, dann aber ebenfalls gekündigt wurde. Es ist dies, beiläufig bemerkt, ganz die ähnliche Manipulation, welche z. B. auch in der Gemeinde N. gegen den Schneider W. in neuester Zeit wieder in Anwendung gebracht worden ist. Gegen den Leumund des rc. L. hatte die Gemeinde keine Einwendung, ertheilte ihm vielmehr groses Lob, berief sich aber auf die Thatsache, daß er eine zahlreiche Familie habe, (worin implicite die Consequenz liegt, daß ihm folglich Unterkommen und Nahrungsstand um so mehr erschwert werden muß!)

„Die abweisende Entschließung der Gemeinde G. wurde hierauf landrathamtlich bestätigt. Unter dem 21. August 1860 wurde vom Herzogl. Staatsministerium die abweisende Entschließung der Gemeinde G., jedoch nur aus dem Grund bestätigt, weil L. ein Quartier nicht nachweisen könne, folglich das dritte hierher bezügliche gesetzliche Erforderniß fehle, während die beiden anderen, guter Leumnnd nnd gesicherter Nahrungsstand, ausdrücklich als erbracht angesehen wurden. Die Thatsache, daß L. bis zu seinem Gesuch bereits sieben Jahre, also bereits über die gesetzliche Zeit hinaus, im Ort Quartier gehabt hatte, während die gesetzliche Vorschrift nur auf Nachweis eines Quartiers auf 6 Jahre von der ersten Niederlassnng an lautet, und daß auffallender Weise L. gerade nur von dem Augenblick an kein Quartier mehr gefunden hat, als er in den Gemeindeverband aufgenommen werden wollte, war dabei nicht in Betracht gekommen.

„Im Jahre 1861 erwarb nnn der Chirnrg L. einen Bauplatz in derselben Gemeinde G., um durch Erbauung eines Häuschens dem desiderirten Erforderniß des Wohnungsnachweises für seine Aufnahme in die Gemeinde zu entsprechen. Allein nun peotestirte die Gemeinde G. gegen die Zuschreibung dieses Grundbesitzes und verweigerte die von Herzogl. Landrathsamt für erforderlich erklärte Zustimmung zu dem von L. eingereichten Bauplan, lediglich aus dem Grunde, weil der Gemeindeausschuß den L. nicht in den Gemeindeverband aufnehmen wollte und gegen seine Aufnahme weiter keinen Grund mehr vorzubringen hatte, als daß L. eben keine Wohnung habe!

Auf desfallsige Vorstellung des L. vom 10. Juni 1861 wurde die Gemeinde G. angewiesen, ihre Einwendungen gegen die Aufnahme des L., resp. gegen die Ausführung seines Bauvorhabens, vorzubringen.

Die Gemeinde brachte nun zunächst gegen seine Aufnahme vor:

1) daß er schon ein Heimathsrecht in W. a. F. habe nnd er kein zweites brauche, (obschon er die Baderpraxis in G. und nicht in W. hat);
2) daß es in G. an Quartieren fehle (und folglich bedenklich ist, wenn L. sich selbst eine Wohnung baut nnd so die Quartiere dort vermehrt);
3) daß es nur „Charaktersache" von L. sei, die Aufnahme in G. zu erzwingen. Zugleich wuede der im Jahre 1860 (10. Juli) von demselben Gemeindeausschuß als tadelsfrei und sogar lobenswerth bezeichnete Leumund des rc. L. von eben diesem Gemeindeausschuß nunmehr (unter dem 2. Juli 1861) als schon seit „mehreren Jahren" tadelnswerth beanstandet!

Sodann wendete der Gemeindeausschuß gegen den Hausbau des rc. L. ein:

1) daß L. kein Vermögen zur Ausführung habe,
2) daß der Bauplatz „außerhalb des Dorfes" liege,
3) daß auch dieses Bauvorhaben des L. nur ebenfalls „Charaktersache" desselben sei und der Gemeinde keine Garantie biete, daß er nicht einmal derselben zur Last falle; (obschon bereits in der Ministerialentscheidung vom 21. August 1860 der Nahrungsstand des L. als gesichert angenommen wurde.)

„Unter dem 25. Juli 1861 entschied das Herzogl. Landrathsamt dahin, daß dem L. zur Zeit nnd bis er das ihm nach dieser Motivirung verweigerte Heimathsrecht in der Gemeinde G. erlangt habe, der Bau eines Wohnhauses dortselbst gegen den Willen der Gemeinde nicht gestattet werden könne, da derselbe im Jahre 1859 wegen Amtsehreenkränkung, 1860 wegen Anmaßung ärztlicher Befugnisse nnd 1860 dessen Ehefrau ebenfalls wegen Amtsehrenkränkung bereits bestraft worden seien, der Leumund also nicht mehr ungetrübt sei, nnd L. überdies für seine Ehefrau, mit Berufung auf seinen geeingen Verdienst, um eine Leseholzmarke nachgesucht habe.

„L. wendete dagegen Recurs ein, berief sich darauf, daß die Erschwerung seiner Niederlassung und seines Hausbaues ihm schon so viel Zeit und Geld gekostet habe, daß er dadurch freilich vorübergehend in Verlegenheit kommen müsse, (wobei hinzugefügt hätte werden dürfen, daß unter solchen Umständen selbst Uebergriffe in seiner Praxis und eine gereizte Stimmung, in welcher unehrerbietige Aeußerungen entschlüpfen können, mindestens eine viel mildere Beurtheilung verdiente, als nnter anderen Umständen); daß ferner aber jetzt schon bloßer Tagelohn als genügender Nahrungsstand angesehen werde und daß überdies über Leumund und Nahrungsstand bereits durch die höchste Entscheidung vom 21. August 1860 definitiv entschieden sei und nur die Entscheidung über den Wohnungsnachweis offen gelassen sei.

„Unter dem 9. August 1861 erfolgte Entscheidung des Herzogl. Staatsministeriums (damals F.), deren gerechte und billige Auffassung der ganzen Angelegenheit unter dem unerquicklichen Acteninhalt den Leser wie eine Oase in der Wüste wahrhaft wohlthuend berührt. Diese Entscheidung ging dahin: daß der Nahrungsstand und gute Leumund des rc. L. durch die Ministerial-Entscheidnng vom 21. Augnst 1860 bereits als constatirt anzunehmen und daß insbesondere der gute Leumund auch durch die Bestrafungen der bezeichneten Art, wie auch damals von der Gemeinde G. eingeräumt worden sei, nicht als alterirt anzusehen sei; daß ferner der Empfang einer Leseholzmarke nicht als Almosen zu betrachten nnd gegen die Thatsache nicht in's Gewicht falle, daß der L. bis daher ohne fremde Beihülfe seine obschon zahlreiche Familie ernährt habe, die Gemeinde G. deshalb also nicht für befugt angesehen werden könne, dem rc. L. die Aufnahme zu versagen, sobald derselbe für eine hineeichende Wohnung in G. Sorge getragen habe, und dies beabsichtige derselbe durch den Bau eines Wohnhauses. Wenn L. daher nachweise, daß er die nöthigen Mittel zn diesem Hausbau besitze, ohne daß durch deren Verwendung zu jenem Zwecke sein und seiner Familie Naheungsstand beeinträchtigt werde, so sei demselben auch trotz des Widerspruchs der Gemeinde die baupolizeiliche Genehmigung zu dem projectirten Hausbau zu ertheilen.

„Unter dem 31. August 1861 stellte rc. L. nun vor, daß nach Ausweis der betr. Acten der fragliche Bauplatz längst sein Eigenthum sei, daß die Bausteine bereits angefaheen seien, und daß ebenso das Bauholz durch freiwillige Gaben seiner Kunden, worüber er Verzeichniß beilegte, bereits beschafft sei nnd daß endlich die Zimmer- und Maurermeister, welche den Bau unternommen hätten, die ratenweise Abtragung ihrer Löhne nnd überdies theilweise unentgeltliche Arbeit zugesichert hätten, daß mithin sein Nahrungsstand dnrch diesen Hausbau nicht gefährdet sei.

„Dagegen brachte nun der Schultheiß O. von G. abermals vor: daß die Bausteine und Baustämme „nicht ausreichend", die letzteren auch „krumm" seien und daß die Gemeinde G. auf „baarer Hinterlegung" der Arbeitslöhne bestehen, übrigens aber bitten müsse, daß erst der Erfolg der von ihr gegen die Aufnahme und gegen das Bauvorhaben des rc. L. bei der Höchsten Stelle erhobenen „Immediatvorstellung" abgewartet werde. Und in der That erwirkte die Gemeinde G. mit ihrer „Immediatvorstellung" auch eine höchste Cabinetsentscheidung vom 7. Septbr. 1861 (von Herzogl. Staatsministerium eröffnet am 24. Oct. 1861) dahin: daß die vorstehend erwähnte Ministerialentscheidung vom 9. August 1861 abzuändern und die Gemeinde G. von der Verpflichtung zur Aufnahme des rc. L. auch für den Fall entbunden werde, wenn rc. L. eine eigene oder Miethwohnung sich verschafft haben werde und zwar aus dem Grunde, weil rc. L. wiederholt wegen „Anmaßung ärztlicher Befugnisse" verurtheilt worden sei und „dadurch einen Hang zu gesetzwidrigen Handlungen an den Tag gelegt habe!"

„Ein hiergegen gerichtetes „Immediatgesuch" der Ehefrau des L. vom 4. Decbr. 1861 wurde höchsten Orts abfällig beschieden. Unter dem 13. Februar 1862 hat darauf rc. L., da er auf Heimath- und Rückaufnahmeschein die Befugniß zur Baderpraxis in G. und folglich das Aufenthaltsrecht daselbst schon 1853 in gesetzlicher Weise erlangt hat, bei dem Herzogl. Staatsministerium gebeten, daß ihm wenigstens der beabsichtigte Bau eines Wohnhauses gestattet werde, damit die längst angefahrenen Baumaterialien nicht nachgerade wieder zu Grunde gehen, wogegen er auf der Aufnahme in die Gemeinde G. nicht weiter bestehen wolle.

„Darauf wurde jedoch nunmehr unter dem 25. Februar 1862 von Herzogl. Staatsministerium wie folgt entschieden:

„Nach § 7 der Verordnung über das Wohnorts- und Heimathsrecht vom 12. August 1835 liegt in der Genehmigung zum Bau eines neuen Wohnhauses nnd in der Ausführung dieses Baues zugleich die Ertheilung des Heimathsrechts an diesem Ort und es würde deshalb die Genehmigung und Ausführung des Bauplanes des L. für rc. L. und dessen Familie die Bedeutung haben, daß diese dadurch Heimathsberechtigung in G. erlangen. Zwar soll dieser Wirkung dadurch vorgebeugt werden, daß L. im Voraus auf diese Heimathsberechtigung verzichtet, allein eines Theils ist es zweifelhaft, ob ein solcher Verzicht rechtliche Wirkungen hat, andern Theils würde dadurch, daß L.

in G. eine eigenthümliche Wohnungs- aber kein Heimathsrecht hätte, „ein so abnormes (?) und für die Dauer unhaltbares(?) Verhältniß“ begründet werden, daß die Gemeinde G. der Familie des L. schließlich das Gemeinderecht ertheilen oder mindestens fast alle nachtheiligen Folgen davon tragen müßte, während sie doch seither „mit vollem Recht“ die Aufnahme in den Gemeindeverband verweigert hat. Unter diesen Umständen muß nun aber das Staatsministerium Bedenken tragen, dem Gesuch des L. Statt zu geben, und weist das Herzogl. Landrathsamt an, den rc. L. hiernach zu bescheiden.“

„Unter dem 25. August 1864 stellte rc. L., nachdem sein Bauplatz bis dahin unbenützt und die Baumaterialien zu seinem Hausbau unverwendet liegen geblieben waren, durch seine Ehefrau bei Herzogl. Landrathsamt abermals den Antrag: es wolle der Gemeindeausschuß zu G. angewiesen werden, über den von ihm neuerdings vorgelegten Bauriß endlich zu entscheiden. Der Gemeindeausschuß verweigerte jedoch auf erhaltene Anweisung diese Entscheidung resp. die Genehmigung nunmehr aus dem Grunde, „weil schon früher (in Folge der „Immediatvorstellung“ der Gemeinde) Se. Hoheit der Herzog Bedenken dagegen getragen hätten.“

„Unter dem 26. Juni 1865 wandte sich rc. L. mit neuer Vorstellung über sein bisheriges Anliegen an das Herzogl. Staatsministerium und stellte die Bitte:

„Herzogl. Staatsministerium wolle so gnädig sein, in Rücksicht darauf, daß er nunmehr schon 12 Jahre in G. wohne, woselbst er der Gemeinde in keiner Weise zur Last gefallen sei, auch kein Verbrechen begangen habe; daß das nöthige Material zum Bau eines neuen Hauses schon seit 3 Jahren vorräthig liege, und dem Verderben nahe sei, die Gemeinde anweisen lassen zu wollen, daß sie ihm den Bau eines neuen Hauses auf das zu diesem Zwecke erkaufte Grundstück nach dem in duplo beiliegenden Risse nunmehr ohne Weiterungen und ohne weiteren Verzug vornehmen lasse und ihn und seine Angehörigen als Gemeindemitglieder aufnehme, damit weitere Nachtheile von ihm abgewendet würden.“

„Derselbe wurde darauf mittelst Ministerialdecrets vom 19. Juli 1865 zuvörderst an die Gemeinde G. verwiesen. Nachdem sich L. in Folge dessen abermals, aber wie nach den bisherigen Erfahrungen zu erwarten, mit nicht besserem Erfolg, an die Gemeinde G. gewendet, stellte er unter dem 3. August 1865 bei dem Herzogl. Landrathsamt den Antrag, daß der Gemeindevorstand zu G. nunmehr zwangsweise zur Aufnahmeertheilung für ihn und seine Familie angehalten werde, da der von der Gemeinde W. a/F. im Jahre 1853 ausgestellte Heimathschein, Mangels einer Erneuerung inzwischen erloschen sei, jedenfalls aber die letztgenannte Gemeinde seine Rückaufnahme jetzt verweigere und er in Folge dessen heimathslos geworden sei.

„Am 5. August 1865 wurde L. darauf von Herzogl. Landrathsamt dahin beschieden, daß sein Antrag unstatthaft sei, denn nachdem seit dem Jahre 1859 zu verschiedenen Malen seinem Verlangen auf Aufnahme für sich und seine Familie von dem Gemeindeausschuß zu G. widersprochen worden sei, könne aus § 7 der Verordnung vom 12. August 1835 nicht abgeleitet werden, daß er mit seiner Familie in G. durch mehr als 6jährigen Aufenthalt Heimathsrecht erlangt habe.

„Unter dem 13. August 1865 wendete sich der nunmehr, um den in solchen Fällen üblichen offiziellen Ausdruck zu gebrauchen, durch seine „ganz unbegründeten“ Vorstellungen zum lästigen „Querulanten“ aufgerückte Chirurg L. mit abermaliger Vorstellung an das Herzogl. Staatsministerium, wurde jedoch auf Grund der früheren Entscheidungen unter dem 23. Septbr. 1865 abermals abfällig beschieden. Indessen wurde dabei doch dem Herzogl. Landrathsamt aufgegeben, „nochmals den Versuch zu machen, ob nicht die Gemeinde G. im Wege der Verhandlung zu bestimmen sei, dem L. und seiner Familie Heimathsrecht daselbst zuzugestehen, da jedenfalls Billigkeitsgründe dafür sprächen.“ Das Herzogl. Landrathsamt gab hierauf unterm 1. October 1865 dem Schultheißen von G. auf: „einen Beschluß des Gemeindeausschusses herbeizuführen und binnen 8 Tagen anzuzeigen.“

„Wie zu erwarten, erfolgte hierauf unter dem 23. October 1865 die folgende Erklärung des Gemeindeausschusses zu G.:

„Es wird von Unterzeichneten gegen die Aufnahme des Chirurgen L. Herzogl. Landrathsamt berichtet, daß der Gemeindeausschuß sich erklärte, mit den früher entschiedenen Protokollen über Denselben fest zu halten, um die Aufnahme zu verweigern, und er es nicht für sich allein thun wollte, auch die Gemeinde dagegen zur Abstimmung gezogen wurde; welche sich ebenfalls dahin entschlossen, Ihm keine Aufnahme zu ertheilen.“

„Damit schließen die Acten und harren der Feder, welche mit dieser Angelegenheit, als Uebersetzung der Geschichte des Schneidergesellen „Leidemit“ in's Coburgische, auch dem größeren Publikum eine lehrreiche Unterhaltung bereiten wird.

„Der Bauplatz des Chirurgen L. befindet sich noch immer auf derselben Stelle und die im Jahre 1861 angefahrenen Baumaterialien heute, am 26. April 1866, auch noch. (Folgt der Antrag für die wieder in Gang gebrachten gütlichen Verhandlungen, der für unsere Leser nicht weiter von Interesse ist.) Der Rechtsanwalt F. St.“ Das ist die Geschichte eines der Coburgischen Leidensgenossen des berühmten Schneidergesellen Leidemit. Die Nutzanwendung möge der freundliche Leser selbst ziehen.

(Diese Illustrationen können fortgesetzt werden).

---

† **Celle**, 13. Mai. (Gewerbereform.) Die „Zeitung für Norddeutschland“ hatte in 8 Sätzen das Wesentliche aus dem neuen Gewerbegesetze, welches den Ständen vorgelegt ist, mitgetheilt; als unwesentlich aber die demselben angehängte Fabrikordnung weggelassen. Konnten wir uns schon früher über den Gesetzentwurf nicht mit Befriedigung aussprechen, wenngleich wir nicht verkannten, daß manches Bessere darin enthalten ist, so können wir solches jetzt erst recht nicht und müssen dringend wünschen, daß die Stände dem Entwurfe ihre Zustimmung nicht, oder doch nur in vielfach abgeänderter Form, geben.

Wie uns versichert wird, sollen alle Fabrikanlagen der polizeilichen Genehmigung unterliegen, und solche Genehmigung nicht, wie in andern Staaten, auf Feuer- und gesundheitsgefährliche Anlagen beschränkt sein. Es soll noch dem Entwurfe sogar zweifelhaft sein, ob diese Bestimmung nicht auch auf schon errichtete Fabriken Anwendung findet. Für mißliebige Fabrikanten könnte ein solches Gesetz ungemein gefährlich werden, da alle Fabrikanlagen gewissermaßen concessionspflichtig würden. Ferner soll eine jede Fabrik eine von der Polizei zu genehmigende Fabrikordnung haben müssen, auch sollen Arbeitsbücher u. dgl. eingeführt werden, und endlich ist den Arbeitern jede Vereinigung zur Erzwingung höheren Lohnes u. s. w. bei Strafe untersagt, während derartige Vereinigungen den Arbeitgebern nicht verboten sind.

Wir sind gar keine Freunde von Arbeitseinstellungen und sonstigen Mitteln zur gewaltsamen Erzwingung höheren Lohnes, weil sehr selten der Zweck erreicht wird, wie man aber in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch solche Verbote erlassen kann, begreifen wir nicht.

Es wird viel davon gesprochen, daß der König und die Regierung den Arbeiterbildungsvereinen sehr gewogen sein sollen, was sich auch dadurch zu bewahrheiten scheint, daß die General-Direktion des Gewerbevereins die Local-Gewerbevereine zur Berichterstattung darüber aufgefordert hat, auf welche Weise die Arbeiterbildungsvereine unterstützt und gefördert werden können. Uns scheint es nun, als ob diese Gewogenheit sich lediglich auf die Arbeiterbildungsvereine als solche, und natürlich nur so lange, wie sie sich hübsch artig verhalten, nicht aber auf den Arbeiterstand erstrecke. Wäre letzteres der Fall, so würde wohl die obige gesetzliche Bestimmung nicht getroffen sein.

Wir glauben, daß es zweckmäßig sein würde, wenn die Arbeiter unseres Landes, die Arbeiterbildungsvereine voran, laut und feierlich gegen diese Beschränkung unseres natürlichen Rechts protestirten.

Briefkasten.

Die verehrlichen Abonnenten der Arbeiterzeitung, welche dieselbe von uns unter Kreuzband erhalten haben und noch mit dem Betrage für's I. u. II. Quartal im Rückstande sind, werden hierdurch benachrichtigt, daß wir mit nächster Nummer den uns zukommenden Betrag per Postnachnahme erheben werden. Die Expedition der Arbeiterzeitung. — An den Gesangverein „Einheit“ in Dijon: Wir ersuchen Sie, den Abonnements- und Porto-Betrag, pro Quartal 3 Frcs., uns in Briefmarken zu senden; auf Wechsel können wir den geringen Betrag von dort nicht einziehen.

In F. Streit's Verlagsbuchhandlung in Coburg sind ferner erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Zwei Vorträge
über die
gegenwärtigen freien Gemeinden
in Deutschland
und über
Alt und Neu in der Religion.

Von
Prediger **Uhlich** aus Magdeburg.

Gehalten am 25. u. 29. September 1865 im Schießhaussaale in Coburg.

Preis 4 Sgr. oder 14 kr.

Der Name des Verfassers, die große Theilnahme des Publikums bei Abhaltung dieser Vorträge hier, die starke Nachfrage nach deren Abdruck schon vor dessen Erscheinen, überheben jeder besonderen Empfehlung.

Deutschlands
Errettung aus tiefster Schmach.

Programm der Zukunft.
Zweite, durchgesehene Auflage.
Preis 6 Sgr. oder 21 kr.

Mit kundiger Hand, in kurzen, schlagenden Zügen, überall auf fester geschichtlicher Grundlage ruhend, zeichnet die Schrift die bisherigen Mißgriffe in der nationalen Bewegung und das, was, ohne fernere Selbsttäuschungen, zu gründlicher, zuverlässiger Lösung endlich geschehen muß, längst hätte geschehen sollen und wozu das erwachende Volksbewußtsein mehr und mehr hindrängt. Es sind die ersten Grundlinien des nationalen Programms der Zukunft, welche die Schrift zeichnet. Dieselbe mag bekämpft werden, ignorirt werden kann sie nicht. Kein künstliches Produkt doctrinärer Stubengelehrsamkeit, sondern herausgewachsen aus der bedrohten Lage des Vaterlandes und zu deren richtiger Beurtheilung dienend, muß die Schrift ohne Unterschied des Standpunktes, in der Hand jedes deutschen Politikers sein.

Die erste Auflage war in wenig Wochen vergriffen. In **Preußen** hat man durch sofortiges Verbot den Werth der Schrift anerkannt.

Soeben ist in der Unterzeichneten erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Das Preußische Staatsbewußtsein.
Ein neues Zeugniß von Deutschlands Noth und Schmach.

Preis 10 Sgr. (36 kr.)

Diese Schrift, welche sich anschließt an die im vorigen Herbst in zweien Auflagen fast vollständig vergriffene andere Schrift desselben Verlags: „Deutschlands Errettung aus tiefster Schmach" und gleich jener auf unantastbarer geschichtlicher Grundlage ruhend, ist wohl die schärfste Kritik, welche über den vielerwähnten „deutschen Beruf" und die „berechtigten Ansprüche" Preußens und deren Hebel und Werkzeuge, wie solche im Lichte strengster, unverfälschter Geschichtsforschung sich darstellen, in neuerer Zeit geschrieben worden ist. In einem Augenblick, in welchem brutale Gewalt, in Verbindung mit einer systematischen Corruption der Presse und einem bis zur Tollheit verrannten Doctrinarismus daran sind, Deutschland mit den auf Bethörung der Massen berechneten Hülfsmitteln des Cäsarismus zur Domäne preußischen Junkerthums zu machen und um das Wesen seiner Freiheit und Einheit, um seine ganze, große nationale Zukunft zu bringen, — in einem solchen Augenblick äußerster Gefahr muß eine solche Schrift von jedem aufrichtigen Freund des Vaterlandes mit Freuden begrüßt werden.

Coburg, den 26. April 1866.

F. Streit's Verlagsbuchhandlung.

Ventilatoren.

75] C. Schiele, Frankfurt a. M.

Inhaltsverzeichniß

der in L. Schweigert's Verlag in Coburg erscheinenden „Deutschen Wehrzeitung" Nr. 120:

108]

Tages-Ordnung

für den am 17. und 18. Juni d. J. im Locale des Arbeiter-Bildungs-Vereins, Wilstorferstr. Nr. 42 in Harburg, abzuhaltenden 3. Vereinswandertag der Arbeiter-Vereine des Königreichs Hannover.

I. Wahl des Präsidiums und Berichterstattung über die Wirksamkeit der einzelnen Vereine vom Vororte.

II. Berathungen, Fragen und Anträge:

1) Der Vereinstag wolle Sorge tragen, daß die auf den beiden früheren Vereinstagen gefaßten Beschlüsse ausgeführt werden. (Hannover.)
   Als solche sind zu nennen:
   a) Die Anschaffung gemeinschaftlicher Liederbücher.
   b) Einreichung einer Petition an hohe Ständeversammlung, Einführung der Gewerbefreiheit betreffend. (Hannover und Verein Vorwärts in Göttingen.)
   c) Einführung von Legitimationsbüchern in sämmtlichen Vereinen. (Hannover.)
   d) Benutzung der Coburger Arbeiterzeitung in sämmtlichen Vereinen. (Derselbe.)

2) Das Centralbüreau der Vereinswandertage möge stets in Hannover bleiben, die Wandertage selbst aber alle zwei Jahre nach einem andern Orte verlegt werden. (Hannover.)

3) Der Vereinstag wolle beschließen, daß eine Petition an hohe Ständeversammlung um Erlangung des Coalitionsrechtes eingereicht werde. (Hannover.)

4) Der Vereinstag wolle Mittel und Wege angeben, wie hauptsächlich den kleineren Vereinen am besten ausgeholfen werden könne. (Celle, Einbeck und Verein Vorwärts in Göttingen.)

5) Sind Arbeiternachweisungscomptoire auch für kleinere Städte anwendbar und wie sind dieselben am besten einzurichten? (Celle.)

6) Der Vereinstag wolle beschließen, eine Petition an hohe Ständeversammlung um Aufhebung des, das Vereinswesen beschränkenden Bundesbeschlusses zu richten. (Celle.)

7) Der Vereinstag möge die Anstellung von Reisepredigern, oder Wanderlehrern bewerkstelligen. (Celle und Einbeck.)

8) Wäre es nicht rathsam, wenn von Zeit zu Zeit Bericht von sämmtlichen, zum Verbande gehörenden Vereinen an den Centralverein Hannover eingesandt würden? (Einbeck.)

9) Der Vereinstag wolle Mittel und Wege angeben, durch welche der Besuch der Unterrichtsstunden in den einzelnen Vereinen gehoben werden könne. (Verein Vorwärts in Göttingen.)

10) Auf welche Weise ist es möglich, mehr ansässige Leute in die Arbeitervereine hineinzuziehen? (Derselbe.)

11) Was ist zur Hebung kleinerer Vereine segenbringender, die Abhaltung von Vereinstagen, oder die Beschickung der Stiftungsfeste durch geeignete Deputirte? (Hameln und Einbeck.)

12) Wie ist es anzufangen, daß die Unterstützung der wandernden Gesellen eine bestimmte Regelung erfahre? (Otterndorf.)

13) Auf welche Weise ist es zu erreichen, daß den Vereinen das Recht juristischer Persönlichkeit beigelegt werde? (Arbeiterbildungsverein in Harburg.)

14) Der Vereinstag wolle nach Kräften dahin wirken, daß Consumvereine und Productionsgenossenschaften in's Leben gerufen werden. (Derselbe.)

15) Der Vereinswandertag möge sich über ganz Norddeutschland verbreiten. (Derselbe.)

16) Der Vereinstag wolle die Gründung einer allgemeinen Unterstützungscasse für das ganze Königreich Hannover in Erwägung ziehen und eine solche möglichst errichten. (Harburger allgemeiner Arbeiterverein.)

17) Der Vereinstag möge noch einmal in Berathung ziehen, ob es nicht zweckmäßig sei, daß in allen Vereinen unseres Landes Commissionäre angestellt werden, an welche die Mitglieder aller Vereine in Privatangelegenheiten sich wenden können. (Derselbe.)

18) Besprechung über das allgemeine und directe Wahlrecht. (Derselbe.)

Nachträglich vom Arbeiter-Bildungsverein in Göttingen eingegangene Anträge:

19) Der Vereinstag wolle beschließen, daß zur Unterstützung gesunkener Vereine eine ständige Commission gebildet werde, welche den Nothstand zu untersuchen habe und daß ein solcher Verein, im Fall derselbe als hülfsbedürftig und würdig anerkannt würde, von den einzelnen Vereinen unterstützt werden möge.

20) Der Vereinswandertag möge dahin wirken, daß in den Localen der Arbeiter-Bildungsvereine ein sogenanntes schwarzes Buch aufgelegt werde, worin die Namen derjenigen Mitglieder, welche bei ihrem Austritte aus dem Vereine ihren Verbindlichkeiten nicht nachgekommen sind, verzeichnet werden.

21) Der Vereinstag möge beschließen, wenn in einem Orte des Königreichs, wo bereits ein Arbeiter-Bildungsverein besteht, sich noch ein gleicher bilden sollte, derselbe in den Centralverband nicht aufzunehmen sei.

22) Etwa entstandene Differenzen in den Localvereinen mögen möglichst durch zu errichtende Friedensgerichte ausgeglichen werden.

III. Ueanträge der Deputirten.

IV. Wahl des nächsten Vorortes.

Bemerkungen.

Die von den einzelnen Vereinen gestellten Anträge und Fragen sind zunächst von den Vertretern derselben zu motiviren.

Es wird gebeten, daß jeder Verein uns bis zum 25. Mai Bericht über die Wirksamkeit desselben, wie auch über die Mitgliederzahl zugehen lasse.

Die Vororts-Commission.

Th. Vehstedt. H. F. Vollbrecht. O. Bieber. P. Böttger. H. Winterberg.

Soeben ist erschienen und durch die J. G. Riemann'sche Hofbuchhandlung in Coburg, sowie durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Neun
Plattdeutsche Göttergespräche.
(Mecklenburgische Mundart.)
2. Auflage.
Preis $10\frac{1}{2}$ kr. oder 3 Sgr.

Literarische Anzeige.

Bei Alexander Waldow in Leipzig ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

„Ein Vortrag über die Vorträge",
allen
Freunden des Volksunterrichts des Vereinswesens und des Fortschritts
gewidmet von
Moritz Müller.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert in Coburg.

Nr. 178.

Coburg.

Vierter Jahrgang.

Sonntag, 27. Mai 1866.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Organ der deutschen Arbeiterbildungsvereine.

Herausgegeben vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis vorauszahlbar, vierteljährlich 42 kr. oder 12 Sgr. hier am Ort und bei dem Bezug durch den Buchhandel. Bei Bestellung durch die Post kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Arbeitervereine oder einzelne Arbeitsgenossen erhalten für das Abonnentensammeln bei mindestens 25 Exemplaren bei directem Bezug 15 Procent Vergütung und auf Verlangen auf je 25 Exemplare 2 Freiexemplare.

Bestellungen, Briefe und Sendungen franko an die „Expedition der Arbeiterzeitung", Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebiets.

Ankündigungsgebühr 4 kr. oder 1 Sgr. für die 2spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 10% Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare oder unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Nachdem die meisten Arbeitervereine, in Nord- wie in Süddeutschland und in Mitteldeutschland, unser Blatt zu ihrem Organ erwählt haben, werden immer die Vereinsangelegenheiten, so oft Stoff hierzu vorliegt, den ihnen gebührenden ersten Platz in unserer Arbeiter-Zeitung einnehmen. Wir bitten alle Vereine um regelmäßige Mittheilung aller wichtigeren Vorkommnisse im Bereich ihres Vereinslebens, jedoch mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum immer in möglichst gedrängter Kürze. Die Redaction.

Inhaltsverzeichniß.

Vereinsangelegenheiten.

Der Vorort der Arbeiterbildungsvereine Würtembergs an die Vereine des würtembergischen Verbands.

(Aus dem Stuttgarter Beobachter.)

Der Vorort der Arbeiterbildungsvereine unseres Landes hat durch Ausschreiben vom 12. Mai den Vereinen mitgetheilt, daß er den Beschluß gefaßt, die alljährliche Landesversammlung der Vereine, welche am Pfingstmontag hätte stattfinden sollen, für jetzt nicht abzuhalten. Ueber die Gründe dieses Beschlusses hat der Vorort in seiner Zuschrift sich ausgesprochen. Die politische Lage des Vaterlandes drängt alle Sonderinteressen in den Hintergrund. Aber auch die Störung der gesammten wirthschaftlichen Verhältnisse, welche die erste Folge der Kriegsgefahr ist, müßte eine Berathung unserer Vereinsangelegenheiten als eine wenig gedeihliche und erfolgreiche erscheinen lassen. Durch die Zustände, wie sie schon heute vorhanden sind, bevor noch der Krieg begonnen, ist der Aufschwung, den das Vereinsleben und die socialen Bestrebungen genommen haben, gebrochen. Schon jetzt sind es Tausende von Arbeitern, welche durch den Stillstand der industriellen Thätigkeit aus den Werkstätten entlassen sind, während eine nicht minder große Zahl durch die Militärdienstpflicht ihrer Berufsthätigkeit entzogen sind. So drückt die Schwere der Zeit am härtesten auf den Stand der Arbeiter und es bereitet sich unter diesen ein Nothstand vor, in welchem die Errungenschaften unserer bisherigen socialen Bestrebungen eine schwere Probe zu bestehen haben werden. Die Aufgabe der Arbeitervereine muß es nun sein, zunächst so weit es die eigenen Kräfte erlauben, die genossenschaftlichen Bestrebungen aufrecht zu erhalten und zu befördern und in ihnen die Mittel zu suchen, die Arbeiter vor Verirrungen zu bewahren, welche durch die Noth der Zeit heraufbeschworen werden könnten. Die Erfüllung dieser Aufgabe wird aber den Vereinen nur dann gelingen, wenn sie im Stande sind, den patriotischen Geist, der die Arbeiter beherrscht, lebendig zu erhalten und eine klare Einsicht in die politische Lage des Vaterlandes zu verbreiten.

Der eine Gedanke, daß das Vaterland in der schwersten Gefahr schwebt und die Pflichten, welche aus dieser Ueberzeugung erwachsen, müssen alle anderen Gedanken und unsere Bestrebungen beherrschen. Sind wir nicht im Stande, den Krieg, der in Aussicht steht, zu verhindern, so darf das Volk nicht darauf verzichten, sich vorzubereiten, um im rechten Augenblick einzugreifen und vielleicht alsdann, wenn es sich zu energischem Handeln erhebt, eine Entscheidung zu seinen Gunsten herbeizuführen. Für den jetzigen Augenblick freilich ist eine Parteinahme für den einen oder anderen Theil der zum Kriege gerüsteten Mächte unmögiich. Diese Mächte kämpfen für ihr Sonderinteresse und nicht für das deutsche Volk und von dem Sieger, auf welche Seite der Sieg sich neigen möge, ist für das Recht und die Freiheit des Volkes nichts zu erwarten; diese muß das Volk sich selbst erringen.

Ob im Fortgang der Ereignisse der rechte Moment zu einem Handeln in diesem Sinne kommt und wann er etwa kommt, läßt sich nicht mit Sicherheit vorhersagen, aber für ihn sich vorzubereiten ist die Pflicht des deutschen Volkes und die deutschen Arbeiter werden dieser Pflicht sicherlich genügen.

Um nun den Anschauungen, welche den Arbeiter in der gegenwärtigen Lage beherrschen, einen klaren Ausdruck zu geben, hat der Stuttgarter Arbeiterbildungsverein eine Resolution angenommen, welche im Wesentlichen derjenigen der Arbeiter des Maingaues sich anschließt.

Die Resolution lautet:

1) Daß die jetzige staatliche Einrichtung, wie sie im deutschen Bund gegeben ist, als die eigentliche Quelle der unheilvollen Lage zu betrachten ist, in der sich Deutschland befindet.

2) Daß eine sichere Rettung aus dieser Lage nur erwartet werden kann durch sofortige Einberufung eines aus allgemeinen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung und unbeschränkter Wählbarkeit hervorgegangenen deutschen Parlaments und gleichzeitige Wiederherstellung der deutschen Grundrechte und Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung.

3) Daß keiner der beiden deutschen großmächtlichen Regierungen in dem in Aussicht stehenden Kampf eine Wahrung der Interessen des deutschen Volkes zuzutrauen ist, daß also jede Parteinahme für den einen oder andern streitenden Theil als den wahren Interessen des Volkes widersprechend erscheint. Wir halten es darum für Pflicht jedes deutschen Mannes sich der Theilnahme an diesem Kampfe nach Kräften, zu widersetzen, sich aber vorzubereiten, damit im gegebenen Augenblick die ungeschwächte Volkskraft für die Erhaltung der Integrität Deutschlands und den Sieg der Volkssache eingesetzt werden kann.

4) Daß jeder Versuch einer Abtretung deutschen Landes an Fremde an dem Widerstande der ganzen Nation scheitern muß.

Wir fordern nun die Arbeitervereine Württembergs auf, sich dieser Resolution anzuschließen und im Sinne des obigen Ausschreibens in ihren Kreisen zu wirken."

So lautet das Cirkular des würtembergischen Vororts (Arbeiterbildungsverein Stuttgart) an die Vereine des würtembergischen Verbands, welches der „Beobachter" abdruckt, der in der Reutlinger Generalversammlung zum Organ der würtembergischen Arbeiterbildungsvereine erklärt worden ist. Der „Beobachter" macht zu diesem Circular aber sofort die nachstehenden Bemerkungen, die wir unseren Lesern nicht unterschlagen dürfen. Derselbe sagt:

„Uebereinstimmend mit dem, was ein Arbeiter vor Kurzem im Beobachter bereits angedeutet hat, daß nämlich gerade die jetzige Lage, sowohl die sociale, als die politische, eine Berathung gefordert haben würde, müssen wir zuerst unsere Verwunderung darüber aussprechen, daß der Vorort die Versammlung in Biberach abzubestellen über sich nehmen mochte. Wenn irgendje, so schien uns in außergewöhnlichen Zeiten, wo ein Nothstand theils schon eingetreten ist, theils herein zu brechen droht, gemeinsame Berathung am Platz. Auf der Gemeinsamkeit, auf dem brüderlichen Zusammenstehen und Zusammenhalten beruht ja das ganze Vereinswesen. So lange die Sonne heiter vom Himmel schien, hat man die Arbeiterjugend zum Eintritt in die Vereine, als unter ein schirmendes Dach, ermahnt und jetzt, wo das Wetter schlecht geworden ist und der einzelne sich von Gefahr und Noth bedrängt sieht, überläßt man die Vereine draußen rathlos und hülflos ihrer Vereinzelung. Dadurch fällt ein schlim-

mes Licht auf diese Landesversammlungen, als hätten sie nur Festlichkeiten und die damit verbundene fröhliche Geselligkeit bezweckt, als wären sie nicht gegen die Noth, sondern nur für die Unnoth da. Oder wozu sollten sie dienen, fragt man unwillkürlich, wenn sie in ernster Zeit nichts zu nützen vermögen? Den „Aufschwung zum Vereinsleben" erklärt man für gebrochen in einer Zeit, wo schon das gegenseitige Ausschütten der Herzen wohl thut, wo aber das gemeinsame Berathschlagen über die Mittel zur Abhülfe und Erleichterung nicht nur besonders nützlich, sondern in manchen Fällen unentbehrlich ist, da jetzt der Einzelne sich thatsächlich nicht mehr selbst helfen kann, wenn er es auch versucht, und das solidarische Zusammenstehen noch allein Aussicht auf Rettung gewährt.

Die Vereine draußen werden dieses Verfahren des Vororts nicht verstehen. Die Stütze und der moralische Halt, die der Verein den Einzelnen bietet, ist ja die einzige Berechtigung des Vereinslebens, die Gemeinsamkeit ist sein Begriff, und nun im Sturm erklärt man ein Zusammentreten für wenig gedeihlich, und von vornherein erfolglos. Man fühlt es, daß die Errungenschaften der bisherigen socialen Bestrebungen eine schwere Probe zu bestehen haben werden und der ersten Gelegenheit, sich auf die Probe zu stellen, die selbsterworbene Bildung zu bewähren und die Fruchtbarkeit des Vereinsprinzips zu zeigen, weicht man aus.

Für manchen einzelnen Arbeiter handelt es sich zwischen heut und morgen um Brodloswerden. Und da will man nicht zusammenkommen und überlegen, wie dem vorzubeugen ist; und doch wird es so manche Auskunft geben, wie man durch Zusammenhalten und verbundene Thätigkeit das Uebel vermeiden kann.

Wenn man hier in Stuttgart nicht weiß, wie zu helfen ist, als indem man den Kopf in den Sand steckt oder in den Schoß des „Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen" legt, muß denn von vorneherein angenommen werden, daß die draußen in den übrigen Städten auch nichts Praktisches vorzuschlagen wissen und muß man, weil man hier ein Mittel gefunden hat, sich zu bergen, denen auf dem Land die Möglichkeit abschneiden, über ihre Noth und den Ausweg aus derselben zu berathen.

So viel von der socialen Seite der Sache. Weit bedenklicher aber ist das Auftreten des Vororts in politischer Beziehung. Wenn wie das Circulär sagt, die politische Lage alle Einzelinteressen in den Hintergrund drängt, so ist alsdann gewiß die Zeit, gemeinsam über die politische Haltung der Vereine zu berathen. Statt nun aber die Willensmeinung der Mehrheit durch den Zusammentritt der Delegirten auf einer Landesversammlung zu erforschen, octroyirt der Vorort, der *zufällige* Vorort, den sämmtlichen Vereinen draußen *seine* politische Meinung. Ein Gängeln und Leiten war freilich bei einem Zusammentritt der Vereins-Deputirten in jetziger Zeit nicht zu erwarten; darum greift man zu dieser Auskunft.

Und welche Politik wagt man den deutschen Arbeitervereinen in Schwaben zu octroyiren!

Wir wollen jedoch erst fest nageln, daß es jetzt auf einmal wieder heißt, die Vereine seien dazu da, politische Einsicht zu verbreiten. Wir erinnern nur im Vorübergehen an die Zeit, wo dem Arbeiter von gewissen Leitern eifrigst eingepredigt wurde, er solle sich um *Politik* nicht kümmern; Aufgabe der Vereine sei ausschließlich, die *sociale* Frage zu lösen u. s. w. als ob diese überhaupt von der politischen trennbar und für sich zu lösen wäre. Die Politik ist also *jetzt* wieder anerkannt und zugelassen und wir könnten uns darüber freuen, wenn nur nicht der erste politische Schritt des Vororts in so offenem Widerspruch mit diesem Satze wäre.

Denn sich vom Vorort die Politik vorsagen lassen, die man draußen in den übrigen Vereinen nachbeten soll, das kann doch für diese nicht Politik treiben heißen. Soll wie es in dem Aufruf heißt, das Volk sich *vorbereiten*, so kann doch auch dieß wesentlich nur in gemeinsamer Berathung mit Gleichgesinnten geschehen. Dieß führt aber nicht zur Aussetzung in der Benützung der bestehenden Organisation der Arbeiterbildungsvereine, sondern zur möglichsten und ehrlichsten Benützung dieser an sich so guten Einrichtungen. Aber nicht nur unter sich werden die Arbeiter zu berathen haben, wenn sie sich politisch nicht nur zu bilden, sondern, wie der Vorort sagt, vorzubereiten gedenken. Sie werden andere Gleichgesinnte aufsuchen und das Natürlichste für sie ist der Anschluß an *diejenige* bereits bestehende Partei, welche auf ihrem nicht erst gestern gemachten Programme *das volle Recht des Arbeiters*, das politische Recht, nach welchem er vor Allem streben muß, das A und O seiner Politik, *das allgemeine Stimmrecht* geschrieben hat.

Das ist aber nicht die Absicht des Vororts; der Anschluß an die deutsche *Volkspartei*, diese natürliche Verbündete aller bisher im Staat zurückgesetzten Klassen, ja jede Berührung mit ihr *wird ängstlich gemieden*. Die „*Fortschrittspartei*" ist diejenige, zu welcher sich die Herren halten, welche die Leitung im hiesigen Arbeiterbildungsverein haben und die Circuläre des Vororts verfertigen — die Fortschrittspartei, die Partei der besitzenden und gebildeten Classen, die sich überall in Württemberg, wie in Preußen und Baden für *Census*, *bedingtes* Wahlrecht und diese oder jene Einschränkungen in der Vertretung ausspricht.

Im Anschluß an die Partei, die hier wie überall in ganz Deutschland nach Ausdehnung der preußischen Herrschaft oder Oberherrschaft strebt, weil ihr diese Macht den ruhigen Besitz und die ungestörte Ausbeutung der übrigen Classen zu verbürgen scheint, im Anschluß an diese Vormünderin des Arbeiterstandes faßt der Vorort die Resolutionen, die der gesammten Arbeiterwelt Württembergs als maßgebend hingestellt und per Kreisschreiben octroyirt werden.

Diejenige „Neutralität", die Preußen, die Bismarck von den übrigen Staaten fordert, um ungehindert seine militärische Revolution in Deutschland durchführen zu können, diejenige unaufrichtige und arglistige Neutralität, wie sie der von der Republik in die Monarchie übergelaufene Schweizer *Bluntschli* in der badischen ersten Kammer verlangt, diese schlechte und perfide Neutralität wird in den Resolutionen des Vororts den deutschen Arbeitern in Württemberg aufgestellt. Daß das nicht offen und gradeaus gepredigt, sonder möglichst verdeckt und versteckt einfiltrirt wird, bessert nichts an der Sache. Man wagt nur nicht, heute schon mit der Sprache herauszugehen.

Freilich soll der Krieg verhütet und der Frieden wiederhergestellt werden, aber das geschieht nicht, indem man sich als eine geduldige und wehrlose Heerde zur Seite stellt, um die gestritten wird, sondern dadurch, daß man die Wehr ergreift und auf den Friedbrecher losschlägt. Auf diesen Friedensbrecher Bismarck, auf seine bundesbrüchigen Helfershelfer hat auch der Arbeiter um so mehr loszuschlagen, als der Junkerstaat ihm am meisten das Dasein verkümmert und ihn am meisten um politische Rechte verkürzt. Denn neben dem Speck des *nur aktiven* allgemeinen Stimmrechts, den Bismarck ausgesteckt hat in seinem Parlamentsvorschlag, liegt doch die Falle allzu unversteckt, als daß das denkende Arbeitervolk in dieselbe hineintappen sollte.

Zweimal ist in dem Kreisschreiben von dem *rechten Moment* die Rede, in welchem dann die Arbeiter aus ihrer neutralen Parteilosigkeit heraustreten und zum Handeln schreiten sollen. Wir wollen es sagen, welcher dieser Moment sein wird, den die Verfasser dieses verführerischen Aktenstücks sich vorstellen. Wenn die Fortschrittspartei, wenn der großpreußische vor zwei Jahren in Weimar vom Nationalverein gestiftete Abgeordnetentag, wenn der Nationalverein ihren Pact mit Bismarck fertig gemacht haben, wenn in Berlin ein aus den adeligen Herren Graf Bismarck, v. Roggenbach, v. Unruh, v. Bennigsen oder wem sonst zusammengesetztes Ministerium zu Stande gebracht ist und ein auf die preußischen Bajonnette gestütztes sogenanntes deutsches Parlament berufen hat, dann will diese Partei, in deren Sinn und Geist das schönklingende Ausschreiben des Vororts verfaßt ist, das Signal zum Handeln geben. Dann sollen die ehrlichen Arbeiter helfen, die wahre Freiheitspartei wie die deutsche Freiheit überhaupt zu unterdrücken und das preußische Kaiserthum über ganz Deutschland herzustellen.

Beseht es euch nur genau, dieses Aktenstück, ihr Arbeiter, und ihr werdet durch die schimmernden Phrasen hindurch die Absicht erkennen, die jetzt den *Widerstand gegen die Hegemoniepolitik* lähmen und euere Kraft im rechten Moment als Hebel für Bismarcks Pläne benützen will.

Auch darin steckt eine List, daß die Resolutionen der Arbeiter des Maingaus als Vorgang für die Stuttgarter angeführt werden. Es schließt sich zwar Punkt 1 der Stuttgarter an den Punkt 1 der maingauischen an, welcher gleichfalls unklar oder hinterhaltig aussprach, „daß *jede* Aenderung in der bisherigen unerträglichen politischen Lage Deutschlands ihren Beifall habe", und somit auch die Herstellung eines einheitlichen, centralisirten und tyrannischen Macht-, Militär- und Kaiserstaates nicht verwirft; aber diese Verwerfung lag dann bei den maingauischen Resolutionen deutlich ausgesprochen in Punkt 3, der den Arbeitern die Wahl von *Volksmännern* empfiehlt, welche nicht bloß für *politische*, sondern auch für *sociale Befreiung* zu wirken entschlossen sind. Diese den Sinn erklärende und nach der Freiheit hin auslegende Resolution haben die *Stuttgarter Herren* weggelassen.

„Die Volkspartei allein stellt eine Politik auf, welcher der Arbeiter unbedenklich beitreten kann. Sie will nicht neutral bleiben in dem Kampfe um Deutschlands und Schleswig-Holsteins Selbstbestimmung, sie kämpft mit gegen den Friedensbrecher und gegen den mit dem Ausland, mit Italien und Frankreich verschworenen Reichsverräther, der für die Erhöhung Preußens den Tribut durch Abtreten eines Stücks Deutschlands an das begünstigende Frankreich zu zahlen gelobt hat. Aber sie will nicht, daß das deutsche Volk als bloßes Werkzeug in den Händen des von Preußen angegriffenen Oesterreichs diene, um nach dem Krieg von diesem als Tauschgegenstand oder sonstige Waare mißbraucht zu werden, sondern sie will mit den Waffen der Miliz in der Hand dem jetzt bedrängten reactionären Oesterreich und den um ihre Throne besorgten übrigen Fürsten Bedingungen und Garantieen abdringen, die dem Volke die Früchte des Sieges sichern. Die Volkspartei sagt den Arbeitern nicht, sie sollen warten bis auf einen bestimmten Moment, in welchem ihnen dann von den Leitern ein Signal zum Handeln gegeben werde, sondern für sie ist der rechte Moment zur Thätigkeit schon jetzt und immer da und sie ladet die deutschen Arbeiter in Württemberg ein ihre Versammlungen und ihre Vereine zu besuchen, nicht um dort Schlagworte und Parolen zu empfangen, sondern um mit ihr zu berathen, in welcher Weise wir alle zusammen thätig werden sollen, um den Ausbruch des Bruderkrieges wo möglich noch zu verhüten und wenn er ausbricht, dem Volke den Sieg und dessen Ertrag zu sichern." So der wachsame „Beobachter".

Augsburg, 23. Mai. Am 10. Mai feierte unser Verein in den Sälen des Stiftsgarten ein Frühlingsfest zum Besten seiner Krankenkasse. Die 16 Piecen, welche das Programm aufwies und in welchem Augsburgs ausgezeichnete städtische Kapelle mit mehreren Chorliedern unserer Sänger und besonders einiger Sologesänge und Duetten mehrerer Dilettanten abwechselten, wurden so gut ausgeführt, daß jedem Anwesenden für das geringe Entré von 6 kr. ein wirklich schöner musikalischer Genuß geboten war.

Leider war, aus verschiedenen nicht vorherzusehenden Gründen, der Besuch nicht so bedeutend, um die ziemlich großen Unkosten durch das Eintrittsgeld überdecken zu können, sodaß für die Krankenkasse nicht allein nichts übrig blieb, sondern sogar noch ein Deficit von mehreren Gulden entstand, das die Mitglieder jedoch aus eigener Tasche zu bezahlen, sich sofort freiwillig entschlossen. Wenn daher auch pecuniär nichts gewonnen war, so hat doch wenigstens der Verein bei diesem Feste in den Augen der Besucher denen er zum Theil noch unbekannt war, einen nicht gering anzuschlagenden moralischen Gewinn gemacht, was nicht allein das einstimmige Urtheil derselben, sondern auch die vielen Anmeldungen zum Beitritt bekunden. Uns gab dieß die Lehre, daß wenn Feste und Unterhaltungen auch nur Nebensache eines Arbeiterbildungsvereins sind, von solchen Vereinen die in ihrem Wohnorte nicht bekannt genug oder mißkannt sind, doch einige Beachtung verdienen.

Eßlingen, den 20. Mai. In der am 13. d. M. abgehaltenen Plenarversammlung wurde mir der Antrag, in der Angelegenheit *Moriz Müllers* die Meinung des hiesigen Vereins zu veröffentlichen.

„Es ist eine traurige Erfahrung, daß in Deutschland bei jeder mehr oder minder wichtigen Erscheinung im politischen oder socialen Leben sogleich Spaltungen entstehen, die in kleinlichen Hader und giftiges Gezänk ausarten; so auch bei der Arbeiterbewegung. Nachdem die durch Lassalle hervorgerufene Zwietracht sich zu vermindern begonnen hat, scheint von anderer Seite her dieselbe wieder in unsere Kreise gebracht werden zu wollen. Ein Beispiel sehen wir in Pforzheim. Die dort gegen Herrn M. Müller gerichteten Angriffe sind großentheils keine Widerlegungen seiner Meinungen, sondern nur Versuche seine Person lächerlich zu machen.*) Auch wird sind mit ihm in der Frauenfrage nicht ganz einverstanden, können aber nicht umhin, ihm unsere Anerkennung für seine wohlgemeinten Bestrebungen und Opfer (nicht blos wohlfeile Redensarten)

*) Dieselben werden in den Pforzheimer Blättern, nach uns vorliegenden Belegen noch fortwährend fortgesetzt, während das Schweigen der Herren Provence und Genossen auf die Anklagen des Hrn M. Müller über ihre den Arbeiterinteressen abgewandte, mindestens sehr zweideutige, Haltung in Sachen des allgemeinen Stimmrechts nur zu deutlich das *eigene Schuldbewußtsein* verräth. D. Red.

um und für das Gedeihen der Bildung der Arbeiter, zu zollen.

Für das allgemeine Wahlrecht haben wir uns längst entschieden und den darauf bezüglichen vom Vorort Stuttgart uns übergebenen Petitionsentwurf für gut gefunden, ob auch eine gewisse Partei oder einzelne Angstmänner diese Frage vertuschen möchten.

Spässe und Witzeleien scheinen uns der Arbeitervereine, bei solchen Anlässen zumal, unwürdig, bei der gegenwärtigen ernsten Lage sind Possenreißereien verwerflich.

Die beste Rechtfertigung des Pforzheimer Vereins und dessen Leiter wird die von denselben ausgehende unumwundene Erklärung und **Agitation für das allgemeine direkte Wahlrecht mit geheimer Abstimmung**, sein.

Endlich empfehlen wir allen Brudervereinen Anschaffung und fleißige Benutzung der **allgemeinen Weltgeschichte von Gustav Struve.**

Mit deutschem Gruß und Handschlag

Eduard Azone,
Vorstand.

Berlin, 18. Mai. Nr. 174 d. Bl. vom 29. April d. J. enthielt unter der Ueberschrift: „Arbeiter, es kommen trübe Nachrichten aus Berlin“ die Mittheilung „die ungeheure Mehrzahl des Berliner Volks, der Arbeiter, stehe auf Seiten des Hrn. v. **Bismarck** und gehe blindlings auf sein allgemeines direktes Wahlrecht ein.“ Der Referent soll ein vortrefflicher Beobachter, Demokrat, Anti-Preuße sein, ich kenne ihn nicht, aber **er kennt die Berliner Arbeiter auch nicht.** Ich meine die Berliner Arbeiter haben in den letzten Wochen deutlich genug gezeigt, wie sie zu Herrn v. Bismarck und der Regierung überhaupt stehen, um sie vor Beschuldigungen zu bewahren, wie sie der gen. Artikel enthält, und nur Unkenntniß, wenn nicht gar Böswilligkeit, kann die Berliner Arbeiter dadurch in den Augen ihrer deutschen Genossen herabzusetzen und zu verdächtigen suchen. — Anlangend die angegebenen Zahlenverhältnisse, so sind sie nicht maßgebend. Es existiren außer dem Arbeiterverein 5 Handwerkervereine, Vereine der Maschinenbauer, Schneider u. s. w., außerdem einige 30 Bezirksvereine, und so ist eine Zersplitterung schwer zu vermeiden. Wo aber immer es gilt, da stehen die Berliner Arbeiter zusammen und lassen sich von keinem — auch von Hrn. v. Bismarck nicht — an der Nase herumführen.

Fritz Bandow,
Vorsitzender des Berliner Arb.-Vereins.

Die fraglichen Mittheilungen kamen uns aus einer Quelle, die den Verdacht der Böswilligkeit unbedingt ausschließt. Um so erfreulicher ist es uns zu hören, daß die unseren Referenten gleich sehr wie uns selbst damals betrübenden Befürchtungen ungegründet sind. D. Red.

± **Berlin**, 12. Mai. Gestern Abend begann Hr. Reg.-Assessor a. D. **Richter** seine Vorträge über die Organisation von Consumvereinen. Mit Rücksicht auf die bedrohlichen Zeitverhältnisse, erörterte derselbe, sei eine sofortige Umgestaltung nothwendig und zwar seien hierzu folgende 5 Punkte erforderlich: 1) Eiftlrung der Forderung der Baareinlegung der Mitglieder mit Ausnahme der noch eintretenden Mitglieder. 2) Das Reduziren der Waaren auf den Kaufspreis mit Zuschlag der Verwaltungskosten. 3) Umwandlung der hohen Antheile bis nur auf 5 oder höchstens 10 Thlr. und den Ueberschuß als Spareinlagen mit Kündigungsfrist zu betrachten. 4) Ausschließung des Creditirens. 5) Die Anschaffung der Waaren für jetzt nur auf die nothwendigsten Lebensbedürfnisse zu beschränken. — Diese freiwilligen Spareinlagen, meinte der Redner, seien besser wie die Zwangseinlagen, auch werde mancher sein Geld lieber einem Consumverein geben, als nach der Sparkasse hintragen, bei welchen man immer noch Furcht hat, daß sie eingehen werden, wie z. B. dies jetzt in Magdeburg der Fall sei, wo Alles sein Geld zurückziehen will, während daß Mißtrauen bei den Consumvereinen wegfällt, weil Alles eher zu übersehen ist, man die Vorstände kennt u. s. w. Bei der Debatte nimmt zunächst Dr. **Meyerstein** das Wort und berichtet, daß der Ausschuß der Brodbäckerei in Anbetracht der bedrohlichen Zeitverhältnisse auf jeder Superdividende vorläufig zu verzichten und das Brod für denselben Preis größer zu backen. Was das Creditiren anbetreffe, so sei dies abzuschaffen nicht gut möglich, da der Arbeit erst bezahlen könne am Ende der Woche, wo er seinen Lohn erhalte. Hr. **Böttcher**: Es müsse der Zeit Rechnung getragen werden, die Beiträge zurückziehen und von der Dividende Abstand genommen werden und nur die nothwendigsten Gegenstände, als: Brod, Mehl und solche Artikel anzuschaffen. Hr. **Delow** befürwortet für jede Zeit die Ermäßigung der Beiträge und freiwillige Spareinlagen. Hr. **Weigert**: Das Creditgeben sei verderblich, lieber solle man einem Mitgliede Etwas von seinem Gelde zurückzahlen. An Geld werde es übrigens den Vereinen nicht fehlen, sein Vereinsvertrauen hat nur eine geringe Mitgliederzahl und habe 180 Thaler leicht geliehen bekommen und könne morgen noch 1000 Thaler erhalten. Hr. **Emil Prager** befürwortet eine mäßige Dividende, damit immer Capital zur Anschaffung von Waaren vorhanden sei. Hr. Ass. **Richter** resumirt die verschiedenen Ansichten und hebt dabei als höchst nothwendig die Baarzahlung hervor, ohne die sich nicht ordentlich wirthschaften lasse und wolle man die Consumvereine volkswirthschaftlich gerecht werden sehen, müsse die Baarzahlung als erste Bedingung aufgestellt werden. In den nächsten Tagen werden nun hier Generalversammlungen der einzelnen Vereine stattfinden, um die von Hrn. Richter angeregten Ideen, welche großen Beifall gefunden, weiter zu verpflanzen. Gewiß dürfte manches auch für auswärtige Vereine von Nutzen sein.

Nachdem die Organisation den Zeitverhältnissen betreffend erörtert ging Hr. Richter über die weitere Organisation von Consumvereinen über, wozu er ein von ihm angefertigtes Normalstatut vorlegte, dessen erste Paragraphen er besprach und bei einging auf die formelle und materielle Lage der Vereine, die auch an Nichtmitglieder verlaufen, was gerade nicht zu empfehlen sei.

Nachträgliches aus dem Jahresbericht des Arbeiterfortbildungs-Vereins zu Glauchau.

Das vergangene Jahr ist wohl dasjenige für den Verein gewesen, in welchem er die Grundlage für seine spätere gedeihliche und den Mitgliedern nützliche Entwickelung gelegt hat. In richtiger Würdigung der Lage des Arbeiterstandes hat er sich hauptsächlich die Aufgabe gestellt, die häufige mangelhafte Bildung, welche ohne seine Schuld in natürlichen Ursachen ihren Grund hat, nach allen Seiten hin zu vervollkommnen. Denn nur auf dieser Grundlage läßt sich dann das materielle Wohl, das ganze Wohlbefinden des Arbeiterstandes dauernd verbessern, ja das Letztere folgt besserer Bildung auf dem Fuße nach. Es ist nun als eine erfreuliche Thatsache hinzustellen, daß das Streben nach Bildung und den von der Zeit geforderten erweiterten Kenntnissen unter den Arbeitern zum großen Theil Wurzel gefaßt hat, was sich im Vereine selbst dadurch bemerkbar gemacht hat, daß die wirkliche Mitgliederzahl von 144 am Schlusse des Jahres 1864 auf 330 gestiegen ist, wovon im Laufe des Jahres durch Tod (2), Auswanderung nach Amerika (4), Abreise oder anderen Gründen zusammen 66 ausgetreten sind, so daß Ende 1865 die wirkliche Mitgliederzahl 264 betrug. Die Vereinsversammlungen, welche in jeder Woche an drei Abenden stattfinden, waren immer zahlreich besucht. Als eine auffallende Erscheinung muß es dagegen angesehen werden, daß manche Berufsarten noch gar nicht, andere nur spärlich und zeitweilig vertreten sind.

Die Einnahme betrug während dieser Zeit 162 Thlr. — Ngr. 4 Pf., die Ausgabe 129 Thlr. 28 Ngr. 7 Pf. und wurden von dem Ausschuß 25 Thlr. als erster Beitrag zu einem Fond bestimmt, welcher zinsbar angelegt, später zur Beschaffung eines eigenen Vereinslokales verwendet werden soll.

Die Hülfsmittel nun, die der Verein nothwendigerweise zur Erreichung des Hauptzweckes bedarf, standen ihm leider nicht in dem Maße zu Gebote, als es im Interesse der guten Sache wünschenswerth gewesen wäre. Namentlich fehlte es noch an freien Vorträgen von geeigneten Persönlichkeiten, und sind die Bemühungen des Vereins zur Beschaffung derselben mit wenig Ausnahme von keinem Erfolg gewesen. Es müssen deshalb an deren Stelle den Zeitverhältnissen entsprechende oder der Wissenschaft angehörende Vorlesungen gesetzt werden, bei denen sich öfters lebhafte Debatte entwickelte. Namentlich waren es die verschiedenen in der Arbeiterfrage gemachten Reformvorschläge und außerhalb des Vereins bestehende Parteibestrebungen, welche Stoff und Anregung genug zum Gedankenaustausch boten.

Die Bibliothek des Vereins, welche fleißig benutzt wird, ist auf 110 Bände angewachsen, und ebenso besitzt der Verein ein Mikroskop mit 500facher Vergrößerung. Im Ganzen verfügte der Verein am Schlusse des Jahres 1865 über einen Vermögensbestand im Zeitwerth von 144 Thlrn. 2 Ngr. 1 Pf.

Ein Hauptmittel zur Erreichung des Vereinszweckes sieht der Verein aber in der Fortbildungsschule, welche im vergangenen Jahre durchschnittlich von 30 Mitgliedern besucht wurde und ebenso von den Mitgliedern des Gewerbvereins und Arbeitersfern benutzt werden kann. Ferner besuchte ein Theil der Mitglieder den vom Gewerbeverein veranstalteten Buchhaltungs-Cursus. Wenn nun zwar hiernach die Betheiligung an der Fortbildungsschule nicht im Vergleich zur Mitgliederzahl steht, so wird doch Jeder, der sich die Mühe nimmt, die Verhältnisse zu berücksichtigen, unter denen die meisten Arbeiter leben und erzogen worden sind, dies sehr erklärlich finden.

Um auch den Mitgliedern Gelegenheit zum Sparen zu geben und die Ersparnisse verzinslich anzulegen, wurde eine Sparkasse eingerichtet, in welcher vom September bis December 1865 116 Thlr. 4 Ngr. 5 Pf. eingezahlt und 25 Thlr. 15 Ngr. zurückgezahlt wurden.

Die von Zeit zu Zeit veranstalteten Abendunterhaltungen waren in ihrer mannigfachen Abwechselung für Jeden Veranlassung, dem Frohsinn und der Heiterkeit sich hinzugeben, und waren stets ein Beweis, daß wo Zufriedenheit auch Freude herrscht.

Möge es nun dem Vereine gelingen, auch in der Zukunft die edle Aufgabe, welche er sich gestellt, zu erfüllen, möge auch ferner „Bildung macht frei!“ seine Losung sein.

Erklärung.

Zürich, den 23. Mai.

Die in Lausanne am Pfingstmontag, den 21. Mai zur Berathung der vaterländischen Angelegenheiten versammelten deutschen Arbeiter aus verschiedenen Theilen der Schweiz, haben folgende Kundgebung beschlossen:

„In Anbetracht, daß die Politik deutscher Regierungen einen Krieg hervorzurufen droht, in welchem Deutsche gegen Deutsche kämpfen sollen, erklären wir:

> Wir verabscheuen jeden Bruderkrieg, und es ist die Pflicht aller Deutschen, mit allen Mitteln vorderhand passiven Widerstand gegen ein derartiges frevelhaftes Beginnen zu leisten, sollte es aber dennoch eine Regierung versuchen, bewaffnet gegen das Volk vorzugehen, so werden auch wir, wenn das Vaterland uns ruft, mit aller Entschiedenheit einstehen für die Rechte des Volkes.
>
> Zur Regelung der deutschen Mißverhältnisse, sowie als feste Bürgschaft zur Erhaltung des Friedens verlangen wir die sofortige Einberufung einer constituirenden deutschen Nationalversammlung, hervorgegangen aus allgemeiner gleicher und direkter Wahl, zur Wahrung der inneren und äußeren Unabhängigkeit und Stärke Deutschlands und die Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung. Wir fordern alle Deutsche, insbesondere den deutschen Arbeiterstand im Vaterlande dringend auf, in ähnlicher Weise kundgebend vorzugehen.

Politischer Theil.

Der Bruderkrieg.

(Nach der „Allgemeinen Zeitung“.)

Stockung aller Geschäfte, maßloses Sinken aller Werthe, Kreditlosigkeit, Bankrott und Elend aller Art geben einen kleinen Vorgeschmack dessen, was uns bevorsteht, wenn der Krieg über Deutschlands blühende, durch 50jährigen Frieden beglückte Fluren losbricht.

Eine Mobilmachung kostet in Preußen etwa 20 Millionen Thaler, die Unterhaltung des Heeres auf diesem Stande täglich eine halbe Million, wie weit reicht da der Staatsschatz? Außerdem hören 284,000, beziehungsweise 434,000 kräftige, rüstige Männer auf zu arbeiten und zu erwerben, müssen nun vielmehr selbst vom Staate unterhalten werden. Ihre Familien, welche sie größtentheils mit ihrer Hände Arbeit ernährten, sehen sich des Gatten, des Vaters, des rüstigen Sohnes, kurz des Erhalters und Ernährers beraubt, fast durchgängig in bitteren Mangel versetzt, sehr vielfach auf die Armenunterstützung der Gemeinde und des Kreises hingewiesen.

Die Folgen des Krieges selbst aber entziehen sich jeder Berechnung. Wer kann das zerstörte Familienglück, wer kann den Schmerz, den Kummer und die Leiden derer schätzen, welche Gatten, Väter, Söhne Brüder auf dem Schlachtfelde verloren oder siech und als Krüppel zurückkehren sehen — wer kann auch nur annähernd berechnen, was an vernichteter Arbeitskraft an zerstörtem Eigenthum aller Art verloren wird! Und wofür? Nicht um Deutschland vor fremder Gewalt zu schützen, sondern nur weil Preußen nach dem Besitz der Herzogthümer begehrlich die Hand ausstreckt, deren Recht auf Selbstständigkeit es selbst feierlich

vor ganz Europa anerkannte — oder vielmehr weil Preußen den Beruf erwählte, Deutschland zu „schützen“, d. h. die Militär-Oberhoheit über Deutschland sich anzumaßen.

Schon jetzt haben diese Rüstungen den Wohlstand vieler tausend Familien erschüttert und untergraben, Werth von vielen Millionen zerstört, die Finanzen der betreffenden Staaten erschöpft, deren keiner diesen Zustand nur noch wenige Wochen ohne völlige Zerrüttung seiner Finanzen ertragen kann. Was aber werden wird, wenn etwa 1½ Millionen deutscher Männer sich bekämpfen und hinmorden — dieß zu schildern, sträubt sich die Feder!

Und wenn der Kampf dann vorüber ist, wird Deutschland zwar verheert und tödtlich geschwächt sein, aber die trostlose Zweiherrschaft wird fortbestehen nach wie vor, die Dazwischenkunft dessen wird sie erhalten, der zu Auxerre sein drohendes Programm verkündete: den Haß gegen die Verträge von 1815. Von den Bestimmungen jener Verträge ist schon jetzt, nur wenig mehr übrig; der deutsche Rhein ist fast der einzige Rest davon.

So viel steht fest, daß, wenn die eigenen Brüder sich morden, die Feinde des Hauses des schließlichen Sieges gewiß sind; nichts scheint gewisser, als daß der Bruderkrieg mit dem Verlust der Rheinlande enden wird.

Politische Umschau.

Zutreffend und wenige Tage später durch die Thatsachen bestätigt, hat das „Coburger Tagblatt“ kurz vor dem Zusammentritt des sog. deutschen Abgeordnetentags die Stellung der deutschen Fortschritts- oder **Nationalvereinspartei** zu der Bismarck'schen Politik und die von dieser Partei mit der plötzlichen Zusammenberufung des Abgeordnetentags verfolgten Zwecke im Voraus signalisirt. Wir entnehmen dem darauf bezüglichen Artikel des Tagblatts vom 17. Mai Folgendes: „Es ist“, heißt es dort, „die Pflicht der Presse, mit der größten Wachsamkeit die Intriguen zu verfolgen, welche für die vaterlandsverrätherischen Zwecke der Partei Bismarck gesponnen werden. Bismarck ist es, trotz seiner durch und durch absolutistisch reactionären Ziele gelungen, nicht bloß die Feudalen, sowie die Pessimisten und die vom Teufel eines alles überwiegenden Ehrgeizes Besessenen unter der Demokratie für sich zu gewinnen, sondern er hat jetzt auch die mit einigen liberalen Phrasen und der Aussicht auf Einfluß und Carriere und bei ihrer sanguinischen Leichtgläubigkeit und Vertrauensseligkeit stets leicht verführbare liberale und soidisant „nationale“ Partei gewonnen, die ihren Uebertritt nur noch mit allerlei patriotischen Phrasen verhüllt, in der That aber mit allen Hebeln die Pläne Bismarcks unterstützt, der ihrer zur Zeit, zur liberalen Verbrämung seiner reactionären Pläne, und so lange bedarf, bis die Volkstäuschung gelungen ist und mit gründlicher Selbstoerrichtung der Mohr wie 1850 seine Dienste gethan hat. Auf diese unnatürliche und gefährliche Coalition und die Intriguen, welche unter allerhand täuschenden Umhüllungen von dieser Seite ausgehen, ist es Pflicht der Presse, die öffentliche Aufmerksamkeit fort und fort zu lenken. Den Plänen Bismarcks hinderlich ist einerseits die Eventualität einer Coalition der Mittel- und Kleinstaaten zu bewaffneter Neutralität, mit der Möglichkeit des Anschlusses an Oesterreich, sobald dieses Garantien gewährt; hinderlich ist ihm andererseits die von der Volkspartei in Süddeutschland betriebene Einmüthigkeit der Opposition des Volks in Süd- und Mitteldeutschland gegen die Politik, welche auf dem Wege der Vergewaltigung mit Hülfe des Auslands die Zweitheilung Deutschlands und die Einheit des Absolutismus über Gesammtdeutschland erstrebt und damit dessen Sieg für ganz Europa vorbereitet. Die Gemeinsamkeit der Interessen, der Selbsterhaltung der Dynastien auf der einen Seite und der freiheitlichen Interessen des Volkes auf der anderen Seite, welche von den Plänen der Bismarckschen Politik gleich sehr bedroht sind, machen zur Zeit ein wirksames Zusammengehen zwischen Volk und Regierungen in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten zu gemeinsamer Action gegen jene Politik möglich und nothwendig. Dieses Zusammengehen zu verhindern, ist die Voraussetzung für die Action Bismarcks. Er versucht dies für seinen Theil durch allerlei Verlockungen wie durch Drohungen, deren er sich gegen die einzelnen Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten, wie z. B. gegen Bayern einerseits, gegen Sachsen und Hannover andererseits bedient. Dies würde aber nicht genügen, er bedarf auch der Hülfe der Parteielemente, welche bisher Vertrauen beim Volke genossen haben. Die Ueberläufer der Democratie nützen ihm dabei nichts, weil sie bereits discreditirt sind, er bedient sich ihrer nur noch in der Presse, namentlich dazu, um seine Politik durch Umkleidung mit demokratischen Phrasen dem Volke mundgerecht zu machen. Aeußerst wichtig aber, durch bürgerliche und politische Stellung, durch Ansehen und Einfluß bei Volk und Regierung ist ihm die liberale Partei. Sie suchte er daher nunmehr noch zu gewinnen und er hat sie gewonnen. Sie benützen jetzt ihren Einfluß nach oben und unten zur Förderung dessen, den sie gewonnen zu haben meinen und der sie in seinen Netzen gefangen hat. In diesem Dienste arbeitet jetzt die „liberale“ und „nationale“ Presse, zunächst um die Bestrebungen der Volkspartei, deren Streben, Regierungen und Volk des übrigen Deutschlands zusammen zu gemeinsamem Widerstand zu vereinigen, — herabzusetzen und als unpraktisch und verkehrt zu discreditiren. Bei den Regierungen insbesondere aber fördert man von dieser Seite nach der von Bismarck erhaltenen Parole die unbedingte Neutralität, welche nach der Chablone des Meisters an der Seine die Lokalisirung des Krieges zwischen Preußen und Oesterreich möglich machen würde. Dieser Aufgabe hat sich die liberale (gothaische) Partei in Baden, welche zur Zeit dieses Land vollständig beherrscht, zuerst unterzogen. Von diesem Gesichtspunkt aus ist der Antrag auf absolute Neutralität Badens zu betrachten, welchen Hr. Professor Bluntschli in der ersten Kammer in Baden gestellt hat. Diese Einflüsse machen dem Hrn. v. Edelsheim in Baden, trotz seines aufrichtigen Willens, eine correkte Politik unmöglich. Von diesem Gesichtspunkt aus und mit Rücksicht auf diese Einflüsse zu beurtheilen ist die plötzliche Zusammenberufung des Abgeordnetentags auf den 20. Mai nach Frankfurt, der sich scheinbar so schön als Versammlung aller gewesenen und jetzigen Volksvertreter qualificirt. Allein man kennt die Persönlichkeiten des Ausschusses, die eben jetzt in Berlin mit dem Grafen Bismarck Unterhandlungen gepflogen haben, man kennt die zur Routine gewordenen Manöver derselben, um ihre wohl vorbereiteten Anträge, mit Eskamotirung aller Opposition, durchzubringen, zu genau, um nicht in dieser plötzlichen Berufung des Abgeordnetentages die großpreußische Kabale zu durchschauen, welche im Dienste der verschämten oder unverschämten Annexion, unfehlbar aber im Dienste der Annexion der Politik der absoluten Neutralität der Mittel- und Kleinstaaten durch den Ausspruch des Abgeordnetentags ein volksthümliches Relief geben und diese heillose Politik, im Interesse der großpreußischen Pläne in Mittel- und Süddeutschland nach oben und unten mundgerecht machen soll. So das „Coburger Tagblatt“ wenige Tage vor dem Abgeordnetentag — und nun vergleiche man die nachstehenden Verhandlungen desselben.

Frankfurt a. M., 20. Mai. (Verhandlungen des Abgeordnetentags.) Der sogen. Weimarer Abgeordnetentag, zu welchem sich etwa 250 Abgeordnete eingefunden hatten, trat heute Morgen unter dem Vorsitze des Dr. Sigmund Müller in Frankfurt zusammen. Saal und Tribünen sind von Zuhörern gefüllt, unter den letzteren bemerkt man die Gesandten von Baden, Rußland und Frankreich. Dr. Sigmund Müller aus Frankfurt eröffnet um 11 Uhr die Versammlung mit einer Ansprache, welche auf die Gründung des Abgeordnetentags Bezug nimmt und dessen Zusammentritt durch die gegenwärtige politische Lage motivirt. So lange die schleswig-holsteinische Frage ausschließlich auf der Tagesordnung gestanden, habe die Commission des Abgeordnetentags geglaubt, die Thätigkeit des speciell hiefür eingesetzten Sechsunddreißigerausschusses nicht durchkreuzen zu dürfen. Anders sei es jedoch in einem Augenblick, wo der Bürgerkrieg Deutschland bedrohe, und an die Mittel- und Kleinstaaten die Frage herantrete, ob sie an demselben sich zu betheiligen oder Neutralität einzuhalten haben. Die Landesvertretungen würden ihre Stimme hierüber abgeben müssen und der Abgeordnetentag habe den Zweck, eine gemeinsame Verständigung zu erzielen. Zum Präsidenten der Versammlung wurde hierauf v. Bennigsen aus Hannover gewählt; Dr. Barth und Müller als Stellvertreter.

Dr. Passavant aus Frankfurt schlägt vor, daß die anwesenden Frankfurter bei der Beschlußfassung eine Stimmenzahl von nur 10 repräsentiren sollen.

Schulze-Delitzsch aus Berlin tritt dem entgegen und will die Abstimmungen bei der Beschlußfassung nach Ländern getrennt wissen.

Frese (Berlin): Das Verlangen des Vorredners sei nicht gerechtfertigt, denn die anwesenden preußischen Abgeordneten könnten in ihrer kleinen Zahl nicht das preußische Abgeordnetenhaus repräsentiren.

Dr. Müller von Frankfurt für die Frankfurter Ansicht, welche schließlich von der Versammlung gebilligt wird. Letzterer verliest hierauf die eingegangenen Resolutionsanträge. Der Antrag Venedey's auf Constituirung als Vorparlament und Einberufung des Parlaments durch dieses findet nicht die genügende Unterstützung und ist deshalb als beseitigt zu betrachten. Dasselbe geschah bezüglich des Antrags von Dr. Heldmann in Selters, auf Constituirung eines Wohlfahrtsausschusses. Ein Antrag von Welcker in Heidelberg findet genügende Unterstützung, wird aber später zurückgezogen.

Ein solcher von Dr. Passavant und Dr. S. Müller in Frankfurt im Namen von 40 Abgeordneten richtet sich gegen den Bürgerkrieg und Bundesfriedensbruch; gegen die Verbindung mit dem Ausland, als Hochverrath; gegen die „gewaltsame“ Annexionspolitik der preußischen Regierung in Schleswig-Holstein; fordert zur Beseitigung der Gefahr des Bürgerkriegs und für die wirkliche Einigung und freiheitliche Entwicklung Deutschlands das Parlament; bezeichnet aber diejenigen Regierungen als dazu nicht befähigt, welche im eigenen Lande das Verfassungsrecht mißachten; richtet sich ferner gegen jede Herrschaft des einen deutschen Staates über den anderen und fordert Regierungen und Volk zum thatkräftigen Entgegentreten gegen jeden solchen Versuch, wie gegen jede Einmischung des Auslandes auf.

Als Zusatz hierzu stellt A. Gögg (Baden) folgenden Antrag:

„In den Mittel- und Kleinstaaten, nicht in irgend einem Großstaat, liegt gegenwärtig die Rettung Deutschlands gegen innere und äußere Feinde. Ihre heilige Pflicht in diesem Augenblick ist, ein Schutz- und Trutzbündniß unter einander zu schließen und sofort die ganze Wehrkraft des Volkes zu organisiren. Sämmtliche Mitglieder der jetzigen Kammern verpflichten sich, ihren Regierungen nur unter der Bedingung Gelder zu Militärzwecken zu bewilligen, daß diese ihren Landtagen ohne Weiteres ein Gesetz über die Organisation der Miliz vorlegen.“

Der Ausschußantrag ist in seinem Kern im Interesse der großpreußischen Politik auf unbedingte Neutralität der Mittel- und Kleinstaaten Deutschlands gerichtet, deren Kräfte „frisch“ erhalten werden sollen, um wenn Preußen unter Preisgebung deutschen Gebietes, welche der Antrag verdammt, in dem so lokalisirten Kriege gegen Oesterreich gesiegt hat, dann allein die Integrität Deutschlands gegen das Ausland und — gegen das mit ihm einverstandene Preußen zu schützen!

Die Aufgabe, diesen Ausschußantrag zu vertheidigen, hat Dr. Völk aus Augsburg auf sich genommen, und mit geschickter Umgehung der Hauptsachen advocatorisch gewandt zu lösen gesucht.

Dr. Völk aus Augsburg als Berichterstatter: Es sei schwer, ja fast unmöglich, bei der großen Meinungsverschiedenheit, welche über die politischen Fragen im Augenblick in Deutschland herrsche, Beschlüsse zu fassen, welche nach allen Seiten hin befriedigten. Er bitte, dieser Schwierigkeit Rechnung zu tragen, und bei der Debatte den Blick auf das große Ganze, in welchem Alle übereinstimmen — die unheilvolle Lage des Vaterlandes — nicht durch Parteistandpunkte sich trüben zu lassen. Redner geht die einzelnen Sätze der vom Ausschuß vorgeschlagenen Resolutionen durch und wirft einen Rückblick auf das Verfahren der beiden Großmächte in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit. Die Politik Beider sei gleich verdammenswerth, gleich unheilvoll gewesen und habe zu der jetzigen Verwicklung nothwendig führen müssen. Preußen treffe hierbei die größere Schuld; es habe die Annexion der Herzogthümer „gewaltsam“ durchführen wollen und damit den eigentlichen Zankapfel geschaffen. Wie die Sache auch jetzt liege, den Beginn und die Ursache des Haders, der jetzt in einen Bürgerkrieg auszubrechen drohe, habe man nicht in Oesterreich, sondern in dem preußischen Regimente zu suchen. (Bravo.) Nicht der Krieg an und für sich sei das höchste Uebel, dem eine Nation ausgesetzt sein könne — denn es gebe große Krisen, in denen die unlösbaren Gegensätze nur durch den Krieg beseitigt werden können — aber ein Krieg ohne große nationale Ziele, ein Krieg, in welchem habsburgischer Ultramontanismus und hohenzollern'sches Junkerthum sich gegenüberständen — dieser Krieg sei sicher als ein schweres Unglück für Deutschland zu betrachten. (Bravo.) Aus ihm werde nie die Freiheit und Einheit Deutschlands hervorgehen. Siege Preußen, so werde der Sieg dem Junkerthum und dem Militärdespotismus zu Gute kommen; siege Oesterreich, wo man es nicht einmal so weit gebracht habe, den deutschen Namen zu Ehren zu bringen, dem Deutschen seine Rechte zu verschaffen (Bravo), so werde der Sieg nicht Deutschland zu

Gute kommen, sondern die Entgermanisirung Oesterreichs zur Folge haben. (Oho!) Pietisten und Soldaten würden sich in die Heerschaft theilen. (In diesem Augenblicke fallen im Saal mehrere Kanonenschläge; eine ungeheuere Aufregung bemächtigt sich des Publikums, das nach den Thüren stürzt, und nur mit großer Mühe gelingt es, die Ruhe wieder herzustellen. Die Tribünen sind beim Wiederbeginn der Verhandlungen zum größeren Theil geleert). Der Redner fährt fort, nachdem er die Versammlung aufgefordert, sich durch solche Bubenstücke nicht stören zu lassen. Darin sei Deutschland einig, daß, wenn dieser unheilvolle Krieg wirklich ausbrechen sollte, das deutsche Volk jeder Einmischung des Auslandes, vielleicht gar einer Abtretung deutschen Gebiets sich bis zum Aeußersten widersetzen werde. Jeden, stehe er auch noch so hoch, der einen so fluchwürdigen Gedanken hege, müsse die Strafe des Landesverräthers treffen. Redner erinnert hierauf an die von Thiers in dem französischen gesetzgebenden Körper geäußerten Meinungen, die nach seiner Ansicht nicht der Ausdruck der öffentlichen Meinung Frankreichs sind. Wäre es jemals möglich, daß die Rheinlande an Frankreich abgetreten würden, so hätte Frankreich ein zehnfaches Venetien; das deutsche Volk werde nie ruhen, bis dieses Venetien dem Vaterlande wieder gewonnen wäre. — Weil nun, wie der Redner ganz richtig ausführte, von dem Sieg Preußens wie Oesterreichs für das deutsche Vaterland gleichsehr die größten Gefahren drohen, — so soll (zur Sicherung der preußischen Spitze) in dem bevorstehenden Krieg der beiden Großmächte das **übrige** Deutschland sich **nicht** einigen und organisiren, um diesen Gefahren gerüstet gegenüberzustehen, sondern es ist die Aufgabe der Mittelstaaten in der gegenwärtigen Krise nach des Redners Ansicht die Neutralität — mit der Drohung, daß der erste der beiden Großmächte, welcher diese **Neutralität** verletze, als Feind erklärt werde. (?) (Abermals ein Kanonenschlag.) Er wisse daß die Ansichten sehr getheilt seien. (Stimmen: Ja, sehr!) Gewiß aber sei die Ansicht zu verwerfen, daß die Mittelstaaten, in dem trügerischen Glauben, den Frieden zu erhalten, ohne jede Garantie für die künftige nationale Entwickelung sich auf die Seite des einen oder des anderen der streitenden Theile stellen sollten. Der Ausschuß glaube, daß keine Landesvertretung die Mittel zu einer solchen Parteinahme ohne die bündigsten Garantien bewilligen dürfe, daß der Ausgang des Krieges nicht zu den partikularistischen Zwecken einer der beiden Großmächte ausgenutzt werde. *) — Auf den letzten Satz der Resolutionen (das Parlament) übergehend, erklärt sich Redner gegen die Ansicht, daß der Parlamentsvorschlag Preußens zurückgewiesen werden müsse, weil er aus Bismarck's Händen komme. Der Gedanke eines Parlaments stehe so hoch, daß er auch durch den schmutzigsten Mund, der ihn ausspreche, nicht entweiht werden könne. (?) Die eigensinnige (?) Zurückweisung des Parlaments, weil es diesmal von einer wirklichen Macht geboten werde, würde politischer Männer nicht würdig sein. Ebenso unpolitisch sei es, die Zustimmung zu dem Parlamentsplan von der Vorlage des vollständigen Bundesreformprojektes zu verlangen; denn dann werde man nie ein Parlament bekommen. Wenn die Regierungen der Einberufung des Parlaments widerstrebten, so habe das Volk sie zu verlangen. Aber es müsse Selbstverläugnung üben, die Bevölkerung des einzelnen Staates müsse sich den Zwecken des großen Ganzen unterordnen. Diesen Gedanken habe er, Redner, von jeher hoch gehalten, sein Herz schlage warm für das große deutsche Vaterland. (Aber mindestens ohne alle Logik! D. Red.)

Welcker aus Heidelberg: In den politischen Bestrebungen der neueren Zeit sei man vielfach von den Grundsätzen abgewichen, welche stets die leitenden

*) Das muthet ihnen Niemand, am wenigsten die Volkspartei, zu. Diese verlangt vielmehr, daß das übrige Deutschland, von dessen Haltung jetzt allein die nationale Zukunft Deutschlands abhängt, **sofort** im umfassendsten Sinne, durch die Bewaffnung der gesammten wehrfähigen Volkskräfte, sich rüstet und als Krystallisationskern für alle Volksstämme Gesammtdeutschlands mit allen einheitlichen und freiheitlichen Garantien sich organisirt und so zwischen jene beiden tritt. Dann wird es sich zeigen, wie weit die reactionären Regierungen Oesterreichs und Preußens im Stande sind, ihr Volk, statt zum Anschluß an dieses, im Kern bereits nach den Wünschen aller ehrlichen Patrioten organisirte übrige Deutschland, zum Bruderkriege gegen dasselbe und zu dessen Zertrümmerung in's Feld zu führen! Der Augenblick ist verhängnißvoll, in weniger als Monatsfrist kann es zu spät sein. Nur die größte Bornirtheit oder der Verrath können die Sammlung des deutschen Volkes um diese Fahne zu verhindern suchen. D. Red.

Sterne einer wahrhaft nationalen Politik bleiben müßten. Dahin gehöre vor Allem das Verlassen des Rechtsstandpunktes — die sog. Machtpolitik, zu der sich leider auch sonst freisinnige Männer hätten hinreißen lassen. Die vorgeschlagenen Resolutionen heben nach des Redners Ansicht diesen Rechtsstandpunkt nicht genug hervor; die Neutralität ist ihm ein politisches Unding; Niemand könne im Zweifel sein, daß Preußen gewaltsam die Ausdehnung seiner Macht in Deutschland suche. Dem entgegenzutreten sei die Pflicht aller deutschen Staaten. Würden sie dies nicht thun, so hätten sie damit das nationale Recht preisgegeben. (Sehr richtig! Bravo!) Unter der scheinbaren Neutralität verberge sich eine Parteinahme für Bismarck (Bravo), nur wenn 9 Millionen bewaffnete Deutsche dem Friedensbrecher sich entgegenstellen, könne der Frieden noch erhalten bleiben. Dem Auslande gegenüber könne Deutschland nur durch allgemeine Volksbewaffnung stark sein. Redner erklärt sich schließlich mit den Anträgen von Dr. Müller und Passavant im Wesentlichen einverstanden.

Dr. Passavant begründet seinen Antrag. Er führt aus, daß dieser Antrag sich namentlich durch Punkt 4 von dem Ausschußantrag unterscheide. Der Krieg, wenn er einmal ausgebrochen sei, werde kein Kabinetskrieg bleiben, sondern das geistige Band zwischen Nord- und Süddeutschland zerreißen. Die Neutralität sei unmöglich; man könne den Krieg nicht lokalisiren, schon ein Blick auf die Karte zeige dies. Auch die Großmächte würden dies nicht zugeben. Glaube irgend Jemand im Ernste, daß, wenn Oesterreich und Preußen sich zerfleischt hätten, die südwestdeutschen Staaten die Rheingrenze gegen Frankreich zu schützen vermöchten? Gewiß nicht. Auf dieser Voraussetzung aber beruhe der Ausschußantrag; deshalb sei er nicht stichhaltig. Werde einmal der Dualismus in Deutschland hergestellt, die Politik der Mainlinie verwirklicht sein — und dies würde jedenfalls die Folge eines Sieges Preußens sein — so sei die Einigung Deutschlands vielleicht auf Jahrhunderte unmöglich gemacht. Nur wenn alle deutschen Staaten nach Herstellung eines festen Bündnisses unter sich die Partei Oesterreichs ergriffen, könne den Uebergriffen Preußens ein Ziel gesetzt, könne der Frieden erhalten bleiben. Einer solchen Koalition gegenüber werde es nicht wagen, den Krieg zu beginnen. (Sehr richtig.) Recht und Moral stehen im Augenblick auf Seiten Oesterreichs, wie verwerflich auch seine frühere Haltung war; gibt die preußische Regierung, die man gewiß nicht mit dem preußischen Volke verwechselt, ihre Pläne nach gewaltsamer Ausdehnung der eigenen Macht nicht auf, so verlangen es Recht und Moral, sich auf die Seite Oesterreichs zu stellen. (Bravo!)

Gaegg aus Baden will die ganze Wehrkraft des Volkes organisirt haben; in einer Zeit, wo vielleicht Deutschland das Schicksal Polens haben werde, müsse die ganze Nation in Waffen für ihre Existenz einstehen; keine Landesvertretung dürfe einer Regierung Geld verwilligen, welche dies verweigere.

Schulze-Delitzsch (Berlin) legt zunächst Verwahrung gegen die vorhinnige Demonstration (die Kanonenschläge) ein, von denen er hofft, daß die Volks-Polizei die Urheber ausfindig machen werde. Seine zweite Verwahrung richtet sich gegen den Vorwurf, daß die Ausschußanträge eine versteckte Bismarckerei seien; nur der Unverstand (?) könne so sprechen, und derartige Phrasen (??) seien eben so verächtlich*), wie die feige Demonstration mit den Kanonenschlägen. Zur Sache übergehend glaubt Redner, daß die Parteinahme für den einen oder anderen der streitenden Theile weit entfernt, den Frieden zu erhalten, den Kriegsausbruch beschleunigen und den Krieg erbitterter machen würde. Daß die größten Antipathieen in ganz Deutschland sich gegen die preußische Regierung richten, könne vor allen Anderen der Preuße selbst am Besten begreifen, der ja am Schwersten gegen diese Politik, durch die Preußen gänzlich isolirt sei, gekämpft habe. Aber werde Oesterreich jemals eine einheitliche Entwicklung Deutschlands fördern, werde es sie fördern können? (Wer verlangt denn etwa eine Oesterreichische „Spitze" statt der preußischen? Das deutsche Volk will eben gar keine Spitzenpolitik. D. Red.) Kein Einsichtiger, der den geschichtlichen Zusammenhang und die Natur des Kaiserstaates kenne, werde dies behaupten. Oesterreich werde dem Einigungsdrang der deutschen Nation stets entgegentreten müssen; weiche es einmal von dieser Politik ab, so handle es sich ebenso gegen die wahren Interessen des eigenen Staates, wie dies in Preußen die gegenwärtige freiheitsfeindliche Regierung durch die Politik der letzten Jahre gethan habe. Redner erinnert an die Tschechisirungs-Bestrebungen in Böhmen an das Konkordat, die religiöse Intoleranz in Tirol und beleuchtet dagegen die Ziele, welche Preußen naturgemäß erstreben müsse. „Der Beruf Preußens" bleibe derselbe, wenn auch die gegenwärtige Regierung sich in den schärfsten Gegensatz zu den Volksrechten gestellt habe. Aber gerade diese Volksrechte würden in der jetzigen Krise zur Geltung kommen. (Auch wenn das übrige Deutschland die Hände neutral in die Taschen steckt? D. Red.) Nicht Preußen, sondern Oesterreich habe ein Interesse daran, Krieg zu führen (Oho). Welche wirthschaftlichen Consequenzen werde ein Sieg Oesterreichs haben? Die allerschlimmsten! Das preußische Volk habe das Vertrauen auf die Beziehungen in welchen es zu Deutschland stehe, noch nicht verloren. Eine wahre Begriffsverwirrung herrsche jetzt über Preußen, man mache das Volk für die Handlungen der Regierung verantwortlich. Der preußische Verfassungskampf habe Garantien für die freiheitliche Entwicklung in Deutschland, sein Sieg werde der Anfang einer neuen Zeitepoche sein; die preußische Regierung könne nicht handeln wie sie wolle, sondern sie müsse das Volk fragen (Gelächter von einigen Seiten.) Blicke man aber hin nach Oesterreich, so sei von einem wirklichen Widerstand des Volkes gegen die Reactionstendenzen der Regierung nichts zu sehen. Man wünsche in Preußen nicht den Krieg. — Sei aber der Staat einmal in einen Krieg gegen Oesterreich verwickelt, so werde das Volk sich vor Oesterreichs Tendenzen schützen müssen, der Krieg werde dann ein Volkskrieg (?) werden und zu guten Zielen führen, wie jeder Volkskrieg. In Preußen verlange Niemand (?) den Krieg, während in Oesterreich Alles nach dem Krieg lechze. (Oho, Oho!) Zu einem Theil der Mitglieder gewendet: Ihre Unterbrechungen werden mich so wenig stören, als Ihre Kanonenschläge! — (Große Aufregung. Es wird allgemein der Ordnungsruf gegen den Redner verlangt; er erklärt seine Aeußerung für ein „Mißverständniß.") — Herr Schulze führt dann aus, daß die preußische Regierung, wolle sie einen erfolgreichen Krieg führen, dem deutschen, wie dem eigenen Volke, große Zugeständnisse machen müsse; er empfiehlt die Annahme der Ausschußanträge, welche auf den Satz zurückzuführen seien, daß die Mittelstaaten ihre Kräfte, die Deutschland nach dem Kriege nöthig genug haben werde, — nicht „vorzeitig erschöpfen" sollten.

*) „Du hast Unrecht Zeus, denn Du wirst böse." (Aus Lucians Göttergesprächen.)

v. Neergaard aus Kiel warnt vor Sympathieen und Antipathieen, die theilweise bis zur Leidenschaftlichkeit gesteigert seien und den Blick trüben (Bravo.) Er erklärt sich gegen den Ausschußantrag, der in seinen Consequenzen ungeheuerlich sei. Zwei Brüder sollen sich zerfleischen und der Dritte, die Hände in der Tasche, ruhig zusehen. Wolle man das dem deutschen Volke rathen? Sei es nicht besser zu erklären, daß der Erste, welcher den Bundeskrieg beginne oder denselben heraufbeschwöre, die beiden Anderen zum Feinde habe? Und weßhalb werde der Krieg geführt? Weil Preußen Schleswig-Holstein vergewaltigen, Oesterreich dies nicht zulassen wolle. Mit der Herstellung des Selbstbestimmungsrechts der Herzogthümer werde der Zankapfel beseitigt sein. Es liege somit in der Hand Preußens, den Frieden zu erhalten. Es möge Schleswig-Holstein konstituiren, so sei die Ursache des Krieges beseitigt; wolle es dies nicht, so sei es im Unrecht und könne sich nicht beklagen, wenn die übrigen deutschen Staaten Partei gegen es ergreifen. Die aber wollen, daß die Schleswig-Holsteiner Sklaven ihrer deutschen Brüder in Preußen werden sollten, bei denen werde Schleswig-Holstein sich keines Rathes erholen.

Bluntschli (Heidelberg) wendet sich gegen eine Aeußerung des Vorredners, der gesagt habe, daß die Neutralität Verrath sein würde. Sei man denn jetzt schon über die Ziele, welche jede der beiden Kriegsparteien verfolge, klar? Er, Redner, sei dies wenigstens nicht, (???) er wisse nur, daß sehr viel dynastisches Interesse im Spiele, von deutschen Volksrechten keine Rede sei; so lange man dies sehe, müsse man sich neutral verhalten (und sich bei Leibe nicht organisiren und waffnen, um die Erreichung der Volksrechte zu sichern. D. Red.) Wohl sei das Recht die Grundlage der Staaten, aber nicht ein einzelnes Recht, sondern das Recht der nationalen Gestaltung, und für dieses Recht werde „vielleicht" Preußen kämpfen. (Gelächter.) Für die Erhaltung des alten schmachvollen Zustandes, des s. g. Bundesrechts, aber könne Deutschland nicht kämpfen. Ein Sieg Oesterreichs bedeute Restauration, Legitimität und Niederwerfung der Errungenschaften der Neuzeit. Dagegen werde Frankreich, werde Italien, überhaupt das Ausland sich auflehnen. Dem Westen gegenüber habe Deutschland nur durch ein mächtiges

Preußen Sicherheit, deshalb dürfe man diesen Staat nicht zertrümmern lassen.

Abg. Dr. Frese aus Preußen gegen den Ausschußantrag. Er will keine Schuld daran tragen, daß eine so unheilvolle Erklärung zu Stande komme. Sie sei das Werk derselben Männer, welche die bekannte Erklärung des Nationalvereins kürzlich in Berlin zu Stande gebracht haben; sie könne deßhalb Niemanden überraschen. Der großpreußische Liberalismus habe bereits das Recht Schleswig-Holsteins in die Schanze geschlagen, ein Gleiches solle durch diese Erklärung an dem deutschen Recht verübt werden. Vor zwei Jahren sei von Johann Jacoby das letzte Wort für das Recht Schleswig-Holsteins im preußischen Abgeordnetenhause eingelegt worden. Jacoby habe aber damals seinen Antrag zurückziehen müssen, um nicht auf das preußische Abgeordnetenhaus die Schmach zu laden, das Recht Schleswig-Holsteins durch eine förmliche Abstimmung zu verleugnen. (Langanhaltendes Bravo.) Man spreche hier viel von dem österreichischen Konkordate, aber Oesterreich habe keinen Obertribunalsbeschluß und was mehr sei, es habe keinen Liberalismus, der der Sache der Freiheit untreu geworden sei. (Anhaltendes Bravo.) Die großpreußische Presse sei die unsittlichste, die wohl je dagewesen und habe viel an der jetzigen Lage verschuldet. Diese Lage werde für Preußen herbeiführen, was Oesterreich bereits habe — die Papiergeld wirthschaft. Man möge nur hinblicken auf die Kundgebungen des preußischen Volkes, ob dieses den Krieg für die preußische Machtvergrößerung wünsche? Es sage sich los von dem Machtschwindel des Doctrinarismus und verlange das Selbstbestimmungsrecht für Schleswig-Holstein. In Rheinpreußen, in Ostpreußen sei man vorangegangen mit dieser heilsamen Rückkehr zur Einsicht; auch die Berliner werden ihre Großpreußen los werden, wenn man ihnen nur vom übrigen Deutschland her zu Hilfe komme. — Redner kritisirt dann im Einzelnen den Ausschußantrag, welcher den Kern der Sache nicht treffe. Nicht von Ministern und von Fürsten sei das jetzige Unheil herbeigeführt, sondern offen spreche der gemeine Reservist, der jetzt in Preußen gezwungen unter die Fahnen trete, den Namen des Mannes aus, der den Krieg herbeigeführt. Und dieser deutlich sich aussprechenden Stimmung des Volkes wage der Ausschußantrag nicht einmal Ausdruck zu geben! (Bravo.) Die Urheber des Ausschußantrags seien Mitglieder des Nationalvereins, desselben Nationalvereins, der stets gegen den Gedanken der Trias gekämpft habe — und sonderbarerweise verlangten sie jetzt die faktische Herstellung dieser Trias in Gestalt einer dritten neutralen Gruppe. Die Rolle, die man dem dritten Deutschland hier zutheilen wolle, sei etwa die der „Füchse" auf der Universität, welche bei einer Paukerei wachen müssen, daß der „Pudel" nicht komme. Derartige Beschlüsse einer Versammlung deutscher Abgeordneten vorzulegen, sei geradezu unwürdig. (Bravo.) Er hoffe, daß die Mittel- und Kleinstaaten für die ihnen zugedachte Rolle sich bedanken und dagegen sagen werden: „Neutralität ist der Krieg." (Bravo!) Man habe gesagt, daß die Zerreißung Deutschlands in Nord- und Süddeutschlands „eines" der größten Uebel sein werde. Es sei nicht eines, sondern das größte Unglück. Die Erinnerung an einen Bruderkrieg werde Nord- und Süddeutschland für immer scheiden. (Sehr richtig!) Von dem Parlamentsprojekt Bismarcks sei kaum im Ernst zu sprechen, es sei nur zur Verschleppung anderer Fragen bestimmt und das Volk selbst darüber bereits zur Tagesordnung übergegangen. In den Ausschußanträgen sei von Schleswig-Holsteins Recht gar nicht die Rede; dieses Recht werde als ein Opferlamm auf dem Altar des Großpreußenthums niedergelegt. (Bravo.) Redner bittet zum Schluß, von ihm, der gewiß dem Großpreußenthum nicht huldige, ein Wort als Preuße zu vernehmen: „Im Namen Preußens helfen Sie uns, unsere Rechte wiederherstellen, helfen Sie uns, die Berliner Kriegspartei dahin zu bringen, wohin sie gehört: unter die Füße!" (Lang anhaltendes Bravo.) Nur dann wird Preußen frei, wenn es in Deutschland aufgeht, geht aber Deutschland in Preußen auf, dann gnade Gott denen, die nach uns kommen werden!" (Stürmischer Beifall.)

Dr. Braun aus Wiesbaden, an die letzten Worte des Vorredners anknüpfend, wirft die Frage auf, ob man dem preußischen Volke dadurch helfen werde, daß man seine Vertreter, die Jahre lang für dessen Rechte gestritten, in's Gesicht schlage? Der Vorredner habe nicht als Preuße gesprochen, er habe Krankheitssymptome und Krankheitsursachen verwechselt. Er vertheidigt die Ausschußanträge. Der Sinn der Letzteren sei, daß die Mittel- und Kleinstaaten sich so lange vom Krieg fern halten sollen, als derselbe ein Kabinetskrieg sei.

Knies aus Baden ergeht sich in einer längeren Erörterung über die Beschlüsse und beantragt den Schluß der Verhandlungen, nachdem noch ein Redner für und ein Redner gegen die Ausschußanträge gehört sei.

Der Schluß der Verhandlungen wird beschlossen und nur noch dem Berichterstatter Dr. Völk das Wort ertheilt. — Er glaubt, daß alle sachlichen Einwendungen gegen die Ausschußanträge widerlegt worden seien (!!) und bedauert die Gereiztheit, mit der die Debatten zum Theil auf das Gebiet des Persönlichen verlegt wurden. Aber man müsse auch derartiges über sich ergehen lassen, wenn es sich um das Wohl des Vaterlandes (Richtiger um ein Programm, das man nicht aufgeben will. D. Red.) handle. Er begründet nochmals die Ausschußanträge und empfiehlt dringend deren Annahme.

Welcker aus Heidelberg zieht hierauf seinen Antrag zu Gunsten des Passavant'schen Antrags zurück. Der Letztere wird bei der Abstimmung abgelehnt und die Ausschußanträge mit überwiegender Mehrheit angenommen. — Künftig wird wohl Niemand mehr diese Herren bei ihren Versammlungen behelligen, so daß sie alle ihre Beschlüsse werden einstimmig fassen können.

Frankfurt a. M. Um auch die Volksstimmung, gegenüber den künstlich zu Stande gebrachten Demonstrationen des Großpreußenthums im Abgeordnetentag zum Ausdruck zu bringen, hatte die Volkspartei eine große Volksversammlung im Cirkus hier an dem Nachmittag desselben Tages veranstaltet. Dieselbe (auf 3000 Theilnehmer geschätzt) war berufen von Bebel in Leipzig, Crämer von Doos bei Nürnberg, Eichelsdörfer aus Baden, K. Grün (Frankfurt), A. Gögg aus Offenburg, Kolb von Speyer, jetzt in Frankfurt, Dr. Morgenstern aus Baiern, Carl Mayer von Eßlingen, jetzt in Stuttgart, R. v. Neergaard in Kiel, A. Röckel und Gustav Struve, beide jetzt in Frankfurt, Trabert in Hanau (Kurhessen).

Tagesordnung: 1) der Krieg, 2) Schleswig-Holstein, 3) das Parlament, 4) Mittel der Abwehr. — Die Versammlung bildete einen erfreulichen Gegensatz zu der lauen, flauen Haltung des Abgeordnetentages. Vorsitzender: Kolb aus Speyer. Folgende Erklärungen wurden einstimmig angenommen:

1) Gegen die friedensbrecherische Politik der preußischen Regierung ist der bewaffnete Widerstand Deutschlands geboten. Neutralität ist Feigheit oder Verrath.

2) Schleswig-Holstein ist sofort auf Grund des bestehenden Rechtes als selbstständiger Staat zu constituiren; ohne Weiteres ist die holsteinische Stimme am Bunde wieder in Kraft zu setzen und das holsteinische Contingent zu bilden.

3) Der preußische Parlamentsvorschlag ist unbedingt zu verwerfen; nur eine constituirende mit der nöthigen Macht ausgestattete Volksvertretung Gesammt-Deutschlands kann über die Verfassung des Vaterlandes endgiltig entscheiden.

4) Wir verlangen von den Regierungen die Herstellung der Grundrechte des deutschen Volkes und die gesetzliche Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung.

5) Die Versammlung fordert das Volk in allen deutschen Staaten dringend auf, Angesichts der jetzigen Gefahr und Noth überall in Stadt und Land in politische Vereine zusammentreten.

Ferner wurde am Schlusse ein Ausschuß von zwölf Mitgliedern erwählt: (Bebel, Eichelsdörfer, Karl Grün, A. Gögg, Kolb, Dr. Morgenstern, v. Neergard, A. Röckel, Gustav Struve, Trabert und Crämer, welche ein Programm zu entwerfen haben, das an einem Tage allen bestehenden und noch zu gründenden deutschen Volksvereinen zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll. Diese Vereine sollen dann Delegirte nach Frankfurt zur Bildung eines ständigen Ausschusses senden.

Aus den Verhandlungen nur andeutungsweise Folgendes: Trabert aus Kurhessen begründet Punkt 1. Neutralität sei unmöglich: Von der Compromißpolitik appellire er an das Volk. Einheit durch Freiheit. Bebel aus Leipzig ebenfalls gegen Neutralität, welche den Annexionsappetit Preußens nur steigern würde. May aus Altona (lebhaft empfangen) gegen den Abgeordnetentag. Der Bundestag möge so schlecht sein wie er wolle; wenn er für den Frieden eintrete, müsse das Volk hinter ihm stehen. In Holstein trete Oesterreich wenigstens nicht als Feind des öffentlichen Rechts auf, folglich sei unsere Stellung neben Oesterreich. Karl Grün gegen das von Bismarck geschenkte Parlament. Karl Mayer aus Stuttgart für allgemeine Volksbewaffnung, die allein frei mache. Ebenso Baist aus Zürich. Dr. Lerchenau aus Wien vertheidigt Oesterreich. Welker, Arbeiter aus Frankfurt, befürwortet die Bildung einer eigenen Arbeiterpartei.

Die antipreußische Rede des preußischen Abgeordneten **Frese** macht der Berliner Volkszeitung großen Kummer. „Wenn man es einem Schleswig-Holsteiner allenfalls nachsieht, wenn er in der Sache seines Landes den Centralpunkt erblickt, um den sich alles Andere drehen muß, (was nämlich nicht großpreußisch ist, das gilt der Volkszeitung und den Gothaern als beschränkt und partikularistisch, d. Red.), so kann man es einem preußischen Abgeordneten niemals verzeihen, gegen das preußische Abgeordnetenhaus vor einer anderen Versammlung in so gehässiger Weise aufzutreten. Das geht denn doch zu weit über die gebotene Bekämpfung des gegenwärtigen Systems hinaus." — So die Wehklage der Volkszeitung, die dann einen durch und durch parteiisch gefärbten Bericht der Verhandlungen des Abgeordnetentags gibt.

Oeffentliche Erklärung.

Die Abgeordneten aus Schleswig-Holstein, welche zum Abgeordnetentag erschienen waren, halten sich verpflichtet zu erklären, daß sie ohne Ausnahme gegen den vom Ausschuß vorgelegten Antrag gestimmt haben.

Frankfurt a. M., 20. Mai 1866.

Dr. Heiberg, A. T. Thomsen, Arp, Dr. v. Maack, Töge Lorenzen, R. H. Timm, C. Riepen, J. Gülich, M. Schlichting, Chr. Meyer, W. H. Busch, L. Meyn, E. Bruhn, Otto Ottens, P. J. Lichtwerk, Wyneken, A. Lübbe, Joh. Fr. Mommsen, Funke, R. Bünger, H. Schütt, R. M. Pflug, A. Hansen, Ed. Lorentzen, Graf E. Baudissin, C. Mahlstedt, R. v. Neergard, P. M. Pauls, Chr. Koch.

(In verschiedenen Süddeutschen Blättern findet sich die Aufforderung an alle übrigen Betheiligten beim Abgeordnetentag, mit ihrer Namensunterschrift ebenfalls so einzustehen für ihre Abstimmung.)

Göttingen, 20. Mai. Professor **Ewald**, einer der Göttinger Sieben von 1837, erläßt in der „N. F. Z." Folgendes:

„Ein paar Worte aus der Zeit."

„Nachdem die preußische Regierung die deutschen Dinge öffentlich und geheim dahin gebracht hat, wo sie jetzt stehen, und kein Deutscher sich mehr entschuldigen kann, er wisse nicht, was seine eigene Pflicht sei, ist meine Meinung, 1) daß jeder Deutsche sowohl innerhalb als außerhalb der preußischen Länder zum Verräther Deutschlands wird, wenn er durch Wort oder That ihre Pläne unterstützt; 2) daß jede deutsche Regierung dasselbe Verbrechen des Verraths an dem deutschen Bunde als der heute gesetzlichen Gesammtheit der deutschen Fürsten und Völker begeht, welche irgendwie auch nur durch Nachgeben und Ablenken von dem klaren Wege des Rechtes jene preußischen Bestrebungen unterstützt; 3) daß vor Allem die schleswig-holsteinische Sache, wie sie durch die ächte deutsche Treue jenes Volkes und seines rechtmäßigen Herzogs in ihrer fleckenlosen Reinheit bis jetzt sich erhalten hat, durch die Anstrengung des deutschen Volkes und des Bundes ihrem Rechte gemäß festgestellt werden muß; und 4) daß die nothwendige Verbesserung des deutschen Bundes nur durch diese Feststellung richtig vorbereitet, nach ihr aber ungesäumt ausgeführt werden kann. — Ich habe bei wichtigen öffentlichen Fragen nie eine Entschließung gefaßt oder kundgethan, ohne mich streng zu fragen, ob Jedermann so wie ich handeln könne, und wenn er nicht zum Verderben wirken wolle, so handeln müsse. Männern ziemt es, je näher die Gefahr rückt, ihr desto entschlossener zu begegnen: will man nun in dieser Sache sich wieder eben jetzt, da sie ernst wird, halben, schwachen und verkehrten Gedanken, ja feigen Ausflüchten hingeben? wieder mit müßigen Betrachtungen spielen, um die nächste Pflicht zu vergessen? Wo sind die Männer von 1813—1815? wo die am 18. October 1863 überall auf deutscher Erde zum Himmel gesandten Gelübde? wo auch nur die Männer vom Ende des Jahres 1859? Ein **Verbrechen**, wie es hier begangen werden soll, ist in der Geschichte aller Völker unerhört; **aber es auch nur herankommen zu lassen die schimpflichste Feigheit.**

Frankfurt. In der Bundesversammlung vom 19. d. Mts. wurde von den Regierungen Bayern, Würtemberg, Baden, Großh. Hessen, Nassau, S. Weimar, S. Coburg-Gotha und S. Meiningen der Antrag eingebracht: „Hohe Bundesversammlung wolle an alle diejenigen Bundesglieder, welche militärische, über den Friedensstand hinausgehende Maßnahmen oder Rüstungen vorgenommen haben, das Ersuchen

richten, in der nächsten Sitzung der Bundesversammlung zu erklären: ob und unter welchen Voraussetzungen sie bereit seien, gleichzeitig, und zwar von einem in der Bundesversammlung zu vereinbarenden Tage, an die Zurückführung ihrer Streitkräfte auf den Friedensstand anzuordnen." In der nämlichen Sitzung erklärte der Vorsitzende im Auftrage Oesterreichs: es werden zwischen Preußen und Hannover bundeswidrige Verhandlungen gepflogen, weshalb er beauftragt sei, die hohe Versammlung zu veranlassen, beide Staaten auf die noch zu Recht bestehenden Bundespflichten aufmerksam zu machen.

In der Sitzung am 24. Mai wurde dieser Antrag einstimmig angenommen. Preußen insbesondere hat durch seinen Vertreter unter Zustimmung zu dem Bamberger Antrag die schleunigste Beschlußfassung über den Parlamentsantrag empfohlen, als den Weg, auf welchem sich der von den deutschen Volksstämmen nicht gewünschte Krieg vermeiden lasse. — An die Mittheilung des „Dresdener Journals" über den am 25. Mai erfolgenden Zusammentritt des Congresses, welche allerdings so „verfrüht" war, wie das von den Zeitungen gebrachte Telegramm über den Einmarsch der Russen und Türken in der Moldau, — schließen sich doch weitere Nachrichten über ziemlich sichere Aussichten auf das Zustandekommen des Congresses. Kurz wir schwimmen wieder einmal im Friedensfahrwasser. Wir geben indessen auf alle diese Nachrichten, bei dem stetigen Aufmarsch der beiderseitigen Armeen, gar nichts. Ein Congreß unter solchen Umständen ist stets nur eine Komödie gewesen, hervorgerufen von den Kriegsparteien, deren jede gern die Verantwortung für das Scheitern der Friedensbemühungen der andern aufhalsen möchte. Die Heuchelei spielt dabei die Hauptrolle.

Preußische Rüstungen. Wie die „Schles. Ztg." erfährt, sollen im Sinn einer strengen Defensive (?) vorläufig 4 Armeen concentrirt werden, und zwar wird die

1. Armee, bestehend aus dem 7. und 8. Armeecorps, nebst westphälischer und rheinischer Landwehr bei Wetzlar ein Lager beziehen, wie es heißt zum Schutz der Rheinlande gegen die süddeutschen Contingente, welche sich bei Bamberg versammeln.

Die 2. Armee, formirt aus dem 4. Corps und Landwehr-Infanterie des 1., 2. u. 4. Corps wird bei Erfurt Stellung nehmen, um sowohl die Provinz Sachsen zu schützen, als eventuell mit der 1. Armee zu cooperiren, wobei die Eisenbahn über Kassel für besonders wichtig erachtet wird.

Die 3. Armee, Garde- und 3. Armee-Corps, soll vorläufig bei Berlin u. Frankfurt a. O. verbleiben, um die Hauptstadt zu decken, resp. zur Hauptarmee in Schlesien zu rücken.

Die Hauptarmee, 5., 6., 1. und 2. Armeecorps wird zwischen Neisse und Gleiwitz versammelt: sie soll Schlesien schützen, welches durch die österreichischen Truppenanhäufungen bei Olmütz zunächst bedroht ist. Im Nothfalle würde das 3. und Gardecorps per Eisenbahn dorthin befördert werden können.

Die Armeen sollen geführt werden von dem Kronprinzen, dem Prinzen Friedrich Karl, **dem Herzog von Coburg** (?!) und dem Herzog Wilhelm von Mecklenburg. Bis zum 15. Juni sollen sich die Corps in ihren Stellungen befinden.

Stuttgart, Mittwoch, 23. Mai. Heute Vormittag 11 Uhr ist unser außerordentlicher Landtag von Sr. Majestät dem Könige mit einer Thronrede eröffnet worden, in welcher auf die Gefahr des drohenden Krieges und das Bestreben der Regierung dieses Unheil abzuwenden; ferner auf die Nothwendigkeit einer Lösung der Schleswig-Holsteinischen Sache im Sinne des Rechts, und einer Reform des Bundes mit der dem Volke gebührenden Theilnahme an seinen gemeinsamen föderativen Angelegenheiten; sowie für den Fall des Krieges auf die Nothwendigkeit fester Einigung mit anderen, gleichgesinnten deutschen Staaten hingewiesen wird. Hierfür wird die Unterstützung der Landesvertretung verlangt.

München, 23. Mai. Der Oberbefehl über die gesammte bayerische Armee ist dem Prinzen Karl von Bayern übertragen und General v. d. Tann ist zu seinem Generalstabschef ernannt worden. Beide gehören der **preußischen** Partei am Hof an. Pflicht der bayerischen Kammer wird es sein, dies nicht zu übersehen.

Der „Kreuzzeitung" schreibt man aus **Paris**: „Benedek hat das Commando der Nordarmee nur unter verschiedenen Bedingungen angenommen. Ich kenne deren zwei: daß er keinen Erzherzog unter seinem Befehl habe, und daß im Falle des Sieges er nicht verhindert werde, in Berlin einzuziehen." — Der „Köln. Ztg." schreibt man darüber: Benedek hat sich ausbedungen: 1) daß die Nordarmee mindestens 300,000 Mann für die Offensive stark sein müsse; 2) daß kein Erzherzog sich bei seinem Commando befinde. (Der ganze Schwarm der unfähigen Erzherzöge begibt sich nun nach Italien, wo sie in den Festungen wenigstens nicht schädlich sind. Ihnen schließen sich die weggejagten italienischen Fürsten und Prinzen an, die nach Wiedererlangung ihrer Throne und Thrönchen lechzen. Der junge Fürst von Toskana hat sich in Wien bereits einen Purpurmantel bestellt, um „feierlich" einziehen zu können.) 3) hat Benedek (von Geburt ein Ungar) die Bedingungen gestellt, sich seinen Generalstab selbst auswählen zu dürfen. Da es bekannt im Heere ist, daß der Feldzeugmeister ein arger Deutschenhasser ist, der wo möglich auch keinen deutschen Offizier bei seinem Regimente duldet, so hat er vorzugsweise vielen ungarischen, polnischen und anderen nichtdeutschen Offizieren die wichtigsten Stellungen in seiner Umgebung verliehen. Auch die in ihrer Mehrheit freilich meist unbrauchbare österreichische Aristokratie ist bei dieser Gelegenheit nur sehr spärlich bedacht worden.

Bukarest, Dienstag 22. Mai, Nachm. 4 Uhr. Soeben fand der Einzug des Prinzen Karl von Hohenzollern unter Kanonendonner und Glockengeläute statt. An der Barriere empfing der Prinz ihm dargereichtes Brot und Salz und fuhr sofort zur Kammer und der Metropolitankirche. Heute Abend ist allgemeine Illumination. Die Sache ist so schnell gegangen, weil die Donaufürstenthümer als der natürliche Ausgleichsgegenstand für Venetien betrachtet werden, falls Oesterreich Venetien sich ablaufen läßt, dadurch mit Italien in's Reine kommt, den Krieg mit diesem vermeidet und so es von der fatalen Bundesgenossenschaft mit der Bismarckei befreit. Graf Bismarck, der den Krieg unbedingt braucht, und Italien dazu nöthig hat, hat deshalb den Fürsten von Hohenzollern Hals über Kopf nach Rumänien geschickt, um sich dieses Ausgleichsgegenstandes vorweg zu versichern und dadurch eine Verständigung zwischen Oesterreich und Italien mindestens zu erschweren.

Autographirte Correspondenz aus der Schweiz, 10. Mai. Jeder Sohn des deutschen Vaterlandes hier draußen verfolgt den Gang der Dinge mit Schmerz und Zorn. Im Alpenland würde man kurzen Proceß machen, wenn es der Berner Regierung einfiele, mit "Blut und Eisen" die übrigen Kantone unterwerfen zu wollen. In Deutschland dagegen gestattet man der verruchten Politik vaterlandsloser Junker ungehemmte Entfaltung. Bruder und Bürgerkrieg — das ist die „moralische Eroberung Deutschlands", welche die Regierung Wilhelms I. einst ankündigte. Mit vollendetem Staatsjesuitismus zerreißt sie die letzten schwachen Bundesbande, welche die verschiedenen Stämme Deutschlands umschlingen. Wollte sie ihren heißen Eifer für Reform unserer schlechten Bundesverfassung befriedigen, so hatte sie oft genug Gelegenheit dazu mit redlichen, friedlichen Mitteln. Statt dessen treibt sie ländersüchtige Sonderbündelei; statt Deutschland einig zu machen, spaltet sie es in zwei, drei Stücke. Die empörenste Sophistik und Rabulistik kommt jetzt aus Berlin. Preußen allein darf rüsten; alle Andern müssen stillhalten. Wer Miene macht, sich zu wehren ist Friedensstörer und Angreifer. Man wird an Götz von Berlichingen erinnert: „Ruh und Frieden? Ich glaub's wohl! Die wünscht jeder Raubvogel, die Beute nach Bequemlichkeit zu verzehren."

Dabei verfährt die preußische Regierung nach Napoleonischen Rezepten. Um Gimpel zu fangen, verschmäht sie es nicht, das Volk mit einem deutschen Parlament zu kirren, während sie nicht entfernt daran denkt, eine richtige beschließende, verfassunggebende Vertretung des deutschen Volkes wählen zu lassen. Sie will das allgemeine Stimmrecht eben so gut wie Napoleon III. zu scheußlichem Despotismus verwenden. Der Landesverrath ist von der jetzigen preußischen Politik unzertrennlich. Die angeblich erfolglosen Verhandlungen Bismarcks mit Napoleon zu Biarritz vor anderthalb Jahren tragen heute ihre Früchte. Das begreift der Blödsichtigste, daß das heutige Großpreußenthum nicht so offen und schamlos auftreten würde, wenn es nicht mit Napoleon einverstanden wäre. Preußen erniedrigt sich zum Vasallen und Werkzeug Napoleons; Preußen, einst der schärfste Gegner des Onkels, stellt sich unter das Protektorat des Neffen. Dieser wiederholt in seiner Rede zu Auxerre laut, was er oft erklärte: wie sehr er die Verträge von 1815 verabscheut. Seine Generäle und Zeitungen sprechen ganz offen davon, daß der Rhein wieder französisch werden müsse. Napoleon III. würde den Ankauf Preußens zu einer Vergrößerung nicht dulden, wenn er nichts dafür bekäme. Er hat ja selbst gesagt, daß er sich nur für Ideen rühre, d. h. er macht nur Zug um Zug Geschäfte. Savoyen und Nizza sprechen deutlich genug. Von Preußen würde er das linke Rheinufer verlangen oder hat es bereits verlangt oder gar, wie unheimliche Gerüchte gehen, zugesagt erhalten, mindestens Rheinpreußen, Rheinbayern und das herrliche Saarkohlbecken. Und wenn nicht, so würde er es sich nehmen, als Ausgleichung dafür, daß Preußen Schleswig-Holstein und anderes deutsches Land einsteckte. Nie würde er es wagen, das einige Deutschland anzugreifen; vor einem drohenden Volkskrieg hat er denselben gebührenden Respekt wie der Onkel. Dagegen ein gespaltenes, zerrissenes, sich gegenseitig abschlachtendes Deutschland, dies Bismarck'sche Ideal, böte ihm eine unwiderstehliche, siegverheißende Lockung. Ein von Preußen entzündeter Bruderkrieg wäre für ihn die direkte Einladung, eine Militär-Promenade bis zum Rhein zu machen und abzuwarten, wer ihn wieder fortbrächte. Daß Bismarck im Süden Triest und Südtyrol den Italienern preisgegeben, ist leider nur zu wahrscheinlich. Von jeher ist, in Folge der Erbärmlichkeit seiner Fürsten, das geduldige Deutschland geplündert worden, d. h. es hat sich plündern lassen und nie etwas von dem Geraubten wiederbekommen.

Die ganze verächtliche Pfiffigkeit der preußischen Politik läuft also darauf hinaus, daß Deutschland klein werde soll, damit Hohenzollern und seine Junker groß werden. Es kann aber sehr leicht dahin kommen, daß durch die kurzsichtige, frivole Korpsburschenpolitik der Junker Preußen klein, verschwindend klein wird. Kaiser Napoleon ist bekanntlich unberechenbar, seine Politik ist ein Handschuh, der sich jeden Augenblick umdrehen läßt. Um eine möglichst ausgedehnte Gebietsvergrößerung einzuheimsen, könnte er es später leicht in seinem Interesse finden, sich rasch mit Oesterreich wegen Venetien, vielleicht auch mit Rußland wegen der Donaufürstenthümer zu verständigen und somit Preußen vollständig zu isoliren. Rheinprovinz, Schlesien, Ostpreußen, — für alles und jedes würden sich fingerfertige Liebhaber finden. Kurz und schlecht, die preußische Regierung stürzt das gesammte Deutschland in unabsehbare Wirren und Gefahren.

Wer ist nun der Schuldige? Bismarck ist es bei weitem nicht allein; von einem volksfeindlichen Junker, der seit 4 Jahren die Landesvertreter außer Athem reitet, (freilich nicht ohne ihre Schuld), läßt sich nichts Anderes erwarten. Napoleon III. ist es auch nicht, nach Beute auf der Lauer liegen und Rache für Belle-Alliance suchen, das ist sein Geschäft. Dagegen ist bei den unvolksthümlichen Regierungen Oesterreichs und fast aller deutschen Mittel- und Kleinstaaten die Verschuldung offenkundig. Das unverbesserliche Habsburg wird für seine Sünden von dem Mitsünder Hohenzollern heimgesucht und den andern deutschen Regierungen drohen von ihrer Berliner Collegin dieselbe Mißhandlung, die sie ihren Völkern so reichlich haben angedeihen lassen.

Einen großen Theil der Schuld an der preußischen Mißregierung nach innen und außen trägt leider die Kammeropposition selbst. Die Fortschrittspartei machte zu ihrer Loosung: Entschiedenheit und — Mäßigung. Sie hat aber mäßige Entschiedenheit und entschiedene Mäßigung geübt. Glänzend in Worten, bleich in Thaten, hat sie den gesetzverachtenden Hochmuth der junkerlichen Kunstreiter mit groß gezogen. Sie hat sogar geschwiegen und schweigt noch, wo sie wenigstens reden sollte. Das Recht des Volkes der Elbherzogthümer auf Selbstbestimmung hat sie Anfangs vertheidigt, nachher in die Ecke geworfen. Gegen die einfältige, verbrecherische Eroberungspolitik, welche

Deutschlands Grenzgebiete dem Auslande preisgibt, hat sie kaum Wort gefunden; kräftigen Widerstand zu organisiren, ist ihr gar nicht eingefallen. Ja sie scheut sich nicht, Mitschuldige des neuen deutschen Unglücks zu werden.

Aber der Hauptschuldige ist doch immer das gesammte deutsche Volk selbst, welches seit alter Zeit fort und fort Schändung aller Art sich hat gefallen lassen. Soll auch heute noch seine Geduld unerschöpflich sein, gegenüber der drohenden Schmach politischer Theilung?*) Wird es nicht endlich Anstalt machen, mit seinen unwürdigen Regierungen und Leitern einen gründlichen Kehraus zu tanzen?

Die erste und heiligste Pflicht jedes braven Deutschen, und vorab jedes Rheinländers ist es, auf der Wacht zu stehen gegen die äußeren Feinde, welche den Boden unseres Vaterlandes bedrohen, und gegen die inneren Feinde, welche jenen die Wege dazu bereiten. Die Nationalehre sollen alle guten Patrioten in erster Linie wahren. Und ehrhaft, wehrhaft! Nichts anderes hilft, als daß wir uns selbst helfen. Schreiten wir darum aller Orten zu der Organisation und Bewaffnung, wie das Flugblatt aus der Schweiz: „Macht euch wehrhaft!“ sie geschildert hat. Erhebt euch, ein Volk in Waffen, und Deutschlands Feinde sinken in den Staub!

Ein Volksprogramm für die Gegenwart.

(Vorgeschlagen von E. A. Roßmäßler.)

Wer konnte noch vor einem Monate ahnen, daß wir durch einen plötzlich hervorbrechenden Windstoß an einen Abgrund gerissen werden würden, welcher Deutschlands Gedeihen zu verschlingen droht! Zwar züngelten schon Wochen vorher aus den düstern Gewitterwolken des Notenwechsels die Blitze hinüber und herüber — aber Jedermann hoffte, daß sich das Gewitter ohne Ausbruch wieder verziehen werde.

Ist es da ein Wunder, wenn sich die verschiedenen freisinnigen Parteien des Volkes über ihre Taktik nicht sogleich klar werden können? Ist es da ein Wunder, wenn selbst die demokratische Partei noch nicht zu einem Programm gediehen ist?

Prüfe man nachfolgende kurze Sätze und wenn man in ihnen die Berechtigung der Wahrheit findet, so beherzige man sie.

1.

Vor Allem ist dem Ausbruche des Krieges nach allen Kräften entgegenzuarbeiten, eines Krieges, den man einen Bürgerkrieg nennt, während es keiner sein würde; denn es stehen nicht deutsche Bürger feindselig und kampfbereit einander gegenüber, sondern commandirte und stumm gehorchende Berufs-Soldaten.

2.

Die Folgen des drohenden Krieges, welcher nur ein Ringen zweier Regentenhäuser um größeren Gebiet- und Machtbesitz sein würde, könnten nur sein: 1) Ruin des materiellen Wohlstandes und des geistigen Fortschritts des deutschen Volkes; 2) Verbitterung der deutschen Volksstämme gegen einander durch Uebermuth der überwindenden einerseits und Groll der überwundenen andererseits; — 3) Verlust deutscher Gebietstheile, da eine Einmischung des rheingrenzlüsternen Franzosenkaisers unmöglich ausbleiben würde; — 4) entweder eine Mainlinientheilung Deutschlands zwischen Oesterreich und Preußen, oder (wie Varnhagen von Ense seiner Zeit sagte) „ein geschwollenes Preußen und ein mageres Deutschland“ oder endlich ein Uebergewicht des sich auf nichtdeutsche Bajonnette stützenden Concordat-Oesterreichs.

3.

Es ist daher die Aufgabe des Volkes, die Wiederkehr ähnlicher unheilvoller Verwicklungen für die Zukunft unmöglich zu machen. Es sind zu Erreichung dieses Zieles, welches Deutschland, wenn es sich in ruhigem Gedeihen entwickeln will, erstreben muß, nur zwei Wege möglich aber auch unerläßlich. Erstens Einführung der allgemeinen Volkswehr an Stelle der stehenden Heere und zweitens — wo es in den Verfassungsurkunden dem Regenten vorbehalten ist — Beseitigung des ausschließenden Rechtes der Regenten, über Krieg und Frieden zu beschließen. Dieses Vorrecht und die stehenden Heere sind das dünne Haar, an welchem das Damoklesschwert dynastischer Binnenkriege fortwährend über dem Haupte Deutschlands schwebt.

4.

Bei der monarchischen Regierungsform der deutschen Einzelstaaten ist ohne Anwendung gewaltsamer Mittel, von welcher Seite sie auch kommen mögen, eine centralistische Einigung Deutschlands eine Unmöglichkeit. Eine stückweise Annexionseinigung — gleichviel ob von Preußen oder von Oesterreich aus — müßte Deutschland in endlose Wirren stürzen. Daher hat das Volk im gegenwärtigen Augenblicke nur eine solche Einigung Deutschlands zu erstreben, wie sie in der Reichsverfassung von 1849 hinsichtlich der obersten für alle Einzelstaaten gleichgeltenden Verwaltungsfragen geschaffen ist.

5.

Zur Erreichung dieses Zweckes sind von Seiten des Volkes alle Anstrengungen zu machen, um ein deutsches Parlament durchzusetzen, hervorgegangen aus Wahlen, wie sie das deutsche Reichswahlgesetz vom 12. April 1849 vorschreibt, und ausgestattet mit constituirender Vollmacht.

6.

Wenn also nach diesen Anschauungen das Einigungsbestreben des Volkes von den thatsächlichen Verhältnissen sich Schranken auferlegt sieht, so hemmt nichts seine Bestrebungen nach der Erringung der Freiheit in den Einzelstaaten, und in der eben angedeuteten, vor der Hand erreichbaren, Gesammtverwaltung der deutschen Angelegenheiten.

Außer dem schon in Punkt 3 Angedeuteten hat sich die ganze Kraft des Fortschritts in den Einzelstaaten auf folgende Ziele zu richten: 1) Hebung der leiblichen, sittlichen und intellectuellen Volksbildung (durch Trennung der Volksschule von der Kirche, Trennung der Kirche vom Staate und dieses von jener, Hebung der Lehrerbildungsanstalten und Besserstellung der Lehrer, Erhebung der Volksschule zu einer aus der Staatskasse zu erhaltenden Staatsanstalt, Herbeischaffung von Mitteln und Anstalten zur Weiterbildung der den Schulen Entwachsenen, namentlich der Arbeiterklassen); — 2) freie Selbstverwaltung der Gemeinden; — 3) Hebung des Rechtsbewußtseins im Volke (durch Unabhängigkeit der Gerichte, Geschworenengerichte mit öffentlichem und mündlichem Verfahren, namentlich auch in politischen und Preßprocessen); — 4) Förderung der politischen Bildung des Volkes (durch eine wahrhaft freie Presse, freies Versammlungs- und Vereinsrecht); — 5) Förderung des Wohlstandes und Befreiung der ehrlichen Arbeit von jeglicher Fessel (durch Errichtung eines deutschen Heimaths- und Staatsbürgerrechts, Freizügigkeit, Genossenschaftsrecht).

Dieses sind die Grundzüge eines Volksprogramms, wie es die augenblickliche Lage Deutschlands zu gebieten scheint. Prüfet, ob es vor der Volksvernunft — die jetzt zum Worte kommen muß — bestehen kann.

*) Wir erinnern an die Artikel der Arbeiterzeitung aus G. Struve's „Diesseits und Jenseits des Oceans“, — „wie der deutsche Reichsapfel immer kleiner wurde“.

Vom Büchertisch.

Paris. La Mutualité, Revue du travail et des sociétés coopératives, 37, rue Serpente, Paris, 5 fr. par an, publie dans son numéro du 15 mai les articles suivants:

La Ligue du Bien public, Ed. Potonié. — L'Association polytechnique, Pierre Vinçard. — L'Irlande et le journal l'Association, Ch. O'Keenan. — Le journal la Liberté et les associations ouvrières, Pierre Vinçard. — D'une institution de crédit littéraire, T. Puech. — L'enfant de fabrique, Jules Vinçard. — Impôt et monnaie, Gust. Langlois. — Conférence d'économie industrielle, Ev. Thévenin. — Les sourds-muets rendus à la vie sociale, Lapeyre. — La situation des peintres en bâtiment, Etienne Fauris. — Nouveau projet de loi sur les sociétés coopératives. — Bulletin, Jules Vinçard, Ch. O'Keenan.

Briefkasten.

Hrn. O. St. u. Comp. in B.: Nachdem Sie wiederholter Mahnung ungeachtet, die seit Monaten rückständigen Abonnementsgelder für 25 Exemplare Arbeiterzeitung nicht gezahlt haben, haben wir Ihnen angezeigt, daß wir den Betrag auf Sie nachnehmen werden, darauf haben Sie geschwiegen, dann aber unsere Nachnahme mit dem Bemerken zurückgehen lassen, daß das Geld eingesandt sei. Das Geld haben Sie aber ebenfalls nicht eingesandt, wir wollen dieses Verhalten nicht näher charakterisiren, wir erklären Ihnen aber, daß wir Ihre volle Adresse in nächster Nummer nennen werden, wenn Sie bis dahin den schuldigen Betrag nicht eingesendet haben. — Hrn. W. in K.: Wir bitten wiederholt um nunmehrige Einsendung der rückständigen Abonnementsgelder für bezogene 25 Exemplare und werden nach Ablauf von 8 Tagen den Betrag auf Sie nachnehmen. Bei den Opfern, die wir für das gemeinsame Organ bringen, finden wir dergleichen lange Zahlungsäumnisse doch mehr als rücksichtslos.

Inhaltsverzeichniß

der in L. Schweigert's Verlag in Coburg erscheinenden „Deutschen Wehrzeitung“ Nr. 121:

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert in Coburg.

Letzte Nummer. Coburg.

Vierter Jahrgang.

Mittwoch, 8. August 1866.

Erscheint jeden Sonntag.

Bestellpreis
orauszahlbar, vierteljähr-
ch 40 kr. oder 12 Sgr. hier am
rt und bei dem Bezug durch den
uchhandel. Bei Bestellung durch
e Post kommt der betreffende
Postaufschlag hinzu.

rbeitervereine oder einzelne
rbeitsgenossen erhalten für das
bonnentensammeln bei minde-
ns 25 Exemplaren bei directem
ezug 15 Procent Vergütung und
f Verlangen auf je 25 Exemplare
2 Freiexemplare.

estellungen, Briefe und Sendun-
n frankirt an die „Expedi-
ion der Arbeiterzeitung"
Bezirk III. Nr. 6. Coburg.

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung.

Organ der deutschen Arbeiterbildungsvereine.

Herausgegeben vom

Arbeiterfortbildungsverein in Coburg.

Durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie durch alle Postanstalten und in directer Bestellung bei der Expedition hier zu beziehen. Directe Bestellungen von 25 Exemplaren oder mehr in einem Packet, liefert die Expedition portofrei nach allen Theilen des deutschen Postvereinsgebietes.

Ankündigungsgebühr

4 kr. oder 1 Sgr. für die

3 spaltige Petitzeile oder deren Raum. Für Arbeitsgesuche und Angebote die Hälfte der Ankündigungsgebühr. Sammler von Anzeigen erhalten 15 Proc. Vergütung. Ein Viertheil des Reinertrags des Blattes ist für Zwecke im Gesammtinteresse des Arbeiterstandes bestimmt.

Die Freiheit ist kein Geschenk des Zufalls oder der Gnade, sie ist die kostbare aber unvergängliche Frucht ernsten sittlichen Strebens, lang ausdauernder, mühsamer Arbeit, deren Erfolg durch die Bildung bedingt ist.

Die uns bereiteten, auf Zugrunderichtung unserer Blätter berechneten Hemmnisse, deren wir andeutungsweise schon in unserer vorigen Nummer gedacht haben, nöthigen uns, die „Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung" bis auf Weiteres einzustellen. Indem wir für die Zeit von der letzten Nummer 181 und 182 bis heute noch die heutige Doppelnummer geben, schließen wir für jetzt unsere, durch bald fünf Jahre hindurch, mit schweren Opfern an Zeit, Arbeit und Vermögen, fortgeführten Anstrengungen, den Arbeitern ein ganz unabhängiges, treues Organ zu erhalten. Für den Augenblick sind überdies noch viele Vereine durch Arbeitslosigkeit ihrer Mitglieder und durch Einziehung derselben für die eine oder andere der im Bruderkampf gegenüber gestandenen Armeen, fast bis zur thatsächlichen Auflösung reducirt und die meisten sind, wie wir uns inzwischen haben überzeugen müssen, nicht im Stande, das gemeinsame Organ zur Zeit weiter zu beziehen; die einen aus Mangel an Mitteln, die anderen weil die Gewalt ihnen den Postbezug nicht gestattet, während der Bezug durch den Buchhandel, dessen Weg unvermeidlich über das noch von Preußen besetzte Leipzig führt, das Blatt thatsächlich einer Censur unterstellt, welche, wenn die Redaction nicht ihrer Ueberzeugung untreu werden soll, dasselbe mit unerträglichen Censurlücken in die Hände seiner Leser führen würde. Unter diesen Umständen würden die für die Fortsetzung des Blattes zu bringenden Opfer in keinem Verhältniß stehen zu der Wirkung.

Trotz dieser uns abgezwungenen zeitweiligen Einstellung des Blattes ist der Plan einer Ersetzung der Arbeiterzeitung durch ein ihre Aufgabe nicht nur treu fortsetzendes, sondern dieselbe umfassender vertretendes Organ, noch durchaus nicht aufgegeben. Die socialen und politischen Ideen, welche die Arbeiterzeitung vertritt, dürfen, wenn sie siegen sollen, ihre Verbreitung nicht bloß auf die Arbeiterkreise beschränken, sondern ihre Propaganda muß sich hinaus erstrecken auf das gesammte Volk, um die überall dagegen ankämpfenden Vorurtheile zu überwinden. Dem entsprechend sind wir mit dem ständigen Ausschuß des deutschen Arbeitervereinstags in dessen letzter Sitzung am 10. Juni d. J. dahin einig geworden, daß die Arbeiterzeitung überhaupt nur etwa noch dieses Quartal hindurch fortgeführt werde, und daß dieselbe dann durch ein, diese weitere Aufgabe umfassendes neues Organ, eine „deutsche Volkszeitung", welche ohne Preiserhöhung, außer dem Aufschlag der Post, täglich neben dem gleichen politischen und socialen Theil auch die Vereinsangelegenheiten, die bisher in der Arbeiterzeitung geschehen, behandeln soll, und wodurch die Arbeiter ein fast gleich billiges, aber täglich erscheinendes und auf viel weitere Kreise wirkendes, von den bisherigen Mitarbeitern der Arbeiterzeitung nach wie vor gefördertes Organ erhalten würden. Die Vereinbarung mit dem ständigen Ausschuß ging dabei dahin, daß zu der so beabsichtigten deutschen Volkszeitung, die von uns herausgegebene „Volkszeitung für Thüringen und Franken", das unseren Lesern seiner Richtung nach bereits hinreichend bekannte „Coburger Tagblatt" sich erweitern solle. Dieser Plan wird jedoch Modificationen erleiden müssen. Abgesehen von der durch seine geographische Lage bedingten Erschwerung der Verbindungen für ein größeres Preßunternehmen, erscheint Coburg nicht mehr als geeigneter Platz für deutsche Bestrebungen. Das neue Unternehmen wird also schwerlich seine bleibende Stätte hier finden können. Ob es überhaupt noch irgendwo in dem ehemaligen Deutschland eine solche finden kann, ist freilich eine Frage, die sich heute noch nicht beantworten läßt.

Auf alle Fälle verbietet die Ungunst der Zeitverhältnisse jede Zersplitterung der Kräfte und macht vielmehr eine strengere Zusammenfassung derselben, der geistigen wie der finanziellen, nothwendig, wenn die verfolgte soziale wie politische Aufgabe nicht ganz aufgegeben werden soll. So werden wir denn vorerst versuchsweise für die in der Arbeiterzeitung verfolgte politische und sociale Aufgabe, unterstützt von den ständigen Mitarbeitern der Arbeiterzeitung, in der „Volkszeitung für Thüringen und Franken," dem „Coburger Tagblatt," welches längst eine bloß lokale Bedeutung abgestreift hat, unsere Thätigkeit fortsetzen und fordern, unter Bezugnahme auf die weiter unten ersichtliche Abonnements-Einladung dieses Blattes, alle bisherigen Freunde der Arbeiterzeitung auf, durch Abonnement und durch geeignete Mittheilungen, bei diesem Blatt, dessen Format und Verlags-Preis trotz wöchentlich sechsmaligem Erscheinen der gleiche der Arbeiterzeitung ist, uns bis dahin zu unterstützen, wo es gestattet sein wird, die nur theilweise unterbrochene Wirksamkeit in der „deutschen Volkszeitung" in ausgedehnterem Umfang und mit verstärkten Kräften wieder aufzunehmen.

Coburg, Ende Juli 1866.

Die Redaction der allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
F. Streit.

☞ Den Postabonnenten werden wir von nun an das „Coburger Tagblatt", Volkszeitung für Thüringen und Franken, wovon eine Probenummer hier beiliegt, liefern. Die Abonnenten im Buchhandel, ersuchen wir dagegen, das „Coburger Tagblatt" bei der nächsten Poststelle zu bestellen. Das gleiche Ersuchen richten wir an diejenigen, welche die Arbeiterzeitung bisher unter Kreuzband direct von uns bezogen haben. Denjenigen, directen Abonnenten, welche bereits für die Arbeiterzeitung den Abonnementsbetrag bei uns eingezahlt haben, werden wir denselben Behufs Bestellung des Tagblatts bei ihren Poststellen, zurückerstatten. Mögen nun die Freunde der Arbeiterzeitung nach dessen Einsichtnahme selbst ermessen, ob sie sich mit diesem, von uns in gleichem Geiste geleiteten Blatte, so viel befreunden können, um uns bis zum Inslebentreten der die Arbeiterzeitung ersetzenden „deutschen Volkszeitung" so treu zu bleiben, wie wir fast fünf Jahre hindurch, ohne Rücksicht auf uns selbst, der Arbeiterzeitung treu geblieben sind.

Die Expedition der allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
(F. Streit's Verlagsbuchhandlung.)

Einladung zum Abonnement

auf das Coburger Tagblatt („Volkszeitung für Thüringen und Franken.")

Das „Coburger Tagblatt" hat mit Anfang dieses Monats ein neues Vierteljahres-Abonnement begonnen, zu welchem hiermit freundlichst eingeladen wird.

Das „Coburger Tagblatt" steht in politischen wie in socialen Dingen auf Seiten des Volkes, gegen seine offenen und verkappten Feinde, für dessen ganzes Recht und ganze Freiheit. Eines der Organe der Volkspartei hat es seinen Standpunkt seit seiner ersten Gründung im Jahre 1848 selbst in trübster Zeit treu und unerschrocken zu wahren gewußt. In einer Zeit, in welcher Uebermuth mit Recht und Freiheit sein Spiel treibt, und der Götzendienst der Macht und des Erfolges selbst einen großen Theil der Tagespresse corrumpirt hat und durch diese wieder das öffentliche Rechts- und Freiheitsgefühl zu corrumpiren bemüht ist, müssen das Volk und seine treugebliebenen Preßorgane um so fester zu einander stehen. Wir halten uns deßhalb auch in weiteren Kreisen von Seiten des Volks und seiner Freunde der Förderung unseres Blattes versichert. Das Blatt, für welches zuverlässige und tüchtige Mitarbeiter an verschiedenen Orten gewonnen sind, und welches bemüht ist, seinen Lesern immer die neuesten Nachrichten so rasch als möglich zu liefern, wird zu diesem Zwecke auch in allen wichtigen Fällen telegraphische Mittheilungen beziehen. Ebenso wird dasselbe, sobald das Bedürfniß durch das Wiedererwachen des Vereinslebens eintritt, in einer Sonntagsnummer die Vereinsmittheilungen aus den Arbeitervereinen bringen.

Die Redaction des Coburger Tagblatts
F. Streit.

Das „Coburger Tagblatt" erscheint bis auf Weiteres sechsmal wöchentlich und kostet, auch in dem erweiterten Format, wie bisher hier am Platze nur 42 kr. oder 12 Sgr., im ganzen Bereich des Thurn- und Taxis'schen Postgebiets 53 kr. oder 15 Sgr., im Postvereinsgebiet 1 fl. 9 kr. oder 20 Sgr.

Coburg, Ende Juli 1866.

Die Expedition.
(F. Streit's Verlagsbuchhandlung.)

Vereinsangelegenheiten.

Da der hiesige Verein sich noch nicht definitiv von dem allgemeinen deutschen Cigarren-Arbeiterverein ausgeschlossen hat und ohne Ausnahme jeder hier Durchreisende, welcher sich richtig legitimiren konnte, bis zum heutigen Tage sein Reisegeschenk erhalten hat, wiederholt aber an einigen Orten vorgekommen ist, daß unseren Vereinsmitgliedern das Reisegeschenk resp. Meilengeld vorenthalten worden ist, so ersuche ich hiermit dringend, die Ausschußmitglieder des Ortes, wo dieses vorgekommen, sowie auch das Comité des allgemeinen deutschen Cigarren-Arbeitervereins, spätestens bis zum 15. August sich rechtfertigen zu wollen, widrigenfalls den Mitgliedern des allgemeinen deutschen Cigarren-Arbeitervereins, welche hier durchreisen, kein Reisegeschenk mehr verabreicht wird, zugleich fordere ich alle Osnabrücker, die sich auf der Wanderschaft befinden, auf, Anzeige davon hierher gelangen zu lassen, wenn ihnen ein Fall, wie der oben bemerkte, vorgekommen ist.

Osnabrück, 22. Juli 1866.

W. v. Tongern,
d. Z. Vorsitzender.

Die deutschen Schneider in London an ihre Arbeitsgenossen in Deutschland.

Arbeitsgenossen! Seit Jahren war es Mode, wenn sich die Arbeiter irgend eines Geschäftszweigs beschwerten und bessere Bedingungen verlangten, daß die Arbeitgeber mit Einfuhr von Ausländern drohten. Die Gefahr für die Arbeiter bestand nicht in der Einfuhr — indem die einfache Drohung in den meisten Fällen ihren Zweck erreichte — sondern in der Möglichkeit derselben. Die Londoner Schneidermeister, die seit mehr als dreißig Jahren keinen Widerspruch von ihren Arbeitern geduldet hatten, hielten es unter ihrer Würde, zu drehen; als der Streit ausbrach, schickten sie ihre Agenten sofort ab, um auf dem Continent industrielle Landsknechte anzuwerben, mit deren Hülfe sie die böswilligen Rebellen zu züchtigen gedachten, aber sie hatten ihre Rechnung ohne den Wirth gemacht, sie hatten nicht daran gedacht, daß die Arbeiter den Telegraph benutzen können. Mit Hülfe der „Internationalen Arbeiter-Association" gelang es, den Zweck ihrer Reise zu vereiteln; zur großen Verwunderung der Meister und der Bourgeois-Presse kamen sie unverrichteter Sache zurück, der Ausschluß war zu Ende, aber, obschon die Arbeiter die von der Meister-Association selbst vorgeschlagene Preisliste adoptirten, so kann doch die gegenseitige Uebereinkunft vom 6. April nur als ein Waffenstillstand betrachtet werden. Viele Meister haben nicht allein versucht, ihren eigenen Lohnsatz auf alle mögliche Weise zu umgehen, sondern sie haben den Arbeitern deutlich zu verstehen gegeben, daß sich in der Gurkenzeit Manches ändern wird. Vor einigen Tagen erschien eine Anzeige in der „Times", in welcher die Londoner Schneider-Meister-Association die Meister des Vereinigten Königreichs auffordert, eine Conferenz zu beschicken, die im Monat August abgehalten werden soll, und in welcher die gegenwärtigen und künftigen Aussichten der Arbeitsfrage gehörig diskutirt, ein befriedigenderes Einverständniß unter den Meistern selbst hergestellt und ein System adoptirt werden soll, das die Meister in den Stand setzen wird, ihre Geschäfte ungehindert fortzuführen, wenn Arbeitseinstellungen stattfinden. Als Gegenmittel haben die Arbeiter ihre Schneider-Association (freilich erst wenige Monate alt), die sich fast über alle Städte erstreckt. Die Meister haben bereits versucht, Arbeit, welche die Londoner Arbeiter verweigerten, in den Provinzen machen zu lassen, aber sobald die Arbeiter in den Provinzen von der Sachlage benachrichtigt wurden, legten sie auch nieder. Die Sache der Meister steht daher so: In Frankreich, Belgien und der Schweiz können sie keine Landsknechte auftreiben, in den Provinzen weigern sich die Arbeiter, Londoner Arbeit zu machen; den Scholien ist es gelungen, Arbeiter in Deutschland und Dänemark anzuwerben, diese Quellen ersuchen wir Euch, zu verstopfen. Wenn es die Meister für nöthig halten, ein Einverständniß unter sich im ganzen Königreich herzustellen, so müssen die Arbeiter von ganz Europa ein Einverständniß unter sich herstellen. Obschon es zu wünschen wäre, daß in der nächsten Zukunft so wenig Fremde als möglich nach London kommen, so ist es doch nicht unsere Absicht, reiselustige Leute abzuhalten. Wir sind im Gegentheil überzeugt, daß das Zusammenleben von Arbeitern verschiedener Nationen die Lösung der Arbeitsfrage ungemein befördert. Was wir, und mit Recht, verlangen, ist, daß sich unsere Landsleute nicht als Lohnverderber den Meistern contractlich verdingen. In Betreff des Verdienstes bemerken wir, daß für 10, 12 und 14 Thaler die Woche auch für 10, 12 und 14 Thaler Arbeit geliefert werden muß. In London muß man mehr als zwei feine Tuchröcke machen, um ein volles Wochenlohn zu verdienen, und dieses Quantum Arbeit kann man nur wenige Wochen im Jahre erhalten. Die Arbeitsfrage ist daher keine vorübergehende, keine lokale, es ist eine Weltfrage, die von den Arbeitern der Welt gelöst werden muß, darum fordern wir auf, zusammen zu halten.

Politischer Theil.

Nur durch die Freiheit zur Einheit.

Einer Reihe von Artikeln, welche das „Coburger Tagblatt" zur Besprechung der trefflichen, kleinen Schrift von Ludwig Pfau über „Centralisation und Föderation", mit Auszügen daraus gebracht hat, entnehmen wir den Folgenden:

„Die innere und äußere Politik sind untrennbar, und wie sie sich in der Geschichte gegenseitig bedingen, so müssen sie auch in den patriotischen Bestrebungen zu bewußter Uebereinstimmung gebracht werden. Es giebt allerdings im politischen Leben Personen und Parteien, welche die Klarheit nicht suchen, weil sie am Besten im Trüben fischen; ein aufrichtiger Demokrat jedoch, der nichts destoweniger die preußische oder österreichische Hegemonie will, setzt sich in Widerspruch mit sich selbst und weiß einfach nicht, was er thut. Für die innere Gestaltung stützt er sich auf den Willen des Volkes, auf das Gesetz der Majorität, auf das Recht der Selbstbestimmung; für die äußere Gestaltung aber stützt er sich auf die Willkür des Herrschers, auf die Macht der Bajonette, auf den Fatalismus der Gewalt. Jedem Denkenden ist klar, daß ein solcher Politiker durch seine Einheitsbestrebungen seine Freiheitsbestrebungen aufhebt und umgekehrt diese durch jene; daß er also in Wahrheit einen Schritt vorwärts und einen rückwärts macht und sich bewegt, ohne vom Fleck zu kommen. Wenn man nicht zwei Herren auf einmal dienen kann, so kann man noch viel weniger zwei entgegengesetzte Principien auf einmal zur Geltung bringen, man muß sich vielmehr zu dem einen von beiden bekennen und dieses consequent durchführen, nach außen wie nach innen.

Wer ein Anhänger der Volkspartei ist, der kann folgerichtig die Einheit Deutschlands nur als eine Errungenschaft der Volkssouveränetät, nur als freie Uebereinkunft der Stämme begreifen; der kann den äußeren Ausdruck der inneren Einheit nur in einem freigewählten Parlament und in einer durch dessen Hülfe constituirten Centralgewalt erblicken. Wer dagegen die deutsche Einheit durch den Druck einer Großmacht herstellen will, der muß folgerichtig die freiheitlichen d. h. selbstständigen Bestrebungen der einzelnen Staaten bekämpfen, wie diese jene Großmacht bekämpfen, welche die Einheit erzwingen soll; er ist also nolens volens ein Reaktionär, selbst wenn er die Consequenzen seines Standpunkts nicht zieht. Der „allzeit Mehrer des Reichs" ist nothwendig ein „allzeit Verringerer der Freiheit"! Wer sich aber vollends der Meinung hingiebt, eine solche erobernde Großmacht werde dann freiwillig ein Parlament schaffen d. h. ein wirkliches, machtumkleidetes, nicht ein Scheinparlament, also die einzige Form der Einheit verwirklichen, welche den politischen Fortschritt möglich macht und ohne welche die Einheit hundertmal schlimmer ist, als die Zerrissenheit, der ist in politischen Dingen ein Kind und hat keine Stimme im Rathe der Männer. Wer sich mit den Interessen Aller befassen will, der sollte doch vor allem denken lernen, und nicht die fixen Ideen traditioneller Gedankenlosigkeit in Presse und Volksversammlung nachplappern. „Wenn wir nur erst die Einheit haben, die Freiheit wird dann schon kommen." Diese Phrase muß man nur zu oft hören. Wenn Leute, die so sprechen, nicht mit ihren Begriffen spielen würden, wie Knaben mit Kieselsteinen, ohne zu fragen, wo-

her sie kommen und aus was sie bestehen, so müßten sie offenbar ihren Satz umkehren und sagen: Wenn wir nur erst die *Freiheit* haben, so haben wir auch die Einheit. An dem Tage, wo die *deutschen Einzelstaaten frei sind*, hindert sie nichts, ein Parlament zu berufen und ihre Einheit zu verwirklichen, der Wille im Volk, in der ganzen Nation ist längst dazu da, es fehlt ihm nur die *Freiheit zur Verwirklichung*. Wie soll dagegen aus einer gewaltsam hergestellten Einheit die Freiheit sich entwickeln? Wie soll ein Königthum, das eben erst die ganze Nation niedergeworfen hat, das unter dem Geklirr seiner Waffen eben erst sich eine „conservative“ Majorität zusammenmanövrirt hat, so *einfältig* sein, sich selbst beschränken zu wollen, während es diese Beschränkung von sich wies, als es noch schwächer war? Aber „haben wir nur erst das Parlament, so werden wir den Volkswillen schon zur Geltung bringen“ — so lautet die weitere Phrase. Wo hat je in der Geschichte ein *Parlament* eine Bedeutung gehabt, welches nicht aus der Freiheit geboren worden? Und wer sind denn die eisernen Männer, welche ein so mächtig gewordenes Königthum inmitten einer von dessen Erfolgen betäubten und von einem blutigen Kriege erschöpften Nation in seine Schranken zurückdrängen? Etwa die jetzigen Einheitsprediger, die „Intelligenzen“, denen alles „aufgehetzter Pöbel“, was nicht für Großpreußen ist? Etwa die Götzenanbeter der Macht und des Erfolgs und die „Männer“, die im Handumwenden schwarzweiß werden, wenn sie den Schatten einer preußischen Pickelhaube erblicken oder ihr Herr die preußische Fahne aufhißt, statt der deutschen? Nein! Auch diese Apostel der Einheit bringen Deutschland sein Recht und seine Freiheit, einmal verloren, gewiß nicht zurück.

Welchen Werth aber hat überhaupt eine *von oben* gewaltsam aufgedrungene Einheit? Nicht den geringsten! sie wäre im Gegentheil ein nationales Unglück und würde nur zu neuen Kämpfen führen, bis diese Einheit des Despotismus wieder vernichtet wäre, um der *Einheit in der Freiheit* Platz zu machen. Gerade die falsche Einheit, die ohne Gliederung und also keine ist, muß man bekämpfen, um die wahre, die Vielheit in sich schließende Einheit zu erringen. Die Einheit, man kann es nicht oft genug wiederholen, ist nichts als ein *Mittel*; *Zweck ist nur die Freiheit*. Nichts ist in allen Verhältnissen thörichter und verderblicher, als das Mittel zum Zweck zu machen, und im politischen Leben gibt es keinen schlimmern Irrthum, als die Einheit mit der Freiheit zu bezahlen. Die Einheit ohne die Freiheit ist der Storch, den die Frösche zum König bekamen.

Wenn heute die deutschen Staaten unter preußischer oder österreichischer Herrschaft wieder vereinigt würden, so wäre die politische Entwicklung Deutschlands bis zur Reformationszeit zurückgeschraubt. Unsere Staatenbildung, die nach vielhundertjährigen Kämpfen endlich aus der Phase der Gewalt in die der Gerechtigkeit zu treten strebt, wäre mit der Herrschaft großmächtlichen Säbelregiments *auf den Boden des Faustrechts zurückgeworfen* *). Wir hätten wieder ein heiliges römisches Reich, d. h. *Junkerthum, Pfaffenherrschaft, Volksbedrückung, überhaupt Ausbeutung der Masse durch eine bevorrechtete Minderheit*, und damit einen neuen dreißigjährigen Bürgerkrieg in Aussicht. In der ganzen Welt ist eine vernünftige Gesammtverfassung nur im *Kampfe* gegen die gewaltsame Einheit und und nur als Lohn der errungenen Freiheit zu Stande gekommen. Wo hat sich die Freiheit aus der *Einheit* entwickelt? Etwa in Rußland, in Spanien oder in Frankreich? hat nicht in diesen Ländern gerade die Einheit fortwährend die Freiheit verhindert und so zu unaufhörlichen Zuckungen und Kämpfen geführt? Und muß nicht Frankreich mit endlosen Revolutionen die Centralisirwuth seines Romanenthums bezahlen? Und in den germanischen Ländern, die sich lebensfähiger Verfassungen erfreuen, in Skandinavien, England, Amerika und der Schweiz, hat sich da die Freiheit aus der *Einheit*, oder umgekehrt diese aus jener entwickelt? Haben die Norweger damit angefangen, den König von Schweden um Annexion zu bitten, oder haben sie zuerst ihre Freiheit festgestellt, um sodann einen Bund zwischen Gleichen zu schließen? (Wie es heute die Schleswig-Holsteiner mit Aufrichtung ihrer Verfassung von 1848 thun wollten, aber von der „deutschen Nationalpartei“ daran gehindert wurden!) Haben die Engländer mit Aufrichtung des Reiches von Großbritannien oder damit begonnen, *einen König zu köpfen, einen andern fortzujagen, und sich ihre magna charta unterschreiben und auch halten zu lassen*? Haben die Amerikaner nicht vor Allem der *Einheit mit England ein Ende gemacht* und die individuelle Selbstständigkeit gesichert, ehe sie den Bund der vereinigten Staaten gründeten? Und sind die Schweizer nicht im Kriege mit der alten Einheit, *im Kampfe gegen den Sonderbund*, zu ihrer heutigen staatlichen Form gelangt, die eine Musterverfassung für die ganze Welt ist? Sollen die Erfahrungen der Vergangenheit nicht endlich ihre Früchte tragen? *Aber unserem gedankenlosen Geschlecht predigt selbst die Geschichte vergebens.*

*) Vergl. Frankfurt. D. Setzer.

Politische Umschau.

Mit der dem Charakter der Gegenwart entsprechenden Dampfschnelle haben die Ereignisse in Deutschland, deren Beginn wir in unserer vorigen Nummer zu verzeichnen hatten, ihren weiteren Verlauf genommen. Das dort von uns angezeigte Dreigestirn, unter dessen Einfluß diese Ereignisse gezeugt und geboren wurden: die verdorbenen *Parteien*, die bewußte *Lüge* und die brutale *Gewalt* steht noch immer am Himmel Deutschlands, nur mit der Veränderung, daß inzwischen die letztere die erste und uns nächste Stelle einnimmt unter den dreien, wozu die beiden anderen und namentlich die erstgenannte die Wege bereitet haben. Das ganze öffentliche Recht in Deutschland ist mit dem nassen Schwamm ausgelöscht; von dem Rechten des Volkes, von dem Rechte, das mit uns geboren ist, ist ohnehin keine Rede mehr. Alle geschriebenen und ungeschriebenen Quellen des öffentlichen Rechts, in denen die Grundsätze des Völkerrechts und dergleichen festgestellt und in Folge dessen von allen civilisirten Völkern fest anerkannt waren, sind als veralteter Plunder in die Ecke geworfen. Es gibt nur noch *ein* Recht in Deutschland und Graf Bismarck ist sein Prophet. Seiner Genialität ist es gelungen, das gesammte Recht in Deutschland, das öffentliche wie das private, auf die einfachste Formel zurückzuführen: „*Recht hat allein und überall, wer den stärksten Prügel hat.*“ Das haben auch verstanden und verstehen die großen Geister aller Zeiten, von Kain bis Schinderhannes! Das begreift, ohne Studium und ohne Prüfung, von der Nordmark bis zum Bodensee jeder Straßenjunge, der dem andern, der ihm nicht giebt was er haben will, mit der Faust auf den Kopf schlägt. Das ist das Ei des Columbus für die Lösung der *politischen* wie der *socialen* Frage für Deutschland, für die ganze Welt; das Evangelium, gebracht von dem Messias des 19. Jahrhunderts; das lange verkannte A und O aller pommerschen und Ukermärkischen Junker auf ow und itz, die Kanonisirung der Raubritter aller Zeiten. Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und der deutschen Volksstämme! Pyramidaler Unsinn! In den norddeutschen Ebenen werden die norddeutschen, in den süddeutschen Thälern die süddeutschen Hammelherrden zusammengetrieben, und zwei Hirten zur Schur und zum Abschlachten, wenn sie fett geworden, übergeben. Das ist das Programm zur „Lösung der deutschen Frage“, unter dem Jubel der deutschen „Nationalpartei“ ausgeführt in kaum vier Wochen.

Sehen wir uns nun den Gang der Ereignisse an und bleiben wir dann noch einen Augenblick bei der Frage stehen, warum das alles so hat kommen können und kommen müssen. Unsere letzte politische Rückschau schloß mit dem Mobilisirungsbeschluß des Bundestags vom 14. Juni, nach der gewaltsamen Verhinderung des Zusammentritts der holsteinischen Stände in Itzehoe. Preußen antwortet mit dem Einmarsch seiner Truppen in Sachsen, Hannover, Kurhessen und Hessen, in Folge dessen auf den Antrag Sachsens der Bund die **Bundeshülfe** für die bedrohten Staaten, zunächst für Sachsen beschließt und *Oesterreich* und *Bayern* damit beauftragt, während die übrigen an dem Mobilisirungsbeschluß betheiligten Staaten ihre Truppen auf den Kriegsfuß stellen. — Mittlerweile besetzt **Preußen Sachsen**, insbesondere Leipzig und Dresden, sowie **Hannover** und **Cassel**. Die Armeen dieser drei Mittelstaaten, zum 8. Bundesarmeecorps gehörig, ziehen sich, zum Theil in sehr ungeordneter, noch wenig kriegsgerüsteter Verfassung, ohne Widerstand vor den einrückenden Preußen zurück. Nur die sächsische Armee, wenn auch ebenfalls vor der Uebermacht zurückweichend, wurde dabei nicht von den Ereignissen überrascht, sondern bewirkt ihren Rückzug geordnet, vollständig in Zahl wie in feldmäßiger Ausrüstung und vereinigt sich ungehindert mit der verbündeten österreichischen Armee, ganz Sachsen aber wird aufgegeben und ebenso den gleichzeitig in drei Heeressäulen von Schlesien aus in Böhmen einbrechenden Preußen kein Widerstand entgegengesetzt. Inzwischen sammelt sich das **8. Bundesarmeecorps**, unter dem Befehl des Prinzen *Alexander von Hessen*, mit der ganzen Langsamkeit und Lahmheit der weiland Reichsarmee, bei Frankfurt, und das in Abtheilungen bei Bamberg, Schweinfurt und Lichtenfels zusammengezogene, nur aus Bayer. Truppen bestehende **7. Bundesarmeecorps**, unter dem Befehl des Prinzen *Karl von Bayern*, der zugleich den Oberbefehl über beide Armeecorps hat, übt sich unter dieser Führung, abwechselnd mit dem 8. Armeecorps, mit dem es sich vereinigen soll, in zwecklosen Hin- und Hermärschen und gegenseitigem Versteckensspiel. — Den *kurhessischen Truppen* gelingt es noch, mit der Bundesarmee sich zu vereinigen; während der Kurfürst, der sich dem ihn mit Gebietsvergrößerungen versuchenden Großpreußenthum gegenüber männlich fest und trotzig benahm, gefangen nach Stettin abgeführt wird. Die *hannoversche* Armee, 20,000 Mann treffliche Truppen, mit dem Welfenkönig in der Mitte, der wenigstens durch Muth und Festigkeit zum erstenmal in seinem Leben sich einige Sympathie erwirbt, bemüht sich dagegen vergebens ihre Vereinigung mit der Bundesarmee zu bewerkstelligen. Alle Mahnungen an den bayerischen Bundesoberfeldherrn vermögen diesen in seiner Ruhe nicht zu stören. Inzwischen rücken Preußen heran. Die hannoversche Armee, in einem erfolgreichen Versuch des Durchbruchs zwischen Gotha und Eisenach, durch täuschende Unterhandlungen aufgehalten, wird, nach siegreich zurückgewiesenem Angriff der preußischen und Herzogl. Coburg-Goth. Truppen, durch Mangel an Munition und Verpflegung und von preußischer Uebermacht umschlossen, am 29. Juni zur Capitulation genöthigt, da auch bis dahin der bayer. Obergeneral nicht soweit vorwärts gerückt war, um ihnen Luft zu machen. Die Armee streckt das Gewehr und wird unter dem Versprechen, nicht gegen Preußen zu kämpfen, in ihre Heimath entlassen, während König und Kronprinz ihren Aufenthalt außer Landes nehmen. — *Nunmehr* läßt der prinzliche *Oberfeldherr* der *Bayern* diese von allen Seiten in der Richtung gegen Meiningen und Eisenach vorrücken und liefert am 4. Juli den von Eisenach entgegenrückenden Preußen nutzlose aber blutige Treffen bei Kaltennordheim und Roßdorf, die unentschieden bleiben, ihn aber doch bestimmen, sich wieder über die bayer. Gränze zurückzuziehen. Die Preußen folgen nach und dringen nach einer Reihe von Gefechten und nachdem die Bayern, wie eine dunkle Sage berichtet, sich mit den Bundestruppen aus Versehen der Führung geschlagen, statt sich mit ihnen zu vereinigen, und ihre Kürassiere, die Schoßkinder des sie commandirenden Fürsten Taxis, dabei gänzlich zersprengt worden sind, — über Kissingen, Gemünden und Lohr, überall nach wahrhaft heldenmüthiger Gegenwehr der von ihren prinzlichen Oberfeldherrn immer gleich ungeschickt geführten Bayern, deren Führer und tapferer General v. Zoller bei Kissingen den Tod findet, bis Aschaffenburg vor, werfen dort einen Theil des 8. Armeecorps am 14. Juni zurück und besetzen am 16. Juli Frankfurt, nachdem inzwischen der Rest des *Bundestags* selbst bereits am 11. Juli seinen Sitz von *Frankfurt* nach *Augsburg* verlegt hat. Die Preußen, die schon in Kissingen und

Aschaffenburg sich einen üblen Ruf durch ihre Behandlung friedlicher Einwohner und durch allerlei Plünderungsscenen erworben, setzen, allerdings nicht mit Willen der Mannschaften, sondern auf Befehl diesem üblen Ruf in Frankfurt die Krone auf. Außer enormen, unerschwinglichen Lieferungen an Naturalien und möglichst belästigend ausgeübter Einquartierung, werden der Stadt erst 6 Millionen Gulden, die auch bezahlt werden, dann noch 25 Millionen Gulden Contribution auferlegt und als die Behörden die Zahlung für eine Unmöglichkeit erklären, wird der Stadt mit Bombardement und regelrechter Plünderung nach dem Lehrbuch von Tilly gedroht und der Bürgermeister Fellner aufgefordert, die Proscriptionsliste der vermögendsten Bürger vorzulegen. Bürgermeister Fellner erhängt sich, und sein Schwager übergiebt dem preußischen Padischah statt der Liste den Strick, an dem der Bürgermeister der freien Reichsstadt, um zur Drangsalirung der Bürger nicht die Hand zu bieten, sich aufgehängt hat. Nachdem der Strick von dem preuß. Civilcommissär zu den Acten genommen, wird nunmehr von dem Commando beschlossen, die weiland „Strafbayern“ von ihrem Posten in der Weltgeschichte abzulösen und werden demnach die Mitglieder des Senats und gesetzgebenden Körpers der freien Reichsstadt Frankfurt, die inzwischen zu Magistrat und Gemeindevertretung der „Stadt“ Frankfurt degradirt worden, mit „Strafpreußen“ belegt, was auch mit je 50 Mann, die regelmäßig Nachts einquartiert werden, zum Verdruß der Mannschaft und ohne Erfolg ausgeführt wird. Neuerdings soll auf Vermittlung Frankreichs und Englands das Racheverfahren des Grafen Bismarck gegen die süddeutsche Republik sistirt worden sein. Aber auf der Liste der Annexionscandidaten steht dieselbe.

Inzwischen zog das 8. Bundesarmeecorps, zu welchem nach langem zweideutigen Schwanken, und nach gemachtem Abfallsversuch auch das badische Bundescontingent gestoßen, von Frankfurt sich zurück und am 21. Juli vollzogen die beiden Armeecorps 7. und 8. nachdem sie fast fünf Wochen hindurch oft nur ein bis zwei Tagemärsche von einander entfernt gestanden, endlich ihre **Vereinigung bei Wertheim**. Ein inzwischen von der bayerischen Regierung erfolgtes Aufgebot der Landwehr offenbart, daß dieselbe, militärisch gänzlich vernachlässigt, nur zu Paradezwecken tauglich ist. Nach einigen mit wechselndem Erfolg bei Hundheim und Tauberbischofsheim von den badischen und württembergischen Truppen und bei Helmstadt, Uettingen, Waldbrunn und Roßbrunn von den Bayern gegen die preußische Mainarmee gelieferten Gefechten, bei welchen sich die Artillerie der Bundestruppen wie von Anfang an, namentlich die bayerische, den preußischen abermals überlegen gezeigt hat, im übrigen aber die Bundestruppen regelmäßig von den Preußen überflügelt werden, müssen die ersteren schließlich auf Würzburg sich zurückziehen, wo nach einer erfolglosen und für die Preußen nicht günstig verlaufenen **Beschießung der Festung Marienberg** durch die Preußen, erst thatsächlich und dann in förmlichem Abschluß Waffenruhe eintritt.

Gleichzeitig hat in Baden die dort nach am stärksten vertretene Partei der Gothaer oder was dasselbe ist, der Großpreußen, wieder das Oberwasser erhalten. Sie war von oben fortwährend begünstigt worden, während die beginnende Volksbewegung aus übel angebrachter Rücksicht für die beliebten Minister sich in Schranken halten ließ und so den Großpreußen die Wege wieder ebnen half. Der freisinnige und deutschgesinnte Minister von Edelsheim nimmt mit Lamey die Entlassung und beide erhalten dieselbe am 24. Juli. An ihre Stelle treten: Mathy als Ministerpräsident und Handelsminister, durch seinen berüchtigten Abfall von seinen früheren politischen Ueberzeugungen und von seinen politischen Freunden und durch seinen Uebergang zum Großpreußenthum seit 1848 einer der verhaßtesten Männer im badischen Lande, sowie Professor Jolly, der fanatische Erzgothaer, als Minister des Innern. Ihr erster Act ist Maßregelung der Presse (siehe unten).

Nicht gerade gehemmt wie in Baden, doch auch nicht gefördert, vielmehr mit Mißgunst behandelt, werden in Würtemberg von der Regierung die deutschen und auf energische Kriegführung gerichteten Bestrebungen im Volke; ebenso in Bayern, wo der Ministerpräsident von der Pfordten das Verlangen des Volks nach Aenderung des Ministeriums zur Ausmerzung der letzten, halbwegs freisinnigen Elemente des letzteren und zu deren Ersetzung durch Reactionäre benützt. — In Nassau und Großherzogthum Hessen, wo die Souveräne mit ihren Ministern sich außer Landes begeben haben, ist die reactionäre Erbärmlichkeitswirthschaft nach wie vor um so schwerer gediehen, als dort, unter dem vorwiegenden Einfluß der Gothaer, eine kräftige, deutsche und freiheitliche Bewegung im Volke gar nicht aufgenommen ist.

Die ganze **Bundeskriegführung** zeichnet sich von Anfang an durch Lahmheit und Ungeschicklichkeit aus, bei untadelhaftester Tapferkeit der Truppen. Der Grund ist theils in Unfähigkeit, theils in üblem Willen und Mißtrauen von oben gegen eine volksthümliche Bewegung zu suchen. Der Bundestag vermochte es nicht, sich zur Bezeichnung irgend welcher, des Kampfes werther Zielpunkte des Krieges, noch zu irgend einem wirklich mannhaften, die Volkskraft in Bewegung setzenden Entschluß zu erheben. Mit wahrhaft beleidigender Naivetät glaubten die Herren durch Aufhissen der deutschen Fahne auf dem Eschenheimer Palast und durch Vertheilung von trikoloren deutschen Feldbinden an das 8. Bundesarmeecorps das deutsche Volk für sich zu gewinnen! Nach dieser äußersten Kraftanstrengung sanken sie wieder in die alte Impotenz zurück. Der Bayernprinz Carl, als Bundesoberfeldherr, konnte sich nicht einmal zur Annahme der deutschen Farben für das unmittelbar unter ihm stehende 7. Bundesarmeecorps entschließen. Der Bundesfeldzug, in welchem, Dank der Tapferkeit der Bundestruppen, diese trotz aller Unfähigkeit ihrer Führung keine entscheidenden Niederlagen, wie die österreichische Armee getroffen haben, die Preußen vielmehr jeden Erfolg theuer bezahlen mußten, endigte in Bayern mit der Besetzung von Hof, Bayreuth, Erlangen, Nürnberg und Würzburg (mit Ausnahme der Festung), und in Baden mit der Besetzung von Heidelberg und Mannheim durch die Preußen.

Geradezu unglücklich aber gegenüber den Preußen, weniger durch Unfähigkeit der obersten Leitung, als durch die der aristokratischen Unterbefehlshaber, war die **Kriegführung der Oesterreicher**. Während die Oesterreicher in Italien zu Land bei Custozza und zur See (20. Juli) bei Lissa glänzende Siege über die Italiener erfochten, von deren Waffen seit ihrer Verbindung mit dem reactionären Preußen der Stern des Glückes gewichen scheint, ist ihre Kriegführung daheim nur eine Kette von Unfällen. Nach einigen anfänglichen, momentanen Erfolgen müssen die Oesterreicher die Vereinigung der drei von Schlesien nach Böhmen eingedrungenen preußischen Armeecorps geschehen lassen, deren Trennung und vereinzelte Niederwerfung ihre Aufgabe gewesen wäre und deren Bewegungen zum Theil, wie die von dem Kronprinzen mit seiner Armee Angesichts des Feindes, von Glatz nach Gitschin, vorgenommene Flankenbewegung gewagt und fehlerhaft waren. Statt durch angriffsweises rechtzeitiges Vorgehen gegen die einzelnen preußischen Corps sich den rechten Ort und die rechte Zeit zum Schlagen selbst zu wählen, muß die österreichische Armee bei Königgrätz eine Schlacht annehmen, die Anfangs gewonnen, durch eine, in Folge Verraths oder Mangels an Umsicht des österreichischen Oberkommandos, möglich gewordene Umgehung ihres linken Flügels durch die Armee des Kronprinzen von Preußen, mit einer vollständigen Niederlage endet, wenn auch unter den schwersten Verlusten der Preußen, die an der Verfolgung dadurch gehindert werden. Die geschlagene österreichische Armee sammelt sich erst wieder bei Olmütz, während die Preußen, ohne weiteren Widerstand zu finden, in rascher Folge nach Prag, Iglau, Brünn und selbst bis Preßburg vordringen und das, jedoch durch die Donau und durch rechtzeitig bewirkte Verschanzungen gedeckte, Wien bedrohen. In Folge der erlittenen Niederlage tritt der Kaiser von Oesterreich, um die Südarmee zum Schutze von Wien verfügbar zu bekommen, **Venetien** an den Kaiser der Franzosen ab und dieser vermittelt bei Preußen und Italien, das durch sein Bündniß mit Preußen gehemmt, einseitig mit Oesterreich nicht unterhandeln kann, einen Waffenstillstand und eine vorläufige Vereinbarung über die Grundlagen des künftigen Friedens (Präliminarien), dessen weitere Verhandlung und definitiver Abschluß im Laufe des Monats August zu erwarten sein soll.

Auf der ganzen Linie des Großpreußenthums oder der „Nationalpartei“, wie die Partei maskirend sich selbst nennt, wurde aus Anlaß der Abtretung Venetiens an Napoleon die Parole zu einer **Agitation für Preußen** und gegen **Oesterreich** ausgegeben, wegen dessen „Verraths an Deutschland durch die Hereinziehung des Auslands.“ Die Agitation scheiterte jedoch — trotz der sonstigen, gerechten Antipathie gegen die österreichische Regierung — an den nackten Thatsachen des nicht zu leugnenden früheren Einverständnisses Preußens mit Frankreich, des daraus gefolgten Bündnisses mit Italien, wodurch der anstößige Schritt Oesterreichs erst erzwungen worden und der Unterstützung der Ansprüche Preußens, nicht Oesterreichs, durch Frankreich bei den Waffenstillstandsverhandlungen. Der schlichte Volksverstand erkannte das großpreußische Parteimanöver und biß nicht angebissen auf den Köder.

Der in Oesterreich erwartete Umschwung zu einem freisinnigen und verfassungsmäßigen Regierungssystem, von dem mit Recht die Möglichkeit der Wiedererhebung des niedergeworfenen Kaiserstaats zu erwarten gewesen wäre, ist nicht eingetreten. Der Kaiser und seine aristokratisch reactionäre Umgebung haben jede Verständigung sowohl mit den Ungarn als mit den Deutschen abgelehnt, darauf gerichtete Vorstellungen des Wiener Gemeinderathes wurden in Allerhöchster Ungnade zurückgewiesen, und Annäherungen an das reactionäre Czechenthum oder an die „glorreiche Nation der Czechen“, wie die Proclamation König Wilhelms besagt, angebahnt. Der Verjüngung und Wiedererhebung des Kaiserstaats um den Preis der Verständigung mit dem eigenen Volke wurde Demüthigung unter Preußen und Frankreich vorgezogen.

In Preußen hat das siegreiche Ende des zur Stärkung des absoluten Königthums, des feudalen Junkerthums und zur Niederschlagung des inneren Conflicts begonnenen Krieges gleiche Früchte getragen. Bei Eröffnung des Krieges war von dem Berliner Preßbureau, seinen Zweiganstalten im übrigen Deutschland und allen nationalvereinlichen Helfern und Agenten des Grafen Bismarck die Vorstellung im deutschen Volke zu erwecken gesucht und von der Gedankenlosigkeit auch gläubig aufgenommen worden: daß dieser Krieg für die Einheit und Freiheit Deutschlands gegen deren Hemmniß, die Kleinstaaterei, unternommen werde. Officiell versprochen wurde nichts, die freie Hand wurde gewahrt, aber im Volke, bei allen Leichtgläubigen, wurde die Selbsttäuschung darüber geschickt genährt. Nun aber, da der Krieg zu Ende ist, was kommt heraus? Die Erhaltung der Kleinstaaterei in ihrer jämmerlichsten Gestalt, beschnitten nur zu Gunsten einer Vergrößerung des preußischen Staatsgebiets, die Preisgebung von 12 Millionen Deutscher an das Slaventhum, die wahrscheinliche Preisgebung der maritimen Stellung Deutschlands im adriatischen Meere, wie die der südlichen Alpenthore, ferner, in erniedrigender Abhängigkeit von dem Dictat Napoleons, die Zweitheilung Deutschlands bis zur Mainlinie und endlich die Uebertragung der verfassungs- und freiheitsfeindlichen preußischen Militärreorganisation auf ganz Norddeutschland, in Gestalt eines „einheitlichen Bundesheeres unter preußischer Führung“, auf Kosten der „treuen Bundesgenossen.“ Das sind die Früchte des siegreichen Krieges des Grafen Bismarck, welche die „deutsche Nationalpartei“ im Dienste der „verbohrten Doctrin“, aller Warnungen zum Trotz hat zeitigen helfen.

Zur Bestätigung alles dessen schreibt der preußische Staatsanzeiger, gezwungen durch Drohungen Napoleons, der die Zweitheilung Deutschlands zur Bedingung seiner Zustimmung für die Vergrößerung Preußens gemacht hat, Folgendes: „Wir sind zu der Erklärung veranlaßt, daß derjenige Theil der vaterländischen Presse, welcher dafür agitirt, daß Preußen die mit seinen Verbündeten beabsichtigte bundesstaatliche Einrichtung auch auf die süddeutschen Staaten ausdehnen solle, nachtheilig auf die schwebenden Friedens-Verhandlungen einwirkt und dieselben ernstlich gefährden kann. Letztere müssen in erster Linie darauf gerichtet sein, die von Preußen mit dem Blute seiner Söhne und ungeheuren Opfern erkämpfte Territorial-Einheit in Nord- und Mitteldeutschland für immer sicher zu stellen und damit endlich zu erlangen, was unsere Väter im Jahre 1815 nach den großen Freiheitskriegen nicht zu erringen vermochten. Sodann wird es sich darum handeln, mit unseren Verbündeten in Nord- und Mitteldeutschland den Bundesstaat zu gründen. Die Regelung der Verhältnisse mit den Staaten südlich des Mains, mit welchen sich Preußen im Kriege befindet, kann ohne Gefährdung wesentlicher Interessen (?) der Folgezeit vorbehalten bleiben.“

Und die „Neue preußische Zeitung“ (vulgo Kreuzzeitung), das Organ der Partei, der die Siege zu Gute gekommen, schreibt: „Die Fortschrittspartei hat in der gegenwärtigen Lage kein anderes Verdienst, als den dunkeln Hintergrund zu bilden, von dem sich die Thaten der Regierung und der Armee um so glänzender abheben. Oder glaubt die Fortschrittspartei in der That ernstlich daran, daß Graf Bismarck ihr eigenes Programm realisirt habe? — Sie würde dann allerdings politisch noch kurzsichtiger und beschränkter sein, als wir bisher anzunehmen gewagt. Was Graf Bismarck thut und erreicht, das ist ungefähr das gerade Gegentheil von Dem, was der „Fortschritt“ gewollt und erstrebt hat. Die Armeeorganisation im Sinne der Regierung entschieden; der „Fortschritt“ seiner dominirenden Stellung entkleidet; das preußische Königthum auf

eine Höhe gestellt, die es kaum jemals inne gehabt; die preußische Armee mit frischem Lorbeer geschmückt; die fortschrittlichen Augustenburgischen und parlamentarischen Nebelbilder nach innen und außen verschwommen — es bedarf in der That keines scharfen Blickes, um zu sehen, daß die preußischen Fortschrittsmänner sehr genügsame Leute sein müßten, wenn sie die Züchtigung, die ihnen zu Theil geworden ist, heute ohne Hintergedanken als eine Erfüllung ihrer Wünsche zu proclamiren im Stande wären!" — Diese Sprache der Organe der Regierungspartei ist wohl deutlich genug!

Hören wir daneben das Organ der preußischen „Fortschrittspartei" oder „Volkspartei", wie sie jetzt selbst sich nennt und die ganze Misere wird klar. Die „Berliner Reform", das jetzige Organ dieser Partei, schreibt: „Nicht nur der Widerstand der süddeutschen Fürsten (gegen Großpreußen nämlich) ist zu überwinden, sondern auch der des von altem Haß gegen die preußische Herrschaft erfüllten Theiles der Süddeutschen Bevölkerung, der von den Freiheitsschwärmern derselben zu hellerem Brande als je geschürt worden ist. Ein Friedensschluß und eine Einigung mit diesen fanatisirten Elementen kann nur durch die „Liberalen" der verschiedenen Länder erzielt werden (die allerdings keine Freiheitsschwärmer sind), und es ist ein glänzender Beweis unserer fortgeschrittenen politischen Bildung, daß sie sich überall sofort an diese Arbeit begeben haben. „So die „Berl. Reform." Das wird genügen, um auch den Standpunct der „preußischen Volkspartei" zu kennzeichnen und die inneren Siege des Grafen Bismarck vollends erklärlich zu machen.

Die Lage ist mit dem vorläufigen Ende des Krieges klar geworden. Die Masken lüften sich in der Nähe des Zieles und es wird immer deutlicher, daß die ganze preußische Politik unter dem Grafen Bismarck nur eine ununterbrochene Ausführung des von langer Hand mit dem Decembermann an der Seine verabredeten Complots gegen die Freiheit Europas ist, die vor allem in dem Herzen Europas, in Deutschland, getödtet werden muß. Die Entwicklung des Verfassungslebens, die anschwellende nationale Bewegung in Deutschland, die ihrer Natur nach eine freiheitliche trotz aller Hemmnisse hätte werden müssen, war von allen, von den Großen wie von den Kleinen, als Gefahr erkannt und das eigene Gewissen sagte ihnen, warum! Aber über die Mittel war man nicht einig, weil die eigenen Sonderinteressen dabei ins Spiel kamen. Daß die alten Mittel der Reaction nicht mehr ausreichten, wurde nachgerade von allen eingesehen, daher die Versuche der „Bundesreform", von den Mittel- und Kleinstaaten wie von Oesterreich. Sie scheiterten an dem Unglauben der Nation. Diesen Unglauben überwand Bismarck, indem er das Dogma der liberalen Partei, das Programm der „preußischen Spitze", sich aneignete und mit seinem Programm, der Aufrichtung eines mächtigen absoluten Königthums in einem durch Vergrößerung und Abrundung übermächtigen Preußen verband. Für dieses nur mit „Blut und Eisen" ausführbare Programm war der Krieg Erforderniß und so bekamen wir den Krieg. Erst widerstrebend, dann aber durch die scheinbare Ausführung ihres Programms bestochen, ging die liberale Partei, allen Warnungen der Democratie zum Trotz, in die Falle, in der sie nun gefangen sich die Augen reibt. Der Zweck ist erreicht: Preußen vergrößert und zu der erforderlichen Macht erhoben, das Verfassungswesen und die nationale Bewegung auf Null reducirt, das absolute Königthum mächtiger als je, alle Sitze democratischer Opposition und Agitation in Deutschland, besetzt und soweit nöthig unschädlich gemacht, und Deutschland selbst — ein geographischer Begriff. Das sind die von oben beabsichtigten und erreichten Resultate des Krieges. — Oesterreich und die Mittleren und Kleinen, einverstanden in den freiheitsfeindlichen Zielen, aber verletzt in ihren Sonderinteressen, und deßhalb zum Krieg genöthigt, führten ihn mit all' der Einschränkung, die nöthig war, um jene wohlerkannten und gebilligten, gemeinsamen Ziele nicht zu gefährden. Daher die Vermeidung der Bezeichnung irgend eines volksthümlichen Kampfzieles von dieser Seite, die sorgliche Wahrung des Charakters eines Cabinetskrieges. Daran, an dem inneren Widerspruch und an der Unfähigkeit, nicht des Volkes, sondern der Regierungen dieser Staaten, mußten die Widerstandsversuche Oesterreichs, wie seiner Bundesgenossen, dem militärisch besser organisirten und hierin ungleich weiter fortgeschrittenen, preußischen Königthum unterliegen.

Aber auch die Volksbewegung in Süddeutschland litt an einem inneren Widerspruch, der ihr durch die Verhältnisse aufgedrängt, den Sieg unmöglich machte. Gegen den Reactionskrieg des absoluten Königthums des Nordens ist nur der Freiheitskrieg des freien Volksstaats, des revolutionirten Südens, der alle Volkskräfte entfesselt und alle moralischen Hebel in Bewegung setzt, welche für den Kampf begeistern können, der gegebene, rechte Gegensatz und die erste Voraussetzung des Sieges. Bei allem Unrecht, welches in diesem Kriege auf Seite Preußens und bei allem Rechte, welches auf Seite des Südens stand, bei allem patriotischen, rein deutschen Interesse, welches dem einheits- und freiheitsgefährlichen Großpreußenthum die Niederlage wünschen mußte, war doch die, freilich nicht selbst gewählte, sondern durch die Umstände aufgedrungene Bundesgenossenschaft mit dem Habsburgerthum und mit dem zum Theil impotenten, zum Theil übelwollenden, reactionär verkommenen Dynastenthum, dessen treuer Ausdruck der Bundestag war, gar zu kläglich, und ein siegreicher Aufschwung der Volkskraft unter diesem Banner rein unmöglich. Wir kennen wohl jene Befürchtung, daß eine revolutionäre Erhebung des Südens für die sich bekämpfenden reactionären Mächte das Band zu rascher Einigung hätte werden können. Allein bei dem Gegensatz der Interessen, der den Krieg herbeigeführt, war dies dennoch sehr fraglich, und nunmehr hat sich dieses Band mehr und mehr bereits doch gefunden. — Die in Waffen stehende Reaction kann nur durch die im Waffen stehende Revolution bekämpft werden. Entweder war das Volk im Süden zu solchem Kampfe bereits reif, dann mußte derselbe, ohne schwächliche Rücksicht auf einzelne wirklich oder vermeintlich wohlmeinende Fürsten und Minister unternommen werden, oder es war noch nicht dazu reif, was wir weder behaupten noch bestreiten wollen, dann mußte auf die Hoffnung des Sieges von vorneherein verzichtet werden. — Jedenfalls sind diese innern Widersprüche die Hauptursache der Niederlage des Südens geworden. „Wir glauben, schrieb vor einigen Wochen das „Coburger Tagblatt", an einen „deutschen Beruf" der Habsburger so wenig als an einen solchen der Hohenzollern. Für jeden, der sehen will, beweisen alle diese neuen Erfahrungen, was die Geschichte in unzähligen blutigen Zügen lehrt, daß die Politik beider das schlimmste Hinderniß der deutschen Einheit wie der deutschen Freiheit und die stete Gefährdung der Integrität und Unabhängigkeit Deutschlands ist, daß überhaupt auf den Wegen der Cabinetspolitik für Deutschland nimmer eine Erreichung seiner großen nationalen Ziele möglich ist, daß jeder Versuch dazu stets zur Vernichtung der Freiheit und aus Gründen des „europäischen Gleichgewichts" zu einer Einmischung des Auslands führt, und daß es nur eine Großmacht gibt, welche die Freiheit garantirt und gegen welche jene Einmischung nicht gewagt wird — das bewaffnete, deutsche Volk, geeinigt in einem freigewählten, mit voller constitutioneller Machtbefugniß umgebenen deutschen Parlament. Wird auch der jetzige verhängnißvolle Moment das deutsche Volk aus seiner Erstarrung nicht erwecken, dann mag das Schicksal sich erfüllen über ein feiges, entartetes Geschlecht." — So das Tagblatt. Ist dies Wort vielleicht auch zu hart, so mögen doch die Erfahrungen des Jahres 1866 als Warnung und als Fingerzeig dienen — für die Zukunft!

Coburg. (Die Quelle der Zwietracht.) Unter dieser Ueberschrift bemerkt die Redaction des „Coburger Tagblatts", anknüpfend an seinen Leitartikel der ersten Nummer des Jahres 1865 und an die dort gegebene Vergleichung des Standes der deutschen Bewegung zu Anfang des Jahres 1864 mit dem zu dessen Ende u. a. Folgendes: „Wie die Staaten und ihre Lenker nur um des Volkes, um seiner Interessen, seiner freien Entwicklung willen da sind, so hat die Einheit nur als das schützende Kleid der Freiheit und die Macht nur als die starke Schutzwehr des Rechts ihre Bedeutung. Nehmt ihnen diese Bedeutung und ihr habt das Chaos. Und so gibt uns das abgeflossene Jahr von Neuem die Lehre: Nur wenn wir von der Freiheit abfallen und dem Recht — sind wir uneins!"

„So unser Leitartikel vom 12. Januar 1865. Damals wurde dieser Standpunkt der Auffassung noch von Vielen getheilt und befürwortet, heute unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß derselbe von den Meisten mit Haß und Erbitterung angefeindet wird. Allein damit ändern sich weder die Geschichte der Vergangenheit, als Spiegel der Zukunft, noch die Principien des Rechts und der Freiheit, auf die wir unsere Anschauungen heute wie damals basiren und ohne deren Heilighaltung und practische Geltendmachung, nach unserer festesten Ueberzeugung, das Wohl des Volkes, das uns viel mehr interessirt als der Ruhm und die Machterweiterung fürstlicher Dynastien, nimmermehr gedeihen kann. Derselbe, so oft gerügte und abgeschworene, Taumel der Leichtgläubigkeit und eines blinden, mit nichts gerechtfertigten Vertrauens hat auch heute, wie 1813 und 14 und wie 1848 das deutsche Volk ergriffen und treibt es in die Schlingen der Reaction. Der siegreich herrschenden Junkerpartei, deren ganze Existenz nur ein ununterbrochener Kampf gegen das Volk, gegen seine Freiheit und sein Recht und für die eigene Herrschaft und ihre Sonderinteressen stets gewesen ist und bleiben wird, der Junkerpartei ist es gelungen, das Volk in- und außerhalb Preußens fast in ganz Deutschland in den Einheitsrausch zu versetzen, um ihm in diesem Zustand alles das zu nehmen und sich zu sichern, was in nüchternem Zustand von ihm nicht zu gewinnen wäre. Jeder Rausch zeichnet sich durch zwei charakteristische Symptome aus: Erlöschen des Gedächtnisses und Trübung der Urtheilskraft. In diesem Zustand befindet sich jetzt momentan das deutsche Volk. Die Ernüchterung beginnt mit dem Katzenjammer und endigt nicht selten mit Erbrechen. Wenn der mit dem Junkerfusel überladene Magen des deutschen Volkes bis zum Stadium des Erbrechens gelangt sein wird, dann werden wir die Revolution haben, die auf dem Wege durch die Freiheit zur Einheit zu vermeiden war."

„Im November 1864 schrieben wir im Tagblatt: „Statt die Hoffnungen auf die Schaffung der Einheit von oben, im Wege der Gewalt, durch einen politischen Messias in irgend einem Regierungssitz und durch irgend eine in längst überlebten Ueberlieferungen sich gefallende Dynastie zu unterhalten, ist es besser, daß man diese Messiasideen ganz aufgiebt und die Arbeit naturgemäß in allen Einzelstaaten von unten auf, statt beim Giebel, bei den Grundmauern anfangend, zur Hand nimmt; zunächst überall den politischen Schutt, der in Einrichtungen und Personen, jeden Neubau hemmend, in allen Staaten entgegensteht, aus dem Wege räumt und dafür tüchtige Elemente an die Stelle bringt. Hat man so überall die Bausteine und das rechte Material herbeigeschafft und dabei immer Sorge getragen, auch den rechten Kitt in einem gesunden, patriotischen Volksgeist sich zu schaffen und zu erhalten, so wird unter dieser, freilich mühsamen und lang dauernden, aber unfehlbar sicheren Arbeit, auf breiter, unerschütterlicher Grundlage, aus dem Geiste der Nation selbst heraus der Plan wie die Ausführung des mächtigen Einheitsbaues emporwachsen. Wenn danach in den Einzelstaaten von den Freunden des nationalen Fortschritts gehandelt wird, so wird die Aera der schönen Reden damit freilich am Ende sein, das deutsche Volk wird dafür aber in allen Einzelstaaten, unter den stets wachsenden und ihm jeden Augenblick wieder zu Gute kommenden Erfolgen seiner politischen Arbeit, die Lust und den Muth zu neuer Arbeit finden. Der beliebte Satz „nur durch die Einheit zur Freiheit" ist die doctrinäre Phrase des politischen Messiasglaubens, hinter der sich bald Unlust zu nachhaltiger politischer Thätigkeit, bald Mangel an Courage, oft beide verstecken und deren unvermeidliche Folge die Gleichgiltigkeit und Erschlaffung des Volkes, mit einem Worte die Förderung des Philisterthums ist, (des brauchbaren Ackerfelds der Gewaltherrschaft von oben)!

„Was wir damals schrieben, ist noch heute unsere volle Ueberzeugung. Ob heute als veraltete Narrheit vom Volke selbst verworfen, — wir wollen sie darum doch auch heute nicht verläugnen. Gott helfe uns, wir können nicht anders!" — — So die Redaction des „Cob. Tagbl.", die mit diesen Ansichten in ganz Thüringen und Franken jetzt allerdings eine völlig isolirte Stellung einnimmt, wie dies u. a. ein Blick zeigen kann auf das vollständig großpreußische „Mitteldeutsche Tagblatt", welches von L. Schweigert und L. Reinhardt aus Meckenburg seit Anfang vorigen Monats in Coburg herausgegeben wird, und von denen Reinhardt, früher Mitredacteur der Arbeiterzeitung und des Tagblatts, von beiden Blättern wegen deren „neuerer Haltung" urplötzlich, ohne längere Kündigung, Ende Mai, gerade als der Hauptredacteur (Streit) von unabweisbaren, anderen Arbeiten in Anspruch genommen war — zurück und in die Redaction des „Mitteldeutschen Tagblatts" eingetreten ist!" —

Wie die „Berliner Volkszeitung" „eines der Organe des Nationalvereins" berichtet ist in Frankfurt a/M. auch das Wochenblatt des Nationalvereins von dem preußischen Civilcommissär unterdrückt worden und hofft bald irgendwo anders wieder erstehen zu können. Wer aber in letzter Zeit die immer armseliger gewordene äußere Ausstattung dieses Opfers des Heidelberger Doctrinarismus gesehen hat, wird vielmehr an Selbstunterdrückung glauben.

In **Coburg-Gotha** wurde der gemeinschaftliche Landtag der beiden Landestheile bald nach Eröffnung des Krieges nach Gotha einberufen, um unter dem sanften Druck der preußischen Bajonette dort den Beitritt zu dem Sonderbündniß

zu genehmigen und die Mittel dazu zu bewilliden, nachdem der Herzog das Bündniß vorher bereits ausgeführt hatte. Obschon durch den Bundesbeschluß vom 1. Juni, dem auch Preußen und Oesterreich beigetreten, die Bundesfestungen Mainz und Rastadt für neutrale Plätze erklärt und die Thüringischen Contingente zu deren Besetzung mit bestimmt worden sind, obschon Meiningen und Weimar vom 1. bis 14. Juni Zeit genug gefunden hatten, ihre Truppen in diese neutralen Plätze zu legen, — fand die Regierung von Coburg-Gotha keine Zeit, dasselbe zu thun, sondern schaffte alle Ausrüstung des Contingents, dann die einberufenen Mannschaften selbst nach Gotha, wo sie der Herzog sofort, noch ehe der einberufene Landtag sich hatte aussprechen können, zur Aufhaltung der Hannoveraner verwendete, bis hinreichende preußische Truppen ankamen, um die letzteren zu erdrücken.

In dem Landtag gab es ein langes und heißes parlamentarisches Gefecht, in welchem jedoch nur ein einziger Abgeordneter (Streit von Coburg) für Deutschland gegen Großpreußen focht und nicht nur die ganze obige Handlungsweise der Regierung, durch welche das ehemals in deutschem Rufe stehende Coburg-Gotha den deutschen Bürgerkrieg eröffnet hat, bloß legte, sondern auch den Abgeordneten, unter denen sich nicht wenige ehemalige Burschenschafter befanden, eingehend nachwies, wie bei dem zugemutheten preuß. Sonderbündniß und dem damit verknüpften Reformproject weder Ehre, noch Freiheit, noch Vaterland zu finden sei. Streit verlangte zugleich auf Grund der Verfassung, daß nicht nur der gemeinschaftliche Landtag, sondern daß auch die Sonderlandtage der beiden Herzogthümer zu hören seien, da mit dem verlangten Bündniß Verfassungsänderungen verknüpft sind. Der Landtag erklärte indessen alles dies für in der Ordnung und Herr L. Reinhard, der ehemalige Mitredacteur der Arbeiterzeitung, bezeichnete im „Mitteldeutschen Tagblatt" jene Opposition dagegen als „Blödsinn".

Frankfurt. Die jetzt eingegangene N. F. Ztg schreibt unter dem 25. Juni: Der Fahneneid, den Herzog Ernst von Gotha am 13. Juli 1862 auf dem Roßmarkt vor dem deutschen Schützenbanner leistete, erweckt unter den gegenwärtigen Umständen recht trübe Gedanken. Es heißt in demselben: „Der Krieger schwört bei seiner Fahne. Ihm gleich lassen Sie mich in Ihrer Aller Namen, im Namen so vieler Tausende, die von der Düne der Nordsee bis zu den schneeigen Alpen hierherzogen, bei dieser Fahne geloben: Treu zu stehen zum Vaterland und seines Rufes gewärtig, zu wehrhaftem Bunde waffenfähig zu werden." Der Festbericht fügt hinzu: „Unermeßlicher Jubel folgte den Worten. Es war, als träten zum Altare des Vaterlandes deutsche Männer und Frauen von Ost und West, von Nord und Süd, unzählige Schaaren, und aus aller Herzen strömte der heilige Schwur auf die Lippen: wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern! Und der Himmel öffnete sich und die Sonne sandte ihre lautersten Strahlen verklärend herab." —

In Sondershausen hat sich bei Beginn des Krieges der Regimentsoberst von Blumröder erschossen, weil er nicht an dem deutschen Bruderkrieg Theil nehmen wollte, in welchem seine Regierung auf Seiten der preußischen Secession getreten ist. Möge die deutsche Nation dieses Opfer deutscher Gewissenstreue nicht vergessen.

Eine tragische Episode in dem deutschen Krieg ist der Zug der hannover'schen Armee von Göttingen nach Thüringen; sie wollte sich nach Bayern durchschlagen. Mit den Trümmern seines Heeres marschirte der König mit dem Kronprinz, ohngefähr 18—20,000 Mann Infanterie, Cavallerie, Artillerie. Die Ausrüstung war eine sehr mangelhafte, obgleich die Zeughäuser in Hannover ꝛc. alles in Fülle enthielten. Der Generaladjutant des Königs, v. T., war von Preußen gewonnen und holte lange Verrath geübt. Vor das Kriegsgericht gestellt und zum Tode verurtheilt, ist er durch die einrückenden Preußen vom Tode gerettet und mit Generalstitel in Ruhestand versetzt worden! Erst in Thüringen scheinen die Hannoveraner beobachtet und von den Preußen verfolgt worden zu sein und wurden endlich in der Nähe von Gotha eingeschlossen. Am 24. Juni wollten die Hannoveraner durch Eisenach brechen, das von Preußen besetzt war und wären auch durchgekommen, da wurden sie, wie ein authentischer Bericht der Allg. Ztg. schreibt, durch ohne Legitimation angeknüpfte Verhandlungen von Seiten des Herzogs von Coburg aufgehalten, die drei Tage währten und schließlich ohne Resultat blieben, während inzwischen die Preußen in Uebermacht heranzogen. Am 27. kam es bei Langensalza zu einem großen, sehr erbitterten, sehr blutigen Gefecht, in welchem die angreifenden Preußen und Coburg-Gothaer mit schweren [illegible] worfen wurden. Die Hannoveraner [illegible] eit auch von den Preußen unfreiwillig anerkannt wird, behaupteten ihre Stellung. Rings umgestellt, ohne ausreichende Verpflegung und nach verschossener Munition mußten sie capituliren. Mehr als auffallend ist es, daß die Hannoveraner so lange von den am nächsten gelegenen bayerischen Bundestruppen ohne Unterstützung gelassen worden sind. Aus dem bayerischen Hauptquartier wird geleugnet, daß man dort von den Hannoveranern und ihrem Standort Nachricht gehabt habe. Diese Nachricht hätte man sich kürzlich, da diese braven Truppen rings eingeschlossen waren, selbst verschaffen müssen. Aber die Ausflucht ist auch unwahr; man leugnet mit einer sehr kläglichen Wendung, daß kein Officier aus dem hannover'schen Lager im bayerischen gewesen sei, allein ein Civil-Abgesandter Archivrath Dr. Klopp, war im bayerischen Hauptquartier, hat genau berichtet, dringend um Hilfe gebeten, erhielt diese nicht, reiste nach Wien, erhielt vom Kaiser die dringendste Befürwortung, reiste damit wieder in's bayerische Hauptquartier und nun erst setzte man sich in Bewegung — als es zu spät war! Entsetzung der Anführer, um den mildesten Ausdruck zu gebrauchen, und Stellung vor das Kriegsgericht ohne Ansehen der Person, hätte vom bayerischen Volk zur Wahrung seiner Ehre gebieterisch gefordert werden sollen.

Baden. (Erste That des badischen Ministeriums der Gothaer. Das großh. badische Bezirksamt . . . wird beauftragt, dem Drucker N. N. nach Vorladen unverzüglich protocollarisch zu eröffnen, daß sich das Blatt „jeder aufreizenden Polemik gegen die Regierung, gegen die besitzenden Classen, gegen bestimmte Confessionsgenossenschaften und insbesondere gegen einzelne deutsche Volksstämme zu enthalten habe," widrigenfalls sofortiges Einschreiten und eventuell nach einem gesetzlichen Verfahren Concessionsentziehung zu gewärtigen sind.

Gleichzeitig ist dem Drucker zu bemerken, daß die Veröffentlichung dieses Verbots ebenfalls als ein unstatthafter Versuch zur Agitation betrachtet werden wird.

Karlsruhe, 28. Juli 1866."

C'est joli! Das ist der liberale Jolly! Wie sein College Mathy einst mit der Verhaftung seines Freundes Fickler, so eröffnet dieser Jolly seine amtliche Thätigkeit mit der Erdroßlung der Presse. Merkt man jetzt bald, was die von den süddeutschen Gothaern erbettelte Einheit für die Freiheit bedeutet? Bemerkt man auch das schlechte Gewissen, das sich in dem Verbot der Veröffentlichung dieses Verbots verräth?

(Stuttg. Beob.)

Berlin, 2. Juli. (Berliner Schwindel.) Bekanntlich hatte die „Berliner Reform" unter der Redaction von Dr. Guido Weiß, der ihr eine streng deutsche Haltung gab, sich eine sehr geachtete Stellung in der deutschen Presse erworben. Durch Umstände, die vorerst unerörtert bleiben mögen, ist der Verleger der Reform genöthigt worden, die Richtung und damit zugleich die Redaction des Blattes zu ändern und mit dem II. Quartal des laufenden Jahres trat Dr. Guido Weiß von der Redaction zurück und lenkte das Blatt unter der neuen Redaction in ziemlich ungeschickter Weise in die Richtung des liberalen Großpreußenthums ein. Gleichwohl annoncirt der Verleger, Herr Röhring, sein Blatt noch immer im Buchhändler-Börsenblatt wie folgt: „Berliner Reform". Organ der Volkspartei (?!). Redacteur Dr. Guido Weiß!!

††† **Aus Süddeutschland,** Mitte Juli. Was noch gefehlt hat, um die Lage und die Parteistellungen zu klären, geschieht eben jetzt. Minister Graf Eulenburg hat im Auftrage seines Collegen Bismarck, wie die Berliner Blätter berichten, verschiedene gewesene deutsche „Vertrauensmänner" nach Berlin befohlen, um die Vorbereitungen zu dem Bismarck'schen Parlament, für Vergrößerung Preußens und für Zoll-, Handels- und Civilproceßangelegenheiten der deutschen Nation, in Berlin zu besprechen. Dem Befehle sind, wie die Berliner Blätter weiter berichten, bis jetzt in Hingebung gefolgt: aus Süddeutschland Herr von Roggenbach, der neue, warme Verehrer des Grafen Bismark; aus Norddeutschland Herr von Bennigsen, dessen Verständigung mit dem Grafen Bismarck ohnlängst bekannt geworden ist; Herr Oetker, der jüngst in der hessischen Morgenzeitung den empörenden Jubelruf ertönen ließ über die endlich beginnende Jagd gegen die Süddeutschen, unter und mit denen auch seine eigenen Landsleute kämpfen und sterben; Herr Jungermann, der als weiland Redacteur des Frankfurter Journals durch die Aufstellung und Vertretung des Grundsatzes: „Die Freiheit ist der Güter höchstes nicht" sich eine besondere Berühmtheit in der Weltgeschichte erworben hat; Herr Professor Biedermann, der auch aus dem ersten deutschen Parlament als Urtypus des Gothaerthums und als würdiger Schleppträger des Herrn von Gagern noch in Aller Gedächtniß ist und unter dessen in Herrn von Bennigsen oder Herrn von Roggenbach deßguirten Nachfolger das alte Geschäft fortsetzen kann; ferner aus Preußen Waldeck, „jeder Zoll ein preußischer Annexionist," der im Abgeordnetenhaus jede Aeußerung zu Gunsten Schleswig-Holstein's und Deutschlands stets hintertrieben hat, und endlich, außer noch einigen anderen dieser Richtung, auch der fanatische Großpreuße und scheinliberale Oberjunker Georg von Vincke, der, als dem preußischen Volke der gesunde Menschenverstand noch nicht durch den Machtschwindel betäubt war, in allen Wahlkreisen durchgefallen, jetzt freilich in nicht weniger als fünf Wahlkreisen in das neugewählte, conservative Abgeordnetenhaus gewählt ist. Die Zusammensetzung dieses „befohlenen" Vorparlaments ist äußerst wirksam und der Zeitpunkt, da die Leichenhaufen der vom Großpreußenthum erschlagenen Süddeutschen täglich höher sich anthürmen, besonders glücklich gewählt! — „Die Herren v. Bennigsen, Oetker, Jungermann und Genossen haben zur Förderung ihrer „befohlenen" Aufgabe in Norddeutschland auch die alte Agitation für die preußische Hegemonie unter neuem Aushängschild wieder aufgenommen. Die neue Etikette für die alte Waare ist die „durch Oesterreich herbeigeführte Einmischung des Auslands." Unter diesem Vorwand sind die Todtengräber des, einst deutschen, Nationalvereins jetzt bemüht, eine neue „Nationalpartei" zu gründen, für welche sie auch die mit Zündnadeln bearbeiteten „Brüder in Süddeutschland" einladen. Ganz Deutschland soll um jeden Preis Herrn von Bismarck jetzt die Hand zur Versöhnung bieten, weil Napoleon in Folge der Abtretung Veneziens einen Augenblick Oesterreich zu unterstützen schien, in Wirklichkeit aber die großpreußischen Ansprüche mit aller Anstrengung zu fördern von Anfang an bemüht war und noch ist, ohne dessen geheimes Einverständniß Preußen auch weder das Bündniß mit Italien hätte schließen, noch den Krieg überhaupt hätte beginnen können! Die Herren sind nun am 12. Juli in Hannover gewesen, haben dort in diesem Sinne eine „Erklärung" und eine „Ansprache" an die süddeutschen Brüder erlassen und gedenken den in Süddeutschland noch in so lebhaftem Andenken stehenden Abgeordnetentag zur Vorbereitung des „Parlaments" in einem vom Kriege nicht berührten Ort (wir schlagen unmaßgeblich Wolfenbüttel vor) nochmals in Scene zu setzen.*) Sie meinen in ihrer Ansprache, daß jetzt in Deutschland ganz die Stimmung von 1813—15 (!!) wiedergekehrt sei; daß der König und die Staatsmänner Preußens jetzt im Siegesrausch und gestützt auf ein feudales Abgeordnetenhaus ganz in der Lage und Stimmung seien, einem „großen, nicht allein nach Einheit und Macht, sondern auch nach verfassungsmäßiger Freiheit ringendem Volke" zu Willen zu sein und daß deßhalb jetzt, wie für den siegreichen Feldzug, so auch für eine die Volkswünsche befriedigende Lösung des Verfassungs-Conflikts in Preußen und für die Aufrichtung „eines freien deutschen Staatswesens" durch ein Parlament unter der Führung der siegreichen Zündnadelgewehre Preußens wenige Wochen hinreichen würden! „Ermuthigt durch den deutschen Bruderkrieg," den beileibe nicht Preußen, sondern nur ein „trauriges Geschick" angefacht habe, scheine Frankreich die preußische Reformpolitik verhindern zu wollen; die preußische Regierung, die auf Norddeutschland bauen könne, solle deßhalb jetzt „kühnlich das Banner der nationalen Unabhängigkeit erheben und die Gelüste des (mit ihr seit Biarritz ganz einverstandenen) Auslandes mit Entschiedenheit zurückweisen." Die, Südtirol und Triest preisgebende Allianz Preußens mit Italien diene lediglich „für die Freiheit und Unabhängigkeit Italiens" und sei darum gleich der von Preußen verlangten Lostrennung Luxemburgs und sämmtlicher deutsch-österreichischen Provinzen von Deutschland zu Gunsten der Czechen wie aller Slaven, durchaus keine Verletzung der Integrität und Ehre Deutschlands. Wer Preußen dabei nicht unterstütze, der mache sich schuldig „an der Schmach, welche unsere Väter im Rheinbund erdulden mußten" und entziehe sich dem „Kampf für Deutschlands Macht und Herrlichkeit." Hiernach und da alle diese Trugschlüsse durch die preußischen Zündnadelgewehre zu unumstößlichen Wahrheiten erhoben worden seien, bleibe für die noch überlebenden Süddeutschen nichts anderes übrig, als mit Bismarck und seinen Aposteln brüderlich versöhnt, Hand in Hand zum Parlament für Deutschlands „Zoll-, Handels- und Civilproceßangelegenheiten" zu wallen, und die Theilung Deutschlands bis zur Mainlinie als geschichtliche Thatsache feierlich zu sanctioniren! Das ist der, alles heuchlerischen sophistischen

*) Der Versuch ist inzwischen gescheitert. D. Red

Beiwerks entkleidete Kern der „Erklärung" und „Ansprache", welche am 12. Juli die Herren von Bennigsen, Oetker, Jungermann, Lammers, Miquel, Fries und Genossen unter ihrer eigenhändigen Unterschrift an Nord- und Süddeutschland erlassen haben. Die Gothaer der kurhessischen Kammer haben sich alsbald angeschlossen und die „Berliner Reform" ruft triumphirend: „endlich ist ein wichtiger Schritt zur Bildung einer Nationalpartei geschehen." — Der erste, der sich dieser „Nationalpartei" mit Begeisterung angeschlossen hat, ist der Großherzog von **Mecklenburg**, der im Einklang mit derselben seinen für Preußen in's Feld rückenden Soldaten in einem „kriegsherrlichen Gruß" den Standpunkt in diesem Sinne klar gemacht hat, indem er seinem herrlichen Kriegsheer sagt: „Es handelt sich nicht bloß um den Fortbestand auch unseres Mecklenburgischen Vaterlandes, sondern um die höchsten Güter der deutschen Nation, um ihre Unabhängigkeit von ausländischem Einfluß!" — Ob die Herren den richtigen Zeitpunkt und die rechten Motive gefunden haben, auch in Süddeutschland Erfolg zu haben, ist freilich eine andere Frage. Der Ruf zur Versöhnung, wenn auch nicht aus solchem Munde, konnte von Erfolg sein, ehe Blut geflossen. **Jetzt kommt er zu spät!** In der That müßte in uns Süddeutschen doch jeder Funke von Ehre, von Freiheits- und Vaterlandsgefühl erstorben sein, wenn wir, blutend aus tausend Wunden, über die noch dampfenden Leichen unserer Söhne und Brüder hinüber, die Sache des Rechtes und der Freiheit für die sie gefallen preisgebend, ihren Mördern die Hand zur Versöhnung reichen wollten! Der blutig aufklaffende Riß zwischen Nord- und Süddeutschland ist nunmehr vielleicht für dieses Jahrhundert unausfüllbar. Die allgemeinste Enthaltung von dem blutgetränkten großpreußischen Parlament ist die mildeste Antwort auf jene Zumuthungen und zugleich eine politische Pflicht, zur Wahrung des Rechts für die Zukunft. Welches Ergebniß unter dem „moralischen Einfluß" der siegreichen preußischen Zündnadeln, der Knebelung der Presse und des Vereinsrechts bei allen eroberten „Bruderstämmen" die Parlamentswahlen haben werden, ist von jedem Denkenden vorauszusehen. An den Wahlen sich betheiligen, hieße den rechts- und freiheitsfeindlichen Beschlüssen der voraussichtlichen Majorität die Sanction des Volkes geben. Die sollen sie nicht haben! Süddeutschland, wenn auch heute durch die Schuld seiner Dynastien am Boden liegend, wird einst noch den rechten Zeitpunkt und in sich die Kraft seiner Selbstconstituirung finden. Dann aber wird es nicht zu den Fahnen der Hohenzollern eilen, sondern es vorziehen, mit der Schweiz, mit Holland und den Niederlanden die vereinigten, freien Staaten des Südens und Westens zu bilden und in den vereinigten freien Staaten jenseits des Oceans mächtige Bundesgenossen finden. Dann wird es sich zeigen, wo die stärkere Anziehungskraft für alle gesunden Elemente der deutschen Nation liegt, in dem so constituirten Süden oder in dem Hohenzoller'schen Norden.

Von den **nord- und mitteldeutschen Staaten** haben sich dem preußischen Sonderbund angeschlossen: Oldenburg, beide Mecklenburg, Anhalt, Coburg-Gotha, Altenburg, die beiden Schwarzburg, Reuß j. L., Waldeck und Lippe. Braunschweig hatte sich für den politischen Theil der preußischen Vorschläge erklärt und nahm in militärischer Hinsicht Neutralität in Anspruch; es „widerstrebte dem Gefühle der Regierung, seine Truppen gegen seither befreundete Brüder und Bundesgenossen marschiren zu lassen." S.-Weimar, S.-Meiningen und Schaumburg-Lippe haben lange keine definitiven Beschlüsse gefaßt, sind neuerdings aber ebenfalls der Gewalt gewichen. Reuß ä. L. hatte sich gegen Preußen entschieden und hat deshalb die Ehre einer besonderen Kriegserklärung gehabt. Die Hansestädte unterhandelten lange unter einander und mit Preußen, haben schließlich aber ebenfalls nachgegeben, mit Wollust Bremen, mit schwerem Widerstreben Hamburg.

Bern, 16. Juli. In der heutigen Sitzung des Nationalraths hat v. Planta von Samaden den hochwichtigen Antrag auf Ausdehnung der Volksbewaffnung auf alle waffenfähigen Schweizer gestellt, welcher Antrag nicht nur Seitens der Mitglieder der Versammlung, sondern auch Seitens des Bundesraths, in dessen Namen der Chef des eidgenössischen Militär-Departements, Fornerod, und Bundesrath Dr. Dubs sprachen, die wärmste Unterstützung fand.

Paris, 3. Juli (A. A.) Man gestattet mir Einsicht in die Abschrift eines Berichts eines französischen Genieoffiziers aus Prag. Er fällt über die Einrichtung und Tapferkeit des österreichischen Heeres ein ebenso glänzendes Urtheil, als er dessen oberste Führung verdammt. Dann führt er aus einer Reihe zusammenhängender Thatsachen den Beweis, daß nicht nur der Feldzugsplan, sondern von Fall zu Fall jede Aufstellung Benedek's den Preußen verkauft wurde. — Unmöglich wäre das bei dem durch und durch faulen System des Kaiserstaats nicht. Die Hauptursache der Niederlagen aber ist in dem trägen Zurückbleiben hinter den Fortschritten der Gegenwart, insbesondere auch hinter den militärischen, und in der Unfähigkeit und bösem Willen gerade der hochadeligsten Generale im Heer Benedeks zu suchen, die theils aus Widerwillen gegen den bürgerlichen Obergeneral, theils aus Ungeschick die ihnen zugewiesenen militärischen Aufgaben nicht erfüllen wollten und konnten!

Garibaldi, den seit seiner Bundesgenossenschaft mit Bismarck sein Glücksstern verlassen, ist in Folge seiner Verwundung (Schuß in den Oberschenkel), die er bei Monte Suello erhalten, so leidend, daß er selbst in den Wagen, von welchem aus er sein Commando führt, getragen werden muß. Das Schmerzlichste für ihn und seine Freunde ist dabei, daß er diese Verwundung nicht einmal durch eine feindliche Kugel, sondern durch eine solche aus den eigenen Truppen, in Folge eines Versehens, erhalten hat.

Die Früchte der Fürstenpolitik für Deutschland in Quadratmeilen und Seelenzahl ausgedrückt.

Coburg, im Juli. Es ist etwas Schönes um das Vertrauen, zumal einer ganzen Nation zu ihren obersten Leitern, und es kann zu einer Quelle gewaltiger Kraftentfaltung, großer Leistungen werden. Alles dieses freilich nur unter der einen Bedingung und Voraussetzung, daß das so gewährte Vertrauen seine Rechtfertigung findet in den Handlungen und Leistungen derer, denen es zugewendet ist. Unter allen Nationen zeichnet sich die deutsche durch den unerschöpflichen Fonds von Vertrauen aus, welches sie seit Jahrhunderten ihren Fürsten geschenkt und in Folge dessen sie sich aller Selbstbestimmung in ihren Angelegenheiten begeben und die Leitung der letzteren im Großen und Ganzen, wie in den einzelnen Staaten, im Frieden wie im Krieg, fast allein ihren Fürsten überlassen und nach jedem noch so berechtigten Versuch des Widerspruchs immer wieder in die engen Grenzen des beschränkten Unterthanenverstandes sich hat zurückweisen lassen. Seit Jahrhunderten befindet sich die deutsche Nation in der Stellung eines Unmündigen zu seinen Vormündern. Es wäre für dieselbe an der Zeit, von ihren fürstlichen Vormündern doch endlich einmal Rechenschaft zu verlangen über die ihnen anvertrauten Güter. Das „deutsche Vaterland", das viel besungene, müßte bei treuer Verwaltung mindestens 16,000 Qdrm. und gegen 60 Millionen eines, im Laufe der Jahrhunderte durch Freiheit zu unermeßlichem Wohlstand gelangten, in allen seinen Schichten geistig-sittlich durchgebildeten Volkes umfassen. Wie es nun mit dem Aufblühen des Volkswohlstandes aussieht, da jährlich Hunderttausende der tüchtigsten Kräfte mißmuthig dem nicht übervölkerten Vaterland den Rücken kehren, wie es ferner mit der Bildung steht, der durch Concordate und Schulregulative normirten, davon ein andermal. Beschränken wir vorerst als echte „Realpolitiker", die Prüfung der Ergebnisse der fürstlichen Vormundschaftsführung für das „Volk der Denker" auf die allernächstliegende Aufgabe, auf die Wahrung der Grenzen des Besitzthums des Mündels. Wie steht es damit, haben die Vormünder sie treu gewahrt im Laufe der Jahrhunderte? Oder haben sie nur an ihre eigene Bereicherung gedacht und das Besitzthum des Mündels vernachlässigt? Ist das „ganze Deutschland" nur noch Phantasie des Dichters oder ist es Wirklichkeit? Besteht das „deutsche Vaterland" wirklich nach „so weit die deutsche Zunge klingt"? Ein vielfaches, trauriges Nein! ist die Antwort. Keinen Zuwachs, auch nicht die Erhaltung unserer Grenzen, nur Verluste haben wir zu verzeichnen. Summiren wir die Verluste, welche die deutsche Nation unter der Vormundschaftsführung ihrer Fürsten an Land und Leuten erlitten hat.

I. Verluste vom Ende des 15. Jahrhunderts bis zu Beginn der Aera Bismarck, 1862.

1. Die Schweiz, losgetreten vom Reich durch die Schuld der Habsburger und selbstständig geworden (1499): 791 Qdrm., mit jetzt 2,510,494 Einwohnern;
2. die Ostseeprovinzen, im 16. Jahrhundert in Folge der Zwietracht und Gedankenlosigkeit von Kaiser und Reichsfürsten, verloren an das Slaventhum (Rußland): 1716 Qdrm., mit jetzt 1,694,100 Einwohnern;
3. die Niederlande, losgetreten vom Reich, durch die Schuld der Habsburger, deutscher und spanischer Linie, und selbstständig geworden (ohne Luxemburg und Limburg, welche später wieder zu Deutschland gekommen, erst unter der Aera Bismarck verloren gehen): 1089 Qdrm., mit jetzt 7,263,159 Einwohnern;
4. Elsaß, verloren und zum Theil verschachert durch die Habsburger im Laufe des 17. Jahrhunderts (definitiv durch den Ryswicker Frieden, 30. October 1697) an Frankreich: 170 Qdrm. mit jetzt 1,093,376 Einwohnern;
5. Lothringen, verloren an Frankreich (verschachert durch das Haus Habsburg.) 1766*): 497 Qdrm., mit jetzt 1,200,000 Einwohnern;
6. Helgoland, 1814 durch den König von Dänemark, als Herzog von Holstein-Gottorp, unter Gutheißung der im Wiener-Congreß vertretenen deutschen Fürsten, an England abgetreten.

Summa der Verluste unter 1 bis 6: 4,263 Qdrm., mit jetzt mindestens 13 Millionen und 763,329 Einwohnern.

II. Anfang der Verluste während der Aera Bismarck, unter Beihülfe der deutschen „Nationalpartei", 1862 bis Juli 1866 (Dauer noch unbestimmt.)

1. Die sämmtlichen deutsch-österreichischen Provinzen, durch das Haus Hohenzollern gegen Gebietsvergrößerung Preußens in Deutschland, losgetrennt von Deutschland und dadurch preisgegeben an das Slaventhum: 3596½ Qdrm. mit 12,196,567 Einwohnern;
2. Luxemburg und Limburg auf dem Wege der „Bundesreform" zunächst an die Niederlande, voraussichtlich aber im weiteren Verlauf an Frankreich: 87 Qdrm. mit 383,500 Einwohnern;

Summa: 3,683½ **Quadratmeilen mit 12 Millionen** und 580,067 Einwohnern.

Dazu die Zerreißung Deutschlands in zwei, gegenseitig mit Haß erfüllte Hälften und noch verschiedene Compensationen auf dem linken Rheinufer, für die Zustimmung Frankreichs zu den Gebietsvergrößerungen Preußens in Deutschland — in Aussicht. Bemerkenswerth für das staatsmännische Genie des Trägers dieser Aera ist, daß derselbe, nach einer Vorbereitung von nur 4 Jahren, in wenig Wochen diese quantitativ fast gleichen und qualitativ, in ihren Folgen für die Zukunft, noch viel verhängnißvolleren Verluste für Deutschland fertig gebracht hat, während zu den Verlusten in der unmittelbar vorhergegangenen Vormundschaftsepoche über 300 Jahre gebraucht worden sind.

Gesammt-Uebersicht der Verluste der deutschen Nation, unter ihrer fürstlichen Vormundschaft von 1499 bis 1866.

I. Verluste Deutschlands von 1499—1862, vorzugsweise durch das Haus Habsburg: 4263 Qdrm. mit 13,763,329 Einwohnern.

II. Verluste durch das Haus Hohenzollern seit der Aera Bismarck (insbesondere im Jahre 1866): 3683½ Qdrm. mit 12,580,067 Einwohnern.

Gesammtsumme: 7,946½ **Quadratmeilen** mit jetzt **26 Millionen** und 343,396 Einwohnern. Das Mündelgut der deutschen Nation ist also, statt auf 16,000 Qdrm. und auf mindestens **60 Millionen** Einwohner deutschen Landes und deutscher Zunge erhalten zu werden, durch Verschulden der Vormundschaft und insbesondere im Interesse stetiger Gebietsvergrößerungen der beiden Hauptvormünder, Habsburg und Hohenzollern, seit Ende des 15. Jahrhunderts bis 1866 um die oben summirten Verluste, die vorzugsweise dem Romanenthum und Slaventhum zugefallen sind, verkleinert worden und umfaßt nunmehr etwa noch 7,778 Qdrm., mit ohngefähr 33 Millionen Einwohnern, hat also alles in allem über 50 **Procent Verlust an Land und Leuten erlitten** **).

*) Die durch die Friedensschlüsse zu Basel (1795) und Campo formio (1797) von den Häusern Hohenzollern und Habsburg erfolgte Preisgebung des linken Rheinufers an Frankreich ist hier übergangen, da diese später durch eine vorübergehende Ermannung des deutschen Volkes (1813 bis 1815), von diesem selbst wieder eingebracht worden ist und hier nur die wirklichen Verluste summirt werden sollen. Das Conto der Verschuldungen des deutschen Fürstenthums aber ist auch mit diesem vorübergehenden Verlust moralisch mit zu belasten.

**) Auch Polen war einst ein Reich von über 18,000 Qdrm. Durch die von seinem hohen Adel verschuldete innere Zwietracht war es ein Spielball des Auslands geworden, mit welchem seine Fürsten stets Einverständnisse unterhielten, und endlich zwischen Preußen, Oesterreich und Rußland getheilt, führt nur noch ein Stück von etwa 2300 Qdrm. des einst mächtigen Reiches dessen Namen, unter russischer Herrschaft, in elendem Dasein fort. Gleiche Ursachen, gleiche Wirkungen!

Aber Preußen — hat mehr „homogene Kraft im Norden", die preußische Spitze ist gerettet und für Frankreich die Aussicht auf den ihm vortheilhaftesten Einfluß in dem zweigetheilten Deutschland gesichert.

Dies wären also bei einer Abhörung unserer nationalen Vormundschaftsrechnung für den älter als 1000jährigen Mündel, „deutsche Nation" genannt, die Ergebnisse der fürstlichen Vormundschaft, nur allein was die Wahrung des Grundbesitzes des Mündels anbelangt. Die Opfer an sonstigem Vermögen, an zerrüttetem und gelähmtem Volkswohlstand, die für die stehenden Heere, zur Unterstützung dieser Politik, verschwendeten Milliarden und die für gleiche Zwecke im Laufe der Jahrhunderte in den mit allen jenen Verlusten verknüpften Cabinetskriegen geopferten Millionen Menschen sind dabei noch ungerechnet, wenn auch unvergessen.

Und hiernach will es einem verdacht werden, wenn man bei Vergleichung dieser Erfolge mit denen des freien Volksstaats, nach dem Muster der Schweiz und der vereinigten Staaten von Nordamerika, den letzteren befürwortet? Wann wird das deutsche Volk anfangen, politisch zu denken und zu rechnen! Wir meinen, daß diejenigen, welche schon 1848 die Selbstregierung und Selbstverwaltung der deutschen Nation in der Republik verlangt haben, gar keine solche Narren waren, als die, von welchen sie deshalb so gescholten worden sind und wir meinen ferner, daß es für das deutsche Volk nach allen diesen vielhundertjährigen Erfahrungen nachgerade an der Zeit wäre, an die Stelle der deutschen Fürstenpolitik endlich eine deutsche Volkspolitik treten zu lassen und entweder die deutschen Fürsten zu ersuchen, eine Reihe von Jahren in den freien Volksstaaten der Schweiz und Nordamerikas die Grundsätze einer vernünftigen Regierungskunst an der Quelle zu studieren, oder vielleicht in noch einfacherer und zweckmäßigerer Weise das ganze Institut der Monarchie, gleich den übrigen Feudallasten, wie unser Freund „Beobachter" in Schwaben vor einiger Zeit schon vorgeschlagen hat, im Wege der Vereinbarung durch Ablösung aufzuheben und dabei selbst ein paar Milliarden nicht zu scheuen. Wenn dies bald geschieht, ehe Deutschland durch seine Vormundschaft vollends zu Grunde gerichtet ist, würde dieses freiwillige Opfer das erste nutzbringende des deutschen Volkes sein. Wir empfehlen den Vorschlag insbesondere den Frankfurter Banquiers, namentlich dem Herrn v. Rothschild, zur einstweiligen Erwägung. Das wäre ein Geschäft, welches der Mühe verlohnte.

Die Ansprüche Italiens auf deutsches Gebiet.

Die „Ztg. f. Norddtschld.", die sich immer noch von Zeit zu Zeit des entscheidenden Einflusses der norddeutschen „Nationalpartei", der Bismarck'schen „Vertrauensmänner" in Hannover zu erwehren weiß, schreibt:

„Beim Beginn des Krieges forderten die Italiener, wenigstens öffentlich, nur Venetien. Sie werden von den Oesterreichern geschlagen. Preußen dagegen zwingt durch seine Siege die Oesterreicher, Venetien aufzugeben, welche ihre Hauptmacht aus ihrer italienischen Provinz zurückrufen, um sie auf dem nördlichen Kriegsschauplatze verwenden zu können. Dadurch allein gewinnen die Italiener die Aussicht auf leichte Erfolge, und dadurch allein sehen sie sich zu der weiteren Forderung des südlichen Tirols und Istriens ermuthigt.

„Istrien, etwa 90 Quadrat-Meilen groß mit 283,000 Einwohnern, gehört freilich nur zur kleineren Hälfte zu Deutschland, ist aber bereits von Carl dem Großen mit dem deutschen Reiche verbunden worden. Eines großen Theils der istrischen Halbinsel hat sich sich später allerdings die Republik Venedig bemächtigt; aber das Land hat nur eine sehr geringe Zahl von italienischer und deutscher Bevölkerung, während die große Mehrheit derselben slavischen Stammes ist. Von dem Nationalitätsprincip, das geltend zu machen wäre, kann also gar nicht die Rede sein. Es ist lediglich Eroberungspolitik, welche Italien wünschen macht, sich auf der Ostküste des adriatischen Meeres festzusetzen und von dort Oesterreich weiter zu bedrohen und gelegentlich zu berauben. Nach dem Verlust des Festungsvierecks stehen ohnehin den Italienern die Wege in das Herz von Oesterreich offen. Dem Verluste Istriens würde unfehlbar der von Triest folgen und Deutschland seines letzten Hafens berauben, der ihm die Handelsstraße zum mittelländischen Meere offen hält. Denn geht der prächtige, auf's Vortrefflichste ausgerüstete Kriegshafen von Pola mit Istrien, das der österreichischen Handels- und Kriegsflotte ihr Schiffsbauholz liefert, in italienischem Besitz über: so kann eine deutsche Kriegsflotte dort kaum noch existiren und deutsche Schifffahrt und Handel auf dem adriatischen und mittelländischen Meere hängen von der Gnade Italiens ab.

„Noch gefährlicher für Deutschland wäre der Verlust Südtirols. Womit Garibaldi drohte, durch Tirol nach Baiern vordringen zu wollen: dafür wäre den Italienern die Hälfte des Weges verkürzt und die bei Weitem größere Hälfte der Schwierigkeiten abgenommen. Freilich sind die 306,000 Bewohner der 111 Quadrat-Meilen des Trienter Kreises fast ausschließlich Italiener, und hier läßt sich demnach auf das Nationalitätsprincip pochen. Aber soll dasselbe immer nur zu unserem Schaden, zu unserer Bedrohung angewandt werden? Wer gibt uns die russischen Ostseeprovinzen, das Elsaß, das Königreich Holland und die vlämischen Provinzen Belgiens zurück? — Und doch sind die drei letzten Bestandtheile des deutschen Reiches gewesen, während Südtirol nie zu Italien, sondern seit den Zeiten Carl's d. Gr. zu Deutschland gehörte. — Wenn Italien Südtirol verlangt, so denkt es nicht an die Abwehr, sondern an den Angriff, der ihm ohnehin durch den Besitz der festen Stützpunkte in Venetien erleichtert werden wird. Um so nachdrücklicher muß seine Forderung Südtirols zurückgewiesen werden.

„Man wirft vielleicht ein, daß Istrien und Südtirol nicht mehr zu Deutschland gehören werden, wenn Oesterreich aus dem Bunde scheidet.

„Das Schicksal Oesterreichs ist augenblicklich völlig ungewiß; aber so viel ist doch gewiß, daß, wenn ein österreichischer Staat mit seinen deutschen Ländern fortbesteht, derselbe sich auf Deutschland stützen muß.

„Es wird und muß der übermüthige Anspruch Italiens auf Istrien und Südtirol als eine, deutsches Interesse tief verletzende und auf feindselige Absichten gegen Deutschland deutende Unzukömmlichkeit, auf's Nachdrücklichste zurückgewiesen werden, und zwar um so mehr, als ein solches Attentat gegen Deutschland lediglich auf Grund preußischer Siege versucht wird. (Deren eigentliches Wesen und Bedeutung dadurch in das hellste Licht gesetzt wird. D. Red.)

„Wir zweifeln nicht, daß Alle, die sich in dem jetzigen furchtbaren Unglück des deutschen Bruderkrieges Besonnenheit und Klarheit des Blickes für die Interessen und die Ehre des Vaterlandes bewahrt haben, mit uns einstimmen werden in den Ruf: „Keinen Fuß breit deutscher Erde an fremde Eroberer!"

Sozialer Theil.

London, im Juli. In der Reformfrage wird es allmälig wieder lebhaft, d. h. unter dem Volke. Während im Anfang der Session der gute Rath John Bright's, die Arbeiter sollten eine achtunggebietende Kundgebung durch Postirung von der Westminster-Abtei bis nach Parliament-Street machen, verworfen wurde, will man jetzt durch solche Straßen-Demonstrationen wirken, nachdem die Bill gefallen und eine Tory-Regierung sich formirt hat. Neulich fand bereits auf Trafalgar-Square eine solche Massenversammlung statt. Kurz darauf fand daselbst eine abermalige Monstre-Versammlung in der Reformfrage statt. Die Zahl der Anwesenden wird auf 20—40,000 angegeben. Die Bedeutung dieser unter freiem Himmel, zum Theil dicht bei den Parlamentshäusern, in der Nähe der Regierungs- und Clubgebäude abgehaltenen Meetings liegt darin, daß sich die Volksmasse allmälig an Demonstrationen gewöhnt, die zu ernsteren Zusammenstößen unter der jetzigen Tory-Regierung führen können. Nach Schluß solcher Versammlungen ziehen regelmäßig Haufen Volkes vor den Carlton Club (conservativ), vor Lord Elcho's Haus u. s. w., um daselbst durch längeres Pereat-Rufen und selbst durch Thätlichkeiten ihrem Unwillen über die Verwerfung der gerechtesten und zugleich gemäßigtsten Forderungen Luft zu machen. Seitdem hat auch im Hydepark eine etwa 50,000 Menschen zählende Massenversammlung stattgefunden, bei der es zu blutigen Conflicten mit der Polizei und den Truppen gekommen gekommen ist. Einen eigenthümlichen Eindruck machte das Hochrufen auf Gladstone, mit einem Hintergrunde von rothen Fahnen, auf welchen u. a. Devisen standen, wie: „Ungehorsam gegen die Tyrannen ist eine Pflicht gegen Gott!" Uebrigens ist die rothe Farbe keineswegs in England so schreckhaft wie anderwärts; tragen ja doch die Soldaten grellrothe Röcke. Die Tories suchen bereits Gladstone als das Haupt einer „radicalen Revolutionspartei" hinzustellen; je heftiger sie indessen auftreten, um so ausgedehntere Manifestationen dürfen sie erwarten. Ein Correspondent der N. fr. Presse bemerkte nämlich: Ein Arbeiter sagte mir gestern: „Wir werden dies Spiel den ganzen Sommer fortsetzen, bis wir unseren Zweck erreicht haben." In einigen Gruppen hörte ich viel über die berüchtigte „Metzelei bei Peterloo" debattiren, die 1819 unter einer Tory-Regierung gegen Reformer stattgefunden hatte. Einige schienen Aehnliches auch jetzt noch für möglich zu halten. Der Geist der arbeitenden Classen in London wird offenbar ein drohenderer. Ich signalisire diese Vorgänge als mögliche Vorläufer ernsterer Ereignisse."

Paris, 2. August. Der Kaiser **Napoleon** hat zum Zweck der Gründung einer Hülfs-Kasse für invalide Arbeiter den nachstehenden Brief an den Staatsminister gerichtet:

Saint Cloud, d. 28. Juli 1866. Herr Minister! Das Dekret vom 8. März 1855, welches die Stiftung der Asyle von Vincennes und Vésinet begründete, bestimmt, daß diese Anstalten nicht nur in Genesung begriffene Arbeiter, sondern auch solche aufnehmen sollen, welche bei ihrer Arbeit verstümmelt worden sind. Für diejenigen, welche aufnahmeberechtigt sind und es vorziehen, im Schooße ihrer Familien zu bleiben, kann die Administration eine jährliche oder monatliche Unterstützung gewähren. Indessen hat der der Stiftung zugewendete Kredit, welcher in einer Besteuerung von 1 Prozent der für die öffentlichen Arbeiten in der Stadt und der Bannmeile bestimmten Fonds besteht, bis heute nur gestattet, den in ihrer Genesung begriffenen, nicht aber den verstümmelten Arbeitern Hülfe zu gewähren. Es scheint mir aber gerecht, auch in Hinsicht dieser die Versprechungen des Dekrets von 1855 zu erfüllen, und es ist daher nöthig, zu anderen Hülfsquellen, als den früher bewilligten, seine Zuflucht zu nehmen. Vorerst aber würde ich es für nöthig halten, die Mitwirkung der Interessenten zu erlangen, da es angemessen ist, dieselben nicht sorglos für ihre Zukunft zu machen. Man könnte ihnen einen freiwilligen und mäßigen Beitrag auferlegen. Zu dem Ertrage dieser Beiträge würden dann die vorbenannten Gelder aus der Besteuerung mit 1 Procent der vom Staate, den Departements und den Kommunen auszuführenden öffentlichen Arbeiten hinzukommen. Wir hätten somit eine subventionirte „Versicherungs-Kasse". Sie würde durch die Regierung verwaltet werden und den Namen „Kasse der Arbeits-Invaliden" annehmen. Dieselbe hätte die Bestimmung, Hilfe zu gewähren: 1. den Arbeitern von Stadt und Land, welche, nachdem sie sich versichert, bei der Ausübung ihrer Arbeit verwundet und arbeitsunfähig werden; 2. den Wittwen solcher, welche unter den benannten Umständen ihr Leben verlieren. — Auch könnte man sich mit den Eisenbahndirektionen in Verbindung setzen, daß sie zu der nothwendigen Besteuerung ihrer Arbeiter ihre Einwilligung

Beilage zu Nr. 105 der Allgemeinen deutschen Arbeiter-Zeitung.

Socialer Theil.

Ueber englische Benefiz-Baugesellschaften.

(Aus Heft 7 des „Arbeiterfreundes“, Zeitschrift des Centralvereins in Preußen für das Wohl der arbeitenden Classen.)

Dem Wesen nach bestehen die Benefiz-Baugesellschaften darin, daß eine Anzahl von Personen zusammentritt, sich gleichsam als Mitglieder einer Genossenschaft constituirt, eine Summe bestimmt, die sie nach und nach in einer gewissen Reihe von Jahren und zu bestimmten Terminen einschießen will, diese Summe auf gleiche Antheile repartirt und die eingehenden Gelder, sobald sie eingehen, denjenigen Mitgliedern der Genossenschaft, welche Kreditnehmer werden wollen, gegen gleichfalls im Voraus bestimmte Zinsen darleiht. Die eingehenden Zinsen werden sofort wieder zum Kapital geschlagen und ausgeliehen. Die Kreditnehmer haben die Darlehen in Jahresbeträgen zurück zu zahlen, deren Höhe sich nach der Dauer, für welche das Darlehen begehrt wird, richtet. Die Kreditgeber hingegen empfangen nach Ablauf der festgestellten Zeit den Betrag ihres Kapitals, vermehrt um die Zinseszinsen, zurück.

Der Grundgedanke dieser Art von Genossenschaften ist gewiß ein außerordentlich fruchtbarer. Auf der einen Seite werden sparsame und fleißige Leute dadurch veranlaßt, ihre Ersparnisse, wie klein sie auch seien, sofort im höchsten Grade nutzbringend anzulegen, indem sie dieselben der Genossenschaft übergeben, deren Leiter sich die zweckmäßigste und sicherste Unterbringung der Einzahlungen angelegen sein lassen, während auf der andern Seite das dargeliehene Geld andere Mitglieder derselben Genossenschaft befähigt, Häuser oder anderen Grundbesitz zu kaufen und es ihnen gestattet, das Darlehen durch kleine Abzahlungen, wie sie eben den Jahresbeträgen entsprechen, zurückzuerstatten, ohne von der Furcht und Sorge vorzeitiger Kündigung, ungebührlicher Erhöhung des Zinsfußes u. s. w. gequält zu werden.

Bei der Charaktereigenthümlichkeit der Engländer, daß jede Familie ein eigenes Haus bewohnt, ist das Streben nach dem Besitz eines Grundeigenthums ungemein stark entwickelt. Auch nicht mit Unrecht. Denn so wenig Jemand daran zweifelt, daß es eine Verschwendung wäre, wollte eine Familie Jahr aus Jahr ein eine möblirte Wohnung miethen, anstatt sich selbst die Möbeln anzuschaffen, ebenso wenig zweifelt in England ein guter Hausvater daran, daß mit den vier Pfählen der Wohnung ganz das Nämliche der Fall sei. Leider ist aber bei der ziemlich ungünstigen öffentlichen Grundkredit-Organisation die Erwerbung eines eigenen Grundstückes denjenigen Personen fast ganz unmöglich gemacht, die von Haus kein großes Vermögen, sondern nur eine jährliche feste Einnahme haben, eine Einnahme, welche ihnen gestattet, blos kleine Beträge davon zurückzulegen. Legen sie nun aber diese Beträge sammt dem, was sie für Hausmiethe ohnehin zu zahlen hätten, in die Genossenschaft ein, so sind sie nach 14 bis 20 Jahren schuldenfreie Besitzer ihres Grundeigenthums geworden.

Die ungeheure Ausbildung dieser Genossenschaften in England ist bis jetzt in Deutschland so gut wie noch nicht bekannt, obschon die erste derartige Genossenschaft schon im Jahre 1815 von einem Dorfklub in Schottland errichtet wurde. Bis zum Jahre 1830 wuchs ihre Zahl nur langsam. Von da ab nahmen sie aber einen sehr raschen Aufschwung, so daß am 14. Juli 1836 eine besondere Parlamentsakte zu ihrem Schutz und zu ihrer Beförderung erlassen wurde. Am 30. September 1850 wurden im vereinigten Königreich über 2000 solcher Gesellschaften verzeichnet, wovon 169 blos in England in den neun Monaten des Jahres 1850 errichtet worden waren. Mehr als 1200 dieser Gesellschaften bestehen noch heute, und ihr Gesammt-Einkommen beträgt jährlich etwa 16 Millionen Thaler; d. h. so viel zahlen die Mitglieder der Genossenschaften, meist Kleinbürger, Handwerker, Arbeiter, Farmer u. s. w., jährlich zu dem Zwecke ein, um in schuldenfreien Grundbesitz zu gelangen.

Die englischen Benefiz-Baugesellschaften sind entweder in der Zeitdauer begrenzte, oder in der Zeitdauer unbegrenzte.

Das Wesen der zeitlich begrenzten Gesellschaften ist einfach folgendes:

Einige als Unternehmer auftretende Männer kündigen die Bildung einer Genossenschaft an und machen gleichzeitig bekannt, welcher Höhe die Antheile sind und nach welcher Reihe von Jahren die Auszahlung oder Ausschüttung erfolgen soll. Die Höhe der Antheile beträgt in den meisten Fällen 120 Pfd. St., die Dauer der Einzahlung 14 Jahre. Die Einzahlungen werden in Beträgen von nur wenigen Schillingen per Monat geleistet. Es ist sogar verboten, daß sie mehr als zwanzig Schillinge per Monat auf einen Antheil betragen. Gewöhnlich werden sie in den monatlichen Versammlungen der Genossen eincassirt und auch in denselben Versammlungen den kreditnehmenden Mitgliedern überwiesen, so daß gar kein Zinsenverlust stattfindet. Der Wunsch letzterer macht sich dadurch bemerklich, daß sie diejenige Zahl von Aktien in die Höhe halten, für die sie einen Vorschuß begehren. Die Darlehen werden ihnen nur als Vorschüsse auf ihre Aktien gegeben; sie können deshalb auch die Summe nicht übersteigen, die auf die Aktien bis zur Zeit der Schließung der Gesellschaft noch einzuzahlen ist.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß die begrenzten Genossenschaften eben durch ihre im Voraus bestimmte Dauer vielen Unzuträglichkeiten ausgesetzt sind. Je näher die Gesellschaft ihrem Ende kommt, desto weniger ist es möglich, von ihr große Vorschüsse zu nehmen, weil die Rückzahlungen in sehr großen und sehr ansehnlichen Beträgen geleistet werden müssen, daß sie den Mitteln der arbeitenden Klassen und Kleinbürger ꝛc. nicht mehr entsprechen. Es entsteht daher schon nach fünf oder sechs Jahren der Gesellschaftsdauer eine Stockung in der Kapitalunterbringung, die wieder einen Zinsenverlust mit sich bringt, mithin die Gefahr hervorruft, bei der endlichen Ausschüttung mehr oder weniger weit hinter den Versprechungen zurückbleiben zu müssen.

Alle diese Uebelstände sind bei den *zeitlich unbegrenzten Genossenschaften* nicht vorhanden. Auch hier sind Kreditnehmer und Kreditgeber Mitglieder derselben. Letztere zahlen die auf jede Aktie bestimmten Beträge während einer gleichfalls bestimmten Reihe von Jahren ein. Am Ende derselben wird ihnen der angesammelte Betrag zurückgezahlt; sie scheiden für den Betrag der zurückgezahlten Aktien aus der Genossenschaft aus. Zu jeder Zeit können neue Mitglieder eintreten und neue Einzahlungen beginnen, die eben 12, 13, 14 oder eine sonst bestimmte Anzahl Jahre später ihr Ende nehmen. Die Dauer der Mitgliedschaft berechnet sich auch nur von dem Tage des Eintritts an.

Die Kreditnehmer erhalten zu der Zeit, wo sie einen Vorschuß erlangen, den *vollen Betrag* ihrer Aktien, ohne irgend welche Kürzung außer einer kleinen Gebühr als Beitrag zu den unvermeidlichen Kosten und Verlusten. Das Anlehen selbst ist durch ein Pfandrecht an dem erworbenen Eigenthum sicher gestellt. Sie tilgen es durch Jahresabzahlungen, deren Höhe im Voraus bestimmt wird. Die kreditnehmenden Mitglieder hören von dem Moment, wo sie dies werden, auf, Einzahler auf die beliehenen Aktien zu sein und partizipiren für den Betrag der betreffenden Aktien auch in keiner Weise an den späteren Verpflichtungen und Kosten, folgerichtig aber auch nicht an dem Gewinn der Genossenschaft, den sie in der That dadurch vorweg genießen, daß sie ihr Anlehen zu einem mäßigen unveränderlichen Zinsfuße und unkündbar erhalten. Ein Kreditnehmer muß vorher immer auch Kreditgeber oder Einzahler gewesen sein, d. h. es kann Niemand lediglich als Borger Mitglied der Genossenschaft werden und in dieselbe treten. Bei der Vorschußertheilung bestimmt, wenn mehrere Bewerber da sind, entweder die Reihenfolge oder das Ballot, oder auch das höchste Zinsengebot die zuerst zu berücksichtigenden Personen.

Der bedeutende Umfang, den die letzte Art Genossenschaften jetzt in England gewonnen haben, spricht am Besten für die Nutzlichkeit. Es gibt einzelne Gesellschaften mit einem jährlichen Einzahlungsbetrage von 50—60,000 Pfd. St. Ihr Einfluß ist noch täglich wachsend, weil ihr Segen immer mehr und mehr erkannt wird.

Noch eines höchst wichtigen Umstandes bei diesen englischen Genossenschaften ist zu gedenken, die Verbindung der Tilgung mit der Lebensversicherung. Es ist ja gerade die Eigenthümlichkeit des Erwerbs der auf gewissen Jahres- oder Monatsgehalt angewiesenen Familienväter, daß diese Einnahmequelle ihre einzige ist und daß sie versiegt, sobald lange Krankheit oder Tod das Kapital zerstört, aus welchem sie entspringt. Dieses Kapital ist das Leben.

Was hilft den Hinterlassenen die Tilgung durch eine lange Reihe von Jahren, wenn kurz vor Erreichung des Ziels der Tod dasselbe in die weite Ferne rückt? Um auch diesen Nachtheilen zu begegnen, sind einzelne Tilgungsgenossenschaften mit Lebensversicherungs-Anstalten derartig vereint, daß, falls der Tod des Tilgers vor Ablauf der Tilgungsfrist eintritt, das Grundstück sofort schuldfrei ist. Die Tilgungsquoten müssen hier freilich um den Betrag einer dem Alter des Tilgers entsprechenden Lebensversicherung auf Zeit größer sein.

Gesetzt, ein Familienvater von 30 Jahren beabsichtigte sein Grundeigenthum in einer Reihe von 25 Jahren völlig schuldenfrei zu machen, so jedoch, daß für den Fall seines früheren Todes dasselbe seinen Hinterlassenen sofort schuldenfrei zufällt, so würde dieser Vater an Zinsen für das Darlehen, an Tilgungsquoten und Lebensversicherungsprämien zusammen 7³/₈ Proc. p. a. zu bezahlen haben. Die Prämien verringern sich aber jährlich nach Maßgabe des Fortschritts der Tilgung. Uebrigens ist hierbei eine Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit vorausgesetzt, die das, was sie gewinnt, auch wieder unter ihre Mitglieder vertheilt.

Mithülfe zur Selbsthülfe.

Unter dieser Ueberschrift schreibt **Moriz Müller** von Pforzheim in der „Badischen Landeszeitung“ unter anderem Folgendes:

„Das Wort „*Selbsthülfe*“ wird in den *Arbeitervereinen* und anderwärts gegenwärtig so vielfach angewendet, daß ein Mißbrauch desselben nicht ausbleiben konnte. Diese wenigen Zeilen sollen anzudeuten versuchen, wie man diese Frage betrachten sollte. Der größere Theil in den unteren Schichten der arbeitenden Klassen ist arm, unwissend, ohne Berufstüchtigkeit und ohne besonderen sittlichen Gehalt. Man darf nicht nur auf die besseren Arbeiter in den Vereinen hinweisen, diese Elite in der Arbeiterwelt bildet doch nur die Ausnahme, die große Hauptmasse kann sich so wenig selbst aufhelfen, als wie sich ja ganze Volksstämme nicht zu eigener Thätigkeit und Arbeit und Kultur emporschwingen können. Um dies zu bewerkstelligen, um aus dieser Masse mehr gute Menschen und tüchtige Männer zu erziehen, muß allerdings die Lösung der materiellen Frage auch in's Auge gefaßt werden, und wo man die Armuth beseitigt und die Noth des Lebens lindert, verdient es alles Lob; aber gründliche Hülfe ist das keine, und es ist nicht wahr, was jetzt so viele Männer predigen, nämlich: wenn es den Leuten besser ginge, dann käme die Moral schon hinterdrein von selber. Meine Ueberzeugung ist nun die geworden, daß ich glaube, daß wenn Alles geschehe, was geschehen sollte, es doch mit der Bildung sehr langsam geht, so daß man sich manchmal schämen möchte, der Menschheit anzugehören. Wenn aber gar noch verkehrte und schlimme Ansichten aufkommen, wenn da, wo Hülfe erwartet werden sollte, die Menschenpflicht nicht ausgeübt wird, wo soll denn da der Fortschritt bei dieser zurückgebliebenen Menschenklasse herkommen? Auf welche Weise soll sich denn die Einsicht dieser Art Leute erweitern, wie soll sich ihre Gesinnung veredeln, wie soll sich ihr Selbstgefühl erhöhen, damit sie als vernünftige Wesen leben und handeln? Wo sollen sie etwas *lernen*, zumal der Umstand dabei ist, daß ein großer Theil gar nichts *lernen will*, und sich in seinem *Vegetiren* wohler fühlt, wenn er nicht gerade hungern muß? Und faßt man nun diese große *sociale* Frage auch noch in Bezug auf das *weibliche Geschlecht* mit in's Auge und sieht scharf, wie es ist, so müssen wir darauf kommen, daß für alle Diejenigen, welche wahre Bildung besitzen und sie zu fördern suchen, eine *riesige* Arbeit vorliegt und eine *allseitige* Hülfeleistung zur Pflicht wird. Aber der Weg der wahren Bildung wird meines Erachtens erst dann betreten, wenn mit der Selbstbeherrschung des Menschen Liebe und Empfänglichkeit für ein ideales Leben beginnt.

Eine Hülfeleistung wünsche ich nun von *fünferlei* Seiten aus. Zu allererst von den besseren Ar-

beitern selbst, welche schon den Weg der Selbsthülfe betreten haben. Sollte man da nicht meinen, jeder solche gebildete Arbeiter müßte denken und fühlen: die Schande des Standes, dem du angehörst, ist auch deine Schande, und die Ehre deines Standes ist auch deine Ehre? O, nein! nicht jeder denkt und fühlt so, zum Beweis, daß das gewöhnliche materielle Bessergehen noch lange nicht das Besserwerden ist. Sehr viele dieser Herren könnten trefflich mitwirken, aber sie schämen sich der tiefer stehenden Collegen, und statt unter ihrem Stande wahrhaft die Ersten zu sein, dünkt es ihnen ehrenvoller, die Halbherren zu spielen. Also im eigenen Lager bleibt schon viel zu wünschen übrig. Zum Zweiten wünsche ich Hülfeleistung von den Mitgliedern der an geistigen und materiellen Mitteln reicheren Klasse. Manches Gute wird da schon von Einzelnen geleistet, andern Theils geschieht aber viel zu wenig oder gar nichts, ja manche Hülfeleistung ist von zweifelhaftem Werth, oder gar schädlich. In Hinsicht der geistigen Gaben will ich nur Einiges berühren. Indem ich dem ausgezeichneten Menschen und Fürsten Marc Aurel Recht gebe, der sagte: „Nichts ist elender, als ein Mensch, der Alles auf der Erde wissen und kennen lernen will, und der doch nicht fühlt und denkt, daß er sich mit dem Genius vorzüglich beschäftige, der in ihm wohnt, um diesen treulich zu pflegen“; so liebe ich bei meinen Vorträgen Betrachtungen über den Menschen selbst aus den Erfahrungen des täglichen Lebens und der Geschichte. Aber wie finden gegenwärtig Arbeiter, welche vor lauter Gelehrsamkeit ihren eigenen Vater nicht mehr kennen und sich selbst gar nicht. Ueber Fragen, worüber die größten Gelehrten noch nicht einig sind, und über welche die Wissenschaft noch lange nicht entschieden hat, sind diese Leutchen bereits ganz fertig. Solche gelehrte Arbeiter gibt's sehr viele. Ueberhaupt werden den Leuten oft unter dem Namen „Wissenschaft“ eine Menge Geschichten und Dinge in den Kopf gesetzt, die sie weder glücklicher, noch gescheidter machen und an die sie doch auch nur glauben können, so sehr sie Feinde alles Glaubens geworden sind. Sie haben es doch nur höchstens zu allgemeinen Begriffen gebracht; oft aber wird ihr Gedächtniß so vollgestopft, daß sie nur dümmer werden, und über die gewöhnlichsten Dinge, wenn sie gefragt werden, nichts zu reden wissen oder nur Unsinn sprechen. Für einen Menschen, dem Niemand gern 50 fl. anvertraut, weil er in jeder Beziehung zu armselig ist, kann es vor der Hand noch einerlei sein, ob der Hundsstern so und so viel Millionen Meilen von der Erde entfernt ist oder nicht, mit dem Wissen lockt er noch keinen Hund hinter dem Ofen hervor. Man mißverstehe mich nicht. Auch die kleinste Erfindung und Entdeckung weiß ich in der Wissenschaft zu schätzen, sie hat ihre hohe Bedeutung für das Ganze. Auch weiß ich, daß Niemand schwer trägt an dem, was er weiß; aber Viele, welche lehren vor solchen Leuten, die noch ganz urtheilsunfähig sind, wollen als starke Geister glänzen, und da wünschte ich lieber andere geistige Nahrung im Sinne Marc Aurel's. Und dann wiederhole ich: Die Aufgabe, die sich uns den Arbeitern gegenüber stellt, ist die Aufgabe der Zeit überhaupt. Sollen wir vom Buchstaben der Orthodoxie an den Materialismus, an wilde oder zahme Thierheit verfallen? Ein Leben, geführt nur für Diesseits, ist so schädlich als ein Leben, geführt nur für Jenseits. Wie sehr wäre also geistige Mithülfe wünschenswerth von der wirklich reicheren Klasse!

Aber nicht weniger ist die Hülfe Derer nöthig, welche an materiellen Mitteln reicher sind. Auch hier nur einige Andeutungen. Wie Niemand gegen die geistige Hülfe etwas einwenden kann, wenn z. B. ein in der Literatur erfahrener Mann einem Anderen, welcher keine Kenntnisse darin besitzt, einen guten Rath gibt, was und wie er mit Nutzen lesen soll, hat wohl Jemand etwas gegen die materielle Hülfe, wenn auf würdige Weise einem Armen ein gutes Buch geschenkt wird? Werden jene Männer nicht allgemein gelobt, welche zu guten Zwecken und unter vernünftigen Bedingungen Schenkungen machen, wie es z. B. öfters in der Schweiz geschieht? Hier ist von keinem Almosengeben die Rede. Nein, das begrifflose und unüberlegte Geben und Schenken der meisten reichen Männer und zumal Frauen ist eben so schädlich, wie das stumpfe und charakterlose Empfangen und Annehmen der hülflosen und armen Leute. Man kann auf dumme und verkehrte, oder auf gute und beste Weise Gaben verabreichen. Das nur passive, das alte, einseitige System des Wohlthuns ist verwerflich. Auf diese Weise werden die socialen Uebel nicht an der Wurzel angepackt, darum sage ich: auch das Geben muß noch besser gelernt werden. Und ich frage: ist der Weg nicht der richtige, wenn man alle diese großen Geldsummen, welche zusammenströmen, immer besser in das rechte Bett zu leiten suchte? Hat Jemand etwas gegen solche vernünftige Mithülfe? —

Zum Dritten wünsche ich Mithülfe von den Gemeindeverwaltungen, und zum Vierten vom Staate. Nach dem Gesagten bedarf es bei der weltbekannten „Weisheit“ der deutschen Staatsmänner, Bürgermeister und Gemeinderäthe nur weniger Worte, um ihnen die ihnen bisher vielfach entgangene Aufgabe der Arbeitervereine zu empfehlen, um gewiß zu sein, einer baldigen vernünftigen Mithülfe zu gewärtigen. Eines will ich nur zu dem Gesagten noch anfügen. Es ist Thatsache, die Geschichte lehrt es mit hellen Flammenzügen, und man sieht's täglich: trotzdem, daß es eine so hülfsbedürftige große Masse gibt, gibt es eine sogenannte „gute“, aber viel schlechtere Gesellschaft, in deren Interesse es liegt, daß jene armen Menschen nicht auf den Standpunkt der Selbsthülfe gelangen, sonst könnte man sie ja nicht mehr so vortheilhaft ausbeuten, und diesem vornehmen Pöbel gegenüber wünsche ich als Gegengewicht Mithülfe von den Anstalten und Einrichtungen, welche mitberufen sind, die ganze Tugend der Menschheit zu verwirklichen. Nur von schlechten Staatsmännern und von schlechten Gemeindebehörden darf man Mithülfe fürchten, und von Denen, welche ihrer wahren Aufgabe nachkommen, wünsche ich, daß sie in vollem Maße eintrete.“

Verschiedene Anzeigen.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Beilage zu Nr. 106
der Allgemeinen deutschen Arbeiter-Zeitung.

Socialer Theil.

Gedanken zur socialen Aufgabe.

(Im Gefängniß geschrieben)*).

Es geht eine alte Sage in den Glaubenslehren der Inder von einem tausendjährigen Kampfe des guten Prinzips in der Welt, der Geister des Lichtes mit dem bösen Prinzip, mit den Geistern der Finsterniß, der mit dem Siege des Guten über das Böse, des Lichtes über die Finsterniß enden werde, und daß dieser Sieg der Welt die Glückseligkeit bringen und den Himmel auf die Erde versetzen werde. Es liegt eine tief gegründete Wahrheit in dieser Sage und das ganze Ringen und Streben unseres Jahrhunderts läßt sich zusammenfassen in diesen wenigen Worten. Jener Kampf hat begonnen, doch nicht heute, nicht in unserem Jahrhundert erst, sondern schon vor fast zweitausend Jahren, und unser Jahrhundert scheint nur bestimmt zu sein, die letzten Schlachten dieses Kampfes zu schlagen und den lange verkündeten Sieg des Lichtes endlich zu erringen.

Seit die Menschheit existirt, gingen die Zuckungen dieses Kampfes durch sie hindurch, er ist im Menschen, wie in der Menschheit, das Ringen der höheren Kräfte, der höheren Gefühle in ihrem harmonischen Zusammenwirken mit den Denkvermögen, wie sie das eigentliche Wesen des Menschen als solchen ausmachen, mit seinen niederen Kräften, mit seiner thierischen Natur, den Trieben, die, nur auf das Ich des Menschen sich beziehend, so lange sie herrschen, und in ihrer Verbindung mit seinen Verstandeskräften in allen Richtungen die Selbstsucht, den Egoismus zum Gesetz des Lebens machen.

Beide Elemente im Menschen, dieses niedere wie jenes höhere, sind wohl nothwendig. Im Kampfe mit den gewaltigen, feindlichen Naturkräften könnte der einzelne Mensch wie die ganze Menschheit nicht bestehen, wenn nicht in jedem Einzelnen mächtige Triebe lebten, die es ihm nicht nur möglich, sondern zur inneren Nothwendigkeit machen, sich selbst, sein eigenes Ich zur Geltung zu bringen gegen jeden feindlichen Angriff der Außenwelt. Aber diese Triebe, dieser Egoismus haben nur die Bestimmung, das Ich des Menschen zu schützen und zu erhalten, aber den göttlichen Funken seines höheren Selbst auch nur um eines Haares Breite zu entwickeln, vermögen sie nicht, das liegt über den Schranken ihrer Bestimmung draußen. Hier beginnt die Aufgabe jener höheren Kräfte der Menschennatur, die wir oben nannten, und durch die der Mensch erst zum Menschen wird.

Ist es nun nicht ein Widerspruch mit den ewigen Gesetzen der Natur, wenn die niederen Kräfte über die höheren herrschen? Und doch besteht für jetzt derselbe noch. Wir mögen den Blick auf das Leben der Menschheit und der Staaten werfen, wohin wir wollen, da mehr dort minder herrscht überall dieser Widerspruch. Natürlich, aber nicht unlösbar, weil, wie im Einzelnen, so in der ganzen Menschheit die Entfaltung der Kräfte nur stufenweise von statten geht, erst die niederen, dann die höheren zur Entwicklung kommen.

Es gibt eine Periode im Leben des Menschen, in welcher seine thierische Natur unbedingt herrscht, während die höheren Kräfte noch schlummern, es ist die Periode der Kindheit und ersten Jugend.

Mit dem vorrückenden Alter beginnt die höhere Natur ihre Entwicklung, und mit dieser beginnt auch jener Kampf, den jeder Mensch im Leben mit sich selbst zu kämpfen hat, und der bei dem einen mit dem Siege, bei dem anderen mit dem Erliegen seines besseren Selbst, oder dem Verfehlen seiner persönlichen Lebensbestimmung endigt. Dieselben Entwickelungsperioden hindurch geht auch die Menschheit, aber wie die Kräfte, die in ihr walten, ewig und unerschöpflich sind, so kann auch das höhere, das wahrhaft Menschliche und darum Göttliche in ihr im Kampfe mit seinem natürlichen Gegensatze, dem Thierischen, nimmermehr erliegen; mag auch der Kampf Jahrtausende hindurch dauern, der endliche Sieg der höheren, edleren Kräfte, die endliche Herrschaft derselben in der Menschheit ist sicher und unausbleiblich und damit die Herstellung jener Harmonie, von der das Glück der Menschheit abhängt. Was nach den ewigen Gesetzen der Natur zur Herrschaft bestimmt ist, erlangt dieselbe auch, trotz aller Hemmnisse, und wie das Menschliche in der Menschheit bestimmt ist zur Herrschaft über das Thierische, so wird es auch zu dieser Herrschaft gelangen und das Glück der Menschheit begründen. Die Menschheit trägt die Bedingungen dieses Glückes in sich und die Möglichkeit, dasselbe auch ganz und vollkommen auf Erden zu genießen.

Wie aber das wahre Glück des Einzelnen, die reichste Entfaltung seiner ganzen höheren Natur erst dann beginnt, wenn er aus dem Kampfe mit sich selbst als Sieger hervorgegangen und zur Harmonie mit sich selbst gelangt ist, so kann auch das ganze Glück der Menschheit, jene noch kaum geahnte Entfaltung ihrer unendlichen Kräfte erst mit der Erreichung dieser Entwicklungsstufe beginnen. Wie jetzt noch immer die thierische Natur im Menschen mehr oder minder allen Gestaltungen des Lebens ihr Siegel aufdrückt, wie heute noch die Knechtung und Ausbeutung der einen durch die Herrschsucht und Habsucht der anderen zu den wesentlichen Lebensäußerungen des Staats gehört, wie Verdummung des Volks, Treubruch, rohe Willkür und Gewalt, unersättlicher Haß und blutige Rache gegen die Vertreter anderen Glaubens und anderer Ueberzeugung für jetzt noch die Lebensbedingungen einer „starken Regierung" und höherer staatlicher und kirchlicher Autorität sind, und wie alle Gesetze des heutigen Tages noch diesen Geist athmen, so wird jene höhere Entwicklungsstufe uns eine ganz neue harmonische Organisation der menschlichen Gesellschaft bringen, in welcher der Entfaltung aller edleren Kräfte der vollste und weiteste Spielraum geboten und alle Einrichtungen und Gesetze des Lebens ihren Geist, den Geist wahrer Menschlichkeit athmen und so das Glück Aller durch Alle möglich machen werden.

Diese Periode ist nicht mehr so ferne, als es scheint. Jener tausendjährige Entwicklungskampf der Menschheit, der Kampf jener beiden Gegensätze in ihr naht sich seinem Ende. Vor bald zweitausend Jahren ergriff zum ersten Male mit dem klaren Bewußtsein seiner ganzen Bedeutung Einer das Banner dieses Kampfes, dem es vor allen vergönnt war, Mensch zu sein in des Wortes ganzer und voller Bedeutung, pflanzte es hoch auf, mitten unter die staunende Menschheit, und schrieb auf das Banner: „Liebet euch unter einander". Denn die Liebe ist das Gesetz der neuen Ordnung der menschlichen Gesellschaft, wie der Haß und die Rache das der alten. Seitdem wogt der Kampf zwischen diesen beiden Gegensätzen durch die Menschheit. Alles, was der alten Ordnung anhängt und in deren Gefolge ist, die Herrschsucht der Mächtigen, die Habsucht der Sklaven des Mammons, Trug und Heuchelei, Vorurtheil und Aberglaube, Lüge, Meineid, Treubruch, Haß und Rache und alle Leidenschaften, die in den Tiefen der menschlichen Seele ruhen, kurz alle Geister der Finsterniß, alle gleich tödtlich bedroht durch das Gesetz der neuen Ordnung, schaarten sich seitdem zusammen zu einer furchtbaren, undurchdringlichen Phalanx zur Vertheidigung des Alten, und das ganze Arsenal des Todes heranfahrend, schleuderten sie mit grinsendem Hohnlächeln die vergifteten Geschosse unter die Reihen der Gegner, mit teuflischer Lust sich weidend an den namenlosen Qualen der Gefallenen. Drüben auf der anderen Seite aber steht kühn und muthig der Genius der Menschheit, in den Zügen seines Antlitzes die ganze Hoheit seiner göttlichen Abkunft und in der Linken hält er hoch das Banner der Liebe, und mit seiner gewaltigen Rechten schwingt er das flammende, zweischneidige Schwert des Lichtes und der Wahrheit, vor dessen vernichtenden Streichen die finsteren Gegner, trotz ihrer vergifteten Waffen, scheu zurückbeben. Und um ihn schaaren sich in immer wachsender Zahl Tausende und wieder Tausende der Edelsten aller Völker und Nationen, aller Geschlechter und aller Zeiten. Wie auch das Blut dieser Edlen fließt, wie sie auch erliegen unter allen Qualen des ihnen bereiteten Todes, ruhig lächelnd sehen sie die rothen Wellen ihres Lebens dahin strömen und mit dem begeisterten Rufe: „Nicht für uns, für die Menschheit!" — sinken sie dem Tode in die Arme. Aber immer neue Kämpfer drängen nach, die Lücken der Gefallenen auszufüllen und die Ermatteten abzulösen. Trotz der verzweifelten Gegenwehr der Gegner wird ein Sieg um den andern erkämpft, eine Position um die andere erobert, und immer kleiner und ohnmächtiger wird die Zahl der Kämpfer der Finsterniß, wenn auch immer giftiger ihre Geschosse. Bald werden sie völlig vernichtet sein. Das ist der Kampf von dem wir oben sprachen. In allen Phasen desselben siegte der Genius der Menschheit, der Genius des Lichts. Erst war es der neue Glaube, um den gekämpft wurde, er siegte; dann war mit der Reformation des pfäffisch verunstalteten Glaubens, und durch sie die freie Wissenschaft das Ziel des Kampfes, sie siegte; zu Ende des letzten Jahrhunderts und mit Beginn des jetzigen war es das freie Bürgerthum, es siegte. Und jetzt gilt es die letzte, aber auch wichtigste Position zu erkämpfen, den Schlußstein zum ganzen Bau der neuen Ordnung, die neue gesellschaftliche (sociale) Organisation selbst, jene Organisation, in welcher das Gesetz der Liebe nicht mehr ein bloßer Name, sondern lebendige Wirklichkeit sein, jene Organisation, in welcher das Glück und die Wohlfahrt Aller durch Alle gesichert und Jedem es möglich werden wird, seine menschliche Bestimmung zu erreichen. Kurz, wir sind jetzt an dem letzten Ziele angelangt, wo der Mensch vom Menschen den Himmel zurückfordert, um den fremde Arglist und eigene Täuschung ihn seit Jahrtausenden betrogen.

Die Vorsehung hat dem Menschen die Erde angewiesen, und um auf ihr glücklich zu werden, trägt er alle Bedingungen in sich. Nur so lange er diese Bedingungen nicht kennt, oder ihnen, verleitet durch eigene Täuschung oder fremden Betrug, nicht entspricht, bleibt ihm dieses Glück vorenthalten.

Ihr gebt ihm Anweisungen auf den Himmel, auf das Jenseits, kennt ihr ihn? Habt Ihr das große Räthsel bereits gelöst, an dessen Lösung seit Jahrtausenden die Menschheit vergeblich sich abmüht? Wer bürgt für die Zahlbarkeit Eurer Anweisungen?

Wir Alle haben ein heiliges, unveräußerliches Anrecht, hier auf Erden glücklich zu sein, glücklich nicht in thierischem Genuß, sondern in der Erreichung unserer menschlichen Bestimmung, durch die harmonische Entfaltung aller unserer Anlagen und Kräfte zu unserem eigenen Wohle eben so sehr, wie zum Wohle Aller. Ihr laßt Millionen dieses heilige Anrecht verkümmern und eure Pfaffen geben dafür leere Anweisungen auf das Jenseits. Entweder glaubt Ihr daran oder Ihr glaubt selbst nicht. In dem einen wie in dem anderen Falle begeht Ihr ein Verbrechen. Glaubt Ihr nicht daran, so seid Ihr Betrüger der verwerflichsten Art, denn mit vollem Bewußtsein von der Unzahlbarkeit Eurer Anweisungen auf das Jenseits, bringt Ihr, Eurer Selbstsucht zu frohnen, jene Millionen auch um das Diesseits. Glaubt Ihr aber selbst, seid Ihr überzeugt, daß es ein Jenseits gibt, daß der Geist des Menschen mehr ist, als eine bloße Kraftäußerung seiner stofflichen Organisation, — wir maßen uns hier nicht an, das große Räthsel mit Ja oder Nein zu beantworten — glaubt ihr also an die Fortdauer des menschlichen Geistes, dann wehe Euch, die ihr Millionen im Elend verkümmern laßt, die ihr nichts thut, für ihre geistige und sittliche Hebung, die ohne materielle Wohlfahrt unmöglich ist; dann betrügt ihr sie um beides, um den Himmel und um die Erde, wenn Ihr sie für das Elend, in welchem Ihr sie hier sich selbst überlaßt, mit Anweisungen auf das Jenseits sie abfindet. Denn so gewiß dann das Leben hier eine Entwicklungsstufe für das andere, jenseits ist, so gewiß muß die geistig-sittliche Verkümmerung Diesseits ein Hemmniß sein für die fernere Entwicklung Jenseits. Euren Himmel geben wir euch zurück. Wir fordern vorerst den Himmel für die Erde. Diese Forderung zu verwirklichen, ist die Losung des Jahrhunderts.

*) Von unserem jetzigen verantwortlichen Chefredakteur, Streit, beim Jahreswechsel 1850/51 im Gefängniß geschrieben, in welchem sich derselbe damals wegen verschiedener Preßprozesse befand, die später theils durch Freisprechung erledigt, theils als unhaltbar fallen gelassen wurden. Zuerst in der später eingegangenen „Neuen Deutschen Dorfzeitung" vom Jahre 1851 abgedruckt unter dem Titel: „Gedanken beim Eintritt in die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts".

Vom Büchertisch.

Der Soldatenhandel deutscher Fürsten nach Amerika.

(Mit Benützung der „Deutschen Jahrbücher".)

Unser Landsmann Friedrich Kapp in Newyork, der Besten Einer von jenen Tausenden, welche durch

erbärmlichste politische Verfolgung vom heimischen Heerde verbannt und über den Ocean getrieben wurden, hat die ebenso unerquickliche als verdienstvolle Arbeit übernommen, jenen abscheulichen Menschenfleischhandel, dessen die Ueberschrift gedenkt, in seinen geschichtlichen Einzelheiten darzustellen. Als im vorigen Jahrhundert die englischen Kolonieen ihrem Mutterlande den Gehorsam gekündigt hatten, da machte England bekanntlich mit eingehandelten deutschen Truppen noch einen verzweifelten Versuch, die Abtrünnigen unter das alte Joch zurückzubringen. Glücklicherweise vergebens.

Im Laufe zweier Jahre wurden von deutschen Landesvätern nicht viel weniger als 30,000 deutsche Landeskinder an England verschachert. Der Beitrag, welchen das einzige Hessen-Kassel dazu geliefert hat, beläuft sich auf 16,992 Mann. Außerdem waren die Häuser Braunschweig, Hessen-Hanau, Waldeck, Anspach, Anhalt-Zerbst mit kleineren oder größeren Lieferungen betheiligt. Von der genannten Gesammtzahl kamen nach geschlossenem Frieden zurück 17,333 Mann. Strapazen, Krankheiten, Entbehrungen hatten mehr Opfer gefordert als das Schlachtfeld. Die Summen, welche England auf jene deutschen Miethstruppen verwendete, werden von Kapp auf 7 Millionen Pfund Sterling berechnet. Für die Gefallenen wurden 51 Thlr. 15 Gr. per Stück bezahlt: hübsche Summen, welche natürlich in die landesväterlichen Kassen flossen.

Gern hätte sich auch Würtemberg an diesen einträglichen Menschenlieferungen betheiligt. Der damalige Herzog, Karl Eugen, hatte allerdings 3000 wohlausgerüstete Soldaten zugesagt; bei genauerer Besichtigung ergab sich indeß, daß die ganze Landesarmee des durchlauchtigen Schwindlers statt der zugesagten wohlausgerüsteten 3000 Soldaten kaum aus 1600 dienstunfähigen und elend ausgerüsteten Leuten bestand. — Der Kurfürst von Bayern drängte sich in den unterthänigsten Formen an den englischen Unterhändler heran, fuhr aber ab, weil man von den bayerischen als den vermeintlich schlechtesten deutschen Truppen nichts wissen wollte. Hildburghausen machte versteckte und verschämte Anträge wegen 600 Mann. Auf Darmstadt hatten die Engländer freilich ein Auge geworfen; allein der damalige Landgraf, auch „der große Trommler" genannt, war zu verliebt in seine Soldaten, als daß er sie hätte aus seinen Augen lassen sollen. Die Einzelheiten der Unterhandlungen mit den einzelnen deutschen Höfen liefern den Beweis, daß jede Empfindung für innere Würde und Ehre bei Fürst und Volk ausgetilgt ist, jede Rücksicht auf öffentlichen Anstand bei Seite fällt. Nur der deutsche Kaiser und der preußische König traten dem Unfug in den Weg: der Kaiser mit Verboten und Mahnungen, denen, bei des Reiches Ohnmacht, kein wirksamer Schrecken Nachdruck verschaffen konnte, — der König mit der Entschiedenheit und ganzen Grimmigkeit seines Wesens, nicht freilich aus Humanität, dafür aber aus nüchterner Berechnung und aus Eifersucht auf England.

Ungerecht wäre übrigens jedes Erstaunen über die innere Verworfenheit jener fürstlichen Denkungsweise, welche nicht blos in der Natur und dem Rechtsgrund der Hoheit über Land und Leute, sondern vor allen Dingen in der unerschütterlichen Treue, Duldung und Versunkenheit der Unterthanen ihre volle Begründung fand. Warum sollte nicht ein Prinz, der Menschen wie Schlösser, Geräthe oder Viehstand ererbte, erheirathete, eintauschte, sie auch für baares Geld verkaufen dürfen? Und ist es nicht der menschlichen Natur zu viel zugemuthet, zu erwarten, daß ein Fürst, dessen Unterthanen sich ohne Zeichen der Mißbilligung solcher Behandlung preisgaben, inmitten aller Verführungen und Beräucherungen seines Hoflebens auf edlere Ansichten hätte verfallen sollen? Merkwürdig ist und war in der europäischen Geschichte nur das ewig Eine: das ist die platte unverwundbare Seele des deutschen Philisters. Nicht blos die Masse der übers Meer Verkauften nahm ihr Loos als das Gebot einer höher berechtigten Fügung stillschweigend hin, sondern selbst Die unter ihnen, welche sich berufen fühlten, die daraus erwachsenen eigenthümlichen Erlebnisse für Mit- und Nachwelt aufzuzeichnen, brechen in keinen Laut der Anklage gegen die Personen und Zustände aus, welche das Unerhörte an ihnen verschuldet haben. Und dennoch geschah dies Alles nicht blos zu derselben Zeit, da der Congreß in jener ewig denkwürdigen Erklärung die unverjährbaren Menschenrechte mit so einfach schlagenden Worten vor den Augen beider Welten ausgebreitet hatte, sondern auch auf dem nämlichen Boden, dem jenes neueste Testament entsprossen war, und im ungerechten Krieg gegen edlen Mannessinn. Soldaten wie Generale, die uns ihre Tagebücher hinterlassen haben, würdigen weder ihr eignes Recht, noch das der Sache, für die sie auf Commando kämpfen, eines Wortes der Betrachtung, und sie reiben sich auf für den Kriegsdienst, welchen die Finanzbedürfnisse fürstlicher Ausschweifungen ihnen auferlegt haben, mit eben der Ausdauer und eben der Treue, mit welcher sie ein anderes Mal für den Heerd und für die Unabhängigkeit des Vaterlandes streiten. —

„Das Verbrechen", sagt Kapp, „ist noch heute nicht gesühnt; ja es wird noch täglich, wenn auch in civilisirteren, minder verletzenden Formen überall da begangen, wo das Volk, ohne um seinen Willen gefragt zu werden, für fremde, nicht selten antinationale Zwecke geopfert wird. Die Ursachen, die es erzeugt haben, sind noch heute in derselben zersetzenden Kraft vorhanden; sie wurzeln in unserer nationalen Zersplitterung, in der deutschen Kleinstaaterei. Trotzdem, daß wir heute kaum noch drei Dutzend Souveräne haben, ist sie, wenn nicht noch unerträglicher, doch ebenso unerträglich und hinderlich für unser nationales Gedeihen, als vor nunmehr fast 100 Jahren, wo wir der Landesväter mehr als dreißig Dutzend zählten. Die Fortschritte auf allen übrigen Gebieten des Lebens haben das Uebel nur noch schroffer zum Bewußtsein gebracht und in grellen Widerspruch mit unserer übrigen Existenz gesetzt. — Die Großväter feilschten zur Aufrechthaltung ihrer Scheinexistenz sogar noch um die zerschossenen Knochen ihrer Landeskinder; die Söhne eilten, um sich noch eine Spanne süßen Daseins zu erkaufen, unter die schützenden Fittige des korsikanischen Advokatensohnes und stifteten unter seiner hohen Protektion den Rheinbund, wofür sie ihm ebenfalls ihre Landeskinder zu Hunderttausenden auf die von Spanien bis Rußland reichende Schlachtbank liefern mußten. Das Geschäft war ganz dasselbe, nur lautete der Kaufpreis anders. Der Kleinhandel von 1776 wurde ein Menschenalter später Großhandel — das ist der ganze Unterschied. Und die Enkel? Wenn sich ein Gewitter am Himmel zeigt, so suchen sie Schutz beim Zaaren, bei Louis Napoleon, beim Kaiser von Oesterreich oder beim Meistbietenden, wie es gerade das Interesse ihrer Person oder ihrer Dynastie erheischt".

Friedrich Kapp's vortreffliches Buch kann mit Recht allen kranken Seelen empfohlen werden, die noch an unglücklicher Liebe leiden für die buntscheckige Karte von Deutschland und für unsern gesegneten Vorrath an Landesvätern.

Gesundheitspflege für das Volk. Rathschläge zur Erhaltung der Gesundheit von Dr. Edmund Friedrich, praktischem Arzte in Dresden. Gekrönte Preisschrift. Berlin 1864. Verlag von August Hirschwald.

Das Vorwort sagt: „Im Jahre 1862 setzte ein edler Menschenfreund in Schlesien einen Preis aus für die beste, gemeinfaßlich geschriebene Schrift über Gesundheitspflege, „in Fürsorge für das Wohl namentlich derjenigen seiner Mitmenschen, welche ausschließlich sich durch Arbeit das tägliche Brod erwerben müssen. Als Aufgabe galt es mit anderen Worten, Rathschläge an das Volk zur Erhaltung der Gesundheit zu ertheilen. Dieser Aufgabe suchte das vorliegende Buch gerecht zu werden. Meine desfallsigen Bemühungen wurden gekrönt durch das Urtheil der in der Wissenschaft und im Staate hochgestellten Männer, die sich dem mühevollen Amte der Preisrichter unterzogen hatten im Interesse der großen Sache, die es zu fördern galt. Sie erkannten dem hier vorliegenden Buche in Gemeinschaft mit einer anderen Schrift den Preis zu."

„Nächst dem, mir unbekannten, Menschenfreunde, der seinen Namen bis heute verschwiegen hat, gebührt dafür mein Dank dem gesammten Collegium der Preisrichter, den Herren Unterstaatssekretär Dr. Lehnert und Geh. Obermedicinalrath Professor Dr. Frerichs zu Berlin, Geh. Regierungsrath Professor Dr. Löwig und Professor Dr. Lebert zu Breslau, und insbesondere dem letzteren, als dem Berichterstatter über meine Schrift."

Wir haben somit ein Volksbuch vor uns in des Wortes edelster Bedeutung. In 5 Kapiteln und auf 248 Seiten behandelt dasselbe: Nahrungsmittel und Ernährung, Luft, Arbeit, Geschlechtliches, Verhalten in Krankheiten.

Um von der durchaus klarverständlichen Darstellungsweise des Verfassers eine Probe zu geben, möge hier noch Dasjenige folgen, was über das Salz gesagt ist.

„Gerade das Salz ist ein so wichtiger Zusatz zu den Speisen, und an und für sich schon, als Bestandtheil des Blutes, ein Nahrungsmittel von solcher Bedeutung, daß wir seiner noch mit einigen Worten gedenken müssen. Es wird im Allgemeinen des Salzes zu wenig gebraucht. Wie wichtig dasselbe ist, das wissen unsere Landwirthe recht gut, wenn sie Salzsteine in den Ställen aufstellen, oder hin und wieder einige Hände voll Salz unter die Heerde vertheilen. Auch der Mensch bedarf des Salzes unumgänglich nothwendig als eines unentbehrlichen Nahrungsmittels. Es war ein in seiner Art ganz weises Verfahren, wenn man im Mittelalter Städten die Salzzufuhr abschnitt, um sie zur Unterwerfung zu zwingen. Ohne Belagerung, ohne Blutvergießen mußte die bedrohte Stadt sich so sicher ergeben, als ob sie ausgehungert oder ihr das Wasser abgeschnitten worden wäre. Es möge uns das für unsere Zeit lehren, daß wir dem Salze die gehörige Aufmerksamkeit schenken und nicht zu sparsam mit ihm umgehen.

Wie Käse, Eier, Fett, namentlich fettes Fleisch, durch Zusatz von Salz verdaulicher werden, und wie dieser Zusatz es überflüssig macht, darnach zum Branntwein zu greifen, haben wir bereits mehrfach hervorgehoben. Nicht minder sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß beim Kochen des Fleisches ein entsprechender Zusatz von Kochsalz nicht fehlen darf, weil dadurch seine Schmackhaftigkeit und Nahrhaftigkeit erhöht wird. Ist das Fleisch nicht gehörig beim Kochen gesalzen, so tauche man es, sei es nun warm oder kalt, vor dem Genusse in Salz. Es gibt Nationen, die ihr gesundes Aussehen und ihre frische Gesichtsfarbe vorwiegend darauf zurückführen, daß sie zum Fleische stets entsprechend viel Salz genießen und für warme, die Hautthätigkeit fördernde Bekleidung sorgen. „Salz und Brod macht Wangen roth" — sagt auch unser altes deutsches Sprüchwort. Kinder, die zu wenig Kochsalz genießen, verfallen leicht der gefürchteten Skrofelkrankheit, und wo immer bei ihnen als Zeichen nicht gehöriger Ernährung Spulwürmer vorhanden sind, ist eine zu geringe Kochsalzaufnahme in den Körper damit im Zusammenhange. Gerade in der Zeit des Wachsthums und der Entwicklung bedarf der Körper jüngerer und älterer Kinder des Kochsalzes namentlich zur Bildung der Knochen und Zähne; ebenso aber ist dem Erwachsenen das Kochsalz nöthig zur Erhaltung des Körpers. Gerade wieder die Zähne sollen, nach Aussage erfahrener Zahnärzte, bei Erwachsenen von nicht ausreichendem Salzgenusse schlecht werden. Alle diese Thatsachen erhalten ihre Bestätigung durch die Krankheitsfälle, in denen Kochsalz, namentlich in Form von sogenannten Salzquellen, innerlich oder in Bädern, z. B. auch im Seebade, als Heilmittel angewendet wird. In den meisten dieser Trinkquellen und Bäder ist das Kochsalz der wirksamste Bestandtheil, und hat man es in der That in leichteren Fällen von Drüsenleiden, Skrofelsucht, Hautausschlägen u. s. w. mit Erfolg innerlich und äußerlich angewendet.

Die Wichtigkeit des Salzes begreift sich leicht, wenn wir uns erinnern, daß im Körper das Kochsalz nicht blos zur Bildung äußerst wichtiger Theile, z. B. der Knochen und Zähne, verwendet wird, sondern daß es auch einen wesentlichen Bestandtheil des Blutes bildet. Daß also die Ernährung des ganzen Körpers, die eben durch das Blut geschieht, leidet, wenn diesem einer seiner wichtigsten Bestandtheile fehlt, das ist leicht einzusehen. Gehörige Verwendung von Salz also mag sich der Einzelne und mögen sich namentlich die Hausfrauen angelegen sein lassen. Die wenigen Pfennige, die sie vielleicht monatlich mehr verbrauchen möchten, werden sie in der Apotheke sparen und an Arbeitskraft verzehnfacht wieder erhalten.

Da das Blut viel Kochsalz enthält, bedarf blutreiches kräftiges Fleisch verhältnißmäßig weniger Zusatz davon als blutleeres und mageres. Die Wurzel- und Blättergemüse aber, die weniger Salzgehalt haben, müssen natürlich verhältnißmäßig mehr gesalzen werden als das Fleisch. Daß letzteres übrigens durch Einsalzen (Einpökeln) mit der Salzlake viel Nahrungsstoff verliert, ist schon erwähnt. Beim Kochen aber des Fleisches und beim Essen fehle das „Salz des Lebens" nicht.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Beilage zu Nr. 108
der Allgemeinen deutschen Arbeiter-Zeitung.

Politische Umschau.

(Fortsetzung.)

„Schleswig-Holsteinische Correspondenz". Unter diesem Titel wird seit Anfang des Jahres eine neue lithographirte Correspondenz von Norddeutschland aus in die Welt gesandt, welche von verschiedenen Orten aus den Herzogthümern Schleswig-Holstein datirt wird, und deren Verfasser so außerordentlich bescheiden und zugleich naiv sind, daß sie mit ihren, höchst wahrscheinlich sehr obscuren oder sehr verdächtigen Namen gar nicht hervortreten, sich blos unter der Firma „entschiedene Männer, welche dem Parteitreiben fern stehen", einführen, und glauben, daß man so schlicht und einfältig sei, unter dieser harmlosen Correspondenz den annexionistischen Pferdefuß nicht zu merken. Der Prospect, mit welchem sich das edle Unternehmen einführt, lautet wie folgt:

„Schleswig-Holsteinische Correspondenz". Gegründet von einer Anzahl entschiedener Männer, welche dem fast immer selbstsüchtigen oder eiteln Partheitreiben fern stehen, wird diese Correspondenz sich bestreben, die politischen und volkswirthschaftlichen Interessen der Bevölkerung Nordalbingiens überhaupt und Schleswig-Holsteins insbesondere **ungetrennt von einander** aufzufassen und zu behandeln. — Wie politische Freiheiten nicht ohne das materielle Wohl eines Volkes bestehen können, so auch umgekehrt, und nur durch richtiges Verständniß seiner **Interessen**, deren **Schutz, Entwickelung und Ausdehnung** ist es möglich, die Bahn des Fortschritts zu betreten, auf welcher es jeder Reaction unmöglich gemacht wird, „Halt" zu gebieten. — Die intelligentesten Kräfte Nordalbingiens stehen uns zur Verfügung, deshalb wird unsere Correspondenz von den verschiedensten Orten aus datirt werden und jede Specialcorrespondenz entbehrlich machen können. — Selbstverständlich muß auch die Frage von dem Anschluß der Herzogthümer an Preußen in Betracht gezogen werden: ob derselbe zweckmäßig dadurch zu erzielen sei, daß gegen Uebernahme der entsprechenden Pflichten der Krone Preußen die Rechte einer Schutzmacht eingeräumt werden; oder ob die Personal-Union, resp. die Incorporation, durch die beiderseitigen Interessen geboten ist, die schließlich mit denen Deutschlands und Europas identisch sind. Dazu bedarf es zugleich einer genauen Kenntniß der preußischen Verhältnisse und Interessen, und freuen wir uns, unsern Lesern mittheilen zu können, daß unser Unternehmen die Gewißheit hat, auch in dieser Beziehung durch die gewiegtesten Kräfte unterstützt zu werden.

Sehr schön, aber brauchen können wir's nicht.

In **Würtemberg** machte die neue Regierung einen löblichen Anfang, indem sie das vom Bundestage aufgedrungene Preßgesetz beseitigte und dem Vereinswesen freiere Bahn machte. Was sonst von Reformen aus dem Schwabenlande gemeldet wird, ist kaum der Rede werth und bestätigt höchstens auf's Neue den alten Spruch, daß Erhabenes und Lächerliches nur einen Schritt weit auseinander liegen. So hat denn der Schnitt der militärischen Uniformen eine dem Geiste des neunzehnten Jahrhunderts entsprechende Aenderung erfahren. Das Militär darf den Bart wachsen lassen, die Aera der bärtigen Krieger beginnt. Die Revierförster sind in Forstmeister umgetauft. Die Statuten und Dekorationen des Kronenordens wurden geändert. Einem nur zu lange und zu schmerzlich gefühlten Bedürfniß wird endlich abgeholfen werden, dadurch, daß fortan auch Würtemberg Kammerjunker und Palastdamen haben wird, letztere mit dem Titel „Excellenz". Und den Studirenden in Tübingen bleibt nicht allein, wie bisher, das Tragen schwarz-roth-goldener Bänder gestattet, nein, auch die Studentenverbindung Tubingia wird den Namen „Burschenschaft" führen dürfen.

Aus der Schweiz, Januar. Wie wir im Berner „Bund" lesen, macht sich ja der Berliner „Sozial-Demokrat" recht hübsch, indem er seinen Gegnern die Mühe der Bekämpfung und Widerlegung erspart. Der „Sozialdemokrat", das neue Evangelium der Arbeiter, mit dem dümmsten aller Päpste Hand in Hand! Ganz eingenommen von der Encyclica mit den 80 Hörnern! In der That charmant und auch vollkommen erwünscht! Derjenige Arbeiter, der sich jetzt noch von der Sekte fangen läßt, der sein eigenes Denken preisgibt an solche Führer, verdient als Gimpel geleimruthet zu werden. Neulich, als wir hier Ihre Andeutung lasen, daß Bismarck, der Ultramontanismus und Hr. v. Schweizer wohl auf einem Stengel gewachsen sein möchten, wollten wir den Kopf dazu schütteln; jetzt freilich, da der „Sozialdemokrat" mit der „Kreuzzeitung" und dem ganzen Troß der Herrenknechte dem Papst die Schleppe trägt, jetzt freilich müssen wir uns fügen.

Die jüngst ausgeschlüpften Sozialdemokraten sind demnach gar nichts Anderes als die alten verbissenen Radikalen, nur daß sie ein neues Fähnlein aufgesteckt haben. Es sind jene alten Knurrer und Brummer von 1848, denen Keiner weit genug ging, die Alles conservativ, bornirt fanden und namentlich in den Wirthshäusern ihr rothes Evangelium predigten, nachher aber weder auf der Barrikade noch im Heerlager zu finden waren. Einer von ihnen namentlich, der Baden und die Pfalz durchstreifte, erklärte, als ihm die Betheiligung an dem Wagniß zugemuthet wurde: seine Zeit sei noch nicht gekommen, er müsse sich für den großen Moment aufheben! Wir Andern gingen in's Feuer, Jener aber spazieren!

So stellt sich dieselbe Sorte also wieder hin, wie sie es von je gethan, mit der Ironie auf den blutlosen Lippen, dem Sarkasmus auf der Zunge, der Rechthaberei und der Theorie des „höheren Standpunktes" im Kopfe; zufrieden, wenn sie alle Welt als beschränkt, zurückgeblieben, befangen ausgeschrieen hat, selig in ihrer eigenen Ueberlegenheit, berauscht von ihrer Kritik, immer die Zunächststehenden grob und frech von sich stoßend, damit nur um's Himmelswillen ihre Einzigkeit nicht in die Brüche gerathe. Und doch hat die Sorte Fortschritte gemacht, ganz angemessen der Abgestandenheit und Thatflüchtigkeit unsrer Zeit, der bodenlosen Wortseligkeit und Programmschwindelei entsprechend: mit dem Papst und den Jesuiten zu gehen, das fiel 1848 noch Niemand ein, das Thier mit den 80 Hörnern anzubeten, das war dem Fortschritt der Zeiten vorbehalten!

Bekanntlich hat die Reaction von 1849 einzig und ausschließlich für die Pfafferei gearbeitet; bekanntlich zeichnete sich in den 30er Jahren der Katholizismus durch Besonnenheit, der Protestantismus durch rationale Facta aus. David Strauß und Ludwig Feuerbach galten als Elemente der Bewegungspartei. Die Reaction begann mit dem Romantiker auf dem preußischen Throne, mit dem Dombau-Fieber, mit Eichhorn an Altensteins Stelle. Die Revolution hat diesen mittelalterlichen Gelüsten nur einen Augenblick Einhalt gethan; die Reaction hat die Binde um die Augen des Volks fester gezogen und die Klerisei beider Confessionen hat den blinden Mann an die Hand genommen. Hätten die Arbeiter in Europa blos die Güter, welche die todte Hand seit Manteuffel, Schwarzenberg und Louis Bonaparte sich zu Gemüthe geführt, sie könnten die Productiv-Genossenschaften nach Herzenslust gründen! Hier wird das gesellschaftliche Vermögen aus der Gesellschaft herausgezogen, hier findet ein fortwährender Aderlaß statt.

In der letzten Encyclica des Papstes Pius IX. wird es endlich gewagt, der ganzen Gesellschaft von 1789, aller Errungenschaft der Freiheit, aller Bildung und jedem auf Bildung begründeten Streben den Krieg anzukündigen. Nicht nur was wir haben, wird bestritten und mit dem Bann belegt; auch was wir weiter wollen, was noch erzielt werden soll und muß, ist im Voraus verdammt. Es handelt sich nicht nur um Errungenschaften, sondern geradezu um die Grundlage alles Erringens überhaupt, um die Möglichkeit jeglichen Besserwerdens. Wäre die Sache im Ernst zu nehmen, so stände uns der größte und furchtbarste Kampf bevor, ein Kampf auf Tod und Leben; und indem der „Sozialdemokrat" die Sache für Ernst nimmt, macht er sich zum geschwornen Feinde der Menschheit und der Geschichte, unterhöhlt er sich den Boden unter den Füßen, beraubt er sich der Stätte, auf der er einzig stehen kann.

Zum Glücke ist die Sache kein Ernst, sondern ein schlechter Spaß etlicher verzweifelter Anbeter der weltlichen Macht des Papstes, gradeso wie der ganze Sozialdemokrat ein schlechter Spaß etlicher auerangirter Sonderlinge, eine Kapuzinade verschrobener Köpfe ist, welche die faule Zeit und das Stagniren des Wassers benutzen, um die Welt mit ihrem Gequäl zu unterhalten und sich eine Weile in ihrem Wichtigkeitsgefühle bene zu thun.

Auch diese Marotte wird vorübergehen, die wirkliche Entwicklung zur Freiheit hin wird wieder Platz greifen, die Sozialdemokraten werden schmollend verschwinden — ihre Zeit ist immer noch nicht gekommen — und der Geschichtschreiber wird lediglich eine Knipperdollingiade auf dem Papier in seine Tafel einzutragen haben. Nur das wird merkwürdig bleiben, weil es schon jetzt merkwürdig ist: Deutschland allein erzeugt von allen Nationen solche Käuze; Deutschland allein bringt solche Extreme hervor, daß sog. Arbeiterfreunde die päpstliche Bannbulle colportiren, sich mit den dreimal Todten verschwören wider alles Leben, den einen Arm dem Großinquisitor, den andern dem Sbirren und Büttel geben — um etwas ganz Apartes aufzuführen, um nicht zu sein wie andre Menschenkinder, die als einfache Werkleute Stein auf Stein beim Baue der Zeiten legen.

Socialer Theil.

Herr Dollfus, der wohlbekannte Fabrikant in Mühlhausen, der mit Leidwesen eine große Sterblichkeit unter den kleinen Kindern der in seiner Fabrik arbeitenden Weiber bemerkt hatte, führte vor einiger Zeit als Regel ein, daß Wöchnerinnen bei ihm, ohne Abzug an ihrem Lohne, sechswöchentlichen Urlaub erhalten, um ihren neugeborenen Kindern die nöthige Aufmerksamkeit schenken zu können. Dieses Experiment hatte den glücklichen Erfolg, daß die Sterblichkeit alsbald von 35 auf 25 Procent sank. Der mit dieser wohlthätigen Maßregel verbundene Verlust für die Fabrik betrug in einem Jahre 8000 Franken. Einige Fabrikanten derselben Stadt haben das von Herrn Dollfus gegebene Beispiel nachgeahmt.

Durch den Vorgang des Herrn Dollfus in Mühlhausen aufmerksam gemacht, haben die Inhaber der Firma Wolff, Schlafhorst und Brüe in M.-Gladbach bei angestellten Untersuchungen gefunden, daß u. A. eine ihrer Fabrikarbeiterinnen nach der Niederkunft sehr bald wieder zur Arbeit gekommen ist und seit dieser Zeit ihre frühere Gesundheit verloren hat. In Folge dieser Beobachtung haben die Fabrikherren im Einverständniß mit dem Vorstand der Krankenkasse ihrer Fabrik folgenden Zusatz zu den Bestimmungen dieser Krankenkasse beschlossen: „Verehelichte Fabrikarbeiterinnen sind verpflichtet, nach ihrer Niederkunft für die Dauer von sechs Wochen zu ihrer und des Kindes Pflege von der Arbeit zurück zu bleiben; es wird ihnen für diese Zeit die Hälfte ihres bisherigen Lohnes von den Fabrikherren, die andere Hälfte gleich den erkrankten Arbeitern aus der Krankenkasse der Fabrik gezahlt. Für diesen Zeitraum ist ihnen nur die leichte häusliche Arbeit gestattet und sind sie jeden Anspruchs auf fernere Unterstützung verlustig, sobald sie bei anderen, z. B. Gartenarbeiten, betroffen werden." Es ist wohl keine Frage, daß dieser Beschluß die Genehmigung der Regierung erhalten wird. Möge dieser Vorgang allgemeine Berücksichtigung und Nachfolge finden.

An der Spitze der Agitation, welche die preußischen Feudalen in der Arbeiterfrage versuchen, steht der bekannte Herr Wagener. Derselbe sucht die Fabrikarbeiter mit der Behauptung zu ködern, sie würden von ihren Arbeitgebern zu schlecht bezahlt und bedürften der Staatsunterstützung. Es ist nun höchst interessant, was die „Rhein. Ztg." aufdeckt. Hr. Wagener besitzt ein paar Güter mit sehr bezeichnenden Namen, Dummerwitz und Eulenburg. Dieselben sind ihm von den Actionären der „Kreuzzeitung" geschenkt worden, als er von der Redaction dieses Blattes zurücktrat. Die „Rhein. Ztg." macht nun die genauesten Zahlenanga-

den über die Löhne, welche die ländlichen Arbeiter in Dummerwitz erhalten. Ein Mann, seine Frau und ein erwachsenes Kind verdienen dort zusammen nicht mehr als jährlich 116 Thlr. 2½ Sgr. Doch dieses Geld erhalten sie nicht einmal baar, sondern zum Theil in Naturallieferungen.

London, 30. Dec. Ueber das englische Genossenschaftswesen gibt ein von Holyoakes (dem englischen Schulze-Delitzsch) veröffentlichter Bericht auf das Jahr 1863 folgende Uebersicht: Genossenschaften bestanden 381, welche einen Umsatz von 2,600,000 Pfd. St. (16,550,000 Thlr.) machen. Diesen 381 Genossenschaften, von welchen in Lancashire 117, in Yorkshire 96 allein bestehen, zählen überhaupt 108,000 Mitglieder und besitzen ein Stammkapital von 793,500 Pfd. St. bei einem gleichen Kapital von 229,000 Pfd. St. Gewinnüberschuß hatten dieselben 213,600 Pfd. St. Die Genossenschaft der Pioniere von Rochdale hat in den vier Jahren von 1860—63 einen Gesammtüberschuß von 118,000 Pfd. St. gehabt, trotzdem dieselbe wegen der Baumwollnoth ihre Löhne nicht herabsetzte und in ihrer Fabrik länger arbeiten ließ, als in einer andern der Gegend gearbeitet wurde. Diese Genossenschaft hat im Laufe des Jahres 1863 allein an arme und unbeschäftigte Arbeiter 1500 Pfd. St. oder ca. 10,100 Thlr. vertheilt. Diese Genossenschaften haben großes Elend, welches ohne sie in Folge der Baumwollkrisis über England hereingebrochen wäre, abgewendet. (D. A. Z.)

Vom Büchertisch.

In Frankfurt a. M. im Verlag des Verfassers und in Commission bei Wilhelm Küchler ist soeben erschienen: ein „**Taschenbuch der politischen Statistik Deutschlands** oder Aufstellung der Staats-Einrichtungen Gesammt-Deutschlands sowohl als der einzelnen deutschen Staaten, zum Handgebrauch für praktische Politiker: Landtagsabgeordnete, Gemeindevertreter, Verwaltungsbeamte, Zeitungsredakteure, Publicisten, Zeitungsleser ꝛc. Jahrgang 1864. Von Dr. **Wilhelm Kellner**, verantwortlicher Redakteur des Frankfurter Journal." Der Zweck des Werkchens ist, wie wir aus der Vorrede ersehen, durch eine kurz zusammengedrängte Darstellung unserer vielgestaltigen politischen Einrichtungen in allgemeinen Kreisen sowohl das Bedürfniß nach größerer Einheit zu beleben, als auch das Aufsuchen unseren eigenen Verhältnissen entsprechender Wege, auf denen die Einheit zu finden ist, zu erleichtern und doctrinärer Politik entgegenzuwirken. Vieles in dem Werke Enthaltene ist allerdings anderwärts schon zu finden, aber in größeren und schwerer zugänglichen Werken verstreut, Vieles ist indeß auch neu und in bisher nicht gebrauchter Ordnung zusammengestellt, so daß es eine förmliche Schule deutscher Politik abgeben kann. Auch sind die politischen Veränderungen, welche in den einzelnen Staaten vorgekommen sind, bis auf die neueste Zeit angegeben und namentlich die Budgets mit einer Ausführlichkeit aufgezählt, wie sich dieselben noch in keinem Sammelwerke vorfindet. Ein ausführliches Register führt rasch zu den gesuchten Punkten. Der Inhalt des Werkes ist kurz der: Geschichtliche Einleitung als Winke zur richtigen Auffassung der deutschen Geschichte. Angaben über Umfang und Gebiet des deutschen Bundes. Grundlagen aller Verfassungen und Geburtsstände. Gemeinden. Staats-Verfassung: Grundgesetze und Volksrechte. Monarchische Elemente, Republiken. Reichs- und Provinzialstände. Rechte und Befugnisse der deutschen Stände. Staatsverwaltung: Central-Behörden und Anstalten (z. B. Bundesversammlung, Zollverein, Postverträge, Münzverein ꝛc.) Eintheilung und Verwaltung der Provinzen, Gerichtsverfassung. Staats-Einnahmen, Ausgaben und Schulden. Auswärtige Politik: Internationale Vertretung. Landmacht. Seemacht. Nachträge.

Das Buch ist nicht theuer und leicht zu handhaben, es kommt auch offenbar einem Bedürfniß entgegen. Jedenfalls ist es im Interesse der politischen Fortentwicklung deutscher Verhältnisse, zur Einheit und Begründung eines mächtigen Gesammtvaterlandes zu wünschen, daß dem Buche durch allgemeinste Theilnahme Derer, welche im öffentlichen Leben berufen sind, mitzurathen und mitzuthaten und aller Derer, die sich dazu die Befähigung durch eine tüchtige politische Ausbildung erwerben wollen, ein geregeltes periodisches Wiedererscheinen gesichert wird, so daß Jeder für eignes Studium stets den besten historischen Faden in zeitgemäßer Erneuerung zur Hand behalte.

Die „Berliner Börsenzeitung" schreibt: „Der Schulze Schulnecht aus Berchen hat die Dokumente über seinen Streit mit dem Landrath v. Puttkammer in einer Broschüre zusammengestellt, welche den Titel führt: „Der Prozeß des Schulzen Schulnecht aus Berchen wider den kgl. Landrath v. Puttkammer zu Demmin, Coburg, bei F. Streit." Das Schriftchen liefert einen charakteristischen Beitrag zu der Geschichte der Reaktion in Preußen. Nachdem der Landrath dem Schulzen angesonnen, bei den Abgeordnetenwahlen als Wahlmann in conservativem Sinne zu stimmen, der Schulze aber liberal gewählt hatte, erhielt er ein seiner Zeit veröffentlichtes Schreiben des Landraths, in welchem dieser ihn seiner Abstimmung wegen für unwürdig der Achtung und des Vertrauens erklärte, die sein Beruf erfordere, und ihn zur Niederlegung seiner Stelle aufforderte. Der Schulze gab hierauf die gebührende Antwort, indem er gegen den Landrath wegen Beleidigung die Klage einlegte. In seiner Klage sagt der wackere Mann: er habe den Lockungen und Drohungen des Landraths bezüglich der Wahlabstimmung nicht folgen können, da er sich sonst vor sich selbst hätte schämen müssen. Er wirft zugleich die Frage auf, ob es nicht als ein Mißbrauch der Amtsgewalt zu betrachten sei, daß der Landrath sich herausgenommen, durch Drohungen, daß den Schulzen für liberale Abstimmung und die angeblich in dieser liegende Verletzung der dem König geschworenen Treue schwere Verantwortlichkeit treffen würde, auf sein Wahlrecht einwirken zu wollen. Wie nun gegen die Klage der Competenzconflikt erhoben, derselbe für begründet erkannt, und wie ausgeführt worden ist, daß der Landrath seine Befugnisse nicht überschritten, auch keine strafbare Beleidigung gegen den Schulzen ausgesprochen habe, das wolle man in dem — für 3 Sgr. käuflichen — Schriftchen nachlesen."

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Beilage zu Nr. 109
der Allgemeinen deutschen Arbeiter-Zeitung.

Socialer Theil.

Proudhon.*)

Man schreibt uns, sagt die „Volks-Zeitung", aus Paris vom 19. Januar: Proudhon ist heute Morgen um 2 Uhr gestorben, arm, wie er auf die Welt gekommen war. Er hatte seine Laufbahn als einfacher Schriftsetzer begonnen. 1840 erhielt er mit seinem Versuch einer allgemeinen Grammatik den Preis von der Akademie zu Besançon. Mit diesem Gelde kam er nach Paris, wo er bald großes Aufsehen machte durch seine Flugschrift: „Was ist das Eigenthum?" Wegen der Schrift: „Verwarnung an die Eigenthümer" wurde er vor Gericht gezogen, aber freigesprochen. Sein „System der ökonomischen Widersprüche" begründete besonders seinen Ruf als einen der originellsten Nationalökonomen. Hauptsächlich der von ihm 1848 gegründeten Zeitung „der Volksvertreter" verdankte er seine große Beliebtheit und seine Wahl zum Abgeordneten der Seine. Seine Zeitungen „das Volk", „die Volksstimme", „das Volk von 1850" wurden nacheinander unterdrückt; seine sonstigen Schriften sind bekannt, besonders sein satirisches Handbuch des Börsenspekulanten. Vom Juni 1849 bis Juni 1852 war er im Gefängniß. Er war seit 2 Jahren aus der Verbannung nach Frankreich zurückgekehrt, als ihn der Tod über seinem letzten noch nicht vollendeten Werk überraschte.

Ueber Proudhon's Begräbniß wird der „N. Fr. Presse" in Wien geschrieben: „Es stellt sich nachträglich heraus, daß das Erscheinen zweier Regimenter während des Begräbnisses der Leiche Proudhon's kein zufälliges war. Die Regierung hatte diese Vorsichtsmaßregel für nöthig gehalten, sowie auch das Musiciren und Trommeln der vorübermarschirenden Truppen ein berechnetes war. Im Sterbehause hatten sich acht uniformirte Polizei-Organe eingefunden, und auf höhere Weisung fuhr der Leichenwagen vom Hause nach dem Friedhofe so schnell, daß die Anwesenden (beiläufig 5000 Menschen) nicht folgen konnten. Die Leiche wurde nach dem Willen des Verstorbenen in die allgemeine Gruft gesenkt, wo sonst nur diejenigen beerdigt werden, die ganz allein, ganz ohne Mittel und ganz verarmt in der Welt dastehen. Drei Reden wurden gehalten. In der ersten sprach Massol über das Privatleben des Verstorbenen. Er meinte, in moralischer Beziehung habe Proudhon ein Beispiel gegeben, wie nur Wenige vor ihm; er hob besonders hervor, daß er, als Proletarier geboren, als solcher gelebt habe und auch gestorben sei. Die zweite Rede war dem öffentlichen Wirken Proudhon's gewidmet. Der Redner meinte, Keiner habe so sehr wie Proudhon die Principien von 1789 verstanden und nach ihnen gelebt, die sich in die Worte zusammen fassen lassen: „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit!" Ein fast einstimmiges Bravo erscholl von allen Seiten, und nur mit Mühe konnte sich der dritte Redner Gehör verschaffen, der eine Art von Testament Proudhon's vortrug. Hierauf nahten sich alle Anwesenden dem Grabe. Alle warfen eine Handvoll Erde auf ihn, viele Frauen Blumenkränze, und von allen Seiten hörte man den Ruf: „Adieu Proudhon!" der aber von Einer Stimme übertönt wurde, die ausrief: „Son idée vivra!" Nach beendigter Ceremonie zerstreute sich die Menge schnell. Doch wurde noch vorher beschlossen, eine Subscription zu Gunsten der Familie Proudhon zu veröffentlichen. Proudhon läßt seiner Wittwe und seinen Kindern kein anderes Vermögen zurück, als den Besitz seiner bereits erschienenen und eines noch unedirten Werkes; er ist auf Kosten seiner Freunde beerdigt worden. Unter den Personen von Namen, die Proudhon die letzte Ehre erwiesen, befanden sich Emil de Girardin, Etienne Arago, Louis Jourdan (vom Siècle), Neffzer, Charles Edmond, Victor Séjour, d'Alton Shée (früher Pair von Frankreich, aber auch Socialist), Karl Floquet, Dentu (der Buchhändler), Legoult (vom Temps), Cantagrel (vom Charivari), Greppo (ehemaliger Volksvertreter), Thoré (von der 1849 eingegangenen Vraie Republique), Reclus (bekannter Socialist), Gastineau (republikanischer Schriftsteller), Nadar (Photograph) 2c., sowie zahlreiche Deputationen der Studenten und Freimaurer."

*) Vgl. Nr. 93 unseres Blattes.

Die Invaliden der Arbeit.

Mittheilungen aus Frankreich. Von Hermann Semmig.

H. S. Der Präfect des Norddepartements, dessen Hauptstadt das fabrikreiche Lille ist, hat im Laufe des vorigen Herbstes folgenden Beschluß erlassen:

„Art. 1. Von Ablauf dieses Tages an werden den Arbeitern der Stadt Lille, die in der Ausübung ihres Geschäfts verwundet oder zur Arbeit unfähig gemacht werden, nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Geldmittel, jährliche Pensionen und zwar auf Lebenszeit gewährt.

Auch können Wittwern, Wittwen und Waisen, deren Frauen, Gatten oder Eltern den unmittelbaren Folgen ihrer Verwundungen erlegen sind, zeitweilige Unterstützungen gewährt werden.

Die zu erfüllenden Bedingungen sind in den Statuten vom 15. Februar 1859 angegeben, welche letztere von uns am 25. Juni d. J. genehmigt worden sind.

Art. 2. Die Stiftung nimmt den Titel „Stiftung der Invaliden der Arbeit" an.

Bis dieselbe als öffentliche Anstalt anerkannt sein wird, wird sie von dem Wohlthätigkeitsbureau der Stadt Lille verwaltet werden.

Art. 3. Die 1858 bei dem zu diesem Zwecke veranstalteten Feste gesammelten Summen und die bis heute kapitalisirten Interessen werden in die Kasse des Wohlthätigkeitsbureaus geliefert und im Namen der Stiftung zum Ankauf einer 3proc. Staatsrente verwandt werden, deren Einkünfte zur Zahlung der lebenslänglichen Pensionen dienen werden, mit Vorbehalt des zu kapitalisirenden Gehaltes.

Diese Einkünfte sollen durch Subscriptionen, Gaben und Vermächtnisse zu diesem Zweck, sowie durch andere in Artikel 5 der Statuten vorhergesehene Mittel vermehrt werden.

Die Gaben und Vermächtnisse werden von dem Wohlthätigkeitsbureau unter dem ausdrücklichen Vorbehalt ihrer besondern Bestimmung und Verwendung zur Stiftung angenommen, wenn dieselbe zur öffentlichen Anstalt erklärt wird."

Art. 4. Der Maire der Stadt Lille als Präsident des hiesigen Wohlthätigkeitsbureau's ist mit der Ausführung gegenwärtigen Beschlusses beauftragt, von welchem dem Obersteuereinnehmer eine Abschrift zugestellt werden wird."

Das „Journal von Rouen" hat den Gedanken dieser Stiftung mit großer Sympathie für das Wohl der arbeitenden Klassen besprochen und man geht im Mittelpunkte der Industrie der Normandie mit der Errichtung einer ähnlichen Anstalt um. Es handelt sich um kein Hospiz oder Spital, sondern um Pensionen, wodurch die häusliche Unabhängigkeit des Arbeiters gesichert wird. Havre, die Nebenbuhlerin Rouen's in Handel und Gewerbe, will sich nicht beschämen lassen und gründet ebenfalls ein solches Werk. Kein Zweifel, daß die Idee in allen Gewerbsdistrikten um sich greifen und Wurzel schlagen wird; die Presse hat sie aufgenommen und verbreitet sie.

Zweierlei wird daran dem deutschen Arbeiter und Socialisten auffallen, erstens der militärische Titel. Das französische Volk ist nun einmal in kriegerischen Ideen großgezogen, es hat auch nicht Unrecht, wenn es die Arbeit mit einer Schlacht vergleicht; der Arbeiter verliert, wie der Soldat, oft seine gesunden Gliedmaßen. Bei der Vorliebe für militärischen Prunk ist es auch ein geeignetes Mittel, die seit 1848 zum Schrecken gewordenen socialistischen Ideen durch diese Vergleichung populär zu machen. — Zweitens wird sich der Deutsche daran stoßen, daß die Idee vom Staate ausgeht und die Verwaltung in dessen Händen bleibt. Aber der deutsche Arbeiter muß sich keine romantischen Ideen von seinen französischen Genossen machen; die große Mehrheit der französischen Arbeiter, trotz ihrer Talente und der leichteren Auffassungskraft des französischen Volkes überhaupt, ist nicht im Stande die große Frage der Arbeit und des Austausches der Kräfte und Erzeugnisse selbständig zu lösen, wie es denn dem französischen Volke überhaupt an politischer Erziehung und Durchbildung fehlt, um sich selbst zu verwalten. Paris ist, wie in jeder Beziehung, auch hier eine Ausnahme; der Deutsche aber, unüberlegter Weise, beurtheilt Frankreich gewöhnlich nach Paris. Der Pariser Arbeiter, aufgewachsen oder doch thätig in diesem wundervollen Centrum geistiger und künstlerischer Thätigkeit, entwickelt glänzende Eigenschaften und Vorzüge, die der Arbeiter in der Provinz selten hat. Und doch zu was hat er es in seiner socialistischen Thätigkeit gebracht? Unter der Julíregierung zu phrasenreichen, aber unpraktischen Verschwörungen, deren bedeutendstes Ergebniß die Nationalwerkstätten waren. Welcher verständige Socialist kann diese Concurrenz des Staates mit den Staatsbürgern billigen? es war der Bürgerkrieg der Arbeit. Indessen dürfen wir über all diese Versuche, das große Problem der Arbeit zu lösen, nicht eingebildet und hoffärtig den Stab brechen; eben diese vielfachen mißglückten Versuche beweisen nur die Schwierigkeiten der Lösung, und Dank müssen wir es den Schwärmern wissen, das Problem nur aufgestellt zu haben. Es ist leicht, heute wo wir durch die von ihnen gemachten Erfahrungen gewitzigt worden sind, über jene Schwärmer und ihre communistischen u. s. w. Verirrungen zu spotten, wie es noch jüngst bei dem Streite zwischen Lasalle und Schulze-Delitzsch geschehen ist. Zu ihrer Zeit brachen jene Schwärmer den späteren reiferen Reformatoren die Bahn, und ohne Schwärmerei hätten sie gar nicht den Muth dazu gefunden. Vergessen wir auch nicht, daß die große staatswirthschaftliche Reform, zu welcher die Organisation der Arbeit gehört, überhaupt von Frankreich ausgeht, dem wir allen politischen Fortschritt seit Ende des vorigen Jahrhunderts verdanken. Und wenn das französische Volk die riesige Aufgabe nicht zu Ende zu führen versteht, wenn es wenigstens oft schon gewonnene Standpunkte wieder verliert und zuweilen ermattet, so dürfen wir uns darum nicht hoffärtig überheben. Es liegt in dem unruhigen witzigen Naturell dieses Volkes, daß es mehr niederreißt und anregt, als aufbaut und ausführt. Wir mit unserer überlegten methodischen Natur, wir Deutsche haben die Aufgabe erhalten, das Werk zu vollenden, das unser heißblütiger Nachbar begonnen hat. Aber ohne ihn wären wir in politisch-socialistischen Dingen nichts. Einen großen Vortheil, den wir vor den Franzosen voraushaben und der es uns möglich macht, die von ihnen begonnene Umwälzung beharrlich zu Ende zu führen, ist die in allen Schichten der ärmeren Volksklassen verbreitete Schulbildung. In Frankreich mangelt dieselbe nicht nur noch hier und da im Volke, sie ist — was noch gefährlicher ist — zu großem Theile in den Händen der katholischen Geistlichkeit, der sogenannten „Brüder der christlichen Lehre", einer Congregation deren Mitglieder zwar nicht selbst Priester sind, die aber doch die drei Mönchsgelübde ablegen. Daß aus ihren Schulen keine klardenkenden Staatsbürger hervorgehen, ist natürlich. Der staatswirthschaftlichen Reform und der Emancipation der arbeitenden Klassen wirkt auch die Gesellschaft des „h. Vinzenz von Paula" entgegen, die der Grundsatz des Almosens aufrecht erhält, um den Arbeiterstand fortwährend bevormunden zu können. Daß Boden genug da ist, auf dem sie ihren Einfluß geltend machen kann, beweist u. a. der Bericht, den vor einiger Zeit der Präfect des Ornedepartements (in der Normandie) über das dortige Bettelwesen erstattet hat. Zehntausend Bettler beanspruchen die Wohlthätigkeit, sie nehmen im Durchschnitt jährlich drei Millionen 600,000 Francs, d. h. eine Million Thaler, mehr als das Drittel der sämmtlichen Einnahmen des Departements hinweg! Da ist es denn sogar die Pflicht des Staates einzugreifen.

Lassen Sie mich die Gelegenheit dieser Mittheilung benutzen, um meine volle Sympathie mit Ihrer Zeitung auszudrücken. Bekanntlich war ich in Sachsen, meiner Heimath, 1845 der Erste, der das Ungenügende des rein politischen Liberalismus erkannte und die Frage der Organisation der Arbeit aufnahm. Ich kämpfte dafür in dem von mir redigirten „Muldejournal", gründete dafür 1848 ein neues Organ „die Stimme des Volkes" und entwickelte die Nothwendigkeit der socialen Reform in der Broschüre „Handwerk hat keinen goldenen Boden (Herisau bei Schläpfer 1849). Meine Thätigkeit war mangelhaft und unvollkommen wie jeder Anfang, aber mein Streben aufrichtig und ich bin meiner Ueberzeugung treu geblieben. Durch das Exil zur Unthätigkeit verdammt, habe ich doch den Fortschritt der deutschen Bewegung mit fortwährender Theilnahme verfolgt. Wenn aber irgend etwas für Deutschlands Zukunft spricht, so ist es die aus den Arbeiterkreisen selbst hervorgegangene „allgemeine deutsche Arbeiterzeitung", als ein erfreuliches Merkzeichen des im Volke erwachten Bewußtseins seiner Aufgabe. Fast in allen deutschen Staaten sind

mehr oder minder die Junker noch herrschend, von da aber kommt nie und nimmer das Heil, denn Vorurtheil und Vorrecht haben die Herzen dieser Kaste gänzlich verknöchert. Nur im Volke, in dem arbeitenden Volke beruht die deutsche Zukunft, Deutschlands Bürgerfreiheit. Wenn das deutsche Volk seine Junker bei Seite geschoben und vielleicht nach Amerika geschickt haben wird, wenn es selbst zur Herrschaft gelangt sein wird, dann wird sicher der deutsche Musterstaat ein Musterstaat Europa's sein. Bis dahin aber ziemt uns noch große Bescheidenheit. Ein Land, wo das mittelalterliche Feudalunkraut noch so unverschämt fortwuchert, wo es einen gewaltigen Staat wie Preußen beherrscht, wo der Junker dem Bürger noch Stockprügel geben kann, ein solches Land hat keinem andern etwas vorzuwerfen. Mehr als lächerlich ist es daher, wenn unter solchen Umständen liberale Politiker und Blätter alte deutsche Reichslande, wie das Elsaß, zurückfordern. Mag auch das französische Volk das Ideal der politischen Freiheit, wie es ihm 1789 und 1792 vorschwebte, nicht verwirklicht haben*), den Grundsatz der bürgerlichen Gleichheit hat es doch durchgeführt, und hätten wir wenigstens diesen Sieg erfochten, so würde kein Junkerthum zu seinem tölpischen Eingriffe in unsre Freiheit sich erkühnen. Darum antwortet das Elsaß auf solche Ansprüche mit mitleidigem Lächeln; soll es wieder deutsch werden, um die Prügelstrafe bei sich einführen zu lassen, oder um die sonstigen Süßigkeiten des herrschenden Regiments in Deutschland zu kosten. Bedenkt das doch wohl. Das heutige officielle Deutschland hat nirgends im Auslande auf Sympathie zu rechnen. Schaffen wir uns erst im Innern Zustände, die des Menschen und des Staatsbürgers würdig sind, ehe wir uns ein Urtheil über fremde Völker erlauben oder gar Ansprüche auf verlorene Provinzen erheben, deren Bevölkerungen, so wie wir sind, uns gar nicht wollen. Das ist beschämend, aber die Wahrheit. Machen wir sie uns zu Nutze.

*) Wir, die wir es noch weniger erreicht haben, und allen politischen Fortschritt erst dem Anstoß der drei französischen Revolutionen verdanken, haben kein Recht es ihnen vorzuwerfen

Ein deutscher Humanist und ein Volkswächter.

(Aus dem Magazin für die Literatur des Auslandes vom 21. Januar 1865.)

Der Generalkonsul J. J. Sturz, dessen unablässiger Kampf sowohl gegen die weiße als die schwarze Sklaverei und dessen aufopfernde Bemühungen für eine planmäßige, konzentrirte deutsche Auswanderung hinlänglich bekannt sind, ist eine seltene Erscheinung unserer Zeit, denn es dürfte nicht häufig vorkommen, daß ein hochgestellter Beamter nicht blos sein großes Gehalt, sondern auch ein nicht unbedeutendes Vermögen im Dienste des Wohlergehens Anderer, „für eine Idee“, wie man zu sagen pflegt, opferte, wie er gethan, und dafür nun im vorgerückten Greisenalter und bei einer zahlreichen Familie mit den schwersten Sorgen zu kämpfen hat. Der Mann flößt uns ein solches Interesse ein, daß wir nicht umhin können, einen kurzen, gedrängten Abriß seines vielbewegten Lebens, so weit es uns bekannt ist, unseren Lesern vorzuführen.

J. J. Sturz ward im Jahre 1800 in Frankfurt a. M. geboren, genoß eine praktische Erziehung und ging, schon damals mit seinem humanen und deutsch-nationalen Ziele vor Augen, in seinem 21. Jahre nach England, von wo er 1823 nach Brasilien segelte, das er bis an die Gränze des damals abgeschlossenen Paraguay bereiste. Im Jahre 1827 kehrte er nach England zurück, um gleich darauf in die Dienste einer mexikanischen Silberbergwerks-Compagnie zu treten, bei der er bis zu deren Auflösung verblieb, worauf er die ganzen damals konstituirten Vereinigten Staaten sowie einen Theil Canada's durchstreifte, um Erfahrungen für den vorgesteckten Lebensberuf zu sammeln, und dann nach England zurückkehrte, mit dem festen Entschlusse, von dort wieder nach Brasilien zu gehen, denn nur dieses Land, mit seiner geistig und körperlich trägen, entnervten Bevölkerung, schien ihm geeignet, durch friedliche Einwanderung am Schnellsten und Sichersten ein „Neu-Deutschland jenseits des Oceans“ werden zu können, da der deutsche Bauer und Handwerker den amerikanischen Spaniern und Portugiesen eben so unendlich überlegen, wie er zum Theil heute noch (um wie viel mehr damals!) den energischen, intelligenten Nordamerikanern nachsteht.

Sturz trat also in die Dienste der Goldminen-Compagnie Congosoco, deren Direktorium in London ansässig war, nachdem er zuvor die Goldbergwerke Tyrols und Ungarns besucht und eine große Zahl deutscher Bergleute vortheilhaft und zu ihrer späteren größten Zufriedenheit für englische Minen in Brasilien engagirt hatte.

Seine Stellung in Brasilien war pekuniär eine sehr zufriedenstellende; dennoch gab er seinen Posten nach zwei Jahren auf, weil er mit dem ersten Verwalter, einem früheren englischen Obersten, wegen der grausamen Behandlung und schlechten Verpflegung der im Dienste der Minen gehaltenen 500 schwarzen Sklaven in steten Mißhelligkeiten sich befand, und ging nach London, wo er dem Direktorium das Geschehene darlegte und wenigstens erreichte, daß die Behandlungsweise jener Compagnie-Sklaven wesentlich verbessert wurde.

Seinen einmal gefaßten Entschluß gab er jedoch nicht auf. Deshalb kehrte er 1833 wieder nach Brasilien zurück und richtete sein nächstes Augenmerk darauf, die Brasilianer in Contact mit europäischem Fortschritt zu bringen, ihnen das Bild materieller Civilisation zu zeigen und sie so in den Völkerverkehrsstrom hineinzuziehen, denn nur auf diese Weise ließ sich hoffen, das Land und das Volk aus dem Zustande der Halbbarbarei aufzurütteln und ihm höhere Bedürfnisse zuzuführen. Mit unsäglicher Mühe und großen Geldopfern gelang es ihm, englischen Dampfschifffahrts-Gesellschaften die Konzession zur Befahrung mehrerer Flüsse und Bayen mit Dampfschiffen, besonders aber die Postdampfschifffahrt längs der ganzen Küste vom Amazonenstrom bis Rio Grande do Sul zu erwirken, die von jener Zeit an (1838) nie unterbrochen ward. Er veranlaßte Reformen im Postwesen, in der Pockenimpfung und a. m. — Die Dampfschifffahrts-Verbindung rettete damals das Reich vor dem Auseinanderfallen und erdrückte die chronisch gewordenen Rebellionen dreier Küstenprovinzen. Da Sturz außerdem noch wesentlich zur Versöhnung der Parteien, unmittelbar nach der Mündigsprechung des fünfzehnjährigen Kaisers, beigetragen, sprach ihm die brasilianische Deputirtenkammer im Jahre 1840 in Anbetracht seiner Verdienste um das Reich einstimmig das Privilegium der Dampfschifffahrt auf dem Amazonenstrom und 40 Quadratleguas Land zu; doch der Senat ratifizirte diesen Beschluß nicht, weil ein habgieriger Marquis aus seiner Mitte das betreffende Nationalgeschenk für sich und seinen Sohn haben wollte. — Trotz dieser bitteren Erfahrung, setzte Sturz seine ziemlich gefahrvollen Bemühungen zur Erschwerung der Sklaveneinfuhr fort und mühte sich ab, die Sklaverei im Volke und in der Gesetzgebung dadurch zu bekämpfen, daß er die Diskussion über die Staatsländereien und die Einwanderungs-Frage schürte, die er allein zuerst im Jahre 1838 angeregt hatte und Jahre lang ohne Unterstützung mit den größten Geldopfern und Anstrengungen fortsetzte.

Schließlich kehrte er, an allem Erfolge verzweifelnd, 1841 nach England zurück, nachdem er, statt für sich etwas gewonnen zu haben, nur das Seinige eingebüßt hatte, weil die von ihm eingeführten Unternehmungen wegen der konkurrirenden Sklaverei-Interessen nicht rentirten. Da aber fiel es den Brasilianern ein, sich für alle Fälle trotz des noch blühenden Handels mit Schwarzen, auch die Einfuhr weißer Sklaven zu sichern; deshalb wurde der überall als entschieden freisinnig und human bekannte Sturz 1842 zum brasilianischen Generalkonsul für Preußen ernannt. Der ehrenhafte, arglose Mann sollte für schlechte Zwecke zum deckenden Schilde gebraucht werden! Während sich Sturz von Berlin aus rastlose Mühe gab, für Brasilien Reformen anzubahnen, welche eine freie deutsche Einwanderung ermöglichten, namentlich Annahme eines Gesetzes über die Staatsländereien, Besteuerung des übermäßigen, unbenutzten Grundbesitzes, Herabsetzung der Zölle und Verbot des Sklavenhandels, hatten die schlauen Portugiesen für jeden Vorschlag seinerseits eine höfliche Antwort bereit, aber trieben den Sklavenhandel so schwunghaft, daß sie es schließlich bis zu 80,000 Köpfen jährlicher Einfuhr brachten, worauf dann endlich die Engländer im Jahre 1851 diesem Unwesen gewaltsam ein Ende machten. Das war noch nicht alles. Während Sturz unablässig in Flugschriften und Zeitungsartikeln erklärte, daß die Zeit zur deutschen Auswanderung nach Brasilien noch nicht gekommen sei und nicht eher kommen werde, als bis die oben genannten Reformen eingeführt seien, organisirte die brasilianische Regierung unter offizieller Leitung ihrer anderen Konsuln und geheimen Agenten eine großartig zu betreibende Sklaven-Einfuhr — vermögensloser Deutscher. Sie benutzte dazu das System der Parceria-Verträge, welche Tausende unserer mittellosen Landsleute in die scheußlichste Sklaverei habgieriger und herzloser Plantagenbesitzer lieferten. Es wurden an sechs Millionen preußische Thaler blos als Prämien für Anwerbung von Parceria-Kolonisten unter die brasilianischen Agenten, Konsuln und Diplomaten vertheilt, ja die Stellung der Letzteren von den Erfolgen abhängig gemacht, welche sie in diesem fluchwürdigen, die deutsche Nation schändenden Geschäfte erreichten. Sturz trat diesem Unwesen mit der ganzen Entschiedenheit seines deutschen, ehrenwerthen Charakters in Rede und Schrift öffentlich entgegen und in Folge dessen behielt ihm die kaiserlich brasilianische Regierung bereits Anfangs 1858 seinen Gehalt ein, um ihn materiell von ihr abhängig zu machen und dadurch zum Schweigen zu zwingen. Doch nichts schreckte den braven Mann zurück — er setzte ohne Zaudern noch mehr von seinem Privatvermögen daran, um das wirkliche Interesse seines Adoptiv-Vaterlandes wahrzunehmen, indem er seine deutschen Landsleute unter Hinweis auf die realen Verhältnisse, fort und fort vor der Auswanderung nach Brasilien, besonders aber vor Abschließung von Parceria-Verträgen warnte. Schließlich ward ihm nach sechszehnjähriger tadelloser Führung seines General-Konsulats dieses Amt abgenommen. Damit verlor Brasilien zwar den deckenden liberalen Ehrenschild, als welcher ihm der wackere Sturz hatte dienen sollen, aber unser aufopfernder Landsmann war durch den letzten Streich auch so gut wie materiell ruinirt. Doch tröstete ihn das Bewußtsein, das Gute gewollt und zum größten Theil auch erreicht zu haben — hätten sich doch ohne sein Dazwischentreten Hunderttausende von Deutschen in die Sklaverei halbwilder portugiesischer Plantagenbesitzer locken lassen und schmachteten ohne die durch ihn veranlaßten Reklamationen heute noch viele Tausende unserer bethörten Landsleute in diesem schrecklichen Loose, und die Nationalehre Deutschlands wäre noch unendlich mehr beschädigt worden, als sie es bereits war.

Fünf Jahre lebte hierauf Sturz in strengster Zurückgezogenheit, wirkte aber in der ganzen Zeit unablässig durch die Presse fort zur Aufklärung über brasilianische Zustände und Zwecke, indem er die wohlbezahlten Reklamen brasilianischer Kolonisten-Werber und Diplomaten bekämpfte und die wiederholt von brasilianischen Söldlingen gegen ihn selbst geschleuderten Verdächtigungen zurückwies — alles Schritte, die für ihn mit großen Zeit- und Geldopfern verknüpft waren. Da, vor gerade zwei Jahren, übertrug ihm die Regierung der aufstrebenden, freisinnig organisirten südamerikanischen Republik Uruguay das Konsulat für Preußen, mit der Zusage eines fest stipulirten, auskömmlichen Gehaltes. Seine Thätigkeit in diesem Amte für Bildung eines „Neudeutschlands am Laplatastrom“ und vortheilhafte Verwerthung deutscher Kapitalien, sowie deutscher Arbeitskräfte daselbst, war so großartig und von solchem Erfolg gekrönt, daß sie einst in der Geschichte der Auswanderung und der Volkswirthschaft einen eigenen Abschnitt bilden wird. Aber mitten in seiner angestrengten und ausschließlichen Thätigkeit für Uruguay und die dort zu verfolgenden deutsch-nationalen Zwecke trat ihm die unversöhnliche Feindschaft der brasilianischen Regierung in den Weg, denn den Intriguen ihrer Parceria-Diplomaten und den mit ihr gemeinsame Sache machenden Kolonisations-Schwindlern ist es zuzuschreiben, daß Uruguay seinem Konsul Sturz das zugesagte Gehalt zurückhielt, ja ihm nicht einmal die während einer zweijährigen Thätigkeit für Drucksachen, Reisen 2c. gehabten großen Auslagen zurückerstattete, als es dies noch konnte, während jetzt die Pflichterfüllung der kleineren und schwächeren Republik Uruguay durch die kriegerischen Verwickelungen, welche ihr der stärkere und größere kaiserliche Sklavenstaat Brasilien bereitet hat, unmöglich gemacht ist.

Dieser Schlag vollendete den Ruin des ehemals wohlhabenden Mannes, der jetzt, schon in hohem Alter stehend, ein Opfer seiner Charakterfestigkeit im Dienste der Humanität und des Deutschthums werden muß, wenn die weiteren Folgen desselben von ihm nicht abgewendet werden.

Vielleicht trägt diese einfache Darstellung dazu bei, die Deutschen daran zu erinnern, daß es an der Zeit sei, einem solchen Manne thätig unter die Arme zu greifen; lebte derselbe doch stets für Andere, und hat er doch der Allgemeinheit auch dadurch genützt, daß er durch seine schriftstellerische Thätigkeit mit den Anstoß zu manchen nützlichen Einrichtungen und Bestrebungen gegeben hat, sowie er sich auch an der ersten Freihandels-Bewegung lebhaft betheiligte.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Beilage zu Nr. 113
der Allgemeinen deutschen Arbeiter-Zeitung.

Die Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses über das Coalitionsrecht.

(Schluß.)

= **Berlin**, 16. Februar. (Zehnte Sitzung, Mittwoch, 15. Februar). Präsident Grabow eröffnet die Sitzung nach 10 Uhr. Am Ministertisch der Finanzminister v. Bodelschwing und der Handelsminister Graf Itzenplitz. Nach Uebergabe einer Gesetzvorlage von Seiten des ersteren und nach einer Anfrage von Seiten des letzteren geht das Haus zur Tagesordnung über: die weitere Berathung des Commissionsberichts über den Schulze-Faucher'schen Antrag.

Abg. v. d. Heydt: (bekanntes sog. „conservativ-liberales" Mitglied). Der Redner ist anfänglich schwer verständlich, führt zunächst aus, daß im Prinzipe sämmtliche Amendements übereinstimmten, daß jedoch der Ursprung des den Anträgen zu Grunde liegenden Gedankens weniger im Arbeiterstande, als in Personen zu suchen sei, die außerhalb desselben stehen. — Dann fährt er fort:

Unsere Gesetze sichern sowohl den Arbeitgebern als den Arbeitnehmern die Möglichkeit der Aufhebung des bestehenden Vertragsverhältnisses mit kurzer Kündigung und in näher präzisirten Fällen, wo eine schnellere Lösung billig erscheint, auch diese. Diese Freiheit hat bisher vollkommen ausgereicht, die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in billiger Weise zu versöhnen. Nicht minder, als in England hat sich der Segen dieser naturgemäßen Verständigung auch in Preußen in einer fortdauernden, ruhigen Erhöhung der Löhne zu erkennen gegeben. Bei genauer Vergleichung wird sich auch die allmälige Steigerung der Löhne in Preußen vielleicht noch bedeutender herausstellen als in England. Zu keiner Zeit hat der Arbeiterstand sich einer günstigeren Lage zur Verwerthung seiner Arbeit zu erfreuen gehabt. Dabei ist das Vereinsrecht der Arbeiter, so weit nicht die Tendenzen den Strafbestimmungen zuwiderlaufen, durch die Verfassung gewährleistet. Worin liegen nun dem gegenüber die vermeintlichen Segnungen der Aufhebung der betreffenden Verbotsbestimmungen? Soll ich auf die völlige Resultatlosigkeit der Strikes in England hinweisen, auf den namenlosen Jammer der feiernden Arbeiter, der durch den hinzutretenden Ruin der Arbeitgeber nur noch gesteigert wird? Von der einen Seite sagt man uns nun: wir wollen keine Strikes, wir wollen das gerade Gegentheil davon, und von der andern Seite: die Nutzlosigkeit der Strikes müsse der Arbeiterstand an seinem Schaden erst kennen lernen. Zum Verständniß der Argumentation meiner conservativen Freunde habe ich in dieser Fachfrage nicht gelangen können. Sie (zur Rechten gewendet) versprechen dem Arbeiter Staatsunterstützungen und übersehen, daß noch überall das Vertrauen auf fremde Unterstützung als das lähmendste Hemmniß der Selbstthätigkeit sich erwiesen hat. (Bravo.) Sie vergleichen eine solche Unterstützung mit den so ganz und gar davon verschiedenen Zinsgarantieen, bei denen es doch nicht darauf ankommt, eine meines Erachtens staatswirthschaftlich verderbliche Unterstützung zuzuwenden, sondern die Ermöglichung eines im öffentlichen Interesse sachlich erforderlichen Unternehmens zu sichern. Sie verweisen auf die Autorität des Kaisers Napoleon und vergessen dabei die große Verschiedenheit unserer Zustände mit einem Regiment, das seine Stützen in den Massen suchen und finden muß.

Das Alles ist aber nur die eine Seite der Frage. Ebenso gebieterisch fordert in meinen Augen das Interesse der öffentlichen Ordnung die Aufrechterhaltung der bestehenden Bestimmungen. — Ich schweige von den Gefahren allgemeiner Arbeitseinstellungen für die öffentliche Ruhe und Sicherheit. Die Ereignisse des Jahres 1848 stehen Allen noch in frischer Erinnerung. — Wenden Sie nicht ein, daß die betreffenden Gesetze in dem Jahre 1848 nicht vermocht haben, die Arbeitseinstellungen abzuwenden. Wollen Sie die Verbrechen straflos erklären, weil trotz der Strafgesetze dasselbe Verbrechen immer wieder und wieder begangen wird? Möge man doch nicht glauben, daß man die Bewegung, wenn sie einmal begonnen, nach Belieben lenken und aufhalten kann! Die Worte eines der Herren Vorredner, der die Einbringung des gegenwärtigen Antrages als eine Concession gegenüber der Höhe der Bewegung motivirt hat, zeigen, daß sie ihren Leitern schon jetzt über den Kopf gewachsen ist. Ein eigenthümliches Verhängniß hat gewollt, daß die erste Wirkung dieser Bewegungen sich gegen einen der entschiedensten Vorkämpfer für die Aufhebung der beschränkenden Bestimmungen des Coalitionsrechtes gewandt hat; eine Erregung, deren Entstehen und Fortgehen ich unter entschiedenster Mißbilligung beobachtet habe, scheint ihrem Ende nahe zu sein. Man sehe aber in diesem Vorgange eine Warnung und lerne aus der Geschichte der socialen Bewegungen, daß so häufig die Leiter derselben zuerst zum Opfer fallen. (Bravo.)

Auf den Antrag des Abg. Müller (Königsberg) wird der Schluß der allgemeinen Debatte angenommen und es erhalten nur noch das Wort der Abg. Schulze als Antragsteller und Dr. Ziegert als Referent.

Der Antragsteller Abg. Schulze (Berlin) wendet sich zunächst gegen die Bemerkung des Vorredners, der die beiden Parteien in dieser Frage dahin charakterisirt habe, daß beide das Coalitionsrecht gewähren wollen, die conservative aber unter Bedingungen und nicht gleich, die liberale aber nur zur Beschwichtigung der Arbeiter, obgleich sie sich von der Gewährung des Coalitionsrechtes nichts verspreche. Das Letztere ist unwahr und würde den demokratischen Grundsätzen geradezu widersprechen. Gerade das Gegentheil haben wir ausgeführt, namentlich mein Freund Löwe, welcher die Vortheile des Coalitionsrechts für die Arbeiter eindringlich hervorgehoben hat. Herr Wagener hat meinem einleitenden Vortrage Mangel an Schwung vorgeworfen, es ist dies nur ein Beweis, daß er seine eigenen oratorischen Leistungen unterschätzt. Das Uebermaß von Anerkennung, das er mir gespendet, muß ich ablehnen, da ich die gelobten Verdienste mit Hunderten in diesem Hause und außerhalb desselben theile. Enthält ja doch, was ich vertrete, den Kern der Parteischeidung. In der That gibt es wohl keine größere Anerkennung für mich, als daß er und seine Freunde nur deshalb einen Antrag nicht annehmen wollen, weil mein Name an der Spitze steht. (Heiterkeit.) Er hat ferner auf die Massen hingewiesen, die der Fortschrittspartei angehört haben sollen und die seine Partei annectirt habe. (Heiterkeit.) Nun meine ich allerdings, daß unsere „Hintermänner", die sich von ihm annectiren ließen, wohl nie zur Fortschrittspartei gehört haben. Im Gegentheil aber habe ich aus einem andern Theil seiner Bundesgenossen, vom Rhein namentlich, andere Nachricht, daß nämlich dort bereits die Arbeiter den mit ihnen getriebenen Humbug zu erkennen beginnen, und was ihre künftige Stellung in den politischen Parteikämpfen betrifft, so dürften sie sich auch sehr enttäuscht fühlen. (Beifall.) Herr Wagener hat ferner die gegen mich in jüngster Zeit geschleuderten Angriffe erwähnt; und das wissen wir sehr wohl, daß seiner Partei eine musterhaft organisirte Presse im Lügen und Verleumden zu Gebote steht (Widerspruch unter den Conservativen; wiederholter lebhafter Beifall der liberalen Fraktionen) und es ist natürlich, daß ich, der ich gewissermaßen auf einem vorgeschobenen Posten stehe, Angriffen am meisten ausgesetzt bin. Seine Partei hat ja das Vorrecht, daß sie ungestraft Alles sagen kann. (Lebhafte Zustimmung.) Ich tröste mich hierüber mit dem Frundsberg'schen Spruch: „Viel Feind, viel Ehr". — Aber ich kann wohl sagen, daß aus den Hunderten, mit denen ich angefangen, Hunderttausende geworden sind. Selbst die Anerkennung der Königlichen Regierung ist den Genossenschaften geworden, und sie war dazu gezwungen, denn die wirthschaftlichen Genossenschaften sind eine Macht geworden. In ihnen hat die wirthschaftliche Einsicht und Selbstständigkeit eine dauernde Stätte gefunden. Mit mir arbeiten die ersten einsichtsvollsten Männer, weil sie in der wirthschaftlichen Freiheit eine nationale Befriedigung erblicken. Bis Alexandrien, von Odessa bis zum hohen Norden reichen die Genossenschaften, kommt man her, um sie hier kennen zu lernen. Und der Hauptträger dieser Propaganda ist der deutsche Arbeiter, der überall, wo er sich ansiedelt, seine Genossenschaften haben will. Die politische Expansivkraft hat unser Vaterland leider noch nicht, desto mehr aber in seinen geistigen und socialen Gestaltungen. Ein solches Streben verdient doch wohl die Anerkennung des Deutschen. (Lebhafte Zustimmung.) Das kann ich Herrn Wagener versichern, noch fühle ich mich nicht im Niedergang und Herr Wagener würde sehr froh sein können, wenn er es so weit gebracht, daß die Leute so weit her kämen, sich von ihm Rath zu holen. (Heiterkeit.) Herr Blankenburg hat gestern doch das Bedenkliche der Consequenzen und Mittel seines Herrn Collegen gefühlt. Er hat richtig hervorgehoben, daß Fleiß und Sparsamkeit **allein** die sociale Frage nicht zu lösen vermögen; es bedarf dazu auch sittlicher Eigenschaften; aber auch der Entwicklung der intellectuellen, eventuellen physischen Eigenschaften im Menschen, kurz der Entwicklung aller Seiten der menschlichen Natur. (Beifall.) Er hat mit Recht auf das Christenthum als eine nothwendige Basis zur Lösung der socialen Frage hingewiesen. Wir geben ihm gern zu, wir können dabei der christlichen Liebe und Brüderlichkeit nicht entbehren. Was aber ist das Christenthum, welches er und seine Freunde meinen, das ist nichts anderes als Kirchenthum. (Lebhafter Beifall.) Und die intellectuelle Entwicklung steht bei ihm sehr im Hintergrunde, wo die Kirchenpartei des Staats sich bemächtigt und die sociale Frage in die Hand genommen hat, da sehen sie anstatt der Selbsthülfe das **Almosenwesen** mit seinen ganzen demoralisirenden Folgen. Sie wissen, was sich im Jahre 1857 in Belgien zugetragen hat, sie kennen die Bewegung, die sich damals gegen die Wohlthätigkeitsanstalten der klerikalen Partei richtete und zum Sturze des damaligen Ministeriums führte. Nun, meine Herren, es ist auch in der That eine eigenthümliche Lösung der socialen Frage, welche die Priesterpartei dahin erzwungen hat, daß **25 Prozent der belgischen Bevölkerung Unterstützung aus öffentlichen Mitteln beziehen**. Das ist es, was ich in Bezug auf den christlichen Sinn zu sagen habe. Ich acceptire das Christenthum (zur Rechten gewendet), aber von Ihrem Priester- und Kirchenthum will ich nichts wissen. Ich komme nun zu dem, was Herr Wagener als das System seiner Partei bezeichnet hat. Er will das französisch-imperialistische System und das englisch-parlamentarische (Selbsthülfe) mit etwas Staatszuschuß und unter Staatsaufsicht! Wo da das englische, oder besser gesagt, das germanische Element vertreten sein soll, kann ich wirklich nicht ergründen, denn die Staatszuschüsse alteriren von vornherein das Wesen der Selbsthülfe. Selbsthülfe und Selbstverantwortlichkeit, die von der Freiheit nicht getrennt werden kann, bedingen sich gegenseitig. Es ist einleuchtend, daß die beiden Systeme nicht kombinirt werden können, ohne eine Mißgeburt zu erzeugen. So ist denn auch der Fabrik-Inspektor, den Herr Wagener sich construirt, als sein wirkliches Kind nicht zu verkennen. Von englischen Zügen keine Spur. In England würde man seine Fabrikinspektoren hinausweisen. Selbst in Frankreich, gegen dessen Präfektenwirthschaft Herr Wagener eifert, ist es Napoleon nicht eingefallen, Fabrikinspektoren, die vom Staate bestellt sind, in Privat-Etablissements einzuführen. Ich komme weiter auf das von der conservativen Partei vertretene System der Staatshülfe; und da meine ich denn, daß wir die Sache uns nicht so schlimm vorzustellen brauchen; wir können überzeugt sein, daß jene Herren, sowie die Zeit gekommen sein wird, wo ein **praktischer** Versuch, ihr System zur Ausführung zu bringen, gemacht werden soll, sehr schnell den Rückzug antreten werden. (Heiterkeit.) Diese Herren wollen ja das Coalitionsrecht nicht an sich, sondern sie wollen es mit all den anderen Einrichtungen, welche auf die unmittelbare **Staatsaufsicht** hinauslaufen. Nun frage ich aber, was in aller Welt sollen denn die Arbeiter mit dem Coalitionsrechte, wenn jene Pläne wirklich zur Ausführung gelangten? Wenn sie selbst dadurch **Arbeitgeber** geworden wären? (Sehr richtig.) Oder sollen wir etwa glauben, daß dieselben Herren, welche im Jahre 1854 das Coalitionsrecht der **ländlichen Arbeiter abgeschafft** haben, es in lauterer Absicht für **andere einführen** wollen? Jene Herren sprechen ferner von der Zinsgarantie des Staates für die Eisenbahnunternehmungen und sie verlangen für ihre Produktiv-Associationen die gleichen Garantien von Seiten des Staates. Ich und meine politischen und nationalökonomischen Freunde sind immer prinzipielle Gegner der Staatsgarantie auch in Bezug auf die Eisenbahnen gewesen; aber ich frage Sie, wie kann man die Zinsgarantie der Eisenbahnen mit der Staatsgarantie der gemeinten Produktiv-Associationen auch nur entfernt vergleichen? Bietet denn der Staat jene Garantien zum Besten der Unternehmer? Liegt ihm daran, die Taschen der Aktionäre zu füllen? Oder hat er nicht vielmehr das allgemeine Interesse der

Verkehrserleichterung im Auge. Wahrlich! Es wäre lächerlich noch ein Wort über diese Analogie zu verlieren. — Lassen Sie mich die Chimäre der Produktion mit Staatshülfe mit zwei Worten charakterisiren. Ein einfaches Exempel genügt, die Unhaltbarkeit jener Projekte nachzuweisen. Es ist wohl möglich, meine Herren, daß eine kleine Minorität im Staate auf Kosten der Majorität Vorrechte genießt, es können z. B. wohl 1 Procent auf Kosten von 95 Procent leben, aber wie eine große Majorität von der Minorität soll sustentirt werden können, das ist ein Exempel, zu dessen Lösung mehr gehört, als das Einmal Eins. (Heiterkeit.) Auf 95 Procent der Bevölkerung schlagen die Freunde der Staats-Unterstützung die Zahl der Unterstützungs-Bedürftigen an, und sie verlangen für diese 95 Procent Garantien von den übrigen 5 Procent, weil sie sich selbst nicht helfen können. Wenn das wahr ist, wenn diese Bevölkerung sich selbst nicht vor dem Verkommen schützen kann, wie soll ihr da noch der Staat helfen, dessen größesten Theil sie bildet? Zudem würde ja, wenn all diesen Leuten der Staat helfen sollte, die Staatsmaschine eine noch viel kostspieligere Unterhaltung erfordern, einmal wegen der nothwendigen Vermehrung des Beamtenstandes und weil zweitens diese Kräfte der Produktion entzogen würden. Also dies System ist eitel Chimäre. Nun aber sollen noch gar die Conservativen die Lösung dieser Frage in die Hand nehmen, während doch notorisch keine Regierung theurer gewesen ist, als die der feudalen Reaktion, (sehr wahr!) der feudalen Reaktion, die mitten im Frieden zu ihrem Schutze den Kriegszustand aufrecht erhalten muß und die sich in der Nothwendigkeit befindet, immer neue Stellen kreiren zu müssen, als Belohnung für ihre Anhänger. (Sehr gut.) Aber, m. H., ich glaube, die conservative Partei versteht das Regieren ganz gut. Ich wiederhole also, daß die Sache nicht so schlimm ist. Die Conservativen werden es nicht so weit kommen lassen. (Große Heiterkeit.) Man wird ein paar schwächliche Versuche mit Musteranstalten machen u. dgl. m., man wird etwa Zuschüsse bei den Wahlen geben (große Heiterkeit), genug, man wird sich das ausgegebene Geld politisch verzinsen lassen. (Andauernde Heiterkeit.) Ich bin überzeugt, daß, wenn es dieser politischen Partei gelingen sollte, die Zügel der Bewegung in ihre Hände zu bekommen, daß sie dann sich vorsichtig den Rückzug offen halten wird. — Daß Kapital genug vorhanden ist für solche Unternehmungen, wer möchte es bezweifeln? Aber das Kapital ist Nichts, wenn die leitenden Kräfte fehlen. (Hört.) Und die, meine Herren, werden sich nicht finden lassen. Es wird das geistige Kapital, es werden Kenntniß und Einsicht fehlen. Und ist denn vom Vorhandensein des geistigen Kapitals nicht auch das Wachsen des materiellen Kapitals ganz und gar abhängig? (Sehr richtig. Hört!) Diese Befähigung findet sich aber nur sehr allmälig. — Wir haben aus dem Munde der Herren Wagener und v. d. Heydt die Mahnung hören müssen, diese Agitation nicht zur Parteisache zu machen. Ich glaube, daß kein Grund vorliegt, dies von uns zu befürchten. Dazu ist uns die Sache zu ernst. Gestatten Sie mir daher, einen Blick auf die Frage selbst und die Bedingungen ihrer Lösung zu werfen. — Die Lösung der socialen oder Arbeiterfrage liegt in der Hebung der arbeitenden Klassen in ihrer individuellen Lebenslage und gesellschaftlichen Stellung, sie liegt nur in der steigenden Civilisation. (Hört, Hört!) Sie beruht darin, daß durch Dienstbarmachung der Naturkräfte die Arbeit allmälig leichter und ergiebiger gemacht wird, daß die rohesten und aufreibendsten Arbeitsmethoden beseitigt und ihre Verrichtungen mehr und mehr vergeistigt werden. Indem sie dadurch den materiellen Gesammtbedarf in immer reichlicherem Maße und mit immer weniger Mühe ermöglicht, theilt sie sich immer größeren Kreisen des Volkes mit und gleicht mehr und mehr die schroffen Klassen-Unterschiede aus. Die sociale Frage ist demnach keine spezifische Frage, die mit irgend einem spezifischen Mittel gleich den Wunderpillen eines Quacksalbers gelöst werden kann (Große Zustimmung). Ich stimme daher vollkommen dem Abg. Waldeck bei, daß alle solche Versuche auf Stümperei hinauslaufen (Zustimmung). Die Lösung der socialen Frage fällt vielmehr mit der geschichtlichen Entwicklung der Menschheit überhaupt zusammen, und nur was die letztere fördert, trägt zu ihrer Lösung bei. Halten wir dies fest, so frage ich Sie: Mit welcher Stirn vindicirt der Abg. Wagener sich und seiner Partei die angemaßte Stellung in dieser Frage? Einer Partei, welche das Gesetz der geschichtlichen Entwickelung, den Fortschritt, bekämpft, die das Element dieser Entwickelung, die Freiheit, für antiquirt erklärt. (Hört! Hört!) Weil sie weiß, daß sie mit alledem nicht bestehen kann, daß sie Bildung und Sittigung des Volkes rückläufig machen muß, um sich in ihren Vorrechten zu sichern. Aber soweit sind wir doch gekommen, daß das Volk Wort und That unterscheidet. „An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen!" Die Förderung unseres Vaterlandes und der geschichtliche Entwickelungsgang der konservativen Partei — denn sie war es, welche das Volk um die Früchte von 1813—1815 gebracht hat — beweisen, daß sie mit solchen Phrasen nicht durchkommen. Wir dagegen bescheiden uns ruhig bei unserer Arbeit, bei unserer stillen Thätigkeit. Für uns haben die sociale und die politische Frage dieselben Endziele. Nicht nur gilt es, im verfassungsmäßigen Rechtsstaat einen Bau auf dem Boden der bürgerlichen und wirtschaftlichen Freiheit für alle Klassen zu gründen, die Form mit würdigem Inhalt zu erfüllen, sie zu erfüllen mit dem Geiste unseres Jahrhunderts, der da ist der Geist der Humanität. Dazu helfe uns das Volk. (Große Zustimmung.) Zum Schluß lassen Sie mich eine Antwort geben auf die Drohung mit Bataillonen und was sie sonst noch haben mögen! Lassen Sie mich das tiefsinnige Bild von der klassischen Sphinx gebrauchen! Die sociale Frage, meine Herren, ist die moderne Sphinx. Sie hat eine dunkle, verschwimmende Grenze, wo das Menschliche in das Thierische übergeht. Wehe dem, der an diese Grenze tastet! Er wird die Bestie entfesseln, die mit Löwenklauen ihn zerreißen wird! (Andauernder Beifall!)

Der Referent Abg. Dr. Ziegert befürwortet (unter großer Unruhe des Hauses) den Antrag der Kommission. Er constatirt den Rückzug der Partei des Abg. Wagener. Es stelle sich heraus, daß sie in dieser ganzen Frage nur Worte gemacht habe, jetzt, da sie Thaten zeigen solle, ziehe sie sich zurück. Dieser Rückzug sei ein schmählicher. Redner gibt einen Ueberblick über die Frage und begründet den Standpunkt der Kommission. Er empfiehlt Namens der letzteren die Annahme der §§ 181, 182, 183 und 184, sucht die in der Debatte geltend gemachten Bedenken gegen die Annahme der beiden letzteren Paragraphen zu widerlegen und hält die Zustimmung zu dem Becker'schen Amendement für eine nothwendige Consequenz der Annahme der Kommissionsanträge. Nach einer rein formellen Debatte, an der sich die Abgg. Osterrath, Dr. Waldeck und v. Bonin betheiligen, motivirt der Abg. v. Bonin sein Amendement. Abg. Ziegert als Referent beschließt die allgemeine Discussion. Die Specialdiscussion über sämmtliche in Frage stehenden Paragraphen und Amendements beginnt mit einem Vortrage des Abg. Bonin zu Gunsten seines Amendement, dann wird auch sie auf Meibauer's Antrag geschlossen. Bevor man zur Abstimmung schreitet, verlangt das Wort der inzwischen eingetretene Ministerpräsident v. Bismarck. Derselbe gibt aus Anlaß der von dem Abgeordneten Reichenheim gegen ihn gerichteten Angriffe eine ausführliche Darlegung über die, zum Theil im Wortlaut von ihm mitgetheilte Beschwerdeschrift der schlesischen Weber-Deputation, über deren Audienz bei dem König, über die vom König den Mitgliedern der Deputation gewährte Unterstützung zu einer Productivassociation und über die Ergebnisse der aus Anlaß der Beschwerden jener Deputation niedergesetzten Untersuchungscommission über das angeblich harte Verfahren der Fabrikanten. Der Ministerpräsident hatte schon am Schluß der ersten Sitzung des Hauses über die Coalitionsfrage erwähnt, daß die Beschwerden der Deputation sich „größtentheils" als ungegründet erwiesen hätten, der Abgeordnete Reichenheim hatte entgegengehalten, daß die Beschwerden überhaupt ungegründet gewesen seien, daß man den König geradezu mit Lügen berichtet und seine Majestät zu einem Parteimanöver mißbraucht habe, daß die ganze Weberagitation in Schlesien nicht von den Arbeitern selbst ausgegangen, sondern unter sie hineingetragen worden, die Adresse auch von ihnen selbst nicht ausgegangen sei. Der Ministerpräsident mußte trotz aller gewandten, diplomatischen Wendungen letzteres doch zugeben und meinte, daß er eben deßhalb die Personen selbst dem König vorgestellt habe, ebenso mußte er zugeben, daß die Beschwerden soweit sie von der Untersuchungscommission hätten ermittelt werden können, (welcher alle, selbst die discretesten Geschäftsbücher und Papiere von den betreffenden Fabrikhäusern, namentlich von Reichenheim und Comp. vorgelegt worden sind) sich als ungegründet herausgestellt hätten. — Ich werde, wenn der Raum Ihres Blattes es gestattet, demnächst nochmals auf diese Zwischendebatte zurückkommen. — Der Antrag auf Schluß der Debatte wird nunmehr angenommen. Hiernach wird der Antrag Wagener abgelehnt. Dafür stimmen die Conservativen, mit Ausnahme v. d. Heydt's. Demnächst wird auch der Antrag Bonin verworfen. Dafür stimmen die Conservativen, die Altliberalen und einige Mitglieder der Fraction v. Bockum-Dolffs. Nunmehr wird der Antrag Schulze-Faucher angenommen. Damit erachtet der Präsident die Angelegenheit als erledigt. Hiergegen erhebt sich lebhafter Widerspruch, von verschiedenen Seiten wird eine weitere Debatte und Abstimmung über die Kommissionsanträge gewünscht. Der Präsident beruft sich auf seinen vom Hause angenommenen Vorschlag, eine Debatte über den Commissionsantrag nur dann eintreten zu lassen, wenn der Antrag Schulze-Faucher fallen sollte. Nach längerer Debatte hierüber zieht der Abg. Schulze, um die Abstimmung über den weitergehenden Commissionsantrag noch möglich zu machen, seinen Antrag formell zurück. Abg. Gr. Wartensleben, von der conservativen Fraktion, erklärt dies nach erfolgter Annahme des Antrages für unzulässig und der Abg. Gottberg, Mitglied der Wagener'schen Fraktion, legt gegen jede weitere Berathung und Abstimmung förmlich Protest ein. Danach blieb es bei dem Schluß der Debatte und behält es bei der Annahme des Antrages Schulze-Faucher sein Bewenden, und der Commissionsantrag gilt als erledigt.

Zum Schluß darf Ihr Correspondent doch nicht unterlassen auch das Gutachten der Literaten hier mitzutheilen, welche im „Socialdemokraten" die Bearbeitung der Arbeiter für die in den vorstehenden Verhandlungen des Abgeordnetenhauses hinreichend charakterisirten Parteizwecke übernommen haben. Der „Socialdemokrat" zieht aus der zweideutigen Haltung des Ministeriums Bismarck in dieser Frage folgenden ehrerbietigen Schluß:

> „Eines ist sicher (?) nach der Erklärung des Herrn Handelsministers und den Reden des Herrn Ministerpräsidenten in dem preußischen Abgeordnetenhause: daß nämlich die preußische Regierung in der Arbeiterfrage mit eingreifender Initiative und in größeren Dimensionen vorzugehen gedenkt."

Es ist diese vertrauensvolle Hingebung freilich nicht zu verwundern, wenn man den Leitartikel derselben Nummer (23) des „Socialdemokraten" liest, in welcher mit Bezug auf das Ministerium Bismarck gesagt wird:

> **„Es ist eine bedeutende Politik die jetzt in Preußen gemacht wird."**

Ueber die in seiner Weise zugestutzten Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über das Coalitionsrecht und über die Freiheits- und Verfassungspartei bringt dasselbe Blatt dagegen, ohne alle und jede sachliche Kritik, lediglich eine Sammlung von Schimpfworten, wie „Gimpel", „geistige Nullitäten", „geistige Abcschüler" und schließt diesen Schimpfartikel mit folgender Anrede an die Arbeiter:

> „Ihr aber, Arbeiter durch ganz Deutschland, die Ihr Eure fünf Sinne und Euren gesunden Mutterwitz habt — Ihr mögt jetzt erkennen, welcher Art die Leute sind, die sich anmaßen, über Eure höchsten Interessen, über die Lebensbedingungen von Millionen und aber Millionen abzusprechen. Einen Hund könnte diese Jammerwirthschaft erbarmen."

Das ist das Urtheil des „Socialdemokraten" über die vorstehenden Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses und insbesondere über die freiheits- und verfassungstreue Mehrheit in demselben.

Das würdige Blatt, welches zum Wortführer der Arbeiter sich aufwirft und diese so unendlich gering schätzt, daß es wagt, ihnen solch ekelhafte geistige Kost zu bieten, vergißt in seinem Demagogeneifer ganz: wie unendlich treffend sich die Spitze dieser seiner eigenen Worte gegen diese Sorte von „Arbeiterfreunden" selber kehrt.

Druckfehlerberichtigung.

Im vorigen Artikel „Streiflichter" ꝛc. II. S. 558, 1. Sp. in der Mitte, bezüglich auf Lassalle, lies: „von dem Geiste, der tief in die Arbeiterwelt eingedrungen", statt „von der Größe." Ebendas. 2. Sp. lies: „In England ist die sociale Frage durch geistige Unzulänglichkeit" statt „Unduldsamkeit."

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Beilage zu Nr. 124

der Allgemeinen deutschen Arbeiter-Zeitung.

Socialer Theil.

Gotha, 5. Mai. Die hiesige Schneidergesellenbewegung betreffs der erstrebten 20procentigen Lohnerhöhung hat mit der gestrigen Versammlung, die kaum durch einige 30 Gesellen vertreten war, ihre Endschaft erreicht. Nicht die bei der Gesellenschaft eingegangene schriftliche Zufertigung der Meister: „daß wegen Nichtannahme der verwilligten 10 Procent alle weiteren Verhandlungen hiermit abgebrochen seien“, sondern insbesondere die von den hiesigen bedeutendsten Schneidergeschäften (Hofschneider Ephraim Herrmann, Heyn und Icker, sowie das Schnittwaaren- und Schneidergeschäft von Adam und Hofmann) neuerdings zugewilligte theils 20proc, theils dem nahekommende Lohnerhöhung hatte der ganzen Bewegung die Kraft benommen; kein Wunder, daß die Gesellen der übrigen Meister sich in ihr Schicksal zu fügen haben: „ihren Wunsch vorläufig nicht erreicht zu haben, und von der Zeit das Beste zu hoffen.“

So viel steht übrigens fest, daß die erwähnten vier Schneidergeschäfte in Folge ihrer Mehrverwilligung auf die besten Arbeiter zu rechnen haben und daß wohl oder übel auch einige andere gleichfalls nicht unbedeutende Schneidergeschäfte, wenn sie ihren erwähnten Collegen in der zu liefernden Arbeit nicht nachstehen wollen, zu einer ähnlichen Lohnerhöhung schreiten müssen.

Der in der gestrigen Versammlung gemachte Vorschlag: „die Namen der bestzahlenden und am wenigsten zahlenden Meister auf der Schneiderherberge auszuhängen“, um solches sofort zur Kenntniß der zureisenden resp Arbeit suchenden Schneidergesellen zu bringen, wurde diesmal nicht ausgeführt, vielmehr der nächsten Vierteljahrsversammlung zur Beschlußfassung überlassen.

Gotha, 5. Mai. Unter dem Vorsitze des Schuhmachers Aug. Hirschfeld tagte heute eine Versammlung der hiesigen Schuhmachergesellenschaft. Gegen 200 Mitglieder derselben hatten sich eingefunden. Mit der größten Ruhe und Besonnenheit wurde die Frage zur Erörterung gebracht: ob für den hiesigen Gesellenstand der Schuhmacher den gegenwärtigen Zeitverhältnissen entsprechend eine Lohnerhöhung geboten erscheine. Einstimmig sprach man sich für Letzteres aus und hielt nach reiflicher Erwägung eine 15procentige Lohnerhöhung sowohl für größere als kleinere Geschäfte für angemessen; auch war man namentlich der Ansicht, daß, wenn auch die beiden hiesigen Schuhfabrikgeschäfte bereits einen höheren Lohn zahlten, als die kleineren Meister, dieser Lohn doch immer noch nicht im richtigen Verhältnisse stehe zu den gegenwärtigen theuern Lebensverhältnissen und zu der feinen und augenanstrengenden Arbeit, welche vom betreffenden Arbeiter verlangt werde.

Von der Drohung einer allgemeinen Arbeitseinstellung glaubte man völlig absehen zu können, weil man den Geschäftsinhabern soviel Billigkeitsgefühl zutraue, daß sie der gerechten Anforderung der Gesellenschaft Rechnung tragen würden.

Um aber die kleineren Schuhmachergeschäfte, die auf Märkten feilhalten, wegen bestehender Concurrenz in den Stand zu setzen, die beanspruchten 15 Proc. ihren Arbeitern verwilligen zu können, wurde beschlossen, sich sofort mit den Gesellenschaften in Langensalza, Mühlhausen, Erfurt und Arnstadt in Verbindung zu setzen und dieselben zu veranlassen, nicht zu den bisherigen Spottpreisen zu arbeiten (in Langensalza erhält, wie mitgetheilt wurde, ein Geselle für das Anfertigen eines Paares Halbstiefel 7½ Sgr., allerdings ein Preis, der für den Arbeiter zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist).

Eine aus 3 Personen bestehende und heute aus der Mitte der Versammlung gewählte Deputation soll die Obermeister der Schuhmacherinnung mit dem erwähnten Resultate der Versammlung bekannt machen und dieselben im Namen der Versammlung ersuchen, die hiesigen Meister resp Geschäftsinhaber alsbald zusammenzuberufen und dahin zu wirken, daß wenn irgend thunlich, binnen 8 Tagen dem ausgesprochenen Wunsche der Gesellenschaft gewillfahrt werde. (Goth. Zeitung.)

† **Celle**, 4. Mai. Bevor die Deputation des Arbeiterbildungsvereins zu Hannover zu dem Pariser Arbeiterfeste abreiste, hatte dieselbe Deputation, anscheinend auf höhere Veranlassung, begleitende Professor Dr. Rühlmann, welcher sich in Paris hohe Orden verdiente, eine Audienz bei dem Könige. Der König, durch diese Audienz auf die Arbeiterbildungsvereine aufmerksam geworden, hat seine allerhöchste Zufriedenheit über dieselben ausgesprochen und Rühlmann beauftragt, solches dem Hannover'schen Verein mitzutheilen. Die Blätter, welche dieses berichteten, fügten auch hinzu, daß die höheren Verwaltungsbehörden in Folge dieser Aeußerung den Vereinen geneigter geworden seien, so z. B. habe die Landdrostei zu Hildesheim die Statuten der Krankenkasse des dortigen Arbeiterbildungsvereins, welche bisher vergeblich darauf gewartet, sofort bestätigt. Wir können nun freilich nichts Besonderes darin finden, wenn eine Behörde ihre Schuldigkeit thut und Statuten einer Krankenkasse bestätigt, wollen uns aber doch freuen, wenn es baldigst dahin kommt, daß die Arbeiterbildungsvereine die Geneigtheit der Behörden gar nicht mehr nöthig haben, sondern sich naturgemäß ganz frei bewegen können. Eine Erstarkung unserer Vereine durch Königl. Behörden wünschen wir unseres Theils durchaus nicht.

Erwähnen wollen wir bei dieser Gelegenheit, daß der König von Hannover schon im Jahre 1861 Gelegenheit hatte, von Arbeiterbildungsvereinen des Landes zu hören. Als nämlich in diesem Jahre der Celle'sche Turnverein sein Stiftungsfest feierte und die ganze Stadt an diesem Tage im Festgewande prangte, hatte ein Mitglied des Arbeiterbildungsvereins auch die Vereinsfahne ausgehängt. Der Infanterist Spinner, welcher sich, wir wissen nicht aus welchem Grunde hierdurch in seinen Loyalitätsgefühlen verletzt fühlte, hatte die Fahne eigenmächtig herunter genommen und total zerrissen. Für diese Heldenthat wurde derselbe von Sr. Majestät dem König mit einer Ehrenmedaille belohnt und ihm solche auf öffentlicher Parade durch den Regiments-Commandeur an die Brust geheftet; auch von der hiesigen Polizeidirektion gegen ein Vereinsmitglied ein mit diesem Vorfalle in Verbindung stehender Injurienprozeß angestrengt, welcher freilich nicht nach Wunsch ausfiel, sondern mit kostenloser Freisprechung endigte. Wir halten es unter besonderen Umständen für zweckentsprechend, wenn alte Geschichten zuweilen in Erinnerung gebracht werden.

In voriger Woche kam in Veranlassung mehrerer Petitionen, auch einer unseres Handelsvereins, (unser Gewerbeverein, welcher wohl stärker dabei interessirt gewesen wäre, hatte sich nicht dazu entschließen können) die Gewerbefreiheitsfrage in unserer Ständeversammlung zur Verhandlung und wurde mit allen gegen 4 Stimmen, welche mit der Fassung des Antrages nicht einverstanden waren, beschlossen, die Petitionen, welche volle Gewerbefreiheit und Freizügigkeit forderten, der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, damit sie schon im nächsten Jahre eine bezügliche Vorlage mache. Der Justizminister Windthorst, welcher die Regierung vertrat, gab zu erkennen, daß von dieser Seite die Frage noch nicht reiflicher geprüft sei, wie im vorigen Jahre, denn er hielt auch jetzt die Sache noch nicht reif und wußte auch jetzt noch nicht, was eigentlich unter Gewerbefreiheit zu verstehen sei, was er auch im vorigen Jahre behauptete. (Auf der vorjährigen Wanderversammlung der Hannover'schen Arbeitervereine zu Göttingen erklärten die Vertreter des Hannover'schen Vereins bekanntlich getreu dasselbe).

Uebrigens erklärte der Herr Minister, daß er prinzipiell nicht gegen Gewerbefreiheit sei und daß ihn augenblicklich nichts mehr interessire wie die Gewerbefreiheits- und Arbeiterfrage, weshalb er auch alle hierauf bezughabenden Berichte lese.

Hoffentlich wird derselbe somit auch diese Zeitung, welche sich lediglich mit der Arbeiterfrage beschäftigt, lesen und werden ihm auch unsere vielseitigen Mittheilungen aus unserem Lande in dieser Richtung nicht entgangen sein; da diese aber noch nicht die gewünschte Aufklärung geschaffen haben, so wird es gut sein, wenn andauernd damit fortgefahren wird. Letzteres wollen wir denn auch, da es uns an Stoff nicht mangelt, nicht unterlassen.

Die englisch-deutsche Genossenschaftsbank.

Die „Berliner Börsenzeitung“ enthält in Nr. 124 einen längeren beachtenswerthen Artikel über die sogen. englisch-deutsche Genossenschaftsbank als Erläuterung zu einem ihr von derselben zugegangenen Reclame-Inserat. Darin heißt es wörtlich:

„Als die Herren Ludwig Hoffmann und Oswald Vier mit ihrem Institut vor einigen Wochen in die Oeffentlichkeit traten, haben wir sofort warnend bemerkt, daß dieselben in der hiesigen Geschäftswelt durchaus unbekannte Persönlichkeiten seien. Wir wiederholen diese Warnung und glauben, daß dieselbe allein schon genügen kann, um von einer Betheiligung bei dem Unternehmen abzuhalten, namentlich dann, wenn dabei die mannigfachen traurigen Erfahrungen in Betracht gezogen werden, von welchen diejenigen Capitalisten betroffen worden sind, die sich s. Z. bei ähnlichen Instituten (wir nennen die deutsche Nationalbank, die kurmärkische Privat-Bank, die Bank für Landwirthschaft, Handel und Gewerbe, den Industrie-Beförderungs-Bank-Verein) betheiligt haben, ohne sich nach den Garantien umzusehen, welche die Personen der Gründer und Leiter darboten. Da die Herren Vier & Co. in ihrer Reclame jedoch ausdrücklich ihr Institut, was die Organisation der Verwaltung anbelangt, als ein Muster der Solidität hinzustellen sich bemühen, so erscheint es angezeigt, auch auf die betreffenden Bestimmungen des Statuts mit wenigen Worten einzugehen.“

Es wird nun aus den verschiedenen Statutbestimmungen nachgewiesen, weshalb vor dem Institut zu warnen ist. Zum Schluß heißt es dann:

„Die Organisation der Verwaltung ist in der That ein Muster, nur nicht ein Muster der Solidität, wie dies in der oben mitgetheilten Reclame behauptet wird. Die Reclame ist uns zugegangen mit der Unterschrift: „Englisch-deutsche Genossenschaftsbank. Vier & Co. J. A. Tittert.“ Welche Berechtigung zu dieser Unterschrift besteht, wissen wir nicht. Die Gesellschaft ist, wir glauben nicht zu irren, noch nicht zum Handelsregister eingetragen, die Namen der Mitglieder der Direction und des Verwaltungsraths sind auch noch nicht anderweit publicirt, jedenfalls nicht durch unsere Zeitung, die sich der zweifelhaften Ehre erfreut, neben der „Kreuzzeitung“, „Times“, „Telegraph“ u. s. w. zum Publicationsorgan gewählt zu sein. Vermuthlich besteht also noch gar keine Direction, noch gar kein Verwaltungsrath, trotzdem daß die Bildung beider, wie wir nachgewiesen haben, so überaus leicht ist. Unsere Leser werden in diesem Umstande eine weitere Warnung zu erblicken haben. Die Rechtssicherheit der Betheiligten würde freilich auch nicht weiter befestigt erscheinen, wenn diese Formalitäten erfüllt wären; dafür sorgt das Statut ebenfalls. Nach § 93 desselben sind die Mitglieder der Gesellschaft nicht befugt, ihre Rechte gegen die Direction selbst zu verfolgen, sondern der Verwal-

tungsrath ist hierzu allein berechtigt. Um gegen die Direction zu klagen, ist jedoch weiter die unbedingte Zustimmung von mindestens acht Mitgliedern des Verwaltungsraths erforderlich, und zu einer Klage, zu der er sich nicht selbst bewogen findet, kann der Verwaltungsrath nicht veranlaßt werden. Die Rechtlosigkeit ist also gewissermaßen statutarische Bestimmung. Alles dieses zusammengenommen kann schwerlich zu einer Betheiligung bei dem Unternehmen reizen. Eine solche wird namentlich aus den Provinzen zu erzielen gesucht, wie zahlreiche hierher gelangte Anfragen beweisen. Damit unsere Leser Gelegenheit haben, derartige Anfragen sachgemäß und ohne Zeitvergeudung zu beantworten, veranstalten wir von dieser Darstellung besondere Abzüge und stellen jedem unserer Abonnenten eine beliebige Anzahl davon zur Verfügung, um so nach allen Richtungen hin unsere Pflichten in dieser Angelegenheit zu erfüllen." So die „Berliner Börsenzeitung".

Vom Büchertisch.

Das Leben Julius Cäsars

von

Romulus Augustulus.

II.

Was nur ein einziges Mal im ganzen Verlaufe der Weltgeschichte begreiflich und zu rechtfertigen war, daß nämlich ein kühner und weitblickender Mann einer verderbten aristokratischen Republik ein Ende machte und sich selbst zum populären Alleinherrscher erhob: dieses in seiner Art ganz einzige Ereigniß haben die Bonapartes in Frankreich zu einem Exempel machen wollen, dem ein modernes Volk in der Blüthe seiner Kraft nachzuleben hätte. Seit 60 Jahren wird den Franzosen gepredigt: Ihr seid gerade da angekommen, wo die Römer im Jahre 48 vor Christi standen; Ihr könnt für Euch allein nichts mehr, seid zu jeder Selbst- oder auch nur Mitregierung unfähig; aber da ist ein Cäsar, der Euch zu Knechten gemacht hat, da ist ein Augustus, ein Neffe des Cäsar, der sich im Purpurkleide Eurer annimmt und seinen Fuß auf Euren Nacken setzt. Seid so gefällig und ruft Hurrah, wie es Sklaven gebührt!

Dieses Exempelmachen, das schon in Frankreich ein großes Loch hat, wirkte besonders seit dem Staatsstreiche des Augustus ansteckend auf das übrige Europa. Wer gern tanzt, dem ist leicht geigen. Wer etwas wünscht, der fabrizirt sich schnell die Idee, Alles sei zur Erfüllung seines Wunsches bereit. Es kam dahin, daß man jedes Volk, welches an der fehlgeschlagenen Bewegung von 1848 sich betheiligt hatte und an der auf alle Revolutionen folgenden Ermattung litt, für ein römisches Volk ansah und für alle diese römischen Völker das Recept des Cäsarismus verordnete. Die Julius Cäsar schossen wie Pilze aus der Erde und die Julius Cäsar verordneten alle gleichmäßig: Militärherrschaft, Rechtlosigkeit des Volkes und seiner Vertreter, wo möglich etwas Ruhmesdunst und Eroberungsqualm. Dieses so höchst einfache und bequeme Mittel wurde in Frankreich eingegeben, in Spanien in den 50er Jahren probirt und wird so eben in Preußen destillirt. Der Marschall O'Donnel und Herr v. Bismarck waren guter Hoffnung und versahen sich an Louis Bonaparte.

Den spanischen Marschall überlassen wir den Spaniern, die so wenig ihr letztes Wort gesagt haben, als weiland die Italiener, die man gleichfalls für todt und begraben ausgeschrieen hatte. Aber Herr v. Bismarck und sein Cäsarismus gehen uns schon etwas näher an. Der jetzige Berliner Premier fand die Reorganisation vor, die den Ministern der Neuen Aera von oben herab aufoctroyirt worden war und bei deren Durchführung sie ihre ganze Staatsmannschaft und ihren politischen Verstand an den Tag legten. Herr v. Bismarck trat die Erbschaft heiter und wohlgemuth, wie immer, an. Zuerst sollte Preußen ein großes stehendes Heer haben; dieses Heer, das 50 Millionen wie einen Pfennig kostet, sollte das preußische Volk bezahlen, es mochte wollen oder nicht. Wollte es, so hatte es ohne Weiteres abgedankt und sich aller seiner verfassungsmäßigen Rechte begeben; was hatte das Volk noch zu raisonniren, nachdem es sich selbst in Belagerungszustand erklärt! Wollte es nicht, so hoffte Julius Cäsar aus der Uckermark ihm etwas Glanz und Tamtam nach Außen vorzumachen und die siegreiche Armee nach dem Triumphzuge am Dönhofsplatze einzuquartiren. Das Volk, so meinte der märkische Dictator, wird ruhmtrunken sein; die Armee wird sich sagen lassen, daß sie ihren Triumph trotz der Knauserei der Abgeordneten feiert; Jedermann wird einsehen, daß Preußen groß geworden ist durch die Alleinherrschaft und die militärische Willkür!

Was der Berliner Schüler vorher mit dem Meister an der Seine ausgemacht hatte, welche Lorbeeren im Anfange in Aussicht genommen waren, wie viel die Lection an Honorar kosten sollte: das wissen wir nicht. Die Dinge sind eben anders gekommen und einige schweigsame Staatsarchive, etliche noch stumme Memoirenschreiber werden darüber vielleicht später den Mund aufthun. Der König Friedrich VII. von Dänemark, zugleich Herzog von Schleswig-Holstein und Lauenburg, kam zu sterben. Die Gelegenheit war eine unerwartete, aber sehr erwünschte; sie war da und sollte benutzt werden.

Die Abgeordneten des preußischen Volkes knüpften Bedingungen an eine Kriegsanleihe; Cäsar Bismarck wollte nichts von Bedingungen hören, schickte die Kammer heim und griff in den Staatsschatz. Mit Oesterreich im seltsamen Complot wurden die Dänen besiegt, das Danewerk eingenommen, Düppel erstürmt, Alsen erobert. Nun hatte man was man wollte; die Armee, zufällig die reorganisirte, sonst die alte preußische Armee, hatte sich gut geschlagen; der Feind war zu unbedeutend gewesen, um die Unfähigkeit der höheren Offiziere klar hervortreten zu lassen; die Mannschaft hatte ihre Schuldigkeit gethan.

Was nun? Zunächst Jubel und Prahlerei und unaufhörliche Selbstberühmung. Dann feierlicher Einzug in Berlin, nach dem Muster von Paris. Hierauf Versuch, wie weit die Kammer und mit ihr das Volk sich hatte imponiren lassen. Säbelgerassel und Versöhnungsmaske. Was habt Ihr noch zu sagen? Wollt Ihr endlich vor der Heeresreform auf die Knie fallen und die Beutel anbetend öffnen? Wir haben drei Provinzen erobert und Ihr habt geschwätzt!

Abermalige Täuschung, abermaliger Strich durch die Rechnung des Cäsar Julius Bismarck! Weder Volk noch Kammern lassen sich blenden, sie halten die Beutel zu, sie verehren die Reorganisation keineswegs, obgleich mancher Landbote lüstern nach den drei Aepfeln im Garten jenseits der Elbe hinschielt. Wo bleibt Cäsar und wie schlecht spielt sich die cäsarische Rolle auf deutschem Gebiete, in Ländern, welche die Freiheit so wenig müde sind, daß sie sie noch nicht einmal gekostet haben? Macht doch einmal den Jul. Cäsar gleich nach der Herrschaft der sieben Könige, ehe die 500 Jahre der Demokratie auch nur angefangen haben! Das ist die vielgerühmte Schlauheit des Herrn v. Bismarck, so versteht er zu rechnen, so solide sind seine historischen Kenntnisse! Hoffnungsvolles Karlchen Mießnick, so berichtige doch den großen preußischen Staatsmann! Du hast vollständig das Zeug dazu.

Den Franzosen zu sagen: Bis 1792 habt Ihr Könige gehabt, darauf 8 Jahre lang die Republik; dann mußte nothwendig das Kaiserreich folgen, welches Ihr jetzt glorreich wieder hergestellt habt — das war thöricht und unverschämt genug. Wie aber soll man es nennen, um über Preußen und Deutschland einen Cäsar zu erhöhen, da doch diese Länder noch gar nicht von dynastischen Wesen befreit sind, da sie noch drei Dutzend Könige über sich haben!

Immerhin ist der Beherrscher aller Franzosen und Savoyarden der Anstifter dieses ganzen Unheils, dieses politischen Aberglaubens von der Unfähigkeit der anderen Völker, sich selbst zu regieren. Es bleibt nur die eine Frage zu beantworten, wer alberner ist, der französische Cäsar, dem doch zeitweilig die Komödie gelungen ist, oder die Nachbeter und Nachtreter im übrigen Europa, die während der Aufführung ausgepfiffen werden?

Vermischtes.

Feuerwehrtag und Ausstellung in Leipzig. Am 19. bis 23. August dieses Jahres soll in Leipzig, nach Beschluß der im Jahre 1862 zu Augsburg stattgehabten 5. deutschen Feuerwehrversammlung, der 6. allgemeine deutsche Feuerwehrtag abgehalten werden. Das dort zusammengetretene Localcomité hat beschlossen, mit dem Feuerwehrtage eine Ausstellung von Feuerwehr-, Rettungs- und Löschgeräthschaften, sowie von Wasserleitungsgegenständen zu verbinden und meint gerade hierdurch die Zwecke des Feuerwehrtages bestens zu fördern, da durch ausgedehnte sachverständige Proben mit den ausgestellten Geräthschaften sicherlich für die Beurtheilung des praktischen Werthes derselben Gelegenheit gegeben werden muß. Die Ausstellung wird in den Tagen vom 17. bis 24. August geöffnet bleiben und man hofft auf eine rege Betheiligung der Fabrikanten und Gewerbtreibenden, welche sich mit Anfertigung von Feuerwehr-, Rettungs- und Löschgeräthschaften, sowie mit Wasserleitungsutensilien befassen. Nähere Auskunft und Programme in Bezug auf die Ausstellung ertheilt vom 6. Mai ab das Leipziger Localcomité durch seinen Vorsitzenden, Herrn Baudirektor Dost, franco auf frankirte Zuschriften. Die Feuerwehrtags-Versammlung soll in folgender Art verlaufen: Sonnabend, den 19. August: Empfang der fremden Feuerwehrleute. Sonntag: Versammlung der zum Feuerwehrtage von den verschiedenen Feuerwehren Abgeordneten (eigentlicher Feuerwehrtag). Montag: Manöver der gesammten Leipziger Feuerwehren und Aufstellung der Auswärtigen zur Vergleichung der verschiedenen Ausrüstungen. Dienstag: Proben mit den ausgestellten Gegenständen. Während der Abende sind gesellige Zusammenkünfte der Feuerwehrleute in Aussicht genommen. Die ganze Versammlung wird sonach einen instruktiven Charakter erhalten, ohne dadurch den Reiz zu verlieren, welcher in dem Zusammenkommen so vieler Männer, die gleiche Zwecke ernst verfolgen, in geselliger Beziehung liegt.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Beilage zu Nr. 127 der Allgemeinen deutschen Arbeiter-Zeitung.

Vom Büchertisch.

Das Leben Julius Cäsars

von

Romulus Augustulus.

III.

Man sieht aus dem Vorhergehenden, wie der Kaiser aller Franzosen und Savoyarden in der Mitte des 19. Jahrhunderts das Glaubensbekenntniß der gesammten Reaction aufgestellt hat, und wo der Feind sitzt, wie er aussieht, was er beabsichtigt, gegen den sich alle Kräfte der Volkspartei in geschlossener Einheit zu kehren haben. Die Reaction hat nämlich Fortschritte gemacht, sie ist raffinirter geworden, sie geht mehr als jemals auf Theilung der Volkskräfte aus, sie hat sich das verwegenste und verschlagenste aller Beispiele aus dem ganzen Arsenal der Geschichte ausgesucht. Sie will triumphiren unter dem Beifallsgeschrei der *Demokratie* selbst, sie will namentlich dem *Arbeiterstande* weißmachen, sie handle lediglich in seinem Interesse; ihre Feinde seien zugleich die Feinde des Volkes, des arbeitenden und emporstrebenden Volkes.

Es gehört freilich eine gute Portion Unwissenheit dazu, in den Bonaparte's den Julius Cäsar wieder zu finden. Cäsar gab allen Bewohnern Italiens das römische Bürger- und Stimmrecht, er warf die aristokratische Republik um, damit die bisher Ausgeschlossenen Platz an der Sonne der Gleichheit fänden. Hat aber irgend ein Bonaparte das allgemeine Stimmrecht erfunden? oder war dasselbe nicht vielmehr zweimal eine Errungenschaft der Republik? Eben so, ist Hr. v. Bismarck der Erfinder des deutschen allgemeinen Stimmrechts, mit dem er von Zeit zu Zeit so schön thut? oder verdanken wir Deutsche es nicht vielmehr der Volksbewegung von 1848, von wo aus es in die Reichsverfassung überging?

Hat ein Bonaparte den armen Volksklassen zu Eigenthum oder zu volkswirthschaftlicher Selbständigkeit verholfen, oder war es nicht vielmehr der Traum der Revolutionäre und Socialisten: das Glück sei ein neuer Gedanke in Europa? Wem verdanken viele Tausende von Arbeitern in Preußen und Deutschland geregeltere Verhältnisse, fruchtbringende Ersparnisse, Credit und Bildung? Doch nicht etwa Hrn. v. Bismarck oder der Kreuzzeitung? Nein, sie verdanken den Aufschwung zum Besseren, den ganzen neugewonnenen Standpunkt, das ernste Erfassen ihrer Lage und Bestimmung, Männern aus dem Volke, den Lehrern der Volkswirthschaft, den Humanisten, den Reformern, lauter abgesagten Feinden des Cäsarismus; gar nichts haben bisher diejenigen gethan, die boshafter Weise mit Cäsar und Cäsarlein liebäugelten, oder doch in einem unbewachten Augenblick, aus falscher politischer Spekulation, der Schlange Gehör gaben.

Die Aufgabe unserer Zeit ist die *Selbstbestimmung der Völker und die Erziehung zur Selbstbestimmung* jedes einzelnen Bürgers in jedem einzelnen Volke. Wie verträgt sich das mit der absoluten Bestimmung von oben herab; mit der cäsarischen Dictatur, die niemals, was sie auch als Köder hinwerfe, was sie auch bieten mag, das Eine geben kann, was Noth thut, die Selbstbestimmung nämlich, oder die Freiheit, alles Glückes Vorbedingung und Krone!

Cäsar kann uns höchstens mästen wie das Vieh oder die Sklaven, und selbst das kann er nicht, ohne uns alle vorher ausgeplündert zu haben; selbst das kann er nicht, da zur Aufhäufung des größtmöglichen Quantums von Gütern die höchste Ertragsfähigkeit der Arbeit erfordert wird, die Arbeit aber frei sein muß, um jenen höchsten Ertrag zu liefern. Stiere und Sklaven sind Maschinen, die ohne die intelligente Hand des Menschen nichts Nennenswerthes auf die Dauer erzeugen und ein Land in wenigen Dezennien an den Rand des Abgrundes bringen, wie die Südweststaaten Nordamerika's bewiesen haben!

Fast 14 Jahre lang hat jetzt Frankreich den Versuch gemacht, sich ohne Freiheit zu bewegen und jegliche Sorge für Ehre wie Interesse, für äußere wie innere Politik, dem Cäsar zu überlassen. Wohin ist Frankreich gekommen? Dahin, daß es die drohendste Gefahr in Mexiko läuft, daß ihm die tiefste Erniedrigung dort bevorsteht, ohne daß Ein Franzose Ursache zu patriotischer Begeisterung hätte, wenn die Republik der Vereinigten Staaten morgen dem Cäsar Mores lehrt. Dahin, daß nicht 13 Personen friedlich zusammenkommen dürfen, um sich über die Anwendung des allgemeinen Stimmrechtes zu berathen, das doch als eine Erfindung der Bonaparte's austrompetet wird! Dahin, daß die Volksvertretung nicht einmal ihren Abscheu vor dem Morde des Präsidenten Lincoln und ihre Sympathie für die Nordstaaten aussprechen darf, daß Cäsar durch seinen Minister sagen läßt, was ihm gefällt!

Aber die Zeichen mehren sich, daß das französische Volk dieser Erniedrigung satt und müde ist, daß Cäsar durchschaut wird und der Cäsarismus sich seiner Haut wehren muß. Bereits nannte Jules Favre den Staatsstreich vom 2. Dezember „ein Verbrechen"; bereits rief derselbe Abgeordnete, als ein Cäsarist meinte, die französische Armee sei das französische Volk: Allons donc! Redet doch kein Blech! Bereits hat der geistreiche Rogeard die „Geschichte Julius Cäsars" in einer so fulminanten Weise kritisirt und den vermeintlichen Augustus so nackt ausgezogen, daß in den Tuilerien Heulen und Zähneklappen entstand. Reiste doch der Generalprocurator des obersten französischen Gerichtshofes persönlich nach Brüssel, um zu erfahren, was Hr. Rogeard dort thue und treibe!

Bereits erließen die zahlreichen Studenten von Paris eine Beileidsadresse an den Gesandten der Vereinigten Staaten, an deren Schlusse es heißt: „*der Präsident der Vereinigten Staaten ist todt! Es lebe die Republik!*" In Algier oder wie die Charlatane sagen, in dem „afrikanischen Frankreich" stehen die Sachen sehr schlimm für Cäsar Nr. 3; die commandirenden Generale haben längst gemerkt, daß das Kaiserthum „der Schnitt" ist, daß man ein Thor wäre, sich nicht zu bereichern, wo Alles nur diesem Zwecke fröhnt. Diese vornehmen Herren in Uniform plagen und schinden also die Bevölkerung der Colonie, um sich die Beutel zu füllen; man sagt sogar, sie hätten den jüngsten Aufstand selbst hervorgerufen, um nachher das Strafgericht auszuüben und ohne Verantwortlichkeit zuzugreifen. Der Marschall Mac Mahon, Statthalter des dritten Cäsar, weiß das Alles sehr genau und hatte keine Lust, seinen sauern Posten länger zu verwalten; er verlangte die Anwesenheit Bonaparte's in der Colonie. Als die Genossen und Genossinnen Cäsars Bedenken gegen eine Reise nach Algerien äußerten und Zögerung eintrat, soll Mac Mahon telegraphirt haben: *Kommen Sie oder ich reise ab!* Darob segelte Cäsar ins „afrikanische Frankreich."

Sieht man sich diese Lage der Dinge an, so gleicht Julius Cäsar Nr. 3 nicht übel einem Künstler, der auf hohem Seile ein verehrliches Publikum mit seinen Leistungen unterhält. Die Balancirstange ist das „afrikanische Frankreich"; die Spaßmacher vom „Constitutionel" und von der „Patrie", französische Kreuzzeitungen, streuen unten Sägemehl; das Seil selbst ist die öffentliche Meinung. Frage: ob dieses Seil nicht nachgibt, oder ob der Wind aus dem mexikanischen Meerbusen den Künstler nicht aus dem Gleichgewicht bringt?

Alles deutet darauf hin, daß die Tage des dritten Cäsar gezählt sind; sie wären längst ausgezählt, wenn Deutschland für etwas in der Welt *zählte*. Der Mann, der sich für Augustus hält, könnte gar bald dem Augustulus, dem letzten des Cäsarengeschlechts, gleichen. Denn schwerlich haben die Franzosen je wieder Lust, sich eine solche Ruthe zu binden und schwerlich beugen sie Haupt und Nacken vor Nero, Caligula und Heliogabal, wie das einst die entarteten Söhne der römischen Wölfin thaten.

Mit dem letzten Cäsar aber ist der Cäsarismus in Europa überhaupt erledigt; er zeigt sich dann als das was er war, als einen bösen Alp, der die Völker am Abend nach ungewohnter Kost beschlich und sie eine ganze lange Nacht in dem bekannten blauen Sacke gefangen hielt. Wie wird ein wiedererwachtes, freieres Geschlecht dann über die „Geschichte Julius Cäsars" und über die alberne Zumuthung lachen, sich selbst in jener Verlotterung und Vermoderung des alten Roms erkennen zu sollen! Wie wird man den Mann auf's komische Theater bringen, der wie der „Horribiliscribrifax" mit seiner Plempe die Welt regieren wollte, indem er ihr zurief: Zu anderem bist du nicht mehr nütze, als meinem Käsemesser Ordre zu pariren!

Was soll hernach aus unseren Cäsarlein werden? Es ist tragisch zu sagen: sie werden wie die Irrlichter verschwinden, denn „das Gemeine geht klanglos zum Orkus hinab!"

Die Consumvereine, ihr Wesen und Wirken. Nebst einer praktischen Anleitung zu deren Gründung und Einrichtung. Auf Veranlassung des ständigen Ausschusses der deutschen Arbeitervereine herausgegeben von Eduard Pfeiffer. Stuttgart. Verlag von A. Körner. 1865.

Der reiche Inhalt der verdienstvollen Schrift möge an folgendem Inhaltsverzeichniß ermessen werden: Vorwort. Einleitung. Geschichte der englischen Consumvereine. Geschichte der Consumvereine in Deutschland, Frankreich und der Schweiz. Zweck und Nutzen der Consumvereine. Vergleichung der Organisation der verschiedenen Consumvereine und Beurtheilung einzelner wesentlicher Einrichtungen in denselben. Praktische Anweisung zur Einrichtung der Consumvereine. Feststellung der Statuten. Die ersten nöthigen Einrichtungen und Anordnungen. Anleitung für die Buchführung in den Consumvereinen. Anhang: Statuten des Consumvereins zu Manchester, des Teli schaven, des Stuttgarter Consumvereins. Formular für die Verträge des Stuttgarter Consumvereins.

Da Bücher wie Menschen am besten sich durch sich selbst und durch selbsteigene Leistung empfehlen, so soll, sobald der Raum es gestattet, eine Probe aus der vorliegenden Schrift mitgetheilt werden.

Vermischtes.

Prolog

zum Concert des Hamburger Arbeiter-Bildungsvereins.

Gegeben zum Besten der Burger Arbeiter.

Vom Meer herüber, aus der neuen Welt,
Tönt millionenstimmig Freudejauchzen,
Und in den Jubelschall mischt sich — gewaltig
Wie Orgelbrausen und Posaunenruf —
Zerbrochner Sclavenketten rasselnd Klirren.
Und freudig jauchzen bei der Jubelkunde,
Daß endlich sich des Negers Fesseln lösen,
Europa's Völker; denn sie schauen ahnend
Den Siegeszug der Freiheit um die Erde.
Doch bebend, schlecht verhehlten Grimmes knirschen
Die Junker hinterm Thron und an der Börse.
Sie sehen wanken schon den stolzen Bau
Der auf des armen Manns gebeugtem Nacken,
Gekittet mit seinem Schweiß und seinem Blut,
Jahrtausende hindurch so sicher stand.

Nicht eitle Furcht ist's, was ihr Herz durchzittert.
Es naht ein Wetter: fern schon rollt der Donner,
Die Wolken sammeln sich von Ost und West.
Schon wette leuchtet's rings am Horizont.
Wird sich's entladen? Wird der Blitze Gluth
Des armen Mannes Ketten endlich schmelzen?
Und, bricht zusammen vor des Donners Tosen
Der Sclavenbau, wird dann auf seinen Trümmern
Das freie Recht sich eine Heimath gründen?

Kein menschlich Aug' durchdringt der Zukunft Nebel,
Wir blicken fragend in vergangne Tage.
Schon oft zerrissen morsch der Knechtschaft Bande.
Schon mehr als ein Mal barst die Zwingburg schon —
Doch neue Ketten wußte man zu schmieden,
Mit blut'gem Mörtel ward der Riß gekittet.
Dies denken auch der Knechtschaft feile Schergen;
Sie hatten schon bereit die neuen Bande
Und gläubig lauschen sie dem Wort der Pfaffen,
Die da verkünden, Gottes Wille sei es,
Daß wenig Auserwählte ewig herrschen,
Genießen, was der Menge Schweiß erzeugt.

O glaubet nicht dem frechen Lügenwort!
Laßt euch nicht irren, denkt ihr, wie schon oft
Im Blut die junge Freiheit ward ertränkt;
Wie sie erlag den hinterlist'gen Tücken,
Die schmeichelnd sie in neue Ketten lockten.
Was einst geschah, erneut nicht ewig sich,
Fragt die Geschichte der Vergangenheit,
Was stets das Volk um seinen Sieg betrogen!
Mit Flammenzungen wird sie Antwort geben:
Durch eigne Schuld hat es die Frucht verscherzt.
Als sich im Staub die alten Dränger wanden,
Da bildet es sich neue Götzen wieder;
Es wies zurück die Fackel der Erkenntniß,
Sich sehnend nach des Aberglaubens Nacht;
Ob auch das Joch auf seinem Nacken brach,
Umschlungen blieb sein Geist vom Netz des Wahns.

So folgt es blind und dumpf den falschen Führern —
Und als es noch im Freiheitsrausch gejubelt,
War schon der Ring um seinen Hals geworfen.
Nicht fühlt' es, wie in ihm der Menschheit Würde
Erniedrigt und beschimpft; in dumpfem Knechtsinn
War es zufrieden, ward nur Brod und Fleisch,
Wie Knochen einem Hund, ihm zugeworfen.
Ja, nur der Hunger rief es zum Gefecht, —
Schnitt ihm der Halfter nicht in Fleisch und Mark,
Zog es geduldig an dem Karren weiter.

Ein trübes Bild. — Doch zaget darum nicht!
Blickt hoffend auf das Ringen unsrer Zeit!
Im dunklen Schooß der Massen zuckt es leuchtend
Durch des gemeinen Mannes Busen bebt
Die Ahnung seines Rechts und seiner Würde.
Ja, jene Frau'n und Männer, deren Schicksal
Uns heut in dieses Saales Raum vereint,
Sie sind uns Zeugniß, daß die Zeit vorüber,
Wo Arbeit schändet, Armuth uns entehrt, —
Wo nur nach Brod des Volkes Drängen ging.

Zu Dieben sollen sie gestempelt werden,
Weil sie ihr täglich Brod im Schweiß verdienen, —
Da fühlten sie in sich der Menschheit Würde, —
Sie hoben drohend ihre schwiel'ge Faust —
Der Arbeit Ehre galt es zu vertheidigen.
Nicht Hunger rief zum Widerstand sie auf,
Nein, Hunger litten sie der Ehre wegen.
Wir feiern ihre That als Lenzesgruß
Der neuen Zeit Ihr stolzer Trotz gibt Bürgschaft,
Daß sich aus Stumpfsinns Nacht das Volk erhebt.

Wir treten ein in eine große Zukunft.
Nicht blinde Massen, folgend einem Götzen,
Nicht einem dumpfen, dunklen Wahn gehorchend.
Klar liegt vor uns des Ringens herrlich Ziel.
Als freie Männer geh'n wir in die Schlacht.
Auf unsrer Fahne: freies gleiches Recht —
Kein Götzenbild und kein Prophetenname.
Fürwahr wir wurden lang genug geprügelt.
Auf eignen Füßen gilt es frei zu stehen.
Der eignen Kraft gilt's ganz und voll vertrauen,
Durch sie nur brechen wir die letzte Kette,
Durch sie nur schaffen wir die ganze Freiheit.

Hermann Voget.

Danksagung.

Herr Dr. Arnold Schlönbach aus Coburg hat uns durch unseren Sekretär, den Bevollmächtigten der deutschen Polenfreunde bei den schweizerischen Comité's, die Summe von 553 fl. 35 kr. als Ertrag einer in Gotha veranstalteten Wohlthätigkeits-Lotterie übermacht und zugleich den Wunsch ausgesprochen, daß diese Summe zu gleichen Theilen dem polnischen Invaliden- und Kranken-Fond und der allgemeinen Unterstützungs-Kasse für polnische Flüchtlinge zugewendet werden.

Angesichts der großen Noth, welche noch immer unter den Flüchtlingen herrscht, deren Viele hart an ihren Wunden darniederliegen, deren Hunderte erst vor Kurzem im kläglichsten Zustande die österreichischen Gefängnisse verließen, ist eine derartige Liebesgabe die Quelle des Trostes für viele Darbende — manche Thräne wird durch die Mildthätigkeit der edlen Geber gestillt werden. —

Wir fühlen uns daher den großherzigen Ausstattern jener Lotterie, den eifrigen Verbreitern und gütigen Abnehmern der Loose, vor allem aber dem Herrn Arnold Schlönbach, dem bewährten Fürsprecher der Verbannten, der sich so warm und so erfolgreich für unsere Schützlinge verwendet hat, zum innigsten Danke verpflichtet und fügen zugleich die Versicherung hinzu, daß wir in der Verwendung der übersandten Gelder dem Wunsche der hochherzigen Geber entsprechen werden. —

Zürich, den 27. Mai 1865.

Für die Central-Commission zur Unterbringung flüchtiger Polen und das Comité des polnischen Invalidenhauses.

Der Präsident: gez. Carl Walder. Der Sekretär: gez. Wilh. Habicht.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Beilage zu Nr. 129

der Allgemeinen deutschen Arbeiter-Zeitung.

Der Zweite Deutsche Journalistentag.

Leipzig, 12. Juni. Die zweite Versammlung deutscher Journalisten tagte am gestrigen Sonntag von 10½ bis 3½ Uhr im großen Saale des Schützenhauses, nachdem ihr am Abend des 10. Juni eine Vorversammlung vorangegangen war. Anwesend waren einige 40 Mitglieder als Vertreter von einer ungefähr gleichen Anzahl deutscher Zeitungen und Zeitschriften, nämlich:

Becker aus Dortmund (Rheinische Zeitung), Hahndorf aus Kassel (Nürnberger Correspondent), Hammeran sen. aus Frankfurt (Frankfurter Journal), A. Meyer aus Bremen (Weser-Zeitung), Eckardt aus Riga (Rigaer Zeitung), Coldit von hier (Ansbacher Zeitung), Sachy von hier (Börsenhalle), Brockhaus von hier (Deutsche Allgemeine Zeitung), Biedermann von hier (bevollmächtigt für die Zeitung für Norddeutschland, die Constitutionelle Zeitung und, nach einem noch in der Sitzung eingegangenen brieflichen Auftrag, für das „Wochenblatt des Deutschen Nat.-Ver."), Weiß aus Berlin (Berliner Reform), Leuschner aus Stettin (Oderzeitung), Label aus Frankfurt a. M. (Mittelrheinische Zeitung), Lindner aus Berlin (Voß'sche Zeitung), Levinstein aus Berlin (Volkszeitung), Binder aus Chemnitz (Deutsche Industrie-Zeitung), Blum von hier (Rheinische Zeitung), Eras von hier (Mitteldeutsche Volkszeitung), F. Friedrich von hier (Hannoversche Tagespost), Walster von hier (Abendpost), Rößler von hier (Mitteldeutsche Volkszeitung), Schmidt von hier (Europa), Hüttner von hier (Tagblatt), Badewitz von hier (Telegraph), Kreißler von Köln (Kölnische Zeitung), Hamm von hier (Agronomische Zeitung), Maron von Berlin (Beobachter), Dr. Friedr. Hofmann von hier (Dorfbarbier), Richter von Magdeburg (Rheinische Zeitung), Frankenberg von Köthen (Köthener Zeitung), Lehmann von Berlin (Magazin für die Literatur des Auslandes), Lindau von Berlin (Elberfelder Zeitung), v. Bojanowsky aus Weimar (Weimarische Zeitung), Stuttmann und Sonnemann aus Frankfurt a. M. (Neue Frankfurter Zeitung), Koch von hier (Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen), Streit aus Coburg (Wehrzeitung, Allgem. Deutsche Arbeiterzeitung), Richter von Hamburg (Hamburger Reform), Mützelburg von Berlin (Willkommen), Held und Daubitz von Berlin (Staatsbürger-Zeitung), Hammeran jun. von hier (Illustrirte Zeitung), Whistling von hier (Börsenhalle).

Im Namen des Ausschusses eröffnete Prof. Biedermann die Versammlung. Er wies darauf hin, daß die Betheiligung an dem diesmaligen Journalistentag, wenn auch nicht bedeutend zahlreicher als die vorige, so doch mannichfacher sei. Habe Preußen und besonders Berlin im vorigen Jahre fast ganz gefehlt, so sei es heute in um so erfreulicherer Weise vertreten; gleiches lasse sich leider von Oesterreich nicht sagen, nicht eine Erwiderung sei der an die bedeutendsten Blätter beider Hauptstädte noch ganz besonders ergangenen schriftlichen Einladung zu Theil geworden! Der Redner beklagte ferner, daß die nichtpolitischen Zeitschriften diese Versammlung als eine ihren Interessen ferner liegende anzusehen schienen, so daß ihre Vertretung eine ziemlich schwache sei; selbst hier am Orte, wo mehr als 60 verschiedene Zeitungen und Zeitschriften erscheinen, hätten letztere sich fast sämmtlich fern gehalten. Wenn im vorigen Jahre die conservative Presse diese Versammlung als eine bloße Parteisache angesehen und gemieden, so sei dies wenigstens anders geworden. Von den beiden offiziellen Blättern, welche in Eisenach vertreten gewesen, sei diesmal nur eins wieder erschienen, das andere, und zwar gerade das offiziöse Organ des Landes, worin die heurige Versammlung tage, nicht. Die Aufnahme, welche dem Vertreter dieses Organs im vorigen Jahre in Eisenach zu Theil geworden, sei eine solche gewesen, daß sie von einem Wiedererscheinen unmöglich habe abschrecken können — eine solche, von der man sich damals recht wohl bewußt gewesen, daß sie nicht der Person gelte und gelten könne, sondern nur dem Auftrag jenes Herrn. Eben dieser, der damals in Eisenach an den Verhandlungen theilgenommen, sogar theilweise denselben präsidirt und sich dabei zwar schweigend, aber nicht widersprechend verhalten habe, habe sich nicht gescheut, später, als Regierungscommissar in der Kammer, über die Bestrebungen der Presse nach größerer Freiheit sich nicht blos ablehnend, sondern gehässig zu äußern. Die sächsische Regierung dagegen habe seitdem durch Aufhebung des Bundesbeschlusses von 1854 sich gerade der Richtung der vorjährigen Beschlüsse des Journalistentags angeschlossen und insofern hätte gewiß für dieselbe kein Grund vorgelegen, sich nicht wieder vertreten zu lassen.

Das Bureau der Versammlung ward auf Vorschlag des Ausschusses gebildet durch Dr. Becker als Vorsitzenden, Professor Biedermann und Hrn. Hammeran als seine Stellvertreter, die Herren v. Bojanowsky, Lindau und Blum als Schriftführer. Professor Biedermann erstattete zunächst den Geschäftsbericht. Der im Vorjahre gefaßte Beschluß über die Preßgesetzgebung ist an die verschiedenen Landtage versandt worden; acht derselben (Hannover, Kurhessen, Großherzogthum Hessen, Sachsen, Coburg, Gera, Bremen, Braunschweig) haben sich ihm theils völlig angeschlossen, theils die Hauptpunkte desselben zu ihren Anträgen gemacht. Rücksichtlich der Stempelangelegenheit ward auf Anfrage an competenter Stelle erwidert, daß bei der Zollvereinsconferenz zur Zeit für die Aufhebung des Stempels keine Aussicht sei. Die Schrift über die „Behandlung der Presse in Nassau" ist, durch verschiedene Hindernisse verzögert, soeben jetzt erst, leider noch immer nicht zu spät, erschienen. — Herr Hammeran sen. legt den Rechenschaftsbericht vor, welcher einen Ueberschuß von 174 fl. nachweist. Mit Prüfung der Rechnung werden Dr. Brockhaus und Dr. Maron beauftragt. Zur Zeit gehören dem Verbande 68 Zeitungen an, wovon 43 heute vertreten sind. Im Vorjahre waren es 55 Zeitungen, von welchen 3 seitdem eingegangen sind. Namens der in der gestrigen Versammlung eingesetzten Commission zur Neuprüfung der Satzungen berichtet Dr. Weiß aus Berlin und beantragt einige kleine Aenderungen, deren hauptsächlichste darauf hinausläuft, daß statt des bisherigen, in verschiedenen Städten zerstreuten Ausschusses künftig ein Vorort ernannt werden soll. Dr. Brockhaus stellt hierzu den Antrag, die Vertreter von 5 am Vorort oder in dessen Nähe erscheinenden Zeitungen zum Ausschuß zu wählen. Diese Anträge werden nach einigen Bemerkungen von Dr. Hahndorf, Dr. Walster und Dr. Weiß angenommen.

Den größten Theil der Versammlungszeit nahmen die Verhandlungen über die Preßgesetzgebung in Anspruch, an welchen sich außer dem Referenten Biedermann die Herren Blum, Maron, Streit, Weiß, Brockhaus, Held, Meyer, Walster, Sonnemann, Lehmann betheiligten. Das Ergebniß war, daß folgende Anträge des Referenten angenommen wurden:

Der Deutsche Journalistentag erklärt:

1) Jede Art von präventiver Censur, Cautionen, Concessionen, ebenso eine besondere Erlaubniß zur öffentlichen Feilbietung von Drucksachen oder Bildwerken, ferner der Zwang zur Einreichung von Pflichtexemplaren, endlich die Beschlagnahme von Preßerzeugnissen vor einer richterlichen Beurtheilung ist unstatthaft.

2) Dasselbe ist der Fall mit jeder vorbeugenden Vorschrift wegen Nennung von Drucker oder Verleger auf einer Druckschrift, oder Stellung eines verantwortlichen Redacteurs bei Zeitschriften. Der Verbreiter einer Druckschrift ist zunächst dafür haftbar, kann aber durch Nennung des Druckers, dieser durch Nennung des Verlegers ꝛc. sich straffrei machen. Umgekehrt kann jede dieser Personen die Verantwortung auf sich nehmen und darf dann nicht zur Nennung ihres Vormannes gezwungen werden.

3) Die Vernichtung eines Preßerzeugnisses kann nur auf Grund der Verurtheilung einer bei dessen Verbreitung betheiligten Person, nur gegen den strafffälligen Theil desselben ausgesprochen werden. Zeitungsverbote sind unstatthaft.

4) Gesetzesübertretungen durch die Presse verjähren binnen drei Monaten.

Die Stimmen, welche sich gegen die Formulirung von speciellen Wünschen bezüglich der Preßgesetzgebung erhoben, erklärten zum Theil, daß sie überhaupt kein Preßgesetz wollten, weil das gedruckte Wort nicht anders behandelt werden solle, als das gesprochene, nach den gewöhnlichen Strafgesetzen, während jetzt die Vertreter der Presse in einer ganz ausnahmsweisen Stellung stehen, sodaß ihnen gegenüber das quisque praesumitur bonus ins gerade Gegentheil umschlage, eine alleinstehende Umgestaltung des Preßgesetzes sei gar nicht zu hoffen, es müsse vielmehr eine Besserung der staatlichen Verhältnisse im allgemeinen angestrebt werden; andere Redner hielten überhaupt solche Resolutionen für erfolglos.

Von der andern Seite ward dagegen eingehalten, daß die Aussprüche einer solchen Versammlung doch nicht so ganz in leerer Luft verhallen, wie sich dies schon bezüglich der vorjährigen allgemeinen Kundgebung gezeigt habe.

Der Bericht des Dr. Becker über die Mängel des Telegraphenwesens kam, angesichts der mangelhaften Leistungen der Bureaux und der Bevorzugung, welche einzelnen Zeitungen zu Theil wird, zu dem Ergebniß: „daß vielfache volkswirthschaftliche Gründe ebenso wie das Interesse der Presse es fordern, daß das Telegraphenwesen aufhöre, Staatsmonopol zu sein." Die Versammlung trat dieser Erklärung sowie einer weitern des Hrn. Engel bei: daß die gegenwärtige Organisation der Telegraphenbureaux den gerechten Anforderungen nicht entspreche, schloß sich zugleich dem Antrag des Dr. Brockhaus an: der Vorort möge dem nächsten Journalistentag specielle Vorlagen betreffs einer Reform des Telegraphenwesens machen, namentlich über Gründung eines telegraphischen Bureaus deutscher Zeitungen durch eine Actiengesellschaft oder Association, und vor der Hand die Interessen der deutschen Zeitungen gegenüber den jetzigen Telegraphenbureaux wahren.

Die gedruckt vorliegenden Entwürfe zu den Satzungen für Altersversorgung der Journalisten wurden dem Vororte zur endgültigen Feststellung und praktischen Ausführung der Sache überwiesen.

Zum Schluß nahm man die Neuwahl des Ausschusses vor; zum Vororte ward Berlin ernannt und die Vertreter folgender fünf Zeitungen zum Ausschusse gewählt: Magazin für die Literatur des Auslandes (Vorsitz), Beobachter (Schriftführer), Volkszeitung (Schatzmeister), Voß'sche Zeitung, Reform. — Aus den bei dem Festmahl vorgekommenen Toasten finden unsere Leser in gebundener Rede den von R. Gottschall am Ende unseres Blattes. Unter den übrigen heben wir noch den des Leipziger Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Joseph hervor, der für die Beleuchtung des Königl. Sächs. Preßliberalismus von besonderer Bedeutung ist:

Joseph kennzeichnete die eigenthümliche Stellung, welche der Journalistentag inmitten der feierlichen Versammlungen einnehme, welche in den jüngsten Jahren in Leipzig getagt. Gerade in Sachsen dürfte eine erfolgreiche Wirksamkeit dieser Vereinigung, welche einem großen vaterländischen Ziel, einer gesicherten Preßfreiheit, zustrebe, von ganz besonderem praktischen Werth sein, gerade in Sachsen müßten die vom Journalistentag zu zeitigenden Früchte am allerinnigsten ersehnt werden. Als eine solche Frucht könne es jedenfalls schon bezeichnet werden, daß im Königreich Sachsen die Bundesbeschlüsse bezüglich der Presse aufgehoben worden, eine Maßregel, an welcher ein hochgestellter Beamter (Häpe) sicher unschuldig sei, welcher im vertraulichen Kreise bei der Eisenacher Journalistenversammlung sich gar nicht unfreisinnig geberdete, hinterher aber in der Kammer die Presse behandelte, wie eine der Polizei entlaufene Betteldirne! (Bravo!) Freilich bleibe immer die Frage noch unbeantwortet, warum das Ministerium, das doch nach Häpe's Versicherung selbst Freund der Preßfreiheit sei, überhaupt jenen Bundesbeschluß jemals in Sachsen eingeführt habe. Man möge sich in dieser Hinsicht nur nicht selbst täuschen; das entscheidende Merkmal für die sächsische Preßfreiheit liege in dem Art. 128 des Strafgesetzbuchs, nach welchem öffentliche Mittheilungen strafbar sind, sobald sie der Regierung, den öffentlichen Behörden oder staatsrechtlich bestehenden Körperschaften Beweggründe oder Absichten unterlegen, ihnen Eigenschaften oder Benennungen beilegen, welche im Publikum Haß oder Verachtung gegen dieselben zu erregen „geeignet sind"! (Hört, hört!) Ein gebildetes Volk bedürfe einer in Wahrheit begründeten, nicht auf Scheingeplänkel der liberalen Renommage irgendjemandes beruhenden Preßfreiheit. Zu ihrer Wahrung seien dann allerdings die Geschworenen erforderlich, welche man auch in Sachsen so rechtskräftig habe, wie nur irgendetwas geschaffen werden könne, durch königliche Verheißung und durch publicirtes Gesetz, aber freilich eben nur von Rechts wegen, nicht thatsächlich. Redner schloß mit einem Hoch auf die durch Schwurgerichte gesicherte, echte Preßfreiheit, als das höchste Ziel der Bestrebungen des Journalistentags. (Bravo!)

= **Aus Sachsen** im Juni. (Zur Illustration der Sächs. Amnestie.) Es gibt auf der politischen Bühne ernste, tiefgreifende Aktionen, welche von staatsmännischer Weisheit und ethischer Tiefe ihrer Urheber zeugen und diesen ein bleibendes Andenken in den Tafeln der Geschichte sichern; es gibt aber auf dieser Bühne, gleichwie auf den Brettern, welche die Welt bedeuten, auch lustige Stücke, die ihren schalkhaften Urhebern nur die ungeheure Heiterkeit des Publikums als Lohn eintragen. Zu dieser letzteren Art von Erzeugnissen politisch poetischer Laune gehört unzweifelhaft die Sächs. Amnestie aus Anlaß der Geburt eines königlichen Knaben. Wenn bei dem ersten Bekanntwerden dieser Nachricht mancher Leser vielleicht einen Augenblick im Zweifel darüber war, ob diese Amnestie erlassen worden, „weil" oder „obgleich" keiner der Unglücklichen mehr vorhanden, denen dieselbe noch etwas nützen könne, so kann Einsender die darüber bestehenden Zweifel lösen durch nachstehendes authentisches Actenstück. Es ist schon lange her, gerade 16 Jahre, daß der Schriftsteller Dr. Karl Wartenburg von Gera wegen eines mißliebigen Zeitungsartikels von der Königl. Sächs. Preßjustiz verurtheilt und daß zugleich auf dauernde Ausweisung aus dem Königreich Sachsen, welches sich schon gegen diesen einen gegnerischen Schriftsteller nicht stark genug fühlt, dabei erkannt worden ist. Aus Anlaß des jüngsten Amnestieacts hatte sich Wartenburg nun an die

Königl. Polizeidirection in Leipzig gewendet, mit der Anfrage, ob damit auch ihm die Rückkehr in das Königreich Sachsen eröffnet sei. Auf diese Anfrage ist ihm die folgende Antwort geworden:

„An Herrn bacc. jur. Carl Wartenburg in Gera. — Auf Ihre Anfrage vom 30 vor. und 1. d. M. haben wir Sie dahin zu bescheiden, daß das Ihnen ertheilte Verbot der Rückkehr nach dem Königreiche Sachsen durch die aus Anlaß der Geburt eines königlichen Prinzen von Se. Majestät dem Könige erlassene Amnestie nicht ohne Weiteres als aufgehoben zu betrachten ist. Denn einmal umfaßt die Königl. Amnestie dem Wortlaute nach nur diejenigen politischen Verbrechen, welche im Monat Mai des Jahres 1849 begangen worden sind — Ihre Verurtheilung aber ist wegen eines im Juni 1849 durch die Presse begangenen Verbrechens erfolgt — und sodann enthält das königliche Handschreiben an den Justizminister, bez. die Ministerialverordnung vom 27. vor. Mts. zwar die Bestimmung, daß wegen aller im Monat Mai 1849 begangenen politischen Verbrechen im Königreiche Sachsen ein strafgerichtliches Verfahren nicht eingeleitet werden und somit den wegen solcher Verbrechen ins Ausland Geflüchteten die straffreie Rückkehr nach Sachsen gestattet sein soll, Ihr Fall ist jedoch offenbar ein anderer, unter obige Bestimmungen nicht zu subsumirender, da Ihnen die Rückkehr nach Sachsen nicht, wie den durch die Amnestie Begnadigten, lediglich wegen der sonst zu befürchtenden Einleitung einer Untersuchung verwehrt, sondern weil Ihnen dieselbe ausdrücklich bei Ihrer Entlassung aus der Strafanstalt als eine Folge Ihrer Verurtheilung und Strafverbüßung und unter Androhung ganz specieller Strafen verboten worden ist.

Diese gegen sie in Anwendung gebrachte ganz specielle Maßregel könnte daher auch nur durch einen speziellen anderweiten Beschluß wieder aufgehoben werden und würden Sie sich, um diesen zu erlangen, an das Königliche Ministerium des Innern zu wenden haben. Leipzig, am 3. Juni 1865. Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig."

Wer lacht da?

Die Presse hoch!

Gesprochen von Rudolf Gottschall beim Festmahl des zweiten Deutschen Journalistentags in Leipzig.

Der Presse sei dies Glas geweiht,
Dem tapfern Kind der neuen Zeit,
Des deutschen Volkes Lehrerin,
Des deutschen Ruhmes Mehrerin,
Des freien Geistes Schirm und Wehr
In guten wie in bösen Tagen,
Die selbst wie der Minerva Speer
Die Wunden heilt, die sie geschlagen,
Die, was vom Heute sie empfangen,
Dem Morgen nimmermehr verliert,
Und, mit dem flücht'gen Tag vergangen,
Doch Unvergängliches gebiert.
Sie möge walten fort und fort
Und selbst im Irrthum nicht verzagen —
Ob hier und da ein Zweig verdorrt,
Der Baum wird reiche Früchte tragen.
Des deutschen Geist's Palladium,
Geschmückt mit seinen schönsten Gaben —
Wird ihre Mahnerzunge stumm,
Dann wird uns Ost und West begraben.
Sie möge rastlos ferner streiten,
Vertheid'gen das bedrohte Recht!
Sie zünde an dem Brand der Zeiten
Ein Licht dem kommenden Geschlecht!
Sie, der manch kühner Wurf gelang,
Die Presse hoch zum Gläserklang!

Druckfehlerberichtigung.

In Nr. 128 sind in einem Theil der Auflage nachstehende sinnstörende Druckfehler stehen geblieben. In der Abonnementseinladung Zeile 5 derselben von oben lies: „erlangt" statt „verlangt." S. 670, 2. Spalte, 1. Zeile von unten lies: „von ihm" statt „von ihr."

Vereins-Anzeigen.

Waldshut, 10 Juni. Indem wir **Leopold Krandke**, Schriftsetzer aus Schweidnitz, durch mehrere Briefe aufforderten, dem Verein Waldshut mit seiner Schuldigkeit nachzukommen und derselbe seit längerer Zeit nichts mehr von sich hören läßt, so kennzeichnen wir denselben hiermit allen verehrlichen Lesern der Arbeiterzeitung, indem er, da ihm die Cassierstelle übertragen, mit der ganzen Vereinskasse, im Betrage von 7 fl., heimlicherweise sich von hier entfernte.

Im Namen des Arbeiterbildungsvereins Waldshut.

Der Vorstand: Schepp. Der Schriftführer: Demulh.

Arbeitsvermittelung.

500 Schuhmachergesellen

können in **Hamburg** dauernde Beschäftigung finden. Lohn: für Halbstiefel und Stiefeletten à 1 Thlr. 10—12 Sgr., sehr gute Arbeit höher; Schuhe 2c. nach Verhältniß. Damenstiefel, Böden mit Absätzen, umgewandt: 15—18 Sgr., Rand: bis 20 Sgr., sehr gute Arbeit höher; Schuhe 2c. nach Verhältniß.

Persönliche oder schriftliche frankirte Anmeldung an den Corporations-Vorstand der Schuhmacher, **Hamburg**, Gänsemarkt 1.

Verschiedene Anzeigen.

Der in **Altstädten**, Kanton St. Gallen, (Schweiz) in einer **Auflage von über 11,000 Exemplaren** erscheinende

Schweizer. General-Anzeiger

wird an alle schweiz. Regierungen, an alle Bezirksamts- und Bezirksgerichtskanzleien, sowie an sämmtliche Gemeinderäthe, Banken, Versicherungs-Gesellschaften, Eisenbahnwartsäle und Dampfschiffskajüten **gratis** abgegeben, überdies ist derselbe in allen **gangbaren Wirthschaften der Schweiz aufgelegt**, so daß man wohl annehmen darf, daß jede Nummer dieses Blattes von wenigstens **100,000** Personen gelesen wird, weßhalb dasselbe auch allen **Behörden, Fabrikanten, Geschäftsleuten und Privaten** für Bekanntmachungen aller Art auf's Angelegentlichste empfohlen werden darf. **Einrückungsgebühr** für den 6spaltigen Nonpareillezeilenraum 15 Cent., 4 kr. rh., 15 Pf. Pr., 6 Nkr. österr.

Inserate nehmen für uns in Empfang und besorgen dieselben schnellstens ohne Preiserhöhung

In Frankfurt a. M.: Herr Otto Mollien.
„ Hamburg: Herren Haasenstein und Vogler.
„ Karlsruhe: Herren Roth und Bachmann.
„ Leipzig: Herren Illgen und Fort.
„ Würzburg: Herr Stahel, Buchhändler.
„ Stuttgart: Herr C. Rueff.
„ Wien: Herren Haasenstein und Vogler.

In **F. Streit's Verlagsbuchhandlung** in **Coburg** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Weltgeschichte

von

Gustav Struve.

Die **siebente** Auflage, fortgeführt bis zum Jahre 1863, ist vollendet und nahezu bereits vergriffen. Preis für das ganze Werk 12 Thlr. Bestellungen auf die complette 7. Auflage wollen zeitig gemacht werden. Eine neue **achte** Lieferungsausgabe in 63 wöchentlichen Heften in gr. 8. ist in der Vorbereitung begriffen. Subscriptionspreis 6 Sgr. oder 21 kr. pro Heft. Subscribentensammler und **Vereine** erhalten, bei directem Bezug und Baarzahlung, 10% Provision und auf je 10 Exemplare ein Freiexemplar, so daß für thätige Verwendung ein sehr lohnender Gewinn in Aussicht steht.

Das Werk, auf dem freien Boden Nordamerikas entstanden, in den Prinzipien und Anschauungen des **freien Volksstaats**, dem die Zukunft gehört, festwurzelnd, hat in seinen sieben **Auflagen**, jenseits wie diesseits des Oceans, nicht blos unter den deutschen Landsleuten, sondern auch unter den Amerikanern und Engländern sich und dem deutschen Namen Achtung erzwungen und darf wohl in immer weiteren Kreisen auf den Anklang rechnen, den das von tiefsittlichem Geiste, von glühender Liebe zu seinem Volk und Vaterland gleichwie von echt praktischer Lebensweisheit durchdrungene, auf freiestem Boden geschriebene Wort eines freien Mannes zu beanspruchen berechtigt ist von Allen, die das gerechte, aber unerbittliche Richteramt der Geschichte und ihre Bedeutung für **wahre Bildung und Erziehung des Volkes zur Freiheit** im wahren und edelsten Sinne des Wortes anerkennen.

Für die italienische Sache

an die katholischen Bischöfe.

Vertheidigungsschrift eines katholischen Priesters.

Von **P. Passaglia.**

Deutsche vom Verfasser autorisirte Ausgabe.

In 8. Preis 7½ Sgr. oder 27 kr.

Der erste Kirchenlehrer Italiens, der Stolz der katholischen Theologie, eines der bedeutendsten Mitglieder der Gesellschaft Jesu, der er angehört hat, läßt hier, sich selbst jeder Meinungsäußerung begebend, lediglich nur die höchsten kirchlichen Autoritäten, die heilige Schrift, die Kirchenväter und die Päpste selbst das Urtheil sprechen in der großen Streitfrage über (und gegen) die weltliche Herrschaft des Papstes, welche jetzt Italien und die ganze katholische Welt so tief erregt.

Von den Hindernissen

einer

zweckmäßigen Heeresbildung und erfolgreichen Kriegführung.

Von

W. Rüstow,

Oberst-Brigadier.

46 Bogen. Gr. 8. Preis 4 Thlr. oder 7 Gulden. Eleg. geb. 4 Thlr. 15 Sgr. oder 7 fl. 54 kr.

Das beste gemeinfaßliche Handbuch für alle, welche sich in das immer lauter und allgemeiner geforderte **Milizsystem** und über dessen Verhältniß zum stehenden Heerwesen einen klaren und umfassenden Einblick verschaffen wollen. In einer Zeit, in welcher die Ereignisse immer von Neuem zu ernsten kriegerischen Verwickelungen für Deutschland hindrängen und die Ueberzeugung immer allgemeiner wird, daß das stehende Heerwesen wirthschaftlich nicht länger mehr ertragen werden kann und militärisch seiner wahren Aufgabe nicht entspricht, darf das treffliche Werk jedem denkenden Patrioten mit doppeltem Grund empfohlen werden. In keinem Turnvereine, in keiner Volksbibliothek und in keiner Bibliothek eines Volksvertreters sollte das Werk ferner mehr fehlen. Bei Entnahme von Partien für alle diese Kreise wird die Verlagsbuchhandlung im Interesse der Sache gern die möglichst billigen Bezugsbedingungen stellen.

Soeben ist erschienen und durch die J. G. Riemann'sche Hofbuchhandlung in Coburg, sowie durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Neun

Plattdeutsche Göttergespräche

(Mecklenburgische Mundart.)

Preis 10½ kr. oder 3 Sgr.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von F. Streit in Coburg.

Beilage zu Nr. 141

der Allgemeinen deutschen Arbeiter-Zeitung.

Dritter Vereinstag deutscher Arbeitervereine.

(Stuttgart, den 2., 3., 4., 5. September d. Js.).

(Fortsetzung und Schluß.)

Dr. Hirsch erstattet hierauf Bericht über das allgemeine Stimmrecht; er verwahrt die Vereine im Allgemeinen gegen politische Tendenzen, weist auf die Bedenken hin, die in preußischen Vereinen gegen diesen Gegenstand der Tagesordnung aufgetaucht seien und auch ihn anfänglich bestimmt hätten; er habe diese Bedenken aber aufgegeben; er bedauert, daß das allgemeine Stimmrecht nicht schon in aller Unbefangenheit vom ersten Vereinstag gefordert worden sei. Es sei ein Dogma der Arbeiter, die sich alle zur demokratischen Partei bekennen. Es schwebe das Wahlrecht auf allen Lippen, so müsse es auch ausgesprochen werden. Es sei ein unnatürlicher Zustand, die Arbeiter von der Vertretung der Regierung gegenüber auszuschließen. Die Sklaverei bestehe nicht mehr im Privatrecht, aber im öffentlichen Recht: so lange die Arbeiter Steuern zahlen und ihr Blut lassen müssen in Kriegen, über die man sie nicht um ihre Zustimmung gefragt (Unterbrechung durch Beifall). Wenn die preußischen Vereine das Wahlrecht in ihren Versammlungen discutiren würden, würden sie zu politischen Vereinen werden und sich dadurch einem Verbot aussetzen. Aber da der Beschluß hier in Stuttgart gefaßt werde und die Vereine nicht nöthig haben, sich als solche damit zu befassen, so entgehen sie dieser Gefahr. Die Petitionen um das allgemeine Wahlrecht lassen sich in allgemeinen Versammlungen vorbringen. In Preußen herrsche das allgemeine Wahlrecht, aber nicht das gleiche. Ein Fleischermeister, der viele Ochsen verkaufe, habe ebensoviel Wahlrecht, als viele Arbeiter zusammen; in Preußen geben also insofern die Ochsen Wahlrecht. (Gelächter.) Ueber den Arbeiterstand sagt er, es bestehe allerdings noch ein solcher gesonderter Stand, der andere Rechte und Interessen habe, als die übrigen. Aber von Lassalle unterscheiden sich die Arbeitervereine dadurch, daß sie diesen Unterschied verwischen wollen, und dazu soll besonders die Herstellung des allgemeinen Stimmrechts dienen. Er empfiehlt die Resolution:

„Der dritte Vereinstag deutscher Arbeitervereine beschließt, die feierliche Erklärung abzugeben, daß das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht die Voraussetzung des Rechtsstaats und die einzige Möglichkeit einer wirklichen Volksvertretung bildet und daß es insbesondere von den deutschen Arbeitern als Hauptmittel zu ihrer geistigen und materiellen Hebung mit allen Kräften zu erstreben ist."

Hochberger (A.) empfiehlt dagegen die Annahme einer Resolution, welche das Streben nach dem allgemeinen Stimmrecht den Vereinen zur Pflicht macht und zwar einstimmig ohne Discussion. Dagegen stellen unter Führung der Herren Prof. Wundt von Heidelberg und Prof. Provence von Pforzheim, Heidelberg, Pforzheim, Karlsruhe, Lahr, Freiburg, Oldenburg den Antrag:

„Der Arbeitertag geht über die gestellten Anträge zur Tagesordnung über, indem er zwar die große Wichtigkeit der Frage des allgemeinen und direkten Wahlrechts anerkennt, es aber nicht für seine Aufgabe erachten kann, über allgemeine politische und staatsrechtliche Fragen Resolutionen zu fassen."

Herr Prof. Wundt von Heidelberg rechtfertigt diesen Antrag mit der socialen Aufgabe der Vereine, sonst könnte man hier auch über die beste Staatsform berathen. (Rufe: das könnten wir auch!) Auch hält Herr Wundt den Zeitpunkt für ganz ungeeignet, sowohl wegen der Rücksicht auf die preußische Regierung, als wegen der Apathie der Zeit. Der Redner verließ die Rednerbühne unter tiefem Stillschweigen.

Der Präsident will den Hochbergerschen Antrag zur Abstimmung bringen. Vogel ist gegen Schluß, da es wünschenswerth sei, auch die Motivirung der Gegner zu hören. Hochberger (A.) erhält dann noch das Wort gegen die Heidelberger und Pforzheimer Herren und zeigt, daß es keine Gefahr auf sich habe, das allgemeine Stimmrecht zu berühren. Wenn Skrupel aus Preußen kämen, das könne er begreifen, aber von den badischen Nachbarn, die sich einer freisinnigen und fortschrittlichen Regierung berühmen, begreife er es nicht. Die Frage müsse hier entschieden werden, weil sie, von den Lassalleanern aufgeworfen, einen Bruch in die Arbeiterwelt gebracht habe. Es handle sich ja nur um ein Petitionsrecht, das den Völkern unbestritten nach allen Verfassungen zustehe. Der Ausspruch werde weder zum Verbot, noch zur Maßregelung der Vereine führen. Als Sonnemann nun abstimmen lassen will, über den Schluß, erhebt sich wieder ein fast unbesieglicher Widerstand, und es wird nach einigem Hin und Her namentlich darüber abgestimmt. Dieser wird mit 30 gegen 28 angenommen und Hirsch hat nun nochmals das Wort als Berichterstatter. Wundt erklärt, daß sie hier nichts als Deutsche seien, zieht übrigens den Antrag der badischen Vereine zurück.

Es wird nun abgestimmt und der Hochberger'sche Antrag, der es den Vereinen zur Pflicht macht, für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht einzutreten, in namentlicher Abstimmung mit Stimmengleichheit abgelehnt. Stimmengleichheit ist Ablehnung nach der Geschäftsordnung. Dagegen wird einstimmig angenommen der Antrag, der dasselbe den Arbeitern zur Pflicht macht. Der Saal leert sich, als nun die Tagesordnung zum Genossenschaftswesen, zunächst zu den Consumvereinen führt. Ermüdung war bereits eingetreten.

Stuttmann erhält das Wort und bezieht sich wesentlich auf das Schriftchen von Dr. Pfeiffer. Eine Kritik desselben in „Schulze's Innung der Zukunft" sehe so aus, als betrachte sie ihr Monopol der Behandlung solcher Stoffe bedroht. Er begründet folgende Resolution:

1) Diejenigen Consumvereine, welche ihren Mitgliedern Veranlassung zur Kapitalbildung geben, bilden die beste Grundlage für die Weiterentwicklung des Genossenschaftswesens und zur Anbahnung der erstrebten socialen Reform.
2) Es ist Aufgabe der Consumvereine, durch statutarische Bestimmung dafür Sorge zu tragen, daß das ersparte Capital soweit als thunlich wieder zu genossenschaftlichen Zwecken verwandt wird.

Diese Resolution wurde ohne lange Debatte angenommen und damit schloß nach 5 Uhr der erste Sitzungstag. Telegramme von den Vereinen in Zürich und Leipzig werden verlesen.

Eine gern aufgenommene Unterbrechung fand die Debatte noch während der Berathung über das „allgemeine Stimmrecht", als die Jugendwehr-Artillerie, welche an diesem Tage ihr Stiftungsfest feierte, zu Ehren des Arbeitertags an dem Sitzungslokal mit klingendem Spiel und mit ihren 4 Stück, im Laufe des Tages brav bedienten Kanonen vorüberzog. Mit einem freudigen Hurrah wurden die wackeren kleinen Patrioten vom Balkon des Sitzungslokals aus von der Versammlung begrüßt.

Um 7 Uhr Abends begann das **Bankett in der Liederhalle.** Es nahmen daran über 300 Mitglieder des Vereinstages Theil. Das erste Glas brachte der Präsident des Vereinstages, Bandow, dem deutschen Vaterlande; die Musik fiel mit der Melodie des Vaterlandsliedes ein, und die Versammlung stimmte den Gesang dazu an. Darauf begannen die Trinksprüche, die sich bis zum Schluß des Festmahls Schlag auf Schlag folgten. Rechtsconf. Hölder, Vorsitzender des Lokalcomites, brachte ein Hoch den Bestrebungen des Arbeiterstandes. Dr. Lange aus Duisburg rühmte, daß dem Vereinstag bis jetzt nirgends ein so guter Empfang geworden, wie in Stuttgart. Das Lokalcomite allein habe diesen Empfang nicht zu Stande bringen können, es müsse etwas an dem Boden sein, aus dem ein solches Comite erwachsen. Norddeutscher Uebermuth, von dem so viel die Rede sei, müsse schmelzen südlich der Mainlinie, wo man fühle daß man in gesunder Gebirgsluft, bei den Quellen des deutschen Geistes angekommen sei. Hoch das Lokalcomite und mit ihm Stuttgart und das ganze Land Württemberg! Prof. Eckardt aus Mannheim begrüßt die Gäste aus Frankreich und der Schweiz und bringt ein Hoch „der Centralisation der Geister in der Kraft und der Föderation der Völker in der Freiheit." M. Block aus Paris preist die Vereinigung der geistigen und der Handarbeiter; Saner (A.) aus der Schweiz die Verbrüderung Deutschlands und der Schweiz. Tachard aus Paris, Elsäßer, schildert in warmen Worten die Stellung des Elsaß, das an Frankreich sich gebunden fühle, weil es mit Frankreich das Jahr 1789 erlebt; er bezeichnet Johann Dolfus als den elsässischen Schulze-Delitzsch und entwirft ein Bild dessen, was namentlich in Mühlhausen zu Gunsten der Hebung des Arbeiterstandes geschehen sei. Sein Hoch gilt dem ganzen deutschen Brudervolk. Sonnemann aus Frankfurt bringt ein Hoch den deutschen Turnern und Sängern, die als Erscheinungen ächt deutschen Lebens mehr und mehr vom Ausland gewürdigt werden und den Boden der Freiheit und Einheit durch Disciplin und Erhebung der Gemüther bereiten helfen, wenn auch das große Ziel selbst weder erkannt noch errungen werden könne. Vogel aus Hamburg bringt sein Hoch dem noch nicht freien, noch nicht selbstständigen Schleswig-Holstein. Karl Mayer aus Stuttgart, Redakteur des Beobachters, der polit. Selbsthülfe, durch welche allein den Schleswig-Holsteinern, dem ganzen deutschen Volke geholfen werden könne, da Deutschlands Vormund, der deutsche Bund, Ferien habe. Kurz aus Ravensburg gedachte des großen Agitators auch für das Emporkommen des Arbeiterstandes, Friedrich List u. s. w.

(Zweiter Sitzungstag, Montag, 4. September.) Ein Telegramm aus Leipzig (von Dolpe) wird verlesen. Sonnemann erstattet, während die gestern gewählten Commissionen noch sitzen, den Kassenbericht. Madaus (A.) von Stuttgart wünscht, daß der Kassenbericht dem Jahresbericht künftig beigefügt werde. In Abwesenheit des Referenten Lippolt erstattet Dr. Lange einstweilen Bericht über die Baugenossenschaften und bezieht sich wesentlich auf die früher gefaßten Beschlüsse und auf das vorjährige Referat Bredhorsts. Während sich der Referent in der „Innung der Zukunft" auf alle theoretischen Möglichkeiten eingelassen, habe er sich beschränkt, das in England praktisch Giltige auszuführen, also komme er zu der Empfehlung des Systems, das jeden zum Hauseigenthümer mache. Außerdem empfiehlt er die weitere Resolution: Es ist zu wünschen, daß die Volksbanken den Baugenossenschaften Credit geben und mit ihnen in Geschäftsverbindung treten. Meerboth (A.) von Eßlingen sind die Beispiele in der Broschüre „Jedermann Hauseigenthümer" nicht ganz klar und er führt die Zweifel aus, die ihm über die Möglichkeit, unter gewissen Voraussetzungen Eigenthümer zu werden, gekommen sind. Borst (A.) aus Zürich führt aus, auf welche Weise der Verein daselbst sich ein eigenes Haus erworben habe. Weithmann als Vertreter des Bildungsvereins der Maurergesellen in Leipzig ertheilt der Intelligenz und den Leistungen seiner Auftraggeber warmes Lob, bezeichnet es als einen Wunsch derselben, daß vollkommene Freiheit hinsichtlich des Baugewerbes ausgesprochen werde, und stellt einen bezüglichen Antrag. Martens (A.): In Hamburg, wo das Baugewerbe ganz frei sei, habe man sich viel mit dieser Frage beschäftigt. Der Senat halte dort mit seinen Ländereien zurück und dagegen helfen die freiesten Beschlüsse nichts. Es sei nun der Antrag gestellt, daß die Regierung Boden zu Arbeiterwohnungen verkaufen solle, denn nirgends seien so schlechte ungesunde Arbeiterwohnungen, als in Hamburg, deren theilweise Beseitigung erst jüngst wieder an Neid, Eifersucht und Beschränktheit gescheitert sei. Er selbst habe 12 Arbeiterwohnungen erbaut, da er nicht gern viel rede, sondern lieber gleich mit Beispiel vorangehe, und diese seien reißend abgegangen. Die Frage der Arbeiterwohnungen sei eine complicirte, je nach den lokalen Gesetzen und Verhältnissen seien die Hindernisse verschieden und was man hier beschließe, möge ganz hübsch sein, aber praktisch sei nur, die Frage in jeder Lokalität besonders zu studiren und demgemäß Maßregeln zu ergreifen. (Bravo!)

Dr. Lange erwidert erst Meerboth, daß er freilich keine allgemeine Panacee in dieser Frage geben könne und daß Baugenossenschaften wie andere Produktivgenossenschaften verunglücken können, verweist ihn aber doch auf einige in seiner Broschüre enthaltenen Rathschläge und Erfahrungen. Er dankt Borst und Martens für ihre interessanten Mittheilungen. Was aber den Weithmann'schen Antrag betrifft, so kann ihn der Referent nicht empfehlen und nicht verdammen. Die empfehlenden Anträge der Commission werden einstimmig angenommen.

Sonnemann referirt nun für den immer noch abwesenden Lippolt über die statutenabändernden Vorschläge. Die Commission hat den German'schen An

trag beseitigt, hat den Bebel'schen in Betracht gezogen und hat die alten Statuten zu Grund gelegt. Nach dem ersten Punkt soll ein außerordentlicher Vereinstag einberufen werden, wenn 30 Vereine dies verlangen. Der zweite Punkt betrifft die Geldbeiträge, und der Referent erörtert nun die verschiedenen Systeme. Die Commission hat sich entschieden, einen Groschen per Kopf für den Vereinsverband einzuziehen. Was das Stimmrecht betrifft, so will es die Commission beim Alten lassen und jedem Verein nur eine Stimme geben. Ein weitere Aenderung beantragt, künftig die Vorversammlungen schon zu förmlichen Versammlungen zu machen.

Bebel (A.) will sich nicht auf seine Vorschläge capriciren, aber er empfiehlt der Versammlung doch seinen von der Commission nicht gebilligten Vorschlag, den Präsidenten zu salariren. Hering (A.) aus Ulm stellt einen Antrag in Beziehung auf das Stimmrecht bei den Vereinstagen, der dahin geht, daß bei der Entfernung von 30—40 Stunden kleineren Vereinen gestattet sein soll, mehrere zusammen einen Vertreter zu senden. Hochberger (A.) bekämpft den Bebel'schen Vorschlag. Hirzel gegen Hering: Der Vertreter könne immer nur eine Stimme haben. Er empfiehlt hinsichtlich der Vertretung den bisherigen Modus, und ebenso empfiehlt er den Groschen Kopfsteuer. Dagegen empfiehlt er dringend Salarirung des Präsidenten. Die Selbsthilfe werde keine vollständige sein, wenn die Arbeiter noch unbelohnte Dienste annehmen, sie sollten zu stolz dazu sein. Daß die Lassalleaner ihren Präsidenten besolden, sei für die Arbeiterbildungsvereine kein Grund, ihn nicht zu besolden.

Die Generaldebatte wird hier geschlossen und Eichelsdörfer (A.) meint, man solle die prinzipiellen Punkte jetzt einzeln berathen, aber nicht in redactionelle Berathung eintreten. Er begründet den Vorschlag, daß 30 Vereine einen Vereinstag berufen können. Schlumberger (A.) will gar 50 Vereine setzen. König (A.) von Hanau aber geht noch weiter und will den Beisatz ganz verwerfen. Hirsch ist die Zahl 30 auch nicht genug, er ist für 50. Staudinger (A.) aber will ein progressives Verhältniß, man soll ein Drittel oder die Hälfte der Vereine festsetzen. Er empfiehlt den dritten Theil. Ein Schlußantrag Dr. Lange's geht durch. Eichelsdörfer, Namens der Commission kann sich mit Staudinger's Antrag einverstanden erklären, und so wird der Zusatz angenommen. Ebenso wird der Groschenbeitrag angenommen. Der Paragraph, welcher festsetzt, daß die Ausschußsitzungen immer am Wohnort des Präsidenten stattfinden sollen, wird gestrichen. Nun handelt es sich um die Art der Präsidentenwahl. Nach bisherigem Statut wird der Präsident vom Ausschuß gewählt, nach Bebels und Weithmanns Antrag soll der Präsident künftig direkt vom Vereinstag gewählt werden. Weithmann weist auf den gestrigen Beschluß des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts hin. Voget sucht den Unterschied, der dennoch besteht, nachzuweisen und verwahrt das allgemeine Stimmrecht gegen die Consequenz. Bebel aber sucht den Vorschlag zu rechtfertigen aus dem Mißverhältniß, das entstehen würde. Sonnemann: Das allgemeine Stimmrecht habe mit dem Vorschlag gar nichts zu thun. Der Präsident sei nur ein formeller und der Schweizer Bundespräsident werde auch nicht von der Versammlung, sondern von seinen Collegen gewählt. Der Präsident solle eben keine bevorzugte, ihm ein Uebergewicht verleihende Stellung haben. Weithmann beruft sich auf den Vorgang des amerikanischen Präsidenten, der direkt gewählt werde. Wenn man eine Regierung wenn man eine Persönlichkeit, eine bestimmte Tendenz wolle, so müsse man den Präsidenten direkt wählen. Ein Uebergewicht habe der Präsident so wie so, es sei darum nothwendig, daß er mindestens aus dem Vertrauen der ganzen Versammlung hervorgehe. Ihm seien manche Beschlüsse des ständigen Ausschusses vorgekommen, von denen er als Ausschußmitglied nichts gewußt habe. Bebel: Der Schweizer Präsident werde von der Versammlung nicht von seinen Collegen gewählt. Stuttmann bezüchtigt Weithmann hinsichtlich der (freilich nicht gemachten) Behauptung, daß Ausschreiben ohne Kenntniß des engeren Ausschusses ergangen seien, des wissentlichen Irrens.

Sonnemann spricht, ärgerlich, von „persönlichen Machinationen", die gegen ihn geschmiedet werden. (Oh!) Er müsse Hrn. Weithmann, wenn ihm, wie behauptet, solche Beschlüsse vorgekommen, der Pflichtverletzung zeihen, daß er alsdann keine Beschwerde erhoben.

König: Der engere Ausschuß habe alle Ausschreiben gekannt, die erlassen worden seien. Ebenso Leschmann.

Weithmann (dem weiteren, nicht dem engeren Ausschuß angehörend) will diesen Punkt bei einer späteren Frage erörtern und beharrt auf seiner Behauptung.

Hiernach wird abgestimmt und es wird mit 29 gegen 26 Stimmen beim Alten belassen. Nun bekommt die Frage, ob dem Präsidenten ein fester Gehalt bezahlt werden soll. Weithmann begründet den bezüglichen Antrag. Simon von Aalen will den Präsidenten nur für seine Auslagen entschädigen und spricht gegen fixen Gehalt, Weithmann nochmals dafür. Der Antrag wird aber abgelehnt.

Dem Ausschuß wird von einer inzwischen bestellten Commission Kassendecharge ertheilt.

Nunmehr kam die brennende Frage des Vereinsorgans zur Berathung. Die fünfgliederige Commission hatte sich in eine Majorität und in eine Minorität gespalten. Die Majorität (Hirzel, Moriz Müller und Weithmann) erkannte die Nothwendigkeit eines Vereinsorgans an, die Minorität (Dr. Lange und Stuttmann) bestritt dieselbe. Beide waren darüber einig, daß nunmehr über die schon in der Vorversammlung genügend erörterten persönlichen Differenzen zur Tagesordnung übergegangen und demnach auch der von einer Seite ventilirte Antrag eines besonderen Vertrauensvotums für den Ausschuß in dieser Frage auf sich beruhen gelassen werden sollte. Für den Fall, daß die Majorität der Versammlung im Sinne der Majorität der Commission für die Nothwendigkeit eines Vereinsorgans sich aussprechen sollte, sollte dann der Versammlung die Frage vorgelegt werden, ob die bestehende Arbeiterzeitung oder ein neu zu gründendes Blatt das Vereinsorgan werden solle. Einstimmig war die Commission für den einen wie für den anderen Fall über folgende Punkte: 1) das Vereinsorgan solle enthalten einen officiellen Theil für die Bekanntmachungen des Ausschusses und einen nichtofficiellen Theil zur Verfügung der Redaction und zur Veröffentlichung von Einsendungen der Mitglieder und Vereine, deren freieste Meinungsäußerung garantirt sein solle; 2) bei allen Conflikten zwischen Redaction und Einsendern solle der gewählte ständige Ausschuß, vorbehaltlich einer Berufung an die Vereine, entscheiden. 3) der Modus der Uebereinkunft über Haltung und Führung des Vereinsorgans solle von dem neugewählten ständigen Ausschuß aufgestellt und den im Verband vertretenen Vereinen zur Bestätigung vorgelegt werden; 4) es sei als dringend wünschenswerth zu bezeichnen, daß in dem Vereinsorgan die politischen Vorzüge der Arbeiterzeitung mit den socialen der Flugblätter vereinigt werden. Für die Majorität und für die Nothwendigkeit eines Vereinsorgans referirte kurz Weithmann, für die Minorität ebenso kurz Dr. Lange, gegen die Nothwendigkeit eines Vereinsorgans. Zum Verständniß der Verschiedenheit der Standpunkte hierbei mag bemerkt werden, daß die Majorität ihrer Zusammensetzung und bereits ausgesprochenen Ansichten nach für den Fall der Bejahung ihrer Frage für die Bestätigung der bereits bestehenden Arbeiterzeitung als Vereinsorgan war, die Minorität dagegen, ihren bereits eingenommenen Standpunkt gemäß, gegen die Arbeiterzeitung und für Gründung eines neuen Organs; da hierfür aber ganz offenbar die Majorität der Versammlung nicht zu erlangen war, so sprach sich, folgerecht, die Minorität der Commission gegen die Nothwendigkeit eines Vereinsorgans aus, um, damit gewissermaßen auf die zweite Operationsbasis sich zurückziehend, wenigstens den bestehenden Zustand zu erhalten, nach welchem die Arbeiterzeitung nur thatsächlich, nicht formell und offiziell, das Vereinsorgan ist. Dadurch nun, daß die beiden Referenten in erster Linie allerdings logisch richtig, nur ganz allgemein für und gegen die Nothwendigkeit eines Vereinsorgans sich aussprachen, ohne irgendwie die Frage zu berühren, welches Organ Vereinsorgan werden sollte, blieb die Versammlung über diese eigentlich bestrittene Frage bei ihrer Abstimmung um so mehr im Unklaren, als die gesammte Commission einstimmig aus guten anderen Gründen, um nicht die bereits in der Vorversammlung erörterten Differenzen zur Sprache zu bringen, die Abstimmung ohne Discussion empfahl, durch welche letztere die Versammlung erst volle Klarheit für ihre Stimmgebung erhalten haben würde. Während die beiden Referenten ihre ganz kurzen Berichte über die erste Frage erstatteten, meldeten sich verschiedene Redner für und gegen zum Wort und der Vorsitzende, der die Empfehlung der Abstimmung ohne Discussion von Seiten der letzteren nicht als förmlichen Antrag aufgefaßt hatte, eröffnete die Discussion und gab dem Abgeordneten des Coburger Vereins, Streit, das Wort. Nachdem der letztere einleitend dahin sich ausgesprochen hatte, daß die Discussion von ihm und hoffentlich auch von allen Seiten so werde geführt werden, daß das Bild der Eintracht, welches im Großen und Ganzen die Verhandlungen bisher geboten, nicht gestört werde, so daß keines der Mitglieder die Berathungen dieses Vereinstags mit einem Stachel im Herzen zu verlassen habe und nachdem er darauf hingewiesen, daß die Frage in einen persönlichen und in einen rein sachlichen Theil zerfalle, daß er den persönlichen Theil durch die Vorversammlung und schon durch seine Erklärung in Nr. 129 der Arbeiterzeitung vom 18. Juni d. Js. für erledigt betrachte und daß er zu dem sachlichen Theil sprechen wolle, — erhoben die beiden Referenten Weithmann und Dr. Lange Einspruch und bemerkten, daß sie die Abstimmung ohne Discussion beantragt hätten, und vor allem die Entscheidung der Versammlung darüber begehrten. Streit empfahl diesen Antrag der Versammlung im Interesse möglichst friedlicher Erledigung der ganzen Frage und verzichtete, als die Versammlung schwankte, förmlich auf das bereits erhaltene Wort. Die Versammlung nahm nunmehr den Antrag der Commission, auf Abstimmung ohne Discussion an und es wurde hierauf sofort zur Abstimmung über die Frage der Nothwendigkeit eines Vereinsorgans geschritten. Hier zeigte sich nun, daß die Versammlung über diese Frage allerdings nicht genügend informirt war; viele glaubten, daß die Abstimmung bereits die andere der Gründung eines neuen, vom ständigen Ausschuß selbst zu gründenden Organs in sich schließe und stimmten deßhalb mit Nein, während sie aus demselben Grunde für die Arbeiterzeitung gestimmt haben würden und deßhalb in erster Linie für die Nothwendigkeit eines Vereinsorgans hätten stimmen müssen. So kam es, daß in namentlicher Abstimmung 30 Stimmen mit Nein und 22 mit Ja stimmten und so schließlich beide Parteien, wenn man diesen hier nicht ganz zutreffenden Ausdruck gebrauchen will, sich den Sieg zuschrieben: die einen zu Gunsten der Arbeiterzeitung, weil kein neues Organ nunmehr gegründet werden kann, und die Gegner der Arbeiterzeitung ihren Wunsch als erfüllt betrachteten, weil der bestehende Zustand durch diesen Beschluß aufrecht erhalten wird, wonach die Arbeiterzeitung nur thatsächlich, nicht formell und offiziell das Organ der Vereine ist. Uebrigens hat der neue Ausschuß bereits die Flugblätter aufgegeben und wird es nun dessen Aufgabe sein, das Verhältniß zur Arbeiterzeitung zu regeln. Sache der Vereine aber wird es sein, genügend dafür zu wirken, daß die Arbeiterzeitung endlich diejenige Verbreitung erhält, die im Interesse der Sache nothwendig ist und die Existenz des Blattes sichert, da andererseits durch den gefaßten Beschluß der Verleger der moralischen Verpflichtung, das Blatt noch ferner mit schweren eigenen Opfern fortzuführen, entbunden ist.

Nach einer hierauf gemachten, kurzen Pause werden von einer hierzu durch Acclamation ernannten Commission bei noch ziemlich gelichtetem Hause zuerst die Vorschläge zum neuen Ausschuß gemacht. Dr. Pfeiffer erhält dann das Wort über die Produktivgenossenschaften. Die Frage von deren Zweckmäßigkeit erörtert er gar nicht. Wenn Rothschild zu seinen Millionen hin noch einige erwerbe, so sei das in der Ordnung, wenn aber der Arbeiter seinen kleinen Erwerb zu steigern suche, so schreie alle Welt über Begehrlichkeit. Und doch bedeute der höhere Lohn für ihn die Möglichkeit höherer Intelligenz und Sittlichkeit. — Im Verlauf seiner Rede hebt er hervor, daß nicht nur die Franzosen von uns (Selbsthilfe), sondern auch wir von ihnen (Initiative) gelernt haben. Redner gab eine höchst interessante Statistik der Gewerbe und Industrien, in welchem Produktivgenossenschaften bestehen, an deren Schluße er auch die der hiesigen Schuhmachergenossenschaft aufführt. Er untersucht das Factum, warum in Frankreich die Productivgenossenschaften bis jetzt besser gedeihen, als bei uns, und findet den Grund darin, daß es den Franzosen nicht bloß um das Gedeihen ihrer einzelnen Genossenschaft zu thun sei, sondern um Herbeiführung eines neuen socialen Zustandes überhaupt. Besonders betont der Redner, daß es hier keine allgemeine Regeln gebe, sondern daß diese Genossenschaften sich nach den örtlichen Umständen richten müssen. Aber freilich gebe es gemeinsame Schwierigkeiten, und in Beziehung auf diese stelle er seine Anträge. Die Produktivgenossenschaften stehen vor Allem außerhalb des Gesetzes; auch das neue deutsche Handelsgesetzbuch ignorire sie. Die zweite Schwierigkeit sei, den verdienten Credit zu erhalten. Die Vorschußvereine sollen einen Schritt weiter gehen und nicht nur den Handwerkern, sondern auch den Produktivgenossenschaften Credit geben. Er bittet über diesen Punkt die anwesenden Franzosen sich auszusprechen. Pflicht der Arbeitervereine sei, zu berathen,

wie der Zurückhaltung der Vorschußvereine abzuhelfen sei. Es handle sich nicht, solche Produktivgenossenschaften mit einem Zauberschlag hervorzurufen, sondern den Gärtner für die schon bestehenden zu machen. Das haben die Vorschußvereine bedauerlicher Weise bisher nicht gethan und es sei daher zu berathen, wie die Arbeiter selbst solche Creditgenossenschaften hervorrufen können. — Zu den Produktivgenossenschaften gehöre eine gewisse technische, namentlich aber auch moralische Bildung. In den Arbeiterbildungsvereinen sei zu deren Erwerbung Gelegenheit. Daher sei drittens zu erklären, daß diese Vereine der beste Boden zur Vorbereitung dieser Genossenschaften seien. Zum Schlusse mahnt der Redner, sowie die Franzosen, des allen diesen Genossenschaften za Grunde liegenden socialen Zwecks stets eingedent zu sein. Noch sei die Gesellschaft in zwei feindliche Theile gespalten. Die Produktionsgesellschaften werden am besten dazu dienen, dieser Spaltung ein Ende zu machen. Pfeifer schließt unter dem Beifall der Versammlung mit einem glücklichen Citat aus Göthe. — Da nun der Präsident die Wahl des Ausschusses während der weiteren Debatte anordnen will, verlangt Weithmann, daß über die Persönlichkeiten diskutirt werde. Da die Frage dadurch angeregt ist, so gibt der Präsident das Wort über diese Vorfrage; Hochberger (A.) will keine Diskussion, ebenso Stuttmann. Hirsch erhält das Wort zu einer persönlichen Bemerkung und erklärt es für eine Verleumdung, daß er sich im Ausschuß gegen das allgemeine Wahlrecht und öffentlich dafür ausgesprochen habe und klärt den Sachverhalt auf. Eichelsdörfer (A.) bestreitet, daß in dem betreffenden Kreise, in welchem er auch anwesend gewesen sei, eine Behauptung, wie sie Herrn Hirsch referirt worden sei, gefallen und erklärt, was dort (von Weithmann) gesagt worden sei. (Schluß, Schluß von allen Seiten!) Weithmann, dem gegen den schweren und nach dem Zeugniß Eicheledörfer's ungegründeten Vorwurf der Verleumdung allerdings das Wort hätte gegeben werden sollen, verlangt das Wort, es wird ihm durch Abstimmung entzogen, er verlangt dann das Wort zu einer persönlichen Erörterung, es wird ihm mit allen gegen 2 Stimmen durch Abstimmung entzogen, er verlangt es zur Geschäftsordnung. Der Vorsitzende Bandow erklärt, die Geschäftsordnung sei nicht verletzt, er appellire an die Versammlung. Diese erhebt sich für ihn und Weithmann protestirt nun zu Protokoll gegen Verletzung der Geschäftsordnung. Die Wahloperation beginnt dann und Horn erhält das Wort, um die französischen Erfahrungen mitzutheilen. Er findet aber die nöthige Ruhe nicht, ohne vorher die Bemerkung zu machen, daß ihm die heutigen Verhandlungen nicht denselben günstigen Eindruck machen wie gestern. Er mahnt an die Solidarität als das allen gemeinschaftliche Prinzip und bedauert, daß die ganze Versammlung wegen der Präsidentenwahl, wegen der Bezahlung des Präsidenten u. s. w. einen ganzen oder halben Tag verloren habe. Dann geht der Redner auf die Materie ein und erklärt sich in einem glänzenden Vortrag mit Pfeiffer einverstanden, dessen Resolutionen er zur Annahme empfiehlt. Es gebe dort sociétés du credit mutuel und banques du crédit au travail. Der ersteren gibt es in Paris 45, letzterer 2 und er schildert beide in ihren Eigenschaften. Man lacht als er anführt, man werde sie leichtsinnige Franzosen heißen, wenn er gestehe, daß ihre Banken sogar Geld zur Gründung von Productivgenossenschaften geben.

Zum Schluß erbietet der Redner sein Journal: association zum Organ des Vereinstags für alle Mittheilungen, die er außerhalb Deutschland zu verzu verbreiten wünsche. Er schließt unter allgemeinem Beifall.

German spricht in längerem, leider in dem großen Saale nur schwer verständlichen, Vortrag seine Ansichten und Ausführungen aus. Dr. Lange empfiehlt, in den Arbeitervereinen jeden Sonntag Vormittag deutsch aus der „Association“ und aus dem englischen Arbeiter-Journal „Bienenkorb“ vorzulesen. Es werden dann die Pfeiffer'schen Resolutionen angenommen. Sie lauten:

1) Eine gesetzliche Regelung der rechtlichen Stellung der Arbeiter-Associationen und besonders der Consumvereine und Produktiv-Associationen ist dringliches Bedürfniß. Es ist daher bei sämmtlichen deutschen Regierungen darauf hinzuwirken, daß eine entsprechende Ergänzung der Bestimmungen des allgemeinen deutschen Handels-Gesetzbuches vereinbart werde, welche diese Form von Handelsgesellschaften anerkennt, und ihre rechtliche Beziehung zu denjenigen, welche mit ihnen in Verkehr treten, erhält.

2) Der Vereinstag, indem er anerkennt, daß von vielen Creditvereinen die weit entwickelten Formen des Genossenschaftswesens in kräftiger Weise unterstützt wurden, bedauert, von denselben nicht überall dasjenige Entgegenkommen zu finden, das von derartigen gemeinnützigen Anstalten erwartet werden sollte. An solchen Orten, wo eine Geschäftsverbindung mit den bestehenden Creditvereinen nicht möglich erscheint, ist es Aufgabe der Arbeitervereine, durch Anwendung des Prinzips der genossenschaftlichen Selbsthilfe die erforderlichen Creditinstitute selbst ins Leben zu rufen. Der ständige Ausschuß wird daher beauftragt, über die Mittel und Wege zu berathen, wie dies am besten auszuführen ist und dem nächsten Vereinstage Vorschläge zu unterbreiten.

3) Die Arbeiterbildungsvereine sind der beste Boden für das Emporwachsen der Produktivassociationen. Es ist daher Pflicht der Arbeitervereine durch Sorge für den geeigneten Unterricht sowohl als auch durch Gründung der unteren Stufen der Genossenschaften wie Sparvereine und Krankenkassen, Consumvereine u. s. w. ihre Mitglieder zu den Produktivassociationen vorzubereiten und heranzubilden.

Nachdem dann die Operation der Wahl für den neuen Ausschuß vorgenommen worden, verliest der Präsident das Schreiben eines Mitglieds des hiesigen Arbeitervereins, das sich beklagt, daß gestern meist nur Doktoren gesprochen haben und zum Theil mehrmals, daß aber eigentlichen Arbeitern das Wort entzogen worden sei. Der Präsident sieht hierin einen ihm gemachten Vorwurf der Parteilichkeit, den er zurückweisen müsse, da er streng nach der Geschäftsordnung gehandelt habe und legt das Schreiben zu den Akten. Es bezieht sich nun Bebel (A.) in kurzem Vortrag auf seinen gedruckten Bericht über Speisegenossenschaften. Das Wort darüber erhält Borst (A.) von Zürich, der die Daten über den in Zürich bestehenden Speiseverein mittheilt. Enke (A.) aus Freiburg empfiehlt wie dieser Vorredner solche Speiseanstalten. Ein Arbeiter, Franke, der früher in Genf war, macht auf die Gründe des Untergangs der Speiseassociationen in Bern und Neuenburg aufmerksam, die hauptsächlich in zu unvorsichtigem Creditgeben und in unrichtiger Wahl in den leitenden Persönlichkeiten gelegen hätten und spricht in dieser Hinsicht sich warnend aus. Sauer (A.) aus Vevay erörtert die Gründe, weßhalb namentlich die Speisegenossenschaften in Lachauxdefond zu Grunde gegangen sei und warnt vor Gründung solcher Genossenschaften in kleineren und solchen Städten, in welchen die Arbeiter vorzugsweise bei ihren Meistern in Kost seien. Bebel schlägt die folgende Resolution vor: „Namentlich für jüngere Vereinsglieder sei die Gründung solcher Vereine empfehlenswerth. Die Einrichtung der Vereine sei nach lokalen Verhältnissen zu bestimmen.“ Wird angenommen. Hinsichtlich der Altersgenossenschaften beantragt Sonnemann, indem er sich die Resultate seiner Untersuchungen in einer Broschüre zu veröffentlichen vorbehält, diesen Gegenstand wegen vorgerückter Zeit fallen zu lassen. Auch Moriz Müller erklärt, daß er über Frauenarbeit nicht berichten werde, weil er eine Stunde brauchen würde und dazu jetzt nicht mehr Zeit sei. German verlangt daher Berathung am morgenden Tage. Pfeiffer unterstützt diesen Antrag. Martens aber beantragt fortzufahren. Pfeiffer glaubt jedoch, daß man allerseits zu abgespannt sei, um weiter zu debattiren. Auch Lippolt schlägt auf morgen eine Sitzung vor. Weithmann mahnt an den Vorgang in Luzern, wo man auf einen Spaziergang verzichtet habe, um in der ernsten Berathung fortzufahren. Die meisten Anwesenden seien Arbeiter, denen mit der Verschiebung um einen Tag nicht gedient sei, da sie wieder einen Taglohn versäumen. Die Debatte wird geschlossen. Es will abgestimmt werden, aber Hirsch beantragt, es möchten sich diejenigen erheben, welche morgen abreisen müssen und es erheben sich acht. Nun wird die Vertagung auf morgen beschlossen. Nachdem erhebt sich noch Dr. Lange und gesteht, daß man so ein bischen aus Rücksicht auf die Feststadt gehandelt habe und bittet, künftige Vereinstagsstädte diesen nicht mit zu viel freundlichen Zeilen zu bedenken. Martens empfiehlt, da er morgen wahrscheinlich abreise, auf das Dringendste, das in deutscher Uebersetzung erschienene Werk von J. Simon: „die Arbeiterin“.

Der Präsident schließt die Verhandlung und die Versammlung marschirt nach dem Schießhaus ab, wo ihrer ein Fest im Freien wartet. In dem Garten desselben, an die reizend gelegene Uhlandshöhe angrenzend, hat die Stadtbehörde in gastfreundlicher Liberalität den Gästen drei Eimer echten, ganz vortrefflichen Schwabenweins, der von den wackeren Turnern des Arbeiterbildungsvereins in schwäbischer Bauerntracht credenzt wurde, den Gästen zum Besten gegeben. Das Fest verlief in aller Heiterkeit und rühmlicher Ordnung.

Damit schloß der zweite Sitzungstag.

(Dritter Sitzungstag, Dienstag 5. September.) Präsident Bandow verkündigt bei Eröffnung der Sitzung (morgens 8 Uhr) das Ergebniß der Neuwahl des ständigen Ausschusses. Gewählt sind: Bandow (Berlin) 50 St., Dr. Lange (Duisburg) 47, Dr. Hirsch (Magdeburg) 44, Eichelsdörfer (Mannheim) 44, Staudinger (Nürnberg) 42, Hochberger (Eßlingen, künftig Stuttgart) 41, Sauerteig (Gotha) 40, Sonnemann (Frankfurt) 36, Lippold (Glauchau) 35, Bebel (Leipzig) 34, Richter (Hamburg) 25, König (Hanau) 22 St. Es folgt die Berathung über die Sparvereine, Altersversorgungsvereine, Abschaffung der Wanderbücher, Frauenarbeit, Lehrmittel.

Die Tagesordnung führt auf den Bericht über das Genossenschaftswesen, und zwar: Association der Sparvereine. Refer. Staudinger (A.). Derselbe führt aus, wie wohlthätig es wirken würde, wenn eine Verbindung aller Sparvereine durch alle Arbeitervereine Deutschlands und allenfalls der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz herbeigeführt würde. Es würde demnach einem wandernden Arbeiter sein Quittungsbuch, gleich einem Kreditbrief, ausgefertigt; ist er in der andern Stadt angelangt, wo er in Arbeit treten wird, so kann er dort seine Einlagen fortsetzen. Ein solches Quittungsbuch wäre eine bessere Empfehlung, als alle amtlich beglaubigten Zeugnisse, weil dadurch Fleiß und Geschicklichkeit nebst Solidität am besten sich ausweisen. Der Referent empfiehlt diese Kreditkassen als einen ganz besonderen Segen für die Arbeiter, und schlägt, um die Einrichtung praktisch durchführen zu können, zehn besondere Punkte vor:

1) Generalvollmacht an den Ausschuß zur Entwerfung eines Statuts für diese Association der Sparvereine.

2) Strenge Controle durch die Arbeitervereine.

3) Einrichtung gleichmäßiger Bücher.

4) Anlegung gegenseitiger Contos und halbjährige Abrechnung.

5) Gegenseitiger Austausch der Handschriften der Vorstandschaftsmitglieder und bei dem Wechsel derselben.

6) Bei Abreise eines Mitgliedes ist das Quittungsbuch vollständig abzuschließen, zu quittiren und anzuweisen, mit Vereinssiegel und Namensunterschrift des Vorstandes und des Kassiers zu versehen.

7) Hat das Mitglied nach geschehener Ausfertigung des Quittungsbuches seine eigene Handschrift dem Vidi beizusetzen, theils zur Bestätigung der Richtigkeit der Rechnung, anderntheils zur Beglaubigung über die Anweisung des Inhabers, der, wenn derselbe irgend einen Vorschuß auf sein Guthaben in Empfang nehmen will, mit seiner Handschrift die Aechtheit seiner Person zu dokumentiren hat.

8) Alle mittheilenswerthen Ereignisse der einzelnen Vereine sollen schnellstens im Vereinsorgane bekannt gemacht werden.

9) Jeder Verein, der dieser Vereinigung beitritt, hat seine Vermögensverhältnisse, Stand der Mitglieder und Zeit seines Bestehens gewissenhaft bei dem Centralkomité anzugeben.

10) Das Centralkomité besteht aus dem ständigen Ausschuß des Vereinstags deutscher Arbeitervereine und bildet eine eigene Abtheilung desselben.

Sauer (A.) aus Vevay weist hin auf die für den Arbeiter oft eintretende Unmöglichkeit des Sparens und die damit verknüpfte Unvermeidlichkeit von Nothständen für den wandernden Arbeiter, und wünscht deßhalb, daß Wanderunterstützungskassen, ähnlich wie in der Schweiz, errichtet werden, die um so leichter durchführbar seien, als die große Mehrzahl der Arbeiter nicht wandere. Die Hindernisse: örtliche Verhältnisse und Mangel an gutem Willen des einzelnen Handwerkers findet der Redner nicht so bedeutend, um nicht dieselben überwinden zu können. Germann führt gegen die Vorschläge Staudingers aus, daß dieselben eine verwickelte, schwierige und kostspielige Organisation von oben seien, und hält es für wünschenswerther, daß zunächst von unten die einzelnen Bausteine dazu zusammengetragen werden, um überall Sparkassen nach möglichst gleichmäßiger Einrichtung herzustellen. Nach seiner Ansicht kommt es heute auf nichts weiter an, als daß der Vereinstag die Errichtung von Sparkassen auf Grundlage möglichst einfacher, den örtlichen Verhältnissen entsprechender Einrichtungen und Geschäftsführung empfehle. Der Redner formulirt diesen Antrag, dahin lautend:

„Gründung von Sparkassen auf Grundlage möglichst einfacher, den örtlichen Verhältnissen entsprechender Statuten und Geschäftsführung ist den Arbeitervereinen zu empfehlen.“

Bebel (A.) erklärt sich gleichfalls gegen den Vorschlag Staudingers und empfiehlt den Antrag Germann's. Er weist namentlich darauf hin, daß der Staudinger'sche Vorschlag schon um deßwillen unaus-

führbar sei, weil es an den geeigneten Arbeitskräften für diese verwickelte neue Organisation fehle und weil es bedenklich sei, wo solche vorhanden, dieselben neben ihrer Thätigkeit für die bereits vorhandenen Organisationen noch mehr zu belasten. Die Wanderunterstützungskassen hält er, wenigstens für Nordd utschland, unausführbar. Borst (A.) aus Zürich glaubt, daß die Wanderunterstützungsvereine, wie sie in der Schweiz sich erprobt haben, auch in Deutschland zur Förderung und Pflege des Arbeiterstandes ausführbar seien. Verheirathete Arbeiter könnten ja von den Einlagen in diese Kassen dispensirt werden. Er beantragt, die Wanderunterstützungskassen besonders den bestehenden Gauverbänden zur Berücksichtigung zu empfehlen und glaubt in der Annahme nicht zu irren, daß der badische Gauverband sich bereits dafür ausgesprochen habe. Wenzel (A.) aus Stuttgart wünscht, daß auch die Prinzipale und die Fabrikherren in die Wanderunterstützungskassen einlegen möchten, indem ja sie vornehmlich den Vortheil von dem Wandern der Arbeiter haben. Er glaubt übrigens, daß die Wanderunterstützungskassen erst möglich seien, wenn die Arbeitervereine größere Verbreitung hätten. Er spricht sich im Laufe seines Vortrages gegen die Ansicht aus, daß man im Allgemeinen den Arbeiter, der spare, höher stelle, als die anderen, da eine Menge von Gründen beständen, die für viele Arbeiter es eben rein unmöglich machten, zu sparen. Lippalt (A.) gegen den Organisationsplan Staudingers, aber für Unterstützung der wandernden Arbeiter. Die Möglichkeit des Mißbrauchs der Wanderunterstützung sei kein Grund gegen dieselbe, dagegen sei auf zweckmäßige Einrichtung zu halten. Die Kleinheit der Wandergabe sei ebenfalls kein Grund; wer gewandert sei, wisse, daß 5—10 sgr. pro Tag auf der Wanderschaft allerdings schon eine ausreichende Unterstützung sei. Ueberdies würden mit den Wanderunterstützungskassen auch die sog. Handwerksgesellen den Arbeitervereinen gewonnen, während bis jetzt mehr nur die Fabrikarbeiter sich denselben zugewendet hätten. Prof. Provence aus Pforzheim entgegnet gegen Borst, daß der oberbadische Verband sich prinzipiell gegen die Wanderunterstützung ausgesprochen habe. Enke (A.) aus Freiburg im Breisgau erwidert, daß man in seiner Gegend für die Wanderunterstützung sei. — Ueber Staudingers Antrag wird schließlich Tagesordnung beschlossen und der Antrag Germanns angenommen. Die Tagesordnung führt auf den Bericht über Altersversorgungsvereine. Referent Sonnemann. Im vorigen Jahre wurden folgende Resolutionen angenommen: 1) Der Vereinstag beschließt die Errichtung einer allgemeinen Altersversicherungskasse für deutsche Arbeiter am Sitze des Ausschusses. 2) Es ist Zweck der Anstalt, vermittelst kleiner periodischer Beiträge dem Arbeiter im höheren Lebensalter ein Kapital zu verschaffen, um ihn vor Noth und Elend zu bewahren. 3) Es ist Pflicht der Arbeitgeber, die Arbeiter in dem Bestreben, dieser Kasse beizutreten, durch Uebernahme eines Theils der Leistungen zu unterstützen. 4) Es wird ein provisorischer Ausschuß von neun Mitgliedern ernannt, welcher die Ausarbeitung der Statuten zu übernehmen, mit den Versicherungsgesellschaften wegen etwaiger Rückversicherung zu verhandeln und die Anstalt definitiv in das Leben zu rufen, beauftragt ist. 5) Der nächste Vereinstag hat über die Statuten endgültig zu beschließen und die definitive Verwaltung der Kasse einzusetzen. Der Referent weist zunächst auf die Schwierigkeit der Frage hin, und sagt, daß dem Arbeiter nicht durch eine Rente, sondern durch die Einhändigung eines kleinen Kapitals zu helfen sei. Der Ref. theilt mit, daß der Ausschuß mit den Verhandlungen über diese Frage lebhaft sich beschäftigt habe, daß man aber kein Bankierhaus habe finden können, welches seine Vermittlung angeboten, um die Gelder sicher anzulegen. Nun sei der Jahresbericht einer Versorgungsanstalt in Meiningen ihm zugekommen, welche ganz nach den von ihm vorgeschlagenen Grundsätzen eingerichtet sei. Er glaube, daß der Zweck durch solche Lokalvereine ebenso erreicht werden könne, als durch einen Centralverein, nachdem ein solcher sich unausführbar erwiesen. Bei solchen Versorgungsanstalten müßte eine möglichst große Verzinsung gewährt werden.

Zu diesem Zwecke habe er an eine Verbindung mit den überall verbreiteten Vorschußvereinen, ebenso den Baugenossenschaften gedacht. Der Ref. schlägt demnach vor, daß man von dem vorjährigen Beschlusse der Gründung einer großen Anstalt abgehe, und daß der Ausschuß ein Normalstatut für solche örtlichen Unterstützungsvereine entwerfe und deren Gründung empfehle. Ein anderer Punkt ist der, ob die Unterstützung auch auf früher invalid werdende Arbeiter ausgedehnt werden solle; der Ref. ist der Ansicht, daß man diese Frage zunächst noch der Zeit und den zu machenden Erfahrungen überlasse. Dr. Pfeiffer spricht über das Verhältniß, in welches die Vorschußvereine und Baugenossenschaften zu den Unterstützungsvereinen nach dem Vorschlage treten sollen. Hachberger (A.) beklagt, daß die Arbeiter häufig von den in die Krankenkassen eingelegten Geldern nichts bekommen, weil die Kassen nicht in ihrer Verwaltung stehen, nicht getrennt von dem Betriebsfonds der Fabriken gehalten und auch nicht verzinst werden. Es seien unter diesen Umständen selbst Fälle vorgekommen, daß diese Unterstützungskassen auf diese Weise unrettbar mit zur Concursmasse gekommen seien. Er schlägt daher folgendes Amendement vor: Der Vereinstag erklärt: 1) daß Krankenunterstützungskassen für Arbeiter, insbesondere in Fabriken, Eigenthum der Arbeiter in so lange sind und bleiben, als die Mittel der Kasse von ihnen herrühren. 2) Daß ferner Ueberschüsse, welche sich aus dieser Kasse ergeben, nach Zuweisung eines Theils derselben zu einem Reservefonds, nachstehende Verwendung erhalten sollten:

a) als Unterstützung in Unglücksfällen, welche eine längere, als die statutenmäßige Arbeitsunfähigkeit begründen;
b) bei, nach einer Reihe von Jahren, im gleichen Geschäfte aufgeriebener Arbeitskraft und dadurch abnehmendem Verdienst oder Lohn;
c) nach einer bestimmten Anzahl von Jahren im gleichen Geschäft geleisteter Dienste, welche gänzliche Arbeitsunfähigkeit begründen, in Form einer Pension.

3) Allen Arbeitgebern, insbesondere Fabrikanten, denen das Loos ihrer Arbeiter am Herzen liegt und bei denen derartige Verhältnisse vorhanden sind, werden diese Vorschläge dringend empfohlen.

Der alte Martens (A.), praktisch wie immer, theilt die reichen Erfahrungen seines hilfreichen Wirkens auch auf diesem Gebiete mit und schildert, wie sie in Hamburg die Altersversorgung hauptsächlich in der Sorge für Wohnungen bestehen lassen, was den alten Leuten am wohlsten thue, und auf welche Schwierigkeiten sie dabei gestoßen. Prof. Wund fragt, wie sich der Ref. die Verbindung der einzelnen Versorgungsvereine unter einander vorstelle. Ref. Sonnemann weist nach, daß die Vorschußvereine eine genügende Sicherheit bieten, und eine viel größere als manche andere deutschen Bankinstitute. Die Verbindung der Versorgungsvereine unter einander denkt er sich als eine ganz lose. Sonnemann hat folgende Resolutionen beantragt: 1) die Errichtung von Altersversorgungskassen nach dem Grundsatze der Gegenseitigkeit ist den Arbeitervereinen anzuempfehlen. 3) Es ist vortheilhaft, die Kassenführung derartiger Vereine schon bestehenden Genossenschaften als Kredit- oder Spar- oder Baugenossenschaften, zu übertragen. 3) Die Altersversorgungsvereine sollen möglichst gleichartig eingerichtet werden, und es wird der ständige Ausschuß beauftragt, binnen drei Monaten den Vereinen ein Normalstatut unter Berücksichtigung der dem zweiten Vereinstage gemachten Vorlage zugänglich zu machen. 4) Die verschiedenen Altersversorgungsvereine sollen mit einander in Verbindung treten, um den Mitgliedern den Uebergang aus einer Anstalt in die andere zu erleichtern. Die Versammlung genehmigt diese Anträge nebst dem Amendement Hachbergers fast einstimmig. Mehrere, die Wanderunterstützung betreffende, erst nachträglich eingebrachte Anträge werden vertagt. Die Tagesordnung führt auf den Bericht über die Abschaffung der Wanderbücher. Referent: Bandow. Die beantragte Resolution lautet: Der dritte Vereinstag deutscher Arbeitervereine wolle erklären: „Das zur Zeit in Deutschland bestehende Paßsystem ist aus politischen, socialen und volkswirthschaftlichen Gründen nicht länger haltbar. Durch den Paßzwang und die Paßkontrole werden die arbeitenden Klassen am härtesten betroffen. Es ist Pflicht der Regierungen, alle die freie Bewegung von Ort zu Ort beschränkenden polizeilichen Bestimmungen schleunigst aufzuheben. Die Arbeitervereine haben im eigenen Interesse mit allen ihnen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln dahin zu wirken, daß der Verkehr durch dergleichen Hindernisse nicht länger gehemmt und bei zu erlassenden neuen, denselben regelnden Bestimmungen den übrigen Klassen der Gesellschaft gleichgestellt werden.“ Herr Bandow hebt das Lästige und Unwürdige derselben hervor; die Arbeit soll von allen Hemmnissen und jedem entwürdigenden Drucke befreit werden. Correfer. Weithmann bezeichnet das System der Wanderbücher als eine der größten Mißhandlungen der armen Handwerker. „Wer nichts besitzt, ist ein Lump und muß folglich auf alle Art gemaßregelt werden“, das sei die Logik, auf welcher das Paß- und Wanderbuchswesen für die Arbeiter beruhe. Uebrigens erinnert er daran, daß, außer in Sachsen, auch in Bayern, Baden und Oesterreich die Wanderbücher aufgehoben seien, daß also Süddeutschland, welches sonst noch lange kein Eldorado der Freiheit sei, hierin vorangegangen sei. Er beantragt einige, theils materielle theils redactionelle Aenderungen: bei den Worten „gesetzlichen Mitteln“ will er das Wort „gesetzlich“ als selbstverständlich gestrichen wissen; er will sodann sagen: „das in den meisten dieser Staaten bestehende Paßsystem“ und daran anreihend die Worte: „namentlich die Einrichtung der Wanderbücher.“

Dr. Pfeiffer unterstützte diese Anträge und berichtet, daß der hiesige Verein von der Regierung zum Bericht über diese Frage aufgefordert worden sei.

Schwab (A.) aus Stuttgart schildert in ansprechender schwäbisch-schlichter Rede das ganze Elend der Pässe und Wanderbücher und spricht sich ebenso verdammend über die von Sachsen eingeführten Arbeiterbücher aus, namentlich wegen der darin von den Arbeitgebern über Ein- und Austritt zu machenden Einträge, die bei unverschuldetem, öfterem Wechsel dem Arbeiter oft sehr nachtheilig würden. Er stellt folgenden Antrag:

> „Der Arbeitertag erklärt, daß da, wie von verschiedenen deutschen Regierungen anerkannt ist, die Wanderbücher nicht mehr zeitgemäß sind, dieselben fallen zu lassen und dem wandernden Arbeiter keine andere Legitimation ferner aufzuerlegen, als diejenige, welche für Jedermann üblich ist.“

Bebel (A.) ist auch gegen die Arbeitsbücher im Prinzip und für volle Gleichstellung der Arbeiter hierin mit allen übrigen Bürgern. Aber, obschon kein Freund des Beust'schen Regierungssystems, müsse er doch sagen, daß die Arbeitsbücher jedenfalls gegen die Wanderbücher ein Fortschritt seien, denn der Arbeiter könne damit in Sachsen und Oesterreich unbeanstandet von Ort zu Ort ohne Visa reisen, nur Ein- und Austrittsvormerk des Prinzipals sei polizeilich zu beglaubigen, das Arbeitsbuch selbst behalte der Arbeiter in eigener Verwahrung. German spricht gegen die Gesinde- und Dienstbücher der landwirthschaftlichen Arbeiter und weiblichen Dienstboten. Martens (A.) ist voll gerechten Zorns, daß man über diese Frage noch debattiren müsse. Dergleichen sei auch nur in Deutschland möglich. Er sei auch 17 Jahre gewandert und es habe ihm oft die Schamröthe ins Gesicht getrieben, wenn er sein Wanderbuch Ausländern habe sehen lassen müssen, mit den Einträgen wie: „Hautrein, Krätzefrei, Betteln verboten.“ Fort mit dem Kram, ruft der treffliche alte Herr. Moriz Müller ist als wandernder Geselle selbst einmal in Bayern auf den Schub gekommen — weil das kleine Muttermal auf seinem Backen nicht richtig bezeichnet und der Punkt über einem i weggelassen war; als er sich dann beschwerend an den Minister seines damaligen Heimathsstaats gewendet habe, habe dieser gemeint, da müsse man Repressalien brauchen, fortan seien die durchpassirenden bayerischen Handwerksgesellen noch mehr chicanirt und so — geholfen worden! Menzel empfiehlt den Antrag von Schwab. Bandow nimmt die Amendements von Weithmann auf und Schwab schließt sich dem Antrag lediglich an. Derselbe wird nunmehr einstimmig angenommen.

Borst aus Zürich erhält das Wort; er drückt vor seiner Abreise den herzlichsten Dank aus für die gute Aufnahme in Stuttgart, und fügt seine Wünsche für das Gedeihen der gemeinsamen Angelegenheit an.

Die Tagesordnung führt auf den Bericht über die Frauenarbeit. Refer.: Moriz Müller. Beantragte Resolutionen: 1) Der Arbeitertag erklärt: daß er aus national-ökonomischen Rücksichten die hohe Bedeutung der Mobilmachung der weiblichen Arbeitskraft anerkennt, und indem er als geeignetes Mittel zur Nutzbarmachung der Frauenarbeit die Gründung von weiblichen Industrieschulen empfiehlt, die den Mädchen, welche sich dem Gewerbefach widmen wollen, die Gelegenheit verschaffen und die Pflicht auferlegen, die Gewerbe, die sich für's weibliche Geschlecht eignen, gründlich und praktisch zu erlernen, wünscht er der demnächst in Leipzig zusammentretenden Frauenkonferenz der deutschen Frauenvereine Glück, weil diese Frage dort in den Vordergrund gestellt wird. 2) Der Arbeitertag erklärt, daß er für das weibliche Geschlecht jene Befreiung für die rechte hält, welche zur Selbstständigkeit und zu ernster Pflichterfüllung führt, und damit zu jener Gleichberechtigung und Gleichstellung, welche ernste Arbeit unter ernsten Arbeitern erwerben muß. 3) Der Arbeitertag erklärt, daß es künftig die Aufgabe der Arbeitervereine mit sein muß, durch Belehrung und durch moralische und materielle Unterstützung die Arbeiterinnen zu veranlassen, im gleichen Sinne wie die Arbeiter Arbeiterinnenvereine zu gründen, nach den Prinzipien der Selbsthülfe und Associa-

tion. Müller entgegnet zunächst auf die Einwendungen, daß die Frau für die Häuslichkeit und Kindererziehung, für ein stilles Leben und nicht für die Hereinziehung in das öffentliche Leben tauge, und verlangt nicht die Gleichmachung mit dem Manne, wohl aber die Gleichstellung und die Ebenbürtigkeit der Frau mit dem Manne. Einverstanden ist er damit, daß das Familienleben immer der Mittelpunkt für das Wirken der Frauen bleiben müsse; das Familienleben werde aber erhöht, wenn die Frauen auch eine erhöhte Bildung erhalten. Der Redner kommt auf die große Anzahl von unglücklichen Ehen zu sprechen und findet keinen der kleinsten Gründe dieser Erscheinung darin, daß die geistige Bildung der Frau keine genügende sei, daß dieselbe mehr oder minder blos ein vegetirendes Leben führe. Soll das Weib unabhängigere, gebildeter, freier gemacht werden, so finde man von allen Seiten her den Mahnruf zur Arbeit an sie ergehend, dazu müsse ihr auch die Möglichkeit gewährt werden. Die Grundidee sei: die Frau zur würdigen Genossin des Mannes und zum vollgültigen Mitglied der Menschheit zu machen. Aus diesem Gesichtspunkte habe der Referent seine Resolutionen gestellt, welche mit allgemeinem Beifall von der Versammlung aufgenommen werden. Hiezel: Es sei sehr leicht, über die schöne Idee der Emancipation der Frauenwelt zu spotten, wie dies so häufig vorkomme; es handle sich aber einfach darum, daß, wie der Vorredner schon ausgeführt, die Hindernisse besiegt werden, welche der natürlichen Entwicklung der Frauen dermalen noch im Wege stehen, damit in dem Staate alle die Kräfte zur Anwendung kommen, welche sich in seinen Kreisen vorfinden, und auf deren Nutzbarmachung diese Kreise Anspruch haben. Der Redner weist auf den hohen Einfluß hin, welchen der Geschichte zufolge Mütter auf ihre Kinder haben. Ferner tritt der Redner der Einwendung entgegen, daß unter den s. g. emanzipirten Frauen die Häuslichkeit nothleide, und sagt, daß ganz gewiß eine gebildete Frau dazu führe, den Mann mehr an das Haus zu fesseln. Er empfiehlt die Annahme der Müller'schen Anträge. Hochberger (A.) glaubt nicht, daß die Arbeitervereine in sich schon derart erstarkt seien, daß sie sich auf das bezeichnete Gebiet wagen können, und fügt hinzu, es genüge, daß die wichtige Frage angeregt sei. Der nächste Vereinstag, schließt der Redner, werde über diese hochwichtige Frage mit mehr Muße berathen können. Sal. Frey, Cigarrenarbeiter in Stuttgart sagt, daß zuerst der Arbeiter emancipirt sein und eine gesicherte Existenz haben müsse, dann erst werde die Frage an die Emancipation der Frauenwelt kommen können. Wenzel (A.) würde es bedauern, wenn die Frage wieder hinausgeschoben würde, und spricht sich, von dem Standpunkte der Bildung ausgehend, für die Frauenarbeit aus, obgleich er durch diese Forderung mit dem größeren Theile seiner Collegen (Buchdrucker und Setzer) in Widerspruch komme. Man rufe den unverheiratheten Frauenzimmern, von denen viele der Prostitution verfielen, zu: „arbeitet"! Man gebe ihnen aber nicht die Möglichkeit zu arbeiten. Gleiches Recht für Alle, gleiches Recht für die besseren Kräfte unter dem weiblichen Geschlechte verlangt der Redner, unter Zustimmung der Versammlung. Pfeiffer bringt den national-ökonomischen Standpunkt zur Sprache, von welchem aus viele Arbeiter gegen die Frauenarbeit sich erklären. Wenn man Produktivassociationen gründe, so sagt er, so werden die Bedenken der Arbeiter sofort verschwinden. Prof. Eckardt beantragte mit Hochberger:

„Die Versammlung erkennt die Wichtigkeit des Gegenstandes an und erklärt sich mit den in dem Berichte ausgesprochenen Grundsätzen über die Frauenarbeit im Allgemeinen einverstanden, und beauftragt den ständigen Ausschuß, die Frage auf die Tagesordnung des nächsten Vereinstages zu setzen." Der Antragsteller bemerkt dazu, das, was unsere Nachbarländer, England und Frankreich, ins Werk gesetzt haben, das sollen auch wir in Deutschland einführen, und zwar mit ruhiger, reifer Ueberlegung. Es sei übrigens ein schöner Zufall, daß der Vereinstag mit dieser Frage schließe. Die Befreiung und Gleichstellung des zurückgesetzten weiblichen Geschlechts sei der Schlußstein der sozialen Befreiung. Redner weist dann noch darauf hin, daß mit der sozialen Gleichstellung, der damit verknüpften Selbstständigmachung der Frauen dieselben auch in die Lage kämen, einen angemessenen Lohn für ihre Arbeit zu verlangen, der jetzt nicht nach dem Werth der Arbeit, sondern mit Rücksicht auf ihre gedrückte sociale Stellung ihnen so niedrig bemessen werde; damit hörten sie dann auch auf, den Männern in der Arbeit nachtheilige Concurrenz zu machen, wenn sie zugleich nicht mehr genöthigt seien, auf einige wenige Gewerbe allein sich zu werfen. Hartung (A.) spricht die Ansicht aus, daß es von Verderben sei, wenn man die Frauen zur Arbeit der Männer auffordere und von ihrem eigentlichen Berufe des häuslichen Waltens wegziehe. Das Angebot der Arbeit werde dadurch nur noch mehr erhöht; Doctoren können darüber nicht reden, denn ihre Frauen kämen nicht in die Fabriken, wie die der Arbeiter. Moriz Müller (A.) dagegen erklärt sich mit Eckardt's Antrag einverstanden, er erhält nach Schluß der Verhandlung noch einmal das Wort und beendet seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag, aus dem dieses Mannes werkthätige und reine Menschenliebe wohlthuend hervorleuchtete, mit dem Worte: Bisher habe die Frau für die beste gegolten, von der man nichts geredet, von nun an werde diejenige für die beste gelten, von der man das meiste Gute sage. Wenzel (A.) fertigt noch mittelst einer faktischen Berichtigung, deren er sich gewandt bemächtigt hat, den Einwurf Hartungs ab. Es handle sich nicht darum, daß nun etwa alle Frauen in die Fabriken geschickt werden sollten, sondern darum: denen, die Lust und Fähigkeit hätten, die Möglichkeit zu gewähren, durch redliche und lohnende Arbeit sich vor den sittlichen Verfall zu schützen. Mit allen gegen 3 Stimmen wird der Eckardt-Hochberger'sche Antrag angenommen. — Dr. Hirsch referirt über Lehrmittel u. gibt den Vereinen das Zeugniß, daß sie im abgelaufenen Jahre möglichst viel für die geistige Hebung ihrer Mitglieder gethan haben; dennoch aber haben sich auch Vereine gezeigt, welche das geistige Leben ganz verwahrlost haben. Nach diesem Ziele, der Förderung des geistigen Lebens der Arbeiter, zu streben, müsse aber die Hauptaufgabe bleiben. Er beantragt folgende Punkte: Der heutige Vereinstag erklärt: 1) den Vereinen wiederholt die hohe Wichtigkeit wissenschaftlicher Vorträge und Unterrichtskurse an's Herz zu legen; 2) einen Aufruf an die deutschen Männer der Wissenschaft zur Unterstützung der Bildung der Arbeitervereine zu erlassen; 3) zu Gründung und Erhaltung von kleineren Vereinen, insbesondere auf dem Lande, Wanderlehrer auszusenden und die Gauverbände zu gleichem Verfahren aufzufordern; 4) ein gemeinsames Liederbuch für die deutschen Arbeitervereine einzuführen. (Dieser Punkt auf besonderes Verlangen des Magdeburger Vereins.) Der Redner empfiehlt die Weithmann'sche „Arbeiterbibliothek", ferner die Anschaffung des trefflichen, populär geschriebenen Büchleins von Bock in Leipzig: „Volksgesundheitslehre" und schließt unter allgemeinem Beifall. Weithmann beantragt, daß unter den Lehrmitteln jetzt schon die „deutsche Arbeiterbibliothek" den Vereinen ausdrücklich empfohlen werde, indem er, der Herausgeber, dieses Unternehmen in keinem anderen Interesse ins Leben gerufen habe, als um dem allgemeinen Wohle der Arbeiter zu dienen und jederzeit bereit sei, es in die Hände des Vereinstags oder Ausschusses zu übergeben. Greulich (A.) beantragt, daß auch die städtischen Behörden die Arbeiterbildungsvereine durch Ueberlassung von den erforderlichen Räumlichkeiten unterstützen, damit nicht mehr in den Sitzungen solcher Behörden, (wie in Reutlingen) gesagt werden könne, der Arbeiter, wenn er von der Arbeit nach Hause komme, habe nichts weiter zu thun, als die Hosen anzuziehen und sich ins Bett zu legen. (Sensation. Oh! Oh!) Bebel (A.) beantragt, den ständigen Ausschuß zu beauftragen, sich mit den Herausgebern von zweckmäßigen Schriften in Verbindung zu setzen, um dieselben möglichst billig anzuschaffen. Der Referent Hirsch bezeichnet es als nicht angemessen, wenn der Vereinstag ausdrücklich für die „Arbeiterbibliothek" sich aussprechen und dieselbe dadurch zu seinem Organ machen würde, und glaubt, daß es mit der Empfehlung der Arbeiterbibliothek, welche er schon erwähnt, genügen dürfte. Mit Greulich's Amendement erklärt sich der Referent einverstanden. Weithmann zieht seinen Antrag zurück und es werden die Resolutionen, außer Nr. 4, genehmigt. Der Antrag Bebel's wird ebenfalls angenommen. Der Präsident theilt mit, daß der Ausschuß Herrn Sonnemann zum Vorsitzenden gewählt, daß aber derselbe, (wie er schon im Voraus in der Vorversammlung erklärt hatte) abgelehnt habe. Nunmehr ist Herr Staudinger (A.) von Nürnberg zum Präsidenten gewählt; Hr. Hirzel übernimmt das Schriftführeramt, Herr Sonnemann das Kassenamt. Als Ort des nächsten Vereinstags werden Hamburg, Gera, Magdeburg empfohlen und zufolge gewordenen Auftrags von den betreffenden Mitgliedern angeboten. Der Ausschuß wird nach seinem Ermessen die Wahl noch bestimmen. Herr Seingnerlet, der bekannte Correspondent des „Temps" erhält hierauf noch das Wort und dankt für die Aufnahme, welche hier die Franzosen gefunden. Sonst stehe er ganz allein als verlorener Posten in solchen deutschen Versammlungen, aber hier seien vertreten gewesen: l'Avenir national, l'Opinion nationale, le Temps, la Presse, l'Association, le Journal des économistes, le Courrier du Bas Rhin und la Feuille du menage von Joigneaux. Die Deutschen mögen daraus ersehen, welchen Werth Frankreich auf ihre socialen Bestrebungen lege. Er bittet um Annahme der gebotenen Bruderhand, was die Versammlung mit lang anhaltendem Beifall aufnimmt. Der Präsident wirft einen Rückblick auf das stetige Zunehmen des Vereins und spricht die Ueberzeugung aus, daß die Vertreter der Vereine ihre Schuldigkeit gethan haben. Zugleich drückt er dem Lokalkomité und den Stadtbehörden den innigsten Dank aus, ebenso den Gästen, welche aus der Ferne gekommen, ferner den Vertretern der Presse und der Turnerschaft. Er schließt den dritten Vereinstag deutscher Arbeitervereine. Die Versammlung spricht noch dem Ausschuß und dem Präsidenten für seine Thätigkeit ihren Dank aus. Sonnemann bringt ein Hoch auf die Arbeiter aus, in welches die Versammlung mit dreimaligem lebhaftem Rufe einstimmt. Damit schließt die Sitzung und der ganze Vereinstag und um 3 Uhr wird auf dem Schloßplatz angetreten, um über die Gärten der Wilhelma nach Cannstatt zu marschiren.

Waldshut, 8. Sept. Sonntag den 1. October feiert der hiesige Arbeiterbildungsverein sein drittes Stiftungsfest, wozu wir alle Brudervereine höflichst einladen.

Der Vorstand:	Der Schriftführer:
K. Schupp.	M. Kayßer.

Osnabrück, 30. August. (Unlieb verspätet.) In der am 28. dieses Monats abgehaltenen Hauptversammlung unseres Vereins wurde der allgemeine Wunsch laut, daß die Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung unter der bisherigen Redaction forterscheinen möge und beschlossen, derselben für die Zukunft alles Gedeihen wünschend, unsere Unterstützung nach Kräften angedeihen zu lassen. Daß diese Zeitung unter der Redaction des ständigen Ausschußes erscheine, ist nicht unser Wunsch. — Vor einigen Tagen ist von einer Actiengesellschaft, einer Anzahl hiesiger achtbarer Bürger, ein sehr passendes Haus für uns angekauft worden. Dasselbe hat eine derartige Lage und solche Räumlichkeiten, daß es allen Wünschen genügend entspricht.

Der Arbeiterbildungsverein zu Osnabrück.

Für denselben mit aller Achtung:

Friedrich Meyer,	J. C. F. Röhmeyer,
Präsident.	Schriftführer I.

Cigarrenarbeiterangelegenheit.

L. Stuttgart. (Erster Vereinstag süddeutscher Cigarrenarbeiter-Unterstützungsvereine.) Dem in Nr. 127 der Allgemeinen deutschen Arbeiter-Zeitung von hier aus ergangenen Aufruf entsprechend, hat am 21. und 22. August dieses Jahres hier der erste Vereinstag süddeutscher Cigarrenarbeiter-Unterstützungsvereine stattgefunden. Da weder eine stenographische noch sonstige protokollmäßige Aufzeichnung der Verhandlungen erfolgt ist, vielmehr nur die Beschlüsse protokollirt sind und deshalb der Inhalt der Vorträge wortgetreu nicht wieder gegeben werden kann und mit Rücksicht auf den anderweit stark in Anspruch genommenen Raum Ihres Blattes möglichste Kürze wohl auch geboten erscheint, so mag sich der gegenwärtige nachträgliche Bericht über diesen ersten Vereinstag auf das Allerwesentlichste, auf Grund des in der Sitzung aufgenommenen Protokolls beschränken. Bei der Versammlung, welche im Saale der Hack'schen Brauerei hier stattfand, waren 27 Vereine durch 23 Abgeordnete vertreten: Ansbach, Aschaffenburg, Bensheim, Bibrich, Calw, Eberstadt, Frankfurt a. M., Friedrichsdorf, Gundelsheim, Hanau, Heppenheim, Heidingsfeld, Heilbronn, Heidenheim, Hochdorf, Karlshafen, Karlsruhe, Kassel, Lahr, Lorsch (bei Worms), Mannheim, Mainz, Offenburg, Rastadt, Speier, Stuttgart, Vaihingen; nachträglich den Beschlüssen beigetreten sind noch: Freiburg i. Br., Fürth, Nürnberg, Rheinfelden (Schweiz), Würzburg (Mayer'sche Fabrik). Das Büreau der Versammlung war durch die Wahl der Versammlung gebildet aus folgenden Abgeordneten: F. Leib aus Stuttgart, I. Vorsitzender; J. S. Frey aus Frankfurt a. M., II. Vorsitzender; K. Frey aus Stuttgart, I. Schriftführer; Franke aus Kassel, II. Schriftführer. Die Gegenstände der Tagesordnung wurden in folgender Reihenfolge behandelt. 1) Zur Geschäftsordnung wurde bestimmt: daß über einen und denselben Gegenstand Niemand in der Versammlung mehr als zweimal das Wort ergreifen darf und daß bei Abstimmungen jeder Abgeordnete nur eine Stimme abgeben darf, gleichviel ob er einen oder mehrere

Vereine vertritt. 2) Sodann führten die beiden Vorsitzenden Zweck und Bedeutung unserer Bewegung in näherer Begründung aus und berichteten aus brieflichen Mittheilungen über die Zustände in einigen nicht vertretenen Vereinen. 3) Hierauf ging man über zur Besprechung einer allgemeinen Association der Cigarrenarbeiter von ganz Deutschland. Nachdem sich verschiedene Redner für einen solchen Verband ausgesprochen, der den Namen „Allgemeine Kranken- und Reiseunterstützungs- und Sterbekasse deutscher Cigarrenarbeiter“ — führen, daß jede dazu gehörige Kasse aber selbstständig verwaltet werden solle, wurde die Vereinigung in diesem Sinne mit Stimmenmehrheit angenommen. 4) Ebenso mit Stimmenmehrheit angenommen, daß das jeweilige Centralcomité mit allen gesetzlichen Mitteln dahin wirken solle, diese beschlossene Vereinigung aufrecht zu halten und weiter zu führen. 5) Ferner einstimmig beschlossen: daß die beiden bisherigen getrennten Comité's zu Stuttgart und Frankfurt a. M. nunmehr als provisorisches Centralcomité ferner fortwirken sollen und zwar ersteres in Baden, Bayern, Würtemberg und der Schweiz und letzteres im übrigen Deutschland, namentlich in Hessen, Preußen und Sachsen. 6) Hinsichtlich eines gemeinsamen Centralorgans beschlossen: daß die beiden Comité's zwar jedes sein bisheriges Organ (die Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung und den Social-Demokrat) auch ferner in seinem Wirkungskreis fortbehalten, daß zur Probe aber jedes Comité als solches, und zwar das Frankfurter auf die Arbeiterzeitung und das Stuttgarter auf den Socialdemokrat besonders abonniren soll. Uebrigens sollen in beiden Zeitungen unsere Angelegenheiten veröffentlicht werden. 7) Beschlossen mit allen gegen 2 Stimmen: den Vorschlag, einen gemeinsamen Stempel einzuführen, — dem nächsten Vereinstag zu überlassen. 8) Bei Besprechung über die kräftigere Gestaltung unseres Vereinslebens wurde von den beiden Vorsitzenden Leib und J. Frey beantragt: daß künftig in den Vereinen keine Kassentheilung mehr stattfinden dürfe. Dieser Antrag wurde einstimmig dem Centralcomité zur Berichterstattung für den künftigen Vereinstag überwiesen. Gelegentlich wurde dabei auch besprochen, daß im Sinne rechter Brüderlichkeit helfend eingegriffen werde, wenn ein kleinerer Verein zeitweilig durch Krankenunterstützung nach Verhältniß seiner Mitgliederzahl und den entsprechenden Mitteln überbürdet sei und ebenso wurde befürwortet, daß durch die Centralisation kranke reisende Cigarrenarbeiter zu unterstützen seien, daß der Verein für solche zunächst zu sorgen habe, wo sie selten an einen Ort kommen, und an welchem ein betheiligter Verein besteht und daß dann unter geeigneter Controle die Ausgleichung durch die Centralcasse erfolgen solle; daß im Uebrigen aber die Vereinecassen lokalisirt bleiben sollen. 9) Bei Besprechung über die sittliche Hebung und Bildung unserer Vereinsmitglieder im Allgemeinen, weisen Leib, Daßbach und S. Frey hauptsächlich darauf hin: die Mitglieder möchten überhaupt an den Fortschritten der Zeit und dem öffentlichen Vereinsleben mehr Antheil nehmen als bisher. 10) Zu dem vorstehenden Gegenstand der Tagesordnung wurde sodann noch der Antrag gestellt und einstimmig zum Beschluß erhoben: daß diejenigen Mitglieder, welche sich unsittlicher und schlechter Handlungen schuldig machen, vom Verein auszuschließen sind. 11) Bei der Besprechung der Lohnverhältnisse in unserem Geschäftszweig gegenüber den Zeitbedürfnissen, macht zunächst der Vertreter aus Lorsch schriftliche und mündliche Mittheilung über die kürzlichen Vorkommnisse in Lorsch, wo durch die Verbindung der Fabrikanten eine ähnliche, das Ehrgefühl der Arbeiter herabwürdigende Fabrikordnung eingeführt war, wie in Burg, aber in Folge der ausdauernden, gesetzlichen Opposition der dortigen Arbeiter endlich doch gefallen und dabei auch eine Lohnerhöhung erzielt worden ist.

Der I. Vorsitzende, Leib, spricht den dortigen Geschäftsgenossen für ihr kräftiges Vorgehen und dadurch theilweise erzielten Erfolge besonderen Dank aus, dem sich sämmtliche Vertreter einstimmig anschließen. Nachdem man sich gegen unzeitige und mißgreifende Arbeitseinstellungen, als den Arbeitern nur selbst nachtheilig, ausgesprochen, wurde von Lorsch, Frankfurt, Stuttgart, Hanau, Kassel betont, daß unsere Lohnverhältnisse den Zeitbedürfnissen nicht entsprechend sind. Es wurde dies anerkannt und mit allen gegen eine Stimme beschlossen: die Centralvereinigung solle zunächst eine Petition an die Fabrikanten ergehen lassen und dieselben darin auffordern, mit den Arbeitern gemeinschaftlich die Lohnverhältnisse nach den Zeitbedürfnissen zu regeln und wo die Vermittelung des Staats erforderlich ist, wie z. B. bei Handels- und Zollverträgen (der deutsch-französische hat die hemmenden Schranken der Concurrenz mit Frankreich nach wie vor fortbestehen lassen) — diese anzustreben; ebenso auch die Frage des Betriebes unseres Fabrikationszweiges in den Correctionshäusern und die Frauenarbeit der Prüfung zu unterziehen. Gelegentlich wurde auch das Verhältniß des Cigarrenarbeiters zum Wickelmacher besprochen, wobei wir selbst uns Concurrenz machen und einigte man sich ferner in der Resolution: daß wir in jeder brauchbaren neuen Maschine (wie z. B. auch die Wickelmaschinen) einen Fortschritt zu begrüßen haben, der auch unserem eigenen, materiellen Vortheil ersprießlich ist. 12) Grundstatuten sollen von einer Commission des allgemeinen Vereinstags der Cigarrenarbeitervereine entworfen werden; jeder Verein aber ist aufgefordert, dahin zu wirken, daß dem Centralcomité eine möglichst genaue Statistik der betreffenden Vereine zukomme, zur Berichterstattung für den künftigen Vereinstag. 13) Die Abgeordneten der vertretenen Vereine erklärten sich ferner einverstanden, die dem Comité entstehenden Kosten aus der zu gründenden Centralcasse zu decken. Jeder einzelne Verein soll an den entstehenden Kosten seinen Antheil nach Verhältniß seiner Kopfzahl beisteuern! Je alle Vierteljahre erstattet das Centralcomité Bericht und legt Rechnung vor zur allgemeinen Kenntniß der Mitglieder. 14) Als Ort des nächsten Vereintags wurde Frankfurt a. M. vorgeschlagen, jedoch dem Centralcomité die definitive Entscheidung überlassen. 15) Endlich wurde beschlossen, den am 3. und 4. September bevorstehenden allgemeinen Vereinstag deutscher Arbeitervereine durch einen Abgeordneten zu beschicken und erhielt S. Frey von Frankfurt dazu Auftrag. Damit schlossen die Verhandlungen. Telegraphische Grüße waren im Laufe der mit großem Fleiß und Ausdauer durchgeführten Verhandlungen eingegangen von den beiden befreundeten Vereinen in Karlsruhe und in Rheinfelden in der Schweiz.

Politischer Theil.

|| Die Unübertrefflichen.

Ein Dichter des Alterthums meinte, es sei schwer, über gewisse Ereignisse und Personen keine Satyre zu schreiben. Ob sich die Zeiten so sehr geändert haben, wissen wir nicht; wir aber finden, daß es sehr schwer ist, heutzutage eine Satyre zu schreiben. Glaubt man nämlich, es sei in der That gelungen, gewisse Persönlichkeiten und Tendenzen durch absichtliche Uebertreibung ihrer Verkehrtheit, Unlogik und Albernheit lächerlich gemacht zu haben: gleich zeigt es sich, daß sie Alles das in Wirklichkeit leisten, ja noch übertreffen, wessen sie die ausschweifendste Phantasie bezüchtigt hatte.

Der Leser wolle sich erinnern, was wir über die preußische Verfassung in Bezug auf die Einverleibung Lauenburgs in Nr. 140 d. Bl. gesagt haben, und wie wir die Bismarckische Theorie von den Lücken dabei zu verspotten suchten. Nun, was geschieht? Man lese die „Militärischen Blätter“, das klassische Organ des Berliner Säbelgerassels über die scheinbare Schwierigkeit, Preußen wider seinen Willen zu vergrößern und zur Noth, trotz der Weigerung der Kammer, den Kaufschilling zu zahlen, den Handel für gültig zu erklären.

Allerdings, sagen die Militärfrommen, Lauenburg kann nur durch ein Gesetz erworben werden; aber „unsere Verfassungsurkunde enthält einige ganz doctrinäre Bestimmungen, welche mit dem gesunden Verstande im Widerspruche stehen und vor der Praxis völlig verblassen“. Da wir soweit mit den Militärfrommen förmlich übereinstimmen, so waren wir nur um so begieriger auf den Verfolg, wo wir lasen: Ein im Kriege erworbenes Land muß der Landtag in den Staatsverband oder zur Personal-Union aufnehmen, weil — man — ein solches Land nicht — in der Luft schweben lassen kann, und wenn (was bei der Parteileidenschaft der gegenwärtigen Majorität des Abgeordnetenhauses ja gar nicht unmöglich wäre) das nöthige „Gesetz“ nicht zu Stande käme, so wurde Lauenburg deshalb doch preußisch, weil das Gegentheil schlechterdings nicht mehr möglich ist, und es wäre nur dem Lande der Beweis gegeben, daß unter Umständen die Verfassungsurkunde nicht ausgeführt werden kann!

„Ein im Kriege erworbenes Land muß der Landtag in den Staatsverband aufnehmen!“ Das wäre noch schöner, daß Preußen sich in große Eroberungskriege stürzte, halb Europa auf der Spitze des Schwertes heimbrächte und daß nachher so ein paar Kreisrichter, Scribenten und Catilinarier sagen sollten: wir wollen halb Europa nicht, Preußen soll die Wespe bleiben, deren Taille in Kurhessen durchschnitten wird! Als wenn der alte Fritz nach sieben furchtbaren Kriegsjahren sich von Assessoren und Magistern hätte meistern lassen müssen! Dafür hätte ein Staat einen Feldmarschall Wrangel und einen Bulletinschreiber mit Namen Prinz Friedrich Karl?!

Was geschähe nämlich, wenn die preußische Regierung Lauenburg nicht wollte? Lauenburg, von Dänemark weggegeben, von Oesterreich verkauft, von Preußen zurückgewiesen, würde in der Luft schweben; ein Stück unseres Planeten löste sich los und wirbelte im weiten Aether umher! Was sollten die Geologen dazu sagen, welche Vorwürfe würde sich Preußen von Sir Rod. Murchinson, Hrn. Elie de Beaumont, von einem Leopold v. Buch zuziehen, und wie könnte sich Preußen, das im Punkte der Wissenschaft ohnehin zurückgeht, vor dem naturwissenschaftlichen Congresse vertheidigen? Eben so sicher, wie es auf dem diplomatischen Congresse zu London siegreich bestand, eben so gewiß müßte es vor dem geognostischen Richterstuhle erliegen!

Was, ein Stück Erde in Weltstaub aufzulösen, daß die Leute auf Sonne und Mond nicht mehr klar sehen und Hrn. v. Bismarck am Ende für einen Seiltänzer hielten — das sollte so durchgehen, während Lauenburg doch so leicht an preußischen Stricken festzubinden wäre, daß kein Einwohner sich mehr von der Stelle rühren könnte! Und alles das um Hekuba, um ein paar Verfassungsnarren, die am Buchstaben kleben und den lebendigen Geist der fünften Monarchie nicht schauen?!

Preußische Verfassungsurkunde! Als wenn eine Verfassung der Welt Stand halten könnte vor der österreichischen Zahlungsunfähigkeit! Gehen doch die HH. Twesten, Gneist, Grabow, Löwe einmal nach Wien, die 2½ Million dänischer Reichsthaler herauszuholen! Was Münze heißt und nach Wien kommt, das versinkt im Abgrunde und wird nicht mehr gesehen. Alles Gold wird dort zu Quecksilber oder zu Wasser und die Naturforscher holten eher Lauenburg vom Himmel herunter, als sie das in Oesterreich flüssig Gewordene wieder festmachten! Also — kann die preußische Verfassungsurkunde nicht ausgeführt werden — was zu beweisen war!

Einen kleinen Umstand nur haben die Militärfrommen vergessen, den Umstand nämlich, wer die preußische Armee über die Eider geschickt hat, wer folglich für Krieg und Eroberung einzustehen hat. Bekanntlich hat der preußische Landtag die für den Krieg nöthigen Gelder zu bewilligen verweigert; die von Hrn. v. Bismarck verlangte Anleihe ward nicht bewilligt, was in der Sprache verfassungsmäßiger Völker heißt: führt Ihr den Krieg auf eigene Faust, nehmt das Geld aus Eurem Sack und macht mit der Eroberung was Ihr wollt! Nach constitutioneller Ansicht ist der dänische Krieg Privatsache des Hrn. v. Bismarck; war das Geschäft einträglich, so mag Hr. v. Bismarck sich freuen und den Profit buchen; ist ein Deficit dabei herausgekommen, desto schlimmer für die neupreußische Excellenz. Hat er 1,880,000 Thaler zu viel, so steht es ihm frei, Oesterreich ein Geschenk zu machen!

Aber Lauenburg? Halt, da fällt uns etwas ein, und jetzt wollen wir sehen, ob die „Militärischen Blätter“ oder die „Norddeutsche Gemeine“ uns auch diesmal überholen. Im

Herzogthum Sachsen-Lauenburg befindet sich das Oertchen Möllen an der Stecknitz; dort liegt einer der größten Philosophen und Politiker aller Jahrhunderte begraben, Till Eulenspiegel in Person. Man ernenne den preußischen Premier zum „Herzog von Möllen", daß er Lauenburg auf dem Erdboden festhalte und dort — verfassungsmäßig regiere. Die dortigen Junker haben eine Verfassung ohne Lücke erfunden; sie ist nämlich nur Ein Loch — für die Volksrechte.

Frankfurt a. M. Die Zeitungen bringen die nachstehende Einladung und Aufforderung des 36er-Ausschusses:

„An sämmtliche Mitglieder deutscher Landesvertretungen.

Durch die Gasteiner Uebereinkunft haben die Regierungen von Oesterreich und Preußen die klarsten Rechtsgrundsätze und namentlich das nur durch das Interesse der deutschen Nation beschränkte Selbstbestimmungsrecht der Herzogthümer auf das schwerste verletzt. Die dieser Uebereinkunft voraussichtlich nachfolgenden Maßregeln drohen, neben der Erschütterung des Rechtsgefühls im deutschen Volk, das materielle und moralische Wohl der mit deutschem Blut von dänischem Joch befreiten Herzogthümer auf Jahre hinaus zu vernichten. Der unterzeichnete Ausschuß hält sich daher verpflichtet, den ohnedies vom engeren Ausschuß der Schleswig-Holsteinischen Vereine einstimmig beantragten Wiederzusammentritt der Mitglieder deutscher Landesvertretungen zu veranlassen, um über Rettung des öffentlichen Rechtszustandes in jenen Landen zu berathen und zu beschließen. Er erwartet, daß die deutschen Abgeordneten, welche in der Versammlung vom 21. Dezember 1863 und in der bei der Londoner Conferenz übergebenen Rechtsverwahrung vom April 1864 sich feierlich verpflichteten, für das Selbstbestimmungsrecht der Herzogthümer und das Recht derselben überhaupt einzustehen, diese Verpflichtung auch durch ihr Erscheinen auf der neuen Versammlung lösen werden. Der unterzeichnete Ausschuß ladet demnach alle gegenwärtigen Mitglieder deutscher Landesvertretungen ein zu einer Versammlung in **Frankfurt a. Main** auf **Sonntag, 1. Oktober, Vormittags 10 Uhr.**

Eine vertrauliche Vorberathung findet schon Samstag, 30. Sept., Abends statt.

Leipzig, 3. Sept. 1865.

Der Ausschuß der Versammlung von Mitgliedern deutscher Landesvertretungen.

Der Vorsitzende: Dr. Sigmund Müller."

Wir wünschen dem Ermannungsversuch allen Erfolg; er kann gelingen, wenn die Mehrheit der Führer wirklich den Muth zum Handeln, nicht bloß zum Protestiren hat; aber auch nur dann. Wir werden sehen.

Socialer Theil.

Die weiteren Sitzungen der preußischen Social-Commission.

Es hieße in der That unverantwortlichen Mißbrauch treiben mit der Geduld des Lesers, wenn wir den in der vorigen Nummer dieses Blattes eingeschlagenen Weg weiter wandeln und über Sitzung für Sitzung jener wunderlichen Gesellschaft berichten wollten, die augenblicklich unterm Dach des Berliner Herrenhauses ihr Wesen treibt.

Bei dem tiefgewurzelten und wohlberechtigten Mißtrauen, das im Volke lebt gegen Alles, was von hoher Stelle aus auf die Bahn gebracht wird, konnte es nicht ausbleiben, daß alsbald Proteste laut wurden gegen irgendwelche Gültigkeit dessen, was von den Kindern Itzenplitz etwa beschlossen wurde. Bereits in der vorigen Nummer dieses Blattes ist eine Verwahrung dieser Art, ausgegangen vom Berliner Arbeiterverein wie auch vom Stettiner Genossenschaftstage, zur Kenntniß des Lesers gebracht worden. Eine weitere Verwahrung erfolgte in Berlin am 1. September. Am 1. September nämlich wurde eine von dem Obermeister des Tischlergewerks Lenz und Genossen einberufene Versammlung der Berliner Innungs-Vorstände und Vertreter im Saale des Berliner Handwerkervereins abgehalten, die vielleicht von 200 Personen, Meistern und Gesellen, besucht war und Beschluß darüber fassen sollte, ob die jetzt tagende Social-Commission als Vertreter der Arbeiter zu betrachten sei und ob man die bloße Coalitionsfreiheit oder Aufhebung der ganzen Gewerbeordnung zu verlangen habe. Nachdem Herr Lenz zum Vorsitzenden gewählt war, sprachen mehrere Redner über die Nothwendigkeit der vollen Gewerbefreiheit, namentlich die Tischlermeister Brandis, Kaufmann Horwinsky. Schließlich wurde nach langer Debatte eine von Brandis eingebrachte sehr lange Resolution, die am Anfange Alles verlangte, am Schluß sich aber mit Aufhebung der §§ 181 und 182 der Gewerbeordnung und mit der Einrichtung von Schiedsgerichten begnügen wollte, nebst einigen andern verworfen und eine Resolution des Hrn. Reimann angenommen, die dahin lautet, daß die Social-Commission nicht als Vertreter der Arbeiter zu betrachten und alle Beschränkungen und Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter aufzuheben seien.

Der „Stuttg. Beob." sagt: „Die Social-Humbug-Commission, die Minister v. Itzenplitz nach Berlin berufen hat, um die Schmerzen der kranken Zeit zu heilen, ist auf's bunteste zusammengesetzt und besteht zum Theil aus Arbeitern, die ohne allen Auftrag von ihren Genossen, von bekannten reaktionären Größen ihres Wohnorts ausgelesen und als Deputirte hingeschickt sind. So z. B. kam von Halberstadt ein den Jahren nach vollständiger Bub, ein „jung Zimmergesell", Namens Memminger, den ein dortiger treubündlerischer Lehrer, Namens Pfau, hindeputirt hat. Diese Sorte von Arbeitern bildet jetzt den salomonischen Rath, der über schwerwiegende Fragen entscheiden soll."

Die Berliner „Volkszeitung" übrigens bringt folgende definitive Abstimmungen aus der Sitzung vom 2. September: „1) Können die §§ 181 und 182 der Allgemeinen Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 (Verbot der Coalition der Arbeitnehmer und Arbeitgeber) unter gewissen Bedingungen aufgehoben werden? Antwort: einstimmig ja.

2) Sind alsdann gewisse Bestimmungen zum Schutz der an der Coalition nicht Theilnehmenden nöthig und empfiehlt sich in dieser Beziehung die Einführung der sächsischen Gesetzesbestimmung: „Verabredungen von Arbeitern zur Erzwingung höherer Löhne, kürzerer Arbeitszeit u. s. w. sind für die Theilnehmer nicht verbindlich. — Anmaßung von Strafgewalt über die Genossen, Verrufserklarungen und jede Anwendung physischer oder moralischer Zwangsmittel gegen solche, welche Beschlüssen oder Verabredungen der obigen Art nicht beitreten wollen oder von schon gefaßten oder getroffenen zurücktreten, werden an jedem Theilnehmer mit Gefängniß bis zu 4 Wochen, an den Anstiftern und Anführern mit Gefängniß bis zu 8 Wochen bestraft." — Antwort „Nein" 18 gegen 15.

3) Sind Strafbestimmungen gegen solche Coalitions-Beschlüsse festzusetzen, welche den Zweck haben, die Obrigkeit zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen zu nöthigen? Antwort „Nein", 19 gegen 14.

4) Sind Strafbestimmungen nöthig gegen solche, welche Arbeiter zur Coalition anregen, ohne selbst der Kategorie derselben anzugehören? Antwort „Nein", 19 gegen 14.

5) Sollen diejenigen, die eine Coalition beabsichtigen, bei Strafe angewiesen sein, sich zuerst einem Schiedsgericht zu unterwerfen? Antwort „Nein", 19 gegen 14.

6) Soll es den unter 5) Gedachten freistehen, sich auf dem Wege der Gesetzgebung hergestellten Schiedsgerichten zu unterwerfen? Antwort „Nein", 20 gegen 13.

7) Bedingt der Wegfall der §§ 181 und 182 auch den Wegfall der §§ 31, 32, 47 und 48 der Verordnung vom 9. Februar 1849 (freie Wahl der Arbeiter oder Arbeitgeber)? Antwort „Ja", einstimmig.

8) Bedingt jener Wegfall auch den Wegfall der Meisterprüfung? Antwort „Ja", 27 gegen 6.

9) Sollen dann die Lehrlinge noch gezwungen sein, sich als Gesellen prüfen zu lassen? Antwort „Nein", 29 gegen 4.

10) Sind bei Gewährung des Coalitionsrechtes auch die Hindernisse der Freizügigkeit und freien Niederlassung, sowie das Einzugsgeld zu beseitigen? Antwort „Ja", einstimmig.

11) Macht der Wegfall der §§ 181 und 182 auch den Wegfall von § 139 (subsidiäre Kündigungsfrist von 14 Tagen) nöthig? Antwort „Nein", 31 gegen 2.

12) Erscheint eine Verlängerung der Kündigungsfrist wünschenswerth? Antwort „Nein", 32 gegen 1.

13) und 14) Bedingt der Wegfall der §§ 181 und 182 auch den Wegfall des ersten und zweiten Theiles von § 184? Antwort „Nein", 20 gegen 13. (Der Wegfall des zweiten Theiles war bei der vorläufigen Abstimmung mit 17 gegen 16 bejaht.)

Nach diesen Abstimmungen schritt man zur Berathung von Position 10: Was kann geschehen, um die auf Selbsthülfe beruhenden Genossenschaften zu fördern? — Nach lebhafter Debatte wurde diese Frage durch folgende Resolution beantwortet: Die Commission spricht den Wunsch aus, die Staatsregierung wolle auf ein möglichst baldiges Zustandekommen eines Gesetzes hinwirken, welches die Regelung der privatrechtlichen Stellung der auf Selbsthülfe beruhenden Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften bezweckt, im Uebrigen den Genossenschaften eine möglichst freie Bewegung gestatten. (Man sieht, selbst diese Leute stehen unter dem Einfluß der Zeit. D. Red.).

Volksbanken, welche im Jahre 1864 für mehr als 250,000 Thlr. Credit gewährt haben:

	Einwohnerzahl.	Gründungsjahr.	Thlr.
Allstedt	3000	1858	631,345
Aschersleben	15,000	—	603,746
Brandenburg	23,000	1860	431,882
Breslau	165,000	1859	368,208
Calbe	9000	1860	279,280
Celle	13,000	1859	357,866
Chemnitz	55,000	1858	453,029
Cöslin	12,000	1863	242,730
Colberg	11,000	1857	681,032
Crefeld	52,000	1860	357,112
Dresden	145,000	1858	1,612,278
Eisleben	12,000	1854	1,124,185
Finsterwalde	8000	1859	328,816
Frankenberg (Sachs.)	8500	1860	413,539
Frankfurt a. M.	75,000	1862	1,023,960
Freiberg (Sachsen)	19,000	1858	639,202
„ (ein zweiter Verein		1863	383,340
Gardelegen	6100	1859	274,675
Gera	15,000	—	360,722
Gießen	9000	1858	232,972
Gotha	18,000	1857	504,306
Greifswald	17,000	1862	228,489
Großenhain	9500	1860	426,659
Halle	45,000	—	462,388
Hannover	70,000	—	372,777
Herzberg	4000	1859	303,873
Hettstedt	4700	1860	236,144
Hoyerswerda	6000	1862	382,110
Königsberg	95,000	1855	265,721
Landsberg a. W.	17,000	1860	310,764
Leipzig	85,000	1856	688,000
Leubus	2200	1860	356,114
Luckau	5000	1857	443,633
Luckenwalde	11,600	1858	492,576
Lübben	5000	1860	491,839
Mannheim	31,000	1847	555,291
Meerane	16,000	1861	395,297
Merseburg	12,000	1858	377,073
Nürnberg	60,000	1861	235,655
Roßwein	6500	—	254,532
Rostock	26,400	1860	1,268,110
Sangerhausen	8000	1856	1,381,316
Stettin	82,000	1861	357,753
Stuttgart	70,000	1856	301,660
Waldenburg (Sachs.)	3000	1859	232,745
Waldenburg (Schles.)	7000	1860	375,918
Wechselburg	1350	—	292,202
Wiesbaden	26,000	—	658,612
Zeitz	14,000	1861	595,303
Zwickau	22,000	1860	637,178

Vermischtes.

Das deutsche Lied.

Eine Anekdote aus dem Lande der kalten Küche.

Man spielt nicht alle Tage solche Komödien wie die des Dresdener Sängerfestes. Glühende Begeisterung bei kalter Küche! Freilich für wen begeistert man sich?! In keinem Lande Deutschlands sind die Kämpfer für die deutsche Reichsverfassung, die einzigen, die es aufrichtig mit Deutschland meinten, so grausam von der Reaktion behandelt worden wie in Sachsen, und wenn dann die deutschen Singvereine in

diesem Lande zusammenkommen, um der Sehnsucht nach Deutschlands Einheit „harmonischen" Ausdruck zu geben, so jubeln sie gerade dem Manne zu, der die Kämpfer für Deutschlands Einheit so entsetzlich hat mißhandeln lassen. Liest man denn in Sachsen Röckels Buch nicht? Nun, der Spott ist nicht ausgeblieben. Herr v. Beust hat den Sängern zugerufen, daß „das deutsche Lied noch einmal eine Macht werden" würde, und damit es dieselben ja glauben, so wollen wir ihnen eine sächsische Anekdote von der Macht des deutschen Liedes erzählen.

Vor einigen Jahren brachte die „Mitteldeutsche Volkszeitung" in Leipzig unter der Redaktion von Aug. Peters, einem Kämpfer und Opfer des Maiaufstandes, folgendes Lied von seinem Kampfgenossen Semmig:

Wacht auf! Der Himmel steht in Brand,
Im Morgenwinde wehen
Die Fahnen, und das Vaterland
Soll endlich auferstehen.
Die Freiheit mit Posaunenmund
Ruft schmetternd uns zum heil'gen Bund,
Zum heil'gen Bund der Völker!

Kein Preußen und kein Oesterreich,
Kein Bayern und kein Sachsen,
Ein einig Volk, ein einig Reich
Woll'n wir zusammenwachsen,
Ein einig Deutschland hoch und hehr,
Frei von den Alpen bis zum Meer
Und fest wie seine Berge!

Die Zeit der Zwietracht ist vorbei,
Greift einig all' zum Schwerdte!
Sobald wir einig, sind wir frei,
Das erste Volk der Erde.
Rings liegt die Welt in Freiheitswehn,
Ein jedes Volk will auferstehn,
Stehn wir denn auf mit ihnen!

So schweb' empor, Du deutscher Aar,
Reichsadler, steig' und fliege;
Ihm nach, ihm nach, du heil'ge Schaar,
Vorwärts, zu Krieg' und Siege!
Vorwärts! und uns're Losung sei:
Ein einig Deutschland groß und frei
Und fest wie seine Berge!

Wie nahm man nun in Sachsen diesen Aufruf zur „gemeinsamen Wacht um das deutsche Banner" auf? Man verurtheilte den Redakteur zu soundsoviel Geldstrafe. Wäre das deutsche Lied wirklich eine Macht, daß man es so sehr fürchtet? Ja wohl, und darum mögen die deutschen Singvereine das Bundeslied des deutschen Volkes nur immer singen, damit das Wort des Herrn v. Beust sich immer mehr bekräftige.

S. S. S.

Regulativ

für die von einem adeligen Damen-Verein neu zu begründende katholische Muster-Universität.

§ 1. Die Vorlesungen über Logik, so wie über sämmtliche philosophische Disciplinen fallen weg. Geduldet wird nur ein Colleg über Hahn-Hahn'sche Lebensphilosophie.

§ 2. Die Naturwissenschaften werden auch ferner gelehrt, jedoch nur nach Handbüchern, die vor der Reformation erschienen sind.

§ 3. An die Stelle der bisherigen Medicin tritt die Wunderheilkunde.

§ 4. Von allen Sprachen wird nur das Küchen-Latein gelehrt.

§ 5. Für Kartenlegen und Prophezeien aus dem Kaffeegrunde wird ein eigner Lehrstuhl errichtet.

§ 6. Statt der Vorlesungen über neuere Literatur werden die Hahn-Hahn'schen Romane — natürlich nur diejenigen aus der Zeit der Umkehr — vorgetragen und erläutert.

§ 7. Ein praktischer Lehrgang der Ketzerzubereitungskunde wird eröffnet.

§ 8. Die Studenten werden in strengster Zucht gehalten. Das buntscheckige gedenhafte Costume, wie es heutzutage die Studenten tragen, fällt fort. Ein langer schwarzer Rock, ein flacher, sehr breitkrämpiger Hut und große schwere Schuhe, durch die ein leichtfertiger, tänzelnder Schritt sich von selbst verbietet, müssen die Hauptkleidungsstücke des Musterstudenten bilden.

§ 9. Einen Wechsel bezieht der Musterstudent nicht, sondern erhält täglich zu seinem Unterhalt aus der Universitätskasse drei Kreuzer. Davon werden abgezogen:

1 Peterspfennig,
1 innerer Missionsbatzen,
1 Bußschilling,

Den Rest, welchen der Student zuzulegen hat, erwirbt er sich durch Dienstleistungen in hochadeligen Häusern, welche ihm zugleich als praktischer Cursus in der Demuth angerechnet werden.

§ 10. Sollte es an ausreichenden Lehrkräften für die neue Universität fehlen, so erklären sich zur Uebernahme von Professorenstellen mit Vergnügen bereit die

Gelehrten des Kladderadatsch.

Verschiedene Anzeigen.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Stre[?]it in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert (früher F. Streit) in Coburg.

Beilage zu Nr. 152

der Allgemeinen deutschen Arbeiter-Zeitung.

Einiges über Centralisation.*)

a. Der Fall des Schriftsetzers Ryniker in Uri, den wir unseren Lesern mittheilten, hat in der Schweiz eine große Aufregung verursacht, und eine Bewegung hervorgerufen, die dem Pfaffenthum im Besonderen und dem Unwesen der Kantönliwirthschaft sehr gefährlich werden wird. Die Schweizer sind ruhig und phlegmatisch, Neuerungen abgeneigter, als andere Nationen, aber Ruthenhiebe für freie Meinungsäußerung, das ist denn doch dem ruhigsten Bürger zu toll und man wird in derber schweizerischer und praktischer Weise in die Pfaffenwinkel hineinleuchten, daß die Fledermäuse ein ängstliches Sauve qui peut ausstoßen werden. Auf die gerade in den eidgenössischen Räthen schwebende Bundesrevision ist die Rynikeraffaire jedenfalls von guten Einfluß. Die Centralisation wird dadurch einen Schritt vorwärts machen. Centralisation! Wir sprechen da ein großes Wort gelassen aus, ein Wort, welches, vermöge des Mißbrauchs, der mit ihm getrieben wird, sehr in Mißkredit bei den Freunden der Freiheit steht. „Die Centralisation ist nach meiner und meiner Freunde fester Ueberzeugung, welche die Geschichte und deren Erfahrungen für sich hat, stets und immer das Grab der Freiheit." So schreibt uns ein bekannter deutscher Patriot, der für seine ehrliche Ueberzeugung schon viele schwere Opfer gebracht hat. Das Wort scheint sehr richtig zu sein, enthält auch offenbar einen kleinen Kern von Wahrheit aber bei genauer Betrachtung finden wir, daß sich sehr Vieles dagegen sagen läßt.

Centralisation der ganzen Gesetzgebung und Verwaltung eines Landes in einer Hand oder in einem Regierungskollegium führt stets zum nackten Despotismus, dafür ist Frankreich der beste Beweis. Aber andererseits ist die große Decentralisation, der ausgedehnte Föderalismus der Weg zur Schwäche und die Schwäche ist stets ein Zustand der Unfreiheit. Der Föderalismus in der Schweiz z. B. hat dahin geführt, daß die in der Bundesverfassung garantirte Freizügigkeit durch kantonale Gesetze ganz illusorisch gemacht werden konnte, so daß in Folge an Handelsverträgen mit Frankreich, Amerika u. s. w. der Ausländer besseren Rechtes wurde, als der Schweizer, er hat dahin geführt, daß die wichtigsten Reformen z. B. die Einführung eines allgemeinen schweizerischen Handelsgesetzbuchs zur Unmöglichkeit geworden sind. Für Deutschland betrachten wir eine Bundesverfassung nach schweizerischem oder amerikanischem Muster geradezu für ein Unglück. Man denke sich Staaten wie Nassau und Lichtenstein und Hessen-Homburg conservirt für alle Ewigkeit mit denselben Rechten wie größere Complexe z. B. Preußen, Bayern, Hannover. Ohne Centralisation der Gesetzgebung wäre die natürliche Folge Stagnation, Aufhören jedes Fortschrittes.

Centralisation hört auf ein „Grab der Freiheit" zu sein, wenn ein Nationalparlament existirt, welches der wirkliche Repräsentant der Volkssouveränität ist, welches mit unumschränkten Attributen bekleidet ist und dem gegenüber die oberste Exekutivgewalt lediglich und einzig ausführende Behörde ist. Man faßt die Idee eines Parlamentes meistens zu eng oder zu weit auf. Zu eng, indem man das Parlament in Abhängigkeit von der Exekutive zu bringen sucht, wie dies in der sogenannten deutschen Reichsverfassung geschehen ist, zu weit, indem man an den Convent der französischen Revolution des vorigen Jahrhunderts erinnert. Beides ist unrichtig und muß als solches erkannt werden, wenn man die Idee des Staates richtig definirt.

Das höchste, edelste Ziel der Menschheit ist die Freiheit. Betrachten wir die Culturgeschichte, so finden wir einen fortgesetzten Kampf der Menschheit gegen die Natur, das Elend, die Unwissenheit u. s. w., denn jede vom Menschen unabhängige Macht, jede von ihm unabhängige oder seinem Streben entgegenarbeitende Thätigkeit bewirkt einen Zustand der Unfreiheit. Die Culturgeschichte ist eine Geschichte der Machtentwickelung der Menschheit, eine fortgesetzte Besiegung der Machtlosigkeit. Diesen Kampf kann das Individuum nicht allein führen ohne zu unterliegen, er kann nur von der Gesammtheit, der Vereinigung Aller geführt werden und diese Einheit und Verbindung der Individuen zu einem sittlichen Ganzen zur Führung dieses Kampfes, ist der Staat, dessen letzter und höchster Zweck der ist, alle Cultur, deren das Menschengeschlecht fähig ist, zum Dasein zu bringen und zu gestalten. Der Staat ist die Erziehung und Entwickelung des Menschengeschlechts zur Freiheit.

Die Consequenzen dieser Auffassung des Staates für die sociale Frage zu ziehen, ist für heut nicht unser Thema, dagegen müssen wir einige politische Consequenzen klarstellen. Zunächst erhellt, daß nur der freie, demokratische Volksstaat, in dem bei absolutester Gleichheit aller Bürger die ganze Fülle der Souveränetät einzig und allein im Volke ruht, die obengezeichnete Aufgabe des Staates erfüllen kann; es erhellt ferner, daß damit der Unterschied zwischen Staat und Volk, zwischen Staatsgewalt und Volksgewalt total wegfällt.

Das Parlament, der gesetzgebende Körper, ist dann nichts anderes, als ein Ausfluß, eine Verkörperung der Volksgewalt zu dem einzigen Zweck der Gesetzgebung, die Executive ist die Verkörperung der Volksgewalt nur zu dem Zweck der Ausführung der von der Gesammtheit des Volkes sanktionirten Beschlüsse der Gesetzgebung. Beide Körper, Legislative und Exekutive stehen gleichberechtigt neben einander, beide sind Bevollmächtigte desselben Auftraggebers, aber ihre Functionen sind scharf getrennt. Daher darf niemals das Parlament sich eine Spur von Exekutivgewalt aneignen, wie es der Convent der Revolution that, während andererseits die Exekutive nie eine Spur von Macht über das Parlament, z. B. durch Zusammenberufung oder Vertagung besitzen darf. Der Souverän, der Auftraggeber, das Volk ist die einzig berechtigte Macht, die eine Auflösung des Parlamentes durch Zurückberufung der Abgeordneten erzielen kann. Zusammenberufung und Vertagung ist freier Beschluß der Legislative oder des von ihr erwählten Vorstandes. Andererseits erlischt die Vollmacht der Exekutive sofort, wenn der Souverän, das Volk, in seiner Majorität es beschließt. Und nun fragen wir, kann die Centralisation, die ja nichts weiter darstellt, als Einheit und Vereinfachung der Gesetzgebung und Verwaltung, bei solchen Institutionen noch eine Gefahr sein? Gewiß nicht! Denn ohne bezüglich Verfassung und Organisation hier ins Detail eingegangen zu sein, erhellt, daß bei vollständiger Selbstregierung des Volkes, bei unbedingter Abhängigkeit aller Gewalten vom Volke, gerade die Freiheit ihre Garantien in der Centralisation findet. Im freien, demokratischen Volksstaat ist die Centralisation eine natürliche Folge der Idee des freien Staates und ist, unserer Ueberzeugung nach, nicht das Grab, sondern die Wiege der Freiheit. Sie ist also nur eine Frage der Zeit. Ist der Volksstaat erreicht, so ist auch die Centralisation da.

*) Wegen Mangels an Raum unlieb verspätet. Obwohl wir nicht allenthalben mit den Ausführungen des obigen Artikels einverstanden sind, so halten wir doch die Aufnahme im Interesse der Sache und der Anbahnung der Verständigung der abweichenden Ansichten über diese wichtige Frage unter den ehrlich strebenden Männern der Freiheit für geboten. D. Red.

Ueber die Stellung der Frauen.

Rede des Abgeordneten des Nürnberger Arbeitervereins, Hirzel, am Arbeitertag in Stuttgart.

Meine Herren! Wenn der geehrte Referent (M. Müller) voraussagt, es werde dem Arbeitertag in späterer Zeit zur Ehre gereichen, diese Frage auf die Tagesordnung gesetzt zu haben, so bin ich mit ihm aus vollem Herzen einverstanden. Es hat mich im tiefsten Herzen gefreut, als ich den Gegenstand, für den ich seit Jahren große Vorliebe hatte, zum Erstenmal auf der Tagesordnung sah. Es gab zwar eine noch nicht ferne Zeit, wo über die Bestrebung, den Frauen eine würdigere Stellung zu verschaffen, nur vornehm gelächelt wurde. Allerdings ist es leicht, über die schönsten Ideen zu lachen. Aber man muß bekennen, daß dieser Spott früher insofern nicht ganz unberechtigt war, als man gleich mit fertigen theoretischen Systemen auftrat und bestimmen wollte, was der Frau zukomme und was nicht. Wir wollen keine solchen Systeme aufstellen, wir wollen den Frauen nur den Weg öffnen, die ihnen gebührende Stellung in der Welt sich selbst zu erringen. Es handelt sich blos darum, die bestehenden unnatürlichen Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Ist die Frau, wie die Gegner ihrer Emanzipation behaupten, wirklich schon von Natur aus weniger begabt, als der Mann, so wird sie ganz von selbst in einer untergeordneten Stellung verbleiben. Ueberlassen wir es ganz ruhig den Frauen selbst, sich die Stellung zu erringen, zu welcher sie nach ihren Fähigkeiten berechtigt sind, keine höhere und keine tiefere. Die Angst der Gegner vor dieser Bewegung ist also ganz grundlos. Ist aber der Kreis der Wirksamkeit der Frauen einer Erweiterung fähig, so ist es ein Unrecht, ihn künstlich zu verengern. Die Gesellschaft kann keine irgendwie aufzutreibende Produktivkraft entbehren. Aber auch die einzelnen Theile der Gesellschaft, von der großen Genossenschaft des Staates bis zu den kleinsten Vereinen werden ohne die Theilnahme der Frauenwelt an deren Schicksal nie gedeihen. Jeder Arbeiterverein weiß, welche Schwierigkeiten ihm daraus erwachsen, daß die Frauen und Bräute vieler Mitglieder den hohen Zweck des Vereins nicht verstehen und dem Mann so lange in den Ohren liegen, bis er zu einem Vereine übertritt, wo mehr Vergnügen geboten wird. Darum muß die Frau gehoben, besser gebildet und selbstständiger gemacht werden. Welchen Einfluß gebildete und tüchtige Frauen haben, können Sie daraus entnehmen, daß die meisten großen Männer der Geschichte bekanntermaßen Söhne ausgezeichneter Mütter waren. Es ist daher eine große Aufgabe unserer Zeit, die Mädchen in den Stand zu setzen, als Mütter die Keime der Vaterlandsliebe und der Charakterfestigkeit in das zarte und bildsame Herz ihrer Kinder zu legen.

Aber, wendet man ein, es ist für die Frauen selbst nicht gut, sich mit Anderem zu beschäftigen, als mit ihrem Haushalt. Wer gibt uns aber das Recht, meine Herren, besser wissen zu wollen, was den Frauen gut ist, als sie selber? „Die Häuslichkeit würde darunter Schaden leiden," heißt es wieder. Sogar wenn das wahr wäre, ist es nicht der krasseste Egoismus unserer Seits, die Frau, wie es die Arbeiterzeitung derb, aber richtig ausgedrückt hat, rein in die Küche und in's Ehebett zu verweisen, damit wir ein angenehmeres häusliches Leben haben sollen? Aber es wird das gerade Gegentheil der Fall sein. Wenn dem jungen Mädchen durch bessere Bildung und durch unbeschränkte Eröffnung des Arbeitsmarktes die Möglichkeit geboten wird, sich selbst eine Existenz zu schaffen, so kann viel früher an Schließung einer Ehe gedacht werden. Sie alle wissen, wie schwer es bei der steigenden Vertheuerung aller Existenzmittel wird, sich eine Häuslichkeit zu gründen. Was für moralische Folgen aus der langen Ehelosigkeit beider Geschlechter entstehen können, brauche ich Ihnen nicht näher zu erörtern. Aber auch nach geschlossener Ehe wird eine gebildete Frau, welche für die Bestrebungen des Mannes ein Verständniß hat, denselben gewiß mehr an das Haus fesseln, als es bis jetzt besonders in dem, am Krebsschaden des Wirthshaussitzens krankenden, Süddeutschland der Fall ist. Urtheilen Sie selbst. Wollen Sie eine Frau, welche Ihnen nach des Tages Arbeit eine geistige Unterhaltung bieten kann, an den Vorkommnissen bei Ihrer Arbeit, an Ihren Bestrebungen im Verein oder an Ihren politischen Ueberzeugungen Antheil nehmen, ja allenfalls einen guten Rath ertheilen kann, oder eine Frau, welche, wenn Sie ermüdet von der Arbeit, den Kopf vielleicht von Vereinsangelegenheiten voll, nach Hause kommen, ihn mit Klatschereien, Klagen über Nachbarinnen und anderen Misèren noch voller schreit? Wollen Sie aber sich und Ihren Brüdern eine möglichst glückliche Häuslichkeit sichern, so helfen Sie, so viel an Ihnen liegt, an dem durch den Hrn. Referenten angeregten Werke, und stimmen Sie heute für seine Anträge. (Nürnb. Anz.)

Aus der Werkstätte.

Zur Frauenfrage.

Viel Köpfe, viel Sinn'. Jemehr für und dawider, desto besser der Entwurf. — Daß sich Hr. M. Müller durch die Anregung der Frauenfrage ein wirkliches Verdienst schon erworben hat, und seine Idee eine großherzige zu nennen ist, dieses ist wohl eine unbestreitbare Thatsache.

Da nun aber kein Mensch vollkommen, auch der Klügste oftmals von einer ganz ungebildeten Persönlichkeit in irgend einem Punkte etwas lernen kann, da also kein Sterblicher (mit Ausnahme des Papstes?) unfehlbar ist, so wird Hr. M. Müller wohl nicht darauf bestehen wollen, daß er unfehlbar oder daß nur seine Ansicht in jedem Punkte unbestreitbar ist? —

Ein Heerführer, der zwar Muth besitzt, dabei aber viel zu hitzig ins Schlachtgewühl hinein braust, wird auf die Dauer doch nicht die Erfolge erringen wie ein Anderer, der bei allem Muth doch kaltes Blut bewahrt und dabei immer umsichtig den günstigsten Punkt erspähet und seine Operationen darnach leitet. So ähnlich ist es auch in dieser Angelegenheit. Wenn man seinen Gegner mit ironischen, hitzigen Redensarten bekämpft, verdirbt man oft mehr, als man hat gut machen wollen. —

Einsender dieses, der selbst in einer Fabrik beschäftigt ist, in welcher Arbeiter beiderlei Geschlechts thätig sind, macht täglich die traurige Beobachtung, daß jedes Frauenzimmer mit dem Eintritt in die Fabrik auch den ersten Schritt zum Grabe ihrer Sittlichkeit thut.

Niemand kann zugleich zweien Herren dienen. Die Natur selbst hat dem weiblichen Geschlecht den Zweck seines Daseins vorgezeichnet. Des Mädchens instinktmäßig erster und letzter Wunsch ist zu heirathen. Ihr eigentlicher Wirkungskreis ist und bleibt die Haushaltung mit Allem was drum und dran hängt. — So gut wie wir Männer in den eigentlichen weiblichen Arbeiten nie die Geschicklichkeit der Frauen erlangen werden, so wird auch das Mädchen und die Frau in den eigentlichen Männerarbeiten uns nie gleichkommen.

Von frühester Kindheit an das Weib auf seinen Beruf vorzubereiten, sollte die Aufgabe des Staates, der Gemeinde, sowie der Familie sein.

Die Anatomen sagen: Der Hirnschädel des Weibes ist bedeutend kleiner als der des Mannes. — Mithin ist ihr Ideenkreis beschränkter und auf ein kleineres Gebiet beschränkt als bei den Männern.

Wollte man nun das Weib in allen Punkten dem Manne in der Gesellschaft gleichstellen, so würde dies gerade so sein: als wenn in einer Fabrik jeder Arbeiter so viel befehlen wollte als der Herr, oder bei einem Meister der Gesell so viel als Ersterer u. s. w., dann würde die Harmonie in der Gesellschaft aufhören, und die Folgen davon würden sich bald zeigen. —

Es ist eine sonderbare Erscheinung, daß der Mann im öffentlichen Leben, in der Gesellschaft, im Wirken und Arbeiten sich immer mehr veredelt, während das Weib in den nämlichen Verhältnissen sehr viel von seinem stillsittsamen Charakter verliert. — Schiller sagt ja schon: „Der Mann muß hinaus ins feindliche Leben, muß wirken und streben u. s. w. Und drinnen waltet die züchtige Hausfrau, die Mutter der Kinder, und herrschet weise im häuslichen Kreise." —

Daß sie nun weise herrsche im häuslichen Kreise, dahin zu wirken, das ist die Aufgabe die für uns Männer gestellt ist.

Man prüfe die geistige Arbeit großer Frauen, wie z. B. einer George Sand, und man wird finden, daß trotz ihres gewaltigen Genies, sie nicht so gründlich die socialen und politischen Fragen beherrscht, dagegen das allermeiste Verständniß für Dasjenige hat, was dem weiblichen Herzen am nächsten liegt.

Wenn ein Theil der heirathslustigen Männerwelt nach Mädchen oder Frauen greift, die den größten Theil ihres Lebens in der Fabrik oder bei einem sonstigen Industriezweige verbracht haben, so wird der Mann bald inne werden, daß seiner Ehehälfte noch gar viel Kenntniß in der eigentlichen Hauswirthschaftsführung abgeht, und die Folgen davon werden sich bald in finanzieller, sowie in Hinsicht der Kindererziehung zeigen.

Daß die Frauenarbeit in gar vielen Artikeln dem männlichen Arbeiter Concurrenz macht, ist wohl nicht zu bestreiten.

Wenn der Mann heirathen will, fragt man wohl nicht ganz mit Unrecht: Bist Du auch im Stand, eine Frau und Kinder zu ernähren?"

Daß sich aber trotz alledem so mancher Mann verheirathet, der die Frau oder die Kinder, vorzüglich die Mädchen, bis zu deren eigener Existenzgründung nicht ernähren kann (mit oder ohne eigenes Verschulden), darin liegt wohl der Knotenpunkt, um welchen alles Andere sich dreht. — Hier an diesem Punkt kömmt man immer wieder zur Emancipation der männlichen Arbeiter zurück. —

Sieht sich z. B. eine Mutter gezwungen, zumal bei zahlreicher Nachkommenschaft, um ihr Leben zu fristen, zu einer Fabrik- oder sonstigen gewerblichen Arbeit ihre Zuflucht zu nehmen, so muß sie dem Einen anhangen und ihre Hauswirthschaftsführung vernachlässigen.

Es bleibt nach meinem Dafürhalten folgendes Thema zu besprechen:

a. Welche Mittel sind anzuwenden und welche Anstalten sind einzurichten, um erstens vernünftige Dienstherrschaften, zweitens ordentliche Dienstboten zu erziehen und drittens die geistige wie materielle Ausbildung des weiblichen Geschlechts nach Kräften zu fördern?

b. Auf welche Gewerbs- oder Industrie-Artikel ist aufmerksam zu machen, um den weiblichen Arbeitern genügenden Lebensunterhalt zu verschaffen, ohne daß dabei wenigstens $^1/_3$ der männlichen Arbeiter Concurrenz gemacht wird. (Selbstverständlich, ohne daß dabei der freien Entschließung Eintrag gethan wird?)

Nun habe ich zwar die Broschüre des Herrn M. Müller über diese Angelegenheit noch nicht gelesen, es bietet sich aber dieser Frage ein ungeheuer weites Feld der Erörterung dar, welches weder in einem kurzen Zeitraum, noch mit 5—6 Aufsätzen erschöpft ist.

Sollte aber dennoch Herr M. Müller in allen Punkten den Nagel auf den Kopf getroffen haben, so wollte ich ihm prophezeien, daß er sich unsterblich gemacht hätte. —

Schließlich, damit man mich nicht auch ironisch einen Anonymus nennt, unterzeichnet sich mit vollem Namen und Stand

Adolph Brockmann, Seiler.

Ansichten eines Arbeiters über Zeitungen und deren Werth.

Sehr oft liest man von Zeitungen, die im Auftrage einheimischer oder fremder Regierungen sprechen und ihre Leser nur nach Vorschrift bedienen. Fragen wir aber einmal, was ist die Pflicht einer Zeitung, so finden wir als erste und höchste die, alle Vorkommnisse ihren Lesern wahrheitsgetreu mitzutheilen, über alle wichtigen Verhältnisse Aufklärung zu geben, die kein Haar breit von der Wahrheit abweicht. Zwar läßt sich an Besprechungen, denen noch keine vollendete Thatsache zu Grunde liegt, nicht der gleiche Maßstab legen, da es hierin viel auf die persönliche Ansicht des Verfassers ankommt, doch soll auch mit solchen nicht eine befohlene oder bezahlte Meinung als Produkt freier gründlicher Erwägung verbreitet werden, sondern es soll nur das Aufnahme finden, was aus dem ehrlichen Willen kommt, irgend Etwas nach seinem Werth oder Unwerth zu beleuchten. Daß die in solchen Besprechungen niedergelegten Ansichten nicht immer die richtigen sind, ist in der Verschiedenheit der Menschen begründet, doch führt der Austausch persönlicher Meinungen, wie ihn die Zeitungen vermitteln, ebensowohl zu gründlichster Erläuterung, als auch dahin, daß aus dem Verschiedenen das Brauchbare sich herausschält und schließlich den Sieg behält. Wie aber können bezahlte Zeitungen diese Pflicht erfüllen, deren Redactionen nur vorschriftsmäßig die Sprache dazu brauchen dürfen, für Etwas Propaganda zu machen, das vielleicht ganz gegen ihr Wissen und gegen ihre Ueberzeugung ist? Entweder müssen sie die reine Wahrheit sagen, nun, dann können sie eben nichts Anderes thun, als jede andere Zeitung, oder sie müssen die Thatsache entstellt, oder gar ganz falsch wiedergeben, sie müssen das für recht und gut anpreisen, was es vom Hause aus nicht ist, nun dann belügen und betrügen sie das Publikum und ihr Treiben ist um so verwerflicher. Bezahlt nun eine Regierung eine Zeitung, so beweist sie, daß sie kein reines Gewissen hat; daß sie sich schämen muß, ihr Wirken der Oeffentlichkeit im wahren Lichte übergeben zu sehen, oder sie will ihr Volk dumm machen. Denn ist eine Regierung wirklich volksthümlich, so wird jede Nachricht von ihr das Volk mit Achtung und Liebe beleben. Keine Zeitung dürfte es ungestraft wagen, sie durch Entstellung der Wahrheit zu verleumden, wenn sie nicht bei der öffentlichen Meinung in Verachtung fallen will, und in diesem Falle würde eine Regierung jeden Pfennig umsonst ausgeben, den sie für Bezahlung von Zeitungen verwendete, ja sie würde sich nur verdächtigen. Ist aber die Thätigkeit einer Regierung so, daß sie das Licht der Wahrheit scheuen muß, daß sie nur von bezahlten Federn eine Rechtfertigung erwarten kann, so werden ihr diese wenig oder gar nichts helfen, da das Volk bald herausfühlt, woran es mit solchen Federn ist und leicht auch das Wahre, was aus ihnen fließt, mit dem Anderen in eine Klasse stellt. Bei dem heutigen Bildungsgrad können Mittel der erwähnten Art nur ein mitleidiges Lächeln erregen. Lasse sich ja keine Regierung davon blenden, daß die in ihrem Solde stehenden Beamteten und Lieferanten ihre Organe loben, weil es ihr Broderwerb fordert! Solche Schriftsteller aber, die ihre Bildung und das Vertrauen ihrer Leser dazu mißbrauchen, Entstellung und Lüge zu verbreiten, die die Gesinnung des Volkes vom rechten Wege abzuleiten suchen, begehen einen argen Verrath an der Menschheit und verdienen die tiefste Verachtung eines jeden wahrheitsliebenden Menschen, oder, sofern ihnen ihre mangelhafte Befähigung nicht eine andere selbstständige Existenz ermöglicht, sind sie aufrichtig zu bedauern.

Ein anderes, vielfach angewendetes Mittel, um Federn für sich zu gewinnen, ist das, daß man Zeitungen alle officiellen Bekanntmachungen, die gut bezahlt werden, zukommen läßt, wofür man eine regierungsfreundliche Haltung fordert. Läßt sich auf solche Zeitungen schon, wenigstens theilweise, das Gesagte beziehen, so ist auch noch hinzuzufügen, daß auf solche Weise die Bekanntmachungen nicht die weiteste Verbreitung finden. Diese Zeitungen sind in der Regel, da sie für einen größeren Kreis von Lesern berechnet sind, umfangreich, erscheinen oft und werden dadurch so theuer, daß der Unbemittelte und der Arme sie nicht halten kann. Zudem hat für diese Classen ein Localblatt einen Reiz, den keine größere Zeitung erlangen kann, und hält sich Jemand eine solche, so trifft er die Wahl nach seinem Geschmacke. So bleibt der Inhalt solcher bevorzugter Blätter den zahlreichsten Volksclassen unbekannt. Während es nun für das Wohl eines geordneten Staates Bedürfniß ist, daß jeder seiner Angehörigen die geltenden Gesetze kennt, ist es von Vortheil für die Betreffenden, wenn die gerichtlichen Bekanntmachungen, so z. B. Auctionen, Verkäufe, offene Stellen ꝛc. von recht Vielen gelesen werden. Um dies zu erreichen, ließe sich wohl ein anderer Weg, als der bisher betretene, einschlagen. Wenn, z. B. eine Regierung eine Zeitung gründete, in der weiter Nichts Aufnahme findet, als die Erlasse derselben, die der Mittel-, Unter- und Stadtbehörden, überhaupt Alles, was von Regierungs- und Amtswegen zu veröffentlichen ist, und stellte diese allen Zeitungen zum Beilegen zur Verfügung, so würde nicht das kleinste Localblättchen ohne dieselbe sein können, wenn es Abnehmer finden wollte. Erschiene nun auch eine solche Zeitung wöchentlich zweimal, so würde diese doch bei dem voraussichtlichen starken Absatz und da die meisten amtlichen Bekanntmachungen von den Betreffenden bezahlt werden, außerordentlich billig herzustellen und deren Beilegung für andere Zeitungen kein nennenswerthes Opfer sein. Damit würde eins der wichtigsten Bedürfnisse eines Staates, die Bekanntschaft seiner Einwohner mit den Gesetzen, vollständig befriedigt werden, zugleich aber auch ein weit regeres Interesse für den Staat im Volke erweckt. Ebenso würden alle anderen gerichtlichen Veröffentlichungen eine viel weitere Verbreitung finden, als dies durch unsere Regierungsorgane möglich ist. So würde aber auch jene unnatürliche und ungerechte Concurrenz des Bevorzugten mit den sich selbst überlassenen, ja oft gar möglichst benachtheiligten beseitigt und nur das anerkannt Tüchtige würde Anerkennung finden.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert (früher F. Streit) in Coburg.

Beilage zu Nr. 159

der Allgemeinen deutschen Arbeiter-Zeitung.

Socialer Theil.

Die Abschaffung des geschäftlichen Risico durch Herrn Lassalle.

Ein neues Kapitel zum deutschen Arbeiter-Katechismus von Schulze-Delitzsch.

(Berlin, Franz Duncker, 1866.)

I.

Die „Deutsche Arbeiterzeitung" hat in keiner Weise für die Pläne des verstorbenen Agitators Lassalle, noch viel weniger freilich für seine Person aufzukommen. Sie hat des in dem ganzen Auftreten dieses Mannes Tadelnswerthen niemals ein Hehl gehabt, sein Kokettiren mit dem Bismarckthum offen und stark verdammt, die ganze Idee, von Staatswegen den Arbeitern ein Tischchen deck' dich bereiten zu lassen, eine allzubequeme und deshalb verderbliche genannt. Ja, sie hat, offen gestanden, selbst denjenigen Gedanken Lassalle's, die ihren eigenen begegneten, seiner oft so glücklichen Kritik der Spießbürger-Oekonomik, keinen Beifall gezollt, um dem verderblichen Cultus einer Person zu steuern und wenigstens an ihrem Theile dafür zu sorgen, daß nicht eine neue Art Religion aufkomme und den Fortschritt der Menschheit aufhalte. Niemals aber hat sie die hohe Begabung und die wissenschaftliche Beschlagenheit dessen geleugnet, dem zum wahrhaft bedeutenden Manne nur ein schärferes Maß des Selbstbewußtseins und ein höherer Grad von Selbstachtung fehlten.

Die letzte Schrift Lassalle's führte den Titel: „Hr. Bastiat-Schulze von Delitzsch, der ökonomische Julian, oder Kapital und Arbeit." Berlin 1864. Der literarische Julian, auf den sich dieser Titel bezieht, war Hr. Julian Schmidt, der Literarhistoriker der Hochbürger und Hochbürgerinnen, der Zeitungsredacteur der in der Geburt gestorbene Partei Vincke, ein ächter Julian, ein Abtrünniger, der in den 40er Jahren Theil an der philosophischen Revolte gegen den Absolutismus genommen, ehe das Jahr 1848 ihn lendenlahm und knochenbrüchig zeigte. Schon aus diesem Grunde wollte uns der Untertitel „Der ökonomische Julian" auf der letzten Schrift nicht behagen; denn Hr. Schulze-Delitzsch ist niemals von etwas abgefallen, weder von der Philosophie noch vom Radikalismus; er ist höchstens vom Kreisgerichtsassessorat abgeschüttelt worden. Herr Schulze ist, was er war, und er wird sein was er ist, er kann seine Haut nicht wechseln. Und gerade diese Beständigkeit im Hausbackenen ist es gewesen, die ihn in den flauen und platten 50er Jahren zum Heros der Mittelklasse, zur Freude des kleinen Handwerkers, zum Leiter einer großen Anzahl von Spar- und Vorschußvereinen machte. Das Lob, welches ihm in dieser Beziehung gebührt, hat ihm gerade die „Arbeiterzeitung", und sicherlich nicht kärglich, beständig zugemessen.

Wir unterließen auch beim Erscheinen des Lassalle'schen „Bastiat-Schulze" jede Kritik, in der festen Erwartung, Schulze selbst oder einer seiner volkswirthschaftlichen Gesinnungsgenossen, von denen dieser oder jener doch in der Geschichte der Volkswirthschaftslehre etwas eingeweihter ist, als der Angegeiffene selbst, würden den Fehdehandschuh aufnehmen, und uns blos die Mühe überlassen, ein Resumé des ganzen Streites zu geben und unserer Arbeiterwelt zu sagen, was sie aus dem Kampfe der Horatier und Curiatier lernen könne und müsse.

Unsere Erwartung wurde getäuscht; weder Schulze selbst, noch die Herren Faucher, Michaelis &c. meldeten sich; nur über den Ton der Lassalle'schen Schrift, über die endlosen Schimpfereien, die rohen Anreden und Titel, mit denen Lassalle um sich zu werfen pflegte, gleichsam als habe er gar keine Gründe zu seiner Verfügung, nur über dieses Außenwerk, diesen Beikram der Schrift suchte die Gegenpartei das Urtheil zu bestimmen. Und diese Gegenmine mußte ihren Erfolg haben, denn Niemand kann mit gutem Gewissen die persönlichen Angriffe, die Beschmutzung der Gegner verantworten oder nur entschuldigen, welche bei Lassalle zur anderen Natur geworden waren.

Nachdem nun Lassalle einen frühen Tod gefunden hat, der mit seinem Leben in völliger Harmonie steht, — jetzt, Ende 1865, erscheint Schulze-Delitzsch auf dem Plane mit der obigen Schrift. Und jetzt, da die ganze Streitfrage für uns zu einer rein wissenschaftlichen geworden, da wir die Arbeiter nicht mehr vor persönlicher Beeinflussung, vor der Gründung einer neuen Kirche zu warnen haben: — jetzt vermögen wir, unparteiisch und gerecht die Streitfrage und auch die Kriegführung Schulzes zu beurtheilen. Solches soll denn auch hiermit geschehen.

Schulze eröffnet seine Replik mit der Aeußerung: Lassalle's letztes Pamphlet stelle sich „durch Ton und Haltung auf eine Stufe", die ihm (Schulze) „jede persönliche Erwiderung erspare." — Zugegeben. — „Dagegen erscheint die sachliche Beleuchtung einiger Hauptsätze des Buchs, bei dem jetzigen Stande der Arbeiterbewegung in Deutschland, von Interesse."

Gewiß, nur nicht „einiger Hauptsätze", sondern aller Hauptsätze, der Hauptsätze überhaupt, und auch das nur, insofern die „Hauptsätze" als im innigsten Zusammenhang mit dem ganzen Gedankensystem Lassale's be- und ergriffen werden, als bei Lassalle die „erste Lüge", der Grundirrthum seines sämmtlichen ökonomischen Denkens auf-, und im ganzen Verfolge seiner Arbeiten streng nachgewiesen werden muß, soll die ganze Kritik anders einen Pfennig werth sein. Denn „einige Hauptsätze" sind um so leichter herausgeschält, als der Schäler selbst es in seiner Hand hat, was er für „Haupt"-, was dagegen für Nebensätze halten und erklären will.

Wenn sich z. B. Einer, der Naturkundiger wäre, an den Satz Lassalle's hielte: „Ich schreibe jede Zeile, bewaffnet mit der ganzen Bildung des Jahrhunderts", so wäre es diesem Naturkundigen leicht die Arroganz des Schriftstellers blos zu stellen und ihm zu sagen: Was weißt du denn von Geologie, Petrefactenkunde, von der antediluvianischen Fauna (Thierwelt) und Flora (Pflanzenwelt)? Was weißt du denn von der neuesten Chemie, vom Elektro-Magnetismus u. dgl.? Da wäre also ein Lassalle'scher „Hauptsatz" mit Leichtigkeit zum Verdammungsurtheile verurtheilt! Es wäre grade oder doch ungefähr, so, als ob man Schulze's Ausdruck über Bastiat: „ein der Wissenschaft zu früh entrissener Forscher" zu einem Schulze'schen „Hauptsatz" machen wollte, um Schulze triumphirend zu fragen: Was Hr. Bastiat jemals erforscht habe, welchen neuen Grundsatz, welche ausgiebige Erörterung eines alten Grundsatzes die Wissenschaft ihm verdanke? und wenn man dann das nothwendige Schweigen des Hrn. Schulze für eine beschämende Niederlage erklärte! Ganz nebenbei wäre der letztere Fall der bei Weitem schlimmere: Der erstere constatirt Anmaßung in Nebendingen, der letztere Unkenntniß in Hauptdingen.

Untersuchen wir daher, was Schulze „Hauptsätze", „einige Hauptsätze" nennt; vielleicht erfahren wir bei dieser Gelegenheit auch, was es mit dem „socialistischen Schwindel" auf sich hat, den Schulze so „rücksichtslos bekämpft." —

| Berlin, 5. Jan. Die Spaltung unter der Lassalle'schen Partei nimmt immer größere Dimensionen an. Es ist offenbar, daß die Regierung mit der Inhafthaltung des Hrn. v. Schweizer, offenbar dermalen des fähigsten Kopfes unter der Partei, allem Anschein nach mit Erfolg die Absicht verfolgt, die ihr nachgerade unbequem gewordene Partei zur Auflösung zu bringen, wozu ihr das zersetzende, unwürdige Intriguenspiel Bernhard Beckers, (vulgo Abdecker), des gewesenen Präsidenten des allgemeinen deutschen Arbeitervereins, sehr förderlich die Hand reicht. Der Verein hat mit seinem Organ, dem „Socialdemokrat", gebrochen und dieser erscheint jetzt als „Organ der socialdemokratischen Partei", die zur Zeit aber, außerhalb des „allgemeinen deutschen Arbeitervereins" noch gar keine feste Organisation hat, sondern erst anstrebt. Wie aber auch innerhalb dieses Vereins selbst die Verlegenheiten wachsen, ergibt sich uns einer, ziemlich bestimmt versicherten Notiz, wonach man einem linkeren Fortschrittsmann Süddeutschlands, der sogar noch Mitglied des Nationalvereins ist, die Präsidentschaft des „allgemeinen deutschen Arbeitervereins" angeboten haben soll.

Der Entwurf eines Genossenschaftsgesetzes.

Preußen. Dr. Th. Lange von Duisburg schreibt im „Boten vom Niederrhein" folgendes: Zu den Verhandlungen des Landtags wird diesmal, wenn die Sitzung nicht ein schleuniges Ende findet, wohl auch die Berathung über den Entwurf eines Genossenschafts-Gesetzes gehören. Daß die Regierung in dieser Sache etwas thun will, läßt sich wohl aus der Antwort schließen, welche sie dem Duisburger Consumverein auf sein Gesuch um Corporationsrechte ertheilt hat. Das Haus der Abgeordneten hat bekanntlich schon vor einigen Jahren einen Entwurf von Schulze-Delitzsch einer Commission überwiesen, welche ihn auch durchberathen und neu redigirt hat. Da nun die Regierung sich neuerdings in der socialen Frage unverkennbar zur Schulze'schen Seite neigt, so könnte es sein, daß dieser Entwurf beiderseitige Zustimmung fände. (Das Herrenhaus lassen wir als unberechenbar aus dem Spiel.)

Dieser Entwurf aber taugt nichts. Es ist daher hohe Zeit, daß die gerechten Bedenken gegen denselben zur Sprache kommen.

Statt den Fehler des Handelsgesetzbuches, welches den kleinen Leuten die Vortheile der Association zu geschäftlichen Zwecken geflissentlich entzog, offen und vollständig wieder gut zu machen, wird für die Genossenschaften eine Ausnahmestellung mit den engsten und drückendsten Schranken in's Leben gerufen. In § 1 enthält das Gesetz eine ganz überflüssige Aufzählung der Arten von Genossenschaften, denen die zweideutigen Vortheile desselben zu gute kommen können. Es wird nach der Fassung desselben immer möglich sein, neuen Genossenschaften, welche unter keine der dort aufgeführten vier Klassen gehören, die größten Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Das einzig Richtige ist, daß die Form der Aktiengesellschaft für Genossenschaften mit kleinem Gesammt-Kapital und kleinen Antheilen durch Vereinfachung sämmtlicher Formalien den Arbeitern zugänglich gemacht wird.

Statt dessen verlangt der Entwurf in § 15 von sämmtlichen unter das neue Gesetz fallenden Genossenschaften die Solidarhaft. Das ist ein volkswirthschaftlicher Unsinn, und die Erfahrung in England hat längst gezeigt, daß gerade das gesunde, den Grundsätzen der Wissenschaft allein entsprechende Princip der beschränkten Haftbarkeit (limited liability) die beste Grundlage für den Aufschwung des Genossenschaftswesens darbietet. Man lasse doch die Genossenschaften selbst für ihren Credit sorgen! Halten sie es zur Erzielung desselben für unerläßlich, die Solidarhaft einzuführen, so lasse man ihnen das Vergnügen. Sehr viele Genossenschaften haben sie durchaus nicht nöthig. Für andere ist sie ein Nothbehelf, so lange das Genossenschaftswesen in seiner Kindheit ist. Auf die Dauer ist das Princip überall vom Uebel, aus dem einfachen Grunde, weil es falsch ist. Was wissenschaftlich unhaltbar ist, muß sich früher oder später auch als unpraktisch herausstellen.

Es ist ein eigenthümlicher Fall, wenn man dem großen Gegner der „socialistischen und communistischen Phantasieen" ein Uebermaß von Communismus vorwerfen muß, aber doch muß es geschehen. Mit seiner Vorliebe für die Solidarhaft huldigt Schulze dem Communismus in seiner verkehrtesten Form. Er führt Leistungen ohne Gegenleistung ein in eine Genossenschaft, deren Beziehungen doch, wie es sich für die Vorschußvereine, Credit-Banken u. s. w. überall gestaltet hat und gestalten mußte, lediglich geschäftliche sind. Wo der Communismus gerechtfertigt sein soll, muß er auf einem sittlichen Princip ruhen, wie dies beim Communismus der Familie noch jetzt der Fall ist, wie es bei den alten Deutschen und noch heute bei den Slaven der Communismus der Ortsgemeinden thut, und wie die heutige communistische Partei es theils in ihren durch ein Band geistiger Gemeinschaft verbundenen Genossenschaften, theils aber in der großen Genossenschaft des Staates herstellen will.

Ein Widerspruch zwischen Geist und Form eines Instituts, zwischen Theorie und Praxis, rächt sich immer. Das Gesetz darf daher die communistische Solidarhaft nicht denjenigen aufbürden, welche einstweilen nichts wollen, als nach allgemein volkswirthschaftlichen Grundsätzen Geschäfte betreiben. Andererseits darf das Gesetz diesen gemeinsamen Geschäftsbetrieb den Unbemittelten nicht verwehren. Für diesen Satz müssen auch diejenigen Arbeiter mit einstehen, welche sich von dem jetzigen Genossenschaftswesen keinen Erfolg versprechen; denn durch Gesetze, welche einseitig die Besitzenden begünstigen, wie sie jetzt bestehen, ist jeder

Nichtbesitzende in seinen Rechten beschränkt. Dagegen muß er mit allen gesetzlichen Mitteln angeben, auch wenn er von diesen Rechten einstweilen keinen Gebrauch machen will. Verlangen wir also ein Genossenschaftsgesetz nach dem Princip der beschränkten Haftbarkeit!

Reglements-Entwurf

der internationalen Arbeiterassociation.

Section Genf.

§ 1. Zweck.

Art. 1. Der Zweck der internationalen Association ist: Durch Vereinigung der Arbeiter aller Berufsarten, die Verbesserung der Lage sowohl des einzelnen Arbeiters, als der gesammten Arbeiterklasse, ohne Rücksicht auf Race und Religion, zu erstreben. Art. 2. Alle hiermit einverstandenen Arbeiter und Arbeiterkorporationen erkennen als Grundlage ihrer Aufgabe die Wahrheit, Gerechtigkeit und Sittlichkeit. Art. 3. Sie machen es sich zur Aufgabe, nicht nur für Alle die Rechte des Menschen und des Bürgers zu fordern, sondern auch die hieraus entspringenden Pflichten zu erfüllen. Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte!

§ 2. Aufnahme.

Art. 4. Jeder Arbeiter von gutem Rufe kann als Mitglied in die Association aufgenommen werden. Art. 5. Jeder Aufzunehmende ist gehalten, sein Verlangen schriftlich auseinanderzusetzen, von zwei Associationsmitgliedern mitunterzeichnen zu lassen und dabei unter Angabe seines Vor- und Zunamens, Alters, Standes und seiner Wohnung, die Absicht auszusprechen, stets alle Solidarität üben und zur Beschleunigung des Triumphes der Emanzipation der Arbeiter-Brüder keine Anstrengungen scheuen zu wollen. Art. 6. Diese Eingabe wird nach erhaltener befriedigender Auskunft der Mitunterzeichneten über die Candidatur in der Generalversammlung vorgelesen und die Aufnahme durch Abstimmung (mit relativer Mehrheit) entschieden. Art. 7. Die Mitglieder von den in der internationalen Arbeiterassociation durch Delegirte vertretenen Gesellschaften, können nach Vorweisung ihres speziellen Gesellschaftsbüchleins und auf Befürwortung ihres Delegirten den Generalversammlungen zwar beiwohnen, jedoch erst dann an den Verhandlungen und Beschlüssen theilnehmen, wenn sie als ordentliche Mitglieder in die internationale Arbeiter-Association aufgenommen sind. Art. 8. Jedes Mitglied erhält gleich nach seiner Aufnahme gegenwärtiges Reglement, dem ein Büchlein zur Aufzeichnung der monatlichen Beträge beigefügt und worin zugleich Vor- und Zuname, Alter, Stand und die Nummer des Mitgliederverzeichnisses nach der Ordnung der Aufnahme vorgemerkt ist. Dieses Büchlein ist vom Präsidenten, Sekretär und Kassier unterzeichnet und mit dem Gesellschaftssiegel versehen. Art. 9. Jedes Mitglied irgend eines nicht durch einen Delegirten vertretenen Arbeitervereins kann auf einfache Vorlegung seines Vereinsbüchleins in die Association aufgenommen werden und es wird vom Comité dem besonderen Beistand zweier Associationsmitglieder empfohlen.

§ 3. Geldbeiträge.

Art. 10. Die monatlichen Geldbeiträge sind provisorisch auf 5 Centimes festgesetzt. Art. 11. Jedes Mitglied, das mit der Zahlung seiner Geldbeiträge ohne genügende Ursache drei Monate im Rückstande ist, wird als ausgetreten betrachtet und kann, so lange es den rückständigen Betrag nicht entrichtet hat, den Generalversammlungen nicht beiwohnen.

§ 4. Rechte und Pflichten.

Art. 12. Jedes Mitglied verpflichtet sich durch seine Aufnahme, dieses Reglement und die Beschlüsse der Generalversammlung zu beobachten und zu befolgen. Art. 13. Im Falle ein Mitglied die übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllen sollte, so wird es brüderlich, besonders von den zwei Mitgliedern, die es zur Aufnahme empfohlen hatten, daran ermahnt. Art. 14. Jedes Mitglied hat das Recht und die Pflicht, den Generalversammlungen beizuwohnen, an den Berathungen über alle Fragen und die Erwählung des leitenden Comité's Theil zu nehmen. Art. 15. Jedes Mitglied hat das Recht und die Pflicht, dem Comité Auskünfte zu ertheilen und Vorschläge zu machen, welche im Interesse Einzelner und der Gesammtheit und mit den Grundsätzen der Association in Uebereinstimmung sind. Art. 16. Jedes Mitglied soll es sich angelegen sein lassen, unter seinen Kameraden den freien Geist zu erwecken, die Grundsätze und den Zweck der Gesellschaft zu entwickeln und zu befolgen und namentlich sie aufzufordern, sich an unserem Emanzipationswerk zu betheiligen. Art. 17. Jedes Mitglied, das verreisen will, ist gehalten, sein Büchlein vom Comité visiren zu lassen, damit dieses zu dessen guter Aufnahme das Comité des neuen Aufenthaltsorts davon in Kenntniß setzen kann. Art. 18. Das Gedeihen der Association ist der Hingebung und dem Eifer jedes seiner Mitglieder anvertraut.

§ 5. Generalversammlungen.

1. Abtheilung. Allgemeine Bestimmungen.

Art. 19. Die ordentlichen Generalversammlungen finden am zweiten Sonntag jeden Monats, 2 Uhr Nachmittags, statt, um die monatlichen Geldbeiträge zu erheben, neue Mitglieder aufzunehmen, Kenntniß zu geben und zu nehmen über Alles, was die Gesellschaft interessiren könnte und über alle vom Comité unterlegte Vorschläge und Anträge zu berathen. Art. 20. Das Comité trifft die nöthigen Maßregeln zur Einberufung außerordentlicher Generalversammlungen. Art. 21. Bei jeder Versammlung legt das Comité einen Bericht ab über seine Arbeiten und die Ausdehnung, welche die Association seit ihrer letzten Zusammenkunft gewonnen hat. Art. 22. Das Comité bringt die Vorschläge und Anträge, welche ihm von Gesellschaftsmitgliedern zugekommen sind und erheblich erfunden wurden, von der Generalversammlung angenommen oder verworfen zu werden, zur Verhandlung. Art. 23. Alle Reformfragen, allgemeine und lokale, welche von der Generalversammlung angenommen sind, werden in ein besonderes Buch, Buch der Entwürfe genannt, eingetragen, eine Abschrift davon dem Centralcomité eingesandt, um im Centralorgan der Association veröffentlicht zu werden. Art. 24. Eine Abschrift des Buchs der Entwürfe wird den Delegirten, welche die Gesellschaft auf dem Congreß in Brüssel vertreten, mitgegeben. Art. 25. Die Ernennung der Delegirten zum Congreß in Brüssel wird in einer Generalversammlung unter Mitwirkung aller Arbeitergesellschaften vorgenommen, welche in der Association durch Delegirte vertreten sind.

2. Abth. Haltung der Versammlungen.

Art. 26. Die Generalversammlung wird von einem Mitgliede des Comité's, das vom Comité dazu bezeichnet wird, präsidirt. Art. 27. Der Präsident leitet die Verhandlungen, bestimmt die Ordnung und handhabt die Polizei der Versammlungen. Art. 28. Bei Eröffnung jeder Versammlung wird das Protokoll der vorhergegangenen Sitzung vorgelesen. Art. 29. Kein Mitglied, ausgenommen die des Comité's, kann über irgend einen Gegenstand das Wort ergreifen, ohne es vorher verlangt zu haben. Wer aber das Wort erhalten hat, darf von Niemanden unterbrochen werden und kann ihn nur auf die Frage hinweisen, zur Ordnung rufen oder je nach Umständen das Wort entziehen.

3. Abth. Ordnungsregeln der Versammlungen.

Art. 30. Alle Privatunterhaltungen und Besprechungen sind unter der Strafe des Ordnungsrufes verboten, und werden im Wiederholungsfall nach dreimaligem Ordnungsruf die Betreffenden aus der Versammlung gewiesen. Art. 31. Jedes Mitglied, das durch unanständige Worte und unschickliches Betragen überhaupt die Ordnung der Sitzung stört, oder sich zu Verläumdungen und Bedrohungen seiner Mitbrüder hinreißen läßt, wird vom Präsidenten zur Ordnung gerufen, und im Falle Beharrens nach dreimaligem Ordnungsruf von der Versammlung ausgeschlossen. Art. 32. Das Protokoll der Versammlungen wird während der Sitzung verfaßt, enthält summarisch die Verhandlungsgegenstände, die Beschlüsse und die Zahl der dafür gefallenen Stimmen; es enthält das Namensverzeichniß der frisch aufgenommenen Mitglieder, zeigt den Betrag der Einnahme des Tages und die Ausgabe des eben verflossenen Monats an; es wird vom Präsidenten, Sekretär und Kassier unterzeichnet und mit dem Siegel der Association versehen.

(Schluß folgt.)

Berlin. Der „Social-Demokrat" veröffentlicht folgende Erklärung des Herrn **F. W. Fritzsche** in Leipzig (des Führers der dortigen Lassalleaner) gegen Herrn B. Becker, den von Lassalle testamentarisch gewünschten Nachfolger: „Sollte Herr B. Becker noch weiter, wie er es in seinem sogenannten Vorworte zum Protokolle des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereines gethan, Lügen und Verleumdungen gegen mich aussprengen, so werde ich demselben mit gewissen Enthüllungen zu dienen wissen, die ihn als noch etwas mehr denn als Lügner und Verleumder darstellen."

Briefkasten.

Von dem Arbeiterverein in Hainichen 7 fl. 35 kr. erhalten und damit Ihr Conto pro 1. Quartal 1866 ausgeglichen. — Aus Luckenwalde 4 Thlr. 3½ Sgr. erhalten und das alte Conto damit ausgeglichen, für das neue Conto fehlen noch 10 Sgr. Porto. — Von dem Arbeiterverein in La Chaux de fonds 12 Frcs. pro 1866 erhalten. — Von dem Arbeiterverein in Zell i. W. 2 fl. 9 kr. erhalten. — Hrn. U. in Weimar. Wir haben die Acten in der Differenz zwischen dem Arbeiterverein und Turnverein dort, nach Rede und Antwort, geschlossen, und ersuchen Sie im Intresse der Sache die weitere Fehde ruhen zu lassen. Indessen wollen wir nicht unterlassen, das Thatsächliche aus Ihrer Entgegnung hier zu constatiren und zwar dahin: daß der T.-V. Vorstand durch die Vereinsstatuten nicht nur verpflichtet ist, über das Wohl des T.-V. zu wachen und denselben nach Außen hin zu vertreten, sondern daß derselbe auch darauf sehen muß, daß sich die Mitglieder keine Verletzung der Satzungen und der Sitte, sowie Unehrenhaftigkeit zu schulden kommen lassen und daß, wenn das Verhalten einiger T.-V. Mitglieder gegen den Arbeiterverein hiergegen verstoßen, sich jedenfalls der T.-V.-Vorstand hätte verpflichtet fühlen müssen, die bezüglichen Vorschriften des Statuts (§ 9 b. 2 und 3) in Anwendung zu bringen; daß der T.-V., mit einer Mitgliederzahl von weit über 300, in den letzten Jahren die Feuerwehr, den Singverein u. Wehrverein bei sich geschaffen und daß seine Sammlungen von Geldern für Schleswig Holstein, das Halten von einigen 20 Zeitschriften, das Vermehren seiner Bibliothek, das Streben, sich eine tüchtige Turnhalle zu bauen, sowie sein Eingreifen in das öffentliche Leben, der beste Beweis seien, daß er nicht schlafe, sowie daß es vom T.-V.-Vorstand beschlossen gewesen sei, alle die Lehrgegenstände in diesem Winter einzuführen, die in der A.-V. Correspondenz aus Weimar in der Arb. Zeitung aufgezählt seien.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert in Coburg.

Beilage zu Nr. 162
der Allgemeinen deutschen Arbeiter-Zeitung.

Socialer Theil.

(Schluß.)

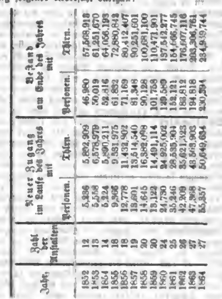
Leipzig, 24. Januar. In einer von der socialdemokratischen Partei einberufenen und von mehr als 300 Personen besuchten Volksversammlung wurde gestern die Anbahnung einer Verständigung zwischen der socialdemokratischen und der großdeutsch-demokratischen Partei versucht. Die dahin gerichteten Bemühungen führten zwar den gewünschten Erfolg noch nicht herbei, doch sind die Aussichten auf Herstellung des gewünschten Verhältnisses (das nicht etwa in einer Verschmelzung beider Parteien bestehen soll) als günstig zu bezeichnen; die in der Arbeiterpartei bisher vielverbreitete Meinung, daß man die socialpolitischen Ziele auch ohne jede Berücksichtigung der deutschen Einheitsfrage erreichen könne, verliert an Boden. Einig waren bereits alle Redner in der Forderung der Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts. Der Antrag aber, deshalb eine Petition an die sächsischen Ständekammern zu richten, ward einstimmig abgeworfen, weil, wie die Versammlung sich auf Antrag des Professors **Wuttke** aussprach, man um zuständige Rechte, da das allgemeine Wahlrecht schon im deutschen Reichswahlgesetz enthalten, nicht petitioniren dürfe, am allerwenigsten aber an oktroyirte Ständelandtage.

Berlin. Die vielangefochtene Schulze'sche Lehre von der nothwendigen Solidarität bei Associationen hat vor Kurzem eine sehr unangenehme praktische Erfahrung zu machen gehabt. In **Zerbst** nämlich ist eine schwere finanzielle Katastrophe ausgebrochen, veranlaßt durch den bei Nacht und Nebel davon gegangenen Eisengießereibesitzer Partheil den Jüngeren. An dem davon schwer betroffenen Platze ist augenblicklich nur von diesem Ereignisse die Rede. Wie man hört, ist Partheil jun. nach England entwichen, von wo er wahrscheinlich den Weg über's Meer nehmen wird. Die Summe der von ihm hinterlassenen Verbindlichkeiten wird annähernd auf circa 70,000 Thlr. geschätzt; davon dürften auf die gewerbliche Vorschußbank, deren Cassirer der Flüchtling war, gegen 32,000 Thlr. fallen. Hierin liegt für die Stadt die eigentliche Calamität. Der genannte Verein, der für diesen enormen Verlust aufkommen muß, zählt gegen 800 Mitglieder, von denen aber vielleicht 200 ziemlich mittellos sind; es werden daher, da einer für alle und alle für einen haften, die übrigen 600 nöthigenfalls zum Ersatz herangezogen werden müssen, eine für die Betheiligten wahrlich nicht tröstliche Aussicht. Neuesten Nachrichten zufolge sind in Folge dessen **Unruhen** in Zerbst ausgebrochen.

— An das **Abgeordnetenhaus** ist Seitens **des Breslauer Central-Arbeitercomité** nachfolgende Resolution gesendet worden: „Die Vertretung der Breslauer Arbeiter, das Central-Arbeitercomité, hat heute folgende Resolution beschlossen: Das Central-Arbeiter-Comité erklärt: 1) In Erwägung, daß das Abgeordnetenhaus in der Sitzung vom 13. bis 15. Februar vor. J. die, die freie Bewegung der Arbeiter beschränkenden Paragraphen nur theilweise beseitigt hat, — 2) in Erwägung ferner, daß in der Thronrede vom 15. Januar d. J. die K. Staatsregierung dem Landtage betreffende Vorlagen zur Beseitigung der Beschränkungen, welche der freien Verwerthung der Arbeitskräfte u. s. w. noch im Wege stehen, zugehen lassen will, — hält das Comité es nicht für angemessen, dem hohen Hause eine Petition mit der Bitte um Abschaffung der, die freie Arbeit beschränkenden Bestimmungen zu übersenden, das Comité glaubt vielmehr, daß das Abgeordnetenhaus es als heilige Pflicht anerkennen muß, den Arbeitern als gleichberechtigten Staatsbürgern die ihnen gebührenden Rechte mit allen gesetzlichen Mitteln zu verschaffen."

Fortschritte der deutschen Lebensversicherungsanstalten.

In Frankreich, Italien und Iberien überwiegt die Benutzung der Tontine, wodurch man nicht anderen, sondern sich selbst Genuß und Versorgung für spätere Zeiten bereitet. In Deutschland, England, Holland und Skandinavien gedeihen dagegen die Lebensversicherungen. Der Grund dazu liegt in der Tugend der werkthätigen Liebe zu denen, die uns nahe stehen, in dem darin wurzelnden Sinn für häusliche Ordnung und Sparsamkeit. Wie sehr die Theilnahme für die Lebensversicherung bei uns im Wachsen begriffen ist, mag folgende Uebersicht darthun:



Jahr.	Zahl der Anstalten	Neuer Zugang im Laufe des Jahres mit Personen.	Neuer Zugang im Laufe des Jahres mit Thlrn.	Bestand am Ende des Jahres mit Personen.	Bestand am Ende des Jahres mit Thlrn.
1852	12	5,286	5,892,909	46,980	57,568,918
1853	13	5,558	6,578,979	50,019	61,251,670
1854	14	5,224	5,890,211	52,816	64,056,193
1855	18	9,966	9,331,975	61,882	72,880,642
1856	18	12,778	11,432,902	71,169	80,412,407
1857	19	13,601	13,514,540	81,348	90,251,601
1858	20	14,645	16,382,098	90,128	100,681,100
1859	20	13,122	14,491,114	101,758	110,471,901
1860	24	24,730	24,925,002	120,589	137,542,977
1861	25	35,246	28,535,304	152,121	154,666,745
1862	26	42,209	35,621,323	188,812	176,607,116
1863	27	47,988	43,563,903	194,818	203,306,761
1864	27	55,357	50,649,684	230,394	234,939,744

Newyork, 10. Jan. Der „Kölner Ztg.", die mit dankenswerthem Eifer diese Erscheinungen scharf im Auge hält, schreibt man: Die südlichen Pflanzer arbeiten nach wie vor mit allem Eifer darauf hin, sich für den durch die Befreiung der Sclaven erlittenen Verlust an Arbeitskräften möglichst billig zu entschädigen. Natürlich ist der große **Menschenmarkt Deutschland** der Punkt, wohin sie vorzugsweise ihre sehnsüchtigen Blicke richten. Deshalb bin ich schon wieder gezwungen, Ihnen von einem leider, wie es scheint, erfolgreichen Plane zu berichten, der an Insolenz seines Gleichen sucht. Die früheren Sclavenhändler, gegenwärtigen **Agenten Knox u. Smith** in Alexandria bei Washington, erlassen nämlich unter dem 1. d. M. ein Circular, worin sie ihren Kunden anzeigen, daß sie im Stande seien, zu jeder Zeit und auf kurze Bestellung deutsche Arbeiter, mit oder ohne Familie, unter folgenden Bedingungen zu liefern: Männer zu 100, Frauen zu 60 und Kinder unter fünfzehn Jahren zu 30 Dollars per Jahr; zugleich erhalten dieselben Negerlost und Negerwohnungen (im Vergleich zu welchen eine Hütte in der Wasserpolackei noch ein Palast ist). Als Mällergebühren berechnen Knox u. Smith für Männer und Frauen 25 Dollars und die Hälfte für Kinder, von welchen Beträgen je 10 und 5 Dollars den Arbeitern abgezogen werden, so daß diese in der That im günstigsten Falle nur je 90, 50 und 25 Dollars per Jahr erhalten. „Diese Deutschen", heißt es am Schlusse des Circulars, „sind ein geduldiges, fleißiges Volk." Nach ihrer Ankunft in Virginien werden sie vorläufig, bis sie von ihren Herren abgeholt werden, in den alten Negerställen untergebracht. Der Scandal ist so himmelschreiend, daß sich sogar der Einwanderungs-Superintendent der Vereinigten Staaten veranlaßt sieht, in einem Rescripte, d. d. Washington, 5. Jan. 1866, davor zu warnen. „Die angebotenen Bedingungen", sagt er, „sind unvernünftig und sowohl für die Arbeiter als für die Arbeitgeber entehrend. Mein Bureau hat aber Kenntniß davon erlangt, daß selbst diese Bedingungen noch verschlechtert werden, sobald die Einwanderer in die Gewalt ihrer Miethsherren gelangt sind, und daß sie mit großer Ungerechtigkeit und Gemeinheit behandelt werden." Aus diesen Gründen warnt der Superintendent vor jeder Berührung mit Knox und Smith. Es scheint also, daß bereits genug leichtgläubige Gimpel in Deutschland sich auf diese Leimruthe gesetzt haben. Helfen denn alle Mittheilungen und Warnungen der unparteiischen Presse nichts? Will denn der Deutsche mit aller Gewalt sich an die Stelle des Kuli drängen? Will er doppelt so billig wie der ehemalige Sclave für eine bankerotte Aristokratie arbeiten, die ihm für seinen Fleiß und seine Geduld mit Verachtung, mit Fußtritten und Betrug lohnt? Unsere Sprache hat kein Wort, das stark genug wäre, die Schmach und Erniedrigung zu bezeichnen, der sich Deutsche freiwillig unterwerfen. Gibt es denn gar kein Mittel dagegen?

Vermischtes.

Das Leben in unserem Blute.

Wir sind, sagt A. Feierabend im Feuilleton der „N. Fr. Presse", seit unseren ersten Schuljahren schon gewohnt, uns das Blut in unserem Körper als belebt zu denken. Lehrt ja die heilige Schrift im dritten Buche Moses: „Des Leibes Leben ist in seinem Blute". Liegt ja die natürliche Anschauung so nahe, den Sitz des Lebens gerade in dem Blute zu suchen, dessen ruhelos rinnendem Strome die Bildung aller organischen Stoffe schöpferisch entsteigt, und in die sie sich mit jedem Augenblicke, unbrauchbar geworden, als Schlacke wieder auflöst. Darum war auch schon den ältesten Völkern vor allen anderen Flüssigkeiten unseres menschlichen Organismus das Blut ein gar „sonderbarer", und zwar der „edelste" Saft, mit dessen Verlust sie ja in der blutigen Schlacht auch das Leben der Helden enteilen sahen.

Die Naturwissenschaft hat sich nun schon vor Jahrhunderten die große Aufgabe gestellt, an der Hand der genauesten Untersuchungen die instinctartige Annahme des Lebens im Blute zu prüfen.

Schon vor bereits zweihundert Jahren hat der große italienische Naturforscher Marcus Malpighi durch Untersuchung des Blutes unter dem Mikroskope die Entdeckung gemacht, daß dasselbe aus einer klaren und farblosen Flüssigkeit bestehe und aus rundlichen Blutkörperchen, welche in derselben bald in größerer, bald in kleinerer Menge sich bewegen und theils farblos, theils rothgefärbt erscheinen. Diese Blutkörperchen oder auch Blutscheiben zeigen sich bei Thieren und Menschen in Gestalt und Größe sehr verschieden und geben daher bei Untersuchung von Blutflecken unter dem Mikroskope einen sehr wichtigen Anhaltspunkt für die gerichtliche Arzneiwissenschaft, der ihr sehr zur Ehre gereicht.

Die Scheibchen im menschlichen Blute haben eine plattrunde, münzenförmige Gestalt und sind auf beiden Seiten etwas eingedrückt. Sie sind daher in ihrer Mitte etwas dünner, haben aber einen dickeren Rand. Ihr Dicke-Durchmesser ist fünfmal kleiner, als ihr Länge-Durchmesser. Man berechnet daher, daß, wenn die Scheibchen wie Thaler platt aufeinandergelegt würden, 1500 derselben auf die Länge einer Linie gehen würden, dagegen aber nur 300 bis 400, wenn man sie neben einander legen würde. Weiter schätzt man die Zahl der Blutkörperchen, welche sich im Blutstrome eines erwachsenen Menschen herumtummeln, auf die hübsche Summe von 60 Billionen, während die Flüssigkeit, in der sie sich bewegen, nicht zweimal so viel an Masse beträgt, wie sie selbst.

Wie allgemein bekannt, ist das Herz der Mittelpunkt des Kreislaufes, welcher das Blut durch den ganzen Körper führt. Durch seine lebenskräftige Muskelarbeit wird es nämlich in die Pulsadern getrieben und mit jeder Zusammenziehung neue Masse nachgeschoben, bis hinaus in die feinsten Haarröhrchen, wo es dann wieder in die Blutadern überströmt und durch diese zum Herzen zurückkehrt, um, in den Lungen wieder auf's neue lebensfähig gemacht, neuerdings in die Arterien gepumpt zu werden.

In diesem unaufhörlichen Kreislaufe ist das Blut indessen nicht nur die Masse der im Körper immer wechselnden Stoffe, aus der sich diese bilden und auflösen, sondern seine Blutkörperchen sind gleichzeitig die thätigen Träger des lebendigen Verkehrs, der eben das Dasein des Lebens bedingt und ohne welchen dasselbe sogleich aufhört.

Sie übernehmen nämlich die Fortbewegung der Gase, welche im Athmungsprocesse dem Blute zugeführt werden. Das Blut strömt nämlich aus der rechten Herzkammer in die Lungen, und nimmt in denselben aus der eingeathmeten Luft den Sauerstoff ein. Von ihm durchsäuert, kehrt es zur linken Herzkammer zurück, um von ihr aus mit großer Gewalt durch die Arterien in den ganzen Körper hinausgepumpt zu werden. In den Haargefäßen gibt es sodann den an seinen Blutkörperchen haftenden Sauerstoff im Augenblicke ihrer Zersetzung ab und nimmt

dagegen eine andere Gasart, die Kohlensäure auf, die es dann durch die Venen zur rechten Herzkammer zurückbringt, um von da wieder in die Lunge getrieben zu werden, wo es die Kohlensäure an die Luft abgibt, während es dagegen den Sauerstoff aufnimmt.

Dieser einfache, aber für das Leben so bedeutungsvolle Hergang ist in solcher Weise vorzugsweise an die Blutkörperchen geknüpft. Sie bestehen aus dem Grundelemente aller organischen Bildung, der ursprünglichen Zelle, die aus dem Kern, der Haut und dem zwischen ihnen liegenden Inhalte besteht. Der Kern zeigt sich indessen nur auf der ersten Entwicklungsstufe der menschlichen Frucht und geht später zu Grunde. Die Haut bildet dagegen ein flaches Bläschen, das einen ziemlich dichten Inhalt in sich birgt und eben seine bezeichnende Form bedingt. Derselbe enthält nebst verschiedenen Stoffen, aus welchen sich die Organe unseres menschlichen Körpers bilden, das Blutroth, welches eben den Sauerstoff aufnimmt und so den Gasverkehr vermittelt. In solcher Weise werden sie zu den eigentlichen Athmungsorganen des menschlichen Organismus, deren Verrichtung in den Lungenbläschen vor sich geht. Diese sind nämlich durch ein ganz dünnes Zellgewebe sehr unvollständig bedeckt und gewähren daher den Haargefäßen den möglichst großen Raum zu ihrer Ausbreitung. In diesen Lungenbläschen gelangt daher die größte Masse des Blutes ohne Unterbrechung mit der eingeathmeten Luft in die innigste Berührung, und während die Kohlensäure an die äußere Luft abgegeben wird, zieht dagegen das Blutroth der Blutkörperchen den Sauerstoff der eingeathmeten Luft begierig an und hält ihn bis in die Haargefäße fest.

Mit jedem Athemzuge wird somit eine neue Menge desselben den Blutkörperchen zugeführt, und an eben diese Zufuhr des Sauerstoffes ist die Lebensthätigkeit aller Körpertheile geknüpft. Hört dieselbe auf, so erstickt auch diese. Die Zufuhr des Sauerstoffes zu den Körpertheilen bewirkt eine stetige Zersetzung derselben in ihren bestehenden Verbindungen, und bei diesem stetigen Zernichtungs- oder Verbrennungs-Processe der Organe wird der Fortbestand des Lebens nur dadurch möglich, daß die durch denselben Zerstörungsvorgang verbrauchten organischen Stoffe fort und fort wieder durch neue ersetzt werden, während dagegen jene als Kohlensäure theils in der Lunge, zum Theile aber auch durch die Haut aus dem Blute und dem Körper ausgeschieden werden. Ohne diesen immerwährenden Stoffwechsel müßte der Sauerstoff in ganz ähnlicher Weise die organischen Theile zerstören, wie es durch ihn nach dem Tode im Verwesungs-Processe der Leiche der Fall ist. Jede Verrichtung der organischen Stoffe ist an diesen stetigen Zersetzungs-Proceß desselben gebunden und geschieht unter bestimmten Erscheinungen. Sind die organischen Stoffe gehörig dazu vorbereitet, so geschieht die Verbrennung unter Entwicklung von Licht als Flamme; geht sie aber nur langsam vor sich, so geschieht sie unter Entwicklung von Wärme. Durch diesen Verbrennungs-Proceß in unserem Körper wird dessen Eigenwärme erzeugt, die eben durch die Verrichtungen der Organe wieder bestimmt wird. Während in solcher Weise der zum Verbrennungs-Proceß benöthigte Sauerstoff durch die Blutkörperchen den Organen zugeführt wird, werden letztere in dem Verbrennungs-Processe selbst immerfort zernichtet. Ihre Substanz zerfällt, und aus ihren Zersetzungstheilen bilden sich die Farbstoffe der Galle, welche als nutzlos aus dem Körper ausgeschieden werden. Die stete Zersetzung der Blutkörperchen ihrerseits bedingt aber andererseits eine ebenso stete Zufuhr neuer Gebilde, und zwar im gleichen Verhältnisse zur ersteren. Diese Neubildung der Blutkörperchen aber geht in den Muttergebilden der Drüsen vor sich, indem in denselben immer wieder neue Blutkörperchen entstehen und dann mit der Lymph-Flüssigkeit dem Blute zuwandern. In solcher Weise haben die Drüsen eben den wichtigsten Einfluß auf die Mischung des Blutes, daher Krankheiten derselben vorzugsweise die Verarmung des Blutes an seinen belebenden Körperchen bedingen, während deren gesundheitsgemäße Verrichtung eben die richtige Mischung des Blutes zur Folge hat. Da die Drüsen über unseren ganzen Körper an verschiedenen Stellen zerstreut sind, so geschieht auch die Bildung der neuen Blutkörperchen auf verschiedenen Punkten, und unterstützen und ergänzen sich dieselben gegenseitig. Luft und Wärme, Nahrung und Trank, Bewegung und Ruhe üben auf ihre Thätigkeit einen bedeutenden Einfluß. Da nicht nur die Lunge, sondern auch die äußere Haut zur Ausscheidung der unbrauchbar gewordenen Kohlensäure dient, so springt die gesundheitsgemäße Pflege der letzteren, besonders durch frisches Waschen und frische Luft, in die Augen.

Die Ausscheidung der Kohlensäure in den Lungen und die entsprechende Aufnahme des belebenden Sauerstoffes in denselben ist einerseits an die kräftige Thätigkeit der Athmungsmuskeln geknüpft, welche durch ihre Zusammenziehungen den Brustraum erweitern und so die Luft zwingen, in die Lungen einzustürzen und die Luftbläschen auszufüllen. Jede Hemmung der Athmungsbewegungen durch enge Kleider bedingt daher auch nothwendig eine Hemmung des lebendigen Gasverkehrs in den Lungen. Andererseits ist ebenso reine Luft die andere unerläßliche Bedingung für den Athmungs- und durch diesen für den Blutbildungs-Proceß. Dieser wird nicht nur gehemmt und gestört sondern er erhält bei dauernder solcher schädlicher Einwirkung eine falsche Richtung, die zu allen den Krankheiten führt, welche aus Blutverderbniß hervorgehen. Dies ist also der Fall, wenn statt des genügenden Gehalts von Sauerstoff die Luft schädliche Stoffe, wie z. B. Kohlensäure, Kohlenoxydgas oder Stickstoff, enthält. Darum das mühsame Athmen in überfüllten Räumen mit verdorbener Luft, z. B. in qualmigen Kneipen, und darum das häufige Vorkommen von Blut- und Lungenkrankheiten bei ungenügendem Luftwechsel in den Wohnzimmern und vor allem in den Schlafzimmern, die Unverstand und Unwissenheit häufig in die dumpfigsten Räume des Hauses verlegen; daher die langsam aber sicher die Gesundheit vernichtenden Wirkungen der Miststätten in den Häusern, wenn man unterläßt, die durch ihre Gasausströmungen so giftig wirkenden menschlichen Auswurfstoffe immer sofort, durch ein gutes Wasserleitungs- und Canalsystem von den menschlichen Wohnplätzen fortzuführen. Tausende von Menschen, namentlich Kinder, deren zarter Organismus solchen Schädlichkeiten keinen genügenden Widerstand entgegensetzen kann, büßen alljährlich diese Nichtbeachtung der Gesetze der Natur mit Gesundheit und Leben. Möchte es doch endlich der popularisirten Wissenschaft gelingen, den Gesetzen der Natur Gehorsam zu verschaffen. Vor allem aber, möchte doch die sanft schlafende Sanitätspolizei endlich aller Orten zu rationeller Thätigkeit erwachen, und statt dessen die nutzlose politische Polizei mehr Ruhe sich gönnen.

Eine Schriftsetzmaschine.

Wenn Nachstehendes sich bewährt, so wäre das Problem des Schriftsetzens durch eine Maschine gelöst. Ein Herr F. Calori Cesi veröffentlicht nämlich in einer Zeitung von Modena Folgendes: Gestern, am 5. December, Vormittags, folgte ich einer Einladung, um eine von dem Mechaniker M. L. Calolari erfundene Maschine in ihrer Arbeit in Augenschein zu nehmen. Außer mir waren noch der Syndikus, der Herr Marquis Campori und andere Personen anwesend. Zu unserer großen Ueberraschung sahen wir vermittels jenes Apparats fünf Verse von Dante nebst einem gelehrten Commentar in 9 Secunden setzen, die Linie von 30 Buchstaben. Wir selbst haben unsere Namen vermittelst Tasten, welche die Maschine lenken, gesetzt. Der Erfinder hat uns leicht die Ueberzeugung beigebracht, daß man mit Hülfe dieser Maschine eine Rede setzen kann, während sie gehalten wird.

Vom Büchertisch.

Volksbildung, Volkserziehung, das sind Worte, die heute recht oft gehört werden und man sollte meinen, wo sie ihre Anwendung finden, da habe das Volk die heutige Zeit verstanden. Das Bewußtsein, daß ein Staat nur dann wahrhaft gedeihen kann, wenn seine Angehörigen mit vollem Verständniß für die Gegenwart in ihm leben, regt sich mächtig überall. Indessen gehört dazu wahrhaftig mehr, als einzig und allein in der Politik zu Hause zu sein. Wir haben noch ein anderes „zu Haus" als jenes politische Feld, von dem ich wahrlich zuerst fordere, daß nicht nur der Mann, dessen Stellung als Bürger es ja fordert, darin heimisch sei, sondern wo auch die Frau, die die künftigen Staatsbürger zu erziehen hat, wenigstens nicht fremd vor der Thüre stehen sollte. Mit jenem andern „zu Haus" aber meine ich die Kunde von unserer Alter Heimath, von unserer alten Erde. Vor mir liegt **Roßmäßler's Blatt: „Aus der Heimath."** Er selbst nennt es ein naturwissenschaftliches Volksblatt, und wahrlich ein „Volksblatt" in des Sinnes weitester Bedeutung ist es auch. Seit sieben Jahren besteht das Blatt bereits und wem darum zu thun gewesen, sich mit unserer schönen Erdenheimath vertraut zu machen, der hat durch dies Blatt reiche Gelegenheit gefunden. Da gehen wir so oft hinaus in die schöne Gotteswelt; wir empfangen mit unseren Sinnen alle die schönen Eindrücke, aber wir gehen achtlos vorüber, und doch kann es nichts geben, was uns mehr zum Herzen sprechen könnte, als was die Natur uns bietet. Ich erinnere mich noch lebhaft eines Spazierganges an einem zweiten Ostertage, wo nach langem trüben Winter der Frühling urplötzlich gekommen war. Erst einige Tage über eine Woche hinaus war die Eis- und Schneehülle gewichen, noch war das Leben draußen recht wenig entwickelt, vom Wachsthum traten erst wenige Spuren hervor; der Freund aber, der uns hinausgeführt, geleitete uns auf eine ganz kleine Anhöhe und zeigte uns hier tief unter dem verwesenden Rasen des vorigen Jahres verborgen, winzig kleine Moosgewächse, deren wir auf einem ganz kleinen Fleck Erde sieben verschiedene Arten fanden. Und, o wie waren sie so zart, wie waren die kleinen Sprößchen so fein organisirt. Eine Art war dabei, deren kleine purpurrothe Blüthe, übrigens kaum von der Größe eines kleinen Nadelknopfes, mich damals ganz besonders entzückte. Wie oft gehen wir achtlos an solchen Schönheiten vorüber; unsere Gedanken gehören ganz andern Dingen an, die doch im Grunde genommen zu unwichtig, oft auch wohl zu unsauber für eine Menschenseele sind. Dennoch meinen wir in unserm Dünkel, daß gerade nur in dieser Weise unsere Gedanken ihre volle Thätigkeit entfalten könnten. Werfen wir jetzt aber einen Blick auf das Naturleben, da ist Alles richtig, denn Eins bedingt das Andere, Roßmäßler führt uns, indem er sein Blatt für uns schreibt, zurück zu unserer alten Heimathstätte, der wir entfremdet waren, indem er aus unserer nächsten Umgebung wie aus fernen Zonen uns das Naturleben vorführt, bald aus der Thierwelt, bald aus der Pflanzen- und Steinwelt erzählt, in der populärsten Weise uns Aufschluß gibt über die Beschaffenheit derselben. Dabei ist der Preis ein solcher, wie ihn auch der Unbemittelte wohl erschwingen kann; oder sollte das Einem zu viel werden, können Mehrere sich zusammenthun, denn ein solches Blatt fordert ja nicht sogleich bei seinem Erscheinen gelesen zu werden, da das, was es bringt, nie veraltet. „Aus der Heimath" erscheint wöchentlich einen Bogen stark in sehr hübscher Ausstattung und kostet vierteljährlich 15 Sgr.

(Magdeb. Presse.)

Das jüngst erschienene letzte Vierteljahrs-Heft der Zeitschrift „Der Arbeiterfreund" ist beinahe ganz der Frauenarbeit gewidmet. Es beginnt mit einer Denkschrift des Präsidenten Dr. Lette über die Eröffnung neuer und die Verbesserung bisheriger Erwerbsquellen für das weibliche Geschlecht, dieselbe wurde in einer Sitzung des Vorstandes und Ausschusses des „Centralvereins in Preußen für das Wohl der arbeitenden Klassen" vorgelegt und die Frage für wichtig genug erachtet, um durch eine besondere Commission ausführlich berathen zu werden. Das geschah demnächst in Anlehnung an ein ebenfalls abgedrucktes Votum des Vorsitzenden, Dr. Lette; die Commission stellte mehrere Sätze auf, welche einer am 13. Dec. v. J. stattgehabten öffentlichen Besprechung zu Grunde gelegt wurden. Den betreffenden Berichten über die Verhandlung des Vorstandes und Ausschusses, der Specialcommission und der großen Versammlung reihen sich noch einige Abhandlungen an; von denen wir verzeichnen: die Beiträge des Stadtgerichtsraths Dr. Eberty „zur Geschichte der Bestrebungen für das Wohl der arbeitenden Frauen in England", eine Erörterung der „für das weibliche Geschlecht sich eignenden Erwerbsbeschäftigungen" vom Professor Clément und ein Promemoria Dr. Lette's zur Berathung des seitdem gebildeten „Comité's für Verbesserung der Erwerbsquellen und Lage des weiblichen Geschlechts". Der gesammte Inhalt des Heftes, soweit er sich auf diese Angelegenheit bezieht, ist unter dem Titel „die Erwerbsgebiete des weiblichen Geschlechts" besonders abgedruckt und als Broschüre von der Verlagshandlung (O. Janke in Berlin) zum Preise von 10 Silbergroschen zu beziehen.

Verschiedene Anzeigen.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert in Coburg.

Beilage zu Nr. 170
der Allgemeinen deutschen Arbeiter-Zeitung.

Sind die Ankäufe von Staatspapieren „gewagt“ oder „gesichert“? Ist die französische Bank eine Einladung zum Wagniß oder ein Sicherheitspatent für das Kapital? Haben die Actionäre der Köln-Mindener Bahn und der französischen Bank, haben die Inhaber von Staatspapieren mehr Anspruch auf Betheiligung am Gewinn, als jener unschuldige Kapitalist, dem sein Vater 100,000 Thlr. hinterließ, welche die Vormundschaft an der Stelle des Vaters anlegte? Und wenn sie nicht mehr Recht haben als jener, soll dann die Arbeit, welche allerdings Zins und Dividende für die Gesicherten „aufbringt“, das Aufgebrachte behalten? Wir versichern der St.-B.-Z., daß in diesem Falle die Arbeit in Europa sehr viel zurückbehält, und daß man zum ersten Male in der Weltgeschichte sehen wird, wie die „Arbeit“ wirklich „die Quelle des Reichthums“ ist, was bisher dem Adam Smith blos nachgesprochen wurde.

„Noch einen Schritt weiter. Glaubt die St.-B.-Z. — Ja oder Nein — daß das gesammte Nationalkapital der arbeitenden Völker und jedes einzelnen unter ihnen „gewagt“ oder „gesichert“ angelegt ist? Gewagt, darf sie nicht antworten; denn alle Lehrbücher der Volkswirthschaft, alle Statistiker reden laut und in sprechenden Ziffern von dem Wachsthum der Nationalvermögen, vom erhöhten Kapitale der Völker. Wenn also das Gesammtvermögen der Nationen jedesmal in Einer Hand gedacht würde, so „wagt“ diese Hand gar nichts; Verluste im Einzelnen werden durch Gewinnste am andern Orte reichlich aufgewogen. Wenn nun „gesicherte“ Kapitale nie Anspruch auf Erwerb haben, so ziehe sich die St.-B.-Z. selbst den Schluß und begreife endlich, was logisches Denken heißen will. „Wenn ihr nun hierdurch noch kein Licht aufgeht, so wird ihr auch kein Sonnen-Mikroskop helfen können.“

2) „Der dritte Aufsatz der Staatsbürger-Ztg. ist namentlich mit der bisherigen Kritik in Bausch und Bogen erledigt. „Der Wegfall der Verzinsung gesicherter Kapitalien“ wird der Welt nach Ueberwindung einer „Menge von Schwierigkeiten“ „Segen“ bringen; „dieser Segen muß ein unausbleiblicher sein, wenn die Zeit für die Ernte unserer Saat gekommen ist und die Garben reif sind für die Schnitter.“ „Der richtige Wucher ist es, für das Darleihen eines gesicherten Kapitales, für eine bloße ganz opferlose Gefälligkeit auf die Dauer derselben sich Geld zahlen zu lassen.“ „Nieder mit dem Wucher!“

„Lauter Deklamationen, liebe St.-B.-Z.! Ehe man eine neue Oekonomie in die Welt setzt, studirt man erst die alte, weiß man auf's Genaueste, was in der bisherigen Wissenschaft enthalten ist. In der Wirthschaft gibt es keine „Gefälligkeiten“, der große Hansemann hat es längst gesagt: „In Geldsachen hört die Gemüthlichkeit auf.“ Auch die „Gefälligkeit“ wird bezahlt, sonst würde der Mensch im Durchschnitt nicht „gefällig“ sein. Alle Oeconomen, J. B. Say an der Spitze, haben die bloße „Gefälligkeit“ vom Risico getrennt, und zwei Theile im Kapitalzinse unterschieden: einmal die Belohnung für die „Gefälligkeit“, das andere Mal die „Assekuranz-Prämie.“ Say leitet ausdrücklich den abnorm hohen Zinsfuß in gewissen Ländern und zu gewissen Zeiten von der Unsicherheit der Geschäfte, also von der Höhe der „Versicherungsprämie“ her. Derselbe Oeconom berechnet den Lohn der „Gefälligkeit“ oder die Miethe des „produktiven Dienstes“ auf 3 bis 4 pCt., während die „Versicherungsprämie“ unter dem König Johann 82 bis 83 pCt. betragen habe. Die 3—4 pCt. bleiben also der Lohn für die „Gefälligkeit“ oder den „produktiven Dienst“.

„Es fehlt blos, daß die St.-B.-Z., welche sonst so bereitwillig die „Rechte des gesammten Volkes“ in die Hand experimentirender Minister legt, den „Wucher“ durch die „Staatsgewalt unterdrücken“ läßt. Doch das nennt sie einen „Eingriff in die Freiheit“, was zwar wenig consequent, aber doch lobenswerth ist. Dafür räumt sie freilich ein, daß, wenn die „Freiheit“ einen solchen wucherlosen Zustand in Preußen einführte, „die Capitalien nach dem Auslande wandern würden. Aber das soll ihr „sehr lieb sein, denn alsdann wird das Ausland von seinem Erwerbe alle 20 Jahre dieselbe Summe nach Preußen liefern müssen, die von den preußischen Kapitalisten an die Staatsangehörigen des Auslands geliehen sind — und das wird viel Geld nach Preußen schaffen.“ Dafür wird denn das Ausland „einsehen, daß seine Bürger zu Gunsten der preußischen Staatszugehörigen ausgesogen werden, und dann bleibt ihm nichts übrig, als bei sich denselben staatlichen Zustand einzuführen, der in Preußen — im Musterstaate — herrscht.“

„Und die preußische Produktion — was macht die unterdessen? Das Kapital, alles Kapital geht in's Ausland; nicht nur das „gesicherte“, oder sicher angelegte, sondern auch das „wagende“ Kapital. Denn dieses letztere rekrutirt sich beständig aus dem ersteren, existirt gar nicht ohne den beständig zufließenden Quell des ersteren. Und es wird sich, selbst wenn man es von dem ersteren ganz loslösen könnte, wohl davor hüten, sich fernerhin mit der bisherigen „Versicherungsprämie“ abfinden zu lassen, wenn ihm die „Gefälligkeit“ nicht mehr bezahlt wird! Steht z. B. das Geld im Durchschnitt heute auf 6 Procent, so bleiben nach Abzug von 3 — 4 Procent Versicherungs-Prämie 2 — 3 pCt. Gefälligkeitslohn. Dieser wird von der St.-B.-Z. gestrichen und damit streicht alles Kapital die Segel, um sich im Auslande vortheilhafter zu placiren. Es wäre eine recht hübsche Lösung des preußischen Verfassungsconfliktes; die Arbeitskräfte gehen schon massenhaft über's Meer, in diesem Frühjahr früher und massenhafter als sonst; jetzt schickt die St.-B.-Z. das Kapital nach!

„Und sicherlich bleiben die Kapitalisten nicht im Lande zurück, denn am Ende möchten Zins und Zinseszins, die aus den „ausgesogenen“ Ländern nach Preußen kommen sollen, nicht ausreichen, um die in Preußen mittlerweile ausgebrochene Theuerung zu bestreiten. Die Versicherungsprämie würde nämlich der Art steigen, daß sie den bisherigen Gefälligkeitslohn doppelt und dreifach einholte!

„Es wird die Zeit kommen, sagt die St.-B.-Z. pathetisch, wo die wenigen Privilegirten vor der überwiegend größeren Zahl der Ausgesogenen die Waffen strecken müssen. Sehr wünschenswerthes Ziel, aber dahin führt der Weg der St.-B.-Z. wahrlich nicht, die sich erst andere Kenntnisse anschaffen soll, ehe sie solche Probleme aufstellt und zu lösen sucht. Sie muß uns zuerst beweisen, daß sie etwas von Ursprung und Wesen des Kapitals versteht, daß ihr die Rolle des Kapitals in der modernen Wirthschaft wirklich klar geworden. Sonst, und so lange beanstanden wie ihre Expeliorationen über die Reform der Gesellschaft, und können mit dem besten Willen nur Lockvögel in ihren emphatischen Versprechungen erblicken. Könnte uns in unserem Bedenken noch etwas bestärken, so wäre es die jüngst von uns gegeißelte leichtsinnige Staatsstreich-Theorie desselben Blattes. Wie kann man social auf Jemanden bauen, der politisch so unzuverlässig ist?“ —

Gedanken und Bedenken über den deutschen Protestantenverein.

Unter diesem Titel enthält das „Coburger Tagblatt“ folgenden Artikel, der uns auch für unsere Leser nicht ohne Interesse scheint:

„Was hat es eigentlich mit dem Protestantenverein für eine Bewandtniß, was will der Verein, was ist sein Ziel? Diese Fragen hat Einsender dieses nicht nur selbst sich vorgelegt, sondern es sind ihm dieselben, seit der Verein auch im hiesigen Lande Ausbreitung sucht, auch vielfach vorgelegt worden. In so ernster, das Interesse jedes Einzelnen angehender Angelegenheit ist Klarheit vor Allem Bedürfniß und die kann nur durch Meinungsaustausch gefördert werden. So will Einsender denn auch mit den Bedenken nicht zurückhalten, welche ihm bei Bekanntschaft mit den ausgesprochenen Zielen des Vereins entstanden sind und die er gerne widerlegt sehen möchte.

Der deutsche Protestantenverein ist, wie seine Leiter es ausgesprochen, hervorgegangen aus der Erkenntniß, daß in dem Leben der protestantischen Kirche ein Zustand der Erstarrung oder doch der Erkaltung sichtbar eingetreten sei, sowie aus dem Bedürfniß, wie man sagt, diesem Zustand ein Ende zu machen; zugleich aber auch aus der weiteren Erkenntniß der Nothwendigkeit eines geschlossenen Widerstands gegen die still aber mächtig um sich greifenden Umtriebe des Jesuitismus im Dienste des Ultramontanismus. Also Wiederbelebung des kirchlichen Lebens einerseits und andererseits Widerstand gegen jene finsteren, unermüdet thätigen und in ihrer geschlossenen, dem Lichte sich entziehenden Organisation doppelt gefährlichen Gegner des eigentlichen Geistes, der Grundprincipien des Protestantismus, — das ist, wie uns gesagt wird, das Ziel des Protestantenvereins. Mit dem letzteren Zielpunkt kann man wohl nur ganz einverstanden sein, hinsichtlich des ersteren dagegen ist noch Einiges zu sagen und es läßt sich bezweifeln, ob der eine Zielpunkt neben und geschweige durch den andern erreicht werden könne. Darüber sogleich. Der Protestantenverein hofft sein eben bezeichnetes Doppelziel zu erreichen durch Verbesserung der Verfassung der protestantischen Kirche und durch eine Frontstellung nach links wie nach rechts. Nach rechts gegen diejenigen, welche in blindem Glaubenseifer die „Umkehr der Wissenschaft“, ihre Rückkehr in den Dienst des Glaubens, d. h. die Einstellung der freien Forschung, die Auslöschung des Lichtes der Wahrheit, zu Gunsten der Kirche*) verlangen. Dagegen also will, nach rechts hin, der Protestantenverein Front machen. Das ist gewiß nur Dankes werth, — wenn er es mit Consequenz thut. Aber wie steht es nun nach links? Auch nach links will der Protestantenverein eine Frontstellung einnehmen. Was und wer ist nun in religiösen Dingen auf der linken Seite? Links befinden sich diejenigen, welche auch in religiösen Dingen den Fortschritt, die Freiheit, die freie Selbstbestimmung wollen; diejenigen, welche sagen, „die Freiheit ist untheilbar, wer sie will, muß sie ganz wollen, in allen Dingen, wer sie nicht in diesem Sinne versteht, der versteht sie gar nicht, der ist bewußt und versteckt, oder unbewußt, aus Unklarheit, aber so wie so ein Reactionär.“ Links stehen in religiösen Dingen alle diejenigen, welche da sagen: „es ist ein Unterschied zwischen der Kirche und der Religion. Die Religion ist ein Unveräußerliches des Menschen, ohne Religion kann der einzelne und kann die Menschheit nicht bestehen, die Religion wurzelt im Wesen des Menschen, aber sie entwickelt sich mit dem Menschen, sie ist der höchste Ausdruck, die höchste Blüthe seiner ganzen geistig-sittlichen Entwicklung; sie ist aber eben darum, wie der Mensch selbst und die Menschheit nichts Vollendetes, fertig Abgeschlossenes, sondern etwas mit dem Menschen, mit der ganzen Menschheit ewig Werdendes, ewig sich Vervollkommnendes; vom Altar, auf dem die Menschenopfer rauchen, vom Scheiterhaufen und von der Folterkammer, in der die Kirche die „Ketzer“ zu Tode martert, bis zur höchsten, noch nie und zu keiner Zeit und am allerwenigsten in unserer Gegenwart schon erreichten, oder auch nur verstandenen, Stufe der Vollendung reinster Menschenliebe. Die Religion war von je und wird ewig sein, wo Menschen sind. Das religiöse Leben ist auch in der Gegenwart nicht erkaltet, es ringt nur nach neuen Formen seines Ausdrucks. Himmelweit verschieden von der Religion aber ist die Kirche, die Kirche ist überall und von jeher eine organisirte Macht gewesen, mit der Absicht der Herrschaft über die Geister; nur in der Form dieser Herrschaft verschieden, da härter und strenger, dort milder und nachsichtiger, aber immer, durch die ganze Geschichte der Kirche hindurch, — Herrschaft, geübt durch Menschen, Priester genannt, die da behaupteten die Träger, Verkünder, Vermittler und Vollstrecker des göttlichen Willens zu sein, berechtigt, zu binden und zu lösen; da zugleich im Besitz, dort wenigstens im Bündniß mit der weltlichen Gewalt. Die Religion aber, das Eigenste, Innerste, Heiligste der Menschenbrust, die edelste und höchste seiner Errungenschaften, die Religion kennt keine Herrschaft, und duldet keine Herrschaft über die Seelen, sie stirbt unter der Herrschaft, sie hört darum in ihrem wahren Sinne in Wirklichkeit da auf, wo die Kirche mit ihrer Herrschaft anfängt.

---

*) d. i. des Priesterthums, das bei der Beherrschung der Geister vortrefflich seine Rechnung findet. Denn, wenn wir von aller Umkleidung absehen, wer anders war in Wirklichkeit die Kirche, von Anbeginn an und was anders wird sie sein und bleiben so lange sie besteht — als das Priesterthum? Es bedarf übrigens hierbei wohl nicht erst der Erinnerung, daß Einsender bei dem Ausdruck „Priesterthum“ immer nur den allgemeinen Begriff im Auge hat und dabei von den trefflichen und würdigen Ausnahmen in den Personen einzelner Geistlichen namentlich in der evangelisch-protestantischen Kirche ganz absieht.

Anmerkung des Verfassers.

Daß das kirchliche Leben mehr und mehr erkaltet und erstarrt in unserer Gegenwart ist darum kein trauriges, sondern ein höchst erfreuliches Zeichen, es ist der Beweis, daß die Religion aus dem Scheintodt, in welchen die Kirche sie versetzt hat, wieder zu erhöhtem Leben zu erwachen beginnt. Das erkaltete, erstarrte kirchliche Leben wieder zu erwärmen, wäre deshalb ein ganz vergeblicher Versuch. Die Gegenwart ist der Kirche entwachsen, das ist ein Fortschritt in unserer Entwicklung und, recht verstanden, ein Segen für die Religion. Die Aufgabe der Gegenwart auf religiösem Gebiet kann nur die sein, die neuen rechten, nicht auf Gewissensbeherrschung beruhenden, Formen des Ausdrucks und der Gemeinschaft des religiösen Bewußtseins der Gegenwart zu finden."

So sagen ungefähr diejenigen, welche in religiösen Dingen links stehen. Der deutsche Protestantenverein hat sich nun aber zur Aufgabe gestellt, im Interesse der Wiederbelebung des kirchlichen Lebens nicht nur gegen Die rechts, sondern auch gegen Die links Front zu machen, sie zu bekämpfen, also im Dienste der Kirche eine religiöse Mittelpartei in Deutschland, soweit es protestantisch ist, zu bilden. Ob er damit wirklich einem Bedürfniß der Gegenwart entspricht, ist mehr als zweifelhaft. Es will Manchen scheinen, als wäre der Verein, den Meisten wohl unbewußt, mit solcher Aufgabe nur eine andere Art kirchlicher Reaction in liberalem Gewande. Wie dem aber auch sei, jedenfalls ist mindestens die „doppelte Frontstellung", welche der Verein, freilich bei Umfassung so verschiedenartiger Elemente nothgedrungen, sich zwischen zwei Feuern gewählt hat, keine auf die Dauer haltbare. Das ist schon aus der Kriegskunst bekannt und im öffentlichen Leben lehrt es die Erfahrung der Parteien, so oft der Versuch gemacht wird. In ruhigen Zeiten wird die Stellung von rechts her durchbrochen, in bewegten Zeiten von links. Aber durchbrochen wird sie stets. Richtig ist für erfolgreiches Wirken nur die Stellung, bei welcher man den Gegner nicht zu beiden Seiten, sondern vor sich hat, und nun mit unermüdlicher Ausdauer und Tapferkeit gegen ihn vordrängt. In diesem Sinne wirken Die von rechts, in diesem Sinne müssen alle Die wirken, welche nicht nach rechts wollen, d. h. deren Strebziele nicht nach rückwärts liegen. Wie man es aber fertig bringen will, zugleich rechts und zugleich links, zugleich vorwärts und zugleich rückwärts zu gehen, das ist schwer zu begreifen.

Man hält freilich entgegen: die Stellung nach links richte ihre Front gegen ganz andere Elemente, als die eben bezeichneten, und man spricht dabei von einem materialistischen Radicalismus oder radicalen Materialismus, d. h. von einer Richtung, welche im Gegensatz zu allen Gesetzen der Menschennatur jedes religiöse Element negire, und nichts wolle, als den materiellsten sinnlichen Genuß und alle Fortschritte des menschlichen Geistes in dessen Dienste. Das wäre nun freilich eine verabscheuungswürdige Richtung oder Partei oder Secte. Allein die eine Frage läßt sich doch mindestens nicht unterdrücken: wo existirt denn diese Partei? Links gewiß nicht! Der ärgste Vorwurf, welcher von rechts und von den Mittelparteien Denen auf der Linken immer gemacht wird, ist der des Mangels an Realismus, des Mangels an Rücksicht auf die materiellen Verhältnisse und Dinge, zu Gunsten und im Dienste der Prinzipien und Ideen, mit einem Worte des Idealismus. Aber rechts und selbst noch in der Mitte, wo im Besitz der Macht, der Privilegien und des Kapitals u. s. w. der größte Reichthum sich anballt, da gibt es Grund über die materielle Richtung der Zeit zu klagen; da sieht man die Menschen, dem Mammon huldigend, im Besitz von Hunderttausenden und Millionen, dem raffinirtesten Luxus sich hingeben, und während sie das Christenthum und die christliche Liebe im Munde führen, tagtäglich Werke der Unbarmherzigkeit üben und in stumpfester Gleichgültigkeit gegen das Elend der Tausende und Hunderttausende verharren, aus deren Schweiß und Blut doch die Millionen destillirt werden, welche jenen die Mittel des materiellsten und raffinirtesten Sinnengenusses gewähren. Auf der Linken aber da finden wir opfervolle Bestrebungen, das sociale Elend zu heilen, die Menschenliebe aus dem tönenden Erz und der klingenden Schelle der Phrase zur Wahrheit zu machen, auf der Linken da hört man das Wort: „ihr sollt den Elenden auf der Erde nicht wohlfeile Anweisungen auf den Himmel geben, von denen ihr nicht wißt, ob sie eingelöst werden, während ihr schon hier im Glücke schwelgt; sondern ihr sollt, ohne ihnen den Himmel zu nehmen, dafür sorgen, daß ihnen die Erde schon zum Himmel werde, indem ihr eure Vorzugsrechte aufgebt, und die „christliche Liebe" zur Wahrheit macht." Das hört man links und Das klingt anders. Das klingt zwar nicht kirchlich, aber christlich, und Das ist gewiß kein Materialismus; während dagegen selbst von der Kirche und ihren Priestern durchaus nicht gesagt werden kann, daß sie für sich selbst Verächter sind der „Schätze, die da Motten und Rost fressen."*)

Hiernach ist es doch wohl nicht ganz richtig und selbst nicht ganz loyal, wenn man sagt, der Protestantenverein habe Frontstellung zu nehmen gegen links, weil da die Parteirichtung sich befinde, welche die Versumpfung in rohestem Materialismus anstrebe; und es könnte scheinen, als ob die Kirche, um ihre Herrschaft bange, durch ihre Anhänger nur auf den Sack des Materialismus schlage, von dem sie selbst am allerwenigsten frei ist, daß sie aber mit diesen Schlägen den Esel des Idealismus meine und treffen wolle, d. h. die Masse darüber nur zu täuschen und für sich gegen diesen ihren gefährlichsten Gegner zu gewinnen suche; daß also der „Protestantenverein", statt zu schieben, ohne es zu wissen und zu wollen, selbst nur geschoben werde, und zwar in einer Richtung, die mit dem freien Geist des Protestantismus selbst im Widerspruch ist?

Möchte diese Befürchtung eine Täuschung sein. Das ist aber jedenfalls gewiß: in den Bestrebungen des Protestantenvereins mit seiner „doppelten Frontstellung" ist noch nicht Alles klar; wahres Bedürfniß der Zeit ist die Belebung und Neugestaltung nicht des kirchlichen, sondern des religiösen Lebens auf der Höhe der geistig-sittlichen Bildung der Gegenwart und die doppelte Frontstellung des Vereins ist eine ganz unhaltbare Position, die in ruhigen Zeiten, wie die gegenwärtigen, nur den rückschrittlichen Bestrebungen auch auf diesem Gebiet, dem Erfolg nach, zu Statten kommen kann. Unter allen diesen Umständen ist endlich auch kein erfolgreicher Widerstand gegen jene finsteren, mächtigen Gegner des Protestantismus im wahren und eigentlichen Sinne möglich. Diese Gegner können nur durch ihren consequenten Gegensatz, durch das ungetrübte, vollste Licht, die consequenteste Freiheit auch auf religiösem Gebiet, siegreich bekämpft werden; Halbheiten bleiben erfolglos. Halbheiten dringen auch nicht in die Massen. Jene finsteren Gegner kennen keine doppelte Frontstellung, ihre Losung ist nur die eine: — rückwärts, und sie gewinnen die Massen gerade durch ihre Consequenz. Besiegt können sie nur werden durch die gleiche Consequenz, unter dem einen Zeichen, das da heißt: vorwärts, unaufhaltsam vorwärts!"

(Wie wir aus einem Referate desselben Blattes über eine jüngste Sitzung des Protestantenvereins dort ersehen, wurde in dieser von dessen dortigen Leitern die Auffassung, daß derselbe auch gegen links eine Frontstellung einnehme und daß „Die links" als die Religionslosen und in radikalen Materialismus Versunkenen, vom Verein angesehen würden, — als Irrthum und Mißverständniß bezeichnet worden ist; der Protestantenverein nehme überhaupt keine Parteistellung ein, sondern richte sich nur gegen alle Auswüchse des Protestantismus, mit dem Streben, denselben in der Reinheit seines Princips wiederherzustellen. D. Red.).

In Leipzig erscheint mit dem 1. April eine neue Arbeiterzeitung, der „Botschafter", redigirt von dem ehemaligen Präsidenten der Lassalle'schen Arbeitervereine, Cigarrenarbeiter Fritzsche. Obgleich zunächst Organ der deutschen Cigarrenarbeiter, will sie gleichwohl alle Arbeiterfragen im social-demokratischen Sinne beleuchten.

---

*) Wohl gibt es wirklich eine ziemlich weit verbreitete Weise zu leben, die gleichgültig gegen jeden höheren geistig sittlichen Inhalt des Lebens in der That nur dem schaalsten materiellen Lebensgenuß huldigt. Wir brauchen uns nur umzusehen, so finden wir überall Elemente und Spuren dieser Weise zu leben. Allein das sind nicht Leute, die links stehen in ihren Anschauungen, sondern das sind die Indifferenten, die gegen alles Gleichgültigen. Dieser Indifferentismus, diese Abstumpfung gegen allen edleren Lebensinhalt ist aber lediglich das Erzeugniß der Sünden der Kirche wider den Geist und der weltlichen Gewalt wider die Freiheit!

Anmerkung des Verfassers.

Briefkasten.

Aus Zürich. Zu spät für diese Nummer, da dieselbe wegen des Charfreitags 1 Tag früher geschlossen werden mußte. Nur an dieser Stelle können wir deshalb noch davon Notiz geben, daß am Ostermontag, 2. April in Zürich eine Versammlung verschiedener Arbeiterbildungsvereine stattfindet, wobei das „allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht mit geheimer Stimmgebung" und die „internationale Arbeiterassociation" zur Verhandlung kommen soll.

Aus Pforzheim: „Die Pharisäer und Schriftgelehrten" wegen Mangels an Raum erst in nächster Nummer.

Hrn. Ph. Albert in Mannheim ersuchen wir, die Arbeiterzeitung bei dortigem Postamt zu bestellen, da das der billigste und rascheste Bezugsweg ist, sofern Sie nicht den billigsten aber langsameren des Buchhandels vorziehen. Die Expedition.

Arbeitsvermittelung.

Verschiedene Anzeigen.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg — Schnellpressendruck von L. Schweigert in Coburg.

Beilage zu Nr. 176
der Allgemeinen deutschen Arbeiter-Zeitung.

Das ermattende Gewissen wird noch einige lahme Flügelschläge thun, bevor es sich gänzlich gefangen in die Hände des geschickten Vogelstellers ergiebt. Die Ehrgeizigsten schielen jetzt schon nach den Ministerstellen hinüber, die dieser Tage in Berlin aufgehen werden, weil Herr von Bismarck jetzt, wo es zum Klappen kommt, einige wirkliche Kräfte um sich her sammeln muß, statt der Nullen, mit denen er sich bis jetzt begnügen konnte. Trauriges Spiel des offenen Ueberganges einstiger Freiheitskämpfer zur Einheits- d. h. Zerreißungs- und Gewaltspartei!

Mit den Regierungen des übrigen Deutschlands könnte Bismarck noch leichteres Spiel haben. Die deutsche Geschichte hat in diesem Kapitel solche Skandale aufzuweisen, daß wir gar nichts für unmöglich halten, bis zu Fürsten und Ministern hinaus, die ihren Beitritt zur Verbindung der Verschworenen gegen baares Geld verkaufen.

Und keine Rettung? **Eine** Rettung hat Oesterreich in der Hand; es darf nur Venedig aufgeben, so sprengt es sofort die Verschwörung. Italien würde alsbald Front gegen Frankreich machen und gern der Bundesgenosse Oesterreichs werden. Aber noch ein Anderes gehört dazu, um aus dieser Gefahr mit heiler Haut zu entkommen und künftigen Verräthereien für immer den Riegel vorzuschieben: erstens Coalition der Klein- und Mittelstaaten, gestützt auf das Volk, also mit gemeinsamer Volksvertretung und Unterwerfung unter eine über den Regierungen stehende Centralgewalt und zweitens sofortige Einrichtung des Milizsystems, womit die Machtstellung dieses Theils von Deutschland vollständig verändert würde. — Einige Ermannung zeigt der jüngste Bundestagsbeschluß. Welche Wirkung dies sofort auf Preußen hat, sehen wir an dem verlegenen Rückgriff Bismarcks auf die bei Seite geschobene Volksvertretung in Preußen. Ein nach dem **Muster der Schweiz** freiheitlich föderirtes, unsertwegen immerhin monarchisch verbleibendes Klein- und Reindeutschland mit Milizsystem, würde den Grafen Bismarck noch ganz andere Sprünge machen lassen.

Wie die großpreußische Annexionspolitik zur Zerreißung Deutschlands dem deutschen Volke mundgerecht gemacht wird.

(Aus dem „Coburger Tagblatt".)

I.

Daß wir uns mitten in einem großen Reactionsdrama befinden, wird von manchen, deren Blick nur an der Oberfläche haftet oder von doctrinärer Verblendung getrübt wird, noch nicht eingesehen. Das ändert aber an den Thatsachen nichts. Wer in den Jahren 1848 und 49 den preußischen Kaisermachern sagte, wir sind mitten in der Reaction und Ihr seid selbst die eifrigsten Gehülfen derselben, der wurde von ihnen ausgelacht und mit dem Vorwurf des „Mangels an staatsmännischer Befähigung" abgethan. Wüthend konnten sie namentlich werden, wenn man ihnen u. A. den Waffenstillstand von Malmö im Voraus als Das bezeichnete, was er war und als was er sich sehr bald erwiesen hat, als den Todesstoß für Schleswig-Holstein, wie für die deutschnationale Bewegung und für das Parlament selbst, dessen Macht von da an nach allen Seiten gebrochen war. Die „besten Männer" waren incurabel, sie gingen für den „deutschen Beruf" Preußens nach **Gotha**, holten sich da ihren weltgeschichtlichen Namen, gingen von da nach **Erfurt** und erblickten dann erst — die Reaction. Mittlerweile hatte Preußen seinen „deutschen Beruf", im Einverständniß aller Regierungen, erfüllt, es hatte die deutsche Bewegung und mit ihr diejenigen, welche ihnen diesen Beruf streitig machen wollten, buchstäblich umgebracht, in der Pfalz, in Baden, in Schleswig-Holstein und diejenigen, welche wegen „Mangels an staatsmännischer Befähigung" die Dinge so hatten kommen sehen und die davor gewarnt hatten, behielten wie immer zu spät Recht. 1859 begann mit dem Ausbruch des italienischen Krieges wieder eine „deutsche Bewegung". Nach dem Verhältniß der minder starken äußeren Anregung und unmittelbar aus einer unsagbar drückenden und corrumpirenden Reaction hervorgehend ungleich schwächer, als die Bewegung von 1848, und in Folge dieser Entstehung noch mehr theoretisirend und vorzugsweise für die Einheit, statt für die Freiheit auftretend, aber in ihren Anfängen doch wirklich deutsch und entwicklungsfähig, zumal als ihr seit 1863 auch eine neue Phase der schleswig-holsteinischen Bewegung sich anschloß. Allein nur zu bald begann der alte Kreislauf, nur zu bald waren die liberalen „Staatsmänner" von „Gotha" und „Erfurt" und ihre jüngeren Nachtreter wieder auf dem Plan und arbeiteten von Neuem für den „deutschen Beruf" Preußens, für die Einheit auf Kosten der Freiheit, d. h. unfreiwillig zwar, aber darum nicht weniger brauchbar, für die **Reaction gegen** die Einheit und **gegen** die Freiheit, gegen die deutsche Bewegung selbst. Sie sagten dem preußischen Volke, welches bisher noch nie mit seinem inneren Düppel fertig geworden ist, **nicht**, du mußt dich erst durch deine eigene, innere Befreiung fähig machen, der Führer der deutschen Nation zu werden; sie sagten der preußischen Regierung nicht, du mußt erst Beweise deiner wirklich liberalen und deutschen Gesinnung, deines Verständnisses der Zeit und des weltgeschichtlichen Berufes Deutschlands geben, ehe wir dir irgend einen Vortheil über Deutschland einräumen, sondern sie sagten beiden, ihr **seid** bereits fähig und berufen zur „Führung" Deutschlands, und so wuchs denn die Einbildung bei dem preußischen Volke bis zur fixen Idee und der Appetit der Regierung bis zum Wolfshunger. Es bedurfte nur noch etwas entschlafenen Willens und Uebermuthes, der sich in dem Grafen Bismarck gefunden hat, und der alte Kreislauf, nur in neuen Formen, nahm wieder seinen Anfang. Schleswig-Holstein wäre für Deutschland und in Schleswig-Holstein Deutschland zu retten gewesen, wenn die Führer der Nation, die mit dem Tode des Dänenkönigs über die Geister in Deutschland gekommene Bewegung zu einer sofortigen Erhebung, der berechtigten und siegverheißendsten, die noch je dagewesen, benützt hätten. Aber dann hätte diese Bewegung über das „Programm der preußischen Führung" hinaus zu wirklich deutschen Zielen gelangen können; das durfte sie nicht, denn dann wäre sie programmwidrig und folglich geschichtswidrig gewesen. Im unfreiwilligen Dienste der Reaction, welche die Gefahr erkennend schlau die Parole unter dem Schein des Patriotismus und der Humanität ausgegeben hatte, heulten darum die fortschrittlichen „Staatsmänner", die sogenannten „Nationalen" in und außerhalb Schleswig-Holsteins, in allen Tonarten „nur keine Freischaaren" und ließen den kostbaren, nur zum **Handeln** verwendbaren Enthusiasmus der Nation in Sammlungen für den Herzog von Augustenburg verpuffen, dem es seinerzeit ebenso an dem Willen, wie an der Courage zum Handeln fehlte. Mittlerweile **handelte** die in Preußen verkörperte Reaction, sie bestach die öffentl. Meinung durch „**Thaten**", sie berauschte das preußische Volk, dem der lange credenzte „Führungswein" der Fortschrittsleute bereits in den Kopf gestiegen war, vollends mit dem Düppelschnaps und erfüllte so die ersten Voraussetzungen zur **Vernichtung** der **deutschen Bewegung** und zum abermaligen, vollständigen und zwar diesmal dauerhaften Siege der Reaction in ganz Deutschland, d. h. zur vollständigen Erfüllung des „deutschen Berufs" Preußens. Wir befinden uns jetzt wieder im Mai und Juni 1849, im Stadium von „**Gotha**." Wer jetzt nicht „trotz alledem" an die „deutsche Mission" Preußens glaubt, wer nicht daran glaubt, daß Preußen in Schleswig-Holstein nur „deutsche", nicht preußische Interessen verfolgt, wer nicht ein „Programm" hat, in welchem diplomatischer, militärischer und maritimer Anschluß der Elbherzogthümer an Preußen" und „Hegemonie Preußens für ganz Deutschland" steht, und deshalb und mit diesem Programm für das Bismarck'sche Parlament agitirt und in und mit diesem wirkt, — der ist ein für allemal kein „Staatsmann." Mit dem „Parlament" des Grafen Bismarck selbst beginnt dann der Act von — „**Erfurt**" und der letzte Aufzug. Es kommt der Reaction darauf an, einerseits dem deutschen Volke, wie die schleswig-holsteinische Bewegung, so die Parlamentsidee gründlich zum Ekel zu machen und zugleich alle Machtgarantien gegen die Wiederkehr einer „deutschen Bewegung" dauernd zu constituiren. Der erstere Zweck wird durch die neue Auflage des Erfurter Parlaments, welches jetzt den Beruf hat, den Absolutismus auf „volksthümlicher" Grundlage aufzurichten und der andere Zweck wird durch die vom „Parlament" zu sanctionirende **Theilung Deutschlands** und die Vergrößerung und Abrundung Preußens **bis zur Mainlinie**, so wie durch die Verständigung mit dem Ausland durch geeignete Compensationen erreicht *). Während nun so die liberalen Staats- und Fortschrittsmänner die öffentliche Meinung vom „staatsmännischen" Standpunkt aus bearbeiten, damit das deutsche Volk auf den Köder anbeißt und in den Sack rennt, welchen Bismarck ihm vorhält und in welchem er diese „Staatsmänner" gleich mit einfängt, wird von seinen unmittelbaren und bewußten Helfern und Knechten in der Presse die Bearbeitung der öffentlichen Meinung, namentlich in den eigentlichen Volkskreisen, durch eine besonders darauf abgerichtete Preßthätigkeit besorgt. Davon eine Probe aus den sog. „Stimmen aus Norddeutschland" in unserem nächsten Artikel.

Gotha, 4. Mai. Heute fand Verhandlung beim Appellationsgericht gegen den Schuhmacher Bockerodt von hier statt wegen öffentlicher Herabsetzung der Religion. Bockerodt hatte bekanntlich in einer Arbeiterversammlung am 23. Juli 1865 in Kindleben bei Gelegenheit der Lohnfrage geäußert, daß nicht allein höherer Lohn die Lage des Arbeiters bessern könne, daß hierzu auch geistige Bildung gehöre und daß besonders der Volksschulunterricht gebessert werden müsse; man möge nicht so lange verweilen bei den alttestamentarischen Fabeln und Wundern ꝛc. Eine vom vormaligen Landtagsabgeordneten Schultheiß Lencer in Bufleben auf Hörensagen hin gemachte Anzeige hatte die Verfolgung Bockerodt's veranlaßt, weil er gesagt haben sollte: die Bibel sei ein alttestamentarisches Lügenbuch — später sollte er Fabelbuch gesagt haben — die Kinder würfen dieselbe nach der Confirmation in die Ecke; das sei auch ganz recht u. s. w. Das hiesige Kreisgericht hatte den Angeklagten freigesprochen und dabei so freisinnige Gedanken in seinen Entscheidungsgründen ausgeführt, daß sie dem Zeitgeist des 19. Jahrhunderts Ehre machen. Der Staatsanwalt legte dagegen Appellation ein und es fand heute Appellationsverhandlung statt.

Da der Vertheidiger Rechtsanwalt Streit von Coburg wegen eines Halsleidens nicht erschienen war, so erklärte der Angeklagte, daß er sich selbst vertheidigen wolle. Der Staatsanwalt hatte den Schultheiß Heyn von Friemar zur nochmaligen Vernehmung vorladen lassen; außerdem war als neuer Belastungszeuge Oekonom Geis von Kindleben vorgeladen. Das Appellationsgericht hatte ohne Antrag den früheren Zeugen Adam Steinbrück nochmals vorgeladen, wahrscheinlich weil der Angeklagte durch seinen Vertheidiger fünf neue Zeugen zu vernehmen beantragte, welche aussagen sollten, daß Bockerodt die zur Last gelegten Aeußerungen nicht gethan habe.

Nach erfolgter Beweisaufnahme, welche herausstellte, daß Bockerodt die ihm zur Last gelegten Aeußerungen nicht gethan, obschon die Belastungszeugen bei ihrer früheren Aussage stehen blieben, erhielt zuerst der Herr Oberstaatsanwalt von Holtzendorf das Wort zur Ausführung der Appellation.

Derselbe führte aus, daß selbst, wenn Bockerodt die Aeußerungen gethan, er sich über einen Gegenstand ausgesprochen habe, über den sich schon Viele ausgesprochen und es habe ihm das Recht zugestanden, sich über den Volksschulunterricht so wie geschehen, auszusprechen. Ob Bockerodt die Aeußerungen gethan, das sei nicht vollkommen erwiesen; er glaube aber, daß in einer Debatte wohl Bockerodt solche Aeußerungen über die Bibel gethan haben könne, ebenso könnte aber auch Bockerodt falsch verstanden worden sein. Nach den Erhebungen, welche vorliegen, habe Bockerodt jedoch mit Ernst und Würde gesprochen, nicht mit Hohn und Spott und daher könne der Art. 181 des Strafgesetzbuchs nicht Platz greifen; er halte daher die Appellation nicht mehr aufrecht.

Bockerodt vertheidigte sich mit Ruhe und Würde dahin, daß er nie die Religion verspottet und sie noch gegen Unglauben stets vertheidigt habe. Nach Wahrheit zu streben haben schon seine Lehrer Agrikola und Bretschneider von den Kanzeln gepredigt und noch

---

*) Das Coburger Tagblatt bemerkt dazu: Auch neuere, uns zugegangene Mittheilungen bestätigen, **daß** Bismarck dem König den bereits in einer unserer letzten Nummern erwähnten Vertrag mit Frankreich vorgelegt hat, daß der König zwar bis zum 30. April denselben noch nicht unterzeichnet hatte, daß die Unterzeichnung aber noch in Aussicht steht, wenn sie nicht inzwischen erfolgt ist.

vor Kurzem habe der Schuldirektor Neubecker bei Eröffnung der neuen Bürgerschule in seiner Rede gesagt, daß das viele Auswendigiernen biblischer Sprüche die Kinder vom Selbstdenken abhalte. Er habe überhaupt van Religion gar nicht gesprochen, sondern er habe den Volksschulunterricht angegriffen und habe gesagt, daß man die Volksschullehrer besser stellen solle, da gerade diese die schwerste Arbeit im Staat hätten. Es gäbe heute freilich noch Lehrer, welche die Menschen in den Sumpf des Aberglaubens zurückführen wollten; allein schon wäre das Licht unter den Arbeitern etwas verbreitet und bei diesen würden jene Lehrer vergebens arbeiten. Der Zeuge Schultheiß Heyn gebe an, daß er, als die Versammlung ihm (dem Angeklagten) Bravo zugerufen, sich mit seinem verletzten religiösen Gefühl entfernt habe; glauben denn aber die Herren Richter, daß von den 200 versammelten Arbeitern, welche ihm das Bravo zugerufen, kein Einziger religiöses Gefühl gehabt habe und blos der Schultheiß Heyn? Uebrigens sei nicht das religiöse Gefühl des 2c. Heyn und Consorten verletzt gewesen, sondern deren Geldbeutel; denn es war in der Versammlung erörtert worden, daß der tägliche Lohn eines Arbeiters in manchen Landorten noch 2—2½ Sgr. betrage und daher sei auch die ganze Sache zwischen den Schultheißen Lenzer und Heyn verabredet worden. (Der Präsident des Gerichtshofes unterbricht den Angeklagten mit dem Bedeuten, daß es nicht gerechtfertigt sei, Zeugen zu verdächtigen; die Glaubwürdigkeit der von ihm abgegebenen Zeugen werde ebenso wenig in Zweifel gestellt, als die, welche die Staatsanwaltschaft angegeben).

Der Angeklagte fährt fort: Er werde nun schon ein halbes Jahr herumgezogen; man lasse durch Gensdarmen Verhöre in Friemar sogar am Krankenbette anstellen und betreibe die Sache, als wenn er einen Mord begangen hätte und schließlich habe er nichts weiter gethan, als die Wahrheit gesagt, welche einigen Rückschrittsmännern nicht gefallen habe. Richten Sie meine Herrn Richter.

Herr Oberstaatsanwalt von Holtzendorf sprach hierauf als Replik. Nachdem er heute den Angeklagten zum ersten Male habe sprechen hören, sei er überzeugt, daß Bockerodt in jener Versammlung mit Ernst und Würde gesprochen und glaube, daß der Artikel des Strafgesetzbuches wegen öffentlicher Herabsetzung der Religion nicht Platz greifen könne, er lasse daher das Rechtsmittel der Appellation fallen. Der Gerichtspräsident erklärte darauf, daß es bei dem erstinstanzlichen freisprechenden Urtheil verbleibe.

Socialer Theil.

Leipzig, 7. Mai. Soeben geht uns von Karl Marx in London im Auftrag des Centralraths der „Internationalen Arbeiterassociation" folgender Warnungsruf zu, den wir Sie hiermit bitten zu veröffentlichen.

Warnung.

Vor einiger Zeit bildeten die Londoner Schneidergesellen eine allgemeine Association zur Geltendmachung ihrer Ansprüche gegen die Londoner Schneidermeister, die größtentheils große Kapitalisten sind. Es galt nicht nur die Löhne in's Gleichgewicht mit den gestiegenen Preisen der Lebensmittel zu setzen, sondern auch der ausnahmsweise brutalen Behandlung der Arbeiter in diesem Gewerbszweig ein Ende zu machen. Die Meister suchten diese Combination durch Werbung von Schneidergesellen, namentlich in Belgien, Frankreich und der Schweiz zu brechen. Die Sekretäre des Centralraths der „Internationalen Arbeiterassociation" veröffentlichten darauf in den belgischen, französischen und schweizer Zeitungen eine Warnung, deren Erfolg vollständig war. Das Manöver der Londoner Meister wurde vereitelt, sie mußten die Waffen strecken und die gerechten Ansprüche ihrer Arbeiter befriedigen.

In England geschlagen, versuchen die Meister jetzt von Schottland aus eine Reaktion herbeizuführen. In Folge der Londoner Ereignisse waren sie nämlich genöthigt, auch in Edinburgh zunächst eine Lohnerhöhung von 15% zu bewilligen. Unter der Hand jedoch sandten sie Agenten nach Deutschland, um, namentlich im Hannöverischen und Mecklenburgischen, Schneidergesellen zur Importation nach Edinburgh zu werben. Die erste Verschiffung dieser Art hat bereits stattgefunden. Der Zweck dieser Importation ist derselbe wie der der Importation von indischen Coolies (Kulis) nach Jamaika — **Verewigung der Sklaverei.**

Gelänge es den Meistern von Edinburgh, vermittelst deutscher Einfuhr ihre bereits gemachten Zugeständnisse zu brechen, so wäre ein Rückschlag auf England unvermeidlich. Niemand würde schwerer darunter büßen, als die deutschen Arbeiter selbst, die zahlreicher in Großbritannien vertreten sind, als die aller anderen continentalen Nationen; die Neuimportirten aber, völlig hülflos im fremden Lande, würden bald zu einer Pariastellung herabsinken.

Es ist außerdem ein Ehrenpunkt für die deutschen Arbeiter, dem Ausland zu beweisen, daß sie, gleich ihren Brüdern in Frankreich, der Schweiz und Belgien, das gemeinsame Interesse ihrer Klasse zu vertreten wissen und sich nicht zu willenlosen Lanzknechten des Kapitals in seinem Kampf gegen die Arbeit hergeben.

Im Auftrag des „Centralraths der Internationalen Arbeiterassociation".

London, den 4. Mai 1866.

Karl Marx.

Die deutschen Schneidergesellen, die näheren Aufschluß über die britischen Verhältnisse wünschen, sind ersucht, ihre Briefe an das deutsche Zweigcomité der Londoner Schneiderassociation zu richten unter der Adresse: Albert F. Haufe, Crown Public House, Heddon Court, Regent Street, London.

In **Heidelberg** hat sich eine internationale Verbindung der Freidenker gebildet. Das Programm der Verbindung ist in französischer Sprache abgefaßt; sein Inhalt ist wesentlich folgender: Nur Der ist ein ehrlicher Mann, welcher seine Handlungsweise nach seinen Grundsätzen regelt. Das Gute außerhalb des Wahren ist undenkbar. Es gibt nur eine Wahrheit, die von der Wissenschaft uns gebotene. Die fortschreitende und wissenschaftliche Moral muß getrennt werden von den veralteten Glaubenssätzen, welche die Vernunft verwirft und das Gefühl mißbilligt. Das Gewissen fühlt sich abgestoßen von religiösen Lehren, welche den Menschen durch die Furcht und die unwürdigsten Antriebe lenken. Diese Lehren haben die Menschen entzweit, indem sie der Moral eine falsche Grundlage unterlegen und den Rechtssinn verderben. — Nur die Harmonie der Gesinnung zwischen Mann und Frau bildet die Grundlage der Familie. Man bringt Herz und Vernunft in Zwiespalt, verwirrt das Urtheil, schwächt die Willenskraft und fördert den Zweifel, wenn man dem Kinde zu gleicher Zeit einen Glauben und eine Wissenschaft beibringt, welche sich gegenseitig verneinen. Es ist Verrath an der Sache der neuen Gesellschaft und verzögert ihren Triumph, den Vertheidigern der Vergangenheit sein Geld, seine Kinder und seine Person aus Gleichgiltigkeit oder Schwachheit zu opfern. — Viele Menschen bekennen sich zu obigen Wahrheiten, befestigen sich aber in diesen Ueberzeugungen nicht, machen sie nicht zur unverletzlichen Richtschnur ihres Benehmens und verleugnen ja durch ihre Handlungen fortwährend ihre Worte. Dieser Widerspruch thut der Charakterfestigkeit Eintrag und gereicht der öffentlichen Moral zum Schaden. Einzig und allein gemeinschaftliches Handeln, welches Allen ein Beispiel, Unterstützung und Kraft verleiht, kann den Kampf des vernünftigen Lebens gegen Gewohnheit und Vorurtheil erleichtern. Darum halten wir es für unsere Pflicht, auch thatsächlich mit den Lehren zu brechen, die wir grundsätzlich verwerfen. Wir verpflichten uns, von keiner Religion irgend ein Sakrament zu empfangen: keinen Priester bei der Geburt, keinen Priester bei der Heirath, keinen Priester im Tode. — Unter dem Titel: Gesellschaft „Handle wie Du denkst" gründen wir eine Gesellschaft, deren Gesetz die Wissenschaft, deren Bedingung das Zusammenhalten, deren Endzweck Gerechtigkeit ist.

Vom Büchertisch.

Arnold Hilberg's Verlag in Wien publicirt soeben den Prospect einer neuen Monatsschrift: „Internationale Revue", welche sich die Vermittlung zwischen deutscher und außerdeutscher Culturwelt zur Aufgabe macht. Der Prospect theilt gleichzeitig das erste Mitarbeiter-Verzeichniß mit, welches weit über hundert Namen der deutschen, englischen, französischen, holländischen, dänischen und schwedischen Literatur von bewährtestem literarischen Rufe, viele von europäischer Berühmtheit, publicirt. In jeder Beziehung verspricht das junge Unternehmen eine der Tendenz nach beschränkte deutsche „Revue des deux mondes" zu werden, und wir können allen Literaturfreunden die Durchsicht des erwähnten, in jeder Buchhandlung zu bekommenden Prospectes nicht bringend genug empfehlen.

Waltershausen, 7. Mai. Für die abgebrannten Mitglieder des Arbeitervereins ist ferner hier wieder eingekommen:

Vom Arbeiterfortbildungsverein aus Weißenburg . . . . 2 Thlr. 13 Sgr.
Vom Arbeiterbildungsverein aus Hameln . . . . 5 „ — „
Summa 7 Thlr. 18 Sgr.

Wofür hiermit Namens der Unterstützten öffentlich bescheinigt und den Gebern herzlich gedankt wird.

Mit Gruß und Handschlag

August Ortlepp,
Vorsitzender des Arbeitervereins.

Briefkasten.

Von dem Arbeiterverein in Radolfzell erhalten am 3. Mai: 2 fl. 26 kr., womit Ihr Conto bis Ende v. J. 1865 ausgeglichen ist. — An die Redaction des Botschafter in Leipzig: 25 Sgr. erhalten. Abonnement und Porto für II. u. III. Quartal 1 Thlr. 4 Sgr., — 9 Sgr. als Rest. — Sendungen aus Hannover und Hameln wegen Mangels an Raum für die nächste Nummer zurückgelegt.

Anzeigen von Vereinen.

Deutscher Journalistentag.

Unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen hält es der Vorort des deutschen Journalistentages für zweckmäßig, die auf den 20. und 21. Mai c. anberaumte

dritte Jahresversammlung zu vertagen,

mit dem Vorbehalte, im Einvernehmen mit anderen Mitgliedern des Journalistentages die Zeit zu bestimmen, zu welcher später die dritte Jahresversammlung desselben stattfinden wird.

Berlin, den 8. Mai 1866.

Der Vorort.

Arbeitsvermittelung.

Einige mit guten Zeugnissen versehene

Schlossergesellen

können sofort in Arbeit treten auf dem Herzoglichen Eisenwerke in Obersteinbach bei Sonneberg.

Direction der Herzogl. Eisenwerke.
v. Uttenhoven.

Verschiedene Anzeigen.

Soeben ist in der Unterzeichneten erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Das Preußische Staatsbewußtsein.
Ein neues Zeugniß von Deutschlands Noth und Schmach.

Preis 10 Sgr. (36 kr.)

Diese Schrift, welche sich anschließt an die im vorigen Herbst in zweien Auflagen fast vollständig vergriffene andere Schrift desselben Verlags: „Deutschlands Errettung aus tiefster Schmach" und gleich jener auf unantastbarer geschichtlicher Grundlage ruhend, ist wohl die schärfste Kritik, welche über den vielerwähnten „deutschen Beruf" und die „berechtigten Ansprüche" Preußens und deren Hebel und Werkzeuge, wie solche im Lichte strengster, unverfälschter Geschichtsforschung sich darstellen, in neuerer Zeit geschrieben worden ist. In einem Augenblick, in welchem brutale Gewalt, in Verbindung mit einer systematischen Corruption der Presse und einem bis zur Tollheit verrannten Doctrinarismus daran sind, Deutschland mit den auf Bethörung der Massen berechneten Hülfsmitteln des Cäsarismus zur Domäne preußischen Junkerthums zu machen und um das Wesen seiner Freiheit und Einheit, um seine ganze, große nationale Zukunft zu bringen, — in einem solchen Augenblick äußerster Gefahr muß eine solche Schrift von jedem aufrichtigen Freund des Vaterlandes mit Freuden begrüßt werden.

Coburg, den 28. April 1866.

F. Streit's Verlagsbuchhandlung.

Ventilatoren.

74] **C. Schiele, Frankfurt a. M.**

Inhaltsverzeichniß

der in L. Schweigert's Verlag in Coburg erscheinenden „Deutschen Wehrzeitung" Nr. 119:

Unser Streben. — Ueber Militärgerichtsbarkeit (Fortsetzung). — 1 Der Staat — auch eine sittliche Anstalt 2c. — Junkerliche Auslassungen V. (Fortsetzung und Schluß.) — Einige Bemerkungen über Kriegswissenschaft (Fortsetzung). — Vermischtes. — Briefkasten.

Verlag der Expedition der Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung.
Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Streit in Coburg. — Schnellpressendruck von L. Schweigert in Coburg.